Die entwickelung des Rheinbundes vom jahre ...

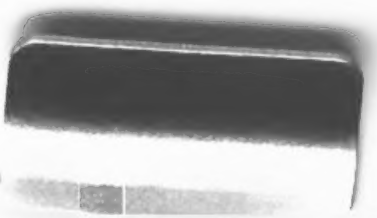
Erich Joachim

REESE LIBRARY

OF THE

UNIVERSITY OF CALIFORNIA.

Class



Digitized by Google

Digitized by Google

Die

Entwickelung des Rheinbundes vom Jahre 1658.

Acht Jahre reichsständischer Politik.

1651—1658.

Von

Dr. Erich Joachim,
K. Archivar zu Marburg.

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Leipzig,
Verlag von Veit & Comp.
1886.

Digitized by Google

DD190
J5

REESE

Druck von Metzger & Wittig in Leipzig.

Digitized by Google

Vorwort.

Als ich vor nunmehr fünf Jahren mit den Vorarbeiten zu dieser Abhandlung begann, war die zugebote stehende Litteratur bald eingesehen. Mit den Alten war wenig anzufangen; man findet bei ihnen nur die rein äußerlich in Erscheinung getretenen Momente verzeichnet, keinen Aufschluß über die treibenden und leitenden Ideen. Von den neueren Arbeiten erschien die einzig bisher vorhandene Monographie über den Rheinbund, der von Droysen mit Unrecht gelobte Aufsatz von Böhm im 5. Bande der Zeitschrift für Preußische Geschichte, alsbald recht unzulänglich; ja man gewinnt durch diese Darstellung ein gänzlich falsches Bild von der Entwickelungsgeschichte des Rheinbundes und kann sie deshalb als abgethan gelten lassen. Hingegen gewährten Droysen (Geschichte der Preußischen Politik, III, 2) und Erdmannsdörffer (Graf Georg Friedrich v. Waldeck) manchen werthvollen Beitrag und vielerlei Anregung zu vorliegender Arbeit, aber auch nur so viel. Es war ja von vornherein klar, daß nur möglichst umfassende Heranziehung archivalischen Materiales zum Ziele führen würde. Die wohlwollende Ermächtigung meines hochverehrten Chefs, des Herrn von Sybel, zur Benutzung der unter seiner Leitung stehenden Königlichen Staats-Archive setzte mich hierzu in den Stand. Den liebenswürdigen, unermüdlichen Bemühungen meiner Herren Kollegen gelang es, die in Betracht kommenden Akten in den Archiven zu Düsseldorf, Koblenz, Münster, Berlin, Hannover, Marburg und Wiesbaden zu ermitteln, und darf ich wohl getrost behaupten, daß die Schätze dieser Anstalten von mir, soviel ich übersehen kann, bis auf den Grund ausgebeutet worden sind. In Düsseldorf bot namentlich das kur-kölnische Archiv höchst bedeutsames Material in großer Menge, der jülich-bergische Bestand weniger, aber noch werthvolleres. Hingewiesen sei bezüglich des letzteren allein schon auf den, freilich auch lückenhaften,

Digitized by Google

Briefwechsel des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm mit Boineburg. Das cleve-märkische Archiv hingegen versagte jede Auskunft. Das kur-trierische Archiv in Koblenz ist durch harte Schicksale arg gelichtet und steuerte wenige, aber dankenswerthe Beiträge zu. Reichlich dagegen strömte herrliches, noch völlig unberührtes, nicht selten die Vorgänge ganz allein aufklärendes Material aus dem Staats-Archive in Münster, auf dessen ungemein wichtige Bedeutung für die hier behandelte Epoche ganz besonders hingewiesen sei. Das Geheime Staats-Archiv in Berlin und das Staats-Archiv in Hannover wurden gründlich durchforscht. Auch das marburger Archiv hat aus seinen kasseler Beständen bedeutende Aufschlüsse zutage gefördert. In Wiesbaden kamen insbesondere die dort reichlich vorhandenen ober-rheinischen Kreistagsakten nassau-usingischer und weilburgischer Provenienz dem Werke zustatten.

Die Archive in Wien, Paris und Stockholm zu benutzen, war mir nicht möglich. Dies kann meiner Arbeit zum Vorwurfe gereichen. Sollte ich aber das in den genannten deutschen Archiven gesammelte, fast überwältigende Material auf ganz unabsehbare Zeit nicht unbenutzt lassen, mußte ich mich trotzdem zum Werke schicken. Man wird auch so hoffentlich ein klares Bild gewinnen, obschon der weiteren Forschung noch Raum genug übrig bleibt. Was in Wien aus den alten kur-mainzischen Akten für meine Zwecke zu holen gewesen wäre — und dessen ist wenig genug — habe ich durch die Güte des Herrn v. Arneth, welcher mir ein Verzeichniß davon gesandt, in Erfahrung gebracht; es ist nichts darunter, was nicht schon in den anderen deutschen Archiven vorhanden wäre. Auf die Bedeutung des münchener Geheimen Staats-Archives [1] ist man neuerdings für den vorliegenden Zeitabschnitt durch die tüchtige Arbeit G. Heide's (die Wahl Leopolds I. zum römischen Kaiser, Forschgen. Band 25) aufmerksam geworden, die ich leider erst benutzen konnte, als bereits mein Manuskript druckfertig vorlag. Diese Bedeutung steigt noch bei Kenntnißnahme der erst in eben diesen Tagen erschienenen kurzen, aber inhaltsreichen Arbeit von Oskar Krebs (Beiträge zur Geschichte der Politik der Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm und Philipp Wilhelm von Neuburg i. d. J. 1630—60. In der Zeitschrift des historischen

[1] Im münchener Reichsarchive blieben die auf dankenswerthe Veranlassung des Herrn v. Löher für meine Zwecke angestellten Nachforschungen ohne Ergebniß.

Digitized by Google

Vereins für Schwaben und Neuburg, Jahrg. 1886), welche ganz auf Archivalien des münchener Geh. Staats-Archives beruht und meiner Darstellung manches hellere Licht aufgesetzt haben würde, wenn sie nur einige Wochen eher erschienen wäre; wie es mir gleichermaßen ergangen ist mit der soeben zutage getretenen schönen Abhandlung Wilhelm Arndt's (Zur Vorgeschichte der Wahl Leopold I.) in den „Historischen Aufsätzen, dem Andenken an Georg Waitz gewidmet", einer Frucht von Studien im wiener Archive.

Dahingegen durfte ich es als einen besonderen Glücksumstand begrüßen, daß eben zu der Zeit, als ich den archivalischen Stoff für meine Arbeit zusammenzutragen begann, die einschlägigen Werke der beiden französischen Forscher Valfrey[1] und Chéruel[2] erschienen, deren Ergebnisse, so lückenhaft sie immerhin noch sind, mir trefflich zustatten kamen. Noch erfreulicher gestaltete sich die Sachlage, als dann während des weiteren Verlaufes meiner Arbeit das treffliche Köcher'sche Buch (Geschichte von Hannover und Braunschweig, 1. Theil, Band 20 der Publikationen aus den kgl. preußischen Staats-Archiven, Leipzig 1884) und der VIII. Band des für die Geschichte des 17. Jahrhunderts immer unentbehrlicher werdenden und auch sonst von mir lebhaft benutzten Quellenwerkes „Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg" erschienen, von denen das erstere die Geschichte des Rheinbundes, wenn auch nur vom Standpunkte der Politik des Hauses Braunschweig, höchst liebevoll behandelt, während die andere Veröffentlichung das auf den Rheinbund bezügliche Material des berliner Archives, obschon mit Auswahl, zutage fördert. Beide Werke haben, wie ich mit Dank anerkenne, meiner Darstellung nicht wenig genutzt, dieselbe jedoch keineswegs überflüssig gemacht, wie ich glauben will; sie boten auch einen trefflichen Prüfstein für die Vollständigkeit des von mir gesammelten Stoffes, der den ihrigen, wie man sich leicht überzeugen kann, an Fülle nicht selten übertrifft.

Was ich sonst an Litteratur benutzt habe, findet sich in den Anmerkungen angezogen. Die Hauptsache blieb mir jedoch stets der unmittelbare Verkehr mit den Archivalien.

---

[1] Hugues de Lionne, ses ambassades en Espagne et en Allemagne, Paris 1881.
[2] Histoire de France sous le ministère de Mazarin, tome II et III, Paris 1882.

Digitized by Google

Es ist mir eine angenehme Pflicht, nach verschiedenen Seiten hin lebhaftesten Dankesempfindungen Ausdruck zu geben. Das Erscheinen der Arbeit wurde nur ermöglicht durch die Munificenz des Chefs der preußischen Archivverwaltung, Hrn. Geh. Ober-Regierungs-Rathes v. Sybel, sowie diejenige des hochherzigen Förderers rheinländischer Geschichtsforschung, Herrn Geh. Kommercienrathes v. Mevissen zu Köln. Ihnen gebührt für diese Unterstützung in erster Reihe mein Dank. Dann gedenke ich mit freudiger Anerkennung der liebenswürdigen Bemühungen aller derjenigen Archivvorstände und Kollegen, welche meine Arbeit so wesentlich gefördert haben. Auch habe ich den Herren Professoren Hofrath Erdmannsdörffer in Heidelberg, Lamprecht in Bonn und Arndt in Leipzig für ihre freundliche und fördernde Theilnahme meinen aufrichtigsten Dank abzustatten, dem Letzteren noch ganz besonders für die mühevolle Arbeit einer letzten Revision der Korrekturen.

Marburg, im September 1886.

E. Joachim.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

1. Der kur-rheinische Kreisreceß vom 21. März 1651. 1
2. Erweiterungspläne. 12
3. Neue Ansätze 1651—1654. 15
4. Die Allianz vom 15. December 1654 22
5. Bis zur Konvention zu Frankfurt a. M. vom 11. August 1655. 42
6. Gefahr im Nordwesten 62
7. Bundeskonferenzen zu Köln, Januar bis März 1656. 67
8. Kölnischer Receß vom 24. September 1656. 76
9. Konferenz zu Koblenz. December 1656 und Januar 1657. 81
10. Noch einmal die Gefahr im Nordwesten. 87
11. Das bayrische Projekt. 90
12. Das niederländische Projekt 118
13. Anbahnung mit den Häusern Hessen-Kassel und Braunschweig-Lüneburg. 142
14. Braunschweig und Hessen-Kassel nehmen die Einladung bedingungsweise an. 170
15. Die Resolution der Invitanten. 185
16. Weitere Erklärung der Invitirten. Hemmungsversuche der Kaiserlichen. . 193
17. Bis zum Beginne der Hauptverhandlungen. 202
18. Schweden bis zum Beginne der Hauptverhandlungen. 211
19. Brandenburg bis zum Beginn der Hauptverhandlungen. 222
20. Anknüpfung mit Frankreich. 242
21. Die Aufnahme der Hauptverhandlungen. Frage wegen Zulassung der Vertreter Schwedens und Brandenburgs 261
22. Schwierigkeiten wegen Brandenburg. Frankreich. 273
23. Wiederaufnahme der Verhandlungen unter Zuziehung der schwedischen und brandenburgischen Vertreter. Stimmungen im October 1657. 283
24. Die ersten Berathungen über den neuen Bundesreceß. Gegensätze. . . . 292
25. Die Sitzung vom 16. November 1657. Zwischenfälle. 302
26. Fortgang der Verhandlungen. 311
27. Die erste Neufassung des Recesses. 317

Digitized by Google

28. Die Lage am Schluſſe des Jahres 1657. 326
29. Sonderangelegenheiten der kölniſchen Ligiſten. Verlängerung des kölniſchen Bundes auf drei weitere Jahre. 340
30. Die Franzoſen. 351
31. Während der großen Pauſe in den erſten drei Monaten des Jahres 1658. 382
32. Wiedereröffnung der Verhandlungen. Der zweite Entwurf zum Receſſe. 406
33. Schwierigkeiten wegen der Krone Schweden. 422
34. Verhandlungen über den franzöſiſchen Bundesvertrag. 444
35. Der Schluß. 470

Digitized by Google

REESE LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF
CALIFORNIA

1.

Der kur-rheinische Kreisreceß vom 21. März 1651.

Durch die Verträge von Münster und Osnabrück war nach dreißigjährigen Kämpfen dem deutschen Lande dem Namen nach wohl der Friede gegeben, damit aber noch keineswegs diejenige volle Ruhe, deren es so sehr bedurfte. Besonders der Westen des Reiches blieb noch auf viele Jahre hinaus der Tummelplatz für die Soldateska derjenigen Gewalten, welchen der große Krieg einen so verhängnißvollen Einfluß auf die Geschicke des deutschen Volkes verschafft hatte.

Im Cleve'schen lagen die staatischen Garnisonen, immerhin die unschädlichsten von allen, im Jülich'schen und anderwärts die Spanier und vielfach in den Plätzen der rheinischen Lande zerstreut französische, lothringische, kaiserliche Besatzungen, welche bei mannigfachen Streifereien hart und grausam schalteten, gleichsam als wenn es kein Friedensinstrument auf der Welt gäbe. Und für eine dieser Mächte hatte dasselbe überhaupt gar keine Geltung — Spanien, welches noch in hartem Ringen mit der Krone Frankreich verstrickt war.

Die Wellen, welche dieser Sturm aufrührte, drohten wiederholt aus den burgundischen Landen in die benachbarten Reichskreise herüberzuschlagen.

Die tiefsten Besorgnisse und oft den blassen Schrecken flößte den Fürsten und Völkern der Westmarken, die nach den trostlosen Zeiten des Krieges kaum noch die Kraft besaßen aufzuathmen, der Name des Herzogs Karl von Lothringen ein. Durch die Franzosen war er seines Landes beraubt worden und hatte es im Frieden wiederzuerlangen nicht vermocht. Er drang nun auf Entschädigung und belästigte, in einem eigenthümlichen losen Dienstverhältniß zu den Spaniern stehend, zum Theil auch auf eigene Hand mit seinem ansehnlichen Kriegsheere die Grenzregionen des Reiches, indem er darin seine Völker nach Herzens-

luſt rauben und brandſchatzen ließ.[1] Er hielt Homburg im Weſtrich, den ſickingiſchen Landſtuhl, das naſſauiſche Saarwerden, den trieriſchen Hammerſtein und Falkenſtein gleichſam als Pfand für ſeine Forderungen an's Reich feſt — und unſelige Gewaltthaten verübten von dort aus ſeine Söldner in näherer oder weiterer Umgebung dieſer Plätze. Der Einlagerungen, Kontributionen und Exekutionen war kein Ende.

In Frankenthal bei Worms lagen die Spanier und konnte die Evakuation dieſer Veſte trotz allen angewendeten Fleißes des Kurfürſten von der Pfalz und der dabei intereſſirten Stände des ober-rheiniſchen Kreiſes, denen zum großen Theile die Verpflegung der Garniſon oblag, jahrelang nicht erreicht werden.

Auch die franzöſiſchen Heeresabtheilungen von der Rheinarmee Turenne's ſchafften trotz der Garantie, welche Frankreich für den Frieden im Inſtrument übernommen, den bedrängten rheiniſchen Landen noch genug Trübſal: denn erſt ganz allmählich räumten ſie die beim Schluſſe des Krieges feſtbehaltenen Plätze.

Noch oft alſo erſchollen in den Thälern der Moſel und Saar und auf den rauhen Hochebenen des Hunsrück und der Eifel Waffenklang und Jammerruf, rötheten unheimliche Flammen den nächtlichen Himmel. Das Traurigſte dabei aber war doch, daß die Herren jener Länder dieſem Treiben ſo gar ohnmächtig gegenüberſtanden, den armen, gequälten Unterthanen keinen Schutz gewähren konnten. Die waffenfähigen Männer waren dahingerafft, fortgezogen mit den Heerſchaaren der Kaiſerlichen, Franzoſen oder Schweden, verdorben, geſtorben auf blutgetränktem Blachfelde oder auf eigener Hofraithe erſchlagen von raubluſtigen Merodebrüdern. Die Dörfer wüſt und verlaſſen, die Felder theilweiſe unbebaut und durch Mangel an Kultur verödet, der Viehſtand von Grund aus ruinirt. Und nirgends Geld zur Abhülfe dieſer troſtloſen Zuſtände; das wenige, was davon noch vorhanden, ſchleppten die Fremden hinweg, zumal die Schweden, die ſich im Friedensinſtrument noch fünf Millionen ausbedungen hatten, von welchen allein dem kur-rheiniſchen Kreiſe 725 446 fl. und dem ober-rheiniſchen 1 254 894 fl. zu leiſten auferlegt wurde. Ein Zuſtand der tiefſten Ermattung und Ohnmacht.

Da iſt es denn ein Beweis von dem trotz alledem geſund gebliebenen Sinne unſeres Volkes, von dem ungebrochenen Muthe des deutſchen Geiſtes, daß man in den Klagen hierüber nicht unterging, ſondern bei zeiten wenigſtens den guten Willen zeigte, ſich aus dieſem Elend zu erheben und vor allem auch den erwähnten Gewaltthaten, ſo gut es eben gehen möchte, entgegenzutreten.

[1] Dieſer Zuſtand iſt trefflich geſchildert bei Droyſen, Geſch. d. preuß. Politik, III. 2. S. 90.

Schon im Jahre 1650 regt sich zu Nürnberg, wo man über die Exekution der Friedensbestimmungen sich zu vereinigen die Mühe gab, die Stimmung zur Abwendung der vielen Belästigungen jener Art mit bewehrter Hand. Es verlautet wenigstens, daß einige deutsche Reichsstände, unter denen besonders Kur-Mainz und Kur-Bayern genannt werden, im Unwillen darüber, daß sich die Herausgabe Frankenthals so lange verzögerte, Neigung verrathen hätten, eine Armee von 18000 Mann auf die Beine zu bringen, um nicht nur jene und andere von den Spaniern und Lothringern noch besetzte Plätze zu befreien, sondern auch „sich vor männiglich, so dem römischen Reich einige Unruhe und Ungelegenheit zu kausiren sich unterstehen würde, zu defendiren." Man konnte sich jedoch, wie üblich, nicht einigen und es kam deshalb zu keinem Beschluß.

Indessen mußte doch auf die vielen Klagen, welche von den Fürsten und Ständen der westlichen Reichslande auf amtlichem Wege vor die Nürnberger Versammlung gebracht wurden, ein Bescheid gegeben werden, welcher am 30. Juli 1650 dahin lautete, daß dem Kurfürsten Johann Philipp von Mainz an Hand gegeben würde, zu veranlassen, „daß die Angehörigen der beiden Kreise Kur- und Ober-Rhein, wie auch andere wegen der Vicinität und sonst daher beschwerte Kurfürsten und Stände nach Anleitung der Reichskonstitutionen und Exekutionsordnung sich zusammenthun möchten," um sich über Mittel und Wege zur Rettung aus gegenwärtigem Uebelstand zu bereden und zu vergleichen.[1]

Erstaunlich bald beeilte sich der ober-rheinische Kreis, zuerst diesem Winke zu folgen. Gerade seinen Ständen zumeist saß die Noth freilich auf den Schultern; kein Wunder, daß man auf die sonst übliche Trägheit in Kreisangelegenheiten verzichtete und dem Kurfürsten von Mainz, der übrigens wegen Königstein ein Mitstand war, noch zuvorkam. Denn schon auf den 17. August wurde von den ausschreibenden Fürsten, Bischof Anton von Worms und Pfalzgraf Ludwig Philipp von Simmern zu Lautern, nach Worms ein Kreistag ausgeschrieben, allwo man auf Proposition vom 24. August zu Berathungen schritt, welche, trotzdem die Ansichten mannigfach auseinandergingen,[2] schließlich zu dem Kreisabschied vom 3. September 1650 gediehen, der das so sehnlich erstrebte Defensionswerk, wie man es nannte, zunächst wenigstens auf dem Papier, enthielt.[3]

---

[1] v. Meiern, Nürnberg. Friedens-Exekutionshandlungen II, 641. Köcher, Gesch. von Hannover und Braunschweig, Bd. XX der Publik. a. d. k. preuß. Staatsarchiven. S. 21.

[2] Köcher S. 21 erwähnt namentlich den Protest d. Landgr. Georg v. Darmstadt.

[3] Gedr. im Auszug bei J. A. Kopp, Association der vorderen Reichskreise, Frankf. 1739, Anlage I. Vollständig erhalten in Abschrift im St.-A. Wiesbaden.

Danach will man zunächst trotz der bisherigen üblen Erfahrungen es nochmals mit gütlichen Mitteln versuchen, jene Gefahren abzuwenden, mit schriftlichen oder mündlichen Unterhandlungen mit dem Kaiser, dem Nürnberger Konvent, dem Erzherzog Leopold Wilhelm, spanischem Statthalter in den Niederlanden, sowie dem Herzog von Lothringen selbst; aber auch sich mit den kur-rheinischen und anderen Kreisen in's Einvernehmen setzen behufs gemeinsamer Berathungen über die Mittel zur Abwendung dessen, worüber man mit Recht so schwer seufzte. Für den Fall, daß der kur-rheinische Kreis alle friedlichen Mittel als nicht mehr zulänglich von der Hand weisen sollte, wäre auf ein mit demselben zu vereinbarendes gemeinsames Defensionswerk zu gehen und darüber Berathung zu pflegen.

Zu diesem Zwecke solle der ober-rheinische Kreis schon jetzt sich in Verfassung stellen mit einem Korps von etwa 2000 Mann, zu welchem jeder Stand nach Verhältniß des Römerzuges und der Reichsmatrikel beizutragen habe, damit dem Nothleidenden auf allen Fall beigesprungen und alle unbillige Gewalt gesamter Hand abgewehrt werden könne.

Zu den in dieser Weise in Aussicht genommenen Berathungen mit dem kur-rheinischen Kreise deputirte man den Bischof von Worms, den Pfalzgrafen von Veldenz, den Grafen von Hanau und die Reichsstadt Frankfurt. Von den Kur-Rheinischen war unterdessen auch ein Kreistag auf den 2. Sept., und zwar nach Frankfurt a./M. ausgeschrieben worden. Der Zusammentritt desselben verzögerte sich aber durch den Todesfall des Kurfürsten von Köln. Am 19. November wurde die Versammlung eröffnet unter dem Eindruck neuerdings auftauchender Gerüchte von Vorbereitungen des Herzogs von Lothringen und des Marschalls Turenne zur Beziehung von Winterquartieren auf des Reiches Boden. Die Angst vor neuen kriegerischen Verwicklungen mehrte sich, als man von den Drohungen der Franzosen, die sie zu Nürnberg fallen ließen, vernahm, wonach man befürchten durfte, daß sie im Unwillen über die heimliche Unterstützung ihrer Feinde der Spanier durch das Haus Oesterreich den Krieg auf's neue ganz nach Deutschland hinüberspielen könnten. Als nun wirklich die Lothringer in einzelnen Abtheilungen rücksichtslos die Winterquartiere auf deutschem Boden bezogen und die von den Garnisonen der noch innebehaltenen Plätze je öfter desto schonungsloser unternommenen Raubzüge und sonstigen Bedrückungen immer lästiger empfunden wurden — da vernahm man seitens der Kur-Rheinischen die von der ober-rheinischen Deputation am 12. December bei ihnen abgelegte Proposition mit willigem Ohr.

Die Sprache der Ober-Rheinischen ließ an Muth und heiligem patriotischen Feuer nichts zu wünschen übrig und gipfelte ihr Vortrag

in der Bitte um die so hochbenöthigte Mitwirkung zu einer wirklichen Kreisdefensionsverfassung.

Am 20. December begannen die Verhandlungen. In ihrer Antwort auf die Proposition erklärten die Kur-Rheinischen durch den kurmainzischen Deputirten Dr. Krebs von vornherein, daß sie eine Truppenstärke von 2000 Mann für den ober-rheinischen Kreis bei dessen großer Ausdehnung für nicht genügend erachteten; unter 5—6000 Mann könne die Anstalt nicht gemacht werden.[1] Bei den ferneren Berathungen handelte es sich hauptsächlich um diesen Punkt, worin die Ober-Rheinischen zu keinem Zugeständniß sich verstehen wollten, schon weil in der That die Kräfte der einzelnen Stände nicht weiter reichen mochten, weshalb einige von ihnen schon zu Worms nicht nur schwierig in dieser ganzen Defensionsfrage, sondern sogar geradezu verneinend sich verhalten hatten.[2]

Als zweites Moment tauchte dann auf die Frage wegen Hinzuziehung benachbarter Reichskreise, namentlich Franken, Schwaben und Westphalen. Schon sprach man in hohen Tönen von einer Generalgarantie.

Schriftliches Verhandeln lehnten die Kur-Rheinischen ab. In der Kontingentsfrage blieben auch sie starr auf ihrer Forderung bestehen. Die Ober-Rheinischen versprachen, an die Prinzipale zu referiren und sich Instruktionen hierüber zu erholen, die, wie dies so oft der Fall zu sein pflegte, ausblieben. Endlich im Januar 1651 gaben die Kur-Rheinischen nach. Daraufhin erging sofort vom ober-rheinischen Kreise an seine Stände die Aufforderung zur Aufstellung ihrer Quoten. Der Landgraf Wilhelm von Kassel, obwohl am weitesten von der Gefahr entfernt, erklärte von allen zuerst seine Bereitwilligkeit hierzu sowohl, wie zur Zahlung der ausgeschriebenen anderthalb Römermonate.

Die andere Frage wegen Einladung der drei anderen Kreise beschäftigte die Unterhandelnden noch im December 1650; an ihr nahm ein ganz besonderes Interesse der neue Kurfürst von Köln, Maximilian Heinrich von Bayern, welcher in dem ihm gleichfalls unterstehenden Bisthum Lüttich schweren Beunruhigungen durch den Lothringer ausgesetzt war — und Lüttich gehörte zum westphälischen Kreise. Es gingen an die drei genannten Kreise am 30. December Einladungen ab zur Theilnahme an diesen Defensionsberathungen, im Namen der beiden Kreise Ober- und Kur-Rhein.

---

[1] Wurde doch das Heer des Lothringers allein auf 5000 Mann geschätzt.

[2] So viel ich sehe, war überhaupt nur der Bischof von Worms damals für eine größere Machtentfaltung von Kreises wegen.

Dem Rufe Folge zu leisten, beeilten sich jene nicht.[1] Zu gleicher Zeit wurde auch eine Anzeige von diesen gemeinschaftlichen Berathungen dem Kaiser erstattet.

Da man wegen dessen Sympathien für Spanien annehmen durfte, daß ihm Derartiges nicht sehr genehm sein würde, vergaß man nicht, besondere Versicherungen beizufügen, daß man sich nur zur Vertheidigung, durchaus aber zu keines Menschen Offension rüste und allezeit innerhalb der Grenzen der Reichskonstitutionen, des Friedensinstruments und der Exekutionsordnung sich halten werde.

Dies das Wesentliche aus den Verhandlungen, die sich schleppend bis in den März 1651 hineinzogen. Den Kur-Rheinischen währte schließlich die Sache zu lange.[2] Nachdem sie sich vorher noch mit den Ober-Rheinischen über die Abfertigung gemeinschaftlicher Abmahnungsschreiben an den französischen Marschall de la Ferté-Seneterre, den lothringischen Generalmajor Grott und die lothringischen Surintendanten zu Bitsch und Epinal verglichen, brachten sie unter sich einen besonderen Receß zu Stande, welcher einer näheren Betrachtung unterzogen zu werden verdient.

Von den kur-rheinischen Ständen waren damals nur noch die drei geistlichen Kurfürsten, Mainz, Trier und Köln in Frankfurt vertreten. Andere, wie die Ballei Koblenz und Nieder-Ysenburg hatten sich von Anfang an in der Defensionsfrage lau gezeigt; Kur-Pfalz hatte Anfang März unter dem Vorwande, daß es erst wegen Evakuation der Festung Frankenthal Versicherung haben und vorher die Genehmigung des Kaisers zu dem ganzen Werk eintreffen müsse, sich zurückgezogen. Nichtsdestoweniger entschlossen sich die Deputirten der drei geistlichen Kurfürsten, für sich den Receß zu vollziehen. Dies geschah am 21. März 1651.

Der Receß selbst nimmt ausdrücklich den Beitritt des ober-rheinischen Kreises zu dem Defensionswerk noch in Aussicht und giebt demnach in den ersten Paragraphen gewissermaßen ein Referat über den bisherigen Verlauf der gemeinschaftlichen Berathungen. Zur gegenseitigen Unterstützung in Nothfällen habe der ober-rheinische Kreis 1700 Mann zu Fuß und 300 Reiter auf den Beinen zu halten versprochen, während die Gegenleistung der Kur-Rheinischen so viel betragen solle, als der Anschlag von ein und einem Neuntel Römermonat. Jedes Kontingent

---

[1] Ueber die ablehnende Haltung des schwäbischen Kreises und des Herzogs von Württemberg vgl. Köcher S. 22 nach Sattler, Herzoge v. W. IX. § 59.

[2] Als Haupthinderungsgrund des Fortschreitens der Verhandlungen werden Differenzen innerhalb des ober-rheinischen Kreises mit der Städtebank genannt, als Hauptmotiv für den besonderen Abschluß ohne die Ober-Rheinischen der Einbruch lothringischer und französischer Völker in die kur-rheinischen Lande angeführt.

solle von Kreises wegen seinen besonderen Direktor erhalten, worüber man sich noch werde zu vergleichen haben. Die festen Plätze solle jeder Kreis selbst nach Nothdurft versehen und zu diesem Zweck Jeder seine Unterthanen bewehrt machen und in Bereitschaft halten.

Auf den Fall, daß einer der kur-rheinischen Stände angegriffen würde, will man — und hiermit beginnen die Separatabmachungen der Kur-Rheinischen — demselben entweder mit der in diesem Receß verglichenen völligen Mannschaft oder aber, wenn beider rheinischen Kreise Völker vereinigt im Feld stehen müssen, mit derjenigen die Hülfe leisten, welche nach Abzug des zur gemeinschaftlichen Operation bestimmten Kontingents übrig bleibt. Die Besoldung und Verpflegung der Truppen übernimmt Jeder für seinen Antheil auf eigene Kosten, wobei nur dem Kurfürsten von Trier wegen seiner besonders bedrängten Verhältnisse eine Erleichterung gewährt wurde. Hierauf folgen Bestimmungen über Einquartierung und dabei von den Territorialherren zu gewährende Vergünstigungen für die Truppen und die dafür von diesen zu beobachtende Ordnung und Manneszucht. Der Oberbefehl gebührt demjenigen welchem auf sein Anrufen die Hülfe zugesendet wird, indessen soll jedem der Konkurrenten freistehen, einen Kommissar mit beizugeben. Dieser hat in allen Fragen eine berathende Stimme. Doch bleibt, um allen hieraus etwa entstehenden Uneinigkeiten vorzubeugen, die demnächst zu treffende Vereinbarung über Aufstellung eines besonderen Oberdirektoriums vorbehalten und in Aussicht gestellt, an dessen statt inzwischen ein Ausschuß einzelner von jedem der Kurfürsten zu ernennenden Kriegsräthe in Mainz zusammentreten soll, gleichsam ein Gesamtkriegsrath, der in allen militärischen Bundesfragen im Namen der Herren die Entscheidung fällen soll.

Der Beitritt anderer Stände aus anderen Kreisen ist verstattet und soll hierüber der Kurfürst von Mainz unter Beirath des erwähnten Ausschusses gutbefinden und Beschluß fassen. Den übrigen Ständen des kur-rheinischen Kreises (welche diesen Vertrag ja nicht mit vollzogen, weshalb immer nur von den vier Kurfürsten die Rede ist) werde nach gebührender Kommunikation unter den Kurfürsten der nöthige Beistand nicht versagt werden. Bei dem Anschlag der Kontingente hat man von der Reichsmatrikel ganz abgesehen und sich unpräjudicirlich dahin verglichen, daß Mainz 100 Mann zu Roß und 702 zu Fuß, Trier 55 z. R. und 360 z. F., Köln 100 z. R. und 701 z. F., Pfalz 50 z. R. und 340 z. F. stellen und unterhalten sollen. Da Kur-Pfalz wegen seiner Frankenthal-Heilbronnischen Garnisonsangelegenheit sich von dem Defensionswerk zurückgezogen, habe man eine Abschickung nach Heidelberg gethan, deren Erfolg noch abzuwarten stehe und auch abgewartet worden

wäre, wenn nicht des kur-kölnischen Gesandten Abreise nothwendig geworden und vorher das Werk zur Richtigkeit hätte gebracht werden müssen: doch solle dem Kurfürsten Pfalzgrafen, wenn er die obige Veranlagung unbedingt annehme, der Beitritt jederzeit offen stehen. Schließlich wird noch vereinbart, dem Kaiser die gebührende Kenntniß zu geben, und das gemeinschaftliche Defensionswerk mit dem ober-rheinischen Kreise sowohl, wie auch mit den Kreisen Franken, Schwaben und Westphalen trotz der Abwesenheit des kölnischen Gesandten weiter zu betreiben, zumal da man der Beistimmung des Kurfürsten von Köln zu allen derartigen Abmachungen sicher sei.

Vollzogen ist dieser Receß[1] im Namen des Kurfürsten von Mainz durch den Geheimen Rath Johann Philipp von Vorburg, des Kurfürsten von Köln durch den Hofrath Johann Christoph Aldenhoven und des Kurfürsten von Trier durch den Vicekanzler Jakob Graß, Diplomaten, deren beiden ersten wir noch öfters begegnen werden.

Es fällt in die Augen, daß dieser Receß nicht schlechthin ein Kreisabschied genannt werden kann, obwohl die Verfasser ihn als nichts anderes angesehen wissen wollen. Thatsächlich ist er ein von drei (allerdings den mächtigsten) Kreisangehörigen vereinbarter Partikulardefensionsvergleich. Kur-Pfalz hatte trotz seiner Theilnahme an den Verhandlungen nicht mit geschlossen und ist, vermuthlich weil es einsah, daß der Vergleich dem Kaiser nicht genehm sein werde, dessen Politik zu durchkreuzen es grundsätzlich vermied, dem Receß niemals beigetreten.[2] Die geringeren Mitstände hatten sich vor dem Abschluß des Recesses aus Frankfurt entfernt. Man wollte sie zwar gegebenen Falles von der Assistenz nicht ausschließen, schon weil man dies eben auf grund der geltenden Reichssatzungen nicht durfte, hielt es jedoch aus Mißvergnügen über ihre hierbei bewiesene Kaltsinnigkeit oder aus Geringschätzung für überflüssig, ihnen den speciellen Beitritt vorzubehalten oder sich darum noch ferner zu bemühen. Ferner unterscheidet dieser kur-rheinische Receß von 1651 sich auch dadurch von den sonst üblichen Kreisverfassungen, daß man ausdrücklich die Hinzuziehung Benachbarter aus anderen Kreisen in's Auge nahm. Und ist demnach derselbe als ein besonderer Bundes-

---

[1] Abschrift im St.-A. Düsseldorf.

[2] Demnach ist eine Aeußerung des kur-mainzischen Gesandten Wehl auf dem Regensburger Reichstag zu dem kur-brandbg. Blumenthal im März 1653, daß Kur-Pfalz auf Grund dieser Defensionsverfassung seine Völker zur Assistenz für das von dem Lothringer bedrängte Köln bei einander habe (Urkk. u. Akten z. Gesch. des Kurf. F. W. v. Brdbg. [U. A.] VI, 196) wohl nur als eine Vorspiegelung anzusehen, deren Wehl sich wahrscheinlich nur in der Absicht bediente, um mit dieser Allianz einen gewissen Eindruck zu machen.

vertrag aufzufassen und, wie weiter unten klarer zu Tage treten wird, als der erste wahre Vorläufer des Rheinbundes vom Jahre 1658 anzusehen.[1]

Deshalb werden wir für unsern Zweck uns auch nicht erst bei dem zwischen Kur- und Ober-Rhein doch endlich noch zu stande gekommenen gemeinschaftlichen Receß vom 2. (12.) April 1651 aufhalten dürfen, zumal da er (bis auf die Bestimmung, daß bis zum 15. Mai die Kontingente bereit stehen sollen) mit den ersten Paragraphen des kur-rheinischen gleich lautet. Erwähnenswerth möchte nur der Zusatz sein, daß die Deputirten in Frankfurt das Erscheinen der drei anderen Kreise, die man geladen, noch einige Zeit abwarten und einstweilen sehen sollen, wie sich die Exekution der Bestimmungen dieses gemeinschaftlichen Receßes veranlasse, über welche außerdem noch fernere Erörterungen zu veranstalten sein würden.[2] Der gemeinschaftliche Receß hat, so viel man zu erkennen vermag, niemals praktische Folgen gehabt und kann schon deshalb unsere Aufmerksamkeit nicht in demselben Grade in Anspruch nehmen wie der Schluß der Kur-Rheinischen.

Der Kaiser, wie wir noch hinzufügen müssen, hat auf jenes Notifikationsschreiben der beiden Kreise niemals eine Antwort ertheilt: ihm

---

[1] Schon Mignet (Négoc. rel. à la succession d'Espagne II. 13) und nach ihm Böhm, Der Rheinbund u. s. Gesch. (Ztschr. f. pr. Gesch. u. L. K. Jahrg. VI, S. 221) bezeichnen diesen Receß von 1651 als Vorläufer des Rheinbundes, ohne hiermit den Beifall Erdmannsdörffer's erringen zu können, welcher in einem kleinen Exkurse in seinem „Graf G. Fr. v. Waldeck" (S. 262—63 Anm. 3) diese Annahme verwirft, trotzdem er Näheres über das Bundesinstrument selbst nicht anzugeben vermag. Er bestreitet, daß diese Uebereinkunft den allgemeinen Charakter eines Defensionsbündnisses gehabt haben könne, sondern war nach ihm dieselbe „lediglich eine von den in dieser Zeit mehrfach vorkommenden Verbindungen zum Zweck der Durchführung der Friedensbestimmungen und der Anordnungen des Nürnberger Exekutionstages, vorzugsweise der Räumung der einzelnen Kreise von den schwedischen (die in Wirklichkeit gar nicht in Frage kamen. D. Verf.) und anderer Truppen, eine Verbindung, die von selbst mit Vollführung der Räumung erlosch." Mignet und Böhm irren freilich, wenn sie Bayern und Pfalz-Neuburg als Mitkontrahenten dieses Bundes aufführen; und damit fällt auch das Hauptmotiv Erdmannsdörffer's für seine Ansicht, welches er darin findet, daß Neuburg im sog. jülichschen Kriege i. J. 1651 von den Genossen dieser Allianz keine Hülfe requirirt habe. Nachdem nunmehr hier zum ersten Male über diese (nicht mehr vermeintliche) Allianz etwas Genaueres mitgetheilt wird, glaube ich hoffen zu dürfen, daß man Mignet trotz seiner Falsa doch wieder bezüglich der Vorläuferschaft zum Rheinbund Recht geben wird.

Vgl. Köcher S. 23, der zur selben Ansicht, unabhängig von mir, gekommen ist und seine Gedanken in ähnlicher Weise wie hier S. 198 Anm. 7 entwickelt.

[2] Gebr. Kopp a. a. O., Beilage II. Der Abdruck im Theatr. Europ. VII, 1 giebt den Entwurf ohne jene Klausel über die Bereithaltung der verglichenen Mannschaft bis Mitte Mai. Dieselbe wurde auf Drängen der Ober-Rheinischen eingerückt.

war eine derartige eigene Machtentfaltung seitens der Kreise, zumal mit der Spitze gegen Spanien und dessen Partisan, den Lothringer, durchaus unsympathisch.[1]

Die Frage, ob und in wie weit auch die drei mehrerwähnten benachbarten Kreise der Einladung zur Koalition gefolgt, kann uns hier nicht beschäftigen. Wir werden bald gewissen Verfassungsbestrebungen im westphälischen Kreise begegnen, welche mit den Tendenzen der kur-rheinischen Allianz von 1651 immerhin in einem gewissen Zusammenhange stehen. Die Kreise Schwaben und Franken dagegen als solche haben zunächst zu den rheinbündischen Projekten keine Beziehung gehabt; und ist überhaupt, wenn auch von Zeit zu Zeit die Frage der Kreisverfassungen immer wieder, besonders später auf dem regensburger Reichstage von 1653/54, auftauchte, keine derartige Vereinigung zu einem auch nur nennenswerthen Ergebniß gelangt außer eben dem kur-rheinischen Receß vom 21. März 1651, auf welchen unionslustige Fürsten später zurückgriffen.

Vom reichspolitischen Standpunkte aus läßt die Tendenz der kur-rheinischen Allianz im Ganzen als eine harmlose sich wohl auffassen. Man wollte einfach des gegenseitigen nachbarlichen Beistandes, der Hülfe, zu welcher von rechtswegen das Reichsoberhaupt verpflichtet war, ohne indessen zu ihrer Leistung die geringste Neigung zu verrathen, sich versichern; ein vorbereitender Akt der Nothwehr, wie er nicht nur im Friedensinstrument ausdrücklich gestattet, sondern durch die unruhigen Zustände an der Westgrenze des Reiches geradezu geboten war. Daß gegen irgendwen im Reiche selbst oder gegen dessen Spitze eine feindliche Absicht bei dieser Vereinigung bestand, dazu fehlt hier noch jeder Anhalt; wiewohl nicht bestritten werden soll, daß jeder der Kontrahenten in seinem Gesichtskreise in diesem trotz des feierlich besiegelten Friedensinstrumentes noch allgemein empfundenen Zustand der Unsicherheit und des Mißtrauens Aller gegen Alle seine argwöhnischen Gedanken hegen und im stillen hoffen mochte, gelegentlich dieser Allianz auch zur Assistenz gegen Andere als den vorerst am gefährlichsten und lästigsten erscheinenden Abenteurer und dessen Konsorten sich bedienen zu können. Denn speziell bei den geistlichen Reichsfürsten war gerade die Erinnerung an die Säkularisationen des Friedens noch recht lebhaft und darum Angst und Unruhe noch in genügendem Grade vorhanden.

Einen großen Erfolg würde dieser Bundesvertrag wohl niemals

---

[1] In den mir vorliegenden Akten (St.-A. Wiesbaden) geschieht eines Schreibens des kaiserlichen Gesandten zu Madrid an die beiden rhein. Kreise Erwähnung, worin er von einer gemeinsamen Vereinigung abmahnte.

durch sich selbst erreicht haben, wie wir uns nicht verhehlen dürfen, wenn wir auf die äußerst geringe Stärke der vereinbarten Truppenmacht, ungefähr 300 Reiter und 2100 Mann Fußvolk, blicken, wobei der kur-pfälzische Antheil von vornherein überhaupt in Frage stand. Freilich hätte schlimmen Falles eine Erhöhung dieser Quoten eintreten können. Allein das Mißlichste war doch der Geldmangel, wie denn eben damals in den ersten Jahren nach dem Kriege eine gefährliche Geldkrise hereinbrach, welche auch thatsächlich wohl diese Allianz niemals zur wirklichen Leistung auch des Schwachen, was sie in Aussicht nahm, hat gelangen lassen.[1]

Welche Wirkung in die Ferne jedoch die Frankfurter Allianzverhandlungen ausübten, davon gibt außer einem Abmahnungsschreiben des kaiserlichen Gesandten zu Madrid noch Zeugniß ein zu Brüssel im Schwange gehendes Gerücht, welches freilich Wahres mit Falschem mengte, dem dortigen kur-brandenburgischen Residenten Staveren aber so beachtenswerth erschien, daß er es (am 9. März 1651) seinem Herrn mit mit den Worten mittheilte:

Le bruict court icy, que Leurs AA. EE. respectivement de Mayence, Coulogne, Vre. Alt. et le Seigneur Ducq de Nieubourg auroient à faire une ligue ensemble pour s'opposer contre toutes les forces estrangeres pour tout cas qu'il y pourroit arriver respectivement au territoire des dits Seigneurs et Princes. Le Seigneur Ducq de Lorraine y tesmoigne ung desplaisir extreme.[2]

---

[1] Noch 1653 versichert Wehl dem brandbg. Ges. Blumenthal in Regensburg, der Kurfürst von Mainz werde dem von Köln in seinen Nöthen gegen den Lothringer nur mit 2—300 Mann aushelfen. Aus der vorgehabten Verfassung der Oberkreise zu Frankfurt sei nichts Hauptsächliches geworden. Gleichwohl hätte der Kurkreis sich solcher Verfassung halber verglichen, inmaßen dann auch J. K. G. zu Mainz die ihr diesfalls zugekommene Quote an Völkern sofort geworben und auf den Beinen, auch mit theils derselben Kur-Köln für jetzt auf gewisse Zeit gewillfahrt, wie auch Kur-Pfalz die ihrigen bei einander hätten (s. oben); allein Trier und Köln hätten zur Werbung der ihnen zugekommenen Völker nicht kommen können, weil ihre Landstände nicht darein willigen wollen. Relation Blumenthals an den Kurf. v. Brdbg. vom 17. April. U. A. VI, 196.

[2] U. A. VI, 21. Droysen, a. a. O. III, 1, Anm. 325, nicht genau.

2.

Erweiterungspläne.

Am 26. März traf der kur-kölnische Rath Dr. Aldenhoven von Frankfurt wieder bei seinem Kurfürsten in dessen Residenz zu Bonn ein und brachte den von ihm mit zustande gebrachten Receß vom 21. des Monats mit. Er fand daselbst eine Gesandtschaft des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm von Neuburg vor mitten in lebhaften Unterhandlungen mit Maximilian Heinrich und dessen Räthen, unter denen der vornehmste der Obersthofmeister Franz Egon Graf zu Fürstenberg war. Mit dieser Gesandtschaft hatte es folgende Bewandtniß.[1]

Der fortwährenden Bedrängnisse durch den Lothringer müde, hatte das Domkapitel zu Trier in Vertretung des Kurfürsten Philipp Christoph sich zu dem Entschlusse ermannt, am 5. März den erzstiftischen Amtmann Oberst Lothar Ferdinand v. d. Leyen-Nickenich an den Kurfürsten von Köln und den Pfalzgrafen von Neuburg mit dem Auftrag zu senden, diesen dem Erzstifte nahe gesessenen Fürsten den Vorschlag einer gemeinsamen beständigen Verfassung zur Vertheidigung gegen die streifenden Völker und andere Vergewaltigungen zu unterbreiten; denn auf einen Schluß in den zwischen den kur- und ober-rheinischen Ständen zu Frankfurt obschwebenden Verhandlungen wäre ja doch wohl — so meinten die Herren — kein versicherter Verlaß zu machen.

Bei dem Kurfürsten von Köln sprach der Abgesandte zuerst vor. Maximilian Heinrich begrüßte den ihm gemachten Vorschlag mit Beifall, wies aber den Ueberbringer desselben unter der Erklärung, daß die beiden Kurfürstenthümer Trier und Köln sowohl mit ihrer geworbenen Mannschaft als auch den übrigen Landesunterthanen dem Werke allein nicht gewachsen seien, zunächst an den Pfalzgrafen von Neuburg (18. März). Am 20. März traf v. d. Leyen in Düsseldorf ein und entledigte sich seines Anbringens, auf welches ihm am 24. der Bescheid gegeben wurde, daß der Pfalzgraf schon vernommen habe, daß der Kurfürst von Köln in dieser Frage keinen Beschluß fassen wolle, bis er zuvor seine, des Pfalzgrafen, Ansicht hierüber vernommen habe, weshalb er zu den erforderlichen Beredungen vorerst seinen jülichschen Marschall Heinrich Freiherrn v. Waldbott zu Königsfeld und den Landhofmeister Johann Friedrich Freiherrn v. Schäßberg dorthin abzuordnen im Begriff sei, deren Aufgabe es namentlich sein werde, zu vernehmen, welche

[1] Nach Akten des St.-A. in Düsseldorf.

Eröffnungen in dieser Angelegenheit man dem Kurfürsten von Mainz zu machen haben werde: Erst wenn dieses geschehen, könne eine bestimmte Antwort an das Trierer Domkapitel erfolgen. Diese Abgeordneten hätten den Auftrag, von dem Ergebnisse der Berathungen mit Kur-Köln ihm, dem Obersten v. d. Leyen, allen wünschenswerthen Aufschluß zu geben. Wenn er dann nach Trier zurückkehre, möge er bei seinen Auftraggebern und dem Koadjutor unterbauen, daß der Kurfürst von Mainz zu diesen Verhandlungen mit hinzugezogen würde, worüber noch besonderer Bescheid gegeben werden solle. Dementsprechend lautete denn auch die Instruktion für Waldbott und Schäßberg, mit denen v. d. Leyen wieder zurückging. Außerdem erhielten sie noch den Auftrag, nebenbei auch die Hinzuziehung der Stadt Aachen, der Abtei Kornelimünster und der Grafen und Herren auf der Eifel zu betonen; vor Allen aber müsse Kur-Mainz mit in das Vertrauen gezogen werden. Die nöthigen Konferenzen wären so schleunig als möglich zu veranlassen.

Am 25. März trafen die neuburgischen Gesandten zu Bonn ein und erhielten Tags darauf beim Kurfürsten eine feierliche Audienz, bei welcher sie sich ihrer Proposition entledigten. Der Kurfürst drückte sein Wohlgefallen über das Entgegenkommen ihres Herrn aus und stellte ihnen für den Nachmittag seine Räthe zur Verfügung. Bei der Tafel, zu welcher jene zugezogen wurden, trank er auf das Wohl des Pfalzgrafen und seines Hauses. Mittlerweile war Aldenhoven aus Frankfurt eingetroffen, durch den man Einsicht in den daselbst vereinbarten Receß gewann, was die ganze Sachlage insofern veränderte, als der Kurfürst nunmehr besondere Besprechungen zwischen seinen und des Pfalzgrafen Räthen für überflüssig erklärte, da er jetzt durch diesen Vertrag gebunden sei, wohingegen er vorschlage, daß der Pfalzgraf demselben beitreten möge. Die Neuburgischen nahmen Kenntniß von dem Instrument. Sie versicherten, daß ihr Herr von den Verhandlungen zu Frankfurt keine Wissenschaft habe, sie demnach hierauf nicht instruirt seien. Doch fanden sie, daß der Receß „von ihres Herrn Meinung vielleicht nicht so gar different sein möchte." Ihre Mission war beendigt und sie zogen mit dem Bescheid heim, daß der Kurfürst zu weiteren Verhandlungen seinen Kämmerer Adolf v. Gymnich und den Licentiaten Düssel binnen Kurzem nach Düsseldorf dieser Angelegenheit halber abordnen würde. Was denn auch schon am 27. März geschah.

Der Kurfürst stellte in der That dem Pfalzgrafen einfach die Annahme der Frankfurter Abmachungen — „bei denen es ratione modi et formae keine Schwierigkeiten abgeben könne" — anheim mit der Bitte, hinsichtlich des Maßes seiner Hülfeleistung genügende Erklärungen ab-

zugeben, damit man den beabsichtigten Zweck der gemeinsamen Landesvertheidigung erreichen könne.[1]

Am 2. April erhielten Gymnich und Düssel ihre Abfertigung. Der Pfalzgraf erklärte, dem Frankfurter Schlusse getrost beitreten zu können und zu diesem gemeinnützigen Defensionswesen das Seinige wirklich beitragen zu wollen. Zwar hätte ihn die Bestimmung stutzig gemacht, daß man bei dem Kurfürsten von Mainz seinen Beitritt anmelden solle, aber, da Gymnich (der hierbei wohl von der Wahrheit abwich) ihn versichert habe, daß Mainz von diesen Verhandlungen schon unterrichtet sei und zweifelsohne die zwischen Köln und Neuburg getroffenen Abmachungen billigen werde, so wolle er hieran keinen Anstoß nehmen, zumal nach der ihm gegebenen Erklärung, „daß diese Defensionsvereinigung zu Niemandes Offension oder offenbarer Ruptur, auch nicht wegen Belagerung der Stadt Frankenthal noch sonst dahin angesehen sei, daß man mit der Krone Spanien brechen solle, sondern daß der vornehmste scopus dieser Verfassung eine einmüthige Zusammensetzung, Vertretung und Defendirung aller darin Konjugirten sei, sowohl gegen die Ausländischen, welche eines oder des andern Unirten Land und Leute feindlich attentiren würden, als auch gegen alle Anderen in und außer dem h. röm. Reich, welche einen oder andern Unirten zu graviren sich unterstehen würden." Er wolle von seinen Räthen etliche nach Mainz schicken, falls er gewiß sein dürfe, daß sie mit den Kurfürstlichen gleiches Votum haben sollten, und über seinen Beitrag zu den Bundesleistungen nach Verhältniß seines Länderbesitzes verhandeln lassen und seine Mannschaft alsdann zum Beistand für Denjenigen bereit halten, welcher zuerst darum in seiner Noth anhalten werde.

Es kam also, wie wir bemerken, dem Pfalzgrafen weniger auf eine Verwickelung mit der Krone Spanien an, gegen deren und ihres Parteigängers des Herzogs von Lothringen Gewaltthätigkeiten der Frankfurter Bund zunächst seine Spitze gerichtet hatte, sondern auf Hülfe gegen solche in und außer dem Reich, von denen er sich einer ganz besonderen Gefahr versehen zu dürfen vermeinte. Er hatte demnach bei diesen Verhandlungen seine besonderen Hintergedanken. Gymnich wird ihn verstanden haben: denn dieser wird es gewesen sein, der ihn versichert hatte,

[1] Er fügte noch die Bitte um Herleihung einiger Hundert Mann hinzu, zum Schutze des von dem Herzog von Lothringen hart bedrängten Stifts Lüttich. Wolfgang Wilhelm versicherte unter dem Hinweis auf das eigene Bedrängniß, nicht willfahren zu können, erbot sich aber zu einer Vermittelung bei dem Herzog auf diplomatischem Wege: auch ein neuer Beweis für die Beziehungen des Pfalzgrafen zu dem Lothringer, welche er wegen seines gespannten Verhältnisses zum Kurfürsten von Brandenburg angeknüpft hatte.

daß auch gegen dieſe heimlichen Widerſacher die Allianz gerichtet ſein werde, wiewohl in ſeiner Inſtruktion hiervon nichts zu leſen war. Ueberhaupt wurde wohl mündlich Manches beſprochen, was man dem Papier nicht anvertraute, wozu man ſich verbindlich zu machen kölniſcherſeits wohl gern vermied und auch vorläufig keinen ernſtlichen Anlaß ſah.

Einen weiteren Aufſchluß über dieſe Allianzverhandlungen mit Pfalz-Neuburg gewähren die Akten, ſoweit ſie mir zur Verfügung ſtanden, nicht. Die ganze Angelegenheit wird auch nicht weiter verfolgt worden ſein. Es traten bald darauf Ereigniſſe ein, welche ſolche Beſtrebungen zurücktreten ließen vor der ernſten Wirklichkeit. Der gefürchtete Fall, gegen welchen Wolfgang Wilhelm auch von dieſer Seite her, ſich rüſten zu müſſen glaubte, trat eher ein, als er vermuthen mochte, noch bevor der geplante Bund zur Thatſache wurde. Andere Umſtände ſchoben auch ſpäter noch die Verwirklichung derartiger Entwürfe für einige Zeit hinaus. Aber ein Anſatz war gegeben. Man durfte ſpäter bei günſtigeren Verhältniſſen den einmal geſponnenen Faden wieder aufnehmen.

Wolfgang Wilhelm hat die Gelegenheit dazu freilich nicht mehr erlebt; dafür aber hinterließ er einen Sohn, der vom erſten Augenblick ſeiner Regierung an auf ähnliche Pläne ſann und viele Jahre lang an nichts eifriger und leidenſchaftlicher gearbeitet hat, als an dem Zuſtandekommen eines Bundes, viel mächtiger und großartiger, als ihn in jenen Frühlingstagen des Jahres 1651 ſein Vater geträumt hatte.[1]

3.

Neue Anſätze 1651—1654.

Die ſpaniſch-franzöſiſchen Kriegsgefahren und dadurch hervorgerufenen Defenſionsbeſtrebungen traten in den Hintergrund, als das für den Niederrhein ſo verhängnißvolle lang glimmende Feuer der jülich-cleveſchen Erbfolgefrage unvermuthet neuerdings wieder zu hellen Flam-

[1] In einem mir vorliegenden Schreiben (St.-A. Wiesbaden) des Trierer Domkapitels an den Pfalzgrafen Ludwig Philipp v. Simmern (vom 28. März 1651) begegne ich dem Gerücht von gleichzeitigen Allianzverhandlungen des Kurfürſten von Köln mit Neuburg und mit Münſter, wofür ich ſonſt keinen Anhalt zu finden vermochte. Vermuthlich eben nur ein Gerücht, wie es zu einer Zeit, wo im Gefühl der Unſicherheit Alles nach Bündniſſen haſchte, nur allzu glaubhaft erſcheinen konnte.

men emporloderte und der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, gereizt durch das fanatische Vorgehen des leidenschaftlichen Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm gegen seine protestantischen Unterthanen im Jülich-Bergischen und gewarnt vor den geheimnißvollen Werbungen des noch unruhigeren Neuburgischen Erbprinzen Philipp Wilhelm den Krieg vom Zaune brach. Es kann hier nicht der Ort sein, auf diesen sog. jülich'schen Krieg vom Jahre 1651 näher einzugehen, welcher nach nicht allzublutigem Verlaufe mit einem verständigen Rückzuge des Kurfürsten endigte. Denn dieser hatte sich in seinen stillen Hoffnungen, die durch die oranische Frage ihm entfremdeten General-Staaten mit sich zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen gegen den Neuburger durch seinen ungestümen Losbruch fortreißen zu können, getäuscht gesehen.

Man mag von diesem Waffengange des Brandenburgers denken, was man will: der Erfolg war gegen ihn, vom allgemeinen Mißtrauen begleitet ging er aus dieser selbstgeschaffenen Verwickelung hervor. Die Besorgnisse des Pfalzgrafen, denen wir oben begegneten, welche er allerdings wohl kaum so lebhaft empfunden haben würde, wenn er nicht, wie man zu sagen pflegt, böser Liebe sich bewußt gewesen wäre, waren also nur allzuberechtigt gewesen. Gewiß hatte er damals schon, noch vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten, als er auf besondere Feinde in und außer dem Reiche hindeutete, niemanden anders gemeint, als den Kurfürsten Friedrich Wilhelm und wohl auch die Niederländer, deren Entscheidung damals noch zweifelhaft sein konnte, da die oranische Partei, mit welcher der Kurfürst in der engsten Verbindung zu bleiben einmals aufhörte, immerhin noch einen nicht zu unterschätzenden Anhang im Volke hatte und der Pfalzgraf aus mannigfachen Gründen eher auf ein feindliches Verhalten der Staaten als auf eine wohlwollende Neutralität, geschweige denn auf Beistand für den Fall eines Zusammenstoßes mit seinem alten Rivalen rechnen durfte. Daher hatte er denn auch auf ganz anderer Seite Hülfe gesucht und gefunden: bei dem Herzog Karl von Lothringen, also dem Manne, gegen dessen Ausschreitungen die Kur-Rheinischen sich verbunden und gerade auch bei ihm, dem Pfalzgrafen, Hülfe sich zu sichern versucht hatten — eine wunderbare Konstellation, welche bei ihnen nicht weniger Mißtrauen gegen dieses zweideutige Neuburg als gegen das jähgewaltsame Brandenburg erwecken mußte, vielleicht mit ein Grund dafür, daß nach Beseitigung der Kriegsgefahr dort am Niederrhein, auf's erste ähnliche Anlehnungsversuche wie jene im März 1651 von den Kur-Rheinischen nicht wieder beliebt wurden.

Naturgemäß wogen während jener Irrung bei den katholischen Nachbarn des Pfalzgrafen, zumal da dieser der Angegriffene war, die Sym-

pathien für diesen vor. Schon im Juni 1651 hatte der Brandenburgische Minister Blumenthal aus Wien berichten können, daß Kur-Köln zur Unterstützung für den Neuburger werben wolle und Mainz die Vermittelung der unintereſſirten Kurfürsten anzurufen gedenke.[1] Daß kölnisches und trierisches Volk dem Heere Wolfgang Wilhelm's zugezogen, glaubte man im kur-brandenburgischen Feldlager sehr wohl zu wissen, mit welcher Berechtigung bleibe dahingestellt.[2]

Und auch der kriegerische Fürstbischof von Münster, Christoph Bernard v. Galen, obwohl er sich die Miene gab, als ob er zwischen den streitenden Theilen ernstlich eine Vermittelung anstrebe, mußte vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm unter Drohungen den Vorwurf hinnehmen, daß er dem Neuburger in seinem Lande Werbungen gestatte, welche er ihm abgeschlagen hatte.

Der Argwohn, welchen Brandenburg durch jenen Anfall auf den Neuburger für längere Zeit auf sich geladen, war der Gewinn, welchen dieser aus der ganzen Verwickelung davontrug. Er sowohl wie sein Sohn haben denselben als Hebel benutzt bei einer Politik, die sie von nun an mit Ernst und Eifer befolgten, der Politik des Tastens nach einer Allianz.

Wolfgang Wilhelm verwirklichte in der kurzen Spanne Zeit, die seinem Leben noch beschieden war, wenig von diesen Plänen. Mit den cleve-märkischen Landständen, welche von einer leidenschaftlichen Oppositionspartei geleitet, dem Kurfürsten von Brandenburg sich allezeit schwierig erzeigten und das Regiment verleideten, lebte Wolfgang Wilhelm wohl fortwährend im geheimen Einverständniß. Aber deren Unterstützung allein hätte ihm ein Gelingen seiner Revanchepläne nicht gewährleistet. Eine Anlehnung an die Generalstaaten erschien nach wie vor mißlich. Um den Herzog von Lothringen noch fernerhin zu werben, ging nicht wohl an, besonders da dieser ein zu unbequemer und kostspieliger Bundesgenosse war und auch nach anderer Richtung hin seine Hauptintereſſen zu verfolgen hatte. Die Spanier vollends in's Land zu rufen oder auf der anderen Seite etwa mit den Franzosen anzuknüpfen, dazu fehlten Wolfgang Wilhelm doch die großartige Vermeſſenheit der Gedanken wie auch diejenige diplomatische Gewandtheit, welche seinen Sohn Philipp Wilhelm auszeichneten und später auf derartige Bahnen hinleiteten. So blieben denn zunächst die geistlichen Kurfürsten übrig für seine Allianzprojekte. Doch waren deren Blicke vorerst abgelenkt auf das Feld der allgemeinen Reichspolitik, auf welchem die

[1] U. A. VI, 32.

[2] Vgl. Droyſen a. a. O. III, 2. Anm. 66.

provinziellen Geſichtspunkte auf einige Zeit wenigſtens verdunkelt blieben. Das Friedensinſtrument hatte eine Menge von Fragen, deren Entſcheidung das Wohl und Wehe der Nation bedingte, völlig offen gelaſſen. Zu ihrer Erledigung hatte man den nächſten Reichstag beſtimmt, deſſen Berufung nach jahrelanger Verſchleppung nun endlich im Herbſt d. J. 1652 der Kaiſer nicht länger mehr umgehen konnte. Es galt den abgelebten Formen der alten, hinfälligen Reichsverfaſſung, an denen man immerhin noch feſtzuhalten gedachte, ein neues Gewand umzuhängen. Es handelte ſich, wie ein neuer Hiſtoriker ſagt, „kurzweg um eine umfaſſende Reviſion der geſamten Reichsverfaſſung; die fundamentalen Fragen der Verfaſſung, der Verwaltung, des Juſtizweſens, des Militärweſens ſtanden auf der Tagesordnung dieſes Reichstags; ſogar — eine ganz neue Aufgabe — durchgreifende Maßregeln für die Neuordnung der zerrütteten ökonomiſchen Verhältniſſe der Nation ſollten hier berathen werden.“ [1]

Man hätte erwarten dürfen, daß die hohe erlauchte Reichsverſammlung, an der Spitze das Reichsoberhaupt, dieſen Aufgaben mit allem Eifer und Nachdruck ſich hingeben würde. An gutem Willen, ſtellenweiſe auch an Einſicht wird es dieſem oder jenem von den Reichsſtänden nicht gefehlt haben. Der Kaiſer aber war weit davon entfernt. Ihn bewegte nichts mehr als die Wahl ſeines Sohnes zum römiſchen König und die Stärkung ſeiner Machtvollkommenheit als Kaiſer einer- und der habsburgiſchen Hausmacht anderſeits, auch auf Koſten des Reiches und ſeiner Stände. Und auf dieſe Weiſe ließ ein unſeliges Geſchick unſere Nation zur Erfüllung aller dieſer Aufgaben nicht gelangen. Enttäuſcht ging man auseinander, als der Reichstag im Mai 1654 von dem Kaiſer, welchem er unbequem zu werden begann, voreilig geſchloſſen ward. Unfertig, verworren, heillos wie vorher, waren trotz mancher Anläufe zur Beſſerung die deutſchen Reichszuſtände geblieben.

Man wird nicht finden können, daß bei dieſen Reichstagsverhandlungen die geiſtlichen Kurfürſten ſich durch beſonderen reichspatriotiſchen Eifer ausgezeichnet hätten. Am meiſten noch gab ſich den Anſchein eines ſolchen der vielgeſchäftige, ſchönredneriſche Johann Philipp von Mainz. Immerhin ſchafften der Reichstag und was mit demſelben in gewiſſem Zuſammenhange ſtand, der Kurfürſtentag zu Prag im November 1652, die Königswahl zu Augsburg und die Regensburger Berathungen ſelbſt den Kurfürſten zunächſt genug zu denken und zu thun, um ihnen nebenher noch viel Zeit und Muße zum Betreiben von Allianzprojekten

[1] Erdmannsdörffer, Graf G. Fr. v. Waldeck. S. 88.

übrig zu lassen. Obwohl die Lust dazu gewiß nimmer ganz in ihnen schlummerte! Dafür aber erhoffte man gerade auf jenem Reichstage ein Großes von allgemeinen durchgehenden Kreisverfassungen im Reich gegen die vielfachen Gefahren, welche von allen Himmelsgegenden her drohten. Aber man war doch sehr weit entfernt von der wirklichen Durchführung auch solcher Reformen. Der Reichsabschied stellte auch hierin einen Wechsel auf die Zukunft aus.

Aber, noch ehe es zu diesem Abschied gekommen, waren die geistlichen Kurfürsten gründlich verstimmt und hoffnungslos geworden. Ihre Lande standen immer noch jenen Gefahren, die aus den burgundisch-niederländischen Territorien herüberschienen, bloß und offen; und bei dem Kaiser, den sie um seine und des Reiches Hülfe ernstlich angingen, hatten sie nur taube Ohren und, wie sie bald merkten, heimliche Sympathien für das gefürchtete Spanien gefunden.[1]

Die kur-trierischen Lande waren fortwährend geplagt von friedbrüchigen Einlagerungen und schon drohte dem Kurfürsten von Köln in seinem Stifte Lüttich durch den Einfall der Spanier und des mit ihnen gegen Frankreich verbündeten Frondisten Prinzen Condé der volle Ruin, aus welchen ihn nur der Vertrag von Tirlemont (19. März 1654) riß, nachdem freilich französische Völker und von allen Reichsständen allein der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg und — wohl auf grund des kur-rheinischen Recesses von 1651 — auch die von Mainz und Trier[2] ihm mit thätlicher Hülfe beigesprungen waren, während von den nächstgesessenen katholischen Nachbarn der Bischof von

---

[1] U. A. VI, 265. Droysen III, 2. S. 81 ff. Die Absendung des kaiserlichen Gesandt. Graf Starhemberg an den Lothringer mit der Aufforderung zur Räumung der Reichslande (Januar 1653) war wohl nur eine wenig ernst gemeinte Demonstration; schmählich der Schacher auf dem Reichstage um die von dem Lothringer noch innebehaltenen Plätze, die er sich abkaufen lassen wollte. Die Gefangennahme des Herzogs, welcher den Spaniern selbst auf die Dauer unbequem und verdächtig geworden war, änderte nicht viel in der bedrängten Lage der Fürsten und Stände am Mittel- und Niederrhein, denn in Jenes Fußspuren trat bald sein Bruder Franz; und der Prinz von Condé, welchen der Verlauf der Frondekriege und der Haß gegen Mazarin in die Arme der Spanier getrieben hatten, sah nicht minder in den fruchtbaren Landesstrichen, zumal im Lüttichschen, die geeignetsten Stätten für Einlagerung seiner Truppen. Die Abmahnungen des Kaisers an den Statthalter in Brüssel waren zu wenig aufrichtig und nachdrücklich, zu Brüssel auch ihrem wahren Werthe nach genug gewürdigt, um ernstliche Abhülfe zu schaffen.

[2] Erdmannsdörffer a. a. O. S. 192 und U. A. VI, S. 483. Die Allianzverhandlungen Kur-Kölns mit den genannten Staaten um diese Zeit glaube ich übergehen zu dürfen, obwohl von der Betheiligung der beiden anderen geistlichen Kurfürsten dabei die Rede ist, was also vielleicht einigen Bezug auf den kur-rheinischen Receß von 1651 haben könnte. Vgl. Erdmannsdörffer a. a. O. S. 176.

Münſter ſich hinter leere Verſprechungen geflüchtet[1] und der Pfalzgraf von Neuburg, von dem man im Januar 1654 wiſſen wollte, daß er mit dem Lothringer konſpirire, den brandenburgiſchen Hülfsvölkern den Paß verſagt hatte.[2] Derſelbe Pfalzgraf, welcher in ſeinen Werbungen für ein Bündniß gerade unter den katholiſchen Fürſten der Rheinlande ſeit dem Jahre 1651 noch als Prinz und ſeit März 1653 als regierender Herzog von Jülich-Berg unermüdlich thätig geweſen war.[3]

Im Juni 1653, wenige Monate nach Antritt ſeiner Regierung, war er in Regensburg auf dem Reichstag erſchienen, um bei dem Kaiſer wegen des Krieges von 1651 Entſchädigung von Brandenburg auszuwirken. Als „ein Herr von großen Qualitäten" hatte er bald die Gunſt des Kaiſers erworben, bei welchem ſein Rath und ſeine Fürſprache große Geltung hatten. Er traktirte, wie dem kur-brandenburgiſchen Geſandten Blumenthal auffällig erſchien, die anweſenden Kurfürſten von Mainz und Köln und die anderen katholiſchen und evangeliſchen Fürſten herrlich. Er warb bei dem ſpaniſchen Geſandten wie bei Frankreich um Aſſiſtenz gegen ſeinen Erzfeind Friedrich Wilhelm von Brandenburg, erfuhr jedoch bei Beiden eine ſchroffe Abweiſung.

Daheim in den jülich-bergiſchen Landen wieder angelangt, ſuchte er rechts und links bei ſeinen katholiſchen Nachbarn Stimmung zu erwecken für eine neue katholiſche Liga im Reich,[4] ja gewiſſermaßen einen praktiſchen Verſuch zur Bewerkſtelligung einer ſolchen unternahm er mit Hinzuziehung des gleich ränkevollen Biſchofs Chriſtoph Bernard von Münſter auf dem weſtphäliſchen Kreistage zu Eſſen, welchen Beide im September 1653 ausgeſchrieben hatten, ohne dem Kurfürſten von Brandenburg als Mitſtand wegen Cleve und Mark die Berufung zugehen zu laſſen: denn der Pfalzgraf beanſpruchte als Herzog von Jülich-Berg wegen der geſamten Succeſſionslande das Direktorium im Kreiſe und wollte dem cleveſchen Theile nicht einmal Sitz und Stimme zugeſtehen. Nichts geringeres bezweckte er damit, als den anſehnlichſten und kriegsbereiteſten Mitſtand des Kreiſes von deſſen Angelegenheiten durchaus fern zu halten und auf dieſe Weiſe deſto beſſer ſeine ligiſtiſchen Pläne bei den katholiſchen Kreisgenoſſen durchzuſetzen, bei dem Kurfürſten

[1] Briefwechſel zwiſchen ihm und dem Kurfürſten von Köln über die Aſſiſtenz aus dem Januar und Februar 1654 im St.-A. Münſter.

[2] Droyſen III, 2. 102. U. A. V. S. 609 und VI, 474 u. 486.

[3] Daß er in ſeinem Haß gegen den Brandenburger auch bei evangeliſchen Ständen, ſpeciell dem Hauſe Braunſchweig-Lüneburg, jedoch ohne jeden Erfolg, Anlehnung ſuchte, thut neuerdings Köcher (S. 130, 133 u. 137) aus Archivalien des St. A. Hannover dar.

[4] S. v. Haeften in ſeiner vortrefflichen Einleitung zur 3. Abtheilung in U. A. V, S. 606.

von Köln wegen Weſtphalen und Lüttich und dem Biſchof von Münſter, mit denen vereint er der ſonſt die Majorität im Kreiſe darſtellenden Evangeliſchen Herr zu werden hoffte, um dann auch mit ihrer Hülfe ſeine Partikularintereſſen zu erreichen.

Dieſem Vorgehen entſprachen auch die Beſchlüſſe der Eſſener Verſammlung, auf welcher zwar brandenburgiſche Abgeſandte wegen Cleve-Mark (wegen Minden hatte Brandenburg Einladung erhalten) erſchienen und proteſtirten, aber keinen Sitz hatten erlangen können.

Unter dem Vorwande der von dem Lothringer drohenden Gefahren wurde eine Kreisdefenſionsverfaſſung entworfen, der Kreis alſo militäriſch organiſirt und als Kreisoberſt der früher in kaiſerlichen, jetzt in neuburgiſchen Dienſten ſtehende Feldmarſchall v. Reuſchenberg ernannt, der Führer der neuburgiſchen Truppen im jülichſchen Kriege von 1651 und ein erbitterter Feind aller Proteſtanten. Auch alle anderen Kreisämter wurden mit Katholiken beſetzt. Als ſich nunmehr wegen Verletzung der reichsverfaſſungsmäßigen Parität von ſeiten der Evangeliſchen, welche anfänglich ſich zu Zugeſtändniſſen herbeigelaſſen hatten, Proteſt erhob, ſchnitt man denſelben durch einen überhaſteten Kreisſchluß, einen ſogenannten Interimsreceß ab, worauf die Evangeliſchen abreiſten, die Katholiken aber noch einige Tage in Eſſen zuſammenblieben.[1]

Weiter zu gehen in ihren reichsverfaſſungswidrigen Plänen gegen Kur-Brandenburg und ſchließlich auch die anderen proteſtantiſchen Kreisgenoſſen hat dieſe Plänemacher zuletzt auch die drohende Haltung der auf's beſte unterrichteten General-Staaten verhindert. Das Unternehmen durfte als geſcheitert angeſehen werden.

So viel mußte nunmehr den unionsluſtigen Fürſten am Rhein und in Weſtphalen klar werden, daß man weder recht im kur-rheiniſchen noch im weſtphäliſchen Kreiſe mit ſolchen Kreisverfaſſungen denjenigen Zielen einen Schritt näher zu kommen vermochte, denen ein Jeder für ſich entgegenſteuerte. Hier konnte — das ſah man nach und nach ein — nur ein Partikulardefenſionsweſen, wie man es nannte, zu der Erfüllung der mannigfachen offenen und verborgenen Pläne führen, wie ſolche allmählich ſeit der verhältnißmäßig einfachen Konfiguration der politiſchen Verhältniſſe des Jahres 1651 bei Dem und Jenem Wurzel zu faſſen begonnen haben mochten.

Alle bisher beſprochenen Projekte und Anläufe zu Allianzen reiften einem ſolchen Partikularwerk entgegen.

[1] Siehe Ausführliches über dieſen Kreistag bei Erdmannsdörffer a. a. O. S. 168 ff. Droyſen III, 2. 84; U. A. V, 601 ff. und VI, 474 ff.; neuerdings bei Köcher S. 81.

4.

Die Allianz vom 15. December 1654.

Neue unheildrohende Wolken standen am politischen Horizont der nordwestlichen Reichslande im Herbste des Jahres 1654. Jeden Augenblick schien die dumpfe Schwüle in einen heftigen Gewittersturm sich entladen zu wollen. Der spanisch-französische Krieg wurde von beiden Seiten mit ungeminderter Erbitterung weiter gekämpft: die deutschen Territorien an Maas, Niederrhein und Mosel blieben nach wie vor in den Augen der Spanier und Condé's die begehrungswertheften Erholungsstätten für ihre in den Sommerfeldzügen ermatteten Truppen. Schon warb offen des gefangenen Lothringers Bruder Franz bei dem Kurfürsten von Köln um Gestattung des Durchzuges für seine Völker, welche er in die von den kurfürstlichen Landen eingeschlossenen neutralen Gebiete in's Winterquartier legen wollte.[1] Maximilian Heinrich von Köln hatte eben erst einen Bundesvertrag mit dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg geschlossen, dieser seinerseits einen solchen mit den drei Herzögen von Braunschweig-Lüneburg vereinbart, worin die Herbeiziehung Kur-Kölns in Aussicht genommen ward. Letzteres war also nicht allein durch seine kur-rheinischen Alliirten gegen derartige Gefahren einigermaßen gesichert und lehnte das Gesuch des Lothringers ab. Auf jeden Fall war man doch wieder gewarnt und neue Besorgnisse vor den Raubzügen und Brandschatzungen, ohne welche es bei derartigen Durchzügen nun einmal nicht abging, wurden wach.

In Westphalen blickte man angsterfüllt nach einer andern Seite. Die Schweden standen mit starker Heeresmacht an der unteren Weser und Elbe nach eben (Ende Nov. 1654) beendetem Kampfe mit der Stadt Bremen und allerhand Anzeichen schienen für einen gewissen Zusammenhang zwischen diesen Bewegungen im niedersächsischen Kreise und den Umtrieben der Spanier zu sprechen. Thatsache war, daß der neue König von Schweden Karl Gustav von Pfalz-Zweibrücken seine Truppenmacht dort unten nicht nur zusammenhielt sondern verstärkte und dadurch Gerüchten Nahrung gab, von denen das unwahrscheinlichste von einer beabsichtigten Geltendmachung gewisser Erbansprüche der pfalz-zweibrückener Linie auf die vielumworbenen jülich-cleve-bergischen Lande gerade im westlichen Niederdeutschland am allermeisten Glauben fand und die heftigsten Besorgnisse hervorrief. Nicht die geringsten bei dem Bischof von Münster, welcher in diesem Falle die schwedischen Völker, die erst vor

[1] Erdmannsdörffer a. a. O. S. 261.

wenigen Monaten die seit dem großen Kriege besetzt gehaltene Veste Vechta geräumt hatten, bald wieder hätte müssen in seinen Landen sehen. Ja, lag nicht am Ende der Gedanke nahe, daß Schweden nicht bloß nach den Jülich'schen, sondern auch nach den Münsterischen und Oldenburgischen Landen trachten könnte, um des Nordmeeres in gleicher Weise Herr zu werden, wie es in der Ostsee diesem Ziele bereits mit vollen Segeln zuzueilen sich anschickte? Eine Perspektive, welche auch Anderen als dem sonst unerschrockenen „martialischen" Bischof von Münster Wallungen zu bereiten geeignet sein konnte.

Für den gab es aber noch eine weitere Sorge; die seit einiger Zeit infolge der Aufwiegelungen des einstigen Mitbewerbers um den Bischofsstuhl, des leidenschaftlichen Domdechanten v. Mallinckrodt aufsässig gewordene Stadt Münster begann ihm für seine dynastischen Gelüste recht unbequem zu werden. Am 7. October 1654 war es dort in der Residenz sogar zu tumultuarischen Scenen gekommen, der Bischof dadurch wie überhaupt durch das ganze Verhalten des Magistrats schwer beleidigt worden. Er sann auf Rache und trachtete vor allen Dingen nach der Macht, um weitere Empörungen mit eiserner Hand niederhalten zu können und dadurch seine Anschläge auf die so zäh vertheidigten und argwöhnisch gehüteten Freiheiten der Stadt zu erreichen.[1]

Unter diesen Umständen darf es daher nicht Wunder nehmen, wenn wir nunmehr dem Bischof Christoph Bernard von Münster als dem-

---

[1] K. Tücking, Geschichte des Stifts Münster unter Christoph Bernard v. Galen. Ueber die Beziehungen des Bischofs zu der Allianz von 1654 geht dieses Buch mit sichtlicher Flüchtigkeit hinweg. Der Verfasser findet sich damit in sechs Zeilen ab und nur nach Joh. ab Alpen, de vita et rebus gestis Chr. B. ep. et princ. Monast. decas, Coesfeld 1694, nicht aber nach den schönen Akten, die ihm in dem münsterischen Staats-Archive hierfür zu Gebote gestanden hätten. Auch ab Alpen selbst behandelt die Allianz mit auffälliger Kürze. Er erwähnt die von dem Schwedenkönig allseitig erwarteten Gefahren und dagegen veranstaltete Rüstungen, so auch die des Bischofs, und bemerkt dann (S. 216): Ut autem Christophorus Bernardus non minus authoritatem domi, quam securitatem adversus vim omnem externam tutius stabiliret, Principes sibi Rhenanos, icto per hos dies foedere sociavit, tabulis in hunc fere modum vernacule confectis (folgt der Allianzrecess in lateinischer Uebersetzung). Diese Kürze der beiden Biographen Christoph Bernard's ist wohl auch der Grund für die auffallende Erscheinung, daß die münsterischen Akten über die Allianz von 1654 bisher noch von Niemandem benutzt worden sind; man vermuthete dort wohl keine solchen. Und doch sind es die einzigen auf der Welt, welche nähere Aufschlüsse hierüber zu geben vermögen. Die kur-kölnischen, kurtrierischen und pfalz-neuburgischen Akten sind verschwunden; vergeblich waren meine Nachfragen in Koblenz wie in Düsseldorf. — La vie et les faits memorables de Christophle Bernard van Galen, Köln 1679 enthält keinerlei Hinweis auf die Allianz vom Jahre 1654.

jenigen begegnen, welcher die ganze, allerdings nun schon seit Jahren schwebende Allianzfrage in den rechten Fluß gebracht hat.

Zwei Tage nach den Unruhen in der Stadt Münster beorderte Christoph Bernard von Coesfeld aus seinen Geheimen Rath den Domkapitularen Wilhelm v. Fürstenberg[1] zu den Kurfürsten von Köln und Trier und an den Pfalzgrafen von Neuburg, um deren Beistand gegen die ihm vermeintlich drohenden Gefahren und namentlich gegen die aufrührerische Stadt Münster nachzusuchen, aber auch um zugleich über den Plan eines gegenseitigen Bündnisses bei den gegenwärtigen seltsamen Läuften zu unterhandeln. Fürstenberg war zuerst bei dem Kurfürsten von Köln gewesen. In den Akten begegnet man ihm zuerst am 16. October in Düsseldorf, von wo aus er dem Bischof meldet, daß der Pfalzgraf Assistenz leisten wolle, aber nur unter der Bedingung, daß seine Truppen nicht gegen die Schweden verwendet werden dürften. „Wegen der Allianz", so lautet es ferner in diesem Bericht, „habe ich dienlicher erachtet, eher mit beiden Kurfürsten als Ihrer Durchlaucht (von Neuburg) zu schließen und haben solches J. D. approbirt, aber daneben für gut befunden, daß ich ebener gestalt die Sache bei Kur-Mainz möge traktiren. Der Kurfürst von Köln approbirt alles, was ich wegen der mutuellen Allianz bei ihm vorgebracht, hat aber zu sondiren befohlen, an non Brandenburgicus assumi possit, quod totaliter Neoburgicus dissuadet und an dessen Platz landgravium Darmstadiensem[2] recommendiret uti bonum Caesarem, addendo, daß Kur-Köln wohl könnte alliirt sein in particulari mit Brandenburg und ohne das communem alliancem mit den bewußten Interessenten eingehen."

Dieses Schriftstück führt uns gleich mitten hinein in die verschiedenen Kombinationen. Der Bischof, welcher die Allianz in Vorschlag bringt, wünscht zu Theilnehmern Köln, Trier und Neuburg, der Kölner außer diesen etwa noch den mit ihm erst neu verbündeten Kurfürsten von Brandenburg, der Neuburger unter entschiedener Zurückweisung dieser Idee den Kurfürsten von Mainz und höchstens den ihm nahe verwandten Landgrafen zu Darmstadt, dann aber den so weit entsessenen Kaiser[3] d. h. wohl im Grunde, ganz versteckt, die Spanier, wenigstens indirekt. Durch den Bund mit dem Kaiser will Philipp Wilhelm wenigstens die Spanier

[1] Von vornherein sei bemerkt, daß derselbe zu dem reichsgräflichen Geschlechte desselben Namens in keinerlei verwandtschaftlichen Beziehungen stand. Dem letzteren entsprossen die Brüder Franz Egon und Wilhelm, denen wir in rheinbündischen Angelegenheiten weiter unten öfters begegnen werden.

[2] Landgraf Georg, des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm Schwiegervater.

[3] Oder läßt das uti bonum Caesarem einen andern Sinn zu, und welchen? Bekannt ist die gut kaiserliche Gesinnung des Landgrafen Georg.

sich vom Leibe halten, ebenso wie er mit den Schweden keine Verwickelung wünscht und deshalb ausdrücklich die Verwendung seiner Truppen gegen diese vermieden zu sehen begehrt.

Am nächsten Tage, den 17. October, finden wir Fürstenberg in Köln, von wo aus für seine spätere Reise nach Trier er sich von dem Bischof auch ein Kreditiv für das dortige Domkapitel erbittet.

Von Coesfeld antwortet der Bischof am 20. seinem Gesandten, daß er den Plan mit Kur-Mainz nicht billigen könne, um nicht den Anschein zu erwecken, „als wollten alle Katholische eine ligam einrichten." Dieser Kurfürst möge sich besser mit seinen Nachbaren absonderlich zu gegenseitigem Beistand verbinden. Dann könnten sich die beiderseitigen Alliirten um so wirkungsvoller in die Hände arbeiten. Gegen den Landgrafen Georg von Hessen habe er „zur Benehmung aller etwaigen umbrage" nichts einzuwenden; diesen durch den Neuburger einladen zu lassen, halte er für dienlicher, als mit Brandenburg oder gar dem Hause Braunschweig-Lüneburg sich einzulassen, „zumal jenes gefährliche intentiones bekannt und diese nur der Katholischen consilia penetriren, dieselben sehr aufziehen, die Hände aber in Zeiten der Noth besorglich wiederum zurücknehmen werden."

Auf die Nachricht von der Geneigtheit des Kurfürsten von Köln für diesen Allianzplan beeilte sich Christoph Bernard mit einer Note an denselben, kraft deren er in urkundlicher Form sich anheischig macht, mit ihm einen Defenssionsvergleich einzugehen und zu solchem Ende 1200 M. z. F. und 300 Pferde in Bereitschaft zu halten, da Jener sich zu der gleichen Anzahl erboten habe.[1] Fürstenberg überreichte diese Note am 27. October: doch gab man, soviel sich bemerken läßt, eine offizielle Gegenerklärung kölnischerseits nicht ab, vermuthlich in Erwartung des Erfolges der weiteren Unterhandlungen Fürstenbergs mit Trier und Neuburg.[2]

Am 30. October sandte der Bischof seinem Geschäftsträger neue Ordre nach. Er solle bei Trier die Abmachungen wegen Höhe der beiderseitigen Bundeskontingente auf den Fuß der Reichsmatrikel bringen, ohne jedoch hierauf zu dringen, wenn er sehe, daß dadurch der höchstnöthige Schluß Aufschub erleiden könnte. Er solle dabei versichern, daß der Bischof binnen kurzem in solcher Verfassung stehen werde, daß das, was seinerseits versprochen, im Ueberfluß werde geleistet werden können.[3]

---

[1] Coesfeld, 23. October 1654, Koncept im St.-A. Münster.

[2] Obersthofmeister Franz Egon Graf Fürstenberg ließ sich damals für seine Zusage energischer Vertretung der Interessen Christoph Bernard's ein Douceur von 3700 fl. versprechen, die ihm der Bischof am 2. November 1654 anwies.

[3] Die münsterischen Landstände bewilligten dem Bischof am 12. Januar 1655

Wegen Kur-Mainz hatte der Bischof unterdessen sich eines andren besonnen. Noch zu Bonn hatte Fürstenberg am 28. October Kreditive für Neuburg (wohin er zuerst nicht als offizieller Abgesandter sondern unter dem Vorwande von Privatgeschäften sich hatte begeben müssen) und — für Mainz empfangen. Trotzdem rieth auch er jetzt dem Bischof ab, letzteres mit hineinzuziehen, da man meine, daß der Kurfürst eine Generalliga unter den Katholischen bezwecke und dessen Assistenz ohnehin zu erwarten stehe, wenn er sich mit seinen Nachbaren alliire. Hingegen schlug er vor, durch den Gesandten bei dem Deputationstage in Frankfurt oder durch ein besonderes Schreiben dem Kurfürsten Johann Philipp die nöthigen Eröffnungen zu machen. Dessenungeachtet befahl der Bischof dem Gesandten, sich zu dem Kurfürsten zu erheben und demselben kundzuthun, was wegen der mutuellen Assistenz mit Köln und Trier abgeredet und geschlossen und dabei wegen Mitzuziehung des Landgrafen von Hessen-Darmstadt für gut befunden worden sein werde, auch dessen Gutachten zu begehren darüber, was ferner zu Erhaltung von Fried und Ruhestand und zu Abkehrung aller fremden Ueberfälle ersprießlich sein möchte, desgleichen ob ihm beliebig sei, wegen gegenwärtiger Gefahr sich gleichmäßig mit seinen Nachbaren zu verbinden oder aber mit in diese mutuelle Defensionshülfe zu treten.

Diesen Befehl wiederholte der Bischof unter dem 6. November, da er berichtet worden, daß Mainz mit Köln und Trier sich bereits in ein Bündniß (den frankfurter Receß) eingelassen haben solle. Es kam jedoch nicht zur Ausführung dieser Ordre, weil die zunächst mit Köln, Trier und Neuburg angesponnenen Verhandlungen zum eiligen Zusammentritt einer Konferenz führten, bei welcher der Bischof Fürstenberg's benöthigte. Hier sollte die Frage wegen der Hinzuziehung des Kürfürsten von Mainz erst in nähere Erwägung genommen werden.[1]

Am 29. October hatte inzwischen Wilhelm v. Fürstenberg vom Hoflager des Kurfürsten von Köln zu Bonn Abschied genommen. Am 31. traf er in Trier ein, allwo er einen Abgesandten des niederländischen Statthalters Erzherzogs Leopold Wilhelm vorfand, den Generalwachtmeister Wulf, welcher für die Spanier im Erzstift Quartier begehrte, ohne indessen eine Zusage erlangen zu können. Auch vernahm der münsterische Gesandte sogleich gesprächsweise, daß der Kurfürst von Trier den Pfalzgrafen von Zweibrücken, Bruder des Schwedenkönigs, bei einer jüngst stattgehabten Begegnung gefragt habe, ob er denn wirklich seine An-

75 000 Thaler zum Unterhalt von 3000 Mann zu Fuß und 400 Reitern. Tücking S. 23. Alpen II, S. 215 spricht von 3000 Mann z. F. und 1000 Reitern, was wohl zu hoch gegriffen ist.

[1] Gegenordre an Fürstenberg vom 13. November.

sprüche auf die Jülich'schen Lande an die Krone Schweden verkauft habe, worauf die Antwort erfolgt sei, das sei zwar noch nicht geschehen, aber Schweden werde ihm, dem Pfalzgrafen, schon zum Besitz verhelfen, wenn der Kaiser kein Recht schaffen wolle — eine treffliche Illustration zu den beunruhigenden Gerüchten von den starken Rüstungen des schwedischen Statthalters Königsmark in den bremischen Landen.

Schon am 1. November erhielt Fürstenberg bei dem Kurfürsten Karl Kaspar Audienz, wobei er mündlich und schriftlich seine Anträge vorlegte. Der Kurfürst äußerte sich im Hinblick auf die auch ihm drohenden Gefahren zustimmend zu den Plänen Christoph Bernard's und verwies alles Weitere auf Konferenzen mit dem jungen Chorbischof v. Eltz und dem Kanzler Anethanus.

Deren Erfolg war der nämliche wie zu Bonn; und hatte wohl nicht wenig zum Gelingen die Aufmerksamkeit des Bischofs von Münster gegen das Domkapitel zu Trier beigetragen.[1]

Unterdessen hatte auch der Kurfürst von Köln in dieser Angelegenheit nicht gefeiert. Gleichzeitig mit der Abreise des Münsterischen Abgesandten nach Trier begab sich von Bonn im Auftrage Maximilian Heinrichs, dessen Obersthofmeister Franz Egon Fürstenberg nach Düsseldorf zum Pfalzgrafen,[2] mit welchem er über dieses Allianzprojekt Unterredung pflegen sollte. Diese Absendung erschien um so nothwendiger, als auch Philipp Wilhelm kurz vorher — der Zeitpunkt vermag aus dem einzigen Schriftstück, welches hierüber Aufschluß giebt, nicht genau festgestellt zu werden[3] — mit einem Allianzplan hervorgetreten war. Reuschenberg, der Vermittler in dieser Sache, war instruirt worden, dem Kurfürsten unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, welche Kur-Brandenburg in der westphälischen Kreisdirektorialfrage fortwährend bereite, eine Partikularverfassung zwischen den Kur-Fürsten und Ständen diesseits d. h. links vom Rhein, etwa mit Hinzuziehung von Münster und anderer katholischen Stände mehr vorzuschlagen „unter dem Namen, allen Denen zu resistiren, welche wider die Reichskonstitutionen und den Friedensschluß einen oder den andern der alliirten Stände infestiren würden." Damit auch bei den Unkatholischen keine „gialusia oder Nachdenken" hier-

[1] Rekreditive des Kurfürsten und des Domkapitels für Fürstenberg, der zugleich auch dem letzteren angehörte (er war Domherr zu Trier, Münster u. Paderborn) vom 4. November 1654. Ueber den Verlauf der Konferenz vermag ich übrigens aus den Akten nichts zu berichten.

[2] Er war ein Anverwandter des Pfalzgrafen, dessen Vater seine Schwester in dritter Ehe zur Gemahlin gehabt hatte.

[3] Instruktion für Reuschenberg zu einer Abordnung an den Kurfürsten von Köln, ohne Datirung, in den Münsterer Akten.

durch verursacht würde, könnte man ja einen oder den andern von ihnen, dessen guter Intention man versichert wäre, der auch die Macht der Katholischen nicht überwiegen oder derselben sich gleichmachen könnte, mit dazu invitiren und ihnen dadurch solchen Argwohn benehmen."

Also hier wiederum, wie zu erwarten, direkte Spitze gegen Brandenburg und ausdrückliche Betonung der Nothwendigkeit seines Ausschlusses von allen derartigen Unternehmungen, sehr bemerkenswerth gegenüber einer Macht, welche sich Brandenburg vor einiger Zeit erst merklich genähert hatte. Es ist zu bedauern, daß aus den Akten nicht erhellt, wie man zu Köln den Antrag Reuschenbergs aufnahm und welchen Bescheid man ihm gab.

Nunmehr also war Franz Egon v. Fürstenberg beauftragt, von neuem anzuknüpfen, diesmal auf die Anregung, welche der Bischof von Münster gegeben. Er fragte im Namen des Kurfürsten einfach an, welchen Standpunkt der Pfalzgraf in dieser Angelegenheit einzunehmen gedenke. Philipp Wilhelm zeigte sichtlichen Eifer und schlug die Beschickung einer möglichst bald etwa nach der Stadt Köln zu berufenden Konferenz vor, auf welcher man allerseits über die Bedingungen und Formen einer solchen Allianz Beschluß fassen könnte. Sollten sich inzwischen in des Kurfürsten Landen Gefahren zeigen, so sei er erbötig, von seinen Völkern, die er bereits auf den Beinen habe, 600 Mann z. F. und 150 Reiter zur Assistenz herzuleihen, wohingegen er in gleichem Falle auf entsprechende Gegenleistung rechne. Das angegebene Kontingent wolle er eventuell gern bis auf 1200 und 300 Mann verstärken, wenn dergleichen auch für Bundeszwecke von Anderen nach Verhältniß der Matrikel geleistet werde. Im übrigen könne er sich mit den über diese Verbindung bereits zwischen Köln und Münster getroffenen anderweitigen Vereinbarungen einverstanden erklären.[1]

Von diesem Ergebnisse der Sendung Franz Egon's nach Düsseldorf unterrichtete der Kurfürst von Köln umgehend (4. November) durch eigene Staffette den Bischof von Münster und erklärte sich seinerseits einverstanden mit dem Neuburgischen Vorschlag wegen beschleunigter Berufung einer konstituirenden Versammlung nach Köln oder anders wohin, unter Anheimgabe, den demnächst von Trier zurückerwarteten Wilhelm von Fürstenberg mit angemessenen Instruktionen zu versehen. An den

[1] Eine allgemeine Kreisverfassung, so betonte außerdem der Pfalzgraf bei dieser Gelegenheit, halte er aus vielfachen Gründen für nicht dienlich; er hoffe, daß der Kurfürst die brandenburgischen Anmaßungen wegen des Kondirektoriums im westphälischen Kreis nicht gestatten, sondern vielmehr behülflich sein werde, daß dem Pfalzgrafen allein das Direktorium verbleibe.

Kurfürsten Karl Kaspar habe er die gleiche Aufforderung ergehen lassen, der ihr zweifellos Folge geben werde, da erneute Gefahren sowohl vom Lothringer und dem Prinzen Condé als auch nunmehr von den Schweden zu erwarten stünden.

Am 7. November erklärte der Bischof seine Zustimmung zur Konferenz; dem Domkapitularen Fürstenberg werde er Vollmacht und Instruktion entgegenschicken. Zu gleicher Zeit wies er diesen an, in Köln auf nähere Verfügung von ihm zu warten; sollten mittlerweile etwa die Berathungen ihren Anfang nehmen, habe er sich anfangs nach der ihm schon früher ertheilten Instruktion zu richten und weiterer Verordnung entgegenzusehen. Am 10. November sendet er ihm die Kreditive, fordert ihn zu fleißigen Berichten auf und hält es für geboten, ihn über seinen Standpunkt in dieser ganzen Angelegenheit ungefähr in folgenden Ausführungen zu unterrichten: Circa materias — so deducirt er — halte er dafür, daß dieser Bund zu Erhaltung der Römischen Kaiserlichen Majestät, des heiligen Reiches und der zusammentretenden Fürsten und Stände Lande Wohlfahrt und vornehmlich auf die katholische Religion und den jüngsten Friedensschluß zu begründen, jedoch so, daß die Hülfe mit den Waffen nicht eher geschehen müßte, bevor dem Kaiser von der Gefahr, dem Friedensbruch oder anderen Feindseligkeiten berichtet sei. Auch müßte dessen Rath, Hülfe und Befehl, wenn es die Zeit nur immer erlauben wolle, abgewartet werden. Benachrichtigung des Kurfürsten von Mainz von dem Schlusse der Allianz sei nothwendig, damit er auf den Nothfall mit Rath und That Beistand gewähren möge. Wolle jedoch einer oder der andere der Zusammentretenden die Reichspolitik, auch die religiöse Seite der Angelegenheit nicht berührt wissen, so könnte hierin ja immerhin das Bündniß „auf eines Jeden gutbefindlichen Gefallen gestellt werden." Auch müsse Jedem frei bleiben, nach seinem Gutdünken und seinen Umständen mit den Benachbarten in Freundschaft zu leben oder in Verbindung zu treten — dabei jedoch dieses engere Bündniß das beste und sicherste sein — doch dürfe dann den anderen Bundesgenossen nicht zugemuthet werden, sondern in ihrem Belieben beruhen, hierzu mit beizutreten. Er, der Bischof, habe seinerseits die Absicht, sich auch mit einigen benachbarten Evangelischen, vornehmlich dem Hause Braunschweig-Lüneburg auf dessen Einladung, in Verständniß einzulassen und werde er seiner Zeit dem Kurfürsten von Köln und Anderen hierüber Mittheilungen machen.[1] Durch Mitwirkung der Braunschweiger

[1] Bezügliche Verhandlungen fanden in der That auf dem westphälischen Kreistage zu Osnabrück im November und Anfang December 1654 statt. Das Haus Braunschweig hatte den Bischof zu einer Allianz auffordern lassen. Dieser drang

könne nun vielleicht auch eine Einigung zwischen Kur-Brandenburg und Neuburg wegen des Direktoriums in dem westphälischen Kreise erzielt werden und man dadurch endlich zu einer Kreisverfassung und vermittels derselben zum Eintritt Brandenburgs in die Allianz gelangen. Man könne zu Köln ja auch Zusammensetzung benachbarter Kreise in Vorschlag bringen oder wenigstens versuchen, andere benachbarte (mit enclavirte) und bestvertrauliche, auch evangelische Stände mit beizubringen. Er stehe schon in Verhandlungen mit einigen diesseits des Rheins gesessenen Grafen, wie auch mit denen des Westerwaldes. Uebrigens sei er mit seinen Werbungen so weit gediehen, daß er binnen kurzer Zeit mit seinen Völkern auf allen Nothfall Jedem Hülfe zu leisten in der Lage sein werde.

Lediglich der Form halber ging Wilhelm v. Fürstenberg nach seiner Rückkehr von Trier nochmals nach Düsseldorf zu dem Pfalzgrafen, welcher am 11. November schriftlich zur Eingehung eines Separatbündnisses mit den öfters Genannten sich bereit erklärte und, obwohl er zwar jetzt schon gern mit dem Bischof abgeschlossen hätte, alles Nähere auf die vorgeschlagene Konferenz zu Köln verwies. Er fügte aber hinzu: dafern der Zusammentritt derselben sich zu lange verweilen oder etwa gar zerschlagen sollte, sei er willens, dessenungeachtet diese besondere Allianz mit Münster feststellen zu lassen und bezügliche Verhandlungen einzuleiten. Denn seit seinem Regierungsantritt habe er bei den drohenden Gefahren hierzu stets um so mehr Begierde getragen, als er von einer allgemeinen Kreisverfassung nichts ersprießliches sich versprechen könne, da hier die Unkatholischen die Uebermacht hätten und deren Intentionen bekannt seien.

Unterdessen war auch die zustimmende Erklärung des Kurfürsten von Trier eingelangt,[1] welcher die Hinkunft seines Landhofmeisters Frei-

besonders auf Beistand gegen die von den Schweden drohende Gefahr und contra quoscunque turbatores tranquillitatis publicae. Mit Brandenburg war er gleichfalls zu schließen bereit. Unterhandlungen fanden statt. Braunschweig zeigte sich nicht geneigt, gegen Schweden, mit dem es im Hildesheimer Bunde, etwas Verbindliches einzugehen. Brandenburg schien nicht abgeneigt, da es aber seinen Anspruch auf das Direktorium im westphälischen Kreise nicht aufgab, zerschlugen sich die Münsterischerseits von dem Domkustos Jobst Edmund v. Brabeck geleiteten Verhandlungen. Die von mir hierüber benutzten Akten des St.-A. Münster sind sehr fragmentarisch. Aus den Berichten des brandenburgischen Deputirten Wesenbeck ergab sich für Erdmannsdörffer (a. a. O. S. 262, Anm. 2) ein anderes Bild. Ich muß mir hier versagen, diese Verhandlungen in's rechte Licht zu setzen, was immerhin höchst wünschenswerth ist. Bei Köcher (S. 190) vermisse ich jede bezügliche Nachricht über diese Verhandlungen zu Osnabrück.

[1] Geht hervor aus einem Schreiben des Kurfürsten von Köln an den Pfalzgrafen vom 20. November (Münster).

herrn v. Metternich nach Köln in Aussicht stellte. Daraufhin traf der Pfalzgraf sofort seine Anstalten zu der bevorstehenden Konferenz und forderte zu gleichem den Bischof Christoph Bernard auf (21. Nov.). Dieser sandte den inzwischen zu ihm zurückgekehrten Wilhelm v. Fürstenberg hierauf sogleich wieder nach Köln zurück (27. Nov.).

Die demselben nunmehr mitgegebene offizielle Instruktion[1] weicht einigermaßen von dem oben mitgetheilten Vorgutachten des Bischofs vom 10. d. Mts. ab. Von der damals so besonders betonten Nothwendigkeit von Kommunikationen mit dem Kaiser ist hier keine Rede mehr, ebensowenig von der vorher als wünschenswerth betrachteten Benachrichtigung des Kurfürsten von Mainz wie von den Kreisverfassungen — offenbar ein Ergebniß des mündlichen Berichtes Fürstenberg's über die Erfahrungen auf seiner Rundreise. Hingegen taucht als neu der Gedanke auf, daß die Union als eine ewige und unauflösliche einzurichten sei,[2] „weil die Gefahr immerhin bleiben würde und durante causa effectus nicht aufgehoben wird." Damit Mißtrauen vermieden werde, müsse der Receß den jüngsten Reichsabschied und die Exekutionsordnung als Grundlagen des Bündnisses ausdrücklich bezeichnen. Keiner von den Genossen dürfe befugt sein, sich mit Andern auf eigne Hand einzulassen, sondern müßten etwa gutbefundene Einladungen von dem Gesamtkörper der Alliirten ausgehen. Des Bischofs Neigungen in dieser Beziehung zielen dabei immer noch auf den Kurfürsten von Brandenburg, weil dieser mit Kur-Köln in gutem Einvernehmen stehe und seine Lande zwischen denen der Alliirten gelegen seien (Cleve, Mark, Ravensberg), desgleichen auf den Landgrafen zu Hessen-Darmstadt wegen dessen verwandtschaftlicher Beziehungen zu dem Pfalzgrafen und „seines guten Eifers zu Erhaltung des gemeinen Wohlwesens bei vorigen Kriegen." Daneben seien etwa auch einige Nassauische und andre Grafen auf dem Westerwald und in der Wetterau mit zuzuziehen. Würden dann Brandenburg und Andre gern Hessen-Kassel und das Haus Braunschweig mit einverleibt haben wollen, so habe Fürstenberg zu erklären, daß seines Herrn Meinung hierin indifferent sei, „weil jenes Verstellung guter Handlungen und bei diesem bekannt ist, daß es die Krone Schweden in keinem offendiren will oder darf, sondern derselben weiteres Aufkommen im Reich und daß sie darin mehr considerabel werde, suchet."

Der Fuß bei Aufstellung der streitbaren Bundesmacht sei auf die Reichsmatrikel zu setzen und müsse mindestens ein Korps von 1200 Rei-

[1] d. d. Ahaus 24. November 1654.

[2] Der Bischof ging jedoch bei reiferer Erwägung von dieser Bedingung ab. Verfügung an Fürstenberg vom 10. December 1654.

tern und 4000 Mann zu Fuß, in Nothfällen das Doppelte, Drei-, ja Vierfache dieser Zahlen, aber effektiv und nicht bloß auf dem Papier aufgestellt werden. Da jedoch wegen des Matrikularanschlages besonders bei Kur-Trier Schwierigkeiten voraussichtlich sich erheben würden, solle Fürstenberg wenigstens eine annähernde Höhe durchzusetzen sich bemühen. Die weiteren Bestimmungen dieser Instruktion beschäftigen sich mit Organisation, Kommando und Ausrüstung der Bundesarmee, dem Artilleriewesen, sowie der Besetzung der wegen des Passes über die Lippe vornehmlich wichtigen Festung Dorsten.

Den Schwerpunkt der ganzen Instruktion — und hierauf muß besonders aufmerksam gemacht werden, da es die geheimsten Herzensregungen des Bischofs enthüllt — legte er in die Bestimmungen, daß die Allianz „zwischen den benannten vier Fürsten am meisten zu restringiren und in articulo secreto causa religionis und Erhaltung des christlichen — das heißt katholischen — Wesens zu inseriren sei."

Man wird die Weitläufigkeit entschuldigen müssen, mit welcher diese Vorverhandlungen und dabei zutage tretenden Ziele und Wünsche einzelner der Betheiligten hier besprochen werden. Diese Langathmigkeit darf ihre Rechtfertigung in der Thatsache finden, daß von allen diesen Dingen bisher noch nirgends etwas in die Oeffentlichkeit gedrungen ist. Ja, man möchte fast bedauern, daß seitens anderer Theilnehmer an der Allianz nicht gleiche Kundgebungen wie die von Münster und theilweise von Neuburg vorliegen. Um so kürzer wird freilich auch andererseits der Fortgang dieser Transaktionen und deren Ergebniß behandelt werden können.

Anfang December trafen nach und nach die Vertreter der einzelnen Fürsten in Köln ein, Wilhelm v. Fürstenberg als der erste. Ihm folgten im Auftrage des Kurfürsten von Köln Franz Egon Graf zu Fürstenberg und der Kanzler Buschmann, wegen Kur-Trier der Landhofmeister Lothar Freiherr v. Metternich und wegen Neuburg Statthalter v. Reuschenberg, Kanzler v. Winkelhausen und Generalwachtmeister v. Goltstein. Die Kölnischen drangen auf schleunige Vornahme der Berathungen, um — wie der münsterische Abgeordnete bemerkte — das ihm von Trier wegen des Zusammentritts in der Diözese Köln übertragene Direktorium in der Hand zu behalten. Denn der Pfalzgraf von Neuburg hatte, wie wir bei dieser Gelegenheit erfahren, auf eigene Verantwortung zu diesen Verhandlungen auch den Kurfürsten von Mainz eingeladen und dieser dem Kurfürsten von Trier mitgetheilt, daß er seine Vertreter zu senden willens sei. Das Direktorium hätte dann von Rechtswegen dem Kurfürsten von Mainz wegen seines Vorranges vor den andern geistlichen Kurfürsten als Erzkanzler des Reichs gebührt und wäre auch von ihm

ſicherlich beanſprucht worden. Aus reiner Eiferſucht alſo ſuchte Köln dem Mainzer zuvorzukommen: doch ſollte ihm diesmal noch alle Verlegenheit erſpart bleiben, da Kur-Mainz nicht erſchien, vermuthlich, weil ihm die einſeitige Aufforderung des Pfalzgrafen nicht genügte, es vielmehr eine Geſamteinladung erwarten zu dürfen glaubte.

Am 5. und 6. December fanden die erſten Berathungen ſtatt.[1] In der Hauptfrage war man ja allerſeits einig. Die erſte Schwierigkeit verurſachte die Forderung Münſters wegen des Matrikularfußes, den es als Norm begehrte, weil ſich in den Vorverhandlungen ergab, daß der Biſchof einem gleichen Anſchlag unterworfen werden ſollte wie der Kurfürſt von Köln (1200 M. z. F. und 300 z. Pf.), der denn doch wegen ſeiner drei Sifter Köln, Lüttich und Hildesheim ein weit mächtigerer, leiſtungsfähigerer Fürſt war, als der Biſchof von Münſter. Hätte man nach der Matrikel geſchätzt, würde ſich das Verhältniß für Köln ungünſtiger geſtaltet haben; daher ſein Widerſtreben. Auch Trier fand den Matrikularanſchlag zu hoch. Pfalz-Neuburg konnte hierüber nicht ſofort votiren; die Geſandten mußten ſich erſt Raths daheim erholen. Und auch die kur-kölniſchen Deputirten gingen erſt wieder nach Bonn zurück, um zu referiren und neue Inſtruktion zu begehren. Erſt nach ihrer Rückkunft, am 11. December konnten die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Bei erneuter Umfrage wegen des ſtreitigen Punktes erklärten die Neuburgiſchen, daß ſie trotz der Schwierigkeiten, die es vorausſichtlich bei den Landſtänden abgeben würde, ſich auf den Fuß der Matrikel einlaſſen könnten. Nur möge Köln über die 1200 Mann z. F. und 300 z. R. hinaus ſich anſtrengen. Der münſteriſche Deputirte blieb auf ſeiner erſten Forderung beſtehen, ohne jedoch diesmal eine Modifikation ganz abzulehnen. Köln verwarf die Matrikel durchaus: Jeder könne nach Billigkeit und gutem Willen beitragen. Dieſer Grundſatz fand die Zuſtimmung Trier's, welches unter Hinweis auf den von Grund aus verderbten Zuſtand der kurfürſtlichen Lande nur 600 Fußſoldaten und 100 Pferde ſtellen zu können erklärte. Hierauf bot Neuburg 600 bzw. 150 Mann an.[2] Auch ſchlug es, um einen Ausgleich der auseinandergehenden Stimmen zu bewirken, vor, noch einen Nebenreceß zu entwerfen und darin die von jedem Kontrahenten wirklich

[1] Protokolle hierüber konnte ich in den Akten nicht finden.

[2] Insgeheim erklärten Reuſchenberg und ſeine Kollegen dem münſteriſchen Geſandten, daß ſie ihm eine Aſſekuration ausſtellen wollten, wonach dem Biſchof, wenn er angegriffen würde, von Neuburg 1200 Mann zu Fuß und 300 Reiter geſendet werden ſollten, während ſie den anderen Alliirten ein gleiches zu leiſten ſich nicht verbindlich machen wollten.

übernommenen Quoten auszudrücken, während der Hauptreceß, damit dies ein gewisses „Ansehen und Geschrei" gebe, die Reichsmatrikel als Grundlage bezeichnen solle. Dieser Vorschlag fand Beifall.

Die weitere Bedingung Münster's, daß die Allianz eine ewige und unauflösliche sein solle, gewann auf keiner Seite Zustimmung. Man bemerkte, daß alsdann die Stände und Domkapitel mit verständigt werden müßten, was man erklärlicherweise gern vermied. Und wer wollte sich überhaupt die Hände auf ewig binden lassen? Auf den Bericht Fürstenbergs gab der Bischof diesen Punkt preis. Die Frage der Zeitdauer blieb wegen schwankender Haltung Neuburg's ungelöst bis zur Stunde der Vollziehung des Recesses, wo die neuburgische Erklärung erst eintraf und ein Termin von zwei Jahren in den bereits mundirten Aufsatz eingetragen wurde.

Auch mit seinem Vorschlag wegen Aufforderung Brandenburg's hatte Münster wenig Erfolg. Neuburg, welches zunächst Anstand nahm, direkten Widerspruch zu erheben, suchte anfangs in der Erklärung Ausflucht, daß man erst nach völligem Abschluß der Allianz über die Einnehmung Anderer werde reden können, worin ihm Kur-Köln, ungeachtet seiner Beziehungen zu Brandenburg, Beifall gab.[1] Nichtsdestoweniger hielt Münster Brandenburg's Zuziehung als erstrebenswerth fest und lenkte zugleich, einmal bei der Frage der Ausdehnung des Bundes angelangt, die Aufmerksamkeit der Anderen auf den Kurfürsten von Mainz und den Darmstädter Landgrafen, daneben auch auf die Abteien Korvey, Essen und Werden, die Grafen zur Lippe, von Tecklenburg, Rietberg und Bentheim, auch die westerwäldischen Grafen, sowie die ansehnliche Stadt Dortmund. Trier ließ den Wunsch nach der Zulassung von Kur-Mainz, Kur-Pfalz und Hessen-Darmstadt vernehmen. Auf Aachen und die Abtei Kornelimünster, von denen weiter noch die Rede ist, machte wahrscheinlich Kur-Köln aufmerksam. Und Neuburg wies auf Paderborn und Osnabrück, verwarf aber schließlich den Gedanken an Kur-Brandenburg's Hinzuziehung mit allem Nach-

[1] Franz Egon v. Fürstenberg hatte noch am 11. December dem münsterischen Gesandten die höchstvertrauliche Mittheilung gemacht, daß der Kurfürst von Brandenburg ihm durch den Grafen Waldeck hätte schreiben lassen, daß er nichts Lieberes wünsche, als neben dem Kurfürsten von Köln mit dem Bischof von Münster in Allianz zu treten. Mit Neuburg dasselbe zu thun, trüge er jedoch Bedenken, solange wegen des Direktoriums im westphälischen Kreise mit diesem keine Richtigkeit gemacht sei. Er bitte um die Vermittelung Köln's. Waldeck habe Modifikationen vorgeschlagen, welche für den Pfalzgrafen annehmbar sein würden, wie auch Reuschenberg versichert habe, als er hiervon durch ihn (Graf Fürstenberg) Kenntniß erhalten. Christoph Bernard drückt schon am 14. sein Wohlgefallen hierüber aus.

druck, angeblich unter dem Eindruck des Gerüchtes von Allianzverhandlungen desselben im Haag. Ueberhaupt, so betonte es wiederholt, dürften alle derartige Pläne erst nach Schluß der Allianz hervorzuziehen sein.

Am 13. December wurde im Dominikanerkloster zu Köln von den Kur-Kölnischen der Entwurf eines Hauptrecesses vorgelegt, welchem merkwürdigerweise die Urkunde des zwischen Schweden, dem Hause Braunschweig und dem Landgrafen von Hessen-Kassel am 14. Februar 1652 geschlossenen Hildesheimer Bundes zu Grunde gelegt worden ist.[1] Indem man die einzelnen Ansichten verglich, gelangte man zu einer Feststellung des Bundesinstrumentes, welches dann zur Reinschrift gegeben wurde. Am 14. besprach man noch einige Fragen, welche auftauchten und am 15. Nachmittags wurden der Haupt- und ein Nebenreceß[2] mundirt. Am 16. wurden die vier Exemplare gegen einander verglichen und sodann von sämtlichen anwesenden Vertretern der Kontrahenten mit Unterschrift und Besiegelung versehen. Als Datum rückte man den 15. December ein.

Der Hauptreceß[3] hat etwa folgenden Inhalt:

Als Grund der Allianz erwähnt eine Einleitung die trotz des zu Münster und Osnabrück geschlossenen Friedens bisher noch fortdauernden und ferner noch zu besorgenden Vergewaltigungen, Einquartierungen, Durchzüge und andere Kriegslasten und Insolenzien, gegen welche die ihnen von Gott anbefohlenen Unterthanen und Schirmverwandten zu schützen und zu vertheidigen kraft ihres hohen landesfürstlichen Amtes die Kontrahenten nach Anweisung der Reichs-Exekutionsordnung und des Friedensschlusses sich hiermit verbinden. Die einzelnen Artikel enthalten folgende Bestimmungen:

1. Die Vereinigung bezweckt keines Menschen Offension, auch will sie keine Universal- oder Partikularunruhe im Reich anrichten, sondern sie ist dahin gemeint, die Unterthanen der Alliirten gegen die angeführten

---

[1] Jetzt zum ersten Mal in authentischer Form veröffentlicht von Köcher, Anhang Nr. 3, S. 609.

[2] Ueber die wegen desselben geführten Verhandlungen schweigen die Akten, welche mir vorlagen, vollständig.

[3] Gedr. bei Dumont, Corps dipl. VI, 2. 97 ff., Londorp, Acta publica VII, p. 968, Lünig, Reichs-Archiv p. spec. 1 cont. 2. Fortsetzung. Nr. 82. vol. VII. p. 311 ff., L. v. Aitzema, Saken van staet en oorlogh VIII. p. 225. Beglaubigte Kopien aus der kur-mainzischen Kanzlei in den St.-AA. Berlin und Hannover. Von den Archiven der betheiligten Kontrahenten bot nur dasjenige in Münster eine schlechte Abschrift der Redaktion vom 13. December. Eine holländische Uebersetzung, vermuthlich vom Haag her dem Kurfürsten von Brandenburg mitgetheilt, in den Berliner Akten. Lateinische Uebersetzung bei ab Alpen s. oben.

Unbilden und Gefahren zu schirmen, wie auch die Fürsten selbst gegen innerliche Empörung zu konserviren.[1]

2. Man sichert sich gegenseitige unverzügliche Hülfeleistung zu. Einen Rückzug von der gemeinschaftlichen Aktion dürfe es nicht geben, es sei denn nur auf allgemeines Belieben und mit Gutbefinden des Kriegsrathes. Letzterer habe auch anzugeben, was zu thun sei, falls zwei von den Alliirten zugleich oder einer auf verschiedenen Seiten angegriffen würde.

3. Jeder soll seine festen Plätze mit genügender Besatzung versehen und das Landvolk zur Vertheidigung seiner eigenen Lande in gute Ordnung gebracht bereit halten. Die Bundesmacht besteht aus den Kontingenten

Kur-Köln's (wegen Köln u. Lüttich):	4000	Mann	z. F. u.	1000	Reiter
Kur-Trier's:	1579[2]	"	"	400	"
des Bischofs von Münster: . .	1080	"	"	270	"
und des Pfalzgrafen von Neuburg	1200	"	"	300	"
demnach aus	7859	M. Fußvolk	u.	1970	Reitern.

Und zwar müsse dies geworbene, tüchtige Mannschaft sein. Auf Erfordern ist die Hülfe ungesäumt zu senden. Verstärkung des Heeres nach Verhältniß der Gefahr bleibt vorbehalten.

4. Die Hülfe ist auch dann zu gewähren, wenn Einer überfallen und dermaßen überwältigt wird, daß er seinerseits mit seinem Kontingent nicht aufzukommen vermag.

5. Kommando und Jurisdiktion und überhaupt volle Verfügung über seine Völker behält Jeder selbst, so lange sie in seinem Land stehen, und es noch zu keiner Operation gekommen.

6. Die Jurisdiktion während der Vereinigung der Bundesarmee steht je nach Beschaffenheit der Fälle dem Kontingentsführer oder dem Oberkommandirenden zu.

7. Wegen des Generalkommando's darf keiner der Alliirten vor dem anderen einen Vorrang beanspruchen. Wenn es zur Vereinigung im Felde und Gesamtoperationen kommt, hat auf grund der Exekutionsordnung derjenige von ihnen das Oberkommando, welcher die Hülfe requirirt hat und so lange in seinen Landen agirt wird. Neben ihm fungirt jedoch ein Kriegsrath. Auch bleibt die Anstellung eines geeig-

[1] Man beachte den versteckten Platz dieser wohl vom Bischof von Münster vorgeschlagenen Bestimmung, welche den anderen Theilnehmern behagen mochte, da man sich ihrer eventuell gegen die oft so schwierigen Landstände bedienen zu können hoffen durfte.

[2] Köcher S. 197 giebt 1574.

neten Bundesfeldherrn nach gemeinschaftlichem Gutbefinden vorbehalten; derselbe soll von der Gesamtheit der Alliirten in Pflicht genommen werden.

8. Wird kein Bundesgeneral bestellt, so hat in dem Falle, daß außerhalb der Lande der Alliirten und deren Schirmverwandten der Krieg geführt werden soll, derjenige Führer den Oberbefehl, aus dessen Kriegsherren Lande der Ausbruch stattfindet, und zwar nur bis zur Heimkehr der Truppen in's Bundesgebiet. Rücken die Truppen aus verschiedenen Ländern heran, hat der an Rang höchste oder dienstälteste Offizier das Kommando zu übernehmen, stets unter Hinzuziehung des Kriegsrathes.

9. Betrifft den Kriegsrath. Derselbe besteht aus vier Vertretern der vier Alliirten. Ihre Gegenwart bei der Armee ist nothwendig. Die Funktionen des Kriegsrathes entsprechen etwa denen des heutigen Generalstabes und der General-Intendantur. Den Vorsitz hat allemale der kommandirende General.

10. Löhnung der Mannschaften und Vorrath an Baargeld für einen Monatssold zur Verhütung von Ausschreitungen.

11. Verpflegung der Leute und Pferde.

12. Disciplin.

13. Munition. Artillerie. Jeder giebt seinem Kontingent die leichten Feldstücke mit, etwa auf 600 Mann zu Fuß zwei Regimentsstücklein und eine sechspfündige Falkone mit Zubehör. Die schweren Geschütze stellt der Landesherr des Operationsgebietes oder derjenige, aus dessen Lande man ausmarschirt.

14. Märsche und Quartiere.

15. Vertrauliche Kommunikation unter den Verbündeten über alles, was ihnen zum Vor- oder Nachtheil gereichen kann.

16. Aufnahme anderer Reichsstände, ob katholisch oder evangelisch, hat nur auf Anmeldung und dann mit gesamter Zustimmung der Alliirten stattzufinden. Letzteren soll es übrigens freistehen, auf grund des allgemeinen münsterischen Friedensschlusses mit anderen Potentaten und Reichsständen, jedoch unverbrüchlich dieser Allianz, sich in Verbündniß einzulassen.

17. Zeitdauer der Allianz zwei Jahre. Ein halbes Jahr vor Endigung derselben soll man über die Verlängerung reden, wenn das Bedürfniß dazu vorliege.

Von dem Abschluß des Bündnisses ist der Kaiser in Kenntniß zu setzen.

Man würde fehlgehen, wenn man aus dem soeben angegebenen Inhalt des Bundesinstrumentes meinte die Summe aller Tendenzen der

Alliirten abnehmen zu können. Es wurde bereits oben erwähnt, daß auch ein Nebenreceß vollzogen wurde, über welchem denn freilich ein Dunkel schwebt, welches auch hier nur in unvollkommener Weise gelichtet werden kann. Es ist wohl mehr als bloßer Zufall, daß dieses Dokument, von dessen Existenz überhaupt bisher nirgends etwas bekannt gewesen zu sein scheint, in sämtlichen Archiven, wo man es vermuthen dürfte, verschwunden ist, bis auf die eine Spur, welche zwei Schriftstücke des münsterischen Archivs weisen. Es sind dies Monita, richtiger Notizen aus der Kanzlei des Bischofs für dessen Gesandten Fürstenberg, dem sie schnell hintereinander zur Nachachtung zugingen.[1] In ihnen ist Bezug genommen auch auf Bestimmungen für den Nebenreceß oder, wie man sich in Münster bezeichnender Weise ausdrückte, für die Geheimartikel. Und zwar hat der Bischof folgende Wünsche:

1. „Stände primo pro fundamento zu setzen, daß diese Allianz zwischen den vier Kur- und Fürsten quatenus alias consideratione*s* praecipue tamen pro conservanda catholica fide angesehen sei."

2. „Sämtliche geistliche jura zu manuteniren."

3. „Was pro tertio in articulis secretis zu setzen, solches ist dem kur-kölnischen Abgesandten bewußt, und weil diese materia J. Chfl. Dhlt. zu Köln in suis statibus touschiren möchte, so wird man darauf die Resolution erwarten."

Das zweite Schriftstück (vom 10. December) enthält eine Revision der Bestimmungen des ersten und bemerkt zu 1. „Placet", zu 2. „Der sämtlichen alliirten Lande geist- und weltliche jura zu manuteniren; item das Tripliciren und Quadrupliciren zu inseriren."

Ferner wurde, wie wir oben sahen, dem Nebenreceß die Benennung der effektiven Kontingentsquoten vorbehalten, während der Hauptreceß als Blendwerk für die außerhalb der Allianz Stehenden die nach der Reichsmatrikel berechneten Ziffern aufführte. Demnach würde also (s. oben) der Nebenreceß folgende Zahlen enthalten haben:

Köln	1200	Mann	z.	F. und	300	Reiter
Trier	600	„	„	„	100	„
Münster	1200	„	„	„	300	„
Neuburg	600	„	„	„	150	„
Auf	3600	Mann	z.	F. und	850	zu Roß

ward also das Bundesheer in Wirklichkeit normirt, wobei wohl auch

[1] Nr. 1 liegt bei einem Schreiben des Bischofs vom 8. December, Nr. 2 ist vom 10. datirt.

für Fälle der Noth Vermehrung der Kontingente durch Verdoppelung oder gar bis in's Vierfache vorbehalten wurde.[1]

Wir erfahren aber immerhin nur, was man in den Nebenreceß zu bringen beabsichtigte, leider nicht den wirklichen Inhalt selbst. Daß aber überhaupt ein solcher neben dem Hauptreceß zu stande gekommen, kann keinem Zweifel unterliegen. Es geht dies mit Bestimmtheit aus dem bei den Akten beruhenden Schlußprotokoll der Kölner Verhandlungen vom 16. December hervor und dann auch aus ganz positiven Angaben in späteren Briefen, welche ausdrücklich Haupt- und Nebenreceß erwähnen, ohne jedoch über letzteren weiteren Aufschluß zu geben.

Fassen wir das Ergebniß der zehntägigen Konferenz zu Köln zusammen: Erreicht war endlich eine nieder-rheinisch-westphälische Allianz, welche lediglich einen defensiven Charakter zur Schau trug. Ich zweifle nicht daran, daß es den beiden geistlichen Kurfürsten wenigstens nur um die Defensive zu thun war. Jemanden damit zu beunruhigen und thätlich zu werden, kam ihnen sicherlich nicht in den Sinn. Und was hätte hierzu die so geringe Truppenmacht gefruchtet? Selbst zur Vertheidigung der Bundesgebiete hätten weder die Kontingente des Nebenrecesses noch die des Hauptrecesses ausgereicht.

Der Bischof von Münster hatte gewiß reellere Absichten. Ihm bangte freilich vor der Schwedenmacht; er wäre der erste gewesen, das Aufgebot zu requiriren. Im Hintergrunde aber schimmern nicht undeutlich seine Pläne gegen die Stadt Münster hervor. Darum drang er so besonders auf den Fuß der Matrikel, welcher eine kräftigere Anstrengung von den Alliirten bedingte, und als er dieses nicht erreichte, versuchte er wenigstens die Möglichkeit zu größerer Machtentfaltung von Bundeswegen durch bezügliche Bestimmungen des Nebenrecesses offen zu halten.

Auch der Pfalzgraf von Neuburg, der von allen den neuen Bundesgenossen den weittragendsten politischen Scharfblick besaß und schon damals ganz andere als diese lediglich provinziellen Ziele verfolgte, versprach sich wohl wenig Erfolg von diesen so schwächlichen Aufwendungen, welche man der Allianz zumuthete.[2] Daher die heimlichen Abmachungen

---

[1] Köcher (S. 198) giebt aus einem Extrakt des Heyland'schen Diariums vom 7. (17.) März 1657 dieselben Ziffern, nur bei Neuburg in Verdoppelung, also 1200 Mann z. F. und 300 z. Pf., an. Köcher nimmt an, daß diese Kontingente gelegentlich des Beitrittes von Kur-Mainz neu geordnet wurden, während es wirklich die anno 1654 im Nebenreceß vereinbarten Ziffern waren.

[2] Erdmannsdörffer a. a. O. S. 263 bezeichnet in seiner treffenden Weise

zwischen ihm und dem Bischof Christoph Bernard zu eventuell größeren Anstrengungen für die Stunde der Gefahr. Schon damals oder doch kurz nachher begann Philipp Wilhelm Düsseldorf zu befestigen,[1] und er sowohl wie der Bischof von Münster warben an allen Ecken und Enden möglichst viel Völker. Je verborgener und unheimlicher die Pläne waren, mit denen sich diese beiden Ränkeschmiede trugen, desto lebhafter hatten sie darauf gedrungen, daß man in dem für die Oeffentlichkeit bestimmten Hauptreceß, mit welchem man „ein Geschrei" zu erwecken beabsichtigte, zweimal lebhaft betheuerte, daß man zu dieser Defension nur auf grund der Reichssatzungen und des Friedensinstrumentes sich vereinige. Daher auch das Streben nach Sanktionirung der Allianz durch den Kaiser, nach welchem diese Herren im übrigen wenig genug zu fragen gewöhnt waren. Den schlagendsten Beweis aber von der wohlwollendsten, friedliebendsten und ungefährlichsten Gesinnung vermeinten sie in der Bestimmung abzulegen, daß allen anderen deutschen Reichsständen, katholischen und evangelischen, der Beitritt offen stehen solle.

Welch andres Bild müßten wir aus dem Nebenreceß gewinnen! Nach dem, was wir oben sahen, dürfen wir wohl nicht zweifeln, daß er das rein katholische Interesse der vier Verbündeten in den Vordergrund gerückt haben wird. Daneben wurde dann die Aufrechthaltung aller geistlichen und weltlichen Gerechtsame der Betheiligten gewährleistet, also keine Säkularisationen mehr, Schutz gegen Auflehnung der Domkapitel, lästigen Widerstand der Stände, sowie Unbotmäßigkeit und Empörung der Unterthanen.

Unerledigt bleibt leider die Frage, welcher Art die besonderen Abmachungen zwischen Köln und Münster gewesen sein mögen, auf welche der Bischof Christoph Bernard seinen Gesandten Fürstenberg als ihm bekannte hinweist.

Man bemerkt, gar so harmlos, wie der Hauptreceß die Ziele des Bündnisses darstellen will, waren dieselben mit nichten. Demnach hatten die mancherlei mißtrauischen Besorgnisse, welche auf den Ruf von jenen Konferenzen zu Köln und die Nachricht vom Abschluß der Allianz hie und da laut wurden,[2] ihre, wenn auch unbewußte, Begründung.

---

diese Allianz als einen gelungenen Gegenzug des Neuburgers gegen die brandenburgischen Allianzpläne im Nordwesten Deutschlands.

[1] U. A. VII, 648, brandenburgische Nachricht aus Frankfurt a./M. 12 ganze, 19 halbe Karthaunen und 4 metallene Feldstücke wurden von Neuburg nach Düsseldorf geschafft. „Soll zwar (der Pfalzgraf) getrachtet haben, das Generalat über der drei geistlichen Kurfürsten-Völker zu bekommen, dieselben aber wollen es dem Vernehmen nach dem General Hatzfeld auftragen."

[2] Der kur-brandenburgische Reichsdeputirte Portmann an den Kurfürsten von

Besorgnisse, welche freilich eine Abschwächung erfahren haben würden, wenn man gewußt hätte, daß die Verbündeten insgeheim eine noch geringere Machtentfaltung in Aussicht nahmen, als der Hauptreceß angab.[1]

Immerhin — auch wenn man ganz von den heimlichen Abmachungen des Nebenrecesses absieht, der ja eben nicht bekannt wurde, von dem überhaupt nicht behauptet werden kann, daß er wirklich alles das enthielt, was der Bischof von Münster hineingerückt haben wollte — war die Allianz vom 15. December 1654 ein nicht unwichtiges politisches Ereigniß, denn es wurde durch diese Zusammensetzung gewisser Reichsstände außerhalb des Kreisverbandes und durchaus unabhängig von demselben eine Macht geschaffen, mit welcher man vorderhand zu rechnen hatte, zumal bei der dumpfen Spannung dort im Nordwesten des deutschen Reiches.

In der Allianz befanden sich die beiden unruhigsten Fürstenköpfe jener Tage (Karl Gustav von Schweden ausgenommen) und in dem Dienste des dritten stand ein gewissenloser Diplomat, Franz Egon von Fürstenberg, schon damals im Banne Mazarin's, auf dessen Beziehungen zu Kur-Köln seit seinem Aufenthalt zu Lüttich und Brühl während seines Exils als Schutzbefohlener Maximilian Heinrich's hier nur leise hingedeutet werden kann.

Und ringsum Gefahren von den auswärtigen Kronen: Schweden,

Brandenburg unter dem 25. December: Es werden auch E. C. D. zweifelsohne von Ihro Residenten zu Köln berichtet sein, daß daselbst Kur-Mainz, Trier und Köln, wie auch Münsterische und pfalz-neuburgische Deputirte sind, der Meinung, ein Verbündniß mit einander aufzurichten und sich in Positur zu stellen gegen Diejenigen, welche einen oder andern ihres Mittels angreifen möchten: und sollen sie die Ursachen ihrer Zusammenkunft und Verbündniß auf der Herren evangelischen Kur- und Fürsten Armatur hinschieben wollen. Nach dem Original in Berlin. Auch mitgetheilt U. A. VII, S. 640. Waldeck selbst freilich, der leitende Staatsmann Brandenburgs, sah den Bund mit harmlosen Augen an, U. A. VI, 639. Vgl. auch Erdmannsdörffer S. 263 und Köcher S. 191 u. 198; nach ihnen machte die Allianz auf die Protestanten im ganzen wenig Eindruck. Ganz ohne Argwohn wird man sie jedoch kaum betrachtet haben. Wunderbarer Weise zeigte sich derselbe auf einer Seite, wo man ihn nicht erwarten zu dürfen glaubt, beim Darmstädter Landgrafen, dem Schwiegervater des Neuburgers, dessen Hinzuziehung man plante. Köcher, S. 198 nach Sattler, Geschichte von Württemberg IX, § 97.

[1] In Kassel hat man beizeiten diese Vorspiegelungen des Hauptrecesses durchschaut. Die hessischen Räthe bemerkten bei einer mit braunschweigischen Gesandten am 6. Juli 1657 zu Kassel abgehaltenen Konferenz, daß „die kölnische Notul mehr zur Parade angesehen, als daß das darin benannte Quantum von Jedem dergestalt übernommen sei." St.-A. Marburg.

Frankreich, Spanien. Im Innern eine zähe Masse politischen Zündstoffes, Gährungen im Lüttich'schen wie in den münsterischen Landen, und als Schraube ohne Ende die jülich'sche Successionsfrage — fürwahr Grund genug zum Abschluß des Bundes einer- wie zur argwöhnischen Betrachtung desselben andererseits.

5.

Bis zur Konvention zu Frankfurt a. M. vom 11. August 1655.

Immer noch drohte jene Wolke an den Nordküsten des Reichs sich zu entladen: ob nach Osten oder Westen, hierüber sah man mit Bangen von allen Seiten her einer Entscheidung entgegen. Der Beginn der besseren Jahreszeit mußte diese bringen.

Deshalb legten auch die Alliirten ihre Hände keineswegs in den Schooß. Noch am Ende des Jahres 1654 kreiste unter ihnen das vom 15. December datirte Notifikationsschreiben an den Kaiser zur Unterschrift, desgleichen Haupt- und Nebenreceß zur Ratifikation, welche einfach durch Namensunterfertigung und Besiegelung erfolgte. Der Pfalzgraf kam als Letzter an die Reihe (19. Jan. 1655) und vertheilte dann die vier Exemplare unter die Genossen des Bundes.

Kaiser Ferdinand III. beeilte sich, mit höflichem Danke die Kenntnißnahme zu bescheinigen;[1] natürlich hatte man ihm nur den Hauptreceß mitgetheilt. Da er — in diesem Passus gipfelte seine schwerfällige Auslassung — nicht befinde, daß die Kontrahenten etwas anderes gethan, als was die Reichskonstitutionen, der westphälische Friede und der jetzige Zustand des Reichs zuließen und mit sich brächten, so lasse er, zumal auch diese Verfassung zu keines Menschen Offension angesehen, es bei derselben bewenden, und wolle er daneben die Betheiligten bei allen Begebenheiten seines kaiserlichen Schutzes versichert haben. Also gleichsam Beifall fand diese Allianz bei dem derartigen Gebilden so abgeneigten Reichsoberhaupte — eine Folge seiner Angst vor der

---

[1] Wien d. d. 13. Februar 1655, Kopie im St.-A. zu Münster.

Schwedenmacht und des Mißtrauens gegen die auch bei den proteſtantiſchen Reichsſtänden damals zutage tretenden Allianzbeſtrebungen.

Der Biſchof Chriſtoph Bernard von Münſter gedachte denn auch gleich das Eiſen zu ſchmieden, das man wider Erwarten ſo heiß fand. Als nämlich dies kaiſerliche Antwortſchreiben auf ſeiner Rundreiſe bei den Alliirten auch zu ihm kam (Anfang April), ſchrieb er ſofort an den mächtigſten der Bundesgenoſſen Maximilian Heinrich von Köln (9. April): „Weil zu erſehen, daß Ihre Majeſtät ſolche Verfaſſung nicht allein approbiren, ſondern uns auch daneben bei aller Begebenheit ſeines kaiſerlichen Schutzes und Protektion verſichern, und nun die Gefahr vom Elb- und Weſerſtrom ſo ſcheinbarlich hervorblickt, ſo ſtellen wir zu E. Gn. und Lbd. Nachdenken, ob nicht dieſe Frage dem Kaiſer zu remonſtriren und auf allen Nothfall die kaiſerliche Protektion zu begehren ſei.“

Der Kurfürſt von Köln hattte wohl eine nüchternere Auffaſſung von dem guten Willen des Kaiſers. Er beachtete den Wunſch des Biſchofs gar nicht. Dieſer ſuchte dann den Pfalzgrafen für derartige Schritte zu gewinnen, mit welchem Erfolge wird man weiter unten ſehen.

Den Bau der Bundesverfaſſung glaubte man durch die papierenen Beſtimmungen des Receſſes genügend feſt begründet; von einem Beſtreben, den weiteren Ausbau etwa durch Beſtellung des Kriegsrathes, Ernennung der Oberoffiziere, Errichtung einer Bundeskaſſe und dergleichen zu fördern, findet ſich nicht die leiſeſte Spur. Nur die Kontingente ſuchte man auf die Beine zu bringen. Der Biſchof von Münſter wie der Pfalzgraf von Neuburg ſetzten ſich mit ihren Ständen wegen der Geldbewilligung in Verbindung. Im Frühjahr ging der Kurfürſt von Köln ſelbſt in ſein Bisthum Lüttich, um ein Gleiches zu thun.[2]

Auch war man wenigſtens bedacht, die Allianz durch äußeren Zuwachs zu ſtärken. Und welcher Gedanke hätte da näher liegen können, als der einer Anfrage bei dem alten Genoſſen des kur-rheiniſchen Bundes von 1651, an deſſen Beiziehung auch ſchon vor Abſchluß des Defenſionsvergleiches vom 15. December 1654 einige der Zuſammentretenden ernſtlich gedacht hatten. Man konnte überhaupt davon keinen Umgang nehmen, weil Pfalz-Neuburg und Trier ſich damals ſchon zu weit gegen den Kurfürſten Johann Philipp von Mainz herausgelaſſen hatten.

Am 20. December ſchon hatten daher die beiden Kurfürſten von

---

[2] Am 19. März 1655 erfährt Portmann in Frankfurt, daß der Landtag in Düſſeldorf dem Pfalzgrafen für 1500 Mann die Mittel bewilligt habe, auch von der Reiſe des Kölners nach Lüttich hat er Kenntniß. Dem Biſchof von Münſter hatten ſeine Landſtände bereits in dem Landtagsabſchiede vom 12. Januar 1655 unter anderen Zugeſtändniſſen auch 75000 Thaler zum Unterhalt von 3000 Mann z. F. und 400 Reitern bewilligt. Tücking S. 23.

Köln und Trier dem von Mainz den Abſchluß der Allianz angezeigt und ihm dabei anheimgeſtellt — ob er auch ſeinerſeits den kurrheiniſchen Vergleich von 1651 auf ihre neuen Bundesgenoſſen, den Biſchof von Münſter und den Pfalzgrafen von Neuburg, unter gehöriger Proportion der zu leiſtenden Mannſchaft, ausdehnen wolle. Man ſuchte ſich alſo den Anſchein zu geben, als habe man nur in der neuen Allianz den alten Frankfurter Receß durch Hinzuziehung zweier neuen Alliirten erweitert.

Johan Philipp muß den hierin liegenden dolus gegen ihn wahrgenommen haben; da er aber ſelbſt damals nach Allianzen ſtrebte, unterdrückte er jedes Mißbehagen und willigte ein. Ja, er ſchrieb (8. Jan. 1655), daß er dieſe Extenſion nur im Einklang mit den Beſtimmungen des Receſſes von 1651 finden könne und daher gegen eine ſolche nichts einzuwenden habe.

Zu dieſer entgegenkommenden Haltung des Kurfürſten, der doch durch das von Köln und Trier beliebte einſeitige Verfahren verletzt ſein mußte, mochte nicht wenig beigetragen haben die verbindliche Handlungsweiſe des Pfalzgrafen, welcher, durch ſeine früheren Eröffnungen gegen Kur-Mainz einigermaßen verpflichtet, es für angemeſſen erachtet hatte, demſelben am 28. December von dem zu Köln erfolgten Schluſſe Nachricht zu geben, wobei er dieſes und jenes über die Geheimartikel wird haben mit einfließen laſſen.[1] Johann Philipp antwortete am 10. Januar, daß wegen Ausdehnung des Frankfurter Receſſes auf ihn und den Biſchof von Münſter ſchon Verhandlungen zwiſchen den drei geiſtlichen Kurfürſten (wovon er abſchriftlich Kenntniß giebt) eingeleitet wären. Zugleich habe er auch durch ſeinen Oberhofmarſchall Freiherrn v. Boineburg des Pfalzgrafen Schwiegervater, den Landgrafen von Heſſen-Darmſtadt, erſuchen laſſen, daß er auf der gegenwärtig in Worms tagenden oberrheiniſchen Kreisverſammlung vermitteln helfe, daß auch die kölniſche Defenſion mit in die zwiſchen Kur- und Ober-Rhein getroffene Vereinigung aufgenommen werde.[2]

---

[1] „auch ſonſten in einem und anderem für weitere vertrauliche Kommunikation thun wollen." Schreiben des Kurfürſten vom 10. Januar 1655, abſchriftlich in Münſter.

[2] Den Erfolg der Verhandlungen zu Worms zeigt der ober-rheiniſche Kreisabſchied vom 6. März 1655: Betreffend den vom jüngſten Reichstag zu Regensburg an die Kreiſe verwieſenen punctum securitatis et defensionis hat man reiflich überlegt, wie nach Anleitung gemeinen Reichstagsabſchieds eine vollſtändige Kreisverfaſſung dieſerends förderlich angerichtet werden möchte. Nachdem man aber wegen dieſes Kreiſes reichskundigen höchſten Unvermögens und noch obliegender Schuldenlaſt den Reichsverordnungen gemäß ſich in bedeutete Verfaſſung zu ſtellen noch zur Zeit nicht

Nach vorangegangener Vereinbarung zwischen Trier und Köln benachrichtigte letzteres am 31. Januar die beiden andern Alliirten von der Geneigtheit des Kurfürsten von Mainz, mit ihnen auf grund des Vertrages von 1651 in Allianz zu treten. Mittlerweile hatte auch Philipp Wilhelm von Neuburg den Bischof von Münster von der Antwort des Kurfürsten von Mainz an ihn unterrichtet und ein Schreiben aufsetzen lassen, wonach Beide um Aufnahme in den Frankfurter Vertrag sich bewarben (28. Jan.). Der Bischof zögerte eine Weile; erst auf Drängen des Pfalzgrafen (16. Febr.), welcher erklärte, er werde auch ohne ihn dem kur-rheinischen Receß beitreten, jedoch „des neulich zu Köln aufgerichteten Vergleichs und sonst particulariter zwischen uns beiden schwebenden guten Vertrauens und reciprocirlichen Wohlmeinens unverletzet," unterzeichnete er die Petition und sandte sie am 19. Februar an den Kurfürsten von Mainz ab. Am 4. März erst beantworteten dann Neuburg und Münster jenes Schreiben des Kurfürsten von Köln vom 31. Januar mit der Erklärung, daß Verhandlungen zwischen Kur-Mainz und ihnen selbst über den Beitritt zu dem kur-rheinischen Vergleiche schwebten und sie die Aufnahme in denselben mit Dank acceptiren würden; sie warteten nunmehr auf Bescheid und bäten um Beförderung dieser Angelegenheit.

Am 20. März eröffnete der Kurfürst von Mainz dem Bischof, wie auch vermuthlich dem Pfalzgrafen, daß er den Receptionsschein für sie beide habe abfassen und seinen Mitkurfürsten zu Trier und Köln zur Mitausfertigung übersenden lassen. Der Kurfürst von Köln werde ihnen denselben gegen Herausgabe eines gleichlautenden Reverses (in triplo) aushändigen.

In dieser Weise wird sich dann wohl auch der ganze Akt abgewickelt haben. Der Receptionsschein, welchen Münster erhielt,[1] nor-

wohl möglich noch thunlich befunden, so hat man doch zu etwas mehrerer Versicherung dieses Kreises nur ad interim sich dahin verglichen, daß die zwischen beiden Kreisen Kur- und Ober-Rhein a. 1651 zu Frankfurt aufgerichtete Verfassungsconjunction reassumirt und angenommen werden solle, jedoch salvo moderamine quanti, und daß es nicht eben auf Geld noch geworbene Völker, sondern auch sonst bewehrtes und exercirtes gutes Landvolk und nur ad necessitatis casum gerichtet werde, das quantum nur auf ½ Römermonat und bei Mangel an Reitern für einen Reiter drei Mann zu Fuß genommen werden und der Kreis in vier Defensionsquartiere eingetheilt werde. Man versehe sich zum kur-rheinischen Kreise, daß er ratione reciproci proportionati also mit eintreten werde. Es solle dem Directorium desselben alles communicirt werden.

Um wie viel ansehnlicher erscheint danach immer noch die Kraftanstrengung der Kölnischen Defensionisten.

[1] d. d. 20. März 1655, Abschrift in Münster. Vgl. Köcher S. 197, wo das Monatsdatum nicht angegeben werden konnte.

mirte den Beitrag deſſelben zu den Leiſtungen der kur-rheiniſchen Alliirten auf 100 Reiter und 500 Mann zu Fuß. Der Beitrag des Pfalzgrafen läßt ſich nicht ermitteln.

Hieraus ergab ſich nunmehr eine ſonderbare Stellung der vier Theilhaber der kölniſchen Allianz vom 15. December 1654. Sie waren aneinander ſowohl durch dieſe gebunden als auch neuerdings durch den kur-rheiniſchen Receß von 1651, während der Kurfürſt von Mainz nur von dem letzteren einen Genuß haben ſollte. Man bemerkt, daß demnach ſein Beitritt zum kölniſchen Defenſionsvergleich, falls man an dieſem feſtzuhalten vermeinte, nur noch eine Frage von kurzer Dauer ſein konnte.

Um eben dieſe Zeit verbreitete ſich in den Landen des weſtphäliſchen Kreiſes das Gerücht, daß der ſchwediſche General Graf Königsmarck den Spaniern gegen die Franzoſen 15 ſchwediſche Regimenter zu hülfe zu ſchicken beauftragt und dieſe Völker im begriffe ſeien, den Marſch auf die Lippe zuzunehmen, um dann geradenwegs nach Jülich zu ziehen, welches dem Schwedenkönig zur Entſchädigung für gewiſſe, noch von der Königin Chriſtine den Spaniern geleiſtete, Vorſchüſſe eingeräumt werden ſolle. Wie nichtig ein derartiges Fabuliren war, davon überzeugte ſich bald ſelbſt der ſonſt vor den Schweden ſo beſorgte Biſchof von Münſter. Die ſchwediſchen Offiziere hatten dieſe Mähr erfunden, um dadurch größeren Zulauf kriegsluſtigen Werbevolks zu bewirken. Der Pfalzgraf von Neuburg jedoch nahm dieſe Gelegenheit trefflich wahr, um unter dieſer Flagge der kölniſchen Liga Zuwachs zu verſchaffen. Er ſchickte ſogleich ſeinen Reuſchenberg nach Münſter, damit er ſich bei dem Biſchof nach beſtimmten Angaben über die ſchwediſchen Rüſtungen erkundige und nebenbei ſondire, was derſelbe etwa von den Beziehungen des Kurfürſten von Brandenburg und der braunſchweigiſchen Herzöge zu den Schweden wiſſe. Daneben ſollte der Feldmarſchall auch mit dem Biſchof über etwa gemeinſchaftlich zu ergreifende Maßregeln im Falle eines Angriffs der Schweden, vielleicht eine Verdoppelung der Bundesſtreitkräfte oder unverzügliche Berufung einer Bundestagſatzung nach Köln, ſich verſtändigen, und außerdem den Vorſchlag zur Einladung des Biſchofs von Paderborn und anderer weſtphäliſcher Kreisſtände in die Defenſionsverfaſſung unterbreiten.[1]

Auf dieſen letzten Punkt gab Chriſtoph Bernard den Beſcheid, daß auch er die Erweiterung der Liga für gut und nothwendig erachte und aus dieſem Grunde bereits den Biſchof von Paderborn habe ſondiren

[1] Propoſition Reuſchenberg's am 3. April, Reſolution des Biſchofs vom 6.

lassen; und sei derselbe gar nicht abgeneigt, wenn nur noch einige unkatholische Stände, besonders aber Kur-Brandenburg mit zugezogen würden.[1] Tecklenburg habe sich dagegen unbedingt für den Beitritt erklärt, desgleichen seien Korvey, Essen und Werden willig. Die Stände des Stiftes Osnabrück, bei welchen er gleichfalls angefragt, hielten indessen zurück, weil Braunschweig die Succession am Stift habe. Doch werde er demnächst den Bischof bei sich zu Gaste sehen und hoffe denselben durch mündliche Vorstellungen gewinnen zu können. Den Landgrafen von Hessen-Darmstadt möge der Pfalzgraf auffordern.

Wir erblicken also den intriganten Bischof Christoph Bernard mitten in einem maschenreichen Netz von Plänen für die Ausdehnung der zumeist auf seine Anregung in's Leben gerufenen Allianz. Er ist in dieser Thätigkeit noch eifriger als selbst der Pfalzgraf.

Am 28. April 1655 ließ der Bischof durch seinen Geheimen Hofrath Bernhard Wiedenbrück mit dem Abte Arnold von Korvey abschließen, wonach dieser für sich und sein Stift die Bedingungen der kölnischen Allianz annimmt und sich verpflichtet, ein nach dem Verhältniß der Reichsmatrikel auf ihn entfallendes Kontingent für Bundeszwecke zur Verfügung zu stellen, während der Bischof verspricht, bei seinen Mitalliirten befördern zu wollen, daß die Abtei Korvey der gemeinen Defensionshülfe und aller daraus entspringenden Vortheile mit zu genießen haben solle.[2]

Geringeres Entgegenkommen fand Christoph Bernard bei dem Grafen Hermann zur Lippe-Detmold. Vermuthlich um eben dieselbe Zeit, als er mit Korvey verhandeln ließ, wurde auch durch Wiedenbrück bei den

---

[1] Der Bischof von Paderborn war Genosse der Hildesheimer Allianz v. J. 1652, demnach mit Schweden, Kassel und den Braunschweigern alliirt. Einen zweiten Versuch, ihn dennoch zu gewinnen, unternahm Christoph Bernard im Sommer darauf. Im Juli ging sein Rath Wiedenbrück nach Frankfurt und mußte unterwegs den Bischof von Paderborn aufsuchen, den er in der Warburger Börde antraf. Einen Erfolg hatte auch diese Sendung nicht, trotzdem der Bischof sich damals ganz anders äußerte: Er hätte großes Mißtrauen gegen Schweden und Brandenburg; vermuthlich stecke hinter deren Bewegungen ein neues evangelisches Wesen und Konjuration contra domum Austriacam et catholicos.

[2] Original vom 28. April 1655, Korvey, im St.-A. Münster. Weitere Kunde von dem Erfolge dieses Vertrages, namentlich auch, ob und wie er zur Kenntniß der anderen Alliirten gelangte, vermag ich aus den Akten in keiner Weise zu erlangen. Im ganzen machte man mit diesen kleineren unter den Reichsständen nicht viel Wesens. Man begriff sie ganz allgemein unter der Bezeichnung „Schirmverwandte", der wir noch mehrmals begegnen werden. Bei der späteren Erweiterung der Allianz ließ man diese Schirmverwandten ganz aus.

heimgelassenen Räthen des Grafen um dessen Beitritt geworben. Monate verstrichen, ehe ein Bescheid gegeben wurde. Erst am 26. September erklärte Graf Hermann, daß er zuvor mit seinen Vettern den Grafen und edlen Herren von der Lippe, auch der Ritter- und Landschaft hierüber habe reden müssen, deren Vota dann auf dem Landtage dahin ausgefallen seien, daß man zuwarten müsse, wie es sich mit dieser Allianz weiter anlasse, ehe man dazu trete — und an dieses Konklusum sei er gebunden; der Bischof möge das nicht ungnädig vermerken![1]

Aber auch jenseits des Rheins suchte diese Propaganda unter thätiger Beihülfe des Pfalzgrafen von Neuburg Fuß zu fassen. Schon am 11. März hatten die beiden rührigen Fürsten dem Kurfürsten von Köln die Mittheilung gemacht, daß die Aebtissin von Thorn[2] bei ihnen um Aufnahme in die Allianz nachgesucht habe. Vielleicht war sie von ihnen dazu veranlaßt worden. Maximilian Heinrich, welcher um seine Zustimmung ersucht wurde, zögerte mit seiner Erklärung bis in den Mai. Am 9. dieses Monats eröffnete er Jenen, daß er bei dieser Frage als Schutzherr des Stifts Thorn in seiner Eigenschaft als Bischof von Lüttich merklich interessirt sei und als solcher nichts gegen dessen Aufnahme einzuwenden habe. Doch walte hierbei eine Schwierigkeit ob. Das Stift sei vordem ein reichsunmittelbarer Mitstand des westphälischen Kreises gewesen. Während der Kriegszeiten habe aber die frühere Aebtissin, eine Gräfin v. Stauffen, sich und das Stift den vielen Beschwerden dadurch entziehen zu können vermeint, daß sie sich, und zwar ohne Wissen und Einwilligung des Kaisers, in den Schutz der brabantischen Regierung gestellt habe, welche nunmehr hieraus wohl Ansprüche auf die Oberhoheit herleiten möchte. Deshalb würde zu Beförderung des Wunsches der Aebtissin nach Aufnahme in die Allianz sowie zu Hintertreibung aller unbilligen Prätensionen der brabantischen Regierung nicht wenig vorträglich sein, wenn sie, die Antragsteller, als ausschreibende Fürsten des westphälischen Kreises der Aebtissin erst wieder zu ihrem Stand in diesem verhelfen wollten. Sie würde dann wohl von der niederländischen Regierung unangefochten bleiben.[3]

---

[1] Original in Münster.

[2] Ein freiweltliches Damenstift in der Grafschaft Hoorn (Lüttich) an der Ytter Beek. Der Konvent zählte nur Prinzessinnen und Gräfinnen zu Mitgliedern.

[3] Anna Salome, Gräfin zu Manderscheid-Blankenheim, Aebtissin zu Thorn, schreibt am 3. September 1655 an den Pfalzgrafen von Neuburg (auf ein nicht bei den Akten beruhendes Schreiben desselben vom 19. August), um seine Bedenken zu zerstreuen, welche sich auf das von ihrer Vorgängerin angeblich geschaffene Protektionsverhältniß zur brabantischen Regierung gründeten. Es seien nur Gelder bezahlt worden, um das Stift einigermaßen von der Kontributionslast zu befreien. Sie bittet

Bei dieser Gelegenheit glaubte der Kurfürst auch mittheilen zu müssen, daß der Graf v. Reekem,[1] dessen Besitzungen eine Enklave mitten in lüttichschem Gebiete darstellten, bei ihm gleichfalls um Einverleibung in die Defension nachgesucht habe und daß er seinerseits auch deshalb kein Bedenken hege.

Ende Mai wird die Aufnahme des Stifts Thorn wie des Grafen v. Reekem in die Allianz erfolgt sein.[2] Im November werden sie als Genossen derselben bezeichnet, in Verbindung mit den beiden Herrschaften Wittem und Weiler.[3] Alle diese Verhandlungen mit den kleineren Reichsständen entziehen sich bis auf wenige Spuren unserer eingehenderen Kenntniß. Wie weit man mit deren Anschluß bis zum Ende des Jahres 1655 gelangt war, bezeugt ein Schreiben des Grafen Jost Maximilian von Gronsfeld[4] an den Bischof von Münster, worin er sich äußert, daß, als er nach Gronsfeld, wo er seit 37 Jahren nicht mehr als drei Tage gewesen, jüngst wieder einmal gekommen sei, er gefunden habe, daß nicht nur alle benachbarten Reichsstände sondern auch die nichtimmatrikulirten Reichsherrschaften oder Dörfer in der Konföderation seien. Er beklagt sich sodann über die Nachlässigkeit seiner Beamten, die daran Schuld habe, daß er selbst noch nicht mit einverleibt sei. Vom Kurfürsten von Köln, an welchen er sofort geschrieben, habe er noch keine Antwort; er melde sich daher bei ihm, dem Bischof, als seinem ausschreibenden Kreisfürsten zum Eintritt in das Bündniß, indem er die

---

zugleich um Verwendung beim Erzherzog Statthalter in Brüssel wegen Verschonung der Stiftsgüter von den Winterquartieren: ihre Unterthanen könnten unmöglich länger solche Last tragen. Sie rechne um so fester auf Unterstützung, als „sie sich mit zwei Kapitularfräulein für's ganze Stift schriftlich dem Pfalzgrafen verpflichtet habe, ihr Kontingent in die Defension beizutragen."

[1] Reekem, unweit der Maas, im niederrheinisch-westphälischen Kreise, seit 1625 Grafschaft, seit 1556 der Familie v. Linden, später den Grafen v. Aspremont gehörig.

[2] Zustimmende Erklärung des Bischofs von Münster gegen den Pfalzgrafen vom 20. Mai.

[3] Ueber die Verhandlungen, welche zur Aufnahme dieser beiden Herrschaften führten, enthalten die Akten, welche mir vorlagen, nichts, nur wird einmal ausdrücklich der Mitwirkung des Pfalzgrafen gedacht, während der Bischof von Münster Beschwerde darüber führt, daß man ihm von den Bedingungen keine Mittheilung gemacht habe, unter welchen diese Aufnahme erfolgte. Schreiben des Kurfürsten von Köln an den Bischof von Münster vom 7. November 1655 und Antwort des Bischofs vom 18. November, im St.-A. Münster. — Die Herrschaft Wittem, ganz vom Herzogthum Limburg umgeben, $1^1/_2$ Meilen westlich von Aachen, unter brabantischer Lehnsherrlichkeit. Weiler ist wohl das heutige Wijlre in der Provinz Limburg v. Niederlande. Vgl. H. Berghaus, Deutschland vor hundert Jahren, Leipzig 1859. S. 437.

[4] Die Grafschaft dieses Namens lag im Umfang des Herzogthums Limburg, unweit von Maastricht in der Nachbarschaft von Reekem.

gleiche Leiſtung wie ſeine Nachbaren die Grafen zu Reekem übernehmen wolle, da ja auch deren Matrikularanſchlag mit dem ſeinigen übereinſtimme.[1]

Einen allzugroßen Werth legte man ſeitens der Alliirten wohl kaum auf das Hinzutreten dieſer Kleinen. Im grunde durfte man ſich doch herzlich wenig Hülfe von ihnen verſprechen, während auf der andern Seite die Verbindung mit ihnen bei geringfügigen Veranlaſſungen zu allerlei Wirrſalen und Gefährniſſen führen konnte. Indeſſen genügte es den Ligiſten, auf dieſe Weiſe ganz im allgemeinen ſich den wünſchenswerthen Einfluß auf dieſe Stände zu ſichern, deren Stimmen man namentlich in den Kreisangelegenheiten hie und da recht gut gebrauchen konnte.

Im übrigen verlautet wenig von den nächſten Erfolgen der Allianz. Eine kurz nach Abſchluß derſelben im Januar 1655 vom Pfalzgrafen von Neuburg ausgehende Requiſition um Beiſtand gegen ein in die Unterherrlichkeit Schmidheim[2] eingelagertes lothringiſches Regiment des Oberſten Jäger wurde gegenſtandslos, da letzteres bald wieder abzog. Und als zu gleicher Zeit drei andre Regimenter lothringiſchen Kriegsvolks wieder den Landſtuhl und Homburg beſetzten, verlautete nur ganz dunkel von gewiſſen Verhandlungen der jenſeits Rheins geſeſſenen Reichsſtände wegen Evakuation dieſer Plätze, nichts aber von Maßregeln, welche von den Alliirten etwa dem dabei am meiſten wegen der Nachbarſchaft intereſſirten Kurfürſten von Trier zuliebe getroffen worden wären.

Im ganzen Winter bis tief in's Frühjahr hinein überwog allerwärts die Beſorgniß vor der Schwedenmacht, die ſich von Tag zu Tag gefahrdrohender entwickelte. Die Gerüchte von kriegeriſchen Abſichten des Königs Karl Guſtav auf die jülich'ſchen Lande und daran etwa ſich anſchließenden Operationen gegen Kur-Mainz, welches wegen der gaulsheimer Zollſache mit Kur-Pfalz im Streite lag, tauchten im Frühling wieder von neuem auf und verurſachten dem Biſchof von Münſter immer wieder ſchwere Beklemmungen. Und auch der Pfalzgraf wurde bedenklicher, da die Nachrichten von den lebhaften Rüſtungen der Schweden im Bremiſchen nimmer aufhörten und Ende März eine Allarmkunde von dem vermeintlichen Plane der Okkupation Jülichs durch die Schweden zu ihm drang, in deren Verfolg die Sendung Reuſchenbergs nach Münſter ſtattfand, welcher den Biſchof zu gemeinſamen Bemühungen

---

[1] Schreiben vom 30. December 1655, Original in Münſter. Was aus der Sache geworden, erhellt nicht aus den Akten.

[2] Bei Schleiden, Reg.-Bez. Aachen.

um kräftigeren Ausbau der Bundesverfaſſung gewinnen ſollte. Zu eben dieſem Zwecke ſchlug der Pfalzgraf, wie wir oben ſahen, die ſchleunige Berufung einer neuen Konferenz nach Köln vor, um daſelbſt über Verdoppelung der Bundesmacht, Aufſtellung derſelben in einem „rechten Korps", Formation der Artillerie und Beſtellung der Oberoffiziere u. dergl. m. Beſchlüſſe faſſen zu laſſen. Inzwiſchen wolle er auf allen Fall des gegenſeitigen Beiſtandes verſichert ſein. Chriſtoph Bernard begann damals gerade ein wenig aufzuathmen. Er hatte in Erfahrung gebracht, daß — wie es ſich ja auch thatſächlich verhielt — die ſchwediſche Armatur dem Polenkönige, freilich des Neuburgers Schwager, galt. Damit war allerdings ſein Mißtrauen noch nicht völlig gehoben. Man werde, ſo meinte er in der Reſolution, welche er dem Feldmarſchall v. Reuſchenberg am 6. April ertheilte, trotzdem an dieſen Enden nicht gänzlich in Sicherheit gerathen. Und auch die Haltung Brandenburgs und Braunſchweigs ſei in's Auge zu faſſen. Zwar ſtehe er mit 1200 Mann z. F. und 300 Reitern geworbener Mannſchaft bereit, um der Bundespflicht zu genügen; zu Coesfeld habe er noch 1200 Mann in Reſerve und die Plätze Vechta, Meppen, Bevergern, Münſter und Warendorf ſeien mit nothdürftigen Garniſonen beſetzt. Weil die Gefahr von der Weſer her drohe, ſei es durchaus nothwendig, daß die Alliirten ihre Truppen diesſeits des Rheins konzentrirten und namentlich das Veſt Recklinghauſen und Dorſten als Kommunikationslinie offen hielten und daneben auch Kaiſerswerth beſetzten. Dieſes zu veranlaſſen, müſſe der Kurfürſt von Köln erſucht werden, wie auch Kur-Trier ſeine Völker werde auf das rechte Rheinufer dislociren müſſen. Eventuell habe man Aufſtellung an der oberen Lippe zu nehmen, etwa bei Oſtendorf und Reuſchenberg; er wolle ſchon für die nöthigen Schiffe Sorge tragen. Nicht nur verdoppeln, ſondern verdreifachen müſſe man das Bundesheer, ja alle zur Gegenwehr überhaupt vorhandenen Kräfte zuſammenraffen und wenigſtens dahin trachten, daß jeder der Correſpondirenden mindeſtens 3000 Mann z. F. und 1000 Reiter mit verhältnißmäßiger Artillerie aufbringe.[1] Hingegen hält er die vorgeſchlagene Zuſammenkunft zu Köln unter den jetzt obwaltenden Konjunkturen zur Ver-

[1] Ueber die kriegeriſche Stimmung des Biſchofs gerade in jenen Tagen vergl. auch ab Alpen a. a. O. III, S. 268. 269: rumor multos territabat, praecipue tamen Neoburgicum Ducem ..... Chr. B. contractis suo e praesidio undique copiis utque in subitum belli casum promptas evocare posset, ita opportune dispositis, Vechtam fortalitium et confinia Suecis loca praesens lustrat; nihil illo, quem Koningsmarckius Comes Suecorum ductor recensuerat, armatorum numero territus; certus praeterea non daturum se iis, si forte id poscerent, sua per oppida aut terras liberum iter.

hütung allerhand Verdachts nicht für dienlich. Wegen des Kommandos enthalte ja der Receß die nöthigen Bestimmungen und könne man das Uebrige durch Schriftwechsel vereinbaren.

Zu gleicher Zeit ersuchte in der That der Bischof die beiden Kurfürsten von Köln und Trier unter dem Hinweis auf die täglich mehr zunehmenden Besorgnisse vor den Schweden, auf grund der Defensionsvereinigung ihre Kontingente auf dem rechten Rheinufer zu konzentriren, den Kölner noch besonders, die Stadt Dorsten mit genügender Garnison und Vorräthen versehen zu lassen, damit die Kommunikationslinie nicht abgeschnitten würde. Ein ähnliches Gesuch richtete er unter Berufung auf den Receß v. J. 1651 an den Kurfürsten von Mainz. Dieser versprach, seine Völker bereit halten zu wollen (27. April), drückte aber im übrigen seine Hoffnung auf Erhaltung des lieben Friedens aus.

Die von Christoph Bernard so lebhaft erzielte Konzentration der Bundesarmee auf dem rechten Rheinufer blieb unausgeführt. Wie hätte der ohnehin so gefährdete und von den Spaniern und Lothringern so oft heimgesuchte Kurfürst von Trier sein Erzstift dermaßen entblößen können und der von Köln, dessen Bisthum Lüttich die gleichen Gefahren unausgesetzt trotz des Vertrages von Tirlemont drohten, seine ganze Macht nach Westphalen werfen wollen? Fürwahr, wenn die Schweden zur Verwirklichung der von den Fürsten des westphälischen Kreises ihnen angedichteten Pläne hätten schreiten wollen — der Bischof von Münster mit seinen martialischen Vorbereitungen hätte sie nimmer aufgehalten, auch kaum wohl mit diesem vereint der Pfalzgraf, und die Ohnmacht der kölnischen wie der kur-rheinischen Allianz wäre offenkundig geworden.

Etwas Derartiges mußte denn doch wohl der Bischof selbst im Gefühl haben. Ja, er sprach es offen dem Pfalzgrafen gegenüber aus (27. April), daß vermuthlich sie beide neben den wenigen andern Correspondirenden gegen der Schweden Gewalt nicht wohl würden bestehen können. Deshalb schlug er ihm vor, gesamter hand des Kaisers Majestät um Schutz und Hülfe gegen alle unbillige Gewalt anzugehen. Der Pfalzgraf hatte nichts dagegen einzuwenden und ließ ein Schreiben an den Kaiser in seiner Kanzlei entwerfen, daß vom 30. April datirt abgeschickt wurde,[1] und zwar im Namen der beiden Fürsten als Ausschreibender des westphälischen Kreises, aber doch auch unter ganz besonderer Bezugnahme auf die kölnische Liga, wenn auch mit dem naiven Eingeständniß, daß deren Kräfte gegen Schweden nicht ausreichen würden.

[1] Am 3. Mai sandte es Christoph Bernard seinem Agenten in Wien zur Beförderung an seine Adresse, während zugleich der Neuburgische Gesandte daselbst Anweisung empfing, alle Hebel zu einem ersprießlichen Erfolg in Bewegung zu setzen.

UNIVERSITY

Die kaiserliche Antwort hätten Beide voraussehen können. Sie traf in der Mitte des Junimonats ein. Statt erwünschter Zusage effektiven Beistandes enthielt sie nur leere Vertröstungen: man habe wohl für den Augenblick in jenen Gegenden von den Schweden nichts zu besorgen, dürfe jedoch „gute Aufsicht und Verwahrung nicht in Wind schlagen.“ [1]

Inzwischen aber war der Pfalzgraf auf seinen Vorschlag vom Anfang April wegen Berufung einer Bundesversammlung nach Köln zurückgekommen. An den Bischof Christoph Bernard erging eine bezügliche Aufforderung am 23. Mai, vermuthlich zu derselben Zeit auch an die beiden andern Alliirten.

Eine fieberhafte Projektenmacherei erfüllte gerade in jenen Tagen den unruhigen Sinn des ränkevollen Erzfeindes des Kurfürsten von Brandenburg. Gerade damals hatte er seinen Geheim-Sekretär Leers nach Gottorp gesandt, um hinter dem Rücken seiner rheinischen Verbündeten den Schweden eine Offensiv- und Defensivallianz anbieten zu lassen. Französische Intriguen hatten zugleich ehrgeizige Pläne auf Erlangung der deutschen Kaiserkrone in seinem leidenschaftlichen Gemüth zu erwecken versucht; seine eigenen Wünsche schienen indessen mehr auf die polnische Königskrone abzuzielen. Nebenher gingen Unterhandlungen mit dem vertriebenen Brittenkönig, sowie mystische Werbungen und Machinationen gegen das Haus Habsburg beim Stuhle Petri.[2] Und dennoch besaß er wiederum soviel an praktisch-politischer Einsicht, um über diesen Phantasmagorien das nächstliegende nicht zu übersehen. Es galt, auf alle Fälle die Alliirten bei der Hand zu halten. An thatsächlichen Beistand derselben war aus mancherlei Gründen vorerst nicht zu denken. Aber, um ihr Interesse wach zu halten, dazu war eine Konferenz trefflich geeignet. Und deshalb wohl jener Vorschlag.

Christoph Bernard wies denselben diesmal nicht geradezu von der Hand, aber er lenkte die Aufmerksamkeit seines Gefährten auf die neuerdings beruhigender lautenden Nachrichten, wonach Karl Gustav von Schweden bei seinem königlichen Wort versichert haben sollte, daß seine Armatur weder gegen Neuburg oder Münster noch sonst gegen einen einzigen Stand des Reichs angesehen sei. Demnach würde eine Bundesversammlung nur Verdacht erwecken, welcher überhaupt schon Wurzeln zu schlagen begonnen habe, und könnte eine solche wohl besser noch ein wenig hinausgeschoben werden.

---

[1] Das Schreiben selbst liegt mir nicht vor, jedoch der Begleitbrief, welchen Christoph Bernard am 25. Juni demselben bei Beförderung an den Pfalzgrafen beilegte. Aus ihm geht der ungefähre Inhalt des kaiserlichen Bescheides wie oben hervor.

[2] U. A. V, S. 778, Anm. 9. Vgl. Droysen III, 2. S. 253.

Philipp Wilhelm meinte dagegen, „daß dennoch der Sache nicht allerdings zu trauen, weil die Schweden nach vollendetem ihrem Prinzipalvorhaben oder aber bei dessen Mißlingung auch wohl bei anderen Okkasionen, die sich leicht erzeigen können, ihre vires bald gegen das Reich wenden können, zumal die Zeiten und in denselben die resolutiones sich leicht verändern und diejenigen sich am besten und sichersten finden, welche am besten versehen sind, weshalb er unmaßgeblich dafür halte, daß man des Reichs Sicherheit nicht besser als durch eine gute Verfassung finden könne und daß solche das vornehmste motivum sein werde, allerseits gefährliche consilia zu divertiren, welche bei verspürter Entblößung leicht reassumirt werden können, also daß, solange mächtige benachbarte Kronen und Republiquen in so starker Armatur stehen, es dieserseits nicht rathsam sein will, sich aus der Verfassung zu setzen, welche gemeldetermaßen die beste Sicherheit bringt." [1]

Wer vermöchte aus diesen Zeilen nicht das alte Mißtrauen gegen Brandenburg herauszulesen, welches gerade damals, wie man wußte, in Bundesverhandlungen mit der Republik der vereinigten Niederlande stand, während auch Schweden mit allerhand Zumuthungen um den Kurfürsten warb. [2] Auch hatte, wie man wohl spüren kann, Philipp Wilhelm damals durch seinen Gesandten noch keine beruhigende Versicherung von dem Schwedenkönig erhalten.

Christoph Bernard von Münster hatte das Unangenehme, was in seiner gewissermaßen ablehnenden Haltung gegenüber dem erneuten Konferenzprojekte gefunden werden konnte, dadurch abzuschwächen gesucht, daß er erklärte, sich übrigens hierin gänzlich dem Gutdünken der Kurfürsten von Köln und Trier fügen zu wollen. Nun erfolgte in den ersten Tagen des Juni eine Begegnung des Pfalzgrafen mit Maximilian Heinrich von Köln zu Brauweiler. Hier wurde der Kurfürst für das Projekt einer Konferenz gewonnen. Er versprach dem Pfalzgrafen, mit Karl Kaspar von Trier hierüber sich in's Einvernehmen zu setzen. Hiervon benachrichtigt stellte der Bischof von Münster seinem in der ganzen Angelegenheit so wohl unterrichteten Wilhelm v. Fürstenberg Vollmacht für die Versammlung aus (Wolbeck 5. Juni). Doch war er seiner Besorgnisse nicht völlig Herr geworden: denn er hielt es für angemessen, wie er an den Pfalzgrafen mittheilte, für die Sendung

[1] Schreiben d. d. Grimlinghausen den 26. Mai 1655. Original in Münster.

[2] Ob der Pfalzgraf von den geheimen wider ihn geschmiedeten Plänen des brandenburgischen Ministers Waldeck, von denen Erdmannsdörffer in seinem Buche über diesen S. 278 ff., des weiteren handelt, etwas erfahren, kann ich nicht angeben, da die Akten in dieser Richtung nicht das geringste errathen lassen. Möglich wäre es immerhin, daß Mazarin ihm Andeutungen gemacht haben könnte.

Fürstenbergs den Vorwand zu gebrauchen, als ob er in kaiserlichen Kommissionssachen wegen des Religions- und Kirchenwesens in den jülich-cleveschen Landen nach Köln geschickt würde.

Schon am 11. Juni befand Fürstenberg sich in Köln, jedoch vergeblich: denn obwohl er dem kur-kölnischen Hofe seine Ankunft angezeigt hatte, erschien doch kein Abgesandter desselben. Dort hatten sie nämlich noch am 14. Juni keinen Bescheid von Trier. Hingegen hatte Kurfürst Karl Kaspar bei anderer Gelegenheit den Wunsch geäußert, daß die Unterredungen über das Defensionswerk in Frankfurt statthaben möchten, weil dort schon allerseits Vertreter wegen des Reichsdeputationstags anwesend sein würden. Fürstenberg kehrte also unverrichteter Dinge zum Bischof zurück. Der Vorschlag Kur-Triers hatte den Vorwand abgeben müssen zum Aufschub der Konferenz. Der wahre Grund war vermuthlich der Plan der Herzuziehung von Kur-Mainz, worüber die Verhandlungen bedauerlicherweise unserer Kenntniß sich entziehen. [1]

Der Bischof mochte wohl verletzt sein: doch ließ er nichts davon merken; aber seinem gepreßten Herzen schaffte er Erleichterung durch einen längeren Erguß über die politische Lage, wie sie sich in seinen Augen damals darstellte. Ein Erguß, welcher das tiefste Mißtrauen gegen die Schweden athmet und in der Ausführung gipfelt: „Denn obwohl die schwedischen Regimenter in beiden Fürstenthümern Bremen und Verden sich zusammenziehen und der Ruf geht, daß dieselben nach Preußen marschiren und gegen den König in Polen operiren sollen, indem dennoch die Krone Polen dem Reich Schweden jetzt mehr als jemals zu deferiren und vor diesem gesuchte Friedensartikel zu offeriren gemeint sein soll, und dann die Unkatholischen den König in Schweden um Schutz und Hülfe gegen die von Ihrer Kais. Mt. in dero Erb-Königreichen und Landen vorgehende Reformation angerufen, uns auch, daß er nicht allein in vorgemeldeten kaiserlichen Erb-Königreichen und Landen, sondern im ganzen römischen Reich solchen Schutz und Schirm über die Unkatholischen zu übernehmen geneigt und resolvirt sein solle, von vertrauter Hand Bericht zugekommen, dürften die zwischen vorgemeldeten beiden Kronen vorschwebenden Differenzen wohl bald verglichen, die Flagge nngeschlagen und den Unkatholischen Assistenz geleistet werden." [2] Der Pfalzgraf aber geht auf diese besorglichen Gedanken seines Nach-

---

[1] Der Grund Trier's, wegen der zu Frankfurt tagenden Reichsdeputation die Konferenz dorthin zu berufen, konnte für Neuburg keine Geltung haben, da dieses auf der Deputation keine Vertretung hatte.

[2] Der Bischof an den Pfalzgrafen am 25. Juni 1655. Antwort des Letzteren vom 2. Juli.

baren in seiner Antwort nicht weiter ein, bemerkt aber, „daß er gerade deshalb ja so emsig auf eine rechtschaffene Zusammensetzung der benachbarten katholischen Kur- und Fürsten bedacht gewesen sei und noch dahin trachte und sich bemühe, daß die zu Köln verabredete Armatur und Verfassung in eine beständige Harmonie mit Anstellung eines gewissen Generals[1] und anderer zu dergleichen Corpo nöthigen Offiziere und Reglements gebracht werden möge." Aus diesem Grunde sei man imbegriff, eine Konferenz allseitiger Bevollmächtigter nach Frankfurt zusammenzuberufen, besonders damit auch Kur-Mainz daran theilnehmen könne. Vermuthlich werde der Zusammentritt um Jacobi erfolgen können, wobei sich denn auch hoffentlich der Bischof betheiligen werde.

Christoph Bernard gab umgehend (6. Juli) seine Bereitwilligkeit zu erkennen: er werde seinen Vertreter mit genügender Vollmacht und Instruktion versehen und überhaupt dieses höchst nöthigen Werks rechte und beständige Einrichtung sich möglichst mit angelegen sein lassen.

Die offizielle Einladung indessen zur Theilnahme an diesem Frankfurter Bundestage ging von dem Kurfürsten von Köln aus (11. Juli), welcher in der That den Jakobitermin anberaumte. Doch hielt man diesen nicht streng inne. Am 23. Juli bevollmächtigte Christoph Bernard den Geheimen Rath Licentiaten der Rechte Bernard Wiedenbruck[2] zu der Versammlung; dieser mußte aber, wie oben erzählt wurde, auf der Reise erst bei dem Bischof von Paderborn vorsprechen und langte daher erst am 31. Juli in Frankfurt an. Den Neuburgischen Deputirten Freiherrn Viermund von der Neersen fand er gar nicht anwesend, und der kur-trierische Landhofmeister Freiherr v. Metternich traf gar erst am 4. August ein. Dagegen waren von Köln der Doktor Aldenhoven und von Mainz der würzburgische[3] Kanzler Dr. Mehl bereits zur Stelle.

Philipp Wilhelm von Neuburg hatte vielleicht gehofft, in eigner Person den Verhandlungen beiwohnen oder dieselben doch wenigstens ganz aus der Nähe in seinem Sinne leiten oder doch beeinflussen zu können. Er hatte es daher so einzurichten verstanden, daß die Konferenz mit seiner Reise aus den Jülich'schen nach den Neuburgischen Landen zusammenfiel, auf welcher er bequem Frankfurt berühren konnte. Unterwegs hielt er zu Mainz Einstand beim Kurfürsten. Hier aber fand er

---

[1] Dieses war eine der besonderen Sorgen des Pfalzgrafen, welcher weniger auf seine eigene Person, wie man mehrfach annahm, als auf seinen Günstling Reuschenberg dabei das Absehen gerichtet hatte. Im Effekt wäre dieses wie jenes auf eines hinausgelaufen.

[2] Wilhelm v. Fürstenberg war vom Bischof zum Kaiser nach Wien geschickt in Angelegenheiten gegen die Stadt Münster. Tücking S. 30, ab Alpen III, 274.

[3] Johann Philipp von Mainz war zugleich Bischof von Würzburg.

in des Kurfürsten gewandtem Berather, dem ehrgeizigen Boineburg seinen Meister, der ihn durchschaute und die beabsichtigte Beeinflussung des Bundeskonvents dadurch hintertrieb, daß er dem Pfalzgrafen die Beschickung der Konferenz dringend widerrieth, da die Anwesenheit Neuburgischer Gesandten, die keinen Zutritt zur Reichsdeputation hatten, weil die Stimme für die Jülich'schen Lande wegen des Successionsstreites ruhte, in Frankfurt bei den dort schon zahlreich vertretenen Protestanten nur unnöthiges Aufsehen verursachen würde, und man solches durchaus vermeiden müsse. Man einigte sich über den sonderbaren Ausweg, daß zu Frankfurt die zur dortigen Reichsdeputation gehörigen Vertreter der drei geistlichen Kurfürsten und des Fürstbischofs von Münster tagen, jedoch in steter Verbindung mit den in Mainz zurückbleibenden Neuburgischen Räthen v. d. Neersen und Vicekanzler Snell bleiben sollten. Der Pfalzgraf mußte sich wohl oder übel fügen. Auch sonst fand er wenig Neigung bei den Alliirten für seinen fein angelegten Plan mit Reuschenberg. Mainz und Trier glaubten nicht in diesem, sondern in dem Generalwachtmeister v. Hunolstein den zum Oberbefehl über die Bundestruppen recht geeigneten Mann gefunden zu haben und empfahlen den letzteren auf's dringendste. Köln hielt mit seiner Ansicht noch zurück. Dem münsterischen Gesandten Wiedenbruck gegenüber gestand Aldenhoven weder die Richtigkeit der Angaben der Neuburger ein, welche behauptet hatten, daß Köln und Münster für Reuschenberg stimmen würden, noch wollte er von dem Projekte Hunolstein etwas wissen, während Wiedenbruck selbst Befehl hatte, zu erklären, „man habe zur Zeit ein caput noch nicht so nöthig." Boineburg, niemals um einen Ausweg verlegen, suchte denselben dahin zu bahnen, daß er dem Pfalzgrafen das Zugeständniß zu verschaffen gedachte, daß bei etwa eintretenden Operationen von Bundes wegen Reuschenberg im niederen, Hunolstein im oberen Deutschland das Generalkommando übertragen werden sollte.

Hunolstein genoß übrigens den Ruf eines vornehmen, verständigen und erfahrenen Mannes; auch glaubte man ihn unter billigeren Bedingungen gewinnen zu können als Reuschenberg, wiewohl der Pfalzgraf meinte, daß auch dieser mit sich reden lassen werde. Er selbst stellte dem Mainzischen Vermittelungsvorschlag einen anderen gegenüber: man könne Reuschenberg als Feldmarschall und Hunolstein als Feldzeugmeister anstellen; stieß aber hiermit auf entschiedenen Widerspruch bei dem Kurfürsten von Mainz, welcher, dank dem energischen, zielbewußten Auftreten seines Boineburg, noch bevor er überhaupt formell dem Bunde beigetreten war, auf die Leitung der Angelegenheiten desselben den lebhaftesten Einfluß ausübte.

Am 5. August früh 6 Uhr begann in Frankfurt die erste Konferenz. Von der Führung eines Protokolls sah man auffallenderweise ganz ab und einigte sich nach mehr als sechsstündiger Debatte über ein sogenanntes Eventualkonklusum, welches Wiedenbruck, der übrigens, wie er selbst berichtet, seiner Instruktion, den Mainzischen und der mit ihnen stimmenden Majorität nicht zu opponiren, getreulich nachfolgte, „ziemlich obskur" fand.

Dieses Konklusum lautet wörtlich folgendermaßen:

Damit die Bestellung eines Hauptes noch zur Zeit geheim bleibe und die secreteza sowohl in diesem als anderem gehalten werde, so soll bei jetzt noch geringerer Anzahl der Völker Generalfeldzeugmeister Johann Wilhelm v. Hunolstein diesmal zu derselben Stelle und in allerseits Prinzipalen (Mainz, Trier, Köln, Münster und Pfalz-Neuburg samt anderen bereits zugetretenen oder nächst sich konjungirenden Ständen) gemeine Pflichten nach deshalb verglichener Formel gegen 2000 Thlr. jährlich von allen interessirten Theilen nach eines jeden proportionirter Quote zureichender Bestallung angenommen, bis zu erfolgendem Feldzug aber die Bestallung nach Nothdurft verbessert werden. Ob aber hernach bei gedachter Verstärkung der Defensionsvölker und befindender Noth der Feldmarschall Johann Freiherr v. Reuschenberg nächst alsdann vorgehender Erlassung der pfalz-neuburgischen Partikulardienste in wirkliche Bestallung zu nehmen und das Oberkommando überall zu führen haben solle, oder v. Hunolstein in den oberen Mainzischen und Trierischen und den sich dazu schlagenden, v. Reuschenberg aber in den unteren Quartieren, Kölnischen, Münsterischen und Jülich'schen Landen und den dazu kommenden, davon soll Relation geschehen und allerseits Prinzipalen, besonders aber des Pfalzgrafen von Neuburg Resolution förderlichst eingeholt werden.

Außerdem erinnerte in dieser Sitzung Münster an die weitere Verlängerung der Zeitdauer des Bundes, worauf Mainz die Erklärung abgab, daß es seinerseits innerhalb der Grenzen des kur-rheinischen Kreisschlusses vom 1651 verbleiben wolle, welcher über die Zeitdauer gar keine Bestimmung enthalte. Hiergegen eröffnete Trier, daß es von dem kölnischen Receß von 1654 nicht abgehe. Man habe aber doch noch über ein volles Jahr Zeit bis zum Ablauf desselben und könne über die Verlängerung ja später noch zur genüge reden. Uebrigens wolle es auch den kur-rheinischen Kreisschluß gelten lassen, immer aber unbeschadet des kölnischen Bundesvertrages. Auch Köln hielt an letzterem fest, erklärte sich auch hinsichtlich der Prorogation desselben vorläufig für indifferent. Münster ließ überraschenderweise sich vernehmen, das kur-rheinische Bündniß zur Grundlage der neuen Vereinigung nehmen

zu wollen, falls die Kontingentirung auf den Matrikularfuß gesetzt würde, da es dem Bischof schwer falle, nach dem kölnischen Receß in infinitum über den Matrikelanschlag hinaus aller Billigkeit zuwider beitragen zu müssen. Mainz hatte an dieser Erklärung nicht denjenigen Gefallen, welchen Wiedenbruck wohl erwartet hatte. Bei diesen Zeiten, äußerte sein Vertreter, dürfe man nicht auf die Matrikel sehen, sondern auf Lage und Beschaffenheit der Lande. Uebrigens müsse ganz im allgemeinen die Allianz so lange in Geltung bleiben, als die Gefahr anhalte.

Das Ergebniß dieser Sitzung wurde nach Mainz an den Kurfürsten und die neuburgischen Gesandten gemeldet. Wegen Reuschenberg fügte man sich endlich dem vermittelnden Vorschlage des Pfalzgrafen, welcher unterdessen seine Reise nach der Donau fortsetzte und unterwegs nochmals zu Rüsselsheim, wo er dem Landgrafen Georg v. Darmstadt seinem Schwiegervater aufwartete, eine Begegnung mit Boineburg hatte.

Adrian v. der Neersen, Frh. zu Viermund und Heinrich Snell kamen insgeheim nach Frankfurt, wo am 11. August die neue Konvention geschlossen wurde.[1] Mit folgendem Inhalt: Als Grundlage, auf welcher man diese neue Vereinigung errichte, werden sowohl der kur-rheinische Kreisabschied vom 21. März 1651 als der kölnische Vertrag vom 15. December 1654 bezeichnet, da beide den gegenseitigen Schutz und Schirm gegen die ringsumher drohenden Gefahren zum Zwecke hätten.

Die erste wesentliche Bedingung sei die der sorgfältigsten Geheimhaltung aller solcher Defension halber vorgehenden Handlungen. Jeder Argwohn müsse vermieden werden und in der That wolle man ja Niemanden offendiren. Zum General über die sämtlichen geworbenen Defensionsvölker — hier setzt das Eventualkonklusum vom 5. August, aber mit nicht unwesentlicher Veränderung ein — wird der Freiherr v. Hunolstein mit 2000 Thaler Gage bestellt. Er soll nach Ausfertigung seines Patents gegen Uebergabe eines Reverses ohne Verzug von dem Kurfürsten von Trier im Namen der Alliirten in Eid und Pflichten ge-

---

[1] Original im St.-A. Münster. Droysen bemerkt (a. a. O. III, 2. 439): Gelegentlich habe ich in den Akten ein neues Bundesinstrument d. d. Frankfurt a. M. August 1655 gesehen, aber mir nur eine flüchtige Notiz aufgezeichnet. Vgl. auch Erdmannsdörffer a. a. O. S. 432, Anm. 2. Köcher a. a. O. S. 198 setzt die Konvention in das Jahr 1656 indem er seine Hypothese auf § 17 des Kölner Vertrages aufbaut, „wonach die Verbündeten zwei Jahre in dieser Verfassung verbleiben und ein halbes Jahr vor Ablauf dieser Frist über die Prolongation sich vereinbaren wollten." Er übersieht, daß die Frankfurter Konvention eben nicht eine einfache Prolongation, sondern ein neues Gebilde, die Verschmelzung der Verträge von 1651 und 1654 ist. Den drei genannten Forschern ist der Druck des Vertrages bei Dumont corps dipl. VI, 2, 113 entgangen.

nommen werden. Hingegen wolle man Reuschenberg durch den Pfalzgrafen von Neuburg ersuchen, daß er verbindliche Zusage abgebe, das Kommando über das Bundesheer zu übernehmen, falls eine Verdoppelung oder noch weitere Verstärkung erfolge, und zwar in seinem Range als Generalfeldmarschall. Alsdann werde man ihn, nach vorausgegangener völliger Entlassung aus den neuburgischen Partikulardiensten, ebenfalls in Dienst und Pflichten nehmen. Bis dahin aber könne ihm weder Besoldung noch ein Wartegeld bewilligt werden. Hunolstein aber werde dann neben Reuschenberg als Feldzeugmeister „überall ohne Unterschied" kommandiren. Auf grund eines Majoritätsbeschlusses wird drittens diese Defensionsverfassung — und hierin stellt sie sich lediglich als eine Fortsetzung der kölnischen dar — vom Ablauf der ersten zwei Jahre, also vom 15. December 1656 an, auf weitere zwei Jahre, also bis zum 15. December 1658 verlängert.

Viertens soll jeder der Kontrahenten seine in den beiden früheren Recessen von 1651 und 1654 zugesagten Völker — wohl so, daß die im Frankfurter Receß von 1651 stipulirten Quoten, die in denen des kölnischen Vertrages von 1654 aufgingen, nicht zugerechnet wurden — vollzählig in wirklicher Bereitschaft halten und überdies auch sichere Anstalten treffen, damit er auf den Nothfall ein mehreres oder gar das doppelte bei der Hand habe, dem, der da Noth leide, Hülfe zu leisten.

In allen übrigen Punkten soll es schließlich bei den Bestimmungen beider grundlegenden Recesse bewenden. Betreffend das von Kur-Mainz wegen Zutritts zu dem kölnischen Abschied angebotene und von einem Theile der Kontrahenten bereits zugebilligte Kontingent soll die Resolution sämtlicher Prinzipale eingeholt und den Mainzischen s. Z. eröffnet werden.[1] Ferner soll auch nach wie vor die Herbeiziehung andrer Stände mehr ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses derselben betrieben und über die bisherigen Ergebnisse dieser Propaganda sämtlichen Interessirten genaue Mittheilung gemacht werden. Dem Kaiser soll schließlich — aber auch dies ganz insgeheim — von dieser Konvention durch einen seiner Minister, also nicht direkt, wie bisher, Kenntniß gegeben werden.

Das neue Bundesinstrument wurde von den bereits genannten Diplomaten, zu denen noch mainzischerseits Philipp v. Vorburg und trierischerseits Johann Heinrich Gobelius traten, unterzeichnet und be-

[1] Die Mainzer Quote betrug, wie aus Köcher's oben mitgetheilter Notiz aus dem Heyland'schen Diarium hervorgeht, wegen Mainz und Würzburg 1000 Mann zu Fuß und 200 zu Pferd. Köcher S. 198.

siegelt, die Ratifikationsfrist innerhalb dreier Wochen angesetzt[1] und die Bestallung für Hunolstein vermuthlich auch noch am selben Tage ausgefertigt.[2]

Und damit war denn ein neuer Bund zur Thatsache geworden, welcher eine Verschmelzung der beiden Vereinigungen von 1651 und 1654 darstellte, wie sie die Aufnahme von Münster und Neuburg in den kur-rheinischen Abschied nur unvollkommen erreicht hatte.

Der rachsüchtige, von phantastischen Plänen erfüllte Pfalzgraf, der ehrgeizige, geriebene Boineburg, damals noch im ungestörten Besitze des vollkommensten Einflusses auf seinen Herrn, und Fürstenberg, ein kalter, gewissenloser Egoist, wohl damals schon unter französischen Einflüssen stehend[3]: diese drei Männer sind es gewesen, welche von nun an der Politik dieses rheinischen Bundes ihren Gang vorzeichneten, die Führer des katholischen Westens im Reich, welcher, je lauter nunmehr beim Ausbruch des Ungewitters im Norden und Osten die Wellen aufzurauschen begannen, allmählich einem unheimlich stillen Sumpfgewässer nicht unähnlich wurde, in welchem man herrlich im Trüben fischen konnte.

Der Bischof von Münster hingegen, welchen wir bisher mit an der Spitze der ganzen Allianzbewegung gesehen, tritt nach und nach einigermaßen zurück von diesem Posten. Für ihn wichen zunächst die Fragen der großen Politik den rein provinzialen und lokalen, zumeist den sich immer schärfer zuspitzenden Zwistigkeiten mit der Bürgerschaft der Stadt Münster, bis auch diese wieder in dem fehlerhaften Zirkel ihn in jene hineinrissen.

---

[1] Ich sah nur die Ratifikation des Pfalzgrafen d. d. Neuburg den 2. Septbr. 1655 im Original unter den Münsterischen Akten.

[2] Kopie ohne Datum im St.-A. Koblenz. Hunolstein wird auf beide Allianzen von 1651 und 1654 verpflichtet.

[3] Portmann, brandenburgischer Reichsdeputirter in Frankfurt, an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm am 8. (18.) Juni 1655 (Berliner Archiv): Fürstenberg hat sich auch vermerken lassen, es müßte mit der Wahl eines römischen Königs nicht wie bisher hergehen, sondern dahin gedacht werden, daß die Wahl vom Hause Oesterreich auf ein anderes vornehmes Haus gebracht werde, welches zu fördern die Krone Frankreich eine große Summe Geldes beisammen hätte", woran natürlich Graf Fürstenberg gebührend zu partizipiren gedachte oder davon bereits seinen guten Antheil vornweg genommen hatte. In Düsseldorf wußte man im Jahre 1657 sehr wohl, daß Fürstenberg von der Krone Frankreich zur Beförderung der Zwecke derselben vordem 30 000 Thaler empfangen hatte (Düsseldorfer Archiv).

6.

Gefahr im Nordweſten.

Um die Zeit, da die Konvention von Frankfurt zur Vollziehung gelangte, befand ſich der Pfalzgraf von Neuburg in einer gewiſſen Verlegenheit. In einer Streitſache der Gebrüder v. Gelre zu Arſſen wider Petronella v. Lahr, verw. Meuter, waren die erſteren von den jülich-bergiſchen Gerichten verurtheilt und ſtand die Sache zur Exekution reif. Hiergegen erhob jedoch der Rath von Brabant und die ſpaniſche Regierung zu Brüſſel Einſpruch und drohten für den Fall der Ausführung jener Exekution der Verurtheilten, welche angeblich nur vor ihnen zu Recht ſtehen dürfen ſollten, in den jülichſchen Landen Repreſſalien zu ergreifen. Ja, die brabantiſche Regierung beſetzte auf alle Fälle die jülichſchen Häuſer Türnich, Frechen und Buſchbell [1] mit ſpaniſchen Truppen, ein Vorſtoß, der beinahe bis an die Stadt Köln heranreichte. Dem Pfalzgrafen meldete ſeine Regierung dieſen Fall nach Neuburg, weshalb er ſich an ſeine Verbündeten mit der Bitte um ein abmahnendes Fürſchreiben in ihrem Geſamtnamen an den Erzherzog Statthalter in Brüſſel und die brabantiſche Regierung wandte. Sie möchten, ſo erſuchte er ſie ferner, zugleich ihr Gutachten darüber äußern, was etwa zu beginnen ſein würde, wenn man dieſer Intervention kein Gehör ſchenke: denn dann werde man wohl „dieſe Eingriffe mit der ſtarken Hand abſchaffen und zu fernerer Ungelegenheit den Weg dermaleins ſperren“ müſſen. [2]

Der Biſchof von Münſter zeigt ſich ſofort bereit, das Abmahnungsſchreiben mit zu fertigen, wenn die mitverbündeten Kurfürſten alſo auch belieben würden; auch will er, wenn die Spanier Widerſtand erheben, ſich ſo erzeigen, „wie es dem Friedenſchluß und den Reichskonſtitutionen gemäß und des Pfalzgrafen Zuverſicht zu ihm geſtellt ſei.“ [3]

Was aus der ganzen Angelegenheit damals geworden und ob es zum wirklichen Abgang eines ſolchen Abmahnungsſchreibens der Alliirten gelangt iſt, entzieht ſich unſerer Kenntniß; doch liegt die Vermuthung nahe, daß dem alſo geſchehen, da etwa zur gleichen Zeit eine Fürbitte der Verbündeten beim Statthalter Leopold Wilhelm um Verſchonung

---

[1] Der erſte Ort im Kreiſe Bergheim, die beiden letzteren (Buſchbell in den Akten Voigtsbell genannt) im Kreiſe Köln.

[2] Schreiben vom 28. Auguſt. Original Münſter.

[3] Schreiben vom 13. September. Münſter.

der Schirmverwandten des Bundes (Stift Thorn, Grafschaft Reekem und die Herrschaften Weiler und Wittem) eingereicht wurde.[1]

Unterdessen rüstete Philipp Wilhelm von Neuburg für alle Eventualitäten. Am 7. October bittet er den Bischof Christoph Bernard unter Hinweis auf die bekannten Gelüste der kriegführenden Parteien nach den Winterquartieren auf des Reiches Boden, die von ihm zu seiner gesamten Defension versprochene Anzahl Völker in Bereitschaft zu halten. Der Bischof verspricht es unter dem 22. October und erklärt sich außerdem bereit, auf den Nothfall nach all seinem Vermögen Beistand zu gewähren. Die Befürchtungen des Pfalzgrafen waren keine leeren gewesen. Schon im November lagerten sich die Spanier, dem Vertrage von Tirlemont entgegen, in das Stift Lüttich zwischen Sambre und Maas ein. Hierdurch ward der Kurfürst von Köln betroffen. Durch den Vertragsbruch schwer verletzt, gerieth er noch außerdem in Besorgniß, daß die Krone Frankreich, wenn er dem Beginnen der Spanier stillschweigend zuschaue, dies als eine Konnivenz gegen dieselben ausdeuten und daher auch gleichermaßen ihre Völker in's Stift Lüttich legen könnte. Diese Gefahr versäumte er nicht seinen Alliirten vor Augen zu stellen. Wie an den Bischof von Münster[2], welchen er um Bereithaltung von 400 Infanteristen und 200 Reitern ersuchte, wird er auch an die übrigen Bundesverwandten gleiche Requisitionen gerichtet haben. Kur-Trier hatte bereits Hülfe gesandt, denn Christoph Bernard sollte seine Truppen dem Kurtrierischen Obersten Ratschien unterstellen. Zu einer Operation indessen kam es damals nicht, da die spanischen Völker schon zu Ende November die lüttichschen Ländergebiete räumten, nachdem sie freilich dieselben in Grund und Boden verdorben hatten.[3]

Aber schon wenige Wochen darauf erhoben sich neue Gefahren. Zwischen Weihnachten und Jahresschluß erschien bei dem Kurfürsten von Köln in Bonn der Feldmarschall v. Reuschenberg, welchen der Pfalzgraf in seinen rheinischen Landen als Statthalter zurückgelassen. Dieser wußte mit Bestimmtheit zu berichten, daß der Prinz von Condé vor wenig Tagen in Aachen erschienen sei und von da sich nach Sittard begeben

---

[1] Gesuch der Aebtissin v. Thorn vom 3. September, Schreiben des Pfalzgrafen an den Bischof von Münster vom 16. September, zustimmende Antwort des Bischofs vom 6. Oktober, des Kurfürsten von Köln an den Bischof vom 7. November, Antwort des Bischofs vom 18. November, worin die Vollziehung des Schreibens an den Erzherzog und Absendung desselben zunächst an den Pfalzgrafen gemeldet wird.

[2] Schreiben vom 18. November. Zusage des Bischofs vom 26. November.

[3] Der Kurfürst Max Heinrich an den Bischof vom Ende November 1655 (kein Tagesdatum, in Münster am 2. December zur Registratur gegeben als Antwort auf das bischöfliche Schreiben vom 26. November).

habe in der Absicht, demnächst sich in Jülich einzufinden, wo ja noch immer spanische Garnison lag. Seine Völker lagen im Gelderlande und im Limburgischen. Es schien also die Gefahr, daß bald das ganze jülicher Land und die benachbarten Provinzen von der verwilderten, beutelustigen Soldateska überschwemmt werden möchten, unmittelbar in Sicht.

Die Folge dieses Gerüchtes war die Berufung einer Konferenz nach Köln seitens des Kurfürsten Maximilian Heinrich. Wir kommen unten auf dieselbe zurück. Einstweilen aber ersuchte dieser Kurfürst die ihm verbündeten Nachbaren um ihren Beistand, speziell den Bischof von Münster um Zusendung von ungefähr 200 Mann seiner geworbenen Reiter, die er nach Düsseldorf beordern und dort dem pfalz-neuburgischen Generalwachtmeister v. d. Neersen zuweisen solle, wie er es auch mit seiner Mannschaft zu thun gedenke.[1] Da gab auch schon die Stadt Aachen selbst in großer Angst vor den Plänen des Prinzen Condé Meldung von den ihr dieserhalb mehrfach zugegangenen Warnungen. Unverzüglich depeschirte es der Kurfürst von Köln nach Trier, an Reuschenberg und durch letzteren an Christoph Bernard mit der Anforderung der völligen Anzahl der bundesvertragsmäßigen Mannschaft.[2]

Als Reuschenberg diese Kunde erhielt, schien die Sachlage inzwischen weniger bedrohlich geworden zu sein. Die Regimenter des Prinzen, an Zahl 13, aber nur in Stärke von 400 Mann, waren, wie Reuschenberg wissen wollte, durch Sittard in die geldrischen Quartiere gezogen; von einer Gefahr für die Stadt Aachen konnte demnach vorläufig keine Rede mehr sein.[3] Unvermuthet kam es jedoch bei dieser Gelegenheit zu dem längst befürchteten Zusammenstoß mit den Unruhstiftern. Dieselben erlaubten sich auf ihrem Marsche eine Verletzung des jülichschen Gebiets bei Dahlenbroich, mit der ausgesprochenen Absicht, ein angebliches gleiches Vergehen des Freiherrn Viermund v. d. Neersen, dem dort die Vertheidigung der Landesgrenzen oblag, zu rächen.[4] Es entspann sich bei dieser Gelegenheit ein ziemlich heftiges Gefecht. Beide Theile erlitten dabei nicht geringe Verluste.[5] Zwar liefen alsbald Entschuldigungs-

[1] Schreiben vom 30. December. Münster.

[2] Schreiben an Reuschenberg noch vom 30. December. Münster.

[3] Reuschenberg an den Bischof vom 1. Januar, Antwort vom 5. Januar 1656. Münster.

[4] Derselbe sollte seine Landschützen und Landreiter zu nahe an die Stadt Ruremonde herangeführt haben.

[5] Die Regierung zu Düsseldorf an den Bischof von Münster am 5. und 10. Januar 1656. Kaum glaubhaft erscheint die Nachricht, daß von den Condéischen 1 Oberst, etliche Offiziere und 50 Mann geblieben seien, während Viermund nur 5—6 Leute und einige Pferde verloren habe (im Schreiben vom 10. Jan.).

schreiben ein sowohl von der Regierung zu Ruremonde als auch vom Prinzen von Condé selbst, welcher namentlich bestritt, daß der Ort, an dem das Scharmützel stattgefunden, auf jülichschem Hoheitsgebiet liege. Aber die Aufregung über diesen Vorgang, welche noch höher aufwallte, als in den nämlichen Tagen die sichere Kunde von der gewaltsamen Okkupation des schirmverwandten Stifts Thorn einlangte, bewog doch die düsseldorfer Regierung, schleunigst bei den Alliirten die Leistung der vollen Bundespflicht zu fordern (5. Januar).[1] Hierauf zog der Bischof von Münster seine geworbenen Völker zusammen.[2] Auch der Kurfürst von Mainz ertheilte den seinigen Marschordre.[3] Die münsterischen Truppen, 1500 Mann stark, brachen am 19. Januar unter dem Obersten Johann Wilhelm v. Cratz auf und zogen über Dorsten, das Vest Recklinghausen und Düsseldorf, kur-kölnisches und neuburgisches Bundesland, den neuburgischen Völkern zu.[4] Von trierischen und kölnischen Heerestheilen erfahren wir nichts; zweifellos waren solche jedoch gleichfalls im Anmarsch. Indessen kam es zu keiner Aktion: denn statt einer solchen suchten die Alliirten, deren Delegirte inzwischen in Köln zu jener Konferenz zusammengetreten waren, lieber ihr Heil auf dem Wege des diplomatischen Notenwechsels mit dem Erzherzog Statthalter in Brüssel, den sie durch eine Bittschrift um Entsetzung des Stiftes Thorn anlangten.[5] Auf Veranlassung des Statthalters waren dann der Kanzler und der Fiskal der spanischen Provinz Geldern als Deputirte zum Kurfürsten von Köln als dem Vogte des Stiftes Thorn (wegen der Grafschaft Hoorn) gekommen, welcher sie an die zu Köln tagenden Allianzräthe wies. Hier fanden dann zwischen beiden Theilen Verhandlungen statt. Die Alliirten ahndeten dabei die ewigen Beunruhigungen durch Condé und die Spanier auf das nachdrücklichste. Derartige Vorstellungen hatten in der Regel zunächst einen scheinbaren Erfolg, das heißt: man zog sich spanischerseits zurück, um wiederzukommen. Nicht ohne guten Willen zeigte sich wenigstens der Erzherzog Leopold Wilhelm, während freilich die unter dem Franzosen Condé stehenden Truppen von einer wahren Leidenschaft für deutsche Quartiere beseelt waren. Auch hier

[1] Auch der Pfalzgraf erließ unterm 14. Januar eine besondere Requisition.

[2] Sein Schreiben vom 9. Januar.

[3] Boineburg an den Pfalzgrafen am 12. Januar 1656. Düsseldorf.

[4] Nach ab Alpen III S. 179 ging die Requisition zu dieser Mobilmachung von dem Kurfürsten von Köln aus.

[5] Bischof von Münster an die jülich-bergische Regierung zu Düsseldorf am 13. Februar 1656, womit er das Schreiben an den Statthalter nach Vollziehung zur Fortbestellung einsendet. Nach Schreiben der Regierung (Mülheim) vom 20. Februar wurde dasselbe von ihr nach Köln zu sicherer Fortbestellung befördert.

im letzteren Falle gab der Erzherzog dem Ansinnen der Alliirten insofern Gehör, als er erklärte, daß die thornische Sache dem Kaiser oder dem speyerer Kammergerichte zur Entscheidung vorgelegt werden könnte und, bis diese gefallen, daß Territorium des Stiftes und dessen Gerechtsame in der Schwebe bleiben, die Aebtissin und ihre Unterthanen unterdessen mit Winterquartieren, wenn auch nicht mit Durchmärschen verschont werden und die dort eingelagerten Völker Condé's abgeführt werden sollten.[1] Dies hatte zur Folge, daß der Kurfürst von Köln, der sich hierbei offenbar als Bundesdirektor (trotz Mainz) gerirte, dem münsterischen Obersten Cratz die Ordre sandte, sich in Person mit 600 Man z. F. und 200 Reitern unter Zurücklassung seiner übrigen Mannschaften in's Stift Münster zurückzuziehen und an dessen westlichen Grenzen bei der Landschaft des Vest Aufstellung zu nehmen.[2] Dem Bischof stand dies sehr wohl an. Schon am 13. Febr. hatte er von seinen Völkern 200 Mann zurückgefordert. Er brauchte sie zu seinen Fortifikationsarbeiten in Coesfeld.

Cratz erhielt die Ordre, am 11. März den Rhein ostwärts bei Düsseldorf zu überschreiten. Weil aber die völlig zusichernde Erklärung des Statthalters in Brüssel wegen Abführung der Völker aus dem Stift Thorn sich verzögerte, empfing er Gegenbefehl (9. März, Zustimmung des Bischofs vom 17.). Am 17. endlich zogen die münsterischen Truppen in ihres Herrn Land zurück.[3] Hingegen waren die mainzischen

[1] Der Kurfürst von Köln an den Bischof von Münster am 4. März. Das Schreiben des Erzherzogs war vom 15. Februar, s. die Angabe hierüber in dem Bundesrecess vom 24. September 1657, worüber weiter unten.

[2] Der Kurfürst theilt dies mit Schrb. vom 4. März dem Bischof mit. Freilich hatten sich gerade die münsterischen Truppen in den kur-kölnischen Landen mancherlei Ausschreitungen erlaubt, worüber der Kurfürst schon am 28. Februar Beschwerde geführt hatte. Am 3. März spricht Christoph Bernard sein Bedauern aus und sagt strengste Untersuchung zu.

[3] Dankschreiben der Regierung zu Düsseldorf für bewiesene Willfährigkeit an den Bischof vom 22. März. 150 Mann z. F. von den münsterischen Truppen blieben unter dem Hauptmann Schelwer zurück. Man verwandte sie zur Besatzung der lüttich'schen Grenze jenseits der Maas. Als mit Anfang Mai die Spanier von neuem wieder zu Felde zogen und damit die Gefahr wegen der Winterquartiere bis auf weiteres wieder nachließ, sollten von diesem kleinen Korps 1 Offizier und 60 Knechte in's Trierische verlegt werden, weil dort der Kurfürst einigermaßen von den Franzosen belästigt wurde. Es hängt dies mit einer damals von den Alliirten geplanten, doch vermuthlich nicht zur Ausführung gelangten Diversion zum Schutze des Kurfürsten Karl Kaspar zusammen. Doch erfolgte wohl in jenen Tagen eine briefliche Verwendung für den letzteren von Bundeswegen bei dem König von Frankreich, dem neuen spanischen Statthalter in Brüssel Don Juan d'Austria und dem Prinzen Condé. Briefe des Kurfürsten von Köln an den Bischof von Münster vom 9. und 10. Mai 1656 und Antwort des Bischofs auf den letzteren vom 26. Mai.

Truppen noch Anfang April am Niederrhein,[1] nicht ohne dem Kurfürsten Maximilian Heinrich v. Köln Grund zu Klagen zugeben. Mit Ende April, dürfen wir annehmen, werden auch sie heimgekehrt sein. Der Kurfürst v. Trier in seinen Nöthen wird sein Kontingent noch früher heimberufen haben. Diese erste kriegerische Demonstration der Allianz war damit beendet. Sie war nicht gerade erfolglos, aber auch nicht zu glänzend verlaufen, hatte sogar nach zwei Seiten hin mit einer gewissen Verstimmung ausgeklungen, welche freilich, was das Verhältniß zwischen Mainz und Köln anbelangt, wie wir sehen werden, einen tieferen Grund hatte, als ihn die von der kur-mainzischen Soldateska bewiesenen Unregelmäßigkeiten abgaben.

7.

Bundeskonferenzen zu Köln, Januar bis März 1656.

Die frankfurter Konvention vom 11. Aug. 1655 hatte die Frage der Bestellung des Freiherrn v. Reuschenberg zum Bundesfeldherrn nicht zur vollen Befriedigung des Pfalzgrafen gelöst, dem sie aus angegebenen Gründen durchaus am Herzen lag. Danach sollte Reuschenberg ersucht werden, das Oberkommando erst im Falle einer Verstärkung der Bundesarmee zu übernehmen. Auch dann sollte Hunolstein, wenngleich mit niedrigerem Range, nicht direkt unter ihm kommandiren.[2] Auch sollte der Bestallung Reuschenbergs seine Entlassung aus den pfalz-neuburgischen Spezialdiensten vorangehen. Ein Sold oder Wartegeld war ihm nicht bewilligt worden.

Philipp Wilhelm gab dem General von diesen Beschlüssen der Alliirten Kenntniß. Dieser besann sich hierauf wochenlang, ehe er eine Erklärung abgab. Endlich am 2. Oktober ließ er sich vernehmen, daß er den Verbündeten für das in ihn gesetzte Vertrauen danke und fernere Eröffnungen derselben abwarten wolle. Aber schon in diesen Tagen schien es, als wenn der Lieblingswunsch des Pfalzgrafen sich seiner Verwirklichung nähern könnte. Hunolstein, ein bewährter Soldat, war,

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen am 8. April: Die kölnische Klage wundert mich sehr. Unsre Leute sind ja alle noch drunten. Utantur illis ut volunt. Mehr können wir ja nit, sed ego video, quid sibi velit d. Furstenbergius. Düsseldorf.

[2] „Ueberall ohne Unterschied," wie das Instrument vom 11. August 1656 sich ausdrückt. Wie man sich die Sache praktisch durchführbar dachte, wird nicht angegeben.

wie es hieß, geneigt, die soeben ihm übertragene Stelle eines Bundesgenerals zu quittiren, um in des Kaisers Dienste zu treten, wo ihm mehr Lorbeeren zu winken schienen. Unter dem Einflusse dieses Gerüchtes stellte der Pfalzgraf schon am 10. Oktober an den Bischof von Münster die Frage, ob er in solchem Falle geneigt sein würde, auch unerwartet einer Verstärkung der Allianzvölker für eine wirkliche Berufung Reuschenbergs unter Zuerkennung einer Besoldung zu stimmen. Christoph Bernard, welcher „des Feldmarschalls Kriegserfahrung und Heldengemüth" schätzte, hatte nichts dagegen einzuwenden, glaubte aber, den andern Alliirten hierin nicht vorgreifen zu dürfen (Okt. 29). Der Pfalzgraf sah sich deshalb genöthigt, die Sache auch vor diese zu bringen. Er that dies nicht auf amtlichem Wege, sondern klopfte hie und da zunächst leise an. Boineburg, seit dem August sein Vertrauter, kam ihm in diesem Wunsche entgegen und sicherte ihm seine Mitwirkung zu, obwohl Hunolstein gebeten hatte, ihm vorerst noch seinen Platz offen zu lassen, „da es beim kaiserlichen Hof gar langsam und eng mit ihrer Werbung dahergehe."[1] Wenn aber Hunolstein erst wirklich in des Kaisers Heer getreten, dann — so versicherte der mainzer Staatsmann — werde es wegen Reuschenberg keine Schwierigkeit mehr geben.[2]

Ende November traf nun von Wien die Bestätigung des Hunolstein betreffenden Gerüchtes ein. Der Kaiser selbst ersuchte unter dem 6. November den Pfalzgrafen von Neuburg, seinem Feldzeugmeister Johann Wilhelm von Hunolstein freie Werbung zur Errichtung eines Regimentes zu gestatten. Nichts konnte dem Pfalzgrafen angenehmer sein. Alsbald theilte er diese Thatsache dem Bischof von Münster mit. Jetzt sei es ja klar, daß Hunolstein nicht mehr Bundesgeneral sein könne, dagegen zeitgemäß und nothwendig, Reuschenberg in Bestallung zu nehmen; und gar nicht dürfe man damit zaudern: denn, wenn, wie man vorhabe, gewisse unkatholische Stände nunmehr mit zur Allianz träten, dann stünde man doch mit dem bereits in sein Amt eingeführten Capo da, und der Thatsache gegenüber werde es keinen Streit geben können.[3]

Der Bischof hatte auch diesmal hierfür keinen Widerspruch, blieb aber dabei, daß die Sache vor sämtliche Alliirte gehöre. Zu Frankfurt seien ja fast alle derselben durch Deputirte vertreten. Dort könne die Frage entschieden und der Bequemlichkeit halber der Bestallungsbrief Hunolsteins für den neuen Kandidaten zum Muster genommen werden; Reuschenbergs Besoldung könne immerhin eine Verbesserung erfahren.[4]

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen den 19. November 1655. Düsseldorf.

[2] desgl. den 27. November. Düsseldorf.

[3] Pfalzgraf an den Bischof am 6. December 1655. Münster.

[4] Schreiben vom 9. December.

Die Kurfürsten von Köln und Trier gaben Erklärungen ab, die weder für noch wider Reuschenberg aufzufassen waren. Der Pfalzgraf aber nahm sie in seinem Sinne und suchte dem Schwanken ein Ende dadurch zu setzen, daß er Reuschenberg benachrichtigte, es stehe ihm nichts mehr im Wege; er möge nur sich zum Kurfürsten von Köln begeben, wohin er am schnellsten gelangen könne, und mit dem alles zum Abschluß bringen. Auf ein Desaveu werde man es nicht ankommen lassen, berechnete der kundige Politiker. [1]

Bei dem Kurfürsten von Mainz hatte diese Angelegenheit Michael Leers der dorthin gesandte vertraute Geheim-Sekretär des Pfalzgrafen betrieben. Am 12. Januar war von Würzburg denn auch eine zustimmende Erklärung eingetroffen. Inzwischen mochte auch in der That das Bedürfniß nach einem gemeinschaftlichen Bundesfeldherrn sich fühlbar gemacht haben. Wir sahen ja, wie Ende Januar bei der Operation der Alliirten gegen die condéische Gefahr als eine Art Obergeneral der neuburgische Freiherr von Viermund geschaltet hatte, aber auch wie daneben der Kurfürst von Köln selbst militärische Ordres erließ. Aus dieser Unklarheit der Verhältnisse ergab sich mit Nothwendigkeit die Einsicht, daß ein einheitlicher Oberbefehl unerläßlich sei. Man trat also der ganzen Frage auf das fortgesetzte Drängen des Pfalzgrafen näher. [2]

Hierzu bot sich die Gelegenheit dar, als der Kurfürst von Köln unter dem Einfluß jener alarmirenden Nachricht von dem Anmarsche des Prinzen Condé auf Aachen und Sittard am Schlusse des Jahres 1655 die Idee faßte, unter den vier alten Genossen der kölnischen Allianz von 1654, also mit Ausschluß von Mainz, eine Konferenz zu veranstalten, auf welcher berathen werden sollte, wie solchen Ungelegenheiten beizeiten vorzukommen sein möchte. Der Ruf erging nach der Stadt Köln, noch am 30. December z. B. an den Bischof von Münster durch die Hand des Statthalters in Düsseldorf Reuschenberg. [3]

---

[1] Schreiben des Pfalzgrafen an seinen Geh. Sekretär Leers aus Neuburg vom 3. Januar 1656. Düsseldorf.

[2] Sicherlich mit einigem Widerstreben: denn die ehrgeizigen Pläne des Pfalzgrafen waren wohl kaum den Alliirten verborgen. Sprach doch schon alle Welt offen davon, daß dieser selbst Bundesoberhaupt sei. Im März hatte der Vertreter des Hauses Braunschweig bei der Reichsdeputation derartiges vernommen. Der kurmainzische Rath Mehl redete es ihm aus. (St.-A. Hannover). Und schon im Januar wollten die brandenburgischen Deputirten Portmann und Hübner wissen, daß man eine Reichswerbung bezwecke, über welche der Pfalzgraf General und Reuschenberg Generallieutenant sein sollte, um dem König von Polen zu assistiren. (Geh. St.-A. Berlin).

[3] Schreiben desselben und der andern heimgelassenen neuburgischen Räthe an den Bischof vom 1. Januar 1656. Schon am 7. Januar bevollmächtigte Letzterer seinen Geh. Rath Bernhard Wiedenbruck.

Ueber die hierauf zusammengetretene Konferenz erfahren wir auf direktem Wege aus den Akten wenig. Protokolle oder Berichte der Delegirten ermangeln durchaus. Doch läßt sich aus einzelnen Stellen späterer Stücke manches konstruiren. Nicht einmal den Tag der Eröffnung können wir bestimmen. Gegen den 13. Februar wurden die Verhandlungen vertagt.

In welcher Weise auf dieser Konferenz ein Abmahnungsschreiben an den Erzherzog Leopold Wilhelm in Brüssel vereinbart wurde, ist oben erwähnt. Gleichermaßen erfuhren wir bereits von den damals geführten Unterhandlungen der Allianzräthe mit den Deputirten des spanischen Gelderlandes.

Als innere Bundesangelegenheit wurde dann eben die Bestallung Reuschenbergs betrieben. Sie wurde zwar im Prinzip zum Beschluß erhoben, jedoch bis auf weitere endgültige Abmachungen mit dem General ausgesetzt. Demselben eine Besoldung oder ein Wartegeld zu gewähren, dafür fand sich auch jetzt noch keine allgemeine Bereitwilligkeit. Besonders war wohl hiergegen der Kurfürst von Mainz, welcher bei dieser Konferenz zwar nicht vertreten war, aber doch (am 16. Febr.) dem Pfalzgrafen, der ihn über die Verhandlungen unterrichtet hatte, seine Meinung dahin äußerte, daß Reuschenberg erst dann Sold empfangen solle, wenn man in wirklicher Aktion begriffen sei. Es war dabei der finanzielle Standpunkt in jener geldarmen Zeit wohl der maßgebende.

Als ein ganz neues Moment taucht hier zu Köln ein Vorschlag des Bischofs Christoph Bernard von Münster auf: die Idee einer Allianz mit den Vereinigten Staaten der Niederlande. Wir kommen darauf noch zurück.

Schließlich ist man auseinander gegangen mit dem Beschlusse, am 2. März diese Verhandlungen wieder in Köln aufzunehmen. Ein Grund für diese Vertagung erhellt nirgends, es müßte denn derselbe in dem vorläufigen Scheitern der Unterhandlungen mit den geldrischen Deputirten gefunden werden können.

Zu dieser neuen Konferenz wurde diesmal der Kurfürst von Mainz eingeladen.[1] Im Februar hatte einer von dessen Räthen zwar zu Köln sich aufgehalten in Angelegenheiten der zu gleicher Zeit damals dort tagenden kaiserlichen Kommission in Streitsachen des Bischofs von Münster mit seiner Stadt. Aber mangels einer besonderen Einladung zur Konferenz hatte er an dieser nicht theilnehmen können, sondern hatte sich entfernt, als für die genannte Kommission vom Kaiser ein ander-

[1] Schon am 13. Februar von dem Kurfürsten von Köln.

weitiger Termin beraumt worden war. Dieser Termin fiel auch wieder auf den Anfang März. Ohne zu verletzen konnte demnach Kur-Köln eine Einladung des Mainzers zur Theilnahme an der gleichzeitigen Bundeskonferenz kaum umgehen.

Zu jener ersten Uebergehung des Kurfürsten von Mainz hatte für den von Köln und seinen Fürstenberg wohl kaum ein andrer Grund bestanden, als die Eifersucht. Man wollte das Bundesdirektorium so lange in Händen behalten, als es eben angehen mochte, denn dem reichskundigen Gebrauche entsprechend stand dem Kurfürsten von Mainz als Erzkanzler das höhere Ansehen zu, kraft dessen er auch in Bundesangelegenheiten die oberste Stelle zu beanspruchen hatte. Und diese ihm streitig zu machen, war man kölnischerseits nicht abgeneigt.

Die Einladung zur Beschickung der neuen Konferenz beantwortete Johann Philipp von Mainz mit vollendeter Höflichkeit — lehnte jedoch ab, angeblich weil sein in der genannten kaiserlichen Kommissionssache beauftragter Rath v. Herzelles damit ohnehin genug zu schaffen haben werde und von den andern in der Allianzfrage bewanderten Räthen zur Zeit keiner, theils wegen der Reichsdeputation in Frankfurt, theils wegen anderer Geschäfte, zu entbehren sei.[1]

Der wahre Grund dieser Zurückhaltung lag wohl in der Einsicht, daß man vorerst noch alle Uneinigkeiten vermeiden müsse, welche aus einer Erörterung der Direktorialfrage mit Kur-Köln zu erwarten standen.

Ein Riß wäre um so bedenklicher gewesen, als man in Mainz auf das emsigste daran arbeitete, der Allianz Zuwachs zu verschaffen, den man nicht erlangt haben würde, wenn man das häßliche Bild innerer Zerwürfnisse entblößt hätte. In dem ablehnenden Schreiben vergaß jedoch Johann Philipp darum doch nicht, seinen Standpunkt in den auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz verwiesenen Fragen zu umschreiben. Gegen die Wahl Reuschenbergs zum Feldherrn und dessen Inpflichtnahme habe er nichts einzuwenden; eine Eventualbesoldung könne man ihm auswerfen, er habe aber erst den Genuß derselben anzutreten, wenn er als Bundesfeldherr in wirklicher Aktion begriffen sein werde. Was dann ferner die etwa zu fassenden Beschlüsse wegen Abwendung der drohenden Gefahren anlange, werde er, auch ohne an den Berathungen Antheil zu nehmen, sich den Ansichten der andern Alliirten, welche ja die Beschaffenheit der angrenzenden Lande am besten kennen müßten, gänzlich fügen, wenn die Beschlüsse zu besserer Befestigung dieses Defensionswerkes über dasjenige hinaus dienen würden, was hierüber bereits vorher abgehandelt worden sei. Dazu werde er

[1] Johann Philipp an Max Heinrich am 23. Februar.

auch die Herzuziehung der General-Staaten rechnen, gegen welche er im Prinzip nichts einzuwenden habe.

Lehrreich ist es, von den Ideen Kenntniß zu gewinnen, welche dem Bischof von Münster in bezug auf den weiteren Ausbau und die Umwodelung der bereits bestehenden Bundesverträge vorschwebten.[1]

Die Grundlage des Bündnisses beruhe auf dem Friedensinstrument von 1648 und den Reichskonstitutionen. Er sei mit seinem ihm auferlegten Beitrag zum Bundesheer zu hoch veranschlagt. Man müsse die Matrikel zur Norm nehmen. Er habe bisher mehr geleistet, als die übrigen Alliirten, drum sei es auch nicht mehr als billig, auch ihn bei Besetzung des Direktoriums zu berücksichtigen; dieses müsse al pari wie auch alle andren Punkte behandelt werden. Der kur-mainzische Vertreter müsse durchaus zur Theilnahme an den Berathungen gewonnen werden. Aller Streit wegen des Directoriums sei zu vermeiden. Man könne ja einen Ort wählen, wo solcher Streit nicht zu befahren,[2] und das Direktorium könne überhaupt der Reihe nach umgehen. Wegen Neuschenberg sei es ihm einerlei, ob er noch ferner in neuburgischen Diensten bleibe oder nicht. Im ersteren Falle könnten demselben 4000 Thaler jährliches Wartegeld gegeben werden, deren Umlage nach dem Matrikularfuß zu erfolgen habe, im anderen Falle aber von jedem der Alliirten 100 Thaler monatlich, also für ein Jahr 6000 Thaler Besoldung. Wie Hunolstein sei jener in Eid und Pflicht zu nehmen. Daneben schlage er zum Generalwachtmeister seinen Obersten Cratz vor. Nach Vorschlägen des Bundesfeldherrn sei eine Artillerie zu errichten. Jeder habe ferner ein Magazin wohl mit Vorrath zu versehen. Das Bundesheer solle jetzt eine vertragsmäßige Stärke von 5500 Mann Infanterie und 1250 Mann Kavalerie betragen mit Einschluß des Kontingents der Stadt Aachen.[3] Bei eintretender Verdoppelung — der Fall, wo solche stattzuhaben, sei genau vorher festzustellen — könne man die Einrichtung dahin abändern, daß von den Fußvölkern nur die Hälfte und von den Reitern das ganze Effektiv verdoppelt oder entsprechend vermehrt werde. Auch möchte — der kluge Bischof denkt eben an alle Eventualitäten — wohl die Frage zu erörtern sein, auch welche Art die Stände zur Gewährung reicherer Geldmittel zu bewegen sein könnten, wenn sie schwierig werden sollten. Dem Papste müsse man doch eigentlich auch

---

[1] Aus der Instruktion für dessen Delegirten, d. d. Coesfeld den 6. März 1656. Münster.

[2] Der Kurfürst von Köln fußte bei seinem Begehren nach Führung des Direktoriums auf sein Diöcesanrecht in der Stadt Köln, dem Orte der Berathungen.

[3] Die also auch unterdessen mit unter die Schirmverwandten aufgenommen worden sein muß, wie wir hier mittelbar erfahren.

von den gegenwärtigen Gefahren Kenntniß geben und von ihm Assistenz begehren. Um dabei Kosten zu sparen, könnte diese Mission der (im Auftrag des Bischofs) in Rom anwesende Wilhelm v. Fürstenberg oder ein andrer dortiger Agent, jedoch ganz insgeheim, übernehmen. Desgleichen könne man schließlich auch dem Kaiser nochmals Bericht erstatten und von ihm Hülfe begehren.

Was von allen derartigen Plänen und Ideen auf der Konferenz [1] zur Sprache und zur Aufnahme in den Receß gelangte, vermag nicht genau angegeben zu werden. Es fehlen überall die Protokolle, es fehlt auch der Receß selbst, der, wie wir mehreren authentischen Angaben glauben müssen, am 31. März 1656 verabschiedet wurde.

Es ist damals der Gedanke an die Einrichtung einer gemeinen Bundeskasse laut geworden. Jeder sollte vorläufig alle Monate 100 Thaler behufs Bestreitung nothwendiger gemeiner Ausgaben bei dem Bankhause Grünbach in Köln hinterlegen. In den Receß scheint jedoch diese Bestimmung keine Aufnahme gefunden zu haben.

Wegen des Direktoriums müssen bei Abwesenheit eines kurmainzischen Vertreters Beschlüsse durchgegangen sein, welche wohl nicht sehr weit von den Vorschlägen des Bischofs von Münster abwichen. Der Receß vom 24. September 1656 nämlich, auf welchen wir unten noch zu sprechen kommen, erwähnt eine extensio directorii, welche der Kurfürst von Mainz, dem allein das Direktorium ein für alle Male wegen des Erzkanzleramtes und des notorischen ununterbrochenen Herkommens im Reich gebühre, nicht gutheißen und annehmen könne.[2] Mit Reuschen-

---

[1] Anwesend waren nach ab Alpen (III. S. 284) wegen Trier: Metternich und der Kanzler Anethanus, wegen Neuburg: Reuschenberg und Snell, wegen Münster der Domthesaurar Matthias Korff gen. Schmising und Wiedenbruck. Die kölnischen Gesandten nennt er nicht. Der von ihm aufgeführte mainzische Herzelles nahm, wie wir sahen, an den Bundesberathungen keinen Antheil.

[2] Boineburg an den Pfalzgrafen von Neuburg am 23. Mai 1656 aus Aschaffenburg: Was man an Kur-Trier in puncto directorii, so Kur-Köln neuerlich an sich und von Mainz abziehen wollen, geschrieben, gehet in gehorsamstem Vertrauen hiebei. Von solchen Sachen nur tricas machen und nichts zum Haupthandel thun wollen, ist ja seltsam. Er. Dhl. zu Köln Gewesene hättens vielleicht wohl besser vor uns mesnagiren können. Es ist ja kundbar, daß das directorium in rebus civilibus, quae nusquam variant, Kur-Mainz gehörig, in militaribus giebt die kur-rheinische und kölnische Einigung Ziel und Maß. Düsseldorf. — Die kur-brandenburgischen Deputirten Portmann und Hübner an den Kurfürsten von Brandenburg am 4.(14.) Mai: Der geistlichen Kurfürsten Gesandte, welche zu Köln beisammen gewesen mit den pfalz-neuburgischen und münsterischen, haben sich im Anfang nicht einigen können, weil Kur-Köln das Direktorium bei den Konsultationen in sua dioecesi prätendirt, was Kur-Mainz durchaus nicht nachgeben wollen. Es haben auch J. K. G. (von Mainz) wegen der Streitigkeiten des Bischofs von Münster mit der Stadt einen depu-

berg kam man damals zum Schluß. Man ertheilte ihm einen Bestallungsbrief,[1] worin man ihn gegen ein monatliches Wartegeld von 200 Thalern und einen für den Operationsfall noch näher zu vereinbarenden Gehalt zum Bundesfeldherrn ernannte, und zwar nach Maßgabe sowohl des kur-rheinischen Kreisschlusses von 1651 als auch des kölnischen Abschiedes vom 15. December 1654.

Auch mit Fragen der äußeren Politik befaßte sich diese Konferenz, vor allem mit der thornischen Angelegenheit. Die mit den geldrischen Deputirten hierüber im Februar gepflogenen Verhandlungen hatten sich zerschlagen. Nun im März suchte man eine andere Lösung. Diesmal sollte der westphälische Kreis seinen Namen hergeben. Denn als dessen ausschreibende Fürsten mußten nach einem Konferenzbeschluß der Pfalzgraf und der Bischof von Münster dem Kaiser die Bitte unterbreiten, seine ganze Autorität dafür geltend zu machen, daß das Stift Thorn als Glied des Reiches diesem nicht entwendet werde, bei dem Statthalter in Brüssel auch zu erwirken, daß das Stift fernerhin mit gewaltsamen Einlagerungen verschont werde.[2] Auch eine besondere diplomatische Aktion bei dem Statthalter wurde von Bundeswegen eingeleitet, womit die brüsseler Residenten des Kurfürsten von Köln und des Pfalzgrafen betraut wurden.[3]

Dabei waltete denn das Mißgeschick, daß der im ganzen nicht übelwollende Erzherzog Leopold Wilhelm von dem brüsseler Posten gerade in jenen Tagen abberufen wurde. Sein Nachfolger Don Juan d'Austria scheint nicht der Mann gewesen zu sein, den Alliirten oder den Aus-

---

tirten jungen Rath zu besagtem Köln gehabt; als aber von Kur-Köln die Erinnerung geschehn, daß ein andrer dahin abgeschickt werden möchte, haben sie es dabei bewenden lassen und sich erklärt, daß dem anwesenden Kommission ad audiendum gegeben, und würden J. K. G. sich demnächst weiter vernehmen lassen. Demnach aber derselbe auch befehligt gewesen, primum locum zu okkupiren und zu präsidiren, welches ex parte Kur-Köln nicht hat gestanden werden wollen, ist es auch nicht einmal zu der Proposition gekommen. Geh. St.-A. Berlin. Ob die Angaben der Brandenburger durchaus genau, mag dahingestellt werden. Interessant ist es, zu beobachten, wie man von den Gerüchten obschwebender Differenzen unter den Alliirten in jenem Lager Akt nahm.

[1] Datirt vom 31. März 1656, also vom nämlichen Tage wie der Receß, Kopie in Münster.

[2] Am 5. April sendet die Regierung in Düsseldorf den Entwurf des Schreibens an den Kaiser dem Bischof zu. Aber auch die noch zu Köln versammelten Allianzräthe hatten ein gleichmäßiges Schreiben abgefaßt. Der Bischof entschied sich für das letztere. Der Zeitpunkt des Abgangs an den Kaiser, eine Antwort desselben und eine Wirkung sind nicht festzustellen.

[3] Geht aus einer Angabe des späteren Recesses vom 24. September 1656 hervor.

schreibenden eines Reichskreises etwas in Güte nachzugeben. Auch die Bemühungen des Kaisers werden nicht allzuernstliche gewesen sein. Die thornische Angelegenheit hat noch zu öfteren Malen das Interesse der Alliirten in Anspruch genommen.

Trotz Abschluß des Recesses läßt sich noch bis zum 11. April die Anwesenheit der Allianzräthe in Köln nachweisen. Ihre weiteren Berathungen in diesen Tagen galten dem Vorschlag des Bischofs von Münster wegen Anknüpfung von Beziehungen zu den Generalstaaten. Doch hiervon später.

Die Konferenz ist dann auseinander gegangen. Immerhin war sie nicht ohne Erfolg gewesen. Der Bundesreceß von 1654 hatte in einigen Punkten einen weiteren Ausbau erfahren, ein neuer Bundesgeneral war für den ausgeschiedenen Hunolstein gewonnen,[1] eine neue Verbindung in Aussicht genommen, diplomatische Verhandlungen mit den Friedensstörern waren angebahnt, der Kaiser mit in's Spiel gezogen worden. Eine Förderung indessen hatte die Allianz nicht erfahren insofern, als das soeben erst gewonnene Kur-Mainz einigermaßen entfremdet ward, dasselbe Kur-Mainz, welches seit der ersten Stunde seiner Aufnahme in den Bund eine rastlose Thätigkeit für das Gedeihen desselben durch Gewinnung neuer Kräfte entwickelte. Doch war es kein heilloser Riß, der hier entstanden. Johann Philipp und Boineburg waren klug genug, ihre Verstimmung zu bemeistern und unbeirrt durch die Eifersüchteleien Maximilian Heinrichs und Fürstenbergs die einmal beschrittene Bahn abzuschreiten bis zum Ziele, welches sie erst nach zwei Jahren mühevollster Arbeit erreichen sollten.[2]

---

[1] Am 2. Juni 1656 zeigt Reuschenberg dem Bischof von Münster unter lebhaften Dankesversicherungen für Mitwirkung an, daß er auf grund des Schlusses vom 31. März vom Kurfürsten von Köln für die Allianz in Eid und Pflichten genommen sei. Antwort des Bischofs vom 5. Juni. Von einer Entlassung Reuschenbergs aus pfalz-neuburgischen Spezialdiensten scheint in Köln keine Rede mehr gewesen zu sein. Vielleicht hätte es der Mainzer durchzusetzen vermocht. Faktisch war also Philipp Wilhelm selbst der oberste Bundeskriegsherr.

[2] Wie wenig der Korpsgeist der Mainzer gelitten, beweist die von ihnen gewahrte Verschwiegenheit gegen die der Allianz Fernstehenden. Portmann, der mehrfach erwähnte brandenburgische Geschäftsträger in Frankfurt, wußte von einem Gespräche zu berichten, welches der kur-pfälzische Vertreter auf der Reichsdeputation mit dem kur-mainzischen gehabt hatte. Derselbe hatte Befehl gehabt, mit diesem sich wegen Vorbereitungen zu einem Kreistag im kur-rheinischen Kreise zu benehmen, welcher die Frage der Verfassung desselben lösen sollte. Seine mehrfachen Anmahnungen dieserhalb waren erfolglos geblieben. Schließlich hatte er im Unwillen verlauten lassen: Die Herren geistlichen Kurfürsten mögen ihren Kreistag zu Köln gehalten haben. Mehl, der mainzisch-würzburgische Kanzler, hatte hierauf mit indignirter

8.

Kölnischer Receß vom 24. September 1656.

Das Verhältniß der Alliirten zur spanischen Regierung war, wie wir uns erinnern, auf der Konferenz zu Köln im Februar 1656 mit nichten geregelt worden. Auch die Beschlußfassungen vom 31. März ließen alles noch in der Schwebe. Die thornische Angelegenheit war weder für noch gegen die Alliirten entschieden. Wegen der Einfälle ins jülichsche Gebiet war dem Pfalzgrafen noch keine Genugthuung geworden. Ein neuer Gewaltakt der Spanier, die Besetzung des jülichschen Lehnhauses Merode hatte die Erbitterung und die Unruhe nur zu steigern vermocht. Um endlich einmal dieser Belästigungen ledig zu sein, beschritt man auf's wiederholte den Weg der gütlichen Unterhandlung. Schon zu Anfang Juli taucht der Plan einer nochmaligen Konferenz unter den Alliirten auf, um sich hier über die Mittel und Wege zur Verständigung mit den Spaniern zu einigen.[1] Im August wird dieses Projekt greifbarer.[2] Und schon wird die Wiederaufnahme der im Februar abgebrochenen Unterhandlungen mit den geldrischen Deputirten dabei in's Auge gefaßt. Als die münsterischen Abgeordneten am 31. August in Köln eintrafen, fanden sie neben der in Person herbeigeeilten Aebtissin von Thorn die Vertreter der anderen Verbündeten, sowie die geldrischen Räthe bereits vor. Mit den letzteren hatte man schon die Abmachung getroffen, durch eine Deputation die Berathungen zu führen. Die Wahl war auf Mainz, Köln und Münster gefallen. Aber gleich von Anbeginn erhob sich der unselige Rangzwist zwischen den beiden Ersteren. Köln beanspruchte wegen seiner

---

Miene erwidert: Das sei von einem Zeitungsschreiber ausgesprengt, dem dafür vom Kurfürsten ein guter Filz gegeben werden würde. Sie hätten zu Köln nichts zu traktiren gehabt, als zwischen dem Bischof und der Stadt Münster. Geh. St.-A. Berlin.

[1] Der Kurfürst von Trier bevollmächtigt schon am 14. Juli den jülich-bergischen Vicekanzler Snell. Kopie in Münster.

[2] Vollmachten des Kurfürsten von Köln für Thomas Düssel und Joh. Gottfr. Quentel vom 9. August, des Pfalzgrafen für den bergischen Marschall Bertram v. Weschpfennig, Vicekanzler Snell und Dr. Jansen vom 24. August, Instruktion des Bischofs von Münster für Matthias Korff gen. Schmising und Dr. Werner Zurmühlen vom 28. August. Mainz hatte zuerst den Dr. Krebs designirt, es erschien Philipp Otto v. Herzelles.

Diözesangerechtsame in dem Orte der Berathungen wiederum Direktorium und Vortritt vor Mainz. Auf dessen Widerspruch hatte es im ersten Punkte schließlich nachgeben wollen. Mainz bestand aber auf seinem bisher überall unbestrittenen vollen Vorrecht, so daß man schon die Befürchtung hegte, der Kurfürst werde bei längerer Hartnäckigkeit des Kölners seinen Gesandten abberufen, was dieser auch anzudeuten nicht verfehlte. Köln schied daher aus der Deputation aus. Eine neue Wahl ergab die Zusammensetzung Mainz-Trier-Jülich. Diese Deputation überreichte den Geldrischen eine Beschwerdeschrift von 40, diese jener eine von 60 Punkten. Mit dem Ausscheiden Kur-Kölns aus der Deputation war der Weg zu friedlichen Vereinbarungen anscheinend erleichtert. Max Heinrich war der einzige unter den Verbündeten, welcher damals auf eine gewaltsame Entscheidung der Beschwerden drang. Die Geldrischen dagegen hatten sich erboten, den Rechtsweg am Kammergericht wegen ihrer angeblichen Befugnisse hinsichtlich des Stifts Thorn zu beschreiten. Die münsterischen Deputirten hatten den Auftrag, durchaus den Weg der Güte innezuhalten und diesen noch vom Erzherzog ausgegangenen Vorschlag anzunehmen. Trier hatte an letzterem keinen besonderen Gefallen und versprach sich von solchen Mitteln keinen Erfolg, ohne jedoch seinerseits bestimmte Auswege angeben zu können. Uebrigens war er wie die Uebrigen außer Köln einer gütlichen Ausgleichung zugeneigt.

Der Gang der Berathungen mit den Geldrischen entzieht sich unserer Kenntniß; derselbe war ein sehr schleppender, denn sie hatten keine Vollmacht, zu schließen und mußten stets erst referiren. Schließlich wurden beiderseits Recesse vereinbart und ausgewechselt. Der Inhalt derselben lautete ungefähr dahin, daß die thornische Sache entweder dem Kaiser oder dem Kammergericht in Speyer zur Entscheidung übergeben, inzwischen aber die Oberhoheit über das Stiftsgebiet in der Schwebe bleiben, die Aebtissin und ihre Unterthanen mit Winterquartieren und andern Beschwerden verschont und allein die Durchzüge nach Maßgabe der Reichssatzungen verstattet werden sollten. Immerhin ein Gewinn für die Verbündeten, speziell für den Kurfürsten von Köln als Bischof von Lüttich. Aber — schon am nächsten Tage nach der Auswechselung der Recesse stellten die geldrischen Deputirten das ihnen übergebene Exemplar den Verbündeten zurück und schieden aus Köln. Alle Berathungen waren wieder fruchtlos geblieben, das ganze Verhältniß wiederum in Frage gestellt. Was erübrigte somit den Räthen der Verbündeten anders, als auch ihren Receß Jenen zurückzusenden? Dagegen beschlossen sie, den Kaiser durch die Prinzipale um Vermittelung bei Don Juan d'Austria zu ersuchen und auch durch die kur-kölnischen und pfalz-neuburgischen Residenten in Brüssel bei dem Statthalter und dem königlichen

spanischen Geheimen Rathe wegen Abstellung der Beschwerden weiter persönlich unterhandeln zu lassen.[1]

Wider Vermuthen erschienen jedoch am 26. September die geldrischen Bevollmächtigten auf's neue in Köln, diesmal um wegen der von dem Pfalzgrafen erhobenen Beschwerdepunkte Unterredung zu pflegen. Man faßte sich auffallend kurz, denn schon vom 27. September liegt als Resultat dieser Berathung eine Resolution der Allianzräthe vor, welche gegenüber dem von den Geldrischen erhobenen Proteste gegen die Auffassung dieser neuburgischen Gravamina als einer gemeinsamen Bundesangelegenheit als eine Norm für ferneres Verhalten aufstellte: Zunächst solle eine friedliche Auseinandersetzung zwischen den Spaniern und dem Pfalzgrafen angestrebt werden, solange aber eine solche nicht erreicht und vom Rathe von Brabant eine Abhülfe der Beschwerde nicht verschafft sei, müsse die Sache als Bundesangelegenheit betrachtet und der Neuburger gegen jedweden Friedensstörer vertheidigt und gestützt werden.[2]

Unterdessen hatten aber auch die Räthe der Alliirten in Köln Muße gefunden, sich auch mit den inneren Angelegenheiten des Bundes zu beschäftigen, obwohl ja zunächst, wie es scheint, die Konferenz ausschließlich zum Zweck der Verhandlungen mit den geldrischen Räthen zusammenberufen war. Aber schon die münsterischen Gesandten hatten die Instruktion empfangen, bei dieser Gelegenheit völlig mit auszuarbeiten, was an der Allianz selbst etwa noch ermangeln möchte. Auch Herzelles

---

[1] Nach den Angaben über diese Vorgänge und Beschlüsse in dem Receß vom 24. September.

[2] Im Zusammenhang mit dieser für ihn so günstigen Resolution steht vielleicht ein in jenen Tagen ventilirter verwegener Plan des Pfalzgrafen, welcher dahin ging, mit Hülfe der Verbündeten und der Franzosen das feste Jülich den Spaniern, die es noch immer vom 30 jährigen Kriege her inne hatten, gewaltsam zu entreißen. Boineburg an den Pfalzgrafen am 1. October 1656: Wegen der Festung Jülich ist's eine bedenkwürdige Sache und werden J. K. G. nit manquiren, hierob zeitige Absicht zu fassen, wiewohl ich meine, es werden die Herren Franzosen noch an solche Belagerung nit kommen. Und am 22. October: Die Enträumung der Festung Jülich ist eine sehr schwere Sach und würde bei den Herren Spanischen ohne Zweifel noch schwerer werden, wo die Herren Kurfürsten jetzt sich's sehr annehmen sollten. Archiv in Düsseldorf. — In welchem Lichte erscheint demnach ein andrer Plan, welchen der Pfalzgraf auf dieser Konferenz in Köln durch Weschpfennig andeuten ließ, als er sondiren mußte, was die Alliirten wohl zu der Idee einer näheren Verbindung mit den spanischen Niederlanden zu sagen hätten, damit nicht die Unkatholischen, mit denen man bereits Verbindungen anzuzetteln begonnen (Holland, Braunschweig und Hessen), den übrigen Alliirten zu mächtig werden, sich des Direktoriums anmaßen und ihnen Maß geben möchten. Es erhob sich aber nicht eine Stimme, welches dieses Projekt gebilligt hätte. Bericht Schmisings und Zurmühlens vom 22. September. Münster.

hatte von dem Kurfürsten von Mainz, was er zwar anfangs in Abrede stellte, später aber zugestand, ähnliche Weisungen erhalten. Die kölnischen Kommissare aber erklärten dem Schmising kurzweg, wegen der letzten Allianzverhandlungen wäre nichts mehr übrig zu perfektiren. Und Snell wiederum versicherte, von seinen beiden Mandanten Neuburg und Trier Befehl zu haben, auch über Bundesfragen in weitere endgültige Abmachungen sich einzulassen.[1]

Von vorn herein lähmte, wie wir schon sahen, der leidige Rangstreit zwischen Köln und Mainz jedes gedeihliche Vorgehen. Als Herzelles schließlich erklärte, daß er Auftrag habe, die Verhandlungen abzubrechen, falls Köln seine Anmaßungen nicht aufgebe, suchten die übrigen Deputirten durch persönliches Zureden in feierlicher Form bei den kölnischen Vertretern die Sprengung der Allianz zu vermeiden. Und der Bischof von Münster schlug die Wahl eines anderen Ortes für die Verhandlungen, etwa Oberlahnstein auf mainzischem Gebiet vor. Der Kurfürst von Köln berief von seinen Vertretern Düssel nach Bonn, um ihn mit neuen Instruktionen zu versehen. Quentel, der zurückblieb, erklärte bei der auf den 11. September der unerledigten Streitfrage unerachtet in das Minoritenkloster berufenen Sitzung, bisher noch keine sicheren Verhaltungsmaßregeln hierüber erhalten zu haben. Da Düssel ausblieb, wurde auf Vorschlag Snells, welcher die Unterstützung der Münsterischen fand, um Zeit zu gewinnen und fernere vergebliche Kraftzersplitterung zu verhüten, für gut befunden, mit Ausschluß Kölns (wozu ja im März der Vorgang mit Kur-Mainz ein Präcedens geschaffen) zu verhandeln, demselben jedoch von allem, was vorgekommen, Kenntniß zu geben. Quentel erhob Protest hiergegen. Herzelles in seiner Verlegenheit kam durch eigenen Kourier bei seinem Herrn um neue Weisungen ein. Ohne dieselben abzuwarten, hielt man am 19. September eine Session ab. Am 21. langte vom Kurfürsten von Mainz die Ordre an: wenn Köln nicht weiche, solle Herzelles abreisen. Der aber nahm es nicht so ernst, sondern blieb auf Zureden der Uebrigen. Die Berathungen nahmen ihren Fortgang, ohne daß ein Vertreter Kölns dabei erschien.

Und so wiederholte sich hier der merkwürdige Vorgang, daß ein Receß vollzogen wurde, an welchem einer der Verbündeten keinen Antheil genommen. Der kölnische Receß vom 24. September 1656 ist der Gegenschlag des Mainzers für den Receß vom 31. März.

Diesen Receß selbst[2] anlangend, so wird nicht Wunder nehmen,

[1] Eine besondere Instruktion für Reuschenberg, Weschpfennig, Snell und Jansen in diesem Sinne liegt übrigens auch in den neuburgischen Akten (vom 5. Sept.) vor.

[2] Original, unterzeichnet und besiegelt von Herzelles, Snell, Korff-Schmising, Weschpfennig, Zurmühlen und Jansen, in Münster.

wenn gleich der erste Paragraph desselben die Bestimmung des Abschiedes vom 31. März umstößt, welche eine extensio directorii in politicis zugunsten Kölns festgestellt hatte. Heute fand man für gut, „daß es in puncto directorii in politicis itemque sessionis allerseits, wie solches im Reich von alters kundbarlich hergebracht, in Kriegsoperationen aber nach Anleitung des in anno 1654 den 15. December allhie verglichenen und aufgerichteten Abschieds gehalten werden solle."

Damit war nunmehr auf die Dauer des Bundes die Superiorität des Kurfürsten von Mainz allen Ansprüchen Kölns gegenüber festgesetzt. Johann Philipp von Mainz durfte unbeirrt als Bundesdirektor schalten.

Ein zweiter Paragraph des Receßes enthält die Bestimmung über die Besoldung des Bundesfeldherrn Reuschenberg, welchem nachträglich zwei Vierteljahrsraten zur Auszahlung angewiesen werden. Eine Bundeskasse soll vorerst noch nicht errichtet werden. Man soll sich auch nach tüchtigen Generalspersonen umsehen, deren man in Operationsfällen gebrauchen könne, eventuell mit solchen Verträge abschließen.

Drittens: die Schirmverwandten haben auch zur Besoldung des Bundesfeldherrn Beiträge zu leisten. [1]

Viertens: Resumé über die mit den geldrischen Deputirten stattgehabten Unterhandlungen und

Fünftens: Einsetzung einer Deputation von Allianzwegen an die General-Staaten der vereinigten Niederlande behufs Unterhandlungen wegen Abschlusses einer Allianz.

---

[1] Wie aus einem Schreiben des Bischofs Christoph Bernard an seine Deputirten in Köln vom 22. September hervorgeht, wurde daselbst wegen dieser „geringern Stände" gutbefunden, daß „die angenommenen zu behalten und weiter sich anmeldende abzuweisen" seien. Der Bischof war hiermit einverstanden.

9.

Konferenz zu Koblenz. December 1656 und Januar 1657.

Die Stimmung des Pfalzgrafen während jener Verhandlungen mit den Geldrischen war nur scheinbar eine zu rein friedlichen Ausgleichungen geneigte gewesen. Im Stillen rüstete er unverdrossen weiter, um diesen und anderen Gefahren in der Stunde der Noth sich gewachsen zu zeigen. Deshalb drang er auch bei dem Kurfürsten von Mainz unter der Hand auf Maßnahmen zur Aufstellung eines Grenzkordons von Bundeswegen in den zumeist bedrohten jülichschen und lüttichschen Landen. Boineburg hatte des Kurfürsten Geneigtheit hierzu in Aussicht gestellt unter der Bedingung einer gleichen Zustimmung seitens der Mitkurfürsten von Trier und Köln.[1] Letzteren sahen wir ohnehin zu bewaffnetem Einschreiten nicht abgeneigt, wenigstens trugen seine Vertreter auf der letzten kölner Konferenz eine martialische Miene zur Schau.[2] Zwar hatte er sich unabhängig von den Alliirten an den Kaiser um dessen Verwendung bei den Spaniern gewandt und damit diesmal den Erfolg erzielt, daß der Kaiser seinen Botschafter am spanischen Hofe den Grafen Lamberg anwies, die spanischen und condéischen Einquartierungen sowohl im Lüttichschen als in den Landen anderer Reichsstände abzuwenden (Wien, den 10. Oct. 1656), und auch unter dem 14. October dem Don Juan d'Austria die Verschonung jener Lande anempfahl. Aber keine Folgen dieser Schritte waren zu verspüren: denn schon Ende Oktober wieder besetzten Völker Condé's lüttichsches Land zwischen Sambre und Maas und es hieß, daß diese Einlagerungen noch weiter gen Osten ausgedehnt werden sollten.[3] Maximilian Heinrich sandte deshalb Emissare

[1] Schreiben Boineburgs vom 1. October. Düsseldorf.

[2] Ein Abgesandter des brandenburgisch-cleveschen Statthalters Prinzen Moritz, Dr. Pabst, bemerkte freilich bei seiner Anwesenheit im Erzstift Köln (Anfang October), daß dieses wenig Macht in einem Kriegsfalle würde entfalten können, keine 150 Mann zu Pferde und 400 zu Fuß werde man aufzubringen im stande sein. Geh. St.-A. Berlin.

[3] Auch in den cleveschen Landen wurde einige Besorgniß rege. Prinz Moritz sandte den Dr. Pabst an die Höfe zu Düsseldorf und Bonn, um sie zu gemeinschaftlicher bewaffneter Demonstration gegen die Spanier aufzufordern. Philipp Wilhelm ertheilte eine ausweichende Antwort: Als Mitglied des westphälischen Kreises sei er zwar erbötig, allen dem Reichs- und Landfrieden zuwider vorfallenden Einbrüchen zu begegnen und dagegen Hülfe und Handbietung zu leisten; aber, daß er sich erklären sollte, mit wieviel Kriegsvolk er im Cleveschen zu assistiren gemeint, sei ihm noch bedenklich, bevor er sich deswegen mit seinen Mitalliirten besprochen habe. Seine

an Don Juan und Condé, um sie von derartigen Plänen abzubringen, ja er ließ „eine ansehnliche Erkenntniß" anbieten.[1] Auf alle Fälle aber ersuchte er daneben seine Bundgenossen um Bereithaltung ihrer vertragsmäßigen Truppentheile,[2] damit man, wenn nöthig, zur Retorsion in die spanisch-niederländischen Lande einrücken möge. Dem Bischof Christoph Bernard dünkte diese Idee gut: Reuschenberg solle nur die Völker zusammenziehen, er werde nicht aussetzen.[3] Auch Philipp Wilhelm bewies guten Willen: vielleicht könne die Stadt Köln zum Hauptquartier für die Allianzräthe bestimmt werden, die dort als Kriegsrath den ganzen Winter über, und solange als man der angedrohten Zumuthungen sich zu befahren habe, residiren könnten, um für den Nothfall mit Reuschenberg alles zu verabreden und die Retorsionsmaßnahmen anzuordnen. Also die Idee eines Bundestages in Permanenz, ein Gedanke, welchem der Kurfürst von Köln sich nicht abgeneigt zeigte,[4] der aber in den Hintergrund trat, als, ungefähr um dieselbe Zeit, auch der Kurfürst von Mainz den Wunsch nach dem Zusammentritt einer neuen Bundeskonferenz laut werden ließ, auf welcher in den Hauptpunkten der Allianz halber Richtigkeit gemacht werden könnte.[5] Auch hiergegen hatten die übrigen Alliirten nichts einzuwenden, nur daß der Vorschlag des Mainzers, diesmal in Frankfurt zu tagen, keine Billigung fand, weil man dort „vielen observatoribus und censuris unterworfen sein würde" und man doch in der Nähe der Gefahr am geeignetsten die Berathungen werde abhalten müssen. Köln und Neuburg schlugen dafür die Stadt Koblenz vor und als Termin etwa den 11. December. Mit Trier und Münster setzte sich hierüber der Pfalzgraf rechtzeitig in Verbindung. Die so zu sagen offizielle Berufung erließ dann auch wirklich der Kurfürst von Mainz nach Koblenz auf den 12. December.[6]

Frage, ob die Holländer wohl Hülfe leisten würden, beantwortete Pabst bejahend, worauf er bemerkte: So wird's wohl keine Noth haben. Relation des Pabst vom 4. (14.) October im Geh. St.-A. Berlin. — Auch in Bonn fand Pabst wenig Neigung für ein Zusammengehen mit den Brandenburgern.

[1] Pabst wußte dies; in Bonn leugnete man es anfangs, aber der Kanzler Buschmann gestand es. Das Geldpräsent an Condé leisteten die lüttichschen Landstände, sowie mit Konnivenz des kur-kölnischen Hofes die Unterthanen der Provinz zwischen Sambre und Maas.

[2] Schreiben an den Bischof von Münster vom 29. October und beistimmende Erklärung desselben vom 6. November, des Pfalzgrafen vom 9. November.

[3] Sogleich berief er den Obersten Cratz nach Sassenberg, wo er gerade Hof hielt, um mit diesem über die bezüglichen militärischen Maßnahmen zu reden.

[4] Erklärung vom 13. November 1656 an den Bischof von Münster.

[5] Der Pfalzgraf an den Bischof von Münster am 21. November.

[6] Am 28. November.

Inzwischen war freilich die condéische Gefahr glücklich vorübergezogen. Aber es gab noch andre Punkte, welche einer eingehenden Berathung und Abstimmung seitens der Alliirten bedurften — die projektirte Annäherung an die General-Staaten, eine Anbahnung mit den protestantischen Reichsständen Hessen und Braunschweig und die Stellungnahme der Allianz überhaupt zu den brennenden Fragen jener bewegten Zeit. Hauptsächlich waren es die beiden erstgenannten Spezialfragen, denen man auf der Konferenz zu Koblenz Aufmerksamkeit zuwandte. Da hierüber jedoch besonders wird abgehandelt werden müssen, sei vorerst nur von den anderweitigen Gegenständen die Rede, mit denen man dort sich beschäftigt hat.[1]

Die den Verbündeten am Rhein scheinbar so fernliegende schwedisch-polnische Verwickelung in Osten des Reiches ist es gewesen, welche die Räthe der Alliirten damals zu einer hochpolitischen Kundgebung verleitet hat, wie sie unvermittelter auf den ersten Blick nicht erscheinen mag. Wie kam es doch, daß die Augen der Ligisten, die man bisher ängstlich nur der Gefahr im Nordwesten zugerichtet glaubte, nun plötzlich sich nach jener Seite wendeten? Und doch nichts einfacher zu erklären als dieses.

Das niemals schlummernde, gegenseitig so begründete Mißtrauen, welches den Pfalzgrafen von Neuburg sowohl wie den Kurfürsten von Brandenburg wegen der jülich-cleveschen Successionslande erfüllte, hatte gerade in jenen Herbsttagen des Jahres 1656 einen höchst bedenklichen Grad erreicht, nicht nur trotzdem sondern gerade weil Brandenburgs Politik ihren Anschluß an die Schwedenmacht zu finden genöthigt und in Bahnen gerissen ward, welche den rheinischen Landen so fernab lagen.

Der Kurfürst brauchte eine starke Truppenmacht und in seinen westlichen Landen fand er die besten, ergiebigsten Werbeplätze. Diese Aushebungen und Truppenanhäufungen sah der Pfalzgraf mit Schrecken immer öfter sich wiederholen. Auch er rüstete, gewißlich nicht allein gegen die von den Spaniern drohende Gefahr. Beide Theile, der

[1] Auffällig ist das Schwanken des Bischofs von Münster in Beziehung auf die Beschickung dieser Konferenz. Dem Pfalzgrafen schrieb er am 11. December, die Einladung des Mainzers sei ihm zu spät zugekommen, außerdem sei er augenblicklich vollauf mit dem zur Zeit tagenden Landtage beschäftigt, um nach Koblenz entsenden zu können. Schmising war dorthin bereits bestimmt, am 23. December erhielt derselbe Gegenordre; der Bischof halte seine Vertretung dort nicht für nöthig. Aber schon am 28. wies Christoph Bernard Wiedenbruck seinen Deputirten zu Frankfurt an, nach vorher genommener Unterredung mit dem Kurfürsten von Mainz sich nach Koblenz zu begeben, fertigte ihm auch die nöthigen Kredentialen zu, während er wiederum am 3. Januar 1657 Schmising dazu bevollmächtigte.

Brandenburger wie der Neuburger, haben ja bekanntlich in all jenen Jahren thatsächlich, jeder für sich an dem scheinbar geheimen, dem andern aber mehr oder weniger unverborgenen Plane gearbeitet, die jülich-cleveſche Frage mit Gewalt zu lösen.[1] In den Tagen, von denen wir hier reden, freilich der Pfalzgraf in höherem Grade als der im Osten vollauf in Anspruch genommene Kurfürst. Und je emsiger Philipp Wilhelm an diesem Plane schmiedete, um so lebhafter suchte er dem Gegner die gleichen Machinationen unterzuschieben, um so lauter rief er nach Schutz gegen das ihm von diesem vermeintlich drohende Unheil. Diese Beklemmungen Philipp Wilhelms wurden heftiger, als die Nachricht von dem labiauer Vertrage vom 20. November eintraf und wenig später sich das Gerücht erhub von bevorstehenden Friedensunterhandlungen zwischen Polen und Schweden-Brandenburg. Letztere beiden Mächte, vereinigt und auf jener Seite des Kampfes ledig, würden — dies war die Befürchtung des Neuburgers — die freie Hand und ihre ansehnliche Kriegsmacht endlich zu dem längst mit Schrecken erwarteten Hauptschlage gegen ihn und zur Ausführung der bekannten Pläne gegen die jülichschen Lande benutzen. Zugleich fürchtete der Pfalzgraf nicht mit Unrecht Strafe für seine Umtriebe zugunsten des Polenkönigs, seines Schwagers.

Es mußte daher der pfalz-neuburgiſche zur Konferenz nach Koblenz abgeordnete Rath dort erklären: „Weil die Erfahrung bezeuge, daß durch eines Orts gemachten Frieden dem andern wohl ein unversehener Krieg und Unruhe über den Hals gezogen und dann bei den zu behuf der derends in den Waffen stehenden Theile vorgegangenen Werbungen allerhand fast bedenkliche Reden gegangen, unterschiedliche Zumuthungen und Androhungen geschehen, so sei von Reichswegen zu bewirken, daß auf dessen Boden keine verdächtigen Völker und Kriegsmacht geführt und dadurch er, der Pfalzgraf, oder einige andre Stände in Gefahr und Unsicherheit gestellt werden, oder, falls jene Befürchtungen dennoch eintreten sollten, müsse man sich im Reiche so verbinden, daß dergleichen Gefahr mit gesamter und starker Hand abgewendet werden könne." Zu diesem Zweck hätten die Alliirten, vor allen der mainzer Kurfürst, der in Frankfurt tagenden Reichsdeputation die nöthigen Vorschläge zu unterbreiten und auf diese Weise ein Reichskonklusum zuwege zu bringen.[2]

Die Verbündeten — denn auch sie hegten alle ihrerseits besondere Besorgnisse vor der nunmehr vereinigten schwediſch-brandenburgiſchen

---

[1] Vgl. Droyſen III, 2. S. 243. Erdmannsdörffer a. a. O. S. 278 ff. und S. 432 ff. U. A. V. S. 780 ff.

[2] Memorial vom 9. December 1656, abschriftlich in Münster.

Macht — ließen sich geneigt finden, ganz in diesem Sinne des Neuburgers, zum großen Theil sogar in wörtlicher Uebereinstimmung mit dem von diesem eingereichten Memorial eine Erklärung an die Reichsdeputation zu bringen.[1]

Diese Erklärung nimmt ihren Ausgang von der unter dem 1. September durch den niedersächsischen Kreis an die Deputation eingegebenen und von ihr am 31. October dem Kaiser zur Begutachtung übersandten Erinnerung, worin um Beförderung eines schwedisch-polnischen Friedens von Reichswegen und um Verhütung aller aus jenen Verhältnissen im Osten zu erwartenden Weiterungen und Unruhen gebeten worden war. Die Alliirten unterstützen durchaus diese Anträge unter Betheuerung ihrer Bemühungen um Erhaltung des so theuer erworbenen Friedens. Es sei höchstnothwendig, darauf bedacht zu sein, daß bei dem durch Gottes Gnade zwischen den beiden Kronen Polen und Schweden hoffentlich erfolgenden Frieden dem heiligen Reiche und dessen getreuen Kur- und Fürsten, auch den Unterthanen nichts ungütliches zugemuthet, keine verdächtige Kriegsmacht auf des heiligen Reichs Boden geführt, weniger mit der That und wirklich Jemand angegriffen und beleidigt werde. Demnach habe auf grund der Reichssatzungen und des allgemeinen Friedensschlusses die Reichsdeputation in reife Erwägung zu ziehen und zu beschließen, daß bei unvermuthetem Eintreten derartiger besorglicher Fälle dem Angegriffenen mit starker Hand beigestanden, aller Unruhe und Unsicherheit von des Reiches Boden beizeiten gewehrt und solcher Beschluß den in Waffen stehenden Theilen in einem besonderen Schreiben kundgegeben werde.

Auf den Erfolg dieser Eingabe bei der Reichsdeputation näher einzugehen, gehört weniger zur Aufgabe dieser Blätter, als in die auch sonst so bemerkenswerthe Geschichte dieser Versammlung. Indessen muß bemerkt werden, daß der Erfolg eben nicht groß war.

Immerhin war das Ganze eine auffallende Demonstration der Ligisten. Die brandenburgischen Deputirten Portmann und Hübner sandten

---

[1] d. d. Koblenz den 23. December 1656, eingereicht Frankfurt den 29. December. Abschrift in Münster. Die Aussteller nennen sich: Des kur- und niederrheinisch-westphälischen Kreises vereinigter Kur- und Fürsten versammelte Abgeordnete. Ich darf nicht unerwähnt lassen, daß Kur-Pfalz sich beschwert fand, daß es zu dem Koblenzer Tag nicht hinzugezogen worden war. Portmann an den brandenburgischen Statthalter zu Köln a. Spree den Grafen Sayn-Wittgenstein am 4. (14.) Januar 1657: Zu dem Tag der Vereinigten im kur-rheinischen und westphälischen Kreis ist Kur-Pfalz nicht mit berufen, beklagt sich auch, daß zu Defension des Kreises demselben von Kur-Mainz nichts notifizirt, sondern überall vorbeigegangen und in viele Wege zu nahe getreten wird, deswegen J. K. Dhl. einen Gesandten nach Wien abfertigen wollen. Geh. St.-A. Berlin.

diese Note sofort ihrer Regierung zur Kenntnißnahme zu. Ihnen sowohl wie dem Grafen Sayn-Wittgenstein, Statthalter in der Mark, entging die wahre Intention dieser anscheinend so friedlichen und reichssatzungsmäßigen Kundgebung selbstverständlich nicht. Wittgenstein berichtete an den in Preußen abwesenden Kurfürsten und rieth zu remonstriren, daß sowohl er als der König von Schweden „zu solchem Mißtrauen und sinistren Gedanken im geringsten nie Ursache gegeben, sondern bereits so vielfältig den Kaiser sowohl als viele andre Mitglieder des Reichs versichern lassen, daß sie die Ruhe des heiligen römischen Reichs unverletzt zu erhalten und darin den edlen Frieden zu befestigen begierig und geneigt wären; auch hätte man sich von einigen partikulier unbesonnenen Diskursen keine Ombragen zu machen."[1] Bemerkenswerth ist das Schweigen des Kurfürsten, welcher diese Insinuationen der rheinischen Ligisten vornehm ignorirte. Die ganze Kundgebung des Pfalzgrafen und seiner Genossen war wie ein Schlag auf's Wasser. Leere Phrasen, hinter denen die Ohnmacht darniederlag. Weder die Alliirten noch des heiligen römischen Reichs ordinari Deputation wären kräftig genug gewesen, die aus den nordischen Wirren entspringenden Gefahren zu bannen.

Doch ist die ganze Affaire bemerkenswerth als der erste Versuch der Alliirten am Rheinstrom, auf dem Gebiete der großen und Reichspolitik sich die Miene einer Macht zu geben, mit welcher gegebenen Falles zu rechnen sein möchte: in Erwägung der Unmacht einzelner der Verbündeten wie des Bundes in seiner damaligen Zusammensetzung und Organisation überhaupt einfach — eine großartige Unverzagtheit, um nicht zu sagen Unverschämtheit.

Ein weiteres Ergebniß der Bundesberathungen in Koblenz war eine zweite Eingabe an die Reichsdeputation mit der Bitte um Verwendung bei dem Kaiser für das bedrängte Stift Thorn. Dies Gesuch fand die volle Unterstützung der deputirten Reichsstände. Im Fürstenrath erklärte sogar der kur-brandenburgische Vertreter wegen Pommern Hübner bei der Berathung über diese Eingabe, daß in dem an den Kaiser abzulassenden Schreiben auch anderer Reichsstände, wie der Herrlichkeiten Wittem und Wickrath Erwähnung geschehen solle, weil diese an das Herzogthum Jülich grenzten, theils mitten darin lägen und also der Kurfürst sein Herr daran fast mehr Interesse habe, als der Kurfürst von Köln am Stifte Thorn.[2]

---

[1] Schreiben des Statthalters vom 2. (12.) Januar 1657. Geh. St.-A. Berlin.

[2] Relation von Portmann und Hübner vom 1. (11.) Februar 1657 an den Kurfürsten. Geh. St.-A. Berlin.

Dieses ist, was vorläufig von den Ergebnissen der Konferenz zu Koblenz berichtet werden kann. Diese selbst nahm ihr Ende am 18. Jan. 1657, nachdem noch am 13. zur Theilnahme endlich die Abgesandten des Bischofs von Münster, Matthias Korff, gen. Schmising und Zurmühlen, erschienen waren, um über die Frage wegen Herbeiziehung der vereinigten Niederlande sich vernehmen zu lassen. In den Berathungen und Abmachungen über diese Frage liegt überhaupt der Schwerpunkt dieser Konferenz. Es wird davon noch weiter die Rede sein.

10.

Noch einmal die Gefahr im Nordwesten.

Zu Anfang des Jahres 1657 besetzten Völker der Armee Condé's trotz der gegentheiligen Zusicherungen, die man dem Marschall v. Reuschenberg gegeben, die der Allianz schirmverwandten Herrschaften Weiler und Wittem sowie unmittelbar zum Herzogthum Jülich gehörige Landestheile. Reuschenberg meldete es unverzüglich dem Bischof von Münster[1] mit der Bitte, auf grund seiner Bundesverpflichtungen die Reiterei sofort nach dem Rhein vorrücken und vom Fußvolk etwa 2—300 Mann nachfolgen zu lassen. Der Pfalzgraf unterstützte diese Requisition durch ein besonderes Handschreiben. Christoph Bernard versprach das beste, rieth aber zugleich, mit Ravenel dem die Condé'ischen Völker kommandirenden Generalwachtmeister erst gütliche Unterhandlungen zu versuchen.[2] Reuschenberg hielt solche mit Recht auf grund der bisherigen Erfahrungen für vergeblich.[3] Am 13. Januar konnte indessen der Pfalzgraf melden, daß die Unruhstifter sich zurückzögen. Die im Anmarsch begriffenen Bundesvölker erhielten also Gegenordre.

Aber noch zu Ende des Monats flehte die Aebtissin Anna Salome von Thorn den Kurfürsten von Mainz um die Bundeshülfe an.[4] Ihrem Stifte drohe der Untergang. Ravenel liege mit drei Kompagnien auf ihrem Gebiete. Erst Ende Februar gab der Kurfürst den Verbündeten Kenntniß von diesem Gesuch. Die Gefahr dort unten hatte für ihn keine Eile. Was die Alliirten hierin für gut befinden würden, dem

[1] Am 2. Januar 1657.
[2] Am 4. Januar.
[3] Schreiben vom 12. Januar.
[4] Schreiben vom 26. Januar.

würde er sich, wie er bemerkte, gern konformiren. Hierauf requirirte der Pfalzgraf auf eigne Hand die Bundeshülfe.[1] Wiederum war der Bischof von Münster der erste, welcher dieselbe zusagte.[2]

Freilich war Philipp Wilhelm selbst bedroht. Sein Haus Maasniel[3] war von einem ganzen Regiment Irländer von der Armee Condé's, und in der Herrschaft Weiler das Haus Cartils belegt worden. Wiederum versuchte er sein Heil in einem Appell an den Kaiser. Unter dem 23. März sandte er ein Schreiben an denselben zur Ausfertigung an die Verbündeten auf den Rundweg. Diesmal schlug man einen gewissen energischen Ton an: Die Hoffnungen auf guten Erfolg der bisher mehrfach nachgesuchten kaiserlichen Vermittelung mit den Spaniern und Condé seien immer noch getäuscht worden. Auf Anstehen der so bedrängten Reichsstände könne deren Rettung nunmehr nicht länger verweigert werden. Der Kaiser solle bei dem spanischen Statthalter seine höchste Autorität kräftig einsetzen, damit die klagenden reichsgehorsamen Unterthanen des Schutzes des Reichs und des theuer erworbenen Friedens genießen möchten und sie, die Alliirten, nicht genöthigt würden, jene vermöge der Reichssatzungen und der unter sich eingegangenen Verfassung zu handhaben.

Der Kaiser hat dieses Schreiben — wenn es überhaupt abgegangen ist, nicht mehr zur Hand empfangen. Am 2. April war Ferdinand III. aus dem Leben geschieden und dadurch das Reich in die Wirrnisse eines Interregnums gerathen in einer höchst kritischen Zeit, wo die seltsamsten Perspektiven für seine Zukunft sich öffneten. Vom Reiche war zunächst kein Schutz gegen diese unaufhörlichen Grenzverletzungen zu gewarten. Und zur Selbsthülfe waren die Alliirten zu schwach. Das alte, jämmerliche Schauspiel nahm seinen Fortgang.[4]

Indessen nahm doch der Kurfürst von Mainz auf die Kunde vom Tode des Reichsoberhauptes Anlaß, eine dringende Mahnung an die Bundesgenossen zu um so engeren Anschluß und merklicher Verstärkung der vorhandenen Kräfte zu richten. „Einem Jeden, sonderlich aber uns Alliirten ist nunmehr wohl zu wachen angesagt und hat man nach Situation unserer Lande unsererseits genugsam Ursach und will es auch

[1] Am 17. März.

[2] Am 23. März.

[3] In der heutigen niederländischen Provinz Limburg.

[4] Neue Requisition der Bundeshülfe durch den Pfalzgrafen vom 5. April 1657. Diesmal ließ Kur-Mainz seine Völker zusammenziehen und die Reiterei über den Westerwald nach dem Niederrhein rücken. — Abmahnungsschreiben der Alliirten vom 6. April an Don Juan d'Austria mit der Drohung, daß sie bei öfterer Wiederkehr solcher Ungelegenheiten endlich nicht würden vorbeigehen können, sich zur Wehr zu setzen. Anfang Mai kreiste dies Schreiben unter den Verbündeten zur Ausfertigung. Von einer Antwort des Statthalters ist mir nichts bekannt geworden.

die unumgängliche hohe Nothdurft erfordern, sich noch weiter in eine solche Postur zu stellen, daß man sich selbst auf allen Fall zur nöthigen Gegenwehr so viel möglich stellen möge, wie dann auch von E. Ld. bei so bewandten veränderten weitaussehenden gefährlichen Konjunkturen und sorgsamen Läuften sehr wohl daran beschehen wird, wenn Sie noch eine mehrere geworbene Mannschaft förderlichst aufbringen werden, gleich wir auch selbst ein ebenmäßiges zu thun im Werk begriffen sind und auch, daß es von andern Ständen geschehe, vernehmen.[1]

Daß diese Mahnung nicht allein auf jene Gefahren im Nordwesten ihr Ziel nahm, geht aus der ganz allgemein gehaltenen Fassung des Schreibens hervor. Der Mainzer Kurfürst kannte noch ganz andere Gefahren als die Plackereien der Spanier. Eine europäische Krisis schien durch den Tod des Kaisers bevorzustehen. Rings um das seines natürlichen Steuers beraubte Reich loderte heller Kriegsbrand, und die Frage, wem die Krone nunmehr in den Schooß fallen solle, schien die Flamme auch auf deutschem Boden wieder neu entzünden zu sollen.

Das, was der Kurerzkanzler für nöthig erachtete, war dem Pfalzgrafen auch ohne dessen Erinnerung als Bedürfniß erschienen. Noch ehe jenes Schreiben in seiner Hand sein konnte, entsandte er[2] seinen neuburgischen Oberkanzler und Kammerpräsidenten Franz v. Gise zu dem Bischof Christoph Bernard, um mit diesem ähnliche Schritte zu verabreden, wie sie der Mainzer empfahl. Ein neuer dunkler Schatten fiel auf Niederdeutschland; der niederrheinisch-westphälische Kreis konnte aus den neuerdings zwischen Schweden und Dänemark sich zuspitzenden feindseligen Beziehungen allerlei Gefahren am Horizont auftauchen sehen. Der Bischof gab dem Abgesandten Philipp Wilhelms zu verstehen, daß auch er höchstnothwendig befinde, daß man sich im westphälischen Kreise in mehrere Verfassung stelle und daß die Allianzvölker vermehrt würden.

Umgehend beantwortete der Pfalzgraf diese Eröffnung mit der Nachricht, daß mittlerweile auch der Kurfürst von Mainz zu den gleichen Maßregeln gerathen hätte. Er habe deshalb auf den 16. Mai seine jülich-bergischen Landstände zum Landtag beschieden, zu dessen erwünschtem Schlusse er für förderlich erachte, wenn auch der Bischof ein seinen Vorschlag enthaltendes offizielles Schreiben an ihn richten wolle, damit er es wie das des Mainzers den Ständen vorzeigen könne. Welchem Verlangen Christoph Bernard schon am 8. Mai nachkam.

---

[1] Johann Philipp von Mainz an den Pfalzgrafen am 24. April 1657. Abschrift in Münster.

[2] Kreditiv vom 26. April 1657. Am 1. Mai hatte Gise zu Vreden sich seines Auftrages erledigt, am 4. Mai reichte er dem in Grimlinghausen weilenden Pfalzgrafen schriftlichen Bericht ein.

Zu der beabsichtigten Aufstellung des Bundesheeres ist es wenige Monate später denn auch thatsächlich gekommen, jedoch aus einem ganz anderen Grunde und zu einem ganz anderen Zweck, als es damals noch den Anschein haben mochte, nicht zur Defensive, sondern vielmehr in durchaus aggressiver Form, ich meine jene zur Genüge bekannte Bundesoperation gegen die dem Bischof auffässige Stadt Münster, jene treffliche Illustration zu den treuherzigen Versicherungen der Liebe zu dem so theuer erworbenen Frieden, von denen die Lippen der rheinischen Ligisten überströmten.

Bevor wir jedoch auf jene Vorgänge zu reden kommen, darf es an der Zeit erscheinen, sich nach anderen Bestrebungen der Alliirten umzusehen, welche auf möglichste Ausbreitung ihrer Tendenz und Macht gerichtet waren. Diese Bestrebungen machen sich seit dem Beitritte des Kurfürsten von Mainz im August 1655, auf welche Zeit wir nunmehr zurückgreifen müssen, besonders bemerkbar und dürfen ein höheres Interesse in Anspruch nehmen, als alle die Maßnahmen und Schachzüge, von denen bisher berichtet worden ist.

11.

Das bayrische Projekt.

Man wird sich an die kordiale Annäherung erinnern, welche im August 1655 zwischen dem Pfalzgrafen und dem kur-mainzischen Hofe zutage trat, damals als die frankfurter Konvention eine Thatsache wurde. Dem schlauen Neuburger entging nicht, daß seinen Plänen hier eine kräftigere Unterstützung winkte, als bei seinen bisherigen Bundesgenossen, dem ewig in die spanischen Unruhen verwickelten und noch halb mit Brandenburg liirten kölner und dem wenig leistungsfähigen trierer Kurfürsten, sowie dem zwar willigen, aber mehr und mehr durch eigene Interessen abgezogenen Bischof von Münster. Deren Gesichtskreis war und blieb ein lokaler, höchstens provinzieller. Johann Philipp von Mainz dagegen wie sein Boineburg waren die Schildträger einer nationalen, ja universalen Politik[1]; hierin lag ihre Stärke und mußte demnach ein Anschluß an den Kurfürsten für Philipp Wilhelm ein er-

[1] Vgl. die kurze, aber höchst treffende Charakteristik derselben durch Köcher a. a. O. S. 199 ff. nebst Anmerkungen.

strebenswerthes Ziel sein. Den Mainzern wiederum mochte der weitausragende Ideengang des Pfalzgrafen und dessen Feuereifer als ein nicht übel zu verwerthendes Ferment für die Verwirklichung ihrer Pläne dünken.

Vor extremen Schritten sich zu wahren, von dem stürmischen Pfalzgrafen zu solchen sich nicht hinreißen zu lassen, dazu hielt man sich in Mainz für stark genug; eine solche Gefahr ließ man dort nicht gelten, ja das damalige Auftreten gegen Philipp Wilhelm läßt erkennen, daß man ihm von vornherein zu verstehen geben wollte, daß man auf seine Phantastereien einzugehen nicht belieben werde.

Gleich zu Anfang wies Johann Philipp die Autoritätsgelüste Jenes in die gebührenden Schranken. Charakteristisch für die Staatskunst des Mainzers ist, daß trotzdem jene Annäherung eine intime wurde. Bedauerlich bleibt, daß über jenen Zusammenkünften zu Mainz und Rüsselsheim ein Schleier ruht, der hier nicht gelüftet zu werden vermag. Es müssen höchst inhaltsreiche Erörterungen stattgefunden haben. Jeder dieser Staatsmänner wird freilich nur gerade so viel von seinen Karten verrathen haben, um ein gemeinsames Spiel zu vereinbaren, bei welchem doch Jeder nur an seinen eigenen Vortheil dachte. Denn die Ziele Beider gingen doch merklich auseinander. Das des Pfalzgrafen war die Rache an dem Brandenburger und dessen Vernichtung, in weiterem Ausblick auch die Unterdrückung der protestantischen Reichsstände überhaupt. Ganz am Horizont tauchten blaue Berge gleißenden Glanzes auf, das polnische Königsdiadem, die strahlende Kaiserkrone. Johann Philipp's Ideal war ein anderes. Der westerwälder Edelmann verstieg sich nicht in ein solches Wolkenkuckucksheim. Es war ein fester politischer Gedanke, unter dessen Einfluß der Kurfürst und sein leitender Staatsmann ihre Politik steuerten. Besser vermag man deren Endziel nicht auszudrücken als es neuerdings geschehen ist. Es „war das Ziel, dem immerfort drohenden Zusammenprall der Deutschland und Europa spaltenden Gegensätze vorzubeugen, einen Bund von Mittelstaaten als Friedensgaranten zwischen die feindlichen Großmächte zu stellen und damit sich selbst zum Schiedsrichter von Europa zu machen."[1]

Fragt man nun nach dem Vereinigungspunkte dieser beiden grundverschiedenen Systeme, der aggressiven Politik des Pfalzgrafen mit streng konfessioneller Spitze und der irenischen Tendenz des Kurfürsten ohne jeden konfessionellen Anstrich, so wird man mit der Antwort nicht fehlgehen, daß in jenen Tagen dieser Annäherung vielleicht die Abneigung gegen das Haus Oesterreich und dessen Politik das bindende Element

[1] Köcher a. a. O. S. 200.

gewesen ist. Das Kaiserhaus hatte seit dem großen Kriege an seiner Popularität selbst bei den katholischen Reichsständen ungemein viel eingebüßt und Ferdinand III., obwohl von Person wohlwollend und gutmeinend, war nicht der Mann gewesen, Ansehen und Neigung sich zu erhalten. Die Hülfe, die er anfangs versteckt und dann immer unverhüllter in dem Kampfe der beiden westlichen Kronen der spanischen gewährte, war gerade den Reichsständen dort am Rhein ein Dorn im Auge, welche dadurch nur die Flammen jenes unseligen Krieges genährt sahen und auch unmittelbar von den Durchmärschen der kaiserlichen Hülfsvölker allerhand Beunruhigungen und die alten Beschwerden zu gewarten hatten. Mit schiefen Blicken und bösem Mißtrauen blickte man auf starke Rüstungen in den kaiserlichen Erblanden, von denen schon 1655 das Gerücht im Schwange ging.[1] Beim Pfalzgrafen kam noch die Erbitterung hinzu, daß er in seinen Werbungen am Kaiserhofe gegen Kur-Brandenburg nicht das volle Entgegenkommen gefunden hatte, auf welches er gerechnet hatte. Ja, er hatte von dort aus gewisse gegen ihn gerichtete Ansprüche des Kurfürsten von der Pfalz zu seinem Schaden unterstützt sehen müssen.

Einer „der eifrigsten Parteigänger des Hauses Habsburg" war er damals wenigstens nicht mehr. Und vom Kurfürsten von Mainz darf man dies ebensowenig annehmen. Die Politik, in welche sich mehr und mehr das Haus Oesterreich vertiefte, lief seinen irenischen Tendenzen stracks zuwider; die Politik eines Auersperg hatte mit der eines Boineburg nichts gemein.

Ein Mißbehagen gegen die habsburgische Dynastie schlich sich allmählich in die Gemüther der deutschen Fürsten ein, genährt offenbar von französischen Einflüsterungen, welche durch klingendes Gold reichlich unterstützt wurden. Zumal mit dem Augenblicke lebhafter, wo die Frage wegen der Nachfolge an der Kaiserkrone wiederum eine offene wurde, als der römische König Ferdinand IV. eines frühzeitigen Todes verblich (1654 Juli 9) und von neuem das alte Spiel der Habsburger begann, um die Stimmen der Wahlfürsten auf ein Haupt aus ihrem Stamme zu vereinen, den einzigen noch lebenden Sohn des alternden Kaisers Erzherzog Leopold Ignaz. Hier setzte Mazarin in seinem Hasse gegen das Haus Habsburg mit Geschick ein und seine Emissare arbeiteten an der Vereitelung dieser Pläne mit großem Eifer an verschiedenen deutschen Fürstenhöfen.

[1] Bisping, Münsterischer Deputirter in Frankfurt, berichtete im October 1655 dem Bischof: der Kaiser gedenke ein Korps von 50—60 000 Mann zu errichten „woraus man leicht abzunehmen, daß diese großen Kriegspräparatoria nicht allein auf ein Defensionswerk angesehen sein dürften."

Neben dieser Wahlfrage wird zwischen dem Mainzer und Neuburger damals im August 1655 auch ferner die Gefahr zur Erörterung gelangt sein, welche im Nordosten des Reiches drohte. War es denn nicht denkbar, daß jene polnisch-schwedischen Händel auf der einen Seite den Kaiser, auf der andern den Kurfürsten von Brandenburg in Mitleidenschaft, ja in Aktion zu ziehen vermögend sein könnten? Und, dieses einmal zugegeben, was schien bei dem notorischen Ehrgeiz und kriegerischen Eifer des noch dazu protestantischen Schwedenkönigs und dem vermeintlichen Großmachtskitzel des wohlgerüsteten Brandenburgs, gleichfalls einer protestantischen Macht, nicht noch alles im Gesichtskreise zu liegen? Ganz zu geschweigen von dem immerhin nicht ganz unmöglich erscheinenden Eintreten Dänemarks, der vereinigten Niederlande und der Republik England in diese Komplikationen.

In Erwägung solcher Zeitläufte einigte sich der Mainzer mit dem Neuburger denn bald zu der gemeinsamen Einsicht, daß eine Allianz, wie sie durch die beiden Gebilde von 1651 und 1654 geschaffen und weiter entwickelt worden und neuerdings durch Kombination in der Frankfurter Konvention befestigt werden sollte, das sicherste Mittel sein werde, den vielseitigen Gefahren einen festen Damm im Reiche entgegenzusetzen.

Darüber freilich konnten diese Politiker sich keiner Täuschung hingeben, daß sie die rheinischen Ligisten allein und für sich selbst nicht kräftig genug sein würden, inmitten der drohenden Gefahren das Gleichgewicht zu halten. Es bedurfte hierzu des Beitritts noch anderer wohlgesinnter Stände mehr. Der Mainzer träumte schon von einem allgemeinen deutschen Fürstenbunde. Zunächst glaubte er der Nachbaren, zumal der beiden hessischen Häuser in Darmstadt und Kassel für solche Zwecke habhaft werden zu können und machte sich bei ihnen gleich an's Werk.[1]

Er und Boineburg hatten gewiß keine geringe Mühe gehabt, dem Pfalzgrafen die Werbung um diese unkatholischen Stände annehmbar zu machen. Freilich war auch auf der andern Seite der Darmstädter des Letzteren Schwiegervater.

Philipp Wilhelm, der von den Jesuiten berathene Heißsporn, hielt sich lieber an die guten katholischen Traditionen. Bedurfte der neue Bund der Verstärkung, nun gut, dann nur auf seiten der Glaubens-

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen schon am 5. September: Unsere Korrespondenz itzo bewandt wird E. D. bekannt worden sein (d. h. das Instrument vom 11. August). Zu ihrer festen Einfädmung und Erhaltung gehört treuer Fleiß. Hassi nostri forte accedent, saltem Darmstadini, tum paullatim et Cassel, sonderlich wenn die sehen, daß K. Brandenburg gar allein und in's weite gehet. Or. in Düsseldorf.

genossen. Auf keinen geringeren Ort richteten sich seine Blicke als das Kurhaus Bayern und den Sohn des einstigen Führers der alten Liga, den jungen Kurfürsten Ferdinand Maria in München.

Diesem stattete er von Neuburg aus, wo er im Hochsommer des Jahres 1655 eingetroffen war, gegen Ende October einen freundvetterlich-nachbarlichen Besuch ab, welche Gelegenheit er benutzte, um im Sinne der mainzer und rüsselsheimer Abmachungen für Zuwachs der Allianz zu arbeiten. Als zwischen ihm, dem Kurfürsten und dessen Hauptberather in politischen Fragen dem Oberhofmeister Grafen Kurtz die Rede auf die gegenwärtige verwirrte Lage der Verhältnisse gerieth, brach der Pfalzgraf ganz offenherzig mit seinen Gedanken über die Königswahl heraus. Schweden und Frankreich, so führte er aus, seien bekanntlich willens, das Haus Oesterreich nicht mehr zur Kaiserkrone kommen zu lassen. An seine Stelle zu treten sei das Haus Bayern am besten geeignet. Im Auftrage des Kardinals Mazarin habe ja schon der Landgraf Georg Christian von Homburg auf dasselbe hingewiesen und werde derselbe demnächst selbst nach München kommen, um des Kurfürsten Geneigtheit zur Annahme der Krone zu erforschen. Er, der Pfalzgraf, könne hierzu nur rathen, schon damit nicht zuletzt Schweden die Krone an sich reiße, was leicht geschehen könne bei der großen Macht, die es jetzt in Polen erwerbe. Gerade vor dieser Macht müsse man sich in Sicherheit stellen. Der Kurfürst sei nun freilich weder österreichisch noch französisch; und allein werde er sich als Kaiser auch nicht zu halten vermögen. Er, der Pfalzgraf, habe jedoch in den niederen Landen mit etlichen Ständen am Rheinstrom ein kleines Defensionswerk aufgerichtet; das sei zwar nicht groß noch von großer Importanz, doch gebe es bei Anderen Nachdenkens. Wenn nun der Kurfürst mit noch Anderen wie Württemberg, Salzburg u. A. m. mit eintreten wollte, würde er so konsiderabel werden, daß, wenn es zwischen Oesterreich und den Kronen zum Streit käme, er allezeit demjenigen Theile, zu welchem er träte, das Uebergewicht geben und also das arbitrium rerum bei ihm stehen, er also wiederum dadurch den Frieden im Reich erhalten könnte.

Ferdinand Maria erklärte, daß er die Krone nicht annehmen werde, da es den Satzungen der goldnen Bulle und dem Eide der Kurfürsten zuwiderlaufen würde, Jemanden vor der Zeit von der Krone auszuschließen und sich der Wahlstimmen zu versichern. Auch sei es eine gefährliche Sache, und dürften am Ende die Kronen mit diesem Vorschlag nichts andres bezwecken, als ihn „mit dem Hause Oesterreich in die Haare zu bringen."

Auf Zureden des Pfalzgrafen und dessen wiederholten Hinweis

darauf, daß dann wohl Schweden die Krone an sich bringen würde, warf der Kurfürst schließlich die Frage auf: ob man ihn denn würde manuteniren können? Hieraus zog Philipp Wilhelm etwas vorschnell den Schluß, daß die Abneigung gegen den Erwerb der Kaiserkrone an dieser Stelle nicht allzugroß sein und wohl überwunden werden könne.[1]

Hinsichtlich des weiteren Vorschlages wegen Beitritts zur Allianz bemerkte der Kurfürst: er halte diese Zusammensetzung für die sicherste und wolle derselben sich einverleiben, sobald man ihn darum ersuche; vielleicht werde er dann Salzburg und Württemberg mitbringen.[2]

Dieses Ergebnisses froh, säumte Philipp Wilhelm nach seiner Rückkehr an sein Hoflager in Neuburg nicht, den Alliirten Eröffnung zu machen (Nov. 10): Der Kurfürst von Bayern trage „nicht geringe Inklination," mit in ihre Allianz zu treten, zugleich auch andre mehr vornehme Stände des Reichs, als Salzburg und Württemberg dahin zu disponiren. Daneben habe er, der Pfalzgraf, auch kurz vorher verspürt, daß auch der Bischof von Eichstädt zu einem gleichmäßigen geneigt sei. Der Kurfürst von Bayern verlange vor allem von den Alliirten eine bezügliche Kundgebung. Ihr Gutachten hierüber sei erwünscht.

Die Majorität der Verbündeten ging mit lebhafter Freude auf diesen Plan ein. Christoph Bernard von Münster erklärte unverzüglich (19. Nov.) dem Pfalzgrafen, daß er diesen Zuwachs für ersprießlich erachte und sondirte gleichzeitig den mainzer Kurfürsten nach seiner Ansicht. Auch Karl Kaspar von Trier spendete seinen Beifall.[3] Am kur-mainzischen Hofe zeigte man den regsten Eifer, auf diese Verbin-

---

[1] Graf Kurtz äußerte: Ehe man geschehen ließe, daß Schweden die Krone an sich zöge, so hätte sein Herr das Herz noch wohl, sich um die Krone anzunehmen, falls man ihn dabei manuteniren würde. Worauf der Pfalzgraf: Solches werde wohl geschehen, denn Frankreich suche anderes nicht, als nur das Haus Oesterreich davon zu bringen. Brandenburg und Heidelberg hätten es ihrer Stimme schon versichert, Kur-Köln sei ohnehin bayrisch, die andern beiden geistlichen Kurfürsten würden auch leicht den vorigen folgen, und was würde Sachsen dann allein ausrichten?

[2] Die ganze Unterredung entnommen dem vom Pfalzgrafen am 22. December seinem an den kur-mainzischen Hof abgesandten Geheimsekretär Michael Leers mitgegebenen Memorial (Koncept in Düsseldorf). Benutzt wurde diese Akte bereits von Droysen III, 2. Anm. 316, doch mißverstanden. Danach muß man annehmen, der Kurfürst von Mainz habe den Besuch in München gemacht und jene Unterredung geführt. Ebenso ist nach Droysen der Mainzer und nicht der bayrische Kurfürst derjenige, welcher weder österreichisch noch französisch sein soll, während Philipp Wilhelm direkt auf den letzteren zielte.

[3] Pfalzgraf an den Bischof von Münster am 9. December: Von Kur-Trier's Lbd. ist allbereit vor zwei Wochen die Antwort eingekommen.

dung einzugehen. Boineburg entwickelte eine Schreibseligkeit, wie nie zuvor.[1]

Der Kurfürst selbst gab in offiziellem Antwortschreiben seine Zustimmung und ließ durch Boineburg bitten, der Pfalzgraf möge einen Vertrauten zu ihm senden, von welchem er alle näheren Umstände vernehmen könne. Nur der Kurfürst von Köln, dem doch als einem Prinzen aus wittelsbachischem Geblüt an dem ganzen Werk hätte hochgelegen sein müssen, zögerte mit seiner Erklärung, vermuthlich infolge einer gewissen Eifersuchtsregung gegen den Kurfürsten von Mainz, die sich mehrfach, auch bei andern Gelegenheiten, verrieth und mancherlei Hemmungen verursacht hat. Erst gegen Ausgang des Jahres ließ er seine Ansicht über das bayrische Projekt den Pfalzgrafen wissen, jedoch ohne demselben Genugthuung zu gewähren. Wir kommen darauf noch zurück.

Anfangs December ließ Johann Philipp von Mainz das vom Kur-

---

[1] Er schreibt an den Pfalzgrafen am 19. November: J. K. G. erfreuen sich sehr und werden, weil man nun zu Würzburg und also den Winter über in der Nähe sein wird, ehest dahin trachten, wie diesem hochangelegenen hauptsächlichen negotio vollends von allen Seiten möge abgeholfen werden. Vielleicht giebt's bald die Gelegenheit, E. D. selbst aufzuwarten, denn J. K. G. sehr sehnlich die auch den Ziffern nicht anvertraulichen Münchenschen Sachen zu vernehmen verlangen .... Ob Württemberg mit in's Werk eintreten möchte, verlangen wir sehr zu wissen. Ich zweifle daran. Kommt nur Kur-Bayern und Salzburg, sufficit. Darnach muß man in allem Ernst aus dem Handel machen. — Am 20. November: Die Angelegenheiten wegen Kur-Bayern sollen wohl in Acht genommen und ehest dahin getrachtet werden, daß von dieser Seite alles vollends zu diesem hochheilsamen Werk beigetragen werde, was immer möglich ist. Die Perfektionirung dieser Korrespondenz und Bundwesens soll zu Würzburg pro nostris partibus unsere Winterarbeit und Spinnrocken sein. Gott gebe Glück dazu! — Am 27. November: Ich will mein äußerstes thun, ne quid morae. Ich sehe wohl, was im maniement derzeit gelegen. Aber wer kann allen Thieren Flügel machen? Wäre wohl diensam, wenn zwei oder vier der vornehmsten Prinzipale einst bald könnten zusammenkommen. Quid metuimus fastidia et apprehensiones alienas, quando de corii nostri custodia efficax sollicitudo habenda est? Freue mich deswegen, daß itzt J. K. G. hier in der Nähe zu Würzburg sind. Gott gebe, daß die Spinnarbeit diesen Winter wohl von statten gehe, denn auf den Sommer wird die Hitz vielleicht oft Hemdwechselung erfordern. — Am 5. December: E. F. D. werden nit umgehen, zu sondiren, quibus conditionibus Kur-Bayern herzutreten will, auch zu urgiren, daß Württemberg und Salzburg mit beigezogen werden. Eichstädt und Bamberg, hoffe ich, sollen von selbst sich anfügen. — Am 12. December: Des Angezeigten Herkunft erwarten wir nach E. D. bei Kur-Bayern gehabter entrevue (die übrigens wegen [angeblicher?] Krankheit des Kurfürsten nicht stattfand. J.) ganz hochverlangendlich. Mit Kur-Bayern ist zumal nichts neues zu konditioniren gleichwie mit keinem, nur de quanto seines Beitrags, und lassen sich J. K. G. E. F. D. Meinung, ut duplicetur ei onus, gefallen. Man wird's treiben müssen, so hoch man's kann. — Alle diese Stücke im Düsseldorfer Archiv.

fürsten von Bayern begehrte Gesamteinladungsschreiben abfassen und den in Frankfurt wegen der Reichsdeputation anwesenden Vertretern der Alliirten zur Begutachtung unterbreiten.[1] Gegen Mitte December war dasselbe bereits auf dem Rundwege zu den Prinzipalen behufs Unterfertigung. Der Pfalzgraf sollte es dann nach München befördern.[2]

Boineburg drängte daneben im Auftrage seines Herrn um Hersendung eines Bevollmächtigten des Pfalzgrafen zum Zwecke näherer Vereinbarungen. Am 22. December schickte daher der Pfalzgraf seinen Geheimsekretär Leers dorthin ab. Derselbe erhielt den Auftrag, den Kurfürsten über die Vorgänge in München aufzuklären,[3] aber auch ganz im Allgemeinen ein Gutachten abzulegen über die Auffassung des Pfalzgrafen von der politischen Situation jener Tage.[4] Und zwar in folgendem Gedankengang: Es sei nunmehr weltkundig, wie die schwedische Macht in Polen so weit überhand genommen, daß das Großfürstenthum Litthauen sich ihr gleichsam erblich unterworfen und nicht zu zweifeln, daß in kurzer Zeit das Königreich Polen diesem Beispiel folgen und dem Schwedenkönig huldigen werde. Der Kurfürst von Brandenburg habe sich unter Beistand etlicher Stände im königlichen Preußen stark gerüstet, bisher freilich unter dem Anscheine von Defensivzwecken. Doch habe man Nachricht, als ob er jetzt mit Schweden allerdings verglichen sei und diesem seine geworbenen Völker überlassen werde. Auf dem jüngsten Reichstage habe dieser Kurfürst die unkatholischen Fürsten und Stände an sich gezogen und gleichsam deren Protektor spielen wollen. Bekannt sei der Angriff auf die jülichschen Lande vom Jahre 1651; demnach wohl zu besorgen, daß bei dem großen Vortheil der Schweden über die Polen und da nunmehr die kaiserlichen Erblande den Schweden allerorten zum Einfall offen stehen, der Kurfürst, zumal bei jetziger Indisposition des Kaisers, in dem trüben Wasser mitfischen und neben den Schweden, Polacken, Litthauern, Kosacken und Tartaren das römische Reich feindlich überziehen und den Katholischen, anfangs in Deutschland, hernach auch wohl gar in ganz Europa den Garaus zu machen mit-

[1] Schreiben Boineburg's an den Pfalzgrafen vom 5. December und des Bischofs von Münster an denselben vom 16. December.

[2] Undatirtes Schreiben Boineburg's an den Pfalzgrafen mit dem Kanzleivermerk des Neuburgischen Sekretärs: Serenissimus respondit manu propria 23. December. In Düsseldorf.

[3] Siehe oben den Inhalt des Memorials vom 22. December.

[4] Nebenmemorial vom 31. December 1655, Original mit Siegel und Unterschrift des Pfalzgrafen im Düsseldorfer Archiv. Auch diese Akte ist schon von Droysen a. a. O. benutzt worden. Doch können die neun Zeilen, mit denen er sich abfindet, kein genügendes Bild gewähren, weshalb die zum Theil wortgetreue Wiedergabe dieses interessanten Dokumentes hier nicht verargt werden wird.

helfen werde. Hierzu biete sich jetzt die beste Gelegenheit, indem England die spanische Macht in Indien und Spanien angreifen und so zur Genüge beschäftigen könne, in Frankreich auch die Hugenotten sich zu rühren begönnen und auch die Schweizer gegen die Katholiken sich schwierig erzeigten. Auf Kur-Sachsen sei kein Verlaß und also wohl zu gewärtigen, daß die Unkatholischen zusammenstehen und auf einmal die Katholischen unter die Füße zu bringen suchen würden.[1]

Besonders da die beiden vornehmsten katholischen Potentaten Spanien und Frankreich gegen einander so verbittert, daß an ihre Aussöhnung und demnach an ihren Beistand gegen derartige Angriffe gar nicht zu denken sei. Vor Gott und der Posterität würde unverantwortlich sein, wenn man also les bras croisés länger zusehen und den unkatholischen, ja barbarischen Völkern sich zum Raub darstellen und nicht die noch übrigen Mittel zur Rettung der Ehre Gottes, Beschützung seiner Kirche und Erhaltung von Land und Leuten anwenden sollte. Es müßten daher, ehe die Völker überall weggeworben würden, ohne Zeitverlust nach Maßgabe des Bundesinstrumentes die Truppen verdoppelt werden. Da aber zu besorgen, daß dieses Mittel allein nicht zulangen möchte, so stelle er, der Pfalzgraf, dem Nachdenken des Kurfürsten die Frage

---

[1] Dieselben Gedanken in ähnlicher Ausführung äußert der Pfalzgraf brieflich an Boineburg am 16. December 1655: „Denn, wenn die Zeitungen wahr sind, welche mir vom Grafen Kurtz von München kommunicirt worden, so muß man nicht allein sehen, sondern mit Händen greifen, daß die Glocke wider uns Katholische gegossen ist und man uns nicht allein in Deutschland sondern ganz Europa, und nicht mit Armeen allein sed cum gentibus überschwemmen werde. Schweden, Moskau, Tartaren, Kosacken, die desperaten Polen, Kromwell, Holland, Dänemark und unsere deutschen Ketzer werden zugleich die in sich selbst zertrennten Katholischen überfallen et radicitus zu exstirpiren suchen. Und befestigt mich in diesen Gedanken sehr, wenn Brandenburg sich akkommodirt hat, daß auch unsere deutschen Unkatholischen nit allein die consilia so heimlich zusammentragen, sondern ihrer keiner zu unsrer Verfassung treten will und alle zeitgewinnende Ausflucht suchen. Aber was Raths? Mich dünkt, wenn wir je Haare lassen sollen, so sind wir vor Gott und ehrenhalber schuldig, bei solchen extremis auch extrema zu adhibiren und unsre Haut so theuer als möglich zu verkaufen und wenigstens nicht mit einem weißen Stäblein, sondern mit dem Degen in der Hand, wenn wir je nit viktorisiren können (de quo tamen non est desperandum) zu sterben." Und nachdem er seinen Zweifel am Beitritt der unkatholischen Häuser Hessen und Braunschweig wegen des Zauderns derselben ausgesprochen, schließt er: „Wie wäre es, wenn man sie auf eine categoricam triebe? So würde die Pastete entdeckt müssen werden; dann treten sie nicht zu uns, so halte ich's pro evidentissimo signo einer Generalkonspiration gegen alle Katholischen, und wäre besser, selbige zu wissen und uns danach recht und mit einer tapferen Resolution zu richten, als uns einschläfern und folgends ohne Resistenz mit einem weißen Stäblein ausweisen zu lassen, auch vor Gott die schwere Verantwortung und vor der Welt den unauslöschlichen Schimpf zu behalten." — Düsseldorfer Archiv.

anheim, ob nicht von der gesamten Alliirten wegen die Krone Frankreich ungesäumt zu beschicken und um Assistenz anzulangen wäre. Desgleichen größeren Nachdrucks halber müsse nothwendig auch in der Alliirten Namen Ihrer Päpstlichen Heiligkeit die höchste Gefahr der katholischen Kirche, wie sie sich in vielen Jahrhunderten nicht erzeigt, umständlich vor Augen geführt und dieselbe gebeten werden, zwischen Spanien und Frankreich, welch letzterem die schwedische Macht furchtbarer sein müsse, als die österreichische, wenn nicht den Frieden, so doch einen zehn- oder zwanzigjährigen Waffenstillstand zu vermitteln, damit also mit gesamter Hand das sonst gleichsam unvermeidliche Unglück abgewendet werde. Auch werde der Papst inzwischen nicht nur sich selbst (mit Geldspenden) angreifen, sondern auch andre italienische Fürsten und Republiken beweglich erinnern müssen, daß sie den Katholiken in Deutschland mit Geld und Volk beispringen, desgleichen auch von vornherein bei Frankreich zu vermitteln haben, daß dieses diejenigen deutschen Stände, welche mit oder ohne Oesterreich zur Vertheidigung der katholischen Kirche wider Schweden oder dessen Anhang kooperiren würden, allerdings unangefochten lasse und sie deswegen mit einer versicherten Erklärung verwahre.[1]

Leers stattete seine Meldungen in Würzburg auf grund der beiden Memorialien mündlich ab und wurde demgemäß in gleicher Form beschieden.[2]

Johann Philipp von Mainz und Boineburg können und werden unmöglich die Lage der deutschen Katholiken gleich schwarz angesehen haben. Immerhin werden sie in ihrem Interesse die Konsequenzen nicht mißbilligt haben, welche der Pfalzgraf aus seinen pessimistischen Prämissen zu ziehen für gut erachtete. Insoweit wenigstens, als dessen Streben sich mit dem ihrigen in Einklang befand, das Streben nach Mehrung und Stärkung der Allianz. Der mainzer Hof suchte eine Anlehnung an die mehr nach dem niederen Deutschland gravitirenden protestantischen Häuser Hessen und Braunschweig, wohingegen der Pfalzgraf in seinen Beklemmungen vor Schweden und Brandenburg im oberen Deutschland nach Bayern und Salzburg hinhorchte und von dort das Heil erwartete. An dem Beikommen Württembergs wurden bald Zweifel rege.[3]

---

[1] Zu erwähnen ist noch aus diesem Nebenmemorial der Vorschlag, die Stadt Köln, worin die schwedischen Werber die besten Völker an sich zögen, von der gesamten Alliirten wegen zum Beitritt zu erinnern, desgleichen dem Kaiser gebührende Nachricht von diesem allen zu geben.

[2] Kekreditiv für ihn vom 9. Januar 1656. Original Düsseldorf. In den Akten findet sich leider kein Bericht vor.

[3] Der Pfalzgraf an den Bischof von Münster am 27. December 1655: Zwar an Salzburg, Bamberg und Eichstädt zweifeln wir schier nit, aber weil unlängst der

Auf des Kurfürsten von Köln Erklärung wegen der Zulassung Kur-Bayerns wartete unterdessen zu seiner großen Beunruhigung der Pfalzgraf bis in den Beginn des neuen Jahres 1656. Durch Leers suchte er bei Mainz um einen Druck auf den Zaudernden nach. Endlich langte die Botschaft von Bonn ein, war aber nicht völlig nach dem Sinne des Pfalzgrafen. Max Heinrich, durch den auf Boineburg eifersüchtigen Fürstenberg beeinflußt, hatte allerhand Einwendungen in's Feld zu führen, „woraus etlichermaßen abzunehmen, daß Kur-Kölns Ld. mehr Aufenthalt als Beförderung in diesem Werk gesucht.“[1]

Auch das Gesamteinladungsschreiben der Alliirten an Kur-Bayern war um die Mitte des Januar noch nicht in der Hand des Pfalzgrafen, der die Beförderung nach München übernommen. Auch in Würzburg fing man an, hierüber beunruhigt zu werden. Man beschloß daselbst, ein zweites Exemplar zirkuliren zu lassen, welches auch am 12. Januar 1656 auf den Weg geschickt wurde.[2]

Aber gerade am nämlichen Tage schon hatte endlich Max Heinrich jenes Schriftstück an den Bischof Christoph Bernard befördert,[3] der es am 14. Januar gleich dem Pfalzgrafen zustellte. Am 26. Januar war es auf dem Wege nach München.[4]

Philipp Wilhelm von Neuburg versah sich wohl des besten Erfolges

---

von Heidelberg mit dem von Ansbach und Durlach sich bei Württemberg eingefunden und darauf ausgekommen, daß dieser durch seiner Vettern einen für Schweden in seinem Land Werbungen führen lasse, dergleichen auch im Ansbach-, Kulmbach-, Ulm-, Nördling- und Nürnbergischen, nit weniger durch einen v. Hollach (Hohenlohe) im Fränkischen vorgehen sollen, so wissen wir nit, ob bei Württemberg ein andres, und zwar wie jüngst gemeldet, zu hoffen sein werde. Gleichwohl wird zu guter Nachricht dienen, ab seiner Intention informirt zu werden, dahin man dann aller Möglichkeit nach trachten wird. — Original in Münster. — Siehe auch Württemberg betr. bei Köcher a. a. O. S. 219, nach Sattler IX, § 105.

[1] Der Pfalzgraf an Leers am 3. Januar 1656. — Original in Düsseldorf. — Was dem Pfalzgrafen so sehr mißfiel, läßt sich nicht bestimmen, da die Erklärung Kur-Kölns in den Akten sich nicht ermitteln ließ.

[2] Boineburg an den Pfalzgrafen am 10. Januar 1656: Ich meinesorts finde die langwierige Außenbleibung des an Kur-Bayern schon vorlängst vergriffenen Gesamtschreibens sehr betrüblich und zeitverderblich. Deswegen man im Werk, dessen ein Duplikat mit nächstem abgehen und diesfalls angelegene Erinnerung thun zu lassen. Wo, warum und wie es in's Stocken gerathen, weiß Gott am besten. Mittelst sind die Gedanken doch zollfrei und giebt ihnen das von Kur-Köln an E. D. ergangene Schreiben ein ziemliches Aliment. Und am 12. Januar: Das Duplikat an Kur-Bayern geht itzt wieder fort. Hängt's und steckt's zu Bonn, hoffe ich, wird's also ja los werden. Wir wollen an uns zum Zeitgewinn nichts ermangeln lassen. — Originale in Düsseldorf.

[3] Anschreiben vom 12. Januar 1656. — Original in Münster.

[4] Der Pfalzgraf an den Bischof von Münster am 26. Januar. — Münster.

um so eher, als zwischen ihm und dem Kurfürsten Ferdinand Maria seit jenem münchener Besuche ein vertrauter Briefwechsel sich angesponnen hatte, der nur Gutes in Aussicht zu stellen schien.[1] Aber eine Enttäuschung brachte die am 12. Februar schon einlangende Antwort des Kurfürsten. Statt der verhofften unbedingten Zustimmung erfolgte eine verklausulirte, unverbindliche Erklärung. Der Pfalzgraf, welcher sich darein nicht zu finden vermochte, sandte noch am selben Tage Leers zum zweiten Male an den Kurfürsten von Mainz, um über die veränderte Sachlage Raths zu erholen.[2]

Ferdinand Maria's Erklärung gipfelte in dem Vorschlage, in Frankfurt eine Konferenz zusammentreten zu lassen, welche über seinen Beitritt die Bedingungen abhandeln und feststellen sollte. Mit Fug und Recht konnte man dies als eine mehr hindernde als fördernde Maßnahme auffassen. Aus Anschreiben des Kurfürsten wie des Grafen Kurtz an den Pfalzgrafen ergab sich zugleich, daß man in München mehr auf eine gemeine Reichsverfassung, als schlechtweg auf Annahme der Partikulareinungen von 1651 und 1654 zielte, ja ausdrücklich — die Herbeiziehung protestantischer Reichsstände, speziell Kur-Sachsens und des Hauses Braunschweig-Lüneburg, für wünschenswerth erachtete; letzteres jedenfalls, wie vermuthlich die anderen Vorschläge auch, ein Scheinmanöver, um die Abneigung gegen den Beitritt zur rheinischen Liga vorerst noch zu verschleiern.

Man hatte wohl kaum zu München eine Ahnung von den bereits schwebenden, damals noch sehr geheim gehaltenen Unterhandlungen Boineburgs mit den Protestanten. Sonst hätte Graf Kurtz den Vorschlag, mit denen anzubahnen, wohl nicht gemacht: denn gerade hieran sollte nach seinem Plane bei der ihm bekannten Gesinnung des Pfalzgrafen von Neuburg, die er auch bei den anderen Ligisten ohne Ausnahme voraussetzte, das ganze Werk scheitern. Man darf wohl überzeugt sein, daß man sich in München auch nicht einen einzigen Augenblick ernstlich der Absicht hingegeben hat, die Allianz so anzunehmen, wie sie vom Pfalzgrafen und seinen Verbündeten begründet worden war. Auch fehlte die volle Gemeinsamkeit der Interessen. Und schon die Verquickung mit der Frage der Kaiserwahl, welche der Pfalzgraf gleich von vornherein

---

[1] Leider nicht bei den Akten; die Thatsache wird durch mehrere Bemerkungen des Pfalzgrafen an anderen Stellen verbürgt.

[2] Instruktion für Leers vom 12. Februar. Original in Düsseldorf. Das Schreiben des Kurfürsten von Bayern vermisse ich leider in den Akten. Leers bekam es im Original mit nach Würzburg. Es wird sich in der Mainzer Kanzlei verzettelt haben. Nur aus der Leers'schen Instruktion und anderen Angaben vermag man ungefähr seinen Inhalt abzunehmen.

aufgedeckt hatte, war geeignet, den Kurfürsten von Bayern eher abzuschrecken als anzulocken. Diese Spekulation war eine verfehlte gewesen. Der Kurfürst Ferdinand Maria war mit nichten „weder österreichisch noch französisch," sondern durchaus österreichisch gesinnt. Tradition, Familienbeziehungen und wohl auch persönliche Neigung wiesen ihn auf diesen Weg. Der Sohn eines Maximilian I., der dem Hause Habsburg und der engen Verbindung mit demselben die Kurwürde verdankte, und einer Tochter des Kaisers Ferdinand II.[1] konnte nicht anders, als ein treuer Anhänger des Hauses Oesterreich sein. Und, selbst wenn man mit allen diesen Beziehungen hätte brechen wollen, um den zweifelhaften Glanz der Kaiserkrone zu erhaschen, so brauchte man — und so verständig war man denn doch am bayrischen Hofe, sich darüber klar zu werden — zur Behauptung dieser Würde weit reichere Geldmittel, als die man eben zur Verfügung hatte. Auch fehlte wohl überhaupt die Neigung, aus der beschaulichen Stille, deren man eben erst wieder nach den bewegten Zeiten des großen Krieges sich zu erfreuen begann, sich in die Wirrsale einer gefährlichen Politik als Spielball Frankreichs werfen zu lassen. Denn auf dessen Initiative ist denn doch das ganze Projekt mit Bayern zurückzuführen. Aber auch dieser Macht Bemühungen in dieser Richtung haben ihres Zieles verfehlt.

Hätte der Pfalzgraf nicht in so unvorsichtiger Weise Allianz und Kaiserwahl nebeneinandergestellt, wäre vielleicht der bayrische Hof bereitwilliger der Einladung der Ligisten näher getreten. So aber sah Philipp Wilhelm sich einigermaßen desavouirt. In seiner Verlegenheit ließ er denn abermals durch Leers dem Kurfürsten von Mainz vortragen:

Der König von Schweden, nachdem er jetzt mit dem Kurfürsten von Brandenburg verglichen sei und dessen meiste Völker an sich gebracht habe, sei mit Preußen und Polen soweit fertig, daß fast nichts mehr übrig als die einzige Stadt Danzig, welche sich auch wohl bald werde ergeben müssen. Auf den Beistand der Kosacken und Tartaren könne der König von Polen sich nicht verlassen. Es würden demnach noch vor Beginn des künftigen Feldzuges die Schweden in solcher Positur stehen, daß sie, was ihnen in Polen gerathen, auch in Deutschland versuchen und vollziehen könnten. Besonders bei freier Verfügung über die Macht der Unkatholischen, während sie die Katholischen ohne Verfassung, Einigkeit, Rath und Macht finden würden. Deshalb sei die von Bayern vorgeschlagene Konferenz zu befördern und bei den Alliirten hierin alle Nothdurft zu veranlassen. Allerdings erscheine ihm die

[1] de Lumbres an Brienne am 10. Febr. 1656 sagt von der Kurfürstin Wittwe Maria Anna: elle aime sa maison plus que celle de son fils. U. A. II, S. 80.

bayrische „tepidetta“ bedenklich, da man doch, wie die bereits mitgetheilten Handbriefe des Kurfürsten bewiesen, vorher die Aufnahme in die Allianz geradezu verlangt habe. Bedenklich sei ferner die Hinneigung zu einer gemeinen Reichsverfassung; es müsse doch auch den Bayern unverborgen sein, „daß man seit dem eingerissenen lutheranismo zwar viel davon geschrieben und gehandelt, nie aber einigen Effekt verspüret, immaßen auch, wie die Erfahrung auf Reichs- und Kreistagen bisher genugsam bezeuget, nit allein die Religionsdisparität sondern auch die große einander zuwiderlaufende Respekt und Interessi nit zulassen, daß so viele Köpfe unter einen Hut gebracht werden mögen, man auch bei dem nächsten zu Essen gehabten westphälischen Kreistage genugsam abnehmen können, wohin die Unkatholischen mit Suchung der Parität in geist- und weltlichen Sachen zielen,[1] daß sie nämlich unter diesem Prätext überall das Direktorium führen und die Katholischen gar unter die Füße bringen wollen.“ Die bayrischen dilatoria pro exclusiva möchten wohl dahin aufzunehmen sein, daß ihnen dort die Lust zur Miteintretung allerdings vergangen sei, „daher auch J. Dhl. (der Pfalzgraf), weil sie verspürt, daß sie mit ihren rationibus Bayern mehr zurück als vor sich gebracht, mit ferneren Zuschreiben bis auf Ihrer K. G. (von Mainz) erfolgende Erinnerung innezuhalten rathsam ermessen.“ Dem Kurfürsten von Bayern seien durch Mainz diese Inkonvenientien beweglich vorzustellen und derselbe zu ermahnen, seine Gesandten dergestalt zu instruiren, daß sie mit den Gesandten der Alliirten allein berathschlagen, was das Interesse ihrer Erhaltung erfordere und wer etwa noch möchte mit einzunehmen sein.

Uebrigens gebe es nach wie vor nichts empfehlenswertheres, als die Schickung nach Frankreich und in zweiter Linie die Verdoppelung der Bundesvölker, letztere Maßregel auch ohne auf Bayerns Zutritt zu warten. Jedoch dürften die Verhandlungen mit ihm keinesfalls ruhen. „Sollte es aber — schon weiß sich Philipp Wilhelm zu trösten — dazu nicht zu bewegen sein, müßte man es dahingestellt sein lassen und gedenken, daß mit dessen Einnehmung den Alliirten zwar der pfälzischen Prätension halber große invidia und Feindschaft zweifelsfrei zugezogen, dieselben aber in beständiger Unsicherheit und Furcht verbleiben würden, ob Bayern, wenn man dessen Völker vonnöthen, sich, daß er deren selbst bedürftig, nit entschuldigen oder wohl gar, wie in vorigem Krieg dessen Bundgenossen mit höchstem Schaden erfahren, unversehens und wenn man der Hülfe zum meisten vonnöthen, selbige wieder abfordern würde,

[1] Diese Verdrehung der Thatsachen dürfte für die Methode des Pfalzgrafen charakteristisch sein.

der weiten Entlegenheit (zu geschweigen) und daß S. K. D., wenn sie von den Alliirten ferner nit requirirt und auf dieselben sich nit zu verlassen, er sich selbst desto mehr angreifen und ihre Land und Leute verwahren oder zu den Alliirten mit mehrerem derselben Vortheil treten müssen."

Und eigenhändig setzte der Pfalzgraf noch der Instruktion zu: „Und ist nit zu zweifeln, wann nur die Alliirten recht zur Sachen thun, sie ohne Bayern noch wohl in solcher Konsideration stehen werden, daß sie bei Frankreich oder wo man's sonst gesinnen wird noch wohl den intendirenden scopum erlangen und alsdann Bayern froh sein werde, die Beitretung noch bei ihnen zu suchen." Kur-Köln werde zwar ver- vermuthlich „die bayrischen consilia approbiren." Da solle denn wenigstens der Kurfürst von Mainz die neuburgischen Bemühungen unterstützen und mitwirken, daß man Trier und Münster auch dazu bringe. Schließlich die dringende Bitte, den Pfalzgrafen nicht, wie vordem geschehen, von den Konferenzen, die man mit Bayern etwa zu Frankfurt antreten würde, auszuschließen.

Am 17. Februar traf Leers in Würzburg ein, gegen 6 Uhr Abends schon erhielt er eine Audienz beim Kurfürsten, welcher nach dem obigen Vortrage und Kenntnißnahme der überbrachten Schriftstücke sich sehr bestürzt und erregt zeigte, deshalb auch nicht sofort eine Erklärung abgab.[1] Am nächsten Morgen erschien der Freiherr v. Boineburg bei dem neuburgischen Gesandten, mit dem es eine weitläufige Auseinandersetzung gab, über die wir leider des näheren nichts erfahren, die aber mit der Erklärung des Mainzers endete, daß die von Bayern vorgeschlagene Konferenz[2] nicht dienlich erscheine. Aber auch die beiden Vorschläge des Pfalzgrafen selbst, wegen der Schickung nach Frankreich und der Verdoppelung der Allianzvölker fanden bei den Mainzern keinen Beifall,[3] „der erste wegen des bewußten Zurückhaltes (etwa kölnischer- und trierischerseits?) und der letztere, weil man's nicht für zeitgemäß hält." Leers nahm auch bald wahr, daß er nicht hart darauf dringen dürfe, „damit man sich hoc rerum statu und sonderlich bei der bayrischen Renitenz und daß die darauf gemachte Hoffnung zerronnen, die Sache nit leid lasse werden." Immerhin währte der Aufenthalt des Leers in Würzburg noch mehrere Tage und werden diese Punkte und

---

[1] Kurzer Bericht des Leers vom 19. Februar 1656. — Düsseldorf.

[2] Leers schreibt „die in Passau vorgeschlagene Konferenz"; etwa ein Schreibfehler für Frankfurt; oder schlug Bayern wirklich das entlegene Passau vor? Dies wäre noch auffälliger gewesen.

[3] Die chimärischen Pläne wegen Beschickung des Papstes und Beeinflussung der italienischen Rangmächte durch denselben zu gunsten der Katholiken Deutschlands scheint der Pfalzgraf schon damals ganz wieder fallen gelassen zu haben.

Andres mehr in dieser Zeit noch zwischen den beiderseitigen Diplomaten zur Genüge erörtert worden sein.[1] Da Leers mündlich berichtete, bleiben wir auch hierüber im Dunkel.

Und der kur-bayerische Hof? Der Kurfürst hatte nach Eintreffen des Einladungsschreibens der Alliirten nichts eiligeres zu thun gehabt, als dem Kaiser von allem vertrauliche Mittheilung zu machen,[2] unter gleichzeitiger Eröffnung seiner Ansicht, daß man hieraus vielleicht eine Gesamtreichsverfassung, mit welchem Gedanken sich ja schon der letzte Reichstag ohne Ergebniß beschäftigt hatte, zuwege bringen könnte. Der Kaiser faßte diese Ansicht dahin auf, als ob der Kurfürst meine, daß man die Angelegenheit vor die Reichsdeputation in Frankfurt bringen solle. Er äußerte daher in seiner Antwort vom 22. Februar, daß es bisher seine Bedenken gehabt und noch habe, jener Versammlung derartiges zu unterbreiten — man war sich in Wien eben allzusehr des gegenseitigen Abneigungsverhältnisses zu den protestantischen Reichsständen bewußt und keineswegs aller katholischen sicher — und stellte dem Kurfürsten die Erwägung anheim, ob nicht solches Werk zur Zeit allein unter den bereits im Bunde stehenden Ligisten in der Enge zu vergleichen, auch forderte er ihn zu einem Gutachten darüber auf, ob solches zu Frankfurt, ohne Argwohn bei den protestantischen Ständen zu erregen, geschehen, oder auf welchem anderen Wege es zu bewerkstelligen sein möchte.[3]

Der Kurfürst drückte in einem zweiten Schreiben vom 11. März seine Ansicht schärfer und bestimmter aus. Er habe nur gemeint, daß dies schwerwichtige Werk durch etliche wenige Reichsstände nicht zu erheben, sondern nur mehr Ungelegenheit und Gefahr daraus zu besorgen sein werde. Doch habe er damit nicht sagen wollen, daß man die Sache eben gleich vor das Plenum der Reichsdeputirten sollte gelangen lassen, weil dies, wie richtig erwähnt, bei den augenblicklichen Konjunkturen viele und schwere Bedenken hätte, sondern er halte es vielmehr seinerseits für räthlich und nothwendig, daß man sich zu Frankfurt in der Enge unterrede, wie etwa das Werk anzugreifen und mehr andre Stände zu diesem gemeinen Defensionswesen zu bringen seien. In solchem Sinne sei auch sein Antwortschreiben an die Alliirten auf deren Einladung gehalten. Hieran knüpft sich dann der Vorschlag, die kaiserlichen Kommissarien in Frankfurt zu beauftragen, das Defensionswerk vorerst noch unter den katholischen Ständen allein und besonders den

[1] Rekreditiv für Leers vom 25. Februar 1656. — Düsseldorf.

[2] Am 4. Februar, wie aus einem zweiten Schreiben desselben an den Kaiser vom 11. März hervorgeht.

[3] Ersichtlich gleichfalls aus dem erwähnten Schreiben vom 11. März. — Kopie in Münster.

bereits untereinander verbündeten Ständen in's Werk zu richten. Man werde dann sehen können, was für Rechnung auf andre, auch wohl protestantische Stände und auf welche eine solche zu machen sein werde. Zu Frankfurt würden diese vertraulichen Konferenzen am ehesten, ohne Aufsehen bei den Protestanten zu erwecken, zu veranstalten sein. Die dort weilenden bayrischen Räthe seien bereits auf alle Fälle mit Instruktionen versehen.

Nach Empfang jener ersten Anzeige des Kurfürsten von Bayern hatte der Kaiser aber auch in der irrigen Auffassung, daß Jener die Angelegenheit vor die Reichsdeputation gebracht wissen wolle, mit bemerkenswerther Eile an den Kurfürsten von Mainz geschrieben[1] und dessen Gutachten darüber eingefordert, ob sich diese Sache werde vor die Reichsdeputirten bringen oder mit den Bevollmächtigten der bereits Alliirten allein abhandeln lassen, oder, wenn beides zur Zeit in Frankfurt nicht angehe, was für andre Wege zu ergreifen, damit „diese Armatur zur allgemeinen Sicherheit weiter mit ihm dem Kaiser als Oberhaupt, dem Kurfürsten von Bayern und den Anderen zuwege gebracht und gleichwohl alles Mißtrauen bei den evangelischen Ständen verhütet werden könne."

Der Kaiser also drängte sich, den Alliirten wohl ganz unvermuthet hier zur Verfassung, aber wohl schwerlich in der ernsten Absicht, wirklich beizutreten, sondern, wie leicht anzunehmen, nur, um von dem Augenblicke an, wo man derselben einen größeren Umfang als bisher, im vorliegenden Falle durch den Beitritt Bayerns, zu geben bemüht sein würde, seine Hand mit im Spiele zu halten, am Ende gar, um eine derartige Verbindung und wenn möglich das ganze Werk zu hintertreiben.

Am mainzer Hofe, wo, wie man sah, bereits eine leise Strömung wider das Haus Oesterreich sich bemerkbar zu machen begonnen hatte, war man von der durch die Indiskretion Bayerns hervorgerufenen neuen Perspektive wenig erbaut. Die Antwort Johann Philipps vom 15. März an den Kaiser war eine höflich ausweichende Erklärung: Ob rathsam sei, dieser Verfassung halber dem Vorschlag Bayerns nach bei den gesamten deputirten Ständen zu Frankfurt etwas zu verhandeln oder auch daselbst mit den Gesandten der bereits Unirten in Berathung zu treten, müsse er aus den dem Kaiser selbst zu Gemüth gehenden und von ihm dem Kurfürsten von Bayern bereits vorgestellten Motiven seinerseits selbst verneinen, ja es für gefährlich erachten, weil, „wenn die Sache daselbst indifferenter und collegialiter in Handlung gebracht

[1] Auch am 22. Februar. Siehe die Antwort des Kurfürsten Johann Philipp vom 15. März.

werden sollte, hierauf wegen der verschiedenen vielfältigen Interessen und Meinungen darüber kein beständiger Schluß zu hoffen ist, sondern auch bei der bereits in Verfassung begriffenen Stände Gesandten zu Frankfurt das Werk dergestalt und in solcher Enge und Geheim nit abgehandelt werden kann, daß die Protestirenden davon nicht Nachricht bekommen, solches apprehendiren und Ursach nehmen werden, sich auch absonderlich zusammenzuthun, mit einander enger zu verbinden und sich von den Katholischen zu trennen und zu theilen, da doch hiegegen in allewege nöthig, auch dem Friedenschluß und Reichskonstitutionen ähnlich sein will, ermeldte Protestirende, so sie wollen, mit beizubehalten und mit gesamter Hand und Macht sich bei dem erworbenen deutschen Frieden zu schützen und handzuhaben; zu solchem End denn auch allbereits die Nachricht erlangt, daß einige protestirende vornehme fürstliche Häuser, absonderlich aber Braunschweig und Hessen, einfolgendlich auch die mit denselben verbundenen Fürsten- und Bisthümer Bremen, Paderborn und Verden mit herbeitreten möchten." Er stellt schließlich eine Zusammenkunft der Interessenten in ganz allgemeinen zu nichts verbindenden Worten in Aussicht. Im Grunde genommen also eine Ablehnung. Denn, wenn dem Kaiser, der doch eben im Osten keinen gefährlicheren Feind zu fürchten hatte, als die das ihm benachbarte polnische Reich so hart bedrängende protestantische Krone Schweden, die Mitbeitretung zu einer Allianz mit der Aussicht gleichsam zugebilligt wird, mit derselben Krone (als Besitzerin der Stifter Bremen und Verden; man beachte auch die Trennung beider Namen in dem Schreiben!) zugleich eingenommen zu werden, so kann wohl kaum ein größerer Affront gedacht werden. Einer Aufmunterung kam es wenigstens nicht gleich. Wahrlich, wie tief mußte das Ansehen eines Kaisers gesunken sein, welchem sein Erzkanzler derartiges zu bieten wagen konnte!

Einen fast rührenden Eindruck macht unter diesen Umständen ein weiteres Schreiben des Kaisers[1] an den Mainzer, worin er denselben über sein Mißverstehen des kur-bayrischen Schreibens aufklärt und freundgnädiglich ersucht, seine Räthe in Frankfurt anzuweisen, mit dem gleichfalls dahin instruirten kaiserlichen Kommissar Volmar alle vertrauliche Kommunikation pflegen zu wollen.

Jene Deklaration vom 15. März aber beantwortete der Kaiser acht Tage später[2] dahin: Wie aus seinem Schreiben vom 21. schon hervorgehe, lasse er auf Ersuchen des Kurfürsten von Bayern sich belieben,

---

[1] Vom 21. März, wo also dieser famose Bescheid des Kurfürsten noch kaum in seiner Hand sein konnte. — Kopie in Münster.

[2] Am 28. März. — Kopie in Münster.

von der geplanten Vereinigung mit den Deputirten der Verbündeten „sigillatim etwas handeln und einen Anwurf thun zu lassen." Volmar sei angewiesen, über den modus tractandi mit den dortigen bayrischen und mainzischen Gesandten sich zu benehmen und im voraus zu vergleichen, ehe das Werk noch an die Gesandten der anderen Signatarmächte der Allianz gebracht würde.

Nichts weiter als ein diplomatischer Gegenzug. Statt mit der einem Kaiser wohl gebührenden Würde den Kurfürsten von der mit sichtlicher Unverzagtheit angekündigten Anbahnung mit der Schwedenmacht abzumahnen, vermeidet er diesen heiklen Punkt durchaus und schlägt statt dessen geheime Konferenzen mit seinem Bevollmächtigten und Bayern vor, unter ausdrücklicher Betonung des Ausschlusses der bisherigen Allianzgenossen, den Pfalzgrafen, der den Anstoß gegeben, selbst nicht ausgenommen, natürlich nur zu dem Zwecke, Mißtrauen und Argwohn bei diesen zu erwecken und so den ihm unbequemen rheinischen Bund zu sprengen, den halb mit Abfall drohenden Kurerzkanzler, wenn auch wider Willen, an sich zu ketten wie den Kurfürsten von Bayern. Ein feiner Plan, den jedoch der in den Irrgängen der Diplomatie so wohl bewanderte Kirchenfürst und sein Boineburg wohl durchschauten. Volmar selbst war dann auch nicht der Mann, um das Spiel zugunsten seines kaiserlichen Herrn zu lenken. Mit möglichstem Ungeschick deckte er gleich von vornherein seine Karten auf. Er hatte dem Dr. Oechsle kur-bayrischem Deputirten zu Frankfurt, anknüpfend an die gleichzeitig bei der Reichsdeputation verhandelte Frage wegen des puncti securitatis publicae, der Reichsvertheidigung im Allgemeinen, zu verstehen gegeben, man würde von gemeiner Beruhigung und Sicherheit hier in Frankfurt nichts fruchtbares verhandeln können, sondern er erachte es für diensam und nöthig, daß die katholischen Kurfürsten und andre vermögendste Fürsten nach dem kaiserlichen Hof unvermerkt abordneten und dort über eine beständige Verfassung traktiren ließen. Er hatte dabei das Unglück, daß Oechsle mit gleichem Ungeschick dies sofort dem kur-kölnischen Deputirten Aldenhoven überbrachte, der das Spiel durchschaute. Es entging demselben keineswegs, daß dieser Vorschlag dahin ziele, daß hierdurch die Partikularverfassung der rheinischen Ligisten in's Stocken gerathen und die kaiserlichen das Kommando erlangen möchten.[1] Zu letzterem trug man nun seitens der Alliirten keineswegs Neigung. Selbst dem Trierer, der noch am meisten die kaiserliche Partei vertreten hat, wie aus späteren Ereignissen hervorgeht, wohnte wohl wenig Lust inne

[1] Relation des Dr. Aldenhoven an den Kurfürsten von Köln vom 23. März 1656. — Düsseldorfer Archiv.

nach einer Leitung des Bundes durch das Haus Oesterreich. Und in dieser Abneigung begegneten sich selbst Boineburg und Fürstenberg, damals noch als Nebenbuhler in Verstimmung sich gegenüberstehend.[1]

Seinen Verbündeten gegenüber behandelte der Kurfürst von Mainz die kaiserlichen Anträge durchaus geschäftsmäßig, indem er sie von der Sachlage in Kenntniß setzte unter abschriftlicher Mittheilung der einschlägigen Korrespondenz. Er erbat sich Gutachten, um danach Volmar und den bayrischen Geschäftsträger zu bescheiden.[2]

Welche Erklärungen hierauf von Köln und Trier erfolgten, wissen wir nicht. Christoph Bernard von Münster schien der ganzen Angelegenheit nicht abgeneigt zu sein. Man werde, so meinte er,[3] in Frankfurt Volmar und dem bayrischen Gesandten von der Union umständliche Nachricht geben und ihr Anbringen vernehmen müssen, den letzteren namentlich darüber, ob der Kurfürst unter den gleichen Bedingungen wie die andren Vertragsmächte beizutreten geneigt sei. Solchenfalls sei er dann aufzunehmen, neue Verhandlungen seien jedoch zur Abwendung von Verwirrungen zu vermeiden.

Anders der Pfalzgraf. Ihm verursachte die durch ihn selbst geschaffene Situation Pein. Zum dritten Male sandte er Leers an den kur-mainzischen Hof.

Merkwürdige Dinge waren es, welche gerade in jenen Tagen sich vorbereiteten und die Annäherung der Mainzer und des Neuburgers immer intimer gestalteten, Dinge, von denen wir nur durch aphoristische Notizen in den Akten eine Ahnung empfangen; denn das meiste wurde

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen am 2. April 1656: Wenn Caesar zu den Vereinigten treten will, wird ihm ratione directorii nichts neues, als was E. D. und Andern ex pacto foedere zukömmt, können gemacht werden. Sapienti sat. — Archiv in Düsseldorf. Desgleichen am 8. April: Herr Volmar und Fürstenberg hetzen aus einem Stück wider unsere Allianz. — Trotzdem vermag ich keinen Beleg sonst für ein Einverständniß dieser letzteren Beiden zu entdecken. Boineburg hatte Kenntniß von der Scheelsucht Fürstenbergs gegen ihn und beehrte ihn dafür seinerseits mit Mißtrauen, welches Nahrung erhielt durch das Widerstreben Kur-Kölns nicht sowohl gegen jene Zulassung Bayerns als vielmehr gegen den von Boineburg so eifrig verfolgten Plan der Beibringung der Häuser Hessen und Braunschweig, wogegen auch Kur-Trier sich ablehnend verhielt. Boineburg schreibt dem Pfalzgrafen am 9. April: „Fürstenberg sucht zu Köln allerhand Unrath. Soll ihm hoffentlich doch nit angehen." Und unmittelbar darauf in Beziehung auf das Projekt mit den protestantischen Häusern: „Wie bekommen wir doch ein sicher Mittel, cum fructu mit Trier und Köln zu konferiren, quoties communia ejusmodi implicamenta et imitamina incidunt?" — Düsseldorf.

[2] Schreiben aus Anfang April (Tagesdatum unausgefüllt) an den Bischof von Münster und den Pfalzgrafen, gleichlautend. — Münster und Düsseldorf.

[3] Schreiben vom 20. April. — Münster.

mündlich verhandelt. Nur die französischen Archive dürften geeignet sein, hierüber genügendes Licht zu verbreiten.

Am 19. März war eine gewisse hohe Person, vermuthlich der Landgraf Georg Christian von Homburg, ein Werkzeug in der Hand des Kardinals Mazarin, zu Würzburg eingetroffen, wo er mit Boineburg mehrere Stunden konferirte und sich mit ihm über gewisse Hauptpunkte eines gewissen Unternehmens zur Genüge einigte.[1]

Es hat sich allem Anschein nach hierbei um das Projekt der Uebertragung der Kaiserkrone im Erledigungsfalle auf den Kurfürsten von Bayern gehandelt; eine Idee Mazarins, über welche der Pfalzgraf längst informirt war. Wir erinnern uns dessen, was er über eine Schickung nach Frankreich hatte durch Leers anbringen lassen,[2] vermuthlich doch wohl auf ein Einverständniß mit den Franzosen hin. Mazarin ließ in jenen Tagen an allen Ecken und Enden bei den deutschen Ständen um nähere Verbindung mit ihnen werben.[3] Alles in feindseliger Tendenz gegen das ihm verhaßte Haus Oesterreich. Der Gedanke eines Anschlusses an die rheinische Allianz drängte sich ihm wohl ganz natürlicherweise auf. Hier war ein Kern zu einer Liga im Sinne Mazarins vorhanden. Ja, eine Spekulation auf die Kurstimmen der drei Geistlichen war ein zu verlockender Gedanke, um ihn nicht mit Feuereifer zu erfassen. Mit ihnen im Bunde, war man dieser Stimmen sicher. Brandenburg und Kur-Pfalz hoffte man auch zu gewinnen, Bayern sollte durch Ehrgeiz geködert werden. Dem Einflusse des Hauses Habsburg war damit in Deutschland ein Ziel gesetzt und Frankreich sein Erbe. Oesterreich machte dem Kardinal die Umtriebe zur Verwirklichung dieses Planes nur zu leicht, da es durch seine Rüstungen zugunsten der Krone Spanien alle deutschen Stände in Besorgniß und Unwillen versetzte und so den Zettelungen Mazarins einen günstigen Boden bereitete.

Denn gerade hier setzte der schlaue Italiener seinen Hebel ein. Um über diese Rüstungen, die dem mit Spanien noch immer in hart-

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen. Original in Düsseldorf. Darin auch die Bemerkung: Die summa und das fastigium aller besoignes stehet auf der projektirten liaison, so auf'n Frieden praecise fundirt sei. Dies wird der Stab und die Brücke sein, bona et efficaci methodo der Sache zu helfen und woran und über welche die perventio ad metam capitalem beschehen muß.

[2] Am 3. Januar 1656 schrieb er an den in Würzburg anwesenden Leers u. A.: Wegen Frankreich ist der Paß also eingerichtet, daß hoffentlich des Herrn Kurfürsten (von Mainz) Lbd. bei demjenigen, was dieserthalben in Eurer Instruktion begriffen (die Schickung nach Frankreich betreffend) desto weniger Bedenken haben werden.

[3] Vgl. z. B. die Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Brandenburg. U. A., II, S. 82 u. 83.

näckigem Kampfe liegenden Frankreich natürlich höchst lästig und selbst gefährlich fielen, Klage zu erheben, sandte er hintereinander den Baron v. Vignacourt und den gewandten Diplomaten Gravel, wohl den vertrautesten Kenner der deutschen Zustände unter den damaligen französischen Staatsmännern an die Höfe der deutschen Kurfürsten.[1]

Von diesem Augenblicke an darf Johann Philipp von Mainz, vom Pfalzgrafen bereits vorher eingeweiht, als für die Pläne Frankreichs gewonnen betrachtet werden.

In alle diese Machinationen paßte nun herzlich schlecht die neue Sachlage, welche der Kurfürst von Bayern durch seine Indiskretionen dem Kaiser gegenüber geschaffen hatte. In der größten Verlegenheit befand sich dabei der Pfalzgraf. Leers, zum dritten Male nach Würzburg gesandt, mußte dort in seinem Namen folgenden längeren Erguß anbringen:[2]

Der Pfalzgraf trage zwar kein Bedenken, sich mit dem Kaiser in ein Bündniß einzulassen, ja er finde dessen Zutritt sogar für gut und nützlich. Es müsse derselbe aber mit guter Manier und zu rechter Zeit erfolgen. Wie dem Kurfürsten bekannt, habe die Krone Frankreich sich anerboten, zur Allianz zu treten, man erwarte ihre Erklärung nunmehr täglich. Wenn man nun ohne deren Vorwissen mit dem Hause Oesterreich ein Bündniß schließen würde, so müßte sie „eine große gelosia schöpfen und es vor einen rebuffo aufnehmen." Frankreich würde glauben, daß die katholischen Stände Deutschlands sich von neuem mit dem Hause Habsburg einlassen und aus demselben einen römischen König nehmen würden, was ja von ihm (Frankreich) auf jede Weise zu verhindern getrachtet werde. Wenn dies nun durch keinen andern Weg zu erlangen, so werde es sich von neuem und fester als je mit der Krone Schweden verbinden und schließlich mit deren Zuthun auch die Katholischen feindlich überfallen, während man andernfalls, wenn man

---

[1] Der braunschweigische Deputirte Heyland bemerkt in seinem Diarium unter dem 29. April (9. Mai) 1656: Mehl (kur-mainzischer Deputirter) brachte als neu mit, daß bei S. K. G. zu Mainz sowohl Mr. Vinangourt als auch Mr. Gravell beide im Namen des Königs von Frankreich nach einander gewesen und sich gar sehr beklagt haben, daß das Haus Oesterreich und Kaiserliche Majestät dem instrumento pacis in viele Wege zuwider thäten, sonderlich jetzt, da dem König von Spanien so viel Regimenter sollten überlassen werden. Begehrten, daß solches möchte unterbrochen werden oder der König würde auch wieder zu Thätlichkeiten schreiten und das instrumentum pacis auf die Seite setzen. Gleichmäßige Proposition lege jetzt Vinangourt zu München auch ab und werde Gravell sich nach Frankfurt begeben, um gleichmäßige Proposition an sämtliche Deputirte zu thun, ob dadurch die Ueberlassung der Regimenter könnte unterbrochen werden. — St.-A. Hannover.

[2] Instruktion vom 16. April 1656. — Konzept in Düsseldorf.

Frankreich nicht beleidige, hoffen könne, daß es sich von Schweden trennen werde. Die Krone Frankreich habe im letzten Kriege nicht Deutschland, sondern das Haus Oesterreich verfolgt. Deutschland selbst habe vor dem Ausbruch der Zwietracht zwischen diesen beiden mit Frankreich wenig oder gar keine Kriege gehabt. Unverantwortlich wäre es, wenn man nicht vor allem auf Erhaltung des Vaterlandes gedenken sollte. Hierbei sei auch die katholische Kirche auf's höchste interessirt, die sich „aller menschlichen Apparenz nach" dann noch durch Austilgung der Ketzerei erweitern würde, „wenn nur die ratio status, welche Frankreich bisher und von Anfang derselben (der Ketzerei) zu deren Manutenenz obligirt, von der Wurzel aus aufgehebt werden könnte, daran dann Ihrer D. Dafürhaltens nicht zu zweifeln, im Fall die katholischen Kur- und Fürsten Oesterreich nit mehr als Frankreich favorisiren und selbige Kron im widrigen nit nöthigen werden, zu ihrer Konservation der sonst von Oesterreich und Spanien besorgter Invasion vorzukommen, auch den Krieg außer Frankreich in Deutschland zu erhalten, die Lutheraner und Kalvinisten sub praetextu religionis wider J. Kais. Mt. nit allein sondern auch alle Katholischen, als die bisher mit dem Haus Oesterreich eine Linie gezogen und selbigen Hauses Interesse mehr als ihr eigenes und der Religion Wohlstand betrachtet, anzufrischen, dessen bishero die katholischen Kur- und Fürsten keinen andern Genuß gehabt, als daß sie von Land und Leuten weichen und die Ketzerei je länger je mehr wachsen lassen müssen, da doch zu Gott zu hoffen, daß, wenn Frankreich mit den katholischen Kur- und Fürsten in rechtem Verstand, die Unkatholischen selbigerseits keine Protektion oder Assistenz mehr zu gewarten und also nach und nach abnehmen werden."

Hier also auf seiten des Pfalzgrafen Hervorkehrung des starr konfessionellen Standpunktes, welchen Mainz hingegen aufzugeben ja gerade im begriffe stand, weshalb Leers gleichzeitig auch ferner noch angewiesen ward: Wenn man am mainzer Hofe sagen würde, daß man neben dem Kaiser auch die unkatholischen Stände Deutschlands aufnehmen und alsdann nach Vereinigung des Reichs allen dessen Feinden genugsam gewachsen sein möchte, so habe er einzuwenden, daß es sehr ungewiß und gleichsam unglaublich sei, daß alle Unkatholischen insgesamt oder der größte Theil derselben beitreten würde, weil sie befürchten würden, daß der Kaiser und die Katholischen das Direktorium ergreifen und sie also hintergangen und wohl gar nach Gelegenheit der Konjunkturen unterdrückt werden möchten. Durch den unaufhörlichen Paritätsstreit würden dann die Allianz und alle andern gemeinen Reichsverfassungen zu Wasser werden. Das Kriegsglück in Polen, bisher den Schweden günstig, könne leicht umschlagen, daher den Katholischen sehr gefährlich sei, sich während

der Dauer dieser Feindseligkeiten nicht nur mit Schweden, sondern auch mit dessen Bundesgenossen Brandenburg zu vertiefen. Die heimlichen Unterhandlungen dieser Beiden seien höchst bedenklich; es solle ja auch paktirt sein, daß die Krone Schweden dem Kurfürsten gegen dessen Antheil an Preußen zum Königreich Böhmen und dessen einverleibten Provinzen verhelfen wolle. Der Kurfürst, als der mächtigste an Land und Leuten, werde durch sein Beispiel und Autorität die andern unkatholischen Fürsten, welche, wie der letzte Reichstag gelehrt, ohnehin auf ihn ihr Auge richten, bald an sich ziehen. Das evangelische Haus Holstein sei neuerdings mit dem schwedischen verschwägert und werde schwerlich zur Rettung des von Frankreich und Schweden angegriffenen Deutschlands eine Hand rühren. Auf Braunschweig und Hessen-Kassel sei erst recht kein Verlaß, sie hätten im letzten Kriege „den Mantel oft umgehenket, wie es ihr meister Nutzen erfordert," „des odii implacabilis und der zu den Katholischen auch übrigen Erz- und Stiftern tragender Begierd, womit sowohl diese als andre unkatholische Kur- und Fürsten wegen ihrer sich immerzu vermehrenden Succession kontinuirlich behaftet bleiben, zu geschweigen." Von Kur-Pfalz wisse man mit Bestimmtheit, daß es dem König von Frankreich durch besondre Schickung sein Votum zu der römischen Krone habe anbieten lassen; es werde sich, zumal da des Kurfürsten bekanntes Interesse mehr Unruhe als Frieden erfordere, von Frankreich und Schweden nicht trennen und leicht mit französischer Hülfe, nachdem es auch Württemberg zur Theilnahme gezwungen haben würde, zu Feindseligkeiten gegen den Kaiser und die Katholiken bestimmen lassen. Auch die fränkischen Hohenzollern würden sich in solchen Fällen von ihrem Kurhause als dem Familienhaupte nicht absondern. Nicht weniger sei schließlich der lutherischen Reichsstädte Erbitterung gegen die Katholiken soweit bekannt, daß von ihnen Hülfe verläßlich nicht zu erwarten stehe.

Ob unter diesen Umständen zu rathen, daß man Frankreich „aus der Wiege werfen" und sich mit Oesterreich allein und zu früh verbinden solle, das könne der Pfalzgraf nicht befinden, besonders da Frankreich ohnehin sehr eifersüchtig und, wenn man die Wahrheit bekennen wolle, nicht ohne Ursache sich beklage, daß die deutschen Fürsten ruhig zusähen, wie dem Friedensschluß zuwider der Kaiser von Jahr zu Jahr so beträchtliche Truppenmassen in die Niederlande und nach Italien schicke, was die Krone Frankreich nach nunmehr geglückter Ueberwindung der inneren Unruhen nicht länger mehr sich gefallen lassen werde. Schon habe es das mächtige und unüberwindliche (Beispiel Philipp II. Armada) England an sich gezogen. In Kriegsfällen würden auch die Schweden dem Hause Oesterreich so viel zu schaffen geben, daß die

alliirten Katholischen der Assistenz desselben gerade wie in früheren Fällen sich wenig zu getrösten haben würden. Auch „sei zu besorgen, daß bei noch kontinuirendem selbigen Regiment der daher verhoffte Sukkurs mehr eine Landsruin als dessen Beschützung und Konservation mitbringen möchte, gestalt dann nit zu zweifeln, daß J. Kais. Mt. nach dem Direktorio in der Allianz greifen und, wie vor diesem geschehen, den Ständen die Unterhaltung der Völker überlassen, den Gebrauch aber derselben neben dem Kommando vor sich behalten und auf den Nothfall, wie vorher öfters geschehen, sie bloß und dem Feinde zur Beute lassen werden." Auf diese Weise nun werde Deutschland abermals das Kriegstheater abgeben, auf welchem Spanien und Frankreich um ihr Interesse kämpfen werden. Der Pfalzgraf könne nicht ermessen, warum Kaiserlicher Majestät der vorhergehende Beitritt Frankreichs zur Allianz, „da doch selbige Kron notorie pro consorte pacis Germaniae zu halten," zuwider sein solle, es wäre denn, daß sie wider ihre beschworene Kapitulation die römische Krone „wider der Kurfürsten Willen et libertatem electionis je länger je mehr zu perpetuiren und mehreres Absehen auf Spanien als das Reich führen oder selbiges wohl gar in eine neue Kriegsflamme stürzen wollen."

Es sei deshalb vorträglicher, wenn man des Kaisers Beitritt auf gute Art so lange aufzuhalten suche, bis man vorher mit Frankreich die Liga zur Manutenenz des Friedens völlig geschlossen habe. „Was Kur-Bayern dermalen für timida consilia führe und spem salutis auf die gesamte Vereinigung und Armatur aller Stände des Reichs, in specie auch auf die Herbeitretung Jr. K. D. in Sachsen[1] stelle, auch an dem französischen Beitritt zweifle, sei bekannt," und müsse dabei offenbart werden, daß des Pfalzgrafen Meinung nach „selbiges Haus die römische Krone, bis zu verspürter überflüssiger Versicherung sowohl von als gegen Schweden und Frankreich, nit annehmen, und in puncto der Allianz große Reflexion auf Schweden und die von selbiger Krone empfangenen vielfältigen sincerationes führe und in Sorgen stehe, daß mit Annehmung der Allianz sie selbiges Haus irritiren, inzwischen aber die auf die Werb- und Unterhaltung der Kriegsvölker gehende Spesa verloren sein werde, dahero auch J. D. (der Pfalzgraf) in die Gedanken gerathen, daß, gleichwie man an kaiserlicher Seiten den französischen Zutritt und mit demselben die Behinderung der ihresorts verhofften Wahl eines römischen Königs abzuschneiden suchet, also gedenke, Bayern jederzeit zu gewinnen, welches aber bei gegenwärtigem Zustand und daß in Polen auf einen oder andern Weg leicht eine notable Veränderung, auch mit

[1] Dessen gutkaiserliche Gesinnung bekannt war.

Jr. Kais. Mt. der lang besorgte Fall sich begeben möchte,[1] man auch zu erachten, die Schweden sich mit Frankreich et vice versa in perniciem imperii, sonderlich wann dessen vornehmste Glieder auf die so hochnöthige Rettung beizeiten zu gedenken kunktiren, ferner verbinden und ihre conclusa ehelang zu des Reichs endlicher Dismembration und Untergang, auch unwiderbringlichem Abbruch der katholischen Religion (der Freiheit diesmal zu geschweigen) werkstellig machen werden."

Also entweder sei der Zutritt des Kaisers ganz zu verhindern oder erst dann zu bewerkstelligen, wenn man vorher völlig mit Frankreich abgeschlossen habe. Zu diesem Zweck müsse dem Kaiser gegenüber die Sache möglichst dilatorisch behandelt und Frankreich inzwischen zum Entschlusse gedrängt werden. Sollte aber wider Erwarten der Kurfürst von Mainz wegen Zulassung des Kaisers andrer Ansicht sein, so möge er wenigstens so lange einen Anstand gewähren, bis er und der Pfalzgraf sich persönlich darüber würden verständigt haben. Das Engagement mit Schweden und Brandenburg, unter welchem Titel es auch geschehe, sei thunlichst zu vermeiden. Gegen Aufnahme anderer unkatholischer Fürsten hingegen habe der Pfalzgraf keine besonderen Bedenken: doch werde freilich, wenn die Schweden in Polen weitere Niederlagen erlitten, daraus kein sonderlicher Nutzen zu erwarten sein, sondern denselben damit nur Gelegenheit und Vorwand zu neuen Armaturen gegeben werden. Auf diese Weise könnten die Alliirten am Ende noch mit in den polnischen Krieg hineingezogen werden.

Wie weit diese durch Leers übermittelten Vorstellungen beim Kurfürsten von Mainz[2] Gehör fanden, vermag nicht angegeben zu werden.

Jedenfalls läßt sich annehmen, daß der Vorschlag, den vom Kaiser angetragenen Zutritt zur Allianz möglichst lange hinauszuschieben, Entgegenkommen gefunden haben wird. Die Furcht des Neuburgers jedoch vor den Protestanten und die Abneigung gegen die Herbeiziehung der Schweden theilte man am Mainzer Hofe mit nichten. Man betrieb, wie wir sahen und noch sehen werden, hier eine Einladung unkatholischer Stände mit regem Eifer und geberdete sich ganz unglücklich, daß Köln und Trier sich nicht so kurzerhand hierzu verstehen wollten.

Schließlich haben, wie die späteren Ereignisse lehren werden, das

---

[1] Konstruktion?

[2] Den Freiherrn v. Boineburg traf Leers zu des Pfalzgrafen geringem Gefallen in Würzburg nicht an. Derselbe war in besonderer Mission nach Frankfurt verreist. Leers erhielt daher Befehl, sich gleichfalls dorthin zu begeben, um hinter den Zweck dieser Reise zu kommen und zu erfahren, ob sie mit dem bekannten (wohl französischen) Projekt zusammenhänge oder darin etwa Veränderungen eingetreten sein möchten.

mainzische Projekt einer Verbindung mit einigen protestantischen Fürsten und das neuburgischerseits so dringend empfohlene eines Anschlusses an die Krone Frankreich den Sieg über den Plan einer Allianz mit dem Hause Habsburg und dessen getreuem Partisan Bayern davongetragen. Man scheint sich nicht einmal mehr allzuviel Mühe genommen zu haben, selbst die dem erlauchten Reichsoberhaupte schuldigen äußeren Formen in dieser Angelegenheit zu beobachten. Wenigstens erhellt aus den Akten nirgends, ob man noch fernerhin mainzischerseits oder von Allianzwegen mit dem Kaiser über dessen Beitritt Korrespondenz gepflogen hat. Die Sache wurde von Volmar in Frankfurt vertreten, so viel sich erkennen läßt in plumper Weise, da er in Sachen der sich anspinnenden Beziehungen der Alliirten zu einigen protestantischen Ständen mit der Leidenschaftlichkeit des Konvertiten dazwischenzufahren suchte. Die vom Pfalzgrafen empfohlene und von Kur-Mainz aus eigener Ueberzeugung vertretene dilatorische Behandlung der Angelegenheit hat diese schließlich in den Sumpf geführt. Mit dem kaiserlichen Projekt fiel auch naturgemäß das bayrische, letzteres freilich nach eigener Neigung des Kurfürsten Ferdinand Maria. Es steht zwar fest, daß dieser noch mehrfach seine Geneigtheit zum Beitritt kundgab, aber stets, indem er die Bedingung auch der Zulassung protestantischer Reichsstände betonte:[1] doch war dies sicherlich, wie erwähnt, nur ein Scheinvorwand, um die ihm nicht genehme Angelegenheit zu verschleppen.

Auf jene Antwort, die von München aus am 12. Februar in Neuburg auf die Gesamteinladung der Alliirten eintraf, hat Kurfürst Johann Philipp von Mainz geantwortet, doch ist es nicht ersichtlich, unter welchem Datum. Unter der Hand hat er auch vorgeschlagen, behufs näherer Verabredungen den Freiherrn v. Boineburg nach München entsenden zu dürfen. Man hat es abgelehnt, vermuthlich in sehr vorsichtiger Form, um nicht Argwohn zu erwecken: denn noch Ende Mai glaubte Boineburg selbst noch des Beitrittes Bayerns sicher zu sein.[2] Bayern wollte lieber durch Oechsle in der Ferne seine Politik machen, als dem gefährlichen Boineburg auch nur den leisesten Einfluß an seinem

[1] Aldenhoven am 25. Juni 1656 an den Kurfürsten von Köln: Es sei zweifellos, daß die alliirten katholischen Fürsten einhellig dahin zielten, daß auch augsburgische Konfessionsverwandte in die Friedensdefensionsverfassung eingenommen werden möchten, zumal auch Kur-Bayern sich sonst nicht einlassen wolle. — Düsseldorfer Archiv. — Zur Sache vergl. noch Köcher a. a. O. S. 219 nach der Relation Heylands vom 13. Mai 1656.

[2] Boineburg an den Pfalzgrafen am 23. Mai: Kur-Bayern wird den Öxel hieher (nach Würzburg) schicken und konferiren. Ich habe nach München gesollt, aber Bayern hat lieber Einen hieher schicken wollen. Ich halte, Bayern wird kommen. — Düsseldorf.

Hofe gestatten. Hierüber wurde korrespondirt. Mainz beharrte wohl auf seinem Vorschlage der Mission Boineburgs. Bayern zögerte mit einer neuen Erklärung.[1] Anfang Juni erbat man sich mainzischerseits die Sendung eines bayrischen Bevollmächtigten.[2] Darauf hat Oechsle zwischen dem 5. und 10. Juni den auf der Reise von Würzburg nach Mainz begriffenen Mainzer Kurfürsten zweimal, zu Aschaffenburg und Schwanheim aufgesucht und mit ihm über die Sache konferirt. Die Erklärung Johann Philipp's hat dahin gelautet, daß es nöthig sei, sich bayrischerseits über die Miteinlassung in die Verfassung kategorisch zu erklären und sich zu entschließen, welche Anzahl Völker der Kurfürst zu derselben übernehme und wie hoch er die ihm von den Alliirten zu leistende Hülfe anschlage, ob man ferner das damals zur Berathung stehende Einladungsschreiben an Braunschweig und Hessen mit ausfertigen und welche anderen Reichsstände sonst noch man in den Bund mit eingenommen haben wolle und was man schließlich bei den bereits verglichenen Abschieden zu erinnern habe.[3] Am 12. Juni ging Oechsle nach München, um hierüber Vortrag zu halten.

Dann taucht im Juli noch einmal wieder Volmar auf. Als der Kurfürst von Mainz nach Würzburg zurückkehrte, suchte ihn Volmar zu Langen, zwischen Frankfurt und Darmstadt, auf, um direkt von der Einnehmung der Schweden in die Allianz abzumahnen. Der Kaiser, so äußerte er, halte das Bündniß zwischen den katholischen Fürsten und den Protestanten zwar für nöthig und nützlich, eine Verbindung mit den Schweden aber werde zur Verwickelung in dessen auswärtige Händel führen. Er muß dabei auch von den Ansichten des Kurfürsten von Bayern hierüber Mittheilung gemacht haben, worauf Johann Philipp geäußert haben soll: Man könne dessen Gedanken wegen dieser Verfassung noch nicht wissen und, dafern man kur-bayrischerseits sich separatim zu halten und ein absonderliches Interesse zu führen gemeint wäre, so müsse es auch dahin gestellt bleiben.[4]

Dies war eine Abfertigung in bester Form, für Oesterreich nicht minder wie für Bayern, Volmar wird nicht verabsäumt haben, Oechsle

[1] Boineburg in einem andern Schreiben vom 23. Mai an den Pfalzgrafen: Mit meiner Hinaufreise wird sich's wohl nunmehr, weil Kur-Bayern uns noch nichts geantwortet hat, ziemlich verweilen, wo nit gar verlieren. Möchte sonst wohl wünschen, daß Er. D. ich bald zu Neuburg unterthänigst aufwarten könnte; sed incertae sunt spes meae utpote misere afflicti. — Düsseldorf.

[2] Boineburg an den Pfalzgrafen am 5. Juni: An Bayern gehet's hiebei. Gott gebe, daß es wohl helfe! — Düsseldorf.

[3] Relation Aldenhovens an den Kürfürsten von Köln vom 11. Juni aus Frankfurt nach höchst geheimer Mittheilung Oechsle's. — Düsseldorf.

[4] Relation Aldenhovens vom 9. Juli. — Düsseldorf.

oder dem Kurfürsten selbst von dieser Gesinnung des Mainzers und somit der Alliirten selbst, dessen Direktor dieser war, Kenntniß zu geben. Wenn dann im September noch Oechsle dem braunschweigischen Deputirten Heyland gegenüber sich den Anschein gab, als bestünden noch Unterhandlungen wegen des Beitrittes seines Herrn, so klopfte er wohl nur auf den Busch, um durch Jenen über die Angelegenheit auf dem Laufenden zu bleiben.[1] Thatsächlich waren diese Beziehungen wohl seit jener Unterredung Volmars mit Johann Philipp zu Ende gelangt. Nicht die geringste Spur einer Annäherung zwischen beiden Theilen läßt sich von nun an mehr feststellen.

12.

Das niederländische Projekt.

Als der Bischof Christoph Bernard von Münster auf jener Bundeskonferenz zu Köln im Anfange des Jahres 1656 den Vorschlag unterbreiten ließ, einen engeren Anschluß an die General-Staaten der vereinigten Niederlande zu suchen, leiteten ihn eigene Motive. Einmal, wenn er nach außen blickte, so schien ihm die schwedische Nachbarschaft noch immer, trotzdem Karl Gustav damals schon sich ostwärts gegen Polen gewendet, mit Gefahren der schlimmsten Art zu drohen: denn der Ehrgeiz dieses kriegerischen Königs, so glaubte man allgemein befürchten zu müssen, würde sich in Zukunft mit Niederwerfung der Polenmacht wohl nicht begnügen, und damit schien auch der politische Fortbestand eines Bisthums Münster in Frage gestellt.[2]

---

[1] Aus dem Diarium Heylands, unterm 17. (27.) September 1656: Nachmittags ist der kur-bayrische Gesandte zu mir gekommen und hat bei mir nachgefragt, ob das bewußte Invitationsschreiben (der Alliirten an die Häuser Braunschweig und Hessen-Kassel. J.) nunmehr eingekommen. Seinem Herrn verlange gar sehr nach der Erklärung der braunschweigischen und hessischen Fürsten; sobald selbe eingekommen, würde S. K. D. sich ebenfalls ihrer Accession halber erklären, welches sie nur bis dahin differirt, damit es den Evangelischen keine ombrage geben dürfte, gleichsam die Katholischen eine ligue unter sich zur Unterdrückung der Evangelischen machen wollten, da doch die wahrhafte Intention sei, das gesamte Reich juxta tenorem instrumenti pacis in statu praesenti zu konserviren. Bat deshalb, sobald ich Nachricht haben würde, was für Resolution erfolgt, wollte ich ihm Part davon geben. — Hannover.

[2] Vergl. eine Aeußerung des brandenburgischen dirigirenden Ministers Grafen Waldeck zu dem Franzosen de Lumbres: qu'il a reconnu que le roi de Suède a

Auf der anderen Seite gab dem Biſchof das ſchiefe Verhältniß zu der Stadt Münſter und einem großen Theile ſeiner Landſtände genügenden Anlaß, ſich nach einem Rückhalt beizeiten umzuthun. Dieſe Beziehungen waren immer unerquicklicher geworden und nicht ſowohl der Biſchof als auch die Bürger der Stadt Münſter ſahen ſich nach Bundesgenoſſen um. Beiderſeits wandten ſich die Blicke auf die nicht fernen Niederlande, zuerſt naturgemäß wohl die der Bürgerſchaft, die wir ſpäter auf's lebhafteſte mit den General-Staaten wegen Unterſtützung gegen Chriſtoph Bernard verhandeln ſehen. Wohl möglich, daß ſchon 1655 die erſten Fäden herüber und hinüber geſponnen wurden und der Biſchof auf irgend welchem Wege hiervon Kundſchaft erlangt haben mag. Es tritt in des letzteren Charakter mancher Zug zutage, der den Gedanken nahe legen kann, daß er zu dem Entſchluſſe griff, hier ſeinen Feinden zuvorzukommen und durch eine Annäherung an die ihm ſonſt wohl kaum ſympathiſchen Holländer die Zettelungen Jener zuſchanden zu machen. Und wie willkommen mußte ihm ferner eine ſolche Verbindung im Hinblicke auf die drohende Schwedengefahr ſein.

Er ſetzte mit dieſem Projekte zu einem ſehr glücklich gewählten Zeitpunkte ein, da die Holländer ihre Handelsintereſſen an der Oſtſee gerade durch die damaligen Operationen der Schweden gefährdet und, wenn auch durch eigne Schuld, des natürlichen Schutzes gegen die Gefahr ſich beraubt ſahen, da ſie den mit ihnen verbündeten Kurfürſten von Brandenburg in ſeiner bedrängten Lage kleinherzig im Stich gelaſſen und damit gezwungen hatten, nach langem Schwanken durch den königsberger Vertrag vom 17. Januar 1656 ſich mit Schweden zur gemeinſamen Sache gegen Polen zu verbinden. Nicht minder bedenklich war für die Niederlande der Bund, welchen Frankreich ſoeben mit dem Protektor von England geſchloſſen. Eine fatale Lage politiſcher Vereinſamung für die Staaten, welche den Verſuch einer Anknüpfung mit ihnen auch kleineren und ſelbſt katholiſchen Ständen nicht ohne Ausſicht auf Erfolg erſcheinen zu laſſen geeignet ſein mochte. Ein feiner Anſchlag des Biſchofs, der übrigens ſchon im Jahre 1655 einen derartigen Plan vorbereitete,[1] ja

---

deſſein de s'élargir de ce côté-la (Rhein und Weſtphalen) sous prétexte de quelques prétentions qu' il a sur l'éveché de Munster et sur le comté d'Oldenbourg à cause de Brême, les quelles il fera d'autant plus valoir après la mort du comte que celui-ci n'a point d'enfants.

[1] Der Kurfürſt von Mainz an den von Köln am 23. Februar 1656: Zwar ſind wir auch berichtet, was allbereit auch bei voriger Konferenz von dem münſteriſchen Abgeordneten wegen einer Defenſiv-Verbündniß mit den Staaten von Holland gedacht worden. Nun erinnern wir uns gutermaßen, welchergeſtalt, als derſelbe in ſeiner Durchreis zu Mainz uns vor'm Jahr beſprochen und zugleich zu verſtehn ge-

wohl gar schon Schritte zu dessen Ausführung gethan hatte.[1] Als er dann die Angelegenheit vor seine Verbündeten brachte, wollte er re non integra denselben von vornherein die Hände binden. Es geschah dies etwa Anfang Februar 1656, wo der Vertreter des Bischofs auf der Konferenz in Köln den Vorschlag, die General-Staaten einzuladen, zur Umfrage stellte. Die Neuburgischen Deputirten berichteten darüber ihrem Herrn am 10. Februar. Sie wurden von demselben — vermuthlich war er längst in dieses Projekt eingeweiht — hierauf beschieden, daß er den Beitritt der Staaten sich nicht zuwider sein lasse, wenn nur, wie die Kölnischen bei der Sitzung wohl erinnert hätten, die Irrungen Jener mit den Spaniern ganz herausgehalten, besonders aber die etwa der katholischen Religion aus diesem Hinzutritt zuwachsenden Präjudizien verhütet würden. Des Reiches Interesse sei möglichst zu wahren und alle Gelegenheit abzuschneiden, welche darein sich zu mischen die Staaten veranlassen könnte. Es sei auch nur ein Defensivbund anzutragen; nur keine aggressiven Tendenzen, keine Einmischung in die maritimen Interessen der Holländer. Durch das Projekt dürfe den Alliirten kein Nachtheil oder Gefahr erwachsen. Doch hätten sich die Vertreter den Ansichten der Majorität zu fügen und nicht steif an diese Bedingungen zu klammern. Bei aller Behutsamkeit sei das Werk um so viel mehr zu befördern, weil vermuthlich die Schweden und Brandenburger mit den Holländern auch ihrerseits sich zu verbinden trachten würden. Friedrich Wilhelm werbe neue Regimenter, deren er zur Zeit wider Schweden nicht vonnöthen habe.[2]

Dem Kurfürsten von Mainz gegenüber drückt derselbe Pfalzgraf seine Ansicht dahin aus,[3] man dürfe sich auf den vorgeschlagenen Beitritt der Staaten nicht allzuviel verlassen, da diese bisher den Katholischen große Ungelegenheit verursacht hätten und leicht von Schweden oder Brandenburg, denen sie der Religion halber mehr zugethan, wieder würden gewonnen, ja wohl gar zur Invasion der Alliirten gebracht werden können. Man solle lieber beizeiten mit Frankreich anbinden,

---

geben, daß des Herrn Bischofen zu Münster Ld. derentwegen bei ermeldeten Staaten von Holland durch den Obristen Wilich sondiren lassen wollten, wir uns gegen ihn wiederum dahin vernehmen lassen, daß dieselbe vielleicht hieran, indem sie hierdurch einen Rücken zu haben verhoffen, nit übel thun möchten. — Düsseldorf.

[1] Das erste Wort, welches uns mit bezug auf dieses Projekt in den Akten begegnet (in der erwähnten Instruktion des Leers vom 12. Februar 1656. — Düsseldorf) erwähnt, „daß der Bischof mit den Holländern, daß dieselben auch zu der alliance mit treten möchten, bereit angebunden."

[2] Erlaß des Pfalzgrafen vom 17. Februar 1656. — Düsseldorf.

[3] Anweisung für Leers vom 20. Februar. — Düsseldorf.

oder doch wenigstens bei Annahme der holländischen Allianz, um Frankreichs und Spaniens Mißfallen zu vermeiden, verklausuliren, daß man sich in die zwischen diesen beiden Kronen und den Staaten vielleicht entstehenden Differenzen nicht mischen wolle. Immerhin möge man dann die Staaten zum Beitritt ersuchen. Es müsse aber einhelliger Allianzbeschluß dazu vorliegen.

Was die übrigen Alliirten anbetrifft, so scheint auch von Anfang an der Kurfürst von Köln nicht gerade ablehnend gegen das Projekt Münsters sich verhalten zu haben. Kurfürst Johann Philipp von Mainz hat späterhin geradezu ihm die Autorschaft zugeschoben,[1] wenigstens war Maximilian Heinrich mehrfach in diplomatischen Beziehungen zu den Staaten begriffen gewesen und schon Anfang 1654 schwebten Gerüchte über beiderseitige Verhandlungen wegen einer Allianz. Weniger Neigung als der Kölner verspürte jedoch Karl Kaspar von Trier, wie er überhaupt stets mit großer Behutsamkeit, man möchte beinahe sagen Zurückhaltung, alle Fragen, welche die Defensionsliga betrafen, zu behandeln liebte.[2] Und der Kurfürst von Mainz war, wie wir sahen, auf jener Kölner Konferenz nicht vertreten, erklärte jedoch dem Kurfürsten von Köln auf Befragen, daß er in dieser Sache indifferent sei, aber von dem, was die übrigen Alliirten für gut befinden würden, sich abzusondern nicht gedenke.[3]

Als Ergebniß jener Kölner Konferenzen stellt sich Anfang April die Anwesenheit von Vertretern des Kurfürsten von Köln und des Bischofs von Münster im Haag dar.[4] Sie hetzten dort, wenn auch indirekt gegen

---

[1] Es wäre „ein gar abgesondertes Partikularsuchen Kur-Kölns, welcher vor diesem seiner Lande und sonderlich des Stifts Lüttich wegen mit den Holländern in einer sonderbaren Neutralität begriffen gewesen, deren Renovation an Kur-Kölns Seiten jetzo gesucht worden sei." Bericht Heyland's des braunschweigischen Deputirten zu Frankfurt nach Mittheilungen des bayrischen Deputirten Oechsle vom 3. (13.) Juni 1656. Hannover, auch mitgetheilt von Köcher S. 222, Anm. 5.

[2] Die münsterischen Gesandten berichten am 14. Januar 1657 aus Koblenz, der Mainzer Herzelles habe ihnen offenbart, „daß Kur-Trier noch hier zu der holländischen Allianz so gar schlechten Appetit gehabt und gleichsam bei den Haaren herbeigezogen worden." — Münster.

[3] Schreiben vom 23. Februar. — Düsseldorf. Wie zweizüngig die Mainzer Politik war, erhellt aus der Erklärung Mehls gegen den Braunschweiger Heyland, „daß seines Herrn Intention dieses (die Einnahme der General-Staaten) gar zuwider liefe." Bericht Heylands vom 20. (30.) Mai 1656. — Hannover. Vergl. Köcher S. 222, Anm. 5.

[4] Daniel Weiman an den Kurfürsten von Brandenburg aus dem Haag am 4. April 1656: Die kur-kölnischen und münsterischen Leute laufen allhie sehr herum und wie uns dünkt, geben sie dem Gerücht (von einer Allianz Brandenburgs mit Frankreich zum Zweck eines Anfalls auf Jülich) viel Kraft und suchen nicht anders

den Kurfürsten von Brandenburg, auf diese Weise ihrem Plane Vorschub leistend.

Die zu Köln noch anwesenden Vertreter der vier alten Genossen des kölnischen Vertrages von 1654 erließen an diese Kommissare im Haag am 11. April die Weisung, daß sie in Anbetracht der voraussichtlich für beide Theile ersprießlichen Folgen einer Defensionsverbindung mit den Staaten, bei einem oder dem anderen aus deren Mitte vertraulich sich erkundigen sollten, welche Stimmung dort für ein derartiges Projekt obwalte.[1] Die kur-kölnischen Gesandten (Wilich war wieder zurück in Münster)[2] berichteten, daß sie dieser Weisung nachgekommen. Sie befänden „deren zu hiesiger Generalität Deputirten Gemüther mehrentheils, sonderlich aber deren am Reich nächst angrenzenden Provinzien zu solcher näheren Konföderation sonderlich inklinirt, dergestalt auch, daß man itzo mit denselben wohl gut zu solchem heilsamen weitaussehenden Zweck dienliche und ersprießliche conditiones würde treffen können." Ihres Ermessens müßte jedoch um so mehr damit geeilt werden, weil dortzulande augenblicklich große Besorgniß vor den schwedisch-polnischen Wirren bestehe und zu der angetragenen Verbindung Neigung vorhanden sei „zu ihrer selbsteigener mehrer Versicherung und damit die commercia, da dieselbe deren Eingesessenen an einem Ort besperret oder sonst beschwerlich gemacht würden, an dieser Seiten in esse gehalten und von denselben gleichwohl getrieben werden könnten und also mit der Zeit nit gänzlich in Abgang gerathen möchten." Doch werde es auch an Solchen nicht ermangeln, die das Werk zu hindern suchen möchten. Aber, wie man vernehme, wären gerade die Staaten der Provinz Holland, welche ein großes Gewicht hätten, für den Plan eingenommen. Man müsse aber eilen. Zwar wisse man noch nicht, in welchen Formen sich die Staaten einen solchen Bund denken möchten, doch sei bekannt, daß derselbe nach ihrer Ansicht ohne Präjudiz der beiderseitigen Religion und politischen Standes zur Vertheidigung und Verwahrung der allseitigen Lande und Unterthanen und zu sicherer Fortsetzung der Navigation und besserer Fortpflanzung der Kommerzien zu Wasser und zu Lande angesehn sein solle.

Auf diesen Bericht fragte Maximilian Heinrich in Münster an, ob er seine Deputation, wenn sie im Haag seine besonderen die Allianz

---

als auf allen Fall diesen Estat von E. K. D. abzuziehen. U. A. VII. 47. Speziell genannt wird wie oben Wilich in einem Schreiben des Kurfürsten von Köln vom 6. Mai 1656.

[1] Bericht der kur-kölnischen Gesandten an ihren Herrn aus dem Haag vom 21. April 1656. — Kopie in Münster.

[2] Schreiben des Bischofs an den Kurfürsten von Köln am 11. Mai. — Münster.

nicht berührenden Angelegenheiten geordnet, zurückberufen oder neben den andern Gesandten, die man seitens der Alliirten nun wohl dahin senden werde, dort belassen solle.[1] Christoph Bernard fand, daß es dienlicher sein werde, wenn man erst den Erfolg der vom mainzer Kurfürsten nach Frankfurt berufenen Bundeskonferenz abwarte, weil dort von der Einladung der beiden protestantischen Häuser Braunschweig und Hessen die Rede sein werde und wohl zu ermessen sei, daß die General-Staaten hieraus der Alliirten Intention zu gemeiner Ruhe genugsam abnehmen und desto williger zur Mitbeitretung sich bezeigen würden, wenn auf den konfessionellen Unterschied keine Rücksicht genommen werde. Immerhin möge also der Kurfürst seine Emissare aus dem Haag abberufen, sie jedoch dort versichern lassen, daß man in kurzer Frist die Sache wieder aufnehmen werde, auch ausstreuen, daß man jene Häuser in den Bund aufzunehmen sich anschicke.[2] Dem Kurfürsten von Mainz gegenüber befürwortete Christoph Bernard noch besonders sein niederländisches Projekt. Unterrichtet von dessen Plane, mit Hessen und Braunschweig zugleich auch Schweden in die Allianz zu ziehen, jene gefürchtete Macht, vor der er Hülfe im Haag suchte, schrieb er: Mit mächtigen, in auswärtige Kriege verwickelten Kronen anzubinden, sei sehr bedenklich, hingegen dienlich, mit den Holländern in Allianz zu treten, welche jetzt mit Niemandem in feindlicher Postur stünden und von gefährlichen Bündnissen allem Ansehen nach frei wären.[3]

Daran war nun freilich im Augenblick dem Mainzer nicht allzuviel gelegen. Anfangs in der ganzen Frage indifferent, schien er jetzt, da sich das Gerücht von den Anfragen der Ligisten im Haag bald allerorten, selbst in Wien[4] verbreitete, mehr gegen das Projekt eingenommen zu sein. Denn es stellte nicht sowohl die ganze Allianz in ein schiefes Licht bei den katholischen Mächten und Ständen, zumal bei dem Kaiser, den man doch immerhin offen zu verletzen Anstand nehmen mußte, als es auch geeignet sein konnte, die protestantischen Häuser, um die man warb, vom Beitritt zurückzuhalten, weil dadurch von vornherein eine Komplikation mit Schweden nicht ausgeschlossen schien. Daher Johann Philipp und seine Diplomaten sich so bemüht zeigten, jeden leisen Schein einer Betheiligung an dem Projekt in Abrede zu stellen.[5]

[1] Schreiben an den Bischof vom 6. Mai 1656. — Münster.

[2] Schreiben vom 11. Mai. — Münster.

[3] Schreiben an den Mainzer vom 12. Mai. — Konzept in Münster.

[4] Der hessen-kasseler außerordentliche Gesandte v. Krosigk aus Wien an Badenhausen in Frankfurt am 31. Mai (10. Juni) 1656: Das kann man (am kaiserlichen Hofe) sonderlich nicht verdauen, daß man Schweden und die Staaten sucht mit in solche Verfassung zu nehmen. — Marburg.

[5] S. oben die Aeußerung Mehls gegen Heyland.

Hingegen geberdete man sich kur-kölnischerseits, als wäre die Verbindung mit den Niederlanden bereits eine Thatsache. Wenigstens bemerkte der Dr. Aldenhoven in Frankfurt auf die Frage, warum der Kurfürst sein Herr zögere, für die Zuziehung der Schweden zu stimmen, daß dieser zunächst auf den Schutz seiner Lande bedacht sein müsse. Nun aber stehe vor Augen, wie die Krone Schweden gegenwärtig mit Holland broullirt sei. Jeden Tag könne es zum Bruch kommen. Würden dann die Holländer eine Diversion gegen Bremen machen und S. K. G. zur Defension (d. h. von den eventuell mitalliirten Schweden) requirirt werden, so würde er diese nicht leisten können, „da er mit Holland an vielen Orten hierunter melirt sei." Er würde dadurch seine Lande in die größte Gefahr bringen.[1]

Ein Umschlag in dieser Stimmung erfolgte wohl in kausalem Zusammenhange mit der Nachricht von dem Waffenglück der vereinigten Schweden und Brandenburger in der dreitägigen Schlacht bei Warschau (28.—30. Juli 1656) gegen die Polen, eine Kunde, unter deren Einfluß dem kölner Kurfürsten die Lust zu Demonstrationen gegen diese siegreichen Mächte vergehen mochte. Als daher Anfang September zu Köln eine neue Bundesversammlung zusammentrat, verriethen anfangs die kurkölnischen Deputirten keinerlei Neigung zur Fortsetzung jener Verhandlungen mit den General-Staaten[2] angeblich auf ein durch die Kunde von den elbinger Traktaten veranlaßtes Gerücht vom Abschlusse einer Allianz zwischen Holland und Schweden.[3] Doch bald war von diesem Widerstreben nichts mehr bemerkbar. Auch Christoph Bernard, obwohl der Vater der Idee, trat nicht ohne gewisse Zurückhaltung dort in Köln auf. Seine Vertreter[4] wies er an, hierin sehr vorsichtig zu Werke zu gehen und nur beizustimmen, wenn die Andern stark darauf treiben würden, dann aber energisch die Absendung von Deputirten der Allianz nach dem Haag befördern zu helfen. Alsdann müßten aber solche, wie er meinte, dahin wirken, daß die Staaten den Alliirten gegenüber wo nicht zu mehr, so doch zu einer gleichen Anzahl Hülfstruppen sich verbindlich zu machen erklären sollten. Vor allen Dingen seien bei einem

---

[1] Bericht Heyland's vom 26. Juli (5. August) 1656. — Hannover.

[2] Berichte des münsterischen Gesandten Matthias Korff gen. Schmising vom 1. und 4. September 1656. — Münster.

[3] Autor dieses Gerüchts war der nach dem Haag deputirt gewesene kur-kölnische Rath Dr. Wallendorf (ein andermal Walenburg genannt). Selbst der Bischof von Münster wurde daraufhin einen Moment stutzig, bis Wilich und sein Agent Hessing ihn eines anderen aus dem Haag belehrten. — Münster.

[4] Matthias Korff-Schmising und Zur Mühlen, auf deren Berichte wir allein bei Schilderung dieser Verhältnisse angewiesen sind.

solchen Bundeswerke Staats-, Religions- und Seesachen auszuschließen, hierauf könne man sich keineswegs einlassen.

So griff man denn zu Köln auf dem Bundestage das im Frühjahr angeregte Projekt mit großer Behutsamkeit an, eben unter dem Einflusse jenes falschen Gerüchtes von einer schwedisch-holländischen Allianz. Aber bald schon tritt unter den Deputirten eine Wandelung in dieser Stimmung ein. Am 8. September erklären sie sämtlich, daß ihre Herren sie zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Frage angewiesen hätten. Der Vertreter von Mainz gab sogar die vertrauliche Erklärung bei Korff-Schmising ab, daß er von Anfang an instruirt gewesen sei, aber Bedenken getragen habe, sich offen herauszulassen, weil Köln und Neuburg wegen des ganzen Projektes Schwierigkeiten erhoben hätten. Sein Herr sei mit dem Bischof durchaus derselben Ansicht. Zugleich wurde laut, daß der kur-kölnische Rath Wallendorf auf Nachrichten aus dem Haag hin den Herrn v. Weschpfennig, neuburgischen Kommissar, versichert habe, daß die Staaten von Holland zur Fortsetzung der begonnenen Allianzverhandlungen gar wohl disponirt seien. Ja der Bischof von Münster überbot diese Nachricht noch durch die weitere, daß die General-Staaten nicht ungeneigt sein sollten, mit den sämtlichen Alliirten der Kreise Nieder-Sachsen und Westphalen sich in nähere Korrespondenz und Verfassung einzulassen. Aber hieran knüpfte er zugleich das Raisonnement, es würden zweifellos die General-Staaten den Nieder-Sächsischen wegen der Religionsverwandtschaft vor ihnen, den katholischen Ligisten, den Vorzug einräumen und so Lust verlieren, der Einladung Folge zu leisten. Also nur kein Zaudern, keine Saumseligkeit, ehe durch Andere, die mehr auf ihre Hut bedacht seien, der Zutritt gesperrt werde.[1]

Dem Mainzer verlieh diese Nachricht erst rechten Eifer. Er hielt die Sache aus vielen Ursachen für nützlich und nöthig. Schon am 19. September war man allerseits dahin einig geworden, daß der Bischof von Münster und der Pfalzgraf von Neuburg zur Eröffnung von Vorverhandlungen mit den Staaten über Ort und Zeit der Haupttraktaten ihre Räthe nach dem Haag abordnen sollten. Der Receß aber vom 24. September 1656 bestimmte in Paragraph 5, „daß Kur-Köln, Münster und Neuburg im Namen sämtlicher Alliirten zu ersuchen, damit dieselben oder zwei von ihnen Jemand der Ihrigen mit gewisser allhier aufgesetzter Instruktion nach dem Haag deputiren wollen, um von ihnen den Staaten ratione loci et temporis zur Zusammenkunft beständige Erklärung einzuholen und das Hauptwerk präpariren zu

[1] Der Bischof an Korff-Schmising und Zur Mühlen am 10. September. — Münster.

lassen." Die Instruktion lag schon am 22. September fertig vor und wurde dem Bischof von Münster von seinen Räthen zur Kenntnißnahme eingesandt.[1]

Wiederum war es der Oberst Wilich, der von dem Bischof ausersehen wurde, die Mission im Haag zu übernehmen. Er sollte sich dort zunächst als Privatmann aufhalten. Der neuburgische Deputirte würde ihm später folgen. Hiermit waren die Alliirten einverstanden. Man wollte alles Aufsehen vermeiden.

Jene zu Köln aufgesetzte Instruktion hatte nicht geradezu den Beifall des Bischofs, dem es mißlich däuchte, darin der zwischen den Holländern und Spanien obwaltenden Streitfragen und deren Ausschließung aus den Zielen der zu gründenden Allianz zu gedenken, da die General-Staaten ihrerseits hieraus vielleicht Anlaß nehmen könnten, „auch die Schweden und Andere, von welchen diesseits einige Gefährlichkeiten zu befahren, gleichfalls zu excipiren und also der vorhabende Zweck der Allianz illudirt und schädliche gealogie geweckt werden dürfte." Auch sei es, so fügte er hinzu, rathsam, ganz im allgemeinen alle See-, Staats-, Regierungs- und Religionssachen auszusetzen.[2]

Ende October sehen wir nicht allein Wilich, sondern auch den jülichschen Marschall Freiherrn v. Viermund zur Neersen, welcher den Pfalzgrafen seinen Herrn und in Prokura den Kurfürsten von Köln vertrat, im Haag anwesend.[3] Sie konnten jedoch nichts ersprießliches verhandeln, so lange ihnen weder Kreditive noch Instruktion[4] zugegangen waren. Der Pfalzgraf hielt bei Kur-Mainz um die Ausfertigung beider so nothwendigen Schriftstücke an, Johann Philipp glaubte jedoch dieselbe bis zum Zusammentritt einer neuen Bundeskonferenz verschieben zu müssen, weshalb Philipp Wilhelm unter Grundlegung des kölner Entwurfes nach dem Abänderungsvorschlage Münsters eine interimistische Instruktion verfassen ließ, die er dann den mitdeputirten Fürsten Köln und Münster zur Annahme zustellte.[5] Sie wird dann in den letzten Tagen des November in die Hände der im Haag anwesenden Kommissare gelangt sein.[6] Diese Instruktion weist sie kurz und bündig an,

[1] Bei den Akten konnte ich sie nicht finden.

[2] Der Bischof an den Kurfürsten von Mainz am 10. October 1656. — Münster.

[3] Der Pfalzgraf an den Bischof von Münster am 3. November.

[4] Die nach dem Wunsche des Bischofs Christoph Bernard abgeänderte Fassung der Instruktion, dat. vom 19. November 1656 in Abschrift im St.-A. zu Münster, größtentheils von Moder zerstört. Die Redaktion erfolgte in der Kanzlei des Pfalzgrafen.

[5] Schreiben vom 21. November. — Münster.

[6] Undatirtes Schreiben des Bischofs von Münster aus diesen Tagen an den Pfalzgrafen, als Antwort auf dessen Brief vom 21. November. — Münster.

von den General-Staaten zu vernehmen, wie die Verhandlungen auf bequeme Zeit und an welchem Ort dieselben förderlich fortgesetzt werden möchten, und daneben die Hoffnung auszusprechen, es werde solche Allianz zu beiderseitigem Nutzen und Vortheil ausschlagen, zumal dieselbe zu keines Menschen Offension, sondern allein zu Schutz und Rettung und zu Fortpflanzung guten nachbarlichen Einverständnisses anzusehen sei.

Bei aller Heimlichkeit, welche man seitens der Alliirten zu beobachten sich vorgenommen, war der Zweck der Anwesenheit jener Kommissare im Haag dennoch nur zu bald offenbar. Namentlich war es der gewandte Geschäftsträger des Kurfürsten von Brandenburg, welcher die Mission durchschaute. Daniel Weiman, einer der geschicktesten diplomatischen Agenten des Kurfürsten, berichtete demselben bereits unter dem 14. November: „Neuburg und Münster haben den v. d. Neerse wiederum hie, ungezweifelt in einer Zeit, da sie vermeinet, dieser Staat würde E. K. D. nunmehr ganz absagen, weil der gemeine Mann eine gute Weile ziemlich gemurret, und haben sich daher die Gedanken gemacht, man würde nunmehr ohne Zurücksehen mit ihnen anspannen. Es möchte aber noch wohl viel daran fehlen, indem diese Leute endlich nichts erhalten und erkennen möchten, daß sie ihre Maße so übel genommen, als sie den Staat nicht gekannt." Ein vornehmer Mann hatte ihm gesagt, solcher Leute Allianz wäre dem Staate nur ein Ballast.[1]

Aeußerungen vom höchsten Interesse für uns, weil sie der im Haag maßgebenden Kreise Stimmung wiederspiegeln, wie sie sich von vornherein dem Anbringen der Ligisten entgegenstellte. Die ganze Berechnung war von vorn an falsch angelegt. Schon hatte sich in den Gemüthern der Holländer im Zusammenhange mit der Entwickelung der Dinge im Osten ein Umschwung zugunsten des Kurfürsten von Brandenburg vollzogen;[2] und damit war zugleich alle Aussicht auf eine Verbindung mit dem geschworenen Feinde desselben, dem Neuburger und seinem Anhange gering geworden.

Und schon konnte, wer Augen hatte zu sehen, erkennen, was das Ende sein werde. Die Verbündeten gewannen bald genug selbst Kenntniß von der Wiederannäherung der Staaten und des Kurfürsten. Durch seine Verbindung mit den Hessen erfuhr Boineburg, daß den Branden-

---

[1] Weiman's Journal im Geh. St.-A. zu Berlin unter'm 14. November 1656.

[2] S. Droysen III, 2, Anm. 412: So fanget man auch in Holland an, das Werk anders zu begreifen und S. Kf. D. auf eine andere Weise zu konsideriren. S. ebenda S. 245.

burgern in Cleve die Assistenz der Holländer sicher sei, falls Condé einen Anfall auf sie wagen würde.[1]

Ende November waren nichtsdestoweniger Wilich und Viermund so weit gelangt, daß ihnen Gelegenheit in Aussicht gestellt wurde, ihre Proposition bei den General-Staaten anzubringen,[2] was denn auch wirklich am 5. December geschah.[3] Die beiden Gesandten hatten ihr von den drei deputirten Fürsten ausgestelltes Kreditiv eingereicht und wurden an dem genannten Tage mit einer vierspännigen Karosse nach der Generalität abgeholt, wo sie ihren Vortrag hielten: Als die Alliirten durch die vormalige kur-kölnische Gesandtschaft im Haag Nachricht erhalten von der Geneigtheit der General-Staaten zu einer näheren Defensiveinigung mit ihnen, wären sie, die Gesandten, von denselben hergesandt worden, um anzufragen, ob es beliebe, Zeit und Ort zu bestimmen, damit beiderseitige Bevollmächtigte das Werk zurhand nehmen und beschließen könnten. Man zweifele um so weniger an einer gewierigen Erklärung, als die Verfassung zu keines Menschen Offension, sondern nur zum gemeinen Besten und Schutze der allseitigen Lande und Unterthanen angesehen sei.

Nicht sofort erfolgte die Gegenerklärung, zu welcher man sich Zeit nahm.[4] Ziemlich unbeachtet brachten die Gesandten ihre Tage hin.

---

[1] Prinz Moritz Statthalter in Cleve hatte es dem Landgrafen Wilhelm geschrieben. Boineburg theilt es dem Pfalzgrafen am 27. November 1656 mit. — Düsseldorf. B. räth dabei: E. D. und die andern Kur- und Fürsten thun unterdessen sehr wohl, daß die Hollandesi an der Hand behalten werden, man wird sich auch hier nie separiren. — Zur Sache vergl. U. A. III. S. 101. Der staat. Gesandte Boreel in Paris wußte von ganz besonderen Anschlägen des Pfalzgrafen und des Prinzen Condé zu melden. Im Haag ließ man Weiman Warnungen zugehen: s. Weiman's Journal November 17, 1656. Droysen III, 2, S. 243.

[2] Wilich berichtet dies in einem Schreiben aus den letzten Novembertagen. — Münster.

[3] Nach Weiman's Journal und ab Alpen III. S. 300 ff. Bei Weiman die Proposition in holländischer Sprache. Sie wurde auch schriftlich eingereicht. Weimann stellt von vornherein dem ganzen Unternehmen der Ligisten ein ungünstiges Prognostikum. Er schreibt am 8. December: Man hat sie angehört, dürften aber endlich wenig ausrichten; am 12. December: Was die Kur-Kölnischen, Neuburgischen und Münsterischen dieserorts geproponirt zeigt der Beischluß. Es wird aber gar wenig Reflexion darauf genommen. Am gleichen Tage an den Prinzen Moritz: Die kölnischen Ligisten kommen allhie in wenig Konsideration und mögen E. F. G. deswegen wohl unbekümmert sein; und desgl. in seinen Nouvelles: Den Gesandten ist bis daher auf ihre Proposition keine Antwort widerfahren und wird die Zeit ausweisen, daß ihnen dabei gar übel gerathen. — Berlin.

[4] Weiman am 15. December an Schwerin: Die kölnischen Liguisten fangen an unwillig zu werden, weil man gar zu wenig nach ihnen umsieht. An Denselben am

Nahezu zwei Wochen verſtrichen, ehe ihnen eine Reſolution zutheil wurde. Gegen den 19. December[1] erfolgte dieſelbe und lautete dahin:

Man erwarte ſeitens der Staaten, daß ihnen von den Ingredienzien der Allianz im Haag Eröffnungen gemacht würden. Dann erſt könne man zu Verhandlungen ſchreiten, die Sache müſſe erſt an die einzelnen Provinzen gehen und, wenn man die gehört, werde man beſchließen, was man für beide Theile erſprießlich erachte.

Alſo dilatoriſche Behandlung der Angelegenheit. Man trug eben im Haag wenig Verlangen nach ſolchen Allianzen, ein rundes Nein wollte man nicht ausſprechen, um ſich nicht Feindſchaft der Antragſteller auf den Hals zu ziehen; man ſuchte demnach Zeit zu gewinnen und ſchob alles auf die lange Bank. Die Blicke der Holländer waren zur Stunde nach einer ganz anderen Richtung gewendet. An Maas und Niederrhein war wenig zu verlieren oder zu gewinnen, desgleichen in der weſtphäliſchen Tiefebene. Fern im Oſten aber und zur See war die Frage der großmächtlichen Exiſtenz zur Entſcheidung geſtellt. Freilich war andererſeits diejenige Partei, welche augenblicklich in den vereinigten Niederlanden die herrſchende genannt werden konnte, für das Programm abſoluter Ruhe und nur auf materielle Vortheile bedacht. Und weder die bekannten Geſinnungen des Biſchofs von Münſter noch die des Pfalzgrafen ſchienen für die Erhaltung der Ruhe Gewähr zu leiſten. Was aber die materiellen Vortheile anbelangt, welche eine Verbindung mit den Ligiſten bringen konnte, ſo waren dieſelben keineswegs höher anzuſchlagen, als diejenigen, deren man bei Beobachtung einer gegenſeitigen wohlwollenden Neutralität ohnehin ſicher war. Das Hinterland bedurfte friedlicher Beziehungen zu den Herren in Amſterdam weit eher, als dieſe zu jenem. Es war auf die holländiſchen Waaren und das gute Geld der reichen Kaufherren durchaus angewieſen und ſchon deshalb brauchten die Staaten nicht zu befürchten, daß die Ligiſten die angetragene Allianz als Prüfſtein für die Fortdauer eines friedlichen Verhältniſſes darbieten und eine Ablehnung zum Kriegsfall nehmen würden.

Der konfeſſionelle Geſichtspunkt kam, ſo viel ſich erkennen läßt, bei

---

29. December: Die kölniſchen Liguiſten richten noch wenig aus und werden wir damit wohl fertig. In den Nouvelles vom 2. Februar 1657: Die kölniſchen Ligiſten richten hier noch wenig oder nichts aus. — Berlin.

[1] Biſchof von Münſter an ſeinen Deputirten Wiedenbruck in Frankfurt am 28. December 1656. — Münſter. Ab Alpen a. a. O.: XIV kal. januarii: Expectari foederis conditiones, si quidem paratas habeant; ac tunc commissarios a se designatum iri, qui cum Legatis isthic Hagae tractent. Audito exin Provinciarum sensu staturos, quae utrique parti conducere videbuntur.

den Staaten ebensowenig in Betracht wie bei den katholischen Ligisten, welche sich, als sie die Einladung ergehen ließen, über alle bisherige Rücksicht auf denselben hinwegsetzten. Vielleicht, daß doch hin und wieder eine Stimme laut wurde, welche darauf hinwies, daß man durch eine Verbindung mit den sonst als Heißsporne auf religiösem Gebiet bekannten katholischen Fürsten von Münster und Neuburg am Ende das gute Einvernehmen mit dem konfessionell ebenso einseitigen puritanischen Protektor Cromwell in England verletzen könnte.[1]

Noch vor Jahresschluß traten die Vertreter der, in bezug auf das niederländische Allianzprojekt in arger Selbsttäuschung befangenen, Alliirten zu jener Konferenz in Koblenz zusammen, hauptsächlich mit der Absicht, über dieses Projekt in's Reine zu gelangen. Denn Wilich hatte aus dem Haag berichtet, ein vertrauter Freund habe dort gerathen, daß die Alliirten aus der Sache bald ein Ganzes machen sollten, da sonst zu besorgen stehe, daß die französischen, schwedischen und andere widerwärtigen Minister solches auf alle Weise zu verhindern und die General-Staaten an sich zu halten suchen würden.[2] Dort in Koblenz wurde eine neue Instruktion für die zu den Hauptverhandlungen mit den Staaten neu zu ernennenden Kommissare vereinbart. Etwa am 4. Januar 1657 ging dieselbe zur Begutachtung an die Prinzipale.[3] Die münste-

---

[1] In Kassel wenigstens dachte man an die Möglichkeit derartiger Erwägungen. Kanzler Vultejus an den hessischen Deputirten Badenhausen in Frankfurt am 10. (20.) Februar 1657: Sollten die Staaten mit einsteigen, welches doch wohl wegen Cromwell nicht wohl zu glauben, dürfte es Schwierigkeiten a parte Suecorum geben. — Marburg. Hingegen glaubte der Bischof von Münster, daß die „General-Staaten zu solcher Union sich jetzt um so eher einlassen möchten, weil der Protektor Cromwell wieder mit ungereimten Anmuthungen hervorkommt." — Postskript an Wiedenbruck vom 29. December 1656. — Münster.

[2] Bischof von Münster an Wiedenbruck am 28. December 1656. — Münster.

[3] Schmising und Zur Mühlen an den Bischof am 14. Januar 1657. — Münster. Das Schriftstück liegt unter der Bezeichnung Memorial loco instructionis in einem langathmigen („gar so weitläufig und spezifirt") Entwurf von 18 Punkten in den Akten des St.-A. Münster vor. Bemerkenswerth ist die wohl gegen den brandenburgischen Anfall auf den Neuburger vom Jahre 1651 gerichtete Anspielung, „daß man wirklich verspürt habe, daß wider einige Stände allerhand Vergewaltigungen dem Friedenschluß zuwider vorgenommen worden." Ferner folgende Bestimmungen: Keiner soll den Feinden des Andern Beistand leisten noch Werbungen gestatten, auch keine Bündnisse zum Nachtheil des Andern eingehen. Innerliche Empörungen zu dämpfen. Die Alliirten wollen 3000 Mann z. F. und 1000 Reiter, eventuell 500 Mann mehr nach Wahl der Waffengattung stellen, erwarten aber von den Holländern ein Drittel mehr als Gegenleistung. Innere Organisition des Bundesheeres etwa nach Maßgabe des kölnischen Recesses von 1654. Die Religion habe mit diesem rein politischen Werke nichts zu thun. Normaljahr 1624. Kaiser und Reich von den Zwecken des Bundes auszuschließen. Nur wirklicher Besitzstand soll entscheidend sein,

rischen Gesandten hatten keinen Antheil an dem Machwerk, da sie sich verweilt hatten und erst später erschienen. Da sie eine Reihe Monita von ihrem Herrn mitbrachten, wurde am 15. Januar nochmals über eine Instruktion berathen[1] und eine Grundlage für dieselbe gewonnen. Die neue Fassung wird wesentlich kürzer und einfacher gewesen sein.[2]

Was die nunmehrige Stellung der einzelnen Mächte zu dem ganzen Projekte, wie sich dieselbe bei diesen Verhandlungen überhaupt offenbarte, anbetrifft, so hatte Trier zu weiteren Verhandlungen mit den Staaten wenig Lust an den Tag gelegt, Köln einigen Aufenthalt zu verursachen gesucht. Hingegen hatte Mainz einen Feuereifer zur Schau getragen. Man müsse, so hatte sein Vertreter erklärt, ganz nothwendig mit diesen Verhandlungen einen Anfang machen und sie noch diesen Winter zu Ende führen. „Wenn Mainz mit Neuburg und Münster erst einig, werden die Andern bald folgen; wenn sie im Wasser, werden sie auch schwimmen müssen, und Niemand wird bei den Holländern den Namen haben wollen, daß es an ihm wegen der Allianz mangele." Als sich dann am 15. Januar erst die Münsterischen vernehmen ließen, war besonders ihre Erklärung beachtenswerth, daß man den Staaten die völlige Bundesmannschaft anbieten müsse; wenn man sich ihnen geringer schätze, würde man sich „außer Aestimation stellen." Man dürfe aus ebendemselben Grunde auch nicht mehr an Mannschaft von ihnen begehren, da man sich mit ihnen par pari halte. Vor allen Dingen komme es darauf an, die Reputation zu wahren, und dürfe man ja nicht

---

daher die Lande über Maas, worüber die Holländer mit den Spaniern noch in Zwist, nicht mit in Betracht kommen und die Alliirten wegen dieser sich zu nichts verbindlich machen wollen. Auch Seesachen auszuschließen und nur, wenn feindliche Völker von der See an's Land gesetzt werden, soll Hülfe geleistet werden.

[1] Protokoll in Münster. Resolution: Nur ganz allgemein von Vergewaltigungen zu reden, um nach keiner Seite hin Anstoß zu erregen. Nicht die Bezeichnung Allianz oder Bündniß zu gebrauchen, sondern nur etwa mutuelle Defension, nachbarliche Zusammensetzung oder dergl., um im Reich und bei den Unkatholischen kein Aergerniß zu erwecken. Von innerlichen Empörungen ganz zu schweigen, damit die Staaten hierdurch nicht veranlaßt würden, sich in Staats- und Regierungssachen der Verbündeten zu mischen. 5000 Mann z. F. und 1200 z. R. anzubieten und von den Staaten ein gleiches zu verlangen. Den westphälischen Frieden und das Normaljahr 1624 gar nicht zu erwähnen (der Vertreter Neuburgs, von dem dieser Artikel herstammte, entschloß sich erst nach langem Zaudern zu dieser Streichung). Nur ganz generell auszudrücken, daß man mit allen Religionssachen nichts zu schaffen haben wolle. Der Lande über Maas nicht zu gedenken. Und schließlich alle Seesachen ohne Einschränkung auszunehmen und darüber erst Erklärungen seitens der Staaten abzuwarten.

[2] Eine Redaktion von fünf Punkten in den münsterischen Akten. Sie wird dem Original am nächsten kommen, welches freilich nicht vorliegt.

merken lassen, daß man nicht einmal imstande sei, die nöthigen festen Plätze zu besetzen. Wenn der Bischof allein mit Jenen verhandeln sollte, würde er ihnen wenigstens 2000 Mann anbieten.

Am 16. Januar gelangte man zu dem einhelligen Beschluß, seitens sämtlicher fünf Alliirten eine feierliche Gesandtschaft nach dem Haag abzuordnen, welche spätestens am 4. Februar dort eintreffen sollte, damit man mit den Verhandlungen einen Anfang machen könne.[1] Wilich und Viermund, die Vertreter Münsters, Neuburgs und Kölns, hielten sich noch im Haag auf. Aber noch Ende Februar hatten weder von Mainz noch von Trier Abgeordnete sich zu ihnen gesellt. Christoph Bernard, welcher das allergrößte Interesse an der Verwirklichung des Projektes nahm (denn schon rüstete die Stadt Münster an einer Gesandtschaft zu den General-Staaten, welche den Schutz derselben gegen den Bischof und gleichermaßen wie dieser um eine Allianz nachsuchen sollte), drängte die Mainzer zu schleunigerem Verfahren.[2] Wirklich erhielt darauf Philipp Otto v. Herzelles vom Kurfürsten Kommission nach dem Haag.[3] Derselbe ging am 7. März in Begleitung eines Herrn v. Greifenklau rheinabwärts zu Schiffe nach Holland ab.[4] Auch der Kurfürst von Trier hatte ihm sein Votum übertragen.[5]

Darauf konnten denn nun von dieser Dreimännerkommission der Alliirten den General-Staaten nähere Vorschläge unterbreitet werden.

---

[1] Extrakt aus dem Protokoll vom 16. Januar 1657 in Münster.

[2] Briefe von ihm an Johann Philipp und Boineburg vom 23. Februar. — Münster.

[3] Boineburg an den Pfalzgrafen am 28. Februar. Auch Philipp Wilhelm trieb zur Eile am 7. März. — Düsseldorf.

[4] Bisping meldet es am 14. März dem Bischof Christoph Bernard aus Frankfurt. — Münster. Greifenklau galt vor der Ankunft als Hauptbevollmächtigter des Mainzers. Vegilin, ein Kabinetssekretair des Grafen Wilhelm Friedrich von Nassau-Diez zu Groeningen, schreibt an den Statthalter der deutschen Lande desselben Oberst von Hohenfeld am 26. Februar (18. März): Sucht Herr von Greifenklau eine Allianz, so wird ihm die Zeit wohl lang fallen, bis solche zur Perfektion kommt, insonderheit wenn er keine gute Adresse hat. Die Sache muß aus der Generalität an alle Provinzen kommen, da sie dann auf den ordinari Landtagen erst examinirt wird und soviel Köpf und Bedenken darüber kommen, die die Sache oft mehr zurück als vor sich treiben. Ist dann eine Provinz, so keine Lust zur Sache, so ist alle Müh und Arbeit umsonst. — Wiesbaden.

[5] Ab Alpen III. S. 313 erwähnt noch als Vertreter des Kurfürsten von Köln den Domherrn Adrian Walenburg und den rheinberger Kommandanten Bockhorst, wohl irrthümlich; es wird eine Verwechselung mit der früheren Gesandtschaftsmission sein. Die Genannten haben auch nicht die gleich zu erwähnende Proposition unterschrieben und verlautet überhaupt nichts von ihrer Thätigkeit in den mir vorliegenden Akten.

Am 23. März legte dieselbe in feierlicher Form vor der Generalität die Proposition ab, diesmal in lateinischer Sprache.[1]

Ein Meisterstück politischer Phraseologie. Unter einem Schwall angenehmer Versicherungen werden zunächst die beiderseitigen gemeinsamen Interessen hervorgehoben, ja der nationale Zusammenhang betont[2]; beides erfordere eine Vereinigung zu Friedenszwecken. Es herrsche zwar seit dem Frieden von Münster und Osnabrück zur Stunde noch verhältnißmäßige Ruhe, aber groß sei der Wechsel in den menschlichen Dingen und die Unbeständigkeit. An Friedensstörern fehle es ja nicht, und die von diesen drohenden Gefahren könnten einen Theil so gut wie den andern einmal in Mitleidenschaft ziehen. Hiergegen könne nur ein beiderseitiges engeres Bündniß sicher stellen, Niemandem zu Schaden oder Nachtheil, nur zu beiderseitiger Ruhe und Beschirmung.

Nicht sofort beantwortete die Generalität diesen Vortrag, man ließ sich zuvor noch nähere Erklärungen darüber geben, wie man sich seitens der Alliirten ein solches Bündniß gestaltet denke. Dies geschah am 9. April.[3]

---

[1] Abschriftlich in Düsseldorf und Berlin. Abdruck bei ab Alpen a. a. O. (nicht bloße Analyse, wie Köcher S. 223 Anm. 1 meint, wohl wegen der Worte haec fere perorarunt).

[2] non tantum vicini sed etiam gens una sumus, una utrique origo est, idem ingenium, eadem sectamur pacis et bonorum, quae pacem sequuntur, studia.

[3] Das Aktenstück darüber befindet sich abschriftlich im Geh. St.-A. zu Berlin unter der Bezeichnung Voorslagk gedaen bij de affgesante (van) de geconfoedereerde ceur-ende fursten van de belieffde alliance deffensive. 1. Gemeinsame Abwehr etwaiger Gefahren. 2. Zu keines Menschen Offension, viel weniger Unruhe zu erregen, nur Manutenenz gegen unbillige Gewalt, und zwar bezüglich aller Lande und Provinzen, die man gegenwärtig in festem, ruhigem Besitz habe, in Konformität mit den Friedensverträgen v. J. 1648. 3. Auf Erfordern ist die Hülfe thatsächlich zu leisten, Gewalt mit Gewalt abzutreiben. 4. Anzahl der beiderseits zu stellenden Hülfstruppen noch näher zu bestimmen. 5. Deren Verstärkung für den Nothfall bleibt vorbehalten. 6. Entsteht der Krieg in den Niederlanden, so sollen die Auxiliarvölker der Ligisten mit ihren Offizieren unter dem Befehl der Hochmögenden und des Generals derselben stehen. Die Gerichtsbarkeit soll jedoch derjenige Offizier handhaben, welcher das bezügliche Kontingent befehligt. Und umgekehrt, falls die Staaten ihre Hülfe in der Alliirten Lande senden. Jedoch soll der das Hülfskorps kommandirende Offizier stets die zweite Stelle gleich hinter dem General der Territorialarmee einnehmen. Das Hülfskorps soll weder getrennt oder getheilt noch in Garnison gelegt werden ohne Einwilligung seines Kommandirenden. Um Eifersucht und Verstimmung zu verhüten, soll bei Märschen und Auswahl der Quartiere Alternirung der beiderseitigen Truppentheile statthaben. 7. Sold und Unterhalt der Völker gewährt deren Herr bis zum Einmarsch in's Gebiet des Angegriffenen. Kommissare sollen Geldvorrath mit in's Feld nehmen. 8. Das grobe Geschütz, den Artilleriepark mit der Munition, Offizierwagen und Bagage muß der Herr des Landes stellen, in welchem agirt wird. Jedes Kontingent soll aber für sich drei Regimentsstücklein auf

Von der Generalität ging die Angelegenheit alsdann an die einzelnen Provinzen.[1] Damit war denn zunächst das Signal zu längerem Abwarten für die Gesandten der Alliirten gegeben. Denn mit den Provinziallandtagen pflegte es gemeiniglich sehr langsam einherzugehen; etliche Provinzen hielten überhaupt nur einmal im Jahre ihren Landtag. Holland verhielt sich kaltsinnig, Seeland und Friesland waren dem ganzen Werke durchaus abgeneigt,[2] denn man vermuthete, daß es dem Kurfürsten von Brandenburg widerwärtig sei.[3]

Man war nicht gerade abgeneigt, mit den Ligisten in gutem nachbarlichen Verhältniß zu leben, hatte aber keine Lust, sich in ihre Querelen zu mischen. Ein anderes Gesicht würde die Sache gewinnen, wenn man etwa mit Frankreich in Streitigkeiten käme.[4]

Aber auch an den Rath von Staaten wurde die Sache aus der Generalität gebracht (Resolution vom 16. Juni), welcher dann am 21. Juni sein Gutachten dahin abgab, daß er sehr gern von der Hochmögenden Absicht Kenntniß genommen habe, mit Mainz, Trier, Köln, Münster und Neuburg in eine Defensivallianz zu treten, und auch seinerseits der Ansicht sei, daß ein solches Bündniß, wenn es nur auf recht-

---

je 600 Mann mitbringen. 9. Zeitdauer der Vereinigung soll noch vereinbart werden. 10. Die Alliirten wollen mit der Seepolitik der Holländer nichts zu schaffen haben; wenn aber fremde Kriegsvölker in einer der sieben Provinzen der Niederlande gelandet und auf diese Weise den Staat zu Lande angreifen würden, alsdann solle der Sukkurs in Kraft treten.

Schließlich reserviren die Alliirten den dem Kaiser und Reich schuldigen Respekt und Gehorsam.

[1] Vegilin an Hohenfeld am 17. (27.) März: Von den Mainzischen, Pfalz-Neuburgischen und andern übrigen ist an die Provinzen Rapport gethan, welches noch viel Zeit und Weile kosten wird, ehe das Kind zur Welt kommt. Am 26. März (5. April): Die Herren Abgesandten von Kur-Mainz, Trier und Köln haben eine Konferenz gehabt; es ist eine langweilige Sache, mit uns zu traktiren: viel Wasser wird noch den Rhein herablaufen, bis alles zum Effekt kommt. — Wiesbaden.

[2] Weiman an den Kurfürsten von Brandenburg am 27. März. — Berlin. Vegilin an Hohenfeld am 17. (27.) April aus Lewarden: Unsere Friesen halten ja gar nichts davon. — Wiesbaden.

[3] Ab Alpen a. a. O. III § 28. Bemerkenswerth ist dagegen, wie der große Kurfürst, so oft auch Weiman in seinen Berichten der kölnischen Ligisten Erwähnung thut, in seinen Erlassen an diesen niemals auch nur mit einem Worte davon Notiz nimmt; er sah wohl den Erfolg dieser Verhandlungen im Haag voraus.

[4] Vegilin, der stets sehr gut unterrichtet war, an Hohenfeld am 17. (27.) April. Nach dieser Schilderung der Stimmung fährt er fort: Ich möchte wohl wissen, wer den Herrn Kurfürsten zu hiesiger Allianz gerathen; der gute Mann muß den Handel nicht verstehn. Es wird auf ein la mi auslaufen, oder es müßten schon Veränderungen vorfallen. Pfalz-Neuburg sucht Kur-Brandenburg einen krummen Sprung zu machen; wir werden einander bald besser in die Karte sehen. — Wiesbaden.

mäßigen und sicheren Bedingungen beruhe, nicht allein zur Reputation, sondern mehr noch zu Vortheil, Schutz und Sicherheit des Staats gereichen könne. Doch sei der von den Gesandten der Alliirten eingereichte „Vorschlag" zu modifiziren.[1] Vor allen Dingen aber müsse man überhaupt authentische Abschrift des Bundesinstrumentes zu sehen bekommen, um beurtheilen zu können, ob in demselben etwa eine Bestimmung enthalten sei, welche der reformirten Lehre und deren freien Ausübung präjudizire. Auch werde man von vornherein Stellung nehmen müssen zu etwa vorhandenen oder noch auftauchenden Plänen der Alliirten wegen Herbeiziehung oder Ausschlusses weiterer in der kölnischen Allianz bisher noch nicht begriffenen Stände.

Auf dieses Gutachten des Raths von Staaten und die darin enthaltenen Modifikationsvorschläge wurde sodann der unter dem 9. April von der ligistischen Gesandtschaft eingereichte „Vorschlag" abgeändert[2] und den Provinzen eingereicht,[3] welche nunmehr dem Werke in dieser Form ihre Zustimmung nicht versagten. Am 4. August verhandelte wiederum die Generalität über dieses Ergebniß bei den Provinzen und

---

[1] Bevor man wirklich die Hülfe leiste, wären doch wohl erst Vermittelungsverhandlungen zu versuchen oder es müßte, wie zuweilen üblich, speziell in den holländisch-dänischen und holländisch-brandenburgischen Bundesinstrumenten ausgedrückt sei, ein Termin für Eröffnung der Feindseligkeiten bestimmt werden, binnen welchem Gelegenheit zu Sühneversuchen gegeben sei; 4000 Fußsoldaten und 1000 Reiter seien als gegenseitige Leistung zu stipuliren, kein Geldersatz dafür zuzulassen. Bei den einzelnen Kontingenten müsse Geldvorrath auf drei Monate gehalten werden. Jeder der Alliirten dürfe in der andern Lande Land- und Seevolk werben, solches aber müsse den beiderseitigen Feinden verboten werden. Ferner sei festzustellen, ob die Allianz die darin genannten Fürsten nur persönlich oder auch deren Nachfolger mit verbinden solle. Seesachen seien nicht so absolut bis auf den Landungsfall auszuschließen, die Interessen des Staates seien nur zu sehr an die maritimen Beziehungen geknüpft, um hierin nicht alle möglichen Sicherheiten stipuliren zu müssen. Auch bei Blokaden müßte der Assistenzfall eintreten und der Bundesnotel eine darauf bezügliche Bestimmung eingerückt werden. Verträge zum Nachtheil dieser Verbindung dürften nicht geschlossen werden. Auch soll ausdrücklich verstattet bleiben, gegebenen Falles den Protektor von England auf grund von § 15 des mit diesem getroffenen Vergleichs, wie auch andre verbündete (also auch den Brandenburger) und neutrale Fürsten mit in den Bund aufzunehmen. — Das Schriftstück d. d. Haag den 21. Juni 1657 im Geh. St.-A. Berlin (aus den haagischen relationibus vom 7. August 1657), desgl. im St.-A. Marburg.

[2] geelucideert, geamplieert ende gealtereert.

[3] An Holland und Westfriesland speziell am 31. Juli. Extract uyt de secreete resolutien van de heeren staaten van Holland ende Westvriesland en Haer Gr. Mo. vergaderinge genomen mit der Elucidatien, ampliatien op den voorslach gedaen by Affgesanten, vom 31. Juli 1657. — Koblenz und Berlin.

die Angelegenheit ging zu näherer Prüfung an eine Kommission.[1] Hier ist dann die Elucidatie durchgearbeitet und mit neuen Zusätzen versehen worden.[2] Auf die Kunde hiervon begaben sich Viermund und Wilich, in der Meinung, die Sache lasse sich wohl an, vom Haag weg, um ihren Herren Bericht abzustatten.[3] Währenddem ging der veränderte Entwurf zum zweiten Male von der Generalität an die Provinzen. Holland übergab am 6. August sekrete Bedenken, Seeland, Friesland und Groeningen hielten mit ihren Gutachten zurück.[4]

Auf diesem Wege ist dann die ganze Angelegenheit schließlich in's Stocken gerathen. Es traten zugleich politische Verhandlungen und Ereignisse dazwischen, welche ganz von selbst beiden Theilen rathsam erscheinen ließen, das von vornherein unnatürliche Projekt einer gegenseitigen engeren Verbindung aufzugeben.

Zunächst erhoben sich recht zur Unzeit zwischen den vereinigten Niederlanden und dem Pfalzgrafen von Neuburg Differenzen wegen der in Nordbrabant an den Ufern der Maas hingelagerten Herrschaft Ravenstein.

Als Territorialherr über dieselbe schaltete der Pfalzgraf als Rechtsnachfolger der alten clevischen Herzöge, nachdem ihm das Ländchen in dem brandenburgisch-neuburgischen Provisionalvergleich vom Jahre 1614 zugefallen war. Seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts waren die Besitzer der Herrschaft Lehensmannen der Herzöge von Brabant wegen derselben gewesen. Und über diese Lehenshoheit war es zwischen

---

[1] Extract uyt het register der resolutien van de Ho. Mo. heeren Staten General der vereeniehde Nederlanden. — Koblenz.

[2] Das Schriftstück abschriftlich in Koblenz. Man einigte sich hier zu dem Vorschlage, ein gegenseitiges Hülfskontingent von 3000 Mann z. F. und 1500 z. Pf. zu stipuliren, ohne ein Geldäquivalent zu gestatten. Dreimonatlicher Geldvorrath zur Besoldung ꝛc. der Truppen. Auf sechs Jahre soll die Allianz bemessen sein, ein Jahr vor Ablauf muß über die Fortdauer verhandelt werden. Wenn die Niederlande zur See angegriffen werden, sollen die Verbündeten ein Geldsubsidium gewähren, welches dem Werthe der stipulirten Mannschaft gleichkommt, wobei es einerlei sein soll, ob die Feinde eine Landung unternehmen oder zur See operiren. Auch will man begehren, daß mindestens in einem Geheimartikel festgestellt werde, daß die verbündeten Reichsfürsten für den Fall eines Angriffes durch Kaiser oder Reich oder in deren Namen auf die Niederlande gehalten sein sollen, die versprochene Hülfe effektiv ohne jede Einschränkung zur Verfügung zu stellen.

[3] Agent Johann Hessingh an den Kurfürsten von Trier am 10. August. — Koblenz. Herzelles ist noch Ende August im Haag anwesend.

[4] Vegilin an Hohenfeld am 6. (16.) August aus dem Haag. — Wiesbaden. Er bemerkt dabei: Wenn Kur-Köln sich wollt mit uns (d. h. wohl dem Prinzen Wilhelm Friedrich von Nassau-Diez Statthalter in Friesland, es handelte sich wohl um Privathändel) fügen, so hoffte ich, daß die Friesen wiederum ihr bestes thun sollten.

den General-Staaten und den spanischen Niederlanden zum Rechtsstreit gekommen, welcher bislang noch nicht ausgetragen war. Die Hochmögenden behaupteten nämlich die Zugehörigkeit des Ländchens zu der Meierei Herzogenbusch und verfuhren während der Litispendenz höchst willkürlich in der Weise, daß sie Ende Juli 1657, also gerade zu einer Zeit, wo sich das Allianzprojekt der Ligisten anscheinend etwas besser anzulassen begann, eine Resolution faßten, wonach die Herrschaft Ravenstein in geistlichen und politischen Sachen einer Reformation unterworfen werden sollte, d. h. sie suchten nicht nur lehnsoberhoheitliche, sondern rein landesherrliche Befugnisse geltend zu machen. Hiergegen lehnte sich nicht mit Unrecht der Pfalzgraf, zumal dabei seine katholischen Gefühle einen heftigen Stoß erleiden sollten, auf. Die Ansprüche wegen Herzogenbusch erkannte er mit nichten an und dann bestritt er selbst für den Fall, daß solche obwalten könnten, den Holländern die angemaßten Jurisdiktionsrechte nach dem Grundsatze quod feudum nullam tribuat jurisdictionem. Und zu geistlichen Reformationen, so deducirte er, hätten Jene um so geringere Berechtigung, weil die Herrschaft von jeher in spiritualibus dem Bischof von Lüttich unterworfen gewesen sei.

Im August 1657 ließ Philipp Wilhelm daher durch seine und seiner Alliirten Gesandte im Haag Vorstellung unterbreiten wegen Abstandnahme von dieser ihm höchst präjudizirlichen Resolution.[1] Die Reise Viermunds nach Düsseldorf stand wohl in nahem Zusammenhange mit dieser Angelegenheit. Auch an die zu Frankfurt versammelten Allianzräthe ließ der Pfalzgraf die Sache gelangen, welche denn auch ihrerseits die Gesandten im Haag anwiesen, gegen derartige Eingriffe in die guten Rechte des Pfalzgrafen Beschwerde zu erheben.[2] Sie unterstützten diesen Schritt noch durch eine besondere Note an die Staaten selbst,[3] worin die Rechte des Pfalzgrafen einer Beleuchtung unterzogen wurden und zugleich unter Hinweis auf die so wünschenswerthe Erhaltung freundnachbarlichen Einvernehmens die Bitte ausgesprochen war, jene böse Resolution zurückzuziehen und inskünftig dergleichen Neuerungen ganz zu unterlassen. Kurze Zeit darauf beabsichtigen die alliirten Fürsten selbst, ein Abmahnungsschreiben nach dem Haag zu senden.[4] Und wurde in der That ein solches Schriftstück in der kur-mainzischen Kanzlei verfaßt (am 25. August). Der Ton, in welchem dasselbe gehalten, ist

[1] Erlaß an die Gesandten vom 7. August 1657 mit Darstellung des Rechtsverhältnisses wie oben. — Koblenz.

[2] Am 14. August. — Münster. Es ist in dem Schreiben auch die Rede von nicht näher bezeichneten Beschwerden des Kurfürsten von Trier gegen die Staaten.

[3] Gleichfalls vom 14. August. — Münster.

[4] Der Kurfürst von Trier an Herzelles am 23. August. — Koblenz.

schärfer und herber geworden. Statt höflicher Bitte die spitze Wendung, daß man solche Fragen nicht durch einseitige Resolutionen, sondern, wie in dergleichen Fällen der Vernunft und dem Herkommen gemäß, bei nachbarlicher Kommunikation durch gütliche Unterrichtung austrage.[1] Mit bemerkenswerther Eile von sämtlichen Alliirten vollzogen, ging das Schreiben aus der Hand des Bischofs von Münster am 1. September an den Agenten Hessingh im Haag zur Beförderung an seine Adresse ab.

Weiteres Eingehen auf diese Angelegenheit wird hier nicht erforderlich sein. Es genüge, zu erwähnen, daß die Holländer niemals ihre Ansprüche auf Ravenstein aufgegeben haben,[2] am allerwenigsten auf derartige Eingaben der Alliirten, deren politisches Unvermögen von ihnen gerade bei jenen Verhandlungen wegen der Allianz erkannt worden war. Die Folge war eine gründliche Verstimmung des Pfalzgrafen und seiner Alliirten.

Aber auch auf einer anderen Seite spitzte sich deren Verhältniß zu den Staaten zu weiterer Abneigung, ja fast zu offenen Feindseligkeiten zu. Und bemerkenswerth genug, gerade auf der Seite, von welcher das ganze Allianzprojekt Anregung gefunden hatte. Dies führt uns wiederum zu den schlimmen Verwickelungen des Bischofs Christoph Bernard mit seiner Stadt Münster.

Als hier die beiderseitige Spannung durch gemeinsame Schuld[3] einer Krise immer näher zuzuführen schien, versäumte der Bischof erklärlicherweise nicht, der Vortheile, welche ihm die mit so schwerer Mühe und mit vollbewußten Zwecken von ihm selbst mitgeschaffene Allianz in Aussicht stellen konnte, sich zu versichern. Anlaß zur Requisition dieser Bundeshülfe gab ihm das gleichsam wie ein Gegenzug gegen die Schickung der Alliirten nach dem Haag erscheinende sehr bedenkliche Unterfangen der Bürgerschaft zu Münster, daß sie auf den Rath der Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck Ende April 1657 auch ihrerseits eine Gesandtschaft an die General-Staaten abordneten, um diese zu bitten, sie mit zu Genossen des am 25. October 1646 mit der Hanse geschlossenen

[1] Abschriftlich in Münster d. d. 25. August 1657.

[2] Noch im vorigen Jahrhundert hielten sie auf grund besonderer Verträge mit der Regierung der spanischen Niederlande, wonach ihnen die Souveränität über das ganze holländische Brabant zugestanden worden war, zu Ravenstein eine Besatzung und einen Einnehmer für den Maaszoll. Auch eine reformirte Kirche, deren Prediger von Herzogenbusch hingesetzt wurde, war das Resultat jener Reformation in geistlichen Dingen, der sich der Pfalzgraf so lebhaft widersetzte. Vgl. Bruzen la Martinière, Dictionaire geogr. et critique. Deutsche Ausgabe Leipzig 1748, IX.

[3] Auf die ganze Angelegenheit tiefer einzugehen, verbietet der engere Rahmen dieser Abhandlung. Zur Sache vergl. die Werke ab Alpens und Tückings.

Bündnisses aufzunehmen. Am 9. Mai reichten die städtischen Gesandten, unterstützt von dem allezeit die Interessen der Unterthanen gegen ihre Landesherren vertretenden Leo v. Aitzema ihre Proposition bei den Staaten ab. Nun begannen Spiel und Widerspiel der binnen kurzer Zeit zweimal im Haag erscheinenden Gesandten der Stadt und des vom Bischof abgeordneten Obersten Wilich, welchen seine ligistischen Kollegen unterstützten. Letztere mußten schließlich das Spiel aufgeben. Allmählich mußte ihnen die Ahnung kommen, daß nicht die Liga der Fürsten am Rheinstrom, sondern die rebellische Stadt bei diesem Wettkampf um die Gunst der Hochmögenden den Sieg davontragen würde. Anfangs freilich schien es, als ob die Staaten einer Diversion zugunsten der Stadt nicht allzu geneigt zustimmen würden. Aber die Ereignisse drängten zur Entscheidung. Schon halfen nichts mehr die Versuche der münsterländischen Ritterschaft, durch einen Sühnevergleich die entzweiten Parteien zu vereinigen. Ohne Wirkung blieb ferner das vom Bischof ausgewirkte Schreiben der Reichsvikare, worin sie die Stadt abmahnten, bei fremden Staaten Hülfe zu suchen.

Da scheint vonseiten der Alliirten dem Bischof, welcher weder aus noch ein wußte, der Rath zu bewaffnetem Einschreiten, zu gewaltsamer Lösung des Knotens anhand gegeben worden zu sein.[1] Wenigstens waren sie, als der Bischof die Hülfe begehrte, auf den Augenblick bereit dieselbe zu leisten. Allen voran der Pfalzgraf Philipp Wilhelm.[2] Und die geistlichen Kurfürsten standen nicht zurück. Am 1. August erhielten die kur-kölnischen Völker Marschordre in's Münsterland, ohne besondere Requisition des Bischofs.[3] Korff-Schmising reiste in dessen Auftrag zu Anfang August bei den Alliirten herum, deren „Rath in

[1] Wenn anders dem Biographen des Bischofs ab Alpen Glauben beizumessen ist — und er konnte und mußte das wissen, da ihm als Domdechanten zu St. Martini in Münster Geheimen Rath General-Vikar und Siegelbewahrer des Bischofs die Ereignisse jedenfalls bekannt waren. Er berichtet überhaupt auch sonst gewissenhaft, so viel sich bei Vergleich mit den von ihm benutzten und noch vorhandenen Archivalien erkennen läßt. Uebrigens erwähnt auch der Bischof selbst in einem Schreiben vom 24. August 1657 (St-A. Hannover) an die drei regierenden Herzöge von Braunschweig, daß er sich habe entschließen müssen, die Stadt „mit Vorwissen, Rath und Assistenz der korrespondirenden Kur- und Fürsten des kur-rheinischen und westphälischen Kreises zu schuldiger Bezeugung des Gehorsams zu bringen."

[2] Er schreibt am 25. Mai 1657 an den Bischof, daß er sich nach Schluß des jülich-bergischen Landtages „in mehrere Verfassung stellen" wolle; er habe Viermund im Haag angewiesen, die Bemühungen Wilichs in der Angelegenheit gegen die Stadt Münster, für welche die General-Staaten nunmehr Partei ergreifen, bestens zu unterstützen. — Münster.

[3] Franz Egon von Fürstenberg an Matthias Korff-Schmising. — Münster.

dieser wichtigen Materie zu begehren." Er überbrachte wohl das Gesuch des Bischofs um thätigen Beistand. In Düsseldorf rieth Reuschenberg, die Requisition schleunigst ergehen zu lassen.[1] Sie war bereits unterwegs. Am 5. August hatte der Bischof dieselbe an sämtliche Bundesgenossen abgefertigt.[2] Zu Frankfurt auf der Reichsdeputation ließ Fürstenberg fallen, daß die Alliirten gegen 14000 Mann aufbringen würden, um die Stadt Münster „gegen ihren Bischof wieder in Raison zu bringen."[3] Thatsächlich aber waren es nur 5300 Mann, die als Bundesaufgebot am 19. August vor den Thoren der Stadt Münster anlangten. Davon stellten Kur-Köln und Pfalz-Neuburg je 2000 Mann, Mainz 800 und Trier 500. Sie führten 14 Feldstücke mit. Das Oberkommando lag in der Hand des neuburgischen General-Wachtmeisters v. Goltstein.[4]

Man wird an dieser Stelle keine eingehende Schilderung der Einzelheiten erwarten dürfen, aus denen sich die nun folgende Belagerung der Stadt zusammensetzte, welche unter einem heftigen Bombardement und theilweise ziemlich blutigen Ausfällen bei beiderseitiger lebhafter Erbitterung sich abspielte.[5]

Neben der offenen Gewalt versuchten die Alliirten auch mehrfach diplomatische Verwendung, aber in ihrer Art herrisch und drohenden Tones. Ein Schreiben vom 21. August, welches am 6. September seinen Weg in die Stadt fand, forderte die Bürgerschaft als Einwohner einer bischöflichen Munizipal- und Landstadt auf, in der Frage wegen Einnehmung einer landesherrlichen Besatzung (dies war das hauptsächliche Ansinnen des Bischofs) sich nicht länger halsstarrig zu erweisen. Inzwischen boten auch die General-Staaten ihre Vermittelung an, das erste Ergebniß der flehentlichen Bitten und Anerbietungen der bedrängten Stadt. Der Bischof lehnte trotzig ab. Ein nach dem Haag entkommener Deputirter der Bürgerschaft empfing daselbst lebhafte Aufmunterung, weshalb er von dort aus seine Mitbürger zur Standhaftigkeit ermahnte: die Staaten würden alsbald mit ihrer Hülfe zur Stelle sein (Anfang September). Zuvor beschlossen jedoch die Hochmögenden, vier Abge-

---

[1] Korff-Schmising aus Bonn an den Bischof am 5. August. — Münster.

[2] Geht aus der Antwort des Kurfürsten von Köln vom 10. August hervor. — Münster.

[3] Der braunschweig-kalenbergische Deputirte Otto Ottens an Herzog Georg Wilhelm seinen Herrn am 11. (21.) August. — Hannover.

[4] Authentische Relation vom 16. (26.) August 1657 in den Akten des St.-A. Münster. Sie wurde vom Bischof den drei braunschweiger Herzögen gesandt.

[5] Ausführliches bei ab Alpen, Tücking und im Theatrum Europaeum.

ordnete mit Vermittelungsvorschlägen an den Bischof zu entsenden; im Falle einer Ablehnung derselben sollte dann ein gewaltsamer Entsatz der Stadt in Scene gesetzt werden. Unterdessen hatten die Alliirten ein neues Drohmanifest an die Stadt erlassen, um sie zur Unterwerfung zu bringen. Die Ankunft neuer 1000 Mann Bundestruppen gab dieser Aufforderung einigen Nachdruck. Da erschienen an der Landesgrenze jene vier Deputirten der Staaten und baten um freies Geleit. Der Bischof entschloß sich zu einer Zusammenkunft mit ihnen, welche am 5. October zu Ahaus stattfand.

Auf die ernstliche Abmahnung Jener vor dem Fortschreiten in weiteren Thätlichkeiten lehnte Christoph Bernard vornehm jede Einmischung in seine Angelegenheiten ab, schickte aber sofort den Oberst Wilich seinerseits nach dem Haag, um dort die Stimmung zu seinen Gunsten umarbeiten zu lassen. Dort aber mußte Wilich das Ultimatum hören: Entweder nehme sein Herr die Vermittelung an oder die ernstlichen Folgen seiner Weigerung auf sich. Gleichzeitig erhielten von der holländischen Armee 53 Kompagnien zu Fuß und 47 zu Pferd Ordre, unter Befehl des Wild- und Rheingrafen gen Burgsteinfurt aufzubrechen und die dort verweilenden vier staatischen Deputirten auf Münster zu begleiten (16. October). [1]

Hierdurch endlich fühlte der Bischof sich bewogen, die ihm mittlerweile von der Ritterschaft des Landes vorgelegten Vergleichsbedingungen anzunehmen (Vertrag zur Geist vom 20. Oct. 1657 vgl. Theatr. Europ. VIII 29 ff.). Damit war denn auch aller Sukkurs der Alliirten überflüssig geworden. Das Herannahen der holländischen Truppen vereitelte die Vollführung jener glänzend geplanten Demonstration von Bundeswegen; die Kontingente der einzelnen Verbündeten kehrten in ihre Heimath zurück.

Immerhin hatte die Allianz der Welt offenbart, daß ihr Aufgebot nicht nur auf dem Papier verzeichnet stehe; nicht bloßes Säbelrasseln, sondern den Donner der Geschütze hatte man vernehmen lassen. Freilich aber war es auch ein wenig erbauliches Schauspiel gewesen, daß man mit der vereinten Macht fünf namhafter Fürsten über eine nicht allzubedeutende Stadt hatte herziehen wollen und sie doch nicht hatte überwältigen können:

[1] Die martialische Stimmung im Haag wird durch zwei mir vorliegende Briefe Vegelins an Hohenfeld (St.-A. Wiesbaden) bestätigt. In dem ersten vom 9. (19.) Oktober heißt es: Herr Rheingraf kommandirt die Kavallerie, Kolonel Puchler die Infanterie, um Münster zu entsetzen: denn es ist Ernst, der Herr Bischof mag beizeiten auspacken, anders setzen wir ihn aus der Postur. Wir kommen langsam aber gewiß. — Und im zweiten vom 16. (26.) October: Unsere Leute wünschen, daß sie die Gäste noch vor Münster möchten finden, denn dieserorten wollte man gern wieder in Aktion kommen.

zu einer Zeit, da das seines Oberhauptes beraubte unglückselige Reich neuen, schweren, unabsehbaren Verhängnissen zusteuerte, wo es also gewissenhaften Fürsten besser angestanden haben würde, zur Entwirrung der vorhandenen Verwickelungen, zur Tilgung des mannigfach glimmenden Zündstoffes äußeren und inneren Unfriedens ihre beste, ihre ganze Kraft einzusetzen, als ihrerseits diese Wirrsale zu vermehren und den drohenden Funken zur lohenden Flamme anzufachen; an ihrer Spitze — welche Ironie — der Kurfürst Johann Philipp, dessen Lippen von den treuherzigsten Versicherungen der reinsten, selbstlosesten Friedensliebe allstündlich überströmten.

In seiner letzten Konsequenz betrachtet endete also jenes niederländische Projekt der Alliirten mit einer Schlappe auf militairischem wie auf moralischem Gebiet. Vor den herannahenden Völkern der Staaten hatte die Bundesmacht (durch das Zurückweichen des Bischofs allerdings veranlaßt) nicht standgehalten, das irenische Programm des Kurfürsten von Mainz ein Loch bekommen — und der ganze Plan der Verbindung mit der Großmacht der vereinigten Niederlande war nicht nur in ein Nichts zergangen, sondern in eine fast offene Feindseligkeit umgeschlagen; ein großartiges Fiasko.[1]

13.

Anbahnung mit den Häusern Hessen-Kassel und Braunschweig-Lüneburg.

Nicht gerade in Nachahmung der kur-rheinischen Verfassung vom Jahre 1651, aber doch wenigstens unter ähnlichen Voraussetzungen[2] und vielleicht nicht ganz ohne Einfluß der Nachricht von der Vereinbarung dieser Kreishülfe, unläugbar aber auch seinerseits von dem

[1] Weiman am 30. October 1657 an den Kurfürsten von Brandenburg: Genugthuung über die Resolution der Staaten wegen Hülfeleistung an die Stadt Münster, trotz der nachdenklichen Konsequenzen, „da dadurch die ligistisch-neuburgischen Desseins zum wenigsten in etwa gebrochen; und würde gewiß anstatt einer Allianz und Bündniß Neid, Haß und Feindschaft zwischen den neuen Feinden aufkommen müssen." U. A. VII, 105. — Am 2. März 1658 haben die Staaten die Stadt Münster als Hansestadt unter die Zahl ihrer Alliirten aufgenommen.

[2] Selbst die von dem Herzog von Lothringen drohende Gefahr spielt in die Motive zu den Unionsbestrebungen der Braunschweiger hinein.

Gedanken beseelt, „die eingebüßte Sicherheit und Einigkeit im Reich auf dem Boden der Kreisverfassung zurückzugewinnen," hatte das Haus Braunschweig-Lüneburg, vertreten durch die drei Linien zu Wolfenbüttel, Celle und Hannover, eine Unionsbewegung eingeleitet, als deren Ergebniß sich der am 14. Februar 1652 zwischen den drei Herzögen Augustus zu Wolfenbüttel, Christian Ludwig zu Celle und Georg Wilhelm zu Hannover, der Königin Christine von Schweden wegen ihrer deutschen Herzogthümer Bremen und Verden und dem Landgrafen Wilhelm VI. von Hessen-Kassel geschlossene sog. hildesheimer Bund darstellt.[1]

Lange bevor die Bemühungen der Braunschweiger diesen Erfolg erreicht, gleich bei den ersten Verhandlungen, die sie mit dem kasseler Landgrafen einleiteten, machte dieser darauf aufmerksam, daß es wohl wünschenswerth sei, auch etliche westphälische, wenn auch katholische Kreisstände, wie die Bischöfe von Paderborn und Münster, mit herbeizuziehen: denn er hatte sich kurz vorher gerade mit diesen in besondere Traktaten wegen gemeinsamer Abwehr der lothringischen Gefahr eingelassen. Die ganze Zeit über bis zum Abschluß des hildesheimer Bundes hat Hessen nicht nachgelassen, diesen Plan zu befürworten, und es gelang ihm, die andern Kontrahenten dazu zu bestimmen, daß man die Aufnahme Jener wenigstens in's Auge faßte und daneben auch einen weiteren Blick auf das von dem kölnischen Kurfürsten administrirte Stift Hildesheim richtete. Verhandlungen wurden eingeleitet, mit wenig Glück bei Maximilian Heinrich wegen Hildesheim, sowie bei Christoph Bernard, mit mehr bei dem Bischof von Paderborn, welcher noch im Spätsommer des Jahres 1652 dem Bunde beigetreten ist.[2]

In jenen Spätherbsttagen des Jahres 1653, als sich von den spanisch-lothringischen Bewegungen drohende Wolken über dem Stifte Lüttich zusammenzogen, hat dann der Kurfürst von Köln seinerseits aus eigenem Antriebe die damals verschmähte Verbindung mit den Braunschweigern und Hessen anzubahnen versucht; diesmal lehnten diese ab, denn es mangelte die Neigung, sich mit in jene Gefährnisse an des Reiches Westgrenzen zu verwickeln. Selbst spätere Vermittlungsversuche des mit dem Kölner seit jenen Komplikationen näher gefaßten Kurfürsten von Brandenburg beim Hause Braunschweig führten zu keiner bundesmäßigen Vereinigung zwischen Köln und Braunschweig.

Hingegen war man auf letztgenannter Seite eine Zeit lang nicht abgeneigt, sich mit dem Bischof von Münster gegen die drohende

---

[1] Die neuesten Forschungen über den Bund bei Köcher S. 20 ff.

[2] Die gleichzeitigen Annäherungsversuche an Kur-Brandenburg wegen Minden und Halberstadt glaube ich hier übergehen zu dürfen.

Schwedengefahr zu verbinden[1] zu einer Zeit da wegen der Politik des Schwedenkönigs gegen die Stadt Bremen zwischen diesem und dem braunschweigischen Hause eine gründliche Verstimmung Platz gegriffen hatte.

So hatte auch ferner der Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg aus Eifersucht gegen seinen Todfeind den Brandenburger, als er diesen den Braunschweigern sich nähern sah, mehrfach direkt und indirekt den Wunsch nach einer näheren Verbindung mit den Letzteren kundgegeben.[2]

Kurz an mancherlei Beziehungen zwischen den im Hildesheimer Bunde Vereinten und einzelnen Genossen der kur-rheinischen und späteren kölnischen Allianz hat es nicht gefehlt. Herüber und hinüber hatten sich einzelne Fäden gesponnen, die man bei Gelegenheit und auf Erfordern der politischen Lage nur aufzunehmen brauchte.

So wird es auch nicht ganz der reine Zufall gewesen sein, daß man zur Vorlage der kölnischen Bundesnotel das hildesheimer Instrument gewählt hat. Nur schien es noch des Zauberwortes zu bedürfen, welches diese beiden Gebilde reichsständischer Association zu einem zu verbinden mächtig genug sein konnte. Freilich mag es auf den ersten Blick scheinen, als wenn die Ligisten davon weit entfernt waren, dem Beispiele jener Abstandnahme von allen konfessionellen Rücksichten zu folgen, welches die Hildesheimer gewährt, als sie den Paderborner in ihre Mitte aufnahmen. Aber schon hatte Kur-Köln durch seine Verbindung mit dem Kurfürsten von Brandenburg diesen einseitig-konfessionellen Standpunkt verlassen, selbst Münster und Neuburg hatten unter der Hand verrathen, daß sie politischen Interessen die religiösen nachzustellen unter Umständen nicht unterlassen würden. Und was geschah nicht endlich, wie wir soeben gesehen, den Geheimartikeln vom Jahre 1654 entgegen auf Anregung des Kirchenfürsten von Münster im Haag? Das konfessionelle Prinzip vom Jahre 1654 hat nicht Stich gehalten; es zerstob namentlich in ein Nichts mit dem Eintritte des, sobald sein politisches Programm in Betracht kam, konfessionell durchaus indifferenten Kurfürsten Johann Philipp von Mainz.

Vermuthlich — denn aktenmäßig das Sachverhältniß darzustellen ist nicht möglich — tauchte der Gedanke, sich näher auch mit einigen Reichsständen des evangelischen Bekenntnisses zu verbinden, in greifbarer Form schon bei jenen Konferenzen des Pfalzgrafen mit dem mainzer Kurfürsten und dessen leitenden Staatsmann Boineburg im August 1655 auf;

[1] Siehe auch oben meine Mittheilungen über die Verhandlungen auf dem Kreistage zu Osnabrück vom Ende des Jahres 1654. S. 29, Anm. 1.

[2] Köcher S. 130 u. 137.

vielleicht gab jener Besuch Philipp Wilhelms bei seinem Schwiegervater dem darmstädter Landgrafen in Rüsselsheim, bei welchem aller Wahrscheinlichkeit nach auch der Kurfürst oder auch nur Boineburg sich einstellte, Veranlassung, einem solchen Plane näher zu treten und bezügliche Abmachungen zu bereden. Die Mainzer verstanden es, dem Pfalzgrafen die Idee einer Herbeiziehung des ihm so nahe anverwandten Landgrafen Georg (die ja auch schon vordem ein und das andere Mal in Erwägung gezogen worden war) sowie des in konfessionellen Fragen als gemäßigt bekannten Landgrafen Wilhelm VI. in Kassel zu einer annehmbaren zu machen.

Vielleicht wurde Philipp Wilhelm von Neuburg für das Projekt nur durch den Hinweis gewonnen, daß auf diesem Wege dem Brandenburger, der mit dem kasseler Landgrafen verschwägert war, ein Bundesgenosse entfremdet werden konnte; und gegen seinen eigenen Schwiegervater hatte er naturgemäß nichts einzuwenden. Anders wohl der Gedankengang des Mainzers. Frei von konfessioneller Einseitigkeit, war ihm eine Verbindung mit protestantischen Reichsständen nicht nur nicht zuwider, als sie ihm vielmehr zur Durchführung seines politischen Programms des Gleichgewichtes nothwendig und höchst erstrebenswerth dünkte, des Gleichgewichtes, welches nach seiner Ansicht zwischen den im Widerstreit liegenden und damit dem deutschen Reiche von neuem einen langwierigen Krieg, ja den völligen Untergang drohenden auswärtigen Großmächten und dem mit Mißtrauen angesehenen Kaiserhause zu wahren nur ein Bund der deutschen Mittelstaaten, an der Spitze er, der Reichskanzler, als der geborene Lenker des Reiches nächst dem pflichtvergessenen Kaiser, geeignet sein konnte.

Mit Ernst und Eifer hatte man sich mainzischerseits namentlich dem Hause Hessen-Kassel zu nähern gewußt. Hier kam ihnen auf halbem Wege mit offenen Armen ein einflußreicher Staatsmann, der Geheime Rath Präsident Adolf Wilhelm v. Krosigk entgegen, ein Diplomat, welcher bereits der Landgräfin Amalie bei den Verhandlungen um den westphälischen Frieden und dem Landgrafen Wilhelm auf dem nürnberger Executionstage, dem regensburger Reichstage und in diplomatischer Sendung am mainzer Hofe Dienste geleistet hatte, ein höchst besonnener alter Herr,[1] welcher aber durch eine gewisse Hinneigung zu der katholischen Lehre oder durch sehr vertrauten Umgang mit Bekennern derselben

[1] Rommel, hess. Gesch. VIII. S. 749 bezeichnet seine Handlungsweise nec timide nec temere. Seine Charakteristik ebenda. IX. S. 100. Uebrigens starb er, wie an dieser Stelle bemerkt sei, am 8. October 1657 in Frankfurt a. M. Die Angabe Rommels, daß Briefe von ihm aus den Jahren 1657—67 vorhanden, beruht wohl auf einem Schreib- oder Druckfehler.

mehrfach Anlaß zu den Gerüchten gegeben hatte, daß er einen Glaubenswechsel vollziehen werde, wo nicht bereits heimlich vollzogen habe.[1] Ein Freund des Reichsvicekanzlers Grafen Kurtz in Wien und vornehmlich des mainzer Obermarschalls v. Boineburg war er diesem gegenüber, wie wenigstens die brandenburgischen Staatsmänner, besonders sein spezieller Gegner der Graf v. Waldeck, behaupteten, allzu offenherzig und stand deshalb im Verdachte des Vertrauensbruches selbst hinsichtlich der tiefsten Geheimnisse, die man zwischen den Höfen in Berlin und Kassel auswechselte.[2] Mit Boineburg stand der Herr v. Krosigk in lebhaftem Briefwechsel. Sie tauschten ihre Gedanken vertraulich aus über diese oder jene Fragen, wie sie gerade am politischen Horizonte

---

[1] U. A. VI, 236. Blumenthal, brandenburgischer Gesandter in Regensburg, an den Kurfürsten: Man hält hier davor, daß der kur-sächsische statthaltende Gesandte Friese und der hessische Gesandte Croseck bald katholisch sein werden, dafern es dieser nicht, wie ich davor halte, allschon ist. Das Gerücht fand Nahrung, als Krosigk eine Freiin v. Scharfenberg aus österreichischem katholischen Adel ehelichte, und verstummte selbst nach seinem Tode nicht; die Konversion ist aber durch nichts erwiesen. Ueber seinen Tod s. auch U. A. VII, 701.

[2] Vgl. z. B. U. A. VI, S. 502 und Rommel a. a. O. Aus Akten (Marburg) vermag ich hierzu beizutragen: Ein Gegner Krosigk's am Kasseler Hofe war Johann Kaspar von Dörnberg (von Rommel sehr gelobt). Derselbe war in gewissen Angelegenheiten an den kur-brandenburgischen wie die braunschweigischen Höfe gesendet worden und hatte bei seiner Rückkehr im Sommer 1655 von einem großen Mißtrauen zu melden gewußt, welches in Berlin und zu Celle gegen Krosigk (dessen Namen er jedoch nur andeutete, nicht nannte) herrsche, weil er angeblich mit dem Kaiserhofe und Kur-Mainz konspirire. Krosigk hatte darüber vom Landgrafen einige Worte hinnehmen müssen. Zu seiner Ehrenrettung reichte er hierauf eine Eingabe d. d. Kassel den 4. (14.) August 1655 ein (Or. in Marburg), worin er den Grafen Waldeck als Anstifter dieser gegen ihn gerichteten Intrigue bezeichnete. Es heißt darin namentlich: Die Korrespondenz, welche ich zu Zeiten mit dem Herrn Grafen Kurtz und dem Herrn von Boineburg gepflogen, ist im übrigen so beschaffen, daß E. F. G. selbst und Dero Geheime Räthe die Antworten, so mir darauf geworden, wenn sie nur etwas, so der Mühe werth gewesen, darin enthalten war, zu lesen bekommen — und haben solche Korrespondenzen, so fast einzig und allein in Mittheilung der Nouvellen, so aus Frankreich und Holland anlangen und hernach bald publici juris werden, als auch in andern einem jeden freien Mann freistehenden Raisonnementen de statu rerum praesenti et futuro, so ein Jeder unter uns formiret, bestanden haben, . . . mehr Lachens als großen Nachdenkens hinter sich geführt. Als Kur-Mainz sich angelassen, mit ohne Unterschied der Religion in dergleichen Verfassungen und Korrespondenz einzusteigen und deswegen der Herr v. Boineburg verschiedene Schriften mit mir gewechselt, sind solche nicht allein in öffentlichem Rath von mir verlesen, sondern die meisten ad acta gelegt worden. Desgleichen in der gaulsheimer Sache. In diesen zweien einzigen Materien habe ich mit dem v. Boineburg einige von E. F. G. und Dero Geheimen Rath approbirte partikulare, auch mir theils in die Feder gegebne Korrespondenz zugelegt. (Marburger Archiv.)

auftauchen mochten, und hierbei wird der Associationsbestrebungen der Hildesheimer wie der rheinischen Ligisten hin und wieder wohl einmal Erwähnung geschehen sein. Wie es scheint hat nun Boineburg (zu welcher Zeit ist nicht ersichtlich, jedenfalls aber noch vor dem Abschluß der frankfurter Konvention vom 11. Aug. 1655) von seinem Kurfürsten den Auftrag erhalten, in dessen Namen gegen Krosigk den Wunsch auszusprechen, sich mit den hildesheimischen Alliirten näher zu verbinden. Auf seine Eröffnungen erhielt dann der Präsident Krosigk den Auftrag von dem Landgrafen und dessen Staatsrath, Verhandlungen hierüber einzuleiten. Auch der offizielle Vertreter des Landgrafen auf der frankfurter Reichsdeputation Regner Badenhausen wurde mit der geheimen Ordre versehen, über die rheinische Liga nähere Erkundigungen einzuziehen.[1] Als dann der Abschluß der frankfurter Konvention erfolgt war, wird der Kurfürst von Mainz weniger daran gedacht haben, zu

[1] Rath Zobell an Badenhausen am 18. (28.) August 1655 aus Kassel: Bei dem Punkt der Verfassung wird, wiewohl es der Instruktion eben nicht inserirt, nöthig erachtet, daß der Herr Vetter in discursu, wann, auch bei wem Er es à propos befindet, als für sich erkundige, ob und welchergestalt Pfalz-Neuburg mit dem kur-rheinischen Kreis in nähere Verein und Defension sich eingelassen oder noch einzulassen vorhabens sein möchte. Man müsse doch erst wissen, was für Stände in solcher näheren Zusammensetzung begriffen, damit nicht etwa Brandenburg ombrage nehme. Am Darmstädter Hofe werde man, was Pfalz-Neuburg anlange, schon unterrichtet sein. — Marburg. Hessen-Kassel hatte damals ein dringendes Bedürfniß nach Anschluß an benachbarte Mächte. So hatte jene Sendung Dörnbergs nach Celle den Zweck, die Herzöge von Braunschweig, welche das hildesheimische Bundesverhältniß seit einiger Zeit wenig mehr kultivirt hatten, namentlich in anbetracht der von den Plänen Schwedens drohenden Gefahren zu wieder engerer Verbindung anzuregen (Instruktion für Dörnberg vom 31. Mai 1655). Anfang Juni kam Dörnberg nach Celle, wo er, vom Herzog ehrenvoll empfangen, mit Schenk von Winterstätten und Kanzler Langenbeck konferirte. Die Braunschweiger begründeten die Vernachlässigung Hessens durch dessen Votiren auf dem Regensburger Reichstage und durch den Mangel an Wahrung der ihm anvertrauten Geheimnisse. Dörnberg suchte zu widerlegen und erreichte doch soviel, daß schließlich Herzog Christian Ludwig erklärte, wie er für nothwendig erachte, daß Hessen und Braunschweig, sonderlich bei jetziger Konjunktur aus einem Strick hetzten und zusammen auf der Hut stünden, Hessen auch sich stark gerüstet halte, wie denn Braunschweig seinerseits 5000 M. z. F. und 800 Pferde auf den Beinen habe. Bei dieser Gelegenheit kam auch die Rede auf die beabsichtigt gewesene Extension der braunschweigisch-brandenburgischen Einung auf Kur-Köln, die jedoch, wie die Braunschweiger angaben, deshalb nicht zustande gekommen wäre, weil erstens man sich mit diesem nicht habe wegen der hildesheimischen Quote vergleichen können, zweitens der Kurfürst den Konsens des Domkapitels nicht beizubringen vermöge und drittens Nachricht eingekommen wäre, „ob sollte Mainz, Köln und Neuburg eine Allianz gemacht haben, welches dann eine Sache wäre, so mit dem Verein mit Brandenburg inkompatibel." (Bericht Dörnbergs von Anfang Juni 1655. — Marburg).

den Hildesheimern hinüberzutreten, als diese oder ihrer zunächst einen Theil zu sich und seinen katholischen Alliirten herüberzuziehen, und demgemäß wird er sein Anbringen am kasseler Hofe auf einen andern Fuß gestellt haben. Hier erregte namentlich wohl eine nähere Liaison mit dem Neuburger wegen der voraussichtlich von Brandenburg deshalb zu erwartenden Vorwürfe einiges Bedenken.

Auch mit dem Hofe in Darmstadt wurden, es ist nicht recht ersichtlich, auf welchem Wege, die gleichen Beziehungen anzuknüpfen versucht. Boineburg glaubte bald den Eindruck gewonnen zu haben, daß die beiden hessischen Häuser keine Bedenken haben würden, der frankfurter Konvention beizutreten,[1] besonders was Darmstadt anbelange. Bald aber hegte er weniger Zuversicht wegen des letzteren als wegen Kassel,[2] obwohl auch dessen Verhalten schwankend genug, selbst zweideutig erschien. Der Landgraf von Hessen-Darmstadt, früher ein eifriger Parteigänger des Hauses Habsburg, schien zu jener Zeit sich mehr und mehr auf die schwedische Seite neigen zu wollen, während der von Hessen-Kassel auch seinerseits einem Systemwechsel zuzusteuern nicht übel willens war, wenigstens sich von dem Protektorate der Franzosen und Schweden, wie es die Kombinationen zur Zeit des großen Krieges ausgebildet hatten, zu befreien strebte, ohne sich jedoch auf der andern Seite dafür dem Kaiser zu nähern, gegen welchen nach den Erfahrungen der Fürstenpartei auf dem letzten regensburger Reichstage eine allgemeine Erbitterung in deren Kreisen herrschte, die man zu Kassel ungeachtet

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen von Neuburg am 5. September 1655. Hassi nostri forte accedent, saltem Darmstadini ut spero, tum paullatim et Cassel, sonderlich wenn die siehnt, daß Kur-Brandenburg gar allein und in's weite gehet. — Düsseldorf.

[2] Boineburg an den Pfalzgrafen am 19. November 1655: Die Hessen-Darmstädtische und Kasselische werden unter der Hand genug poussirt. Ich bekenne aber, daß ich ihrem Traisniren nit traue, halte aber davor, do man vernimmt, daß Kur-Bayern mit will, daß Kassel nit wird zurückbleiben, weilen sie ihr Interesse besser verstehen und keine fremden Anhänge begehren. Ich weiß noch andre Ursachen, warum ich's den Kasselischen zutraue, die sich nit schreiben lassen. Mir ist auch kein Zweifel, Darmstadt mache reflexiones uf Schweden. Ita tempora mutantur et nos mutamur in illis. Coram aliqua plura. Es gehet ziemlich, wie zu Rüsselsheim geredt wurde, dessen Sich E. D. gnädigst erinnern wollen. — Und am 5. December: Ich sorge, Darmstadinos a Cassellanis naso circunduci, wie ich allzeit befürchtet habe, und darüber werden sie die Ueberfuhr versäumen. sed volenti non fit injuria. Ich erinnere es ja mit allen Posten sed conatu irrito. Ich halte ganz davor, sie seien mit schwedischen Beltzkragen gefüttert. Doch wer weiß es, ob diese so warm halten, wie man meint, vielleicht halten sie in Hundstagen gar zu heiß. — Düsseldorf.

der Herzensneigungen Krosigks durchaus theilte. Und Krosigks Einfluß begann zu sinken, zu steigen aber derjenige Dörnbergs, eines Diplomaten, dessen Augen an den Lippen des brandenburgischen Staatsmannes Grafen Waldeck hingen, welcher, dem Franzosen Mazarin nicht unähnlich, unabläſſig auf Minderung des Ansehens und des Einflusses des Hauses Oesterreich hinarbeitete. Vielleicht gerade in diesem antikaiserlichen Sinne ließ man der Plänemacherei Krosigks (diesem selbst vielleicht unbewußt) freien Lauf, als man auch ähnliche Tendenzen bei dem Kurfürsten von Mainz und seinem Anhang zu bemerken glaubte. Auch sonst wohl hielt man in Kassel eine nähere Vertraulichkeit mit den Mainzern für nicht unersprießlich. Nicht im niedersächsischen Kreise sondern im oberrheinischen lag der Schwerpunkt der politischen Interessen des Ländchens, und wie dort des Beistandes der Hildesheimer konnte man hier der Hülfe des mainzer Kurfürsten unter Umständen recht gut benöthigen. Des letzteren Alliirte mußte man um diesen Preis eben mit in den Kauf nehmen, that es vielleicht auch nicht gerade mit allzugroßem Widerstreben. Man behielt zunächst wenigstens Fühlung mit den Mainzern und ließ nicht einen Augenblick irgend einen Schein von Abneigung gegen deren Allianzpläne erkennen. Doch nicht unbesonnen warf man sich in die Arme, die man ihnen offen entgegenstreckte. In aller Stille und langsam wurde herüber und hinüber verhandelt, zeitweise stockten diese Beziehungen wohl ganz. Durch diese Politik der freien Hand war man nahe daran, auf der Gegenseite lebhafte Verstimmung zu erwecken. Des Pfalzgrafen ohnehin so reger Argwohn gegen alle Protestanten erhielt dadurch nur Nahrung und seine Stimmung konnte unter diesen Umständen nur zu leicht auf die Mainzer wirken.[1] Aber Boineburg suchte vorläufig nur den Anschluß und gab derartigen pessimistischen Anschauungen keinen Raum, wohl weil er noch vor Jahresschluß von Krosigk, der mittlerweile auch die Darmstädter an der Hand zu halten suchte, derartige

[1] Der Pfalzgraf an Boineburg am 16. December 1655: Unsere teutsche Ketzer werden die in sich selbst zertrennten Katholischen überfallen et radicitus zu exstirpiren suchen, und befestigt mich in diesen Gedanken sehr, ... daß auch unsre teutsche Unkatholische nit allein die consilia so heimlich zusammentragen, sondern ihr keiner zu unsrer Verfassung treten will und alle zeitgewinnende Ausflucht suchen .... Der Herr hat zwar ab der dritten Beilag (nicht bei den Akten) zu sehen, was Landgraf Georg wegen Kassel, Braunschweig und anderer Unkatholischen Zutritt mir zuschreibt, ich bin aber hierin ein Thomas, doch wird's der Herr besser wissen, besorge aber, sie suchen uns nur zu addormentiren affin qu'ils ayent tant meilleur marché. Wie wäre es, wenn man sich (sowohl als ich durch Bayern bei Württemberg zu thuen gedenke) auf eine cathegoricam treibe? So würden die Pasteden entdeckt müssen werden. Dann treten sie nicht zu uns, so halte ich's pro evidentissimo signo einer Generalkonspiration gegen alle Katholische. — Düsseldorf.

Versicherungen erhielt, daß er voll guter Hoffnung auf ein Gelingen des Planes war, ja des weiteren auch an die Herbeiziehung des mit Kassel eng liirten Hauses Braunschweig ernstlich zu denken begann.[1]

Im Februar des Jahres 1656 waren die Vorverhandlungen mit Kassel endlich so weit gediehen, daß der Kurfürst Johann Philipp von Mainz mit dem Landgrafen Wilhelm selbst in Korrespondenz über die

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen zwischen dem 15. und 20. December (undatirtes Schreiben mit dem Indorsat der neuburgischen Kanzlei: Serenissimus respondit manu propria 23. X^bris 1655): Sobald nu Kur-Bayern beigetreten, ist rathsamb, auch ein Gsamptschreiben an Hessen und vielleicht Braunschweig gleichfalls abzulassen, damit wir mit ihnen endlich esclaircirt werden. — Düsseldorf. Krosigk an Badenhausen am 11. (21.) December 1655: (Er bestellt ihn auf die bevorstehenden Feiertage nach Kassel, um) mit Ihm von demjenigen, so Herrn Landgraf Georg F. G. vorzutragen, eigentliche Abrede zu nehmen. Es wird hoffentlich um solche Zeit Herr Drost Mey auch allhier erscheinen und seine Relation (vernehmen oder abstatten?) zu Beobachtung desjenigen, so Herrn Landgraf Georg ratione der Verfassung mit den katholischen Kur- und Fürsten zu repräsentiren und wie weit man unsersorts zu gehen oder an sich zu halten hat. — Marburg. Vgl. hierzu eine Relation Badenhausens über eine auf Befehl des Landgrafen Wilhelm (vom 30. März (9. April) 1656) mit dem Landgrafen Georg zu Darmstadt und dessen Räthen gehaltene Konferenz in Sachen „der kur-rheinischen Verfassung." Er habe bei dem Landgrafen entschuldigt, daß eine Kommunikation erst jetzt stattfinde. Landgraf Georg habe hierauf erklärt, solcher Entschuldigungen bedürfe es nicht, denn er begreife wohl, daß man sich wegen Wichtigkeit der Sache nicht zu übereilen habe. Außer dem, was neulich von ihm mitgetheilt worden, habe er von dem Werk bisher weiter nichts vernommen. Vor einiger Zeit habe er zwar davon dem Kurfürsten von Sachsen Eröffnungen machen lassen, bis noch aber, vermuthlich wegen dessen Unpäßlichkeit, keine Antwort erhalten. Herr v. Sebottendorf habe geäußert, daß der Kurfürst diese Verfassung sich nicht werde mißfallen lassen, weil sie auf die Exekutionsordnung gegründet sei. Desgleichen hätte er (Landgraf Georg) den Kurfürsten von der Pfalz hierüber sondirt, der es diffikultirt theils wegen des Direktorii, so er Kur-Mainz nicht zugestehen könnte, theils weil er aus andern Konsiderationen dafür halte, daß die confoederationes jetzt nicht nöthig noch de tempore seien. Der Herzog von Württemberg, bei dem er die Sache auch auf's Brett werfen lassen, hätte es auf eine Kommunikation mit andern Evangelischen ausgestellt. Die Meinung des Landgrafen Georg sei übrigens ganz in Uebereinstimmung mit der des Landgrafen Wilhelm dahin gerichtet, daß es bedenklich sei, so lange als andre Evangelische mehr sich nicht dazu erklärten, daß das Haus Hessen allein mit einsteigen sollte, zu geschweigen, daß man noch nicht wissen könnte, wohin die jetzigen gefährlichen Konjunkturen ausschlagen möchten; deswegen man sich diesseits nicht zu übereilen sondern es noch etwas anzusehen hätte. Inzwischen würde das beste sein, daß Kassel und Darmstadt fein zusammenhielten und mit einander in gutem Vertrauen, Korrespondenz und Kommunikation lebten, wie man darmstädtischerseits nicht ermangeln würde, alles, was man über die Verfassung vernehmen werde, vertraulich mitzutheilen, wie man ein gleiches von Kassel erwarte — Marburg. Nach Rommel IX. S. 251 entschuldigte Landgraf Georg schließlich sich wegen seines Nichtbeitretens mit seinen kostspieligen Festungsbauten zu Gießen, Rüsselsheim und auf der Marxburg.

Angelegenheit zu treten sich entschloß. Er lud ihn geradezu ein, der Allianz beizutreten, indem er ihm die Gefahren vorstellte, welche den protestantischen weltlichen Fürsten zur Zeit mehr drohten als den katholischen geistlichen. Der zwischen dem Kaiser und den Kronen zu befürchtende Krieg werde Deutschland in ein Labyrinth stürzen. Es wäre thöricht, sich einzeln aufreiben zu lassen. Die beiden vorhandenen Bündnisse, das rheinische und das hildesheimische, könnten vereint die Ruhe erhalten und sich sowohl der schwedisch-brandenburgischen als der spanisch-französischen Händel entschlagen.[1]

Auf diese direkte Einladung ist Ende März eine willfährige Antwort des Landgrafen erfolgt mit der Bitte, die Sache vorläufig in tiefem Dunkel zu halten.[2] Vergeblicher Wunsch: der ganze Plan war ja schon dem Kaiser verrathen.[3] Ganz unnöthig war also die übergroße Behutsamkeit, welche die Mainzer selbst dem braunschweigischen Deputirten Heyland gegenüber beobachten zu müssen glaubten, während doch schon der Plan bestand, dieses Haus mit zum Beitritt aufzufordern.[4]

Als nunmehr die zustimmende Erklärung des kasseler Landgrafen

---

[1] Rommel IX, S. 241, wonach Köcher S. 220. Mir hat das Schriftstück selbst nicht vorgelegen.

[2] Boineburg an Krosigk am 5. April 1656: Ihrer F. G. Landgraf Wilhelms an J. Kfl. G. gethanes Hochangenehmes soll nächsthin beantwortet und inmittels praeparatorie mit unsern Mitgeeinigten kommunizirt werden (sed vobis innominatis), ob, an wen, wie und wann, die Gesamtersuchung an die Herren hildesheimische Einigungsverwandte abgehn solle. Indessen haben Sie Sich der Geheimhaltung hier gewiß und unfehlbar zu versichern. Unsre Zusammenverbindung wird sich sicherlich von selbst machen. — Der Kanzler Vultejus in Kassel bemerkt hierauf am 19. (29.) April gegen Badenhausen: Des Herrn v. Boineburg sincerationes betreffend, so gebe Gott, daß das Herz mit dem Wort übereinstimmen möge; interim heißt es: fide sed cui vide. — Marburg.

[3] Siehe das oben angeführte Schreiben des Kurfürsten von Mainz an den Kaiser vom 15. März 1656: Da doch in alle Weg nöthig, auch dem Friedenschluß und Reichskonstitutionen ähnlich sein will, ermelte Protestirende, so sie wollen, mit beizubehalten und mit gesamter Hand und Macht sich bei dem erworbenen Deutschen Frieden zu schützen und handzuhaben, zu solchem End dann auch allbereit die Nachricht erlangt, daß einige protestirende vornehme fürstliche Häuser, absonderlich aber Braunschweig und Hessen, einfolgendlich auch die mit denselben verbundenen Fürsten- und Bisthümer Bremen, Paderborn und Verden mit herbeitreten möchten.

[4] Der braunschweigische Deputirte in Frankfurt, Polykarp Heyland (siehe über seine Person Köcher S. 202) erzählt in seinem Diarium: Er habe den Kanzler Mehl nach den Berathungen der Ligisten in Köln und nach deren Armatur gefragt. Mehl habe versichert, daran sei durchaus nichts, dort wären die Gesandten nur beisammen wegen der Kontroversen zwischen dem Bischof von Münster und seiner Stadt. Kur-Mainz habe neulich dem Neuburger nur auf grund der kur-rheinischen Verfassung, in die man denselben aufgenommen, Hülfsvölker zugeschickt.

vorlag, griff man die Sache mainzischerseits mit Energie an.[1] Man nahm hierbei von vornherein die Herbeiziehung des gesamten hildesheimer Bundes in Aussicht, denn ohne diesen für sich allein war Kassel eben nicht gemeint beizutreten. Ja, man dachte bereits, zugleich den Kurfürsten von Brandenburg, der den Hildesheimern nahe stand, mitzugewinnen. Es ergingen Schreiben in diesem Sinne an die rheinischen Alliirten, deren Stimmung zu sondiren.[2]

Zuerst ließ der Pfalzgraf seine Ansicht laut werden: Durch Leers, welchen er (s. oben) am 16. April an den mainzer Hof abordnete, ließ er erklären, an dem Beitritt der unkatholischen Stände zweifle er durchaus, und wäre ein solcher selbst höchst bedenklich. Besonders warne er vor einer Vertiefung mit den Schweden, hinter denen deren Alliirter, der ihm so verhaßte Kurfürst von Brandenburg stehe, auf den auch die andren protestantischen Stände, sonderlich seit dem letzten Reichstage große Rücksicht nähmen. Den Braunschweigern und Kasselern sei nicht zu trauen, deren Politik frage nur nach dem augenblicklichen Vortheil und zeichne sich durch hervorragende Unzuverlässigkeit aus. Von einer Verbindung mit Schweden und Brandenburg, unter welcher Form sie auch erfolgen solle, könne in keinem Falle die Rede sein; wegen der übrigen hildesheimer Alliirten wolle er, weil der Kurfürst sich für sie so erwärmt zeige, allenfalls den Vorschlag nicht ganz von der Hand weisen. Man möge daher dieselben insgesamt durch ein Gesamtschreiben immerhin zum Beitritt einladen, jedoch gleich mit der Kautele, daß man sich keinesfalls in den gegenwärtigen polnischen Krieg einzumischen gedenke.[3]

Bischof Christoph Bernard schrieb:[4] vorausgesetzt, daß das erste corpus der Alliirten bei seiner Subsistenz und Direktorio, die gemachte (frühere) Union auch in ihrem esse nützlich verbleibe, möge man diejenigen Stände, von deren Neigung zum Beitritt man zuverlässige Nachricht habe, einladen, zunächst also Kassel und Paderborn. Man müsse aber auch dem Hause Braunschweig offene Thüre lassen und zum

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen schon am 9. April: Ihre Kfl. G. sein entschlossen, ehest mit den mitgeeinigten Kur- und Fürsten zu kommuniziren, ob und wie man an die hildesheimische Verbundene Bremen, Braunschweig, Verden, Paderborn und Kassel (welches letztere ganz zum Beitritt disponirt ist) mit Nachdruck gesamtlich schreiben soll. Einmal hier wird's nöthig befunden. E. D. sentiment verlangt man hier sehnlich. — Düsseldorf.

[2] Nur dasjenige an den Bischof von Münster hat sich erhalten, Original vom April 1656 (ohne Tagesdatum aus Schloß Marienberg ob Würzburg) in Münster.

[3] Memorial für Leers vom 16. April 1656. — Düsseldorf (siehe oben).

[4] Am 20. April. — Münster.

Beitritt Anlaß geben. Dagegen sei die Einladung mächtiger Kronen und Potentaten, d. h. also Schwedens (vielleicht auch Brandenburgs?), zu vermeiden, da man nicht wissen könne, wie diese eine solche aufnehmen würden, und also am Ende wohl gar Verkleinerung ernten möchte, zu geschweigen, daß selbige Präeminenz und Direktorium beanspruchen und durch gleiche Bedingungen wie die übrigen Alliirten sich nicht würden binden lassen wollen. Auch dürften solche Mächte vielleicht in Kriege verflochten sein, in welche sie die Verbündeten mit hineinreißen würden.

Kurfürst Maximilian Heinrich von Köln äußerte sich, daß er die allzuweite Erstreckung des Bündnisses im allgemeinen für bedenklich erachte, im besonderen jedoch nichts dagegen einzuwenden habe, wenn diejenigen Stände eingenommen werden sollten, welche mit ihnen den bereits Verbündeten gleiche zu der Erhaltung des Friedens abzielende Intentionen führten.[1]

In seiner Antwort an Köln und Münster, die mit geringer Veränderung im Text gleichlautete, erklärte hierauf Kurfürst Johann Philipp von Mainz seine Einstimmigkeit mit deren Ansichten. Gleichzeitig übersandte er ihnen den Entwurf eines Einladungsschreibens an die Häuser Braunschweig und Hessen-Kassel nach dem Muster dessen, welches vordem an den Kurfürsten von Bayern gerichtet worden war. Er bemerkte dazu in seinem Anschreiben, daß er aus allerhand beifälligen Ursachen zur Zeit noch Anstand nehme, das Schreiben an sämtliche Alliirte des hildesheimer Bundes, besonders an die Krone Schweden, zu adressiren. An Hessen allein habe er es auch nicht abgehen lassen wollen, um nicht bei den Protestanten den Argwohn zu erregen, als ob man unter ihnen Trennung verursachen wolle. Aus dem nämlichen Grunde unterlasse man vorläufig auch eine Aufforderung an Paderborn. Den beiden Häusern Braunschweig und Kassel aber, an welche die Einladung ergehen solle, müsse man zu verstehen geben, daß man auch den Beitritt ihrer andern Bundesgenossen (von der hildesheimer Allianz) gern sehen würde. Mit Paderborn könne man ja später besonders verhandeln unter Angabe der Gründe dieses Verfahrens. Sollte sich Schweden zum Beitritt geneigt zeigen, werde mit ihm anders umzugehen nicht nöthig sein, als es im hildesheimer Receß gehalten worden; auch werde es vermuthlich überhaupt nicht mehr beanspruchen, als wozu ihm seine Kreisstandschaft in Nieder-Sachsen wegen Bremen und Verden Anlaß gebe. Ueberhaupt würde mit ihm so gut wie mit den Andern erst kapitulirt werden

[1] Geht hervor aus der Antwort des Mainzers vom 29. April an Köln und Münster (abschriftlich in Hannover, mitgetheilt von Köcher S. 702, das Schreiben an Münster im Original in Münster). — Von einem Antwortschreiben des Kurfürsten von Trier habe ich nichts entdecken können.

müssen, und zwar auf Grundlage der Bestimmungen der rheinischen Liga und mit dem Beding, daß man sich in fremde auswärtige Kriegshändel zumal nicht einmischen wolle, „sondern allerdings in Teutschland intra conventos terminos mutuae defensionis pro pace communi zu bestehen ist." Würde die Krone Schweden den Beitritt ablehnen, werde man wissen, woran man sei, und wäre dann wenigstens bei ihr und den Protestanten der Glimpf erhalten und aller Grund zum Argwohn abgeschnitten; wenn ihr aber gar keine Eröffnungen gemacht würden, möchte sie es für eine Ausschließung achten und schädlicher Unrath daraus erwachsen.

Was den Entwurf des (gleichfalls vom 29. April, wie das kurfürstliche Anschreiben, datirten) Einladungsschreibens[1] anbetrifft, so erinnert dasselbe zunächst an die Recesse zu Frankfurt und Köln von den Jahren 1651 und 1654, welch letzterem der Kurfürst von Mainz mit seinen Stiftern Mainz und Würzburg beigetreten sei. Beide würden den Adressaten bekannt sein. Der Bund sei durchaus reichskonstitutionsmäßig und bezwecke allein Schutz und Erhaltung des Friedens und der Reichsfreiheit wie auch Abwendung aller Besorgnisse, ohne Unterschied und Ausnahme der Religion, sei auch auf keine Liga oder Union angesehen, kurz eine auf den Frieden gegründete General-Defensionsverfassung, welche Keinen ausschließen wolle, der da den Frieden zu halten und zu vertheidigen gemeint sei. Nun kenne man auch diesseits den gleichen patriotischen Zweck des hildesheimer Bundes, demnach sei ein gemeinsames Interesse vorhanden, man stehe zusammen in einem Schiffe. Daher wäre das beste, wenn sie die Adressaten zu ihnen herüberträten. Man gebe ihnen anheim, den andern Genossen der hildesheimer Allianz Mittheilung zu machen und sie zu vermögen, zu dieser gesamten Defensivkonjunktion mit hinzuzutreten, ohne jedoch fremde ausländische Händel mit hinein zu mengen.

Auf das Anschreiben des Mainzers antwortete zuerst der Bischof von Münster, noch ehe der Entwurf der Einladung, welcher zirkulirte, in seiner Hand war. Er bleibe bei seinen Bedenken wegen Vertiefung mit mächtigen Kronen und Ständen und sonderlich denen, welche außer Reiches in Kriege verwickelt seien; da wäre denn doch eine Verbindung mit den General-Staaten rathsamer und werde auch die geeignet sein, den bei den Protestanten etwa aufsteigenden Argwohn, als wenn man unter ihnen Spaltung hervorrufen wolle, niederzuschlagen.[2] Gegen die Admission der Braunschweiger und Kassels scheint er nach wie vor nichts

[1] Mitgetheilt von Köcher S. 703. Ich benutze dieselbe Abschrift in Hannover. In den Archiven der Katholischen ist das Schriftstück verschwunden.

[2] 12. Mai 1656. — Münster.

einzuwenden zu haben. Nur gegen Schweden beherrſchte ihn ein tiefgehendes Mißtrauen.

Köln und Trier ſchrieben in ähnlichem Sinne, auch ſie nahmen beſonders an einer etwaigen Aufnahme der Schweden Anſtoß, ja ſchienen, als davon der erſte Gedanke laut wurde, ſich ganz zurückziehen zu wollen. [1]

Auch der Pfalzgraf hegte wegen der Schweden dieſelben Bedenken, die zu zerſtreuen Boineburg ſich alle erdenkliche Mühe gab. [2]

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen am 23. Mai 1656. — Düſſeldorf.

[2] Nicht weniger als drei Briefe von ihm an den Pfalzgrafen von einem Tage, dem 23. Mai 1656, liegen vor mir. Das Allianzwerk geht ihm viel zu ſchläfrig. Trier und Köln ſcheinen ſich ganz zurückziehen zu wollen. Die projektirte Aufnahme der Schweden iſt ihnen zuwider. Aber, ohne dieſe zu nennen, könne man unmöglich Braunſchweig und Heſſen einladen. Die Schweden nicht aufzunehmen, ſei gefährlicher, als mit ihnen verbunden zu ſein, man würde dann weit eher in fremde Händel verflochten werden, als wenn man mit ihnen zur Manutenenz des Friedens verbunden ſei. Auch er, der Pfalzgraf, werde namentlich beſſer bedeckt daſtehen, wenn die Hildesheimer wo nicht insgeſamt, ſo doch in der Mehrzahl herbeikämen. Er möge doch aus dem Neuburgiſchen herabeilen, um mit Mainz und Münſter die beiden anderen geiſtlichen Kurfürſten, die ſo kaltſinnig, zurecht bringen zu helfen, ſonſt müſſe die Allianz in wenigen Wochen in Trümmer gehen. Aber Münſter, noch am ſelben Tage, wo er dies ſchrieb, erfuhr es Boineburg aus jenem Schreiben des Biſchofs vom 12. Mai, wollte ja auch nichts von den Schweden wiſſen. Da müſſe ja, meint er daher im dritten Briefe an den Pfalzgrafen, die Allianz mitten im Sommer zu Schnee und Waſſer ſchmelzen. Auf dieſe Weiſe werde auch Kurfürſt Johann Philipp des Dinges müde, der Pfalzgraf müſſe herunterkommen und die zerfallenen Sachen redreſſiren helfen. „Gehen E. D. in der Sach auch ab, ſo iſt's mit der Allianz aus und vielleicht mit dem Frieden peu à peu auch vollends. Der Holländer Beitritt oder Mitannahme iſt nicht leichter zu reſolviren als der Schweden auch, si hi velint perinde accedere. Die Thür dazu hat ja die kur-rheiniſche und kölniſche Abrede allerdings Jedermann geöffnet. Soll ſie nun wieder zugeſperrt werden, magnam partem haec societas interciderit. Sachen, die nit zum Friedenſchluß gehörig noch daher rühren, ſind in unſerer Friedverfaſſung unbegriffen. Bella jam coepta et illata alteri gehören dahin auch nit. Es iſt ja wiſſend, daß ſie nur contra agressiones violentas pro tutamine et statumine pacis publicae gemacht. Intelligentibus plus satis. Daher iſt ja klar, daß die Bemengung mit fremden Sachen hiedurch si Suedi vel accedant ultro vel invitentur vel occasionentur (ut ita loquar) nullo modo zu befahren und noch weniger, je ſtärker wir alsdann durch den Acceß Anderer ſein und bleiben werden. Wer ziehet denn jetzt die Hildesheimiſchen mit in den polniſchen Krieg? Pommern gehört in die hildesheimiſche Handlung auch nit. Deinde werden die Schweden übergangen, annon inde renasciturae sunt veteres factiones capitales, per quas Imperium dividi potest? — Und mit Pathos an einer andern Stelle: Pro quocunque sub umbra ejusdem coitionis statuum securitas publica reflorescet et reliqua fient quae debent, sine illa omnes in pristinam factionum furiam recidemus .... Res bene vadent tunc et, ni id fiat, ruent in pejus retro sublapsae, inemendabiles deinceps partibus inde factis non congregato in unum robore, sine quo vah periit patria et singulorum dignitas, libertas, jus, imperium religio et quid non? — Düſſeldorf.

Fast gewinnt man den Eindruck, als wenn dieser Widerspruch, der sich von allen Seiten gegen das Projekt einer Verbindung mit sämtlichen Theilhabern des hildesheimer Bundes, zumal den Schweden erhob, die Mainzer anstatt abzuschrecken nur dazu angestachelt hätte.

Uebrigens lenkte ziemlich rasch wenigstens Pfalzgraf Philipp Wilhelm ein. Er war Staatsmann genug, um dem politischen Programm des Mainzers und dessen Eifer ein Opfer bringen zu können, als er bemerken konnte, daß derselbe die Sache sehr ernst nahm und aus dem Nichteingehen auf seinen Vorschlag ein Zerrinnen selbst ihrer alten Liga prognostizirte. Freilich leiteten hierbei den Pfalzgrafen selbstische Beweggründe.[1] Eine Verbindung mit den Braunschweigern, um welche er bereits geworben, schien ihm schon wegen deren Mitstandschaft im westphälischen Kreise (wegen Hoya und Diepholz) in mancherlei Beziehungen nutzbringend sein zu können, desgleichen eine solche mit den Hessen. Gegen Paderborn konnte überhaupt wegen der Glaubensgenossenschaft kein Einwand vorliegen. Und wenn man sich mit den Schweden verband, so waren diese schadlos gemacht und jene leidigen Beklemmungen wegen eventueller Geltendmachung der pfalz-zweibrückischen Ansprüche auf die jülich-bergischen Successionslande hatten ein Ende. Und die Beziehungen der Schweden zu dem Brandenburger waren trotz des momentanen Einvernehmens Beider, wie man wohl zu erkennen vermochte, noch lange nicht klar und durchsichtig genug, daß man nicht doch noch einen Umschlag dieser Harmonie erwarten und dann statt einer Unterstützung dieses Erbfeindes durch die Schweden einen Bruch zwischen den Beiden hätte erhoffen dürfen. Dann erst recht war des Pfalzgrafen Platz an der Seite der Schweden.

Die beweglichen Erinnerungen Boineburgs hatten also an dieser Stelle guten Erfolg. Philipp Wilhelm schrieb zurück,[2] er verstehe und würdige durchaus die Gründe, welche Jener gegen die ablehnende Haltung der drei andern Alliirten geltend mache. Auch sei er geneigt, neben

[1] Eine offene Frage dürfte die sein, ob und wie weit Philipp Wilhelm, als er sein Widerstreben aufgab, unter französischem Einfluß handelte. Man wird vielleicht, da die deutschen Archive über jene Einflüsse auf Neuburg, Mainz und Köln keinen Aufschluß gewähren oder doch nur ganz verschwindende Spuren erkennen lassen, aus den französischen Archiven hierüber mehr Aufklärung erwarten dürfen. Immerhin mag schon hier die Frage angeregt werden, ob nicht Mainz und mit ihm Neuburg wenigstens im Einverständniß mit den Plänen Mazarins ihre Allianzerweiterungspläne schmiedeten und dann mit dem Vertrauen auf diesen Rückhalt energisch verfolgten. Die innere Wahrscheinlichkeit dieser Hypothese läßt sich nach den dunklen Verhandlungen mit den Emissaren Mazarins, von denen wir oben wenigstens eine Ahnung erhielten, wohl nicht ganz von der Hand weisen.

[2] Am 28. Mai. — Düsseldorf.

dem Kurfürsten von Mainz mit auf Trier und Köln einzuwirken,[1] damit sie zustimmten; auch bei dem Bischof von Münster werde er ein gleiches versuchen. Einen Mittelweg finde er darin, daß man zunächst besonders an Hessen-Kassel und Braunschweig schreibe und dabei, anstatt der hildesheimer Allianz Erwähnung zu thun, nur bemerke, daß es den Einladenden lieb und angenehm sein würde, wenn sie außer sich selber noch andre benachbarte Fürsten und Stände mit zur Allianz brächten. Niemand würde ein derartiges Vorgehen übel nehmen können, selbst nicht die Schweden. In dieser Form würden wohl auch die bis jetzt Widerstrebenden gegen eine Einladung Jener nichts mehr zu erinnern haben. Auf diese Weise würden auch die Hildesheimer nicht als ein Bundeskörper beitreten, was den Vortheil mit sich führe, daß sie nicht auf ihre frühere Allianz sich berufen, denen, die sie einlüden, einen Bundesbeschluß aufdringen und ihrem Direktorium sich entziehen, ja unter Herbeibringung anderer protestantischer Stände den katholischen Bundesgliedern Gesetze vorschreiben könnten.

Mit dieser Wendung des Pfalzgrafen war für Mainz schon viel gewonnen. Die beiden Kurfürsten jedoch von Trier und Köln schienen sich immer unlustiger zu erzeigen.[2] Boineburg in großer Verlegenheit drängte daher den Pfalzgrafen zur Rückkehr nach dem Rhein, damit er einen Zerfall der Liga mit verhüten helfe.

Abgesehen von der eigenen Abneigung Jener vor einer Vertiefung mit den Protestanten, vor allen den Schweden, scheinen auch gewisse Einflüsterungen von Wien her nicht wirkungslos geblieben zu sein. Denn schon hatte man dort von diesem ganzen Plane Kenntniß und war davon wenig erbaut.[3] Der österreichische Deputirte Volmar, ein

---

[1] Ja, er will auf den Wunsch des Kurfürsten von Mainz selbst in die rheinischen Lande zurückkehren, obschon er vorgehabt, bis zum nächsten Frühling in den neuburgischen Besitzungen zu verweilen, um „die Mittel, so man anderwärts hundertfältig braucht, möglichst zusammenzusparen." Er wolle gern das publicum seinem privato vorziehen.

[2] Boineburg an den Pfalzgrafen am 5. Juni: Kur-Trier und Kur-Köln sind ganz rückgängig und begehren keine Stärkung der unentbehrlichen Verständniß über des Friedens Haltung. Ob sie die spanischen Winterquartiere allein wehren können, stehet dahin. — Düsseldorf.

[3] Hierbei spielt wohl Krosigk eine gewisse Rolle, welcher sich im Auftrage des Landgrafen zu jener Zeit in Wien befand und vielleicht nicht vorsichtig genug auftrat. Er schreibt von dort aus am 31. Mai (10.) Juni an Badenhausen: Boineburg schreibt mir sub rosa und hab es auch auf Kassel geschickt, daß Kur-Trier und Köln mit dem Schreiben an Braunschweig und Hessen noch anstehen. Allhier ist man übel mit solchen Liguen zufrieden. Kur-Mainz aber ist wohl recht, aber nicht allhier mehr so wohl daran als vor diesem. Das kann man sonderlich nicht verdauen, daß man Schweden und die Staaten sucht mit in solche Verfassung zu nehmen. — Vultejus

Werkzeug Auerspergs, wird Befehl erhalten und nicht versäumt haben, in Frankfurt alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit eine Verschmelzung der rheinischen Allianz mit der hildesheimer unterbleibe. Er schrieb an Boineburg, daß er dringend von einer Einladung der Schweden abmahnen müsse.[1] Wie mochte er erst hinter dessen Rücken auf die Alliirten des Mainzers einzuwirken suchen! Es entging nicht, daß er in dem Briefe an Boineburg so ziemlich dieselben Gründe in's Feld führte, die der Kurfürst von Köln in seinem ablehnenden Schreiben vom 14. Mai angezogen hatte.[2]

Kur-Köln wiederum hatte auf Trier's Verhalten den bestimmendsten Einfluß geübt: denn dieses hatte zuerst den Entwurf an die Häuser Braunschweig und Hessen-Kassel vom 29. April unterzeichnet, die Unterschrift aber unter Anführung der Bedenken des Kölners widerrufen.

Boineburg aber war gegen die Einflüsterungen des Oesterreichers auf seiner Hut. Durch Mehl ließ er mehrfach den kölnischen Deputirten Aldenhoven mit den bekannten Gegengründen bearbeiten. Einer Einladung zu persönlicher Rücksprache mit dem Kurfürsten Johann Philipp nach Mainz lehnte jedoch Aldenhoven mit der einfachen Erklärung ab, daß er ohne seines Herrn Erlaubniß sich auf solche Sachen nicht einlassen könne. Er berichtete aber nach Hause und empfing hierauf eine Note des Kurfürsten, worin nochmals dessen Bedenken wegen der Admission der Schweden ausführlich erläutert waren.[3] Er las dieses

---

an Badenhausen am 3. (13.) Juni: Wollte Gott, daß Herr K. (Krosigk) in diesen und dergleichen Sachen etwas behutsamer ginge. Sorge, seine Reise nach Wien wird uns noch mehr damit belasten. — Marburg.

[1] Geht, wie die unmittelbar folgenden Angaben, hervor aus dem Bericht des kur-kölnischen Deputirten Aldenhoven in Frankfurt an seinen Herrn vom 25. Juni 1656. — Düsseldorf. — Ende Juli sucht Volmar durch den münsterischen Deputirten Bisping in Erfahruug zu bringen, was der Kurfürst von Mainz wegen der Allianz und der Einladung Schwedens an den Bischof habe gelangen lassen. Relation Bispings vom 2. August 1656. — Münster. — Der braunschweigische Deputirte Heyland an Herzog Augustus vom 21. Juli (10.) August: Wie er vernommen, habe Volmar, dem dies Werk gar nicht schmecke, bei Köln und Trier diesen Skrupel (die besorgliche Verwicklung in die schwedisch-polnischen Händel) moviret, um das Werk dadurch gar zu hintertreiben. — Hannover. Köcher S. 222.

[2] Bericht Aldenhovens vom 25. Juni 1656. 1656. — Düsseldorf.

[3] Vom 2. Juli, nicht bei den Akten. Die Thatsache ergiebt sich aus der Relation Aldenhovens vom 9. Juli. — Düsseldorf. Eines der Bedenken des Kölners war, daß der König von Schweden, weil er in einem auswärtigen Krieg begriffen und mit seiner Armee so weit abwesend wäre, allem Ansehen nach zu der Allianz sich nicht verstehen noch so viel von seinen Völkern, als zu solcher Verfassung vonnöthen, nicht missen wollen würde. So berichtete Heyland am 29. October dem brandenburgischen Deputirten Hübner. (S. dessen Bericht an den Kurfürsten vom 21. September (1. October 1656. — Berlin).

Schriftstück dem Kanzler Mehl vor, welcher, der ganzen Allianzangelegenheit überhaupt wenig sympathisch gegenüberstehend, erklärte, daß seiner Privatmeinung nach diese Bedenken so erheblich seien, daß er sie gelten lassen müsse.

In denselben Tagen hielt Volmar es für zeitgemäß, direkt seine Schritte zu dem Kurfürsten Johann Philipp selbst zu richten. Als er in Erfahrung brachte, daß in den ersten Julitagen der Kurfürst von Mainz nach Würzburg aufbrechen werde, suchte er dessen Weg zu kreuzen und traf ihn auch wirklich unterwegs zu Langen an. Hier rieth er in des Kaisers Namen dringend von einer Verbindung wenigstens mit den Schweden ab, indem er auf die Gefahr einer Verwickelung in die auswärtigen Kriegshändel dieser Macht hinwies. Umsonst.

Johann Philipp war nicht so leicht von seinem Plane abwendig zu machen. Derartige Bedenken hatten für ihn keine Geltung. Gerade, was Köln und Trier besorgten und Volmar warnend vor Augen stellte, wollte er ja durch seine Kombination der beiden Allianzen verhindern. Fürwahr, er baute felsenfest auf die Weisheit seiner Eingebungen, die er zu einem System gestaltete, mit welchem er Deutschland in den sicheren Port des Friedens hineinzusteuern träumte. Gerade durch seine Allianz wollte er ja die Schweden wie auch die andern Gewalten, von welchen für das Reich Gefahren zu erwarten standen, zwingen, Ruhe zu halten. Er klammerte sich daher fest an die einmal beschlossene Idee, die Hildesheimer zu gewinnen, um den ersten Erfolg seines Systems der staunenden Welt vorführen zu können und dann mit desto größerer Aussicht auf Erfolg weiter in den Bahnen sich fortzubewegen, welche zu der großen allgemeinen Friedensgarantie führen mußten.[1]

Da trat auch eine Wandelung zugunsten seines Planes in der Stimmung des Bischofs von Münster ein, vermuthlich ein Erfolg der Mitwirkung des Neuburgers. Am 13. Juli traf Rath Wiedenbruck auf der Durchreise nach Wien in Frankfurt ein und erzählte dem Dr. Aldenhoven, er habe dem Kurfürsten von Mainz zu erklären den Auftrag gehabt, daß sein Herr der Bischof allerhand Bedenken halber zwar lieber sehen würde, wenn in dem Einladungsschreiben an Hessen und Braunschweig des hildesheimer Bundes gar nicht Erwähnung geschähe, daß er dennoch aber den Entwurf vom 29. April unterzeichnen wolle. Der Kurfürst Johann Philipp habe hierauf sofort befohlen, diesen Beschluß

---

[1] Boineburg drückt dies in dem einen seiner Briefe an den Pfalzgrafen vom 23. Mai 1656 folgendermaßen aus: wodurch paullatim per singulares conscendendo man ad inductionem et coalitionem universi Imperii et ad garantiam generalem gelangt.

an den kur-kölnischen Hof zu notifiziren und demselben gleichmäßig die Ausfertigung jenes Schreibens anheimzustellen.[1]

Nur der Kurfürst von Köln verblieb starr bei seiner Forderung, in dem Einladungsschreiben alle jene Stellen zu streichen, welche auf den hildesheimer Bund Bezug nähmen. Johann Philipp von Mainz mußte also wohl oder übel in diese Bedingung willigen, wenn nicht der ganze Plan Schiffbruch leiden sollte. Jedoch eher nicht, als bis zuvor Heyland erklärt hatte, daß die Auslassung jener Stellen bei seinen Herren kein Nachdenken verursachen werde.[2]

Aldenhoven hatte dem Braunschweiger Heyland und ähnlich Boineburg dem Hessen Badenhausen versichert, der Kurfürst von Köln widerstrebe einer Verbindung mit den Schweden weniger im Prinzip als aus Besorgniß vor einer bevorstehenden Ruptur zwischen denselben und den vereinigten Niederlanden,[3] woraus für seine Lande mancherlei Gefahren erwachsen würden, wenn er mit den Schweden alliirt sei. Man möge daher nur eine Weile verziehen, bis über das Verhältniß Schwedens zu Holland völlige Klarheit herrsche. Ein derartiges Motiv wird den Kurfürsten von Mainz zum Nachgeben nicht bewogen haben; viel eher aber der Wunsch, dadurch den Machinationen Volmars, welche bei weiterer Fortdauer dieser schroffen Gegensätze zwischen Mainz und Köln (man erinnere sich auch des Direktorialstreites) schließlich das ganze Bundeswerk auflösen konnten, die Spitze abzubrechen, alsdann die Furcht, durch längeres Säumen Hessen und Braunschweig zu verletzen oder gar unlustig zum Werk und abwendig zu machen, und schließlich die stille Zuversicht, daß auch ohne Festhalten an jenen dem Kölner bedenklich erscheinenden Wendungen des Einladungsschreibens auf allerlei andren Wegen schließlich zu der Allianz mit den Schweden zu gelangen sein werde. Denn dahin gingen nun einmal die festen Vorsätze des Kurfürsten. Auf der einen Seite mit Frankreich anzubahnen, auf der andern mit den Schweden, um so von beiden Seiten gegen das der Freiheit der deutschen Stände wie dem allgemeinen Frieden gefährlich erscheinende Haus Habsburg das Gleichgewicht zu halten, dies war sein Ideal, dessen

---

[1] Relation Aldenhovens vom 16. Juli. — Düsseldorf. Die Unterredung Wiedenbrucks mit dem Kurfürsten muß noch in Mainz vor der Abreise des letzteren nach Würzburg stattgefunden haben.

[2] Bericht Aldenhovens vom 6. August, der es freilich nur gerüchtweise wiedergiebt. Vielleicht ließ man sich von den Kasselern eine gleiche Versicherung geben.

[3] Sollten nun die Holländer eine Diversion gegen Bremen machen und S. K. D. zur Defension requirirt werden, so könnte er diese nicht leisten, da er mit Holland an vielen Orten hierunter mesliret. Relation Heylands vom 26. Juli (5. August) 1656. Hannover; benutzt auch von Köcher mit dem falschen Datum praes. 3. Juni.

Erreichung er durch starres Festhalten an einer reinen Formalität zu gefährden er am Ende doch Anstand nahm.

Sobald einmal diese Schwierigkeit beseitigt war, ergab sich die Form des für Braunschweig und Hessen bestimmten Einladungsschreibens von selbst. Man brauchte eben nur jene bedenklichen Stellen, welche auf die hildesheimer Allianz zielten, zu tilgen. Und also geschah es. Die endgültige Redaktion des Schreibens erfolgte am 18. Juli; aber erst Anfang August wurde es von Mainz auf den bekannten Rundweg gesandt.[1] Am 16. August traf es, vom Kurfürsten Karl Kaspar von Trier vollzogen, bei Maximilian Heinrich von Köln ein, der es seinerseits unterfertigte und zu gleichem Zweck dem Bischof von Münster zustellte, der es dann weiter an den Pfalzgrafen geben sollte.[2] Am 25. August meldete Christoph Bernard, daß er beides gethan.[3] Der Pfalzgraf endlich stellte das nunmehr von allen Alliirten unterzeichnete Schreiben am 14. September dem Kurfürsten von Mainz zurück, damit er es endlich an die Adressaten gelangen lasse.[4] Gleich nach der Ankunft des Schriftstückes übergab Boineburg dasselbe zu Frankfurt im Namen des Kurfürsten dem braunschweigischen Deputirten Heyland mit dem Ersuchen, die Sache nach Möglichkeit zu fördern.[5] Am 21. September ging das Schreiben mit der Post auf Bevern, wo der Herzog Augustus augenblicklich Hof hielt. Dem hessen-kasselschen Deputirten Badenhausen gab Boineburg einfach Kenntniß von der Einhändigung des Schreibens an Heyland:[6] dem Landgrafen werde dasselbe von den braunschweiger Herzögen zukommen.

Wir wenden uns zu den Eingeladenen selbst zurück. Von jenem Entwurfe vom 29. April hatte zuerst Krosigk Wind bekommen; Boineburg hatte ihm wohl unter dem Siegel der Verschwiegenheit davon Mittheilung gemacht.[7] Aber auch der Braunschweiger Heyland erhielt

---

[1] Mir lagen Abschriften aus den Archiven zu Münster, Hannover und Berlin vor. S. Köcher S. 703 Anhang und S. 222 Anm. 3.

[2] Anschreiben des Kurfürsten an den Bischof vom 17. August 1656. — Münster.

[3] Anschreiben an den Pfalzgrafen vom selben Tage. — Münster.

[4] Nachricht vom gleichen Tage an den Bischof Christoph Bernard. — Münster.

[5] Diarium Heylands unterm 10. (20.) September 1656. — Hannover.

[6] Diarium Heylands vom 11. (21.) September.

[7] Krosigk aus Kassel an Badenhausen in Frankfurt am 3. (13.) Mai: „denn es soll ein secretum sein." — Marburg. Durch das Schreiben erfahren wir auch, daß der französische Hof die mainzischen Allianzerweiterungspläne freudig begrüßte, als ob „Kur-Mainz und seine Mitgenossen suchen die Ligue zu machen für die Garantie mit Frankreich. Denn, wenn Frankreich kann, hat der Kaiser den Krieg gewiß auf dem Halse. Allein das ist die Meinung von Kur-Mainz nicht, sondern sich hors du jeu zu halten und Oesterreich und Frankreich gewähren zu lassen."

bei guter Zeit Kenntniß davon,[1] und zwar auf besondren Befehl des Kurfürsten Johann Philipp durch den Kanzler Mehl — die erste direkte Annäherung an die Braunschweiger. In schmeichelhaftester Weise wußte Mehl an die Anerkennung der friedliebenden Politik des Hauses Braunschweig anzuknüpfen, welche dasselbe vor allen andern evangelischen Reichsständen auszeichne. Der Kurfürst von Mainz trage ganz und gar keine Lust, auf den konfessionellen Unterschied Werth zu legen und befänden sich hierin mit ihm auch seine Alliirten vom Jahre 1651 im Einvernehmen. Die Einladung an Braunschweig und Hessen-Kassel zu gemeinsamer Vereinigung erfolge zu Zwecken der Erhaltung des öffentlichen Ruhestandes nach den Normen des Friedensinstrumentes zu keines Menschen Offension, ausschließlich wider die Störer dieser Ruhe. Jedwedem deutschen Reichsstande stehe der Eintritt offen, auch auf Begehren selbst der Krone Schweden wegen ihrer auf deutschem Reichsboden erworbenen Fürstenthümer. Man hoffe auf diesem Wege zu der Universalgarantie zu gelangen, welche dann diese Partikularzusammensetzung überflüssig machen werde.

Heyland übernahm zunächst nur die Uebermittelung dieser Gesinnungen an den Herzog Augustus allein. Um das Geheimniß zu wahren, nahm er diese Eröffnungen Mehls selbst nicht in sein Diarium auf, von dem man Abschriften aus Wolfenbüttel nach Celle und Hannover mitzutheilen pflegte. Er bat aber um Verhaltungsmaßregeln. Am 13. (23.) Mai konnte er auch jenen Entwurf vom 29. April und jenes Schreiben des Mainzers an Köln und Münster vom gleichen Tage, wie er sich's durch „Künste und gute Hände" zugänglich zu machen verstanden, dem Herzog mit dem Ersuchen um vorläufige Geheimhaltung einsenden. Er wußte dabei zu melden, daß Hessen-Kassel die Einladung gar gern sehen würde, weil eine solche Verbindung zu Stabilirung des lieben Friedens gar dienlich sein könnte.[2] Dem Hessen Badenhausen, welcher den Entwurf vom 29. April selbst noch nicht zu Gesicht bekommen hatte, war Heyland wohl mit überlegener Miene gegenüber-

[1] Relation Heylands an Herzog Augustus vom 6. (16.) Mai. S. Köcher (S. 196 und 221), welcher niemals die alte Datirung nach dem julianischen Kalender, dem damals noch viele Protestanten, auch die Braunschweiger, folgten, auflöst und stets die Datirung der Schriftstücke selbst wiedergiebt.

[2] Relation Heylands vom 13. (23.) Mai. — Hannover. Die Anschauung Krosigks in einem Briefe vom 12. (22.) Mai aus Kitzingen (er befand sich auf der Reise nach Wien) an Badenhausen: Zwischen Frankreich und dem Kaiser muß es bald zum Kriege kommen. Halten wir Deutschen nun nicht zusammen und machen eine starke dritte Partei, dürfte der Eine oder der Andre mit implizirt werden sowohl als mit Frankreich und das Gelag endlich wieder von Deutschland bezahlt werden; selbiges kann gar leicht in ein total Ruin und eine ganz andre Form kommen. — Marburg.

getreten, als er ihm eröffnete, daß er das Schriftstück kenne. In Kassel, wo ohnehin seit der Abreise Krosigks der Wind aus einer andren Richtung wehte — denn Vultejus war kein Freund der mainzischen Pläne —, verstimmte diese Ueberflügelung durch den Braunschweiger einigermaßen.[1]

Denn berichtete nicht auch Badenhausen, daß Heyland, anstatt sich ihm zu nähern, eher zurückzog? Man wünschte, daß der Vorschlag der Ligirten, an Braunschweig und Hessen zu schreiben, niemals vorgekommen sein möchte; man könne ja wahrnehmen, daß es nur darauf abgesehen sei, beide Häuser, besonders aber Hessen bei den Schweden und den Evangelischen überhaupt verdächtig zu machen. Sonst wäre ja Boineburg nicht „so laut damit gegangen, da doch solches neben dem prätendirten Zweck für ein secretissimum angegeben worden." Daran aber trage nur Krosigk die Schuld, welcher bei allen Evangelischen für verdächtig gehalten werde. Er meine es ja gut mit seinem Herrn, doch seien seine Prinzipien gefährliche und laufe dabei sein Partikularinteresse so stark mit unter, „daß darin nicht fehlzuschlagen er alles auf dessen Horizont zu akkommodiren suche."[2] Man vernahm, daß der schwedische Resident im Haag geäußert habe, der Landgraf wäre bereits mit den katholischen Ligirten gegen Schweden eingestiegen, wogegen der Landgraf allen Ernstes nachdrücklich Verwahrung durch ein besondres Schreiben an den König Karl Gustav einlegen zu müssen glaubte, ja für nöthig erachtete, einen besonderen Gesandten an den König abzuordnen, welcher derartige Verleumdungen wirkungslos machen sollte.[3] Badenhausen erhielt Befehl, auch in Frankfurt bei Snoilsky gegen solchen Argwohn vorzubauen.

Uebrigens wurde in Kassel bezweifelt, daß die braunschweigischen Minister so schnell bei der Hand sein würden, auf das mainzische Projekt einzugehen, wie etwa Heyland sich und den Ligisten vorspiegeln mochte. Doch war man hier nach wie vor selbst zum Beitritt entschlossen, vorausgesetzt daß auch Schweden, vielleicht auch (das mit Frankreich alliirte) Brandenburg mit hinzukäme. Man wollte eben auf keinen Fall unter allen protestantischen Ständen allein mit den Katholiken einsteigen, um sich die Glaubensgenossen, zumal die mäch-

---

[1] Vultejus an Badenhausen am 13. (23.) Mai: Daß Herr Heyland von dem an Braunschweig und Hessen destinirten Schreiben schon Wissenschaft, importirt ein näheres und sothanes Vertrauen mit den Katholischen sonderlich den Ligirten, daß er darin wohl Herrn Präsidenten Krosigk nichts nachgeben dürfte. Also sind wir allerends mit dergleichen gar übel dran, noch übler aber die Herrschaften bedienet, wenn sie sich damit umgeben finden. — Marburg.

[2] Vultejus an Badenhausen am 17. (27.) Mai 1656. — Marburg.

[3] Vultejus an Badenhausen am 10. (20.) Juni. — Marburg.

tigeren unter ihnen nicht zu entfremden. Daher diese Politik des Zögerns und Hinhaltens.

Im Hause Braunschweig hegte man andere Bedenken. Besonders gaben hier die Verhandlungen der Ligisten mit den Niederländern, wovon ein dunkles Gerücht in der Luft schwebte, Anlaß zu kühler Zurückhaltung. Denn wie konnte man Neigung empfinden für eine Vermengung mit den ganz außer dem Bereich der braunschweigischen Politik liegenden Interessen der Staaten? Zumal zu einer Zeit, da die maritimen Beziehungen der letzteren wie die der Schweden einem Konflikte zusteuerten. Ueberhaupt machte sich zu jener Zeit eine tiefgehende Abneigung gegen die staatische Politik bei den Braunschweigern bemerkbar. Und des weiteren, eben erst mit dem Kurfürsten von Brandenburg zu einem freundlicheren Verhältniß gefaßt, wollte man denn doch sich aus allen Konstellationen fernhalten, welche dem Hause die Wahl zwischen dem Kurfürsten und dem Neuburger aufgedrängt haben würden, falls es im westphälischen Kreise zum offenen Bruche zwischen diesen beiden feindlichen Potenzen gelangte.

Die Bedenken wegen der Niederlande erfuhren von mainzischer Seite, als Heyland sie errathen ließ, eine Abschwächung, da man jenem Gerücht ein gründliches Dementi entgegenstellte. Mehl betheuerte, das niederländische Projekt laufe seines Herrn Intention gar zuwider, dessen Ziel ja gerade sei, das Reich aus allen Händeln des Auslandes fernzuhalten.[1] Auch der kur-bayrische Gesandte, durch dessen Vermittelung Heyland den Kurfürsten von Mainz über dieses Verhältniß sondiren ließ, brachte zurück, der Kurfürst wisse ganz und gar nichts von diesen Verhandlungen mit den General-Staaten und sei auch dabei nicht interessirt, er halte im Gegentheil solche der gemeinnützigen Intention für nicht gemäß sondern vielmehr hinderlich. Man schob alles auf den Kurfürsten von Köln und stellte das Gerücht als durchaus harmlos dar.[2]

Jene Verstimmung in Kassel schlug sofort um, als Boineburg auch dem Deputirten Badenhausen von dem Entwurf jenes Einladungsschreibens unter vertraulichen Mittheilungen Kenntniß gab.[3] Der Landgraf sprach seine Befriedigung hierüber aus.[4] Der Kanzler Vultejus aber

---

[1] Diarium Heylands unterm 20. (30.) Mai 1656.

[2] Heyland an Herzog Augustus am 3. (13.) Juni 1656. — Hannover. Vgl. Köcher S. 222, Anm. 5.

[3] Badenhausen's Relation vom 27. Mai (6. Juni). — Marburg.

[4] Der Landgraf an Badenhausen am 3. (13.) Juni. — Marburg. Nur Vultejus murrte noch. Er schreibt am gleichen Tage an Badenhausen: Boineburgs vertrauliche Eröffnung bringt den Effekt, den ich allezeit gefürchtet und ist dadurch nichts ausgerichtet als daß, da berührte Schreiben schon hinc inde zur Wissenschaft gelangt,

mußte Badenhausen zu gleicher Zeit anweisen, daß er ergründe, wie weit etwa Kur-Mainz sich mit dem schwedischen Deputirten Snoilsky in diese Sache vertieft haben möge,[1] eventuell dem letzteren selbst von dem Plane des Mainzers Kunde gebe, wonach an sämtliche Glieder der hildesheimer Allianz Einladung zum Eintritt in die rheinische Verfassung ergehen sollte. Man suchte sich eben von vornherein das Vertrauen und den Dank der Schweden zu sichern, mindestens aber ihren Argwohn zu verhüten.

Ende Juli ging dann der braunschweigische Deputirte Heyland, einem Gebrauche der in Frankfurt am Reichsdeputationstag beglaubigten Staatsmänner folgend, zur Erholung auf einige Tage nach dem damaligen Modebade Schwalbach. Seinen Rückweg nahm er, vermuthlich auf Einladung des Kurfürsten Johann Philipp, über Mainz, wo auch, wie die brandenburgischen Deputirten Portmann und Hübner, denen dies wohl zufällige Zusammentreffen bemerkenswerth dünkte, zu berichten nicht versäumten, zur selben Zeit der französische Agent Gravel von Frankfurt erschien.[2] Heyland hielt sich in Mainz am 29. und 30. Juli auf. Der Kurfürst ließ ihn am 30. zu Hofe bitten und verstattete ihm vor dem offiziellen Empfang eine vertrauliche Audienz im Schloßgarten. Die Unterredung währte über eine halbe Stunde. Johann Philipp erklärte hierbei: Es habe viel saure Mühe gekostet, bis man endlich zum Frieden gekommen, an dessen Erhaltung alles gelegen sei. Schon zu Nürnberg (auf dem Exekutionstag) habe er es sich vergebliche Mühe kosten lassen, die durch das Friedensinstrument geschaffene Universalgarantie wirklich in's Leben zu rufen, bis er zur Ansicht gelangt wäre, daß man erst mit wenigen Ständen anfangen müsse. Auf diese Weise sei die Allianz der drei rheinischen (geistlichen) Kurfürsten vom Jahre 1651 entstanden, zu welcher dann Münster und Neuburg beigetreten wären. Dieses kleine Werk habe so viel genützt, daß bisher die Lande jenseits des Rheins mit keinen weiteren Einquartierungen wären belegt worden. Jetzt erheische die Nothdurft die Ausdehnung dieses engeren Verfassungswerkes. Um aber alle Jalousie zu vermeiden, müsse man einige Evangelische herbeiziehen, weshalb man auf Hessen und Braunschweig verfallen sei, deren treuliche Annahme

---

der unserm g. Fürsten und Herrn schon obliegende wiewohl unbegründete Verdacht dadurch gewachsen. Wollte Gott, daß Herr K. (Krosigk) in diesen und dergleichen Sachen etwas behutsamer ginge. Sorge, seine Reise nach Wien wird uns noch mehr damit belasten. — Marburg.

[1] Am 3. (13.) Juni. — Marburg.

[2] Diarium Heylands unterm 20. (30.) Juli. — Bericht der Brandenburger an den Kurfürsten vom 3. (13.) August 1656. — Berlin.

um's Allgemeinwohl bewährt und allbekannt sei. Von allen Seiten erhöben sich immer größere Gefahren. Ein Zusammenstoß Frankreichs mit dem Hause Oesterreich sei wohl unvermeidlich und die Spanier stünden noch immer gefahrdrohend an des Reiches Westgrenzen. Die Pläne des Hauses Oesterreich seien dunkel; man höre von wunderlichen Dingen, die man dort im Schilde führe. Allerorten habe man Ursache genug, ein solches Verfassungswerk schleunig zu betreiben. Schon vor Monaten sei ein Einladungsschreiben abgefaßt, das ihm, dem Heyland, bekannt gegeben worden sei. Köln und Trier aber hätten Bedenken erhoben an der darin enthaltenen Klausel von der Herbeiziehung der (nicht einmal mit Namen genannten) Schweden, welche er der Kurfürst in der Absicht hineingebracht habe, um Jedermann den Argwohn zu benehmen, als ob man etwas andres dahinter suche als die Erhaltung des Friedens. Köln und Trier hätten Angst vor einer Verwickelung in die polnischen und preußischen Wirren. Er habe deswegen mit Köln einige Schreiben gewechselt, worüber Zeit verstrichen und die Absendung des Einladungsschreibens verzögert worden sei. Jetzt aber sei beschlossen, jene Klausel ganz wegzulassen, aber bei der ersten Konferenz in Umfrage zu bringen, ob und unter welchen Bedingungen die Zuziehung der Schweden gefordert werden könne, ohne daß man sich in ihre auswärtigen Irrungen einflechte. Noch in dieser Woche wolle er daher das Schreiben expediren lassen. Heyland möge vorher über diese Mittheilungen heimberichten, um von vornherein seinen Herren alle ungleichen Gedanken zu benehmen. Ein Seitenwink gab zu berücksichtigen, daß man in Mainz so ziemlich über 2600 Mann zu Fuß und 400 Reiter wirklich in Bereitschaft halte.[1]

Bei Badenhausen aber in Frankfurt erschien Boineburg, um ihn zu vermögen, daß er dem Landgrafen wegen des bisherigen Verzugs des Einladungsschreibens und der Aenderung in der Fassung desselben die wahre Beschaffenheit vermelden wolle.[2] In Kassel hatte man vorgehabt, Badenhausen nach Mainz zu beordern, es aber in Erwartung des Erfolges einer vorher anzustellenden Kommunikation mit dem Hause Braunschweig unterlassen. Die Nachricht von den Eröffnungen Boineburgs empfing man mit großer Genugthuung. Man näherte sich den Wünschen des Mainzers unter dem Einflusse einer Mission des Kurfürsten von Brandenburg, in dessen Auftrag gerade in jenen Tagen

[1] Alles nach der Relation Heylands an Herzog Augustus vom 21. (31.) Juli 1656. — Hannover. Vgl. Wesentliches daraus bei Köcher S. 218 und 222. Die Entschuldigungen des Kölners Aldenhoven bei Heyland wegen der Verzögerung des Einladungsschreibens aus derselben Zeit, s. oben.

[2] Bericht Heylands vom 25. Juli (4. August). — Hannover.

der Freiherr Raban v. Canstein an den Höfen der (mit Brandenburg verbündeten) Braunschweiger und des Kasseler Landgrafen umherreiste, um ein gutes Einvernehmen für die Verhandlungen am Reichsdeputationstage zu bewerkstelligen sowie gemeinsame Vorstellungen beim Kaiser wegen Nichteinmischung in den polnischen Krieg und (wenigstens bei Braunschweig) eventuelle Hülfe gegen die dem Kurfürsten aus dem letzteren etwa zustoßenden Gefährlichkeiten in den Reichslanden auszuwirken. Hierbei kam denn in Kassel die Rede auf vielerlei Sachen, deren in den offiziellen Aktenstücken nicht Erwähnung geschieht.[1] Canstein gab Aufklärungen über die politische Lage seines Herrn. Seine Darstellungen machten den Eindruck, als ob den Herren am kur-brandenburgischen Hofe nicht wenig bang zu sein scheine und sie begännen, die alten seither ziemlich hintangesetzten Freunde wieder zu suchen, was Canstein auch „mit guter Manier ziemlich unter die Nase gerieben" wurde. Nichtsdestoweniger sah man am Kasseler Hofe diese Annäherung des dem Landgrafen verschwägerten angesehenen und waffenmächtigen brandenburger Kurfürsten von Herzen gern, trotz, vielleicht auch gerade wegen der zur Zeit schwebenden Transaktionen mit den katholischen Liirten. Die Nachricht von jenen Eröffnungen Boineburgs kamen den Hessen „ziemlich zu Paß, indem es scheint, Schweden und Brandenburg werden uns veranlassen, mit in die (d. h. ihre schwedisch-brandenburgische) Verfassung zu treten."[2] Daß von beiden Seiten um sie geworben wurde, verlieh ihnen kein geringes Selbstvertrauen und die Sendung Cansteins speziell Gelegenheit, den Katholischen ihren Beitritt zur Liga so kostbar als möglich zu machen. Zugleich aber stieg ihnen auf der andern Seite der Plan auf, auch Brandenburg neben den mit diesem verbündeten Schweden mit zu dieser Verbindung heranzuziehen. Man wird vielleicht gegen Canstein andeutungsweise ein solches Thema berührt haben. Thatsache ist, daß zuerst in den kasselischen Akten von dem Plane gesprochen wird, mit Schweden und Brandenburg vereint dem rheinischen Bunde beizutreten.[3] Auch erhielt gerade in jenen Augusttagen Badenhausen schon den Auftrag, dem Schweden Snoilsky von

---

[1] Wie ausdrücklich Vultejus in einem Schreiben vom 25. Juli (4. August) 1656 erwähnt.

[2] Vultejus an Badenhausen am 3. (13.) August. — Marburg.

[3] Vultejus an Badenhausen am 10. (20.) August 1656: Von dem a parte Kur-Mainz auf's neu vertrösteten Invitationsschreiben hat sich bis noch nichts blicken lassen; will nicht hoffen, daß Kur-Trier und Köln neue Diffikultäten dabei machen werden. Wie sonst bei bewußter Verfassung Neuburg und Kur-Brandenburg kompatiren können, steht bei mir nicht wohl zu begreifen und möchte ich darüber wohl etwas näher informirt zu werden wünschen. — Marburg.

dem mainzischen Projekt einer Einladung an Braunschweig und Hessen Kenntniß zu geben und ihn dabei zu sondiren, ob nicht auch Schweden und Brandenburg mit beizutreten zu bewegen sein möchten, um „dadurch im Reich domui Austriacae et adhaerentibus die Wagschale halten zu helfen und der Katholischen sonst etwa anderwärts ergreifende Desseins zu divertiren". [1]

Also Mißtrauen und gemeinsame Stellungnahme gegen das Haus Oesterreich auf der einen Seite, auf der andern das Bedürfniß nach einem Rückhalt gegen die auch ihrerseits noch immer mit argwöhnischen Seitenblicken betrachteten Invitanten, die Mainzer nicht ausgeschlossen, [2] — dies das Programm des Hauses Kassel, womit es seine Politik der Annäherung nach beiden Seiten hin, an die rheinischen Ligisten wie die verbündeten Schweden und Brandenburger, inaugurirte.

Inzwischen hielt der Kurfürst Johann Philipp von Mainz, als das nunmehr der anstößigen Stellen entledigte Einladungsschreiben auf der Rundreise bei den Alliirten sich wiederum verzögerte, es für angezeigt, seinen Rath Blum an die beiden zur Admission bestimmten Häuser Braunschweig und Kassel abzuordnen mit einer Note Boineburgs, worin die vertrauliche Anfrage geschah, ob im Falle des Ausbleibens jenes Einladungsschreibens man bereit sei, sich in eine besondere Allianz mit Kur-Mainz allein einzulassen. Verblüfft antworteten in Kassel Vultejus und der Kammer-Präsident Sixtinus, daß es ihnen an Vertrauen zum Kurfürsten nicht fehle, sie aber über diese Frage sich doch erst mit den Braunschweigern in's Vernehmen würden setzen müssen. Zugleich betonten sie, daß von einem solchen Bündnisse auch andre evangelische Stände nicht auszuschließen sein würden. [3] Man zweifelte in Kassel an einer zustimmenden Erklärung der Braunschweiger zu solcher Frage, obwohl Blum versicherte, daß Heyland sich in bejahendem Sinne geäußert habe. Man kalkulirte, daß die letzthin (1655) erfolgte nähere Verbindung des Hauses Braunschweig mit dem Brandenburger jenem vermuthlich Ursache geben würde, hierin überhaupt etwas behutsamer zu gehen. Blum ging eilig weiter an die braunschweigischen Höfe, kehrte aber bald zurück, ohne daß wir erfahren, welchen Bescheid er von dort mitbrachte.

---

[1] Vultejus an Badenhausen am 13. (23.) August. — Marburg.

[2] Vultejus u. a. an Badenhausen am 16. (26.) August: Ich kann mich gar nicht in den Handel schicken, daß Kur-Mainz den italienischen Zug der Kaiserlichen (gegen den Herzog von Modena bezw. die Franzosen den Spaniern zur Hülfe) gegen Etliche improbirt, Andre aber und zu Wien, daß S. K. G. dazu mitgestimmt, constanter ausgegeben werden soll. Ob nun dieses ein Stück der daselbst nicht ungewöhnlichen Fickfackerei ist, lasse ich dahingestellt sein. — Marburg.

[3] Vultejus an Badenhausen am 19. (29.) August 1656. — Marburg.

Aus den Berichten Badenhausens über das Benehmen Heylands in Frankfurt schloß man in Kassel, daß man braunschweigischerseits geneigt sei, eventuell mit Mainz absonderlich sich zu setzen.[1] Das ganze Ansuchen ward gegenstandslos, als das Einladungsschreiben bestens vollzogen wieder anlangte.

Welche Stellung man im braunschweigischen Lager zu jenen Anträgen des Kurfürsten von Mainz nahm, welche Heyland nach seiner Audienz bei demselben unterbreitete, ist bald gesagt. Man zog sich behutsam in sich selbst zurück, je lauter auch Heyland in Frankfurt dreinfahren mochte. Und zwar derart, daß man damit in Kassel beinahe Verstimmung erregte.[2] Auf einer Konferenz des Gesamtministeriums des Hauses zu Braunschweig nahm man einfach Akt von jenen Mittheilungen Heylands.[3] Heyland selbst bemerkte als auffällig, daß er keine Weisungen in dieser Angelegenheit empfange.[4] Die Werbung des Mainzers kam gewiß zu unrechter Zeit. Man stand mitten in den Verhandlungen mit Canstein und war die ganze Aufmerksamkeit der dortigen Staatsmänner auf den Norden gerichtet, allwo man jeden Augenblick in höchst verwickelte und gefährliche Läufte verwickelt zu werden befürchten mußte. Man entschied sich unter diesen Umständen einfach für die Politik des Abwartens. Es war ja immer noch Zeit genug, mit der Einladung der rheinischen Ligisten sich zu beschäftigen, wenn sie erst wirklich eingetroffen. Daß dieselbe so lange ausblieb, war immerhin höchst merkwürdig; in Kassel verursachte es nicht wenig Wunderns und Unwillens. Trotz der Neigung zum Beitritt, an der man hier festhielt, nahm man sich doch vor, mit der Resolution auf dies Einladungsschreiben den rheinischen Alliirten nicht gerade entgegenzulaufen, sondern sich Zeit zu gönnen, um darüber nachzudenken, nachdem jene so lange angestanden, bis das Schreiben abgelassen worden.[5]

---

[1] Vultejus an Badenhausen am 26. August (5. Septbr.) 1656. — Marburg. Badenhausen erhielt den Auftrag, Heyland „ferner zu kajoliren, denn er kann nicht wohl bergen, was er weiß."

[2] Vultejus an Badenhausen in einem undatirten Schreiben von Anfang September klagt darüber, daß die Braunschweiger „gar fiers und rar gegen uns in der Korrespondenz nunmehr sind." — Marburg.

[3] Am 7. (17.) August. Protokollarische Aktennotiz in Archivalien des St.-A. Hannover, aus welcher nicht hervorgeht, ob ein Gedankenaustausch der Räthe hierüber erfolgte. Köcher scheint diese Angabe entgangen zu sein.

[4] In seinem Diarium am 22. August (1. September).

[5] Vultejus an Badenhausen am 26. August (5. September) 1656. — Marburg.

14.

Braunſchweig und Heſſen-Kaſſel nehmen die Einladung bedingungsweiſe an.

Etwa am 25. September 1656 wird das die Einladung zum Beitritt enthaltende Schreiben der Alliirten an die beiden proteſtantiſchen Häuſer in die Hand des Herzogs Auguſtus von Braunſchweig-Wolfenbüttel gelangt ſein. Unter dem 20. (30.) theilte dieſer es in Abſchrift nach Celle, Hannover und Kaſſel mit. Auch Heyland in Frankfurt erhielt neben der Empfangsbeſcheinigung die ganz allgemein gehaltene Weiſung, bei den Vertretern der Invitanten einſtweilen zufriedenſtellende Erklärungen abzugeben.[1]

Zu Helmſtädt, wo zu Anfang October die Räthe der drei braunſchweigiſchen Linien nach der Gepflogenheit des Hauſes, ſobald gemeinſame Intereſſen deſſelben in Betracht kamen, eine Konferenz abhielten, wurde der Beſchluß gefaßt, vorerſt auf das Schreiben der Alliirten eine Antwort zu entwerfen.[2] Dies geſchah in der wolfenbütteler Kanzlei und Herzog Auguſtus ſandte einen ſolchen Entwurf am 8. (18.) October zur Begutachtung und beliebiger Vollziehung nach Celle und Hannover.

Dieſer dreifache Gang aller Verhandlungen unter den drei Linien, wie nothwendig er auch war, mußte natürlich allemale Verzögerungen mit ſich bringen. So trat denn erſt am 28. October, immerhin noch raſch genug, eine neue Konferenz des Geſamthauſes in der Stadt Braunſchweig zuſammen, um hier namentlich über die Frage wegen des Beitritts zu der katholiſchen Allianz eine Vereinbarung zu treffen.

Von vornherein gab man von allen drei Seiten zu, daß die Einladung nicht ohne weiteres abgelehnt werden dürfe, wenn man nicht die, von denen ſie ausgegangen, verletzen wolle. Wie aber, ſo wurde bedenklich gefragt, wenn dieſe Aufforderung nur erlaſſen worden wäre, um die Eingeladenen bei ihren Glaubensgenoſſen in Mißkredit zu bringen oder mit dieſen zu entzweien? Auch laſſe ſich wohl über den Werth einer ſolchen Verbindung ſtreiten, welche ganz disjunkte Staaten um-

---

[1] Bei Aldenhoven that er dies, laut ſeines Diariums, am 30. Sept. (10. Okt.). Derſelbe hat bezeugt, daß ſein Herr gutes contentement haben werde. — Hannover.

[2] Herzog Auguſtus an Herzog Chriſtian Ludwig vom 8. (18.) October. — Hannover. Näheres über dieſe Konferenz vermag auch Köcher nicht anzugeben.

schließen solle und Jedem, also auch den Kleinsten unter den Kleinen den Eintritt gestatte. Als warnendes Beispiel dienten der Schmalkaldener Bund und die Leipziger Union. Als einziges Mittel, allem Unglimpf bei den protestantischen Mitständen von vornherein zu begegnen, schien sich nur das Verfahren darzubieten, daß man den Alliirten erkläre, man werde nur dann ihre Einladung in Erwägung nehmen, wenn auch zugleich eine solche an Schweden und Brandenburg erlassen würde, wie es denn überhaupt als wünschenswerth gelten müsse, daß eine größere Anzahl evangelischer Stände mit eingeschlossen würde.[1] Vor allen Dingen sei mit Hessen-Kassel ein gutes Einvernehmen in dieser Angelegenheit zu bewerkstelligen und hieran fest zu halten. Es wurde sodann die Fassung des im Namen der drei Herzöge abzulassenden Antwortschreibens an die Alliirten endgültig festgesetzt, worin man erklärte, daß nothwendig zunächst eine besondere Konferenz veranlaßt werden müßte, damit man auf beiden Seiten sich über den Fall einigen und über die bereits vorliegende Notel der ersten Zusammensetzung (die hildesheimer oder die kölnische?) vergleichen könne. Man bitte, hierfür Zeit und Ort zu bestimmen, worauf man sich so erweisen werde, daß die Alliirten in der That verspüren würden, daß den drei Herzögen allewege nichts mehr angelegen sei, als beständige Ruhe und Einigkeit im heiligen römischen Reich zu erhalten und fortzupflanzen.[2]

Ein letzter Beschluß der braunschweiger Konferenz lautete dahin, mit Hessen-Kassel in direkte Verhandlungen über die ganze Angelegenheit zu treten und es deshalb zu einer neuen Gesamtkonferenz nach Hildesheim auf den 21. November (1. Dec.) einzuladen. Man folgte hierbei nur einem Vorschlage des Landgrafen Wilhelm selbst, welchen derselbe in seiner Antwort vom 5. (15.) October auf das Anschreiben des Herzogs Augustus vom 20. (30.) September angeregt und, als ihm der Bescheid hierauf zu lange ausblieb, am 29. October (8. Nov.) wiederholt hatte.[3]

---

[1] Man hätte den Beitritt Kur-Sachsens gern gesehen, obwohl man dessen kaiserlich-spanische Politik wohl in Erwägung zog, desgleichen den Württembergs. Hessen-Darmstadt galt bei den Braunschweigern für unzuverlässig und wurde wegen seiner Schwäche wenig geachtet.

[2] Köcher S. 223 und 224 nach dem Konferenzprotokoll vom 28. Oct. (7. Nov.) bis 3. (13.) November. Abschriften der Antwort der Braunschweiger vom 28. Octbr. (7. November) in Hannover und Berlin. Zu berichtigen ist die Angabe Droysens (III, 2 Anm. 359 zu S. 215), daß schon in diesen Schreiben die Bedingung gestellt sei, Schweden und Brandenburg mit aufzunehmen.

[3] Kopien der drei Schreiben in Hannover. Das zweite Schreiben des Landgrafen erging an Herzog Christian Ludwig zu Celle, bei welchem es wenigstens die Wirkung hervorbrachte, daß ihm die Augen darüber aufgingen, wie wenig rücksichtsvoll doch im Grunde der Beschluß einer einseitigen Antwort an die Alliirten sei.

Am 6. (16.) November erließ dann Herzog Augustus den braunschweiger Konferenzbeschlüssen gemäß die Aufforderung an den Landgrafen zur Beschickung des hildesheimer Tages.[1] Unter dem 14. (24.) stellte letzterer das Erscheinen seiner Vertreter in Aussicht.[2]

In Kassel, wohin wir nunmehr unsere Blicke wieder zu richten haben, hatte es zunächst schon Verwunderung und Mißbehagen verursacht, daß die Notifikation des Einladungsschreibens der Alliirten durch Herzog Augustus sich einigermaßen verzögerte.[3] Und als diese dann, etwa am 14. October,[4] eingetroffen war und darauf der Landgraf das Ansuchen stellte, vor der Abfassung einer Antwort an die Alliirten eine Konferenz beiderseitiger Bevollmächtigter zu veranlassen, hatte man sich wiederum über Verzögerung zu beklagen. Zwar wußte man in Kassel sehr wohl in Anschlag zu bringen, daß es im Hause Braunschweig, weil es verschiedene Linien angehe, insgemein mit allen Verhandlungen gar langsam herzugehen pflege. Aber auch dieser Leute Unzuverlässigkeit glaubte man von früheren Anlässen her genügend zu kennen.[5] Wochenlang wartete man vergebens nur auf ein bloßes Anzeichen von der Geneigtheit der Herzöge zum Beitritt in die Allianz. Denn was auch Heyland in Frankfurt versichern und „aufschneiden" mochte, auf dessen Worte glaubte man nichts festes bauen zu dürfen, und zwar um so weniger, als man wissen wollte, daß ein Theil der maßgebenden Persönlichkeiten in den braunschweigischen Ministerien mit ihres Deputirten

---

Die Regierung in Celle schlug wenigstens am 5. (15.) November den Schwesterbehörden in Wolfenbüttel und Hannover vor, mit der Abfertigung dieses Antwortschreibens anzustehen, bis man darüber mit den Hessen konferirt habe. Darauf erwiderte die Regierung in Wolfenbüttel am 10. (20.) November, daß ihrerseits die Antwort an die Alliirten schon vollzogen und in Celle zur Mitausfertigung wohl eingetroffen sei. Ein längerer Verzug werde von den Invitanten nicht wohl aufgenommen werden, weshalb es rathsamer sei, das Schreiben je eher je lieber zu befördern. Am 15. (25.) November ging die Vorantwort vollzogen von Celle nach Hannover ab. — Hannover.

[1] Marburg.

[2] Hannover. Hiernach ist die Angabe Köchers S. 224, Anm. 4 (12. Novbr.) zu verbessern.

[3] Vultejus an Badenhausen am 23. Sept. (3. October). In diesem Schreiben wird der Wunsch nach Herstellung eines besseren Verhältnisses zwischen Mainz und Kur-Pfalz laut, damit letzteres mit zur Allianz treten könne, wodurch diese ein größeres Ansehen gewinnen würde.

[4] Diarium Heylands vom 9. (19.) October: Diesen Morgen avisirte mich Herr v. Vorburg (der kur-mainzische Deputirte im Fürstenkolleg), daß nunmehr das Invitationsschreiben von Wolfenbüttel zu Kassel angekommen wäre. — Antwort des Landgrafen vom 15. October siehe oben.

[5] Vultejus an Badenhausen am 11. (21.) October.

Auftreten zu Frankfurt durchaus nicht eben zufrieden sei.[1] Man wartete mit Fug auf eine direkte Aeußerung von leitender Stelle. Schon zog man mißmuthig in Betracht, daß Herzog Augustus ein wankelmüthiger Herr sei und sein Kanzler Schwarzkopf ihm hierin wenig nachgebe, daß Herzog Christian Ludwig ein lockeres Leben führe und es deshalb mit der Politik wenig ernst nehme, und daß die Abwesenheit des kalenberger Herzogs Georg Wilhelm im wälschen Lande — er lebte in Venedig und raunte man vielfach von apostatischen Neigungen desselben — keine Gewähr für eine beständige und zuverlässige Politik des Hauses Braunschweig leiste.[2]

Schließlich sah Landgraf Wilhelm sich zu jenem Monitorium an Herzog Christian Ludwig vom 8. November gemüßigt, worauf er dann die schon erwähnte Berufung nach Hildesheim erhielt.

Inzwischen aber ging im Auftrage des Landgrafen dessen Vertreter Badenhausen von Frankfurt nach Mainz, um unter anderen Geschäften auch Informationen über den Stand der Allianzangelegenheit zu suchen, wohl auch dem Kurfürsten Aufklärungen hierüber, zumal über die von Braunschweig verursachte Verzögerung zu geben.[3] Hier vernahm er zu seinem großen Befremden, daß auf die Einladung der Ligisten ein vom 8. October datirtes Antwortschreiben der Herzöge von Braunschweig eingetroffen wäre, worin dieselben um Benennung von Zeit und Ort zu näheren Beredungen nachsuchten. Hierob erklärlicherweise große Entrüstung in Kassel, wo man sich vornahm, auf der bevorstehenden Konferenz dies einseitige Vorgehen der Braunschweiger lebhaft zu ahnden, um sich gegen fernere derartige Mißachtung zu schützen. Die ganze Nachricht war falsch und ein Ergebniß der Indiskretionen Heylands, welcher aus Wolfenbüttel eine Abschrift des Entwurfes der braunschweigischen Antwort erhalten und sofort Boineburg oder einem der andren mainzer Räthe mitgetheilt hatte, die sich dann die kleine List erlaubten, Badenhausen gegenüber die wirkliche Ankunft eines solchen Schreibens vorzuspiegeln, wohl in der Absicht, um auf die Beschleunigung der Angelegenheit

---

[1] Vultejus an Badenhausen am 21. (31.) October. — Marburg.

[2] In dem eben citirten Briefe des Kanzlers Vultejus.

[3] Am 7. November, wie aus einem Berichte des kur-kölnischen Deputirten Aldenhoven an seinen Herrn vom 10. November (Düsseldorf) hervorgeht. Am 19. Novbr. berichtet dann Aldenhoven weiter, daß nach Heyland's Erklärung die Mission Badenhausen's in der Notifikation der hessischen Resolution wegen Miteintretung in die Defensivverfassung bestanden habe; ein Falsum, wenn auch wahrscheinlich Badenhausen bei dieser Gelegenheit vom guten Willen des Landgrafen Versicherungen gegeben haben wird. Daß er nebenbei auch den Bedenken des Landgrafen gegen die Miteinnehmung der General-Staaten Ausdruck zu geben beauftragt war, geht aus einem Briefe des Vultejus an Badenhausen vom 22. November (2. December) hervor.

auch bei Kassel einen gewissen Druck auszuüben. Später freilich sah Boineburg, als die Antwort aus Braunschweig auch wohl wider sein Erwarten ausblieb, sich gezwungen, seine Angaben zu berichtigen, obwohl er und der in anderen Sachen zu Kassel erscheinende mainzische Rath Blum in schwankenden Angaben auch sonst noch ihr möglichstes leisteten.[1] Thatsächlich ist die Antwort des Hauses Braunschweig auf die Einladung der Alliirten erst am 22. November (2. Dec.) expedirt worden und am 8. December am kur-mainzer Hofe eingetroffen.[2]

Es lohnt sich, bei Erwähnung dieses Zwischenfalles einen Blick auf das Treiben des Urhebers desselben, Heyland, zu werfen. In seiner Lebhaftigkeit und seinem Eifer für den Plan einer Koalition zwischen den Rheinischen und den Hildesheimischen beging er in Frankfurt Indiskretionen und Unvorsichtigkeiten, ja Zweideutigkeiten, die das ihm von anderer Seite gespendete Lob wesentlich zu modifiziren geeignet sein dürften.[3]

Schon zu Ende September, als offiziell über den Beitritt Braunschweigs zur Allianz noch gar nichts entschieden war und ohne daß er, soviel ich zu sehen vermag, zu solchen Aeußerungen irgendwie autorisirt war, berichtete er dem brandenburgischen Deputirten Hübner, daß sein Haus das Anerbieten der Ligisten annehmen werde und zu diesem Zwecke sich bereits in Verfassung stelle. Man hoffe auch Bayern mit dazu zu bringen und werde ohne Zweifel ein gleiches Ansinnen an den Kurfürsten von Brandenburg stellen, wenn es noch nicht geschehen, und ebenso an den König von Schweden; wenigstens würden die Evangelischen, welche sich in diese Allianz einließen, entschieden auf diese Kombination dringen.[4] Am 8. October setzte er denselben Diplomaten von dem in Wahrheit noch gar nicht formulirten Plane einer braunschweigisch-hessischen Konferenz in Sachen dieser Allianz, die „nunmehr beliebt" sei, in Kenntniß. Nach Beendigung dieser Konferenz und wenn es inzwischen in Polen sich zum Frieden anließe, würden Schweden und Brandenburg ganz gewiß auch zu dieser Allianz eingeladen werden, da es sich bisher einzig und allein daran gestoßen, daß diese Beiden in einem so weitläufigen Krieg außerhalb des Reichs begriffen wären.[5] Dem württembergischen Deputirten suchte er begreiflich zu machen, daß es in Erwägung der großen Gefährlichkeiten, darein das Vaterland gerathen, nunmehr hohe Zeit sei, zusammenzutreten und sich des Allianzwerkes,

[1] Vultejus an Badenhausen am 22. November (2. December).
[2] Boineburg an Badenhausen am 9. December. — Marburg.
[3] Köcher S. 202 u. 203.
[4] Bericht Hübner's vom 21. September (1. October). — Berlin.
[5] Bericht Hübner's an den Kurfürsten vom 28. Sept. (8. Oct.) 1656. — Berlin.

zu dem, wie er wußte, Württemberg eingeladen war, mit mehr Ernst anzunehmen als bisher.[1] Bei dem kur-kölnischen Deputirten Aldenhoven suchte er sich durch falsche Angaben einzuheben. Wie er demselben Mittheilungen über die Mission Badenhausens in Mainz machte, welche der Wahrheit keineswegs entsprachen, sondern wohl nur auf Vermuthungen sich gründeten, so war es eine bewußte Unwahrheit, daß er ihm versicherte, braunschweigische und hessische Abgeordnete wären zur Zeit in Braunschweig beieinander, um über den Beitritt zur Allianz Berathung zu pflegen.[2]

Daß er durch seine Indiskretion, mit welcher er den Mainzern jenen Entwurf der braunschweigischen Antwort offenbarte (wovon diese einen so gefährlichen Gebrauch machten), beinahe das Allianzwerk gefährdete, war gewiß keine Absicht von ihm, aber ein unverzeihlicher Fehler. Immerhin lag die größere Schuld auf Seiten der braunschweigischen Regierung selbst, wenn in Kassel der Unmuth einen hohen Grad erreichte. Man fragte sich hier: ist dieses einseitige Vorgehen Mißtrauen oder Hochmuth? Und der Landgraf selbst, als es ihm berichtet wurde, nahm anfangs Anstand, ob er überhaupt nach Hildesheim abordnen und noch ferner mit Braunschweig etwas vornehmen solle.[3] Da aber noch keineswegs mit Sicherheit das Eintreffen jener einseitigen Antwort bei den Alliirten erwiesen war, blieb doch wohl nichts andres übrig, als für den hildesheimer Tag Vorbereitungen zu treffen: doch wurde der dorthin bestimmten Gesandtschaft als eine der ersten Aufgaben eingebunden, den Herren Braunschweigern „den Hochmuthsschwär etwas aufzustechen und ihnen vorzuhalten, daß man künftig besserer Bezeigung gewärtigen wollte.“[4] Heyland, so schmeichelte man sich, werde alsdann

---

[1] Diarium Heyland's unter'm 29. September (9. October). Der Württemberger (Bidenbach) versicherte, sein Herr habe mit der Resolution bisher so lange zurückgehalten, weil er vorher erwarten wolle, wie diejenige des Hauses Braunschweig ausfalle. Der Herzog habe unlängst Kur-Mainz seinen Beitritt anmelden wollen, doch hätten sich nach einer jüngst zu Heilbronn stattgehabten Unterredung mit dem Kurfürsten von der Pfalz bei ihm neue Skrupel erhoben. Die Resolution Braunschweigs müsse der Sache einen Ausschlag geben. Am 11. October ging Heyland nochmals zu Bidenbach, der im Begriff stand, sich zu seinem Herzog zu begeben, um ihn zu bitten, bald wieder zu kommen und seinem Herrn die von dem Pfälzer (der sich aus Feindschaft gegen Kur-Mainz von der Allianz fernhielt) erweckten Skrupel zu benehmen, was der Gesandte auch zu thun versprach. — Hannover. Ueber die direkte Einladung Württembergs durch die Alliirten vermag ich aktenmäßig keinen Beleg herbeizubringen. Kur-Mainz wird auch hier ohne besonderen Auftrag der Bundesgenossen auf eigene Hand, wie bei Darmstadt, haben werben lassen.

[2] Am 10. November. — Düsseldorf.

[3] Vultejus an Badenhausen am 17. (27.) November. — Marburg.

[4] In dem angezogenen Schreiben des Vultejus.

wenig Dank für seine „frühzeitige Divulgirung des Projekts" davontragen. Der aber ließ sich durch solchen Unwillen, wenn er überhaupt davon eine Ahnung hatte, eben wenig stören. Nach wie vor gefiel er sich in der Rolle des Vielgeschäftigen, mit welcher er den Anschein erweckte, als wisse er alles und habe überall seine Hand im Spiele. Nur den Darmstädtern gegenüber hüllte er sich seiner Gewohnheit zuwider in eine tiefgeheimnißvolle Wolke. Als ihn der Kanzler Fabricius im Namen des Landgrafen Georg geradezu fragte, wie weit man mit der Allianz gekommen, antwortete er kurzab, daß man noch in Berathungen darüber begriffen sei.[1] Auch aus diesem Auftreten geht hervor, daß die braunschweigische Politik ein Zusammengehen mit Hessen-Darmstadt nicht genehm erachtete. Landgraf Georg hatte sich schon am 8. (18.) October von Gießen aus bei Herzog Christian Ludwig zu Celle erkundigt, ob an diesen wie an ihn von den katholischen Herren Kurfürsten am Rhein und dem Pfalzgrafen von Neuburg eine Einladung erfolgt sei zur Annahme ihrer Verfassung, und was er denn in solchem Falle zu thun gedenke.[2] Der Herzog antwortete, daß das Haus Braunschweig wirklich eingeladen sei; da nun die Herzöge für höchstnöthig erachteten, daß unter den Fürsten und Ständen des Reichs ohne Unterschied der Religion vertrauliches Einvernehmen gestiftet und erhalten werde, so werde man sich wegen dieses Werkes allerforderlichst im fürstlichen Hause zusammenthun, dasselbe reiflich erwägen und eines gewissen Schlusses sich vergleichen.[3] Gewiß ein kurz angebundener Bescheid ohne jede Hinweisung auf die gleichzeitigen Beziehungen zu Hessen-Kassel; vor allem kein Wort, welches Neigung verrathen hätte, mit dem Adressaten selbst in dieser Angelegenheit gemeinsame Sache zu machen. Unterdessen hatte die cellesche Landesregierung derjenigen zu Hannover jenes landgräfliche Schreiben übersendet und dabei ausdrücklich anheimgegeben, falls auch dort ein solches eingelaufen sei, dasselbe gleichermaßen nur in allgemeinen Redewendungen zu beantworten.[4] Landgraf Georg hatte den Wink nicht verstanden. Am 21. November (1. Dec.) bat er, von Kassel aus von der bevorstehenden Konferenz zu Hildesheim in Kenntniß gesetzt, um fernere Kommunikationen,[5] die man braunschweigischerseits wenigstens, so viel sich übersehen läßt, ihm vorenthalten zu haben scheint.

---

[1] Diarium Heyland's vom 30. October (9. November).

[2] Original in Hannover.

[3] Konzept von 6. (16.) November. — Hannover.

[4] Am 5. (15.) November. — Hannover. Vermuthlich erging ein gleiches Ansinnen an Wolfenbüttel.

[5] Original in Hannover.

Die Frage des Beitrittes des Darmstädters zur Allianz, so vielfach ventilirt, schien vorerst zur Entscheidung nicht reif genug zu sein.[1]

Unterdessen arbeitete man in Kassel am 25. November und die folgenden Tage emsig an der Instruktion für die zur hildesheimer Konferenz bestimmten Gesandten Johann Kaspar v. Dörnberg (Doringenberg) und Sebastian Friedrich Zobell, die sich am 30. auf den Weg begaben.[2] Schon am 2. December traten sie an Ort und Stelle mit den braunschweigischen Ministern Schwarzkopf von Wolfenbüttel, Langenbeck von Celle und Bülow von Hannover in Berathung, Als die Hessen nach der Begrüßung und Erfüllung der üblichen Formalien zunächst um die Eröffnung der vermuthlich auf der Hauskonferenz zu Braunschweig jüngst vereinbarten Resolution gebeten, nahm Kanzler Schwarzkopf das Wort. Er erinnerte an die Genesis der hildesheimer Allianz, welche man nur deshalb geschlossen, weil die Ausführung der Bestimmungen des westphälischen Friedens gewissen Weitläufigkeiten unterworfen gewesen sei. Braunschweigischerseits werde man unverbrüchlich bei der hildesheimer Einung verbleiben. In dieser sei aber auch die Aufnahme noch anderer Stände vorgesehen, doch mit der Bestimmung, daß darüber unter den Alliirten erst Berathung gepflogen werden solle. Mit der nun vorliegenden Einladung der rheinischen Liirten habe es allerdings eine etwas andere Bewandtniß: doch sei auch hierbei wohl dahin zu sehen, daß nicht eine neue Allianz entstehe, welche der vorigen zuwider sei, zumal in Anbetracht dessen, daß ein Theil der Katholischen der Miteinschließung Schwedens nicht zuneige. Man sei hier versammelt, um von den Hessen zu erfahren, was sie etwa näheres über die Ziele wüßten, welche der Bund der katholischen Invitanten verfolge.

Hierüber nun vermochten weder Dörnberg noch Zobell genaue Mittheilungen zu machen. Als ein Zeichen vom guten Willen der Ligisten konnten sie nur eröffnen, daß erst neulich der Kurfürst von Mainz gegen Badenhausen geäußert habe, daß nicht nur andre Evangelische mehr, sondern auch speziell der König von Schweden und der Kurfürst von Brandenburg mit zur Allianz hinzugezogen werden müßten, zumal auch der Pfalzgraf von Neuburg hierin keine Schwierigkeiten bereiten würde.

[1] Landgraf Georg selbst zeigte keine besondere Lust zu dem ganzen Werk. Boineburg schreibt am 1. October 1656 an den Neuburger: Es scheint, die Herren Darmstädter seind nit gesund. So lang trainiren sie ihren Zutritt ad foedus; wird doch pousſirt nach Möglichkeit. — Düsseldorf.

[2] Vultejus an Badenhausen am 15. (25.) November und am 22. November (2. December); Sixtinus Kammerpräsident an denselben am 18. (28.) November. Kreditive für die beiden Bevollmächtigten vom 16. (26.) November aus Friedewald. — Marburg.

Dies vernahmen die Braunschweiger mit lebhafter Genugthuung, obwohl ihnen nicht entging, daß hier nur eine rein private Aeußerung des Kurfürsten Erzkanzlers vorliegen könne: denn Neuburg habe so gut wie Kur-Köln bisher ja die Aufnahme der Schweden bekämpft. Was der Kurfürst hier berichtet, dessen müsse man erst versichert sein. Dann aber, wie sei die Sache an Schweden und Brandenburg zu bringen? Es sei ebenso mißlich, an Schweden und Brandenburg zu schreiben, ohne vorher der Beistimmung der Katholischen dazu sicher zu sein, als die Aufnahme Jener erst beim Beginn der Verhandlungen mit diesen zu begehren. Am besten werde es daher sein, wenn man, wie sie die Braunschweiger hiermit vorschlügen, vor dem Eintritt in die Hauptverhandlungen mit den Invitanten von diesen eine Gesamterklärung hierüber fordere. Dies lasse sich am besten wohl in Frankfurt bewerkstelligen.

Nachmittags nahm man die Verhandlungen wieder auf. Die Hessen hatten die Mittheilung des vielbesprochenen Antwortschreibens begehrt, welches von den Herzögen ohne Rücksicht auf den mit ihnen in derselben Note eingeladenen Landgrafen einseitig an die Alliirten gerichtet worden sein sollte. Dieses war am 2. December noch schnell vor Eintritt in die Konferenz von den Braunschweigern expedirt worden und wurde den Hessen hiervon Mittheilung gemacht. Diese erhoben nunmehr eine lebhafte Verwunderung ob solch verkleinerlichen Vorgehens, der sie ihrer Weisung gemäß unverhohlen Ausdruck gaben, freilich nicht ohne hinzuzufügen, daß man deswegen doch nicht das Vertrauen (d. h. die augenblicklich schwebenden Pourparlers) abbrechen wolle. Die Braunschweiger ließen sich vernehmen, es stehe Jedem frei, ein Gesamtschreiben für sich allein vorantwortlich zu erwiedern. Einer solchen Vehemenz habe man sich nicht versehen, wäre aber gleichfalls erbötig, das seitherige Vertrauen aufrecht zu halten. Die quaestio an? sei niemals von ihnen, weder in der Vorantwort an die Alliirten noch sonst bejahend entschieden, sondern alles auf demnächst zu eröffnende Verhandlungen gestellt worden. Nach vielen Diskursen erwiesen sich die Hessen versöhnlicher und man gelangte zu dem ersten Konferenzbeschluß, daß nunmehr auch Hessen ein besondres Schreiben an die Invitanten richten solle, wofür als Muster die braunschweigische Vorantwort dienen könne, die man mittheilen werde. So endigte der erste Tag mit Herstellung der wünschenswerthen Harmonie. Man versprach sich gegenseitig, von nun an nichts hauptsächliches mehr ohne einander verhandeln zu wollen.

Folgenden Tages wurde die Sitzung mit der Erklärung der Hessen eröffnet, daß sie den braunschweigischen Vorschlag, zu Frankfurt den Alliirten die für rathsam erachtete Herbeiziehung Schwedens und Brandenburgs zur Bedingung des eigenen Beitritts zu stellen, annehmbar

fänden, nichtsdestoweniger aber, der gestrigen Zugeständnisse ungeachtet, den Antrag stellen müßten, daß im Namen der beiden Häuser Braunschweig und Kassel insgesamt eine Antwort auf die Einladung der rheinischen Liirten erlassen werden solle, worüber sofort in Berathung getreten werden müsse. Dies wiesen die Braunschweiger als überflüssig zurück, der Landgraf könne gleichfalls absonderlich an Jene schreiben. Ja, der Antrag — so äußerten sie — sei schimpflich für sie. Die Hessen zogen denselben, nicht ohne seiner Zweckmäßigkeit nochmals das Wort zu reden, also zurück. Sie erklärten darauf, daß über die Modalitäten der projektirten Allianz zu reden zur Zeit noch nicht nöthig sei. Es wurden aber von beiden Seiten noch diese und jene Fragen angeregt. Zunächst von den Braunschweigern: Erstens, ob es räthlich, daß so wenige Evangelische mit so vielen Katholischen in Verbindung treten sollten? Zweitens, was man in Kassel von dem Plane halte, auch die vereinigten Niederlande mit herbeizurufen? Und drittens, ob nicht Kur-Sachsen mit aufgefordert werden könnte?

Die Hessen beantworteten diese Fragen dahin, daß neben Paderborn noch Württemberg, Kur-Pfalz und Hessen-Darmstadt eingeladen werden möchten, wobei sich dann die weitere Frage ergebe, ob die Evangelischen als ein Gesamtkörper oder einzeln den Beitritt auszuführen haben würden. Wegen der Holländer ergab sich ein gleicher Mangel an Neigung bei den Hessen wie bei den Braunschweigern. Hingegen sei die Admission Kur-Sachsens wünschenswerth, da sie das Band der Evangelischen wesentlich den Katholiken gegenüber verstärken werde. Jedenfalls würde dem Landgrafen hierüber Bericht zu erstatten sein. Hieran schlossen die Hessen die Gegenfrage, ob es nicht wohlgethan sein werde, an Schweden und Brandenburg zu notifiziren, was man mit ihnen vorhabe. Vielleicht wolle man mittheilen, ob das braunschweigischerseits etwa bereits geschehen sei. Und ferner, falls Schweden und Brandenburg zum Beitritt keine Neigung zeigten, ob man dann allein der Einladung folgen solle? Auf letztere Frage lautete die Antwort: Man präsupponire, daß beide Häuser, Braunschweig wie Kassel, außerhalb der bereits bestehenden Bündnisse freie Hand hätten, und sei dabei nur zu bedenken, daß man nichts eingehe, was der hildesheimer Allianz zuwiderlaufe. Dieses vorausgesetzt stehe es in Jedes freiem Ermessen, andre Allianzen einzugehen oder nicht. An Schweden und Brandenburg habe man noch nicht geschrieben und stehe dahin, was Serenissimi hierin weiter beschließen würden. Als ein Gesamtkörper dürften die Evangelischen und Katholischen nicht mit einander unterhandeln, da dies nur schädlich sein und „uniones et ligas verursachen" würde. Die Frage wegen einer Verbindung mit den Niederlanden könne bis zu den Hauptverhand-

lungen ausgesetzt bleiben, desgleichen über die Formalitäten und Modalitäten der Allianz selbst.

Nochmals, am darauffolgenden Tage, kamen Dörnberg und Zobell auf die Idee zurück, an die Alliirten eine Gesamtantwort ergehen zu lassen, obschon mit dem Bemerken, daß sie deswegen nicht weiter in die Braunschweiger dringen wollten, wie sie auch trotz des einseitigen Vorgehens derselben nicht aufhören würden, ihnen gutes Vertrauen zu bewahren, während diese wiederum versprachen, alles mitzutheilen, was etwa weiter in der ganzen Angelegenheit einkommen möchte. So hatte man auch schon ein an die beiderseitigen Gesandten zu Frankfurt zu richtendes Schreiben im Entwurf den Hessen mitgetheilt, worüber diese innerhalb acht Tagen eine Erklärung beizubringen versprachen. Dörnberg versicherte sodann, daß auch von Kassel aus an Schweden und Brandenburg in dieser Sache noch nichts geschrieben worden sei. Mit der nochmaligen Erklärung der Braunschweiger, das über das Allianzwerk selbst hinsichtlich der Materien desselben näheres zu verabreden noch nicht an der Zeit und ebenso vorläufig noch überflüssig sei, über das sich so oder anders gestaltende Verhältniß zu Schweden und Brandenburg zu diskutiren, erreichte die Konferenz ihren Abschluß.[1] Das wesentlichste Ergebniß derselben war die Herstellung einer leidlichen Harmonie beider Häuser, welcher ein Riß gedroht hatte, und weiter die Annahme des braunschweigischen Antrages, den Alliirten gegenüber gemeinsam die Vorfrage zu stellen, ob sie auch neben ihnen, den Häusern Braunschweig und Hessen-Kassel, den König von Schweden und den Kurfürsten von Brandenburg mit zum Beitritt auffordern wollten, und von der Entscheidung dieser Frage ihre Einwilligung abhängig zu machen. Daß dies geschehen sollte, ohne daß man mit dem König oder dem Kurfürsten selbst sich hierüber vorher im Einverständniß befand, sondern indem man im Gegentheil der Anschauung Raum gab, daß man trotz des Bestehens der hildesheimer Allianz freie Hand habe, mit oder ohne Schweden Bündnisse einzugehen, läßt mit Sicherheit erkennen, daß man nicht eben allzu ernstlich an die Gewinnung dieser Mächte dachte, sondern jene Vorfrage einzig und allein deshalb stellte, um bei den Protestanten allem Unglimpf zu entgehen, bei den Katholiken deren wahre Absichten zu erforschen und am Ende auch Zeit zu gewinnen, da alle Tage die politischen Konstellationen einen Wechsel erfahren konnten. Wie wenig Eifer für das Zustandekommen der engeren Verbindung mit den katholischen Alliirten imgrunde vorhanden war, läßt sich auch aus

[1] Cellesches Protokoll in Hannover. Köcher S. 224 u. 225 nach dem Kalenbergischen Protokoll.

dem Umstande abnehmen, daß man von beiden Seiten in Hildesheim einer Beredung über die näheren Ingredienzien der projektirten Allianz auswich.

Am 8. December waren Dörnberg und sein Begleiter wieder in Kassel zurück, wo sie tagesdarauf im Geheimen Rath ihren Bericht abstatteten, während Dörnberg dem Landgrafen, welcher zu den Jagden in Friedewald Aufenthalt genommen hatte, schriftlich referirte.[1] Hierauf sandte der Landgraf eine Erklärung an die drei Herzöge von Braunschweig, worin er zwar auch seinerseits nicht unterließ, seinem Befremden über das einseitige Vorgehen dieser den Invitanten gegenüber Ausdruck zu verleihen, jedoch eröffnete, daß er dessen ungeachtet dem gegebenen Beispiele folgend den Alliirten mitgetheilt habe, daß er zum Beitritte geneigt sei.[2]

In diesem Schreiben an die Alliirten selbst[3] erwähnt Landgraf Wilhelm, daß er erst durch die hildesheimer Konferenz in Erfahrung gebracht habe, daß von Braunschweig die Einladung schon beantwortet worden sei. Mit dieser braunschweigischen Erklärung sei er durchaus einverstanden und könne deshalb sich lediglich darauf beziehen, wolle aber nur hinzufügen, daß man in Hildesheim beschlossen habe, den beiderseitigen Deputirten in Frankfurt aufzutragen, zur Beschleunigung des Werkes bei den dortigen Räthen der Alliirten „einiges Anbringen zu thun," welches, wie er im voraus bemerken müsse, dazu dienen solle, nicht Aufenthalt zu verursachen, sondern die Sache zu befördern. Und Badenhausen erhielt Anweisung, von der zu Hildesheim gefaßten Resolution sich gegen Niemanden etwas merken zu lassen, sondern nur im höchsten Vertrauen bei Boineburg oder Mehl in's Haus zu horchen, wie von ihnen die von Braunschweig vorgeschlagene Vorfrage wegen der Reception Schwedens und Brandenburgs aufgenommen werden würde, doch mit größter Behutsamkeit dabei zu verfahren, um nicht von neuem dem Argwohn der Braunschweiger Nahrung zu geben, welche glaubten, daß man Kur-Mainz nichts vorenthalte, und dann auch deshalb, weil zu Hildesheim klar geworden, daß Boineburg gegen Heyland ebenso offenherzig gewesen, als er gegen Badenhausen unter Versicherung der größten Vertraulichkeit sich bewiesen habe, weshalb ihm nicht mehr

---

[1] Original in Marburg. Dörnberg entschlüpft hierbei die Klage, daß ohne einige vom Landgrafen gegebene Ursache das vorige Zutraun der Schweden und Brandenburgs „durch allerhand sich selbst formirte soupçon, als wenn man mit Mainz in enger Korrespondenz, auch von dem kaiserlichen Hof dependire, ziemlich schwach geworden ist."

[2] 1656 2. (12.) December. — Hannover.

[3] Gleichfalls vom 2. (12.) December. Abschriften in Hannover und Berlin.

gesagt werden dürfe, als wessen man eben nicht gar sonderlich Hehl habe.[1]

Mittlerweile erließ auch das Gesamthaus Braunschweig unter Zugrundelegung des zu Hildesheim bereits den Hessen mitgetheilten Entwurfes an Heyland die Instruktion, daß er mit Badenhausen vereint die Räthe der Alliirten bei gelegener Zeit zu einer Zusammenkunft veranlasse, um ihnen dabei im Namen der Häuser Braunschweig-Lüneburg und Hessen-Kassel jene Vorfrage wegen Admission des Königs von Schweden und des Kurfürsten von Brandenburg vorzulegen, nach deren Beantwortung erst zu weiteren Verhandlungen werde geschritten werden können.[2] Auch an Badenhausen erging die gleichlautende Ordre.[3] Obwohl man in Kassel bald genug den ganzen Vorschlag der Braunschweiger abgeschmackt fand,[4] blieb man doch bei den hildesheimer Abmachungen bestehen. Da aber nachgehends auch die Besorgniß wach wurde, daß namentlich Kur-Mainz mit jener Vorfrage und der dadurch zu erwartenden Verzögerung übel zufrieden sein möchte, wurde Badenhausen doch noch direkt angewiesen, an dieser Stelle in gutem Geheim deswegen Entschuldigungen vorzubringen.[5]

Für den Kurfürsten Johann Philipp und Boineburg, die nun schon seit Jahresfrist die Idee der Herbeiziehung evangelischer Fürsten zu der rheinischen Liga mit Eifer betrieben und vor mehreren Monaten bereits eine zustimmende Resolution der Alliirten mit vieler Mühe erwirkt hatten, war die schleppende Behandlung der Angelegenheit seitens der Eingeladenen sicherlich eine Quelle des Mißvergnügens. Mußte doch die kaum erst durch die Konzession wegen der bedenklichen Klausel vom hildesheimer Bunde beschwichtigte Unlust der Kurfürsten von Trier und Köln am ganzen Projekte durch solches verfängliche Zaudern der Invitirten erst recht wieder erweckt werden. Und der Pfalzgraf schien sich gerade zu jener Zeit wieder in dunkle Abwege vertiefen zu wollen, die auch seine Bereitwilligkeit für das Zusammengehen mit den protestantischen Häusern in Frage zu stellen die gefährliche Aussicht eröffneten.[6]

---

[1] Vultejus an Badenhausen am 2. (12.) December. — Marburg.

[2] Entwurf vom 28. November (8. December) in Hannover. Abschrift davon in Berlin.

[3] An ihn erst am 13. (23.) December. Vultejus erwähnt den heutigen Abgang des Schreibens in einem Briefe von diesem Tage an Badenhausen. — Marburg.

[4] Vultejus an Badenhausen am 9. (19.) December und am 13. (23.) December. — Marburg.

[5] Vultejus an Badenhausen am 9. (19.) December. — Marburg.

[6] Wir meinen jene oben erwähnten Anschläge auf Jülich, von denen Boineburg abrieth. Dunkle Gerüchte schwirrten hier und da in der Luft. Badenhausen berichtete am 30. September (10. October) 1656 an Krosigk: Es hat mir Einer (es war der

Was Wunder, wenn der mainzer Hof mit Ungeduld der Resolution der letzteren harrte und in Besorgniß gerieth, als dieselbe so lange ausblieb? Mehrfach erkundigte sich Boineburg ganz bekümmert bei Heyland, warum denn der Bescheid so lange auf sich warten lasse; es liege so viel an der schnellen Beförderung dieses Werkes.[1] Bald lockte er mit der Zusicherung stetiger Vertraulichkeit des Kurfürsten in allen Fragen der Politik, bald prophezeite er Unheil, wenn man ferner zögere, zumal da die drohenden Wolken im Osten sich zu einem neuen Wetter verdichteten und ein polnisch-österreichisches Bündniß ganz besondre Gefahren in sich zu bergen schiene. In diesem ungeduldigen Drängen Boineburgs darf ein Entschuldigungsgrund für jene Indiskretion Heylands gefunden werden, mit welcher er den Entwurf des braunschweigischen Antwortschreibens an die Mainzer mittheilte.

Auch Badenhausen wurde von diesen wohl in gleicher Weise bestürmt. In Kassel, wo man ohnehin allzu rücksichtvoll auf die kurmainzische Politik zu schauen gewohnt war, wußte man sich nur mit der Sendung Badenhausens an den Kurfürsten zu helfen, bei welchem er alle erwünschten Vertröstungen und Entschuldigungen vorgebracht haben dürfte.

Gegen den 15. November erschien von Mainz Rath Blum in Kassel, angeblich um daselbst wegen des Zollwesens auf der Weser ein Anbringen abzulegen, in der That aber mit der Aufgabe, des Landgrafen Gutachten über das niederländische Projekt der rheinischen Liirten einzuholen.[2] Hier, sowie in Friedewald, wohin er sich zum Landgrafen begab, wird er nicht verabsäumt haben, auf eine lebhaftere Behandlung der eigenen Einladung zu dringen.

Darauf trat denn Anfang December die Konferenz der Alliirten zu Koblenz zusammen. Boineburg hatte gehofft, daß man dort würde von dem Orte und Termin der Verhandlungen mit Braunschweig und

---

Schwede Snoilsky, wie wir aus einem Briefe von Vultejus an Badenhausen vom 11. (21.) October erfahren) im Vertrauen für gewiß berichten wollen, Pfalz-Neuburg werde sich in eine starke Verfassung stellen und sich so konsiderabel machen, als fast die übrigen kur-rheinischen Bundesverwandten insgesamt, wozu die Krone Frankreich die Gelder herschießen werde, und mit dieser Macht wollten dann die Katholischen, sobald der Friede zwischen Frankreich und Spanien gemacht, auf die Evangelischen losgehen und ihnen das instrumentum pacis interpretiren. — Marburg.

[1] Diarium Heyland's unter dem 21. (31.) October und 23. October (2. Nov.). — Hannover.

[2] Vultejus und Sixtinus an Badenhausen am 8. (18.) November. — Marburg. Am 21. November gab der Geheime Rath einen mündlichen Bescheid, worin mehrere Bedenken gegen das Projekt geltend gemacht wurden. Vultejus an Badenhausen am 11. (21.) November. — Marburg.

Kassel reden können, weil er annahm, daß deren Bescheid nunmehr jeden Tag eintreffen müsse.[1] Ja, er fragte Badenhausen selbst, ob man dort in Koblenz denn nicht in Berathungen treten könne; er würde dann in eigener Person dort erscheinen.[2]

Ob und was dann dort in Koblenz unter den Alliirten über die Aufnahme der Braunschweiger und des Landgrafen von Kassel geredet worden ist, vermag aus den dürftigen Nachrichten über diese Versammlung nicht festgestellt zu werden. Nur erfahren wir, daß am 29. December die dort versammelten Allianzräthe an Badenhausen (demnach vermuthlich auch an Heyland) die Einladung richteten, je eher je besser sich behufs völliger Richtigmachung des Werks zu ihnen zu erheben.[3] Diese Aufforderung kam zu spät. Denn schon war inzwischen in Frankfurt Termin angesetzt zu der Ablegung einer Erklärung seitens der Vertreter Braunschweigs und Kassels. Am selbigen Tage, da die Berufung nach Koblenz in Frankfurt anlangte,[4] war der Akt bereits geschehen. Am 30. December erklärte im Karmeliterkloster zu Frankfurt Heyland im Namen der beiden eingeladenen protestantischen Häuser vor den anwesenden Räthen der Alliirten: Die Prinzipale hätten sich auf die Einladung der Herren Vereinigten in besonderer Antwort schon neulich willfährig vernehmen lassen, wobei man es zur Zeit bewenden lasse. In noch näher zu vereinbarender Zeit würden sie zu den Hauptverhandlungen ihre Räthe abzuordnen nicht verabsäumen. Demnach sie sich aber erinnerten, daß das hildesheimer Bundesinstrument vom Jahre

---

[1] Boineburg an den Pfalzgrafen am 27. November. — Düsseldorf. In jenen Tagen bat Boineburg den Landgrafen Wilhelm zu Kassel, wie den Pfalzgrafen Philipp Wilhelm zu Gevattern seines ihm damals geborenen Söhnleins. — Marburg und Düsseldorf.

[2] Boineburg eigenhändig an Badenhausen am 9. December. Hierbei sprach er zugleich seine und des Kurfürsten Verwunderung darüber aus, daß die Braunschweiger für sich allein die Einladung beantwortet hätten. Dies verursache allerhand Nachdenken, weshalb der Kurfürst mit der Kommunikation des braunschweigischen Schreibens an die miteinladenden Bundesgenossen noch eine Weile anstehen wolle, bis er vernommen, wie es zu Hildesheim abgelaufen. Immerhin werde man in Koblenz von einer Erwähnung dieses Schreibens nicht Umgang nehmen können. Man nehme es auf, als ob der Landgraf mitgeschrieben hätte. Es wäre gut, wenn dieser auch sich bald besonders erkläre, wiewohl man am liebsten gesehen haben würde, wenn ein Gesamtschreiben eingetroffen wäre. Das Schreiben des Landgrafen könne dem braunschweigischen ja vordatirt oder wenigstens mit gleichem Datum versehen werden und gleichen Inhalt wie dieses haben. Um des allgemeinen Besten willen möge man wegen der braunschweigischen Handlungsweise sich ja keine Unlust anwandeln lassen. condonanda sunt privata publico. — Marburg.

[3] Abschrift in Berlin.

[4] Boineburg selbst übergab das Schreiben den Adressaten. Köcher S. 225.

1652, wodurch sie ihrerseits sich zu einem gleichmäßigen Verein eingelassen, die Bestimmung enthalte, daß, wenn von weiterer Ausdehnung oder sonst andern hochwichtigen Sachen etwas vorfallen möchte, solches allezeit mit den übrigen Alliirten kommunizirt werden sollte, so befänden sie höchstnöthig, vor Mittheilung des nunmehr obschwebenden Projektes an ihre Verbündeten zuverlässige Nachricht zu haben, ob die Invitanten gesonnen seien, die im hildesheimer Vertrage mitvereinten Herrscher von Schweden und Brandenburg,[1] jedoch weiter nicht, als hinsichtlich deren im römischen Reich belegenen Lande zugleich mit aufzunehmen. Man bitte um Beantwortung dieser Frage noch vor Ablauf des etwa beliebigen Termins zu den Hauptverhandlungen, bei deren Beginn man doch gleich diese Frage als erste vorbringen werde. Man wolle hierdurch dieses nothwendige und heilsame Werk nur beschleunigen und sei zu diesem überhaupt durchaus geneigt.

Kurz und bündig war die Gegenerklärung der rheinischen Alliirten. Sie nahmen die Verlautbarung einfach ad referendum, versprachen aber unverzügliches Handeln.[2]

15.

Die Resolution der Invitanten.

Die Erklärung der Häuser Braunschweig und Kassel konnte den Alliirten unmöglich eine angenehme sein. Gerade um dem Beitritt des in so gefährliche, weitaussehende Kriege verstrickten Schwedenkönigs vorzubeugen, hatte ja vornehmlich Kur-Köln die Beiseitesetzung der auf den hildesheimer Bund bezugnehmenden Klauseln im Einladungsschreiben gefordert. Nun stellten die Herren Protestanten nicht nur die Zulassung des Königs zur Bedingung sondern auch die des angeblich gleichermaßen mit ihnen in dem hildesheimer Bunde vereinten Kurfürsten von Brandenburg, dessen schwankende Politik, erhebliche Rüstungen und Waffenerfolge auf dem östlichen Kriegsschauplatze allerorten Beklemmungen verursachten, nicht die geringsten dem Pfalzgrafen, welcher selbst heimliche Rachepläne

---

[1] Es wird Keinem entgehen, daß man hiermit, was Brandenburg anlangt, von der Wahrheit abwich. Kurfürst Friedrich Wilhelm war kein Genosse des Hildesheimer Bundes, sondern nur seit einiger Zeit mit Braunschweig näher gefaßt.

[2] Die ganze Darstellung nach dem Protokolle Badenhausen's in Hannover, Abschrift in Berlin. Köcher S. 225.

gegen diesen verhaßten Nachbarn schmiedete und ungefähr zur selben Zeit jene bemerkenswerthe Kundgebung der Allianz bei der Reichsdeputation veranlaßt hatte. Den rheinischen Alliirten, denen nur die Dinge im Westen am Herzen lagen, hegten naturgemäß eine große Scheu vor einer Verwickelung in die kriegerischen Stürme, die im Nordosten tobten. Selbst der von der Vortrefflichkeit seines Systems felsenfest überzeugte und deswegen über derartige Beklemmungen erhabene Kurfürst von Mainz stutzte ob der bedingten Erklärung der Invitirten, aus welcher nur Verzögerung der Ausführung seines Projektes, wo nicht ein schlimmer Ausgang zu erwarten stand. Noch waren die Schwierigkeiten unvergessen, welche besonders Kur-Köln wegen der hildesheimer Allianz erhoben. Dessen Unlust zu einer Vereinigung mit den Protestanten überhaupt mußte nun neue Nahrung empfangen, das ganze Werk schien dadurch gefährdet.

Boineburg legte Heyland gegenüber den allergrößten Nachdruck auf möglichste Beschleunigung der Angelegenheit. Die Stärkung der Allianz sei im Interesse des Reiches und seiner Stände unbedingt nothwendig. Nur sie sei imstande, die Sendung kaiserlicher Hülfsvölker nach den Niederlanden und Italien zu hemmen. Er wies darauf hin, daß die Kaiserlichen schon über den langsamen Fortgang der Verhandlungen triumphirten; Herr Volmar mache sich lustig über den hessisch-braunschweigischen Antrag, durch den man wieder in's Stocken gerathe.[1]

Einstweilen war in der That durch diesen Antrag das Signal zu einer längeren Pause gegeben. Die Deputirten referirten alle nach Hause. Die ersten Schwierigkeiten erhob natürlich der Kurfürst von Köln. Umgehend beschied er Aldenhoven, daß die Herbeiziehung von Schweden und Brandenburg ja eben dasjenige Bedenken sei, welches er vordem dem Kurfürsten von Mainz zu Gemüthe geführt habe, als es sich um Ablassung der Einladung handelte. Da Schweden sowohl wie Brandenburg jetzt in einen weitaussehenden, gefährlichen Krieg vertieft seien, müsse man wegen der Gefahr der Miteinflechtung billig Bedenken tragen, sich mit ihnen einzulassen. Selbst wenn man nur deren im Reich belegene Lande aufnehme, werde man vielleicht auch so mit in den Krieg gegen Polen und dessen Konföderirte eintreten müssen, wenn z. B. von letzteren die schwedischen und brandenburgischen Reichslande angegriffen werden sollten. Deshalb Fernhaltung von einem solchen Werk, selbst wenn dann auch Braunschweig und Kassel zurücktreten würden. Doch zunächst Behutsamkeit, damit nicht vorzeitig Kur-Köln allein Haß und Unglimpf treffe.[2]

[1] Köcher S. 225 nach der Relation Heylands v. 22. Dec. 1656 (1. Jan. 1657).

[2] Der Kurfürst an Aldenhoven am 4. Januar 1657. — Düsseldorf.

Auf der zu Koblenz noch tagenden Bundeskonferenz, allwo die beste Gelegenheit gewesen wäre, eine Stellungnahme zu der braunschweig-hessischen Vorfrage zu vereinbaren, überwogen zur Zeit andere Interessen, vor allen die bevorstehende Bundesmission nach dem Haag. Die einzelnen Vertreter waren auf diesen Fall nicht instruirt. Auch lehnten die Vertreter der invitirten protestantischen Häuser ein Erscheinen auf jener Konferenz ab.[1] Deshalb regte der kur-mainzische Kommissar v. Herzelles in Koblenz amtlich diese Sache gar nicht an, sondern ließ nur gesprächsweise verlauten, daß man bei fernerem Urgiren der Rezeption Schwedens und Brandenburgs den Bescheid geben könne, daß man deren Reichslande schließlich wohl aufnehmen würde, doch nur, wenn Beide des jetzigen Krieges ganz und zumal ledig wären. Also, wendete man ihm ein, werden sie, da sie einmal wirklich im Krieg begriffen, in diese nur zur Defension errichtete Allianz nicht aufgenommen werden können. Dem koblenzer Receß wurde nichts, was auf diese ganze Frage Bezug hätte haben können, einverleibt.[2]

Als auf die Relationen der Gesandten alles still blieb, beschloß der Kurfürst von Mainz, den vielgewandten Boineburg selbst an die einzelnen Höfe seiner Alliirten zu senden, damit er nach seinem Sinne die Angelegenheit in Fluß bringe.[3]

Am 17. Januar 1657 langte der Freiherr auf dieser Reise zu Koblenz an, von wo er sich tags darauf mit den von dort scheidenden neuburgischen Deputirten nach Düsseldorf begab, nachdem er vorher dem münsterischen Domkustos Schmising eröffnet, daß er auch nach Coesfeld zum Bischof gehen werde, auch denselben gebeten hatte, ebenfalls in Düsseldorf zu erscheinen und den dortigen Unterredungen beizuwohnen, worauf sie dann beide vereint die Reise zum Bischof zurücklegen könnten. Als Zweck seiner Reise bezeichnete er offen die Vereinbarung eines Modus

---

[1] Wenigstens liegt von Badenhausen eine solche Kundgebung vor, vom 24. December 1656 (3. Jan. 1657), Abschrift in Berlin. Heyland gab auf die Einladung keine Antwort. Der Kurfürst von Köln bemerkt am 21. Januar gegen Aldenhoven: Die Versammlung zu Koblenz ist unterdessen auseinander gegangen und wird deshalb der braunschweigische Gesandte der Antwort halber für diesmal soviel weniger Sorge zu tragen haben. — Düsseldorf. Das braunschweigische Gesamtministerium wies seinen Vertreter erst nach längerer Zeit an, jede Unterhandlung abzulehnen, bis der Antrag auf Einladung Schwedens und Brandenburgs im Prinzip angenommen sei. Köcher S. 225 nach dem celleschen Protokoll über die Gesamthauskonferenz zu Braunschweig vom 24. Januar (3. Februar) 1657.

[2] Schmising und Zurmühlen an den Bischof von Münster aus Koblenz den 14. Januar 1657. — Münster.

[3] Schon am 30. December hatte Boineburg dem Pfalzgrafen sein Erscheinen in Aussicht gestellt. — Düsseldorf.

der Aufnahme Schwedens und Brandenburgs, auf welcher Braunschweig und Kassel nun einmal fest beharrten. Wenn Münster und Neuburg eingewilligt, würden Trier und Köln wohl folgen.[1]

Was in Düsseldorf verhandelt worden, vermag nicht angegeben zu werden. Wir wissen nur, daß Philipp Wilhelm den Vorstellungen Boineburgs Gehör schenkte und in die Aufnahme der neuen Kandidaten willigte.[2]

Gegen den 25. Januar[3] war Boineburg in Coesfeld. Hier stieß er, wenn wir seinen späteren Eröffnungen gegen die hessischen Gesandten Glauben schenken wollen, auf mehr „Repugnanz", als er erwartet hatte. Aber auch hier gelang seiner Ueberredungskunst der Sieg. In der Deklaration des Bischofs, welche der Freiherr mit heimnahm, wird ausdrücklich bemerkt, daß gegen die Aufnahme von Schweden und Brandenburg kein Bedenken vorliege, sondern „je mehr die Allianz gestärket und Vertrauen zwischen den Ständen erneuert und wieder ergänzet wird, wie angenehmer ihro (dem Bischof) solches zu gemeiner Sicherheit und Erhaltung des lieben Friedens sein würde."

Die Verhandlungen möchten nur ehestens eröffnet werden. Obschon es der obersächsischen Lande Schwedens und Brandenburgs weiter Entfernung halber Schwierigkeiten hinsichtlich der Hülfeschickung geben möchte, so könnte dennoch wegen dieser (Pommern und die Marken) gute Freundschaft gehalten, wirkliche Hülfeleistung aber inkraft des hildesheimer Recesses (Bremen, Verden und Wismar wegen Schweden und damit korrespondirend wegen Brandenburg wohl Minden, Halberstadt und Cleve-Mark) gewährt werden. Der Bischof werde auf den bestimmten Termin seinen Deputirten in Frankfurt in diesem Sinne instruiren.[4] In Wahrheit aber erhielt Bisping die Weisung, die Angelegenheit in dieser Form vor den nun nach Koblenz zu berufenden Bundestag zu verweisen.[5]

---

[1] Schmising an den Bischof aus Köln (auf der Heimreise, die er in der That über Düsseldorf nahm) am 21. Januar. — Münster. Boineburg spiegelte Schmising vor, daß er nicht im Auftrag seines Herrn sondern aus eigenem Antriebe den Bischof besuchen werde.

[2] Dem Hessen Badenhausen erzählte Boineburg nachmals, beim Herzog von Neuburg habe er in der Receptionsfrage nicht die geringste Difficultät gefunden, eine Nachricht, deren Wahrheit dahingestellt bleiben mag. — Badenhausen an Bultejus am 10. (20) Februar 1657. — Marburg.

[3] Am 29. dankt er dem Bischof für freundliche Aufnahme und willfährige Erklärung. Antwort des Bischofs von 6. Februar mit der Versicherung, daß er „des Kurfürsten von Mainz dem Reich zum besten gerichtete heilsame Intention sekundiren" werde. Vom 9. Februar auch ein Dankschreiben des Kurfürsten Johann Philipp. — Münster.

[4] Zwei Konzepte in Münster; in dem einen wird als wünschenswerther Termin der 18. oder 20. Februar, sicher aber das Ende dieses Monates in's Auge gefaßt.

[5] Aldenhoven an den Kurfürsten von Köln am 4. Februar 1657. — Düsseldorf.

Am 29. Januar war Boineburg wieder auf der Rückreise in Düsseldorf anwesend.[1] Nach kurzem Aufenthalte begab er sich von hier nach Bonn zum Kurfürsten Max Heinrich. Diesem unterbreitete er einen mit Münster und Neuburg verabredeten Entwurf der Resolution für die Gesandten von Braunschweig und Kassel. Derselbe sagte dem Kurfürsten und Fürstenberg nicht zu, wogegen sie eine andere Fassung vorlegten, mit welcher sie weit besser der Gefahr einer Mitverwickelung in den polnischen Krieg vorbeugen zu können vermeinten. Im Grunde aber war der Kurfürst auch jetzt noch der Ansicht, daß man sich am besten von den Protestanten überhaupt fern halte; durch langes Hinschleppen der Verhandlungen glaubte er sie in ein nichts zerrinnen lassen zu können.[2] Boineburg aber, den man zu täuschen wußte, schied vergnügten Sinnes von diesem Hofe.[3] Er gab sich deshalb auch weiter nicht die Mühe, auch noch den Kurfürsten von Trier zu bearbeiten, welcher diese Nichtachtung sehr übel vermerkte.[4] Boineburg hätte die bösen Wege nicht scheuen sollen, die ihn, wie er Badenhausen versicherte, von der Reise nach Trier abgehalten. Die mehrfach zu bemerkende Nichtbeachtung Triers konnte nur dessen Abneigung gegen eine Verbindung mit den Protestanten vermehren und mußte schließlich auch das alte Bundesverhältniß auf die Dauer lockern.

---

[1] Er adressirt von hier aus seinen Dankbrief an den Bischof.

[2] Erlaß vom 15. Februar an Aldenhoven. — Düsseldorf.

[3] Boineburg am 10. Februar aus Mainz an den Bischof von Münster. Zu Bonn ist's Gott Lob auch wohl abgangen. J. Ch. D. haben sich in re ipsa mit E. F. G. und des Herrn Pfalzgrafen zu Neuburg Dhl. konformirt. Ist auch sonst zu Kooperirung des gemeinen sonderlich des Allianzwesens gute Disposition. — Münster. In Bonn wie in Düsseldorf und Coesfeld ließ Boineburg sich schriftliche Resolutionen ausstellen, „damit sie nicht wieder retraktiren könnten." Badenhausen an Bultejus am 10. (20.) Februar. — Marburg.

[4] Bisping berichtet am 14. Februar dem Bischof seinem Herrn, der trierische Kanzler Anethan habe an Volmar geschrieben, daß der Kurfürst es zum höchsten empfunden habe, daß Boineburg, ohne ihn zu begrüßen, zu Kur-Köln und weiter gegangen sei. Der Kurfürst werde sich niemals in die Admittirung der Krone Schweden und Kur-Brandenburgs verstehen. — Münster. Volmar war fieberhaft thätig, um jede Verbindung der Alliirten mit den Protestanten zu hintertreiben. Auch mit Bisping und Fürstenberg konspirirte er. Bisping schreibt in demselben Berichte, daß er über den zu Bonn gehaltenen Disputat zwischen Fürstenberg und Boineburg von Volmar mehrere Nachricht glimpflich zu erhalten hoffe. In Kassel hatte man von diesen Umtrieben gute Kenntniß. Bultejus schreibt am 7. (17.) Februar an Badenhausen: Wie ich es in meiner Einfalt ansehe, dürfte weder aus dem einen noch aus dem anderen (der erweiterten Allianz und dem niederländischen Projekt) etwas werden, wohin es Herr Volmar von Anfang künstlich gespielt. — Marburg.

Am 16. Februar kam Boineburg nach Frankfurt, wo er sofort mit den Gesandten der Alliirten und Invitirten sich in Verbindung setzte. Er brachte zunächst die Erklärung mit, daß in Mainz beschlossen sei, als Mahlstatt für die beiderseitigen Unterhandlungen aus Bequemlichkeitsrücksichten die Stadt Frankfurt vorzuschlagen. Die nächste Woche werde wohl die Entscheidung bringen.[1]

Am 18. Februar erschien er bei Heyland, um mit ihm über die politische Situation zu reden. Sein Herr, führte er aus, stehe wegen seiner auf das allgemeine Wohl gerichteten heilsamen Grundsätze und der daraus entspringenden Opposition gegen die spanische Politik zu Wien gar sehr im scharfen Register. Er achte es aber nicht und werde auf dem eingeschlagenen Wege ausharren, wenn er nur versichert sei, daß er Hülfe und Rückhalt habe, die er eben mit durch diese Allianz suche. Allein könne er freilich nicht stehen; wenn also nichts aus der Allianz werde, müsse er sich entweder mit dem kaiserlichen Hofe vergleichen oder die andere Partei (d. i. Frankreich) wählen, wozu er unter weitgehenden Anerbietungen eingeladen worden. Beide Mittel aber bärgen für das Reich die äußersten Gefahren. Der kaiserliche Hof werde ihm zumuthen, wessen er sich bislang geweigert und was dem Reiche gar nicht anständig sein würde. Wenn er aber sich für die andere Seite entscheide, würden andere Stände ihm nachfolgen und damit der Anfang zu gänzlicher Auflösung des Reiches gegeben sein. Darum bedürfe das Allianzwerk der Beschleunigung. Schon sei der Frühling vor der Thüre und mit ihm die Zeit zum marschiren. Es sei gewißlich wahr, daß man am Hofe in Wien entschlossen gewesen, nach Italien 10,000 Mann und den Niederlanden 6000 Mann den Spaniern zu Hülfe zu schicken. Infolgedessen habe der französische Gesandte angedeutet, daß dann sein König auch eine Armee nach dem Rheinstrom werde schicken müssen, um den Kaiserlichen den Paß streitig zu machen, weil ihn die Stände des Reiches zu verwehren weder den Willen noch die Kraft hätten. Dies werde der Anfang des Krieges sein und wider einen solchen gebe es abermals kein anderes Remedium, als eben die Allianz, und wäre den Kaiserlichen nur deshalb der Muth so gewachsen, weil Volmar berichtet, die Allianz werde keinesfalls zustande kommen. Wenn man aber in Wien den Ernst sähe, würden dort andre Gedanken erwachen, mit ganz andrem Nachdrucke würde man dann mit dem Kaiser reden können.[2]

Badenhausen eröffnete der Freiherr ähnliches. Als Jener bemerkte,

---

[1] Bericht Bispings vom 18. Februar. — Münster.

[2] Heyland an Herzog Augustus am 10. (20.) Februar. — Hannover. Köcher S. 201 und 226.

daß man, wenn auch schon die Erklärung der Invitanten bald fallen sollte, seitens der Invitirten wegen der unter einander nothwendigen Kommunikationen wohl nicht so schleunig werde die Berathungen antreten können, wurde Boineburg ganz unruhig. Warum solchen Aufenthalt? fragte er. Wenn man, worum man gebeten, Ort und Zeit genannt erhalte, was wolle man da mehr? Vor Ende März müsse die Sache ausgemacht sein. Der und Jener solle ihn holen, wenn dies nicht geschehe. Mainz müsse Partei nehmen, denn von verschiedenen Seiten kämen große Offerten. Auch hier vergaß er nicht, auf die mögliche Verwickelung Deutschlands in auswärtige Händel und daraus wahrscheinliche Auflösung des Reiches hinzudeuten. Und doch sei der Kurfürst just auf diese Vereinigung verfallen, damit man sich gesamterhand so fassen könne, daß die kriegenden Parteien Bedenken tragen müßten, Einem oder dem Andern zunahezutreten. Deswegen dränge er immerzu auf den Abschluß. Und er, Boineburg, gerathe durch dies Zögern nicht nur „in Schnupfen sondern auch in Unglück": denn er habe gegen Köln und Münster erklärt, daß man mit den Verhandlungen beginnen werde, wenn die hessischen und braunschweigischen Gesandten Resolution hätten. Wie könne er bestehen, wenn dies nicht erfolge? Wenn man Köln, Trier und Münster Zeit lasse, würden sie gewiß ganz umkehren, denn die Kaiserlichen, zumal Volmar, würden nicht feiern. Wenn auf diese Weise aus der Sache nichts würde, hätten der Kurfürst und er den Unglimpf davon und die Ungunst am kaiserlichen Hofe obendrein. „Wäre so ein Gelapper, als ob er der boulteseu, der die Sache allein treibe und den Kurfürsten dazu verführe." Am Ende würde man sich gar einige kaiserliche Regimenter auf den Hals ziehen: „denn am kaiserlichen Hofe sei einmal resolvirt, man schreibe hier was man wolle, Spanien nicht zu lassen, sondern in Italien und Niederland zu assistiren couste que couste." Badenhausen hielt diesen heißen Redestrom nicht auf, kühl erwägend, daß sich in dieser Weise die Sache nicht übereilen lasse.[1]

Es zeigt sich eben auf allen Seiten, Mainz allein ausgenommen, das Bestreben, die Allianz mit aller Gemächlichkeit zu betreiben und deren Abschluß in Erwartung der Entwickelung der Dinge im Osten und Westen möglichst lange hinauszuschieben.

[1] Badenhausen an Vultejus am 10. (20.) Februar dies berichtigend und dazu bemerkend: Ich habe ihn so rasen lassen; ich kann mich nicht genug wundern, daß so ein kluger Mann sich die Hitze so übertragen läßt, daß er selbst nicht urtheilen kann, daß es unmögliche Dinge seien; thut er es aber aus böser Intention, daß er uns vermeint zu überschnellen, beklage ich ihn, daß er keine bessere Opinion von uns hat und so für einfältige Leute hält, darin er sich etwa dürfte betrogen finden. Wie wird er noch schelten und schmähen, wenn es nicht fort will gehen, ‚wie er sich eingebildet? — Marburg.

Beim Austausch ihrer Berichte über diese Unterredungen mit dem hitzigen Boineburg erfuhr Badenhausen noch von Heyland, daß der Freiherr ihm die von Köln, Münster und Neuburg mitgebrachten Resolutionen vorgelesen habe. Durch die Nachrichten von den Drohungen des Kaisers und die von Boineburg daran geknüpften Nutzanweisungen lebhaft erregt, zeigte Heyland sich fast ebenso eifrig und geschwind als der Freiherr selbst. Er meinte gegen Badenhausen, auf der hildesheimer Konferenz sei ja schon alles zwischen Braunschweig und Kassel erledigt. Badenhausen jedoch „half ihm aus dem Traum," indem er nachwies, daß gerade in Hildesheim trotz allen Erinnerns der hessischen Deputirten nicht das geringste vereinbart worden sei. Heyland vergaß sich hierbei bis zu Ausfällen gegen seinen Vorgesetzten, den Kanzler Schwarzkopf: Der sei ein Zauderer, verschließe den andren Räthen den Zugang zum Herzog, um sich alleinige Geltung zu sichern. Kurz, er zeigte sich vollständig von Boineburg eingenommen und wie dieser für Uebereilung des Werkes gestimmt. Besonders wichtig erschien Badenhausen die Eröffnung, daß das Haus Braunschweig auch vor Eintreffen einer Resolution von Schweden sich in Unterhandlungen mit den Katholischen einlassen werde.[1]

Am 20. Februar fand Allianzrath bei den Invitanten statt, ohne die Vertreter von Trier und Neuburg, welch' ersteres dem Dr. Aldenhoven substitutarische Kommission ertheilt hatte. Hier einigte man sich aufgrund der von den Prinzipalen eingegangenen Resolutionen über die Fassung der den Invitirten zu ertheilenden Erklärung. Man erließ hierauf an Heyland und Badenhausen die Einladung für den folgenden Tag zur Sitzung im Karmeliterkloster, woselbst diese Erklärung ihnen kundgethan werden sollte.[2] Zur angegebenen Stunde traf man zusammen. Als Vorsitzender eröffnete der würzburgische Kanzler Mehl im Namen der Alliirten den beiden Eingeladenen, daß sämtliche Prinzipale ihre Zustimmung dazu ertheilt hätten, daß nunmehr von den Invitirten weitere Aufforderungen zum Mitbeitritt auch an Schweden und Brandenburg gerichtet würden, jedoch ausdrücklich nur in Hinsicht auf deren im Reich belegene Lande; zugleich wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Invitirten würden mit präkaviren helfen, daß man weder direkt noch indirekt in den gegenwärtigen, weitläufigen polnischen Krieg eingeflochten werden möge. Wie beiläufig erwähnte Mehl dann noch gesprächsweise, daß man jetzt wegen Ort und Zeit zu den Konferenzen Vorschläge erwarte.[3]

[1] Nach dem angeführten Bericht Badenhausens vom 10. (20.) Februar.

[2] Bericht Heyland's an die drei Herzöge vom 11. (21.) Februar. — Hannover.

[3] Heyland stellte hierüber noch am selbigen Tage Boineburg zur Rede, dieser gab vor, sehr entrüstet zu sein und bat, es als ein Versehen zu entschuldigen. Bericht Heylands vom 11. (21.) Februar s. oben.

Heyland und Badenhausen dankten für die Erklärung der Prinzipale, eröffneten aber auf das letztere Ansinnen, daß sie, hierauf nicht instruirt, sich zu den Invitanten versehen hätten, daß diese derartige Vorschläge an die Hand gegeben haben würden. Diese schlugen darauf Frankfurt als Mahlstatt vor; etwa am 8.—18. März könnten die Berathungen wohl beginnen. Man nahm dies ad referendum.[1]

Noch am nämlichen Tage hatte Heyland eine Unterredung mit Boineburg, wobei derselbe nochmals auf Beschleunigung drang, deren man sich nun nach der erfolgten liberalen Erklärung bestimmt versehe. Als bemerkenswerthes Ergebniß glaubte der hoffnungsfroh gestimmte Obermarschall bereits prognostiziren zu können, daß nun wohl durch die Aufnahme Brandenburgs nicht allein alle Thätlichkeiten zwischen diesem und Pfalz-Neuburg verhütet werden würden, sondern auch unter diesen mit der Zeit gar ein gründlicher Vergleich durch Vermittelung der Alliirten getroffen werden könnte. Der Friede in Deutschland schien gesichert. Wie weit war man doch in Wahrheit noch von diesem erhabenen Ziele entfernt!

18.

Weitere Erklärung der Invitirten. Hemmungsversuche der Kaiserlichen.

Landgraf Wilhelm in Kassel hielt auf den Bericht Badenhausens von 14. (24.) Februar[2] über die Erklärung der Invitanten für angemessen, wegen der dadurch geschaffenen Sachlage sich sogleich mit den braunschweigischen Herzögen in's Einvernehmen zu setzen. Da der Termin von den Alliirten zu nahe gesetzt erscheine, meinte er, werde unter ihnen es einer besonderen Abrede bedürfen.[3] Man gab sich auf hessischer Seite keiner Täuschung darüber hin, daß die Herren Braunschweigischen besonderen Eifers sich nicht befleißigen würden.[4] Doch lief, vorläufig von Herzog August aus Wolfenbüttel, umgehend wenigstens eine Antwort auf des Landgrafen Zuschrift ein.[5] Sie legte dar, daß

---

[1] Nach dem Protokoll in Hannover, Beilage zu dem erwähnten Bericht Heylands.

[2] Original. — Marburg.

[3] Postskriptum des Landgrafen vom 16. (26.) Februar. — Hannover.

[4] Vultejus an Badenhausen am 17. (27.) Februar und der Landgraf an Badenhausen am 21. Februar (3. März). — Marburg.

[5] d. d. 19. Februar (1. März). — Marburg.

man bei der einmal gefaßten Ansicht verharren müsse, daß also bei bewandten Umständen Frankfurt kein bequemer Ort und der Termin zu kurz anberaumt sei.[1] Köln oder Koblenz würden geeigneter sein und als Termin würden zwei Wochen nach Ostern als früheste Grenze gelten können. Alles vorbehaltlich besserer Ansichten der Vettern zu Celle und Hannover.[2]

Schon vorher hatte die Regierung in Hannover eine Hauskonferenz vorgeschlagen. Auf diese verwiesen nunmehr sie wie der Herzog Christian Ludwig die Erledigung dieser Fragen.[3] Am 10.—20. März traten zu Braunschweig die Räthe des Hauses zusammen. Am folgenden Tage schon beschlossen sie nach dem Vorschlage des Wolfenbüttelers, den Invitanten als geeignete Orte für die Konferenzen Koblenz oder Köln vorzuschlagen, von denen der erstere als bequemer gelegen den Vorzug verdiene (auch Hinweis auf den dort abgehaltenen Kreiskonvent von 1599); als Termin aber meinten sie erst die Zeit kurz nach Pfingsten in's Auge fassen zu können.[4] Weitere Beschlüsse gingen auf bezügliche Weisungen an Heyland und Mittheilungen an Hessen-Kassel. Hingegen wurde die Abfassung einer Instruktion für die zu den Verhandlungen abzusendenden Bevollmächtigten auf eine spätere besondere Konferenz verwiesen, vor oder nach welcher man sich darüber ja mit den Hessen, etwa zu Eimbeck,

---

[1] Heyland setzte später dem brandenburgischen Deputirten Portmann auseinander daß die Wichtigkeit der Angelegenheit einen anderen Ort als Frankfurt erfordere, damit nicht alles den Herren Kaiserlichen und Oesterreichern sofort palisirt und die Verhandlungen durch anderweitige negotia, die hierher gehörten, retardirt würden. Die Zeit habe man so weit hinausgesetzt, damit die am entferntesten Gesessenen (Brandenburg und Schweden) bei guter Zeit die Ihrigen abschicken könnten. Bericht Portmanns und Hübners vom 5. (15.) April 1657. — Berlin.

[2] Schreiben in diesem Sinne an Herzog Christian Ludwig zu Celle und die heimgelassenen Räthe Georg Wilhelms in Hannover v. 19. Februar (1. März). — Hannover Die Alliirten hatten am 21. Februar unter anderem auch vorgeschlagen, daß die Invitanten der größeren Bequemlichkeit halber ihre Ansicht gleich dem Bischof von Münster zuschreiben sollten, der es dem Pfalzgrafen weitergeben werde. Herzog Augustus schickte daher bei dieser Gelegenheit ein an den Bischof gerichtetes Schreiben im Entwurf den beiden anderen Linien seines Hauses zur Begutachtung. Es enthielt die eben mitgetheilten Vorschläge. Die Hauskonferenz zu Braunschweig beschloß am 21. März, nicht an den Bischof, sondern direkt an die Alliirten insgesamt zu schreiben. — Hannover.

[3] Regierung zu Hannover an Herzog Augustus am 26. Februar (8. März): Herzog Christian Ludwig an denselben am 3. (13.) März. — Hannover.

[4] Die Regierung zu Hannover hatte schon in dem oben angezogenen Schreiben v. 26. Februar (8. März), namentlich unter Betonung der Rücksichtnahme auf Schweden und Brandenburg, bemerkt, daß selbst des Herzogs Augustus Vorschlag, welcher 14 Tage nach Ostern den Termin angesetzt haben wollte, noch nicht annehmbar sein werde.

benehmen könne. Sodann einigte man sich hier in Braunschweig über die an Schweden und Brandenburg abzulassenden Schreiben (darüber weiter unten). Auch erachtete man für angemessen, eine bezügliche Mittheilung an den Bischof von Paderborn zu bringen, an welchen wunderbarerweise von den Alliirten keine Einladung ergangen wäre.[1]

In weiterem Umblick richteten die Herren in Braunschweig sodann ihre Augen auf Frankreich. Man habe wohl auf dieses zu achten, jedoch auch dahin zu sehen, welche Absichten es auf das Elsaß habe, damit man dort nicht in Verwickelungen gerathe. Deshalb solle Heyland öfters den französischen Agenten Gravel besuchen, ohne Scheu vor den Oesterreichern, und gutes Vertrauen mit ihm aufrecht erhalten. Ferner müsse man auch genaue Erkundigungen einziehen, was es mit den Verhandlungen Münsters und Neuburgs im Haag auf sich habe, da man mit nichten geneigt sei, mit den General Staaten sich einzulassen. Mit Hessen habe man dagegen sich zu benehmen, ob nicht vielleicht auch Kur-Sachsen zur Allianz mit aufzufordern sei. Gegen Bayern aber wird eine entschiedene Abneigung laut.

Hatte man auch den Termin möglichst weit hinausgerückt, um Schweden und Brandenburg Gelegenheit zu geben, ihren Entscheid bis dahin einlangen zu lassen, so beschloß man doch, auf allen Fall die Verhandlungen mit den Katholischen zu beginnen, selbst wenn man von Jenen alsdann noch keine Antwort haben sollte.[2]

Hierauf erging am 13. (23.) März im Namen der drei Herzöge an den Landgrafen die Mittheilung von den in Braunschweig gefaßten Beschlüssen hinsichtlich des Orts und der Zeit (etwa der 17. (27.) oder 18. (28.) Juni) zu den Konferenzen mit der Bitte, dem mit Heyland gegebenen Beispiele nach auch Badenhausen anzuweisen, daß er in Frank-

[1] Es muß hier nachgeholt werden, daß die drei Herzöge von Braunschweig am 6. (16.) November 1656 dem Bischof Dietrich Adolf von Paderborn die Einladung der Alliirten mitgetheilt und ihn dabei gefragt hatten, ob eine solche auch an ihn ergangen wäre und was er in diesem Falle zu thun gedächte. Aehnliche Eröffnungen ließ Landgraf Wilhelm am 19. (29.) November an ihn ergehen. Diesem antwortete der Bischof am 15. December mit der Mittheilung, daß ihm schon vom Bischof von Münster bezügliche Eröffnungen zutheil geworden wären. Eben jetzt tage eine Bundeskonferenz zu Koblenz, welche wohl weiteres veranlassen werde. Ein gleiches Anbringen solle ja bei den General Staaten erfolgt sein. Kein Wort jedoch von des Bischofs eigener Stellung zu dem Projekt. Den Braunschweigern theilt er am 20. December einfach die dem Landgrafen ertheilte Antwort abschriftlich mit dem Bemerken mit, daß er sich von ihren consiliis abzusondern nicht gemeint, worauf die Herzöge am 29. December 1656 (8. Januar 1657) eine phrasenreiche, aber inhaltslose Empfangsbestätigung senden. — Hannover und Kassel.

[2] Protokoll in Hannover. Vergl. Köcher S. 226, 227. Instruktion an Heyland vom 12. (22.) März. — Hannover.

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

furt bei den Alliirten für Annahme dieser Vorschläge lebhaft eintreten und mit Heyland in enger Verbindung bleiben solle. Auch wurde zugleich der Landgraf aufgefordert, behufs Vereinbarung gemeinsamen Verhaltens eine kurz vor Beginn der Traktaten nach Einbeck zu berufende Tagsatzung zu beschicken. Schließlich wurde in dieser Note für wünschenswerth erachtet, mit dem zur Zeit in Hildesheim anwesenden Kurfürsten von Köln wegen Gewinnung jenes Stifts für den Bund, welche Invitirten wie Invitanten gleichen Vortheil bringen würde, in Verbindung zu treten.[1]

Der Landgraf, ohne auf diesen letzten Punkt einzugehen, erklärte sich mit den übrigen Vorschlägen einverstanden.[2] Und da Badenhausen zur Zeit von Frankfurt abwesend war, erhielt derselbe den Auftrag, Heyland zu bitten, daß er auch in seinem Namen den Alliirten die nöthigen Erklärungen eröffne.[3]

Heyland schritt also allein zu dieser Verhandlung. Sie fand statt am 13. April im Frankfurter Karmeliterkloster. Im Namen der Herzöge von Braunschweig und des Landgrafen schlug Heyland den anwesenden Deputirten[4] der Verbündeten vor, die Berathungen über das Allianzwerk am 17. oder 18. Juni a. St. in der Stadt Koblenz zu beginnen. An dem früher vorgeschlagenen Termin habe man nicht zusammentreten können, da man ja damals über die Mahlstatt noch nicht einig gewesen, und zu Frankfurt werde man vieler wichtigen Ursachen halber die Verhandlungen nicht vornehmen können, wenn anders sie zu gutem Ende gereichen sollten. Uebrigens vergaß er nicht zuzufügen, daß der nunmehr vorgeschlagene Termin unabänderlich innegehalten werden solle, möchten nun die schwedischen und brandenburgischen Resolutionen bis dahin eingetroffen sein oder nicht. Die Alliirten — ihr Sprecher war der Kanzler Mehl — nahmen diese Eröffnungen einfach ad referendum.[5]

Die Alliirten durchschauten die Politik der langen Bahn auffeiten der Invitirten wohl. Doch war dieselbe im Augenblick eigentlich nur dem Kurfürsten von Mainz nicht genehm. Der Pfalzgraf sah einen Aufschub nicht eben ungern. Seine Pläne gegen Brandenburg, niemals gänzlich schlummernd, legten der Begierde nach Abschluß mit den Herren Protestirenden einmal allewege Zügel an, zu geschweigen, daß auch neuerdings gewisse Umtriebe in der polnischen Frage und von ihm lebhaft

[1] Original in Marburg.

[2] Am 30. März (9. April). — Hannover.

[3] Briefwechsel zwischen Heyland und Badenhausen vom 24. bis 31. März (3. bis 10. April). Marburg und Düsseldorf (abschriftlich).

[4] Nur der Pfalzgraf war nicht vertreten, da er als zu den Deputationstagen nicht berufen keinen Gesandten in Frankfurt hatte.

[5] Protokoll in Düsseldorf, Abschrift der Erklärung Heylands in Marburg.

geführte Verhandlungen um die Thronfolge im Reich der Jagellonen eine nähere Verbindung mit den Feinden desselben, Schweden und Brandenburg, wenig räthlich für ihn erscheinen ließen.[1]

Auch wurden allmählich Stimmen laut, welche unter dem Hinweise auf drohende Rüstungen der Dänen einen Bruch zwischen diesen und den Schweden voraussagten und demnach eine kriegerische Verwickelung auch in den bremischen Landen in Sicht rückten, wodurch an den niedersächsischen Kreis und demzufolge an die Herzöge von Braunschweig die Aufgabe herantrat, Stellung zu nehmen. So schien eine Vertiefung mit den Invitirten eine Gefahr um die andere heraufzubeschwören, Vorsicht also nur allzusehr geboten. Unter diesen Umständen fiel es auch auf, daß in der von Heyland nunmehr abgegebenen Erklärung kein Wort darüber laut geworden war, wie Braunschweig und Kassel sich zu der von den Invitanten am 21. Februar ausgesprochenen Bedingung stellen würden, daß man sich in den polnischen Krieg nicht einmischen solle, wenngleich auch der liebedienernde Heyland allezeit versichert hatte, daß, was seine Herren anlange, diese auf keine Weise sich mit dem polnischen Wesen vermischen, sondern über dem Frieden und dessen Wahrung neben den Einungsverwandten beständig zu halten gesonnen wären.[2]

---

[1] Philipp Wilhelm schreibt an Boineburg am 7. März: Daß die Beantwortung der Braunschweig- und Kasselischer geschehen, vernehme ich gern. Man muß sie auf eine Erklärung treiben, sonsten wird meiner Vorsorg nach von ihnen gesucht werden, bis zur Einlangung der schwed- und brandenburgischen Antwort Zeit zu gewinnen, wegen welcher Beitritt meines Ermessens die von mir wissende mutationes fast mehr als bei dem anderen Werk (Admission der Niederlande) eine gute Vorsorg und keine Uebereilung erfordern (Kopie, Düsseldorf). In den polnischen Plänen des Pfalzgrafen, über denen noch ein ziemliches Dunkel liegt, spielt der polnische Jesuit Albert Ciecisesti eine gewisse Rolle. Ein von Wien am 18. März datirtes Schreiben desselben mahnt den Pfalzgrafen dringend von der Verbindung mit Schweden und Brandenburg ab. Es gipfelt in den Sätzen: Forte ergo ista liga solum patrocinium provinciis Sueticis et Brandenburgicis pro primario fine habet, ut Suecus et Brandenburgicus suis provinciis nihil metuentes securius ac mimosius perditionem Polonorum prosequantur, nam et de facto ad famam ligae hujus esse a pace alienores et in bello prosequendo ferociores esse constat ... Dum ergo liga illa, quae tamen a Principibus catholicis originem sumit, Polonis minus propitia seu inutilis saltem est: suspicari licet, eam ligam ad minimum alicujus foederati acatholici Principis machinatione, dum catholici Principes bona et sancta fide agunt, instrui ad Polonos perdendos vel ad vexandum saltem aliquem Principem, a quo Polonis succurri posset. Aehnliches schrieb, wie er versicherte, der Pater an den Kurfürsten von Mainz, der wohl wenig Neigung empfunden haben wird, aus Interesse für die polnische Nation seinem Lieblingsplane Valet zu geben. — Düsseldorf.

[2] Aldenhoven an den Kurfürsten von Köln am 10. März und Boineburg an Christoph Bernard von Münster am 14. März. — Düsseldorf und Münster.

Dem Biſchof von Münſter lag nicht viel an dem Zögern der Invitirten.[1] Die Verhandlungen im Haag und ſein Verhältniß zur Stadt Münſter nahmen ſein Intereſſe ausſchließlich in Anſpruch.

Der Kurfürſt von Trier blieb nach wie vor theilnahmlos dieſen Verhandlungen gegenüber. Und auch der Kurfürſt von Köln verrieth ein geringes Intereſſe für die Beſchleunigung derſelben. Als Ende März Boineburg bei Aldenhoven anfragte, ob ihm wegen der Allianz von ſeinem Herrn keine weiteren Befehle zugekommen wären, antwortete dieſer mit kühlem Lächeln, daß es doch wohl erſt nothwendig ſein werde, vorher die Reſolution der Invitirten auf die Erklärung vom 21. Februar zu vernehmen. Boineburg hatte darauf auseinanderzuſetzen verſucht, daß der Kurfürſt von Köln wegen Hildesheim und der von Mainz wegen der Aemter auf dem Eichsfeld mehr als Trier, Münſter und Neuburg auch ohnehin Anlaß hätten, mit Braunſchweig und Kaſſel in einen Bund zu treten, wogegen Aldenhoven nur die Frage geſtellt, ob denn dieſe drei bei der einmal gefaßten Reſolution feſt verharren würden, was der Freiherr bejaht hatte.[2] Hieraus erhellen der immer noch obwaltende Mangel an Vertrauen und Einmüthigkeit zwiſchen den Kabinetten von Mainz und Bonn und der geringe Eifer des letzteren für die von jenem ſo lebhaft betriebenen Allianzpläne. Einen Augenblick lang bemächtigte ſich des Obermarſchalls eine tiefe Verſtimmung ob ſo vieler Kaltſinnigkeit. Wenn er nur erſt eine Ahnung von den krummen Wegen gehabt hätte, auf denen Franz Egon v. Fürſtenberg ſonſt noch wandelte!

Am Kaiſerhofe blickte man naturgemäß mit Beſorgnis und Abſcheu auf die dem Hauſe Habsburg bedenklichen Allianzbeſtrebungen des mainzer Kurfürſten. Volmar, der öſterreichiſche Vertreter bei der Reichsdeputation hatte den Auftrag zu den lebhafteſten Gegenwirkungen bei den betheiligten Fürſten. Er that ſeine Schuldigkeit, wenn auch nach dem Maße ſeiner Gaben mit möglichſtem Ungeſchick. Ja, eine Zeit lang hatte in Wien die Abſicht beſtanden, beſondere Emiſſare zu dieſem Gegen-

[1] Am 15. März hatte er an Biſping geſchrieben, daß ſich bis zum 18. oder 20. April wohl werde warten laſſen.

[2] Bericht Aldenhovens vom 27. März. — Düſſeldorf. Zu ſeiner Frage hatte dem kölniſchen Deputirten die vorübergehende Anweſenheit des neuburgiſchen Kanzlers Winkelhauſen Anlaß gegeben, welcher Biſping gegenüber geheimnißvolle Andeutungen gemacht hatte, daß er Ordre habe, bei Boineburg über die vordem vom Pfalzgrafen ihm wegen der Aufnahme von Schweden und Brandenburg gegebene Reſolution eine Explikation anzubringen. Boineburg ſuchte die Anweſenheit Winkelhauſens damit zu erklären, daß man neuburgiſcherſeits der Meinung geweſen, daß die Verhandlungen mit Braunſchweig und Kaſſel ſofort beginnen würden: doch fand er damit keinen Glauben. In Wahrheit handelte es ſich bei der Anweſenheit Winkelhauſens um die vor den Anderen noch geheim gehaltene Anbahnung mit Frankreich.

spiele auszusenden. Man vernahm, daß ein Spezialgesandter der Hofburg in der Person des Grafen Notthafft bereits nach Mainz unterwegs sei, um die von Volmar im vergangenen December dem Kurfürsten zu Steinheim vorgestellten Bedenken gegen die Verbindung mit den Protestanten zu wiederholen. Mit dem Bescheide, welchen damals Volmar erhalten,[1] war man nicht zufrieden. Jetzt hatte Graf Notthafft den Auftrag, bei dem Kurfürsten ein besonderes Mißtrauen gegen die protestantischen Stände Deutschlands zu erwecken, deren Ehrgeiz und Herrschsucht ihn an der Bundesleitung zu verhindern suchen würden. Es würden auch, so sollte er des weiteren vorstellen, zwischen den beiden konfessionsverschiedenen Theilen allerhand andre Zwistigkeiten entstehen und würden besonders Diejenigen, welche das größte Interesse am polnischen Kriege trügen, die Sache bei ihren Mitverbundenen nach ihrem Vortheile mit Macht behaupten wollen, diese aber darein nicht willigen können, demnach die Allianz nur eine Quelle weitaussehender gefährlicher Mißverständnisse und der Zwietracht unter den beiderseitigen Theilnehmern werden[2]. Mit gleichen Weisungen versehen schickte sich etwa um dieselbe Zeit der Reichshofrath Krane an, die dem Mainzer verbündeten vier andern katholischen Höfe anzusprechen, um hier von der Einnahme Schwedens und Brandenburgs in die Allianz im Namen des Kaisers dringend abzurathen.[3] Als man aber zu Wien erfuhr, daß Braunschweig und Kassel die Einladung der Alliirten bereits beantwortet hatten, erhielten Notthafft und Krane Befehl, ihre Kommission bis auf weiteres zu verschieben, da man erwarten wollte, wie die ferneren Erklärungen Jener lauten würden.[4]

Es ist, wie wenn dem seinem letzten Stündlein nahenden Kaiser das Herz gefehlt hätte, gegen den ihm verhaßten Plan der Vereinigung

---

[1] Daß man nicht gemeint sei, etwas einzugehen, was dem Kaiser bedenklich oder vorgreiflich sein könne, sondern daß man nur den allgemeinen Friedensschluß in seinem Bestand zu erhalten trachte, die partikularen Unionen im Reich trennen und vor allem verhüten wolle, daß fernerhin noch fremde Potentaten ihre Tummelplätze im Reiche suchten.

[2] Abschrift der Instruktion Notthaffts vom 16. Februar 1657. — Düsseldorf.

[3] Am 12. März traf ein Kourier aus Wien bei Volmar in Frankfurt ein. Bisping, der vom Bischof Christoph Bernard angewiesen war, sich mit den Oesterreichern auf gutem Fuße zu halten, erfuhr sofort von vertrauter Hand, daß Krane zu der erwähnten Mission ausersehen sei. (S. Bericht an den Bischof v. 14. März). Auch Boineburg bekam Wind davon und erließ sofort eine Mahnung an den Bischof, daß er sich gegen die österreichischen Einflüsterungen mit Standhaftigkeit wappne, was auch der Bischof in einem undatirten Schreiben vom Anfang April verspricht. — Münster.

[4] Aldenhoven an den Kurfürsten von Köln am 27. März. — Düsseldorf.

der rheinischen Ligisten mit den Evangelischen zumal Schweden und Brandenburg, offen und ehrlich anzugehen. Um so lebhafter arbeitete insgeheim der unverdrossene Volmar. Seine Argumente waren geschraubt und weit hergeholt. Der König von Dänemark rüste wider Schweden und besorge, daß seine Absichten gegen dieses durch die hildesheimer Alliirten verhindert werden möchten. Wer sich nun mit den Letzteren einlasse, müsse dann auch Stellung gegen Polen nehmen und werde auf diese Weise dem katholischen Wesen großen Nachtheil bereiten.[1] Es sei daher in diesem die katholische Religion merklich betreffenden hochwichtigen Werk sonderbare Umsicht zu gebrauchen und alle Uebereilung zu vermeiden. Und weil sich gerade jetzt zu Wien ein dänischer Abgesandter befinde, um mit dem Kaiser gewisse Traktaten anzuspinnen, so wolle um so nöthiger sein, mit dem Allianzwesen in Ruhe zu stehen und vorher zu erwarten, was diese Verhandlungen mit Dänemark zutage fördern würden, wovon der Kaiser vertrauliche Mittheilungen widerfahren lassen werde. Also redete er zu Aldenhoven,[2] und auch beim Kurfürsten von Mainz wollte er es anbringen. Der aber, nicht achtend, daß Volmar vergeblich seine Reise nach Würzburg gethan, ließ dort auf sein Gesuch um eine Audienz sich mit einem Katarrh entschuldigen und melden, daß er bei der Abwesenheit Boineburgs nichts unterhandeln lassen könne.[3]

Auf indirektem Wege hatte unterdessen die kaiserliche Politik dem Kurfürsten von Köln ihre Wünsche nahe gelegt. Sein in dem vollen Fahrwasser des Hauses Habsburg segelnder wittelsbachischer Vetter, der Kurfürst Ferdinand Maria von Bayern, hatte längst schon zur Behutsamkeit in der Allianzsache gemahnt und mit Genugthuung es diesen seinen Ueberredungskünsten zugute geschrieben, daß Maximilian Heinrich „bis-

---

[1] Auch hier ist der Einfluß des Polen Ciecisęski bemerkbar. Derselbe drang zu Wien bis in die Hofburg vor. In einer Audienz beim Erzherzog Leopold Wilhelm berichtete er diesem nach den Angaben des Mich. Leers über den Stand der Allianzsache. Der Erzherzog äußerte unverhohlen seine Freude darüber, daß es mit Schweden und Brandenburg wegen deren Einnahme in die Liga noch so weit wäre. — Nach dem Bericht des pfalz-neuburgischen Agenten Horst in Wien vom 18. April 1657. — Düsseldorf. Nach demselben Bericht rieth Auersperg dem Horst, der Pfalzgraf möge nur suchen, die Einnahme Jener aufzuschieben; denn sollten sie hineinkommen, so würden sie sich an keine conditiones halten, vorher aber eingehen, was man ihnen vorschreiben würde.

[2] Dessen Bericht an den Kurfürsten Max Heinrich vom 10. April. — Düsseldorf.

[3] Als dann Boineburg inzwischen anlangte, erscholl auch zugleich die Trauerkunde vom Ableben des Kaisers Ferdinand III. (2. April), woraufhin Volmar seine Negoziation ganz einstellte und schleunigst nach Frankfurt zurückkehrte. Bericht Aldenhovens vom 17. April. — Düsseldorf.

her löblicherweise durch allerhand sorgfältige Kautelen und Restriktionen die Miteinnehmung anderer Stände des Reichs und sonderlich der Krone Schweden und Kur-Brandenburgs in der am Rheinstrom alliirten katholischen Kur- und Fürsten geschlossenes Bündniß hatte aufschieben helfen." In Wien, wo man mit Dankbarkeit dieses Wirken des bayerischen Kurfürsten anerkannte, hielt man für nöthig, das Eisen weiter zu schmieden. Ende März also erschien der oben genannte Graf Johann Heinrich Notthafft zu München, um den Kurfürsten zu weiteren Bemühungen zu veranlassen, damit er seinen Vetter von Köln in der „seitherigen Wohlmeinung" stärke und dahin disponire, daß er seine Gesandten in Frankfurt anweise, sich bei den bezüglichen Verhandlungen nicht zu übereilen und die Gefahren, die in der Einnehmung Schwedens und Brandenburgs lägen, nicht allein mit einigen Kautelen einzuschränken, sondern, wenn möglich, „mit gänzlicher Deklination zu vermeiden und abzuschneiden." Kurfürst Ferdinand Maria wies auf die bisherigen Erfolge seiner Einwirkungen hin und glaubte ein weiteres heilsames Verhalten des Kölner Kurfürsten in Aussicht stellen zu können, lehnte aber die ihm angesonnene direkte Einwirkung bei den Allianzverhandlungen als dazu nicht mit berufen höflich ab, versprach jedoch, seinem Abgeordneten in Frankfurt zu befehlen, daß er, wo es die Gelegenheit gebe, erinnere, was Seine Kaiserl. Majestät bei diesem nachdenklichen Werke für sorgfältige Gedanken führe und wohin deren Intention gerichtet sei.[1]

Diesen Einflüssen wird es wohl zuzuschreiben sein, daß Graf Fürstenberg den Vertreter seines Herrn in Frankfurt anwies, unter der Hand mit Volmar vertrauliche Kommunikation zu pflegen, dabei jedoch in Obacht zu nehmen, damit die Franzosen darob keine Jalousie zu schöpfen verursacht würden, da man nicht wisse, wie sich die Konjunkturen anlassen möchten.[2] Vor allem anderen solle Aldenhoven dem Volmar andeuten, daß, wenn der Kaiser des Reiches und seiner treuen Stände mit mehr Ernst und Nachdruck gegen die Krone Spanien und deren Alliirte sich annehmen wollte, Kur-Köln die Aufnahme Schwedens und Brandenburgs in die Allianz zu hintertreiben suchen werde. Nicht im Westen, sondern im Osten lägen die wahren Aufgaben des Hauses

---

[1] Bescheid auf das Anbringen Notthaffts in München vom 26. März 1657. — Abschrift in Düsseldorf.

[2] Vergl. hierzu die Nachricht Gise's an den Pfalzgrafen von Neuburg vom 7. Mai 1657, daß eine nicht benannte fürstliche Person (vermuthlich Landgraf Georg Christian von Homburg, der Agent Mazarins) ihm gegenüber geklagt habe, daß Graf Egon die von Frankreich empfangenen 30,000 Thaler vergessen habe und jetzt für Oesterreich stehen wolle. — Düsseldorf.

Habsburg: nicht Spanien gegen Frankreich, sondern Polen gegen Schweden-Brandenburg zu stützen, sei die Pflicht des Kaisers.[1]

In diesem Augenblicke erscholl die Nachricht vom Tode Ferdinand III. Die politische Situation änderte sich mit einem Schlage. Auch das Allianzwerk erlitt seinen Anstoß. Die drängende Ungeduld des Mainzers war von ihrer Befriedigung noch himmelweit entfernt.

17.

Bis zum Beginne der Hauptverhandlungen.

Die Erklärung der Invitirten vom 13. April begegnete bei den einzelnen Verbündeten, namentlich in Hinsicht auf die Oertlichkeit für die Berathungen, getheilten Ansichten. Dem Kurfürsten von Köln waren die von Heyland unterbreiteten Vorschläge nicht zuwider.[2] Koblenz war ihm eben recht. Nicht so dem Kurfürsten von Trier, welcher den Kaiserlichen das Aegerniß wohl nicht bereiten wollte, daß er den Allianzverhandlungen in dieser seiner zweiten Residenzstadt Raum gäbe. Er meinte, daß man zu Frankfurt mit weit geringerem Kostenaufwand tagen könne, da außer Neuburg die übrigen Alliirten alle wie auch Braunschweig und Kassel schon eine Vertretung daselbst hätten. Sollten die beiden letzten durchaus nicht für Frankfurt zu bestimmen sein, so werde Mainz der geeignete Ort sein, zumal Heyland nicht ausschließlich auf Koblenz bestanden, sondern daneben auf jede andre beliebige Stadt am Rhein, wie Köln und eben Mainz hingewiesen habe. Halb und halb gelang es dem Vertreter Karl Kaspars, dem Dr. Buschmann, den Aldenhoven für

---

[1] Franz Egon von Fürstenberg an Aldenhoven am 4. April 1657. — Düsseldorf. „Der Allmächtige gebe, daß Ihre Majestät eine Resolution fassen, dem polnischen Wesen nicht länger also stillsitzend zuzusehen, wobei ich dies allein besorge, es werde schwer fallen, das italienische und französische Wesen zu sustiniren und annebens sich in andere embarras zu setzen."

[2] Erlaß aus Hildesheim an Aldenhoven vom 20. April. — Düsseldorf. Freilich fügt er hinzu, daß ihm das Werk wegen der Aufnahme der schwedischen und brandenburgischen Reichslande, falls dieselbe behauptet werden sollte, je länger je mehr mißfalle, weil Dänemark in großen Rüstungen begriffen und es zwischen diesem und Schweden vermuthlich zum Bruch kommen werde, wodurch das hildesheimische Gebiet namentlich leicht mit in Unruhe versetzt werden könnte. Das münchener Tränklein wirkte.

dieſe Vorſchläge zu gewinnen. Aber Kur-Mainz wollte ebenſowenig wie Trier die Koſten und das Odium der Repräſentation übernehmen und beharrte nunmehr, von Münſter hierin unterſtützt, auf Koblenz. Schließlich einigte man ſich — Buſchmann ſtimmte nicht direkt zu, ſondern nahm es nur ad referendum — dahin, daß Kanzler Mehl vorläufig dem Dr. Heyland bedeuten ſolle, wie man zwar Frankfurt für den bequemſten Ort halte, bei fortdauerndem Widerſtreben der Invitirten aber auch Koblenz nicht ablehnen wolle.[1]

Alſo geſchah es auch. Boineburg legte das ganze Gewicht ſeiner Redekunſt für Frankfurt ein, und Heyland, der ihm gern zuwillen war, berichtete demgemäß nach Hauſe wie nach Kaſſel.[2]

Landgraf Wilhelm, noch ohne Antwort auf ſein Schreiben vom 9. April, fragte ſofort beim Hauſe Braunſchweig an, wie es ſich zu dem Vorſchlage wegen Frankfurt ſtelle.[3] Und dieſes entſchied die Frage auf einer Geſammthauskonferenz zu Peine dahin, daß es am 14. (24.) Mai unter der Vorausſetzung der Einwilligung Heſſens Heyland zu der Erklärung bevollmächtigte, daß man unter Feſthaltung des Termines am 18. (28.) Juni ungeachtet der noch vorhanden ſeienden wichtigen Bedenken mit der Wahl von Frankfurt einverſtanden ſein wolle, jedoch ſo, daß die zu entſendenden Vertreter ſich nicht unter dem Vorwande der Reichsdeputation dort aufhalten ſollten, damit die Verhandlungen möglichſt ſchleunig zu guter Endſchaft gelangen möchten, aus welchem Grunde auch die Hinzuziehung der neuburgiſchen Bevollmächtigten beizeiten zu befördern wäre.[4]

Die Regierung in Kaſſel erhielt unter dem gleichen Datum Nachricht von dieſer dem Heyland ertheilten Weiſung mit der Bitte, auch Badenhauſen, falls man einig, in dieſem Sinne zu beauftragen. Den Plan aber einer Konferenz zu Eimbeck ließ das braunſchweigiſche Geſamtminiſterium fallen, wofür es in Ausſicht ſtellte, daß die nach Frankfurt beſtimmten Räthe auf der Durchreiſe in Kaſſel, etwa am 14. (24.) Juni, vorſprechen ſollten, um dort am folgenden Tage unter Verzicht auf alle Ceremonien mit den heſſiſchen Miniſtern über das Werk Rathes zu pflegen. So werde man am beſtimmten Tage in Frankfurt mit den Verhandlungen beginnen können.[5] Hierauf erklärte die Regie-

---

[1] Bericht Aldenhovens vom 10. Mai. — Düſſeldorf.

[2] Am 8. Mai. — Hannover und Marburg. Bericht über das Geſpräch mit Boineburg an Badenhauſen am 2. (12.) Mai. — Marburg.

[3] Am 6. (16.) Mai. — Marburg.

[4] Abſchriften in Hannover und Düſſeldorf.

[5] Abſchrift in Hannover.

rung in Kassel, daß der Landgraf mit allem einverstanden und Heyland auf alle Fälle mit der Vertretung Badenhausens beauftragt sei.[1]

Gleich nach Empfang seiner Ordre unterrichtete Heyland die Räthe der Alliirten von dieser willkommenen Resolution. Dies geschah am 30. Mai und folgenden Tages traf auch die Einwilligung des Landgrafen ein.[2] Unverzüglich wurde eine feierliche Sitzung berufen, in welcher Heyland von den Entschlüssen seiner Herzöge und des Landgrafen Eröffnungen machte und namens der ersteren noch den Wunsch nach Beschleunigung der Angelegenheit ausdrückte. Eine besondere Freude zeigten die Mainzer Räthe. Es schien, als wenn nun endlich nichts mehr bei diesem Werke zu thun sein wolle, als der Zeit zu warten und es dann in Gottes Namen anzugreifen. Großer Schwierigkeiten glaubte man sich dabei nicht mehr versehen zu dürfen.[3]

Inzwischen näherte sich allmählich der Termin zum Beginn der Hauptverhandlungen. Eine gewisse Rührigkeit entfaltete sich im Hause Braunschweig, wo die Wahl der nach Frankfurt zu deputirenden Räthe einige Schwierigkeiten verursachte[4]. Schließlich wurden ausersehen als Führer der Gesandtschaft Kanzler Schwarzkopf von Wolfenbüttel neben Heyland, sodann Dr. Otto Johann Witte von Celle und der Geheime Kriegsrath Otto Otto von Mauderode von Hannover.[5]

In Kassel erwartete man mit aller Ruhe die Ankunft der braunschweigischen Gesandten, welche dort am 14. (24.) Juni eintreffen sollten. Schon waren sie unterwegs, als die Herzöge Augustus und Christian

---

[1] Antwort an die braunschweigischen Räthe am 18. (28.) und Erlaß an Heyland am 19. (29.) Mai. — Hannover.

[2] Bericht Aldenhovens vom 31. Mai. — Düsseldorf.

[3] Bericht Heylands v. 22. Mai (1. Juni). — Hannover. Als dann Badenhausen wieder in Frankfurt eingetroffen war, ertheilte Heyland ihm Abschrift dieses Berichtes, die Jener am 26. Mai (5. Juni) dem Landgrafen mit dem Bemerken zustellte, daß nach Heylands Ansicht eine Gegenerklärung der Alliirten wohl nicht abzuwarten sei, welche Meinung der Landgraf nicht eben theilte. Als Badenhausen berichtete, daß auch die Alliirten die Nothwendigkeit einer solchen Erklärung zu bezweifeln schienen, entstand in Kassel Mißvergnügen, welchem der inzwischen in Privatangelegenheiten gleichfalls nach Frankfurt gereiste Kanzler Bultejus dem Brandenburger Portmann gegenüber Ausdruck gab. Der Landgraf an Badenhausen am 30. Mai (9. Juni) und Antwort darauf am 2. (12.) Juni. — Marburg. Portmanns Bericht an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm am 14. (24.) Juni. — Berlin.

[4] Lebhafter Briefwechsel der drei Regierungen unter einander im St.-A. Hannover. Auch wegen der Formalien tauschte man verschiedene Ansichten aus, ehe man sich einigte. Vergl. auch Köcher S. 228 Anm. 2.

[5] Kreditive und Vollmachten für Schwarzkopf und Heyland v. 29. Mai (8. Juni), für Witte vom 7. (17.) Juni (Kreditive) und 18. (28.) Juni (Vollmacht) und für Otto vom 13. (23.) Mai (aus Venedig). — Hannover.

Ludwig wegen der dem niedersächsischen Kreise und damit ihren Landen drohenden Gefahren aus den offenbar gegen Schweden-Bremen gerichteten Rüstungen der Dänen für nöthig erachteten, daß vorher noch eine Konferenz der vornehmsten Räthe des Hauses zu Hildesheim abgehalten werde, bei welcher vor allen der Kanzler Schwarzkopf unentbehrlich war. Derselbe, schon auf der Reise nach Frankfurt bis Zellerfeld gelangt, wurde zurückberufen und kehrte um, entschuldigte aber die dadurch veranlaßte Verzögerung in Kassel wie in Frankfurt durch Vermittelung von Vultejus und Heyland.[1]

Am 22. Juni (2. Juli) traf von den Braunschweigern als erster Otto Otto in Kassel ein, tags darauf der Kanzler Schwarzkopf und erst zwei Tage nach diesem Witte;[2] sie erschienen, um mit Vultejus zu sprechen, hintereinander wie die Gänse. Eine durch den mittlerweile von Frankfurt wieder angelangten Kanzler Vultejus den beiden Erstgenannten überbrachte Einladung, ihre Wohnung im Schlosse des Landgrafen zu nehmen, wurde zunächst abgelehnt. Als die Herren aber nach der Ankunft Witte's in einer fürstlichen Karosse, doch nur mit zwei Pferden, an den Hof abgeholt und zur Tafel des Landgrafen gezogen worden waren, nahmen sie die wiederholte Einladung an und wurden im Schlosse einlogirt.[3] Am 6. Juli endlich schritt man zu den Verhandlungen, und zwar von hessischer Seite Präsident v. Krosigk, der sich dem Landgrafen hierzu selbst angeboten, Kammerpräsident Sixtinus, Kanzler Vultejus] und Regierungsrath Zobell. Einen guten Eindruck machte gleich zu Anfang die Versicherung der Braunschweiger, daß man bei allen Vorfallenheiten in Frankfurt beiderseits für einen Mann stehen wolle. Von den vier Propositionspunkten (das Verfassungswerk, Wahl eines neuen Kaisers und dessen Kapitulation, Fortsetzung des Reichsdeputationstages und die bremischen Unruhen) kann uns hier nur der erste beschäftigen. Der Vortrag, welchen Schwarzkopf über das Allianzprojekt hielt, bewegte sich in folgendem Gedankengange: Es bedürfe das Werk der möglichsten Behutsamkeit. Der Zweck müsse sich ganz nach dem des Hildesheimer Recesses richten und daran sei festzuhalten. Hätten doch ja auch die Invitanten selbst in der kölnischen Notel bei den meisten Punkten fast wörtlich die hildesheimische zur Grundlage genommen. Vor allem habe man zu vermeiden, daß man sich in fremde Kriege verwickele, wodurch man nicht die verhoffte Konservation erreichen,

[1] An Beide am 10. (20.) Juni. Antwort Krosigks für den abwesenden Vultejus vom 12. (22). — Marburg, Düsseldorf.

[2] Dieser machte in Kassel keinen guten Eindruck; Vultejus nennt ihn damals einen „ungehobelten, vorlauten Neuling."

[3] Vultejus an Badenhausen am 27. Juni (7. Juli). — Marburg.

sondern den Ruin sich auf den Hals ziehen würde. Wen bekomme man nun zu Bundesgenossen? Anfangs wären Braunschweig und Hessen allein zum Beitritt aufgefordert, Kur-Mainz aber hätte soviel zu verstehen gegeben, daß man auch andre Evangelische mehr mit einzunehmen gedenke, wie denn von den Katholischen auch die bewußten Verhandlungen mit den General Staaten eingeleitet worden wären, über welche freilich sie die Braunschweiger nicht näher unterrichtet wären, aber doch bestimmteres vom Kurfürsten von Mainz zu erfahren gedächten.[1] Diesseits wäre man dann auf Schweden und Brandenburg verfallen; die näheren Umstände wegen der Verhandlungen mit diesen würden sich erst in Frankfurt ergeben. Man könne ja auch Kur-Sachsen mit hinzuziehen. Was sodann das Maß der Leistungen zu diesem Bündnisse anlange, so rathe man, sich diesseits hierin nur nicht zu übereilen. Die Lande der Invitanten, z. B. Lüttich, lägen zum Theil sehr weit entfernt. Ob man bei der Bemessung der Quoten nach den Römermonaten oder nach gerechter und billiger Uebereinkunft sich zu richten, darüber sei man sich noch nicht einig, zumal da auch bei den Invitanten in ihren verschiedenen Noteln hierin sich große Schwankungen bemerkbar machten. Man werde von ihnen zunächst zu vernehmen haben, was ein jeder von ihnen zu übernehmen gedenke. Sich gar zu hoch anzugreifen, sei bei den jetzigen Umständen sehr bedenklich. Der Termin des Bundes sei nicht unter drei Jahren zu vereinbaren. Wegen des Oberkommandos, des Kriegsraths, der Justiz und Disziplin, des Unterhaltes und der Verpflegung der Völker u. dgl. m. gebe der hildesheimsche Receß eine gute Richtschnur. Doch könnte man beim Oberkommando auch so verfahren, daß Katholische und Evangelische absonderlich für sich je einen Obergeneral annähmen, damit die nöthige Rücksicht auf das religiöse Bekenntniß desjenigen Fürsten beobachtet werden könne, in dessen Lande die Operationen stattfänden. Damit ferner beim Kriegsrath den Evangelischen recht viele Stimmen gesichert würden, gedächten sie die Braunschweiger nicht insgesamt als Vertretung des ganzen Hauses nur eine, sondern einzeln wegen jeder Linie eine besondere Stimme in Anspruch zu nehmen; ein gleiches werde dann auch Brandenburg wegen Halberstadt, Minden und Cleve freistehen. Wenn die Invitanten etwa den kölnischen Receß vorlegen und den Evangelischen zumuthen sollten, einfach durch einen Nebenreceß beizutreten, so werde man sich dazu wohl

[1] Es sei hier beiläufig einer scherzhaften Aeußerung des Kurfürsten Johann Philipp zu Krosigk gedacht, zu welchem er bezüglich des niederländischen Projektes äußerte: Man müsse in terra firma bleiben und die Sache nicht auf die See ausdehnen. Bericht Otto Otto's aus Frankfurt vom 3. (13.) Juli 1657. — Hannover.

nicht verstehen können. Doch werde dem nichts entgegen stehen, daß man jene Notel zur Grundlage für einen neuen Receß nehme.

Auch die Hessen entwickelten ihren Standpunkt in diesen einzelnen Fragen, wobei sich eine erfreuliche Uebereinstimmung mit der braunschweigischen Politik herausstellte. Man blieb, wie man bemerken kann, hier in Kassel beiderseits bei den Generalien, den Grundzügen der Allianz im allgemeinen stehen. Vorsicht und Bedächtigkeit, wo nicht gar Mißtrauen gegen die Invitanten, Unlust zu größeren Anstrengungen und Sicherung möglichster Vortheile, das sind die Anschauungen, Vorsätze und Ziele, denen wir aufseiten der Invitirten begegnen. Des Verhältnisses zu Schweden und Brandenburg wurde insofern gedacht, daß man auf der einen Seite der Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß vom König von Schweden auf die an ihn ergangene Einladung noch keine Erklärung erfolgt sei, wofür man als Grund annahm, daß derselbe es wohl übel empfinde, daß man ihm nicht gleich anfangs von diesen Dingen Nachricht gegeben habe. Es muß auffallen, daß hier in Kassel keine Erörterungen über das doch wohl der näheren Erwägung sehr bedürftige etwaige Verhältniß des Bundes zu den auswärtigen Verwickelungen Schwedens ausgetauscht wurden; ja die Braunschweiger erklärten geradezu, wegen der zu besorgenden schwedisch-dänischen Verwickelungen in Frankfurt keine formellen Anträge unterbreiten, sondern es nur etwa dahin bringen zu wollen, daß man an die Parteien Abmahnungsschreiben richte.[1] Man wich dergleichen Fragen, solange sie noch nicht auf den Fingernägeln brannten, förmlich mit Widerwillen aus dem Wege. Auf der andern Seite in Ansehung Brandenburgs wurde die Meinung laut, daß, wenn man das zwischen diesem und Neuburg obwaltende Verhältniß in's Auge fasse, diese und derartige Differenzen jetzt auf gütlichem Wege unter den Konföderirten würden ausgetragen werden können. „Und müßte keiner dem andren in privatis Ursach zur Offension geben, durch welches Mittel auch verhütet werden könne, daß die clevische Sache zwischen Brandenburg und Neuburg nicht erumpire."

[1] Die Braunschweiger wollten eben von Bundeswegen zu nichts verbunden sein. Soeben erst hatte die hildesheimer Hauskonferenz in Anbetracht der im Bremischen durch Ausbruch der schwedisch-dänischen Verwickelungen drohenden Gefahren als Grundsatz aufgestellt, nicht eben sich durch den hildesheimischen Bund zur Hülfeleistung an Schweden verbunden zu erachten, wenn es zwischen ihm und Dänemark zum Bruch komme, sondern nur das eigene Land zu vertheidigen und es im übrigen gehen zu lassen, wie es gehe. Krosigk, damals in der Nähe zu Herzberg weilend, erfuhr dies alles und ließ es Badenhausen über Kassel melden (Faust an Badenhausen am 20. (30.) Juni. — Marburg). Im Hause Braunschweig vermied man ängstlich alle und jede Beziehungen auf den alten hildesheimer Bund, deshalb unterließ man auch ein weiteres Betonen der Einladung des Paderborner Bischofs zur Frankfurter Allianz.

Uebrigens hätten die cleviſchen Lande aus Anlaß der polniſchen Unruhe wohl nichts zu befahren.

Das, was man ſo ſehnlich wünſchte, hoffte und glaubte man und hielt die Augen vor den auf allen Seiten drohenden Gefahren nur zu gern verſchloſſen. Denn das Bedürfniß und das Sehnen nach Ruhe und Frieden, ſie waren es ja, welche die mittleren Stände Deutſchlands, katholiſche wie evangeliſche unter Darangebung des ſonſt immer noch ſo ängſtlich gewahrten konfeſſionellen Gegenſatzes zu einem engeren Anſchluß einander in die Arme trieben, und zwar, wie man auch hier in Kaſſel ſich eingeſtand, gerade im bewußten Gegenſatz zu dem Hauſe, welches man als den Störer des Friedens in Deutſchland zu betrachten allmählich ſich gewöhnt hatte, zu dem Hauſe, aus welchem die Deutſchen ihre Kaiſer zu wählen pflegten und ſoeben ein neues Oberhaupt wieder ſich zu erkieſen vorbereiteten. Die alten Monita, ſo erklärten auch hier in Kaſſel die Braunſchweiger, und noch mehr müſſe man nun in die neue Wahlkapitulation des zu wählenden Kaiſers bringen, „vornehmlich aber bei Beobachtung des juris pacis et belli, ſintemal nun offenbar geworden, welchergeſtalt insciis et inconsultis statibus vom Kaiſer nun verſchiedene Kriegsexpeditionen und Einbrüche, als in die Velau, nunmehr auch in Polen geſchehen," während die Heſſen ſich vernehmen ließen, man müſſe ein ſolches Subjekt erwählen, damit die Sicherheit des Reiches erlangt werde, welches alles durch formelle Negoziation nicht erreicht werden könne: denn es ſei eine weitausſehende Sache, daß Oeſterreich bei den jetzigen Konjunkturen ſich entſchloſſen habe, in den polniſchen Krieg ſich zu begeben, und der König von Ungarn, der Kronprätendent, des verſtorbenen Kaiſers Maßregeln wegen der Expedition nach Italien gebilligt habe.[1]

Eines, und das iſt das weſentliche, ergab ſich hier in Kaſſel bei der beiderſeitigen Ausſprache, eine offenbare Uebereinſtimmung der heſſiſchen wie der braunſchweigiſchen Politiker in der Auffaſſung der obwaltenden Sachlage und das Bewußtſein von der Nothwendigkeit eines gemeinſamen Vorgehens in den die Zeit bewegenden Fragen, zumal bei der geplanten Allianz mit den rheiniſchen Ligiſten.[2]

Am 27. Juni (7. Juli) reiſten die braunſchweigiſchen Geſandten von Kaſſel ab, während man hier noch in der Auswahl der geeigneten Per-

---

[1] Alles nach dem Kaſſeler Protokoll über dieſe Konferenz. — Marburg.

[2] Die Inſtruktion für die heſſiſchen Deputirten nach Frankfurt von Anfang Juli (Konz. Marburg) drückt dies ſo aus: daß die vorſeiende Handlung im Verfaſſungswerk hauptſächlich darauf ankommen werde, daß man ratione formalium ſowohl als materialium die Nothdurft gehörig und in gutem concert mit einander beobachte.

sonen schwankte. Der Landgraf wollte den Kanzler Vultejus abordnen. Dieser aber, weder ein besonderer Freund der Braunschweiger noch des ganzen Allianzplanes überhaupt, verrieth wenig Lust und lenkte die Aufmerksamkeit auf den Herrn v. Krosigk.[1] Dieser wiederum meinte, er möchte es vielleicht den Brandenburgern nicht recht machen und würde er besser beim Landgrafen als bei solchen närrischen Köpfen aufgehoben sein. Aber mit Vultejus zusammen nach Frankfurt zu gehen, war er geneigt; davon wollte jedoch der Landgraf nichts wissen.[2] Schließlich blieb es bei Krosigk, den der Rath Sebastian Zobell begleitete.[3] Ihre Instruktion hält sich durchaus innerhalb der Grenzen der Pourparlers zu Kassel in gleicher Weise wie diejenige, welche auf ihren Bericht der Gesamtvertretung des Hauses Braunschweig dann nachgesandt wurde, nur daß darin noch besonders die Ausgleichung aller Differenzen zwischen Brandenburg und Neuburg als Ziel aufgestellt wurde und ferner dieses, „daß das fürstliche Haus dessen Intention zuwider in fremde Sachen und Motus, insonderheit wider Frankreich und Andere nicht implizirt werde" und auch verwahrt werden müsse, daß, wenn Einer oder der Andere in dieser Allianz stehe, welchem man kraft eines anderen Bündnisses (die hildesheimer Allianz) Hülfe zu senden verbunden sei, man auf grund desselben zu helfen nicht schuldig sein solle, während, selbst wenn das Haus Braunschweig in Noth und Gefahr stehen sollte, auch diesem auf grund jener anderen Liga kein Sukkurs zu leisten sein würde.[4]

Am 10. Juli endlich langten die braunschweigischen Gesandten in Frankfurt an.[5] Erst an diesem Tage reisten Krosigk und Zobell von Kassel ab, am 13. trafen auch sie am Bestimmungsorte ein.[6]

[1] Vultejus an Badenhausen am 27. Juni (7. Juli). — Marburg.

[2] Krosigk an Badenhausen am selben Tage. — Marburg.

[3] Instruktion für Krosigk, Badenhausen und Zobell, Konzept undatirt, Vollmacht für dieselben vom 13. (23.) Juni datirt. — Marburg.

[4] Generalinstruktion für die braunschweigischen Gesandten vom 1. (11.) Juli. Aehnlich die Spezialinstruktion vom 16. (26.) Juni für den celleschen Deputirten Witte, die einzige mir bekannt gewordene von einer der besonderen Linien. — Hannover.

[5] Am 9. begegnete ihnen zu Gießen der Landgraf Ernst zu Hessen-Rheinfels, der darüber am 10. von Kirchhain dem ihm befreundeten Pfalzgrafen von Neuburg meldet: Selbige sind mehr schwedisch als dänisch und vermeinen, daß es eben so groß Unrecht nicht wäre, wenn man schon den Schweden im Stift Bremen tanquam in loco Imperii contra Danos assistirte. Ich replizirte, daß doch Niemand eadem occasione E. L. gegen Brandenburg assistiret. Sie replizirten, daß es deswegen nicht recht wäre, auch E. L. noch sumptus et damnum causatum (v. J. 1651) zu prätendiren hätten. Ego: daß, so E. L. sich selbst helfen wollten, E. L. es nicht würde also gestattet werden. Illi: daß man es itzo mit Recht suchen müßte; id est sibi ipsis contradicebant. Sie halten äußerlich coram me die teutsche österreichische partie haultement; Gott weiß, wie sie im Herzen beschaffen. — Düsseldorf.

[6] Bericht Otto's vom 3. (13.) Juli. — Hannover.

Unterdessen hatten die Gesandten der Rheinischen Zeit gehabt, nach den neuen Genossen auszuschauen. Am 21. Juni hatte der Bischof von Münster zu den Allianzverhandlungen mit diesen den Domküster Matthias Korff genannt Schmising und den Licentiaten Johann Kaspar Bisping bevollmächtigt, am 22. der Pfalzgraf den Oberhofmeister Johann Bertram v. Weschpfennig Frh. v. Scheidt, den neuburgischen Oberkanzler Franz v. Gise und den jülich-bergischen Vizekanzler Heinrich Snell, am selben Tage der Kurfürst von Trier seinen bisherigen Vertreter bei der Reichsdeputation Dr. Johann Buschmann Stadtschultheißen zu Koblenz und am 25. Juni der Kurfürst von Köln den Dr. Johann Christoph Aldenhoven[1] sowie der Kurfürst von Mainz seine Geheimen Räthe Amtmann Johann Philipp v. Vorburg und Sebastian Wilhelm Mehl würzburgischen Kanzler.[2]

Die Vertreter der geistlichen Kurfürsten waren bereits lange vor der Ankunft der braunschweigischen und kasselischen Kommissare in Frankfurt anwesend; am 29. Juni, also auch noch vor den letzteren, erschienen die Neuburger und der Domkustos Schmising von Münster.[3]

In der kur-mainzischen Kanzlei hatte man bereits den Vortrag ausgearbeitet, welchen man in der ersten gemeinschaftlichen Sitzung zu halten gedachte. Mehl benahm sich hierüber besonders mit den Vertretern von Köln und Trier, indem er zugleich andeutete, daß es wünschenswerth erscheine, wenn die Gesandten der drei geistlichen Kurfürsten überhaupt in besonders vertraulichem Verkehr allemale erst untereinander alles vorher abmachen wollten, ohne indessen den beiden andern katholischen Alliirten einen Anlaß zum Mißtrauen zu geben. Doch wurde dieserhalb nichts bestimmtes verabredet.[4]

Am 3. Juli, als Braunschweiger und Hessen immer noch nicht sichtbar wurden, traten die Räthe der bereits Alliirten zu einer Berathung zusammen, deren Ergebniß der Beschluß war, gleich nach Ankunft der

---

[1] Eine andere (wohl nicht vollzogene) Vollmacht für die Grafen Franz Egon und Wilhelm von Fürstenberg, Peter Buschmann und Aldenhoven in den Akten zu Düsseldorf.

[2] Sämtliche Vollmachten abschriftlich in Düsseldorf. Von den Instruktionen der Räthe der Alliirten liegt nur diejenige Aldenhovens vor (vom 24. Juni. — Düsseldorf), worin er angewiesen wird, bei den Berathungen die Recesse von Frankfurt, Köln und Koblenz zugrunde zu legen, die etwaigen Bedenken der Invitirten anzuhören und im Falle ihrer Unverfänglichkeit anzunehmen, im widrigen Falle jedoch stets erst zu berichten. Von den Gedanken des Kurfürsten über die Aufnahme Schwedens und Brandenburgs weiter unten.

[3] Berichte Aldenhoven's an den Kurfürsten von Köln und Portmann's an den von Brandenburg, beide vom 21. Juni (1. Juli). — Düsseldorf bezw. Berlin.

[4] Aldenhoven's Bericht vom 1. Juli 1657. — Düsseldorf.

Säumigen mit den Konferenzen zu beginnen und sich nicht erst lange bei den Besuchen und Kurialien aufzuhalten, welche letztere damals ein wichtiges Moment bei allen diplomatischen Verhandlungen bildeten. Mit Ausnahme weniger unwesentlichen Aenderungsvorschläge Aldenhovens wurde auch bei dieser Gelegenheit die von Mehl mitgetheilte kur-mainzische Fassung der vor die Invitirten zu bringenden Proposition genehmigt.[1] Nach wie vor beschloß man ferner die Verhandlungen in dem gastfreundlichen Karmeliterkloster abzuhalten, wo man jedesmal in den Morgenstunden zu tagen gedachte.[2]

Es war alles bereit, um sofort nach der Ankunft der Braunschweiger und Hessen mit den Berathungen beginnen zu können.

18.

Schweden bis zum Beginn der Hauptverhandlungen.

Einst hatten die Befürchtungen vor der drohenden Macht des Schweden, die neben anderen Beweggründen damals den Hauptanstoß abgegeben, den Bischof Christoph Bernard von Münster und seine katholischen Nachbaren zu engerem Anschluß untereinander vermocht: jetzt schickten sie sich an, ihren Bund gerade durch den Beitritt des Gefürchteten zu stärken, ein Umschwung, veranlaßt durch die Politik des Kurfürsten von Mainz und dessen Anahnung mit protestantischen Häusern überhaupt. Nicht ohne Widerstreben war es so weit gekommen. Der Bedenken gab es ja so viele. Schon vom konfessionellen Gesichtspunkt aus. Schweden, die erste protestantische Großmacht jener Zeit, verdankte seine Stellung ja gerade dem einstmaligen Einschreiten für die bedrängte evangelische Sache im deutschen Reiche. Die großen Säkularisationen des westphälischen Friedens waren sein Werk und sein Lohn hauptsächlich gewesen; jeden Augenblick konnten die geistlichen Fürsten, welche diesem Geschicke noch entronnen, dasselbe aus einer Verwickelung mit der gefährlichen nordischen Krone auch über sich hereinbrechen sehen. Die Aengste des Bischofs von Münster sind uns bekannt, nicht minder diejenigen des seinerseits schon aus dynastischem Gesichtspunkte besorgten Pfalzgrafen von Neu-

---

[1] Bericht Aldenhoven's vom 5. Juli. — Düsseldorf.

[2] Portmann an den Kurfürsten von Brandenburg am 28. Juni (8. Juli). — Berlin.

burg, der zugleich auch aus dem weiteren Wachsen dieser protestantischen Macht den Untergang der katholischen Welt überhaupt prophezeite. Auch die Persönlichkeit des Königs Karl Gustav selbst schien geringe Gewähr für die Erhaltung des allgemeinen Friedens zu geben. Als deutscher Prinz noch hatte er im großen Kriege während der letzten Jahre die Augen der Welt auf sich gelenkt. Man kannte seinen Thatendrang und ungemessenen Ehrgeiz, sowie seinen kriegerischen Sinn zur Genüge und wußte wohl auch, daß einen so gearteten Fürsten die Armuth wie die inneren Schäden seines Reiches fast gebieterisch zwangen, seine Hand auf des Nachbarn Arm zu legen.

Wie hatten nicht während jener bremischen Unruhen im Jahre 1654 die Herren im niederen Deutschland vor den Uebergriffen jenes martialischen Fürsten gebangt, wie schwirrten damals nicht die unheimlichen Gerüchte von der vermuthlichen Geltendmachung der pfalz-zweibrückischen Ansprüche auf Jülich-Berg in der Luft! Doch hatte sich der gefürchtete Wetterstrahl vorerst noch nach einer andren Seite hin entladen. Mit dem Ausbruch des schwedisch-polnischen Krieges schien die nächste Gefahr von den Landen der rheinischen Alliirten abgewendet. Immerhin freilich hatte dieser Wirbel den brandenburgischen Kurstaat mit in seine Kreise gezogen, und unabsehbar schienen die Folgen dieser Waffengemeinschaft im Glücksfalle für die katholischen Stände Deutschlands sich gestalten zu sollen, während bei einer Niederlage dieser beiden Bundesgenossen auf dem östlichen Kriegsschauplatze deren deutsche Lande wiederum der Polenmacht bloßgestellt waren und man dann alle Schrecken dieser wilden und greuelvollen Kriegführung, von der man im Reiche mit Entsetzen vernahm, auf deutschem Boden hatte, allwo dann dieses Feuer bei der schweren Menge des allenthalben reichlich aufgespeicherten Zündstoffes zu dem großen Brande emporlodern konnte, der alles zu Rauch und Asche vertilgen mußte, was aus jenen dreißig trauervollen Jahren noch entronnen war und auf den Trümmern sich neu zu erheben erst wieder begonnen hatte.

Kurfürst Johann Philipp von Mainz freilich war weit entfernt von solchen oder ähnlichen Gedanken. In seinem System lag ja das beste Schutzmittel gegen solche Gefahren. Gelang ihm sein Friedensbund, dann gab es solcher Sorgen keine mehr — darum arbeitete er mit seinem Boineburg Tag und Nacht an diesem Werke. Der Beredtsamkeit dieser Beiden war es gelungen, alle Bedenken des gallsüchtigen Pfalzgrafen wegen Schwedens und des verhaßten und gefürchteten Brandenburgs wegzuscheuchen, die gepreßte Stimmung des Bischofs von Münster zu lösen, die verhüllte Abneigung des Kurfürsten von Trier nicht in Erscheinung treten zu lassen und die starke Unlust des Kur-

fürsten von Köln und seiner allmächtigen Fürstenberge nothdürftig zu besiegen, und zwar nur durch das Zauberwort von der Generalfriedensliga, kraft welcher man dem Ehrgeize und der kriegerischen Leidenschaft des Schwedenkönigs ein Ziel zu setzen gedachte, was denn um so eher erreicht werden würde, je näher man sich mit diesem Gefährlichen verband, je schneller man denselben unter diese Formel zwang. Das bedenkliche der ganzen Idee wird Kurfürst Johann Philipp selbst freilich wohl begriffen haben, es war doch immerhin ein höchst gefährliches Experiment, mit dem in den Krieg stürmenden König sich enger zu verbinden: einmal aber stand er eben unter dem Einfluß der Ueberzeugung von der Unfehlbarkeit seines irenischen Systems und dann begegnete er bei den Häusern Kassel und Braunschweig, deren er zur Durchführung dieses Systems unbedingt bedurfte, einem unumstößlich festen Willen, nichts derartiges ohne die Theilnahme Schwedens und Brandenburgs einzugehen. Denn sie waren es, die da glaubten, hier Rückhalt und Gegengewicht gegen die Uebermacht der katholischen Mitglieder der Allianz suchen zu müssen und wenigstens durch die von ihnen geforderte Einladung Jener allen Unglimpf bei ihren Religionsgenossen in Deutschland wegen ihrer Annäherung an die katholische Liga vermeiden zu können. Auch werden sie noch ziemlich entfernt gewesen sein von dem Gedanken an eine mögliche Verwickelung in die verworrene, gefahrvolle auswärtige Politik der beiden Großmächte. Einstweilen standen diese Beiden ja noch im fernen Polenreich, und was sich da im Bremischen zwischen Schweden und Dänemark vorbereitete, das sah man wohl mit ängstlichen Augen an, scheute sich aber den Gedanken auszudenken, daß eine Vertiefung in diese Dinge durch eine Verbindung mit Schweden eher wahrscheinlich als abwendbar sein werde; und eine etwa mögliche Trennung Brandenburgs von Schweden, wie sie hernach erfolgte, einen offenen Bruch dieser beiden vorauszusehen, dessen waren die Köpfe der Lenker dieser Staaten nicht fähig genug; zu groß wäre die Ehre, die man ihnen erwiese, wenn man es ihnen zutraute. Kurz und gut, Braunschweiger wie Hessen erblickten nur Vortheile, keine Gefahren in der von ihnen geforderten Hinzuziehung ihrer mächtigen Glaubensgenossen. Ganz zu geschweigen, wenn ja die Ahnung einer möglichen Verwickelung in deren Händel aufdämmerte, von jenem unredlichen Gedanken, wie wir ihn innerhalb des Hauses Braunschweig zutage treten sehen, daß man gegebenen Falles sich von Bundeswegen zu nichts verstehen sondern es eben gehen lassen wollte, wie es gehe.

Wie aber verhielt sich König Karl Gustav selbst zu der Allianzidee? Mit dem hildesheimer Bunde hatte Schweden wenig gute Erfahrungen gemacht, dessen Unzulänglichkeit zur Zeit der bremischen

Unruhen erprobt, als das Haus Braunschweig seiner Bundespflicht sich vergessen gezeigt hatte. Es war ein papierenes Bündniß gewesen, nach welchem der thatkräftige Monarch niemals viel gefragt haben wird, das ihm sogar unsympathisch gewesen zu sein scheint, da er die Pakten niemals ratifizirt hat. In hervorragendem Grade ein Mann der That, hielt er von Bündnissen nur gerade so viel, als sie ihm im Augenblick an Vortheilen sicherten, wie dies mit dem brandenburgischen der Fall war, um welches er mit allen Mitteln, Schmeichelei wie Drohungen, geworben hat. Was fragte er im fernen Polen vorerst noch nach den braunschweigischen Herzögen und dem noch weiter entsessenen Landgrafen in Kassel, was gar nach den ihm wenig genehmen Herren von der rheinischen Liga, deren wahre Gesinnung gegen ihn ihm wohl kaum verborgen war?

Aehnliche Gedanken an eine Generalliga waren, soviel sich erkennen läßt, dem König von Schweden schon im Frühjahr 1656 von französischer Seite nahegelegt worden, durch den von Mazarin bei ihm beglaubigten d'Avaugour, welcher indessen mit seinen Eröffnungen hierüber bei dem Reichskanzler Oxenstjerna auf Schwierigkeiten stieß, weil der König damals noch wenig Neigung für eine Stärkung des französischen Einflusses in Deutschland empfand.[1] Und auf das Getriebe der rheinischen Ligisten, welches am schwedischen Hofe doch jedenfalls bekannt geworden ist, sah der König wohl mit Geringschätzung herab. Doch horchte er wohl auf, als auch zu ihm Gerüchte ihren Weg fanden von dem Plane einer Annäherung Jener an den Landgrafen von Hessen, welcher, als ihm von den schiefen Bemerkungen des schwedischen Residenten im Haag berichtet wurde, unerachtet der gerade damals wirklich lebhaft betriebenen Unterhandlungen mit dem mainzer Kurfürsten, gegen derartige Unterstellungen nicht sowohl bei Snoilsky in Frankfurt als auch beim König selbst Verwahrung einlegte, als er an den letzteren neben einem Handschreiben noch einen besondren Gesandten abfertigte, „um die durch solches Reden etwa erweckten widrigen Gedanken zu enerviren";[2] und dies zu einer Zeit, wo bereits zwischen Kassel und Mainz sowie zwischen hier und den Höfen der andren rheinischen Ligisten über die Frage der Verschmelzung des gesamten hildesheimer Bundes mit der rheinischen Liga unterhandelt wurde.

Aber schon wenige Monate später im August erhielt Badenhausen in Frankfurt Befehl, dem schwedischen Deputirten wegen Vorpommern

---

[1] U. A. II S. 93, de Lumbres an Mazarin am 20. April 1656.

[2] Vultejus an Badenhausen am 17. (27.) Mai und 10. (20.) Juni 1656. — Marburg.

Georg v. Snoilsky zu eröffnen, daß des Kurfürsten von Mainz Absicht wäre, Hessen und Braunschweig zum Beitritt in die rheinische Liga aufzufordern, und Jenen dabei zu sondiren, was er von einem gleichmäßigen Beitritt auch Schwedens und Brandenburgs denke, „damit man im Reich dem Hause Oesterreich und dessen Anhängern die Wagschale halten helfe“ und die Pläne der Katholischen, die sich sonst etwa anders ausbreiten möchten, auf ein andres Ziel lenken könne.[1]

Hiermit freilich faßte man das Ding beim richtigen Ende an. Schwedens Gegnerschaft gegen den Kaiser und das Haus Habsburg war nicht geringer als diejenige Frankreichs. Und mit des letzteren Gesandten in Frankfurt, dem Agenten Gravel, sah man Snoilsky in regem Verkehr.

Schon fand es Kurfürst Johann Philipp von Mainz selbst an der Zeit, mit aller Behutsamkeit von seinen Plänen zu Snoilsky zu reden. Er drückte ihm seine Unzufriedenheit mit des Kaisers Aktionen aus, welcher fortwährend den Spaniern Vorschub leiste und, wie er befürchte, die nach Italien bestimmten Völker oder ein gleiches Korps nach dem Elsaß schicken werde, um dort die Franzosen anzugreifen, wodurch dann die oberen Reichskreise mit Einquartierung und allen den bekannten Lasten wieder überschwemmt und beunruhigt werden würden. Weshalb er, der Kurfürst, für das rathsamste Mittel, all diesem Unheil vorzubauen, erachte, daß die vornehmsten katholischen und evangelischen Fürsten in der Nähe des Rheinstroms sich einer gewissen Verfassung halber verglichen, „und hätte es bisher nur fast vornehmlich an dem Hause Hessen-Kassel gehaftet.“[2]

Vier Wochen später ließ Johann Philipp sich schon deutlicher gegen Snoilsky vernehmen, indem er zu ihm von seinem Plane einer allgemeinen Reichsverfassung wider alle androhende Gefahr redete.[3] Auch Heyland, welcher damals mehrfach mit dem brandenburgischen Deputirten Hübner über das Projekt der Hinzuziehung Schwedens und Brandenburgs gesprochen hat,[4] dürfte bei Snoilsky damals die Sonde angelegt haben. Dieser aber vermied allem Ansehen nach jedes Eingehen auf einen solchen Gedanken. Und als Badenhausen einige Zeit darauf in

---

[1] Vultejus an Badenhausen am 13. (23.) August 1656. — Marburg.

[2] Die brandenburgischen Deputirten Portmann und Hübner berichten dies dem Kurfürsten nach den eigenen Mittheilungen Snoilskys am 24. August (3. September) 1656. — Berlin.

[3] Wie Snoilsky Hübner erzählte, der es am 21. September (1. October) an den Kurfürsten berichtete. — Berlin.

[4] Berichte Hübner's vom 21. September (1. October) und 28. September (8. October). — Berlin.

dieſer Frage den ſchwediſchen Reſidenten Kleihe anzapfte, trat dieſer, von dem er nach früheren Eröffnungen ein ganz anderes erwartet hatte, mit allerhand Gegengründen gegen dieſes Projekt hervor. Dies verurſachte Beſtürzung.[1] Man glaubte mit Händen greifen zu können, daß den Schweden eine ſolche Allianz, unter dem Vorwande, daß ſie „eine Adhärenz an Oeſterreich" ſei, durchaus nicht anſtehe, jetzt wo ſie ſähen, daß es Ernſt damit werden ſolle. Sie hätten wohl, ſo ſchien es, „etwa andre Mucken", und dürfte es ein vergebliches Vorhaben ſein, ſie mit in dieſes Werk zu bringen oder hierin Entgegenkommen von ihnen zu erwarten. Vielleicht möchten ſie ſich etwa befahren, daß Kur-Brandenburg ohne ſie mit einſteigen wolle und ſolche Ligue den Kurfürſten deſto eher noch zu einer Trennung von ihnen bewegen könne, und zwar um ſo wahrſcheinlicher, als ſie ja auch von den Verhandlungen der Ligiſten im Haag mit Mißfallen Kunde erhalten hätten. Noch ſtutziger wurden wohl die Schweden, als zu Ende des Jahres 1656 die Alliirten jenes gegen ſie und den Brandenburger gerichtete Memorial von Koblenz bei der Reichsdeputation einreichten, welches wegen ſeiner Abgeſchmacktheit ſo wenig Beachtung gefunden hat.[2]

Mittlerweile gingen, wenn auch langſam, jene Verhandlungen der Ligiſten mit Braunſchweig und Heſſen ihren Weg, wobei die Erſteren ſich bemüht zeigten, gegen alle etwa zu beſorgenden Gefährniſſe aus einer Verbindung mit Schweden und Brandenburg Kautelen zu ſchaffen, indem ſie die beſtimmte Erklärung abgaben, daß ſie ſich weder direkt noch indirekt in den polniſchen Krieg verwickeln zu laſſen gemeint wären, und verlauten ließen, die beiden Mächte nur mit ihren deutſchen Reichslanden in den Bund aufnehmen zu wollen. Ueber dieſe höchſt vorſichtige Haltung der Invitanten mußten natürlich ſeitens Braunſchweig und Kaſſel erſt Erörterungen mit den Betheiligten gepflogen werden. Vorerſt vermieden dieſelben in ihrer Erklärung an die Alliirten vom

---

[1] Badenhauſen an Vultejus am 3. (13.) December 1656. — Marburg.

[2] Ich trage hierzu nach, daß auch der Landgraf Wilhelm von Kaſſel auf den Bericht Badenhauſens vom 23. December 1656 (2. Januar 1657) dieſe Kundgebung der Alliirten als „nachdenklich und weitausſehend und allein durch Getrieb Pfalz-Neuburgs ergangen" kennzeichnete, wogegen man ſich wohl vorzuſehen und dergeſtalt behutſam zu verfahren habe, damit man Einen oder den Anderen zur Unzeit und, da das Werk, wie es ſcheine, mehr auf Präſumptionen als einigem verſicherten Grund beruhe, nicht choquire noch zu Weitläufigkeit Anlaß gebe. Erlaß des Landgrafen an Badenhauſen vom 27. December 1656 (6. Januar 1657). Drei Tage ſpäter berichtet Badenhauſen, daß auch weder Volmar noch der kur-bayeriſche Deputirte jenes Schreiben gutheißen und ſonderlich Jener vorgebe, daß er es ſehr improbire und Etliche vermeinten, es werde auch wohl dahinten bleiben und nicht in Deliberation kommen. — Marburg.

21. Februar 1657 jede Bezugnahme auf die Klausel von der Nichteinmischung in den polnischen Krieg. Es schien ihnen gerathen, dieser auswärtigen Händel nicht zu gedenken zu einer Zeit, da in Polen die Dinge immer verwickelter sich gestalteten und ganz in der Nähe die Möglichkeit eines Risses zwischen Schweden und Dänemark sich zeigte, welch letzteres, aufgestachelt von den Holländern, die lange Abwesenheit seines Feindes im fernen Osten zu einer Schilderhebung zu benutzen sich anschickte, um den seit dem Jahre 1645 an diesen verlorenen Einfluß in den nordischen Meeren wiederzugewinnen. Aber gerade im Zusammenhang mit dieser Konstellation verrieth nun auf einmal Schweden ein wenig mehr Zuneigung für die bisher kaum erwogene Idee an eine Verbindung mit den rheinischen Alliirten und deren demnächstigen Schildgenossen.[1]

Auf geradem Wege war bisher von diesen Letzteren, Braunschweig und Hessen, von dem ganzen Plan weder an Schweden noch an Brandenburg das geringste mitgetheilt worden. Als aber ein längeres Zögern Gefahr zu bringen schien, machte man Ernst. Der Landgraf von Hessen war es, welcher Ende Februar 1657 die Herzöge von Braunschweig bedeuten ließ, daß es nunmehr wohl an der Zeit wäre, Schweden und Brandenburg direkt zu benachrichtigen.[2] Denn schon hatte in Frankfurt Snoilsky geäußert, daß sein Herr der König dadurch einigermaßen sich verletzt fühle, daß man über seine Zuziehung erst Verhandlungen mit den Alliirten gepflogen habe, ohne ihm selbst davon Eröffnungen zu machen.[3]

Auf diese Anregung des Landgrafen setzte Herzog Augustus von Wolfenbüttel darüber sich allsogleich mit den Linien in Celle und Hannover in Verbindung.[4] Wahrlich bei hoher Zeit: denn schon streuten die Gesandten der Ligisten im Haag den Samen des Mißtrauens, indem sie davon zu reden wußten, daß Braunschweig-Celle sich für Dänemark erklärt habe und gegen Schweden 3000 Mann werben lasse,[5] vermuthlich ein Kniff Kur-Kölns, um auf diese Weise den unliebsamen Beitritt Karl Gustavs zur Allianz zu hintertreiben.

---

[1] Badenhausen berichtet am 7. (17.) Februar 1657 an Bultejus: Snoilsky giebt vor, er finde keine Ursach, warum der König von Schweden Bedenken haben könnte, sich in diese Verfassung zu begeben, und meint er, man werde wegen der starken dänischen Armatur sich jetzt desto eher dazu verstehen. — Marburg.

[2] Schreiben vom 14. (24.) Februar. — Hannover.

[3] Badenhausen an Bultejus am 7. (17.) Februar. — Marburg.

[4] Schreiben vom 19. Februar (1. März). — Hannover.

[5] Nachricht Weiman's an den Kurfürsten von Brandenburg in seinem Journal unter dem 23. Februar. — Berlin.

Ohne noch vorher mit dem Landgrafen verabredetermaßen sich darüber zu benehmen, ließ das Haus Braunschweig ein Notifikationschreiben an den König von Schweden abgehen,[1] worin diesem unter Beifügung der erläuternden Schriftstücke der bisherige Sachverhalt wahrheitgemäß eröffnet und anheimgestellt wurde, „ob er nicht inbetracht vieler stattlicher ihm besser dann ihnen bekannten Motive und Ursachen in diese Defensionsverfassung wegen seiner und der Krone Schweden in Deutschland habenden Herzogthümer und Lande mit einzutreten resolvirt und gemeint sein möchte." Eine zusagende Erklärung werde ihnen, den Herzögen, eine besondere Freude bereiten. Sie wollten unterdessen nicht unterlassen, bei der bald nach Pfingsten vereinbarten Tagfahrt, die nicht wohl länger verschoben werden könne, gleich zu Beginn der Verhandlungen die Miteinschließung der deutschen Lande Schwedens „zu präsupponiren, zu bedingen und vorzubehalten."

Landgraf Wilhelm, welchem man einfach von dieser Note Abschrift mittheilte, ahndete in seiner Antwort[2] die erneute Taktlosigkeit den Verabredungen von Hildesheim zuwider: doch könne er an diesem einseitigen Vorgehen nichts mehr ändern und sehe sich zu einem gleichmäßigen wider Willen genöthigt. Am 20. (30.) März schrieb er an König Karl Gustav.[3] Er bezieht sich auf seine demselben bereits früher gelegentlich einer besondren Abschickung an ihn über das Allianzprojekt eröffneten Mittheilungen und die im Verlaufe der darüber mit den Alliirten gepflogenen Verhandlungen von Badenhausen in Frankfurt dem Snoilsky gethanen Kundgebungen. Anfangs hätte er nicht unbillig Anstand genommen, der Einladung der Alliirten zu folgen, endlich aber aus wohl erwogenen Gründen sich mit den Herzögen von Braunschweig entschlossen, diese in den Reichssatzungen und dem letzten Friedensschluß gegründete Verfassung annehmbar zu finden. Darauf giebt auch er dem König Kenntniß von den bisher mit den Alliirten vorgegangenen Verhandlungen mit der Anheimgabe einer willfährigen Erklärung wegen Mitbeitrittes seiner Reichslande in „dies so gute, zu mehrerer Versicherung des deutschen Friedens angesehene Werk."

---

[1] Unter dem 13. (23.) März. — Hannover. Gedruckt bei Köcher S. 704. Konzept vom 10. (20.), entworfen auf der oben erwähnten Hauskonferenz in Braunschweig, wo auch bezüglich dieses Schreibens der Beschluß gefaßt wurde, darin der Hildesheimer Allianz keine Erwähnung zu thun, „da die Schweden sonst eine und andre Argumente daraus erzwingen könnten;" übrigens wisse man auch nicht, ob der jetzige König von Schweden, der den noch mit der Königin Christine vereinbarten Receß nicht ratificirt habe, noch als in diesem Bunde stehend zu betrachten sei. — Aus den Protokollen in Hannover.

[2] Vom 30. März (9. April.) — Hannover.

[3] Kopie in Marburg.

Die Lage des Schwedenkönigs auf dem polnischen Kriegsschauplatz war gerade in jenen Tagen eine ungemein kritische. Die zu Danzig mit vielen Schwierigkeiten geführten Friedensverhandlungen mit der Krone Polen waren durch den kühnen Zug Czarnecky's, der den König Johann Kasimir diesem Getriebe entführt hatte, zum Scheitern gebracht worden. Oesterreichische Einflüsterungen hatten die Polen zu neuen Anstrengungen entflammt. Karl Gustav, dessen Streitkräfte erschöpft waren, der ferneren Hülfe des Kurfürsten von Brandenburg nicht mehr so sicher wie vordem, hatte gegenüber der drohenden Gefahr einer Einmischung des Hauses Habsburg in Polen und der Dänen im Norden Deutschlands den tollkühnen Plan gefaßt, in's ferne Galizien zu ziehen, um dort dem Fürsten Rakoczy die Hand zu reichen und mit diesem vereint aller Welt Trotz zu bieten. Bei seinem Aufbruch dahin hatte er seinen in Preußen zurückbleibenden Bruder, den Pfalzgrafen Adolf Johann mit der Erledigung aller Regierungsgeschäfte beauftragt. Auf diese Weise war das Schreiben des Landgrafen gar nicht in des Königs Hand gelangt, während das Schicksal dessen vom Hause Braunschweig überhaupt nicht bekannt ist.[1] Von Marienburg in Preußen aus gab der Pfalzgraf[2] dem Landgrafen den Bescheid, daß es zur Zeit nicht wohl möglich sei, Briefe an den König durchzubringen, weshalb er das bewußte Notifikationschreiben bis zu einer sicheren Gelegenheit bei sich behalten müsse. Doch zweifele er nicht, daß der König nach Kenntnißnahme desselben sich zur Zufriedenheit des Landgrafen vernehmen lassen werde, wie er, der Pfalzgraf, denn dafür halte, daß Snoilsky in Frankfurt sich bereits so erklärt haben werde, daß des Königs gute Intention daraus hätte abgenommen werden können.

Und also verhielt es sich allerdings. Heyland hatte bereits am 14. April von Snoilsky die Nachricht, daß Schweden und Brandenburg am bestimmten Termine zu den Hauptverhandlungen abordnen würden.[3] Und zu den Brandenburgern hatte Snoilsky geäußert, daß er wegen des auf dem Plane befindlichen Bündnisses nach und nach öfters den Verlauf nach Hause berichtet, darauf aber bis vor wenig Tagen keine Antwort erhalten habe, wo ihm der König anbefohlen, über diese Angelegenheit mit dem Grafen Oxenstjerna, welchem bereits Weisungen zugegangen wären, fleißig zu korrespondiren. Der König habe von dem Projekt mit Befriedigung Kenntniß genommen und hege den Wunsch,

[1] In den braunschweigischen Akten befindet sich keine Antwort des Königs, auch Köcher theilt eine solche nicht mit.

[2] Am 16. (26.) April. — Marburg. Am 6. (16.) Mai theilt der Landgraf das Schreiben den Herzögen von Braunschweig mit.

[3] Aldenhoven am 14. April an den Kurfürsten von Köln. — Düsseldorf.

daß die brandenburgiſchen Deputirten bald Inſtruktionen dafür bekämen, damit die Sache einen guten Fortgang gewinne.[1] Ende Mai hatte Snoilsky ſodann, wie er Heyland verſicherte, die Weiſung, den im Juni bevorſtehenden Hauptverhandlungen beizuwohnen.[2] Auch dem Kurfürſten von Mainz wird Snoilsky wohl eine ähnliche Mittheilung gemacht haben, als er in des Königs Auftrage mit jenem über die Lage ſeines Herrn zu Anfang Juni kurz vor dem Ausbruch der Feindſeligkeiten mit Dänemark in Mainz konferirte — ein Beweis dafür, wie ſehr nach und nach das Anſehen des Kurfürſten bei der antiöſterreichiſchen Partei zu ſteigen begann. Die ganze Unterredung hatte wohl den hauptſächlichen Zweck gehabt, zu erforſchen, weſſen der König in ſeiner wenig beneidenswerthen Lage ſich zu den Genoſſen der projektirten Allianz zu verſehen haben werde. Johann Philipp hatte ſich jedoch der äußerſten Behutſamkeit befleißigt. Es wäre ihm leid, hatte er zu Snoilsky geäußert, daß es in Polen zu ſolcher Weitläufigkeit gekommen. Allezeit hätte er gehofft, daß dieſer Krieg ſich etwa dadurch würde haben beilegen laſſen, daß man dem König eine oder die andre Stadt in Preußen, Elbing oder Marienburg, abgetreten haben würde, weil er wohl erachten könne, daß der König von Polen ganz Preußen ſchwerlich würde miſſen wollen: denn Polen müſſe doch erhalten bleiben, um ferner als Vormauer gegen die barbariſchen Völker zu dienen. Andrerſeits aber könne er auch dem König von Schweden nicht verdenken, daß er ſich um mehrere Freunde und Aſſiſtenz umgethan. Es ſei ihm auch nicht lieb, daß ſich Andre, wobei er auf Oeſterreich zielte, mit in das Werk einflechten wollten: er werde wehren, ſoviel er könne, und darauf bedacht ſein, daß das Römiſche Reich in Sicherheit erhalten und in fremde Händel nicht verwickelt werde, wovon vornehmlich bei der bevorſtehenden Kaiſerwahl zu reden ſein werde; und wenn auch Andre davon nicht ſprechen ſollten, ſo wolle er es doch proponiren. Er werde allezeit bei ſeinem Ziele, der Erhaltung des Friedens, beharren, womit er freilich nicht überall Dank geerntet habe. Schließlich äußerte er ſeine große Beſtürzung über die Zuſpitzung des feindlichen Verhältniſſes zwiſchen Schweden und Dänemark.[3] Es darf wohl kaum befremden, daß der Kurfürſt bei dieſer Unterredung vermied, von der Allianz zu reden. Die mißliche Lage des Königs zügelte offenbar ſeine bei jeder Gelegenheit, wo dieſer Sache nur gedacht werden konnte, ſonſt ſo redefertige Zunge: denn er

[1] Portmann und Hübner an den Kurfürſten von Brandenburg am 5. (15). April. — Berlin.

[2] Bericht Heyland's vom 22. Mai (1. Juni). — Hannover.

[3] Bericht Snoilskys an die ſchwediſche Regierung in Stade vom 2. (12.) Juni 1657. — Hannover, ſchwed.-brem. Archiv.

wußte sehr wohl, daß hier der Punkt war, an welchem sein Friedenssystem am ehesten zum Scheitern kommen dürfte. Kein Wunder, daß Snoilsky verstimmt aus Mainz wiederkehrte. Zu Hübner bemerkte er, es sei doch höchst merkwürdig, daß der Kurfürst jetzt so stille von der Allianz wäre, da er doch zu Lebzeiten des Kaisers so hart darauf gedrungen hätte, woraus zu muthmaßen, daß solches damals nur aus Furcht vor dem Kaiser geschehen; weil diese jetzt nicht mehr bestehe, scheine man diese Sache nicht mehr gar so groß zu achten und mit andren Plänen umzugehen.[1] Und zu Portmann: Er habe bei seiner Anwesenheit in Mainz beim Kurfürsten den Ernst und Eifer für die Defensionsallianz nicht mehr verspürt als vordem. Es möchten wohl die Katholischen unter sich selbst auch nicht einig werden können und vielleicht solche Sachen vorkommen, deren sich die Häuser Braunschweig und Kassel nicht versähen. Deshalb habe er von seiner Herrschaft auch keinen andern Befehl als nur ad audiendum et referendum.[2]

Diese Angabe Snoilskys, daß er nur die Weisung habe, zunächst in's Haus zu horchen, wird auf Wahrheit beruhen. Bei der Abwesenheit des Königs auf dem östlichen Kriegsschauplatz wird Graf Oxenstjerna sich nicht für berechtigt erachtet haben, den Vertreter seines Herrn in Frankfurt anders als in diesem Sinne anzuweisen. Es standen außerdem gerade damals noch ganz andere Interessen für Schweden auf dem Spiele, als die voraussichtlich recht langathmigen Verhandlungen um dieses Bundeswerk, welches, wenn es dem König gegen seine Feinde, die Dänen, thatkräftige Hülfe im Augenblick zu gewähren bereit gewesen wäre, ihm eine lebhaftere Theilnahme abgewonnen haben würde, so aber, wie es noch auf den ersten Stufen seiner Entwickelung dalag, nicht werth dünkte, anders als dilatorisch behandelt zu werden.[3] Nichts destoweniger stellte König Karl Gustav, kurz bevor er aus Polen zum Kampfe gegen Dänemark aufbrach, in Thorn am 19. (29.) Juni für

---

[1] Hübner's Bericht an den Kurfürsten von Brandenburg vom 2. (12.) Juni. — Berlin.

[2] Bericht Portmann's vom 7. (17.) Juni. In einem weiteren Bericht desselben vom 28. Juni (8. Juli) heißt es: Snoilsky hat wegen der Allianz von seinem König noch nichts, vom Grafen Oxenstjerna aber nur dies, daß er zuerst vernehmen soll, worauf die capita und conditiones der Allianz beruhen würden, und dann zu referiren habe. — Berlin. Auch Witte von Celle bemerkt in seinem Diarium unter dem 30. Juni (10. Juli): Snoilsky soll keine andere Instruktion haben, als nur in's Haus zu horchen.

[3] Das ganze Verhalten Snoilsky's kurz vor Eröffnung der Hauptverhandlungen machte den Eindruck, als ob den Schweden jetzt nicht mehr viel an der Sache gelegen wäre, wie Canstein am 3. (13.) Juli dem Kurfürsten von Brandenburg berichtet. — Berlin. U. A. VIII, 536.

Snoilsky die Vollmacht zur Theilnahme an den bevorstehenden Allianzverhandlungen in Frankfurt aus.[1] Sie war jedoch noch nicht dort eingetroffen, als man die Berathungen eröffnete unter dem Einfluß der bedenklichen Kunde: Die Dänen haben mit den Feindseligkeiten im Bremischen begonnen.

19.

Brandenburg bis zum Beginn der Hauptverhandlungen.

Man weiß, daß des Kurfürsten von Brandenburg leitender Staatsminister, der geistvolle Georg Friedrich Graf zu Waldeck, bevor sein Herr vom Schwedenkönig mit auf jene gefährlichen Bahnen im Osten gezogen ward, alle die Jahre her seit 1654 mit Ernst und Eifer an dem Werke der Vereinigung aller dem Hause Habsburg widerstrebenden Elemente „zur Sicherstellung des ständischen Reichssystems im Sinne des westphälischen Friedens" gearbeitet hat. Aus der Hülfeleistung für den damals, wie wir sahen, in seinem Bisthum Lüttich bedrängten Kurfürsten von Köln hatte sich jene Annäherung zwischen diesem und Friedrich Wilhelm von Brandenburg angelassen, welche zu den bundesmäßigen Abmachungen von Arnsberg im September 1654 geführt hatte. Diesen folgte nach verschiedenen Anläufen und Schwankungen das Bündniß Brandenburgs mit dem Hause Braunschweig vom 19. Juli 1655, auf den Grundlagen des hildesheimer Recesses zwar, doch nur unter vorläufiger Inaussichtnahme einer späteren Herbeiziehung des Kurfürsten in diesen Verein. Eine Verschmelzung der nach diesen beiden Seiten hin geknüpften Verbindungen zu einer gemeinsamen Kombination, durch welche man brandenburgischerseits zu einem festen Kern des von Waldeck geträumten Fürstenbundes unter des Kurfürsten Führung gelangt wäre,

---

[1] In lateinischer Sprache. — Abschriftlich in Düsseldorf und Hannover. Säve, Kejsarevalet etc. S. 45, erwähnt auch eine Instruktion für Snoilsky vom 18. (28.) Juni, wonach er bei den Verhandlungen auf keinen Vorschlag zu hören haben würde, der nicht den Schutz für Schwedens deutsche Provinzen gegen alle Angreifer ohne Ausnahme, selbst gegen Oesterreich, enthielte. Die in einem von Säve citirten Briefe des Königs an die Reichsräthe vom 20. (30.) Juni 1657 angeblich enthaltene Angabe, als ob die geistlichen Kurfürsten gleichzeitig mit den Häusern Braunschweig und Hessen-Kassel die Einladung zur Allianz hätten an ihn ergehen lassen, findet sich da wohl kaum in dieser Form, da sie eine den Thatsachen widersprechende sein würde.

hatte indessen nicht gelingen wollen, durch Braunschweigs Schuld.[1] Die Beziehungen zu Köln hatten auch eine nähere Anbahnung mit Kur-Trier möglich erscheinen lassen. Gerade aber der Abschluß der kölnischen Liga vom 15. December 1654 unter der Betheiligung des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm hatte das Fortschreiten auf diesem Wege gehemmt, und selbst das Verhältniß zu Kur-Köln hatte sich dadurch gelockert. Auch mit Hessen-Kassel hatte Waldeck in seinem Sinne im September 1654 anzuknüpfen versucht, ohne jedoch weiteres als wohlwollende, aber verklausulirte Zusicherungen für den Nothfall zu erreichen.[2] Desgleichen um dieselbe Zeit auch mit andren evangelischen Ständen des niedersächsischen Kreises auf dem Kreistage zu Braunschweig (Oct. 1654); auch hier ohne jeden greifbaren Erfolg.

Alle diese Projekte waren nicht beseitigt, aber doch in den Hintergrund gedrängt worden, als Karl Gustav den Kurfürsten mit in seinen polnischen Krieg verwickelt hatte. Ganz andere Interessen und Pläne waren in des Kurfürsten Gesichtskreis getreten.

Da hatte er zunächst seine Stellung an der Ostsee den schwedischen Gelüsten gegenüber zu sichern gehabt, dann auch gehofft, nach Osten hin auf Kosten des immer mehr in ein Chaos sich auflösenden Polenreiches im Bunde mit Schweden seinen Staat zu vergrößern, für seine preußischen Lande wenigstens eine Kommunikationslinie zu erwerben, vor allem das leidige Lehnsverhältniß zur Krone Polen in Preußen abzustreifen. Doch verloren sich in diesem bunten Wirbel tumultuarischer Kriegsaktionen und diplomatischer Schachzüge die Blicke des Kurfürsten und des Grafen Waldeck nicht gänzlich. Dort im Osten mit höchster Anstrengung seiner Kräfte hohen Zielen zusteuernd, behält Friedrich Wilhelm auch die im Westen allezeit drohenden Gefahren im Auge, stets bereit, des Gegners Anschläge abzuwehren, oder ihm, wenn möglich, durch selbsteigenes Losschlagen zuvorzukommen. Durch die Fortdauer seiner seit 1653 begonnenen Verhandlungen mit Frankreich beharrt er in der großen Interessensphäre dieser Macht, eine Vertiefung in den großen Kampf der Westmächte Spanien und Frankreich ist ihm, während er noch selbst mitten drin in demjenigen der nordöstlichen Potenzen steht, kein allzufernliegender Gedanke. Infolge der östlichen Wirren tritt er wiederholt in Beziehungen zu den an diesen stark interessirten Niederlanden, es spinnen sich Fäden hinüber zum Protektor der englischen Republik, zu den Dänen, zum Hause Habsburg und selbst zu der

---

[1] Vergl. hierüber die durchsichtige Darstellung Erdmannsdörffer's in seinem Werke über Waldeck; auch die neueren ausführlichen Angaben Köcher's.

[2] Erdmannsdörffer S. 254.

befeindeten Polenmacht, in den fernsten Osten hinein zu den noch halbbarbarischen Russen, ja zu Kosacken und Tartaren. Aber auch auf die Verhältnisse im Reich bleiben die Blicke des Kurfürsten gewendet, zumal sich dieselben, besonders nach dem Tode des Kaisers, immer verwirrter zu gestalten begannen. Niemals, soweit auch seine dynastischen Interessen ihn in auswärtige Angelegenheiten vertiefen mochten, hat Friedrich Wilhelm aufgehört, nach den Aufgaben eines Reichsfürsten und als Mitglied des Kurkollegiums die Normen seines Handelns zu bemessen. Wie hätte er also den rührigen Einungbestrebungen des Mainzers gegenüber, als dieselben über die einseitige katholische Allianz von 1654 hinaus bei den protestantischen Häusern Braunschweig und Hessen-Kassel einsetzten und durch deren Vermittelung bei ihm und dem König von Schweden weiteren Fuß zu fassen suchten, theilnahmlos bleiben sollen, da sie doch zweifellos auf ein ähnliches Gebilde hinauszuzielen schienen, wie er und Waldeck seit längerer Zeit es erstrebt hatten?

Der Abschluß der kölnischen Liga vom 15. December 1654 war dem Berliner Kabinette nicht unbekannt geblieben. Als der braunschweigische Statthalter in Celle Friedrich Schenk von Winterstädt dem Grafen von Waldeck gegenüber auf die Kunde von dem Ereigniß diese katholische Allianz in Vergleich zog mit den Tendenzen der brandenburg-braunschweigischen Verbindung und zu finden glaubte, daß jene „ein absonderliches, mit dem unserigen nicht gleichstimmiges Absehen" haben möchte, sprach der brandenburgische Staatsmann seine Uebereinstimmung mit dieser Ansicht aus, wenn auch Kurfürst Friedrich Wilhelm auf bezügliche Vorstellungen vom kur-kölnischen Hofe beruhigende Erklärungen empfangen hätte. Bedenken könnte die Theilnahme des Neuburgers verursachen, da sie die Absichten Brandenburgs auf Neuordnung der Direktorialverhältnisse im westphälischen Kreise verhindern werde. Jedenfalls sei dieses Bündniß ein besonderer Grund für festes Zusammenhalten der Evangelischen unter einander.[1]

Wenige Monate später trug am wolfenbütteler Hof dem brandenburgischen Geh. Rath von Canstein gegenüber Herzog Augustus eine geringe Besorgniß vor der rheinischen Allianz zur Schau. Sie bezwecke, meinte er, wohl kaum etwas gefährliches, sondern wohl nur Sicherheit für ihre Mitglieder so lange, als man zur Verfassung im westphälischen Kreise nicht gelangen könne. Der Neuburger hege ganz besondere Besorgnisse vor Schweden, Brandenburg und Pfalz (Zweibrücken). Es sei kein besser Mittel, um diese Allianz unschädlich zu machen, als die mit

[1] Briefwechsel zwischen Schenk und Waldeck vom 12. (22.) Jan. und 23. Jan. (2. Februar) 1655. U. A. VI 639—640.

Kur-Köln begonnenen Unterhandlungen fortzuspinnen, damit man den Katholischen alle Diffidenz benehme und deren Intentionen penetrire.[1] Diese Unterhandlungen zerschlugen sich, wie bereits bemerkt worden ist, und auch das brandenburgisch-kölnische Bündniß erfuhr, sicherlich gerade wegen der rheinischen Liga, eine merkliche Lockerung und gerieth um so eher in's Stocken, als der Kurfürst von Brandenburg, wenn auch nothgedrungen, auf die Seite Schwedens trat und gegen Polen zog. Trotz dieser kriegerischen Verwickelung nach einer anderen Seite hin hörte aber das brandenburgische Kabinet nicht auf, seine Aufmerksamkeit der rheinischen Liga zugewendet zu halten, schon wegen der Theilnahme des Pfalzgrafen von Neuburg. Voller Mißtrauen beobachteten die Abgeordneten des Kurfürsten auf dem Frankfurter Reichsdeputationstag die Haltung der Ligisten und verzeichneten alle verfänglichen Gerüchte, die ihnen von jenen zu Ohren kommen mochten, etwa wie die Fama wissen wolle, daß der Pfalzgraf über die neue Reichswerbung zur Assistenz für das bedrängte Polen General und Reuschenberg sein Generallieutenant sein solle und was von dergleichen Reden sonst im Schwange ging;[2] während man freilich auch auf der Gegenseite die unter dem Deckmantel des polnischen Krieges lebhaft betriebenen brandenburgischen Aushebungen in den cleveschen Landen, nicht ganz ohne Grund, mit Argwohn betrachtete und daraus zum Vortheil der Liga Kapital zu schlagen wußte.[3] Eine Zeit lang standen damals die Dinge dort am Niederrhein wieder auf der Spitze und es scheint, als wenn es damals besonders der warnenden und vermittelnden Stimme des französischen Gesandten de Lumbres geglückt wäre, einen Bruch Brandenburgs mit Neuburg und also wohl auch mit den rheinischen Ligisten zu hintertreiben. Denn Frankreich's Interessen konnten in der That einen solchen offenen Konflikt nicht dulden. Darum spiegelte de Lumbres auch dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm zur Abschreckung vor, daß die Ligisten mit dem Plane umgingen, bei dem Statthalter der spanischen Niederlande Don Juan d'Austria Anlehnung (natürlich gegen ihn) zu suchen.[4]

[1] Bericht Cansteins vom 24. März (3. April) 1655. U. A. VI 641.

[2] Berichte von Portmann und Hübner vom 23. December 1655 (2. Januar 1656) und vom 4. (14.) Mai 1656. — Berlin.

[3] Der französische Gesandte de Lumbres berichtet am 30. März 1656 aus Königsberg an Brienne: la continuation de ses levées donne de la jalousie non-seulement au duc de Neubourg, mais aussi aux autres princes voisins du Rhin, et que cela pourra avancer la ligue qu'ils projettent. U. A. II 91.

[4] de Lumbres an Brienne am 8. Juni 1656. Der schlaue Franzose benutzte diese Konjunktur auch noch zur Förderung anderer Pläne, da er dem Kurfürsten rieth, Zwiespalt unter die Katholiken zu werfen, indem er Bayern an die Spitze des Reiches bringen helfe. U. A. II 98.

In Wahrheit aber wagten schon unter den Ligisten selbst Stimmen laut zu werden, welche nicht im Gegensatze der beiden feindlichen Mächte, sondern in ihrer engeren Vereinigung im rheinischen Bunde das Heil erkannten.[1]

Inzwischen hatten sich jene Fäden von der kölnischen Liga zu den protestantischen Häusern Braunschweig und Kassel hinüber gesponnen. Da erfolgte im Hochsommer d. J. 1656 die Mission Cansteins an die Höfe der letzteren und damit auch die Annäherung Brandenburgs an sie. Auf Cansteins unter seinen anderen Propositionspunkten vorgebrachte offizielle Anfrage, was der Landgraf „der katholischen Verfassung und Intention halber für Nachricht habe",[2] wird man ihm zu Kassel eine Andeutung von den mit Mainz und seinen Genossen schwebenden Verhandlungen gemacht haben. Es ist oben schon ausgeführt worden, daß man wahrscheinlich hier zu Kassel gerade bei dieser Gelegenheit zuerst den Gedanken der Herbeiziehung Schwedens und Brandenburgs faßte. Badenhausen in Fankfurt wenigstens erhielt gerade in jenen Tagen von Kassel die Ordre, Portmann zu „kajoliren und zur Vertraulichkeit zu bringen".[3] Diese Vertraulichkeit steigerte sich bald soweit, daß Badenhausen dem Brandenburger offenen Aufschluß über das schwebende Bundesprojekt gab,[4] wohl aufgrund jener Anweisung des Kanzlers Vultejus, die ihm die Sondirung Snoilskys anempfahl,[5] und gerade zur selben Zeit, in welcher der Kurfürst von Mainz dem Snoilsky gegenüber ein gleiches that. Im Laufe des Monats August muß zwischen Mainz und Hessen-Kassel die Vereinbarung zustande gekommen sein, Schweden und Brandenburg wegen der Bundessache näher zu treten. Man theilte sich in die Rollen so, daß Mainz den Vertreter des ersteren, Kassel die des anderen zu bearbeiten übernahm.[6] Und bald war auch der rührige

---

[1] Boineburg am 23. Mai 1656 an den Pfalzgrafen: Vellem accedat et ipse Brandeburgicus. A quo enim quis sibi metuit? is demum est ille, quicum foedus pangendum esse est vetus tmema sapientum. — Düsseldorf.

[2] Eingabe Cansteins vom 22. Juli (1. August) 1656. — Marburg.

[3] Vultejus an Badenhausen am 25. Juli (4. August) 156. — Marburg.

[4] Bericht Portmanns und Hübners vom 24. August (3. September). — Berlin. U. A. VII 675.

[5] Vom 13. (23.) August. S. oben.

[6] Wie Snoilsky vom Kurfürsten Johann Philipp angegangen wurde, sahen wir oben. Die Thätigkeit Badenhausens illustrirt unter anderen der Bericht Hübners vom 14. (24.) September: Am 8. (18.), schreibt er, war der Hessen-Kasselsche bei mir und gedachte, daß Kur-Mainz die Beförderung der Verfassung sich noch immer sehr angelegen sein ließe, auch dieselbe ganze Sache so wohl überlegt hätte, daß man S. Kfl. Gd. seitens Hessen-Kassel keine Objektion oder Skrupel machen können, welche sie auch zur Genüge aufgelöst, also daß der Landgraf sich dieses Werkes nicht wohl

Heyland auf dem Plane; er hat mehrfach mit den brandenburgischen Deputirten über die Angelegenheit geredet.[1]

Diese aber zeigten nicht das leiseste Entgegenkommen, auch ging der Kurfürst, ihr Herr, auf ihre Berichte hierüber nicht ein einziges Mal ein. Wahrlich er hatte mit anderen Dingen vollauf zu thun. Seine Lage auf dem polnischen Kriegsschauplatze war zugleich mit der seines Verbündeten Karl Gustav um die Jahreswende 1656—1657 wenig beneidenswerth.[2] Und damit im Zusammenhang war die Haltung des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von neuem eine höchst verdächtige.[3] Bei dem Zögern Schwedens und Brandenburgs, an das ihnen nahegelegte Projekt Hand anzulegen, erfolgte sodann noch am Jahresschluß ohne ihre Zuziehung jene Erklärung Braunschweigs und Hessens auf die Einladung der Ligisten, jedoch, wie wir sahen, unter ausdrücklichem Vorbehalt auch der weiteren Hinzuziehung dieser beiden (näheren und ferneren) Hildesheimer Bundesverwandten.

Kurfürst Friedrich Wilhelm war von allem unterrichtet. Seine Gesandten in Frankfurt blieben über diese Frage in steter Verbindung mit den Deputirten Heyland und Badenhausen.[4] Noch bevor die Gegenerklärung der Invitanten erfolgte, wußten sie zu berichten, daß nun auch Pfalz-Neuburg mit des Kurfürsten Aufnahme in den Bund einverstanden

---

würde entziehen können; wollten aber dennoch zuvor sehen, was andere Kur-Fürsten und Stände dabei zu thun gesonnen wären. — Berlin.

[1] Berichte Hübners vom 21. Sept. (1. Oct.), 28. Sept. (8. Oct.) und 5. (15.) Oct. — Berlin, s. auch U. A. VII 677 und 678.

[2] Droysen III 2, 226 ff.

[3] Vergl. U. A. VII 85, V 780 und 870. Auch andere Nachrichten im Weimanschen Journal, die ich hierüber einsah, bestätigen das hier gesagte.

[4] Ersterer berichtete ihnen von der Erklärung bald nach dem Ereigniß. Relation der Brandenburger vom 28. Dezember 1656 (7. Januar 1657). — Berlin. Badenhausen, der viel später mit der Sprache herauskam, machte dabei zugleich Mittheilungen, welche alle beim Kurfürsten wegen des vorschnellen Einsteigens mit den Ligisten etwa entstehenden Mißgedanken vom Hause Kassel ab- und auf das Haus Braunschweig wälzen sollten. Letzteres habe ohne des Landgrafen Vorwissen sich bei den Alliirten zu Verhandlungen erboten. Dem Landgrafen sei dies bedenklich erschienen, da er sich mit den Katholischen überhaupt nicht einlassen würde, es wären denn die Evangelischen in gleicher Zahl und Stärke mit hinzugezogen. Bei näherer Erwägung freilich wären die Braunschweiger, unter denen übrigens Uneinigkeit obwalte, zur Ueberzeugung gelangt, daß sie zu weit gegangen, sie hätten daher nachgehends die Herbeiziehung von Schweden und Brandenburg vorgeschlagen, worüber die Resolution der Katholischen noch ausstehe. Mainz, Trier und Münster schienen dieselbe gern zu sehen, der Kurfürst von Köln aber habe, muthmaßlich auf Anreizen des Pfalzgrafen, die größten Schwierigkeiten erhoben. Bericht Portmanns und Hübners vom 11. (21.) Januar. — Berlin.

ſei und nur die Reſolution Kur-Kölns ausſtehe.[1] Am 4. Februar erfolgte die Gegenerklärung der Alliirten, am 25. meldet Portmann die Thatſache: doch weiß er nichts von jener Klauſel, welche jede direkte oder indirekte Verwickelung in den polniſchen Krieg ablehnte.[2] Hingegen berichtete er nach einer Mittheilung Boineburgs, daß der Kurfürſt von Köln ſich nunmehr „mit Inklination zu der Aſſumption verſtanden habe", und vergaß auch nicht der Gegenſchachzüge Volmars Erwähnung zu thun.[3]

Der Kurfürſt brach ſein Schweigen nicht. Selbſt dann nicht, als Canſtein, den er im Frühjahr 1657 von neuem an die Höfe der braunſchweigiſchen Herzöge und zugleich an den augenblicklich zu Hildesheim reſidirenden Kurfürſten von Köln ſandte, um Weiſungen für den Fall bat, daß man ihn, wie bereits bei Braunſchweig und Kaſſel geſchehen, fragen würde, ob der Kurfürſt keine Neigung trage, mit in die von den rheiniſchen Alliirten proponirte Allianz zu treten.[4] Freilich handelte es ſich bei dieſer Sendung Canſteins um ganz andere Dinge. Das Haus Braunſchweig ſollte dem Kurfürſten, der ſeine Truppen auf den öſtlichen Kriegsſchauplatz aus den weſtlichen Landestheilen an ſich ziehen wollte, einen Theil ſeiner Völker zum Schutz der dortigen Garniſonen aufgrund des, freilich von beiden Seiten noch nicht ratifizirten, Bundesvertrages von 19. Juli 1655 zur Verfügung ſtellen und auch der Kurfürſt von Köln zur Leiſtung ſeiner Bundespflicht gegen den bedrängten Brandenburger angerufen werden.[5] Alle Gedanken an eine erſt zu berathende Allianz lagen dem Kurfürſten, der nach wirklicher Hülfe kraft bereits beſtehender Verträge Verlangen trug, durchaus fern. Darum blieb die Anfrage Canſteins zunächſt unbeantwortet.

Canſtein ſelbſt begab ſich Mitte April auf den Weg. Weder bei

---

[1] Bericht vom 8. (18.) Februar 1657. U. A. VII 684. Ein mir vorliegender Erlaß der märkiſchen Statthalterei vom 15. (25.) Februar erwähnt einen Bericht der Deputirten vom 5. (15.) Februar, der ſich nicht in den Akten findet; vermuthlich iſt es der hier erwähnte; derſelbe wurde dem Kurfürſten mit Anſchreiben vom 20. Febr. (2. März) auf den Kriegsſchauplatz nachgeſandt. — Berlin.

[2] Portmann ſchreibt: Bei welcher Kongregation den Braunſchweigiſchen und Heſſen pure die Eröffnung gethan, daß die Prinzipale kein Bedenken hätten, den König von Schweden und E. D. wegen ihrer Reichslande mit in ihr Bündniß einzunehmen, welches dahin angeſehen, daß der Reichsfriede deſto beſſer erhalten werden möge. — Berlin.

[3] S. auch einen weiteren Bericht über Volmars Verhalten U. A. VII 685.

[4] Canſtein an den Kurfürſten am 27. Februar (9. März) aus Köln a. Spree. — Berlin, kurzes Regeſt U. A. VIII 526.

[5] Ordre des Curfürſten vom 13. April, erwähnt im Bericht Canſteins vom 14. (24.) April. U. A. VIII 528.

den Braunschweigern noch bei dem Kurfürsten von Köln fand er jedoch eine den Wünschen seines Herrn geneigte Stimmung. Und was die Allianzsache anlangt, so wurde dieselbe nur in Wolfenbüttel nebenhin gestreift, indem man der Notifikation des Landgrafen von Kassel an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm und des niederländischen Projektes der Ligisten ganz kurz gedachte.[1]

Und doch war damals schon das an den Brandenburger gerichtete Notifikationschreiben der Herzöge am 13. (23.) März abgefertigt worden. Es war darin dem Kurfürsten unter Bezugnahme auf die dem Herrn v. Canstein bereits früher gemachten Eröffnungen mitgetheilt, daß von den rheinischen Verbündeten hinsichtlich der vorgeschlagenen Aufforderung Schwedens und Brandenburgs zum Beitritte willfährige Erklärung erfolgt sei. Man sei zu weiteren Kommunikationen mit Canstein bereit und werde demselben die zu des Reiches und absonderlich der Evangelischen Wohlfahrt zugleich mitzielenden aufrichtigen Intentionen mit mehrerem zu erkennen geben, wenn er nur mit den bezüglichen Instruktionen versehen werden würde. Gleich nach Pfingsten würden auf Drängen der Katholischen die Verhandlungen aufgenommen werden, wobei Braunschweig die Miteinschließung des Kurfürsten bestens reserviren und in allem, was zu Erhaltung rechtschaffenen Vertrauens dienen möge, an sich nichts ermangeln lassen werde.[2]

Was sodann die Notifikation des Landgrafen betrifft, so hielt sich dieselbe — sie ging am 20. (30.) März ab — in der Form ganz an das gleichzeitig an den König von Schweden abgesandte Schreiben, nur daß darin an die angeblich schon seit Beginn der Defensionsverfassung der Katholischen dem Kurfürsten gemachten Mittheilungen und an die nach erfolgter Einladung mehrfach mit Canstein stattgehabten Unterredungen erinnert wurde.[3]

Der Kurfürst, welchem diese Schreiben etwa kurz vor dem 20. April zugegangen sein werden, beantwortete beide in gleicher Weise.[4] Er räumte ein, daß Canstein von den beiderseitigen Mittheilungen, die freilich nur ganz allgemeiner Art gewesen wären, ihm Meldung gemacht und er denselben daraufhin angewiesen habe, daß er sich vor allen Dingen erkundige, worauf die Bedingungen dieser Allianz beruhen möchten; wie er auch nicht zweifele, daß dies nunmehr geschehen sein werde, und

---

[1] Bericht Cansteins vom 14. (24.) April. — Berlin. U. A. VIII S. 529.

[2] Original in Berlin, Konzept in Hannover. Erwähnt bei Köcher S. 226. Nicht in U. A. VIII.

[3] Original in Berlin, Konzept in Marburg; nicht in U. A. VIII.

[4] Aus Königsberg i. Pr. am 24. April (4. Mai) Konzept Berlin, Original Marburg. Weder in U. A. VIII noch bei Köcher erwähnt.

deshalb den Bericht Canſteins erwarte. Daß er vorher eine ſchließliche Erklärung nicht wohl von ſich geben könne, wenigſtens nicht zu dem für die Hauptverhandlungen angeſetzten Termine, werde man wohl ermeſſen. Gleichwohl danke er nicht allein für die wohlgemeinte Notifikation, ſondern auch für das Anerbieten, allemale ſeine Miteinſchließung mit vorzubehalten, auf's ganz freundlichſte und bitte um Beibehaltung dieſer guten Geſinnungen.

Wenige Tage ſpäter bevollmächtigte der Kurfürſt zu den, wie er nicht anders wußte, in Koblenz bevorſtehenden Verhandlungen mit den rheiniſchen Alliirten den öfters genannten frankfurter Deputirten Johann Portmann.[1] Und am folgenden Tage erließ er eine Inſtruktion für Canſtein, ſeine erſte uns vorliegende Kundgebung in dieſer ganzen Sache.[2] Danach iſt Friedrich Wilhelm nach wie vor nicht abgeneigt, ſich mit in dieſe Defenſivallianz zu begeben, nur wünſcht er, daß man kur-kölniſcher- und braunſchweigiſcherſeits auf die von ihm in Anregung gebrachten Punkte, beſonders betreffs der jülichſchen Frage und der Streitigkeiten mit Pfalz-Neuburg ſich vorher etwas deutlicher vernehmen laſſe. Wohl erinnere er ſich, daß eben vor drittehalb Jahren, als zu Osnabrück ein Ausgleich mit dem Pfalzgrafen wegen des ſtrittigen Kondirektoriums im weſtphäliſchen Kreiſe habe bewerkſtelligt werden ſollen, dieſe Allianz zu Köln ihren Anfang genommen habe. Gerade aus dieſem Anlaß ſei der neuburgiſche Geſandte damals zu ſpät in Osnabrück eingetroffen und habe mit der Allianz hinter ſich nicht eines der von Brandenburg vorgeſchlagenen Vergleichsmittel angenommen. Die Verhandlungen ſeien damals durch Neuburg vereitelt worden, er allein habe den Glimpf bewahrt. Er müſſe durchaus wiſſen, wie man ſich gerade dieſes Punktes halber endlich zu verſehen habe, damit bei dieſer Allianz in den mit Neuburg obſchwebenden Streitfragen nicht etwas zu künftigem Präjudiz eingegangen oder dem Kurfürſten von Andren zugezogen werden möge. Ferner wiſſe er, der Kurfürſt, ſich zu erinnern, daß eben damals oder bald darauf von den Ligiſten eine Anfrage an die General-Staaten ergangen ſei, ob ſie zum Beitritt geneigt, was dieſelben mit dem Einwande verneint hätten, daß ſie vorher erſt mit dem Kurfürſten hierüber ſich benehmen müßten, deſſen Vorfahren unter den deutſchen Reichsſtänden die erſten geweſen, mit welchen ſie in einen Bund getreten. Ueber die neuerdings wieder im Haag ſchwebenden Unterhandlungen ſei er, der Kurfürſt, vollkommen unterrichtet. Deren

[1] Am 10. Mai. — Kopie in Hannover.

[2] Königsberg i. Pr. 11. Mai 1657. — Original Berlin. U. A. VIII 530 ff. im Auszug.

Erfolg stehe gleichfalls dahin; sie hätten aber nicht den geringsten Bezug auf den Beitritt Braunschweigs und Kassels oder gar etwa auf den seinigen. Braunschweig wenigstens habe sich der Herbeiziehung der Niederlande durchaus abgeneigt erklärt, man wisse auch nichts von einem Umschlage in dieser Gesinnung. Viel zu wenig kenne man von den Zielen und dem Wesen der Allianz, worüber ihm, dem Kurfürsten, noch keine näheren Mittheilungen bisher geworden seien und Canstein an den braunschweigischen Höfen erst genaue Informationen einziehen solle. Letzterer soll, falls er sonst keinen Aufenthalt erleide, die Versammlung in Koblenz aufsuchen und dort nähere Aufschlüsse begehren, auch den Schluß solange hinausziehen, bis er weitere vollkommene Instruktionen empfangen. Erreiche er dieses nicht, soll er dahin sehen, daß man dem Kurfürsten die Miteinnehmung allemale vorbehalte und dessen Interessen zuwider nichts präjudizirliches eingehe. Im Verhinderungfalle sei Portmann bevollmächtigt, der nach diesen Weisungen zu informiren sei.

Hierauf erachtete Canstein für pflichtgemäß, über die Sachlage eingehenden Bericht zu erstatten:[1] An den braunschweigischen Höfen habe man vom Entschlusse des Kurfürsten zum Mitbeitritt mit Vergnügen Kenntniß genommen. Dort denke man sich die Allianz als eine Vereinigung der Stände Deutschlands zum Schutz des Friedens und der deutschen Freiheit, Segnungen, welche weder in den Absichten Spaniens noch auch in denen Frankreichs oder Schwedens lägen; und sei ihre (der Braunschweiger) Meinung durchaus nicht, deswegen die Reichs- und Kreisverfassungen hintenanzusetzen. Wie es aber gerade damit so schwer und langsam hergegangen, wisse der Kurfürst sehr wohl und habe er deshalb ja selbst die partikularen Allianzen als das beste Hülfsmittel erkannt. Eine Verfassung sei immer besser als keine. Am allerwenigsten wolle man die Kreisverfassung in Westphalen zurückstellen, sondern dieselbe umsomehr nach Möglichkeit mitbefördern helfen, als man sähe, daß die Katholischen davon Abstand zu nehmen suchten. Dagegen hoffe man, daß der Kurfürst unterdessen diese Allianz nicht zu hindern suchen wolle, bis die Schwierigkeit im westphälischen Kreise gehoben, sondern daß er vielmehr nichts destoweniger beitreten werde, worum man ihn nochmals gebeten haben wolle. Sie vom Hause Braunschweig seien nicht gemeint, in den Präliminarien stehen zu bleiben, sondern gewiß zu schließen. Die Katholischen drängten sehr, durch längeren Verzug werde man nur ihren Verdacht erwecken. Die Verhandlungen

[1] Am 13. (23.) und 16. (26.) Mai. Originale in Berlin, U. A. VIII 531 ff. bezw. 533 (der zweite Bericht hier nur in Inhaltsangabe).

würden nach den nunmehrigen Verabredungen in Frankfurt stattfinden und am 18. (28.) Juni beginnen. Er, Canstein, sei gebeten worden, daran theilzunehmen, da er schon so oft mit ihnen darüber verhandelt habe und auch ihre Bedenken kenne. Portmanns möge man sich nur zu den vorbereitenden Einleitungverhandlungen bedienen. Nebst gehörigen Kreditiven und Instruktion werde auch eine gemeine Vollmacht auf's Schließen und nicht bloß unter Vorbehalt der Ratifikation mitzugeben sein, damit nicht Argwohn entstehe, als komme man nur, um auszuforschen. Es könne ja doch immerhin in der Instruktion, die ja Niemand zu sehen bekomme, verwahrt werden, wie weit der Vertreter des Kurfürsten gehen dürfe. Der Kurfürst solle nur bei Schweden auszuwirken suchen, daß auch Snoilsky bevollmächtigt werde. Gerade aber wegen Schwedens werde man behutsam zu gehen haben, da es zweifelsohne erst alles werde hören und penetriren wollen: denn vielleicht dürfte die Allianz ihm ebensowenig lieb sein als den Kronen Spanien und Frankreich, obschon die letztere sich ganz anders bezeige und große Neigung für den Bund zur Schau trage. Zur Grundlage solle die kölnische Notel genommen werden, mit welcher ja der hildesheimische Receß und das braunschweig-brandenburgische Bundesinstrument übereinstimmten. Darauf sei die Instruktion aufzubauen. Die Hauptaufgabe werde sein, Zweck und Grundwesen des ganzen Werkes zu erforschen, deutlich zu verwahren, aus welchen Ursachen man sich verbinde, und dabei besonders darauf zu sehen, daß man sich nicht von den andren Evangelischen absondern lasse, sondern denselben freie Hand schaffe, nach ihrem Gefallen mit beizutreten. In offensive Kriege, zumal etwa gegen Frankreich dürfe man sich nicht mit fortreißen lassen. Zwischen den Angehörigen beider Konfessionen sei durchweg Gleichheit zu wahren, soweit es das Direktorium, die Leistungen und dergl. anlange. Daß die Katholischen mit diesem Verfassungwesen irgend etwas gefährliches bezwecken sollten, das habe man bei sorgfältiger Prüfung nicht befinden können; es lenke dieselben nur die große Furcht vor Frankreich, Schweden und den Kosacken. Ferner glaubten die Braunschweiger wohl versichert zu sein, daß es die Absicht Jener nicht wäre, dem Neuburger gegen den Kurfürsten ihre Unterstützung zu gewähren. Vielmehr wollten sie nicht in Abrede stellen, daß etwa die Verbündeten einen Entscheidungwaffengang der beiden streitenden Parteien in der jülichschen Sache zu verhindern trachteten. Niemals würde Braunschweig zugeben, daß die militairische Leitung des Bundes in die Hände des Pfalzgrafen gelange. Den Vorschlag Einiger, daß die Katholischen den General, die Evangelischen den Generallieutenant stellen sollten, finde man nicht genehm. Es könnte ja, wie es der braunschweig-brandenburgische Vertrag bestimme,

Jeder seine eigenen Truppen befehligen. Oder es möge ein Katholik oder Protestant kommandiren, je nachdem die Konfession desjenigen Fürsten in Betracht gelange, in dessen Lande operirt werde. Daneben müsse dann aber ein paritätischer Kriegsrath fungiren. Desgleichen müsse hinsichtlich der Kontingente Gleichheit obwalten, was ja sehr wohl angehe, da auf jeder Seite fünf Verbündete von jedem Bekenntniß ständen; und wenn Schweden hinzutrete, würden es gar sechs Evangelische sein. Alle übrigen Punkte betreffs Justiz, Verpflegung der Völker, Artillerie und dgl., würden sich leicht von selbst ergeben.

Und aus Kassel wußte Canstein über die ihm von den dortigen Ministern kundgegebenen Anschauungen folgendes zu berichten:

Die ihnen mitgetheilte Bundesnotel enthalte fast durchweg die Bestimmungen des hildesheimer Recesses; der kur-mainzische Accessionsreceß (die frankfurter Konvention vom 11. Aug. 1655) hätte im Wesen der Allianz keine Aenderung verursacht. Gefährlich könne man bei näherer Prüfung die Endzwecke dieser Allianz nicht finden, indessen werde man freilich behutsam gehen müssen. Das Werk verdanke wohl zwei besonderen Ursachen seine Entstehung, einmal den jenseits Rheins drohenden Gefährnissen und sodann vermuthlich auch der Furcht Neuburgs vor einem brandenburgischen Ueberfalle. Wie dem aber auch sei, den einmal ergangenen Antrag dürfe man nicht ablehnen; doch sei auch kein Verlaß auf das Werk, sondern werde man allezeit auf der Hut sein müssen. Immerhin würde jedoch diese Verfassung zur Beförderung der Reichs- und Kreisverfassungen viel beitragen, wohin besonders die Absichten des Kurfürsten von Mainz gerichtet wären, den man hierin zu sekundiren wissen werde. Nicht minder würde Hessen sich Mühe geben, um nach Möglichkeit die Zerwürfnisse wegen des Direktoriums im westphälischen Kreise hinzulegen und dadurch dieses Kreises Verfassung zu befördern. Man müsse baldmöglichst zum Schluß zu gelangen suchen, damit man allem Unglimpf bei den Andren entgehe. Deshalb wäre es auch gut, wenn der Kurfürst sich dort in Frankfurt bei den Verhandlungen vertreten ließe. Was die einzelnen Bestimmungen der kölnischen Notel anlange, so hätten die Alliirten mit ihren Kontingentsangaben sicherlich nur paradiren wollen. Kur-Köln habe beispielsweise seine 4000 Mann gar nicht auf den Beinen. Wegen des Kommandos sei man gleicher Meinung mit den Braunschweigern, doch sei dieser Punkt noch erörterungsfähig.

Nach den also gewonnenen Eindrücken stellt Canstein seinem Herrn zwei Fragen: Wie ist zu verwahren, daß in der jülichschen Frage kein Präjudiz geschaffen werde? Und wie will man sich zu der voraussichtlich zum Ausdruck gelangenden Bedingung stellen, daß die Alliirten

weder direkt noch indirekt sich in den polnischen Krieg mischen sollen? Er fügt, um die letztere Frage in's richtige Licht zu stellen, noch hinzu, daß in Kassel die Ansicht laut geworden sei, daß die Katholischen die Marken wohl mit in die Defension aufnehmen würden, Pommern aber nicht. Man werde also die Aufnahme aller brandenburgischen Reichslande nicht erreichen können, dann aber suchen müssen, den größten Theil derselben hineinzubringen. Die Hessen hätten auch gemeint, man müsse verwahren, daß nicht stracks bei jeder Feindseligkeit, die sich ereigne, die Alliirten insgesamt gehalten sein sollten, sofort die volle Hülfe zu senden, sondern daß die von dem Orte der Gefahr zu fern Entsessenen nicht sofort mit aufgeboten werden dürften, da der Beistand zunächst nur Sache der nächsten Nachbaren sei.

Alle diese Anschauungen und Aussichten waren doch wenig erbaulich für den Kurfürsten von Brandenburg und wenig geeignet, seine Neigung zum Beitritt wachzurufen. Auch der Rath des Schwedenkönigs, den er aus dem Feldlager durch Waldeck dem Kurfürsten unterbreiten ließ, daß er doch ja die Einladung der Allianz annehmen und die Verhandlungen hierüber schleunig mitbefördern möge, wird bei dem sich immer gespannter gestaltenden Verhältnisse der Beiden Lust zu dem Unternehmen zu erwecken kaum vermocht haben. Friedrich Wilhelm blieb in kühler Zurückhaltung.[1]

Inzwischen meldete auch Portmann, daß man nicht zu Koblenz sondern in Frankfurt tagen werde und daß er bereits den Gesandten der drei geistlichen Kurfürsten und dem Braunschweiger Heyland eröffnet habe, daß ihm in dieser Sache vom Kurfürsten Befehl zugekommen sei.[2] Und auch von den braunschweigischen Herzögen lief nunmehr die Antwort auf des Kurfürsten Schreiben vom 4. Mai ein. Sie verwiesen auf den Bericht Cansteins über seine Verhandlungen mit ihren Räthen und gaben anheim, zu den auf den 28. Juni anberaumten Hauptverhandlungen auch ihn mit nach Frankfurt zu beordern.[3]

---

[1] Waldeck an den Kurfürsten aus Ostrozanie am 23. März und Antwort des Kurfürsten aus Königsberg am 5. Juni 1657. — U. A. VIII 171—172 und 174.

[2] Am 24. Mai (3. Juni). U. A. VII 691 unvollständige Inhaltsangabe. Er meldet dabei, daß ihm bei seiner jüngsten Anwesenheit in Heidelberg der Kurfürst von der Pfalz angedeutet habe, als ob die Bundesmatrikel bereits entworfen sei, was P. nur auf die kur-rheinische Allianz von 1651, die hildesheimer von 1652 und die kölnische von 1654 beziehen zu können angiebt. — Bericht Hübners vom 26. Mai (5. Juni) U. A. VII 694. Am selben Tage bittet auch Hübner, daß der Kurfürst ihm und Portmann in der Allianzsache Kommission ertheilen möge. — Berlin.

[3] Am 25. Mai (4. Juni). — Hannover; kurz erwähnt U. A. VIII 532, Anmerk. 1, mit unaufgelöstem Datum.

An diesen war mittlerweile des Kurfürsten Bescheid auf jene Berichte ergangen:[1] Die vordem dem Portmann für Koblenz ertheilte Kommission könne jetzt, da die Verhandlungen in Frankfurt stattfinden würden und Canstein ohnehin kurz nach dem Anfangstermine neben dem Prinzen Moritz von Nassau und Portmann dorthin zum Wahltage beauftragt werden würde, auf sich beruhen, dafür aber möge er, Canstein, schon am genannten Termine, dem 28. Juni, dort erscheinen und an den Allianzverhandlungen theilnehmen. Ein Generalkreditiv dafür liege bei.[2] Dem Wunsche der Braunschweiger gemäß sich gleich zum Schließen anzumelden, sei nicht an der Zeit, bevor man genau die Gesinnungen aller Betheiligten, die Vorgänge in den früheren Konferenzen und den völligen Inhalt des ganzen Projektes ergründet und daneben geprüft habe, ob dasselbe den Interessen seiner Stellung als Kurfürst, seiner Kurlande und speziell der im Reiche belegenen Provinzen entspreche. Dies werde ihm, dem Kurfürsten Niemand mit einigem Fug Rechtens verdenken können, zumal da sein Verhalten bisher nur ein entgegenkommendes gewesen sei. Nur wenige Erinnerungen habe er zu unterbreiten, hoffe demnach um so eher auf deren Berücksichtigung. Lobend anzuerkennen seien die sorgfältigen Bemühungen um bessere Versicherung etlicher vertrauten Reichsstände wider zu besorgende auswärtige Gewalt und sei eine solche Defensivallianz des Reiches Satzungen und dem Friedensinstrument nicht zuwider, zumal da letzteres neben den Kreisverfassungen und dem Kurverein, auch dem unter mehreren Fürsten bereits bestehenden Erbverein nicht beiseite gesetzt werden solle. Was er, der Kurfürst, vom Inhalt des Bundesinstrumentes erfahren, vermöge er nicht zu tadeln, da es mit den zwischen ihm und dem Hause Braunschweig abgeredeten Konföderationspunkten fast übereinstimme; es auszuschlagen, liege also kein Grund vor. Dennoch aber, weil diese Allianz nicht unter evangelischen Ständen allein geschlossen werden solle, sondern mit fast den meisten und mächtigsten der Katholischen, denen sich bald die übrigen, ein jeder mit Sonderinteressen, anschließen würden, und man seither allerwegen bei derartigen Verbindungen und bei den Reichsversammlungen auf Wahrung des Gleichgewichtes unter den beiderseitigen Konfessionsverwandten bedacht gewesen, so müsse es auch hierbei also gehalten werden. Vermuthlich würden die mächtigsten Glieder der Allianz nicht nur Generalat und Direktorium übernehmen, sondern auch

---

[1] Königsberg 8. Juni 1657. — Berlin. Auszug in U. A. VIII 534 ff.

[2] d. d. Königsberg 8. Juni 1657, abschriftlich in Berlin, Hannover und Düsseldorf. Es enthält keine besondere Erwähnung der Allianz und ist in ganz allgemeinen Ausdrücken abgefaßt.

ihre Vota leicht die der Andren überwägen, wie es ja öfters sich ereignet, „daß den majoribus die ponderosiora vota das contrepart gehalten." Voraussichtlich werde nun der König von Schweden von der Mehrzahl der katholischen Stände so bald nicht annehmbar befunden werden, obschon Snoilsky sich jetzt in Frankfurt zur Theilnahme an den Verhandlungen melde. Wenn er, der Kurfürst beitrete, müsse dies in der Form geschehen, daß er mehrere Voten, sowohl wegen seiner Kurlande als auch wegen der übrigen Fürstenthümer, die ja auch auf Reichsversammlungen Sitz und Stimme hätten, führen dürfe, wohin auch das Absehen des Hauses Braunschweig sich richte, welches ja auch thatsächlich wegen der drei einzelnen Linien drei Stimmen im Reiche genieße. Zwar würden dann die katholischen Kurfürsten, die neben ihren Erzbisthümern auch einfache Bischofssitze einnähmen (Mainz mit Würzburg und Köln mit Lüttich und Hildesheim), ein gleiches beanspruchen, es habe aber damit eine ganz andre Bewandtniß, weil diese geistlichen Stifter nicht erblicher Besitzstand der Erzbischöfe seien, sondern zu den Erzstiftern nur in einer losen Personalunion ständen, die mit dem Tode des Würdenträgers aufhöre, so daß also in solchem Falle ihr Weiterverharren in der Allianz höchst fraglich erscheine. Mit Genugthuung habe der Kurfürst von den guten Versicherungen der Braunschweiger und Hessen hinsichtlich der westphälischen Kreisverfassung Akt genommen; zwar wolle er der dieserhalb obwaltenden Schwierigkeiten wegen nicht von dieser Allianz absehen, doch werde ihm auch Niemand mit Fug verdenken können, daß er hierauf sein besonderes Augenmerk richte. Der Fall eines gewaltsamen Ausbruches in der jülichschen Frage, gegen welchen, wie Canstein wissen wolle, die rheinische Liga ein Verhinderungmittel sein solle, könne doch leicht ohne Verschulden des Kurfürsten eintreten. Dann würde Brandenburg merklich gefährdet sein, weshalb vor allen andren Dingen höchstnöthig sei, daß die Uneinigkeiten mit Neuburg beizeiten beseitigt würden, damit nicht bei Eintritt Brandenburgs in die Allianz dieser leidige Zustand des gegenseitigen Mißtrauens fortdauere. Sehr auffällig sei das Stillschweigen des Kurfürsten von Köln Canstein gegenüber gewesen, als dieser zu Hildesheim diesen Punkt angeregt. Schließlich werde, weil diese Allianz zur Defension der Stände und Grenzen des Reiches wider auswärtige Gewalt und fremde Einfälle, sonderlich den Mitalliirten zum besten angesehen sei, vom Kurfürsten als Hauptbedingung gestellt werden müssen, daß man ihn wirklichen Beistandes, auch gegen die Polen, genießen lasse. Diese bedrohten jetzt die Kurmark und Hinterpommern. Daher sei dieser Punkt „dann gleichwohl eben von solchem Gewicht als andre etwa wegen Frankreich, Spanien und England, wegen welcher unverhoffentlichen Invasion des Reichs, dero

Contreen und Grenzen dieſe Defenſivallianz angeſehen iſt, wo (dieſer Punkt) nicht ſchwerer bei gegenwärtigem ſich ſchon eräugenden Zuſtand ſein kann, weil die Gefahr jetzt bereits vor der Thür, bei Jenen aber in Zeiten noch durch gute expedientia und remedia vorgebaut werden kann, ſo an dieſem unſern Ort auch gar leicht zu verhüten, wenn man ſich unſer an des Römiſchen Reichs Seiten mit größerm Ernſt und Eifer angenommen hätte, auch noch annähme und uns nicht ſo ganz und gar verließe." Andre Bedenken wolle er, der Kurfürſt, zur Zeit noch überwinden. Freilich würden, wie er wohl vorausſehe, die drei von ihm geſtellten Forderungen, Führung mehrerer Voten, Beilegung des Direktorialſtreites im weſtphäliſchen Kreiſe und Beiſtand gegen die Polengefahr, namentlich aber die beiden letzten, das Werk aufhalten. Nichts deſtoweniger ſeien ſie mit guter Umſicht und nach vorhergegangener Beſprechung mit den Deputirten Braunſchweigs und Kaſſels auf die Bahn zu bringen, jedoch mit der Verſicherung, daß der Kurfürſt die einmal ertheilte Zuſage nicht zurückzunehmen gedenke, ſondern bei der Abſicht, mitbeizutreten, feſt beharre und ſich einen wie den andern Weg der Miteinnehmung verſichert halte, gleichwohl aber vorher ſeiner Ruhe und Sekurität vergewiſſert ſein wolle. Nähere Inſtruktionen ſeien von Canſtein abzuwarten und ohne ſolche „auch nicht eins auf Ratifikation zu ſchließen". Er möge dieſes Hinhalten mit dem Ausbleiben beſondrer Ordres entſchuldigen.

Am 26. Juni traf Canſtein in Frankfurt a. M. ein.[1] Sein erſter Gang führte ihn zu dem Heſſen Badenhauſen. Er eröffnete dieſem, daß er Befehl habe, den Allianztraktaten beizuwohnen, nachdem er ſich mit ihm über verſchiedene Punkte benommen habe. Zunächſt fragte er dann, ob Braunſchweig und Kaſſel mit Schweden und Brandenburg vereint oder getrennt für ſich die Unterhandlungen zu führen gemeint wären? Ferner, ob dann dem Hauſe Braunſchweig drei Stimmen eingeräumt werden ſollten? Zwar ſuche hierin der Kurfürſt keine Präeminenz oder Vorzug, doch werde es ihm beſchwerlich fallen, wenn Braunſchweig drei Stimmen und er nur eine führen dürfte, da er, wo nicht mehr, ſo doch ebenſoviel würde mit beitragen müſſen. Brandenburg und Schweden könnten wegen der verſchiedenen Lande, die in die Allianz genommen werden würden, doch auch je ein Votum in Anſpruch nehmen. Und wie weit ſolle ſich überhaupt die Miteinnehmung der Lande ſeines Herrn erſtrecken? Wenn wegen des polniſchen Krieges Pommern und die Marken ausgeſchloſſen und etwa nur die weſtalbingiſchen

[1] Berichte Hübner's vom 16. (26.) und Badenhauſens vom 20. (30.) Juni. — Berlin bezw. Marburg.

Gebiete mit aufgenommen werden sollten, wohin allem Vermuthen nach Braunschweig abziele, so würde dem Kurfürsten mit dieser Verfassung wenig gedient sein und er nur die Last davon haben, auf den sich zutragenden Fall den Andren Assistenz zu leisten, ohne sich selbst einer solchen zu erfreuen.

Und welche Bewandtniß solle es ferner der clevischen Lande halber haben? Wenn diese nun wirklich vom Pfalzgrafen oder sonst Jemanden angegriffen würden? Habe doch unlängst erst verlauten wollen, daß der Pfalzgraf und Prinz Condé im Namen des Königs von Polen einen Anfall im Schilde führten. Ob denn für solche Fälle der Kurfürst sich des Beistandes der Allianz würde zu getrösten haben? Schließlich müsse er noch im Namen des Kurfürsten erklären, daß man über diesem Bündnisse die Kreisverfassungen nicht hintenansetzen dürfe, wie denn auch Brandenburg des Direktoriums im westphälischen Kreise sich keineswegs begeben könne.

Badenhausen wich jeder Erörterung aller dieser so schwerwiegenden Fragen mit der Erklärung aus, daß ihm wegen der Allianzverhandlungen noch kein Befehl zugekommen sei, er überhaupt noch nicht wisse, ob der Landgraf dazu sich seiner Person bedienen werde. Canstein aber stellte an ihn das Begehren, daß er die von ihm angeregten Punkte dem Landgrafen vorlege mit dem Ersuchen, darauf die nach Frankfurt abzuordnenden Räthe zu instruiren und ihm davon Eröffnungen machen zu lassen. Badenhausen gab diesem Ansinnen Folge und berichtete ausführlich dem Landgrafen, enthielt sich aber dabei jeder subjektiven Bemerkung.

Etwas vertraulicher zeigte er sich gegen Portmann. Als dieser bei ihm hinhorchte, welche Aussichten etwa betreffs der Desiderien des Kurfürsten bei den Evangelischen sich zeigen möchten, bemerkte Badenhausen zwar auch, daß zur Zeit wegen der Einzelheiten des Projektes zwischen Braunschweig und Kassel noch keine Verabredungen bestünden, obgleich der Landgraf dies gewünscht hätte, er ließ sich aber doch des weiteren dahin vernehmen, daß es den Braunschweigern nicht angehen würde, so viele Voten zu erhalten, als sie beanspruchten, und daß man, was die Bundesleitung anbetreffe, nicht auf die Kreisdirektorien zurückgehen werde, sondern mehr auf die alte Exekutionsordnung, wonach die Leitung jederzeit demjenigen zustehen würde, in dessen Landen die militairischen Aktionen sich abspielten.[1]

Auf den Bericht Badenhausens über seine Unterredung mit Canstein ließ sich der Landgraf kurz genug vernehmen, daß er die von diesem

[1] Portmann an den Kurfürsten am 21. Juni (1. Juli). — Berlin.

proponirten Punkte den braunschweigischen Gesandten, deren man jede Stunde gewärtig, vorstellen lassen werde. Canstein würde von dem Ergebniß dann unterrichtet werden. Uebrigens werde man nicht ermangeln, des Kurfürsten von Brandenburg Interessen möglichst zu wahren.[1]

Bei den Verhandlungen der braunschweigischen und hessischen Räthe zu Kassel ist denn auch über die brandenburgischen Forderungen geredet worden.[2] Die Braunschweiger erklärten, sie hätten keine Lust, in fremde Kriege verwickelt zu werden, denn dadurch würde man sich nur den Ruin auf den Hals ziehen. Mit einer Hülfeleistung gegen Polen sah es also auf dieser Seite windig genug aus. Ferner sprachen sie die Absicht aus, nicht eine, sondern mehrere Stimmen, für jede der drei Linien eine, in Anspruch zu nehmen. Wenn Brandenburg indessen ein gleiches wegen Halberstadt, Minden und Cleve thun wolle, werde man nichts dagegen haben. Schließlich zur dritten Frage wegen der Differenzen mit Neuburg: Alle Uneinigkeiten seien auf gütlichem Wege beizulegen und keiner dürfe dem Andren Ursache zur Offension geben, wodurch allein verhütet werden könne, daß die clevesche Sache nicht in offene Feindseligkeiten ausbreche. Die Kreisverfassungen durch die Allianz zu verhindern, sei übrigens auch ihre Absicht nicht.

Als Ergebniß der kasseler Pourparlers normirten die Instruktionen für die Gesandten der beiden Häuser, welche die Einladung für Brandenburg veranlaßt haben, das Verhältniß zu den Forderungen des letzteren folgendermaßen. Einmal hessischerseits: Nur die Herbeiziehung noch anderer evangelischen Reichsstände mehr, wie Baden-Durlach und Würtemberg, und das dadurch hergestellte Gleichgewicht gegen die Katholischen ist das beste Mittel, die zwischen Brandenburg und Neuburg künftig etwa zu befahrenden Irrungen zu hinterhalten. Ob Einer nur ein Votum oder deren mehr führen solle, wird sich ganz nach dem Verhältniß der Beiträge eines Jeden und der Lande richten müssen, welche in die Allianz mit eintreten. Vom Beistand gegen Polen, von der so wichtigen Frage wegen des westphälischen Kreises kein Wort — nur unbestimmte, zu nichts verbindliche Redensarten und zum Schlusse gar die Weisung, „sich in wichtigen und bedenklichen Sachen defectu mandati zu entschuldigen und Instruktion abzuwarten." Unentschlossenheit, Charakterlosigkeit!

---

[1] Der Landgraf an Badenhausen am 23. Juni (3. Juli). — Marburg. Am 27. Juni (7. Juli) übermittelt Badenhausen den Dank Cansteins. — Marburg.

[2] Vultejus an Badenhausen am 27. Juni (7. Juli): Von den Canstein'schen Punkten ist mit den Braunschweigischen so viel als thunlich diskurrirt worden — es scheint, als ob sie schon vorher bei ihnen in Betrachtung gekommen seien, und wird, wenn sonst das Hauptwerk von statten geht, darin dem Werk leicht zu rathen sein. — Marburg.

Fast will es scheinen, als wenn man in Kassel das Gefühl gehabt hat, es werde zum wirklichen Beitritte des Kurfürsten gar nicht kommen.

Und braunschweigischerseits: Auch hier keinerlei programmatische Kundgebung wegen der Differenzen zwischen Brandenburg und Neuburg des westphälischen Kreises halber, sondern nur die Bemerkung, daß alle Streitigkeiten der Beiden in Güte auszusetzen seien und nicht geduldet werden dürfe, daß Einer sich am Andren vergreife. Und anstatt der Stellungnahme zu dem Wunsche Brandenburgs nach Beistand gegen Polen die Verwahrung gegen jede Einmischung in fremde Sachen und motus, ja ausdrückliche Ablehnung jeder Verbindlichkeit aus früheren Bundesverhältnissen, demnach auch völlige Abstandnahme von dem vormals mit Brandenburg vereinbarten Einungswerke. Und dem ausdrücklich betonten eigenen Anspruch auf drei Voten gegenüber nicht ein Wort darüber, ob man geneigt sei, der entsprechenden Forderung Brandenburgs entgegenzukommen.

Nicht eben, daß man den Beitritt Brandenburgs nun nicht mehr gewünscht hätte.[1] Aber mit ängstlichem Sinne scheute man sich, die Konsequenzen der Annäherung an dasselbe zu ziehen und in dessen allerdings genug bedenkliche auswärtige Politik mit hineingezogen zu werden. Mit voller, uneingeschränkter Geneigtheit begehrte also wohl keiner von allen Betheiligten, die da nach Frankfurt zu den Allianzverhandlungen abordneten, den wirklichen Beitritt Brandenburgs. Am allerwenigsten natürlich die katholischen Ligisten selbst. Wie stumm war nicht neuerdings der Kurfürst von Mainz geworden, je verwickelter die Dinge im Norden und Osten sich anließen. Und in seiner Abneignng gegen jede Verbindung wie mit Schweden so mit Brandenburg verharrte

[1] Krosigk an Badenhausen am 27. Juni (7. Juli): Brandenburg wollen sie (die Braunschweiger) quovis modo mit einnehmen und alle officia thun. Gegen Schweden haben sie mehr Furcht als Affektion. . . . . Wir können Schweden und Brandenburg nicht so negligiren. Und Vultejus an Badenhausen an selbigem Tage: Die Schweden zu übergehen, wollen sie (die Braunschweiger) zwar nicht an sich kommen lassen, scheinen aber nicht vorhabens zu sein, sich deswegen bei der Handlung große Mühe zu machen. Vielleicht würden sie es mit den Brandenburgischen gerade so machen, wenn sie nicht glaubten, daß diese sich von Schweden separiren werden, was ich mir noch nicht einbilden kann. — Den Schweden gegenüber ganz anders die Stimmung in Kassel. Sixtinus an Badenhausen am 30. Juni (10. Juli): Es scheint fast, als ob die Herren Brunsvicenses mehr für Dänemark als für Schweden affektionirt. Hier richten wir unser Absehen nicht unbillig auf die Schweden aus vielen Ursachen und erkennen uns nicht allein inkraft der alten Allianzen, sondern auch sonst ihnen obligirt, sind auch schuldig, über dem Friedenschluß, darin die Garantie versprochen, getreulich zu halten. — Marburg.

nach wie vor der Kurfürst von Köln,[1] jedenfalls hierin lebhaft unterstützt vom Pfalzgrafen von Neuburg, während Trier und Münster schweigend abseits standen.

[1] Der Einzige unter den katholischen Alliirten, von welchem aus dieser Zeit bezügliche Kundgebungen vorliegen. Schon im April äußerte er Bedenken gegen die Aufnahme Schwedens und Brandenburgs im Hinblick auf die große Armatur der Dänen (Erlaß an Aldenhoven v. 20. April. — Düsseldorf), Bedenken, die eben nicht geringer wurden, als Aldenhoven am 26. April meldete, daß Heyland erklärt habe, Haus Braunschweig werde im Falle eines Angriffes der Dänen auf's Herzogthum Bremen den Schweden zu Hülfe kommen, und daß auch der Kaiser die Dänen zu solchem Einfall reize, es seien eben beiderseits gar gefährliche und weitaussehende Dinge. Anfang Juni hörte man in Köln, daß österreichisch-ungarische Truppen sich mit den Polen verbunden, die Verhandlungen zwischen Dänemark und Schweden sich zerschlagen hätten und zwischen Beiden der offene Krieg ausgebrochen wäre. Fürstenberg, vom Kurfürsten zu einer Zusammenkunft mit den Kurfürsten von Mainz und Trier nach Kärlich beordert, erhielt hier den Auftrag, einzurathen, daß man sich mit der Aufnahme Schwedens und Brandenburgs nicht übereile, da es wohl geschehen könne, daß schwedische und brandenburgische Reichslande auch angegriffen würden und folglich also auch die Territorien der Alliirten per obliquum mit in's Spiel geriethen (Auszug aus der Instruktion von Anfang Juni 1657). Aldenhoven wurde am 24. Juni instruirt, daß er, wenn die Frage wegen Mitaufnahme Schwedens und Brandenburgs bei den Verhandlungen vorkomme, dahin zu sehen habe, daß man sich damit nicht aufhalte, bevor man mit Braunschweig und Kassel im reinen, und sich im geringsten darauf nicht einlasse; wenn aber diese Frage nach Abschluß des Vergleiches mit den genannten Häusern auf die Bahn gelange, habe er dahin zu votiren, daß es den Alliirten weder rathsam noch dienlich sei, sich mit Schweden und Brandenburg weiter zu verbinden, als wozu sie neben andern Reichsständen der Friedensschluß und die Reichskonstitutionen anwiesen. Denn merklich habe sich die politische Lage Beider verändert, da es nicht nur zwischen Schweden und Dänemark zu offenem Bruch gekommen sei, sondern auch Schweden und Brandenburg sich mit ausländischen Potentaten und fremden Völkern, als dem Rakoczy und den Kosacken verbunden, wodurch das Haus Oesterreich zur Sicherung seiner Lande ebenfalls gemüßigt worden, der Krone Polen Hülfe zu leisten. — Und noch kurz vor Aufnahme der Verhandlungen, am 10. Juli, schreibt der Kurfürst an Aldenhoven, daß, weil der Kurfürst von Brandenburg ohne Vorwissen der andern Kur- und Fürsten sich in fremde Kriege eingelassen, von Canstein's Admission zu den Traktaten gar keine Rede sein könne, bevor man mit Braunschweig und Hessen-Kassel allerdings einig geworden. — Düsseldorf.

20.

Anknüpfung mit Frankreich.

Ganz im Stillen, hinter einem dichten Schleier suchten unterdessen die gewandten Hände des Kurfürsten von Mainz dem kleinen Defensionswerk am Rheinstrom auch nach einer andren Seite hin einen Rückhalt zu gewinnen, dasselbe hierdurch einer Macht entgegenzuführen, mit welcher allein er seinem politischen Programme Geltung zu verschaffen und es siegreich der Welt aufzunöthigen hoffen mochte.

Wir erinnern uns jenes Vorschlages, welchen in seinen Beklemmungen vor den vermeintlichen Umsturzideen der vereinten Protestanten Europas der Pfalzgraf von Neuburg durch Leers am kur-mainzischen Hofe hatte unterbreiten lassen, indem er aufforderte, im Namen der gesamten Alliirten die Krone Frankreich zu beschicken und dieselbe zur Theilnahme am Bunde einzuladen. Es läßt sich nicht erweisen, ob der Kurfürst und seine Mitverbündeten diesen Rath befolgt haben; ja es darf billig bezweifelt werden. So wenig zwar der Gedanke einer Verbindung mit Frankreich vom deutsch-patriotischen Standpunkte aus damals als ein bedenklicher aufgefaßt wurde — hatte doch das Friedensinstrument selbst den deutschen Fürsten und Ständen das volle Recht, mit fremden Kronen Bündnisse einzugehen, zugestanden — so fern des weiteren zu jener Zeit den deutschen Staatsmännern jede Besorgniß vor den großen Gefahren lag, welche in der Folgezeit unserm Vaterlande aus jener Schildträgerei für König Ludwig XIV. thatsächlich erwachsen sind, ebensowenig wird man auch glauben dürfen, daß irgendwelche moralische und patriotische Bedenken den Kurfürsten von Mainz abgehalten haben werden, sich und die Allianz der Krone Frankreich nach dem Rathe des Pfalzgrafen anzutragen. Ja, man kann sich wohl denken, daß demjenigen, welcher die friedbrüchige Politik des Kaisers und des Hauses Oesterreich nicht zu billigen vermochte, der da mit Mißbehagen sehen mußte, wie jahraus jahrein kaiserliche Hülfsspenden den Spaniern nach den Niederlanden zuflossen, den Spaniern, von denen ja alle Belästigungen und Territorialverletzungen dort an der westlichen Reichsgrenze ausgingen (zu geschweigen daß durch solche Unterstützungen jenem langlodernden Feuer des spanisch-französischen Krieges nur immer neue Nahrung zugeführt wurde und deswegen der Gefahr für die rheinischen Fürsten kein Ende abzusehen war), daß also demjenigen, welcher dies alles erwog, nur allzubald wie ein rettender Gedanke die Idee einer Anlehnung an den Widersacher

der Spanier und ihres stillen Bundesgenossen erscheinen mußte. Ganz abgesehen von der Verpflichtung Kur-Kölns und auch seiner Nachbaren zum Danke für die werkthätige Hülfe, welche die Krone Frankreich neben dem Kurfürsten von Brandenburg bei jenem großen Einfall der Spanier in's Stift Lüttich geleistet hatte. Immerhin jedoch gab es auch schwerwiegende Bedenken gegen den Plan des Pfalzgrafen. Wie hätte man sich einer Macht in die Arme werfen sollen, die da eben noch mitten in den Wirren jenes Krieges befangen war, dessen man sich sofort theilhaftig gemacht haben würde? Diese Besorgniß schlug durch. Dem irenischen Programme des Mainzers widersprach der Gedanke einer Initiative zu solch gefahrvoller Verbindung wohl durchaus.

Aber man ließ sich suchen. Als Philipp Wilhelm von Neuburg zu der Beschickung der Krone Frankreich rieth, handelte er wohl im Einverständniß mit dem Lenker jener Macht, Mazarin, vielleicht nach einer von diesem gegebenen Anregung. Fallen doch in das Ende des Jahres 1655 jene geheimen Zettelungen des Pfalzgrafen mit dem Kardinal, die, was den Ersteren anlangt, in erster Linie freilich auf einen Gewaltstreich gegen Brandenburg abzielten,[1] während der Leiter des französischen Kabinets weniger diesen Zweck als die Gelegenheit gesucht haben wird, sich Einfluß zu sichern auf diesen oder jenen der bemerkenswerthesten Reichsfürsten zur Durchführung seiner gegen das Haus Habsburg gerichteten Pläne, welche nach und nach in der Idee gipfelten, demselben bei der Gelegenheit einer Neuwahl die deutsche Kaiserkrone zu entwinden.[2] Hatte er in diesem Sinne doch auch schon seinen Hebel bei dem Kurfürsten von Köln angesetzt, oder vielmehr bei dem alles vermögenden Kabinetsleiter desselben, dem Großhofmeister Franz Egon Grafen v. Fürstenberg.[3] Als dann der Pfalzgraf bei seiner feindseligen Stimmung gegen den Kurfürsten von Brandenburg auch bei dem Kardinal Anlehnung suchte, griff dieser mit beiden Händen zu.[4] Der

[1] Vgl. U. A. V, 779.

[2] Wie er ja auch bald darauf durch de Lumbres mit dem Kurfürsten von Brandenburg selbst über einen Allianzvertrag Verhandlungen einleitete. U. A. II, 81 ff. Nach U. A. II, 38 muß man annehmen, daß die Idee, eine Wahl aus dem Hause Habsburg zu hintertreiben, von dem kur-brandenburgischen Residenten in Paris Abraham Wicquefort herrührt. Siehe daselbst dessen Denkschrift in Analyse.

[3] Chéruel II, S. 141. Brief Mazarin's an Abraham Favert, Gouverneur zu Sédan, den Befehlshaber der französischen Hülfstruppen im Stift Lüttich, v. 18. Febr. 1654. Sehr bald sah der Kardinal ein, daß er seinen Zweck nur mit klingender Münze werde erreichen können. Am 24. August 1654 schreibt er an Servien: Je crois qu'avec un million d'or bien employé on donnerait grand branle à cette affaire (Erlangung der Kaiserkrone für Ludwig XIV.) A. a. O. S. 142.

[4] Wohl schon Ende 1654. Als im Januar 1655 Avaugour an den König von Schweden gesandt wurde, erhielt er vom Kardinal den Auftrag, vorzustellen, daß

rheinischen Liga wird dabei von vornherein wohl gedacht worden sein. Welche Aussichten eröffneten sich dadurch nicht der französischen Politik?

Drei Wahlstimmen auf einmal und daneben die wohlgerüsteten Streitkräfte des Pfalzgrafen und des martialischen Bischofs von Münster.

Den Pfalzgrafen suchte wohl damals schon der Kardinal mit dem Phantom der Kaiserkrone zu locken, welches später noch öfters im blendenden Strahlenglanze vor seinen Augen auftauchte, ohne indessen jemals greifbare Gestalt zu gewinnen. Daher der Eifer des Fürsten und seine Bemühungen bei Kur-Mainz um die Annäherung an Frankreich.

Als es dem Pfalzgrafen nicht glücken wollte, den Kurfürsten von Mainz und durch ihn die andern Alliirten zu einer Schickung an die Krone Frankreich zu bewegen, spielte er bei der dritten Sendung des Leers den Trumpf aus, zu erklären, die Krone habe sich anerboten, zur Allianz zu treten. Es liegt ein fast undurchdringlicher Schleier über diesen ersten Beziehungen und Verhandlungen. Man hat in den deutschen Archiven mit dem Beweismaterial gründlich aufgeräumt, so weit solches überhaupt vorhanden gewesen sein mag: denn das meiste wurde ja doch mündlich verhandelt.

Der Kardinal war ein Freund des Systems der heimlichen Agenten. Bei seinen Beziehungen zu den rheinischen Alliirten bediente er sich anfangs des Landgrafen Georg Christian von Homburg, eines jener fahrenden Prinzen, welche um jeden Preis ihre Fortune machen wollten.[1] Am 19. März 1656, nachdem der Pfalzgraf von Neuburg schon zweimal den Kurfürsten von Mainz durch Leers für das französische Projekt hatte bearbeiten lassen, begegnen wir diesem Emissare des Kardinals aus deutschem Fürstenblut am kur-mainzischen Hofe zu Würzburg. Ihm folgten dann kurz nach einander Vignacourt und Gravel als amtliche Abgesandte der Krone Frankreich, um die diplomatische Aktion gegen das Haus Oesterreich durch die Beschwerden über dessen Unterstützungen für die Spanier einzuleiten, daneben aber schon jetzt für die Hintertreibung einer künftigen Kaiserwahl aus dem verhaßten Hause zu arbeiten und auch wohl die ersten Fäden zu der rheinischen Allianz hinüberzu-

---

Ludwig XIV. von einigen deutschen Fürsten ersucht worden sei, seine Dienste anzuwenden, damit bei einer künftigen Wahl das Haus Oesterreich die Krone nicht mehr erlange, sondern diese vielmehr dem Kurfürsten von Bayern oder dem Pfalzgrafen von Neuburg zutheil werde. Chéruel II, 278.

[1] Valfrey läßt die Mission des Landgrafen erst im Jahre 1657 beginnen. Die von ihm S. 160 erwähnte Instruktion für denselben vom 29. April 1657 wird nicht die erste gewesen sein, die ihm ertheilt wurde; als er 1656 mit dem Pfalzgrafen und Boineburg unterhandelte, wird dies nicht ohne besonderen Auftrag des Kardinals geschehen sein.

spinnen. Den Landgrafen Georg Christian sehen wir mehrfach in reger Verbindung wie mit dem Pfalzgrafen so mit Boineburg,[1] selbst dann noch, als schon der gewandte Gravel auf dem Plane erschienen ist.[2] Ja, es scheint, als wenn eine Theilung der Aufgaben beider Sendboten des Kardinals in der Weise erfolgt sei, daß Gravel damals noch mehr die Frage der künftigen Kaiserwahl im antiösterreichischen Sinne, der Landgraf mehr das Allianzprojekt betreiben mußte.[3]

---

[1] Am 16. April 1656 erhielt Leers vom Pfalzgrafen den Auftrag, nach zu Würzburg beendigter Verrichtung sich mit Behutsamkeit nach Frankfurt oder Hanau zu verfügen, um in aller Stille baldmöglichst zum Landgrafen zu gelangen. Demselben habe er von allen bisherigen auf des Kaisers Beitritt zur Allianz bezüglichen Korrespondenzen Kenntniß zu geben, jedoch ohne Abschriften zu hinterlassen. Dann aber solle er den Landgrafen ersuchen, daß er „in Frankreich solche Unterbauung thun wolle, auf daß nunmehr ohne Verlierung einiger Zeit sonderlich mit Beschließung der Allianz abgedrücket und die bevorstehende große Verhindernuß (wohl der Wunsch des Kaisers nach Aufnahme in die Allianz) schleunig mit Verheißungen und Bedrohungen (bei Kur-Bayern?) oder sonst in andere bequemliche Wege, nachdem dieselben für gut angesehen, beiseite geräumt werden." Bayern werde ohne verspürte genugsame Manutenenz und bis des Landgrafen Veranlassung nach die vertrösteten Mittel zu nöthiger Verfassung dem Kurfürsten geliefert seien, sich schwerlich zur Annahme der römischen Krone verstehen, welches sich doch wohl schicken würde, wenn nur der punctus des französischen Zutrittes zur Richtigkeit gebracht, auch solchenfalls Bayern entweder für sich selbst allein (ohne den Kaiser) sich herbeilassen oder endlich an selbigem Zutritt so gar viel nicht gelegen sein würde. Am 20. April wird Leers nochmals angewiesen, nach Frankfurt zu gehen. „Weil Ihr zu Frankfurt sowohl den Landgrafen als den Boineburg antreffen werdet, als habt Ihr durch Jenen Diesen animiren und dahin disponiren zu lassen, daß er quovis modo die Allianz mit fördere, auch dem Landgrafen mit Vorzeigung der Zeitungen zu vermelden, daß es jetzund die rechte Zeit wäre, das bewußte Werk zu poussiren." Mehrmals erscheint in dem Briefwechsel des Pfalzgrafen mit Boineburg ein schemenhafter Notus, wahrscheinlich eben der Landgraf. In dem eben erwähnten Erlaß an Leers werden Konferenzen Boineburg's mit diesem Notus erwähnt. Ende März stecken Beide in arger Beklemmung wegen des Verlustes eines Briefes von diesem Notus. — Düsseldorf.

[2] Boineburg hatte schon Ende April (29. April Schreiben an den Pfalzgrafen) Kenntniß davon, daß Gravel, der damals bereits in Würzburg anwesend war, nach Frankfurt zur Reichsdeputation kommen wollte, um die französischen Beschwerden gegen den Kaiser vorzubringen. Ende Mai erst vernahmen es die andern Deputirten (Bericht Aldenhovens vom 21. Mai 1656). Daß Gravel beim Herzog von Württemberg gewesen, berichtet Portmann am 6. (16.) Juni 1656 dem Kurfürsten von Brandenburg; der württembergische Gesandte hatte es ihm erzählt mit dem Bemerken, daß Gravel mit seinen Beschwerden gegen den Kaiser bereits bei den rheinischen Kurfürsten gewesen und nun seinen Weg nach München nehmen wolle, um von da zurück nach Straßburg (wo er französischer Resident war) und dann zum Reichsdeputationskonvent sich zu begeben.

[3] Bekannt ist die vom Kardinal aufgestellte Kandidatur des Kurfürsten von Bayern für den Kaiserthron. Boineburg schreibt am 23. Mai 1656 an den Pfalzgrafen: Es wäre gut, daß Herr Gravel ante principem landgravium auf München

Am 25. Juli 1656 traf Gravel in Frankfurt ein,[1] gerade zu einem Zeitpunkte, da unter den Fürsten des Reiches eine gewisse Bewegung zu bemerken war ob der ansehnlichen Hülfeleistung des Kaisers Ferdinand für die Spanier wider den Herzog von Modena und damit gegen die denselben begünstigenden Franzosen.

Es wurde bemerkt, daß Gravel dem schwedischen Gesandten vor allen andern seinen Besuch machte und daß er sich überhaupt mit diesem auf sehr vertrauten Fuß stellte.[2] Auch die kur-mainzischen Deputirten erfreuten sich seiner besondern Aufmerksamkeit. Dieselben ließen keine Gelegenheit vorüber, ohne sich dessen zu brüsten, was der Franzose über die politische Lage und zumal über die entrüstete Gesinnung seines Königs gegen das Haus Oesterreich gegen sie etwa hatte verlauten lassen. Der Gesandte von Hessen-Kassel hatte große Eile, mit Gravel in Verkehr zu treten. Auch Heyland schien sich auf diese Seite zu stellen. Eben war er aus Schwalbach und Mainz zurückgekehrt, wo die persönliche Aussprache mit dem Kurfürsten Johann Philipp — der französischen Drohungen war auch hier gedacht worden — ihn ganz für dessen Allianzideen gewonnen hatte.[3] Hingegen war die Haltung der Gesandten von Kur-Köln und Kur-Trier dem französischen Gesandten gegenüber eine sehr kühle.[4]

---

ginge und J. F. G. alsdann ihm folgten. Sie könnten auch desto besser darnach ihre mesures nehmen. Hoc enim negotium pendet ab illo, succedere invalidum illo evanido, warzu wie kaltsinnig Kur-Trier und Kur-Köln sich anlassen, ist nit zu sagen, da ja uns sämtlich die Friedensverein zu stärken höchst anliegen soll. Am 28. Mai antwortet der Pfalzgraf aus Grünau: Des Monsieur de Gravelle wartet man allhie, wie die Juden ihres Messias Ankunft täglich verlangen, und hat mein Herr Vetter von Homburg seine Reise nach München bis zu sein de Gravelle Herüberkunft verschoben, die er mit demselben gleich hernach fortsetzen und das Glück versuchen wird, vermeinend, weil eine Negoziation von der andern dependiret, daß sie conjunctim besser als separatim traktiret werde." Nach ihrer Rückkehr werde er Leers wieder nach Würzburg senden, damit der Kurfürst von der Verrichtung Kenntniß erlange und Boineburg Gelegenheit habe, mitzutheilen, was der Feder nicht anvertraut werden könne.

[1] Bericht Portmann's vom 20. (30.) Juli. — Berlin.

[2] Portmann a. a. O., auch in einem weiteren Bericht vom 10. (20.) August. — Berlin.

[3] Portmann und Hübner an den Kurfürsten von Brandenburg am 3. (13.) Aug. — Berlin.

[4] Aldenhoven an den Kurfürsten von Köln am 27. August: Gravel habe sich bei dem kur-mainzischen Deputirten beklagt, daß ihm auf die Notifikation von seiner Ankunft seitens der kurfürstlichen Abgeordneten kein Besuch zutheil geworden sei. Darauf habe der kur-trierische seine Visite abgestattet, dem Gravel aber kein anderes Prädikat als monsieur und vous gegeben. Erst am 28. Aug. machte darauf Aldenhoven seinen Besuch. — Düsseldorf. Die Brandenburger berichten am 17. (27.) August: Nur

Am 12. August übergab Gravel dem kur-mainzischen Direktorium ein Memorial, kraft dessen er die Beschwerden der Krone Frankreich wegen der Verletzungen des Friedensinstrumentes durch den Kaiser der Reichsversammlung unterbreitete. Am 14. ward es zu Diktatur gegeben. Gleichzeitig erhob sich ein Gerücht, der Kaiser stehe imbegriff, den Spaniern 12000 Mann den Rhein hinunter zum Sukkurs zu senden, und wolle auch dem Pfalzgrafen von Neuburg 6000 Mann leihen, damit er eine den Kurfürsten von Brandenburg wegen der Kriegsschäden des Jahres 1651 zu 400000 Thlr. verurtheilende Sentenz zum Vollzug bringen könne.[1]

Bald machte Gravel kein Hehl mehr daraus, daß er sich für seinen König des Beistandes etlicher deutschen Stände wohl versehe. Wen er damit meinte, konnte man mit Händen greifen: Mainz, Neuburg und überhaupt die Herren von der kölnischen Liga, daneben Braunschweig und Kassel, deren demnächst aufzunehmende Theilhaber.[2]

Aus dieser Interessengemeinschaft der Franzosen und der antikaiserlichen Oppositionspartei im Reich mußte eigentlich mit innerer Nothwendigkeit folgerichtig als Frucht die beiderseitige Vereinigung mit der Zeit heranreifen. Die Frage dürfte ohne Zweifel zwischen Gravel und Johann Philipp von Mainz in aller Frühe zurgenüge erörtert worden sein. Noch aber dünkte sie dem Letzteren nicht zeitgemäß, bevor auch die pro-

---

Mainz, Vorpommern (Schweden) und Hessen-Kassel hätten bisher den Gravel besucht, was daher rühre, daß er sich bei der Notifikation nur als Deputirten oder Residenten angegeben und einfach als monsieur Gravel bezeichnet habe. Mehl habe jedoch berichtet, daß er mit gleichen Kreditiven versehen sei, wie Avaugour und Vautorte beim letzten Regensburger Reichstage und auf dem Nürnberger Exekutionstage, und daß der Kurfürst von Mainz ihn für einen normalen Gesandten halte. Hierauf seien die Visiten erfolgt. Volmar und die Oesterreicher hätten dies sehr übel vermerkt. „Ehrenhalber" hatte Gravel auch Volmar seine Ankunft kundgethan; der aber beschied den französischen Sekretär sehr unhöflich mit dem Zusatze, „was das für ein Mann wäre, der das Memorial gegen J. Kais. M. aufgesetzt hätte, welches voller Lügen wäre?" Bericht der Brandenburger vom 7. (17.) September. — Berlin.

[1] Berichte Portmann's und Hübner's vom 3. (13.) und 10. (20.) August. Das letzterwähnte Gerücht bezeichnen sie selbst als unwahrscheinlich. — Berlin.

[2] Gegen Portmann und Hübner äußerte Gravel am 10. September: Sein König habe die besten Absichten auf Freundschaft und Korrespondenz mit den Ständen des Reichs, und beiden Theilen würde obliegen, dahin zu sehen, daß die Macht des Kaisers nicht zu groß werde, welches seiner Meinung nach Viele (innuens ecclesiasticos Electores et nonnullos alios catholicos) wohl begriffen, welche nunmehr anders sprechen würden, als sie vorher gethan hätten. Bericht der Brandenburger vom 7. (17.) September. — Berlin. Heyland notifizirte den Brandenburgern am 29. Sept., daß er expressen Befehl habe, das französische Memorial zu approbiren und die darin enthaltenen Desiderien bestens sekundiren zu helfen. Bericht Hübner's vom 21. Sept. (1. October). — Berlin.

testantischen Häuser beigetreten. Auch trug er wohl noch wirklich Scheu vor dem offenen Bruch mit dem Reichsoberhaupte. Denn schon durch die bloße Begünstigung der französischen Beschwerden waren er und Boineburg zu Wien bald genug „in's scharfe Register" gekommen. Oben schon sahen wir, was Boineburg hiervon dem Heyland zu berichten wußte, indem er zugleich verrieth, daß Frankreich mit großen Verheißungen unausgesetzt um seine Freundschaft werbe.[1] Noch aber wagte der Kurfürst über den Plan einer Herbeiziehung Frankreichs zur Allianz auch gegen die protestantischen Invitirten nicht mit offener Sprache herauszukommen, ja noch stellte er sogar als Norm für ihre große Defensionsverfassung die Wahrung des Gleichgewichtes, also der Neutralität zwischen Frankreich und Oesterreich auf, wußte auch wohl ab und zu mit einem kluggewählten Worte ein leises Frösteln vor etwaigen Gewaltstreichen Frankreichs gegen das Reich zu erregen, wodurch er, wie wir sahen, erreichte, daß der braunschweigische Gesandte die Weisung erhielt, sich mit Gravel auf gutem Fuße zu halten und alles zu meiden, was die Franzosen zu reizen geeignet sein möchte.[2] Und selbst dem Pfalzgrafen von Neuburg gegenüber glaubte Boineburg noch in den ersten Monaten des Jahres 1657 zu größter Behutsamkeit anrathen zu müssen, als der Feuereifer und die Ungeduld desselben zum Abschluß drängten.[3] Mit nichten paßte die jähe, ungestüme Politik des Pfalz-

[1] Bericht Heyland's vom 10. (20.) Februar 1657. — Hannover.

[2] Vgl. die Berichte Heylands und Badenhausens, beide vom 10. (20.) Februar 1657. S. oben.

[3] Es gewinnt den Anschein, als wenn damals ein Plan des Pfalzgrafen zu einer absonderlichen, zwischen ihm und Frankreich zu vereinbarenden Offensivliga gegen Oesterreich um den Preis der Kaiserkrone für sein Haupt bestanden habe. Zu bedauern ist, daß Chéruel, der das erste Streiflicht auf dieses Projekt fallen läßt, nicht mehr giebt. Nach ihm äußerte Johann Philipp von Mainz zu Gravel seine Bedenken gegen die Thronkandidatur des Neuburgers folgendermaßen: Er, der Kurfürst, sei zwar ein großer Freund des Pfalzgrafen, welcher alle für einen Kaiser erforderlichen persönlichen Eigenschaften besitze. Doch werde nichts den Interessen des Königs von Frankreich und denen des Pfalzgrafen selbst so präjudizirlich sein, als die Offensivliga, die man mit ihm projektire, weil der Kurfürst von Brandenburg und andere Fürsten daraus Mißtrauen schöpfen würden, obschon man sich noch so viele Mühe geben möchte, ihnen dieses zu benehmen. Dieselben würden dadurch nur veranlaßt, Anlehnung bei Oesterreich zu suchen, und der König von Ungarn würde nur Ursache gewinnen, Deutschland mit Heeresmacht zu überziehen. Der Abschluß eines solchen Vertrages sei also hinauszuschieben und nur das Projekt einer Verbindung zur Manutenenz des westphälischen Friedens festzuhalten, einer Verbindung, welche die Basis und der Grund aller Dinge sein müsse. Er, der Kurfürst, hoffe, daß eine solche Liga demnächst zur Thatsache werden würde, da im Juni (1657) die Vertreter der einzelnen hierfür geneigten deutschen Fürsten in Frankfurt zusammentreten würden. — Chéruel III, S. 88 und 89. Aus deutschen Akten: Boineburg

grafen, welche in der Verbindung mit Frankreich einen europäischen Krieg heraufzubeschwören gedachte und die rheinischen Alliirten zuerst mit hineingerissen haben würde, in das irenische System des Kurfürsten Johann Philipp.

---

schreibt an den Pfalzgrafen aus Würzburg am 28. Februar 1657: Gestern bin ich erst hier angelangt und Ihrer Kfl. Gn. alles ausführlich referirt, die in der Hauptsach gewaltig anstehen und solche, meisttheils recens emergentia fundamenta vor sich haben, daß ich sie selbst höchst erheblich und wichtig befinde. Ist deswegen in dem Werk ganz vorsichtig und langsamb zu gehen und sich in dieser weitaussehenden gefährlichen Sach durchaus nit zu praezipitiren. Dies schreibe ich in antecessum zur gehorsamsten Nachricht, mit unterthänigster Bitte, dies in Gnaden wohl zu nehmen und Sich ja einiger mit Kur-Mainz oder mit mir gehabt — oder vorhabender communication bei keinem Menschen, auch dem nit, so fortgereist ist, merken zu lassen. Denn dies Ding vor allen Dingen einer genauen secretezza nöthig hat, damit man wieder zurück kann, wenn's Zeit ist. Die Sach ist reiflich und sorgsamst zu überlegen und nit voreilig zu schließen, auch nit schließlich noch zur Zeit uf einige Wege herauszugehen, quia status non parum in publicis est mutatus. Praecauto par est opus .... (Er will mit dem in Frankfurt anwesenden Winkelhausen reden.) Interim umb Gottes willen in der bewußten Sach ja nit übereilt, sondern die conditiones und deren Sicherheit ja wohl gewahrt und langsam gegangen. Erinnere es aus treuem, devotsten Herzen, weil ich die Sach höchst bedenklich und im Nachsinnen gefährlich finde ut nil supra. — Am 7. März antwortet der Pfalzgraf, daß er, dem Rathe folgend, sich möglichster Vorsicht befleißigen wolle. „Die communication aber mit Kur-Mainz und dem Herrn wird unmöglich zu verbergen sein, zumalen der Herr Sich noch wohl wird erinnern, was in Seiner Gegenwart vor ein Schreiben an bewußte verschickte Person ist aufgesetzt und zugleich adjustirt worden, an die übrige zu Frankfurt anwesende und um das Werk Wissenschaft tragende Personen gelangen zu lassen, also daß hierinnen res nit mehr integra ist und gegen dieselbe die communication sich nicht bedecken kann, zudeme auch die für diesem mit denselben gepflogene und von dem Herrn vertraulich mir eröffnete Diskursen allbereit so weit gangen, daß sie die intentiones genugsamb daraus abnehmen können. Sonsten, so viel meine avisi lauten, so wird an bewußtem hohen Ort der Schluß der Zusammensetzung neben seinem Zutritt sehr verlanget, wie der Herr zweifelsohne von bewußten Personen vernommen haben wird." — Am 25. März verweist dann Boineburg wieder auf den Bericht des Kanzlers Winkelhausen, mit dem er in Frankfurt über diese geheime Sache geredet. „Hoffe zu Gott, E. F. D. werden in dem Grund der Sachen Selbst finden, daß es am sichersten, so noch zur Zeit zu thun gerathen worden. Damit ist das Hauptwerk zumal nit vergessen noch aus den Augen gesetzt, sondern die Gelegenheit wird sich nach und nach besser anfügen. Intelligenti satis. Es werden bald seltsame Sachen herauskommen. Cauto opus est. Das ärgste ist, daß man dienen und es nit sagen darf. Sufficit, quid fiat. Ich bin übel dran und muß mich hinten und vornen vorsehen. Verlasse mich uff E. F. D. Gnad." — Am 5. Mai 1657 schreibt Boineburg wieder: „Volmar schreibt mir vom heutigen Dato diese Worte „Hier gehet ein rumor, ob solle Landgraf Georg Christian einen Traktat mit Pfalz-Neuburg, nescio de qua armatura Herculana haben. Wann was daran, so wird's der Herr sonder Zweifel wissen". Hactenus ille. Die moralia sind leicht hieraus abzunehmen." — Düsseldorf. Eine besondere Spannung zwischen

Daß der Leiter der kur-trierischen Politik, Kanzler Anethan, gut spanisch gesinnt war, hiervon hatte Gravel sich bald überzeugen können; er hatte bei ihm in Sachen seines Memorials wenig Unterstützung gefunden und versuchte es nun mit Drohungen, welche sich auch gegen Kur-Köln richteten, von dem die Krone Frankreich trotz der vielen Summen, die ihr wohl schon damals die Gewinnung der Gebrüder Fürstenberg kostete, eben auch nicht ihre Pläne gegen Oesterreich nach Wunsch gefördert sah.[1] Auch die Spannung zwischen Mainz und Köln war die alte, von beiderseitigem Vertrauen noch längst keine Rede; Aldenhoven hat sich vergeblich bemüht, zu durchdringen, was wohl der Gegenstand der Berathungen Boineburgs mit dem in Frankfurt vorübergehend anwesenden Freiherrn v. Winkelhausen gewesen sein möchte.[2]

Da trat am 2. April 1657 das große Ereigniß ein, der Tod des Kaisers Ferdinand III., welches, wie die Verhältnisse nach allen Seiten hin lagen, einen Wendepunkt der politischen Entwickelung nicht bloß Deutschlands sondern ganz Europas heraufzuführen geeignet erschien. Dem Hause Oesterreich drohten unermeßliche Gefahren, da es, in den spanisch-französischen Krieg indirekt schon längst, in den polnisch-schwedischen soeben erst durch die Annäherung an Polen direkt verwickelt, sich seines Oberhauptes beraubt sah. Zwar gab man sich nach dieser Seite hin in der wiener Hofburg den geringeren Besorgnissen hin; denn man besaß gute Heerführer, Geld und frische Regimenter. Weit bedenklicher war der nunmehr vorauszusehende erbitterte Wahlkampf um die Kaiserkrone, welchen Frankreich gegen das ihm verhaßte Haus von langer Hand mit aller Kräfteanspannung bereits eingeleitet

---

Oesterreich und dem Pfalsgrafen war entstanden, als die kaiserlichen Minister im Herbst 1656 die vom Pfalzgrafen begehrte Zulassung zu den Verhandlungen mit Polen über eine Liga, der sich der Pfalzgraf Brandenburgs wegen anzuschließen gedachte, abgeschlagen hatten. Geht hervor aus einem Schreiben des polnischen Vizekanzlers Premisl an den Pfalzgrafen vom 9. Mai 1657. — Düsseldorf.

[1] Gelegentlich einer Unterredung mit Portmann äußerte Gravel, daß es im Falle einer französischen Diversion gegen Oesterreich und das Reich den Erzstiftern Köln und Trier wohl am ersten gelten und J. Kgl. M. ihre Feinde im Durchziehen oder, da sie sich sonst darin aufhalten würden, verfolgen würden. Er hätte ihnen remonstrirt, daß sie es viel zu früh erfahren möchten, da seinem billigmäßigen und in instrumento pacis fundirten Suchen nicht stattgegeben werden sollte. — Berlin. Obwohl Franz Egon v. Fürstenberg am 4. April 1657 den Aldenhoven anwies, vertraulichen Umgang mit Volmar zu pflegen, rieth er doch zugleich Vorsicht an, damit die Franzosen so viel als möglich in guter Freundschaft gehalten und darob keine jalousie zu schöpfen verursacht würden, sintemal man nicht wisse, wie sich die Konjunkturen anlassen möchten. — Düsseldorf. Es war die verlogene, zweizüngige Politik dieses von beiden Seiten bezahlten Staatsmannes.

[2] S. oben. — Relation Aldenhovens vom 27. März 1657. — Düsseldorf.

hatte. Und so viel hatten die Umtriebe der französischen Staatsmänner bereits bewirkt, daß man im Hause Habsburg der Kurstimmen nicht eben sicher war; unbedingt wenigstens nur derer Sachsens und Bayerns. Und letzteres wurde noch immer von Frankreich aus mit Sirenenstimme zum Abfall umworben. Des Pfälzers Haltung war dank dem reichlich gespendeten französischen Golde eine zweideutige, der Brandenburger noch immer mit Schweden verbündet, der Kurfürst von Mainz, wie man aus dem intimen Verkehr Gravels mit seinen Diplomaten und der Gestaltung der Dinge in Frankfurt abzunehmen vermochte, allem Anschein nach für Frankreich gewonnen. Und ihm verbündet die Kurfürsten von Köln und Trier, und ebenso ansehnliche Glieder des deutschen Fürstenstandes. Eine Vergrößerung der rheinischen Allianz durch Elemente, welche seit längerem eine dem Hause Oesterreich oppositionelle Haltung einzunehmen beliebten, war vor der Thüre, ein Anschluß derselben an Schweden-Brandenburg nur eine Frage der Zeit. Man sieht, wie sehr unter diesen Verhältnissen die Bedeutung der Rheinbundverhandlungen stieg.

Mehr oder minder waren fast alle Theilnehmer an den letzteren im antiösterreichischen Heerlager zu finden[1] oder doch wenigstens bereit, eine Stellungnahme für das Haus Habsburg von der Beseitigung vielfacher Beschwerden und Erfüllung verschiedenartiger Wünsche abhängig zu machen, eine österreichische Wahl nur unter den verklausulirtesten Bedingungen zuzulassen, die einer Knebelung der wiener Politik gleich gekommen sein würden.

Hier wußte nun Mazarin und in seinem Auftrage Gravel trefflich den Hebel anzusetzen. Am 29. April 1657 empfing Letzterer den Auftrag, mit den Kurfürsten und Fürsten des Reiches alle zum Schutze des westphälischen Friedens nothwendigen Vereinbarungen vorzubereiten und zu schließen.[2] Denn des Landgrafen Georg Christian von Homburg Bemühungen wollten die Sache um keinen Schritt weiter bringen.[3] Um

---

[1] Nur der Bischof von Münster, offenbar in der selbstsüchtigen Tendenz, sich von vornherein der kaiserlichen Autorisation zur Unterdrückung der ihm aufsässigen Stadt zu versichern, hielt sich, wenn auch wohl verhüllt, an die habsburgische Partei. Schon am 8. Mai 1657 ertheilt er dem Bisping in Frankfurt die Ordre, in der Wahlfrage „der Oesterreichischen Interesse beizupflichten und bei derselben Gesandtschaft unsere zu solchen hochlöblichen Erzhauses Gedeihen und Aufnehmen tragende beständige Devotion zu kontestiren". — Münster.

[2] Valfrey S. 160.

[3] Gise hatte eine Zusammenkunft mit ihm (er bezeichnet ihn nicht direkt, spricht aber zweifellos von ihm) zu Köln, worüber er am 7. Mai dem Pfalzgrafen berichtet: Der Landgraf habe sich über den Grafen Egon beklagt, daß er die von Frankreich empfangenen 30,000 Thlr. vergessen und jetzt für Oesterreich stehen wolle; er werde sich nicht allein bei dem Grafen selbst sondern auch dem Kurfürsten, dessen Herrn, im

so erfolgreicher ließen sich diejenigen Gravels am mainzer Hofe an. Die Oesterreicher und auch verschiedener katholischen Stände Deputirte in Frankfurt wunderten sich nicht wenig, daß nicht allein im Erzstift sondern auch in der Stadt Mainz selbst unter den Augen des Kurfürsten die französischen Werber ihre Trommel rühren durften und ihre Offiziere fast täglich am kurfürstlichen Hofe gastirt wurden.[1] Gravel selbst kam und ging ab und zu; man vermied dann gern das Zusammentreffen zwischen ihm und den Vertretern anderer Mächte.[2] Das Ergebniß dieser Zusammenkünfte war wohl eine neue diplomatische Rundreise Boineburgs in den zwanziger Tagen des Maimonats. Eine Fülle der allerwichtigsten Fragen gab Veranlassung genug zu vertraulichen Besprechungen unter den Staatsmännern jener Tage: ob der Reichsdeputationstag mit dem Tode des Kaisers erloschen, ob er fortzuführen oder bis nach Vollendung des Wahlgeschäftes zu verschieben sei, die Wahlfrage selbst und die Besprechung der verschiedenen Kandidaturen des Königs von Ungarn, des Erzherzogs Leopold Wilhelm, des Kurfürsten von Bayern, des Pfalzgrafen von Neuburg und selbst des Königs von Frankreich, der Streit um's Reichsvikariat, die andern Zwistigkeiten der einzelnen Stände unter sich, die Forderungen der nicht kurfürstlichen Glieder des Reiches und die Stellungnahme des Reiches und seiner einzelnen Stände zu allen den tief erregenden, einschneidenden Fragen der auswärtigen Politik, unter den Betheiligten nicht in letzter Reihe die Frage wegen der Allianz, auch mit Frankreich.

Denn diese gewann nunmehr immer greifbarere Gestalt. Nicht allein bei den drei geistlichen Kurfürsten, deren Stimmung Gravel dem Plane nicht eben abgünstig zu finden glaubte,[3] sondern auch bei

---

Namen der Krone Frankreich noch heute beschweren. Dem Verlangen des Landgrafen nach Ueberlassung der neuburgischen Völker für Frankreich wich Gise, vermuthlich auf Weisung des der Abmahnungen Boineburgs gedenkenden Pfalzgrafen, aus. Georg Christian gerieth in Unwillen, hatte sich überhaupt gleich von Anfang an „etwas unlustig erzeiget". Gise verspürte diesmal auch bei ihm „keine besondere Begierd, daß Ihre F. G. mit E. D. sich zu sehen verlangen". — Düsseldorf.

[1] Bisping an den Bischof von Münster am 15. Mai 1657. — Münster.

[2] Vgl. U. A. VIII, 438. Portmann war wegen der Auflösung des Deputationstages vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm nach Mainz beordert worden. Am 6. (16.) Mai hatte er Audienz. Beim Abschied merkte er, daß man seine Abreise noch am selbigen Tage wünsche, weil am Abend vorher Gravel zu Kastell am anderen Rheinufer angekommen sei und sein Erscheinen angemeldet habe; vermuthlich, meinte er, sehe der Kurfürst ein Zusammentreffen Jenes mit ihm auf dem Schlosse nicht gern.

[3] Seine Berichte über die Erfolge seiner Bemühungen lauteten hoffnungsreich (Valfrey S. 97, Chéruel III, S. 103), namentlich in Ansehung der Kurfürsten von Mainz und Trier, auf welchen letzteren Mazarin freilich von vornherein das geringste

einzelnen der Protestanten, denen von französischer Seite höchst vorsichtig eine derartige Idee nahegelegt wurde. Wie beispielsweise dem Kurfürsten von Brandenburg, an dessen Hofe der anstelle de Lumbres' nun beglaubigte Botschafter Blondel im antiösterreichischen Sinne einer Liga zwischen Brandenburg, Schweden und Frankreich das Wort zu reden angewiesen ward,[1] und auch dem Landgrafen von Hessen-Kassel, an dessen Minister Krosigk sich der Kardinal selbst mit stattlichen Verheißungen gewandt hatte.[2] Im Hause Braunschweig war man ohnehin aus Angst französisch gesinnt.[3] Und was die Krone Schweden anbelangt, so darf bei ihrem ununterbrochenen diplomatischen Verkehr mit

---

Vertrauen setzte (Chéruel, III 90). Geldversprechungen scheinen eine Hauptrolle gespielt zu haben. Der Kardinal wollte es sich eine Million kosten lassen; damit werde man jetzt Dinge erreichen, die man sonst in Jahrhunderten nicht zu erhoffen vermöchte (Chéruel III, 85). Betreffend die Anerbietungen für Kur-Köln s. Valfrey S. 99, für Trier s. Chéruel III, 90. Daß der Kurfürst von Mainz im Mai und Juli 1657 allein mehr als 200,000 Livres von Frankreich bezogen, behauptet Valfrey nach französischen Akten S. 112 Anm. 1.

[1] Instruktion für Blondel vom 21. Juni 1657. — U. A. II, 126.

[2] Krosigk an Badenhausen am 12. (22.) Mai 1656: Was dünkt meinem Herrn, daß mir der Kardinal zum drittenmale und inständig mit den festesten Promessen in der Welt für J. F. G. und mich in particulari zugemuthet, eine Reise in Frankreich zu thun? Ich wäre überall gern hingegangen, allein wir haben zu Kassel gut gefunden, mich mit dieser Reise zu entschuldigen. Es wurde vorgegeben, man hätte Sachen zu kommuniziren, die der Feder nicht zu vertrauen, id est Krieg gegen Oesterreich, und das dient in unsern Kram nicht. Und scheint wohl, Frankreich suche nunmehr Deutsche an sich zu ziehen, nachdem der calculus in Italien falsch gemachet worden. Bayerns will es ja versichert sein und mit Brandenburg ist es richtiger als richtig, der möchte aber noch selbst in Preußen genug zu thun finden. So dringen die Franzosen auch stark auf den Frieden zwischen Polen und Schweden, um sich dieser gegen Oesterreich zu bedienen. Kann also endlich wohl sein, daß man zu Wien denkt: melius est praevenire quam praeveniri. Die Korrespondenz mit dem Kardinal wird aber kontinuirt. Kommt Zeit, kommt Rath. Alles ist in höchstem Geheim. — Marburg.

[3] Heyland hatte schon im März 1657 ein besonderes Kreditiv für Unterhandlungen mit Gravel erhalten, um von diesem Gewißheit zu erlangen, wie die Krone Frankreich gegen Deutschland und die Stände des Reichs im allgemeinen wie im besondern gesinnt sei und „wohin ihre Intentionen zu Konservation der Freiheit und der evangelischen Stände bei jetzigen actionibus gerichtet und ob man sich eines Einbruchs gegen den Elsaß auch andre am Rhein und derorts gelegne Stände zu besorgen und wer die etwa sein möchten". An einem guten Einverständniß mit dieser Krone sei dem Hause Br. und allen Evangelischen viel gelegen. Gravel sei an das alte Vertrauen zwischen Frankreich und dem fürstlichen Hause zu erinnern und der Fortdauer desselben seitens des letzteren zu versichern, wie man auch die Zuversicht habe, daß es auch die Krone an gutem Willen und beständiger Mitwirkung zu Erhaltung des aequilibrii im Reich nicht fehlen lassen werde. Erlaß der Herzöge an Heyland vom 12. (22.) März 1657. — Hannover. Köcher S. 227.

dem französischen Kabinette und ihren ungefähr gleichen Tendenzen unbedenklich eine Kenntniß der auf eine solche Allianz gerichteten Pläne Mazarins und eine Zustimmung zu denselben bei ihr von vornherein vorausgesetzt werden.

Kurze Zeit vor dem Beginne der Hauptverhandlungen zu Frankfurt hat Gravel bei den drei geistlichen Kurfürsten einen direkten Antrag auf Miteinnehmung der Krone Frankreich gestellt. Es geht dies hervor aus der Anfrage, welche der Vertreter des Kurfürsten von Trier, Dr. Buschmann an die kur-mainzischen Gesandten richtete: ob es denn ihre Meinung sei, daß man von dem Anbringen Gravels schon jetzt den neuburgischen und münsterischen Gesandten Mittheilung zu machen habe oder damit warten solle, bis der Franzose selbst sich dazu anschicke. Der kur-kölnische Deputirte Aldenhoven, der von einem solchen Antrage nichts wußte, bat um Aufklärung und Weisungen,[1] die ihm wohl nicht vorenthalten wurden.[2] Vierzehn Tage später spricht der Kurfürst Max Heinrich in einem Erlasse an ihn von dem Antrage Gravels als einer ihm bekannten Thatsache. Er räth dabei von einer vorläufigen Mittheilung an Neuburg und Münster ab. Es sei doch eine Sache von großer Weitläufigkeit, woraus allerhand Ungelegenheiten entstehen könnten. Gravel sei mit seinem Ansuchen an die einzelnen Prinzipale zu verweisen, da es dann Zeit und Gelegenheit geben werde, darüber nachzudenken und mit den Interessenten in Berathung zu treten.[3]

In den Tagen, an welchen dann endlich der Zusammentritt der Gesandten aller zum Allianzwerk berufenen deutschen Fürsten erfolgen sollte, wurde auch im Kabinette des Kardinals Mazarin an der Instruktion gearbeitet für die solenne Gesandtschaft, welche am Wahltage zu Frankfurt die französischen Interessen vertreten und den diplomatischen Krieg gegen das Haus Oesterreich offen und insgeheim mit allen Waffen führen sollte.[4] Ausersehen zu dieser Mission waren der mit den innersten Gedanken des Kardinals wohlvertraute, geriebene Marquis von Lionne und der Marschall Herzog von Gramont, der mit dem festen Schritt des Soldaten die geschmeidigen Formen des Lebemannes verband. Der Kardinal trug ihnen auf, die Wahl eines Habsburgers zu bekämpfen, dafür aber diejenige des Kurfürsten von Bayern oder des Pfalzgrafen von Neuburg durchzusetzen,[5] oder, falls dies nicht angehe, die Hände

[1] Alles nach seinem Bericht vom 1. Juli 1657. — Düsseldorf.

[2] Nichts bei den Akten.

[3] Erlaß des Kurfürsten vom 14. Juli 1657. — Düsseldorf.

[4] Chéruel III, 103 und 104.

[5] Daß die Kandidatur Ludwigs XIV. nicht ernstlich in der Absicht Mazarins gelegen habe, gesteht auch Chéruel zu. S. auch die gewandte Darstellung der Wahlgeschichte durch G. Heide, Forschungen XXV.

des zu Erwählenden durch eine Kapitulation zu fesseln, welche ihn hindern würde, zum Schaden Frankreichs in den Bahnen des verstorbenen Reichsoberhauptes zu wandeln. Sodann aber wurde in zweiter Reihe den Vertretern der Krone die Beförderung einer Allianz zur Pflicht gemacht, welche neben Frankreich und, wie man sich's natürlich dachte, unter seinem Patronat alle diejenigen deutschen Fürsten in sich vereinen sollte, welche dem Hause Habsburg widerstrebten. Was an Grundzügen und positiven Angaben über Ziele und Wesen einer solchen Allianz den Gesandten eingebunden wird, lautet so übereinstimmend mit dem uns bekannten Programm der kölnischen Ligisten und des Kurfürsten von Mainz, daß man nur annehmen kann, der Kardinal folge hierin den ihm durch Gravel etwa übermittelten Mittheilungen von ligistischer Seite, vermuthlich solchen des Kurfürsten Johann Philipp selbst.[1] Nur daß offen und unzweideutig die absolute Theilnahme der Alliirten an der antiösterreichischen Tendenz der französischen Politik zur Hauptbedingung des Beitrittes der Krone gestempelt werden soll.[2]

Bevor Gramont und Lionne ihren Einzug in das deutsche Reich hielten, schickte der Kardinal, welchem die Haltung des kur-kölnischen Hofes mit den großen Versprechungen und Aufwendungen, die man es dort sich bisher hatte kosten lassen, nicht im richtigen Verhältnisse zu stehen schien, einen Spezialkommissar, den Grafen Vagny, Gouverneur von Bouillon, den er anwies, vor allem durch neue Geschenke und Versprechungen sich der Geneigtheit des Grafen Franz Egon von Fürsten-

---

[1] Instruktion d. d. la Fère 29. Juli 1657, verfaßt von Servien, dem einstigen Vertreter Frankreichs bei den Verhandlungen um den westphälischen Frieden, nach Angaben Mazarins auf grund diesem aus Deutschland zugegangener Berichte. Sehr zersplitterte Angaben bei Valfrey S. 76 ff., 158 und 161 und bei Chéruel III, S. 98 ff. Gewünscht wird ein Generalrath mit einem Generaldirektor (Pfalzgraf von Neuburg), Regelung der Kontingente, Abgehen von der konfessionellen Einseitigkeit. Am wichtigsten erscheint die Forderung, daß Keiner aufgenommen werden dürfe, der den Frieden von Münster verletzt hätte (also Oesterreich), bevor er den dadurch verursachten Schaden thatsächlich erstattet habe. Die Aufnahme Schwedens und Brandenburgs wird als unerläßlich bezeichnet.

[2] Der betreffende Passus in der Instruktion lautet nach Valfrey S. 161: Sur toutes choses, il faut bien éviter que les Electeurs, qui se veulent faire croire amis de Sa Mté., ne soient persuadés qu' Elle sera contente et satisfaite si, avant l'élection, ou à l'instant qu'elle sera faite, ils font entre eux des associations où ils fassent entrer d'autres princes, tant catholiques que protestants, et où même ils reçoivent Sa Mté. . . . car, outre que ces précautions ne servent de rien . . . . ., elles regardent plutôt la sûreté des autres que celle de Sa Mté. en particulier, et n'empêcheraient jamais que la maison d'Autriche, qui ne fait aucun compte des lois, ni des traités, n'entreprenne à l'avenir contre la France tout ce qu'il lui plaira.

berg und seines Bruders Wilhelm, der leitenden Elemente am Hofe des Kurfürsten Max Heinrich zu versichern.[1] Es geschah dies wohl um die Mitte Mai 1657 und wurde wohl in erster Linie hierbei von der Wahlfrage, jedenfalls aber auch von dem Allianzprojekt viel geredet. Denn immer untrennbarer stellte sich der Zusammenhang beider auf die Dauer heraus.

Die Kandidatur des jugendlichen Sohnes des Kaisers Ferdinand, des Königs Ignaz Leopold von Böhmen-Ungarn wurde auf's erbittertste von den Franzosen bekämpft. Graf Franz Egon von Fürstenberg hatte geglaubt, für diejenige eines anderen Habsburgers sie noch eher gewinnen zu können. Kurze Zeit nach des Kaisers Tode hatte er sich an des Königs Oheim, den friedliebenden Erzherzog Leopold Wilhelm gewandt, um ihn zu bestimmen, daß er sich um die erledigte Kaiserkrone bewerbe. Diese wäre dann dem nun einmal sanktionirten Herkommen gemäß, an welchem zu rütteln eben doch im Grunde allen Kurfürsten Scheu beiwohnte, beim Hause Habsburg geblieben und die maßvollen Gesinnungen des in hervorragendem Grade beliebten Erzherzogs schienen keinerlei Gefahren für eine Weiterentwickelung der Dinge nach dem Beispiel der Regierung des verstorbenen Reichsoberhauptes in Aussicht zu stellen, wie auch der Krone Frankreich schließlich diese Kandidatur schon deswegen nicht eben unannehmbar gewesen sein würde, weil sie den Samen der Zwietracht in die habsburgische Familie streuen mußte.[2] Vorerst aber hielt Mazarin an den Personen seiner Wahl fest, und zwar neuerdings in sehr bemerkbarer Weise an derjenigen des Pfalzgrafen von Neuburg. Für dessen Kaiserkandidatur zu wirken, war eine besondere Aufgabe der Mission Vagnys gewesen. Einige Wochen nach diesem stellte sich am kur-kölnischen Hofe ein nur zu den wichtigsten Aufträgen verwandter Staatsmann des Pfalzgrafen, der Oberkanzler von Winkelhausen ein. Wie von ungefähr erschien er als Durchreisender am 14. Juli zu Brühl, wo der Kurfürst gerade residirte, ließ sich anmelden und wurde vom Obersthofmeister, dem Grafen Egon im Hofgarten empfangen. Die freundlichste Begrüßung wurde ihm hier zutheil. Der Graf meinte, der Herr erscheine wie gerufen, da man eben imbegriff sei, an den Pfalzgrafen über die Vorgänge bei der Anwesenheit des Grafen Vagny

[1] Von Ennen, dem Einzigen, der von dieser Sendung (aus französischen Akten) Nachricht gibt (in s. Werke „Frankreich und der Niederrhein" S. 155 und 159) wird dieser Emissar Graf Wagner genannt. Valfrey und Chéruel wissen nichts von dieser Sendung zu berichten und ich fand auch nur die eine Hinweisung im Düsseldorfer Archiv (jülich-bergische Abtheilung). Heide, a. a. O. S. 8 nach Akten des bayrischen Staatsarchives in München. Er nennt den Grafen Vagnée.

[2] S. zu dem ganzen Projekt Ad. Wolf, Fürst Wenzel Lobkowitz S. 86 und 87.

Bericht zu erstatten.[1] Der Abgesandte des Kardinals habe, weil der Kurfürst von Bayern sich durchaus nicht zur Kaiserkrone entschließen wolle, auf Befehl des Königs Ludwig vorgeschlagen, nunmehr für den Pfalzgrafen einzutreten. Hierauf habe sich der Kurfürst Max Heinrich endgültig noch nicht entschließen können, sondern erst den Erfolg der Reise Boineburgs und des Grafen Wilhelm von Fürstenberg nach München[2] erwarten wollen. Doch werde, wie Graf Egon versicherte, der Kurfürst endlich wohl in die Person des Pfalzgrafen willigen. Mit Verlangen erwarte man die Wiederkunft des Grafen Wilhelm, da der König von Frankreich habe bedeuten lassen, daß derselbe zu ihm nach Sédan abgefertigt werden möchte, wenn Graf Egon diese Reise, die er der König doch wünsche, zu thun verhindert sein würde. Wenn er von München zurückkehre, werde Wilhelm also unverweilt aufbrechen. Auf die mit den Kurfürsten von Mainz und Trier stattgefundene Konferenz zu Kärlich übergehend, bei welcher er den Kurfürsten Max Heinrich vertreten hatte, berichtete Fürstenberg sodann, daß jene Beiden wegen ihres Votums bei der Kaiserwahl sich nicht bloßgegeben hätten. Und was nun gar „die vorhabende Defensivallianz" angehe, so sei dieselbe dem Kurfürsten von Trier „gar suspekt und zuwider". Der Kanzler Anethan habe ein mehrere Bogen starkes Memorial mit Gegengründen aufgesetzt und zu Kärlich vorgelegt. Finalresolutionen in einem wie im anderen würden jedoch von der Antwort abhängen, welche Wilhelm Fürstenberg und Boineburg aus München mitbringen würden.

Nach einem guten Trunke setzte Winkelhausen seine Reise fort, nach Kärlich zum Kurfürsten Karl Kaspar von Trier, bei welchem er am 16. Juli eintraf. Zur Audienz zugelassen, überreichte er dem Kurfürsten ein Handschreiben des Pfalzgrafen. Die erste Frage des Kurfürsten war, ob denn der Pfalzgraf der Allianz halber mit Frankreich sich resolvirt hätte. Die Antwort lautete: „Ja, insoweit als es die mitalliirten Fürsten gut befänden, wäre es aufseiten des Pfalzgrafen eine beschlossene Sache." Dagegen der Kurfürst: „Das ist gut, aber Kur-Mainz hat mir gesagt, Ihre Lbd. seien resolvirt, allein mit Frankreich sich zu alliiren, wenngleich die Anderen nicht wollen." Und auf die

[1] Fürstenberg erzählte dem Oberkanzler von Vagny's Verrichtung, gab aber nicht alles wieder, sondern bezog sich auf den von Kur-Köln in Aussicht gestellten eigenen Bericht an den Pfalzgrafen. Diese und alle weiteren Angaben aus dem sehr ausführlichen Berichte des Winkelhausen über seine Reise an die Höfe der Kurfürsten von Köln und Trier aus Godenau d. 21. Juli 1657. — Düsseldorf.

[2] Die Reise galt einer nochmaligen Pression auf den Kurfürsten von Bayern hinsichtlich des Planes seiner oder des Erzherzogs Leopold Wilhelm Kandidatur in der Wahlfrage. cf. Ad. Wolf S. 81. Heide, S. 13 und 16.

Entgegnung Winkelhausens, daß soweit seines Herrn Resolution nicht gegangen wäre: „So ist's gut".

Dem Kurfürsten Karl Kaspar also schien das Bündniß mit Frankreich nicht genehm. Soviel merkte der neuburgische Gesandte; doch, anstatt sich in Verwirrung setzen zu lassen, beschloß er, nur mit um so größerer Behutsamkeit den wahren Sinn Jenes zu erforschen. Dazu zeigte sich bald die Gelegenheit, nachmittags in den Gemächern des Kurfürsten sowie im Hofgarten, wo Beide in ernste Gespräche vertieft am Abend zwei und am folgenden Morgen in aller Frühe von 4 Uhr ab drei Stunden umherwandelten. Aus allem, was hier der Kurfürst äußerte, konnte Winkelhausen abnehmen, daß derselbe nur für Oesterreich gestimmt sei. Auf Frankreich, so hatte er im tiefsten Vertrauen bemerkt, ginge keiner von den geistlichen Kurfürsten, dessen könne er ihn versichern. Für Bayern hatte er keine Neigung verrathen und zu berichten gewußt, daß zu dessen Wahl auch Kur-Mainz keine Lust habe. Hinsichtlich des Pfalzgrafen stünde im Wege, daß dessen Lande die Lasten der kaiserlichen Würde nicht möchten ertragen können. Diesem Bedenken suchte Winkelhausen mit der Bemerkung zu begegnen, daß man diesen Mangel durch etliche Römermonate würde ersetzen können, wie denn auch Snoilsky gegen Fürstenberg geäußert hätte, daß, falls die Wahl auf einen weniger bemittelten Reichsfürsten sollte gelenkt werden, die Protestanten keine Schwierigkeiten erheben würden, wenn man zu dessen Unterstützung jährlich einige Römermonate würde bewilligen wollen. Der Kurfürst von Trier aber hatte gemeint, daß es sich übel schicken würde, wenn ein Kaiser von solchen Bewilligungen würde leben und sein Amt führen wollen; und, wenn ein oder der andere Fürst, zumal von den mächtigeren, nicht zahlen wollte, würde er schwerlich durch Exekution dazu können gewungen werden. Auf die Frage, ob denn der Pfalzgraf die Krone annehmen werde, antwortete Winkelhausen: „Eine solche Dignität zu rekusiren, würde eine große Tentation sein. Ich aber wüßte wohl, daß E. F. D. Sich dergestalt in den Willen Gottes ergeben hätten, daß, wofern die Herren Kurfürsten dafür halten würden, daß Dieselbe pro gloria dei et bono imperii operiren könnten, Sie Sich Gewissen machen würden, den Kurfürsten aushanden zu gehen, sondern vielmehr und lieber Alles, was Sie haben, dabei aufzusetzen." Der Kurfürst hatte dann mit der Bemerkung abgebrochen, daß die Wahl wohl so geschwind nicht vor sich gehen würde, wie auch der Kurfürst von Mainz glaube; es werde Zeit verstreichen, bis man sich verglichen habe.

Schon auf der Heimreise begriffen, erhielt Winkelhausen zu Tönnisstein die Aufforderung, nochmals nach Kärlich zurückzukehren, wo er am sinkenden Abende des 19. Juli wieder eintraf. Der Kurfürst ließ ihn

sofort vor, begrüßte ihn in sehr vertraulicher Weise und brachte die Rede ohne Umschweife wieder auf die künftige Kaiserwahl. Durch die huldreiche Behandlung gewann der Oberkanzler den Muth, rückhaltslose Eröffnungen zu geben. „Es sei nicht ohne", erklärte er, daß Etliche dem Pfalzgrafen, seinem Herrn, Hoffnung zur römischen Krone machten. Derselbe müsse nun wissen, ob dies ernst und redlich gemeint sei, damit er danach sein Handeln einrichte. Er bitte daher den Kurfürsten um reinen Wein.

Karl Kaspar forschte, wer es denn sei, der solche Hoffnungen erwecke? vielleicht der Kurfürst von Mainz? Winkelhausen antwortete: Nicht eigentlich dieser, aber der König von Frankreich habe durch den Grafen Vagny bei dem Kurfürsten von Köln des Pfalzgrafen Person gar eifrig empfehlen lassen. Graf Fürstenberg zeige sich auch nicht abgeneigt und stelle des Kurfürsten Einwilligung in Aussicht.

Hierauf zeigte der Kurfürst von Trier ein Schreiben Fürstenbergs vor, welches die von Winkelhausen gemachten Angaben durchaus bestätigte. In diesem Schreiben hatte der Graf unter anderm gebeten, wegen dieser Angelegenheit des Kurfürsten Bruder, den Domherrn von der Leyen nach Bonn oder Poppelsdorf behufs näherer Beredungen zu entsenden.

Mit seiner eigenen Ansicht hielt Karl Kaspar noch zurück. Als Winkelhausen aber am nächsten Morgen in aller Frühe im Garten sich erging, gesellte sich der Kurfürst zu ihm. Derselbe trug ihm im Laufe der Unterhaltung auf, er möge doch dem Pfalzgrafen sagen, daß die Wahl gar wohl auf ihn fallen könne. Sein Bruder, der genannte Domherr, sei in der Nacht von dem Besuche bei Fürstenberg zurückgekehrt und habe berichtet, daß er bei diesem gute Stimmung vorgefunden habe. Wenn die Oesterreicher dem Erzherzog Leopold Wilhelm durch Einräumung von Landen und Leuten die Möglichkeit zur Wahl nicht verschaffen wollten, so würde es sich mit dem Pfalzgrafen vielleicht gar wohl schicken, zumal da Bayern zur Krone keine Lust trüge.

Im Hinblick auf das Allianzprojekt hat dann der Kurfürst zu wiederholten Malen erklärt, daß er keinen Gefallen daran habe, obschon er sich von der Majorität nicht absondern wolle und könne. Er empfinde es übel, daß der Kurfürst von Mainz so versteckt und nicht offenherzig genug in dieser Sache verfahre. Die Dinge kämen alle erst zu seiner Kenntniß, wenn sie bei Mainz und Köln beschlossen wären.

Kanzler Anethan hatte dem Freiherrn von Winkelhausen einen Allianzentwurf in lateinischer Sprache vorgewiesen, den man auf der Konferenz zu Kärlich mit dem Bemerken auf den Tisch gelegt hatte, daß der Pfalzgraf den Aufsatz schon gutgeheißen habe

Am trierischen Hofe hatte man davon vorher keine Wissenschaft gehabt.[1] Kurfürst Karl Kaspar hatte mit Beziehung hierauf geäußert, das sei doch kein richtiges Verfahren, die Sache verdiene, daß darüber sämtliche Alliirte in pleno zurathe gingen, nicht aber, daß Einer vorder Andere nachher von Mainz herbeigezogen würde. Deshalb habe er Niemanden von den Seinigen zu der Schickung nach München hergegeben, auch weder Boineburg noch Fürstenberg dafür instruiren wollen. Die augenblicklich bemerkbare große Vertraulichkeit zwischen Boineburg und Franz Egon sei nicht unbedenklich.

Als Endergebniß seiner Verrichtung am kurtrierischen Hofe glaubte trotz alledem der Oberkanzler von Winkelhausen in seinem Berichte an den Pfalzgrafen feststellen zu dürfen, daß er den Kurfürsten ungeachtet der Stimmung seiner vornehmsten Räthe werde dazu bewegen können, wonach der Pfalzgraf Verlangen trage. Man werde jedoch dahin bedacht sein müssen, diese Räthe zu „rekompensiren", denn er (Winkelhausen) wisse, was Andere für Anerbietungen machten, weshalb er auch schon in allgemeinen Ausdrücken sich „als etwas habe vernehmen lassen, worin er verhoffe nicht zu viel gethan zu haben."[2]

Vergebens diese Zuversicht. Ein eigenes Mißgeschick war es, daß fast in dem Augenblicke, als Winkelhausen aus Kärlich schied, des Königs Leopold von Böhmen-Ungarn Gesandte dort eintrafen, Fürst Wenzel Lobkowitz und Volmar.[3] Was konnten die unbestimmten Versprechungen des Neuburgers gegen die baaren Summen bedeuten, welche die Oesterreicher am trierischen Hofe mit vollen Händen ausstreuten?[4] Und auch

---

[1] Es ist sehr zu beklagen, daß über diese Konferenzen zu Kärlich, auf denen das Projekt der Allianz mit Frankreich zum ersten Male Gegenstand gemeinsamer Berathungen der drei geistlichen Kurfürsten gebildet hat, keinerlei Aufzeichnungen zutage liegen. Der Entwurf der Bundesnotel war wohl von Boineburg mit Gravel verabredet und schon an Köln und Neuburg vor dem Kärlicher Tage mitgetheilt. Ja, es scheint, als wenn zwei verschiedene Entwürfe vorgelegen hätten. Am 5. August übersendet Matthias Korff-Schmising dem Bischof von Münster aus Bonn „das Vorbedenken, welches Kur-Trier bei den vorgehabten beiden französischen Traktaten aufsetzen lassen". — Münster.

[2] Eine den trierischen Hofkreisen nahestehende Persönlichkeit Achaz Freiherr v. Hohenfeld berichtet am 19. (29.) Juli 1657 dem Grafen Wilhelm Friedrich von Nassau-Diez nach Holland: Frankreich feiert nicht, Neuburg zum Kaiser zu machen, hat in Frankfurt viel Geld und Kur-Trier ein großes angeboten, das aber nichts angenommen hat. Kur-Köln wird ganz von Fürstenberg regiert, der für Frankreich ist wegen des Bisthums Straßburg. Kur-Mainz sind von Frankreich 100,000 Pistolen angeboten. — Wiesbaden.

[3] Ad. Wolf, S. 79. Winkelhausen selbst wußte, daß diese Gesandtschaft unmittelbar nach ihm erwartet wurde.

[4] Ad. Wolf, S. 91. Der Kurfürst erhielt 15,000 fl., später im Januar 1658

Frankreich ſelbſt hat mit ſeinen Anerbietungen[1] dem Hauſe Oeſterreich den Rang hier nicht abzulaufen vermocht, oder vielmehr — es kam zu ſpät. Man hätte den Kurfürſten und ſeine Räthe nicht geringſchätzen und um deren guten Willen ſich früher bewerben ſollen. Die ihnen widerfahrene Vernachläſſigung hat ſich in der Wahlfrage wie bei der Allianz böſe bezahlt gemacht.[2]

Am 19. Auguſt 1657 zogen die Geſandten der Krone Frankreich, Gramont und Lionne, mit ſtattlichem Gepränge nebſt anſehnlichem Gefolge zu Frankfurt, der Wahlſtadt, ein.

21.

Die Aufnahme der Hauptverhandlungen. Frage wegen Zulaſſung der Vertreter Schwedens und Brandenburgs.

Das erſte Geſchäft der braunſchweigiſchen und heſſiſchen Abgeordneten nach ihrer Ankunft in Frankfurt galt dem Abſtatten und Wiederempfangen der unerläßlichen Beſuche, bei welchen mit den Vertretern der Invitanten nur ſteife Höflichkeitsreden gewechſelt wurden.[3] Eine größere Vertraulichkeit offenbarte ſich unter den Proteſtanten im engeren Kreiſe, und zwar ſo, daß Canſtein von Braunſchweigern und Heſſen vor Snoilsky bevorzugt wurde. Letzterer hatte nämlich weder Vollmacht noch Inſtruktion aufzuweiſen, wie denn auch König Karl Guſtav auf die Notifika-

---

noch 12,000 Thlr., ſein Bruder 4000, Anethan, der ſchon von Ferdinand III. bis zu 15,000 erhalten hatte, noch 3000, ſpäter noch einmal 6000 fl.

[1] Valfrey S. 114.

[2] Eine beſondere Andeutung über die Gründe des trierer Kurfürſten zu ſeiner Zurückhaltung gegenüber den Franzoſen ſ. bei Leonardy, Geſch. des trier. Landes und Volkes, 2. Ausgabe, S. 794 und 795. Danach beſtanden Differenzen zwiſchen dem Erzbiſchof und der Krone Frankreich wegen Ausübung der der Metropolitankirche in Trier zuſtehenden Rechte in den von Frankreich einverleibten Biſthümern Metz, Toul und Verdun, um deren Lostrennung von der Metropole ſich der franzöſiſche Hof in Rom bemühte. S. näheres daſelbſt über die bezüglichen Verhandlungen, welche erſt 1661 mit dem endlich erfolgenden Eintritte Triers in die rheiniſche Allianz zu deſſen Gunſten ihre Erledigung fanden.

[3] Bericht Otto Otto's an den in Venedig abweſenden Herzog Georg Wilhelm (die Schreiben gingen aber an die Regierung zu Hannover) vom 3. (13.) Juli. — Hannover.

tionen der Fürsten noch keine besondere Antwort ertheilt hatte und überhaupt die ganze politische Sachlage eine vorsichtige Behandlung der Beziehungen zu Schweden gebot, während Canstein zu Kassel wie an den braunschweigischen Höfen eine wohlbekannte und gern gesehene Persönlichkeit war und man zum Kurfürsten, seinem Herrn, mehr Vertrauen hegte. Die Braunschweigischen schienen nicht übel willens zu sein, sofort im Verein mit Canstein in Unterhandlungen mit den Katholischen zu treten. Er aber wich dem aus und schützte Bedenken vor, weil sein Herr nicht unmittelbar von den Alliirten selbst zum Beitritt aufgefordert worden wäre. Hatte er doch sogar vermieden, den Gesandten der Katholischen seinen Besuch abzustatten, damit er nicht den Anschein erwecke, als wenn dem Kurfürsten etwa an diesem Werke sehr hoch gelegen wäre.[1] Es wurde demnach zwischen ihm und den Braunschweigern noch vor Ankunft der Hessen vereinbart, daß diese mit jenen ohne Canstein sich bei den Alliirten angeben und nach Aufnahme der Konferenzen es so einrichten sollten, daß er eine Einladung zur Theilnahme erhielte. Dabei verursachte es den Braunschweigern doch von vornherein Bedenken, daß Jener durchblicken ließ, wie er beabsichtige, den polnischen Krieg mit in die Verhandlungen zu bringen, was eben doch den Absichten der Herzöge fern lag. Wenn Brandenburg die Frage stellte, ob man die Marken und Hinterpommern mit in die Allianz nehmen und um dieser willen dem Kurfürsten eintretenden Falles beistehen wolle, war man mitten im unangenehmsten Dilemma. Wenn Brandenburg sich hierauf steifen und im Weigerungsfalle zurücktreten würde, mußte man entweder mit den Katholischen allein schließen oder die Verhandlungen mit diesen gleichfalls abbrechen; also entweder Absonderung von den Evangelischen oder Beleidigung der Katholischen.[2]

Nach dem Eintreffen der Hessen wurde diesen die Abmachung mit Canstein eröffnet, daß man erst nach Benehmung mit den Katholischen dessen Zulassung beantragen wolle. Snoilsky dagegen wollte man bedeuten, daß man, weil der König auf die Notifikation noch keinen Bescheid gethan, ohne ihn verhandeln und schließen, gleichwohl aber seinem Herrn Platz zum Beitritt offen halten werde.[3]

Nach dieser Abrede begaben sich Braunschweiger und Hessen noch selbigen Tages zu Canstein. Dieser versicherte, daß der Kurfürst zum Beitritt bereit sei, jedoch dabei die Bedingung stelle, daß hierdurch die sonst vorhandenen Kreisverfassungen nicht gehindert oder aufgehoben

[1] Bericht Cansteins vom 3. (13.) Juli. — Berlin U. A. VIII 536.
[2] Berichte Otto's vom 3. (13.) und Witte's vom 4. (14.) Juli. — Hannover.
[3] Diarium Witte's unterm 4. (14.) Juli. — Hannover.

werden ſollten. Dabei gedachte er der Zerwürfniſſe mit Neuburg wegen des Direktoriums im weſtphäliſchen Kreiſe. Auch bemerkte er, daß der Kurfürſt hoffe, man werde kein Bedenken tragen, alle ſeine im Reiche gelegenen Lande mit einzuſchließen: denn, wenn man gerade diejenigen daraus halten wolle, an denen ihm am meiſten gelegen und um welche es ſich für ihn handele, werde ihm die geplante Vereinigung wenig Vortheil bringen. Im Vertrauen eröffnete er ſodann alle die vom Kurfürſten beim Allianzprojekt gehegten Wünſche. Man lenkte aber mit der Erklärung ab, daß alle dieſe Dinge in die Hauptverhandlungen gehörten, und verſicherte, daß man dort auf alles mit eingehen würde, was ſowohl die Gleichheit zwiſchen Proteſtanten und Katholiken, die Kreisverfaſſungen im allgemeinen wie die Differenzen im weſtphäliſchen Kreiſe, insbeſondere auch die Bedeckung der cleveſchen Lande gegen Neuburg und Andere anbeträfe. Falls die Katholiſchen keine Luſt zeigen würden, dem Kurfürſten im Reiche gegen Polen beizuſtehen, ſo würde man auf allen Fall ihnen die Nothdurft darlegen und auf Mittel zu denken wiſſen, wodurch man auch dieſe Schwierigkeit zu beheben vermöchte. Schließlich erfolgte das Geſtändniß Canſteins, daß es ihm an einer formellen Beglaubigung für die Verhandlungen mangele, denen er beizuwohnen Befehl habe, eine Vollmacht ſei ihm nicht ertheilt worden, das Kreditiv ſei zu alt und ganz allgemein nur für die Reichsdeputation eingerichtet: doch wolle er hoffen, daß deswegen ihm keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden ſollten.[1]

Am 6. (16.) Juli begaben Braunſchweiger und Heſſen ſich zu Snoilsky. Ihr Vortrag war den gefaßten Beſchlüſſen gemäß. Es ward ihnen darauf der Beſcheid, daß der König bisher verhindert geweſen ſei, die ihm zugegangene Notifikation ſelbſt zu beantworten, indeſſen nach wie vor zu dieſem Verfaſſungswerk geneigt wäre und daſſelbe gern befördert ſähe. Er habe dem Reichskanzler Oxenſtjerna, dem Vicepräſidenten Maevius beim Tribunal in Wismar wie dem Kanzler Nikolai in Stade aufgetragen, gehörige Kundſchaft in dieſer Sache einzuziehen, ſich die Allianznotel zu verſchaffen und mit dem hildesheimer Receß zu vergleichen und dann zu berichten. Er, Snoilsky, habe nun zwar keine beſondere

[1] Protokoll dieſer Verhandlung vom 4. (14.) Juli in Marburg. Bericht Canſteins vom 10. (20.) Juli in Berlin (Regeſt in U. A. VIII 536), worin er etwas verhüllt ſchreibt: Wie weit meine Vollmacht, habe ich nicht merken laſſen, um kein Mißtrauen und widrige Gedanken zu erwecken. Man würde ſich dann zurückziehen und mich zu keiner Konſultation kommen laſſen. In einem weiteren Schreiben an den Freiherrn v. Schwerin erwähnt C., daß er mit Verwunderung bei den Braunſchweigern geringe Geneigtheit zu dem ganzen Werke bemerkt habe, welche gar ſehr gegen ihren früheren Eifer abſteche.

Vollmacht, aber doch ſolchen ſchriftlichen Befehl vom König in Händen, daß daraus deſſen Meinung genugſam abzunehmen wäre. Dieſes königliche Schreiben las er vor. Dann meinte er, daß der König auf ſeinen Bericht vom vergangenen März in Gedanken geſtanden hätte, man würde nicht ſo bald zuſammenkommen, ſondern etwa vorher von Frankfurt aus mit der ſchwediſchen Regierung in Stade ſich benehmen,[1] welche Erwägungen neben den Kriegsereigniſſen den Erlaß weiterer Befehle bisher verhindert hätten. Snoilsky bat, hierüber gegen die Katholiſchen Stillſchweigen zu beobachten.[2]

Unter dem Eindruck, daß Schweden zweideutig, Brandenburg lau und kalt ſei und den Katholiſchen die bremiſchen motas im Gehirn herumſchwebten,[3] ließen die Braunſchweiger und mit ihnen die Heſſen noch am Nachmittag des 16. Juli den Kanzler Mehl als Direktorialgeſandten wiſſen, daß ſie bereit wären, mit den Alliirten in Gottes Namen die Berathungen zu eröffnen.[4] Dies hatte die Anſage in's Karmeliterkloſter auf den 18. Juli zur Folge.

Hierſelbſt verſammelten ſich zur beſtimmten Zeit der Mainzer Mehl, von Trier Buſchmann, von Köln Aldenhoven, von Münſter Schmiſing und Biſping, die Neuburger Weſchpfennig und Snell und ſämtliche Vertreter des Landgrafen von Heſſen-Kaſſel und der drei Herzöge von Braunſchweig. Nach Erledigung der üblichen Höflichkeitsformalien geſchah von Krosigk die Erwähnung der Mitaufnahme Schwedens und Brandenburgs. Daher griff auch Schwarzkopf dieſen Punkt auf und erinnerte an die zuſtimmende Erklärung der Alliirten vom Februar. Die Vertreter dieſer beiden Mächte ſeien zur Stelle; wenn man dieſelben nicht gleich von Anfang zu den Verhandlungen zuziehen wolle, werde es für dieſe eher hinderlich als förderlich ſein, weil man ſpäter ſonſt alles würde wiederholen müſſen. Man erwarte hierüber eine beſtimmte Erklärung. Der König wie der Kurfürſt trügen vermuthlich Bedenken, ſich ſelbſt anzumelden. Jedenfalls würden Heſſen und Braunſchweig ſich bemühen, um für ſie freie Hand und Stelle offen zu halten. Otto, Witte und Krosigk ſtimmten dieſer Erklärung bei.

Mehl erſuchte zunächſt um Mittheilung der mitgebrachten Vollmachten zur Diktatur, welches eine unerläßliche Formalität ſei, nach deren Erledigung erſt man ſich wegen der Zulaſſung Schwedens und Bran-

[1] Eine Ausſicht, welche den Braunſchweigern „Apprehenſion" verurſachte, wie Portmann am 12. (22.) Juni dem Kurfürſten von Brandenburg mittheilte. — Berlin.

[2] Heſſiſches Protokoll vom 6. (16.) Juli. — Marburg. Bericht Otto's vom 11. (21.) Juli. — Hannover.

[3] Otto a. a. O.

[4] Bericht der Heſſen vom 7. (17.) Juli. — Marburg.

denburgs werde vernehmen lassen können. Hiermit erklärte man sich einverstanden. Schwarzkopf aber stellte die Frage, ob man wegen Brandenburg nicht noch am selbigen Tage Bescheid erhalten könne, da Canstein große Eile habe Diese Frage wurde verneint. Am 19. wurden die Vollmachten zur Diktatur gegeben. Folgenden Tages wurden dieselben geprüft. Und als hierbei die Evangelischen nochmals wegen der Zulassung Jener drängten, hieß es wiederum, daß vorher erst die Vollmachten geprüft und alle darauf bezüglichen Monita erledigt sein müßten.[1] Man entschloß sich eben aufseiten der Alliirten nur zu schwer zu der nicht willkommenen Aufnahme der Verhandlungen mit den im bedenklichen Fahrwasser segelnden Ostmächten. Hatten doch neuerdings die hierüber im Auftrag des mainzer Kurfürsten von Wilhelm v. Fürstenberg mit dem Kurfürsten von Köln angeknüpften Verhandlungen den Beschluß gezeitigt, die Verhandlungen mit Braunschweig und Hessen erst zum Schlusse gedeihen zu lassen, ehe man über die Aufnahme derer, die sie vorgeschlagen, in Berathung träte.[2]

Am 20. erklärten denn auch wirklich die Alliirten offen heraus, daß ihrerseits niemals eine andere Meinung bestanden habe, als daß sie erst mit Braunschweig und Hessen sich vergleichen und hernach mit ihnen vereint Brandenburg und Schweden zu den Verhandlungen heranlassen wollten. Als hiervon Canstein Eröffnung gemacht wurde, zögerte er nicht, den Braunschweigern und Hessen offen zu gestehen, daß auf diese Weise das ganze Allianzprojekt seinem Herrn zum mindesten wenig anstehen könne. Wenn man, so führte er aus, nach dem Verlangen der Katholischen ohne den Kurfürsten, wenn auch immer unter Vorbehalt der freien Hand für denselben, schließen würde, so müsse das dem ihm gebührenden Respekt Abbruch thun, da ihm so nur die Annahme oder Ablehnung vorgelegt und dadurch gleichsam zu erkennen gegeben würde, daß an seinem Beitritt eben wenig gelegen wäre. Und die Katholischen würden dann überhaupt nur um so schwieriger sein. Der Uebertritt Braunschweigs und Hessens allein zu den Katholischen müsse den Evangelischen höchst schädlich sein und bei ihnen großes Mißtrauen

---

[1] Protokoll Otto's vom 8.—10. (18.—20.) Juli. — Hannover. Der Bericht Aldenhovens vom 19. Juli (Düsseldorf) stimmt damit überein. Die langwierigen Verhandlungen wegen der Vollmachten darf ich wohl übergehen.

[2] Geht hervor aus einem Berichte Aldenhovens vom 19. Juli und einem Erlasse des Kurfürsten Max Heinrich vom 22. Juli, welcher den bezüglichen Befehl wiederholt, „um so viel mehr, weil man sonst mit beider Häuser (Br. und H.) Abgeordneten nicht wohl veertraulich würde kommuniziren dürfen, zu geschweigen, daß sich der status zeither merklich geändert, indem es zwischen den Kronen Dänemark und Schweden zu einem neuen offenen Krieg gerathen". — Düsseldorf.

erwecken, da ohnehin schon die bestehende Vertraulichkeit allzugroß erscheine. Mit der Erledigung der Beschwerden des Corpus Evangelicorum werde es dann nach dem Abschwenken Jener neben Kur-Sachsen und bei der Ablenkung der Aufmerksamkeit Brandenburgs und Schwedens durch andre Dinge gute Wege haben. Auch die westphälische Kreisverfassung werde ganz in's Stocken gerathen, da die rheinische Liga von Anfang an nur diesen Zweck verfolgt habe, wogegen doch billig die Evangelischen mit Fleiß arbeiten sollten. Uebrigens wären auch für Braunschweig und Hessen Vortheile aus dem Werke nicht abzusehen; man könne wohl voraussehen, wie sie als die Schwächeren bei dieser Allianz allemale zu bloßem Willen der Katholischen stehen würden. Schon jetzt wäre der Letzteren Kaltsinnigkeit wohl zu bemerken. Und wie leicht könnte sich auch der Fall ereignen, daß man mit Frankreich und Andern in Krieg und Verwirrung verflochten würde: denn schon habe Gravel in Mainz gedroht, daß König Ludwig gar übel aufnehmen müßte, wenn die Katholischen mit den Andren ohne den Kurfürsten schließen würden. Schließlich, in welche Verlegenheit würden sie gerathen müssen, wenn etwa Neuburg im Cleveschen etwas gegen Brandenburg unternähme und sowohl der Kurfürst als der Pfalzgraf auf die beiderseits bestehenden Verträge hin die Hülfe erforderten? Wie denn diese also geplante Allianz ohnehin vielleicht dem mit Braunschweig geltenden Bündnisse und ferner auch der Erbverbrüderung des Kurfürsten mit Hessen entgegenlaufe. Man solle also nur ja nicht ohne ihn, Canstein, schließen, bevor er auf gründlichen Bericht vom Kurfürsten Erklärung empfangen.

Diesen Bericht stattete er denn auch alsbald ab und bat den Kurfürsten darin dringend um genügende Vollmachten: denn, so viel sah er wohl, ohne solche würden die Katholischen niemals in seine Zulassung zu den Hauptverhandlungen willigen wollen. Auch glaubte er, daß solches ohnehin nur mit dem Vorbehalt der Nichteinmischung in das polnische Wesen geschehen würde, daß also an eine Hülfe der Allianz für die Kurlande und Pommern gegen Polen nicht zu denken sein dürfte.[1]

Man konnte wohl einsehen, daß auf diese Weise die Allianzverhandlungen sich sehr in die Länge ziehen würden. Canstein hatte den Eindruck, als wenn an einem solchen Hinschleppen nicht minder den Katholischen wie dem Hause Braunschweig gelegen sein möchte, damit sie Zeit gewönnen, den Verlauf des Streites zwischen Dänemark und Schweden und die Annahme des Wahltages zu erwarten.

---

[1] Bericht Cansteins vom 12. (22.) Juli und ein undatirtes Schreiben, wohl v. gl. T., an Schwerin. — Berlin (beide Stücke nicht in U. A.).

Unterdeſſen aber drängten thatſächlich Braunſchweiger und Heſſen bei den katholiſchen Alliirten nicht bloß auf die Zulaſſung Canſteins und Snoilsky's ſondern auch auf ein raſches Vorrücken der Verhandlungen. Wahrlich nicht ihre Schuld war es, daß man nicht vorwärts gelangte. Und auch den Alliirten ſelbſt ſchien doch immerhin am Abſchluß mit Heſſen und Braunſchweig einigermaßen gelegen zu ſein, dieſen Eindruck gewannen wenigſtens die Braunſchweiger.[1] Alles ſtieß ſich eben an den Verwickelungen im Nordoſten und der daraus entſpringenden Abneigung gegen irgendwelche Gemeinſchaft der Intereſſen mit Brandenburg und zumal mit Schweden.[2] Die ungenügende Bevollmächtigung der Vertreter dieſer Mächte kam dem Hemmungsbedürfniſſe Jener trefflich zuſtatten.

Am 21. Juli kam man wegen der Allianz wieder zuſammen. Die Braunſchweiger forderten wiederum die Zulaſſung Canſteins und Snoilsky's. Sie bemerkten auch, daß man einen ſchleunigeren Gang der Verhandlungen wünſche, und drückten das Verlangen aus, daß man nicht parteienweiſe, die Evangeliſchen mit den Katholiſchen, berathe, ſondern einzeln jede Macht als politiſche Einheit für ſich mit den andren.

Hierauf antworteten die Alliirten am 23.: Aus dem Einladungsſchreiben vom 16. Juli 1656 und der darauf ertheilten Antwort vom 21. Februar 1657 erſähen ſie, daß man von vornherein angenommen habe, daß man mit jenen Beiden erſt im Verlaufe weiterer Verhandlungen in Berathung würde treten können. Man möge alſo getroſt ohne ſie beginnen und erſt etwas anſtändiges vereinbaren, bevor man mit dieſer Frage ſich weiter beſchäftige. Konfeſſionelle Gegenſätze möge man doch ja ganz aus dem Spiele laſſen und habe man auſſeiten der bereits Alliirten überhaupt nichts dagegen, wenn viritim abgeſtimmt werden ſollte; bisher ſei es wohl nicht anders gegangen, als geſchehen, da einer von ihnen in Aller Namen das Wort geführt hätte.[3]

[1] Bericht Witte's vom 14. (24.) Juli: Den Katholiſchen ſcheint es ein Ernſt zu ſein, ſie befürchten auch ein neues Ungewitter am Rhein und vermeinen gute Beitretung nöthig zu haben. — Hannover.

[2] Bemerkt muß werden, daß dem Kurfürſten von Köln die alte Bundesbeziehung zu Brandenburg doch immerhin noch im Gedächtniß haftete. Aber wie? Am 28. Juli verfügte er an Aldenhoven: Soviel den Kurfürſten anbelangt, ſo haſt Du in Deinem Voto, wenn ſich die braunſchweigiſchen und heſſiſchen Abgeordneten zugegen befinden, allezeit zu bedingen, daß zwar wir unſerstheils Sr. Ld. nach Geſtalt der Sachen einige Schwierigkeiten zu machen nicht gemeint, weil wir mit derſelben vorhin in ſonderbarer Korreſpondenz ſtehen, auch in wirklicher Allianz begriffen, es ſei aber die Sache durch den Krieg in einen andern nicht wenig gefährlichen Stand geſetzt worden. — Düſſeldorf.

[3] Bericht Otto's vom 14. (24.) Juli. — Hannover.

Die Invitirten verlangten bei einer Berathung am 27. Juli nochmals von den Katholischen die Zulassung der Ostmächte und wiesen auf die von diesen im Ablehnungsfalle zu besorgende Gefahr hin. „Hat aber nichts verfangen wollen." Die Gesandten der Alliirten beriefen sich einfach auf ihre Instruktionen, doch ließen sie sich schließlich zu dem Zugeständniß herbei, daß sie hierüber eine Erklärung ihrer Prinzipale einholen wollten.

Das nämliche Spiel wiederholte sich am 30.; endlich fügten Braunschweiger und Hessen sich in dieses Zugeständniß. Es schien die Sache besonders an Köln und Münster zu haften. Man schätzte, daß bis zur Einkunft der Resolutionen von allen Seiten acht bis zehn Tage verstreichen könnten.[1]

Der Kurfürst von Mainz empfand die Sachlage sehr unangenehm. Am 28. berief er den Kanzler Mehl zu sich nach Mainz.[2]

Unterdessen hatte sich Canstein, nachdem er Portmann seine Vertretung übertragen, von Frankfurt entfernt. Snoilsky ließ nichts von sich sehen oder hören.[3] Auch in den Konferenzen trat eine Pause ein. Und wenn einer von den Evangelischen hinhorchen wollte, welche Resolutionen wohl von den Prinzipalen zu erwarten stünden, begegnete er gezuckten Achseln oder Mienen, welche wenig Hoffnung auf guten Erfolg verhießen.[4] Mehls Aufenthalt in Mainz zog sich in die Länge. Aber Boineburg erschien am 2. August von München zurück. Gleich am folgenden Tage suchte er die Vertreter Braunschweigs und Hessens auf. Er vertröstete sie eines guten Ausganges. Auch Vorburgs Lippen — er erschien am 4. August — strömten von gleichen Versicherungen über. Es ward klar, daß Mainz an der Erschwerung der Lage sich nicht betheiligen werde, doch war eine Ueberstimmung desselben durch seine Genossen immerhin denkbar. In diesem Falle mußte sich für Braunschweig und Hessen nur die Wahl zwischen der vorläufigen Preisgebung der Ostmächte oder dem Abbruch der Verhandlungen ergeben. Zu

---

[1] Berichte Portmann's vom 19. (29.) und 21. (31.) Juli. — Berlin und Hannover. Es war Mehl, welcher wegen der Haltung der Invitanten den Unglimpf auf Köln und Münster schob. S. ferner einen Bericht Aldenhovens vom 2. August. — Düsseldorf.

[2] Aldenhovens Bericht vom 29. Juli. — Düsseldorf.

[3] Bericht Otto's vom 14. (24.) Juli. — Hannover.

[4] Zumal Aldenhoven, der am 2. August vom Kurfürsten nochmals Erklärung empfangen, daß es bei der bisherigen Haltung zu bewenden habe, zeigte sich abgünstig. — Düsseldorf. Vgl. die Berichte Portmann's vom 26. Juli (5. August) und Otto's vom 28. Juli (7. August). — Berlin und Hannover; auch Köcher S. 230, der dem Witte'schen Diarium folgt, während hier den ausführlicheren Berichten Otto's der Vorzug eingeräumt worden ist.

letzterem ſchienen die gut ſchwediſch geſinnten Heſſen[1] nicht eben abgeneigt.[2] Eine peinliche Sachlage, welcher, um ſeinen Lieblingsplan nicht ſcheitern zu ſehen, der Kurfürſt von Mainz ein Ende perſönlich machte.

Er war nach Schwalbach zur Sauerbrunnenkur gegangen, wo gerade auch eine Reihe anderer fürſtlichen Perſonen ſich aufhielt. Mehl folgte ihm dorthin. Am 5. Auguſt begab ſich auch Krofigk, ſeit längerer Zeit von den Gebrechen ſeines Alters geplagt, in jenes Bad. Hier ſprach derſelbe gleich in den erſten Tagen ſeiner Anweſenheit mit dem Kurfürſten über die Lage in Frankfurt und konnte als Ergebniß ſeinem Genoſſen Badenhauſen melden, daß Kur-Mainz der Zulaſſung Schwedens und Brandenburgs keine Schwierigkeiten bereiten wolle, wenn mit gehöriger Behutſamkeit die Nichtverwickelung in die von Jenen geführten Kriege ausbedungen würde.[3] Am 7. Auguſt erſchien auch Otto Otto in Schwalbach, gefolgt von Boineburg, welcher von hier aus dem Domkapitularen Damian Hartard v. d. Leyen, Bruder des Kurfürſten von Trier mittheilte, daß Krofigk und Otto die Erklärung abgegeben hätten, es wäre mit nichten der Wille der von ihnen vertretenen Häuſer, ſich in den polniſchen oder däniſchen Krieg zu miſchen, was denn eine Uebereinſtimmung mit der Anſicht der Alliirten ergebe. Zudem habe Krofigk verſichert, daß Jeder für ſich ohne Abhängigkeit von dem Bundesverhältniß zu Schweden und Brandenburg eintreten könne. Das Verlangen nach ſofortiger Zulaſſung dieſer Beiden habe er freilich wiederholt, ſchließlich aber zugegeben, daß Braunſchweig und Heſſen, falls die Hinderniſſe unüberwindlich ſeien, auch getrennt und zumal unabhängig, wenigſtens von Schweden, mit ſchließen würden.[4] Gleiche Mittheilungen werden dem kur-kölniſchen Kabinette zugegangen ſein. Franz Egon v. Fürſtenberg war ohnehin in der Nähe, vielleicht ſelbſt in Schwalbach

[1] So charakteriſirt ſie Landgraf Ernſt zu Rheinfels in einem Briefe an den Pfalzgrafen von Neuburg am 16. Juli. — Düſſeldorf.

[2] Bericht Otto's vom 28. Juli (7. Auguſt). — Hannover.

[3] Aldenhoven an den Kurfürſten von Köln am 9. Auguſt. — Düſſeldorf.

[4] Boineburg an Leyen am 11. Auguſt. — Koblenz. Dabei geſchah es, daß die in Frankfurt zurückgebliebenen Vertreter Braunſchweigs und Heſſens bei einer Zuſammenkunft mit Portmann erklärten (am 7. Auguſt), ohne den Kurfürſten von Brandenburg gedächten ſie keinesfalls zu ſchließen und, wenn eine widrige Erklärung von den Katholiſchen einkommen ſollte, würde es eben mit den Traktaten geſchehen ſein und, wie die Kaſſeler beſonders betonten, keiner von den Evangeliſchen ſich dahin bereden laſſen, mit den Katholiſchen allein das Bündniß einzugehen. Und die Braunſchweiger hatten hinzugefügt, daß den Katholiſchen ſelbſt der Verzug wohl bald zum Nachtheil gereichen könnte, beſonders wenn die Feſtung Montmédy von den Franzoſen erobert wäre, und möchte demnächſt die Allianz mit mehr Eifer geſucht und alsdann von den Evangeliſchen nicht ſo ſehr beliebt werden. Bericht Portmann's vom 2. (12.) Auguſt. — Berlin.

gewesen. Am 19. August begegnete er dem Braunschweiger Otto zu Frankfurt auf der Straße und äußerte dabei in freundlicher Weise das Hauptwerk müsse nothwendig zustande kommen und, daß dem so sein werde, daran hege er keinen Zweifel.[1]

Mittlerweile waren aber auch am 8. August die neuburgischen Gesandten Weschpfennig und Gise zum Pfalzgrafen heimgereist, um über die Admissionsfrage zu berichten und Resolutionen einzuholen.[2] Am 21. August ging auch der trierische Abgeordnete Buschmann von Frankfurt weg; er äußerte, daß er vor drei oder vier Wochen nicht wiederkehren werde.[3] Dagegen siedelte Kurfürst Johann Philipp von Schwalbach nach Frankfurt über, schon weil ihm hier wegen des Erscheinens der französischen Gesandschaft (19. Aug.) seine Anwesenheit nöthig dünkte. Boineburg, welcher in seinem Gefolge mit erschienen war, erzählte dem wolfenbüttelschen Kanzler Schwarzkopf, der Kurfürst hege die Absicht, in eigener Person einer Sitzung in der Allianzsache beizuwohnen, um hier die Frage wegen Zulassung der Ostmächte zur Entscheidung zu bringen.[4] Doch übereilte man sich auf beiden Seiten nicht, und zwar die Alliirten wohl deshalb, weil sie abwarten wollten, wie mittlerweile sich die Dinge im Holsteinschen und Bremischen anlassen würden,[5] die Invitirten dagegen, um keinen Eifer zu verrathen, wodurch sie der andern Partei einen Trumpf in die Hände gespielt haben würden.

Unterdessen hatte Snoilsky nunmehr die bisher vermißte Vollmacht seines Königs erhalten. Von diesem war in Frankfurt ein besonderer Abgesandter, Björnklou erschienen, um vom Kurfürsten Reichskanzler zu fordern, daß er für das bedrängte Schweden die Generalgarantie vom ganzen Reich in's Werk setze. Dieser Diplomat hatte auch die vom 29. Juni datirte Vollmacht für Snoilsky mitgebracht, welcher sie am 9. August dem Hessen Badenhausen zeigte und dabei ein Schreiben des Königs vorlas, worin dieser ihn ermächtigte, im Verhinderungfalle die kasselischen Abgeordneten zu substituiren.[6] Des letzteren Umstandes halber hielten auch die Hessen die Thatsache vom Eintreffen der Vollmacht vor

---

[1] Bericht Otto's vom 11. (21.) August. — Hannover.

[2] Bericht Aldenhovens vom 9. August. — Düsseldorf.

[3] Bericht Otto's vom gl. T. — Hannover.

[4] Bericht Otto's vom 15. (25.) August. — Hannover.

[5] S. jedoch Portmann's Bericht vom 9. (19.) August: (Die Kasseler) hielten dafür, daß denselben (den Katholischen) am meisten an der Beförderung gelegen, weil der Bischof von Münster eine Apprehension hätte vor Ankunft der schwedischen Völker im Bremischen und neben dem Bischof von Osnabrück sich eines Einfalls besorgte, was daher käme, daß sie heimliche Korrespondenz mit dem König von Dänemark gehalten. — Berlin.

[6] Badenhausen an Krosigk am 3. (13.) August. — Marburg.

den Braunſchweigern geheim. Schon fing infolge des Stillſtandes in der ganzen Sache und der abſonderlichen Geheimnißkrämerei von beiden Seiten die Saat des Mißtrauens zwiſchen Heſſen und Braunſchweigern an zu keimen.[1]

Am 25. Auguſt hatten die Braunſchweiger eine Audienz bei dem Kurfürſten von Mainz, wobei dieſer äußerte: Er habe ſelbſteigen eine Zuſammenkunft in der Allianzſache veranlaſſen wollen, ſei aber bisher daran verhindert worden. Er ſei der Anſicht, daß man Schweden und Brandenburg von Anfang an zulaſſen könne, wofern deren Vertreter vorher mit zureichenden Vollmachten ſich würden legitimirt haben. Die rheiniſche Liga habe bei Auswärtigen wie Reichsſtänden bereits heilſame Wirkungen gezeitigt und werde dies künftig noch mehr der Fall ſein. Dabei ließ er durchſchimmern, wie er annehme, daß Heſſen und Braunſchweig auf jeden Fall ſchließen würden, ob man nun mit Schweden und Brandenburg einig würde oder nicht. Die Braunſchweiger enthielten ſich jeder Aeußerung hierauf.[2]

Am 27. erſchien der Freiher v. Boineburg im Loſament der Braunſchweiger, um ſie wie die Kaſſeler auf den 29. zu einer vom Kurfürſten veranſtalteten Nachmittagsſitzung einzuladen. Bei dieſer fanden ſie eine der Wichtigkeit entſprechende feierliche Verſammlung, neben dem Kurfürſten Johann Philipp und ſeinen Diplomaten den Grafen Franz Egon und Aldenhoven, des Kurfürſten von Trier Bruder v. d. Leyen mit Metternich und Kanzler Anethan, die Münſteriſchen Korff-Schmiſing und Biſping und den neuburgiſchen Vicekanzler Snell. Der Kurfürſt nahm das Wort: Ungern habe er von der wegen Zulaſſung der Schweden und Brandenburger entſtandenen Meinungverſchiedenheit und der dadurch entſtandenen Verzögerung des Werkes vernommen. Die Vertreter Braunſchweigs würden ſich erinnern, was zu ihnen er am Sauerbrunnen zu Schwalbach ſo wie in Mainz darüber geäußert habe. Nach Vernehmung der hier zu Frankfurt weilenden Vertreter ſeiner Mitalliirten habe er zu erklären: Falls, wie ihm ja Braunſchweiger und Heſſen die Verſicherung gegeben, deren Prinzipale in dem Endziele dieſer Verfaſſung einig ſeien, welches im wechſelſeitigen Schutz vor aller feindlichen Gewalt

[1] Badenhauſen gedachte gegen Hübner, daß er und ſeine Kollegen mit den Braunſchweigern zum beſten nicht zufrieden, weil ſie den Katholiſchen in dieſer Sache ſoviel einräumten, und beſorgte, daß ſie einmal, ehe man es ſich verſähe, allein mit den Katholiſchen ſchließen dürften. Bericht Hübner's vom 11. (21.) Aug. — Berlin. Aehnlich Portmann am 9. (19.) Auguſt. — Ebenda. Und Otto ſchrieb: Die Heſſen kommuniziren täglich apart nicht ohne Nachdenken mit den Franzoſen und Schweden. Bericht vom 18. (28.) Auguſt. — Hannover.

[2] Bericht Otto's vom 18. (28.) Auguſt. — Hannover.

und in der Erhaltung beim Frieden ſo wie in der Abſicht beſtehe, ſich keinesfalls in fremde Kriege zu verwickeln, falls auch ferner ohne Rückſicht auf die Konfeſſion nicht a corpore ſondern viritim verhandelt werden ſolle, ſo könne er es geſchehen laſſen, daß die Geſandten Schwedens und Brandenburgs gleich von Anfang an mit zugezogen würden, nachdem ſie ſich vorher nach Gebühr legitimirt haben würden. Könnte man auf die von ihnen geſtellten Bedingungen dann etwa mit ihnen ſich nicht einlaſſen, würde ja doch die Schuld auf ſie fallen.

Die Erfolge der Allianz ſeien bereits an Kur-Köln zu verſpüren, welches im Stifte Lüttich von den fremden Einquartierungen befreit worden, den Einquartierungen, welche zumeiſt die Quellen des Krieges ſeien. Möchten doch auch noch andre Reichsſtände ſich einſtellen und auf dieſe Weiſe eine Univerſalverfaſſung gründen helfen. Wenn man ſich jetzt vereinige, würden auch Darmſtadt und Württemberg beitreten, ebenſo viele Grafen und Städte. Mit den Kriegen, wie ſie jetzt hin und wieder entbrannt, wolle man nichts zu ſchaffen haben, ſondern nur Ruhe und Frieden genießen. Die kriegführenden Parteien disgregirten, während man hier kongregiren wolle. Nach Mittheilung des Beſchluſſes an die Geſandten der Oſtmächte möge man nunmehr in Gottes Namen mit den Verhandlungen einen Anfang machen. Ohne große Schwierigkeiten werde man ſich ja nun doch über die einzelnen Punkte des Projektes bald einigen können.

Hierauf erklärte Kanzler Schwarzkopf im Namen des Hauſes Braunſchweig, daß auch deſſen Häupter nicht gemeint wären, in fremde Kriege ſich vertiefen zu laſſen. Im übrigen zollte er den Anſichten des Kurfürſten vollſten Beifall und ſtattete ihm Dank ab für ſeine Bemühungen um Beſeitigung des Zwiſchenfalles. Ganz ähnlich äußerte ſich Krosigk. Im Hinausgehen bemerkte Boineburg, der den Evangeliſchen das Geleit gab, er verſehe ſich zu ihnen, daß ſie auf alle Fälle zu ſchließen entſchieden ſeien. Es entging ihnen nicht, daß man ihren Beitritt auch ohne Schweden und Brandenburg beſtimmt erwarte.[1]

Am 31. Auguſt wurde die Reſolution der Alliirten von Braunſchweigern und Heſſen den Schweden notifizirt. Björnklou dankte und entſchuldigte die längere Verzögerung der königlichen Erklärung damit, daß die von Snoilsky überſandte kölniſche Allianznotel aufgefangen worden wäre. Der König ſei bereit, wegen ſeiner Reichslande dem Bunde beizutreten. Snoilsky ſei inſtruirt und könne jeden Augenblick den Berathungen beiwohnen.[2]

---

[1] Protokoll Otto's vom 19. (29.) Auguſt. — Hannover.

[2] Protokoll Otto's. — Hannover.

Am 2. September ließ Boineburg melden, der Kurfürst wolle in dieser Angelegenheit die Gesandten der Häuser Braunschweig und Kassel vor Antritt der Berathungen nochmals sprechen. Diese jedoch ließen sich entschuldigen, da sie vorher erst dem Herrn v. Canstein, welcher am Abende vorher von Halberstadt wieder eingetroffen, den Beschluß der Alliirten eröffnen wollten. Der aber wiederum ließ auf ihre am 3. September erfolgte Anmeldung bitten, hiermit bis zum Nachmittag des 4. zu warten, da er erst vorher eine Audienz bei dem Kurfürsten von Mainz abwarten wolle.[1]

22.

Schwierigkeiten wegen Brandenburg. Frankreich.

Der wahre Grund für die Ablehnung des Besuches der Braunschweiger und Hessen lag für Canstein in einer Etikettenfrage. Die zum Wahltag entsandten Vertreter der Kurfürsten — und zu diesen gehörte seit seiner Rückkehr auch Canstein — beanspruchten von den Abgeordneten der Fürsten die Anrede Exzellenz und andere zeremonielle Auszeichnungen.

Man lehnte derartige Prätensionen auf der betheiligten Seite ab. So hatte denn auch Canstein dem Kanzler Schwarzkopf melden lassen, daß er zweifele, ob er und seine Kollegen sowie die Hessen diese Forderungen bewilligen würden, weshalb er ihm einen annehmbaren Vorschlag nennen möge, damit sie von ihm empfangen werden könnten. Schwarzkopfs Bescheid lautete, daß er bitte, als Privatmann kommen zu dürfen. Hierauf die Erklärung Cansteins, daß er dies annehme. Die übrigen braunschweigischen Gesandten zeigten sich ungehalten über Schwarzkopf, als habe er ihrem Ansehen Abbruch gethan: doch wußten weder sie noch die Hessen ein besseres Mittel. Nach längerem Hin- und Herreden begaben sie sich dennoch zu Canstein,[2] welchem sie von der durch das Eingreifen des Kurfürsten von Mainz günstiger gestalteten Sachlage berichteten, ohne zu verschweigen, daß die Alliirten forderten, daß man sich weder in den polnischen noch dänischen Krieg mischen solle. Canstein dankte und stellte, da der Kurfürst zum Beitritt geneigt

---

[1] Bericht Otto's vom 25. August. (4. September). — Hannover.

[2] Dessen Bericht vom 29. August (8. September). — Berlin. Otto's Bericht vom 1. (11.) September verschleiert diese Vorgänge.

sei, seine Betheiligung an den Berathungen in Aussicht, verhehlte jedoch nicht, daß er noch immer keine besondere Vollmacht besitze, weil der Kurfürst dafür gehalten hätte, es würde wegen des Wahltages diese Konferenz schon auseinandergegangen sein. Eines anderen berichtet, werde der Kurfürst die Vollmacht zweifelsohne noch zeitig genug übersenden. Dann fragte er weiter, wohin denn die erwähnte Bedingung der Alliirten wegen Nichteinmischung in die Kriege genau aufgefaßt werden müßte. Denn, wenn schon Kurfürst Friedrich Wilhelm nicht bezwecke, daß die Alliirten wegen Preußen sich mit des polnischen Wesens annehmen sollten, so müsse doch Klarheit darüber bestehen, ob man ihm im Reiche Hülfe leisten wolle, falls er dort aus Anlaß des polnischen Krieges einen Angriff erfahre.

Darob große Verlegenheit der Braunschweiger und Hessen. Beides, der Mangel einer Vollmacht sowohl wie die Forderung des Kurfürsten auf Waffenhülfe gegen Polen oder vielmehr aus Anlaß der Verwickelung mit diesem mußte ja aufseiten der Alliirten neue Schwierigkeiten verursachen. Eine längere Berathung ergab den Beschluß, die Thatsache, daß Canstein noch keine Vollmacht habe, privatim dem Herrn v. Boineburg mitzutheilen. Canstein stimmte dem bei, um sich sonst nicht einer „repulsa zu seines Herrn Offension" auszusetzen. Von der Forderung des Kurfürsten indessen wollte man zunächst noch ganz schweigen.[1]

Boineburg gab ausweichende Erklärungen auf die Mittheilung Schwarzkopfs, der Kurfürst von Mainz aber meinte, der Mangel der Vollmacht werde nichts zu bedeuten haben und Canstein alsbald zugelassen werden können.[2]

Ueber all dem verstrich die Zeit und die Gesandten der Alliirten wunderten sich über den Verzug. Die Mainzer verschwiegen wohl den Grund desselben. Deshalb richtete sich der Vorwurf gegen Schweden, da sonderbarerweise nicht bekannt gegeben wurde, daß Snoilsky Instruktion und Vollmacht besaß.[3]

Erst am 13. September wurde eine neue Sitzung anberaumt.[4] Hier erklärte namens der Evangelischen der Kanzler Schwarzkopf, daß Snoilsky, zur Genüge legitimirt, zu jeder Zeit erscheinen könne, während Canstein aus dem angegebenen Grunde, den er berichtete, noch keine Vollmacht erhalten habe. Wenn der Kurfürst durch diesen erfahre, daß man hier noch tage, würde diese Formalität baldigst erfüllt

[1] S. die angegebenen Berichte Canstein's und Otto's.

[2] Otto a. a. O.

[3] Bericht Bispings an den Bischof von Münster vom 9. September. — Münster.

[4] Man tagte von nun ab im Dominikanerkloster, weil die alten Räume bei den Karmelitern von dem zum Wahltage erschienenen Nuntius bezogen worden waren.

werden. Auch ſei Jener ja bereits mit einem Generalkreditiv verſehen und bitte aufgrund deſſelben um Erklärung wegen ſeiner Zulaſſung. Nach einſtündiger abgeſonderter Berathung eröffneten die Alliirten durch den Mund Mehls: Gegen Schweden könne man nichts mehr einwenden, anders verhalte es ſich mit Brandenburg. Die Grundlage aller Verhandlungen beruhe auf der Legitimation. Deshalb werde vor Einlangen der Vollmacht mit Canſtein ſchwerlich etwas vorgenommen werden können; was denn die Andren dazu meinten?

Schwarzkopf bemerkte, daß man eine beſtimmte Erklärung lieber geſehen haben würde, ſo könnten auch ſie nicht kategoriſch ſtimmen. Vielleicht empfehle es ſich, Canſtein zu befragen, bis wann er ſich der Ankunft einer Vollmacht getröſte. Hiermit einverſtanden, erſuchten die Alliirten Schwarzkopf, dieſe Miſſion zu übernehmen. Am 15. September antwortete ihm Canſtein, daß er an einem der nächſten Poſttage das Schriftſtück erwarte; er könne geſchehen laſſen, daß bis dahin unterdeſſen von allen Betheiligten außer ihm ein Anfang gemacht würde.[1]

Schon am 8. September hatte Canſtein beim Kurfürſten um die Vollmacht nachgeſucht,[2] damit er Gelegenheit erhalte, dem Werke mit beizuwohnen und zu ſehen, was vorgehe. Er hatte dabei zu bedenken anheimgegeben, ob nicht, wenn ein Vergleich mit Polen zuſtandegekommen, des Kurfürſten Sicherheit erfordere, daß er ſich im Reiche einen feſten Rücken mache, „damit, wenn etwa Ein oder Andrer hiernächſt das, ſo anitzo E. K. D. eingewilligt worden, hinwieder zweiflig machen, dagegen handeln oder E. K. D. ſonſt in andre Wege hier im Reich inkommodiren wollten, E. K. D. denſelben ſo viel beſſer begegnen, auch dergleichen Entreprenanten, wenn ſie E. K. D. in Bündniß ſo vieler vornehmer Stände befinden, deſſen gegen E. K. D. ſich zu unterfangen deſto mehr abgehalten würden." Ferner befinde ſich ja Neuburg in dieſer Allianz, deren es ſich jeden Augenblick bedienen könne, ja es verbinde ſich dadurch mit denen, welche ſonſt Alliirte des Kurfürſten wären, deren Hülfe er alſo beraubt würde. Die Braunſchweiger würden ja allen Anzeichen nach ohne Frage mit einſteigen, während es von den Heſſen nicht ganz gewiß ſei, da dieſe mehr auf fremde als dieſe Hülfe ſähen: doch könne

[1] Bericht Otto's vom 5. (15.) September. — Hannover. Bericht Canſtein's vom 13. (23.) — Berlin. Die Braunſchweiger hatten an Canſtein das Anſinnen geſtellt, daß er auch zugeben ſollte, daß man mit der Handlung auch ohne ihn fortfahre. Dies ſchien ihm bedenklich, er ſchlug es ab. Uebrigens empfahl C. in dieſem Bericht, freilich in höchſt vorſichtiger Form, dem Kurfürſten, die Allianz eher einzugehen als nicht. Ein „Temperament" wegen Neuburg ſchlug er dem Freiherrn von Schwerin vor (leider nicht bei den Akten).

[2] Bericht vom 29. Auguſt (8. September). — Berlin.

er nicht verſprechen, daß ſie nicht eines Tages den Braunſchweigern nachfolgen würden. Jedenfalls ſeien genaue Weiſungen für ihn nothwendig, damit er und ſeine Genoſſen wüßten, wie einem Jeden geantwortet werden ſolle.

Im Lager der Alliirten war nach wie vor wenig Neigung vorhanden, mit den Oſtmächten zu paktiren. Die kühl ablehnende Haltung Kölns iſt uns bekannt. Auch Trier und Neuburg erſchienen der feſten Abſicht, keineswegs mit Jenen zu ſchließen.[1] Kamen doch auf der Konferenz vom 13. September deren Geſandte mit Boineburg deshalb in lebhaften Wortwechſel, weil ſie votirten, daß man, ſolange die brandenburgiſche Vollmacht noch ausſtehe, auch Snoilsky nicht zulaſſen ſolle, wodurch Boineburg dahin gereizt wurde, zu erklären, daß er auch Canſtein noch vorher sub spe rati hinzugezogen zu ſehen wünſche. Giſe geſtand darauf offen, daß es ſeines Herrn Intention überhaupt nicht wäre, mit Schweden und Brandenburg zu ſchließen, worauf Boineburg kurzab äußerte, dann werde Mainz trotzdem fortfahren.[2] Giſe und Snell hatten ſogar unter dem Hinweiſe auf den geringen Ernſt bei der ganzen Sache am 9. September ihre Abberufung beim Pfalzgrafen beantragt; ihr längeres Verweilen in Frankfurt, wo ſie wegen der Deputation ja nichts zu ſuchen, ſchädige das Anſehen ihres Gebieters.[3] Philipp Wilhelm hegte anfangs Bedenken, willigte aber in ihre vorläufige Rückkehr unter dem Vorwande ihrer Benöthigung zu den bevorſtehenden Landtagsverhandlungen zu Bensberg. Um den Unwillen des Kurfürſten von Mainz zu vermeiden, wies er ſie jedoch an, baldige Rückkehr in Ausſicht zu ſtellen. Giſe ſollte gleich fortgehen, Snell aber nicht vor Ablauf des Monats. Inzwiſchen ſollten ſie Biſping ſubſtitutariſche Kommiſſion hinterlaſſen.[4] Dieſen aber hatte der Biſchof von Münſter beauftragt, den Verhandlungen nur ad audiendum et referendum beizuwohnen.[5] Bei jener heftigen Szene am 13. September hatte ſich Biſping ganz ſtill verhalten, um den Kurfürſten von Mainz wegen anderer Sachen, d. h. der Hülfeleiſtung gegen die Stadt Münſter deſto mehr bei gutem Willen zu erhalten.[6]

So beſtand denn auf dieſer Seite nur bei dem Kurfürſten von Mainz der feſte Wille zu einem Abſchluß mit Schweden und Brandenburg, mit Schweden wegen deſſen ausgeſprochen antiöſterreichiſcher Haltung und engen Beziehungen zu Frankreich, ungeachtet aller nordiſchen

[1] Bericht Biſpings vom 9. September. — Münſter.
[2] Bericht Biſpings vom 16. September. — Münſter.
[3] Ihr Bericht in Düſſeldorf.
[4] Erlaß des Pfalzgrafen vom 16. September. — Düſſeldorf.
[5] Bericht der Neuburger vom 9. September ſ. oben.
[6] Sein Bericht vom 16. September. — Münſter.

Verwickelungen, mit Brandenburg, um es vermöge dieſer Verbindung von dem drohenden Abfalle von Schweden zu Oeſterreich abzuhalten. Franzoſen und Schweden herbeizuziehen, um Oeſterreich an der Störung des Weltfriedens zu hindern, hieß freilich den Teufel durch Beelzebub austreiben. Er aber, der Friedensfürſt, ſah am Horizont des politiſchen Himmels in roſigem Glanze kraft ſeines Verdienſtes in greifbarer Nähe Frieden auf Erden und den Menſchen ein Wohlgefallen.

Mit den Franzoſen hatte ſich hier in Frankfurt bald ein reger Verkehr der Mainzer entwickelt. Faſt täglich ſah man Gramont und Lionne beim Kurfürſten vorfahren; glänzende Gaſtereien nährten und erhielten die Freundſchaft; Fürſtenberg immer mitten drin in dieſem Getriebe,[1] er, der ſich von den Franzoſen „alterirt und eingenommen" zeigte und gegen Oeſterreich offen eiferte.[2]

Schon ſchwebte ein dunkles Gerücht in der Luft, daß die Unirten vorhabens ſeien, zu ihrer Verſicherung ſich apart mit Frankreich einzulaſſen.[3] Und Björnklou wußte Schwarzkopf zu berichten, daß dem König von Frankreich von den Ligiſten die Allianznotel vom Jahre 1654 zugeſandt worden und darin auch die Namen der drei Herzöge von Braunſchweig mit verzeichnet, nachher aber wieder getilgt worden ſeien.[4] Was Wunder, daß bald auch die Oeſterreicher von dieſen Zettelungen Nachricht hatten und im Intereſſe ihrer Wahl das Allianzprojekt auf alle Weiſe zu hintertreiben ſuchten?[5]

Unverdroſſen arbeitete jedoch Kurfürſt Johann Philipp an der Verwirklichung des Planes mit allem Einfluſſe ſeiner beſtechenden Perſönlichkeit. Als am 23. September der münſteriſche Geſandte Biſping unmittelbar nach dem kur-trieriſchen v. der Leyen, zur Audienz beim Kurfürſten erſchien, machte ihm dieſer bemerkbar, daß dem Biſchof wegen ſeines Stiftes an der Endſchaft der Allianzverhandlungen eben ſoviel gelegen ſein müſſe wie ihm ſelbſt wegen des Eichsfeldes und dem Kurfürſten von Köln wegen Hildesheim. Vermuthlich, meinte er weiter, werde es ja nun auch durch die Verhandlungen der General-Staaten zwiſchen Schweden und Dänemark zu gütlichem Austrag kommen. Morgen ſolle eine Zuſammenkunft in Allianzſachen ſtattfinden, wo er die Frage ſtellen laſſen wolle, ob man den Vertreter Brandenburgs —

[1] Bericht Biſpings vom 16. September, Otto's vom 1. (11.)

[2] Otto am 8. (18.) September. — Hannover.

[3] Otto am 1. (11.) September. — Hannover.

[4] Otto am 11. (21.) September. — Hannover.

[5] Biſping am 23. September: Volmar ſucht die Allianztraktaten in's Stocken zu bringen durch Mißverſtand, den er zwiſchen Fürſtlichen und Kurfürſtlichen erregt. — Münſter.

denn wegen des Schweden habe es ja keinen Anstand mehr — unerachtet des Mangels an einer ordnungsmäßigen, aber bald zu erwartenden Vollmacht einstweilen mit Vorbehalt der Genehmhaltung der Prinzipale mit zulassen wolle. Dadurch werde dem Hauptwerk in nichts präjudizirt und versähe er sich deshalb der Zustimmung seiner Alliirten. Bisping versprach alles gute, eingedenk einer Weisung seines Herrn, wonach er in allen Präliminarien dem kur-mainzischen Voto Beifall zu geben hatte. Der Kurfürst fuhr hierauf fort, daß man den Grundsatz befolge, sich mit keinem, der in fremde Kriege verwickelt, zu verbinden. Was wolle man denn da wegen des Brandenburgers, der mit Polen seinen Vergleich abgeschlossen habe, also gar nicht mehr Krieg führe?[1] Jetzt müsse man mit ihm verhandeln und schließen. Der Krone Schweden könnte man erklären, daß auch sie wirklich eingenommen werden könnte, wenn sie aus dem Kriege sein würde. Nun sehe man zwar wohl, daß Pfalz-Neuburg keine Lust habe, mit Brandenburg zu schließen, weil, wie er wörtlich bemerkte, es immer noch hoffe, dem Kurfürsten einige Lande wegzunehmen. Er aber, der Kurfürst von Mainz, sei völlig entschlossen, mit Brandenburg einzutreten, ob ihm hierin nun die übrigen Alliirten nachfolgen möchten oder nicht und wenn auch die seitherige Liga darüber zerscheitern würde.[2]

In ähnlicher Weise war, wie am folgenden Tage Anethan dem Neuburger Snell erzählte, von der Leyen vom Kurfürsten beeinflußt worden. Wie er sich der Einstimmung Kur-Kölns versicherte, bleibt uns verborgen. Mit besonderem Nachdruck aber suchte man dann auf den Neuburger einzuwirken.

Am 24. September, an welchem Tage ja die Sitzung mit den Evangelischen stattfinden sollte, wurde Snell schon um 8 Uhr früh zum Kurfürsten von Mainz berufen, bei welchem er neben Boineburg und Mehl die Trierer Chorbischof v. der Leyen und Anethanus versammelt fand. Der Kurfürst selbst theilte ihm mit, daß die Gesandten von Trier, Köln und Münster die Erklärung gegeben hätten, wie sie bei der Zunahme der gefährlichen Konjunkturen kein Bedenken mehr trügen, die zu Frankfurt anwesenden kur-brandenburgischen Vertreter gegen Einlieferung ihrer Kreditive und das Versprechen baldiger Beibringung der Vollmachten zu den Verhandlungen mit zuzulassen. Er, Snell, möge sich gleichfalls hierzu bequemen.

---

[1] Wehlauer Punktation vom 1. September 1657 (Neutralitätsvertrag mit Polen mit Vorbehalt des Beitrittes Oesterreichs, Dänemarks und des Zaren), cf. Droysen III, 2, 256.

[2] Bericht Bispings vom 23. September, worin er bei diesem Widerspiel der mainzer und neuburger Ansichten dringend um Verhaltungsmaßregeln bat.

Dieſer antwortete mit dem Hinweiſe darauf, daß der Kurfürſt vor wenig Tagen in gleichem Sinne dem Oberkanzler Giſe zugeſprochen und dieſer verſprochen habe, dem Pfalzgrafen zu berichten. Am 19. müſſe Giſe daheim angelangt ſein, er müſſe alſo bald wiederkommen oder doch Ordre erfolgen. Indeſſen wolle er ſich einem Majoritätsſchluſſe fügen.

Hierauf ſchritt man zur Sitzung mit den Evangeliſchen. Schwarzkopf hielt nochmals um die Zulaſſung Canſteins an, deſſen Verſprechen der baldigen Beibringung der Vollmacht man wohl vertrauen könne. Das Vorhandenſein eines Kreditivs wurde feſtgeſtellt. Die Invitanten traten zur Sonderberathung ab. Trier votirte für die Zulaſſung unter Hinweis auf die Nachricht von dem polniſch-brandenburgiſchen Vergleich. Köln befürwortete die Zuziehung nicht allein Canſteins ſondern auch Snoilsky's. Münſter, ohne Inſtruktion für dieſen Fall, erklärte, von der Majorität ſich nicht ſondern zu wollen. Demnach erklärte auch Neuburg, daß es die Handlung nicht aufhalten werde. Hierauf formulirte Mainz den Beſchluß: Canſtein und Snoilsky ſeien zuzulaſſen.

Die herbeigerufenen Vertreter Braunſchweigs und Kaſſels wurden erſucht, den Betheiligten Kenntniß zu geben, was ſie übernahmen.[1]

Der Pfalzgraf von Neuburg war wenig erbaut von dieſer Wendung der Dinge. Auf den Bericht Snells wies er denſelben an, daß er bei derartigem weiteren Drängen des Mainzers auf Schluß mit den Oſtmächten ſich mit den übrigen und zumal mit dem Münſteriſchen über „eine Antwort quod non" vergleiche und endlich für ſich ſelbſt erkläre, dazu nicht ermächtigt zu ſein. Wie Köln vor Anfang der Liga mit Brandenburg ſchon verbunden geweſen, ſo könne man auch nichts beſonderes gegen eine einſeitige Vereinigung von Kur-Mainz mit Schweden und Brandenburg einwenden, wenn nur die andern Alliirten dadurch keinen Schaden erlitten.[2]

Einen erneuten Aufſchub erlitten die Verhandlungen wegen der

---

[1] Berichte Snell's vom 24. September und Otto's vom 15. (25.) September. — Düſſeldorf bezw. Hannover.

[2] Der Pfalzgraf an Snell am 26. September, der darin noch benachrichtigt wird, daß Giſe Anweiſung erhalten habe, mit dem Biſchof von Münſter zu reden, damit er gleichen Sinnes mit dem Pfalzgrafen werde. Die Weiſung ſelbſt erging an Giſe, der zum Biſchof gereiſt war, am 29. Der Pfalzgraf theilte ihm dabei mit, daß er beabſichtige, Boineburg zu ſich einzuladen, damit er ihn von der Abſicht der Aufnahme der Oſtmächte bekehre oder doch wenigſtens Zeit gewinne. Jedenfalls müßten, ob man ſich nun in dies Werk ſchicke oder nicht, Münſter und Neuburg eines Sinnes ſein. — Snell hat ſein Votum vom 24. am 27. damit entſchuldigt, er habe verhindern wollen, daß der Unglimpf, „es thäte ſich der Pfalzgraf am erſten abſondern", dieſem nicht allein aufgewälzet werde. — Düſſeldorf.

Heſſen. Der altersſchwache Herr v. Krosigk lag an Skorbut und Waſſerſucht auf den Tod und Badenhauſen war wegen einer andren Sache mit Heſſen-Darmſtadt nach Mainz beordert worden. Unterdeſſen reiſte aber auch Snell, nachdem er beim Abſchied vom Kurfürſten von Mainz noch beſondere Aufträge wegen Empfehlung des Allianzprojektes an den Pfalzgrafen empfangen, nach Bensberg ab.

Von der am 24. gefallenen Reſolution der Alliirten ſetzten die Braunſchweiger zugleich im Auftrag der erwähntermaßen verhinderten Heſſen am 26. den ſchwediſchen Geſandten Snoilsky in Kenntniß, welcher ſeine Bereitſchaft zu jeder Stunde ankündigte. Zu Canſtein konnten ſie ſich „wegen der Excellenterey" nicht begeben. Doch erſchien er am 25. ſelbſt bei Otto und Witte, welche zuſammen ein Haus bewohnten, unter beſonderer Betonung ſeiner Eigenſchaft als Privater. Gleichwohl redete man vom Allianzweſen. Otto benachrichtigte ihn von der Reſolution der Alliirten und Canſtein ſtellte auch ſein Erſcheinen bei den Verhandlungen in Ausſicht. Dabei drückte er den Wunſch nach beſonderen vorherigen Benehmungen unter den Evangeliſchen bei allen, zumal den wichtigeren Fragen nach dem Beiſpiele der bereits Unirten aus. Hiergegen fanden die Braunſchweiger nichts einzuwenden. Darauf kam Jener darauf zu reden, wie dienſam, ja nöthig es ſein wolle, daß zwiſchen dem Kurfürſten, ſeinem Herrn, und dem Hauſe Braunſchweig eine ſonderbare nachbarliche Korreſpondenz und zum Nothfalle eine Vereinigung consiliorum, virium et armorum ſtattfinde. Sein Herr habe eine wohlſtaffirte und verſuchte Armee und ſo viel tauſend Mann parat ſtehen, ſo daß alſo ein ſtattliches und anſehnliches gegen Jedermann zuſammengebracht werden könnte. Otto äußerte ſich dem gegenüber in höchſt vorſichtiger Form, dies ſei eine Sache, worüber die Fürſten ſelbſt würden vernommen werden müſſen: ſchien es doch, als beabſichtige Brandenburg auf dieſe Weiſe das ganze rheiniſche Allianzprojekt lahm zu legen.[1]

Doch lichtete ſich der Nebel immer mehr. Am 29. September berief Schwarzkopf ſeine Kollegen in einer wichtigen Angelegenheit zu ſich und theilte ihnen in tiefſtem Geheim mit, Canſtein habe ihm eröffnet, daß ſein Herr mit Polen richtig geſchloſſen habe und im Begriff ſtehe, mit ſeiner Armee von 12000 Mann nach Deutſchland wieder herauszumarſchiren. Im Namen desſelben habe er, Canſtein, dem Hauſe Braunſchweig ein näheres Bündniß anzubieten, welches jedoch der Allianz mit den Katholiſchen nicht abträglich ſein, ſondern dieſelbe gleichſam ergänzen ſolle. Auf die Bemerkung Schwarzkopfs, daß ein ſolches Separatbünd-

[1] Bericht Otto's vom 19. (29.) September. — Hannover.

niß ja schon bestehe, habe er entgegnet, das sei nicht hinreichend und sicher genug.

Der Vorschlag Schwarzkopfs an seine Kollegen ging nun dahin, dies heimzuberichten; er für seine Person werde zur Annahme dieses Vorschlages rathen und den Plan nach Kräften befördern helfen.[1] Allen dreien schien das Vernommene so außerordentlich wichtig, daß jeder noch am 29. seinen Bericht hierüber heimsendete.

Eben in diesen Tagen machte Bisping von Münster die Bemerkung, daß es scheine, als ob demnächst auch die Krone Frankreich sich zu der Allianz melden werde. An deren Annahme sei nicht zu zweifeln, weil schon die meisten unter den Alliirten mit ihr viele Traktaten gepflogen, wo nicht gar geschlossen hätten.[2] Bemerkenswerth durfte es freilich erscheinen, daß nun endlich die französischen Gesandten sich herbeiließen, auch den fürstlichen Gesandten am Deputationstage ihre Anwesenheit kundzuthun, und zwar vorerst eben nur denjenigen, welche zugleich der Allianz halber mit den Vertretern der drei geistlichen Kurfürsten in Unterhandlungen standen: am 28. September dem Bisping mit vielen Komplimenten und Entschuldigungen, daß es nicht früher geschehen, und am 30. den Braunschweigern.[3]

Diese Letzteren sahen nicht, was sich da vorbereitete. Oder war es eine Folge absichtlicher Täuschungen durch Mainz und die Franzosen selbst, daß jene an alles andre mehr glaubten als an Verhandlungen Dieser um einen Bund? Ihnen erschien es, als ob die große Vertraulichkeit des Kurfürsten von Mainz mit Gramont und Lionne nachlasse: denn diese beschwerten sich drohend über die Unbeständigkeit Johann Philipps, weil er und die andren Kurfürsten auf den König von Ungarn in der Wahlfrage neigten. Ja, die Braunschweiger geriethen in Besorgniß, daß Mainz die Allianz nur deshalb betreibe, weil es vor Frankreich sich fürchte, und daß es das Werk noch vor der Kaiserwahl gern abgeschlossen sähe, um die evangelischen Mitalliirten gegen Schweden und Frankreich als die Widersacher des Hauses Oesterreich zugunsten ebendesselben und zu seinem eigenen Vortheile mit anzuspannen. Während doch die Absicht des Hauses Braunschweig darauf gerichtet war, mit Unterstützung der beiden auswärtigen Kronen eine Wahlkapitulation

---

[1] Otto's Bericht vom 19. (29.) September. — Hannover. Vgl. Köcher S. 232.

[2] Bericht Bispings vom 30. September: Ob nun durch eine so weite und mächtige Extension diese Allianz recht wird bestehen können und die fructus darin zu genießen sein, stelle ich zu E. Hochf. G. gdst. Nachsinnen. — Münster. Am 29. hatte er gemeldet: Lionne hat gestern den Kurfürsten von Mainz gastirt.

[3] Bericht Otto's am 22. September (2. October). — Hannover.

zu erlangen, die geeignet wäre, Rechte und Freiheit der Reichsstände hochzuhalten.[1]

Und die Hessen? Von seinem Schmerzenslager aus — es waren wohl die letzten Sätze, die er schrieb[2] — korrespondirte Krosigk mit seinem Gebieter über eine ganz besondere Sache. Auf den Rath Dörnbergs hatte er mit dem kur-pfälzischen Residenten Pawel-Rammingen zu Paris eine Korrespondenz angesponnen, welche vermuthlich die Durchsetzung der Auszahlung gewisser Forderungen Hessen-Kassels an Frankreich vom dreißigjährigen Kriege her — wir kommen darauf noch unten zu reden — zum Zweck hatten. Pawel hatte nicht ohne Erfolg am französischen Kabinette gewirkt. Die politische Sachlage, welche Frankreich die Gewinnung einer größeren Anzahl deutscher Reichsstände wünschenswerth erscheinen ließ, kam ihm wohl zustatten. Kurz bevor Krosigk seine Augen für immer schloß, sah er sich in der angenehmen Lage, als sichtbaren Ausdruck der Bemühungen Pawels ein an ihn gerichtetes Handschreiben des französischen Surintendanten Servien dem Landgrafen einzusenden, woraus dieser erfuhr, daß ohne jede Verpflichtung von seiner Seite ihm vom königlichen Hofe in Paris auf ein Jahr eine Pension von 12 000 Thalern ausgezahlt werden würde. Pawel solle nur zu diesem Zwecke mit Prokura versehen werden. Krosigk, der mit Wohlgefallen hervorhob, daß dieses Ergebniß seinen besonderen Bemühungen zu verdanken sei, rieth, an Servien sowohl wie an den Kardinal Mazarin Dankschreiben zu richten, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er mit der Zeit bei diesen Konjunkturen ein mehreres werde erreichen können; einstweilen könne man mit dem, was man jetzt erhalte, vorlieb nehmen, da es doch eine Lücke fülle oder einen kleinen Nothpfennig gewähre.

Ueber diesen hoffnungreichen Aussichten ist Krosigk aus dem Leben gegangen. Landgraf Wilhelm VI. nahm aber mit Dank an, was der getreue Diener ausgewirkt. Pawel-Rammingen erhielt die Prokura, an den Kardinal Mazarin, wie an Servien ergingen die Danksagungsschreiben.[3] Und als das Geld Ende Januar 1658 durch Vermittelung der Handelshäuser Helisant in Paris und du Mont in Kassel zur Aus-

[1] Bericht Otto's vom 19. (29.) September. — Hannover.

[2] Er starb am 8. October, der Bericht an den Landgrafen, der hier zu grunde liegt, ist vom 15. (25.) September. — Marburg.

[3] Alle drei Anschreiben am 21. September (1. October) datirt. In dem Schreiben an den Kardinal wird die bewilligte Pension genannt eine marque de la bienveillance, dont Sa Majesté m'honore, und es werden Versprechungen abgegeben y respondre par une fermeté inviolable à son très-humble service und reconnoistre ces faveurs (NB. des Kardinals) de tout mon pouvoir par mes très-humbles services. — Marburg.

zahlung gelangte, wanderten wiederum verbindliche und halbdevote Handschreiben des deutschen Reichsfürsten an die Staatsmänner der Krone Frankreich.[1] Bemerkt muß werden, daß in der über diese ganze Angelegenheit geführten Korrespondenz bis in's Frühjahr 1658 hinein sorgfältig jede Anspielung auf das Allianzprojekt von beiden Seiten vermieden ist. Erst am 8. März 1658 schreibt Pawel, daß der Kardinal sich höchst zufrieden über jenes zweite Dankschreiben geäußert habe und bei ihm wohl zu bemerken gewesen sei, daß man den Landgrafen gern als Genossen einer Defensivliga zu sehen wünsche, welche den westphälischen Frieden zu garantiren haben würde.[2]

Immerhin darf seit dem Augenblick, da dem Landgrafen die Nachricht von jener Pensionsbewilligung zugegangen ist, die hessische Politik an die Interessen Frankreichs gebunden betrachtet werden. Ein neuer Faktor zu späteren Ergebnissen, denen wir nicht weiter vorgreifen wollen.

23.

Wiederaufnahme der Verhandlungen unter Zuziehung der schwedischen und brandenburgischen Vertreter. Stimmungen im October 1657.

Die Sitzung, in welcher Snoilsky und Canstein eingeführt werden sollten, war auf den 1. October anberaumt worden, doch wurde sie um zwei Tage verschoben, da Canstein, welcher allerhand Ausflüchte suchte, sich für behindert erklärte.

Am 3. October erschienen die Vertreter der rheinischen Alliirten mit Ausnahme der Neuburger, sodann die Braunschweiger und Hessen, sowie Snoilsky und Canstein mit Portmann.

Kanzler Mehl gab eine Uebersicht über die bisherigen Verhandlungen und ersuchte die Neuzugetretenen um ihre Erklärungen. Canstein, welcher

[1] Schreiben des Landgrafen vom 25. Januar (4. Februar) 1658 an Mazarin, Servien und Silhon, welch letzterer 400 Kronen Courtagegelder empfing, während dem Residenten Pawel 500 Thlr. Gratifikation zuerkannt wurden. Trésorier Villaret schlug das ihm angebotene Präsent von 200 Kronen aus. — Marburg.

[2] Pawel-Rammingen an den Landgrafen: Mazarin habe hoffen lassen, de venir à l'advenir touts les ans à bout de la pension. J'ay bien remarequé qu'on seroit bien aise d'engager V. Alt. à une ligue défensive qui aura pour bornes le traicté de Munster. — Marburg.

als kurfürſtlicher Geſandter vor Snoilsky, der ja ſeinen König nur wegen deſſen Reichsfürſtenthümern vertrat, den Vorrang hatte, nahm zunächſt das Wort. Er betonte ſeines Herrn Geneigtheit zu dem Werke, welches zwar nicht die Kreis- und Exekutionsordnung, deren wirkliche Durchführung er für die Sicherheit des Reiches am zweckdienlichſten erachte, erſetzen könne, dieſelben aber doch wohl einigermaßen fördern werde. Beſonders aber ſetze der Kurfürſt ſeine Hoffnung auf dieſe Allianz wegen Beſeitigung aller Hinderniſſe, welche die Verfaſſung des weſtphäliſchen Kreiſes bisher aufgehalten hätten. Denn dort müſſe dem Kurfürſten verbleiben, was ihm zuſtehe und gebühre. Und nur in dieſer Erwartung könne er ſich zu der Allianz verſtehen. Dabei übergab Canſtein die für ihn und Portmann ausgefertigten Kreditive, das des Zweitgenannten noch auf Koblenz lautend. Feierlich lautete die Schlußwendung, welche den Wunſch ausdrückte, daß dieſe geplante Vereinigung zu Gottes Ehre, des römiſchen Reiches Wohlfahrt und aller Theile Aufnahme gereichen möge.[1] Kein Wort aber wurde laut von einem Verſprechen der baldigen Beibringung der von der Gegenſeite ſo nachdrücklich begehrten Vollmacht.

Snoilsky gab zu vernehmen, daß König Karl Guſtav, als er erſehen, daß das Werk die gemeine Sicherheit bezwecke und ſo das leiſten wolle, wozu das Reich als ſolches verpflichtet ſei, es für löblich und nützlich erkannt und in der Meinung, daß die Verhandlungen in Niederdeutſchland ſtattfinden ſollten, dem Grafen Oxenſtjerna, ſpäter aber ihm, Snoilsky, Inſtruktionen ertheilt habe. Auch er überreichte ſein Kreditiv und ſtellte weitere Erklärungen beim Fortſchreiten der Verhandlungen in Ausſicht.

Die ligiſtiſchen Geſandten traten ab, ließen aber bald Braunſchweiger und Heſſen rufen. Nachdem man beiderſeits ſich über eine Erklärung auf die Vorträge Jener ſich verglichen, eröffnete Mehl dieſelbe kurz dahin: Das Fundament ſei gelegt, da alle einig ſeien. Eine eingehendere Antwort könne man erſt nach der Rückkunft der Neuburger, vorausſichtlich nach wenigen Tagen ertheilen.[2]

---

[1] Bericht Canſtein's vom 26. September (6. October) 1657. — Berlin. U. A. VIII, 537. Wir erſehen daraus zugleich, daß Canſtein jene Bedingung wegen der weſtphäl. Kreisordnung nur deshalb gleich zum Anfang erwähnte, damit der Kurfürſt, wenn er aus irgend welchem Grunde den Beitritt nicht beliebe, die vorauszuſehende Nichtannahme dieſer Bedingung zum Vorwand des Abbrechens der Verhandlungen nehmen könne, „da dann glimpflich ſein will, daß gleich anfangs dergleichen erwähnt werde". Er bittet zugleich zur Vermeidung allen Argwohns um Ueberſendung der Vollmacht. — Zur Sache auch der Bericht Otto's vom 29. September (9. October). — Hannover.

[2] Otto a. a. O.

Peinlich war die Sachlage für Canſtein. Vom Kurfürſten zur höchſten Vorſicht angewieſen und von deſſen innerſter Abneigung gegen das ganze Projekt wohl überzeugt, konnte er nicht anders, als mit allen möglichen Kautelen und ſtets im Ausblick auf Abbruch der Verhandlungen Stellung nehmen. Er ſelbſt hätte in dem Beitritt ſeines Herrn eben nichts ſchlimmes für denſelben erblickt. Doch wagte er dies nur auf einem Umwege zu unterbreiten. Am kurfürſtlichen Hoflager zu Königsberg weilte zur Zeit der mindenſche Kanzler Matthias Weſenbeck. An dieſen ſchrieb er, daß er zwar alles dem Ermeſſen des Kurfürſten überlaſſe, dennoch aber, weil er bemerkt, daß die Katholiſchen mit dem Kurfürſten auch ohne Neuburg ſchließen würden, wenn dieſes ihm wegen des weſtphäliſchen Kreiſes keine Genugthuung gebe — wohl eine Verſicherung Boineburgs — nicht ſehen könne, welche Bedenken den Kurfürſten vom Beitritt zurückhalten könnten. Mit den drei geiſtlichen Kurfürſten ſtehe er ja im Kurfürſtenverein, mit Kur-Köln zudem in beſonderem Bündniſſe, desgleichen mit Braunſchweig ſowie mit Heſſen in Erbverbrüderung. Welche Sicherheit habe der Kurfürſt ſonſt? Er beleidige jetzt Schweden und habe ſich dafür mit erzürnten Feinden verglichen; welche Freundſchaft und welche Verſicherung er denn von dieſen zu erwarten habe? Auch werde er großen Unwillen erregen, wenn er ohne genügende Gründe ſeinen Zutritt verweigere. Allein ſei er doch nicht mächtig, allen Zufällen zu begegnen.[1]

Es wird nicht bekannt, ob Weſenbeck in dieſem Sinne dem Kurfürſten Vorſtellungen gemacht hat. Einen Eindruck würden dieſelben auf ihn keineswegs ausgeübt haben. Friedrich Wilhelm mißtraute von Anbeginn an dieſem Werke und er iſt dabei geblieben. Wir werden ſehen, wie die für ihn maßgebenden politiſchen Verhältniſſe ihn von der kur-mainziſchen Mittelpartei und deren Beziehungen zu den auswärtigen Kronen wegdrängten. Schon befand er ſich auf dem beſten Wege zur Loslöſung von der immer doch nur erzwungenen Bundesfolgſchaft für Schweden, das ihn in Polen im Stiche gelaſſen. Wie mit Neuburg ſo konnte er auch mit Schweden nicht in dieſes Bundesverhältniß treten. Ihm galt es um die Exiſtenz und er war in ſeiner eigenthümlichen Stellung zwiſchen den beiden Potenzen, deren Widerſtreit die Welt nicht zur Ruhe gelangen ließ, darauf angewieſen, ſich derjenigen anzuſchließen, welche ihm mit ihrer Feindſchaft den größten Schaden zufügen, als Freund für den Augenblick den meiſten Nutzen gewähren konnte. Jedenfalls ſchien ihm der Schwerpunkt ſeiner Politik nicht in dem Ideenkreiſe des Mainzers, nicht in der ſelbſtiſchen Intereſſenſphäre der Häuſer

[1] Canſtein an Weſenbeck am 2. (12.) October. — Berlin.

Braunschweig und Hessen zu liegen, nicht war sein Platz neben dem alten Todfeinde, dem Neuburger, nicht neben dem gewaltsüchtigen, abenteuernden Schwedenkönig. Daß er trotzdem über das Allianzprojekt getrost mit weiterverhandeln ließ, mag ihm immerhin den Vorwurf der Zweideutigkeit, der Hinterlistigkeit nicht erspart lassen, politisch klug war seine Handlungsweise zweifellos. Wer darf unter seinen Gegnern den Stein aufheben, da doch auch der Pfalzgraf sich munter an den weiteren Verhandlungen betheiligte, trotz der festen Absicht, mit Brandenburg niemals zu schließen, da doch ferner Kur-Köln durch Aldenhoven die brandenburgischen Gesandten in Frankfurt mit ausgesuchten Aufmerksamkeiten behandeln ließ, durch Fürstenberg aber den Kurfürsten wegen seiner österreichischen Gesinnung bei Frankreich anschwärzte?[1]

Solange die neuburgischen Abgeordneten von Frankfurt fernblieben, ruhten die Allianzverhandlungen. Die dadurch gewonnene Muße veranlaßte die Vertreter des Hauses Braunschweig, in einer Gesamtrelation an die Regierungen daheim den Stand des Allianzprojektes im Zusammenhang mit der allgemeinen Lage der Dinge darzulegen und folgendes Raisonnement damit zu verbinden:[2]

Das ganze Allianzwerk hängt nach ihrer Ansicht von dem Wahlgeschäfte ab, bei welchem man allem Anscheine nach auf möglichst lange Ausdehnung des Interregnums bedacht sein wird, um Schweden und zumal Frankreich durch die Wahl einer ihnen ungenehmen Person keine Ursache zum Angriff auf das Reich zu geben. Frankreich wird, wenn das Haus Oesterreich aus besonderen Erwägungen nicht übergangen werden kann, von Feindseligkeiten nur durch die Vertröstung abgehalten werden können, daß dieses Haus zuvor aller Feindschaft mit ihm und Schweden ledig sei und der Eligendus durch bindende Kapitulationsbedingungen auf alle Unterstützung der Feinde derselben verzichte. Schon weiß man, daß es zur Durchsetzung solcher Forderungen auf einen ihm gegebenen Wink sich nach Metz und gegen den Rhein zu mit Heeresmacht gezogen. Das Reich wird also voraussichtlich, die Wahl falle auf wen sie wolle, vom Kriege nicht verschont bleiben, falls es nicht in eine gute wirkliche Verfassung gesetzt wird, wozu man aber außerhalb dieses zwischen Mainz, Köln, Trier, Brandenburg, Münster, Neuburg, Braunschweig und Hessen — Schweden wird nicht genannt — geplanten Bündnisses nicht gelangen kann. Weil man nun auch dadurch die übrigen mächtigsten Stände des Reiches indirekt herbeizubringen und dem letzteren eine nach dem Muster dieses Bundes zu errichtende Militärverfassung

[1] Vgl. U. A. II, 137.

[2] Gedr. bei Köcher, Anhang S. 632 ff. datirt vom 9. (19.) October.

zu geben vermeint, wird von Mainz auf Fortsetzung und Beschließung dieser Allianz inständigst gedrungen. Ohne die Kapitulation und ohne die Defensivverfassung wird an der Wahlsache mit Bestand und ohne Schaden für das Reich nichts gethan werden können. Wird Oesterreich bei der Wahl vorbeigeschoben, wird es neben Spanien sich dagegen stemmen. Ist dann keine Verfassung vorhanden, so kann das Reich und der neugewählte Kaiser nicht bestehen. Wird aber Oesterreich genommen, so werden Schweden und Frankreich das Reich anfallen. Oesterreich wird dann mit Hülfe Spaniens das Reich zum Tummelplatz des Krieges wählen und diesen mit dem Schweiße und Blute der Reichsstände und ihrer Unterthanen führen, das Reich selbst unter spanisches Joch gerathen. Daher kein ander Mittel — denn auf die göttliche Allmacht allein kann ein verständiger Regent nicht bauen — als die Verfassung im Reich, welche auch, selbst wenn man aus dem Hause Oesterreich wählt, Frankreich in Respekt und Furcht halten wird, zumal wenn sonst die Kapitulation nach dessen Wünschen eingerichtet sein wird. Eine solche Verfassung aber durch einmüthige Zusammensetzung aller Stände im Reich auf die Beine zu bringen, und zwar so, daß deren Streitkräfte in des ganzen Reiches nicht aber Einzelner Verfügung stehen, scheint zwar ein unmögliches Ding zu sein, zumal bei dem mangelhaften Zustand der Exekutionsordnung; zudem sind in Frankfurt nur wenige Stände zur Zeit vertreten, von denen die abwesenden sich keine Gesetze werden vorschreiben lassen wollen. Wenn aber zunächst die vornehmsten evangelischen und katholischen Glieder zusammentreten, um gleich anfangs den Auswärtigen Argwohn und Schrecken zu erregen, so wird man allmählich auch Andre herbeiziehen und also auf indirektem Wege dahin gelangen, was man sonst ordnungsmäßig nicht erreichen kann. Von der Verfassung hängt dann wiederum der Ausfall der Kapitulation ab. Diese den Wünschen und Gerechtsamen der Stände entsprechend zu erreichen, muß man mit dem Beistand und den Drohungen Frankreichs und Schwedens operiren, wozu diese Mächte nach Artikel 8 des westphälischen Friedensinstrumentes gutes Recht haben. Und in deren Interesse liegt es ja auch, daß das Gleichgewicht im Reich durch Wahrung der Rechte und Freiheiten der Stände erhalten bleibe. Ist man vor Schluß der Allianz der Kapitulationsbedingungen nicht sicher, so stößt man jene Mächte vor den Kopf und entäußert sich ihrer Hülfe zu guter und billiger Einrichtung der Kapitulation. Ein über alle Maße schwieriges und spitziges Werk, und doch so nothwendig und kein ander Mittel zu gemeiner Rettung. Nun verdienen die Schweden einen besonderen Argwohn, da man allemal sich von ihnen eines Einbruchs versehen muß und ihre Haltung bisher drohend genug gewesen ist. Dagegen erbieten

ſich die Ligiſten, namentlich aber der Kurfürſt von Mainz, der es mehrfach vertraulich und öffentlich vor den kölniſchen und trieriſchen Geſandten und den Vertretern auch anderer zur Allianz gar nicht einmal berufenen Stände verſichert hat, daß ſie dem Hauſe Braunſchweig gegen Jedermann ohne Unterſchied der Religion und ohne Abwägung der Gründe des Angriffs getreulich Beiſtand leiſten wollen. Ob die hildesheimer Allianz genüge, iſt fraglich, noch fraglicher aber, ob die darin begriffenen Stände gegen Schweden als Mitgenoſſen derſelben Hülfe gewähren werden, und ebenſo fraglich, ob man ſich auf Brandenburg verlaſſen kann, dem man erſt neulich ſelbſt die Aſſiſtenz abgeſchlagen hat. Brandenburg, nunmehr mit Polen vertragen, wird nicht mehr allein an Braunſchweig ſich einen Rücken ſuchen, ſondern entweder an dieſer Allianz oder an Oeſterreich. Letzteres kann nur zu höchſtem Nachtheil des Reiches geſchehen. Soll aber Brandenburg von Oeſterreich ab- und auf die Seite Derer hinübergezogen werden, welche die Erhaltung des Reiches mit Ernſt ſuchen — und ſeine große Macht und das im polniſchen Kriege erworbene Anſehen machen die Verbindung mit ihm wünſchenswerth — ſo kann das beſſer und füglicher nicht geſchehen, als durch förderlichſten Schluß dieſer Allianz, da die Zeit kommen kann, wo es Brandenburg etwa nicht gelegen ſein mag. Ein guter Anfang dazu kann ja durch die von Brandenburg ſelbſt vorgeſchlagene engere Korreſpondenz mit dem Hauſe Braunſchweig gemacht werden. Jedenfalls iſt die Allianz dem unſicheren Ergebniß der noch weit im Felde befindlichen Kapitulation vorzuziehen.

Mit dieſem ausführlichen Gutachten kreuzte ſich die Antwort des Herzogs Chriſtian Ludwig von Braunſchweig-Celle auf den Bericht Witte's über die Eröffnungen Canſteins betreffs der Wünſche des Kurfürſten Friedrich Wilhelm nach engerer Korreſpondenz mit dem Hauſe Braunſchweig.[1] Danach hängt ein Eingehen auf des Kurfürſten Begehren ab von gründlicher Unterrichtung über die Pläne desſelben nach getroffenem Frieden mit Polen, und zwar ob er trotzdem mit Schweden und dieſes mit ihm in gutem Einverſtändniß und Frieden bleiben würde, ſodann wie weit der Kurfürſt mit Polen und Oeſterreich über die Neutralität, von der man rede, hinaus ſich verbindlich zu ein- und gegenſeitiger Garantie eingelaſſen habe, wovon allerhand bedenkliche Gerüchte im Schwange gingen. Denn man dürfe ſich nicht mit Jemandem vertiefen, deſſen Endziele nicht bekannt ſeien. Canſtein ſei gründlich

[1] Erlaß des Herzogs vom 8. (18.) October. — Hannover. Die Anſichten der beiden anderen Herzöge dürften ſich weſentlich mit den hier ausgeſprochenen gedeckt haben.

auszuforſchen und darüber ſolle berichtet werden, worauf ungeſäumt Reſolution erfolgen werde.

Die Politik des Hauſes Braunſchweig war eben allen verbindlichen Abmachungen abhold, welche in irgend einer Weiſe eine wirkliche Hülfleiſtung ſeinerſeits hätten in Ausſicht treten laſſen. Nur für ſich ſelbſt wollte man den Nutzen ziehen, alles was an reelle Gegenleiſtung über die papierenen Beſtimmungen hinaus erinnerte, wurde mit lebhafter Scheu abgelehnt. Eine Allianz mit dem vor der Entſcheidung der Waffen nicht zurückbebenden brandenburger Kurfürſten war für eine ſolche Politik kein erſtrebenswerthes Ding. Ihr ſagte das friedensſelige Syſtem des mainzer Kurfürſten weit mehr zu. Im Rahmen einer größeren Allianz auf deſſen Grundlagen glaubte man eine Verbindung mit dem Brandenburger ſich ſchon eher gefallen laſſen zu dürfen. Ebenſo geringe Neigung verſpürte man für eine Anlehnung an Schweden, daher ein ſorgfältiges Umgehen aller Bezugnahme auf die hildesheimer Allianz. Ganz ernſtlich erblickte man auch auf dieſer Seite in der Verbindung mit den rheiniſchen Ligiſten das geeignetſte Mittel zur Herſtellung eines Gleichgewichts im Reiche gegenüber allen Kriegsgefahren und den drohenden Gewaltſtreichen der fremden Kronen, wie vornehmlich des Hauſes Oeſterreich.

Canſtein, von den Braunſchweigern um nähere Auskunft über das in Anregung gebrachte Projekt einer brandenburgiſch-braunſchweigiſchen Sondereinung befragt, entgegnete, daß es neuer Abmachungen nicht bedürfe und nur ſtatt einer auf beſtimmte Jahre geſchloſſenen Verbindung eine feſte, unzertrennliche Korreſpondenz und Einmüthigkeit befeſtigt werden ſolle. Wenn dann im niederen Deutſchland in eiligem Falle ein Sukkurs nöthig werden ſollte, würden Brandenburg und Braunſchweig unter der Zeit, daß die oben geſeſſenen Stände ihre Hülfe ſendeten, einander ſchleunig die Hand bieten und der Gefahr entgegen gehen können.[1]

Bei Kur-Mainz hatten unterdeſſen die Braunſchweiger den Eindruck gewinnen müſſen, daß bei den Verhandlungen um die Allianz ein beſonderes Abſehen auf Brandenburg gerichtet werde. Hatte doch Kurfürſt Johann Philipp geäußert, daß, falls Neuburg und Brandenburg ſich bei dem Handel durchaus nicht ſollten vergleichen können und es nicht anders möglich wäre, er lieber jenes als dieſes daraus entrathen möchte.[2] In ähnlicher Form hatten dies der Kurfürſt wie auch Fürſtenberg gegen die brandenburgiſchen Geſandten ſelbſt geäußert, weshalb nunmehr Canſtein faſt mit den gleichen Worten, die er an Weſenbeck geſchrieben,

[1] Geſamtrelation der Braunſchweiger vom 20. (30.) October. — Hannover.
[2] Bericht Otto's vom 10. (20.) October. — Hannover.

dem Kurfürſten den Zutritt zur Allianz anempfahl und noch hinzufügte, daß jetzt, wo der Krieg allgemach ſich wieder in's Reich zu ziehen beginne, der Bund höchſt nöthig werden wolle und ſelbſt die Sicherheit der Wahl darauf beruhe, wie denn Etliche vermeinten, daß vielleicht Frankreich auf eigenen Antrieb oder auf Anderer Veranlaſſung einige Völker an den Rhein ziehen werde, um dadurch die Kurfürſten, zumal die am Rhein geſeſſenen, ſich zuwillen zu machen, „welchem gleichwohl anders nicht dann durch dergleichen Zuſammenſetzung füglich zu begegnen" — eine bemerkenswerthe Uebereinſtimmung mit den Anſchauungen der braunſchweigiſchen Diplomaten. Daß dieſe über dieſe Auffaſſung Canſteins mit einiger Genugthuung heimberichteten, iſt erklärlich. Es machte Eindruck, daß die Brandenburger auf einmal die Beſchleunigung der wegen Abweſenheit der Neuburger ſtockenden Allianzverhandlungen forderten.

Man hätte unter dieſen Umſtänden bei der Ausſicht auf Verwickelungen zwiſchen Brandenburg und Schweden erwarten dürfen, daß, je ſtärker ſich eine Neigung für die Herbeiziehung des erſteren offenbarte, ſich um ſo vorſichtiger die Behandlung des zweiten bemerkbar gemacht haben würde. Der Kurfürſt von Mainz aber rieth gerade unter dem Einfluß ſeiner Friedenstheorie lebhaft dazu, die Schweden bei dieſen Verhandlungen nicht zu verletzen, ſondern ſie zum Vortheil gemeiner Ruhe möglichſt zufrieden zu ſtellen, jedoch natürlich ohne jede Vertiefung in die däniſche Unruhe, ſondern in der Weiſe, daß man Schweden mit allen ſeinen Geſuchen auf die Generalgarantie verweiſe und doch dazu ſich dieſe Allianz ſich keineswegs verbinde oder zu beſonderer Hülfeleiſtung ſchuldig erachte.[1]

Um den 20. October herum lief an die Adreſſe Canſteins zu Frankfurt aus Königsberg ein vom 5. October datirtes kurfürſtliches Kreditiv zu den Allianzverhandlungen ein, ausgeſtellt auf Canſtein ſelbſt, den Johann v. Portmann und den in Begleitung des Erſteren jüngſt in Frankfurt erſchienenen Friedrich v. Jena.[2] Vorläufig fand ſich jedoch keine Gelegenheit zur Ueberreichung deſſelben: den ganzen Monat October hindurch war es nicht möglich, eine Sitzung in der Allianzſache zuſtandezubringen. Denn noch immer wartete man auf die Wiederkehr eines der neuburgiſchen Geſandten, die erſt ganz am Ende des Monats erfolgte; ſodann verreiſte auch Biſping in einer Kammergerichtsangelegenheit des Biſchofs, ſeines Herrn, nach Speyer. Auch hielt wohl der Kurfürſt von Mainz zurück, bis daß von ſeinen rheiniſchen Mitalliirten, zumal dem Neuburger, über die von Canſtein bei ſeiner Admiſſion betonte Forderung

[1] Geſamtrelation der Braunſchweiger vom 20. (30.) October. — Hannover.

[2] Abſchriften in Düſſeldorf und Hannover. Empfangsbeſtätigung der Brandenburger an den Kurfürſten vom 10. (20.) October. — Berlin.

Brandenburgs wegen Neuordnung der Dinge im weſtphäliſchen Kreiſe Reſolution erfolgt wäre.[1] Auch waren für den Mainzer noch mindeſtens ebenſo wichtige Fragen, als die der Allianz vorhanden, welche ſeine ganze Aufmerkſamkeit in Anſpruch nahmen. Die Unterhandlungen mit den Franzoſen wegen der Kaiſerwahl wurden immer lebhafter. Anfang October begab ſich Fürſtenberg im Auftrage Gramonts und Lionne's nach München, um den Kurfürſten von Bayern mit erneuten Lockungen zur Annahme der Kaiſerkrone zu bewegen. Mit ſtolzem Prahlen und voll eitel Vertrauen auf ſeine glänzende Dialektik zog er von dannen. Auch der Plan eines Bündniſſes des Mainzers und ſeiner Genoſſen mit der Krone Frankreich gewinnt zu dieſer Zeit an Boden. Die franzöſiſchen Geſandten in Frankfurt reichten eine auf ſie gerichtete Vollmacht des Königs zum Abſchluß von Bundesverträgen mit den deutſchen Reichsſtänden bei den Vertretern der rheiniſchen Ligiſten ein.[2] Es ſtand alſo zu vermuthen, daß ſie nunmehr bald mit der Forderung hervortreten würden, daß man ſie zu den Allianzverhandlungen mit hinzuziehen ſolle. Ohne jede Kenntniß dieſer Vorgänge ſchienen freilich die evangeliſchen Intereſſirten zu ſein, den Schweden etwa ausgenommen.

Wenig Wohlwollen brachte der Biſchof von Münſter dem franzöſiſchen Projekte entgegen. Gleich unliebſam war ihm die Verbindung wie mit Schweden ſo mit Frankreich. Er hätte es lieber geſehen, wenn man mit beiden „niemalen angelegt hätte." Doch glaubte er auf die dringende Vorſtellung des Kurfürſten von Mainz in Anbetracht des jetzigen verwirrten Zuſtandes ſeines Stiftes von den alten Genoſſen der Liga, von denen jetzt auch Kur-Köln völlig in franzöſiſch-ſchwediſchem Fahrwaſſer zu ſteuern ſchien, ſich nicht abſondern zu dürfen. Daher hatte er Biſping angewieſen, daß er ſich vernehmen laſſe, mit Brandenburg, welches in keinen Krieg mehr verwickelt, ſei ſchlechterdings, mit Schweden aber nur bedingungsweiſe zu verhandeln und dieſes erſt aufzunehmen, wenn es der gegenwärtig ihm aufliegenden Kriege ledig ſein werde. Er wünſche ſolche Verwahrungen, daß man auf keinen Fall in einen ausländiſchen Krieg verwickelt werde. Die Allianz ſoll eine rein defenſive ſein und ſonderlich gegen das Reich und den künftigen Kaiſer keine Beſtimmung darin zu finden ſein. Schließlich wünſcht er noch die unauflösliche Erhaltnng der alten kölniſchen Liga während der vereinbarten Zeit und nähere Aufklärungen über die Ziele und Abſichten Frankreichs.[3] Bemerkbar wird in dem vorliegenden Falle der Einfluß

[1] So vermuthete wenigſtens Canſtein. Sein Bericht vom 10. (20.) October. — Berlin.

[2] Bericht Biſping's vom 28. October. — Münſter.

[3] Erlaß des Biſchofs an Biſping vom 9. October. — Münſter.

Oesterreichs, von welchem der Bischof augenscheinlich gute Dienste gegen die Stadt Münster erwartete, vermuthlich aufgrund der ihm von dieser Seite gemachten Verheißungen. An Beziehungen Bispings zu Volmar in Frankfurt mangelte es nicht. Und von letzterem hatte derselbe wohl die Nachricht, die er Ende October heimsandte, daß Brandenburg, trotzdem es anfangs sich auf dieses Werk eingelassen, keineswegs gesinnt sei, die Allianz wirklich mitzuschließen, sondern mit Oesterreich offensiv und defensiv gegen alle Welt sich verbündet habe, welcher Umstand hin und wieder große Veränderungen bewirken werde. Da es aber, so hieß es weiter, auch mit Schweden der Allianz halber seine Schwierigkeiten habe, würden diese Verhandlungen wohl endlich einen guten Ausschlag nur mit den beiden Häusern Braunschweig und Hessen gewinnen.[1]

Trier, Köln und Neuburg, wie auch Hessen-Kassel verhielten sich schweigsam. So verlief in der Allianzfrage der Monat October still und ereignißlos, bis endlich am 29. oder 30. Kanzler Gise mit neuen Weisungen in Frankfurt eintraf. Sofort ließ das kur-mainzische Direktorium zur Sitzung auf den 31. October ansagen.

24.

Die ersten Berathungen über den neuen Bundesreceß. Gegensätze.

Vor der Aufnahme der Verhandlungen versuchte Brandenburg bei seinen evangelischen Genossen die Vereinigung zu einem Ganzen gegenüber der geschlossenen Partei der Katholiken durchzusetzen. Dem widerstrebten von vornherein die Braunschweiger, um nicht ihre drei Voten zu verlieren und weil vorauszusehen war, daß in diesem corpus evangelicorum Brandenburg wegen seiner Machtstellung und als erstvotirendes Mitglied die Spitze nehmen und die Genossen nach seinem Willen lenken würde. Man wich also aus, erklärte aber, daß man ohnehin alle wichtigen Angelegenheiten und, was die gemeinsamen Interessen berühren möchte, vorher mit einander zu besprechen nicht unterlassen würde.[2]

[1] Bericht Bispings vom 28. October. — Münster.

[2] Diarium Heyland's unter dem 19. (29.) October. Am 3. (13.) November berichtet auch Otto: Es hat sonst aus einem und andern actu das Ansehen, als ob Brandenburg sich eines condirectorii bei diesem Werk allgemach anmaßen wollte, dagegen wir aber der Gebühr vigiliren. — Hannover.

So nahte der 31. October. Vor Beginn der Plenarſitzung verſtändigten die Braunſchweiger ſich beſonders mit Badenhauſen über die Frage, ob man heute nur über eine Form der allerſeits vorzulegenden Vollmachten, welche ſehr von einander abwichen, ſich vergleichen oder auch noch von den Materien des Bundesinſtrumentes reden wolle. Man wurde einig, letzteres auf die nächſte Sitzung zu verſchieben und dem kur-mainziſchen Direktorium zunächſt die Abfaſſung einer für alle gemeinſamen Formel für die Legitimationen zu übertragen, welche nach Gutbefinden durch die Verſammlung den Prinzipalen zur Ausfertigung zugeſchickt werden ſollten.[1] Auch beſchloß man, den kölniſchen Receß von 1654 dem neu zu entwerfenden Inſtrumente zugrunde legen zu laſſen und deſſen einzelne Paragraphen nach den Erinnerungen und Verbeſſerungsvorſchlägen der einzelnen Votanten abzuändern. Man hoffte, ſo möglichſt bald zu einer allen Theilen genehmen Faſſung gelangen zu können. Es wurde zugleich einer von Snoilsky gegebenen Anregung gedacht, wonach auf die Einladung noch anderer Potentaten, Kurfürſten, Fürſten und Stände Bedacht genommen werden ſollte, und beſchloß in Beziehung hierauf, es bei Artikel 16 des kölniſchen Receſſes zu belaſſen, wonach einfach Allen, welche ſich anmelden würden, der Beitritt offen ſtehen ſollte.[2]

Als man im Plenum zur Verhandlung ſchritt, ſtellte Mehl zwei Punkte zur Tagesordnung, die Prüfung der Vollmachten und Abgabe der Erklärungen ſeitens der Evangeliſchen auf die dieſen mitgetheilten Receſſe vom 15. December 1654 und 11. Auguſt 1655. Canſtein, welcher von Portmann und Jena begleitet erſchienen war, erklärte gleich auf den zweiten Punkt, daß doch wohl ohne Zweifel unter den Vertragſchließenden ein neuer Receß aufgerichtet werden müßte, für welchen die vorgelegten Dokumente nur die Vorlage abgeben dürften. Doch würde er ſeinerſeits, wenn Jemand hierzu den hildesheimer Vertrag vorſchlagen ſollte, auch damit einverſtanden ſein. Jedenfalls könne ein neues Inſtrument nur durch Durchberathung der gewählten Vorlage Punkt für Punkt nach vorgebrachten Abänderungsvorſchlägen zuſtande kommen. Dieſer Anſicht zollte Snoilsky Beifall; auch erwähnte er wirklich ſchon heute unter Bezugnahme auf Artikel 16 des kölniſchen Receſſes, daß es wünſchenswerth ſein dürfte, noch Andre zum Beitritt aufzufordern, und zwar ſolche, welche gleiche Zwecke mit den hier Verſammelten verfolgten. Schwarzkopf erklärte, daß Herzog Auguſtus keine

[1] Die langwierigen Verhandlungen über dieſe rein formale Sache dürfen billig hier übergangen werden.

[2] Diarium Heyland's vom 21. (31.) October. — Hannover.

Bedenken habe, ob man nun die Receſſe von Hildesheim oder Braunſchweig (die brandenburgiſch-braunſchweigiſche Allianz) oder die von Köln und Frankfurt zugrunde legen wolle, wenn man nur ſchnell und leicht zum Ziele komme. Freilich erwarte man auch von den Alliirten beſondere Erläuterungen zu ihren Receſſen. Gegen den Vorſchlag Bremens wegen weiterer Einladungen habe man im Prinzip nichts einzuwenden: doch ſei ja noch Niemand zu ſehen, der beizutreten wünſche. Daher ſolle man ohne Verzögerung zur Sache ſchreiten.

Witte und ähnlich Otto ſtimmten für Zugrundelegung des kurrheiniſchen Receſſes, wie man wohl auch den Vertrag vom 15. December 1654 nannte, und erklärten, wegen Hinzunehmung weiterer Stände nicht inſtruirt zu ſein, während Badenhauſen ſeinerſeits ohne nähere Erläuterungen gerade dieſes durchblicken ließ, ihnen aber in erſterem Punkte Beifall gab. Auch er drängte übrigens zur Beſchleunigung der Verhandlungen.

Snoilsky erklärte, daß er die Einladung anderer Stände nur in guter Abſicht und nicht, um das Werk aufzuhalten, angeregt habe. Das Ergebniß der Sitzung bildeten die Beſchlüſſe, daß Kur-Mainz eine gemeinſame Formel für die Vollmachten vorlegen ſolle und man den kölniſchen Receß von 1654 zur Grundlage eines neu zu vereinbarenden Bundesinſtruments zu nehmen habe.[1]

Sofort nach dieſen Vorgängen konnte man die Braunſchweiger damit beſchäftigt ſehen, den nunmehr zur Vorlage beſtimmten kölniſchen Receß nach denen von Hildesheim und Braunſchweig einzurichten. Sie befanden gar nothwendig, die Artikel 2 bis 5 inſoweit zu ergänzen, daß in ihnen das aufgenommen würde, was hier wegen der allgemeinen Reichs- und Kreisverfaſſung und des Verhaltens der Alliirten zu Andren und untereinander ſelbſt ausgedrückt war, und vereinbarten eine Neufaſſung der genannten Artikel. Der zweite enthielt danach die Beſtimmung, daß die Konföderirten in Rath und That treu zu einander ſtehen, über alles, woraus Unruhe entſtehen und der Aſſiſtenzfall hergeleitet werden könne, vorher zeitig ſich untereinander benehmen und keinen Gliedern des Reiches noch fremden Kronen, Potentaten oder Republiken zu Beleidigung, Einfall, feindlichem Ueberzug u. dergl. Anlaß geben, in die zwiſchen den fremden Kronen obſchwebenden Kriege direkt oder indirekt ſich nicht miſchen oder miſchen laſſen und auf alle ſich zutragende Fälle mit wirklicher Macht einander behülflich ſein wollen. Artikel 3 ſetzt den Fall voraus, daß ein Konföderirter vom andern angefallen werden könnte, in welchem Falle dann die Bundesgenoſſen gleichermaßen

[1] Nach dem neuburgiſchen Protokoll des Giſe. — Düſſeldorf.

Beiſtand zu leiſten verbunden ſein ſollen. Artikel 4 bemerkt, daß die Kreisverfaſſungen, von denen beſonders die weſtphäliſche durch etliche eingefallene Verhinderungen nicht habe in Vollzug geſetzt werden können, durch dieſe Allianz nicht ſollten verhindert, ſondern mit allem Fleiß und Eifer befördert werden. Und Artikel 5 verordnet die gütliche Beilegung aller etwa bereits vorhandenen oder ſpäter eintretenden Zerwürfniſſe unter den Genoſſen des Bundes, denen alle Gewaltthätigkeit unterſagt ſein ſolle. Man glaubte, hiermit die Formel zur Herſtellung eines erträglichen Verhältniſſes zwiſchen Brandenburg und Neuburg bereits gewonnen zu haben. [1]

Badenhauſen, dem die Braunſchweiger dieſen Entwurf zeigten, äußerte ſich darüber nicht, da er, wie er geſtand, bis zur Ankunft eines Erſatzmannes für den verſtorbenen Krosigk ſich in nichts verbindlich erklären könnte. [2]

Auch die Braunſchweiger erfüllten ihren Prinzipalen gegenüber ihre Pflicht durch erneute Geſamtberichterſtattung, allezeit eingedenk des Auftrags, nichts einzugehen, wodurch man in die jetzt vorhandenen Kriege mit verflochten werden könnte. Sie erachteten für ihre Pflicht, anzudeuten, daß eine ſolche Politik der unbedingten Neutralität unter den obwaltenden Verhältniſſen wohl nicht ganz aufrechtzuhalten ſein möchte. Es könnte, meinten ſie, eines Tages doch wohl geſchehen, daß Braunſchweig von Schweden, Dänemark, Polen oder Jemand anders unten im Reich oder droben etwa Kur-Köln von Frankreich oder Spanien angegriffen würde. Wenn dann die Aſſiſtenz unter dem Vorwande der bloßen Defenſion in einem oder dem andern Falle geleiſtet würde, könnte es eben doch ohne Offenſion der Angreifer nicht abgehen und würde demnach ein Krieg ſo wie ſo unvermeidlich ſein. Was beſonders den Wunſch des Hauſes Braunſchweig anlange, mit Frankreich auf gutem Fuße zu bleiben, ſo laſſe ſich trotz allen erdenklichen Grübelns doch kein Wort oder Klauſel finden, wodurch die Herzöge in dem Falle eines Anfalles Frankreichs auf einen der Alliirten von der bundesmäßigen Hülfeleiſtung entbrochen werden könnten. Ja, wenn etwa in Artikel 2 alle Aſſiſtenz wider die Kronen ganz allgemein für alle Zeit ausgeſchloſſen werden ſollte, dann würde auch Haus Braunſchweig im Nothfalle gegen Schweden ſich keiner Hülfe zu getröſten haben. Welchen Nutzen würde dann die Allianz den Auswärtigen gegenüber haben?

[1] Entwurf dieſer 4 Punkte in Düſſeldorf und Münſter. Biſping überſandte ihn dem Biſchof am 14. November. Mainz gab ihn ſeinen Alliirten zur Kenntniß, trotzdem, wie aus einem Berichte Otto's vom 7. (17.) November hervorgeht, die Braunſchweiger ihm denſelben „insgeheim" zugeſchoben hatten.

[2] Alles nach dem Berichte Otto's vom 27. October (6. November). — Hannover.

Der Kurfürſt von Mainz habe mehrmals verſichert, daß die Alliirten ſich verbindlich machen würden, gegen Jedermann, aus jedem Anlaß, ohne Unterſchied der Religion Beiſtand zu gewähren. Wie aber könnte das geſchehen, wenn Braunſchweig ſich dieſer Verpflichtung, wenn es gegen Frankreich gelte, entſchlagen wollte! Dies könnte überhaupt nur zum Abbruch des in ganz Europa geachteten Namens des Hauſes Braunſchweig unternommen werden, welches auf dieſe Weiſe auch alles Beiſtandes ſich entäußern würde und alſo einer anſtürmenden Uebermacht unterliegen müßte.[1]

Obwohl Badenhauſen für ſich ſelbſt gegenüber den braunſchweigiſchen Abänderungsvorſchlägen zum Bundesreceß Zurückhaltung gezeigt hatte, übernahm er es doch, Canſtein darüber auszuholen, nachdem auch Witte dies gethan haben würde. Letzterem erklärte Canſtein, er für ſeine Perſon könne damit bis auf einige Veränderungen in der Form wohl einverſtanden ſein: doch müſſe er erſt mit Portmann und Jena reden. Uebrigens habe auch er Monita beizubringen.[2]

Am 8. November unterrichtete Canſtein den Kanzler Schwarzkopf von einem eingetroffenen Befehle ſeines Herrn, wonach er und Jena zur Berichterſtattung nach Berlin abberufen ſeien; etwa in zehn Tagen gedenke er dahin abzureiſen, werde es daher gern ſehen, wenn zuvor der ganze kölniſche Receß durchberathen würde, weshalb er mit allem Fleiß auf Fortfahren in den Sitzungen dringe und auch durchgeſetzt habe, daß die nächſte am 10. November ſtattfinden ſolle.[3]

Bei dieſer Zuſammenkunft nahm Canſtein den neulich von Snoilsky angeregten Punkt der Einladung weiterer Stände wieder auf und ſchlug, allerdings nur unverbindlich, als ſolche Kur-Pfalz, Ansbach und Baireuth, Württemberg, Baden-Durlach und Heſſen-Darmſtadt vor. Dann erklärte er für rathſam, in dem Receſſe diejenigen Landestheile zu bezeichnen, hinſichtlich deren ein Jeder herbeitrete. Wenigſtens ſeien die Reichslande zu nennen, die ein Jeder mit Rechtmäßigkeit beſitze und welche ihm aufgrund des Friedensſchluſſes zukämen. Hierhinter verbarg

---

[1] Geſamtrelation der Braunſchweiger vom 24. October (3. November). — Hannover. Gedr. bei Köcher, Anhang S. 639. Abgeſandt wurde dieſer Bericht erſt am 6. November.

[2] Diarium Heyland's vom 27. October (6. November) und Bericht Otto's vom gl. T. — Hannover.

[3] Diarium Heyland's vom 30. October (9. November). — Hannover. Der Befehl des Kurfürſten datirte wohl gleichzeitig mit dem von Portmann in ſeinem Berichte vom 27. November (7. December) erwähnten kurfürſtlichen Erlaß (Saalfeld, den 22. October), wonach er angewieſen wurde, „bei vorgehenden Sachen ſich nicht hauptſächlich einzulaſſen, ſondern alles ad referendum zu nehmen". — Berlin.

Digitized by Google

ſich die Abſicht, auch Pommern mit in die Garantie des Bündniſſes hineinzuziehen, wogegen ja, wie der Kurfürſt wußte, eine Strömung Derer beſtand, welche auf jener Seite einen Zuſammenſtoß zwiſchen Schweden und Brandenburg erwarteten. Uebrigens, ſo fuhr Canſtein fort, könne er nicht verſchweigen, daß der Kurfürſt noch keinen Befehl ertheilt habe, ſich mit Pfalz-Neuburg bundesſchlüſſig einzulaſſen, jedenfalls werde er hierüber ſeinen beſonderen Bericht abwarten. Was er jetzt ſo mit verhandele, ſei als verbindlich nicht zu erachten, da alles auf die Entſcheidung des Kurfürſten ankomme. Mit den Schirmverwandten, die der kölniſche Receß nenne — der Begriff ſei übrigens noch zu erläutern — wolle man gar nichts zu ſchaffen haben. Auch ſei in dieſem Receß nicht ausgeſprochen, ob er auch für die Erben und Nachfolger der Vertragſchließenden Geltung haben ſolle: es ſei alſo gleichſam ein Perſonalweſen und deshalb eine Beſtimmung darüber aufzunehmen. Beſonders ſei die Heranziehung der Domkapitel wünſchenswerth. Und ſchließlich müſſe gleich eingangs eingerückt werden, daß durch dieſe Allianz die Reichs- und Kreisverfaſſungen keineswegs beeinträchtigt werden ſollten.

Erfreulicher lautete die Erklärung Snoilsky's, daß er mit dem kölniſchen Receſſe ungefähr ſo, wie er da vorliege, einverſtanden ſei, da darin ſchon, worauf es eben ankomme, der Zweck des Friedens und des Schutzes für die von Gewalt bedrohten Mitſtände ausgedrückt ſei.[1] Indeſſen werde man allerdings auf die brandenburgiſchen Erinnerungen Rückſicht nehmen müſſen. Doch behielt er ſich für die Berathung über die einzelnen Paragraphen noch beſondere Monita bevor. Die Forderungen der Braunſchweiger — wir übergehen unweſentliches — hielten ſich ganz in dem Rahmen der von ihnen vereinbarten, uns bekannten Abänderungsvorſchläge zu den Artikeln 2—5 des kölniſchen Receſſes. Badenhauſen behielt ſich in Erwartung beſonderer Inſtruktionen ſeine Monita zum Receſſe bevor, bemerkte jedoch vorläufig, daß die Einnahme der von Brandenburg vorgeſchlagenen Stände auch von Heſſen gewünſcht werde. Auch ſonſt zeigte ſich bei ihm eine Uebereinſtimmung mit den Forderungen Canſteins.[2]

Den Invitanten war an vielem, was von der Gegenſeite gewünſcht wurde, wenig gelegen. Beſonders unliebſam war ihnen wohl die Forderung der Einwilligung der Domkapitel, mit denen in ſolchen Fällen

[1] Auf Otto machte dieſe Erklärung den Eindruck, daß der Schwediſche zu denken ſcheine, „als ob er ſeine Intention ſchon erreicht und daß ſein König an den Konföderirenden Geſellſchaft zu ſeinen Kriegen contra quoscunque erlangen werde. S. Bericht vom 3. (13.) November. — Hannover.

[2] Sitzungsprotokoll in Düſſeldorf.

ſchwere und langwierige Unterhandlungen zu erwarten ſtanden, deren Zuſtimmung in rein politiſchen Dingen die geiſtlichen Fürſten überhaupt entrathen zu können meinten. Waren doch einſt die Bundesverhandlungen zwiſchen Kur-Köln und Braunſchweig gerade an dieſer Forderung des letzteren geſcheitert. Die Nennung nur proteſtantiſcher Stände, welche zur Vermehrung des Einfluſſes auf ihrer Seite von der Gegenpartei herbeigewünſcht wurden, war höchſt verdächtig. Die Erwähnung der weſtphäliſchen Kreisverfaſſung mußte Neuburg gründlich verſtimmen. Und nun gar noch die Erklärung Brandenburgs, daß es noch nicht genau wiſſe, ob es neben Neuburg beitreten könne.

Die Alliirten erachteten eine Sonderberathung unter ſich für geboten, worin Mehl den ihm übergebenen Aufſatz der Braunſchweiger zur Umfrage ſtellte. Trier fuhr heraus: Nun ſehe man, daß Brandenburg und die Andern darauf hinauszielten, einen ganz neuen Receß zuwegezubringen, und dazu habe man keine Luſt. Der alte Vertrag müſſe in Geltung bleiben und dürfe man auch Keinen davon ausſchließen. Nur nicht ſich dem Willen der Andern fügen! Habe doch auch damals Kur-Mainz den Receß, wie er ihm mitgetheilt, nur mit der geringen Abänderung wegen der Kontingente angenommen. Dies ſei der Gegenſeite ernſtlich zu bedeuten. Auch werde ſich der Kurfürſt ſchwerlich zu noch mehrerer Erweiterung verſtehen, welche das Gleichgewicht zwiſchen Katholiſchen und Evangeliſchen ſtören würde. Auch ſei ſchon auf dem Friedenskongreß in Münſter jene Forderung nach Zuſtimmung der Domkapitel lebhaft beſtritten und fallen gelaſſen worden. Ueber die Zugehörigkeit Neuburgs zum Bunde ſei kein Wort zu verlieren, auf keinen Fall dürfe ſeine Ausſchließung zugegeben werden. Die Schirmverwandten könne man fallen laſſen oder nicht. Kur-Köln bemerkte kurz, daß es durchaus nicht willens ſei, Neuburg auszuſchließen. Man beharre bei der alten Allianz, und ſollten darin weſentliche Veränderungen bezweckt werden, müſſe erſt heimberichtet werden. Weitſchweifig und bemerkenswerth waren die Erklärungen Biſpings. Braunſchweig und Heſſen, meinte er, hätten ja ſelbſt immer verlangt, daß nur mit Solchen geſchloſſen werde, welche mit keinem Krieg behaftet wären. Man müſſe ſich verwahren, daß man ſpäter weder direkt noch indirekt in einen Krieg verwickelt werde. Und nur rein defenſiv müſſe man ſich verhalten, vor allen Dingen aber dürfe keine Feindſeligkeit gegen das Reich oder den künftigen Kaiſer hervorſcheinen.[1] Zugleich betonte Biſping den Wunſch des Biſchofs nach Unauflöslichkeit der Allianz während der verein-

[1] S. zu dem oben bereits mitgetheilten auch eine Weiſung des Biſchofs an Biſping vom 13. November 1657: Weiln wir verhoffen, daß die Wahl bei dem

barten Zeit. Schließlich ließ er auch nach den vor Augen liegenden Erfahrungen mit Brandenburg und Schweden ſeine warnende Stimme wegen Herbeiziehung noch anderer Stände vernehmen.

Die Erklärungen, welche ſich mit denen Kölns und Triers deckten, dürfen übergangen werden. Aehnlich lauteten diejenigen Giſe's, der außerdem noch auf die Beiziehung des Landgrafen von Darmſtadt hinwies, der bei ſeinem Schwiegerſohne Philipp Wilhelm von Neuburg darum nachgeſucht habe. Ueber Brandenburgs Zumuthungen, fuhr er fort, habe der Pfalzgraf ſich ſehr aufgebracht gezeigt, da er gemeint hätte, daß der Kurfürſt ſich mit dem würde haben ſättigen laſſen, was er ihm vor ſechs Jahren weggenommen, wo er, der Pfalzgraf, alles habe verſetzen und verpfänden müſſen. Er empfinde es höchlichſt übel, daß man ihn ſchon bei den Präliminarien ausſchließen wolle.[1] Wie man Köln wegen Thorn und Münſter wegen der aufſäſſigen Stadt nicht verlaſſen habe, werde man jetzt hoffentlich auch ihn nicht preisgeben, ſondern der andern Partei bedeuten, daß man ihn nicht ausſchließen wolle. Mehl — das Direktorium ſtimmte zuletzt — gab übereinſtimmende Anſichten zu erkennen und verſprach, daß man alle dieſe Erinnerungen zuſammentragen und wiederum zur Berathung ſtellen werde, um bei den Verhandlungen den Eingeladenen gegenüber als eine geſchloſſene Partei aufzutreten. Die Beiziehung noch weiterer Stände ſei ein weitausſehendes Werk, für diesmal wolle man ſich mit dem Mangel an Inſtruktionen entſchuldigen. An ein Zugeſtändniß betreffs der zuſtimmenden Erklärung der Domkapitel ſei nicht zu denken, ebenſowenig an eine beſondere Erwähnung des weſtphäliſchen Kreiſes, welche Frage nicht vor dieſes Forum ſondern auf den dortigen Kreistag gehöre. Neuburg ſei auf keinen Fall auszuſchließen, die deswegen von Trier vorgeſchlagene Reſolution ſei die beſte und man könne noch hinzufügen, daß ja auch Neuburg ſeiner Zeit nichts derartiges verlangt hätte.[2] Das Ergebniß dieſer Sitzung war alſo völlige Einmüthigkeit unter den alten Genoſſen und Stellungnahme gegen die weſentlichſten der von Brandenburg vorgebrachten Forderungen.

Am 13. machten ſich auch Bewegungen unter den Evangeliſchen bemerkbar. Als die Braunſchweiger in der Wohnung Schwarzkopf's

---

hochlöbl. Haus Oeſterreich verbleiben wird, als haſt dem Herrn Volmari und andern allda anweſenden öſterreichiſchen Miniſtris bei Begebenheit an Hand zu halten. — Münſter.

[1] Giſe muß alſo wohl noch vor der Sitzung vom 10. November Nachricht von den damals noch bevorſtehenden Erklärungen Canſtein's gehabt und darüber berichtet haben. Nach Ausweis der Akten hat er das Protokoll vom 10. erſt am 11. überſandt, worauf am 12. noch kein Beſcheid von Bensberg daſein konnte.

[2] Alles nach dem Protokoll in Münſter.

den kölniſchen Receß durchgingen und dazu ihre Erinnerungen zuſammentrugen, um ſich deren in der nächſten Sitzung zu bedienen, erſchien bei ihnen Canſtein, mit welchem man über verſchiedene Artikel redete. Witte begab ſich alsdann zu Snoilsky, Heyland mit Otto zu Badenhauſen, um ſie von den Abmachungen in Kenntniß zu ſetzen.[1]

Eine Plenarſitzung fand am 14. November ſtatt. Mehl nahm das Wort, um auf die von den Eingeladenen abgelegten Erinnerungen zum kölniſchen Receß die Erklärung der Alliirten zu eröffnen. Als annehmbar bezeichnete er die Forderungen einer Spezifizirung der einzelnen Lande der Vertragſchließenden, doch ohne die Einſchränkung durch die Klauſel vom rechtmäßigen Beſitze derſelben, desgleichen auch die Hinzufügung der Nachfolger, Erben und Nachkommen, doch ohne Erwähnung der Einwilligung der Domkapitel, da die geiſtlichen Fürſten in Temporal-, Regierungs- und Reichsſachen freie Hand und ihre Nachfolger auch ſo zu verpflichten Macht hätten. Ausdrücklich wurde dabei auf das Beiſpiel beim weſtphäliſchen Friedensſchluß hingewieſen. Als Verbeſſerungsvorſchläge für Artikel 1 laſſe man ſich gefallen die Klauſeln vom gegenſeitigen Vertrauen der Alliirten und ihrem friedlichen Verhalten, von der gütlichen Beilegung aller Zerwürfniſſe ſowie von der Nichteinmiſchung in fremde Kriege. Es wurde hierin die Faſſung der Braunſchweiger für gut befunden. Für Artikel 2 wurde die Beſtimmung aufgenommen, daß man durch das Bündniß die Exekutions-Ordnung und die Reichs- und Kreisverfaſſungen — ohne die weſtphäliſche beſonders zu nennen — nicht „zurückſtellen, ſtecken oder verhindern“ wolle. Die Schirmverwandten werde man benennen. Was aber die fernere Einladung benannter Fürſten anbetreffe, ſo ſei man auf ſeiten der Alliirten nicht inſtruirt. In der Einleitung, ſchlug man vor, von Erhaltung der deutſchen Freiheit, jura und Präeminenz zu reden. Schließlich aber ſpitzte der Sprecher der Alliirten den ganzen Vortrag auf die beiden Erklärungen zu: erſtens, daß die Katholiſchen die Nichteinmiſchung in fremde Kriege dahin verſtänden, daß ſie ſich zur Zeit auch nicht mit denen ſetzen könnten, welche beim Schluſſe dieſer Verhandlungen noch in wirklichem Kriege befangen wären, und zweitens, daß ſie auf die Erklärung Brandenburgs, der Kurfürſt hätte weder bejahend noch verneinend Befehl ertheilt, ob er ſich mit Neuburg verbinden wolle oder nicht, zu entgegnen hätten, daß man Neuburg als bereits Alliirten von ſich nicht abtrennen laſſen könnte.

Mit der erſten Erklärung zielte man gegen Schweden, welches noch mitten im Kampfe mit Dänemark lag und gerade deshalb die Allianz

[1] Diarium Heyland's vom 3. (13.) November. — Hannover.

ſuchte. Snoilsky mußte um ſo peinlicher berührt werden, als die Invitanten mit feiner Ironie bemerkten, daß ſie gerade in ſeiner Erklärung vom 10. November, worin er ganz allgemein vom Zweck des Friedens geſprochen, eine Anregung zu ihrem heutigen Monitum empfangen hätten. Snoilsky widerſprach natürlich einer ſolchen Auslegung ſeiner Worte. Die Invitanten aber meinten, auch die Braunſchweiger hätten dieſe ſo verſtanden und dieſe Auffaſſung mit ihrem Anbringen unterſtützen wollen. Dieſe verwahrten ſich dagegen. Uebrigens beobachtete der Schwede auch bei dieſer Gelegenheit ein ſtolz-ruhiges, gelaſſenes Weſen. Heftig heraus aber fuhren die Brandenburger: Das könnten ſie nicht zugeben, was Jene wegen Neuburg forderten, es würde ihre Köpfe koſten; mit Neuburg könnten ſie nicht ſchließen, bevor ſie von ihrem Herrn hierzu Befehl hätten. Wenn Jene auf beiden Punkten beharren wollten, wäre die Sache am Ende. Sie erhoben ſich und wollten davon. Die Braunſchweiger ſuchten zu beſchwichtigen. Noch ſei ja kein Beſchluß gefallen, man müſſe Jenen doch auch geſtatten, ihre Monita beizubringen. Wo etwa die Worte zu hart gefallen, würden ſie ja wohl Erklärungen geben. Die Nichteinmiſchung in fremde Kriege wäre bereits bei der Einladung ausbedungen und man müſſe ſich doch darüber benehmen. Badenhauſen aber goß Oel in's Feuer und ging auf die Katholiſchen ziemlich los. Da erhoben ſich auch dieſe und zogen ſich in ein anderes Zimmer zur Berathung zurück. Die Brandenburger ſuchten ihren Wagen, kehrten aber wieder um und ließen Boineburg zu ſich bitten, der ihnen zuredete und ſie zu bleiben bat. Um $^1/_2$12 Uhr erſchienen die Alliirten wieder und eröffneten durch Mehl: Nachdem ein Theil der Eingeladenen zu erkennen gegeben, daß die Konföderirten inskünftig in keinen Krieg verwickelt ſein ſollten, habe man daraus nichts andres abnehmen können, als daß ihre Intention hierin auch auf die Gegenwart gerichtet wäre: doch wolle man, falls es bei ihnen eine andere Meinung habe, ihrer Erklärung entgegenſehen. Darauf wurde die Sitzung ohne weitere Umfrage geſchloſſen, weil man für rathſam erachtete, die Hitze abdampfen zu laſſen.[1]

Als Heyland am Nachmittage bei Hübner dem Herrn von Canſtein begegnete, war dieſer bereits wieder ganz ruhig und meinte, daß man noch wohl hindurch kommen werde, wenn ſie nur Zeit hätten, dem Werke abzuwarten.

Snoilsky war trotz aller zur Schau getragenen Ruhe nicht eben theilnahmlos noch unthätig. Am 16. früh erſchien er bei Heyland, um

[1] Protokoll vom 14. November. — Düſſeldorf. Diarium Heyland's vom 4. (14.) November. — Hannover.

hier zu fragen, ob denn er und seine Kollegen „bei dem vorgestrigen Intrigo" ebenso dächten wie die Katholischen. Schwarzkopf, Witte und Otto, welche Heyland zur Sitzung abzuholen kamen, traten hinzu und von ihnen wurde der Schwede dahin beschieden, daß die braunschweiger Herzöge mit König Karl Gustav, ungeachtet er in offenem Kriege begriffen, die Allianz schließen, sich aber weder in den polnischen noch in den dänischen Krieg auf grund dieses Bündnisses einlassen würden. Doch werde sich kein Mangel an der Erfüllung dessen zeigen, was sie zur Leistung der Universalgarantie oder von Kreises wegen zu thun verpflichtet sein möchten. Hiermit schien er zufriedengestellt, worauf man zur Sitzung fuhr.

25.

Die Sitzung vom 16. November 1657. Zwischenfälle.

Sache der Alliirten war es, aus der unerquicklichen Sachlage unter Wahrung ihrer Würde einen Weg zu bahnen. Zu diesem Zwecke hatten sie unter sich eine Deklaration ausgearbeitet, mit deren Vortrag Mehl am 16. November die Sitzung eröffnete.[1] Besage der kölnischen Notel vom Jahre 1654 und der Einladungsschreiben an Braunschweig und Hessen vom 18. Juli 1656 soll dieser Defensivbund, so heißt es darin, allein zur Erhaltung des Friedens, vertraulichen Zusammensetzung und keines Menschen Offension angesehen sein, woraus von selbst folgt, daß man auch keinen Krieg anfangen, sondern alle und jede Konföderirte zu retten und dasjenige, was allerseits in pari causa et puris terminis defensionis stehe, zu vertheidigen begehre, folglich zu einer Assistenz sich zu verbinden nicht gemeint sei, welche die Verwickelung in einem bereits angefangenen Krieg fordern und notorisch nichts anders als eine Offensivliga darstellen würde. Deshalb hat man in der den Häusern Braunschweig und Hessen-Kassel am 21. Februar ertheilten Resolution bereits den polnischen Krieg ausgenommen, was natürlich ebenso auf andere dergleichen Kriege zu verstehen ist. Sich nunmehr der dänischen Unruhe, deren Bewandtniß man ganz dahingestellt lassen will, zu unterfangen und deshalb zu einer Partikulargarantie zu verbinden, wo das Reich

---

[1] Protokoll vom 16. November und Bericht Gise's vom 18. November. — Düsseldorf; vgl. d. kurze Regest in U. A. VIII, 538.

und die Stände insgemein einschreiten sollen, findet man nicht rathsam und hofft, daß man dieses Verlangen auch gar nicht an die Alliirten stellen werde. Dafür aber sind sie willig und erbötig, wegen der im Reich gelegenen Lande auf etwaige Fälle, mit Ausnahme der jetzt währenden Kriege, sich in eine gegenseitige Defensivhülfe einzulassen und mit befördern zu helfen, was nur immer zur Wahrung des Friedens dienen mag. Um weiteren Mißverständnissen vorzubeugen, wird ferner erklärt, daß man mit Allen und Jeden in Bündniß zu treten begehrt, falls aber, wie man nicht befürchten will, vor dem Beitritt einer der Eingeladenen begehren sollte, daß Einer, mit welchem man schon durch das Band der Konföderation verbunden, ausgeschlossen werde, und dies als Bedingung für seinen eigenen Anschluß setzen wollte, so wird es alsdann nicht in der Macht der Alliirten liegen, solche Forderung zu bewilligen. Man hat aber das Vertrauen, daß dergleichen nicht begehrt noch diese Erklärung den Alliirten verübelt werden wird. Immerhin wird es gestattet sein, in dem neu zu errichtenden Recesse eine Spezialausnahme vorzusehen für Denjenigen, welcher in das Defensionsverhältniß mit Einem oder dem Andern zu treten nicht geneigt sei.

Man wird zugeben können, daß es den Invitanten nicht gut möglich war, Schweden und Brandenburg weiter entgegenzukommen, als es hier geschah. Canstein berührte in seiner Antwort auf jene Deklaration nur den zweiten Punkt, über welchen, wie er meinte, erst des Kurfürsten Ansicht eingeholt werden müßte. Nicht zufrieden mit der doch deutlich genug gefallenen Erklärung, fragte er, ob denn der Konföderirten Meinung sei, anders nicht sich mit Brandenburg einzulassen, es sei denn, daß es sich auch zugleich mit Neuburg verbinde? Als Mehl darauf die Deklaration nochmals wiederholte und zufügte, daß man daran nicht denke, den Kurfürsten gleichsam adstringiren zu wollen, daß er sich mit Allen verbinde, sondern nur dazu, daß er sich rein in den Grenzen der Defensive halte, drehte der Brandenburger den Spieß um und stellte ganz spitz die Frage, was denn den Pfalzgrafen eigentlich bewege, mit so viel Zaudern das Werk aufzuhalten? Da sprang Gise auf. Diese Frage, warf er ein, kommt wohl eher dem Pfalzgrafen zu, gegen welchen der Kurfürst so viele Bedingungen einlegt. Hierauf Canstein, ob Neuburg denn gewillt sei, mit dem Kurfürsten wirklich einzutreten. Unumwunden antwortete Gise: Ja, man habe sich ja schon vorher hierzu bereit erklärt und sich niemals zuwider sein lassen, mit ihnen über die Allianz in Unterhandlungen einzutreten. Hiermit war der Sieg auf des Neuburgers Seite. Canstein, der dies fühlte, vermied weitere Erörterungen mit der Erklärung, man wolle sich nun nicht länger mehr aufhalten, dann nahm er sein Votum über die einzelnen Bestimmungen des Bundesrecesses

wieder auf. Von der Forderung auf Zuziehung anderer Stände glaubte er einstweilen abgehen zu dürfen. Dagegen erwartete er noch vor dem Schluß die Benennung der Schirmverwandten, ahndete die dem Verlangen nach der Zustimmung der Domkapitel bereiteten Schwierigkeiten, wiederholte den Wunsch nach besonderer Erwähnung der westphälischen Kreisverfassung und schlug im übrigen vor, aus der Einleitung und den beiden ersten Artikeln des kölnischen Recesses nach den bisher gefallenen Abänderungsvorschlägen einen neuen Aufsatz zu formuliren und zur Berathung zu stellen. Erwähnt sei ferner noch sein Vorschlag, daß Jeder das Quantum, zu welchem er sich verpflichte, selber benenne: die so zusammenkommende Mannschaft müsse jedoch in Regimenter und Kompagnien eingetheilt und ein Staat an Offizieren aufgestellt werden.

Hierauf ließ sich wegen Schweden-Bremen Snoilsky zum ersten Male ausführlich vernehmen: Es sei doch wohl ein anderes, sich in keine fremden Händel zu mischen, als mit Krieg behaftet sein. Was habe bei der heute vernommenen Ansicht der Invitanten sein Herr von der projektirten Allianz zu erwarten, wenn man ihm gegen Polen und Dänemark nicht beistehen wolle? Warum habe man ihn denn eingeladen, da man doch gewußt, daß er in Krieg befangen? Hätte man's doch bleiben gelassen! Es komme so vielleicht auf Wahrheit hinaus, was ein vornehmer kurfürstlicher Gesandter, den er wohl nennen könnte, geäußert habe, daß nämlich Schweden und Brandenburg nur deshalb eingeladen worden wären, damit man ihnen deutlich zeigen könnte, daß man sie in dieser Allianz nicht haben wollte. Mit einer gewissen Beschränkung, wie sie auch heute angedeutet worden, könne man vielleicht eine solche Klausel noch zulassen, doch müsse er sich bezügliche Erklärungen noch vorbehalten. Jedenfalls erwarte man von den Alliirten noch genauere Erläuterungen und, so lange dieser Punkt noch nicht zur Genüge erörtert, halte man für überflüssig, sich über die andern herauszulassen. Vielleicht wäre durch den Vorschlag Brandenburgs, die gefallenen Erinnerungen zu einem neuen Aufsatz zu verschmelzen, hindurchzugelangen.

Umständlich und verschwommen, aber zum guten rathend waren die Erinnerungen und Erklärungen Schwarzkopfs. Witte und auch Otto hielten sich knapp in ihren Voten und bewegten sich einigermaßen in brandenburgischem Fahrwasser. Auch Badenhausen blieb auf Seiten der Schweden und Brandenburger, verwies aber auf die weiteren Erklärungen des anstelle Krosigks erwarteten Hauptkommissares des Landgrafen.

Die Wogen der Erregung, welche zu Beginn der Sitzung so hoch gegangen, hatten sich infolge der sachlichen Behandlung der Artikel 1—7 des kölnischen Recesses allgemach gelegt. Man trennte sich aller-

Digitized by Google

seits mit dem tröstlichen Gedanken, „daß man wohl noch glücklich werde durchkommen können."

Noch am gleichen Tage verabschiedete sich Canstein, am 17. ist er wohl abgereist, obwohl Schwarzkopf ihn dringend gebeten hatte, zu verharren, bis man den ganzen Receß durchberathen haben würde. Vor seinem Scheiden hatte er nochmals angedeutet, wie nothwendig ein engeres Bündniß zwischen Brandenburg und Braunschweig wäre. Und Otto gegenüber versicherte er, daß er sich befleißigen würde, seinen Herrn hinsichtlich der rheinischen Allianz zu milderen Gesinnungen umzustimmen.[1] Am 20. November folgte ihm Jena nach. Dieser äußerte, daß es ungewiß sei, ob einer von ihnen beiden überhaupt zurückkehren werde.[2] Portmann hatte den Auftrag, den Verhandlungen weiterhin beizuwohnen.

Unterdessen mahnte der Kurfürst von Mainz neuerdings wieder zur Eile,[3] wozu es freilich ein schlechtes Ansehen gewonnen, da die Gesandten von Schweden und Brandenburg erklärt hatten, daß sie in allem, was vorkomme, jedesmal auf ihren Bericht erst Weisung von ihren Herren erwarten müßten.[4]

Heimberichtet hatten freilich wohl die Abgeordneten aller auswärts weilenden Herren. Die Verhandlungen waren allzuwichtig und lehrreich gewesen. Der Pfalzgraf empfand lebhafte Freude über die bei den Alliirten gefundene Unterstützung gegen Brandenburg und die treffliche Antwort, welche Gise dem Canstein gegeben hatte. Er rieth zu engem Zusammenhalten den Eingeladenen gegenüber und Weglassen der Klausel vom westphälischen Kreise.[5]

Christoph Bernard von Münster wies seinen Bisping an, die Forderung wegen Zustimmung der Domkapitel entschieden abzulehnen; die besiegelte schriftliche Zusage der geistlichen Fürsten müsse genügen.[6] Und weiter ließ er sich vernehmen: weil die bereits Alliirten ohne Zweifel bei ihrer Absicht verharren würden, daß Keiner in die Allianz aufgenommen werde, der in wirklichem Kriege begriffen, die Krone Schweden darauf nicht eingehen und also nicht zugelassen werden würde, so möchte Bisping dieses nur dem Oesterreicher Volmar und Andren

[1] Bericht Otto's vom 7. (17.) November. — Hannover.

[2] Bericht Otto's vom 10. (20.) November. — Hannover.

[3] Diarium Heyland's vom 9. (19.) November. — Hannover.

[4] Bericht Otto's vom 10. (20.) November. — Hannover.

[5] Erlaß an Gise vom 21. November. Als Schirmverwandte seinerseits bezeichnet hierin der Pfalzgraf die Stadt Aachen und die Abtei Kornelimünster, bei denen die Herzöge von Jülich und Berg den Schirm hergebracht hätten, und sodann Neuburg, woraus wir sehen, daß Philipp Wilhelm nur wegen Jülich-Berg der rhein. Liga beigetreten war. — Düsseldorf.

[6] Erlaß an Bisping vom 19. November. — Münster.

bedeuten und versichern, daß das Haus Oesterreich hierbei nichts verfängliches zu besorgen habe. Verwundert und wenig angenehm berührt zeigt er sich jedoch über eine Nachricht Bispings in dem leider abhanden gekommenen Bericht vom 18. November, daß der Pfalzgraf von Neuburg mit den Franzosen auf vertraulichem Fuße verkehren lasse.[1] Vom Bischof von Münster hatte das Haus Oesterreich augenscheinlich nichts zu besorgen.

Endlich war auch ein Bescheid der braunschweigischen Ministerien auf die oben erwähnten Gesamtrelationen der Gesandten in Frankfurt zustandegekommen. Am 17. November war auf einer Hauskonferenz zu Hannover der Beschluß gefallen, die Vertreter anzuweisen, mit dem Schlusse der Allianz zurückzuhalten, bis man sehe, wohinaus es mit Schweden und Brandenburg wolle.[2] Die Antwort auf die drei Gesamtrelationen vom 19. und 30. October und 3. November bewegte sich ungefähr in folgenden Grenzen: Ein endgültiger Bescheid könne noch nicht ertheilt werden, Behutsamkeit wird anempfohlen, zum Schlusse darf nicht geeilt werden, sondern sollen die Gesandten einstweilen noch den weiteren Verlauf mit dem Wahl- und Kapitulationsgeschäft abwarten, damit das Haus auf einen oder andern Fall aus Anlaß der Allianz mit den auswärtigen Kronen, besonders Frankreich und Schweden, nicht in Feindschaft und Befehdung gerathe, wogegen die Alliirten schwerlich stark genug sein dürften. Man habe sich entschlossen, eine Absendung an den Kurfürsten von Brandenburg zu thun, nach deren Erfolge weitere Weisungen sich richten würden.[3] Zu gleicher Zeit erhielten die braunschweigischen Gesandten in Frankfurt Nachricht von einem Beschlusse des niedersächsischen Kreistages zu Lüneburg, welcher auf das Drängen Schwedens zu einer Wendung gegen Dänemark seine Einwilligung gab. Die Dänen hatten im ganzen Herzogthum Bremen, wo sie im Sommer 1657 eingefallen waren, gegen den Schweden nur den festen Platz Bremervörde zu behaupten vermocht. Karl Gustav warb fortgesetzt um die Kreishülfe, welche ihm durch jenen Beschluß in der vorsichtigen Form gewährt wurde, daß man zur Abwendung der aus den dänisch-schwedischen Verwickelungen fast unausbleiblich vor Augen stehenden Gefahr und größerer Uebel von Kreises wegen vor Bremervörde gehen, im übrigen aber den Kreis in diesen Krieg nicht verwickeln, sondern

[1] Erlaß des Bischofs vom 22. November. — Münster.

[2] Aus dem Protokoll vom 7. (17.) November. — Hannover. „Weil auch Holstein-Gottorp sich angegeben, so könnten des Hauses Gesandte darauf avisirt werden."

[3] Erlaß des Gesamthauses d. d. Hannover, den 10. (20.) November. Herzog Christian Ludwig ließ sie unter seinem Namen und Siegel direct an Witte abgehen. Vgl. Köcher, S. 235.

vielmehr von der Kronen unter sich habenden Interessen zu separiren sich äußerst bemühen wolle.[1] Das Gerücht hiervon drang bald auch nach Frankfurt, allwo es den rheinischen Ligisten Nachdenken verursachen mochte. Die Nichteinmischung in die bereits bestehenden Kriege drohte zur leeren Phrase herabzusinken; man hätte dann mit Braunschweig, welches durch Theilnahme an diesem Kreisbeschluß trotz alledem in den dänisch-schwedischen Krieg schon ganz vertieft schien, die Verhandlungen abbrechen müssen, was man denn doch wohl weder konnte noch wollte. Jedenfalls nahmen sie daraus wohl Anlaß, den Verhandlungen zunächst einigen Aufschub zu bereiten.[2] Noch ein anderer Grund hierfür kam hinzu. In Frankfurt hatte man auch von den Verhandlungen Kenntniß erhalten, welche der Kurfürst von Brandenburg mit Polen vom September bis in den November hinein wegen der Souveränität in Preußen und des gemeinsamen Vorgehens gegen Schweden betrieben hatte. Daß er auch mit Dänemark und Oesterreich demnächst schließen werde, schien mit Gewißheit erwartet werden zu dürfen. Es waren wohl die Franzosen, welche ein langes und breites von diesen Plänen und Aussichten ihren Freunden vorredeten. Schon nahm man als Thatsache an, was erst später wirklich eintrat. Damals bereits im November 1657 erscholl in Frankfurt für gewiß, Polen, Oesterreich und Brandenburg hätten ihre Streitkräfte vereinigt. Daß dadurch auch die Allianzverhandlungen eine andere Wendung erfahren würden, galt sofort für eine ausgemachte Sache.[3] Schließlich auch verzögerte die Wiederaufnahme der Verhandlungen in der Allianzsache eine lediglich die rheinischen Ligisten unter sich interessirende Angelegenheit: das alte, leidige Verhältniß zu den Spaniern in den Niederlanden. Jenes drohende Abmahnungschreiben vom 6. April 1657 an Don Juan d'Austria, hatte, wenn es überhaupt an seinen Bestimmungsort gelangte, keinen bessern Erfolg gehabt, als

[1] Archiv Hannover.

[2] Wie wenigstens Otto in s. Bericht vom 14. (24.) November annimmt. — Hannover.

[3] Berichte Bisping's vom 28. October und 25. November. — Münster. Auch Otto schreibt: Man will hier von einer Spezialallianz zwischen Brandenburg und Dänemark murmeln. Herzog Christian Ludwig von Celle erfuhr aus Kopenhagen unter dem 7. (17.) October von vertrauter Hand, daß dort ein Gesandter des Kurfürsten von Brandenburg angelangt sei, welcher den vollkommenen Vergleich des Kurfürsten mit Polen mit sich gebracht habe. Der Kurfürst werde offensiv gegen Schweden vorgehen. Der Gesandte habe Weisung, mit Dänemark ein Offensiv- und Defensivbündniß zu schließen, alles sei von tiefstem Geheimniß umhüllt, doch habe es der Reichshofrath v. Gersdorff im Vertrauen mitgetheilt und das Kreditiv sehen lassen. — Hannover. Der Abschluß des Kurfürsten mit Oesterreich erfolgte erst im Februar 1658.

Digitized by Google

alle früheren Schritte der Alliirten zur Abwendung dieser Plackereien. Im August des Jahres war eine frische Einlagerung der Spanier und der Völker Condé's in der Maasniederung erfolgt. Ein weiteres, von den Allianzräthen zu Frankfurt verfaßtes Abmahnungschreiben an Don Juan wanderte Anfang September nach Brüssel.[1] Nach längerem Zögern erfolgte ein Vorschlag des Statthalters zur Wiederaufnahme der früheren Konferenzen behufs endgültiger Regelung des beiderseitigen Verhältnisses.[2] Die Alliirten hatten hierfür die Orte Köln, Aachen, Lüttich oder Maestricht zur Wahl gestellt, während Don Juan um Annahme von Zynne bei Brüssel oder St.-Trond nachsuchte. Ein Gegenvorschlag, der aber nicht abging, weil der Pfalzgraf wegen des Termines u. dgl. m. Bedenken einzuwenden hatte, bezeichnete Tirlemont als Oertlichkeit für die am 21. November zu beginnenden Unterhandlungen.[3] Köln und Neuburg sollten die Allianz vertreten. Daneben wurde beschlossen, von den Allianzvölkern das ansehnliche Kommando von 10 Mann zum Schutz für alle Vorfälle den kommenden Winter über in's Stift Thorn zu legen.[4]

Schließlich wurde dem Statthalter doch noch Tirlemont und als Termin der 1. December vorgeschlagen.[5] Ein Briefwechsel unter den einzelnen Höfen der Alliirten entspann sich noch wegen des Wunsches des Pfalzgrafen, daß auch die andern Alliirten mit deputiren sollten.[6]

Am 24. November wurde hierüber im Allianzrath zu Frankfurt verhandelt. Alle erklärten sich für Absendung besonderer Kommissare, nur Bisping wollte erst berichten. In Wahrheit rieth er seinem Herrn ab, eine Frucht, die der Umgang mit Volmar gezeitigt hatte.[7] Eine Absage des Bischofs an den Pfalzgrafen war die Folge, ein ange-

---

[1] Bischof von Münster an den Pfalzgrafen von Neuburg am 1. September. — Münster. Das Schreiben an den Statthalter war vom 14. August datirt, wie ein Brief des Neuburgers an Christoph Bernard vom 20. November (Münster) erwähnt.

[2] Kurfürst von Köln an den Pfalzgrafen am 13. November 1657. — Düsseldorf.

[3] Kurfürst von Köln und Pfalzgraf an Don Juan vom 13. November 1657. Das Schreiben ist nur einseitig vom Kurfürsten gefertigt, wurde vom Pfalzgrafen nicht vollzogen und blieb in der Kanzlei desselben bei den Akten. S. auch ein Schreiben des Pfalzgrafen an den Kurfürsten vom 14. November. — Düsseldorf.

[4] Bisping an den Bischof von Münster am 4. November 1657. Kurfürst von Mainz an Kur-Köln und Neuburg am 5. November. — Münster.

[5] Pfalzgraf an den Kurfürsten von Köln am 19. November. — Düsseldorf.

[6] Pfalzgraf an Trier, Mainz und Münster am 20. November. — Düsseldorf. Instruktion für Gise zu persönlicher Einwirkung auf den Mainzer in diesem Sinne vom 21. November.

[7] Bisping's Bericht vom 25. November. — Münster.

messener Dank für die erst jüngst genossene Unterstützung der Bundesgenossen.[1]

Auf die Verhandlungen zu Tirlemont selbst näher einzugehen, verlohnt es sich ebensowenig, als dies auch bei dem Mangel jeder archivalischen Auskunft darüber unmöglich ist. Liegt doch auch zu dieser Zeit bereits der Schwerpunkt der ligistischen Interessen auf ganz anderem Felde.

In höherem Grade beansprucht unsere Aufmerksamkeit die Bewerkstelligung jener auf der braunschweigischen Hauskonferenz am 17. November für gut befundenen Sendung an den Kurfürsten von Brandenburg, zu deren Träger man den Geheimen Hof- und Ober-Bergrath Fritz v. Heimburg ausersehen hatte. Diese diplomatische Aktion hatte ihren Grund in der Beklemmung, welche sich der Herzöge und leitenden Staatsmänner bemächtigt hatte ob der fortgesetzten Hülfegesuche Schwedens gegen Dänemark und wegen des lüneburger Kreisbeschlusses betreffs der Belagerung von Bremervörde, und bezweckte die Erforschung der Pläne Brandenburgs, dessen baldigen Bruch mit Schweden man voraussah, und die Unterbreitung eines Gesuches an den Kurfürsten, daß er im Kriegsfalle die Gebiete des niedersächsischen Kreises gänzlich aus dem Spiele lassen möge. Auch für den Fall, daß in Berlin der frankfurter Allianzverhandlungen gedacht werden sollte, wurde Heimburg instruirt.[2] Ja, er wurde angewiesen, selbst die Rede darauf zu lenken und dann zu fragen, ob der Kurfürst denn meine, daß unter den jetzigen Umständen mit dem Werke so zu eilen sei, wie die Ligisten es forderten? Diesseits wäre man der Ansicht, daß man sich mit der Allianz nicht zu überschnellen habe, solange die Kaiserwahl nicht vollzogen und man nicht versichert wäre, daß dadurch das Reich mit den auswärtigen Kronen in keine Feindschaft gestürzt würde oder doch durch das Mittel einer beständigen Kapitulation dagegen sich kräftig vorgesehen hätte. Denn die Alliirten würden vieler Umstände halber nicht vermögend sein, die alsdann voraussichtlich eintretenden Mißhelligkeiten mit den fremden Kronen zu dämpfen und deren Angriffe abzuwehren; inzwischen würde im Reich alles über den Haufen gehen. Betreffs der von Canstein in Frankfurt

[1] Die Absage wurde ihm doch nicht so leicht; es liegen zwei Konzepte vor vom 1. und 2. December (die Antwort des Pfalzgrafen vom 11. December läßt erkennen, daß das Schreiben dann vom 30. November datirt wurde). Christoph Bernard bat, durch den pfalzgräfl. Kommissar seine Stimme mit vertreten zu lassen, und versprach, alle Beschlüsse genehm halten zu wollen. Am 2. December wies er, was das ganze Verhalten kennzeichnet, Bisping nochmals an, mit den Ministern des Hauses Oesterreich ein gutes Einvernehmen zu beobachten. — Münster.

[2] Instruktion, entworfen und datirt am 10. (20.) November. — Hannover.

angeregten engeren Allianz zwischen Brandenburg und Braunschweig sollte Heimburg sich in den Grenzen allgemeiner Zusagen halten.

Am 27. November langte die Gesandtschaft in Berlin an, wo eine bemerkenswerthe Rührigkeit sich bemerkbar machte. Schlippenbach, in besondrer Mission des Königs Karl Gustav zu kurzem Aufenthalt erschienen, war gerade an demselben Tage nach Wolgast wieder abgereist. Und auf der Rückreise begegnete Heimburg bei Spandau dem vom König von Dänemark zum Kurfürsten entsandten Detlof v. Alefeldt. Heimburg eilte, sich seiner Aufgabe zu entledigen. Am 28. nach der Empfangsaudienz beim Kurfürsten verhandelte er mit dem Kanzler v. Somnitz und Dr. Tornau in den Grenzen seiner Instruktion. In den Antworten, die ihm vom Kurfürsten sowohl als dessen Räthen zutheil wurden, war jede Bezugnahme auf die Allianzverhandlungen in Frankfurt vermieden. Auch kam man auf den von Canstein erhobenen Vorschlag nicht zurück. Die Herren in Berlin hatten wichtigere Dinge zu erwägen. Erst bei der zweiten Konferenz mit Somnitz und Tornau kam die Rede auf die Allianz. Der Kurfürst, meinten seine Vertreter, wäre bereit, mit allen Gliedern des Reiches umzutreten. Um sich gerade über die Allianzverhandlungen genau zu unterrichten, habe er Canstein und Jena herbeschieden, die man stündlich erwarte. Wenn er diese gehört, würde er den Herzögen seine Ansicht kundgeben. Unterdessen lasse er denselben seinen Dank aussprechen, daß sie alles in der Schwebe halten wollten, bis er mitaufgenommen worden. Als Heimburg bei der Abschiedsaudienz das Rekreditiv aus der Hand des Kurfürsten entgegennahm, erwähnte dieser, daß er sich vom Hause Braunschweig, im Falle er von Schweden angegriffen würde, auf grund des mit demselben bestehenden Bündnisses allen Beistandes getröste. Daneben aber ließ er nicht undeutlich merken, daß er zur frankfurter Allianz niemals Neigung empfunden habe, sondern vielmehr dieselbe für höchst schädlich hielte, ohne jedoch von den Gründen dazu etwas zu verrathen. Nach der Audienz wurde Heimburg zur Tafel gezogen. Hierbei ließ der Kurfürst sich ein wenig offener heraus. Er versicherte nochmals, daß er die Allianz nicht für rathsam sondern für schädlich halte. Wenn er nicht gerade, fuhr er fort, das Werk bisher aufgehalten, würde es zu des ganzen Reiches großem Nachtheil vielleicht schon geschlossen sein. Der Kurfürst von Mainz, der es am meisten betriebe, wäre mit Geld korrumpirt; die Geistlichen bekümmerten sich eben wenig um das Urtheil ihrer Nachkommen. Darüber aber, ob er die Verhandlungen werde abbrechen lassen, schwieg er ganz.[1]

[1] Berichte und Protokolle Heimburgs vom 17. (27.) November bis 26. November (6. December). — Hannover.

Noch ſelbigen Tages reiſte Heimburg ab, ohne jedes greifbare Ergebniß, nur mit der Gewißheit, daß der Bruch des Kurfürſten mit Schweden unvermeidlich und der Kurfürſt dem Allianzwerk gänzlich abhold ſei.

26.

Fortgang der Verhandlungen.

In einer am 24. November abgehaltenen Sonderberathung der ligiſtiſchen Abgeordneten einigten ſich dieſelben über die den Eingeladenen zu gebende Vorantwort auf ihren Wunſch nach einer Neufaſſung der erſten Paragraphen des kölniſchen Receſſes nach Maßgabe der bisher gefallenen Abänderungsvorſchläge. Hierbei wurde die Beſorgniß laut vor Zwieſpalt bei Benennung der Lande der einzelnen Vertragſchließenden, zumal in Fällen, wo wegen gemeinſamer Erbanſprüche gleiche Titel geführt würden wie beiſpielsweiſe von Brandenburg und Neuburg wegen der jülich-cleveſchen Sukzeſſionslande. Unter Widerſpruch der Neuburger drang der Beſchluß durch, nur ganz im allgemeinen von den Reichslanden der Verbündeten zu reden.[1]

Auch am 26. hielten die Katholiken eine Sonderberathung ab, worin Kur-Mainz den veränderten Entwurf des Receſſes zur Begutachtung vorlegten. Als Biſping die Erklärung abgab, daß der Biſchof zur Hülfeleiſtung ſich nicht weiter verbünden könne als nach Ausweis der Reichsmatrikel, brach Boineburg, welchem die laue und zweideutige Haltung des alten Bundesgenoſſen längſt ein Dorn im Auge geworden war, heraus: man möge ſich nur beizeiten erklären, ob man überhaupt noch bei der Allianz bleiben wolle oder nicht. Nur Trier, dem Werke insgeheim ſelbſt abgeneigt, ſtimmte dem münſteriſchen Votum bei. Die drei Andern lehnten jedoch den Antrag ab. Der Beſchluß vom 24. November wurde verworfen und demzufolge die Spezifizirung der einzelnen Lande wieder hergeſtellt.

Hierauf vereinigte man ſich zur Sitzung mit den Eingeladenen. Es ſtellte ſich daſelbſt der vom Landgrafen Wilhelm von Heſſen-Kaſſel an Kroſigks Stelle neu ernannte Hauptvertreter Johann Kaſpar von Dörnberg vor,[2] überließ aber vorläufig noch das Wort dem Baden-

[1] Bericht Giſe's vom 25. November. — Düſſeldorf.

[2] Seine Vollmacht vom 2. (12.) November abſchriftlich in Düſſeldorf und Hannover.

hausen, welcher bemerkte, daß vom Landgrafen, da er verreist, noch immer keine Weisung wegen des Recesses eingelaufen sei. Er fügte aber hinzu, daß man die Verhandlungen nicht aufhalten wolle, sondern sich nur die nachträglichen Erklärungen vorbehalte. Darauf las Mehl den neuen Entwurf vor und stellte ihn zur Umfrage. Er bestand in einer Einleitung und drei Artikeln. Erstere führte die Vertragschließenden und deren einzelne Lande auf, den Kurfürsten von Mainz mit dem Erzstift und dem Bisthum Würzburg, den von Trier mit dem Erzstift und der von ihm administrirten Abtei Prüm, den von Köln mit dem Erzstift, den Bisthümern Hildesheim und Lüttich und der Abtei Stablo, den Bischof von Münster mit seinem Stift, den Pfalzgrafen mit Neuburg, Jülich-Berg und Ravenstein, Schwedens König wegen Bremen, Verden und Pommern, Herzog Augustus von Braunschweig wegen Wolfenbüttel und der Grafschaft Blankenburg und Herzog Christian Ludwig wegen Lüneburg und Grubenhagen (Celle), Hoya, Diepholz und des Stiftes Walkenried. Nicht benannt waren noch, vermuthlich mangels genügender Erklärungen der Betheiligten, die Lande des Kurfürsten von Brandenburg, des kalenberger Herzogs sowie des kasseler Landgrafen. Das Wort Schirmverwandte war ganz weggelassen. Auch geschah der Zustimmung der Domkapitel, wie zu erwarten gewesen, keine Erwähnung, sondern nur der successores, Nachkommen und Erben. Aus Artikel 1 ist hervorzuheben die Bestimmung, daß von den Alliirten keiner „einigem Stand des Reichs oder fremden Kronen, Potentaten und Republiken zu feindlicher Invasion befugte Ursach geben, noch in die zwischen fremden Kronen und Potentaten enthaltenen Kriege directe vel indirecte sich einmischen lassen, auch kein Konföderirter die andern mit Gewalt angreifen, überziehen oder beleidigen, sondern seine gegen den andern führende Streitigkeiten durch güt- oder rechtliche Mittel entscheiden lassen solle". Die Bundeshülfe soll, wenn unverhofften Falles ein Konföderirter den andern angreifen sollte, unweigerlich und so schnell als möglich dem Beleidigten zugeschickt, daneben aber, jedoch ohne Präjudiz für beide Theile, besonders aber den Angegriffenen, der gütliche Ausgleich versucht werden. Artikel 2 handelt noch eingehender von der Hülfeleistung, wobei auch die Fälle vorgesehen sind, daß ein Angriff wegen des Verhältnisses zum Bunde selbst erfolgen oder von einem der Konföderirten selbst geschehen möchte. Ferner findet sich die Bestimmung, daß es „hierbei die Meinung gar nicht habe, ob wollte man durch dieses Partikularverbündniß die zu Verhüt- und Abtreibung unrechten Gewalts im heil. röm. Reich fundirte Executionsordnung und inkraft derselben schuldige Reichs- oder Kreisverfassung, wie auch die im Friedenschluß verordnete Garantie, dazu man jedoch vi hujus foederis nicht verbunden

ſein ſolle, zurückſtellen, ſtecken oder verhindern, ſondern es ſollen nichtsdeſtoweniger dieſelben ohne Abbruch dieſes Receſſes in alle Wege mit gehörigem Fleiß und Eifer ſowohl insgemein in allen Reichs- abſonderlich jeden Kreis-Konventen allerſeits nach Möglichkeit zuwerke gerichtet und befördert werden". Der dritte Artikel ſollte die Kontingente regeln und hielt den Platz für die einzelnen Aufzählungen, unter Vorbehalt der Vergrößerung der Ziffern im Nothfalle, offen.[1]

Es waren doch ſehr bemerkenswerthe, einſchneidende Veränderungen des kleinen Defenſionswerkes am Rheinſtrom, zu welchen hier die Urheber desſelben den Eingeladenen die Hand boten, beachtenswerth beſonders durch die offen ausgeſprochene Stellungnahme zu den fremden Kronen, den bedeutungvollen Seitenblick auf die maßgebenden Faktoren der Politik jener Tage. War es ſchon ein wenig Ausſicht auf Erfolg bietender Gedanke, dem leidigen, ſchier unheilbaren Verhältniß zwiſchen Brandenburg und Neuburg durch das gemeinſame Band dieſer Allianz ein Ziel zu ſtecken, ſo war es eine krankhafte Phantasmagorie, in der Verbindung mit Schweden, dem Unruhſtifter par excellence die Gewähr für eine geruhige Entwickelung der Dinge im deutſchen Vaterlande zu erblicken. Die ganze Politik dieſer Rheinbündler krankte an dem rein dogmatiſchen Syſtem des Kurfürſten von Mainz nicht minder wie an der ohnmächtigen Anmaßlichkeit Derer, welche in dieſer Verbindung das große Wort zu führen gedachten. Auf der einen Seite der Wille, den Ausſchreitungen der Weltmacht Oeſterreich Schach zu bieten und auf der andern doch die Scheu, voll und ganz mit deſſen Feinden gemeinſame Sache zu machen. Dieſe Schaukelpolitik konnte unmöglich große Erfolge ernten und ſegensreiche Früchte für das arme, zerriſſene Deutſchland zeitigen. Immerhin wird man freilich zugeben müſſen, daß die politiſche Lage dieſen mittelſtaatlichen Herren mit großen Anſprüchen und geringen Kräften gebot, ſelbſt den Strohhalm ſolcher Ideen zu erfaſſen. Und trotz alledem ſtellte die Politik des Mainzers doch inmitten des großen Chaos ein Syſtem dar, welches am allerwenigſten deshalb zu verdammen iſt, weil es den Frieden und die allgemeine Ruhe bezweckte. Mit dem Kurfürſten von Brandenburg wäre aus der von Johann Philipp von Mainz erträumten Liga wohl ein Fürſtenbund möglich geweſen, der die Ruhe Deutſchlands zu gewährleiſten vermocht hätte; mit Schweden nimmermehr. Da bereitet ſich der Umſchwung der brandenburgiſchen Politik von den Schweden zum Hauſe Oeſterreich vor, der kritiſche Wendepunkt für die Geſchicke der rheiniſchen Allianz. Das Abſchwenken des Kurfürſten Friedrich Wilhelm, für dieſen eine Noth-

[1] Der Entwurf, diktirt am 26. November im düſſeldorfer Archiv.

wendigkeit, treibt die Rheinbündler in die Arme Schwedens und Frankreichs. Denn auch mit dem letzteren hatten Mainz und Köln sich schon zu tief eingelassen. Beide Mächte drohten kriegsbereit. Beide hatten ihre Füße fest auf deutschen Boden gestellt, sie waren so leicht nicht davon zu vertreiben. Man war gezwungen, auf sie zu hören, für oder gegen ihre Interessen Partei zu ergreifen. Die Thatsachen, welche der große Krieg und das Friedensinstrument geschaffen, waren nicht zu ignoriren. Die unglückselige Politik des Hauses Oesterreich hatte sich selbst allen Ansehens, aller Theilnahme im günstigen Sinne beraubt; ein Friedrich Wilhelm von Brandenburg konnte sich nur um seiner dringendsten Lebensinteressen willen ihr anschließen; er wählte nur das kleinere von beiden Uebeln, als er das brutale Bundesverhältniß zu Schweden löste und mit Polen-Oesterreich einstieg. Für die Andern fielen solche Gesichtspunkte weg. Das Haus Oesterreich in Verbindung mit Spanien hatte künstlich und zielbewußt den leidigen Kriegszustand an der Westgrenze des Reiches genährt. Die Feinde Spaniens, die Franzosen drohten, jeden Augenblick in's Reich zu brechen. Schweden, mitten im Krieg mit Dänemark konnte die Fackel in's Reich tragen, wenn es dort siegreich war und dem brandenburgisch-österreichischen Bunde zuvorkommen wollte.

Diesen Gefahren nun, meinte der Mainzer, werde sein Friedens- und Defensionswerk einen Damm setzen. So schwenkte er auch nicht blindlings in's Lager der Feinde Oesterreichs. Lange sträubte er sich gegen das Drängen Frankreichs in der Wahlfrage. Daß sich die Kaiserwahl so lange hinauszog, war sein Werk und brachte ihm wenig Dank bei den Franzosen, die gern schnell eine Wahl in ihrem Sinne durchgesetzt hätten. Es wird ihm gerade nicht leicht nachgewiesen werden können, daß er mit vollem Ernst einen nichtösterreichischen Kandidaten begünstigt habe. Nicht das Haus Oesterreich als solches bekämpfte er, sondern dessen den Frieden und die Ruhe des Reiches direkt und indirekt gefährdende Politik, welche lahm zu legen die große Allianz bestimmt sein sollte. In diesem Sinne ergab sich eine Annäherung an Frankreich von selbst und zugleich die Unmöglichkeit einer Fernhaltung Schwedens, des Schützlings jener Macht. Auf diese Weise ward für Johann Philipp das Allianzwerk ein überaus schwieriges und spitziges, dessen Abschluß noch weit im Felde.

Doch kehren wir zu den Verhandlungen zurück. Von den Erklärungen der Eingeladenen auf den durch Mehl ihnen vorgelesenen Entwurf ist nichts bemerkenswerthes zu berichten, da Alle erst denselben schriftlich in Händen zu haben wünschten. Mehl versprach, noch am selbigen Tage ihn zur Diktatur zu geben. Außerdem bemerkte er noch

erläuternd, daß man abweichend von den Angaben des kölniſchen Receſſes unter den Alliirten ſpäter ſich dahin verglichen habe, daß Mainz 1000 M. z. F. und 200 z. R., Trier 600 und 100 und Köln, Münſter und Neuburg je 1200 und 300 Mann beiſchaffen ſollten, da man ſich über eine beſtimmte Matrikel und den Römerzug nicht habe vereinigen können.[1]

Zwei Tage ſpäter kam man wieder zuſammen. Auf der Tagesordnung ſtand die Durchberathung des neuen Entwurfes. Der brandenburgiſche Vertreter bemerkte, daß er mangels näherer Weiſung noch nicht die Lande benennen könne, wegen deren der Kurfürſt beitreten wolle. Nach dieſen würde ſich auch die Höhe der Leiſtung zu richten haben, hinſichtlich deren die Anſicht des Kurfürſten nicht auf die Reichsmatrikel zu gehen ſcheine. Er vermiſſe in dem Aufſatz die von proteſtantiſcher Seite empfohlenen Worte „zur Erhaltung eines jeden Standes Präeminenz, Recht und Gerechtſamen", desgleichen die Erwähnung des domkapitulariſchen Konſenſes und einen Ausdruck der Tendenz, daß man in allem ohne Unterſchied der Religion verfahren und mit einander bei etwa vorauszuſehenden Weitläufigkeiten im Reich beizeiten über gemeinſame Maßnahmen zur Verhütung derſelben berathen wolle. Auch die ſofortige Hülfeleiſtung längſtens in vier, allerlängſtens in ſechs Wochen, ſei auszubedingen, wie auch Schadenerſatz für verweigerte Aſſiſtenz oder zu frühzeitige Zurückziehung der Hülfsvölker. Der Satz, daß man kraft des Bündniſſes zu der durch den weſtphäliſchen Frieden feſtgeſetzten Garantie nicht verbunden ſein wolle, werde nur Mißverſtändniſſe verurſachen, es müſſe daher im Gegentheil heißen, daß man dazu durch das Bündniß erſt recht deſto mehr verpflichtet ſein ſolle. Unbedingt forderte er ſodann die Erwähnung der weſtphäliſchen Kreisverfaſſung. Weitere Erklärungen des Kurfürſten behielt er ſich vor.

Schweden-Bremen äußerte im ganzen ſeine Zufriedenheit mit dem vorliegenden Entwurfe. Doch gab das Votum zu bedenken, ob nicht auch des unruhigen Zuſtandes in noch andern Reichskreiſen — gemeint waren natürlich die beiden ſächſiſchen — gedacht werden könne. Da die Stelle wegen Nichteinmiſchung in fremde Kriege leicht mißverſtanden werden könne, wurde die Faſſung vorgeſchlagen „daß man denjenigen Ständen, welche in ihren im Reich gelegenen Landen von Auswendigen angegriffen und alſo in fremde Kriege mit Gewalt eingemiſchet werden wollen, kräftiglich zu aſſiſtiren verbunden ſein ſolle", die Brücke zu rechtlichem Anſpruch auf die Hülfe der Allianz gegen Dänemark. Und ſchließlich fiel aus Snoilsky's Munde zuerſt das bedeutſame Wort, daß

[1] Sitzungsprotokoll vom 26. November. — Düſſeldorf. Ausführlicher Bericht Portmann's vom 27. November. — Berlin. Ueber die Kontingente der Alliirten ſ. oben S. 39 A. 1 und S. 60.

ſein Herr, der König, zu bedenken gebe, ob nicht auch der König von Frankreich wegen ſeiner durch den letzten Frieden in Deutſchland erworbenen Lande mit einzuladen wäre. Zur Stärkung dieſes Vertrages werde dies ſehr nützlich ſein. Frankreich ſei bei dem deutſchen Frieden ſo hoch intereſſirt und habe zu deſſen Erhaltung bisher ſo viel rühmliche Sorgfalt bewieſen, auch habe König Ludwig durch außergewöhnliche Bezeugungen gegen Karl Guſtav und hier anweſende Geſandte anderer Fürſten ſich zu wirklicher Aſſiſtenz und Aufrechthaltung des Friedens erboten.

Wolfenbüttel, welches dieſem heiklen Thema auswich, hob hervor, daß die Nichteinmiſchung in fremde Kriege nicht bloß auf zukünftige ſondern auch gegenwärtige Kriege verſtanden werden müſſe, weshalb dies lieber gleich mit auszudrücken ſei.[1]

Hier wurde die Sitzung abgebrochen und die Berathung am 1. December wieder aufgenommen. Die Votirungen Celle's und Kalenbergs boten wenig neues und bemerkenswerthes, nur daß Otto den Vorſchlag Snoilsky's wegen Aufnahme Frankreichs als ſehr bedenklich bezeichnete. Richtig waren ferner die kaſſeliſchen Erklärungen, da noch immer keine Reſolution vom Landgrafen eingelaufen war, deſſen Eifer für das Werk merklich erkaltet erſchien.[2]

Im ganzen war auf proteſtantiſcher Seite eine Unterſtützung der Forderungen Brandenburgs zutage getreten. Man ſchied aus dieſer Sitzung mit dem Beſchluſſe, ein ſchnelleres Verfahren dadurch zu bewerkſtelligen, daß ferner ſowohl Invitanten wie Invitirte aus den zur Berathung ausſtehenden übrigen Artikeln des kölniſchen Receſſes nach ihren Wünſchen und Forderungen beſondere Aufſätze entwerfen ſollten, durch deren Vergleichung man am eheſten zu einem gedeihlichen Ziele wohl würde gelangen können.[3]

---

[1] Protokoll vom 28. November. — Düſſeldorf und Münſter.
[2] Protokoll vom 1. December. — Düſſeldorf.
[3] Bericht Otto's vom 24. November (4. December). — Hannover.

27.

Die erſte Neufaſſung des Receſſes.

Mit merklicher Eile ſchickten ſich die Braunſchweiger an, dem Beſchluſſe vom 1. December nachzukommen. Am 3. finden wir ſie mit Zuziehung der Heſſen an der Arbeit, einen neuen Receß zu entwerfen.[1] Man einigte ſich, bei Bemeſſung der Beitragsquoten von der Reichsmatrikel abzuſehen, dagegen ſich allerſeits, wie man ſagte, ex aequo et bono zu vergleichen. Die Braunſchweiger meinten, man müſſe darauf dringen, daß im Receß die einzelnen Lande alle nicht aufgeführt würden, einestheils um alle Weiterungen zu vermeiden und anderentheils um eben der Veranlagung nach der Reichsmatrikel zu entgehen, die dann unumgänglich geweſen ſein dürfte. Man wollte verſuchen, ſo billig als möglich durchzukommen. Etwa am 4. December reichten Braunſchweiger und Heſſen ihren Aufſatz bei den Invitanten ein, welche darüber am 5. zu Rathe gingen. Der Neuburger ahndete die Streichung der ſpezifizirten Lande und die Erwähnung des weſtphäliſchen Kreiſes. Als er letztere zu tilgen beantragte, fand er bei ſeinen Genoſſen keine Unterſtützung; doch ſuchte man eine Schwächung dieſer Klauſel dadurch zu erreichen, daß man die Worte beifügte: „auf den Fall aber ſich dabei (bei der Beförderung jener Kreisverfaſſung) ſolche Diffikultäten und Hinderungen finden würden, die nicht ſogleich aus dem Weg zu räumen wären, ſo ſoll doch nichtsdeſtoweniger ein Jeder zu der hierin verglichenen Bundeshülfe verbunden und dieſelbe unaufhaltlich zu leiſten verpflichtet ſein".[2]

Erſt am 6. December, bevor man zur Plenarverſammlung ſchritt, erſchienen Braunſchweiger und Heſſen bei Portmann und gaben ihm ihren Aufſatz zur Kenntniß. Natürlich fand man keine Zeit mehr zur Durchſprechung desſelben. Portmann wünſchte Abſchrift davon zu erhalten. In der Sitzung ſelbſt fehlte Snoilsky zur Verwunderung der Invitanten, obwohl er ſich für die ganze Woche wegen angeblichen Unwohlſeins hatte entſchuldigen laſſen. Mehl wünſchte, von den Eingeladenen Erklärung wegen der von ihnen zu übernehmenden Quoten ſowie auf die übrigen Artikel des kölniſchen Receſſes zu vernehmen. In erſterem Punkte konnte Portmann ihn nicht befriedigen, da er keine Inſtruktion hierüber beſaß. Damit es aber nicht das Anſehen hätte, als ſei er nur als Horcher erſchienen, brachte er Erinnerungen bis einſchließlich zum 12. Artikel des Receſſes bei, alles jedoch unter Vorbehalt der

[1] Bericht Otto's vom 24. November (4. December). — Hannover.

[2] Bericht Giſe's an den Pfalzgrafen vom 6. December. — Düſſeldorf.

Gutheißung des Kurfürsten. Er forderte das Zugeständniß auch von mehr als einem Kriegsrath je nach dem Verhältniß der Beiträge jedes Vertragschließenden unter Hinweis auf das Beispiel der hildesheimer Allianz, verlangte auch die Regelung verschiedener militärtechnischer Fragen. Wolfenbüttel votirte für Braunschweig und Hessen zugleich und verlas einfach den erwähnten Aufsatz, eine Zusammenstellung von Erinnerungen und vermeintlichen Verbesserungen zu den Artikeln 3—17 des kölnischen Recesses. Es sind daraus folgende zu erwähnen:

Fällt die Hülfeleistung gleichzeitig mit der reichssatzungmäßigen Kreishülfe zusammen, so soll letztere mit in Anschlag gebracht und von der bundesmäßigen Quote abgezogen werden. Auf grund früher abgeschlossener Bundesverträge — man dachte an Schweden und die hildesheimer Allianz — soll Keiner schuldig sein, die Assistenz zu leisten. Anstellung einer Generalsperson bleibt vorbehalten. Der Schirmverwandten darf keine Erwähnung geschehen. Jeder Alliirte darf nur einen Kriegsrath stellen, natürlich aber jede braunschweigische Linie einen für sich. Besonders weise erscheint die Forderung, daß im Kriegsrath nur bei rein militärischen Maßnahmen und Aktionen die Majorität entscheiden solle, solche Sachen aber, welche in die Politik — sie sagten sehr unbestimmt und dehnungsfähig den Estat — liefen, dem Entschlusse der Prinzipale selbst unterliegen müßten. In letzterem Falle dürfe der Kriegsrath zwar sich gutachtlich äußern, aber nichts verbindliches beschließen, sondern Jeder müsse dann erst seines Herrn Ansicht einholen, dürfe aber inzwischen nichts mit seines Herrn Völkern anfangen oder verrichten lassen, was dessen zu erwartender Erklärung nachtheilig sein könnte. Man stelle sich das von einem Kriegsrathe mit derartigen Befugnissen geleitete Bundesheer einem raschen, thatkräftigen Feinde gegenüber vor. Sehr weitläufig sind die Verklausulirungen, welche die finanzielle Seite des Unternehmens, Bezahlung und Verpflegung der Völker und dergl., betreffen; man wird sich dabei nicht aufhalten dürfen.

Nach Unterbreitung dieses Entwurfes, auf dessen Punkte geringeren Interesses wir nicht einzugehen brauchen, fühlte Schwarzkopf noch das Bedürfniß, seine Meinung zu den heute von Portmann geäußerten Monitis auszusprechen; auch darüber dürfen wir hinweggehen. Die Vertreter von Celle und Hannover erklärten neben dem Hessen ihre Zustimmung zu allem, was Schwarzkopf vorgebracht, obschon letzterer heute wiederholte, daß er sich verbindlich in nichts einlassen könne, weil ihm noch immer keine bestimmte Weisung zugekommen sei.[1]

[1] Protokoll vom 6. December mit dem braunschweigisch-hessischen Aufsatz. — Düsseldorf. Bericht Portmann's vom 28. November (8. December). — Berlin. Bericht Gise's vom 6. December. — Düsseldorf.

Sehr weitläufig und umſtändlich waren die von Schwarzkopf den Intereſſenten unterderhand mitgetheilten Berechnungen der Braunſchweiger (und Heſſen?) über die von den Alliirten aufzuſtellenden Streitkräfte. Er überreichte zwei Entwürfe. Nach dem einen ward auffeiten der Invitanten ein Simplum von 358 M. z. R. und 1575 M. z. F., bei den Invitirten eines von 279 bezw. 1302 angenommen. Wenn man hiervon das Triplum, und zwar die Anzahl der Reiter mit $3^1/_2$, die der Fußvölker mit $3^1/_3$ vervielfacht nehme, ſo ergebe ſich ein Bundesheer von 2106 Reitern und 9540 Mann z. F., im ganzen von 11646 Streitern. Um aber einem Mißverhältniß zwiſchen Reiterei und Infanterie vorzubeugen, ſchlug man vor, für letztere nur 6000 Mann anzuſetzen und die übrigen 3540 in der Weiſe in Reiter umzuwandeln, daß man auf 3 Infanteriſten einen Kavaleriſten rechne, wobei man von letzteren 1180 erhalten werde, ſo daß alſo im ganzen 3286 Mann an Reiterei verfügbar wären. Das Heer alſo würde begreifen 6000 M. z. F. und 3286 z. R.

Der zweite Entwurf geht von dem kölniſchen Receß oder vielmehr von den beſonderen Abmachungen der rheiniſchen Ligiſten aus, wonach die Kontingente von

Mainz	200	M. z. R.	und	1000	M. z. F.
Trier	100	„	„	600	„
Köln	300	„	„	1200	„
Münſter	300	„	„	1200	„
Neuburg	300	„	„	1200	„
alſo	1200	M. z. R.	und	5200	M. z. F.

das ganze ligiſtiſche Heer betrug. Es ergibt dies $3^1/_3$ des einfachen Römerzuges. Nach dieſem Fuß müßten dann betragen die Quoten von

Brandenburg	476	M. z. R.	und	$2066^2/_3$	z. F.
Bremen	161	„	„	$716^2/_3$	„
Braunſchweig	245	„	„	$1093^1/_3$	„
Kaſſel	98	„	„	$463^1/_3$	„
Im ganzen alſo	980	Reiter	und	4340	Infanteriſten.

Danach werde alſo die ganze Streitmacht der Allianz ſich belaufen auf 2180 M. z. R. und 9540 M. z. F. Auch hier könne man des Mißverhältniſſes halber nur 6000 M. Fußvolk behalten und die übrige Summme auf Reiter wie oben reduziren, was dann ein Ergebniß von 6000 M. z. F. und 3390 z. R. darſtellte.[1]

[1] Die erſte Berechnung in Hannover, die zweite in Berlin. Bemerklich wird, daß in beiden Anſchlägen der Löwenantheil auf Brandenburg fällt, deſſen Lande die

Das ganze Auftreten des Brandenburgers und die neuerliche, vielleicht zufällige Zurückhaltung des Schweden und auf der andern Seite der sichtliche Eifer der Braunschweiger, welcher sich durch thätige Mitwirkung beim Ausbau des Allianzwerkes bekundete, waren wohl geeignet, den Gedanken wachzurufen, daß es wohl nur mit letzteren, vielleicht auch trotz ihres Schweigens noch mit den Hessen zum Abschluß gelangen werde. Bisping zwar meinte, daß es nicht einmal mit Braunschweig und Hessen der Fall sein werde, weshalb er seinem Herrn vorschlug, bei den rheinischen Ligisten, weil die Frist der alten Allianz allgemach zu Ende laufe, eine Verlängerung derselben zu beantragen.[1] Anders der Pfalzgraf von Neuburg. Er wenigstens hielt den Beitritt Braunschweigs und Hessens für selbstverständlich. Er billigte nicht nur zum großen Theile die von den Braunschweigern am 6. December eingereichten Monita, sondern erachtete es auch am rathsamsten, mit diesen und den Hessen zu schließen, damit man eine Majorität von Protestanten vermeide, und wenn das nicht angehe, das Werk so lange zu verzögern, bis etwa Schweden und Brandenburg, wie es den Anschein gewonnen, an einander geriethen und sich also von selbst ausschlössen. Gise solle in diesem Sinne bei den Alliirten wirken.[2] Auch in einem andern Gutachten über die Monita Brandenburgs vom 6. December, welche er übrigens wenig beanstandete, begegnen wir dem Vorschlage an seine katholischen Genossen, daß sie überlegen sollen, ob nicht vor Einlangen der schwedischen und brandenburgischen Erklärungen wegen der Quoten mit den Braunschweigern und Hessen die Frage in's reine zu bringen und die ganze Verhandlung abzuschließen sein möchte, wenn auch so, daß Jenen offene Thüre zum Beitritt gelassen werden könnte. Braunschweig und Hessen werde man dazu bewegen können, wenn man sie an ihre frühere Erklärung erinnere, wonach sie schon mit Anhörung Schwedens und Brandenburgs zufrieden sein wollten.[3] Die Stimmung für

---

umfangreichsten waren, wobei man freilich die Marken, halb Pommern, Cleve-Mark-Ravensberg, Halberstadt, Minden in Anschlag brachte, während die Invitanten thatsächlich den Ausschluß mehrerer der genannten Provinzen bezweckten.

[1] Bisping an den Bischof am 9. December. — Münster.

[2] Bemerkungen für Gise vom 12. December 1657. Von den Monitis der Braunschweiger bekämpft Philipp Wilhelm ernstlich nur die Ausschließung der Etatsachen von den Befugnissen des Kriegsrathes. — Düsseldorf.

[3] Gutachten des Pfalzgrafen o. D. — Düsseldorf. Der Bischof von Münster schrieb am 14. December an Bisping: Daß Bremen sich der Allianztraktaten so stark nicht annehme, vernehmen wir gnädigst gern, weil zu besorgen, daß (man) auf solche Weise anderwärtigen Kriegen würde implizirt sein. Möchten gleichwohl gern berichtet sein, ob sich nicht thun lassen wolle, daß des Herrn Kurfürsten zu Brandenburg Ld. wegen ihrer nahen Nachbarschaft angenommen würden. — Münster.

solchen Plan wurde, wie es scheint, bei Braunschweigern wie Hessen auch wirklich geprüft, indessen weigerten sich dieselben. Boineburg aber äußerte zuversichtlich, daß es also gelingen werde. [1]

Am 5. December erblicken wir Braunschweiger und Hessen in eifriger Berathung mit Björnklou und Snoilsky über einen Ausweg aus der schwierigen Lage, welche die Forderung der Ligisten wegen Nichteinmischung in die zur Zeit schwebenden Kriegsläufte der fremden Kronen geschaffen hatte. Sie bemerkten, daß Niemand sich in solche Verwickelungen werde begeben und besonders mit dem Kriege zwischen Schweden und Dänemark etwas zu schaffen haben wollen. Die Schweden, welche übrigens große Zuversicht auf das Zustandekommen des Werkes zur Schau trugen, meinten, daß ihrem Herrn bitter Unrecht geschehe, wenn man ihm gegen die dänische Invasion nicht beistehen wolle. In den polnischen Krieg Jemanden zu verwickeln, daran habe er niemals gedacht. Karl Gustav wünsche, daß er zur Allianz nicht eingeladen worden wäre oder doch wenigstens ohne Unglimpf davon abkommen könnte. Eine Hauptresolution von ihm sei demnächst zu gewärtigen. Bis dahin müßten sie, seine Vertreter, sich eben ruhig verhalten. Nicht ohne Sophistik erlaubten sich die Braunschweiger und Hessen zu erinnern, daß die Einladung ja nicht durch sie erfolgt wäre, sondern daß man dem König nur aus aufrichtiger Zuneigung von der Einladung der rheinischen Ligisten Kenntniß gegeben und dabei anheimgestellt habe, was er seinerseits dabei zu thun gedenke. Die Katholischen beriefen sich auf ihr Einladungsschreiben — womit Jene die Erklärung auf den Vorschlag zur Einladung Schwedens und Brandenburgs bezeichneten —, hierin wäre die Ausnahme der jetzt zwischen fremden Kronen entstandenen Kriege verwahrt und darunter müsse doch billigerweise auch der dänische Krieg mit verstanden werden, welcher thatsächlich damals noch nicht entbrannt gewesen war. Der defensive Charakter des Bundes verbiete die vom König in diesem Falle begehrte Assistenz. Ohnehin sei der Nutzen, welchen die Allianz dem König verheiße, groß genug, es sei derselbe, welchen Frankreich und Schweden bisjetzt gesucht, und bestehe darin, daß entweder das Reich, durch dieses Bündniß gut gefaßt, die Generalgarantie gegen Jedermann mit gutem Erfolg erlangen könnte, oder doch, wenn die beständige Kapitulation für den Kaiser dazukäme, dieser des Reiches Mittel und Kräfte nach altem Gebrauch zu seinem Gefallen zu gebrauchen nicht würde ermächtigt sein. Der Bund werde die Erfüllung der Kapitulationsbedingungen gewährleisten, demnach die benachbarten Kronen diesfalls außer Sorge und Gefahr sein dürften.

[1] Bericht Gise's vom 16. December. — Düsseldorf.

Der König von Schweden habe zur Zeit ja auch andere Hülfe — ein Wink auf den niedersächsischen Kreistagsbeschluß wegen Bremervörde —, als die Allianz, um das Herzogthum Bremen zu säubern: doch werde die neue Verbindung ihm für künftige Vorfallenheiten zur Verfügung stehen, zu geschweigen, daß man auf die Dauer derselben der katholischen Fürsten gesichert und von ihnen auf alle Fälle sich nichts ungütliches würde zu versehen haben. Vielleicht, so bemerkten die Herren schließlich, möchte dem Werke durch einen Nebenreceß zu helfen sein, wobei denn im Hauptreceß die bedenklichen Klauseln auszulassen sein würden. Die Schweden stellten anheim, darüber mit den Ligisten zu reden. Ihrem Verlangen, die beanstandete Stelle im Entwurf des Recesses ganz zu tilgen, setzten Jene den unbesiegbaren Widerspruch entgegen, den dasselbe bei den Katholischen finden würde. Uebrigens verlief diese ganze Berathung ohne Ergebniß, da die Schweden dabei beharrten, daß sie vor Eintreffen der königlichen Resolution sich schwerlich würden vernehmen lassen können.[1]

Auch die Invitanten beriethen allein unter sich, und zwar am 12. December über die den braunschweigisch-hessischen Forderungen gegenüber einzunehmende Stellung, sowie über ein nunmehr auch von Kur-Mainz entworfenes Schema der Kontingentirung der einzelnen Bundesgenossen. Allerseits wurde man zunächst darüber einig, daß eine Erklärung auf jene Monita nicht ertheilt werden könne, bevor nicht Hessen-Kassel besonders sich habe vernehmen lassen. Trier ließ übrigens die braunschweigischen Forderungen als dem kölnischen Receß gemäß passiren. Köln beanstandete unwesentliches. Münster hielt mit seiner Erklärung ganz zurück, bis solche auch von hessischer Seite erfolgt sein würde, desgleichen Neuburg aus Mangel einer Rückäußerung des Pfalzgrafen auf den Bericht. Mehl aber wegen Mainz versicherte, wegen jener Erinnerungen kein Bedenken zu haben. Sodann leitete er hinüber zu dem von ihm vorgelegten Entwurf der Quotisirung der einzelnen Beiträge. Dieser stellte auf für

Mainz	ein Simplum	von	600	M. z. F.	und	300 z. R.
Trier	"		400	"	"	180 "
Köln	"		800	"	"	420 "
Münster	"		800	"	"	400 "
Neuburg	"		800	"	"	400 "
zusammen also			3400	M. z. F.	und	1700 z. R.

zu je 17 Kompagnien Fußvolk und Reiterei, sodann für

[1] Bericht Otto's vom 1. (10.) December. — Hannover.

Brandenburg ein Simplum von	1500	M.	z. F.	und	800	z. R.
Schweden-Bremen	1000	"	"	"	420	"
Braunschweig	900	"	"	"	420	"
Hessen-Kassel	400	"	"	"	180	"
zusammen	3800	M.	z. F.	und	1820	z. R.

zu je 18 Kompagnien Reiterei und Fußvolk. Diese Zahlen ergeben eine Bundesmacht von 10720 Mann zu 70 Kompagnien, von jeder Truppengattung 35. In Vergleich mit den braunschweigischen Vorschlägen ergibt sich kein wesentlicher Unterschied. Auch hier wird Brandenburg eine hervorragende Kraftentfaltung zugemuthet.

Nach Verlesung dieses Schemas wurde von einer Seite die Bemerkung laut, daß die Invitirten im Verhältniß zu den Invitanten doch wohl zu gering bemessen wären. Boineburg, welcher zugegen war, erläuterte, daß Jene nicht höher zu bringen wären und man nehmen müßte, was man haben könnte. Hierbei ließ man es einstweilen bewenden und ertheilte Mehl den Auftrag, den in einem besondren Gemach versammelten Vertretern der Gegenseite diesen Aufsatz mitzutheilen, was er auch that. Bei der Rückkehr berichtete er, daß Portmann mit der Veranlagung seines Herrn nicht zufrieden sei, Snoilsky aber geäußert habe, sein König werde wohl auch noch mehr leisten.[1] Im übrigen hätten die Invitirten vorgeschlagen, daß man, um Zeit zu gewinnen, nunmehr den ganzen Receß vom Direktorium aufsetzen und dann diktiren lassen solle, worauf er nochmals zur Durchberathung gestellt werden müßte.[2] Den Invitanten gefiel dieses. Münster und Neuburg baten um einen längeren Termin hierfür, damit man der Prinzipale Entscheidung einholen könne, doch fanden sie bei den kurfürstlichen Gesandten keinen Beifall.[3]

Der ganze Allianzreceß lag in der ihm von der kur-mainzischen Kanzlei gegebenen Fassung bereits am 17. December vor und wurde noch am nämlichen Tage zur Diktatur gegeben.[4]

Wenn man den neuen Entwurf mit seiner Grundlage, dem kölnischen Receß vom 15. December 1654 vergleicht, bemerkt man folgende nennenswerthe Veränderungen. Nicht mehr finden wir die Bestimmung von der

[1] Otto bemerkt am 5. (15.) von dieser Verhandlung: Schweden ist so sanftmüthig und still dabei gewesen, als ob er alles plazitirte, daß man sich verwundern und dabei Nachdenken haben müssen. — Hannover.

[2] Aus dem erwähnten Berichte Otto's geht jedoch hervor, daß nicht die Invitirten, sondern Boineburg und Mehl diesen Vorschlag auf die Bahn gebracht haben.

[3] Protokoll vom 12. December. — Düsseldorf.

[4] Es liegen nur vor die Exemplare für Trier und Köln, letzteres mit der Bemerkung „diktirt am 17. December". Köcher, S. 238, weiß nur, daß der Entwurf am 12. (22.) fertig gestellt war.

gebührenden Kenntnißgabe an den Kaiser. Es gab ja freilich zur Zeit noch keinen solchen, man darf aber wohl auch andere Absichten dahinter vermuthen. Getilgt ist ferner überall das Wort „Schirmverwandte". Hingegen bemerken wir die uns aus den Verhandlungen bereits bekannten Zusätze neben anderen. Hervorzuheben ist zunächst in der Einleitung, daß auf den nürnberger Exekutionsreceß von 1650 Bezug genommen wird. Die Lande der Vertragschließenden sind nicht spezifizirt. Die successores, Erben und Nachkommen sind beigerückt, doch sehen wir den Wunsch der Protestanten wegen der Einwilligung der Domkapitel nicht berücksichtigt. In Artikel 1 ist zweimal die Rede von der Nichteinmischung in fremde Kriege und heißt es an zweiter Stelle „in die sich jetzo enthaltenden Kriege." Als ganz neuer Zusatz muß erwähnt werden „also daß die Konföderirten ohne Unterschied der Religion einander in rechtem Vertrauen meinen, zu obgedachtem und in consiliis et actionibus festiglich und unausgesetzt bei einanderstehen, auch aus allen Begebenheiten, woraus besagte Unruhe entstehen und darauf die hierinnen versprochene Assistenz erfordert werden möchte, vorhero und zeitig mit einander kommuniziren, keiner aber einigem Stand des Reichs oder fremden Kronen, Potentaten und Republiken zu feindlicher Invasion Ursach geben, noch in die zwischen fremden Kronen und Potentaten sich jetzo enthaltende Kriege directe vel indirecte sich einmischen oder sich einmischen lassen, auch kein Konföderirter den andern mit Gewalt angreifen, überziehen oder beleidigen, sondern seine gegen den andern führende Streitigkeiten durch gut- oder rechtliche Mittel entscheiden lassen, auf den unverhofften Fall aber, daß ein Konföderirter den andern angreifen würde, welches doch nicht sein soll, alle übrigen beisammen stehen bleiben, den aggressorem ernstlich von der Thätlichkeit abmahnen, nichts destoweniger aber den Angegriffenen auf desselben ernstes (oder erstes) Ansuchen wider den de facto Verfahrenden die schuldige Bundeshülfe ohnverweigerlich zuschicken und leisten, jedoch zugleich und pari passu dahin trachten sollen, damit die zwischen den Streitigen und zu Thätlichkeiten Gerathenen haftenden Mißhelligkeiten (jedoch daß durch die Interposition keinem Theil und insonderheit dem Beleidigten keine Präjudiz widerfahren) nach Billigkeit befundener Dinge in Güte beigelegt werden mögen." In Artikel 2 wird als neu der Fall vorausgesetzt, daß einer der Konföderirten von fremden auswärtigen Völkern mit Kriegsbeschwerden belästigt werden könnte. Alsdann soll die Defensionsarmee den Angreifer, wenn er sich zurückgezogen, verfolgen und solange in dessen oder seines Verbündeten Landen stehen bleiben, bis aller Schaden ersetzt und vor Wiederholungen genügende Versicherung ertheilt sein würde. Würden Zwei oder mehr auf einmal angegriffen, so soll dem beigesprungen werden, welcher zuerst die Hülfe begehre,

wenn die Bedrohten nämlich nicht weit von einander säßen, während im Falle eines Angriffes auf in verschiedene Kreise Gehörige und überhaupt an zwei von einander entfernten Punkten die Alliirten je nach Gelegenheit ihre Kriegsräthe nach Frankfurt, Köln oder Goslar zusammenschicken sollen, wo sie über Austheilung und Vermehrung des Zuzuges und Aufmarsch der Bundesarmee zu berathen haben werden. Der selbst Angegriffene soll jedoch einem Andern sein Kontingent zuzuschicken nicht verpflichtet sein und ebensowenig Derjenige, welcher in seinem oder einem benachbarten Kreise einem Konföderirten oder einem Kreise Bundes-, Reichs- oder Kreishülfe zugeschickt hätte oder dies zu thun verbunden wäre. In solchen Fällen solle die bereits erfolgte Leistung mit in das bundesmäßige Kontingent eingerechnet und davon abgezogen werden. Kraft einer anderweitigen Bundesverpflichtung soll keine Hülfe geleistet werden. Sodann will man durch dieses Partikularverbündniß die zu Verhütung und Abtreibung unrechter Gewalt geschaffene Reichsexekutionsordnung und Reichs- und Kreisverfassungen, sonderlich die westphälische, wie auch die im Friedensschluß verordnete Garantie nicht zurückstellen oder verhindern, sondern sollen vielmehr dieselben, ohne diesem Bündniß Abbruch zu thun, mit möglichstem Fleiße befördert werden; falls sich hierbei jedoch solche Hindernisse und Schwierigkeiten finden würden, die nicht sogleich aus dem Wege geräumt werden könnten, so soll doch nichts destoweniger Jeder zu der vereinbarten Bundeshülfe verpflichtet bleiben. Artikel 3 regelt die einzelnen Kontingente nach dem mainzischen Anschlage: doch findet sich eine Lücke bei den Namen der drei Herzöge von Braunschweig. Unverändert aus dem kölnischen Receß sind herübergenommen die Artikel 4 bis 6, während der siebente einen Zusatz enthält, welcher den einzelnen Vertragschließenden die Ernennung eines besonderen Generals über die in's Feld geführten Völker, jedoch nur mit Wissen und Willen der übrigen Verbündeten, freistellt, ein Zugeständniß für den Pfalzgrafen von Neuburg, welcher Reuschenberg das Bundesgeneralat über die ligistischen Völker erhalten zu sehen wünschte.[1] Artikel 8 hat die alte Fassung. Nach Artikel 9 darf jeder Alliirte einen Kriegsrath bestellen, insbesondere jede braunschweigische Linie einen für sich. Uebertragung der Stimme an den Vertreter eines andern Herrn ist im Behinderungsfalle zulässig. Sachen, welche in den Estat laufen und ohne vorherige Entscheidung der Prinzipale Weiterungen in Aussicht stellen können, sollen von den Kriegsräthen zwar „in etwas" berathen werden, doch darf ohne ausdrücklichen Befehl der Kommittenten darüber

[1] Nach einer bezüglichen Bemerkung des Pfalzgrafen zum Protokoll vom 12. December. — Düsseldorf.

nichts verbindliches geſchloſſen und inzwiſchen mit den Völkern nichts angefangen werden, was der zu erwartenden Erklärung der Prinzipale nachtheilig ſein könnte. Artikel 10 enthält als neu die Beſtimmung wegen Verfahrens gegen Säumige und Widerſpännige. Unweſentliche Zuſätze enthalten die Paragraphen 11 bis 14. 15 und 16 ſind unverändert. 17 beſtimmt die Dauer der Allianz auf drei ſtatt der zwei im kölniſchen Receſſe genannten Jahre und verordnet, daß wegen Verlängerung und dabei gewünſchter Veränderungen die Alliirten hier in Frankfurt berathen laſſen ſollen, wobei es jedoch in eines Jeden freier Willkür ſtehen ſolle, ob er weiter bei der Allianz verharren wolle oder nicht. Der Schlußſatz fügt eine Ratifikationsfriſt von vier Wochen hinzu. Die einzelnen Ausfertigungen ſollen bei Kur-Mainz hinterlegt werden und wird ſchließlich vorbehalten, daß, falls einer der bevollmächtigten Geſandten jetzt bald nicht mit unterſchreiben oder die Ratifikation binnen dem feſtgeſetzten Termine nicht beigebracht werden würde, dennoch dem in Betracht kommenden Fürſten der freie Beitritt und die Ratifikation offen ſtehen und bleiben ſolle.[1]

28.

Die Lage am Schluſſe des Jahres 1657.

Unzufrieden mit dem Entwurfe der Mainzer mußte wohl der Vertreter Kur-Brandenburgs ſein, ſchon wegen der im Verhältniß zu den übrigen Vertragſchließenden allzuhohen Veranlagung ſeines Herrn, ohne daß zu ſehen geweſen wäre, welchen Fuß man der Austheilung der Völker überhaupt zugrunde gelegt hatte, dann auch, weil mehrere Forderungen des Kurfürſten, wie beiſpielsweiſe die Spezifizirung der einzelnen Lande, nicht berückſichtigt war, worauf gerade wegen Pommern

[1] Es iſt doch mehr politiſche Färbung in dieſen Zuſätzen, als Köcher geſehen hat, welcher S. 238 als weſentlich nur die Stellen von der Nichtimplizirung in fremde Kriege und der weſtphäliſchen Kreisordnung bezeichnet. Ich mache noch aufmerkſam auf die Annahme von Angriffen der Konföderirten untereinander, ein Wink für Brandenburg, Neuburg und Schweden, den offenſiven Charakter der Beſtimmung vom Einrücken in fremde Lande (Art. 2). Auf die Auslaſſung der Notifikation an den Kaiſer und den politiſchen Charakter des Zuſatzes in Art. 7 iſt hingewieſen worden, ebenſo auf die klägliche Entziehung der Etatſachen von den Befugniſſen des Kriegsrathes. Der Schlußſatz aber zielt auf Schweden und Brandenburg, deren Beitritt als unſicher galt, und war vom Hauſe Braunſchweig diktirt, welches ſich dadurch bei Jenen den Glimpf erhalten wollte.

und der Marken im Augenblick ſehr viel ankam, während doch ein dunkles Gerede wiſſen wollte, daß nur die weſtlichen Provinzen Brandenburgs mit in den Bund begriffen werden ſollten. Als Portmann nach der Sitzung vom 17. December mit Björnklou redete, konnte auch dieſer ihm keine Aufklärung darüber gewähren, nach welchem Fuße die Quoten berechnet wären. Er erzählte, daß ihn Boineburg mit der Schmeichelrede habe abſpeiſen wollen, dem König werde eben wegen des ihm gebührenden Reſpektes ein mehreres zugemuthet. Auf die Entgegnung aber, daß Seine Majeſtät bei dieſem Bündniß nicht in ſeiner Eigenſchaft als König konkurrire, hatte der gewandte Freiherr erklärt, daß alles auf gütlichen Vergleich ankomme, wie es auch 1655 geſchehen, als der Kurfürſt Johann Philipp, ſein Herr, der kölniſchen Liga beigetreten wäre.[1]

Alſo auch Schweden hatte ſich über zu hohe Belaſtung beſchwert. Es ſchien, als ob es ſich wenig Vortheil von dieſem Werke werde verſprechen dürfen. Auf einen bezüglichen Vorhalt hatte Boineburg den Hauptgeſandten Björnklou mit der Zuſage beſchwichtigen wollen, daß Bremen und Pommern in die Allianz aufgenommen werden ſollten, wenn nur erſt Bremervörde den Dänen abgenommen ſein würde.[2] Dann wieder ſchien es, als gehe die Abſicht des Kurfürſten von Mainz und ſeiner Genoſſen weiter dahin, Schweden überhaupt erſt die Bundeshülfe nach erfolgtem Friedensſchluß mit Dänemark zuzugeſtehen. Schließlich wurde gar das Verlangen geſtellt, Pommern ganz aus dem Receſſe zu laſſen aus Rückſicht auf Polen und Dänemark. Wenn aber Andre, als dieſe, ſagte man, und wäre es auch der König Leopold ſelbſt, Schwediſch-Pommern bekriegen würden, nämlich in der Hülfeleiſtung für Polen, dann ſollte Schweden des Schutzes ſeiner Alliirten ſicher ſein. Damit gab Schweden mit nichten ſich zufrieden, zumal man ihm deſſen keine ſchriftliche Verſicherung im Allianzreceß zugeſtehen mollte.[3] Es war ein Drehen und Wenden der Mainzer und ihrer Genoſſen ohne jede Klarheit und Redlichkeit. Sie wollten natürlich am liebſten von jeder Verwickelung da unten befreit ſein, ſuchten aber, Schweden unter allerhand Erklärungen, die wie Zugeſtändniſſe ſich hören ließen, an der Hand zu halten. Die Schweden aber durchſchauten dieſes zweideutige Weſen und drangen auf offene, runde Erklärung und ſchriftliche Verſicherungen. Solange man dies nicht gewährte, hielten ſie ſich von den Verhandlungen fern.[4] Ueber die Lage äußerte ſich Snoilsky zu Otto folgendermaßen:

[1] Bericht Portmann's vom 8. (18.) December. — Berlin.

[2] Portmann a. a. O.

[3] Bericht Portmann's vom 15. (25.) December, kurz erwähnt U. A. VIII, 539.

[4] Ich muß geſtehen, daß hier der Mangel an Kenntniß des einſchlagenden Materials aus den ſchwediſchen Archiven ſehr fühlbar wird. Denn was Säve gibt,

Ganz ohne Urſache und wider alle Vernunft wolle man den Krieg gegen Dänemark ausſchließen; denn weder von dieſem noch anderswoher ſeien Gefahren zu erwarten. Es ſei wohl zu bemerken, wie vertraulich die

---

iſt doch ſehr wenig und nicht klar genug. Nach ſeiner Darſtellung muß man glauben, daß die für Schweden unangenehme Klauſel von der Nichteinmiſchung in die gegenwärtigen Kriege ſeinen Vertretern durch den Hinweis auf den Beitritt Frankreichs plauſibel gemacht zu werden verſucht wurde (nach einem Schreiben Björnklou's vom 10. (20.) October 1657, Säve, S. 46). Hierauf hätten die Schweden umſoweniger eingehen können, weil die Franzoſen, denen an dem Wahlwerk vorläufig noch mehr gelegen geweſen, als an der Allianz, für dieſe ſich wenig erwärmt gezeigt hätten (Bericht Björnklou's vom 20. (30.) October). Die Franzoſen hätten als Bedingung ihres Beitrittes dreierlei gefordert, eine Verpflichtung der geiſtlichen Kurfürſten zur Unterſtützung bei den Forderungen auf Abſtellung der Beſchwerden der Kronen, die Verhinderung der Wahl eines Kaiſers aus dem Hauſe Oeſterreich und die Aufnahme Schwedens. Die Verhandlungen darüber hätten ſich in die Länge gezogen, ſodaß Björnklou ſchließlich angefangen hätte zu glauben, daß es den Alliirten mit der Einladung Schwedens und Frankreichs kein Ernſt geweſen wäre und daß ſie mit dieſen Verhandlungen nur eine günſtige Gelegenheit abwarten wollten, um eine öſterreichiſche Wahl zu bewirken und dann mit ihrer Allianz und vereinten Reichskräften den Kronen die Zähne zu weiſen (Bericht Bjornklou's vom 7. (17.) November. Säve, S. 47). Ende November jedoch hätten die Geſandten Braunſchweigs und Heſſens mit einem mehr entgegenkommenden Vorſchlage des Kurfürſten von Mainz überraſcht: Wenn Bremervörde geräumt und wiedererobert ſei, könnte die Allianz die Vertheidigung Schwedens gegen Dänemark übernehmen. Man werde ſogar den König auch gegen weitere Feinde, wie Holland, Brandenburg und Oeſterreich ſchützen, wenn er nunmehr den Beitritt vollziehe unter (formellem) Ausſchluß allen Anſpruches auf Vertheidigung aus Anlaß ſeiner Kriege gegen Polen und Dänemark. Björnklou's Argwohn regte ſich, als ob der Kurfürſt von Mainz, in der Vorausſicht, daß es zwiſchen Schweden und Oeſterreich-Brandenburg bald zum Bruche kommen werde, dieſen Vorſchlag nur unterbreite, damit Schweden ihn als zu geringwerthig verwerfe, und dann, wenn es zum Kriege komme, die Hülfeleiſtung der Allianz mit der Erklärung verweigern könne, daß Schweden ja das Anerbieten nicht angenommen habe. Daher habe Björnklou ſich zu ſofortiger Aufnahme der Verhandlungen auf grund dieſes Vorſchlages erboten (Bericht Björnklou's vom 28. November (8. Decbr.). Säve, S. 48). Wenige Tage ſpäter aber habe der Kurfürſt von Mainz einen neuen Vorſchlag hören laſſen, nämlich Bremen und Verden nach der Räumung von Bremervörde zu neutraliſiren. Auf die Frage, ob auch Pommern mit in die Allianz aufgenommen werden und des Schutzes gegen Alle genießen könne, welche, ſelbſt im Bunde mit Polen, den König von Schweden anfallen würden, habe Johann Philipp geantwortet, daß alle ſchwediſchen Provinzen gegen Jedermann, auch gegen Oeſterreich geſchützt werden ſollten, ſofern letzteres, und wer es auch ſonſt ſei, dieſelben nicht aus Anlaß des polniſchen Krieges ſondern aus einer anderen Urſache oder Vorwand angriffe (Björnklou's Diarium vom 5. (15.) December. Säve, S. 49). Auf den Bericht ſeiner Geſandten hätte dann König Karl Guſtav, ohnedies zum Abſchluß der Allianz nicht ſonderlich geneigt, längere Zeit nichts von ſich hören laſſen (S. 94). Ueber die weiteren Verhandlungen bis zum Ende Juni 1658, wo er ſeine Schilderung der Allianztraktaten erſt wieder aufnimmt, erfahren wir aus Säve nichts.

Braunſchweiger mit den Katholiken verkehrten, doch mehr als fraglich, ob dieſes Vertrauen auch vergolten würde. Sie möchten ſich doch ja vorſehen und mit Jenen nichts übereilen. Bei den Ligiſten ſcheine die Annahme zu gelten, daß Braunſchweig ohne Schweden und Brandenburg mit ihnen ſchließen würde. Dies würde um ſo mehr bedauert werden müſſen, als der König ihn angewieſen habe — er zeigte das Schreiben vor —, in beſonders gutem Einvernehmen ſich mit den Geſandten Braunſchweigs zu halten. Schließlich empfahl er die Mitaufnahme Frankreichs, wenn ſie ſich auf annehmbare Weiſe bewerkſtelligen laſſen würde. Längſt ſchon wären der katholiſchen Alliirten Bemühungen darauf hinausgegangen.

Otto bat, Dänemark und ſeine etwaigen Helfer doch ja nicht zu unterſchätzen, und wies darauf hin, daß es am allerwenigſten dem Hauſe Braunſchweig anſtehen würde, ſich einer Offenſivbewegung gegen jenes anzuſchließen. Bei den Ligiſten müſſe man gleiches Vertrauen eben vorausſetzen; Jeder müſſe eben ſein eigenes beſtes im Auge behalten. Mit dem Schluſſe werde man ſich nicht übereilen und nicht ſo unbeſonnen ſein, ſich von den andern Evangeliſchen abzuſondern. Noch habe man den Invitanten kein uneingeſchränktes Zugeſtändniß gemacht, daß man auch ohne Schweden und Brandenburg ſchließen wolle. Man müſſe ihnen eben überlaſſen, was ſie denken möchten. Das Werk würde wohl ſo eingerichtet werden, daß Schweden und Brandenburg, wenn es ihnen ſonſt Ernſt, damit würden zufrieden ſein können. Er betonte die guten Geſinnungen der Herzöge gegen König Karl Guſtav und bat um Gegenſeitigkeit des Vertrauens. Auf eine Anfrage Otto's nach dem gegenwärtigen Stande der ſchwediſch-brandenburgiſchen Beziehungen verſicherte Snoilsky, daß zwiſchen beiden Staaten keine Widerwärtigkeiten zu befahren wären, zumal da Kurfürſt Friedrich Wilhelm ſich die Vermittelung eines Friedens zwiſchen Schweden und Polen höchlichſt angelegen ſein laſſe. Den Anſchluß an Frankreich ſtellte Otto in höchſt behutſamer Form dem Gutdünken ſeines Herrn anheim. Herzlicher, als früher wohl, war nach dieſer Unterredung, die am 21. December ſtattfand, der Abſchied der Beiden.[1]

Otto aber nahm Veranlaſſung, um ſo nachdrücklicher mit Boineburg über das Werk zu reden, als dieſer am 24. December erſchien, um eine endliche Erklärung der Invitirten auf den Entwurf des Receſſes zu betreiben. Er fragte geradezu, ob es überhaupt ſein, des Freiherrn, und der Unirten rechter Ernſt mit dem Bündniſſe ſei. Die Schweden und auch Andre hätten das bisher nicht recht glauben wollen. Boineburg

[1] Bericht Otto's vom 12. (22.) December. — Hannover.

nach ſeiner Art gerieth hier in ein heiliges Feuer. Sein Mund floß über von den Betheuerungen des regen Eifers ſeines Herrn für das Werk. Wenn erſt Bremen und Verden von den Dänen geſäubert, werde man den Schweden gegen Jedermann, ſelbſt wider den König von Ungarn, kraft dieſer Allianz Hülfe gewähren. Damit man aber unterdeſſen den Schutz nicht aufhalte, könne man ja, was noththue, zur Zufriedenſtellung beider Theile in einen Nebenreceß bringen. Mit Schweden glaubte man eher zurechtkommen zu können, als mit Brandenburg, denn deſſen Zaudern ſei höchſt verdächtig. Nicht einmal eine Vollmacht des Kurfürſten ſei vorhanden. Deshalb könne man getroſt ohne ihn ſchließen und ihm dabei unter gerechten und billigen Bedingungen immerhin den ſpäteren Beitritt vorbehalten. Es ſei zu vermuthen, daß Friedrich Wilhelm aus Abneigung gegen Schweden das Werk zu hindern oder doch wenigſtens hinzuhalten mehr gemeint wäre, als es zu befördern. Die Zeit werde es ja lehren. Auf den Einwurf Otto's, daß die hieſigen ſchwediſchen Geſandten verſicherten, daß ihr König ſich von Brandenburg keiner Widerwärtigkeit verſähe, bemerkte Boineburg, das wiſſe er anders. Habe doch der Kurfürſt ausdrücklich vernehmen laſſen, daß, wofern Schweden mit der Rückerſtattung der preußiſchen Eroberungen an Polen Schwierigkeiten machen werde, letzteres ſeiner Hülfe ſicher ſei.[1]

Und richtig war es ſo: was die Schweden in Frankfurt nicht eingeſtehen wollten und was deshalb die Braunſchweiger, die ſo gern vor allen Gefahren die Augen ſchloſſen, nicht befürchteten, das war in voller Vorbereitung, beim Kurfürſten von Brandenburg der Angriff auf Schweden im Bunde mit Polen und Oeſterreich beſchloſſene Sache, ja derſelbe wäre ſchon erfolgt, wenn nicht die faule, ſchwankende Politik des Hauſes Oeſterreich dieſem Eifer einen Hemmſchuh angelegt haben würde. Seit dem Augenblicke, wo zur Sommerszeit d. J. 1657 Karl Guſtav aus Polen gegen Dänemark aufbrach und den Genoſſen im Stiche ließ, begannen die Wege Beider auseinanderzugehen, der des Kurfürſten ihn in's polniſch-öſterreichiſche Bündniß hinzuweiſen, wodurch ein Zuſammenſtehen Schwedens und Brandenburgs im engeren Bunde nicht minder wie in der vom mainzer Kurfürſten inaugurirten Allianz ein Ding der Unmöglichkeit wurde. Die innere Nothwendigkeit der politiſchen Lage im Oſten drängte zur gewaltſamen Entladung des ſchwülen Gewitterſtoffes, welchen das ireniſche Syſtem des Mainzers auf friedlichem Wege zu reinigen nicht mehr vermochte. Des Kurfürſten Friedrich Wilhelm ſcharfer Blick ſah dies längſt. Warum ſich dort ſo nutzlos die Hände binden? dachte er, zumal da immer fühlbarer allgemach die

[1] Bericht Otto's vom 15. (25.) December. — Hannover.

Spitze gegen das Haus Oeſterreich ſich herauskehrte. Nicht einen Augenblick ſcheint bei ihm ernſtliche Abſicht zum Anſchluſſe an den mainzer Kurfürſten und ſeine Gefolgſchaft, von Schweden nicht zu reden, beſtanden zu haben. Dennoch ließ er ſeinen Vertreter an den Verhandlungen weiteren Antheil nehmen. Wie hätte er das günſtige Blatt aus der Hand geben ſollen, das ihm das Spiel des Gegners zu errathen in den Stand ſetzte?[1] Portmann hatte demnach in Frankfurt eine wenig beneidenswerthe Stellung. Beim Wahlweſen war noch alles ſtill, die Verhandlungen der Reichsdeputation im Sande verlaufen, und ſo blieb ihm bei dem Allianzwerke die undankbare Rolle eines Horchers, der nur immer auf neue Einwendungen zu ſinnen gezwungen war, damit er den Schluß hintenanhielte. Erſt Mitte December ließ der Kurfürſt ſich herbei, ihm beſtimmte Weiſungen wenigſtens zu verſprechen, die er ertheilen würde, wenn der neue Entwurf des Receſſes ihm vorläge — die einzige Verlautbarung ſeit Monaten auf die vielen Berichte über das Allianzprojekt.[2] Selbſt Canſtein und Jena ließen nichts andres von ſich hören, als daß ſie dem Kurfürſten noch keinen Bericht zu erſtatten vermocht hätten.[3]

Am 22. December trat man im Plenum — nur Schweden und Trier[4] fehlten — zur Berathung über den mainzer Entwurf zuſammen. Da Mehl einige nicht weſentliche Vorſchläge namens der Invitanten anregte, meinte Portmann, daß dieſe nun auch wie ſie die Invitirten gethan, einzeln und nicht als Geſamtkörper zu votiren haben würden und die Konferenzen, bis ſie mit ihren Erinnerungen gefaßt, ausgeſetzt werden möchten. Sodann rügte er den Wegfall der Spezifikation der einzelnen Lande und die Nichtberückſichtigung deſſen, was er von „der deutſchen Freiheit“ und „der Präeminenz der Kur- und Fürſten“ geredet u. a. m. Er betonte ferner, daß man den Fuß nicht zu erkennen möge, welcher der Austheilung der Kontingente zugrunde gelegt worden, und das auffallende Mißverhältniß unter den einzelnen Vertragsgenoſſen, da Brandenburg mit ſeinen 1500 Mann z. Fuß und 800 Reitern beinahe

[1] Am 15. (25.) December überſendet der Kurfürſt den ihm von Portmann zugegangenen Receßentwurf zur Kenntnißnahme dem Kurfürſten von Sachſen „in ſonderlichem Vertrauen, daß wir noch zur Zeit nicht reſolvirt, darin zu treten, und zwar aus der Konſideration und Urſach, weil aus dergleichen Allianzen bisher wenig Frucht und Nutzen zu verſpüren geweſen“. — Konzept Schwerins in Berlin. U. A. VIII, 539. Die Gründe lagen doch tiefer.

[2] Erlaß aus Kölln a. Spr. vom 7. (17.) December. — Berlin.

[3] Unter dem 2. (12.) December, erwähnt von Portmann in ſeinem Votum vom 22. December; im Protokoll. — Düſſeldorf.

[4] Anethan war mit der Erklärung abgereiſt, daß er dem Kurfürſten über den Entwurf perſönlich Vortrag abſtatten wolle.

ebenſoviel zu ſtellen haben würde, als die drei geiſtlichen Kurfürſten zuſammen mit ihren 1800 und 900 Mann. Man hätte, äußerte er, den Vorſchlag Braunſchweigs befolgen und den Invitirten unter ſich eine Vereinbarung überlaſſen ſollen. Fernere Erklärungen ſtellte er nach Ankunft der Reſolution des Kurfürſten in Ausſicht. Die Voten der Braunſchweiger gipfelten heute in dem Satze, „daß alles zum guten Theile obſerviret ſei". Darauf ließen zum erſten Male die Heſſen ausführlicheres vernehmen, obwohl ſie auch heute noch alles durch den Vorbehalt der landesherrlichen Reſolution einſchränkten. Der Landgraf, äußerten ſie, werde wohl trotz der anfänglichen Vereinbarung über Spezifikation der Lande auch gegen eine generelle Aufführung derſelben nichts einzuwenden haben. Hingegen ſeien ſie angewieſen, auf der Einwilligung der Domkapitel zu beſtehen. Sie ſchlugen deshalb vor, zum wenigſten die Worte „mit Vorwiſſen und Einrathen des Kapitels" einzurücken. Auszudrücken ſei unter den Zielen des Bundes die Erhaltung und der Schutz beim Genuſſe des weſtphäliſchen Friedens. Aufſehen erregte die Bemerkung Dörnberg's, daß zur Vermeidung von Wiederholungen im 1. Artikel jene zweite Stelle zu ſtreichen ſei, wo von der Nichteinmiſchung in die „jetzo ſich enthaltenden Kriege" die Rede ſei. Es ſchien, als habe er keine Ahnung davon, daß man von allen übrigen Seiten gerade hierauf den größten Werth legte, um ſo den Hülferufen Schwedens gegen Dänemark ausweichen zu können. Und da gerade der ſchwediſche Vertreter fehlte, ſuchte man dem Heſſen um ſo lebhafter das Bedürfniß nach jener Klauſel klarzulegen, welche man ja gerade mit voller Abſicht und Emphaſe für gut befunden habe. Ihren Anſchlag fanden die Heſſen ferner zu hoch. Anderes, was ſie vorbrachten, erſcheint nicht bemerkenswerth, nur daß noch kraft beſonderen höheren Auftrages die feine Frage von ihnen geſtellt wurde, ob denn die Aſſiſtenz, wenn eine Mehrheit dieſelbe verweigere, auch von einer Minderheit geleiſtet werden ſolle. Dagegen warfen Andre ſich in die Bruſt und meinten, dergleichen könne doch gar nicht ſich ereignen, dafür bürge doch das Wort der Fürſten, an Weigerung ſei in keinem Falle zu denken. Eine ſolche Beſtimmung beizurücken heiße nichts andres, als ſchimpfliche Geſinnung einzugeſtehen. Die Heſſen hätten freilich mit Beiſpielen dienen können, ließen aber auf allgemeines Drängen eine ſolche Forderung fallen.[1]

Bei Betrachtung dieſer Sitzung gewinnen wir einen Blick auf folgende Gruppirung der Intereſſenten: in geſchloſſener Reihe dem An-

[1] Protokoll vom 22. December. — Düſſeldorf. Bericht Portmanns vom 15. (25.) December. — Berlin (kurz U. A. VIII, 539).

ſcheine nach die Invitanten, in merklicher Hinneigung zu dieſen die Braunſchweiger, in wohl abſichtlicher Zurückhaltung die Schweden, die Heſſen liebäugelnd mit dieſen und nörgelnd und hemmend den Brandenburger.

Sehen wir uns die Stimmung der Invitanten für das Werk näher an. Ohne Einſchränkung einer Beförderung der Allianz zuſtrebend war nur die Politik des mainzer Kabinettes, am nächſten ſtand ihm hierin wohl die des Kölners, welche Boineburg's Treiben ruhig gewähren ließ.[1] Kur-Trier zeigte kühle Zurückhaltung. Anethanus hatte, als er Frankfurt verließ, die Erwartung der Mainzer auf Gutheißung des Receſſes nicht erfüllt, ſondern alles auf das Ergebniß ſeines Berichtes an den Kurfürſten hinausgeſtellt. Philipp Wilhelm von Neuburg, dem Werke nicht gerade abgeneigt, ſuchte doch dasſelbe durch allerhand Kautelen zu erſchweren, die er hineinzubringen ſuchte, damit beſonders der Religion, das heißt dem katholiſchen Bekenntniſſe, zum Nachtheil nichts präjudizirt, ſondern vornehmlich dies erreicht werde, daß den Invitirten als der Mehrheit der Weg abgeſchnitten würde, nach ihrem Willen die Invitanten zu führen, ja wohl gar das Direktorium der Feder und der Waffen an ſich zu bringen und der Religion den höchſten Schaden zuzufügen.[2] „Nur nichts übereilt", lautete ſeine dem Giſe ertheilte Weiſung.[3] Das Verhalten des Biſchofs von Münſter war ähnlich dem des Kurfürſten von Trier. Beide empfanden wenig Vergnügen an einem Bundesverhältniß zu den Proteſtanten, Chriſtoph Bernard zumal im Hinblick auf Schweden, und Beide begannen ſich auf die Seite Oeſterreichs zu neigen. Zudem drangen jetzt um die Mitte des Decembermonats die münſteriſchen Landſtände, der drückenden Laſten für die ſtarke Anſpannung der militäriſchen Leiſtungskraft des Biſchofs nach dem Kriegsſchrecken des letzten Sommers herzlich müde, heftig in den Landesherrn, daß er der Allianz Valet ſage, weil ſie ihm den Vorwand zur Haltung einer ſtarken ſtehenden Truppe herlieh. Nicht mehr als 600 Mann wollten ſie dem Biſchof zugeſtehen.[4]

Die Ausſichten auf ein ſchnelleres Vorrücken in den Verhandlungen

---

[1] Kurfürſt Max Heinrich hat in einem Erlaſſe vom 30. December an Aldenhoven nichts weſentliches gegen den Entwurf des Receſſes einzuwenden: man müſſe ſehen, was nach den Erinnerungen der Einzelnen noch herauskommen werde; jedenfalls wolle er ſeinerſeits ſich von dem Konkluſum nicht ſepariren. — Düſſeldorf.

[2] Reſkript an Giſe vom 19. December. — Düſſeldorf.

[3] Erlaß vom 22. December. — Düſſeldorf.

[4] Erlaß des Biſchofs an Biſping vom 21. December, welchem er einen Brief an den Kürfürſten von Mainz beilegte mit der Bitte, Abmahnungſchreiben an die Stände zu richten und die Reichsvikare zu einem gleichmäßigen zu veranlaſſen.

waren am Jahresſchluß ſehr geringe und ſchienen es bleiben zu ſollen, ſolange als es ſich um den gleichzeitigen Beitritt Schwedens und Brandenburgs handelte. Boineburg gab ſich alle erdenkliche Mühe, Braunſchweig und Heſſen zum Abſchluß ohne dieſe beiden zu bewegen, aber vergebens.[1] Die Braunſchweiger waren vielleicht eben nicht übel willens dazu, aber der Entſchluß wurde ihnen doch um ſo ſchwerer, je mehr Heſſen-Kaſſel nach der ſchwediſchen Seite hinzuneigen ſchien. Auch ließ Dörnberg vernehmen, daß der Landgraf lieber ſehen würde, wenn man mit dem Schluß der Allianz bis nach der Kaiſerwahl warten wollte.[2] Sich dem Kurfürſten von Mainz zuliebe ſich unter den Evangeliſchen Deutſchlands zu vereinſamen, konnte dem Hauſe Braunſchweig alſo nicht beifallen. Am 24. December erſchien Boineburg bei Otto, eben um wiederum auf Abſchluß ohne Brandenburg und Schweden zu drängen. Dieſer ſchlug es rund ab, bevor nicht das Verhältniß zwiſchen den Beiden geklärt ſei.[3] Dagegen hatte er nichts gegen die Bitte einzuwenden, daß man doch wenigſtens mit den Berathungen fortfahren möge. Boineburg wußte aber freilich nichts von der an die braunſchweigiſchen Vertreter ergangenen Weiſung, ſich in nichts zu übereilen. Dies war überhaupt die Loſung für alle Betheiligten, ausgenommen Mainz. Und nicht bloß angeſichts der im Nordoſten drohenden Gefahr, ſondern auch im Hinblick auf die Frage von der Kaiſerwahl.

Unter den geiſtlichen Kurfürſten war der von Trier nun längſt für die Wahl eines Kaiſers aus dem Hauſe Oeſterreich gewonnen. Der von Köln trug auf beiden Achſeln: denn Fürſtenberg nahm Geld von den Oeſterreichern wie von den Franzoſen. Zwar hatte er für die letzteren wenigſtens ſoviel gethan, daß er nach München gegangen war, um auf den Kurfürſten Ferdinand Maria wegen Annahme der Krone zu wirken. Mit ſtolzem Prahlen war er hingezogen, frohlockend über ein angebliches Gelingen ſeiner Bemühungen heimgekehrt, ein unangenehmes Desaveu von München enthüllte nackt den wahren Erfolg, das gänzliche Mißlingen dieſer Werbung.[4] Es konnte dem Kurfürſten von Mainz auf die Dauer nicht verborgen bleiben, daß die von Frankreich betriebene bayriſche Gegenkandidatur nicht glücken würde; ſie ſcheiterte an der Abneigung vielleicht nicht ſo ſehr des Kurfürſten Ferdinand Maria ſelbſt als des öſterreichiſch geſinnten leitenden Staatsmannes am münchener Hofe, des Grafen Kurtz, ſowie der habsburgiſchen Mutter des Regie-

[1] Bericht Biſping's vom 23. December. — Münſter.

[2] Bericht Portmann's vom 19. (29.) December. — Berlin.

[3] Berichte Otto's vom 15. (25.) und Portmann's vom 19. (29.) December. — Hannover und Berlin.

[4] Valfrey, S. 99—102. G. Heide, S. 33 ff.

renden. Daß Johann Philipp, als er einen unzweifelhaften Mißerfolg erkannte, darüber den franzöſiſchen Geſandten unverhohlen ſeine Anſicht äußerte, wurde ihm von dieſen höchlichſt verübelt. Sie betrachteten ihn, auf deſſen Rath, wie ſie vorgaben, ſie ihre Politik eingerichtet, als einen zweideutigen Freund, deſſen Saumſeligkeit und Untreue das Scheitern des Planes herbeigeführt hätten. Mit Geld, aber auch mit Drohungen glaubte Mazarin den Eifer des Kurfürſten neu anſtacheln zu müſſen.[1] Auf Drängen Lionne's erklärte Johann Philipp ſchließlich, er ſelbſt werde ja dem Bayern bei der Wahl ſeine Stimme nicht verſagen, aber nur dann, wenn vorher der Friede zwiſchen Frankreich und Spanien geſchloſſen wäre. Er vermengte, um Zeit zu gewinnen, zwei von einander ganz unabhängige Fragen. Lionne verlangte, daß er alle dieſe Wenn und Aber laſſe und unbedingt den Wünſchen des Königs Rechnung trage. Der Kurfürſt wand ſich mit all ſeiner Geſchmeidigkeit in allerhand Ausflüchten, blieb aber bei ſeiner letzten Erklärung. Schmeichelnd bemerkte Lionne, der König ſei mit Recht überzeugt, daß bei der Wahl die Wage ſich dahin neigen werde, wo die Stimme von Kur-Mainz ruhe. Daß der Kurfürſt klage, der von Bayern wollte nicht Kaiſer werden und der von Trier könne nicht gewonnen werden, führe zu nichts. Alles werde leicht ſein, wenn er es nur wolle, ja ſchon, wenn er nicht die Wege Frankreichs kreuze und ihre Maßnahmen ſtöre. Man verlange ja nur, daß er ſie, die Franzoſen, ruhig gewähren laſſe, wenn man auch nach dem, was vorgegangen — eine Auffriſchung des Gedächtniſſes an gewiſſe Spenden — wohl thätigere Beihülfe zu erwarten berechtigt wäre, zumal man des öfteren Verſicherungen auf ſein Wort vernommen und nur auf ſeinen Rath, ja ſein Drängen ſich in dieſe Sachen eingelaſſen habe.[2]

Es war ein Rechenfehler der Franzoſen, wenn ſie wirklich vom Einfluſſe des Reichserzkanzlers ſo viel erwarteten. Trier, Bayern, Sachſen, Brandenburg waren unbedingt für eine Wahl aus öſterreichiſchem Stamme und Johann Philipp konnte daran nichts ändern, in ſeiner Macht lag es nicht, die Wünſche Frankreichs zu erfüllen. Und ſchon ließen auch Sachſen und Bayern, wenn nicht drohend, ſo doch ernſtlich warnend ihre Stimme gegen das Einverſtändniß Johann Philipps mit den Franzoſen vernehmen. Dieſer ſah denn auch bald ein, daß ein Abſchwenken von den franzöſiſchen Plänen, wenigſtens in der Wahlfrage ihn auf den richtigen Weg bringen werde. Dies war nicht ohne Gefahr möglich. Denn ſofort ergab ſich eine merkliche Abkühlung der bisher

[1] Valfrey, S. 99. Chéruel III, 103 und 104. G. Heide, a. a. O. S. 18. 19.
[2] Valfrey, S. 111 und 112.

ſo innigen Beziehungen der franzöſiſchen Geſandten in Frankfurt zum kur-mainziſchen Hofe.[1]

Am 11. December war der Marſchall Herzog von Gramont nach München gegangen zum letzten Verſuch, den Kurfürſten von Bayern für die Thronkandidatur zu gewinnen. Auch ſeine Bemühungen ſchlugen fehl. Als er ungünſtige Berichte nach Frankfurt ſandte, wurde Lionne's Gereiztheit gegen Johann Philipp von Mainz täglich ſtärker; je feſter man auf ſeinen Einfluß gebaut, je zuverſichtlicher man durch dieſen zum Ziele zu gelangen gehofft hatte, um ſo lebhafter war der Groll, als man ſich getäuſcht ſah. Die Franzoſen klagten über Verrath.[2] Der

[1] Bericht Otto's vom 15. (25.) December: Jedermann wundert ſich jetzt über die veränderten Anſichten von Kur-Mainz betreffs der Wahl und andrer Dinge. Die große und Vielen verdächtige Vertraulichkeit zwiſchen dem Kurfürſten von Mainz und den Franzoſen hat ſo geſchwind und heftig nachgelaſſen und iſt zu zweifeln, obwohl man die Friedenstraktaten zwiſchen dem ſpaniſchen Geſandten Pigneranda und den Franzoſen mehr zum Schein als mit Hoffnung auf Erreichung des Zwecks anzutreten ſich erweiſt, ob die Wahl darauf und ihren Ausſchlag wirklich konditionire, ſondern mittlerweile damit in Eile pro Oeſterreich verfahren werde. Die Franzoſen ſollen ſich unterdeſſen pro delusis halten, indigniren und ſich ſehr bedrohlich vernehmen laſſen. — Hannover. Portmann a. gl. T.: Einige meinen, daß der Kurfürſt von Mainz den Franzoſen viel verſprochen, was er vielleicht nicht werde halten können, und ſich deswegen beſorge, daß der König von Frankreich ſolches an ihm reſſentiren möchte. Andre aber laſſen ſich verlauten, wenn der Kurfürſt aus ſolchen Promeſſen an Frankreich eine Gefahr auf ſich gezogen hätte, hätten ſich deſſen die andern Stände nicht hoch anzunehmen. — Berlin. Der ſchwediſche Geſandte Björnklou erzählte den Braunſchweigern, daß er ſchon vor mehreren Monaten an der Tafel des mainzer Kurfürſten einen ihm bekannten öſterreichiſchen Agenten Baron de Chaos (?) unvermuthet angetroffen habe, was ihm gleich verdächtig geweſen wäre. Seitdem habe er eine Veränderung in den Plänen des Kurfürſten wahrgenommen. Er hätte die Franzoſen aufmerkſam gemacht und ſie hätten ihm Recht geben müſſen; Es wären occultae machinationes pro rege Hungariae contra Frankreich und dero Intention geweſen. Bericht Otto's vom 19. (29.) December. — Hannover.

[2] Portmann am 19. (29.) December: Der Kurfürſt von Mainz (hat) den franzöſiſchen Geſandten wegen der Wahl contra domum Austriacam Verſprechungen gethan, ihre partes ſtark vertreten und allerhand äußerliche Zeichen großer Freundſchaft und Benevolenz bezeigt, alſo daß ſie auch ausdrücklich geſagt, Electorem Moguntinum hactenus omnia bene fecisse, folgends aber gegen den böhmiſchen Geſandten ſich anders expektorirt und dabei erklärt haben ſolle, daß man der Krone Frankreich, welche ſich bei der Wahl nichts anzumaßen hätte, nicht zu achten, ſondern, wenn dieſelbe deswegen den Krieg begehrte, arma armis zu opponiren, welches den Geſandten vorgekommen; und hat der Marſchall Grammont aus München an Lionne geſchrieben, daß er nichts erhalten werde und man ihn auch in den Sachen, ſo von Mainz an die Hand gegeben, nicht einmal hören wollen. Daher die Vertraulichkeit zwiſchen dem Kurfürſten und den franzöſiſchen Bevollmächtigten ſehr abgenommen und obiges gegen Kur-Mainz ſonderlich reſſentirt werden möchte, da dieſelbe ſofort

Kurfürſt ſtand in Gefahr und mit ihm Jeder, der gemeinſame Sache mit ihm gemacht. Alle Welt glaubte, daß er auch deshalb ſo emſig auf den Abſchluß der Allianz dränge, und eben dieſes war andererſeits der Grund für das zögernde Verhalten der übrigen Intereſſenten. Selbſt dem Pfalzgrafen von Neuburg, welcher kurz zuvor für die franzöſiſchen Pläne noch einen letzten Sturmlauf gewagt, gingen von vertrauter Hand gewiſſe Warnungen zu.[1]

Doch war es immerhin mehr als fraglich, ob Frankreich das Scheitern ſeiner Pläne in der Wahlfrage oder gar den Unwillen gegen den mainzer Kurfürſten, der nun auf einmal an allem die Schuld tragen ſollte, zum Kriegsfall zuzuſpitzen ernſtlich gemeint ſein würde. Hatte

---

Hülfe bei den Alliirten ſuchen, dieſe aber dafür halten werden, daß ſie dazu nicht ſchuldig, weil der Kurfurſt ſich die Ungelegenheit und offensam ſelbſt zugezogen. — Berlin.

[1] Landgraf Ernſt von Heſſen-Rheinfels ſchreibt an ihn am 30. December: Man ſchreibt mir von Francfort d'un bon lieu ces formalités suivantes: Monsieur le mareschal duc de Grammont s'apperçoit maintenant plus que trop, que toutes ces fatigues et présents sont perdus et qu'on eslira le Roy d'Hongrie avec un applaudissement quasi universel, mais on a peur, que les innocens et qui n'ont point touché les louis, le pourroient payer, dequoy on agira aussi pour s'en défendre au mieux. E. L. wiſſen ohne Zweifel dieſe Sachen beſſer als ich. — Düſſeldorf. Was die Thätigkeit des Pfalzgrafen für Frankreich anlangt, ſo wird aus den Akten erſichtlich, daß in ſeinem Auftrage der Kanzler v. Winkelhauſen bei den Kurfürſten von Köln und Trier herumreiſte, um ihnen nochmals die Kandidatur Ferdinand Maria's von Bayern zu empfehlen. Den Kölner fand er geneigt. Derſelbe anerkannte mit Dank die gute Affektion, welche der Pfalzgraf gegen ihn und ſein Haus verſpüren ließe. Er forderte Winkelhauſen auf, allen Fleiß beim Kurfürſten von Trier anzuwenden, an welchem das ganze Werk hänge, da an Kur-Pfalz nicht zu zweifeln wäre. In Abweſenheit der beiden ſonſt unentbehrlichen Fürſtenbergs führte der Kurfürſt Max Heinrich einen eigenhändigen Briefwechſel mit ſeinem Vetter in München. Und mit deſſen Gemahlin der Pfalzgraf Philipp Wilhelm. Doch vertheidigte Graf Kurtz tapfer und ſiegreich dieſen letzten Angriff auf ſein Syſtem. Von Bonn ging Winkelhauſen nach Koblenz zum Kurfürſten von Trier, der ſich den Anſchein gab, als werde er gegen eine Wahl des Bayern nichts einwenden, nur daß er von dieſem ſowohl als den Kurfürſten von Mainz und von der Pfalz eine kategoriſche Bereitwilligkeitserklärung forderte. Doch gerade hieran mangelte es eben. Zwar lag eine zu nichts verbindende Erklärung des Kurfürſten Ferdinand Maria vom 6. Nov. an den König von Frankreich in Form einer Miſſive vor, die man ſich aber dem Kurfürſten Karl Kaſpar vorzuweiſen nicht getraute, zumal da noch eine durchaus entgegengeſetzte weitere Erklärung des Bayern vom 11. Nov. bekannt war. Gramont, der unterdeſſen nach München gegangen war, ſollte von dem Erfolge der Sendung Winkelhauſen's benachrichtigt werden. Winkelhauſen an den Pfalzgrafen aus Breiſig am 7. December (theilweiſe in Chiffern), Kurfürſt Karl Kaſpar an den Pfalzgrafen etwa am 10. December, Kurfürſt Max Heinrich an den Pfalzgrafen (eigenhändig) am 13. December und Winkelhauſen an den Pfalzgrafen am 17. December aus Bonn. — Düſſeldorf.

es doch ſelbſt noch mit Anſpannung aller Kräfte den Kampf gegen Spanien weiterzubeſtehen. Seine Kaſſen waren erſchöpft, die Aufwendungen für den Fang der deutſchen Wahlſtimmen konnten nur mit dem Aufgebot aller äußerſten Kräfte zuwege gebracht werden. Nicht allzuſtark werden deshalb wohl die Beklemmungen des Mainzers geweſen ſein. Er wußte wohl, wie weit in ihren Drohungen zu gehen es den Franzoſen möglich ſein würde. Vielleicht, ſo konnte er ihnen auch zu erwägen geben, war es ſogar weit lohnender für ihn, ſich in die Arme Oeſterreichs zu flüchten, welches, der ſpaniſchen Hülfe allezeit gewiß, im Bunde mit Polen, Dänemark und Brandenburg und gedeckt ferner von der auf ſeiner Seite ſtehenden Mehrheit der deutſchen Kurfürſten eben doch für Frankreich, Schweden und deren Gefolgſchaft, die rheiniſchen Alliirten kein verächtlicher Gegner genannt werden durfte. Eins that der Kurfürſt wirklich; er entſchloß ſich wenigſtens raſch und endgültig für die öſterreichiſche Kaiſerwahl. Daß er dabei einen hübſchen Geldgewinn davontrug, verſteht ſich von ſelbſt. Und um doch nicht mit der Gegenpartei, die er bisher ſo treulich gehalten, ganz zu zerfallen, um den gerechten Unwillen Frankreichs zu beſchwichtigen, verſprach er deſſen Geſandten wie den Schweden ſeine lebhafte Mitwirkung bei der Abfaſſung und Durchſetzung einer Wahlkapitulation, welche dem künftigen Kaiſer für alle Zeit die Hände im Sinne dieſer Kronen und aller dem Hauſe Oeſterreich mit Mißtrauen gegenüberſtehenden Potenzen binden ſollte. Und eine ſolche Kapitulation ſollte gewährleiſtet werden durch die große Allianz des mainzer Friedensfürſten in engem Anſchluß an die beiden Kronen Frankreich und Schweden.

Darum auch trat Boineburg mit unbefangener Ruhe und Sicherheit auf, als gäbe es keine Gefahr für ſeinen Herrn. Unumwunden geſtand er jetzt zu, es unterliege keinem Zweifel mehr, daß König Leopold von Ungarn werde zum Kaiſer gewählt werden müſſen. Der Kurfürſt habe bisher auf's Gegentheil hingearbeitet, müſſe aber der Uebermacht und Mehrheit weichen. Der Kurfürſt von Trier habe ihn verlaſſen und die weltlichen Kurſtimmen außer der pfälziſchen würden alle auf Oeſterreich fallen. Hätten doch die Kurfürſten gedroht, wenn Mainz von ſeinen Plänen nicht abgehe, ſchleunig in Regensburg ſich zu vereinigen, die Wahl vorzunehmen und den Kurfürſten von Mainz mit den Franzoſen hier in Mainz ſitzen zu laſſen. Den Kurfürſten von Bayern zur Krone zu beſtimmen ſei eine Unmöglichkeit, obwohl er für ſeine Perſon dazu „Appetit gehabt". Was wegen Pfalz-Neuburg oder eines Andern hierbei habe in Betracht kommen können, wäre von ſelbſt hinfällig geworden und gänzlich verſchwunden. Den Vorwurf, daß Mainz ſeine Politik geändert, wies Boineburg zurück. Sein freies Wahlrecht

habe der Kurfürſt den Franzoſen gegenüber ſich allezeit vorbehalten und Niemandem Hoffnung auf die Krone gemacht. So hätten auch niemals die Franzoſen offen auf den Ausſchluß des öſterreichiſchen Hauſes gedrungen, ſondern nur ihm und dem Kurfürſtenkollegium anheimgeſtellt, vorzuſehen, daß dem Friedensinſtrument und den darin von ihrem König errungenen Rechten nicht präjudizirt werde. Sie hätten alſo keinen Grund zur Beſchwerde gegen Mainz. Der häufige Verkehr mit den franzöſiſchen Geſandten hätte nur im Austauſch von Höflichkeitsbezeugungen beſtanden, die der Sache eben nichts hätten geben oder nehmen können. Ein Verſprechen des Kurfürſten, von welchem Gramont und Lionne wiſſen wollten, daß nämlich Keiner aus dem Hauſe Oeſterreich gewählt werden ſolle, ſei niemals gegeben worden. Wenn aus ihrer alſo lautenden Nachricht an den König dem Kurfürſten ein Vorwurf erwachſen ſollte, ſo werde er ſich zu vertheidigen wiſſen und ſollte dies auch am Hofe zu Paris ſelbſt geſchehen müſſen. Mit dem Allianzprojekt habe es, was die Franzoſen betreffe, noch weite Wege. Richtig ſei es freilich, daß Frankreich vorlängſt von den kölniſchen Unirten zum Beitritt eingeladen worden wäre; er ſelbſt, Boineburg, wäre dazu gebraucht worden. Nachderhand aber hätte Frankreich, zweifelsohne um den mainzer Kurfürſten bei gutem Humor gegen ſich zu erhalten, nur mit ihm, nicht aber den Andren ſich einlaſſen wollen. Darüber ſei das Werk in's Stocken gerathen und „obwohl es bei der Anweſenheit der franzöſiſchen Geſandten dahier wieder etwas vorgekommen, ſo wäre es dennoch abermals ſtill geworden, daß ſeines Ermeſſens darauf Niemand Rechnung zu machen hätte.“ [1]

Daß Boineburg den bisherigen Verkehr mit den Franzoſen als durchaus harmlos hinzuſtellen ſuchte, läßt auch auf die Glaubwürdigkeit ſeiner Angabe über die Zurückhaltung Jener vom Allianzprojekte einen ſonderbaren Schein fallen. Es kam ihm vorläufig wohl darauf an, die Politik ſeines Herrn nur im Lichte ihres ireniſchen Heiligenſcheines als gänzlich unabhängig von den Beziehungen zu den auswärtigen Kronen ſtrahlen zu laſſen und ihr das Vertrauen der deutſchen Stände, zumal derer, die man zur Allianz geladen, zu ſichern. So beutete er die anſcheinend ungünſtige Lage ſeines Herrn zur Förderung des Lieblingsprojektes desſelben aus.

Und doch konnte die mainzer Politik dem Banne, welcher auf dem Werke um die Jahreswende lag, ſich ſelbſt nicht entziehen. Unter der allgemeinen Lähmung, der Spannung aller Verhältniſſe gegenüber, litt auch ſchließlich der lebhafte Thatendrang Boineburg's. Und da trotz

[1] Bericht Otto's vom 19. (29.) December. — Hannover.

ſeines wiederholten Drängens Braunſchweiger wie Heſſen es entſchieden ablehnten, einſeitig ohne Schweden und Brandenburg das Bündniß einzugehen, kam auch er mit ihnen überein, vorderhand beim Allianzwerk nichts zu übereilen, aber doch wenigſtens mittlerweile beiſammen zu bleiben und der Gelegenheit weiter abzuwarten.[1]

29.

Sonderangelegenheiten der kölniſchen Ligiſten. Verlängerung des kölniſchen Bundes auf drei weitere Jahre.

Noch beſtand trotz aller Erweiterungspläne der alte Bund der Rheiniſchen zu vollem Recht. Die frankfurter Konvention hatte den Ablaufstermin auf den 15. December 1658 feſtgeſetzt. Freilich hatten mittlerweile die Vorausſetzungen und Ziele ſich geändert. Zwar die Unruhen in den Weſtmarken, zumal im Bisthum Lüttich wollten nimmer enden. Noch im Februar 1658 ließen Max Heinrich von Köln und in ſeinem Intereſſe die Alliirten zu Tirlemont mit den Spaniern verhandeln, obſchon ohne Erfolg.[2] Aber immer geringer wurde die Theilnahme der übrigen Alliirten für dieſe Dinge. Sie hatten ſich allgemach an dieſes

---

[1] Bericht Otto's vom 19. (29.) December. — Hannover. Am 27. December äußerte Boineburg, der Kurfürſt rechne mit Sicherheit auf den Abſchluß mit Braunſchweig und Heſſen, die Sachen zwiſchen Brandenburg und Schweden ließen nun wie ſie wollten. Otto bemerkte: wenn dies den Sinn habe, als ſollte man ſchließen, ohne auf Schweden und Brandenburg zu warten, ſo würde dies nicht angehen, da man dieſe Beiden damit auf's ſchwerſte beleidigen würde. Auch Heſſen ſei hierzu nimmermehr geneigt. Wenn es aber ſo gemeint wäre, daß Braunſchweig und Heſſen beitreten ſollten, obſchon auch Schweden und Brandenburg zuſammen oder eins von ihnen zurückträten, ſo ſei dies noch eine Sache näherer Erwägung, über die erſt der Fürſten Anſicht zu vernehmen ſein würde, die aber bei jetziger Bewandtniß im Reich auch wohl kaum rathſam befunden werden möchte.

[2] Der Kurfürſt von Köln aus Lüttich am 1. März 1658 an ſeine Geſandten in Frankfurt: Bei dem ſchlechten Fortgang der Verhandlungen zu Tirlemont ſollen ſie die Nothdurft bei der kaiſerlichen Wahlkapitulation beobachten und dem ſpaniſchen Botſchafter Grafen Peneranda „den Unfug der ſpaniſchen Miniſter beſtens remonſtriren und denſelben dahin erſuchen, daß er ſeinem König ſelbſt zur Remedirung zuſchreiben wolle. Unterdeſſen nun ſehen wir nicht, wie die von den geſamten alliirten Kur- und Fürſten vorgeſchlagene Media ſeitens der Spaniſchen verworfen werden können." — Düſſeldorf.

leidige Verhältniß gewöhnen gelernt und hofften an der Wahlkapitulation des künftigen Kaisers den besten Hemmschuh für das unselige Gebahren der Spanier zu gewinnen. Schon in diesem Sinne ward auch eine Anlehnung an die Krone Frankreich von Einigen als Bedürfniß empfunden. Größere Gefahren aber lagen auf ganz anderer Seite. In Spannung richteten sich Aller Blicke auf das Ergebniß des Wahlkampfes und die dadurch bedingte Gestaltung der Beziehungen des Reiches zu den auswärtigen Mächten Frankreich und Schweden sowie die Verwirrung da unten im Nordosten, wo ein großer Entscheidungskampf zwischen Schweden und Oesterreich-Polen-Brandenburg aus der dänischen Unruhe sich zu entwickeln schien. Diese Fragen verquickten nach und nach sich mit dem neuen großen Allianzprojekt des Kurfürsten von Mainz in bedenklicher Weise. Kleiner und kleinlich waren die Interessen, welche einen oder den andern Genossen der alten Liga veranlaßten, gerade auf diese noch zurückzugreifen. So hatte ein ungetreuer Beamter des Pfalzgrafen von Neuburg sich der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung durch die Flucht nach Maestricht entzogen, wo er sich unter dem Schutze der General-Staaten ruhig niedergelassen und durch einen Hauskauf ansässig gemacht hatte. Als der Pfalzgraf um Auslieferung ersuchte, drohten die Staaten, anstatt zu willfahren, daß sie im Falle gewaltthätigen Vorgehens gegen den Beschuldigten in den jülichschen Landen Repressalien üben würden. Sofort brachte Philipp Wilhelm die Sache vor die Alliirten, welche in einer Sitzung am 2. Januar 1658 ein Abmahnungschreiben im Interesse ihres Genossen an die Staaten vereinbarten. Auch nahmen sie sich vor, die Angelegenheit als schätzenswerthes Material für die Wahlkapitulation dem Kurfürstenkolleg zu unterbreiten.[1] Erst Anfang Februar scheint das Abmahnungschreiben nach dem Haag befördert worden zu sein.[2] Von einem Erfolge verlautet nichts.

Die Holländer waren wenig bequeme Nachbaren, wie die Erfahrung im vergangenen Sommer beim münsterischen Kriege gelehrt hatte. Und noch standen die staatischen Völker in und bei Burgsteinfurt, die wachsamen Augen auf die Verhältnisse im Bisthum Münster gerichtet. Daß sie unter Umständen gern bereit sein würden, dem Bischof oder auch dessen Waffengefährten einen Schaden anzuthun, der Gedanke konnte nur nahe liegen. Von diesem Gefühle geleitet, hielt es der Pfalzgraf für gerathen, das alte Band der kölnischen Liga wieder straffer anzu-

[1] Protokoll vom 2. Januar 1658. — Münster.

[2] Abschrift ohne Datum in Münster. Bisping theilte dieselbe am 10. Februar dem Bischof mit.

ziehen, und zwar durch die Prolongation derselben. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf eine solche Maßnahme zunächst bei dem Kurfürsten von Mainz.[1] Der Gedanke selbst war gar nicht unpolitisch. Die Verhandlungen um die erweiterte Allianz stockten in diesen Tagen vollständig und im seitherigen Verlaufe derselben hatten sich die Beziehungen der alten Genossen untereinander einigermaßen gelockert, daß es also einer sichtbaren Auffrischung gewiß sich verlohnte, schon um den Eingeladenen gegenüber eine Solidarität kundzuthun, welche auf das Verhältniß zu ihnen nicht ohne Einfluß zugunsten der Grundpartei bleiben konnte. Der Kurfürst von Mainz schien anfangs nicht eben geneigt, auf diesen Gedanken einzugehen. Für ihn war der erweiterte Bund eine Herzens- und Ehrensache geworden und die alte Liga hatte er von vornherein nur als eine Vorstufe zu der geplanten Universalverfassung ohne besondere Wärme betrachtet; daher erschien ihm die Prolongation eine überflüssige Sache. „Eines müsse mit dem andern gehen" war alles, was er Gise zu hören gab, als dieser im Auftrage des Pfalzgrafen rieth, anstatt die Erweiterung bei dem Zögern der Eingeladenen ferner noch so lebhaft zu betreiben, doch lieber die Prolongation der alten Liga in's Werk zu richten.[2]

Dagegen war der Bischof von Münster für diesen Plan mit Begeisterung beseelt. Der Vertrag zur Geist vom 20. October 1657 hatte die schwierige Lage der inneren Verhältnisse im Hochstifte Münster noch keineswegs zur Genüge geklärt. Es war, um mit einem Anderen zu reden, weder ein unbedingter Sieg auf der einen, des Bischofs, Seite noch unbedingte Unterwerfung auf der andren. Ja, die Stadt Münster empfand die Beschränkung des Besatzungsrechtes des Bischofs im Zusammenhang mit dem an den General-Staaten gewonnenen Rückhalt immerhin als einen halben Erfolg. Auch die Ritterschaft des Landes hatte über den autokratisch gesinnten Landesfürsten einen Triumph davongetragen, da nur durch ihr Einschreiten der Vergleich mit der Stadt

[1] Pfalzgraf an Boineburg am 13. Februar 1658: Hoffe auch, des Herrn Kurfürsten Liebden werden das Werk also disponiren, daß bei diesem gefährlichen statu Derjenige seine Sicherheit haben und finden möge, welcher also völlig ihre consilia sekundirt hat, wie Niemand als dem Herrn selbsten am besten bekannt ist; und wäre solchem nach m. E. nit unrathsam, unsere allbereits stehende, aber allgemach zum termino laufende Allianz je eher je besser zu prolongiren, damit diejenige, so selbige zu trennen suchen, sich nit kitzlen mögen. Kann man dann nach deren unserseits festgestellter Prolongation Mehrere hinzubringen, so ist es desto besser, und habe ich gezeigt, daß ich etiam cum incommodo et periculo Euch Herren gefolgt bin, dahero ich auch hoffe, daß man jetzo auch mich in der Unsicherheit nicht wird stecken lassen. — Düsseldorf, Konzept.

[2] Bericht Gise's vom 21. Februar 1658. — Düsseldorf.

ermöglicht ward. Verstimmung und Erbitterung hüben und drüben. Und als Folge des gewaltthätigen Verfahrens des Bischofs und seiner Alliirten gegen die Stadt war ein Mißtrauen zurückgeblieben, welches den Zustand im Bisthum zu einem höchst unerquicklichen gestaltete. Um nun das Einschreiten der Ligisten für alle künftigen Fälle zu vereiteln, besannen die Landstände sich auf eine alte Satzung des Landes, deren Wiederbelebung einerseits ein Mißtrauensvotum gegen den Bischof bedeutete und andererseits das weitere Verharren desselben in der kölnischen Allianz unmöglich machen sollte. Man zog nämlich das alte Landprivilegium des Bischofs Johann v. Hoya vom 6. April 1570 hervor, welches den Landesherrn verpflichtete, ohne Bewilligung des Domkapitels und andrer seiner Landstände keinen Krieg, Fehde noch Verbündniß mit Jemand anzufangen oder einzugehen. Aufgrund dieser Bestimmung stellten nun die Stände auf dem im December 1657 gehaltenen Landtage an den Bischof die Forderung, daß er der kölnischen Liga gänzlich entsage und in dergleichen Verbindung sich überhaupt nicht weiter ohne Befragen der Landstände einlassen solle. Daneben begehrten sie, daß er zu des Landes Schutze nicht mehr als 600 Mann stehender Truppen auf den Beinen halten und, was zur Zeit darüber hinaus vorhanden, entlassen möge. Christoph Bernard schäumte auf. Sich dermaßen die Hände binden zu lassen, war mit nichten seines Sinnes. Auch widersprachen die Forderung des Aufgebens der Liga und die Beschränkung des freien Rechtes, Bündnisse nach eigenem Ermessen zu schließen, dem Artikel 8 des westphälischen Friedensinstrumentes, welcher den Reichsfürsten das Recht zum Eingehen selbständiger Bundesverträge einräumte. Dadurch war jene Bestimmung des alten Landesprivilegs staatsrechtlich hinfällig geworden, die Landstände befanden sich also thatsächlich im Unrecht.

In seiner Verlegenheit wandte der Bischof zunächst sich an den Kurfürsten von Mainz. Noch im December 1657 überreichte diesem Bisping einen schriftlichen Bericht über die unangenehme Sachlage im Fürstenthum Münster. Am 2. Januar 1658 brachte ihn das mainzische Direktorium im Allianzrath der Ligisten zur Sprache. Es kam dabei auch eine vom 7. December gezeichnete Klageschrift der Stadt Münster zur Verlesung. Mainz und Neuburg hatten dieselbe erhalten, während die Gesandten von Trier und Köln nicht angeben konnten, ob sie auch ihren Herren zugegangen wäre.[1] Mehl theilte auch die in sehr gemessener Form gehaltene Antwort Johann Philipps an die Stadt den Alliirten zum Muster für die ihrigen mit. Mit besonderer Wärme nahm

[1] Nirgends bei den Akten.

sich Kur-Köln des Bischofs an. Das sei doch eine höchst gefährliche Sache. Wenn die Landstände Gesetze vorschreiben sollten, sei es um die Souveränität geschehen. Werde doch ohne sie ohnehin schon auf Reichs- und Kreistagen nichts beschlossen. Und nun gar die Allianz. Die könne dadurch ganz über den Haufen gestoßen werden. Nichts dürfe man zugeben. Mainz hatte vorgeschlagen, des Bischofs Schreiben zu beantworten und im Namen der Allianz ein Abmahnungsschreiben an die Landstände, auch ein Interzessionsschreiben an die Reichsvikare zu richten. Demgemäß wurde beschlossen. Einen Vorschlag Neuburgs zu besonderer Beschickung der münsterischen Landstände von Bundeswegen nahmen Köln und Trier wenigstens ad referendum. Kur-Mainz versprach die bewußten Schreiben im Entwurfe demnächst vorzulegen.[1]

Zu einer Kundgebung den Landständen gegenüber kam es zunächst noch nicht. An die Stadt Münster aber ist gleich zu Anfang des neuen Jahres ein Abmahnungsschreiben gerichtet worden: doch vermißte Christoph Bernard darin die Bezugnahme auf die Verhandlungen mit den General-Staaten, wozu das Schreiben der Stadt an den Kurfürsten von Mainz selbst Anlaß gegeben haben würde.[2] Auch lag schon am 7. Januar das Schreiben des Mainzers an Bayern und Sachsen als Reichsvikare vor. Es schilderte die Lage im Bisthum Münster, suchte die Ungesetzmäßigkeit der Forderungen der Landstände darzuthun und stellte die Bitte, an diese sowohl wie den Bischof und besonders an die Stadt von Vikariatswegen die Verordnung zu erlassen, daß sie alles ruhig in dem gegenwärtigen Stande lassen und die Sache nach erfolgter Kaiserwahl zu rechtlichem Austrag bringen sollten, unter Androhung höchster Strafe für alle Thätlichkeiten und Neuerungen.[3] Der Kurfürst von Bayern hat auf dieses Schreiben geantwortet, daß er die Angelegenheit mit dem von Sachsen in Erwähnung nehmen werde, damit alle Ungelegenheit vermieden bleibe.[4]

Da man von dem neuburgischen Vorschlage wegen Beschickung der münsterischen Landstände endlich absah, gelangte auch noch zu Ende des Monats Januar ein Schreiben der Alliirten an dieselben zur Absendung.[5] Weil die Interzession der Reichsvikare wegen der Abgeneigtheit des Kur-

---

[1] Protokoll vom 2. Januar 1658. — Münster.

[2] Erlaß des Bischofs an Bisping vom 14. Januar. — Münster.

[3] Abschrift des Schreibens vom 7. Januar. — Münster.

[4] Schreiben an den Kurfürsten von Mainz vom 6. Februar. — Münster.

[5] Nicht bei den Akten. Auch hierin vermißt der Bischof die Abmahnung vor den von Jenen in Aussicht gestellten Herbeiziehung der Staaten. — Schreiben an Bisping vom 29. Januar. — Münster.

fürsten von Sachsen sich verzögerte,[1] die Landstände daher hartnäckig dem Bischof weiter zusetzten und die Hinausschaffung der in die Stadt Münster gelegten Garnison verlangten, ja die Abdankung der Mehrzahl seiner Völker ihm ansannen, brachte Johann Philipp die Angelegenheit am 1. März nochmals vor die Alliirten. Am 27. Februar war anstelle des abberufenen Bisping der Domkustos Matthias Korff gen. Schmising als Vertreter des Bischofs eingetroffen. Mit beweglichen Worten schilderte er in der Sitzung vom 1. März die bedrängte Lage seines Herrn. Das schlimmste, versicherte er, sei doch, daß die Stände das freie Recht zum Abschluß von Bündnissen bestritten und mit der Anrufung der holländischen Hülfe drohten. Wenn es zur Einmischung der Staaten komme, werde der Bischof die Allianz zu requiriren genöthigt sein. Wozu denn die Genossen seinem Herrn riethen? Er wolle ganz nach ihrem Gutdünken handeln, hoffe aber nicht, im Stiche gelassen zu werden. Er bat um eine scharfe Note an die Stände, desgleichen um ein Schreiben an den Bischof selbst mit der Aufforderung, daß er bei Andauer der Gefahr im Reich sich bei seiner Soldateska erhalte und die dazu nöthigen Unterhaltsmittel durch Exekutionen beitreibe, die Garnison auch nicht aus der Stadt Münster herausziehe, und mit dem Versprechen der Hülfe von Allianz wegen im Falle einer Einmischung der General-Staaten. Auch ein Schreiben an die letzteren selbst werde der Sache am ehesten einen Anstand gewähren. Sehr mit Nachdruck gab Schmising am Schlusse zu vernehmen: Sollte der Bischof wider Verhoffen von den Bundesgenossen hülf- und trostlos gelassen werden, so würde er zum Präjudiz aller Fürsten den Landständen weichen oder zur Gefahr aller Nachbaren andre Pläne zum äußersten ergreifen müssen. Wohinaus die letztere Drohung zielte, sollte bald klar werden.

Alle, die es mit angehört, äußerten ihren Unwillen über das anmaßliche Verfahren der Landstände, welches nicht nur dem Bischof, sondern auch allen andern Fürsten in den Augapfel greife. Neuburg wußte zu berichten, wie noch heute die an die Niederlande grenzenden Lande die Folgen der holländischen Einmischung im vergangenen Herbste empfänden. Und wenn auch der Trierer Metternich einen kurzen Aufschub zu erlangen versuchte, so fiel doch der allseitige Beschluß, mit möglichster Eile die von Münster beantragten Schreiben zu befördern.[2]

Persönlich aber gab der Kurfürst von Mainz bei der Begrüßungsaudienz dem Herrn v. Schmising zu vernehmen: Man habe darin

[1] Schmising berichtet am 3. März 1658, daß der Kurfürst von Mainz geäußert habe, Sachsen sei abgeneigt, Bayern willig. — Münster.

[2] Protokoll vom 1. März. — Münster. Das Düsseldorfer Protokoll mit dem irrthümlichen Datum des 9. März.

gesündigt, daß man die Allianzverhandlungen nicht nach seinem Wunsche gehörig mitbefördert habe. Wenn man gleich von vornherein für Aufnahme Schwedens gestimmt haben würde, dürften die Staaten ihre Finger wohl aus dem Spiele gelassen haben. Noch sei es auch jetzt das heilsamste Mittel und keine Zeit mehr zu verlieren. Uebrigens rieth auch er zu Gewalt und mannhafter Abwehr solcher Unbotmäßigkeit, der Bischof solle nur lustig Exekutionen anordnen, sich ein gutes Heer schaffen und in keiner Weise nachgeben. Leider sei zur Zeit die Allianz noch nicht „in der Aestime," daß sie bei den Holländern etwas erreichen könnte. Wenn sie verstärkt würde, sollten diese mit ihrer Garantie wohl einhalten.[1] So schien die Verlegenheit des Bischofs dem Kurfürsten beinahe wie erwünscht zu kommen, da er durch sie auf die Stimmung des Zaudernden für lebhafteres Betreiben der Erweiterung des Allianzwerkes zu wirken Gelegenheit fand.

Am 15. März stand auf der Tagesordnung des Allianzrathes die Beschlußfassung über zwei im Interesse des Bischofs entworfene Schreiben der Alliirten. Das eine forderte die General-Staaten auf, alle Hülfegesuche der Stadt Münster geradewegs abzuweisen und sich nicht in Angelegenheiten des Reiches, zumal während dieselben am kaiserlichen Hofgerichte schwebten, zu mischen, wie ja auch das Reich sich gegen sie eines gleichen enthalte. Gleich als ob die Herren Rheinischen das Reich allein verträten.[2] Das andere Schreiben ist an den Bischof gerichtet zum Gebrauch den Landständen gegenüber. Es mahnt zu fester Ausdauer bei den Maßregeln, welche die Stadt Münster und die mit ihr verbundenen Mitglieder der Ritterschaft so hartnäckig und freventlich verbieten wollen, und sichert ihm für den Fall weiteren Widerstandes und der Ausführung der ausgestoßenen Drohungen, zumal wenn man die General-Staaten herbeirufe, kräftige Bundeshülfe zu.[3]

[1] Bericht Schmisings vom 3. März 1658. Wiederholt kam der Kurfürst auf diese Anschauungen zurück. Bericht Schmisings vom 6. März. — Münster. Auf die Bitte Schmisings, daß der Kurfürst dafür sorgen möge, damit Bestimmungen zum Schutze gegen die widerhaarigen Landstände mit in die Wahlkapitulation gebracht würden, konnte und wollte dieser keine bindende Zusage ertheilen; er meinte, man müsse für sich selbst Mittel haben, damit man sich schützen könne, denn mit der Kapitulation könne es ergehen, wie mit dem Friedensinstrument, den Reichstagsabschieden und andern Reichskonstitutionen. Ein ander Mal stellte Johann Philipp ein Hülfskorps von 2—3000 Mann in Aussicht. Wenn die Allianz, die man vorhabe, zustande käme, würde gar kein Abgang an Mitteln zu besorgen sein. — Bericht vom 7. März. — Münster.

[2] Abschrift mit dem Datum des Diktates 13. März. — Münster. Die Ausfertigung selbst wurde vom 15. März datirt, wie aus Tücking und ab Alpen IV, 393 ersichtlich ist.

[3] Abschrift in Münster.

Mehl legte diese Schriftstücke Schmising vor und hatte im Namen der Alliirten hinzuzufügen, daß freilich leicht in Zweifel gezogen werden könnte, ob die Allianz sich auf den vorliegenden Fall erstrecke und demnach wirklich die uneingeschränkte Hülfeleistung erfolgen müßte. Indessen wolle man die Schreiben abgehen lassen, wie sie vorlägen; zweifele auch nicht, daß die Prinzipale dieser Assistenz sich nicht entziehen würden. Auf alle Fälle aber müsse der letzteren Gutheißen eingeholt werden. Mehl fügte zugleich in seines Herrn Namen hinzu, daß dieser wenigstens erachte, daß man schuldig sei, dem Bischof sowohl auf dem Rechtswege als mit den Waffen Beistand zu leisten. Doch, fuhr er fort, versähen die Alliirten sich zu ihm, daß er sich zunächst mit den allerglimpflichsten Mitteln von selbst manuteniren und, bevor er zum äußersten schreite, mit den Alliirten sich über einen gütlichen Austrag in's Einvernehmen setzen werde. Der trierische Kanzler Anethan hielt es für angemessen, zu versichern, daß sein Herr, wenn er selbst hier zur Stelle wäre, gleiche Erklärung abgeben würde, wie der Kurfürst von Mainz durch seinen Vertreter. Weil er aber deswegen keine Weisungen habe, würde man seine Erinnerungen — denn er sei es, der sie vorgebracht — im unbesten nicht vermerken können. Schweigend saßen die Andern.[1]

Der Bischof hatte nur einen halben Erfolg zu rühmen. Welcher Nutzen war von den erwirkten Interzessionen zu erwarten, wenn so geringe Aussichten auf wirkliche Hülfeleistung vorhanden waren? Auffeiten der Protestanten schien fast besserer Wille zu einer solchen obzuwalten. Haus Braunschweig wenigstens ließ infolge besonderer Abschickung des Bischofs an die Herzöge den Gesandten in Frankfurt die Weisung zugehen, daß sie, weil das Unterfangen der Landstände eine Sache von nachdenklichen Konsequenzen sei, der man billig nicht nachsehen dürfe, bei Wiederaufnahme der Verhandlungen um die Allianz dahin sehen sollten, damit dieser Punkt insgemein gar wohl, wenn auch behutsam, verwahrt werde, damit in solchen Fällen Keiner verlassen stehe; freilich dürfe auch kein Anlaß zu Vorgängen gegeben werden, wie man sie im

[1] Berichte Schmisings vom 15. und 17. März. — Münster. Protokoll in Düsseldorf mit dem falschen Datum des 18. März. Noch am 15. wurden die Schreiben mundirt und vom Kurfürsten von Mainz vollzogen. Von Münster aus sollte Christoph Bernard die Note an die Staaten dem Agenten Hessingh im Haag zusenden, damit er sie den Adressaten zustelle. Am 16. März schickte Schmising beide Schreiben zur Ausfertigung durch die Prinzipale auf die Rundreise, zunächst an den Kurfürsten von Trier. Am 23. März sendet sie der Pfalzgraf nach Münster. Am 26. ging das Schreiben nach dem Haag an Hessingh ab. Dem Bischof war es nicht scharf genug. — Münster.

vergangenen Herbst vor Münster gesehen.[1] Aufgrund der kölnischen Allianz, welche ausdrücklich die inneren Empörungen mit unter die Assistenzfälle rechnet, war Christoph Bernard völlig befugt, die thatsächliche Hülfe zu fordern. Nun wollte man ihm dieselbe aus Besorgniß vor den Holländern verkümmern und verklausuliren. Das Verhalten Triers wie das auffallende Stillschweigen der Uebrigen in der Sitzung vom 15. März mußten den Bischof verletzen. Um wie viel mehr aber noch die Erklärung Fürstenbergs, daß der Kurfürst von Köln vermöge der Reichssatzungen und, wenn es sonst die Billigkeit erheische, dem Bischof in allem an die Hand gehen wolle, aufgrund der Allianz aber, weil sie mit dem vergangenen Jahre bereits erloschen sei, zur Assistenz ganz und gar nicht verbunden sein wolle. Ja der Kurfürst ließ mit scharfen Worten die zur Belagerung der Stadt Münster hergeliehenen Geschütze nebst Munition und andern Requisiten zurückfordern.[2]

War es nicht eine offenbare Täuschung, wenn man den Termin der Allianz entgegen der ausdrücklichen Bestimmung der frankfurter Konvention vom 11. August 1655 (Art. 3), welche den 15. December 1658 als Endtermin benennt, als bereits abgelaufen bezeichnete? Oder hatte etwa der kölnische Receß vom 31. März 1656 Wandelung geschaffen und vom Tage seines Abschlusses an nur zwei weitere Jahre für die Dauer angesetzt, so daß also mit März 1658 die Allianz wirklich als erloschen hätte betrachtet werden müssen? Eine Frage, deren Beantwortung schwierig ist, solange der kölnische Receß vom 31. März 1656 nicht vorliegt.[3]

Wie nun dem auch sei, ein Mangel an Bundesfreundschaft machte sich für den Bischof bei Köln nicht minder wie bei Trier bemerkbar. Damit schien das ganze, unter so vielen Mühen errichtete Gebäude der Allianz in's Wanken gerathen zu sein. Und an der neuen, erweiterten Allianz, um die man noch verhandelte, war dem Bischof wegen der Schweden

---

[1] Gesamtinstruktion vom 5. (15.) März. — Hannover. Dafür sollte dem Bischof bemerkbar gemacht werden, daß die Herzöge gern sehen würden, wenn er die bisher verhinderte Verfassung im westphälischen Kreise befördern und zumal den Neuburger Pfalzgrafen zu guten Gedanken bringen wollte, um so mehr, da Brandenburg hierauf vornehmlich dringe.

[2] Franz Egon von Fürstenberg an Korff-Schmising am 21. März: So thuet dieselbe (den Kurfürsten) nicht wenig disgustiren, das bis anhero nit allein gegen alles Versprechen und gebührende Parole die geringste Restitution noch nicht geschehen, sondern auch nicht eigentlich wissen können, ob sie damit einen Dank oder Undank verdient. Bewegliches Entschuldigungschreiben Schmisings vom 27. März. — Münster.

[3] Schmising selbst schreibt am 27. März dem Bischof: wasmaßen unsere zu Köln von neuem auf zwei Jahre renovirte Korrespondenz nach Verfließung derselben erlöschet.

wenig gelegen, obschon man Schmising gegenüber in Frankfurt hohen Ortes versicherte, daß, wenn man Schweden, besonders aber Frankreich um Assistenz gegen die Holländer ersuchen und ihnen den leisesten Wink dazu geben würde, dies das beste Rettungsmittel für den Bischof sein würde.[1] Dazu aber empfand der Bischof wohl die geringste Neigung. Ihm dämmerte wohl eine Vorstellung, wie innerhalb der projektirten größeren Allianz die Kleineren zu einer bloßen Gefolgschaft der fremden Kronen und des mainzer Kurfürsten herabgedrückt werden möchten und neigte er deshalb wohl zu der Anschauung, daß die Sache sich günstiger für ihn gestalten würde, wenn die kölnischen Verbündeten von 1654 als unzertheilte Masse in die neue Allianz hinübertreten dürften, unter welcher Voraussetzung man überhaupt in die Verhandlungen eingetreten war. In Anbetracht aller dieser Umstände hatte der Bischof Schmising die Weisung ertheilt, daß er in Uebereinstimmung mit der oben erwähnten Forderung des Pfalzgrafen bei den Genossen der alten Allianz um erneute Verlängerung derselben, unabhängig von den wegen der neuen Verbindung etwa zu fassenden Beschlüssen anhalten solle. Der Domkustos entledigte sich dieser Aufgabe mit Fleiß und gutem Erfolg durch Vermittelung des kur-mainzischen Raths Blum beim Kurfürsten Johann Philipp.[2] Schmising frohlockte: Nun würden auch bald von den Alliirten leicht die begehrten Völker zu erhalten sein; besonders an des Pfalzgrafen Willen sei nicht zu zweifeln, ein Handbrieflein an diesen werde sich bezahlt machen.[3]

Der Kurfürst von Mainz hatte in dieser Angelegenheit auf den 6. April eine Sitzung der ligistischen Vertreter berufen. Hier ersuchte sein Kanzler Mehl unter Hinweis darauf, daß schon vor zwei Monaten der Plan einer Prolongation aufgetaucht sei und deshalb wohl alle Betheiligten mit Weisung versehen sein würden, um Abstimmung über diese Frage. Einhellig ergab sich die Geneigtheit zur Verlängerung des Bundesvertrages. Ja, Köln und Mainz erklärten, daß es ihren Herren einerlei sei, ob drei oder sechs weitere Jahre gesetzt würden. Köln verlangte noch, daß die vereinbarte Kriegsmacht nicht bloß auf dem Papier stehen solle, und glaubte, bei dieser Angelegenheit vor allem Anlaß zu Mißverständnissen bei den auswärtigen Kronen warnen zu müssen. Münster allein brachte positive Vorschläge herbei und verlangte die Aufstellung

[1] Bericht Schmising's an den Bischof vom 20. März 1658. — Münster. Schmising versagte dieser Anschauung, wohl des Mainzers, seinen Beifall nicht und rieth seinem Herrn zwischen Frankreich, Schweden und der Allianz oder Oesterreich, Polen und Brandenburg die erste Partei zu wählen.

[2] Bericht und Aktennotiz vom 27. bezw. 28. März. — Münster.

[3] Bericht Schmising's vom 31. März. — Münster.

eines Duplums der alten Kontingente und die Anhaltung der widerspenstigen Unterthanen zur Leistung der Gebühr von Allianz wegen. Keiner gab darauf eine bestimmte Zusage, nur Mehl wegen Mainz allein hinsichtlich des Duplums.[1]

Das Ergebniß dieser Sitzung war der Prolongationsreceß vom 6. April 1658.[2] Er ist kurz und bündig gefaßt und erklärt bei gegenwärtig je länger je mehr sich zeigenden Gefährnissen die alte Defensivallianz „auf die Maß und Weise, wie dieselbe anfänglich aufgerichtet und nachderhand mit nützlichem Zusatz erläutert, verbessert und gemehrt worden," unverändert auf weitere drei Jahre für verlängert. Jeder Verbündete müsse sein früher bewilligtes Quantum allezeit effektiv auf den Beinen halten, damit er auf jeden generell oder speziell vorgesehenen Defensionsfall und besonders, wenn eines oder des andern Alliirten Unterthanen und Landsassen solcher Allianz sich zu widersetzen und den Unterhalt der dazu nöthigen Miliz halsstarrig zu verweigern oder sich wider ihre von Gott vorgesetzte Obrigkeit an fremder Potentaten Protektion zu henken und sich sonst den Reichssatzungen u. s. w. zuwider gegen ihren Landesfürsten aufzulehnen sich gelüsten lassen würden, mit der versprochenen Mannschaft in simplo oder mit mehr ohne Verzug kräftig zuhülfe kommen möge.

Schmising meldete dies hohe Glück, das die Oesterreicher auf alle Weise zu verhindern gesucht hätten, unverzüglich seinem Herrn. Besondere Schwierigkeiten wollte er bei Kur-Trier gefunden haben. Wenn man ihm Glauben schenken kann — und zu einem entgegengesetzten gibt er keinen Anlaß — tauchte unter den also auf's neue vereinten Ligisten der Gedanke auf, nach Ausfertigung dieses Prolongationsrecesses ihn den Invitirten mit der Anfrage vorzulegen, ob sie darauf mit ihnen zu schließen Lust hätten. Eine Idee von erstaunlicher Naivetät.[3]

Nachdem von allen Seiten die Einwilligung der Prinzipale erfolgt,[4]

---

[1] Protokoll vom 6. April 1658. — Düsseldorf.

[2] Abschriften in Düsseldorf und Münster. Daß darin die alte Allianz zwischen drei geistlichen Kurfürsten, Münster und Neuburg als im Jahre 1651 aufgerichtet genannt wird, ist entweder eine falsche Anwendung auf den kur-rheinischen Receß oder ein Schreibfehler. Ein von Münster vorgeschlagener Zusatz erwähnt eine vorherige Prorogation auf drei Jahre, was uns auf die Frankfurter Konvention von 1655 zurückführt, wozu aber wiederum nicht der Zusatz paßt, „welche (drei Jahre) nun auch sind verflossen." Letzteres stimmt auch nicht mit dem kölnischen Receß vom 31. März 1656. Ein Beweis für die Begriffsverwirrung der Allianzräthe, wenigstens Schmising's, hinsichtlich des Termines der alten Allianz.

[3] Undatirter, doch wie aus näheren Angaben hervorgeht, noch am 6. April gefertigter Bericht Schmising's. — Münster.

[4] Die Zustimmung des Pfalzgrafen ist vom 10. April. — Düsseldorf.

wurde der Receß am 17. April vollzogen. Am 12. Mai hat man ihn mit ganz unweſentlichen Zuſätzen neu aufgeſetzt und erſt am Ende dieſes Monats an die einzelnen Höfe der Betheiligten, ſoweit dieſelben nicht perſönlich in Frankfurt weilten, zur Ratifikation eingeſendet.[1]

30.

Die Franzoſen.

Wir ſahen, wie ſehr ſich um das Ende des Jahres 1657 das Freundſchaftsband zwiſchen dem Kurfürſten von Mainz und den Geſandten der Krone Frankreich gelockert hatte, als letzteren die Gewißheit aufdämmerte, daß keiner der Kandidaten des Kardinals Mazarin die Kaiſerkrone erlangen würde und all das ſchöne Geld vergeblich geopfert wäre. Von der Kandidatur des Pfalzgrafen ſprach ſchon kein Menſch mehr im Ernſt. Auch der Kurfürſt von Bayern beharrte bei ſeiner ablehnenden Haltung. Der Herzog von Gramont hatte in München nichts auszurichten vermocht. Schon die Aufnahme, die er daſelbſt gefunden, hätte ihn ahnen laſſen können, daß es alſo ſein würde. Graf Kurtz hatte ſich krank geſtellt, nur um mit dem Franzoſen nicht in Berührung zu kommen. Als trotzdem mehrfache Konferenzen abgehalten wurden, vermochte der Marſchall die gutöſterreichiſche Geſinnung der Bayern nicht niederzukämpfen; geſchlagen und darob verſtimmt kehrte er nach Frankfurt zurück. Die Stimmen von Bayern, Sachſen und Brandenburg konnten zu Anfang des Jahres 1658 als völlig ſicher für König Leopold von Ungarn gelten. Und zu ihnen geſellte ſich diejenige des Kurfürſten von Trier, um die Majorität feſtzuſtellen. Seine Erklärung, daß er erſt nach unbedingter Zuſage des Kurfürſten von Bayern dieſem ſeine Stimme geben werde, war eine leere Ausflucht; er wußte wohl von den Oeſterreichern, in deren Lager er längſt übergegangen, daß Ferdinand Maria bei ſeiner Weigerung verbleiben werde. Gravel reiſte noch Anfang Januar bei den rheiniſchen Kurfürſten werbend und lockend

[1] Bericht Schmiſing's und Giſe's vom 12. Mai 1658. — Münſter und Düſſeldorf. Am 26. Mai überſendet Schmiſing die von den in Frankfurt anweſenden drei geiſtlichen Kurfürſten vollzogenen fünf Exemplare dem Biſchof mit der Bitte, ſie nach Ausfertigung dem Pfalzgrafen zuzuſtellen, was am 31. Mai geſchah. Der Pfalzgraf vertheilte am 5. und 12. Juni die Exemplare unter die Genoſſen und behielt eins für ſich zurück. — Münſter und Düſſeldorf.

umher. Bei dem von Trier mußte wiederholt der neuburgische Kanzler Winkelhausen zugunsten der Franzosen das Wort führen. In den ersten Tagen des neuen Jahres hatte er zu Sinzig eine Zusammenkunft mit des Kurfürsten Bruder. Gravel hatte ihn von Bonn aus beschworen, sein möglichstes zu thun, damit Kur-Trier in der Schwebe gehalten werde und an Oesterreich sich nicht verpflichte. Vergebens. Oesterreichisches Gold dünkte dem Kurfürsten verlockender als französisches. Noch im selbigen Monat nahm er von Lobkowitz 12 000 Thaler und Kanzler Anethanus 6000.[1]

Da unter diesen Umständen dem Kurfürsten von Mainz die Klugheit gebot, in der Wahlfrage gute Miene zum bösen Spiele zu machen, steigerte sich der Unwille der französischen Gesandten gegen ihn von Tag zu Tage. Drohungen Lionnes wiederholten sich. Und immer lebhafter erhoben sich Gerüchte von starken Truppenansammlungen der Franzosen im Elsaß.[2] So begann man bereits besondere Befürchtungen für den mainzer Kurfürsten zu hegen. Er selbst mochte sich doch wohl selbst nicht ganz sicher wähnen: denn dunkel verlautet von einer Zusammenkunft, die er mit Karl Kaspar von Trier im Rheingau hatte, allwo, wie man vermeinte, über gemeinschaftliche Vertheidigungsmaßregeln gegen etwaige Feindseligkeiten der Franzosen berathen worden wäre.[3] In Frankfurt aber gaben die mainzer Herren sich den Anschein, als hätten derartige Gerüchte keinen Boden. Als Otto sich eine Anspielung auf dieselben gestattete, äußerte Boineburg, daß es wegen der Franzosen

---

[1] Bericht Winkelhausen's vom 1. Januar 1658. — Düsseldorf. Ad. Wolf, Lobkowitz S. 91. Valfrey S. 114.

[2] Bericht Otto's vom 22. December 1657 (1. Januar 1658). — Hannover: Lionne hat sich gegen uns vernehmen lassen, wenn der König von Ungarn mit 5 oder 10 000 Mann gegen Schweden oder Frankreich losgehe, werde man ihm mit 20 oder 30 000 begegnen. Es wird für gewiß ausgegeben, daß schon etliche französische Regimenter im Elsaß angekommen, zwei Regimenter sollen in Hagenau sein und soll dort eine große Armee unter Befehl Gramonts, dessen General-Lieutenant Herzog Ulrich von Württemberg sein soll, zusammengezogen werden. — Snoilsky erzählte Otto, die Franzosen rückten heran, schon ständen sieben Regimenter im Elsaß, wo der Fürst von Salm eine ansehnliche Armee formire. Volmar dagegen meinte, es sei nicht so schlimm, im Elsaß stehe nur ein Regiment z. F. und 300 Reiter, die der Landgraf von Hessen-Homburg geworben. Frankreich habe zuviel in seinem Innern zu thun und gegen Cromwell auf der Hut zu sein. Bericht Otto's vom 26. December 1657 (5. Januar 1658). — Hannover. Auch Bisping meldete: Die Franzosen verstärken sich sehr im Elsaß, zu welchem End, ist leicht abzunehmen. Und ein ander Mal: Kur-Pfalz solle willens sein, den Franzosen Frankenthal bei Worms einzuräumen, worüber man in Paris verhandle. Bericht vom 13. und 20. Januar 1658. — Münster.

[3] Bericht Bisping's vom 13. Januar. — Münster.

gar keine Gefahr und dies alles nichts zu bedeuten habe; der Kurfürst hätte sie nicht beleidigt und niemals sei man mit ihnen mehr befreundet gewesen; sie hätten sich selbst in ihrem eignen Reiche vorzusehen.[1] Daß jedoch die üble Stimmung der Franzosen ihres Eindruckes auf die Mainzer nicht ganz verfehlte, beweist das wiederholte lebhafte Drängen Boineburgs bei den Braunschweigern und Hessen um Wiederaufnahme der gänzlich stockenden Allianzverhandlungen, und zwar ohne Brandenburg und Schweden. Aber auch den Franzosen gegenüber diente ihnen eben gerade der Hinweis auf dieses Allianzprojekt als Mittel zur Anbahnung freundlicherer Beziehungen. Obschon diese Herren vorerst wenig davon hören wollten. Es gebe nun, sagten sie, nichts mehr, wobei sie sich beruhigen könnten, als Boineburg zu ihnen von Mitteln und Wegen sprach, die man zu ihrer künftigen Versicherung ja einschlagen könne, und dabei zweifellos auf die Wahlkapitulation und eben die Allianz hinwies. Durch die Hinneigung zu einer Wahl aus dem Hause Oesterreich, bemerkte Lionne, mache man sich zum Mitschuldigen der österreichischen Kontraventionen.[2] Hatte er etwa gar in Erfahrung gebracht, daß auf seine Drohungen der Kurfürst von Mainz den Oesterreichern mit der Erklärung, daß er zu ihnen seine Zuflucht nehme und dem Hause Oesterreich ergeben bleiben wolle, für 100 000 Thaler seine Stimme für König Leopold zur Verfügung gestellt und diesen selbst zu persönlichem Erscheinen in Frankfurt, damit er die böhmische Wahlstimme vertrete, eingeladen hatte?[3]

Schließlich aber vermied Johann Philipp dennoch durch die geschickte Verquickung der Wahlfrage mit dem Allianzprojekt alle Widerwärtigkeiten, deren er sich von den Franzosen — es bleibe dahin gestellt, in wie weit deren Drohungen ernstlich gemeint waren — zu befahren hatte. Allgemach verstand er es trotz alledem dem Marquis v. Lionne klar zu machen, daß die Allianz das beste Mittel sein werde, der Machtfülle eines österreichischen Kaisers Schranken zu ziehen und einer entsprechenden Wahlkapitulation festen Rückhalt zu geben. Als Lionne, hierauf eingehend, dem Kardinal berichtete, blieb dieser Gedanke nicht ohne Eindruck auf diesen. Es war doch immer noch viel, was man nach bei Bayern verlorenem Spiele noch erreichen zu können hoffen durfte. Am 17. Januar wies Mazarin den Botschafter Lionne an, daß er nunmehr mit größerem Ernst das Allianzprojekt in Angriff nehme.[4]

---

[1] Bericht Otto's vom 5. (15.) Januar. — Hannover.

[2] Bericht Otto's vom 29. December 1657 (8. Januar 1658). — Hannover.

[3] Ad. Wolf S. 92. Valfrey S. 112. Heide S. 43. Siehe auch Droysen III, 2, 286.

[4] Chéruel III, S. 112.

Am 15. Januar war Gramont aus München zurückgekehrt. Tags darauf erschien auch Kurfürst Johann Philipp wieder in Frankfurt, nachdem er die Weinachtsfesttage in Mainz verlebt. Am 19. luden sich bei ihm Gramont und Lionne selbst zur Tafel. Noch kamen sie mit sauren Mienen; es fielen heftige Beschwerdeworte gegen den Kurfürsten von Bayern. Zwei Tage darauf erschien mit jener Weisung an Lionne ein besonderer Abgesandter des Kardinals, sein Sekretär Rousseau. Dieser überbrachte ein höchst verbindliches Handschreiben seines Herrn an den Kurfürsten, welcher darin des vollkommensten Vertrauens versichert wurde, das der König Ludwig in ihn setze.[1] Und nun erfolgte die Aussöhnung, natürlich aufgrund von Abmachungen, welche, wie die Zukunft darthat, so günstig für die Pläne Frankreichs lauteten, wie trotz der eben erst mit großen Kosten bewerkstelligten Annäherung des Kurfürsten an das Haus Oesterreich ungünstig für dieses. Schon am 22. Januar wußte man in Frankfurt von der beiderseitigen Wiedernäherung.[2] Und bald erzählte der Schwede Björnklou mit freudiger Miene, daß die Franzosen jetzt von der Unschuld des Kurfürsten von Mainz und daß er nicht anders habe handeln können, überzeugt seien.[3] Die Versöhnung wurde durch ein Festbankett gefeiert, bei welchem Kurfürst Johann Philipp glückstrahlend dem Herzog v. Gramont zutrank mit den Worten: Kein Streit mehr unter Brüdern![4] Seit dieser Stunde war der Beitritt Frankreichs zum Rheinbunde oder, richtiger, die Gefolgschaft des Mainzers und seines Anhanges für Frankreich eine ausgemachte Sache.

Die Zeit, während welcher der mainzer Kurfürst mit den Franzosen auf gespanntem Fuße gestanden, hatten die Fürstenbergs trefflich dazu ausgenutzt, um das Vertrauen derselben, das Jener bisher in besonderem Grade besessen, für sich selbst und die kur-kölnische Politik zu erobern. Die Franzosen waren ihnen gern entgegengekommen. Franz Egon und sein Bruder Wilhelm, dessen Eigenschaften täglich mehr die Aufmerk-

---

[1] Chéruel III, S. 116, wo es auch heißt: Il est probable que Roussereau apportait à l'électeur et à ses confidents des preuves encore plus palpables de l'affection du cardinal.

[2] Bericht Otto's vom 12. (22.) Januar. — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 16. (26.) Januar. — Hannover.

[4] Non sit jurgium inter fratres. Chéruel III, S. 116. Otto berichtet am 19. (29.) Januar: Die Franzosen sind bei den kur-kölnischen Gesandten sowohl wie beim Kurfürsten von Mainz gastirt worden und scheint die Eintracht also wieder hergestellt zu sein. — Hannover. Vgl. auch Rommel, Geschichte von Hessen. IX, S. 242, Anm. 3. Heide S. 49 ff.

samkeit der Diplomatenwelt auf sich lenkten,[1] sah man im lebhaftesten Verkehre mit Gramont und Lionne. Sie sollen es vorzugsweise gewesen sein, welche die Forderungen der Krone Frankreich auf Sicherstellung ihrer Wünsche durch die Wahlkapitulation überall auf's thatkräftigste unterstützt haben[2] — natürlich nicht ohne die Gewährung oder wenigstens Zusicherung glänzender Gegenleistungen. Und nun nach der Aussöhnung gesellte sich von neuem Boineburg zu ihnen. Die geheimnißvollen Zusammenkünfte dieser Herren mit den Franzosen blieben freilich nicht verborgen.[3] Neben der Wahlsache wurde unter ihnen jedenfalls das Allianzprojekt besprochen. Björnklou, der mit der mainzer Kanzlei die beste Fühlung hatte und mit den Franzosen den lebhaftesten Verkehr pflegte, wußte den Gesandten Braunschweigs zu berichten, daß die Franzosen mit Mainz und Köln die Köpfe jetzt darum zusammensteckten, weil sie die vordem begonnenen, aber wieder in's Stocken gerathenen Allianzverhandlungen mit den Unirten wieder aufgenommen hätten. Das Projekt sei abgehandelt und schon an den König von Frankreich zur Ratifikation oder doch wenigstens zur Einholung seiner Resolution gewandert. Die Herren Franzosen, bemerkte hierzu der Schwede, würden in diesen Tagen den Braunschweigern zusprechen, um deren Meinung über diese Sache zu vernehmen.[4] Daraufhin nahm der hannöversche Gesandte Otto, sobald er Boineburg antraf, Gelegenheit, die Frage zu stellen, was an dem Gerüchte von diesen Verhandlungen mit

---

[1] Otto am 30. Januar (9. Februar) 1658: er wisse nicht genug zu rühmen, wie sehr sich Wilhelm's sonderliche Qualitäten, zumal seine Sprachkenntnisse täglich mehr hervorthäten. — Hannover.

[2] Bisping am 3. Februar 1658: Ein vornehmer kur-trierischer Minister hat mir heute zu verstehen gegeben, daß nur allein die beiden geistlichen Herren Grafen von Fürstenberg diejenigen seien, die hierin (sc. unerhörte Dinge in die Wahlkapitulation zugunsten der Franzosen zu bringen) den Franzosen allen Vorschub leisteten. — Münster.

[3] Otto am 30. Januar (9. Februar): Es ist nicht zu verschweigen, daß die französischen Ambassadeurs mit den kur-mainzischen und kölnischen Ministern, besonders Boineburg und den beiden Grafen Fürstenberg, fast täglich zusammenkommen und hinter Schloß und Riegel konsultiren, wovon bisher noch Niemand etwas hat erfahren können. — Hannover.

[4] Otto am 1. (11.) Februar. Er bemerkt dazu: Kur-Mainz, Köln und Andre, die mit ihnen (den Franzosen) einig, wollen daran einen stärkeren Rücken haben, futurum Imperatorem zur Raison zu bringen sowohl in obtinenda quam semel obtenta deinceps servanda capitulatione und also pro publica tranquillitate constituenda et retinenda. Wünschte nur, daß der Kurfürst von Mainz in Gegenwart des Königs von Ungarn (den man nunmehr in Frankfurt erwartete), seiner Minister und der Spanier hierin beständig bleiben und sich nicht schrecken oder irre machen lassen möchte. Lobkowitz und sein Kollege wären gute Herren und daher bislang deswegen nichts zu besorgen gewesen. — Hannover.

den Franzosen wahres sei. Boineburg gab die Thatsache zu und bemerkte, wenn das Haus Braunschweig zur Theilnahme geneigt sei, könne es gern hinzugezogen werden. Er gab ihm und seinen Kollegen anheim, dies nach Hause zu berichten und sich wenigstens zunächst ad audiendum anweisen zu lassen, worauf ihnen weitere Eröffnungen gemacht werden sollten.

Dies eben war den lüneburgischen Herren eine willkommene Aufforderung. Bei einer Hauskonferenz zu Celle hatte sich die Auffassung des Gesamtministeriums von der Stellung des Hauses Braunschweig der politischen Sachlage gegenüber folgendermaßen geäußert: Es gebe einen Haufen Parteien, die sich in den Haaren lägen und für deren eine man sich eben entscheiden müsse, wenn man sich dem Untergange nicht weihen wolle. Allen Unglückes Urheber seien die Spanier, während die Franzosen das Haus Braunschweig zu konserviren gedächten, wennschon nur darum, damit ihre Gegenpartei durch dasselbe sich nicht stärke. Die Dänen hätten ihre Absicht auf den Sund. Polen suche nichts als seine Libertät und bekümmere sich nicht um Andre und die Holländer sähen auf ihren Profit. Die Schweden aber wären gar gefährliche und verdächtige Freunde, welche gern des Hauses Macht in ihren Händen hätten, um ihre Grenzen zu erweitern und die Herrschaft über das baltische Meer zu behaupten. Es wären also allein nur die deutschen Staaten übrig, auf die man sehen müsse; die aber schwankten hin und her und wüßten nicht, was zu thun. Die Linien des Hauses müßten also unter sich selbst sich in Verfassung setzen, da man aber unter diesen Gefahren nicht stark genug, müsse man sich nach treuen Bundesgenossen umsehen. An Oesterreich, Polen oder Dänemark dürfe man dabei nicht denken, sondern sich an Diejenigen wenden, deren Interessen mit denen des Hauses im Reiche übereinstimmten, an die Mächtigsten, welche gute Gedanken führten. Dazu gehöre Brandenburg. Auch auf Frankreich habe man seine Augen zu schlagen wie auch auf — Schweden, trotz aller Gründe zum Mißtrauen gegen dieses. Denn ohne Frankreich und Schweden könne man eben nicht bestehen. Gute Freundschaft müsse man mit ihnen halten und ein neues Bündniß machen, worin sie mit begriffen, damit sie sähen, daß man es gut mit ihnen meine. Vorzugsweise aber sei auf Frankreich zu sehen, welches nicht zugeben könne, daß Braunschweig in der Schweden Hände gerathe, weil dadurch das Gleichgewicht im Reiche aufgehoben und die Schweden ihm zu stark werden und sich mit Oesterreich in's Reich theilen würden.[1]

---

[1] Protokoll der Hauskonferenz vom 8. (18.) Januar. — Hannover. Nicht erwähnt bei Köcher.

Demgemäß ging sodann den braunschweigischen Gesandten in Frankfurt die Gesamtweisung zu, daß sie in Anbetracht der aus mehrfachen Ursachen erwogenen Nothwendigkeit einer guten Vertraulichkeit mit der Krone Frankreich deren dortige Bevollmächtigte einer besonderen Zuneigung des Hauses Braunschweig zu dieser Krone und seines stetigen Absehens auf dieselbe versichern und dabei andeuten sollten, daß es den Herzögen nicht zuwider sein würde, solches Vertrauen fortzusetzen. Gerade mit voller Absicht wurde diese allgemeine Fassung gewählt, damit es nicht das Ansehen gewönne, als ob es auf eine Allianz gemeint wäre, d. h. man wollte sich zu dieser Allianz, die man von Herzen gern wünschte, suchen lassen.[1]

Kraft dieser Weisung hielten die Gesandten des Hauses Braunschweig-Lüneburg sich für ermächtigt, auf Boineburgs Eröffnung zu erklären, daß sie schon jetzt bereit wären, in Besprechungen über ein Allianzprojekt mit Frankreich einzutreten. Erfreut sagte der Obermarschall ausführlichere Kundschaft innerhalb der allernächsten Tage zu.[2]

Auch den hessischen Gesandten hatte Boineburg in den Plan einer näheren Verbindung mit Frankreich eingeweiht. Dörnberg gestand es den Braunschweigern und theilte ihnen mit, daß er schon Weisungen hierauf in Händen habe. Die Schweden hätten es erst erfahren, als schon das Projekt nach Frankreich abgefertigt gewesen wäre.[3] Daß Hessen zu den Franzosen hinneigte, konnte man schon aus der Art des Verkehres seiner Bevollmächtigten mit Gramont und Lionne erkennen. Am 18. Februar fand diesen zu Ehren eine ansehnliche Gasterei bei Dörnberg statt.[4]

Am 25. erschien Boineburg zur Einlösung seines Versprechens bei den Braunschweigern. Er begann mit großer Heimlichkeit und bat um Stillschweigen über alles, was er mittheilen werde, zugleich aber auch um Entschuldigung, daß er, eben weil die Sache zur Veröffentlichung noch nicht reif, nichts von dem bereits entworfenen Vertrage zur Kenntniß geben könne. Das ganze sei nur ein Defensivbündniß, womit man den Frieden und die Ruhe des Reiches wahren wolle. Der westphälische Friede werde dadurch befestigt werden und Jeder bei dem, was ihm kraft dessen zustehe, beschützt und gehandhabt, demnach auch die Garantie thatsächlich geleistet werden können. Der Bund solle nur die von Frank-

---

[1] Gesamtinstruktion vom 17. (27.) Januar. — Hannover. Köcher S. 242. Er übersieht, daß diese Instruktion 14 Tage vor jenen Eröffnungen Boineburg's erlassen wurde, als deren Folge er sie mit dem Wörtchen „hierauf" hinstellt.

[2] Bericht Otto's vom 9. (19.) Februar. — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 16. (26.) Februar. — Hannover.

[4] Bisping am 20. Februar 1658. — Münster.

reich durch diesen Frieden gewonnenen Lande aufnehmen und diese nur gegen Diejenigen schützen, welche Genossen des Friedens wären. Also, wenn z. B. Oesterreich aus Deutschland jene Länderstriche feindlich anfiele, würde der Assistenzfall eintreten, nicht aber, wenn Frankreich in den Niederlanden oder anderwärts als im Elsaß angegriffen werden sollte, und ebensowenig wenn es selbst gegen Oesterreich in Deutschland Feindseligkeiten eröffnete oder wenn Spanien, kein Genosse des westphälischen Friedens, die Franzosen im Elsaß beunruhigte. Die Alliirten sollten einander mit Rath und That beistehen, auf Reichstagen in den höheren Kollegien die Mehrheit bilden und, wenn irgendwer dem Friedensschluß sich ungemäß erzeigen würde, demselben nach dem § Veruntamen des Friedensinstrumentes gesamterhand Einhalt thun. Schon vor zwei Jahren wäre diese Sache unter ihnen auf dem Tapet gewesen, dann aber des Kaisers Tod dazwischen gekommen, da man dann gehofft, diesen Zweck durch andre Mittel zu erreichen. Sie hätten aber zu einem solchen Grundmittel nicht gelangen können. Sie würden allenthalben, zumal von den evangelischen Kurfürsten daran gehindert, daß also kein ander Mittel übrig bliebe. Köln und Neuburg wären damit einig, theilweise auch Trier und wäre die Sache bereits so weit gediehen, daß sie, wenn Braunschweig und Hessen-Kassel — an letzterem zweifele man nicht — mit beitreten wollten, in vier Stunden ausgemacht werden könnte. Den Herren Herzögen würde hoffentlich der Plan nicht zuwider sein, weil sie ja von Frankreich nichts übles zu erwarten hätten, sondern an ihm, wenn die Schweden — man wisse wohl, wie sie mit diesen ständen — zu mächtig werden sollten, einen guten Rücken haben könnten. Uebrigens würde auch die Krone Schweden, soweit sie ein Stand des Reiches, sich dem Werke zur Genüge anbequemen.

Nach diesen Erklärungen kam man überein, daß die braunschweigischen Gesandten in den nächsten Tagen sich zu den französischen verfügen sollten, um, wie ihre Instruktion besagte, sich zu gegenseitiger Vertraulichkeit zu empfehlen.[1]

Am 27. statteten die Braunschweiger dem Herzog v. Gramont ihren Besuch ab, am 28. dem Marquis Lionne, folgenden Tages empfingen sie den Gegenbesuch derselben. Gramont hielt mit dem Allianzprojekt zunächst zurück. Nur meinte er ganz allgemein, daß Alle, welche den westphälischen Frieden zu halten gedächten, bei einander stehen müßten. Andere würden schon hinzutreten. Dies sei der einzige Weg, den Frieden zu wahren: denn die zu Münster und Osnabrück errichtete General-

[1] Alles nach dem Gesamtbericht der Braunschweiger vom 16. (26.) Februar. — Hannover. Köcher S. 241 und 242.

garantie würde nicht gehalten und wäre also kein Verlaß darauf. Redseliger wurde er, als bei seinem Gegenbesuch die Braunschweiger von einer den allgemeinen Frieden bedingenden guten Wahlkapitulation und der zu ihrer Fortstellung nothwendigen Einigkeit und Zusammensetzung der Stände des Reiches sprachen und als das beste Mittel hierfür die projektirte Partikularallianz bezeichneten. Mehrmals fragte der Herzog bei dieser Gelegenheit, ob sie denn genügende Vollmacht zu diesem Werke besäßen, und zwar nicht nur zum Abschluß mit den Invitanten, sondern auch mit allen Denen, welche zu Erhaltung des Friedens und Versicherung der Kapitulation in solche Vereinigung zu treten gemeint wären, und auch für den Fall, daß Einer oder der Andere, z. B. Brandenburg, nicht wollte. Die Braunschweiger meldeten, daß sie nur mit den Invitanten, Schweden als Reichsstand und Brandenburg zu schließen Vollmacht hätten, bei Anmeldung Andrer aber berichten sollten. Gramont bemerkte dazu, daß eine Generalvollmacht noththue, da mit dem berichten stets viel Zeit verloren gehen werde: denn das Werk erleide keinen Verzug und müsse, wenn nicht schon vor Ankunft des Königs von Ungarn, so doch wenigstens vor der Wahl vollendet werden. Als die Braunschweiger viele Worte von dem sonderbaren guten Vertrauen der Herzöge zum König zu reden begannen, winkte der Herzog mit der stolzen Bemerkung ab, daß damit seinem Herrn nicht gedient sei und er darauf sich nicht würde zu verlassen haben, wenn man nicht mit ihm und seinen Freunden zu Erhaltung des Friedens in Bündniß sich einzulassen gesonnen wäre.

Etwas weniger Stolz trug Lionne zur Schau. Ohne weiteres brach er gleich mit der Erklärung heraus, daß sein Herr zu einer Verbindung mit dem Hause Braunschweig Neigung empfinde. Ja, er schien die Sache so darstellen zu wollen, als habe der König nur auf Braunschweig gewartet: denn erst, als er vernommen, daß von beiderlei Religionsbekenntnissen Stände zusammentreten wollten, hätte dieser seine Bedenken gegen eine solche Allianz aufgegeben, die eben darin bestanden hätten, daß eine einseitig konfessionelle Vereinigung die Spaltung unter des Reiches Ständen nur vermehren könnte.

Das barsche Wesen Gramonts hatte die braunschweigischen Gesandten eingeschüchtert. Es wollte ihnen dünken, als ob Frankreich das Werk nicht in den streng-defensiven Grenzen zu halten gemeint wäre, ein Angriffskrieg gegen Oesterreich und den künftigen Kaiser schien im Hintergrunde nicht undeutlich hervorzuschimmern. In dieser Beklemmung wandten sie sich an den Kurfürsten von Mainz, an welchen sie der Marschall selbst gewiesen. Er beschwichtigte sie natürlich. Der Herzog, meinte er, lege als Soldat das Wort nicht auf die Waage. Der Zweck

des Bundes sei nach wie vor der, daß man den Frieden erhalten und vertheidigen und einen Jeden in dem vertreten wolle, was ihm der westphälische Friede zugeeignet habe. Und nur auf dieses Friedens Genossen allein erstrecke er sich. Man werde Frankreich lediglich im Elsaß Hülfe zu leisten haben, wenn es dort von Deutschland aus einen Angriff erfahre. Um recht sicher zu gehen, fragten sodann die Braunschweiger, wie es denn gehalten werden sollte, wenn der König von Ungarn in Italien oder den Niederlanden abermals die Spanier unterstützen würde? Johann Philipp beschied, daß man mit Italien gar nichts zu schaffen haben werde. Sollte es aber den Niederlanden gelten, so werde Einer allein sich dem zu widersetzen nicht schuldig sein; den kaiserlichen Hülfsvölkern dürfte aber kein Durchzug oder Uebergang über den Rhein verstattet werden und, wenn man sich zu schwach dazu befinde, werde man den Franzosen an bequemen Orten solches zu verhindern frei lassen müssen. Er, der Kurfürst, werde lieber den Oesterreichern wehren, als neben ihnen noch die Franzosen in seinen Landen erwarten. Auf den Einwurf der Besorgniß, daß die Franzosen aufgrund der Allianz vielleicht den Genossen derselben allein die Garantie zu leisten ansinnen möchten, versicherte der Kurfürst, daß die Garantie vor's ganze Reich gehöre und Niemandem werde zugemuthet werden können, dieselbe allein zu leisten.

Daraufhin lautete das Gutachten der braunschweigischen Gesandtschaft an das Gesamtministerium des Hauses wie folgt: Das Haus Oesterreich wird die Verbindung mit Frankreich nicht mit freundlichen Augen ansehen und seine Affektion gegen Braunschweig dadurch nicht eben vermehrt werden. Auch kann es leicht erfolgen, daß man in einen Angriffskrieg verflochten werde. Die Hülfe der Franzosen ist weit entlegen und auf den Nothfall gar spät zu erwarten. Hingegen darf das große Ansehen nicht unterschätzt werden, welches man durch das Verhältniß zu einem so mächtigen König gewinnen wird. Auf alle Fälle wird man einen starken Rücken haben und wird Jeder, der etwas widriges gegen das Haus Braunschweig im Schilde führt, dadurch abgehalten werden. Im Reiche läßt sich alles zu schweren Bewegungen an, bei welchen allein zu stehen gefährlich und sich zu erhalten unmöglich sein wird. Und wenn man der Krone Frankreich diese fast von ihr selbst angetragene Allianz verweigere, werde man sie verletzen und ihr gutes Vertrauen verlieren, wie denn Gramont angedeutet habe, wer nicht für sie sei, sei wider sie, verdiene kein Vertrauen und sei Denen gleich zu achten, welche über dem Frieden nicht halten und die Garantie nicht leisten wollten.[1]

[1] Gesamtbericht der Braunschweiger vom 23. Februar (5. März). — Hannover. Köcher S. 640 ff.

Im Gesamthause Braunschweig war, wie wir gesehen, man längst einem Anschlusse an Frankreich geneigt. Deshalb erhielten seine Gesandten in Frankfurt nunmehr Weisung, die französischen wie auch schwedische Erinnerungen zur Wahlkapitulation als in engem Zusammenhang mit den Wünschen und Interessen der Fürstenpartei im Reiche zu unterstützen. Zugleich wurde ihnen eröffnet, daß man auf der gegenwärtigen Hauskonferenz zu Hannover von den Eröffnungen der französischen Gesandten über das Bundesprojekt gern Kenntniß genommen habe: sie, die Gesandten des Hauses, möchten nur in Besitz des wahrscheinlich schon abgefaßten Entwurfes der Bundesnotel zu gelangen suchen; erst dann werde man ihnen nähere Weisungen ertheilen können.[1] Die spezielle Weisung der Regierung in Celle an Witte lautete wenige Tage später dahin, daß gegen die Einnehmung der Krone Frankreich in das Bündniß nichts eingewendet werden könne, wofern es keine andre Meinung habe, als diese, daß Frankreich unter den gleichen Bedingungen des gemeinsamen Entwurfes der deutschen Interessenten in die Gesamtallianz, zugleich mit Schweden und Brandenburg mit eintreten wolle. Im Gesamthause sei man dahin einig, daß seine Gesandten zusammen bei Frankreich und Kur-Mainz die Aufnahme der Verhandlungen, jedoch nur auf Genehmhaltung der Beschlüsse, beantragen sollten. Falls ein besonderer Aufsatz eines Vertrages entworfen sein oder werden sollte, sei er einzusenden und weiterer Befehl abzuwarten.[2]

Auf diese Ordre begaben die braunschweigischen Gesandten am 27. März sich zu Gramont, am 28. zu Lionne. Letzterer, wie immer überaus freundlich, behielt sie, wie es auch beim ersten Besuche geschehen, zu Tische bei sich. Von beiden Seiten fielen lebhafte Freundschaftsbetheuerungen. Als die Braunschweiger sich nach dem Vertragsentwurfe erkundigten, der, wie sie vernommen, bereits dem Könige in Paris vorliege, verwies sie Gramont an den Kurfürsten von Mainz, während Lionne bemerkte, daß man bisher nur bei den allgemeinen Grundsätzen geblieben wäre und es bei dem Friedensinstrument und zumeist dem belassen habe, was schon unter den deutschen Betheiligten vereinbart wäre. Es schien, wie wenn die Franzosen vor genauer Instruktion durch den Kardinal absichtlich sich nicht mehr herauslassen wollten.[3] Auf ihren besonderen Wunsch hielt auch Boineburg trotz mehrfachen Ansuchens der Braunschweiger mit dem Entwurfe zurück. Um weiteren ihm lästigen

---

[1] Gesamtinstruktion vom 5. (15.) März. — Hannover.

[2] Regierung zu Celle an Witte am 13. (23.) März. — Hannover. An Heyland und Otto werden zweifellos gleiche Ordres ergangen sein.

[3] Bericht Otto's vom 20. (30.) März. — Hannover.

Anfragen ganz zu entgehen, ſchützte er eine Unpäßlichkeit vor und empfing keinen Menſchen. Heyland wandte ſich daher kurzerhand an den kur-kölniſchen Geſandten Aldenhoven mit der Bitte, daß er beim Grafen Wilhelm v. Fürſtenberg die Mittheilung des Aufſatzes auswirke. Aldenhoven kam dieſem Wunſche nach. Fürſtenberg ſprach darüber mit dem Kurfürſten von Mainz, welcher dann Boineburg anwies, den Entwurf im Auszug Heyland vorzulegen.[1] Heyland nahm Abſchrift von dem, was ihm mitgetheilt wurde. Es war dies der zweite Theil des ſpäteren Receſſes im erſten Entwurf, worauf wir noch zurückkommen. Die deutſchen Intereſſenten proteſtantiſchen Theiles erfuhren dadurch nur, welche Verbindlichkeiten den Alliirten gegenüber der Krone Frankreich auferlegt werden ſollten.[2]

Als nun Otto bei dem Agenten Gravel ſein Heil verſuchte, um des ganzen Aufſatzes habhaft zu werden, damit man auch die Gegenleiſtungen Frankreichs kennen lerne, ſuchte ſich dieſer nach Möglichkeit zu entſchuldigen, konnte und wollte aber nichts näheres mittheilen.[3] Am 13. April aber erſchien Gravel ſeinerſeits bei Otto, wobei er fallen ließ, daß nunmehr des Königs Reſolution erfolgt wäre, ohne daß er jedoch genauere Angaben gemacht hatte.[4] Mittlerweile aber hatte ſchon Witte bei Boineburg den ganzen Aufſatz zu Geſicht bekommen und daraus die bisher fehlenden Beſtimmungen ausgezogen, ſo daß nunmehr der ganze Entwurf zur Kenntniß der Invitirten vorlag. Aber auf direkte Mittheilung des Vertragsentwurfes ſeitens der Franzoſen ſelbſt mußten die Braunſchweiger und Heſſen noch lange vergebens warten. Selbſt Boineburg theilte ihn auf amtlichem Wege den Invitirten erſt Anfang Mai mit und noch dazu unter dem Eingeſtändniſſe, daß er dies auf ſeine eigene Gefahr gegen das den Franzoſen gegebene Verſprechen thue.[5] Und gar erſt einen ganzen Monat ſpäter, am 6. Juni hat

---

[1] Aktennotiz im kur-kölniſchen Archiv.— Düſſeldorf.

[2] Es iſt der Receß von den Worten: Viceversa pollicentur an bis zu Ende. Die Braunſchweiger theilten die Abſchrift Canſtein mit unter der Ueberſchrift: Extractum ex articulis projectis inter ministros regis christianissimi et ill. Moguntinensis et Coloniensis; aber auch ihrerſeits nicht vollſtändig, ſondern nur, wie das Schriftſtück in den Berliner Akten beweiſt, bis zu den Worten officia prompta in id adhibebunt, ut ejusmodi etc., während die Beilage zu Otto's Bericht vom 23. März (2. April) in den hannöverſchen Akten vollſtändig iſt. Boineburg entſchuldigte ſich, daß er nicht den ganzen Aufſatz mittheilen könne, weil er den Franzoſen heilig habe verſprechen müſſen, damit zurückzuhalten, bis ſie vom König weitere Reſolution haben würden. — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 27. März (6. April). — Hannover.

[4] Bericht Otto's vom 6. (16.) April. — Hannover.

[5] Bericht Otto's vom 27. April (7. Mai). — Hannover.

Lionne für angemessen erachtet, den Entwurf den braunschweigischen Gesandten zu überreichen. Es waren darin die in Paris für gut befundenen Zusätze eingerückt und durch Unterstreichungen mit Röthel gekennzeichnet.[1]

Mit den Hessen wird man nicht glimpflicher verfahren sein. Dieser Herren einmal sicher, gab man sich wenig Mühe mit ihnen. Und doch war es auch wiederum nur ein Gebot der Klugheit, daß von französischer Seite möglichst lange das Geheimniß zu wahren gesucht wurde, so lange als die Verhältnisse am Wahltage sowohl wie die Beziehungen zwischen Schweden und Brandenburg noch nicht geklärt genug sich darstellten. Und gerade Brandenburgs halber wegen seiner immer inniger sich gestaltenden Beziehungen zum Hause Oesterreich hütete man wohl möglichst lange das Geheimniß und war dazu um so mehr gezwungen, als Canstein ja zur Theilnahme an den Allianzverhandlungen zugelassen war.[2] Und doch gelang es nicht, vor diesem alles verborgen zu halten.

Am 12. Januar 1658 hatte Canstein vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm neue Weisungen für Frankfurt entgegengenommen. Am 22. war er dort wieder angelangt. Die zumal von Kur-Mainz sehnlichst erwartete Vollmacht zum Abschluß der Allianz hatte er nicht mitgebracht. Das Interesse des Kurfürsten hielt sich mehr der Wahlangelegenheit als dem Allianzprojekte zugewandt. Eine der ersten Fragen, welche Canstein beim Wiederzusammentreffen mit Johann Philipp von Mainz stellte, lautete, ob denn die Nachricht wahr wäre, mit welcher sich die französischen Gesandten an seines Herrn Hofe gebrüstet, daß die Krone Frankreich von vier Kurfürsten das Versprechen habe, daß sie ihr Ansuchen bei der bevorstehenden Kaiserwahl unterstützen würden. Der Mainzer versicherte, seinerseits an dergleichen niemals gedacht, geschweige denn ein solches Versprechen abgegeben zu haben.[3] Einen großen Eindruck machte auf Canstein die Spannung zwischen Kur-Mainz und den Franzosen. Jetzt werde Frankreich, meinte er, von diesem Kurfürsten wenig Gefälligkeiten mehr zu erwarten haben. Und noch, als bereits die Aussöhnung erfolgt war, glaubte er dem Mainzer allerhand Gefahren von den Franzosen prophezeien zu können. Zu den Braunschweigern äußerte er, das fürstliche Haus werde nunmehr wohl Bedenken tragen, die bewußte Allianz zu schließen, da man wegen eines oder des andern

[1] Bericht Otto's vom 29. Mai (8. Juni). — Hannover.

[2] Monate lang kannten nur Mainz und Köln den vollen Sachverhalt, sie allein betrieben in aller Stille das Werk mit den Franzosen und sind in der Geheimhaltung so gründlich verfahren, daß selbst das wenige, was vielleicht in dieser Sache schriftlich verhandelt wurde, aus den Archiven verschwunden ist.

[3] Nachricht Bispings vom 30. Januar 1658. — Münster.

unter den Unirten — Jene merkten wohl, daß darunter Mainz zu verstehen wäre — und seiner bisherigen Aktionen mit Frankreich Widerwärtigkeit und Unheil befahren könnte.[1]

Endlich begannen auch Canstein die Augen aufzugehen. Erst ganz zu Ende des Monats Februar wußte er dem Kurfürsten nach Berlin zu berichten, das Mainz sich sehr bemühe, die Franzosen mit in die Allianz zu ziehen: doch dünkte ihm zweifelhaft, ob eben alle übrigen Interessenten diesem Plane zustimmen möchten.[2] Wenige Tage später gab er genaueren Aufschluß mit der Meldung, daß Mainz und Köln die Franzosen für die Allianz zu gewinnen suchten unter dem Namen, soweit es die Defension des Reiches und die Observanz des Friedensschlusses angehe. Der Entwurf des Bundesvertrages wäre schon nach Paris geschickt, ohne daß jedoch hierüber irgend eine Mittheilung an Braunschweig und Hessen ergangen wäre. Letztere selbst schienen sich über den Fall noch gar nicht einig zu sein und wunderten sich, daß Mainz und Köln dieser Sache sich so allein annähmen.[3] Und wieder einige Tage später: Der Kurfürst von Mainz habe den um die Allianz in Berathung stehenden Gesandten nahegelegt, daß, weil man bei Brandenburg wenig Neigung zum Beitritt erblicke, sondern nur schwere Bedingungen von ihm vernehme und überhaupt kein Zweifel mehr bestehen könne, daß es mit Oesterreich bald nach der Kaiserwahl gegen Schweden wirklich in Krieg treten werde,[4] nichts mehr übrig bleibe, als daß die Andern unter sich ohne Brandenburg abschließen möchten. Weil sie aber allein nicht stark genug sein würden, solle man sich mit Frankreich etwas fester einlassen, die Schweden aber nur zu dem Ende mit einnehmen, damit sie gehindert würden, gegen einen oder den andern der Alliirten etwas zu versuchen. Für das Reich und die Alliirten selbst würde es freilich, so sollte Johann Philipp geäußert haben, besser sein, wenn der Kurfürst von Brandenburg beitreten würde, aber doch auch wieder nur, wenn er zugleich aus dem Kriege bliebe; da aber an beidem fast verzweifelt werden müßte, so könnte man eben nur bei

---

[1] Otto am 26. Januar (5. Februar). — Hannover.

[2] Bericht Canstein's vom 16. (26.) Februar. — Berlin. U. A. VIII, S. 541.

[3] Bericht Canstein's vom 20. Februar (2. März). — Berlin. U. A. VIII, 542.

[4] Am 9. Februar war allerdings das Off- und Defensivbündniß zwischen Oesterreich und Brandenburg geschlossen worden. Schon längst hatte man von den Verhandlungen geraunt. In Frankfurt verbreiteten die Franzosen den Klatsch, daß die alte Prinzeß von Oranien von den Spaniern gewisse Güter in Brabant mit jährlichen Einkünften von 40 000 fl. zum Geschenk erhalten habe, weshalb sie mit ihnen im besten Einvernehmen stände und durch ihre Tochter, die Kurfürstin von Brandenburg, deren Mann im spanisch-österreichischen Interesse beeinflußte.

Frankreich seine Rettung suchen: denn mit dem Hause Oesterreich sich zu setzen, sei noch bei weitem bedenklicher. Canstein wollte es übrigens scheinen, daß der Kurfürst von Mainz vor Frankreich und Oesterreich gleich viel Angst hege, weshalb er inständig darauf dringe, daß die Allianz noch vor der Kaiserwahl geschlossen werde, da er hoffe, auf der einen Seite damit Frankreich einige Genugthuung zu gewähren und auf der andern gegen Oesterreich einen Rücken zu gewinnen. Auch auf Wahrung seines Ansehens im Reich ziele das Allianzwerk ab. Frankreich sei diesem Plane, wie zu ermessen, aus vielen Ursachen geneigt. Zwar wisse es wohl, daß ihm die Allianz keinen besonderen Nutzen bringen werde, das sei auch gar nicht sein Zweck: doch werde es ihm genügen, wenn es dergestalt im Reiche bei so vielen Ständen Zuneigung für sich erlangen würde oder auch bloß nur das, daß sie ihm nicht entgegen wären. Auf diese Weise hoffe es gesichert zu werden, daß Oesterreich die Hülfe an Spanien gar nicht oder doch nicht so leicht mehr werde bewerkstelligen können. Mit Kur-Köln und Kur-Pfalz stehe Frankreich allem Anschein nach bereits im Bunde, wie versichert werde auch mit Württemberg, ganz zweifelsfrei desgleichen mit Neuburg; und andre Stände, weil sie Oesterreich fürchteten, Schweden nicht trauten und von Brandenburg keine Hülfe mehr erwarten zu dürfen vermeinten, würden dazu fast gedrungen. Kur-Mainz habe diese Sache im Vertrauen an einzelne Mitglieder der Fürstenbank gebracht. Die französischen Gesandten pflegten einen gar familiären Verkehr mit den Braunschweigern, Hessen und Württembergern. Die seien nicht abgeneigt, mit Frankreich zu schließen, und durch sie hoffe er, Canstein, in den Besitz des entworfenen Aufsatzes zu gelangen, der übrigens dem vereinbarten Bundesreceß der deutschen Interessenten fast gleich lauten solle. Aus alledem liege für den Kurfürsten Veranlassung vor, Verdacht zu schöpfen, einmal weil gerade sein Verhalten das einzige Hinderniß für die Allianz abgeben solle und dann, weil man hinter seinem Rücken verhandle. Dem ganzen Projekte gegenüber ständen dem Kurfürsten drei Wege offen: entweder das Werk zu hindern, oder mit beizutreten oder ein andres Bündniß zu machen.

Diesem ausführlichen Gutachten fügte Canstein am folgenden Tage noch die Nachricht hinzu, daß die Oesterreicher gar nicht wüßten, wie sie mit Mainz daran wären. Es habe ihren Argwohn erregt, daß Boineburg in den jüngsten Tagen bis um Mitternacht bei Lionne gewesen und der Kurfürst Johann Philipp, als sie am nächsten Tage zu ihm gekommen, ihnen gegenüber nicht das geringste hiervon habe berühren wollen. Weil neuerdings wieder schlechte Nachrichten aus Dänemark angelangt wären, sei wohl kaum zu zweifeln, daß Mainz und

die andern Geistlichen neben Braunschweig und Hessen sich mit Frankreich näher einlassen würden.[1]

Canstein versäumte es nicht, dem Kurfürsten von Mainz seiner Mißstimmung über diese Heimlichkeiten Ausdruck zu geben. Als dieser nämlich bei einer persönlichen Begegnung die Frage an ihn richtete, ob denn sein Herr noch keine näheren Befehle zum Abschluß der Allianz ertheilt hätte, bemerkte Canstein: das könnte vielleicht schon der Fall sein; weil ihm aber von einer andern Allianz zu Ohren gekommen, die man jetzt mit Frankreich und Andren vorhätte, wovon man jedoch mit ihm, dem Vertreter eines Mitinteressirten nichts geredet, so müsse er Bedenken tragen, sich auch wegen der andern Allianz herauszulassen, da er so nicht wissen könne, ob man dieselbe noch fortsetzen wolle oder nicht. Darauf versicherte Johann Philipp, daß man mit den Franzosen kein besonderes Bündniß vorhabe, sondern daß alles, was hierin bisher vorgegangen wäre, nur ihre Aufnahme in die bewußte Allianz und deren Modalitäten betreffe. Hauptsächliches sei überhaupt noch nicht verhandelt worden, sonst würde man schon mit dem Kurfürsten von Brandenburg sich darüber benommen haben. Canstein gab sich zufrieden, als ob ihm diese Auskunft genüge. Er wußte nun, daß der Plan thatsächlich bestehe. Beim Hinausgehen traf er im Vorzimmer den Obermarschall v. Boineburg, der sich so weit bloßgab, daß er eingestand, man habe nur deshalb Bedenken tragen müssen, sich zu offenbaren, weil der Bericht vom Abschlusse eines Off- und Defensivbündnisses zwischen Oesterreich und Brandenburg als gewiß eingetroffen wäre. Da man jetzt aber Nachricht habe, daß dieser Bund nur defensive Zwecke verfolge, könnten beide Allianzen gar wohl nebeneinander bestehen. Canstein schützte Mangel an genügenden Informationen vor und schied mit der Versicherung der vollsten Friedensliebe seines Herrn.[2]

Ausführliche Unterweisungen über das französische Projekt suchte Canstein bei Otto, der auch nur mittheilen konnte, was ihm bekannt war, und das war nicht eben viel. Wohl, um ihn bei gutem Willen zu erhalten, bemerkte Canstein zu ihm, daß dies Dinge wären, die sich noch wohl verwirklichen ließen, zumal da sein Kurfürst und Herr ohnehin gleichfalls mit Frankreich in gutem Einvernehmen stände.[3] Endlich glückte es ihm auch, einen Einblick in den Entwurf des französischen Recesses zu gewinnen, eine Abschrift zu nehmen gestattete man ihm mit

[1] Bericht Canstein's vom 26. Februar (8. März). — Berlin. U. A. VIII. S. 542 ff. und 483/84. Eine Beilage verzeichnet die Bedingungen der Allianz mit Frankreich, ganz wie sie Boineburg den Braunschweigern auseinandergesetzt hatte.

[2] Bericht Canstein's vom 2. (12.) März. — Berlin. U. A. VIII, S. 545.

[3] Bericht Otto's vom 27. Februar (9. März). — Hannover.

nichten. So war er darauf angewiesen, dem Kurfürsten aus dem Gedächtniß zu berichten, daß der Inhalt mit den von ihm bereits übersandten Punkten so ziemlich übereinstimme, nur daß man jetzt eine Bestimmung ausgelassen habe, wonach Frankreich hatte erlaubt sein sollen, die österreichischen Sukkursſendungen nach den spanischen Niederlanden in den Gebieten der deutschen Alliirten zu verhindern. Und wiederum hatte man mainzischerseits zu verstehen gegeben, daß vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm ungeachtet seines Bündnisses mit Oesterreich, falls dasselbe nur ein defensives wäre, wo nicht diese Allianz mit den Franzosen so doch die andere mit den deutschen Ständen längst abgehandelte geschlossen werden könnte.[1]

Als er so festeren Boden unter den Füßen fühlte, war es Canstein nunmehr möglich, den Franzosen selbst fester in die Augen zu sehen. Zu Gravel bemerkte er fast gereizten Tones, daß er hier erfahren müßte, wie man sich mit Anderen einzulassen und sonderbare Bündnisse zu machen suche, wohinter, weil man es ohne Vorwissen seines Herrn gethan, doch wohl etwas zu dessen Nachtheil verborgen liegen müsse. Gravel betheuerte mit unschuldiger Miene, daß es sich einfach um die Aufnahme Frankreichs in die andere bewußte Allianz handele. Auf Cansteins Drängen gab er jedoch zu, daß auch noch mehr dahinter verborgen sein könnte.[2]

Der Bescheid des Kurfürsten Friedrich Wilhelm auf diese verschiedenen Berichte Cansteins lautete, daß es befremdlich sei, wenn ihm, der er doch mit Frankreich in engerem Bunde stehe, weder von diesem noch von den anderen Ständen irgend eine Nachricht von diesen Vorgängen geworden sei; im übrigen könne er bei den von Canstein ihm übersandten Punkten einstweilen noch nichts bedenkliches finden und deshalb wohl geschehen lassen, daß Frankreich auf solchen Grundlagen mit aufgenommen werde. Jedenfalls erwarte er weitere Berichte.[3]

---

[1] Bericht Canstein's vom 6. (16.) März. — Berlin, nicht in U. A. Canstein bemerkt dazu: Ob aber Oesterreich dieses Bündniß mit Frankreich wohl aufnehmen wird, muß ich zweifeln, und ist daher zu verwundern, daß Oesterreich doch sich so fest Mainz will versichert wissen, da doch derselbige von diesem allem Autor ist, er auch noch bis diese Stunde die Sache mit der Kapitulation treibt.

[2] Ein zweiter Bericht Canstein's vom 6. (16.) März. — Berlin. U. A. VIII, S. 546. Es heißt darin auch: Die französischen Ambassadeurs baten, ich möchte E. K. D. hinterbringen, daß ihr König auf Niemand im Reich mehr als auf E. K. D. sehe, und also E. K. D. Sich versehen sollte, daß dieselbe Ihre Defension und Erhaltung sich so lieb als ihre eigene sein ließen, wenn E. K. D. nur auch zu einem gleichmäßigen Sich geneigt erweisen wollten.

[3] Erlaß des Kurfürsten vom 16. (26.) März. — Berlin. Inhaltsangabe in U. A. VIII, S. 546.

Friedrich Wilhelm also sah in der auffälligen Nichtachtung seiner Person wie seines Vertreters bei dieser Veranlassung noch keinen Grund, die Verhandlungen abzubrechen, die Aufnahme Frankreichs an und für sich schien ebensowenig einen solchen Fall herbeiführen zu können. War es doch lediglich die Beziehung zu Schweden und die dadurch bedingte Annäherung an Oesterreich, welche die Haltung des Kurfürsten in dieser Frage bestimmten.

Nach solchen Weisungen wurde auch Canstein gefaßten Sinnes trotz der Fortdauer dieser Heimlichkeiten. Er konnte oder wollte nicht glauben, daß man ohne seinen Herrn etwas gewisses schließen werde.[1]

Die schwedischen Gesandten Björnklou und Snoilsky dürften wohl weniger Grund zur Klage über Heimlichkeiten gehabt haben, wenigstens wohl kaum den Franzosen gegenüber. Obschon König Karl Gustav noch wenig Neigung zu wirklichem Abschluß der Allianz merken ließ, da ihm seitens der deutschen Stände das für ihn so wichtige Zugeständniß unbedingter Bundeshülfe für jeden Fall noch immer versagt wurde. Selbst Mazarin schien Bedenken gegen eine Vertiefung in die kriegerischen Pläne des Schwedenkönigs zu hegen und wich dessen Drängen auf ein entschlossenes Losgehen gegen Oesterreich aus.[2] Die beiderseitigen Gesandten in Frankfurt blieben aber allezeit in vertraulichem Verkehr und wußten die Schweden Bescheid von den Verhandlungen der Franzosen mit Mainz und Köln. War doch Björnklou der Erste gewesen, der darüber den braunschweigischen Gesandten ein Licht aufgesteckt und ihnen den Besuch der Franzosen in Aussicht gestellt hatte.[3] Die von Dörnberg den Braunschweigern gemachte Eröffnung, daß die Schweden von dem französischen Projekt erst erfahren hätten, als der Aufsatz dem König von Frankreich zugesendet worden wäre, beruhte wohl auf falschen Angaben.[4] Wie reimte sich das wohl mit dem Gerüchte, daß mit Anfang des Jahres 1658 den Schweden „abermals" 200 000 Thaler durch frankfurter Handelshäuser (auf Veranlassung Frankreichs) ausbezahlt worden wären?[5]

Zeitweilig jedoch traten auch wohl Trübungen des guten Verhältnisses der Schweden zu den Franzosen ein, wie beispielsweise um Anfang März, wo Schweden Nachrichten haben wollte, als wenn die Krone Frankreich in Verhandlungen mit Spanien wegen eines Friedens stände, und sodann wegen der Weigerung Frankreichs, ein früheres

[1] Bericht Canstein's vom 30. März (9. April). — Berlin. U. A. VIII, S. 548.
[2] Siehe Chéruel III, S. 122 ff. und Säve S. 94.
[3] Otto am 1. (11.) Februar. — Hannover.
[4] Otto am 13. (23.) Februar. — Hannover.
[5] Otto a. a. O. und Bisping am 6. Januar. — Hannover und Münster.

Sonderbündniß mit Schweden formell zu erneuern.[1] Doch bald einigte beide Theile der gemeinsame Gegensatz gegen das verhaßte Haus Oesterreich und Mitte März wollte man in Frankfurt schon wiederum von 500 000 Thaler und mehr wissen, welche hier auf französische Anweisung zur Auszahlung an Schweden gelangt wären.[2]

Gegenüber den kaltsinnigen katholischen Genossen von der kölnischen Liga beobachteten Mainz und Köln die gleiche Heimlichkeit wegen des französischen Projektes wie gegenüber den Protestanten. Der Pfalzgraf zwar, schon längst mit derartigen Plänen vertraut und neuerdings wieder in der Wahlfrage von Frankreich persönlich vorgeschoben, wird nicht leicht übersehen worden sein.[3]

Aber Kur-Trier und Münster hielt man wohl absichtlich im Dunkel. Karl Kaspar war durch seine Hinneigung zu den Oesterreichern und das Ausweichen gegenüber allen den glänzenden Verheißungen mit Recht den Franzosen verdächtig. Man befürchtete Verrath von seiner Seite. In der Frage der Wahlkapitulation waren Mainz und namentlich Köln ganz auf Seiten der Franzosen, Trier nicht oder doch wenigstens mehr als zweideutig. Um die Lage ihm gegenüber zu klären, stellten Gramont und Lionne der kur-trierischen Gesandtschaft in Frankfurt die Proposition: Frankreich müsse wissen, wer sein rechter Freund oder Feind sei, und werde nur Diejenigen für wahre Freunde halten, welche in der That die Genugthuung für die von Oesterreich so vielfältig begangenen Kontraventionen gegen den westphälischen Frieden zuwege bringen würden. Daher möge der Kurfürst sich hierüber unter Hand und Riegel erklären

---

[1] Ueber letzteren Punkt siehe besonders die Säve'sche Arbeit.

[2] Bericht Canstein's vom 6. (16.) März. — Berlin. U. A. VIII, S. 546.

[3] Bericht Gise's (theilweise chiffrirt) an den Pfalzgrafen vom 2. Mai 1658: Gise hat in regem Verkehr mit Lionne gestanden, der ihm erzählt hat, daß Björnklou nach mit ihm getroffener Abrede übernommen hätte, mit dem sächsischen Minister von Rechberg zu unterhandeln und demselben 50 000 Thlr. von Frankreich zu versprechen, falls der Kurfürst von Sachsen seine Wahlstimme dem Pfalzgrafen gebe. Auch Franz Egon von Fürstenberg hatte in Beisein Boineburg's zu Gise bemerkt, daß ihm die kur-pfälzischen Gesandten bedeutet hätten, es dürfte noch endlich die Krone auf den Pfalzgrafen kommen, und Boineburg hatte dies mit der Bemerkung bestätigt, daß er dann gern Vicekanzler werden wolle. Und Lionne wieder hatte zu Gise geäußert, er hätte Boineburg gefragt, ob der Pfalzgraf Kaiser sein könnte, falls Sachsen oder Brandenburg zu gewinnen wäre, worauf dieser sich in bester Manier erklärt hätte. Gise verhält sich zwar all diesem gegenüber mit vollem Recht sehr skeptisch: doch berichtet er wiederum mit wahrem Wohlbehagen über jede auf die Kandidatur seines Herrn bezügliche Aeußerung, die er vernommen, so z. B. wenn Egon Fürstenberg ihm erzählt, daß (der alte kur-kölnische, von den Fürstenberg's verdrängte Kanzler) Buschmann erbleiche, wenn man ihm von der Wahl des Pfalzgrafen spreche, was aber nichts zu bedeuten habe, da er nichts mehr vermöge. — Düsseldorf.

d. h. eine feierliche, bindende Zuſage ertheilen, daß er die Wahlkapitulation nach den Wünſchen Frankreichs mit einrichten helfen werde.[1]

Von der Leyen und Anethan erachteten dieſe Forderung für ſo wichtig, daß ſie dieſelbe nicht nur ihrem Herrn ſondern auch dem Kurfürſtenkolleg unterbreiten wollten. Am 18. Februar 1658 erſchien beim Kurfürſten in Koblenz der Agent Gravel und überreichte am nächſten Morgen bei der Audienz die ſchriftliche Propoſition:[2] Da die Geſandten der Krone auf ihre den Vertretern des Kurfürſten zu Frankfurt vorgelegte Frage noch keine Antwort hätten, habe Seine Majeſtät ſie neuerdings befehligt, ihn darüber nicht länger in Zweifel zu laſſen, was er ſich von jedem der geiſtlichen Kurfürſten verſprechen dürfe, um darauf ſeine Beſchlüſſe und Maßnahmen zu gründen. Die Geſandtſchaft bitte daher durch Gravel reſpektvollſt den Kurfürſten, durch ein Wort von ſeiner Hand, welches ſie dem König ſchicken könnten, ſie wiſſen zu laſſen, welche Beweiſe von Gerechtigkeit und Freundſchaft für den König er bei dieſen Umſtänden geben wollte, und wollte man nicht bezweifeln, daß dieſelben ſeiner Klugheit würdig ſein und dem Eifer entſprechen würden, welchen S. Kfl. Gnaden ſtets für das Wohl und die Ruhe des Reiches bezeugt hätten.

Sehr gemeſſen lautete die Antwort des Kurfürſten. Er an ſeinem Theile wäre geneigt, für genaueſte und feſte Beobachtung der Beſtimmungen des weſtphäliſchen Friedens einzutreten im Intereſſe und zur Zufriedenheit des Königs von Frankreich. Doch werde man hoffentlich nicht ſonderbar finden, wenn er für den Augenblick ſich hierein nicht vertiefe, bis er ſich über die Angelegenheit mit ſeinen Mitkurfürſten benommen hätte und über deren Abſichten unterrichtet wäre.[3]

Dieſer Beſcheid war denn doch wohl nichts anderes als eine Niederlage für die Franzoſen. Grund genug für dieſe zur Fernhaltung der trieriſchen Staatsmänner von den Unterhandlungen um ihr Allianzprojekt. Aber auch der Biſchof von Münſter gab Veranlaſſung zu Argwohn. Schon um's Ende des Jahres 1657 hatte Korff-Schmiſing vor dem wolfenbüttelſchen Geſandten Heyland gewiſſen Anſchauungen ſeines Herrn Ausdruck verliehen, welche wenig Einklang mit den Zwecken und Zielen der übrigen am Allianzwerk Betheiligten verriethen.[4] Auch erregte wohl der rege Verkehr, den Biſping in Frank-

[1] Nachricht Biſpings vom 6. Februar 1658. — Münſter. Vgl. Heide, S. 49.

[2] Bericht des gleichzeitig in Koblenz anweſenden Neuburgiſchen Kanzlers Winkelhauſen vom 22. Februar.

[3] Die beiden Erklärungen liegen dem angeführten Berichte Winkelhauſens bei.

[4] Kurfürſt von Köln an Aldenhoven vom 2. Januar 1658: Wegen des Berichtes des v. Schmiſing an Dr. Heyland wegen der Intention ſeines Herrn beim

furt mit der österreichischen Gesandtschaft unterhielt, bei den Alliirten Mißtrauen.[1] Man wird ihn also nicht allzufrüh von dem französischen Projekte in Kenntniß gesetzt haben. Die erste Meldung davon an den Bischof erfolgte denn auch nur gerüchtweise.[2] Kurze Zeit darauf wurde Bisping abberufen; am 3. März reiste er ab, nachdem zum Ersatz am 27. Februar der Domkustos Schmising, ein alter redlicher Herr, angelangt war. Gleich das erste, was dieser melden konnte war ein Gespräch mit Boineburg, welcher versichert hatte, daß zwar der ungarische König die römische Krone haben, man ihm aber durch gemachte Bündnisse die Hände so binden werde, daß er wenig aus dem Reiche zu fremder Mächte Hülfe zu erwarten haben dürfte. Man ziele daraufhin, Frankreich in diese Allianz mit aufzunehmen, wie denn die Verhandlungen um dieselbe wohl baldigst wieder aufgenommen werden sollten.[3] Näheres über das französische Projekt theilten ihm jedoch ebensowenig Boineburg als der Kurfürst von Mainz oder die Kölnischen mit. Am allerwenigsten die letzteren, welche ja, wie wir gesehen, dem münsterischen Kabinette unangenehme Dinge zu hören gaben und nicht gerade große Bereitwilligkeit zur Hülfeleistung gegen die widerspänstigen Landstände spüren ließen. Doch deutete wenigstens Johann Philipp von Mainz, der sich auch in letzterer Frage wohlwollend erwies, an, daß nur bei Schweden und Frankreich das Heil des Bischofs gegen die Holländer beruhen werde, während Schmising bei Oesterreich den Eindruck gewann, daß „es nicht anbeißen würde".[4] Denn bei diesem Hülfe in seiner Verlegenheit zu suchen, hatte neuerdings der Bischof die Absicht gefaßt.

Allianzwerk befremdet uns solche Resolution um so viel mehr, weil der Bischof von Münster vor Andern auf Bewerkstelligung der Allianz zu Anfang am meisten gedrungen, und wird die Zeit eröffnen, wann er bei dieser Meinung verharren sollte, was für Vortheil und Nutzen dadurch ihm und seinen Landen werde geschafft sein. — Düsseldorf. Der hier in Betracht kommende Bericht Aldenhovens leider nicht bei den Akten, ebensowenig das Schreiben Schmisings, noch eine schriftliche Aeußerung Heyland's in den hannöverischen Akten.

[1] Zu den bereits mehrfach angegebenen Beispielen noch eines: Bisping theilt am 9. Januar dem Bischof mit, daß er auf morgen vom Fürsten Lobkowitz und heute vom Fürsten Kolowrat zur Tafel geladen sei; er werde sich bemühen, mit den böhmischen Gesandten gute Korrespondenz zu halten. — Münster.

[2] Am 20. Februar: Die schwedischen Progressen in Fünen werden ein und anders sehr maturiren, maßen dann auch zu vernehmen ist, daß es bei Einnehmung der Krone Schweden zu den Allianztraktaten nicht verbleiben, sondern noch Mehrere als Frankreich, Württemberg, Darmstadt und Andere admittirt werden und solches vielleicht bereits hin und wieder inkaminirt sein möchte, so die Zeit eröffnen wird. — Münster.

[3] Bericht Schmisings vom 28. Februar 1658. — Münster.

[4] Bericht Schmisings vom 20. März. — Münster.

Er versprach sich offenbar von einem Kaiser aus dem Hause Oesterreich, vielleicht sogar von den Spaniern, den alten Feinden der Niederländer, kräftigeren Beistand als von der ganzen rheinischen Allianz, den Schweden, die er fürchtete und mit Argwohn betrachtete, sowie auch den Franzosen. In dem Augenblick, wo die Wahrscheinlichkeit einer österreichischen Kaiserwahl sich nicht mehr bestreiten ließ, entschloß der gewandte Bischof sich zu einer Schwenkung von den alten Genossen hinweg zu der österreichischen Partei: daher auch die Verlautbarung des Wunsches nach Herbeiziehung des Brandenburgers zur Allianz. Die Angelegenheit ist wohl sehr insgeheim betrieben worden; von den Verhandlungen selbst mit den Oesterreichern gewährt kein aktenmäßiges Material einen schlagenden Beweis. Es scheint nicht, als wenn Schmising in Frankfurt dafür verwendet worden wäre, sondern erfolgten wohl die Besprechungen, soweit überhaupt welche stattfanden, am Hofe des Bischofs selbst. Die Thatsache des Systemwechsels ist jedoch unbestreitbar und wird durch die weitere Haltung des Bischofs zur Genüge ersichtlich werden.

Nicht als ob Christoph Bernard eine Abneigung an und für sich zur Vollziehung der vom Mainzer geplanten Allianz überhaupt empfunden hätte. Eine starke Mittelpartei im Reiche war ihm wohl ganz erwünscht und genehm im selbstischen Interesse als Rückhalt für seine gewaltthätigen Pläne gegen die trotzige Stadt und seine unbotmäßigen Stände sowie als Schutz gegen die befürchtete Einmischung der General-Staaten, mit welchen neuerdings sogar ein Bündniß einzugehen die Stadt Münster nicht übel Lust zur Schau trug. Daher ließ er durch Bisping und nach dessen Abberufung durch Schmising das Allianzwerk weiterhin mitbetreiben unter mehrfacher ausdrücklicher Anweisung seines Vertreters, hierin in voller Uebereinstimmung mit dem kur-mainzischen Kabinette vorzugehen.[1]

Schmising, welcher zu seinem eigenen Bedauern bald bemerkte, daß mit dieser Anschauung seines Herrn dessen immer reger werdende Neigung zu engerem Anschlusse an Oesterreich und Abneigung gegen jede Annäherung an die Kronen Schweden und Frankreich in Konflikt gerathen würde, nahm einmal Gelegenheit, beim Kurfürsten von Mainz die Unlust des Bischofs zum Abschlusse mit Schweden — Frankreich nannte er nicht — und seine Scheu vor einer Beleidigung Oesterreichs anzudeuten. Johann Philipp wurde Feuer und Flamme. Vor allen Dingen, rief er, darf man die Schweden nicht offendiren, gerade sie muß man durchaus mit einnehmen. Den Oesterreichern wird das freilich nicht gefallen;

[1] Erlasse an Schmising vom 23. und 26. März, 15. April und 17. Mai 1658. — Münster.

man muß sie aber mehr timore als amore gewinnen. Das wahre Interesse des Bischofs, meinte er, erfordere, daß er sich am Reiche und bei dessen Ständen halte; bei denen werde er den besten Schutz finden, denn sie würden den zukünftigen Kaiser schon anhalten, daß dem Bischof mit der Stadt Münster sein Recht widerfahre.[1]

Die Abmahnung des Kurfürsten von Mainz und das eigene Gefühl von der Unzulänglichkeit des Wohlwollens der österreichischen Partei hielten jedoch Schmising nicht ab, mit deren Vertretern sich gleich Bisping auf guten Fuß zu stellen. Doch geschah es allerdings erst auf besondere Anweisung des Bischofs, daß er in den letzten Märztagen sich zu dem österreichischen Minister Grafen Schwarzenberg begab, um denselben als einen Mitstand des westphälischen Kreises[2] um seinen Rath und Meinung zu befragen, was der Bischof in seinem Streite mit der Stadt Münster thun solle, da ihm dieser im Hinblick auf eine mögliche Einmischung der Holländer immer beschwerlicher falle. Geschmeichelt drückte Schwarzenberg sein Bedauern aus über die unangenehme Lage des Bischofs, anerkannte die Gefahr und erbot sich freundlichst zu Rath und That. Doch bemerkte er gleich, daß sich vor der Wahl nicht viel werde thun lassen. Der Bischof möge unterdessen nur sich tapfer bei seinen Rechten behaupten. Indessen glaubte der Graf die Auswirkung eines Abmahnungschreibens des Königs Leopold an die General-Staaten oder eines Fürschreibens an Gamarra den spanischen Gesandten im Haag oder eines solchen von der hier in Frankfurt anwesenden spanischen Gesandt-

[1] Undatirter Bericht Schmisings, doch wohl aus dem März 1658. — Münster. Schmising selbst stimmte dem Kurfürsten bei; er bemerkte zum Bischof: „Nun halte ich auch wohl dafür, daß, wenn das Haus Oesterreich und dero Ministri nicht gezwungen werden, J. H. G. zu helfen, sie es niemalen aus freien Stücken thuen werden, es mögen Andere der Meinung sein wie sie wollen." Freilich dürfe man aber auch Oesterreich nicht disgustiren. Es werde auch nicht das Herz haben, dem Bischof etwas zuwider zu thun. „Sie karessiren uns, weil sie merken, daß die Allianz noch nicht fertig; sie meinen aber, man solle sich ihnen unterwerfen, welches des Kurfürsten von Mainz Meinung durchaus nicht ist. Ich halte das beste zu sein, sich beim Reich zu halten und gleichwohl das Haus Oesterreich nicht zu offendiren".

[2] Graf Johann Adolf von Schwarzenberg, Sohn des bekannten vormaligen kur-brandenburgischen Kabinetsministers, war angesessen im westphälischen Kreise wegen der durch Heirath von der Familie v. Harff an die Schwarzenbergs gekommenen Herrschaft Gimborn-Neustadt, eines Lehens der alten Grafschaft Mark. Doch gelangte erst 1682 der Graf nach öfterem vergeblichen Ansuchen wirklich zu Sitz und Stimme auf dem Kreistage. Die Berufung des Bischofs von Münster auf die Standschaft des Grafen im Kreise war also ein wohlberechneter Schmeichelakt, indem er zugestand, was die andern Kreisgenossen noch versagten. Ein die Neigung des Bischofs zur Annäherung an Oesterreich trefflich kennzeichnender Zug. Zur Sache siehe H. Berghaus, Deutschland vor 100 Jahren. I, S. 438/39.

schaft in Aussicht stellen zu können. Sehr fein knüpfte der Oesterreicher hieran die Frage, was denn der Kurfürst von Mainz hierzu sage und ob die Allianz, die man habe, etwa nicht helfen könnte? Verlegen entgegnete der ehrliche Schmising, daß sein Herr dem Kurfürsten auf's höchste zum Danke verpflichtet sei und die Allianz auch weiter das ihrige thun werde. Wenn aber Holland sich mit Kriegsmacht der Stadt annehmen würde, sei zu besorgen, daß die Funken dieser Flamme sich über das ganze Reich ausbreiten und alsdann die Alliirten allein dieselben abzuwehren nicht vermögen würden. Der Bischof würde dann bei Mächtigeren Hülfe anzurufen genöthigt werden und bitte daher ihn, den Grafen, dabei ihm an Hand gehen zu wollen. Die Abmahnungschreiben würden sehr willkommen sein: doch sei zu befürchten, daß Gamarra dem Bischof nicht hold sei. Schwarzenberg bemerkte hierzu, daß der Gesandte wenig Grund dazu haben möchte; Schmising möge nur den Grafen Peneranda, Gesandten Spaniens zu Frankfurt, um die Schreiben ersuchen, er zweifle nicht, daß er sie erhalten und dieselben auch eine gute Wirkung haben würden.[1]

Schmising kam diesem Rathschlage baldigst nach. Schon am 5. April wußte er zu melden, daß Peneranda sich bereit erklärt habe, bei Don Juan d'Austria sich verwenden zu wollen — Schmising schreibt „den Befehl zu erlassen" —, daß er den General-Staaten von allzuheftiger Parteinahme für die Stadt Münster abrathe.[2]

Selbst bis in das eigentliche Kabinet des Königs Leopold drang Schmising vor. Er unterbreitete dem Oberhofmeister Grafen Porzia die Bitte, seinen königlichen Herrn zu bestimmen, daß er nach erlangter kaiserlicher Würde dem münsterischen Unwesen abhelfen möge. Porzia gab eine wohlwollende, aber zu nichts verpflichtende Antwort.[3]

Am 8. April geruhte König Leopold selbst, Schmising eine Audienz zu ertheilen, in welcher er aus dessen Hand eine Klageschrift des Bischofs gegen die Stadt Münster entgegennahm. Hierbei erklärte er mit gnädigen Worten, daß er die Eingabe in reifliche Erwägung nehmen und nachsinnen lassen werde, wie dem Unheile vorzubeugen sein möchte.[4]

Schmising war mit nichten zufrieden über diese Erfolge seiner Bemühungen. Peneranda's Resolution fand er schlecht und schläfrig.[5] Ja, dünkte ihm doch, als wenn es die Spanier wären, welche die

---

[1] Bericht Schmisings vom 1. April. — Münster.
[2] Bericht Schmisings vom 5. April. — Münster.
[3] Bericht Schmisings vom 6. April. — Münster.
[4] Bericht Schmisings vom 10. April. — Münster.
[5] Der Botschafter hatte bemerkt: Non vogliamo guerra con gli Hollandesi, sono troppo nostri buoni amici. Er habe Mitleid mit der Stadt Münster, die gar

Holländer zur Hülfeleistung an die Stadt Münster verleitet hätten. Es würde sich lohnen, meinte er, zu erfahren, wie Gamarra die Sache im Haag betrieben haben möchte.[1]

Mannhafter und bundesfreundlich dagegen lautete der Rath der Kurfürsten von Trier und Mainz, welchen sie durch Boineburg dem Bischof ertheilen ließen, daß er der ungehorsamen Stadt die Verhandlungen mit den General-Staaten unter Androhung des Verlustes aller Privilegien untersagen möge.[2]

Nur daß freilich dem Bischof damit eben nicht viel geholfen war. Gerade in diesen Tagen wurde nun die alte kölnische Allianz auf drei neue Jahre verlängert. Der Kurfürst von Mainz wurde bei dieser Gelegenheit nicht müde, dem Vertreter des Bischofs die besten Versicherungen seiner Hülfbereitschaft zu ertheilen. Er rieth auch, von neuem den Obersten Wilich nach dem Haag zu entsenden und durch ihn die Holländer unter Hinweis auf die gewisse Unterstützung der Allianz von der Hülfeleistung an die Stadt Münster abmahnen zu lassen. Ferner mußte auf seinen Rath — denn es lag ihm alles daran, den Absprung Münsters zu der österreichischen Partei zu hintertreiben — Schmising den Franzosen seine Aufwartung abstatten, wobei dieser offen und ohne Umschweife, wie es in seiner Art lag, die Frage stellte, ob Frankreich seinem Herrn beistehen wolle, falls ihn die Holländer wegen der Stadt Münster angreifen würden. Lionne, jedenfalls vorbereitet, bemerkte in seiner geriebenen Manier, der Bischof müßte schon längst Herr der Stadt sein, wenn nicht die Eifersucht der Spanier und der schlechte Rath des Hauses Oesterreich Frankreich an der Erreichung dieses Zieles gehindert hätten. Der Kurfürst von Mainz würde in der Lage sein, hierüber weitere Aufklärung zu geben. Man thue diesem bitter Unrecht. Falls nun, so lautete sein direkter Bescheid, der Bischof die Bestimmungen des Friedensinstrumentes beobachten und dem König von Frankreich die gleichen Versprechen wie die übrigen vereinigten Kurfürsten geben wolle, dann könne er, Lionne, ihm jeden Beistand des Königs mit allen seinen Verbündeten zusichern. Weiteres werde er eröffnen, wenn er auf seinen Bericht vom König beschieden sein werde.[3]

übel vom Bischof traktirt worden. Wahrhaftig, sagte er, die Münsterischen sind gute Katholiken, aufrichtige Leute, die ich liebe; oportet conservare civitatem .... Das beste Mittel aber ist, wenn Ihr Kur-Mainz sagt, daß er einen Kaiser mache; dann habt Ihr wieder ein Oberhaupt, der Euch und Andern helfen kann.

[1] Undatirter Bericht etwa vom 6. April. — Münster.

[2] Bericht Schmisings vom 3. April. — Münster.

[3] In dem angeführten undatirten Bericht Schmisings etwa vom 6. April. — Münster.

Also auch hier das Verlangen nach bindender Verpflichtung zum Beistande für Frankreich gegen alle Versuche Oesterreichs zu weiteren Uebertretungen des Friedensinstrumentes, zur Gefolgschaft für Frankreich gegen Oesterreich und das zukünftige Reichsoberhaupt. Zu so weit gehenden Zugeständnissen war aber Christoph Bernard keineswegs geneigt. Er durfte nicht wagen, Oesterreich zu beleidigen, wenn er es auch sonst wohl getrost gewollt hätte. Deshalb scheint auch Schmising niemals offenen Bescheid auf seinen Bericht über die Aeußerungen Lionne's erhalten zu haben. Ja, es fällt auf, daß weitere persönliche Begegnungen Schmisings mit den Franzosen nicht mehr stattfanden, obschon derselbe nach dem Gespräche mit Lionne dem Bischof eine Anlehnung an Frankreich lebhaft anempfohlen hatte, weil kein Potentat nach seinem und andrer Leute Dafürhalten den Holländern formidabler sein würde. Mit Frankreich und Schweden zu schließen, war eben dem Bischof ein unleidlicher Gedanke, während er mit Braunschweig und Brandenburg nicht ungern sich verbunden haben würde. Denn die braunschweigischen Gesandten versicherten ihn wiederholt der Hülfe ihres Hauses gegen die Holländer, und Brandenburg gefiel ihm wegen seiner zunehmenden Spannung mit den Schweden täglich mehr,[1] während es zugleich wegen seiner Beziehungen zu den Niederlanden von unberechenbarem Vortheile sein konnte. Je mehr aber Brandenburg sich von den Allianzverhandlungen zurückzog, desto lebhafter drängte sich Schweden zu denselben, und so dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir unversehens auch dem Vertreter des letzteren, Snoilsky, bei Schmising begegnen. Er kam, um sich bei diesem zu aller Freundschaft, Hülfe und sonst allem anzubieten, was der Bischof nur verlangen könne. Nichts, so bemerkte er, wünsche er mehr als schleunigste Fortsetzung der Allianzverhandlungen, König Karl Gustav suche nichts weiter als Frieden und Einigkeit und hoffe man auch die Schwierigkeit mit Brandenburg aus dem Wege räumen zu können.[2] Bei einer andern Begegnung äußerte Snoilsky sich weiterhin: Es werde nunmehr im Reiche eine solche Metamorphose geben, daß leider gegen den Willen seines Königs der Krieg auf des Reiches Boden erwachsen würde. Der Kurfürst von Brandenburg wolle sich weder Fisch noch Fleisch erklären. Warum fahre man da mit den Allianzverhandlungen nicht besser fort? Schweden habe ja wenig Nutzen davon und dennoch solle bei ihm nicht

[1] Berichte Schmisings vom 7. und 13. April lassen erkennen, daß die Braunschweiger, besonders Heyland, sich sehr ermunternd gegen diesen äußerten. Aus vielen Andeutungen Schmisings geht ferner hervor, daß der Bischof wiederholt ausgedrückt hat, daß er den Abschluß eines Bündnisses mit Brandenburg wie mit Braunschweig gern sehe, während seine Scheu vor den Schweden unüberwunden fortdauerte.

[2] Bericht Schmising's vom 16. April 1658. — Münster.

die geringſte Schwierigkeit befunden werden. Man müſſe ſehen, wie der Friede im Reiche erhalten werden und man den Holländern ein wenig die Finger beſchneiden könne, und dazu wollten ſie, die Schweden, wohl genügend behülflich ſein.[1] Schmiſing aber traute derartigen Verſicherungen wenig, doch auch den Oeſterreichern nicht eben mehr,[2] während Chriſtoph Bernard ſelbſt immer flotter in deren Fahrwaſſer hineinſegelte. Die Oeſterreicher, welche wohl aus dem Auftreten Schmiſings abnehmen zu können glaubten, daß der Biſchof ihnen abwendig werden könne, entſchloſſen ſich, da ihnen jede Schwächung des rheinbündiſchen Ringes vortheilhaft dünkte, beim Biſchof ſelbſt ihren Hebel anzuſetzen — durch die Spanier. Peneranda hat von Frankfurt aus dem Statthalter Don Juan d'Auſtria Anweiſung ertheilt, ſich in Beziehungen zum Biſchof zu ſetzen. Derſelbe hat darauf ganz insgeheim einen Geſchäftsträger an den münſteriſchen Hof entſendet, welcher unter dem Vorwande des Verlangens nach freier Werbung für die ſpaniſche Armee in den biſchöflichen Landen, wofür er eine bedeutende Summe bot,[3] eine engere Anlehnung des Biſchofs an die Intereſſen des Hauſes Oeſterreich betreiben ſollte.

Am 28. April begegnen wir Schmiſing in dieſer Angelegenheit verhandelnd beim Grafen Peneranda, welchem er im Auftrage ſeines Herrn zu eröffnen hatte, daß derſelbe wegen dieſer Werbeangelegenheit allen guten Willen zuſichere, jedoch vor Abgabe feſter Verſprechungen die Erfüllung dreier Forderungen ſich ausbedingen müſſe, und zwar erſtens ernſtliche Verwendung des Königs von Spanien und ſeines Statthalters bei den General-Staaten zur Verhinderung der Aufnahme der Stadt Münſter in das Bündniß der Holländer mit den Hanſeſtädten, worum von der Stadt durch eigene Abgeſandte eifrig, doch noch ohne Erfolg im Haag verhandelt wurde; zweitens Bemühungen Peneranda's im Kabinette des Königs Leopold als zukünftigen Kaiſers um Beilegung der Irrungen mit der Stadt Münſter in einem dem Biſchof günſtigen Sinne und drittens Wahrung ſtrengen Geheimniſſes über dieſe Verhandlungen ſelbſt. Peneranda entgegnete, daß er die erſte Forderung ja längſt erfüllt habe. Volle Wahrung des Geheimniſſes verſtehe ſich von ſelbſt und ſichere er dieſelbe noch beſonders hiermit feierlich zu. Im übrigen verwies er alles auf die mündlichen Verhandlungen des Biſchofs

---

[1] Undatirter Bericht Schmiſing's, etwa aus der Zeit um den 20. April. — Münſter.

[2] Bericht Schmiſing's vom 21. April, wo er auch das wachſende Wohlwollen des Kurfürſten von Mainz rühmt und zur Befolgung der Pläne deſſelben dringend räth. — Münſter.

[3] In den Akten werden 400 000 und 500 000 Thlr. genannt.

mit dem Abgeſandten des Don Juan: denn ſchriftlicher Verkehr würde nur Verzug bringen.[1]

Ganz geheim blieb dieſe Sache denn doch nicht, vermuthlich weil Schmiſing in ſeinem Eifer für Mainz nicht ſehr vorſichtig war oder auch vielleicht weil er Anweiſung hatte, dem Kurfürſten Johann Philipp Andeutungen zu machen, um dieſem, ſolange noch kein Abſchluß mit den Spaniern erfolgt war, warnend vor Augen zu halten, was da ſich ereignen könne, wenn die Allianz dem Biſchof keine genügende Sicherheit zu geben vermöge. Thatſache iſt, daß der Kurfürſt eine Ahnung von dieſen Zettelungen hatte, da er durch Schmiſing dem Biſchof von jeder Vertiefung mit den Spaniern abrieth, welche ihn ja nur von den alten Genoſſen abzuſondern ſuchten, da ihre Pläne nur darauf abzielten, das römiſche Reich und ſeine vornehmſten Glieder bis auf den Grund zu bringen und über den Haufen zu ſtoßen. Der Biſchof, meinte er, habe Mittel genug, den angebotenen Beiſtand der Spanier höflich abzulehnen, und würden ſich genug Wege finden, vom künftigen Kaiſer die Entſcheidung in der Irrung mit der Stadt im Sinne des Biſchofs zu erwirken. Ob dieſer denn für 500 000 Thlr. ein Sklave der Spanier werden wolle? Viel lohnender werde das Bündniß mit den Franzoſen ſein, zu deſſen Annahme er abermals dringend rathen müſſe. Zu geſchweigen, daß Chriſtoph Bernard durch ſein Verhältniß zu den Spaniern ſich die Schweden zu Gegnern machen werde, welche zur Zeit die Geeignetſten ſeien, um die Holländer im Zaume zu halten. Ja, er werde ſie gewiß ſich auf den Hals laden. Nur kurze Zeit Geduld, äußerte er, vor Pfingſten noch werde ſich vieles ausweiſen.

Auch der Kurfürſt von Trier hatte, vermuthlich aus öſterreichiſcher Quelle, Kenntniß von den Werbungen Spaniens beim Biſchof von Münſter erhalten. Vergnügt fragte er Schmiſing, ob es denn wahr ſei, daß ſein Herr den Spaniern für Geld Truppen überlaſſen wolle. Der Domkuſtos antwortete, das ſei wohl alſo, doch werde ſich der Biſchof vom zukünftigen Kaiſer Sicherheit geben laſſen, daß er ihn deshalb gegen Frankreich manutenire. Auf Don Juan ſei wenig Verlaß und könne der auch täglich abberufen werden.[2]

---

[1] Bericht Schmiſing's in lateiniſcher Sprache vom 28. April. Dieſe Berichte Schmiſing's geben allein Aufſchluß über dieſe ſeither unbekannten Transaktionen, wovon ſonſt Spuren, vermuthlich wegen der Mündlichkeit des ganzen Verfahrens, im münſteriſchen Archive nicht vorhanden zu ſein ſcheinen.

[2] Alles nach dem Berichte Schmiſing's vom 1. Mai 1658. — Münſter. Karl Kaſpar war neuerdings abermals von den Franzoſen beſtürmt worden, ſich für ſie zu entſcheiden. Gramont und Lionne erklärten ihm offen, ſie wollten es ihm ſchriftlich geben, daß ſie mit der Armee von Flandern geradezu auf Koblenz gehen würden,

Die ganze Angelegenheit wirbelte viel Staub auf. Am 8. Mai stellte Mehl an Schmising die schriftliche Anfrage, ob es wahr sei, daß der Bischof nunmehr mit Spanien geschlossen habe, daß er für 400 000 Kronen und gegen das Versprechen der Hülfe gegen Jedermann wie auch der Vermittelung bei den General-Staaten 3000 Mann z. F. und 2000 Reiter in spanische Dienste herleihen und diesen Truppen alle Jahre nach den Operationen in seinem Stifte Winterquartiere anweisen wolle. Man habe Beweise dessen von des Bischofs eigener Hand gesehen.[1] Schmising bestritt alle diese Gerüchte. Und dem Neuburger Gise las er ein Schreiben seines Herrn vor, worin ihm mitgetheilt war, daß dieser die spanischen Anerbietungen aus Besorgniß vor der Rache der Schweden ausgeschlagen habe.[2] Die Wahrheit war jedoch, daß die Forderung Christoph Bernard's, welcher für drei Regimenter z. F. 400 000 Thlr. begehrte, den Spaniern zu hoch dünkte.[3] Doch wurden die Verhandlungen mit diesen nicht völlig abgebrochen. Das ganze Verhältniß wirkte natürlich auf die Beziehungen des Bischofs zu den Oesterreichern ein. Schmising konnte auf einmal bei Volmar ein großes Wohlwollen bemerken.[4] Auch trug König Leopold selbst eine herzliche Neigung zum Bischof zur Schau, nicht minder stellten sich seine Minister also an, nicht ohne bei Schmising starken Zweifeln an ihrer Aufrichtigkeit zu begegnen; nicht ungerechtfertigt war dies Mißtrauen: denn die längst versprochenen Abmahnungschreiben des königlichen Kabinets an die General-Staaten verzögerten sich unter dem Vorwande, daß man nicht wisse, welchen Titel man vonseiten des Königs den Staaten geben

---

falls er nicht mit dafür stimmen wolle, daß ihrem König in der Wahlkapitulation wegen des Friedensbruches der Oesterreicher Satisfaktion widerfahre und weitere Sicherheit verschafft würde. Darauf hatte der Kurfürst trotz seiner Bestürzung erklären lassen, wenn sie fünf Kurfürsten auf ihre Seite bringen könnten, wollte er der sechste sein. Die Franzosen schäumten und der Kurfürst gerieth doch in einige Besorgniß. Er wollte von den Oesterreichern ein Regiment verschaffen, um es nach Koblenz zu legen. Und bei Schmising fragte er an, ob man nicht eine Allianz mit Oesterreich, Brandenburg und Sachsen eingehen könnte, welche vom zukünftigen Kaiser abhinge, was doch besser sein würde, als mit so vielen Häusern zu traktiren. Schmising wich aus: das seien ja neue Dinge; wenn es der Kurfürst wünsche, wolle er es dem Bischof vertraulich melden, inzwischen bitte er um vierzehn Tage Geduld.

[1] Schreiben Mehl's an Schmising vom 8. Mai. — Münster.

[2] Bericht Gise's vom 2. Mai. — Düsseldorf.

[3] Peneranda machte deswegen dem münsterischen Rathe Wiedenbruck Vorwürfe. Als Schmising davon Kenntniß bekam, rieth er, diese Verhandlungen in der Schwebe zu erhalten und bei weiterem Drängen die Spanier an den österreichischen Hof zu verweisen. Postskriptum Schmising's vom 22. Mai. — Münster.

[4] Am 15. Mai berichtet er von Volmar, daß er sich quasi in angelum lucis transformirt habe. — Münster.

solle.[1] Die österreichischen Minister vertrösteten Schmising bis nach der Wahl, versprachen jedoch, baldigst eine endliche Resolution zu ertheilen.[2] Auch sie hegten eben Argwohn gegen den Bischof wegen seiner fortgesetzten Betheiligung an den Allianzverhandlungen mit Schweden und Frankreich.[3] An Versprechungen aber ließen es die Herren zu keiner Zeit fehlen. So erklärte auch Volmar trotz seiner sauren Miene wegen der Allianzverhandlungen, daß König Leopold keineswegs gesonnen wäre, der Stadt Münster beizustehen, sondern die Sachen des Bischofs in allem zu befördern. Vorerst waren es eben nur Versprechungen, während der Kurfürst von Mainz für den Bischof wirklich alles that, was ihm nur möglich war.

In Frankfurt war eine Gesandtschaft der Stadt Münster erschienen, um unter heftigen Klagen gegen den Bischof Hülfe anzuflehen. Johann Philipp, vor welchem sich diese Leute auf die vermeintlichen Privilegien der Stadt beriefen, ließ sie hart an: Münster sei eine Munizipalstadt und daher verpflichtet, die Garnison des Landesherrn aufzunehmen. Bei der Belagerung habe man wahrlich nicht um ihrer gelben Haare willen Schonung walten lassen, der Güte ihres Landesherrn hätten sie es zu danken, daß man sie nicht härter angegriffen habe, wie man wohl gekonnt haben würde.[4]

Und vor wie nach versicherten auch die übrigen Alliirten ihre Geneigtheit zur Unterstützung des alten Genossen, wenn es mit der Stadt zum äußersten kommen sollte. Unter diesen Umständen konnte dem Bischof der Entschluß, für eine oder die andere Seite offen Farbe zu bekennen, nicht eben leicht werden. Schmising blieb also in der unangenehmen Lage, auf beiden Achseln tragen zu müssen. Daneben ließ ihn

---

[1] Der König wollte ihnen nur die Anrede fideles dilecti einräumen, „womit vielleicht, wie die Ministri vermeinen, E. H. G. Sache wenig oder gar nicht befördert werden möchte."

[2] Bericht Schmising's vom 19. Mai. — Münster.

[3] Volmar deutete dies Wiedenbruck an, dessen sich Schmising in dem Verkehr mit den Oesterreichern bediente, wohl weil seiner geraden Natur diese Doppelstellung auf die Dauer nicht zusagte. Schmising ließ Volmar dann sagen, der Bischof müßte, um seine Kirche und Regalien zu handhaben, Beistand suchen, wo er nur könnte und das könne man ihm nicht verdenken. Auch sei er mit der Allianz nicht so hart gebunden, daß er von der dem Erzhause Oesterreich bisher erwiesenen treuen Devotion nothwendig aussetzen müßte. Hätte doch der Bischof durch ihn, Schmising, hier bereits viel widerwärtiges abgekehrt, wozu er auch ferner bereit wäre, möchte er doch endlich auch einmal von dem Erzhause den rechten Effekt sehen. Volmar betheuerte, daß es der König nur gut meine und nach geschehener Wahl in der münsterischen Angelegenheit die Justiz schleunig administriren lassen werde. Bericht Schmising's vom 26. Mai. — Münster.

[4] Bericht Schmising's vom 26. Mai. — Münster.

sein Herr in fortdauernder Geldverlegenheit. Verdrossen und betrübt schützte er seine thatsächliche Kränklichkeit, die ihn wiederholt an's Zimmer fesselte, vor, um vom Bischof die Abberufung zu erflehen.[1]

Das französische Allianzprojekt war endlich auch Ende Mai oder Anfang Mai ihm, Schmising, mitgetheilt worden. Boineburg drang lebhaft in ihn, dem Abschlusse eines Bündnisses mit Schweden und Frankreich sich nicht länger zu widersetzen. Denn diese Mächte würden dem Bischof gegen die Stadt Münster wie die Holländer den meisten Vortheil bringen. Mainz und Köln würden ohne die Kronen nichts schließen, und, da der Bischof ihn, Schmising, ja von jeher angewiesen habe, daß er sich nach Mainz richten solle, hoffe man zuversichtlich auf seine Beistimmung. Schmising möge die Sache mit Mainz und Köln, die endlich, wenn auch kein Andrer wolle, mit den Kronen allein schließen würden, zu Ende bringen und, wenn auch ohne Weisung, unter Vorbehalt der Ratifikation seines Herrn den Vertrag mit unterzeichnen. Innerhalb acht Tagen möchte die Sache entschieden werden. Schmising berichtete und gab kurz sein Gutachten dahin ab: Oesterreichs Versicherungen seien nicht bündig genug und auf der andern Seite würde der Abschluß mit den beiden Kronen diese Partei gewaltig vor den Kopf stoßen; weshalb er alles dem Entschlusse des Bischofs anheimstelle.[2]

So nahe ihrem Ende, als Boineburg die Sache darzustellen für gut befand, war sie damals jedoch noch lange nicht. Auch war es nicht die ernstliche Meinung der Kabinette von Mainz und Köln, mit Frankreich und Schweden allein zu schließen. Christoph Bernard sah dies sehr wohl ein, er ließ sich nicht überschnellen und blieb nach wie vor in seiner schwankenden, zweideutigen Haltung.

Wir fassen nach dem gesagten die Gruppirung der zu dem großen Allianzwerk berufenen Theile dem französischen Projekte gegenüber zum Zeitpunkt, da der mit Mainz und Köln berathene Entwurf des Vertrages zur allgemeinen Kenntniß gelangte, dahin zusammen: Mainz, Köln und Neuburg mit Schweden entschieden für den Abschluß mit Frankreich, Braunschweig und Hessen nicht abgeneigt, Brandenburg und Münster schwankend und in mehr oder weniger zu Oesterreich hinneigender Haltung eher ablehnend, entschieden widerstrebend aber Kur-Trier. Eine Klärung der Sachlage war für's erste noch bald nicht zu erwarten, da soeben der Kampf um die Kaiserwahl mit aller Heftigkeit entbrannte und den Parteien eine abwartende Stellung aufnöthigte und weil auch

[1] Bericht vom 9. Juni. — Münster.
[2] Postskriptum Schmising's vom 9. Juni 1658. — Münster.

das Verhältniß zwischen Schweden und Brandenburg lähmend auf die Allianzverhandlungen wirkte, mit deren weiterer Entwickelung von dem Standpunkte, auf welchem wir sie verließen, wir uns nunmehr zu beschäftigen haben.

31.

Während der großen Pause in den ersten drei Monaten des Jahres 1658.

Das Jahr 1658 hatte begonnen, ohne daß in der Allianzsache sich eine andre Hand geregt hätte, als die des Kurfürsten von Mainz, welchem an der Vollendung dieses Werkes noch vor der Kaiserwahl so viel gelegen war. Aller Augen waren eben vornehmlich auf die Entwickelung der Dinge in der Wahlfrage gerichtet, von deren Entscheidung die Gestaltung der inneren Verhältnisse und äußeren Beziehungen des Reiches und seiner Stände abhing, so daß also eine abwartende Haltung den Meisten als die zur Zeit beste Politik erschien. Als zu Ende Januar das Zünglein der Waage zugunsten des habsburgischen Prätendenten sich neigte, wendeten die Unzufriedenen nunmehr alle Aufmerksamkeit dem schwierigen Werke einer Wahlkapitulation zu, in welcher man noch das einzige Mittel zu finden hoffte, wodurch man die Machtfülle des zukünftigen Reichsoberhauptes in allen den Richtungen würde einschränken können, nach welchen die so verschiedenartigen Wünsche und Interessen nur immer abzielten. Auch die Gestaltung der nordischen Wirren hielt alle Welt in Spannung. Das Haus Oesterreich, dem nun doch wieder die Krone zufallen sollte, hatte nicht nur durch sein Eintreten für Spanien den Unwillen Frankreichs und die Verstimmung vieler, namentlich der am Rhein gesessenen Reichsstände erregt, sondern durch seine Annäherung an Polen und Dänemark seit dem Frühjahre 1657 auch sich in jene Händel zu mischen begonnen, von denen dem Reiche wohl die nächsten Gefahren drohten. Und diese Gefahren wuchsen tagtäglich, je mehr sich der Gegensatz zwischen Schweden und Brandenburg zuspitzte. Kurfürst Friedrich Wilhelm, seit dem Abzuge des Schwedenkönigs zum Kriege gegen Dänemark auf dem polnischen Kriegsschauplatz allein und bloßgestellt, hatte nicht anders handeln können, als mit einer kühnen Schwenkung dem bisherigen Feinde Polen die Hand zu reichen. Durch die Verträge von Wehlau und Bromberg war sein Bruch mit Schweden

vorbereitet und wurde er nur noch aufgehalten durch die dann aufgenommenen Verhandlungen um den polnischen Frieden, der doch nicht zu erreichen war, solange als Karl Gustav mit Dänemark noch in offenem Kriege lag. Das Verhältniß der ehemaligen Waffengefährten der warschauer Siegestage hatte sich immer mehr gelockert, ja entschieden feindselig gestaltet. Bei der drohenden Haltung des Königs hatte der Kurfürst sich immer enger an Polen angeschlossen und Unterhandlungen mit Dänemark und Oesterreich angeknüpft. So war allgemach der Bruch mit Schweden unvermeidlich geworden. Friedrich Wilhelm drängte sogar seinerseits zur Offensive, um Dänemark nicht völlig unterjochen zu lassen und dem Angriffe auf ihn selbst, den er nach Beendigung des Dänenkrieges nur zu gewiß gewärtigen durfte, zuvorzukommen: doch hatte die unentschlossene, ja zweideutige Haltung des Hauses Oesterreich, welches freilich zu gleicher Zeit in Frankfurt so viel auf's Spiel zu setzen hatte, diesen mannhaften Schritt gehemmt. Aber zu Anfang Februar 1658 war man doch endlich zum Abschluß des österreichisch-brandenburgischen Bündnisses gelangt, welches mit Hülfe der Polen den Schwedenkönig an allzukühner Ausbeutung seiner Erfolge hindern und weiterem Uebergreifen seiner maßlosen Pläne ein Ziel stecken sollte — gerade in dem Augenblicke, wo der gewaltige Mann sich anschickte, dem nach längerem Ringen wehrlosen Dänemark den Todesstoß zu versetzen.

Dabei war es denn verwunderlich, zu sehen, wie zu Frankfurt Björnklou und Canstein, Snoilsky und Portmann, wenn man sie fragte, wie es sich eigentlich mit der Stimmung ihrer Herren verhalte, zu versichern pflegten, daß die augenblickliche Dissonanz nicht viel auf sich habe und noch alles gut werden könne. Aber schon die Zurückhaltung des Kurfürsten mit seiner Vollmacht und bestimmten Weisungen für die Allianzverhandlungen und damit in Zusammenhange die Ausflüchte und immer neuen Erschwerungen, welche von den brandenburgischen Vertretern bei Berathung des Recesses auf die Bahn gebracht worden waren, sowie auf der andren Seite die starre Forderung der Schweden auf Beistand der Alliirten gegen Jedermann ohne Ausnahme konnten, wer Augen hatte zu sehen, belehren, daß hier sich Schwierigkeiten thürmten, deren Beseitigung auf gütlichem Wege nur das optimistisch-irenische Gemüth eines Johann Philipp von Mainz und die Straußenpolitik der Braunschweiger sich vorschmeicheln konnte. Freilich, daß keiner von beiden Theilen seine Hand von dem Allianzwerke hinwegzog, schien eine leidliche Lösung jenes Zwiespaltes gerade durch dieses Mittel immerhin noch ermöglichen zu können; während beide niemals wohl ernstlich geglaubt haben, daß die rheinische Allianz ihnen die goldene Brücke zur Aussöhnung bauen werde. Nicht in versöhnlichem Sinne behielt Schweden

bei der Allianz seine Hand im Spiele, sondern weil es, des Rückhaltes an Frankreich sicher, doch noch schließlich mit seinen Forderungen Gehör zu finden hoffen durfte und ihm überhaupt die antiösterreichische Stimmung, welche bei den meisten der am Werke Betheiligten vorherrschte, behagte. Brandenburg aber verhandelte mit weiter, um auf alle Fälle zu wissen, was man mit der Allianz bezwecke, und wohl auch in der stillen Hoffnung, durch seine Hemmungen das Werk hinauszuziehen und, wenn möglich, gänzlich zu vereiteln.

Zwar der Kurfürst von Mainz — wir wissen es ja — ließ zu wiederholten Malen und immer dringender den Gesandten Braunschweigs und Hessens den Wunsch ausdrücken, daß man doch ohne Schweden und Brandenburg schließen möchte, denen man übrigens allemale freien Zutritt vorbehalten könnte. Die Braunschweiger aber konnten sich hierzu nicht wohl entschließen, um nach keiner Seite hin, da man Beide nun einmal eingeladen, einen Anstoß zu erregen. Sie weigerten sich, einseitig mit den Katholischen die Sache zum Ende zu bringen. Am liebsten hätten sie wohl gesehen, wenn eine von beiden feindlichen Parteien sich von selbst von dem Werke zurückgezogen haben würde. Hessen-Kassel schien, obwohl sein Regent ein Schwager des Kurfürsten von Brandenburg war, sich mehr den Schweden als diesem hinneigen zu wollen; es fürchtete manches von Oesterreich und hoffte einiges von Frankreich, war aber doch wieder nicht ausgesprochen wider Brandenburg und mußte wie Braunschweig den evangelischen Genossen im Reiche gegenüber Bedenken gegen einseitigen Abschluß mit den katholischen Ligisten hegen. Unter den letzteren selbst war sodann Köln neuerdings unter französischem Einfluß für Schweden eingenommen, demnach bereit, nicht ohne dieses, wohl aber ohne Brandenburg zu schließen, uneingedenk der ihm einst von diesem in ernster Stunde gewordenen Hülfe. Dagegen würde Trier wegen seiner österreichischen Gesinnung wohl mehr für Brandenburgs Beitritt als den Schwedens gestimmt haben. Der Bischof von Münster, wie er von jeher die Schweden scheute und eine Verbindung mit ihnen ablehnte, hätte den Abschluß mit Brandenburg gern gesehen, während der Pfalzgraf von Neuburg als alter Feind des Kurfürsten Friedrich Wilhelm gegen dessen Aufnahme nur deshalb sich nicht offen auflehnte, weil er nicht vorzeitig die Karten aufdecken wollte und der Kurfürst von Mainz zur Selbstbeherrschung mahnte, zumal da es auch den Interessen Frankreichs widersprach, durch seinen Schützling den Kurfürsten von Brandenburg beleidigen zu lassen, mit welchem letzteren zu brechen es wegen der bevorstehenden Kaiserwahl ängstlich Scheu tragen mußte.

Snoilsky, welcher fortgesetzt ein gutes Einvernehmen besonders mit

den Braunschweigern und Hessen aufrecht zu halten suchte, ließ es diesen gegenüber nicht an Versicherungen fehlen, daß ihm wie seinem König an dem schleunigen Abschluß der Allianz viel gelegen sei. Auch wollte er (Anfang Januar 1658) zunächst noch nicht an einen offenen Bruch seines Herrn mit Brandenburg glauben.[1] Dabei suchte er freilich zu beweisen, daß weder die bereits Unirten noch die Invitirten mit Fug und Recht würden behaupten können, daß, wenn sein König in die Allianz mit aufgenommen und ihm kraft derselben gegen Dänemark Hülfe geleistet werden würde, die Grenzen eines Defensivbündnisses überschritten würden. Der kalenbergische Gesandte Otto aber bemühte sich, ihn vom Gegentheil zu überzeugen: das würde eine Offensive gegen Dänemark sein, mit dem zu brechen die übrigen Alliirten doch keinen Grund hätten. Etwas andres würde es sein, wenn der König von Schweden schon längst ein Genosse der Allianz wäre und nicht erst aufgenommen werden müßte.[2] Gleichermaßen äußerte Dr. Aldenhoven, indem er allerlei mißtrauische Reden über die schwedischen Aktionen überhaupt führte, zu Otto, daß es auf eine unverschuldete Offension des Königs von Dänemark hinauskommen würde, wenn man diesen bei der Allianz nicht ausnehmen sollte.[3] Unter diesen Umständen handelten die schwedischen Gesandten in Frankfurt nur vernünftig, als sie, solange die Verhandlungen um die Allianz ruhten, nicht weiter mehr ernstlich auf diese Forderung zurückkamen und sich eines widrigen nicht mehr vernehmen ließen.[4] Freilich bedurfte ihr Herr zur Zeit keiner Hülfe mehr gegen Dänemark, da sein kühner Zug auf Kopenhagen über das zugefrorene Meer dem Kriege ein Ende gemacht hatte. Dänemark war überwunden und geknebelt, im Frieden gedemüthigt und fernerer Lebenskraft beraubt, Schweden dagegen auf dem Gipfel seiner Macht, ja darüber hinausgeschritten, da es durch das Uebermaß seiner Forderungen im Augenblicke des höchsten Triumphes das Mißtrauen seiner bisherigen Freunde und die äußerste Anspannung aller Kräfte seiner Gegner heraufbeschwor. Nunmehr nach den großartigen Errungenschaften der Schweden, welche auch ein gewisses Uebergewicht in der Wahlfrage heraufführen zu sollen schienen, drängten die vorher so zurückhaltenden Oesterreicher zur Aktion, während der vordem eifrige Kurfürst von Brandenburg sich ganz still verhielt, obschon er im verborgenen wohl sich zum unvermeidlichen Entscheidungskampfe rüstete. Für ihn war die Ohnmacht Dänemarks sicherlich kein Beweis

[1] Bericht Otto's vom 26. December 1657 (5. Januar 1658). — Hannover.

[2] Berichte Otto's vom 12. (22.) Januar und Portmann's vom gleichen Tage. — Hannover und Berlin. Inhaltsangabe des letzteren in U. A. VIII, S. 540.

[3] Bericht Otto's vom 16. (26.) Januar. — Hannover.

[4] Otto am 19. (29.) Januar. — Hannover.

für die Uebermacht Schwedens; er kannte aus eigener Anschauung die Schwächen der schwedischen Armee. Zudem war Karl Gustav nach beendetem Kriege wieder über den Sund in sein Reich zurückgekehrt, wo höchst verworrene innere Fragen seine ganze Aufmerksamkeit und Thatkraft in Anspruch nahmen. Außerdem gaben das Mißtrauen des englischen Protektors, welcher bisher des Schwedenkönigs Pläne begünstigt hatte, der vollen Demüthigung Dänemarks und einem übermäßigen Anwachsen der Seemacht Schwedens jedoch nicht ruhig zuschauen durfte, sowie auch die Möglichkeit, daß Frankreich ein allzugewaltiges Emporsteigen der schwedischen Macht nicht minder mit scheelen Augen ansehen möchte und die Thatsache, daß die Aufmerksamkeit dieser Krone vorwiegend noch auf die bevorstehende deutsche Kaiserwahl gerichtet war, dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm Anlaß, nicht allzubang der Entwickelung dieser nordischen Dinge entgegenzusehen. Der Ausbruch des Krieges schien aus vielen Gründen vor der Entscheidung in der Wahlfrage nicht wahrscheinlich. Denn diese lag beim Kurfürsten, da Mainz, Köln und Pfalz gegen die österreichischen Interessen, Bayern, Trier und Sachsen für dieselben gewonnen waren und Böhmen an der Durchberathung der Kapitulation keinen Antheil nehmen durfte. Von Oesterreich konnte unter diesen Umständen der Kurfürst sich suchen lassen, von Frankreich durfte er nicht beleidigt werden. Dies gab ihm eine ungemeine Sicherheit, solange die Entscheidung nicht gefallen war. Demgemäß war es nur natürlich, daß er in der Wahlfrage eine besonders hinhaltende, zögernde Politik befolgte und damit im Zusammenhang nicht minder in der Allianzsache.

Fast den ganzen Monat Januar hindurch blieb Canstein fern von Frankfurt; während seiner Abwesenheit konnte Portmann ohne weitere Nachrichten von ihm und überhaupt ohne besondere Weisungen des Kurfürsten sich in nichts einlassen. Kurz vor dem Schlusse des Jahres 1657 hatte er die Braunschweiger benachrichtigt, daß Canstein und Jena glücklich in Berlin angekommen wären und dem Kurfürsten in Oranienburg von dem Allianzwesen ausführlichen Bericht abgestattet hätten. Dieser halte dafür, daß man den katholischen Unirten seitens der Eingeladenen einen Gegenentwurf zum Allianzreceß als Grundlage zu weiteren Unterhandlungen vorlegen solle. Portmann sah wohl selbst ein, daß ein solches Verlangen in's weite gehe, weshalb er hinzufügte, daß er schon vor Eintreffen dieses Befehles dem Kurfürsten berichtet hätte, daß man mit Durchberathung des modifizirten kölnischen Recesses bereits bis auf den Schluß gekommen sei und deswegen hoffe, daß es der Kurfürst dabei werde bewenden lassen.[1]

[1] Otto am 22. December 1657 (1. Januar 1658).

Am meisten beschwert erachtete Portman seinen Herrn durch die Veranlagung seiner Bundesleistungen, selbst die braunschweigischen Anschläge vom Ende November 1657 fanden, obschon sie halbwegs die Reichsmatrikel zugrunde gelegt hatten, seinen Beifall deshalb nicht, weil darin der Kurfürst wegen halb Pommern und mit dem halben Kontingent der cleve-jülichschen Successionslande eingeschätzt war, während er doch nichts weniger als die Hälfte von Pommern besaß und Jülich-Berg bei weitem das Herzogthum Cleve mit Mark und Ravensberg an Größe übertraf. [1]

Da Boineburg wiederholt auf Wiederaufnahme der Verhandlungen um die Allianz drang und alle Schuld der Versäumniß, da die Schweden neuerdings ihren Eifer versicherten, auf Brandenburg fiel, gerieth Portman in Verlegenheit. Er konnte nichts anders zur Entschuldigung seines Herrn beibringen, als daß dieser jetzt anderweitig zu viel beschäftigt sei und deshalb wohl noch keine Zeit gehabt habe, ihm fernere Weisungen zukommen zu lassen. [2]

Da traf Canstein am 21. Januar wieder in Frankfurt ein. Nun mußte sich ja zeigen, wessen sich der Kurfürst entschlossen hatte. Der erste Besuch des Zurückgekehrten galt den Hessen-Kasselern. Wie enttäuscht war man, als dieser und der cellesche Gesandte Witte, welcher Canstein bald nach seiner Ankunft gesprochen hatte, berichteten, daß er vom Kurfürsten nicht das allergeringste an Weisungen des Schlusses halber in der Allianzsache mitgebracht habe, wofür er als Grund angeführt hatte, daß dem Kurfürsten berichtet worden wäre, als ob die Interessenten beschlossen hätten, die ganze Sache bis nach der Kaiserwahl zu verschieben. [3] Niemand konnte sich eines solchen Beschlusses erinnern, kein Mensch wollte sich dazu verstehen oder die Verantwortung tragen. Hingegen erfuhr man bald, daß Canstein selbst einen solchen Antrag auf Verschiebung der Angelegenheit bis nach der Wahl aus eigenem

---

[1] Bericht Portmann's vom 29. December 1657 (8. Januar 1658). — Berlin. U. A. VIII, S. 539/40.

[2] Otto am 12. (22.) Januar. — Hannover.

[3] Von Berlin aus war dem Landgrafen von Hessen-Kassel geschrieben worden, wie wenn auf Veranlassung seiner Gesandten in Frankfurt das Verfassungswerk bis nach der Wahl verschoben worden wäre. Wilhelm VI., dem davon nichts bekannt, ertheilte seinen Vertretern einen Verweis. Portmann, von ihnen zur Rede gestellt, wies alle Vorwürfe mit Versicherungen seiner Schuldlosigkeit zurück: er habe derartiges nicht berichtet. Dem Kurfürsten gegenüber stellte er auch fest, daß er nichts von einem derartigen Beschlusse, sondern nur am 29. December von Privatdiskursen gemeldet habe. Bericht Portmann's vom 12. (22.) Januar. — Berlin. U. A. VIII, S. 540. Inhaltsangabe.

Antriebe beim Kurfürsten von Mainz und bei Boineburg gestellt hätte. Diese Nachricht war jedoch eine falsche.[1]

Jetzt gestand man sich offen ein, daß es dem Kurfürsten von Brandenburg kein Ernst mit der Allianz sein möge, weil er nicht mit Schweden zusammen gehen, sondern gegen dasselbe freie Hand haben wolle für den Fall, daß die polnischen und dänischen Friedensverhandlungen sich zerschlügen, um alsdann Schweden mit zu bekriegen und „zur Raison bringen zu helfen". Unangenehm berührte namentlich die Braunschweiger und Hessen eine dunkle Andeutung Canstеins, daß der Kurfürst bis zum Schlusse der Traktaten seine Völker allein nicht zu unterhalten vermögend sei und deshalb wünsche, daß seine Nachbaren und künftigen Alliirten ihm etwas davon abnehmen möchten.[2]

Und dennoch befand Canstein sich im Besitze einer Weisung seines Herrn in Hinsicht auf das Allianzprojekt. Dieselbe lautete kurz dahin, daß er bei Erwähnung desselben seitens des Kurfürsten von Mainz diesem erklären solle, daß der Kurfürst von Brandenburg die Bewandtniß der Sache und den ihm mitgetheilten Aufsatz so beschaffen befände, daß er das ganze Werk in weitere Erwägung nehmen müßte, wozu er wegen anderer Obliegenheiten annoch nicht hätte gelangen können; unterdessen hätte er gern vernommen, daß diese Handlung allerseits bis nach verrichteter Wahl ausgestellt worden wäre.[3] Als Canstein dieses Auftrages sich entledigte, bemerkte er persönlich dem Kurfürsten Johann Philipp als seine eigene Meinung, daß er solchen Verzug nicht wünschenswerth erachte; es hätten aber etliche Räthe dem Kurfürsten den Beitritt zur Allianz als schädlich abgerathen.[4] Uebrigens versicherte Canstein bei dieser Gelegenheit, daß es mit den Mißhelligkeiten zwischen Brandenburg und Schweden nicht so viel auf sich habe. Den Braunschweigern aber wollte es scheinen, als wenn das Gegentheil durchschimmere, zumal weil Canstein neuerdings wieder eine besondere Verbindung seines Herrn mit dem Hause Braunschweig als wünschenswerth bezeichnete. Verstimmt und wie muthlos ließ er sich eines Tages vernehmen, daß seinem Herrn mit der geplanten großen Defensivallianz wenig gedient sein werde.

---

[1] Otto dementirte dieselbe am 19. (29.) Januar. — Hannover.

[2] Alles nach dem Berichte Otto's vom 16. (26.) Januar. — Hannover.

[3] Instruktion für Raban v. Canstein an den Kurfürsten von Mainz vom 2. (12.) Januar 1658. U. A. VIII, S. 472.

[4] Otto am 19. (29.) Januar. — Hannover. Otto bezeichnet hier Jena als einen Gegner der Allianz, am 30. Januar (9. Februar) aber besonders den Freiherrn von Schwerin, der am Ruder sitze, fast allein ceteris remotis nach seinem Gutbefinden alles dirigiren und dabei lauter spanischen Wind in die Segel bekommen solle, weshalb es zweifelhaft sei, ob Canstein die richtigen Intentionen seines Herrn kenne.

UNIVERSITY

Der Kurfürst von Mainz führe zwar löbliche Gedanken und meine es redlich, werde aber schwerlich damit zu dem gewünschten Ziele kommen. Der Interessen gebe es zu verschiedene, unter den Ständen des Reiches sei keine Einigkeit und keine gemeinsame Wehrverfassung vorhanden; man berufe sich stets auf die alte Gewohnheit und dabei werde es wohl bleiben.

Als man ihm erwiderte, daß gerade diese Allianz auf das hinziele, was er vermisse, wollte er wenig davon wissen; kalt und beinahe verzweifelt sprach er davon; die Stände des Reiches wären in Uneinigkeit zerfahren und kein rechter Ernst und Nachdruck bei ihnen; und so stehe der Ruin des Reiches bevor.[1]

Dessen ungeachtet fuhren der Kurfürst von Mainz und Boineburg fort, bei Braunschweig und Hessen die Fortsetzung der Verhandlungen um die Allianz auf's heftigste zu betreiben; der Schluß, meinten sie, müßte jedenfalls noch vor der Ankunft des Königs Leopold oder wenigstens vor der Wahl erfolgen.[2] Auch Graf Wilhelm v. Fürstenberg unterstützte sie in diesen Bemühungen und gab den Braunschweigern zu verstehen, daß man fest annehme, sie und die Hessen und andre Evangelische mehr würden mit den Unirten schließen, es laufe nunmehr zwischen Brandenburg und Schweden wie es auch wolle.[3] Die Braunschweiger konnten ihm darauf keinen Bescheid geben und auch dem Drängen nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wichen sie mit der Erklärung aus, daß es nunmehr am Kurfürsten von Brandenburg allein liege und man doch auf dessen Bescheid und Weisung warten müsse. Denn ohne diesen zu schließen lag zunächst noch keineswegs in der Absicht der lüneburgischen Herzöge und deren Berather. Auf jener Hauskonferenz zu Celle am 18. Januar war die übereinstimmende Anschauung zutage getreten, daß man neben Frankreich und dem leider auch mit diesem befreundeten und daher nicht auszuschließenden Schweden ein Hauptaugenmerk auf Brandenburg zu richten habe. Demgemäß hatte man beschlossen, vor allen Dingen an den Kurfürsten eine Abordnung zu thun, um zu erforschen, wohin er in dem großen Chaos der wider einander im Streite liegenden Kräfte neige, ob er sich mit Oesterreich und Polen eingelassen habe, ob er den drohenden Einfall der Schweden in's Reich verhindern könne und in einem solchen Falle dem Hause Braunschweig Beistand leisten wolle. Vor allem müsse darauf getrieben werden, daß

---

[1] Bericht Otto's vom 30. Januar (9. Februar) 1658. — Hannover.

[2] Berichte Portmann's vom 29. December 1657 (8. Januar 1658) und 12., (22.) Januar 1658. — Berlin. Berichte Otto's vom 2. (12.) Januar, 5. (15.) Jan. 8. (18.) Jan., 12. (22.) Jan. und 23. Jan. (2. Febr.) 1658. — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 30. Januar (9. Februar). — Hannover.

sowohl Schweden als Brandenburg die frankfurter Allianz mit eingingen. Noch glaubte man damals sich dessen zu Beiden versehen zu können.[1]

Demzufolge lautete eine Weisung an des Hauses Gesandte in Frankfurt, daß sie in Erwartung des Erfolges dieser Mission nach Berlin mit gutem Glimpf und Geschick die dortigen Allianztraktaten aufzuhalten suchen sollten.[2] So hatten sie wenigstens eine Entschuldigung dem Drängen der Mainzer und Kölner gegenüber.

Mit der Ausführung seines Beschlusses zögerte das Haus Braunschweig nicht lange. Die Gesandtschaft nach Berlin bestand aus dem celleschen Statthalter Friedrich Schenk v. Winterstädt, dem wolfenbüttelschen Kanzler Schwarzkopf und dem Kammerpräsidenten v. Bülow von Hannover. Einem Jeden war ein stattliches Gefolge von 10 Reitern mit je einem Lieutenant, zwei Korporalen und einem Trompeter beigegeben. Die Hauptpunkte ihrer Instruktion vom 21. (31.) Januar bestanden in den Anweisungen, den Kurfürsten aufgrund des alten Bündnisses für den Nothfall um eine Hülfe von 2000 M. z. F. und 600 Reitern zu bitten und ihn des weiteren zu fragen, was er über die frankfurter Allianz denke, ob er derselben beitreten wolle und was er von der Miteinschließung der Schweden halte.[3]

Am 3. Februar hatte die Gesandtschaft sich in Tangermünde vereinigt, am 8. traf sie in Spandau ein, wo den Herren das stattliche, wohlgefüllte Zeughaus besonders in die Augen fiel. Auf dem Schloßplatze sahen sie 45 Kanonen, deren ein Theil bei Warschau erobert worden. Tages darauf ritten sie in Berlin ein. Am 10. empfing sie der Kurfürst in Audienz, worauf er ihnen für den folgenden Tag seinen ersten Minister Schwerin und Hoverbeck zur Verfügung stellte. In der mit diesen aufgenommenen Verhandlung unterbreiteten die Braunschweiger die vier Fragen:

1. wie die Gefahr wegen Ungarn und Polen und des dänisch-polnischen Krieges abzuwenden sei;

2. wie man sich wegen der Anmuthungen Schwedens an den niedersächsischen Kreis zu verhalten habe;

3. was wegen der frankfurter Allianz vorzunehmen und

4. wie das Wahlgeschäft zu befördern sei, damit keine Unruhe oder Trennung erfolge?

Im Hinblick auf die erste Frage gaben die Braunschweiger sich alle Mühe, den Kurfürsten von einer Vertiefung in diese Wirren ab-

---

[1] Protokoll vom 8. (18.) Januar. — Hannover.

[2] Gesamtinstruktion vom 14. (24.) Januar. — Hannover.

[3] Alles nach den Akten des St.-A. Hannover. Bei Köcher nur eine kurze Erwähnung dieser Abordnung auf S. 217.

zuhalten. Sie kamen zu spät und erfuhren, daß schon vor ihrer Ankunft ein Bündniß zwischen Polen, Oesterreich und Brandenburg geschlossen worden sei. Sie bemerkten, daß zu einem Feldzuge bereits alle Vorbereitungen getroffen wurden, die nur dem Schwedenkönige gelten konnten, den man, falls der Friede nicht zu erlangen, gesamter Hand bekriegen wollte, wobei die Brandenburger sich große Hoffnungen auf die General-Staaten zu machen schienen. Zur Beruhigung der Braunschweiger gereichte es einigermaßen, daß die brandenburgischen Minister Sicherheit vor polnischen Einfällen, gutes Einvernehmen und vertrauliche Korrespondenz zusagten. Auf die zweite Frage wurde ihnen der Bescheid, daß der Kurfürst eine baldige Abschickung an König Karl Gustav beschlossen habe, um denselben zum Frieden zu ermahnen, zumal da Polen diesen auch wünsche. Bei dieser Schickung solle auch von den brandenburgischen Gesandten der Zumuthungen an den niedersächsischen Kreis gedacht werden und daß der Kurfürst sich zu denselben nicht verstehen werde. Man deutete an, daß der Kurfürst, wenn Schweden keinen Frieden wolle, das Haus Braunschweig gern mit zu der Gesamthülfe heranzuziehen den Wunsch hege. Auf alle Fälle wurde dem Hause Braunschweig Beistand zugesagt. In Hinsicht auf Kaiserwahl und Kapitulation wurden gleichfalls gute Vertröstungen ertheilt, daß der Kurfürst sich diese Sache höchlich angelegen sein lassen wolle, jedoch, wie die Braunschweiger spürten, mehr durch ganz gelinde Erinnerungen bei König Leopold als auf anderen Wegen. Bei Erörterung der dritten Frage führten die Gesandten des Hauses Braunschweig aus, daß die frankfurter Allianz ein „Remedium sei, so weit hinstehe" und daß man sich auch darauf nicht eben zu verlassen habe. Gleichwohl wäre sie nicht gänzlich auszuschlagen. Schwerin bemerkte, daß es keineswegs am guten Willen des Kurfürsten mangle. Wenn von seiner Seite Verzug geschehen wäre, so hätten diesen die neuburgischen Ränke verursacht. Canstein sei nunmehr wieder in Frankfurt und könne man ihm ja wohl nach Maßgabe dieser Unterredungen Anweisungen zukommen lassen. Bei mehreren weiteren Zusammenkünften wichen die Brandenburger der Allianzfrage geflissentlich aus; erst am 16. Februar erfolgte ihre Schlußerklärung: Der Kurfürst gebe zu erwägen, welchen Grund man auf diese Allianz zu bauen habe, welche sie, die Braunschweiger selbst ein remedium lentum et incertum genannt? Weil sie aber trotzdem dazu geneigt erschienen, würde auch der Kurfürst diesem Werke sich nicht entziehen und sich mit hineinbegeben. Schweden hätte vordem dies Werk bei ihnen sehr betrieben und wisse man nicht, was sie jetzt davon abhielte. Canstein sei solchermaßen instruirt, daß man schon hinausgelangen werde. An einer Beförderung von seiner Seite solle es nicht fehlen.

Am 18. Februar begab sich die Gesandtschaft mit diesem Bescheide auf den Rückweg. Am 24. traf Schenk von Winterstädt in Celle ein.[1]

An Canstein aber wurde vom Kurfürsten die Nachricht von dieser Mission mitgetheilt mit dem Bemerken, daß man den Herren zwar bedeutet habe, wie Brandenburg zur Beförderung der Allianz nicht abgeneigt wäre und die Fortsetzung für nöthig hielte, daß aber dennoch dabei mehrere Hindernisse obwalteten. Der König von Schweden wäre zur Zeit in einen schweren Krieg verwickelt, dazu komme das Wahlwerk, da dann bei Aufrichtung der Kapitulation und deren Befestigung so viel zu thun sein würde, daß nicht wohl möglich alles zugleich und am selbigen Orte der Gebühr nach werde beobachtet werden können. Außerdem nehme der Kurfürst Anstand, dieses Werk mit zu vollziehen, solange als ihm der Pfalzgraf von Neuburg das Mitdirektorium im westphälischen Kreise in Frage stelle. Wenn also von Anderen die Angelegenheit stark getrieben werden sollte, möge er, Canstein, den Schluß möglichst bis nach Verrichtung der Wahl hinzuziehen sich Mühe geben und, wenn das nicht sein wollte, vorschlagen, daß man die Verhandlungen nach einem andren Orte verlege, weil es sonst sicherlich Aufsehen und Nachdenken verursachen dürfte. Doch alles mit größter Behutsamkeit, damit die am Werke Betheiligten keinen andern Eindruck gewönnen, als daß der Kurfürst den Bund gern mit befördert sähe.[2]

Unterdessen erwarteten alle Interessenten in Frankfurt sehnlichst die Erklärung des Kurfürsten. Fast bei allen Posten wurde Canstein, besonders von den Mainzern, Braunschweigern und Hessen befragt, ob nichts dergleichen eingetroffen wäre. Er konnte nur versichern, daß an der öfters betonten Zuneigung seines Herrn zur Allianz im großen und ganzen auch jetzt noch keineswegs gezweifelt werden dürfte. Wegen Ueberhäufung mit anderen Geschäften und zumal bei der Anwesenheit verschiedener fremder Gesandtschaften habe der Kurfürst noch keine Zeit gefunden, ihm eine eigentliche Erklärung auf den vereinbarten Vertragsentwurf zukommen zu lassen: doch müsse eine solche in allernächster Zeit erfolgen. Unterdessen wären dem Kurfürsten einige Gedanken beigefallen, worüber er vor Ertheilung einer hauptsächlichen Resolution erst

---

[1] Sein Bericht vom 15. (25.) Februar. — Hannover. Vgl. den Bericht des französischen Gesandten Blondel vom 12. Februar 1658 an Mazarin (U. A. II, 154), worin er meldet, daß Abgesandte der lüneburgischen Fürsten sich seit zwei Tagen in Berlin befänden, um den Kurfürsten zu bewegen, daß er seine Truppen mit den ihrigen zur Unterstützung Dänemarks vereinige.

[2] Erlaß des Kurfürsten an Canstein vom 10. (20.) Februar. — Berlin. U. A. VIII, 540/41. Antwort Canstein's vom 16. (26.) Februar, daß er den Abschluß hinauszuschieben suchen werde. U. A. VIII, 541.

nähere Aufschlüsse begehre. Einmal hege er Bedenken wegen des Beitrittes Schwedens, wie der zu bewerkstelligen, ohne daß man sich in dessen gegenwärtige Kriege mit verwickele. Der Kurfürst müsse wissen, was hierüber sowohl die Schweden selbst als die übrigen am Werke Betheiligten dächten, ob nämlich Jene begehrten, daß man ihnen gegen Polen und Dänemark beistehen wolle, und ob diese willens wären, solches zu thun? Und wenn Bedenken obwalteten, wie man dann mit den Schweden sich einlassen oder ihren Ausschluß, ohne sie zu beleidigen, bewerkstelligen könnte? Des weiteren könne man ja leicht ermessen, daß der Kurfürst Sicherheit haben und auch wirklich verspüren müßte, daß die westphälische Kreisverfassung durch diese Allianz nicht zurückgesetzt würde; nicht sowohl daß er in der Direktorialfrage die ihm bereiteten Schwierigkeiten gehoben zu sehen wünschte, sondern daß es die gemeine Sicherheit erfordere, da man ja vor Augen sehe, wie der Krieg allenthalben sich diesem Kreise nähere. Eine rein papierene Bestimmung im Receß werde dem Kurfürsten nicht genügen, er müsse Ernst sehen. Hiergegen glaubten weder die Mainzer noch die Braunschweiger und Hessen eine Einwendung vorbringen zu können. Und was Schweden anlange, so versicherten die ersten Beiden, wären sie niemals gewillt gewesen noch wären sie es jetzt, in dessen polnische und dänische Unruhen sich mit zu vertiefen. Doch hatte von Mainz Canstein auf anderem Wege in Erfahrung gebracht, daß es gegen Schweden erklärt haben sollte, es würde sich zwar in die augenblicklich noch schwebenden Kriege nicht einmischen, falls aber der König dieser Allianz beiträte und dann von irgend einer Seite — es konnten ja nur Oesterreich und Brandenburg gemeint sein — angegriffen werden sollte, bereit sein, ihm Beistand zu leisten. Von den Hessen glaubte Canstein sogar annehmen zu dürfen, daß sie den Schweden gegen Alle ohne Unterschied, welche sie im Reiche angreifen würden, Hülfe gewähren würden. Und wenn auch Björnklou gegen die Allianz eiferte und an deren Zustandekommen laute Zweifel äußerte, so glaubte Canstein doch, daß Schweden endlich mit schließen würde. Aller Meinung war, daß man bloß zu warten hätte, ob Schweden dasjenige gutheißen werde oder nicht, was man wegen der Einmischung in seine Kriege dem Recesse einverleibt hatte: im ersteren Falle habe man keine Ursache, seinem Beitritte Schwierigkeiten zu bereiten, im anderen müsse man auf weitere Mittel gedenken. Wegen der Schwierigkeiten im westphälischen Kreise bot Mainz seine Vermittelung zu gütlichen Verhandlungen an und vermeinte einen guten Erfolg davon verbürgen zu können.

Im großen und ganzen gewann Canstein den Eindruck, als wenn die Uebrigen alle, ohne auf Brandenburg zu warten, unter der Hand abzuschließen eben nicht abgeneigt wären. Die Abschickung des Hauses

Braunschweig war nach seiner Ansicht auch nur erfolgt, um des Kurfürsten Absichten auszuforschen. Jetzt beriethen sie dort in Frankfurt wieder mit den Hessen über das Ergebniß dieser Mission. Dörnberg wäre, um darüber zu berichten, von Frankfurt abberufen worden. Jedenfalls, so war Cansteins Rath, müsse man die Verhandlungen an der Hand behalten, damit man von allem unterrichtet bleibe.

Wie wenn es aus seinem eigenen Antriebe geschähe, wies Canstein sodann dem Freiherrn v. Boineburg gegenüber auf das mißliche hin, welches in der gleichzeitigen Berathung der Allianzsache mit der Wahlverhandlung gleichsam vor den Augen des Königs Leopold liegen würde, welchem man von allen diesen Dingen nichts mitgetheilt habe, obwohl er doch das künftige Reichsoberhaupt wäre. Boineburg konnte nicht viel dagegen einwenden und verwies auf die Meinung der Anderen. So schloß denn der Bericht Cansteins über die Sachlage mit der Versicherung, daß, sobald es der Kurfürst für gut befinde, die Angelegenheit lange genug aufgehalten werden könne. Dabei drückte er aber auch den Wunsch nach bestimmten Erklärungen über den zu Ende des verflossenen Jahres vereinbarten Vertragsentwurf aus.[1] Sodann fügte er ein Gutachten bei, worin die Gründe für und wider die Annahme der Allianz gegen einander abgewogen wurden. Zu widerrathen wäre sie nach seiner Ansicht aus folgenden Gründen: Einmal wegen des verschiedenen Religionsbekenntnisses und der mannigfachen zuwiderlaufenden Interessen der Vertragschließenden, sodann wegen der Unsicherheit, welche sich aus der Eigenschaft der Mehrzahl der Invitanten als geistliche Personen ergebe, für den Fall, daß sich mit ihnen ein menschlicher Zufall ereigne. Ferner bestehe bei Allianzen überhaupt wenig Solidität. Der Urheber des Bündnisses sei Neuburg und der Anlaß dazu seine Furcht vor Brandenburg. Auch schienen die Katholischen lieber den Kurfürsten missen als den Pfalzgrafen zurücklassen zu wollen. Die ersten beiden Paragraphen des Recesses würden nur Anlaß zu Ausflüchten geben. Der Kurfürst sei beim Quantum zu hoch veranlagt, da er soviel stellen solle als die drei geistlichen Kurfürsten zusammen und die drei braunschweigischen Linien, während man ihm nur einen Kriegsrath zugestehe wie dem, welcher den geringsten Beitrag leiste. Eine Verwickelung mit Frankreich liege nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, alsdann müsse der Kurfürst in Verlegenheit gerathen und werde sich seiner eigenen Wehrkraft entblößen sollen, worin für ihn zumal bei jetzigem Zustand eine große Gefahr liege. Die Allianz stimme überhaupt nicht recht zu

[1] Bericht Canstein's vom 20. Februar (2. März) 1658. — Berlin. U. A. VIII, S. 542.

der augenblicklichen Politik Brandenburgs und laufe seinen anderweitigen Bündnissen (mit Oesterreich und Polen) zuwider. Die westphälische Kreisverfassung würde thatsächlich durch die Allianz zurückgestellt: denn, gerade weil man gesehen, daß man im Direktorialstreit nicht weiter gekommen, wäre man auf dieses Mittel verfallen und habe dann bislang die Verfassung ganz zurückgelassen. Man könne indessen allen diesen Einwänden auch Gegengründe gegenüberstellen: Ein gemeinsames Interesse verbinde Alle, die Wahrung des Friedens und der Schutz des Eigenthumes und der gemeinen Freiheit, und würden die Katholischen mehr Ursache haben als Andere, dies Bündniß einzugehen. Die Einwilligungen der Domkapitel und eine dreijährige Dauer der Allianz würden Garantien gegen die Unsicherheit bieten. Daraus, daß Allianzen zwar nicht allemale ihren Zweck erfüllten, dürfe doch Niemand schließen, daß solche ganz und gar verwerflich seien. Mit Neuburg könne man sich einlassen und auch nicht. Die ersten beiden Paragraphen seien ja immer noch verbesserungsfähig. Was die hohe Veranlagung betreffe, so sei doch auch in Betracht zu ziehen, daß der Kurfürst auch um so viel Land mehr besitze und stehe auch dieser Punkt noch zur Vergleichung. In den cleveschen Landen könne man sich auch der Gefahr versehen und was die am Rhein von Frankreich fürchteten, müsse der Kurfürst sich bei den Schweden vermuthen. Die Allianz könnte also eher dem Kurfürsten als denen am Rhein zustatten kommen. Ueber die Angemessenheit der Allianz zur derzeitigen Politik des Kurfürsten könne er, Canstein, sich kein Urtheil erlauben, da solches einzig und allein dem Kurfürsten zustehe. Wegen der westphälischen Kreisverfassung könne man sich schließlich jetzt gleich bei dieser Gelegenheit einigen. Und nun die Gründe, welche die Allianz für rathsam erachten ließen: Ohne rechte Zusammensetzung der Stände im Reiche, und zwar ohne Unterschied ihres Bekenntnisses, könne das Reich selbst länger nicht mehr bestehen, ohne eine solche könnten die Pläne seiner Feinde nicht gebrochen werden, keine rechte Wahl stattfinden. Und zur letzteren sei eben diese Allianz eine Vorbedingung. Ohne sie werde man ferner zu keiner Reichs- noch Kreisverfassung gelangen. Den Reichssatzungen und dem Friedensinstrument sei ein solcher Bund nicht ohngemäß, ja er begreife nur das in sich, wozu ein Stand gegen den andern ohnehin verpflichtet sei. Eine Weigerung werde also Aufsehen erregen und Ursache sein, daß man von den Absichten des Kurfürsten übel reden werde. Und gerade um dieses zu vermeiden, habe der Kurfürst ja zum Beitritt schon öfters seine Zustimmung erklären lassen, die er nicht wohl mehr zurücknehmen könne, zumal da er schon mit der Mehrzahl der Theilnehmer verbündet sei, mit den drei geistlichen Kurfürsten nämlich im Kurverein, mit Köln und Braunschweig in

besonderem Bündnisse und mit Hessen in Erbverbrüderung. Wenn vier Kurfürsten und so viele Fürsten bei einander stünden, werde es ein großes Ansehen in und außer dem Reiche geben. Denn der Bund werde beinahe den dritten Theil Deutschlands umfassen mit einer höchst bequemen Kommunikationslinie für alle Genossen. Wie groß werde erst die Wirkung sein, wenn Württemberg und Darmstadt und ein oder der andere Auswärtige noch hinzuträten. Italien, die Schweiz und die vereinigten Niederlande gewährten gute Beispiele so mächtiger Föderativgebilde. Die Freundschaft Derer, mit welchen der Kurfürst sich neuerdings verglichen und verbündet, sei keine sichere und wenn auch schon, so würden diese neuen Freunde im Hinblick auf diese andere Verbindung des Kurfürsten um so viel mehr zu gehöriger Observanz bewogen werden. Die Allianz werde auf jeden Fall zustande kommen, weshalb zu bedenken sei, ob es verträglicher, davon zu bleiben oder sich mit hineinzubegeben. Und nachtheilig werde sie dem Kurfürsten insofern nicht sein, als er den Vortheil davon ziehen werde, den sonst Neuburg gehabt, welches für den Fall eines Angriffes vonseiten des Kurfürsten auf Jülich der Hülfe versichert war. Zudem werde er das vornehmste Bundesglied sein und die Leitung nach seinem Gefallen in die Hand bekommen können, demnach von seinem Gutdünken der größte Theil Deutschlands abhängig sein; ja es möchten Zeiten kommen, da wegen dieser Allianz gegen Einen und Anderen, wenn etwa von demselben die Hülfe versagt würde, hiernächst gute Aktion formirt werden könnte.

Canstein also fand für seinen Herrn den Beitritt, wie es scheint, zuträglicher als die Ablehnung. Seine Gründe vermochten jedoch dem Kurfürsten nicht völlig einzuleuchten Eines übersah eben Canstein vollständig, die antiösterreichische Spitze der Allianz und somit die Unmöglichkeit für den Kurfürsten, gemeinsame Sache mit einer solchen Genossenschaft einzugehen.

Inzwischen drängten sowohl Wilhelm Fürstenberg als der Kurfürst von Mainz immer wieder auf endliche Fortsetzung der so lange schon ruhenden Verhandlungen um die Allianz noch vor Ankunft des Königs Leopold, der man mit allernächstem entgegensehen durfte. Noch aber war nicht den braunschweigischen Gesandten der Bericht über den Erfolg der berliner Mission zugegangen, auf welchen sie die Ungeduldigen stets vertrösteten. Und von den Hessen war Dörnberg von Frankfurt abwesend. Die große Pause hielt also weiter an. Erst um die Mitte März empfing Otto Vertröstung auf nähere Weisungen nach Maßgabe der in Berlin von den Räthen des Hauses Braunschweig gewonnenen Eindrücke.[1]

[1] Regierung zu Hannover an Otto am 28. Februar (10. März). — Hannover.

Denn zu Hannover tagten vorerst noch die gesamten Räthe des Hauses zu Beschlußfassungen über die weitere Stellungnahme gegenüber der politischen Sachlage. Genügenden Anlaß dazu gewährten die in Berlin erlangte Gewißheit des Abschlusses der polnisch-österreichisch-brandenburgischen Allianz und der überraschend schnelle Ausgang des dänischen Krieges zugunsten des Schwedenkönigs.[1]

Daß die Entscheidung über den Frieden im Reich nunmehr bei Brandenburg stehe, war die einhellige Meinung der braunschweig-lüneburgischen Staatsmänner. Wenn der Kurfürst vom Kriege abgehalten werden könnte, werde man den Frieden haben, dahin ging ihre Ueberzeugung. Daher ihnen denn kein besser Mittel in diesem Dilemma dünkte als die Vereinigung Schwedens und Brandenburgs in der großen Allianz, an welcher sie solange schon mitarbeiteten. In dieser erblickte man das beste Gegengewicht gegen die den Frieden bedrohenden Gelüste des Hauses Oesterreich und hoffte, vermittels dieses Bundes durch Frankreich den Brandenburger vor Schweden zu retten.[2] In diesem Sinne fiel also der Beschluß des braunschweigischen Gesamtministeriums, besondere Abordnungen an Schwedens König und den Kurfürsten von Brandenburg zu veranlassen, um Beiden die Annahme der rheinischen Allianz anzurathen. Zugleich wurde dort in Hannover die Instruktion für die Gesandten in Frankfurt entworfen, welche ihnen u. a. bezüglich der Allianz als Ergebniß der Sendung nach Berlin mittheilte, daß der Kurfürst abermals erklärt habe, das Bündniß mit einzugehen, mit dem Versprechen, daß er seine Räthe in Frankfurt dahin befehligen werde, weshalb sie, die braunschweigischen Gesandten, bei Canstein mit Fleiß zu erinnern hätten, daß gerade die Allianz ein nicht undienliches Mittel sein werde, von Brandenburg die von den Schweden zu besorgende Gefahr abzuwenden. Die Allianz sei bei der geringen Hoffnung auf eine allgemeine Verfassung des Reiches eine Nothwendigkeit, dürfe aber keinesfalls ohne Schweden und Brandenburg geschlossen werden, daher auch die schwedischen Gesandten bearbeitet werden müßten, damit sie die ihnen gestellten Bedingungen wegen Nichtberücksichtigung ihrer augenblicklichen Irrungen und Kriege im Reiche endlich annehmen und in diesem Sinne auf den König einwirken möchten.[3]

[1] Bemerkenswerthe Aeußerung Otto's bei der Nachricht vom schwedischen Siege in seinem Berichte an Herzog Georg Wilhelm vom 27. Februar (9. März): Wie die Schweden auf ihre hier eingekommenen wunderbaren Fortschritte gegen Dänemark neben den Franzosen als consortibus weiter sich guberniren möchten, wird die Zeit lehren; victoria per se insolens est. — Hannover.

[2] Köcher, S. 243.

[3] Gesamtinstruktion an die braunschweigischen Gesandten vom 5. (15.) März 1658. — Hannover.

Von dem zu Hannover gefaßten Beschlusse, an Schweden und Brandenburg besondere Abschickungen zu thun, ging man in Beziehung auf erstgenannte Macht wieder ab, um den Schein der Furchtsamkeit zu meiden, als ob man auf die Nachricht von den übermäßigen Erfolgen Schwedens im Frieden von Roeskilde zu Kreuze krieche.[1] Den Kurfürsten von Brandenburg aber luden die drei Herzöge von Braunschweig am 4. (14.) März ein, zu weiteren Konferenzen von seinen Räthen etliche nach Magdeburg auf den 24. März (3. April) abzuordnen. Unter dem 12. (22.) März willigte Friedrich Wilhelm ein.[2] Am 20. (30.) März wurde die braunschweigische Gesandtschaft, von Wolfenbüttel Schwarzkopf und v. Heimburg, von Celle Langenbeck und von Hannover Dr. Speyermann, mit einem längeren, das ganze politische Programm des Hauses umfassenden Instruktion abgefertigt. Dem Kurfürsten sollte unter Anführung ausführlicher Beweggründe ein Bruch mit Schweden abgerathen, als bestes Mittel aber zu seiner eigenen und des Reiches Erhaltung die Miteingehung der frankfurter Allianz anempfohlen werden.[3] Die Konferenzen, zu welchen vom Kurfürsten der hinterpommersche Kanzler Lorenz Christoph v. Somnitz und Lehnsekretär Dr. Johann Tornau abgeordnet waren, fanden zu Magdeburg am 5. und 6. April statt.[4] Auf das Anbringen der Braunschweiger wegen des frankfurter Bundes gaben die Brandenburger zu vernehmen, daß der Kurfürst sich dazu ja schon geneigt erklärt hätte. Weil aber nunmehr auch von mehreren Ständen darüber mit Frankreich geredet worden und auch Schweden eingenommen werden solle, so hielte der Kurfürst dafür, daß es auf eine Spezialgarantie, und zwar der rheinischen Kreise durch Frankreich und des niedersächsischen durch Schweden hinauslaufen wolle. Diese beiden mächtigen Kronen würden die übrigen Verbündeten überwiegen und unterdrücken, auch zielten sie zweifellos auf eine Hineinziehung derselben in ihre Kriege. An Drohungen ihrerseits habe es

---

[1] Siehe Köcher, S. 243.

[2] Die Schreiben im St.-A. Hannover.

[3] Durch Köcher's Ausführungen und Wiedergabe der sehr bemerkenswerthen Instruktion (nicht für Berlin, wie er angiebt, siehe S. 243 ff. und 643 ff.) sehe ich mich des näheren Eingehens überhoben.

[4] Vollmacht für die Brandenburger vom 20. (30.) März abschriftlich in Hannover. Vgl. den Bericht Blondels aus Berlin vom 16. April 1658 an Mazarin über die ihm gewordene Kunde von diesen Verhandlungen zu Magdeburg, als deren Zweck er angiebt „pour concerter ensemble les moyens, d'empêcher que les affaires de Pologne n'interrompent le bon effet de cette alliance (der rheinischen), in welche der Kurfürst nunmehr einzutreten willens wäre; an welche Nachricht Blondel die Frage knüpft: Geschieht dieser Eintritt auf den Rath der Oesterreicher, um die Schweden davon auszuschließen? U. A. II, 160.

nicht gefehlt. Das ganze Bündniß sei ein remedium lentum; zudem werde es sich beim Wahltag nicht wohl schicken, die Verhandlungen dort am selbigen Orte fortzusetzen.

In ihrer Gegenausführung am 6. April suchten die Braunschweiger nachzuweisen, daß der Nutzen der Allianz gerade darin bestehe, daß dadurch die fremden Kronen von feindlichen Anfällen zurückgehalten werden würden, welchen Zweckes man bei längerem Zögern verfehlen könnte. Und gerade auch die Einnahme Schwedens hielten die Herzöge für dienlich, da dadurch ihre Waffen nicht nur vom Reich sondern auch vom Kurfürsten selbst abgewendet werden würden. Alle Nachrichten lauteten dahin, daß die Schweden bereit seien und schon erklärt hätten, daß die Allianz auf ihre jetzigen Kriege nicht verstanden und solches nur in einem Nebenrecesse verwahrt werden solle. Braunschweig aber wünsche auch den Beitritt Brandenburgs, und zwar je eher je lieber. In die Kriege der Kronen wolle man sich ganz und gar nicht einmischen, womit auch Schweden einig. Gegen eine Partikulargarantie, wenn sie gefordert werden sollte, werde man sich verwahren und eine solche keineswegs eingehen. Somnitz wiederholte, daß der Kurfürst zum Beitritte geneigt sei, soweit die Allianz dem Friedensinstrumente und den Reichssatzungen gemäß sein würde. Eine Einschließung der fremden Kronen werde jedoch unbedingt eine Verwickelung in deren Kriege nach sich ziehen und könne man das Bündniß als Mittel zur Erhaltung der Ruhe im Reiche nicht ansehen. Wenn beispielsweise jetzt Märsche und andere Bewegungen sich erhöben, sehe man nicht, wie solche durch die Allianz zu verwehren sein würden.

Von den Bedingungen der Aufnahme Frankreichs habe man dem Kurfürsten kein Wort mitgetheilt. Der Mainzer habe davon gegen Canstein wenig wissen wollen und Boineburg gesagt, es wäre noch nichts entworfen. Es wäre wohl besser, wenn des Reiches Stände allein untereinander sich verfaßten. Ob man denn durch geschriebene Bedingungen und Vorsichtsmaßregeln gewaffnete Hände fesseln könnte?

Die Braunschweiger versuchten des langen und breiten den Brandenburgern alle diese Bedenken auszureden: doch nahmen dieselben alles nur zum Referat. Indessen schied man in aller Güte, nachdem Somnitz und Tornau noch die Endfrage, ob der Kurfürst beitreten wolle oder nicht, mit einem, freilich auch wieder durch jene Bedenken verklausulirten Ja beantwortet hatten.[1]

Nichtsdestoweniger kehrten die Braunschweiger höchst unbefriedigt zurück. Sie hatten herausgefühlt, daß Brandenburg den Bruch mit

[1] Protokoll vom 25. März (4. April). — Hannover. Vgl. Köcher, S. 244 ff.

Schweden beabsichtige und den frankfurter Bund nicht mitschließen werde. Eine Aenderung in dem bisherigen Verhalten des Hauses der Krone Schweden wie dem Allianzprojekt gegenüber schien infolgedessen unausbleiblich zu werden.[1]

Eine Entfremdung mit Brandenburg mußte von Braunschweig auch auf das ohnehin für Schweden eingenommene Hessen-Kassel einwirken. Und schon war, noch lange vor diesen magdeburger Verhandlungen, in Frankfurt unschwer zu erkennen gewesen, daß Braunschweig und Hessen, auch ohne auf Brandenburg zu warten, die Allianz mit schließen würden. Der liebedienernde Heyland wenigstens glaubte den Ligisten diese Aussicht nunmehr eröffnen zu dürfen,[2] als die Nachricht vom Abschlusse des brandenburgisch-österreichischen Bündnisses in Frankfurt, wo sie gewaltigen Staub aufwirbelte, für gewiß eintraf.[3] Der Kurfürst von Brandenburg hatte selbst die Thatsache dem kasseler Landgrafen angezeigt. Daß diese Bestätigung fast zu derselben Zeit eintraf, als der König von Böhmen-Ungarn, damit er zum Kaiser gewählt werde, seinen „schmutzigen und ungeschlachten Einzug" in der Wahlstadt hielt, am 9. (19.) März, verursachte dem biederen Otto v. Mauderode ahnungsvolle Beklemmungen.[4] Bestürzt ob jener Nachricht eilten des Hauses Braunschweig Vertreter gleich zu Canstein. Zuerst fragten sie nach den Befehlen seines Herrn zum Abschlusse der Allianz, auf die man in Berlin vertröstet hätte. Dann erwähnten sie die Nachricht von dem Bündnisse des Kurfürsten mit Oesterreich. Die Herzöge würden ungern sehen, wenn zwei so vornehme evangelische Herren, wie er und der König von Schweden, auf's neue an einander gerathen sollten, hofften jedoch, daß das Beispiel Dänemarks zeigen würde, wie sehr man sich auf die Katholischen und zumal Oesterreich verlassen könne. Man wisse durch die hiesigen schwedischen Gesandten und habe es in eigenhändigen

---

[1] Langenbeck bemerkte, wie schon Köcher S. 245 erwähnt, auf dem Protokoll unter dem 4. (14.) April: Nach geendigter Kommunikation mit den Kur-Brandenburgischen haben des fürstlichen Hauses Abgeordnete unter sich das ganze Werk überlegt und darob befunden, daß die den jetzigen Umständen nach fast unveränderlich vertiefften kur-brandenburgischen consilia und intentiones von des fürstlichen Hauses fundamentis consiliorum weit diskrepirten, daher auch die negotiationes beim König von Schweden wie auch zu Frankfurt etwas anderergestalt, als jüngst zu Hannover veranlaßt, geführt werden müssen.

[2] Bericht Schmisings vom 18. März. — Münster.

[3] Björnklou eilte wüthend von einem Gesandten zum andern, wie Otto am 13. (23.) März meldet; der Neuburger Gise aber bemerkte höhnisch zu Schmising, dies Bündniß werde ein großer Vortheil für seinen Herrn sein. Bericht Schmisings vom 19. März. — Münster.

[4] Sein Bericht vom 13. (23.) März. — Hannover.

Briefen des Königs gelesen, daß dieser mit Brandenburg gute Freundschaft halten wolle. Hege der Kurfürst trotzdem ein Mißtrauen, so könne er ja durch diese Allianz und die Garantie Frankreichs seine Sicherheit erhalten. Zu verschweigen wären freilich auch nicht die Drohungen der Schweden für den Fall, daß Brandenburg noch jetzt nach Aenderung der Dinge in Dänemark sich zum Bruch mit Schweden treiben ließe. Viele österreichische Minister gäben dieses vor und schon sei auch eine von Aschaffenburg aus, durch König Leopold auf seinem Wege nach Frankfurt an Montekukuli zum Aufbruch ergangene Ordre zur Kenntniß der Schweden gelangt, Oesterreich hintertreibe mit allen Künsten den Frieden mit Polen, zu welchem Schweden geneigt wäre. Sie, die Braunschweiger, wären von den Schweden um ihre Vermittelung ersucht worden, damit der Kurfürst von seinen Gedanken gegen Schweden abgezogen und ein rechtes Vertrauen wieder hergestellt würde.

Canstein erinnerte hierauf an seine jüngsten Eröffnungen, versicherte nochmals seines Herrn Geneigtheit zum Eintritt in die Allianz und wiederholte die Bedenken wegen der Schweden und der Verfassung des westphälischen Kreises, zu welchen als drittes nunmehr noch das französische Projekt trete, auf welches als ein plane novum emergens er noch gar nicht instruirt wäre. Doch erwarte er noch in dieser Woche Jena, der vielleicht mehr Weisungen mitbringen werde. Das Bestehen einer Allianz mit Oesterreich — er nannte sie nach dem Beispiel der Oesterreicher eine defensive — stellte er nicht in Abrede, bemerkte jedoch, daß der Kurfürst seine Gründe dazu habe. Als er sich des längeren hierüber verbreitete, wußten die Braunschweiger wenig einzuwenden und meinten dann, wenn der Kurfürst nur die Defensive halte, werde er nicht allein der Hülfe der Oesterreicher, sondern auch derjenigen Anderer, ja der Mehrzahl aller Reichsstände sich zu getrösten haben, während er bei offensiven Absichten bald vereinsamt dastehen würde. Mit ausweichenden, unbestimmten Redewendungen bemühte hierauf Canstein sich, ihnen die Harmlosigkeit der Zwecke des österreichischen Bündnisses zu beweisen. Uebrigens ermächtigte er die Herren zu weiteren Unterredungen mit den schwedischen Gesandten, deren Ergebniß er ihm mitzutheilen bat.[1] Er täuschte übrigens mit seinen Versicherungen die Braunschweiger nicht mehr, die jetzt annahmen, daß alles, was er vorgebracht, nnr gesprochen sei, um weiteren Aufschub zu verursachen; es werde ihm, meinte Otto, kaum gelingen, dadurch den Verdacht zu heben, daß es dem Kurfürsten kein rechter Ernst mit der Allianz sei und er nur die Gemüther sondiren wolle.[2] Aber auch Canstein durchschaute sie. Vor dem Hause Braun-

[1] Bericht Cansteins vom 13. (23.) März. — Berlin. U. A. VIII, 547.

[2] Otto am 16. (26.) März. — Hannover.

schweig glaubte er den Kurfürsten in gleichem Maße wie vor den Schweden warnen zu müssen. Die Braunschweiger, bemerkte er, suchen ihr Werk vermittels der bewußten Allianz und dem zu machen, was man mit Frankreich vorhabe, während sich die Schweden um Aufnahme in die Allianz bemühen, damit, wenn ihnen dieselbe auch keine große Hülfe brächte, doch der Kurfürst derselben benommen sein möchte. Gerade deshalb aber, so rieth Canstein, werde es um so nothwendiger, lieber mit, als von der Partei ab zu sein.[1]

Richtig war es nun freilich, daß Schweden nunmehr größeren Eifer als zuvor für die Allianz zeigte, einmal wohl wegen der gleichzeitigen Annäherung Frankreichs und dann, weil endlich der Kurfürst von Mainz und Genossen sich zu dem Zugeständniß herbeigelassen, daß man in dem Recesse von der bewußten Klausel wegen Nichteinmischung in die gegenwärtigen Kriege Schwedens abgehen wolle. Eine Folge der Errungenschaften Karl Gustavs gegen Dänemark und der dadurch wachgerufenen Besorgniß der deutschen Fürsten vor weiteren gewaltsamen Unternehmungen des siegreichen Eroberers. Man hatte das Gefühl, wie wenn der unruhige Mann sich in's ungemessene hinein vertiefen werde.[2] Man beugte sich aus Angst vor Verwickelung mit dieser in so wunderbarer Weise neu gekräftigten Großmacht und räumte das von ihr bisher beanstandete Hinderniß aus dem Wege, ohne es jedoch ganz zu beseitigen, da man übereinkam, in einem noch besonders zu vereinbarenden Nebenrecesse eine Formel zu finden, kraft deren man hoffen durfte, den nach wie vor festgehaltenen Zweck der Nichtverwickelung in die wagnißreiche und vermuthlich verhängnißvolle Politik des kriegslustigen Monarchen zu erreichen. Und auch die Schweden lenkten in diesen Ausweg ein, da sie die ihnen sonst noch aus der Allianz, zumal im Falle des Beitrittes der Krone Frankreich, winkenden Vortheile nicht von der Hand weisen zu dürfen vermeinten. Schon im März galt es für gewiß, daß sie schließen würden, jedoch ohne Brandenburg. Ebenso

---

[1] Bericht Cansteins vom 16. (26.) März. Berlin. Er gibt eine Aeußerung Björnklou's wieder: Was man auf S. Kfl. D. groß hierunter Hoffnung sich zu machen, da der Herr v. Jena selbst ihm wohl so viel zu verstehen gegeben, daß dergleichen Bündnisse E. Kf. D. wenig achteten und solche wenig Verbindlichkeit und Nachdruck hätten, so daß er sich dessen bedient, um E. Kfl. D. Intention odios zu machen.

[2] Otto am 9. (19.) März: Obschon die katholischen Kur- und Fürsten den Krieg zwischen Schweden und Dänemark bisher insgeheim beklagt und nicht gern gesehen, so verspürt man doch, daß ihnen viel beschwerlicher falle, daß Schweden durch die daher erlangten Accessionen und andre Mittel den Krieg ferner zu führen also verstärkt und ganz septentrionem terra marique gleichsam zu seiner ungehinderten Disposition erlangt. — Hannover.

fest nahm man an, daß auch Braunschweig und Hessen nicht ohne Schweden beitreten würden.[1]

Da auf diese Weise alles zur Wiederaufnahme der seit Monaten ruhenden Verhandlungen drängte, suchten Canstein und der mittlerweile in Frankfurt wieder angelangte Jena beim Kurfürsten um bestimmte Weisung wegen seines Beitrittes nach: sie müßten doch wissen, ob er trotz der Theilnahme von Schweden, Frankreich und Neuburg den Receß mit vollziehen wolle oder nicht.[2]

Aber am nämlichen Tage schon hatte der Kurfürst entschieden und verfügt, daß er in Uebereinstimmung mit den von Canstein angeführten Gründen der Ansicht sei, daß er sich von dieser Vereinigung nicht ausschließen lassen dürfe, weshalb dieses Werk wie bisher also zu lenken sei, daß er, der Kurfürst, nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern von den Betheiligten noch weiter gesucht werden möge.[3]

Als die Braunschweiger nach der Ankunft Jena's nachfragten, ob er die von Canstein mehrfach in Aussicht gestellte Vollmacht mitgebracht, konnte dieser nichts aufweisen und suchte es mit Beschleunigung der Abreise Jena's zu entschuldigen; übrigens, meinte er, habe es, als er ihnen Hoffnung darauf gemacht, nicht die Meinung gehabt, als ob vom Kurfürsten eine Instruktion zum Schlusse in der Allianzsache oder überhaupt dem Werke näher zu treten, einkommen würde. Um aber doch einigen Eifer zu zeigen, schlug Canstein schließlich vor, daß die

---

[1] Schmising in einem undatirten Schreiben aus dem März an den Bischof. — Münster. Die Schweden äußerten zu den Braunschweigern ihren guten Willen zur Allianz, zumal nach dem Abschluß des Friedens mit Dänemark und bei starker Hoffnung auf endlichen Frieden mit Polen, den allein Brandenburg erschwere, weil es sich zu tief mit diesem und Ungarn eingelassen und „dadurch mit den übrigen Unirten und Invitirten widrige consilia und Gedanken führen solle und consequenter in einem foedere nicht würde stehen können." Bericht Otto's vom 20. (30.) März. — Hannover.

[2] Bericht vom 23. März (2. April). — Berlin. U. A. VIII, 489.

[3] Erlaß an Canstein vom 23. März (2. April). — Berlin. Hierin heißt der Kurfürst auch die von Canstein dem Kurfürsten von Mainz und dem braunschweigischen Gesandten gemachten Eröffnungen gut, zumal wegen der Defensivallianz mit Oesterreich, wobei er sein Befremden ausdrückt, daß die Minister des Königs von Ungarn hierin so variiren und die Allianz bald zugestehen, bald wieder läugnen wollen und ihn in Frankreich wegen Antreibens, in Polen aber wegen Säumniß zu graviren suchen. „Ihr könnt Alle, die Euch hiervon Meldung thun werden, beständig versichern, daß unsre Intentionen nur einzig und allein auf Erhaltung des Friedens im Reich gerichtet sind und alle bisher geführten consilia nirgends anders hinzielen. Indessen aber wird es uns gleichwohl auch sehr lieb zu vernehmen sein, auf was für Wege die Braunschweiger und Andre es zu richten getrauen, damit uns in diesen Reichslanden vollkommne Sicherheit geschafft werden möge".

Gesandten der Evangelischen mit Ausnahme der Schweden, mit denen es diesmal sich nicht schicken wolle, wenn möglich noch in dieser Woche zur Berathung zusammenkommen möchten, um zu versuchen, wie weit man vor Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Unirten sich untereinander vergleichen könnte. Ein alsdann neu entworfener Aufsatz würde dann dem Kurfürsten als Grundlage für weitere Instruktionen zuzustellen sein.[1] Canstein begegnete mit seinem Vorschlage nur einem Mißtrauen. Die Berufung zu der in Anregung gebrachten Zusammenkunft ließ auf sich warten. Als Vorwand mußte die Erledigung der durch die Ankunft des Königs Leopold verursachten vielen Besuche herhalten.[2] Canstein änderte daher seinen Vorschlag dahin ab, daß es nach dem Rathe Boineburgs wünschenswerth erscheine, auch Jemand von den Invitanten zu diesen Unterredungen zuzuziehen. Dies nahmen die Braunschweiger an und ersuchten schleunigst den Kanzler Mehl, eine Versammlung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu berufen.[3]

Den Mainzern kam dies eben recht. Immer rücksichtsloser hatte Boineburg bereits öfters erklärt, daß man bei längerem Aufziehen durch Brandenburg auf dieses nicht mehr warten dürfte, obschon man ihm die Thüre offen lassen könnte. An Schwedens Beitritt war seiner Ansicht nach nicht mehr zu zweifeln und, falls es Schwierigkeiten machen sollte, könnte man es ja gleichfalls draußen lassen. Man werde zur Defension auch so stark genug sein, selbst wenn auch schließlich Frankreich nicht mit beitreten sollte. Wäre doch neuerdings sogar der Kurfürst von Sachsen hierzu geneigt.[4]

Eitel Prahlen, bestimmt zur Anfeuerung der Braunschweiger und Hessen.

Noch ein Wort über die Haltung Frankreichs. In seinem Interesse lag ein offener Bruch zwischen Schweden und Brandenburg mit nichten, weshalb es auch den von Schweden geforderten Ausschluß des letzteren

---

[1] Bericht Otto's vom 23. März (2. April). — Hannover. Cansteins Reden machten den Eindruck „konfuser". Man könne nicht wissen, meinte Otto, ob Canstein von den wahren, geheimen Plänen seines Herrn gründliche Information habe. Diese Umschweife und Hinhaltungen könnten nicht mehr befremden, seitdem man durch Björnklou wisse, daß der Kurfürst durch den schwedischen Gesandten Schlippenbach dem König habe entbieten lassen, daß dieser an dieses Allianzwerk sich gar nicht zu kehren noch einige Rechnung darauf zu machen hätte, weil die unirten Katholischen zu ihrem Vortheil die Evangelischen nur zu sondiren suchten, wodurch dann auch beim König allerhand Mißgedanken erweckt und daher auch seinerseits die Sache seither so stark nicht getrieben worden wäre.

[2] Otto am 27. März (6. April). — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 6. (16.) April. — Hannover.

[4] Otto am 23. März (2. April). — Hannover.

von der Allianz für nicht rathsam erachtete. Trotz der Beschwerden also, welche Frankreich gegen Brandenburg wegen seiner österreichisch-gesinnten Politik geltend zu machen hatte, die es auch nicht verhehlte, versprach doch Gramont den Braunschweigern, daß er seinen ganzen Einfluß bei den Schweden anwenden wolle, um den Bruch mit Brandenburg aufzuhalten. Dazu gehörte aber vor allen Dingen ein weiteres Zusammengehen der Beiden in der Rheinbundfrage, von dessen Nothwendigkeit die Franzosen in ihrem eigenen Interesse Björnklou zu überzeugen verstanden. Denn auf ihren Einfluß dürfte es wohl zurückzuführen sein, daß die Schweden nun plötzlich keine Abneigung mehr gegen weitere Verhandlungen zusammen mit Brandenburg blicken ließen. Nachdem sie erst kurz vorher ganz schroff als Bedingung ihres Beitrittes den Verzicht Brandenburgs auf die Allianz mit Polen und Oesterreich gestellt, überraschten sie nun durch die Versicherung, daß bei einigem Entgegenkommen des brandenburger Kurfürsten noch Hoffnung auf Erhaltung guter Freundschaft zwischem ihm und ihrem König vorhanden wäre, sowie durch den Rath, daß man mit den Brandenburgern glimpflich verfahren und ihnen keine Ursache geben möge, die Allianz abzubrechen.[1] Damit hätten die Braunschweiger, wenn anders es ihnen ein rechter Ernst mit Brandenburg gewesen, zufrieden sein dürfen. Allein, schon machte sich eine neue Strömung geltend, das Ergebniß der magdeburger Konferenzen, zu Ungunsten Brandenburgs. Schon sprach Witte von Celle offen aus, daß man die Allianz ohne Brandenburg schließen werde, falls dieses die Sache auf die lange Bahn schieben würde, während Heyland doch wenigstens noch bemerkte, daß man ihm immerhin den späteren Eintritt vorbehalten könnte.[2]

Und auch Björnklou's Eifer war wie ein Strohfeuer erloschen. Kurz vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen fand Otto ihn zum Allianzgeschäft ganz lässig und schweigsam, und erst auf des letzteren Drängen gab er soviel zu verstehen, daß man doch erst sicher sein müßte, wie Brandenburg zur Zeit mit dem König von Ungarn stände und ob sein Bündniß mit diesem seine Aufnahme in die Allianz zulassen wolle.[3]

Unter solchen Zeichen erfolgte durch das kur-mainzische Direktorium die Ansage für die erste neue Sitzung zum 17. April.

---

[1] Bericht Otto's vom 30. März (9. April). — Hannover. Köcher, S. 246. 47.
[2] Berichte Schmisings vom 11. und 13. April. — Münster.
[3] Otto am 6. (16.) April. — Hannover.

32.

Wiedereröffnung der Verhandlungen. Der zweite Entwurf zum Receſſe.

Zur Sitzung am 17. April, auf deren Tagesordnung die Beibringung fernerer Erinnerungen zum Entwurfe des Bundesreceſſes, wie er nun ſchon ſeit gerade vier Monaten vorlag, geſetzt ward, erſchienen die Vertreter ſämtlicher Invitanten und die der Invitirten mit Ausnahme der Schweden. Das mainziſche Direktorium hatte letzteren keine Ladung zugehen laſſen. Dies erregte natürlich Aufſehen und ſchien es, als ob eine Abſicht dahinter verborgen wäre. Mehl entſchuldigte es mit der Unachtſamkeit des anſagenden Boten. Auf beſonderen Antrag der evangeliſchen Bank, bei welcher Beſorgniß vor Anſtoß bei den Schweden entſtanden, wurde zu Snoilsky geſchickt, der ſich auch wirklich noch einſtellte.

Ganz kurz, nur mit geſchäftsmäßigen Worten eröffnete Mehl die Sitzung und forderte die Geſandten der Eingeladenen zur Aeußerung ihrer ferneren Bedenken zu dem genannten Entwurfe auf. Canſtein richtete, ehe er hierzu das Wort nahm, an den Körper der Unirten die Anfrage, ob ſie denn nicht ſelbſt einige Erklärungen abzugeben hätten. Ein Nein war die Antwort. Darauf ergoß ſich von Canſteins Lippen eine wahre Fluth von Abänderungsvorſchlägen von theilweiſe recht einſchneidender Bedeutung. Er ſtärkte damit nur die Ueberzeugung Aller, daß es Brandenburg auf Erſchwerung und Verſchleppung, wo nicht gar auf ein Scheitern der Verhandlungen ankomme. Obſchon, was Canſtein ſelbſt betrifft, dieſer von ſolchen Abſichten weit entfernt war, ſondern vielmehr ſeines Herrn Ausſchluß von dieſer Allianz mehr ſchädlich als die Einnehmung erachtete. Wir ſahen aber, wie es ihm im Sinne ſeines Kurfürſten oblag, zumal bei der Unſicherheit des Verhältniſſes zu Schweden, ſo viel Umſtände als möglich bei der Hand zu halten, deren er ſich bedienen könnte, wenn es noch rathſam erſcheinen ſollte, von der Allianz Abſtand zu nehmen.

So tauchte denn heute vor allen anderen Fragen wieder die der weſtphäliſchen Kreisverfaſſung auf; Canſtein ſtellte ſie den Anweſenden in aller Eindringlichkeit vor. Kur-Köln aber meinte, dieſe Sache gehöre nicht hierher. Auch die Forderung nach der Einwilligung der Domkapitel kehrte wieder. Sodann wünſchte Brandenburg eine genaue Begrenzung der Gerechtſame und Befugniſſe des Kriegsrathes, damit derſelbe in

wichtigen Dingen nicht ſelbſtändig ſondern in Abhängigkeit von dem Willen der Prinzipale handele. Ferner erfolgte die Frage, ob unter die Aſſiſtenzfälle auch die zur Zeit ſchwebende Angelegenheit des Biſchofs von Münſter mit ſeiner Stadt gerechnet werden ſolle, des weiteren auch, ob die Verfolgung des Angreifers und ſeiner Genoſſen ſtattfinden ſolle, unter Hinweis auf die Möglichkeit eines ſolchen Falles, wenn z. B. Prinz Condé, obſchon ein Bundesgenoſſe der Spanier, doch ohne Unterſtützung ſpaniſcher Völker einen der Alliirten anfiele und zurückgeworfen würde; ob dann derſelbe auf ſpaniſches Gebiet verfolgt werden ſollte? Als eine weitere Mahlſtatt für die Kriegsräthe in Nothfällen wurde dann auch noch Magdeburg vorgeſchlagen. Verlangt wurde auch eine Erklärung, auf welchen Fuß der Anſchlag der Quoten bemeſſen worden; und gewünſcht die weitere Einladung von Kur-Pfalz, der beiden fränkiſchen Brandenburgs, von Württemberg und Baden-Durlach, und ſchließlich die Mittheilung der bisher noch unbekannten Bedingungen, unter welchen der gerüchtweiſe gemeldete und dem Kurfürſten an und für ſich nicht unangenehme Beitritt Frankreichs erfolgen ſolle. Unwichtiges ſei hier übergangen. Die Frage wegen Führung mehrerer Voten im Kriegsrath, an welcher ſonſt dem Kurfürſten nicht wenig gelegen, unterließ Canſtein mit Abſicht, um nicht mehr Aufſehen zu erregen, als ob der Kurfürſt hierin eine beſondere Präeminenz vor Anderen ſuche, was vor allen Dingen zu vermeiden war. Canſtein meinte, daß vor dem Schluſſe noch Zeit und Gelegenheit genug ſein werde, um dieſen Punkt nach Wunſch zu erledigen. In dieſem Sinne behielt er ſeinem Herrn überhaupt allezeit noch die Beibringung weiterer Erinnerungen vor Schluß der Verhandlungen bevor. Doch verſicherte er, daß ſein Herr, nachdem er erkannt, daß dieſe Allianz den Reichsſatzungen gemäß und zu des heiligen Reiches Beruhigung erſprießlich ſei, keine Bedenken mehr wegen ſeines Beitrittes hege.

Trotzdem hatte die ganze Art Canſteins den längſt gewonnenen Eindruck doch nicht verſcheuchen können, daß Brandenburg nur, wie man es nannte, tergiverſire.

So nahm denn nach beendigter Sitzung Boineburg die braunſchweigiſchen Geſandten beiſeite und fragte, ob unter dieſen Umſtänden ihre Herren nicht endlich ohne Brandenburg ſchließen wollten. Diesmal lautete die unumwundene Antwort Ja. Doch wurden nähere Erklärungen erſt nach Eintreffen neuer Weiſungen nach Maßgabe des Erfolges der magdeburger Konferenzen in Ausſicht geſtellt.[1]

---

[1] Kur-kölniſches Protokoll vom 17. April 1658. — Düſſeldorf. Bericht Canſteins vom 13. (23.) April. — Berlin. Otto's Bericht vom 10. (20.) April. — Han-

Und dieſe Weiſungen blieben nicht lange aus. Wir erinnern uns, wie jene Konferenzen mit einer Verſtimmung der Braunſchweiger geendet, welche ſie veranlaßte, auf einer am 17. April zu Peine zuſammentretenden Hauskonferenz ein neues politiſches Programm zu entwerfen. Dort ließ Wolfenbüttel vernehmen, daß es wegen der frankfurter Allianz bisher Bedenken gehabt, allein mit den Papiſten zu ſchließen, aus welchem Grunde nur man Brandenburg und Schweden mit habe beibringen wollen. Dabei habe man auf jenes mehr als dieſes ſtets Rückſicht genommen. Nun ſei ein ſchleuniger Abſchluß durchaus noch vor der Kaiſerwahl unumgänglich geboten. Die Oeſterreicher hätten das Werk nach Kräften gehindert, bisher freilich nur durch Kunſtgriffe; nach der Wahl aber dürften viele andere Hinderniſſe, auch kriegeriſcher Art erfolgen. Als Grundſatz müſſe man vor allen Dingen feſthalten, daß man ſich durch dieſe Allianz weder in die Kriege Schwedens noch die Brandenburgs verflechten laſſe. Schweden habe nunmehr erklärt, das Bündniß nicht auf ſeine augenblicklichen Kriege ausdehnen zu wollen, und handele es ſich nur noch darum, ob eine bezügliche Klauſel dem Hauptreceß einzuverleiben oder in einen Nebenreceß zu bringen ſei. Mit Brandenburg habe es jedoch nunmehr große Schwierigkeiten; es ſei mehr als fraglich, ob es überhaupt beitreten könne, ohne die ſeinerſeits getroffenen anderen Bündniſſe zu verletzen. Jedenfalls ſei die höchſte Vorſicht anzurathen, damit man mit ihm nicht verwickelt werde, und müßte ausdrücklich bedungen werden, daß die Verbündeten Brandenburg Hülfe zu leiſten in allen den Fällen nicht ſchuldig ſein ſollten, welche aus Anlaß der polniſchen Wirren — und daraufhin konnten ja alle ſeine Verwickelungen gedeutet werden — den Krieg mit ſich führten. Das Werk ſelbſt ſei wegen Brandenburg nicht mehr aufzuhalten: denn den Verſicherungen, die von ſeiner Seite in Magdeburg gefallen, wäre nicht zu trauen. Auch dürften leicht die Oeſterreicher durch Brandenburg das Werk hindern können. Wenn das fürſtliche Haus ſonſt in ſich einig, brauche es auf Brandenburg nicht zu warten. Man könne deſſen Namen ja mit in den Receß ſetzen; wenn dann die brandenburgiſchen Miniſter in Frankfurt darauf angewieſen, könne es mit eingenommen werden, wenn aber nicht, ſo hätte man ſeine Pflicht gethan und fiele alles auf ſeinen Entſchluß zurück. Celle führte noch weiter aus: Als man Schweden und Brandenburg eingeladen, um nicht ihnen allein die Waffen in den Händen zu laſſen, wären Beide noch einig geweſen. Schwedens König hätte wenig Neigung zu den Bündniſſe verrathen;

---

nover. Köcher, S. 247. Unter dem 20. (30.) April billigt der Kurfürſt von Brandenburg die Votirung Canſteins. — Berlin.

auf die Frage des Kurfürſten von Brandenburg, was er davon halte, hätte er geäußert, das wäre eine Lapperei. Jetzt aber ſcheine Björnklou in anderem Sinne inſtruirt zu ſein: doch ſehe er wohl, daß er in den Bund nicht kommen könne, er müſſe denn ſein Intereſſe durch einen Nebenreceß wahren, was man auch geſchehen laſſen könne, da es genüge, wenn man nur in die jetzigen Kriege und die, welche daraus entſpringen könnten, nicht mit verflochten werde. Schweden ſei alſo mit zuzulaſſen. Brandenburg aber ſcheine hierzu keine beſondere Begierde zu verſpüren, wie man zu Frankfurt bemerken könne und es auch in Magdeburg erfahren habe. Doch könne man ja noch hoffen, daß es andere Pläne faſſen möchte, wenn es ſähe, daß alles auf dem Schluſſe ſtände. Wenn es erklären würde, daß dieſe Allianz auf die jetzigen Aktionen und das, was daraus entſpringen könnte, nicht gemeint ſein ſollte, ſo wäre leicht zu helfen. Zu Magdeburg habe man jedoch das Gegentheil verſpürt. Brandenburg werde ſchwerlich auf die im Bunde verheißene Hülfe verzichten und folglich das nicht eingehen, was Schweden bereits angenommen. Wenn es aber im Hinblick auf zukünftige Fälle, nicht aber auf Gegenwart und Vergangenheit mit eintreten wolle, ſei es aufzunehmen, wenn aber nicht, ſo ſei mit ihm nichts anzufangen. Ferner noch auf dieſe Macht zu warten, wenn ſie dieſe Bedingungen nicht eingehe, ſei nicht thunlich. Kalenberg ſtimmte für den Schluß auch ohne Schweden und Brandenburg, während Celle zwar letzteres fallen ließ, erſteres aber auf alle Fälle zulaſſen wollte. Da auch Wolfenbüttel letzterem beiſtimmte, fiel als Beſchluß des Geſamthauſes Braunſchweig: Brandenburgs Namen zwar in den Receß zu ſetzen und mit ihm zu ſchließen, wenn es die Bedingungen annähme und mit eintreten wollte, wenn aber nicht, um ſo ſicherer mit Schweden und den Anderen abzudrücken; und würde Brandenburg alsdann das fürſtliche Haus der Uebergehung nicht zu beſchuldigen haben.

Mit Frankreich ſei ferner auch zu ſchließen und habe man ſich wegen deſſen nur vorzuſehen, daß es wegen der Wahlkapitulation keine Partikulargarantie fordere, wohin Mainz und Andere zu zielen ſchienen, was eine große Gefahr in ſich ſchließe.[1]

Dieſem Beſchluſſe gemäß erfolgte denn unter dem 13. (23.) April an die braunſchweigiſchen Geſandten in Frankfurt die Geſamtinſtruktion, Brandenburgs Beitritt zwar vor wie nach unter Bemühungen um Beſeitigung aller Hinderniſſe zu befördern zu ſuchen, beim Drängen der Andern aber nicht länger auf dieſe Macht zu warten, ſondern in Gottes

[1] Bericht des celleſchen Geh. Kammerraths v. Gladebeck vom 7. (17.) April aus Peine. — Hannover. Köcher, S. 247.

Namen zu ſchließen, dem Kurfürſten jedoch auf allen Fall für ſpäteren Zutritt freie Hand vorzubehalten. Wegen Schweden beſtehe keine Schwierigkeit mehr, da es der Aſſiſtenz in ſeinen gegenwärtigen Kriegen ſich durch einen Nebenreceß begeben wolle. Mit Frankreich ſei abzuſchließen; ſollten ſich aber deswegen neue Schwierigkeiten ergeben, wäre ſchleunig zu berichten, der Schluß mit den Andern aber unterdeſſen keineswegs aufzuhalten.[1]

Unmittelbar nach Kenntnißnahme dieſer überaus wichtigen Weiſungen benachrichtigten die braunſchweigiſchen Geſandten ihren heſſiſchen Kollegen Badenhauſen davon. Der äußerte ſeine volle Zufriedenheit und glaubte in Ausſicht ſtellen zu können, daß es ſeitens des Landgrafen an ähnlichen Entſchlüſſen nicht ermangeln werde. Alle einigten ſich, nunmehr mit Thatkraft an das Werk zu gehen, damit Brandenburg merke, daß man zum Ende ſchreite und nicht viel mehr nach ſeinem Beitritt frage; auf dieſe Weiſe hoffte man allein noch mit ihm trotz alledem zum Ziele zu gelangen, falls dies noch ſein Bündniß mit Polen und Oeſterreich überhaupt zulaſſen würde.

Die Braunſchweiger begaben ſich auch zu Canſtein; doch hielten ſie für angemeſſen, der Bedingungen für die Miteinnehmung Brandenburgs, wie ſie das Geſamtminiſterium des Hauſes forderte, vorläufig noch keine Erwähnung zu thun, ſondern berichteten ſie ganz im allgemeinen, daß ſie nunmehr Befehl erhalten hätten, den Schluß mit allem Fleiße zu betreiben. Canſtein verſicherte, daß er gleichen Befehl hätte, meinte aber, daß es noch darauf ankommen würde, wie man ſich auf ſeine Erinnerungen vom 17. April erklären möchte. Vor allem aber ſtellte er die beſonders heikle Frage, ob und wie weit man ſich mit Schweden wegen ſeiner Reichslande gegen die Angriffe der Polen oder überhaupt die Feindſeligkeiten, die aus Anlaß des polniſchen Krieges ſchon eröffnet wären oder künftig zu beſorgen ſein würden, einzulaſſen habe und, ihm Beiſtand zu leiſten, beſchließen könne? Ein Achſelzucken war die Antwort darauf.

Björnklou dagegen, welchem die Braunſchweiger ebenfalls von den

---

[1] Geſamtinſtruktion vom 13. (23.) April. — Hannover. Zu Peine wurde am ſelbigen Tage auch beſchloſſen, eine Geſandtſchaft an den König von Schweden zu entſenden, ohne daß es zunächſt zur Abſchickung wirklich kam. Die damals entworfene Inſtruktion hierfür weiſt die Geſandten an, dem König die Freude der Herzöge über ſeinen Entſchluß zur Miteingehung der Allianz auszudrücken, Beſchleunigung der Angelegenheit anzuempfehlen und die Hoffnung auszuſprechen, daß es noch gelingen möge, eine Verſtändigung zwiſchen ihm und Brandenburg zuwege zu bringen. Beim Zögern Brandenburgs werde man auch ohne daſſelbe ſchließen, doch freie Hand für ſeinen ſpäteren Beitritt offen laſſen. — Hannover.

Entſchlüſſen ihrer Herzöge Mittheilung machten, zeigte ſich ganz eifrig zum weiteren Fortgang in den Allianzverhandlungen; er ſprach von des Königs Begierde zu dieſem Werke, ſtellte aber dennoch alles auf das fernere Verhalten Brandenburgs, von dem man, wie er verſicherte, übrigens neuerdings ſich friedlicher Geſinnungen verſehen könnte. Letztere Eröffnung verurſachte angeſichts der Bewegungen der ſchwediſchen Armee, wovon man täglich mehr erfuhr, einigen Zweifel. Auf die naive Frage, ob es denn nicht möglich wäre, daß das ſchwediſche Heer vorläufig noch in Schonen bleiben könnte, antwortete Björnklou denn auch lachenden Mundes, daß dieſes unter den obwaltenden Verhältniſſen eine Unmöglichkeit wäre.

Auch dem Kurfürſten von Mainz eröffneten die Braunſchweiger, was ihnen von daheim zugekommen. Der war hocherfreut und verſprach, baldigſt zur Berathung anſagen zu laſſen.[1]

So war denn endlich ein großer Erfolg erreicht. Johann Philipp war mit dem Hauſe Braunſchweig am Ziele. Des Landgrafen von Kaſſel Nachfolge durfte, zumal bei ſeiner Hinneigung zu Schweden, gleichfalls als ſicher angenommen werden. Mit Frankreich war man ſo gut wie einig, desgleichen mit Schweden bis auf die Formalitäten; mochte alſo der Brandenburger immerhin ſein zweideutiges Spiel fortſetzen.

Aber war er denn der Einzige, an deſſen gutem Willen zu zweifeln, vor dem man auf der Hut zu ſein Grund hatte? Im Schooße der alten Muttereinigung ſelbſt keimte ja im ſtillen die Saat des Oeſterreichers munter auf. Die ſchwankende Haltung Chriſtoph Bernards von Münſter gab zu denken. Und der in der Wahlfrage ſchon längſt von Oeſterreich gewonnene Kurfürſt von Trier ließ, je näher man beim Allianzwerke dem Abſchluſſe rückte, immer bedenklichere Neigung zur Abſonderung von den alten Genoſſen erkennen. Die Verbindung mit Frankreich war ihm nicht genehm, ein deutſcher Staatenbund im antiöſterreichiſchen Sinne unannehmbar für ihn.[2] Der Kurfürſt von Mainz ſah es

[1] Alles nach dem Berichte Otto's vom 17. (27.) April. — Hannover.

[2] Otto a. a. O. erzählt gelegentlich der Berichterſtattung über die Audienz beim Mainzer Kurfürſten: Als dabei des hier gemeinen Geſchreies gedacht worden, daß auch Trier wider Frankreich nicht gute Gedanken führe und faſt gemeint ſein ſoll, durch Antrieb ſeiner ſpanioliſirten Miniſter die ſpaniſche Partei entweder zu fomentiren oder gar zu nehmen und ſich dabei auf öſterreichiſche Aſſiſtenz zu ſteuern, ein ſolches aber ſowohl im ganzen Reich als auch bei der Defenſivallianz nicht wenig Ungelegenheit verurſachen würde, gab der Kurfürſt dieſem Gerücht Beifall, erkannte die daher drohende Gefahr an, hielt dafür, daß wir oder Jemand unſeres Mittels mit den kur-trieriſchen Miniſtern, beſonders dem Kanzler Anethanus darüber zu kommuniziren und ihm das Werk in ſeinem Effekt in etwas ab- und vorzubilden hätten,

kommen, daß Karl Kaſpar nicht mit ſchließen werde. Schon dachte er deshalb daran, ihm auch die alte rheiniſche Liga, die eben wieder erneuerte, zu kündigen, alſo jede engere Verbindung mit dem Abtrünnigen überhaupt zu löſen. Vorher aber noch verfiel er auf den ſonderbaren Gedanken, die Leiter des kur-trieriſchen Kabinets durch die braunſchweigiſchen Geſandten ausforſchen und auf ſie in einem der Allianz günſtigen Sinne einwirken zu laſſen. Die Braunſchweiger nahmen es ernſt mit dieſer Aufgabe; ſie wandten ſich an den Kurfürſten Karl Kaſpar ſelbſt, welchem es gelang, ſie durch einen gewiſſen zur Schau getragenen Eifer für die Allianz gründlich zu täuſchen.[1]

Alles ſtand im Zuſammenhange mit der Frage der Kaiſerwahl, welche nunmehr, als Ende April und Anfang Mai die Kurfürſten von Köln und von der Pfalz ihren Einzug in Frankfurt gehalten, in den Vordergrund aller Intereſſen gerückt ward. Schon längſt handelte es ſich hierbei ja nicht mehr um die Perſon des zu Erwählenden, ſondern um die Formulirung der Wahlkapitulation. Wer nur irgend eine Beſchwerde gegen das Haus Oeſterreich auf dem Herzen hatte — und deren Zahl war keine geringe —, irgend eine Gefahr, eine Beeinträchtigung etwelcher Gerechtſame beſorgte, der drängte ſich an die Kurfürſten, bei welchen er die größte Theilnahme für dieſe ſeine Intereſſen vorausſetzen zu dürfen vermeinte. Auch allem Anſcheine nach jeder Beziehung zum künftigen Kaiſer fernliegende Angelegenheiten, wie beiſpielsweiſe die Sache des Biſchofs von Münſter gegen ſeine Stadt, gedachte man hier vermöge der Kapitulation zum Austrag zu bringen. Und je nach dem Grade des Vertrauens, welches Der oder Jener zu dem Hauſe Oeſterreich trug, je nach dem Maße der Hoffnungen oder Befürchtungen, die man auf den zukünftigen Kaiſer ſtellte, geſtaltete ſich die Gruppirung der Stände des Reiches. Und alle Widerſacher des Königs Leopold und ſeines Hauſes geſellten ſich zur Partei ſeiner Feinde, der Schweden und Franzoſen, der eine durch Sonderverträge, wie der Pfälzer, die Andern durch den Rheinbund. Daß die Stärke dieſer beiden auswärtigen Mächte die Schwäche der deutſchen Nation bildete, davon ſchien den Rheinbündlern das rechte Bewußtſein zu mangeln.[2] Johann Philipp

---

welches wir in Bedenken genommen. In omnem eventum deteriorem hielt der Kurfürſt dafür, daß Trier von den unitis das foedus defensivum (die alte kölniſche Allianz) würde müſſen aufgekündigt werden. — Hannover.

[1] Bericht Otto's vom 24. April (4. Mai). — Hannover.

[2] Zu Schmiſing bemerkte der Mainzer Kurfürſt: Es werde keine Gefahr ſein, wenn man mit Frankreich auf den Fuß des Friedensſchluſſes und ſoweit, als es deſſen im Reich gelegene Lande belange, zu keiner Offenſion, ſondern zu einer zuläſſigen Defenſion traktire. Den Katholiſchen könne nie geholfen werden, außer wenn

von Mainz war geblendet und sein Ehrgeiz feierte den höchsten Triumph, als er im Vereine mit Max Heinrich von Köln neben Wilhelm Fürstenberg seinen Rath Blum nach Frankreich und Spanien entsenden durfte, im eitlen Wahne, daß man dort nur auf ihren weisen Rath gewartet habe, um den Frieden zu schließen. Die Sendung dieser kurfürstlichen Staatsmänner nahm sich aus wie praktische Politik, war's aber nicht. Wie konnte die Ohnmacht sich erkühnen, in dem großen Widerstreite zweier Weltmächte das erlösende Wort finden und gebieten zu wollen? Und zumal wenn diese Friedensstifter der einen dieser Mächte sich in die Arme zu werfen, der andern in ihrem Freunde, dem künftigen Kaiser, durch die Aufdrängung einer schimpflichen Kapitulation eine Beleidigung anzuthun sich anschickten. Wahrlich, so sehr auch Johann Philipp und der Kölner ob der Grobheit Peneranda's zeterten, als er, wie sie sagten dem Völkerrecht zuwider, die Sendung der Friedensemissare zu vereiteln strebte: der stolze Spanier war nicht im Unrecht, als er dieser anmaßlichen Ohnmacht gegenüber mißachtende Worte fallen ließ. Freilich wurde dadurch der Riß nur noch klaffender, der Gegensatz der Rheinbündler zu Spanien und Oesterreich immer schneidender, ja, man darf es wohl sagen, der Rheinbund eine politische Nothwendigkeit für die, wenn auch durch eigene Schuld, mit dem zukünftigen Reichsoberhaupte noch vor seiner Wahl Entzweiten. Und noch konnten diese hoffen, im Reiche die stärkere Partei zu bilden; eine stattliche Reihe von Fürsten und Kurfürsten im Bunde mit Frankreich und Schweden, den waffenmächtigen; in Frankreichs Solde, wenn auch nicht im Rheinbunde selbst, der Kurfürst von der Pfalz, vielleicht auch der Herzog von Württemberg, mit Schweden liebäugelnd der darmstädter Landgraf. Und noch war die Haltung des brandenburger Kurfürsten, wie man immer noch hoffte, nicht vollkommen entschieden gegen Schweden, nicht bedingungslos trotz des abgeschlossenen Bündnisses für Oesterreich.[1] Hat doch Brandenburg im Verlaufe der Unterhandlungen um die Kapitulation

---

Frankreich und Spanien Frieden machen, wozu aber niemals zu gelangen, es wäre denn, daß man Spanien und Frankreich beiden die force, so sie von Deutschland haben können, abschneide, dazu kein besser Mittel wäre, als alle kriegenden Kronen mit solchen Defensionsallianzen im Zaume zu halten. Auch er, der Kurfürst, traue ja weder Spanien noch Frankreich, er werde daher so behutsam gehen, daß daraus keine Gefahr entstehen solle. — Bericht Schmising's vom 1. Mai 1658. — Münster.

[1] Schmising's Bericht vom 1. Mai: Der Kurfürst von Brandenburg fällt jetzt denjenigen Kurfürsten bei, welche wollen, daß den Franzosen per futuram capitulationem die Sicherheit gegeben werden solle, daß das Haus Oesterreich in Deutschland, den Staaten, noch in Brabant directe vel indirecte assistiren solle, auch hält man dafür, daß er die österreichische Partei wieder verlassen werde und wo nicht ganz mit seiner Soldateska den Schweden beitreten, so doch wenigstens sich neutral halten wolle.

mehr als einmal deutlich offenbart, daß es nicht in allen Stücken dem Hauſe Oeſterreich Folgſchaft zu leiſten geſonnen. Vorzugsweiſe durch die Rückſicht auf das nationale Intereſſe beſtimmt, hat es die Wahlfrage nicht gänzlich im habsburgiſchen Sinne, nicht völlig im antifranzöſiſchen zur Entſcheidung gebracht. Und dieſe Haltung Brandenburgs war es, welche den Franzoſen in ihrem eigenen Intereſſe eine immerhin nicht unfreundliche Geſinnung gegen daſſelbe zur Schau tragen hieß. Deshalb erfolgte auch kein offener Abbruch der Allianzverhandlungen mit Brandenburg und darauf zurückzuführen iſt wohl auch die den thatſächlichen Beziehungen Brandenburgs zu Schweden nicht entſprechende verhältnißmäßig freundliche Stimmung Björnklou's und Snoilsky's gegen Canſtein trotz allen Tergiverſirens von deſſen Seite.

Auf den 29. April war wiederum zum Rathgange in Allianzſachen angeſagt. Da am 17. nur Brandenburg votirt hatte, ſollten die Abgeordneten der übrigen Invitirten mit ihren letzten Erinnerungen zum Allianzreceß vernommen werden. Der Geſandte von Schweden-Bremen eröffnete ſeinen Vortrag mit einer Klage über das langſame Fortſchreiten der Verhandlungen um das gemeinnützige Werk, welches, wenn es vollendet geweſen wäre, alle Ungelegenheiten in den Kreiſen Ober- und Niederſachſen verhindert haben würde. Schweden könne keinerlei Vorwurf wegen Saumſeligkeit treffen, vor Monaten ſchon wäre des Königs Vollmacht übergeben. Eine Hauptſchwierigkeit beſtehe wohl in der Weitläufigkeit des Receſſes, der ſich mit zu vielerlei Vorfällen beſchäftige, ohne eine Vollſtändigkeit erreichen zu können, wenn man nicht Kautelen bis in's unendliche hinein erdenken wolle. Hauptſache ſei doch der Punkt der gegenſeitigen Vertheidigung und Hülfeleiſtung und in dieſem werde Schweden mit der Majorität gehen, auch wegen ſeines Beitrages ſich in aller Billigkeit finden laſſen. Die Zuziehung der Krone Frankreich und anderer deutſchen Stände mehr erſcheine jetzt nothwendig, zumal da das Werk ziemlich ausgearbeitet und damit der Einwand gefallen wäre, daß durch ſolche Verhandlungen nur Schwierigkeiten und Verzögerungen hervorgerufen würden.

Darauf erklärte Wolfenbüttel ſich zu ſchleuniger Beförderung geneigt, weshalb es auch durch fernere Erinnerungen das Werk nicht aufhalten wolle: doch behielt es ſich die Nothdurft auf die noch ausſtehenden endlichen Erklärungen der Invitanten bevor. In gleichem Sinne etwa lauteten die Erklärungen von Celle und Hannover. Kaſſel bezog ſich

---

— Und der Kurfürſt von Mainz hatte zu Schmiſing geäußert: man möge Brandenburg nicht trauen, wie wenn es gut öſterreichiſch wäre; ſein Intereſſe ſei zu eng mit dem der Schweden verbunden. — Münſter.

auf ſeine Abſtimmung vom 22. December vergangenen Jahres und verlangte, daß man beſonders noch in dem Bundesvertrage ausdrücke, daß man durch denſelben ſich beim Friedensſchluß und demjenigen zu erhalten bezwecke, was aufgrund deſſelben einem Jeden zukomme. Dann erfolgten von ſeiner Seite noch eine Reihe Verbeſſerungsvorſchläge, welche alle darauf hinauszielten, jeden Anlaß zu Mißverſtändniſſen im Receſſe auszumerzen, im übrigen aber kaum erwähnenswerth erſcheinen. Doch hielt es bemerkenswertherweiſe die alte Forderung auf die Einwilligung der Domkapitel auch heute wieder aufrecht. Weitere Erinnerungen hielt es ſich ganz in Uebereinſtimmung mit Wolfenbüttel bevor. Daher man ſich zu dem Beſchluſſe einigte, daß nunmehr die Invitanten auf die von der andern Seite in den verſchiedenen Sitzungen vorgebrachten Verbeſſerungsvorſchläge ſich möglichſt bald erklären ſollten, damit der Sache dermaleins ein Ende gemacht werden könnte.[1]

Zunächſt kam es alſo ganz allein darauf an, welche Stellung die Invitanten zu den vielfachen, ihnen unterbreiteten Erinnerungen endlich nehmen, was ſie gutheißen oder verwerfen und was ſie noch ihrerſeits an Vorſchlägen beizubringen haben würden. Ihre Berathungen hierüber verzögerten ſich einige Zeit durch die nunmehr gerade ſchwunghaft betriebenen Verhandlungen im Kurfürſtenkolleg über die Wahlangelegenheit, zumal in der Frage von des Reiches Sicherheit: täglich ſaßen die Herren Kurfürſten mit ihren Miniſtern drei bis vier Stunden hierüber zu Rathe. Das Ergebniß war eben jene Sendung des jüngeren Fürſtenberg und Blums nach Frankreich und Spanien und die Abfertigung von Friedensaufforderungen an alle ſtreitenden Mächte ſowie diejenigen, bei welchen ein Ausbruch von Feindſeligkeiten zu erwarten ſtand.[2]

Am 7. Mai aber verſammelten ſich die Geſandten der kölniſchen Ligiſten, um die Erinnerungen der Eingeladenen mit den ihrigen zu vergleichen. Trier verſicherte, daß der Kurfürſt den beſten Willen zu dem ganzen Werke habe und eine baldige Endſchaft wünſche. Doch halte man dafür, daß zuvor unter den deutſchen Ständen die Allianz geſchloſſen und über die Aufnahme Frankreichs erſt dann berathen werden ſollte, wenn dieſes ſich angemeldet haben würde. Dann lehnte es die Forderung der domkapitulariſchen Einwilligung ab, forderte eine Veran-

[1] Protokoll vom 29. April. — Düſſeldorf. Berichte Otto's und Canſtein's (mit Jena zuſammen) vom 20. (30.) April. — Hannover und Berlin.

[2] Siehe Diarium Europaeum I. S. 701 ff. zum 24. April (4. Mai) 1658, woſelbſt auch die Briefe des Kurfürſtenkollegiums an die Könige von Spanien und Frankreich, Böhmen-Ungarn, Polen und Schweden, ſowie an den Kurfürſten von Brandenburg.

lagung der Quoten nach dem Fuße eines freiwilligen Uebereinkommens und fand auch gegen die von Brandenburg gewünſchte Herbeiziehung weiterer Theilnehmer nichts einzuwenden, nur daß erſt ihre Anmeldung abzuwarten wäre und der Schluß dadurch nicht aufgeſchoben werden dürfte.

Da dieſes, wohl unerwartete, Votum den Eindruck aufkommen ließ, als würde man auf dieſe Weiſe nicht ſchnell genug zum Ziele gelangen können, erhob das mainziſche Direktorium den Vorſchlag, einfach den Entwurf vom 17. December artikelweiſe vorzuleſen, die Erinnerungen der Proteſtanten zu prüfen, eigene vorzubringen und danach einen neuen Receß zu fertigen. Dies ſchlug durch.

In drei raſch hintereinander folgenden Sitzungen kam man zu Ende.[1] Bemerkenswerth war die Haltung Neuburgs. Es forderte, eingedenk der Drohungen Hollands mit Repreſſalien, derartige Fälle im Receſſe eigens mit vorzuſehen. Es bekämpfte ferner das von Brandenburg wegen der weſtphäliſchen Kreisverfaſſung geſtellte Verlangen auf's lebhafteſte und beſonders die Forderung, daß beim Schließen dieſer Allianz die jener Verfaſſung entgegenſtehenden Schwierigkeiten wirklich möchten gehoben werden. Es ſchien ihm und ſchließlich auch ſeinen alten Bundesgenoſſen gerade genug, daß des weſtphäliſchen Kreiſes überhaupt im Receſſe beſondere Erwähnung geſchehen ſollte; ein weiteres Zugeſtändniß an Brandenburg ſchien undenkbar. Auf Neuburgs Vorſchlag iſt ferner ein Beſchluß zurückzuführen, wonach die Invitanten unter Hinweis auf ihr Beiſpiel mit dem Bundesfeldherrnamte Reuſchenbergs der Gegenſeite anheimgeben wollten, ſich auch ihrerſeits einen General zu erkieſen, doch vorbehaltlich der oberherrlichen Gerechtſame desjenigen Fürſten, in deſſen Landen etwa die Aktion ſich abſpielen würde. Einen ſehr ſchwülſtigen Zuſatz brachte Münſter in Vorſchlag, durch welchen dem Biſchof gegen die Auflehnung ſeiner Stadt und der dieſelbe begünſtigenden Landſtände und gegen deren Zettelungen mit den General-Staaten in ganz beſonders verbindlicher Form Hülfe zugeſichert werden ſollte. Als Schirmverwandte namhaft zu machen einigte man ſich über das Stift Thorn, die Abtei Kornelimünſter, die Grafen v. Manderſcheid-Blankenheim, die Herren von Reekem und die Stadt Aachen. Als ein weſentlich verbeſſernder Zuſatz wurde der Vorſchlag Kaſſels begrüßt, unter den Zwecken des Bundes den Schutz des weſtphäliſchen Friedens und des Genuſſes deſſelben beſonders mit auszudrücken. Hingegen waren Alle darin einig, daß man die Forderung des Konſenſes der Domkapitel entſchieden ablehnen müſſe. Die Abfaſſung einer Inſtruktion

[1] Protokolle vom 7., 10. und 11. Mai. — Düſſeldorf und Münſter.

für die Kriegsräthe und einer Verpflegungsordonnanz für das Bundesheer ließ man ſich gefallen. Einen Aufenthalt hatte die Forderung Münſters verurſacht, wonach das alte Quantum aufgrund der Reichsmatrikel umgeändert werden ſollte. Das Mißverhältniß der einzelnen Leiſtungen beim bisherigen Anſchlag war ja augenfällig, Chriſtoph Bernard war zu hoch, der mainzer Kurfürſt zu gering bemeſſen. Aber gerade darum begegnete Schmiſing einem beſonderen Widerſtande der Mainzer, die ihm einfach bedeuteten, daß noch bei Anweſenheit Biſpings beſchloſſen worden wäre, alles beim alten zu laſſen, und daß es zur Zeit nicht angehe, über Aenderungen zu reden; jeder Aufenthalt ſei zu meiden. Schmiſing mußte ſich beſcheiden.[1]

Noch am Nachmittage des 11. Mai wurden die Geſandten der Invitirten berufen und ihnen die Zuſätze und Zuſtimmungen der Alliirten mitgetheilt. Die Braunſchweiger erklärten ſich befriedigt, nur daß ihnen das Wort Repreſſalien Bedenken einflößte. Dörnberg hatte nichts einzuwenden. Nur Canſtein blieb ſeiner Rolle getreu und erhob immer neue Ausflüchte, redete nur in allgemeinen Wendungen und verwies heute in allem auf ſeinen Kollegen Jena, der ſich noch nicht vollſtändig aus den Protokollen unterrichtet habe, weshalb er um einen neuen Aufſchub in den Verhandlungen nachſuchen müßte.[2]

Dieſer wurde gewährt bis zum 17. Mai, wo man wieder zuſammenkam. Auf der Tagesordnung ſtand die Erklärung der Invitirten auf die letzten Erinnerungen der Ligiſten. Canſtein verlangte vor allen Dingen eine Erläuterung des Wortes Repreſſalien. Dann betonte er nochmals ſeinen Vorſchlag, die Erhaltung der Präeminenz und der einem Jeden zuſtehenden Rechte und Gerechtſame und beſonders die Wahrung der deutſchen Freiheit ausdrücklich mit unter den Zwecken des Bundes aufzuführen. Auch hielt er für zweckmäßig, einen Termin von vier, höchſtens ſechs Wochen zu benennen, innerhalb deſſen auf Anrufen die Hülfeleiſtung zu erfolgen haben ſolle. Der Zuſatz Münſters, welcher auf Bändigung der Stadt und der Landſtände abzielte, dünkte ihm überflüſſig, da doch das ſchon vorhandene Wort „innerliche Empörung" alle ſolche Fälle vorſehe. Als er nun noch hinzufügte, daß ſeinem Herrn, wenn die Hinderniſſe wegen des Direktoriums im weſtphäliſchen Kreiſe nicht behoben würden, der Entſchluß wegen ſeines Beitrittes noch vorbehalten bleiben müſſe, bemerkten die Geſandten Neuburgs und Braunſchweigs — ſoweit entfernte ſich ſchon die welfiſche Politik von der brandenburgiſchen —, daß dieſe Angelegenheit gar nicht hierhergehöre.

[1] Bericht Schmiſings vom 12. Mai. — Münſter.
[2] Bericht Otto's vom 4. (14.) Mai. — Hannover.

Da man die Anzahl der zu Bundeszwecken von Brandenburg aufzubringenden Mannſchaft ſeitens der Unirten neuerdings von 800 M. z. R. und 1500 M. z. F. auf 500 bezw. 1000 herabgeſetzt hatte, erklärte Canſtein, daß ſein Herr dagegen wohl nichts einzuwenden haben werde, wenn man auch immer noch nicht erſehen könne, auf welchen Fuß die Veranlagung genommen wäre. Zur Vertheidigung der Schirmverwandten, meinte er, werde man ſich nicht verſtehen können, wenn man nicht wiſſe, weſſen ſich dieſe verbindlich machen wollten. Die alten Erinnerungen wegen des Direktoriums und Generalkommandos wiederholte Canſtein. Sodann erachtete er die Vereinbarung einer Inſtruktion für die Kriegsräthe unter Vernehmung etwaiger Wünſche der Prinzipale, auch der Anſichten erprobter Kriegsleute von Fach ganz unerläßlich. Als Neuburg fragte, ob dies ſo aufzufaſſen wäre, als ob man das Werk ſolange aufhalten wollte, verneinte es Canſtein. Und die weitere Frage, was Brandenburg mit den etwa eroberten feſten Plätzen anzufangen gedenke, beantwortete er dahin, daß deren Beſatzung geſamterhand zu erfolgen haben würde, ſoweit es die acquirenda und nicht die recuperanda anlange, die doch den alten Beſitzern natürlich wieder zufallen müßten.

Nach dieſen faſt ermüdenden Auseinanderſetzungen erhob ſich friſch und feurig der Schwede Snoilsky. Es wäre ſchon ſo viel geredet und ab- und zugethan worden, daß er ſeinerſeits das Werk nicht weiter aufzuhalten gedenke. Die Hauptſache ſei doch, daß man zu gegenſeitiger Vertheidigung einig. Dann aber würde auch ein kurzer Receß genügen. Mit den vielen Skrupeln ſei es nicht gethan; wer ſolche hege, für den werde der Receß niemals weitläufig genug abgefaßt werden können. Er werde alles nach dem Gutbefinden der Stimmenmehrheit annehmen.

Wolfenbüttel bat, das Wort Repreſſalien zu ſtreichen und die ſchwülſtige Klauſel des Biſchofs von Münſter kürzer zu faſſen. Mit dem für das Geſamthaus Braunſchweig angeſetzten Kontingente von 420 Reitern und 900 Mann Infanterie erklärte es ſich einverſtanden. Das Hauptwerk, meinte ſodann Heyland, ſei ohne Aufenthalt zu vollziehen, worauf man ſich wegen des Generalkommandos, der Inſtruktion für die Kriegsräthe, Verpflegung der Truppen, des Artillerieweſens u. dergl. m. ſchon werde einigen können. Dem Vorſchlage Brandenburgs, einen Termin für die Hülfeleiſtung zu beſtimmen, verſagte er ſeine Zuſtimmung; mehr werde man durch die Worte unweigerlich und unverzüglich erreichen. Wegen der Aufnahme Anderer, zumal Frankreichs, dürfte ſeiner Meinung nach heute wohl nicht zu reden zeitgemäß und beſſer ſein, wenn man erſt untereinander einen Schluß machte und dann Jedem, der da wollte, den Beitritt offen ließe. Hannover, zugleich im

Auftrage der nicht erſchienenen Vertreter von Celle und Heſſen-Kaſſel, welches mit Braunſchweig ganz einig, erklärte ſeine Zuſtimmung zu dieſen Ausführungen.

Das Ergebniß war die Formulirung einer Reſolution, wonach ein neuer Aufſatz zu entwerfen und im Plenum vorzulegen war, nach deſſen nochmaliger Durchberathung endlich ein Schluß gemacht werden ſollte.[1]

Die Neufaſſung verurſachte wenig Mühe. Das kur-mainziſche Direktorium war bereits am 24. Mai in der Lage, den neuen Entwurf zur, vermeintlich letzten, Umfrage zu ſtellen. Rein äußerlich ſchon unterſchied ſich dieſer Aufſatz von dem Entwurfe vom 17. December 1657 durch die vermehrte Zahl ſeiner Paragraphen, 22 gegen 17, da man aus dem langathmigen zweiten Artikel vier neue, aus dem neunten zwei und ebenſoviel aus dem zehnten gebildet hatte. Styliſtiſche Veränderungen ſind bemerkbar. Getilgt ſind die Worte „jetzt“ und „oder ſich einmiſchen laſſen“ bei der Stelle, wo geſagt iſt, daß die Verbündeten in die zwiſchen fremden Kronen und Potentaten ſich jetzt enthaltenden Kriege weder direkt noch indirekt ſich einmiſchen oder ſich einmiſchen laſſen ſollen; ferner die Beſtimmung, daß der etwa zu ernennende Obergeneral in gemeine Pflichten genommen werden ſolle, und vor allem jene bedenkliche Satzung, daß in wichtigeren und Staatsſachen dem Kriegsrathe nur eine begutachtende Stimme zuſtehen ſolle, während ihm eine Beſchlußfaſſung nur nach Einholung ausdrücklicher Befehle der Prinzipale zugeſtanden war; letzterer Wegfall eine entſchiedene Verbeſſerung, wenn man an die Art der Kriegführung denkt, wie ſie ſich durch jene Beſtimmung geſtalten mußte. Hingegen finden ſich an bemerkenswerthen Zuſätzen und ſonſtigen Aenderungen der Hinweis auf den Schutz des weſtphäliſchen Friedens und deſſen Genuſſes an zwei Stellen, ſowie der auf die Erhaltung der einem Jedem zukommenden Präeminenz und zuſtehenden Rechte und Gerechtigkeiten, ſonderlich aber der deutſchen Freiheit; die Erwähnung, daß gewaltthätige Angriffe allerdings ſchon vor die Generalgarantie gehörten; die Betonung der unter den Verbündeten nothwendig zu beobachtenden beſtändigen Freundſchaft und der Anzeige etwaiger Beſchwerden gegen einen Mitalliirten behufs gütlichen Austrags; die Forderung unverzüglicher Hülfeleiſtung unmittelbar nach Anzeige des Bedürfnißfalles; die Annahme, daß ein Verbündeter an der bundesmäßigen Hülfe von ſeinen Unterthanen verhindert werden könnte; eine Bezugnahme an mehreren Stellen auf eine demnächſt noch zu entwerfende Inſtruktion für die Kriegsräthe; die Minderung des brandenburgiſchen Kontingentes, der

[1] Protokoll vom 17. Mai. — Düſſeldorf. Bericht Otto's vom 8. (18.) Mai. — Hannover.

Anſchlag des Geſamthauſes Braunſchweig (ſ. oben) und ſchließlich die Umänderung der Friſt für Beibringung der Ratifikationen aus fünf Wochen in einen Monat.[1]

Bei der Umfrage am 24. Mai fielen noch die folgenden bemerkenswerthen Abänderungsvorſchläge. Snoilsky wünſchte den Titel ſeines Herrn genau ſo ausgedrückt zu ſehen, wie er ſich im weſtphäliſchen Friedensinſtrumente fände, nämlich „Königl. Majeſtät zu Schweden, als Herzog und Fürſt zu Bremen, Verden, Pommern und Herr zu Wismar." Braunſchweig erſuchte um Tilgung des von Brandenburg vorgeſchlagenen Wortes Präeminenz, weil man, wie es ſchien, beſorgte, daß unter dieſem Worte die Gerechtſame und Vorrechte der Kurfürſten mit verſtanden werden ſollten. Um keinen Aufenthalt zu verurſachen, gab Canſtein nach und das Wort fiel. Neuburg und Münſter ſuchten das Wort Repreſſalien zu retten. Canſtein widerſprach. Der Neuburger erläuterte die Beweggründe ſeines Herrn. Aber außer Münſter und Köln war keiner der Anweſenden für das Wörtchen zu erwärmen; man wies darauf hin, daß der Begriff ſchon in dem Ausdrucke „andere Zunöthigungen" mit enthalten wäre. Ein Antrag Giſe's, dieſe Erklärung wenigſtens in's Protokoll aufzunehmen, wurde abgelehnt. Verſtimmt gab er darauf zu hören, daß es demnach ſeinem Herrn freiſtehen müſſe, beizutreten oder nicht. Zu Artikel 4 wurde auch ein Zuſatz vorgeſchlagen, daß nämlich der Kriegsrath auch dann zuſammenberufen werden ſollte, wenn auch noch kein wirklicher Angriff, ſondern nur Anlaß oder Vermuthung dazu ſich ergäbe, damit beizeiten alle Vorkehrung getroffen und bei wirklichem Einbruch der Gefahr keine Zeit verloren würde. Eine neue Schwierigkeit erhob Snoilsky damit, daß er eine andere Benennung des von ſeinem Herrn zu übernehmenden Kontingentes in Ausſicht ſtellte. Schließlich wurde noch der Vorſchlag laut, daß man am Schluſſe des Receſſes noch ausdrücken ſolle: falls am Ende der dreijährigen Friſt des Bundes die Alliirten etwa in wirklicher Aktion begriffen ſein ſollten, würde deshalb dieſe Aktion noch nicht aufzugeben ſein, ſondern der Bund bis nach Ende derſelben fortbeſtehen müſſen.

Ganz zuletzt bedang noch Neuburg aus, daß man zu nichts verbunden ſein wolle, bevor nicht ſämtliche Vertragſchließende ihre Ratifikationen eingeſandt haben würden.[2]

Beſonders in's Auge zu faſſen ſind noch die Erklärungen Canſtein's, welcher vorſchlug, in Artikel 1, wo die Rede von der Nichtein-

---

[1] Neufaſſung des Receſſes vom 24. Mai 1658. — Düſſeldorf.

[2] Protokoll vom 24. Mai. — Düſſeldorf. Schriftliches Votum Schmiſings ebenda.

miſchung in fremde Kriege iſt, die einſchränkenden Worte hinzuzufügen „ſoweit es das römiſche Reich angeht und ohne Noth und Urſache.“ Nichts als Hinterpförtchen für die Politik ſeines Herrn, die man erkannte: denn man ſprach von gefährlichen Konſequenzen und weigerte ſich, derartige Zuſätze aufzunehmen, obgleich Canſtein erklärte, hierzu ausdrücklichen Befehl zu haben; er unterlag der Stimmenmehrheit. Gleich dem Neuburger erklärte deshalb auch er, es müſſe demnach ſeinem Herrn vorbehalten bleiben, ob er dergeſtalt mit eintreten wolle oder nicht.[1] Wie er überhaupt auch heute wieder dem Kurfürſten noch weitere Erinnerungen offen hielt. Auch betonte er nochmals, daß dieſer auf keine andere Weiſe ſich in dieſes Bündniß begeben würde, es geſchähe ihm denn zuvor Genugthuung wegen des Direktoriums im weſtphäliſchen Kreiſe, ſowie daß es ferner auch dahin ſtehe, ob der Kurfürſt mit den geiſtlichen Fürſten ohne Einwilligung der Domkapitel derſelben ſich verbinden werde. Und in dieſem letzteren Punkte ließen nun auf einmal ſämtliche evangeliſche Genoſſen, von denen in der letzten Sitzung noch Kaſſel daſſelbe Verlangen geſtellt hatte, ihn im Stiche.[2]

Man hatte nach dieſer Sitzung vom 24. Mai den Eindruck, als ſei das Werk beendet, bis auf den Beitritt Brandenburgs.[3] Das kurmainziſche Direktorium ſandte die neu vereinbarte Faſſung des Bundesvertrages in Reinſchrift den Betheiligten am 27. Mai zu. Schon dachte man daran, dieſen Entwurf auf Ratifikation zu unterſchreiben.[4] Canſtein glaubte, daß dies noch in der nämlichen Woche geſchehen würde, und berieth deshalb mit Jena, ob ſie mitunterzeichnen oder die Vollziehung dem Kurfürſten ſelbſt anheimgeben ſollten, an welchen er die Bitte richtete, möglichſt ſchleunig ſeine Willensmeinung äußern zu wollen.[5]

---

[1] Bericht Otto's vom 15. (25.) Mai. — Hannover.

[2] Bericht Canſteins vom 19. (29.) Mai 1658. — Berlin.

[3] Schmiſing's Bericht vom 26. Mai: Mit den Unkatholiſchen iſt der Schluß außer Kur-Brandenburg, welcher annoch in suspenso bleibt, geſtern (ſoll vorgeſtern heißen) geſchehen. — Münſter.

[4] Otto's Bericht vom 18. (28.) Mai. — Hannover.

[5] Bericht Canſteins vom 19. (29.) Mai. — Berlin.

33.

Schwierigkeiten wegen der Krone Schweden.

Dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg wollte die ganze Sache je länger je weniger behagen. Sich mit dem Abschlusse überschnellen zu lassen war nicht nach seinem Gefallen. Als er daher aus dem Berichte seiner Gesandten vom 29. Mai den Eindruck gewann, daß die Verhandlungen um die Allianz ihrem Ende sich näherten, entschloß er sich seit langer Zeit zum ersten Male wieder, Canstein und Jena eingehende Weisungen wegen ihres weiteren Verhaltens zu ertheilen.[1] Wiederum hob er hervor, wie unschicklich es wäre, daß von ihm, einem Kurfürsten des Reiches, über die Allianz zu gleicher Zeit und an demselben Orte wie über die Kaiserwahl verhandelt werden sollte; denn er fühlte sehr wohl die Spitze, welche in diesem Bunde sich gegen das Haus Habsburg kehrte. Demnach schlug er vor, die Verhandlungen, namentlich aber den Akt der Beschließung an einen andern Ort zu verlegen. Ueberhaupt aber und vor allen Dingen drang er auf vorherige Genugthuung wegen des Direktoriums im westphälischen Kreise. Nochmals forderte er sodann die Zustimmung der Domkapitel, schon deshalb, weil zur Zeit mehrere Kapitel, wie zu Mainz und Würzburg, zu Köln, Lüttich und Hildesheim, unter einem Hute ständen, so daß im Falle des Ablebens eines solchen geistlichen Fürsten die Union der Stifter zerfallen und damit ein Abgang bei den Kontingenten sich ergeben müßte. Gegen die zuletzt getroffene Eintheilung der Quoten hatte Friedrich Wilhelm füglich nichts mehr einzuwenden. Aber das Mißverhältniß in der Zusammensetzung des Kriegsrathes, und daß Jeder nur ein Mitglied dazu abordnen solle, rügte er nach wie vor. Er wünschte, daß einem Jeden so viele Stimmen zuerkannt werden sollten, als ihm deren sonst auf dem Reichstage wegen der einzelnen Besitzlande zuständen.

Instruktion und Verpflegungsordonnanz sollten erst vereinbart werden, ehe man überhaupt weiter über den Receß rede. Das von Neuburg vorgeschlagene Wort Repressalien oder eine bezügliche protokollarische Erklärung verwirft der Kurfürst. Dann aber hält er im Hinblick auf die ihm von Schweden drohende Gefahr für angemessen, daß man im Recesse auch ganz bestimmte Vorsehung treffen solle, wonach auch gegen

---

[1] Instruktion für Canstein und Jena vom 28. Mai (7. Juni). — Berlin. U. A. VIII, 549 kurz erwähnt.

gewaltsame Durchmärsche und Einquartierungen die Bundeshülfe zu gewähren sei. Denn es hätten, er wisse es wohl, einige Räthe von den Invitirten sich vernehmen lassen, daß der König von Schweden als solcher an die Reichssatzungen nicht gebunden sei und deshalb ungestört durch das Reich Völker führen dürfe. Es sei doch aber wohl gleich viel, ob er die Lande der Alliirten als König von Schweden oder als Herzog von Bremen verderbe, und wider beide Fälle Hülfe vonnöthen. Um also einer solchen Ausflucht vorzubeugen, wäre im Recesse besonders zu verwahren, daß die Hülfe gegen solche Märsche u. s. w. geleistet werden sollte, unter welchem Vorwande und von wem auch immer sie vorgenommen würden. Den Beifall des Kurfürsten hatte der Zusatz in Artikel 1 bei der Stelle von der Nichteinmischung in fremde Kriege „soweit es das römische Reich angehe und ohne Noth und Ursache." Die Weisung aber, auf welche der Kurfürst sichtlich den größten Werth legte, lautete dahin, daß seine Gesandten sich bemühen sollten, damit das Werk aufgehalten werde, auch unter den Anderen nicht zum Schluß komme, zu welchem Ende sie sich eben dieser Einwände und Bedenken zu bedienen haben würden, wozu sie als neuen Einwurf hinzufügen sollten, daß der Kurfürst seine Stammesvettern von den fränkischen Linien mit aufzunehmen wünsche und daher mit diesen sich erst darüber benehmen müsse; auch wäre, um die Sache aufzuhalten, die Hinzuziehung des zur Zeit in Frankfurt anwesenden Kurfürsten von Sachsen zu beantragen. Und ferner, weil auch Schweden den Bedingungen der Allianz nicht entsprechen könne, bevor es mit Polen Frieden gemacht und alle Streitfragen mit Oesterreich behoben, so wäre darauf zu dringen, daß die wirkliche Aufnahme dieser Krone ausgesetzt würde, bis hierin ein Austrag erfolgt wäre. Auf allen Fall aber müßte verhütet werden, daß ihm, dem Kurfürsten, der Vorwurf erwüchse, als wäre er es, welcher die Verhandlungen abbräche. Die Gesandten aber hätten nichts anzunehmen, auch den Receß nicht zu vollziehen, sondern in allem ferneren Bericht zu erstatten und Befehl abzuwarten.

Hiermit ist die endgültige Abkehr des Kurfürsten von der Allianz besiegelt. Alle Einwände und Einwürfe, alle immer wieder neu auftauchenden Vorschläge dienen nur dem einen Zwecke, das Werk aufzuhalten und wenn möglich ganz zu hintertreiben. Schon hatte man freilich diese Politik durchschaut und selbst Hessen und Braunschweig waren ja bereits gewillt, ohne Brandenburg zu schließen, auf seinen Rückzug längst gefaßt.

Vielleicht hätte man also, ohne sich viel um die stets neuen Aufzüge mehr zu bekümmern, schnell zu Ende eilen können. Aber es gab noch anderes zu erledigen. Die Krone Schweden hatte ja von Anfang

an als Bedingung ihres Beitrittes die uneingeschränkte Hülfeleistung gegen Jedermann verfochten. Jetzt, nach ihren großen Erfolgen gegen Dänemark und mit ihrem mächtigen Rückhalte an Frankreich, war sie wohl um so weniger gesonnen, einfach einen Bundesvertrag zu vollziehen, welcher die Bedingung aufstellte, daß die Alliirten weder direkt noch indirekt sich in die zwischen fremden Kronen und Potentaten sich enthaltenden Kriege einzumischen haben sollten. Dies war ja eben die Formel, kraft deren man sich der Hülfe an Schweden in dessen auswärtigen Verwickelungen entschlagen zu können vermeinte; gegen sie hatte sich aller Eifer der schwedischen Gesandten schon so oft gewendet. Und noch immer war man keineswegs zu einer beide Theile befriedigenden Lösung dieser heiklen Frage gelangt. Zwar der dänische Krieg war beendigt, aber der polnische war es nicht trotz mehrfacher Anbahnungen zu Friedensverhandlungen, noch drohten die Polen mit einem Rachezuge gegen Schweden, der freilich nur möglich schien durch die Unterstützung der zu Schutz und Trutz mit ihnen verbündeten Oesterreicher und Brandenburger, deren Losbruch um so eher zu erwarten stand, als auch, wie man wußte, König Karl Gustav starke neue Rüstungen betrieb. Dazu die Rachegelüste Dänemarks und die Unzufriedenheit der Holländer mit dem Frieden von Roeskilde. Man fühlte, daß ein geringer Funke nur den Krieg im Norden jeden Augenblick entfachen konnte. Und der Schwedenkönig wollte den Kampf; es drängte ihn, sich endgültig auf offenem Blachfelde mit dem Brandenburger abzufinden. Oesterreich hoffte er mit der Hülfe Frankreichs und der rheinischen Allianz durch die Wahlkapitulation derart binden zu können, daß er beim Entscheidungskriege nur Brandenburg und die entfernt gesessenen, mißachteten Polen sich gegenüber sehen würde. Kam freilich noch Dänemark zu diesen, und für seine Auflehnung gegen die ihm aufgezwungenen Ketten sprachen bereits allerhand Anzeichen, so mußte es ein hartes Ringen werden, bei welchem er auch des direkten Beistandes einer Macht wie der des rheinischen Bundes nicht entrathen zu können wohl in Berechnung zog. Und gerade hiergegen sträubten sich diese Herren von der großen Defensivverfassung mit allen Kräften. Sie faßten gern alle Gefahren, die der Welt durch die Verwickelungen Schwedens drohten, weil sie vom polnischen Kriege ihren Ausgang genommen unter dem Namen „der polnischen" zusammen und waren geneigt, in diesem Sinne kraft der bewußten Formel des Recesses überhaupt alle und jede offene Hülfeleistung für Schweden zu verweigern. Der Kurfürst von Maiz wurde nicht müde, zu betonen, daß an eine Assistenz aus Anlaß des polnischen Krieges nicht gedacht werden könnte, bereit, jede Verwickelung Schwedens auf diesen Zusammenhang hin zu deuten. Björnklou und Snoilsky

klammerten sich ihrerseits an eine wörtliche Deutung dieser Erklärung und meinten, daß sie ja nur ihrem Herrn die Bundeshülfe für den Fall eines Angriffes durch Oesterreich und Brandenburg sichern wollten. Johann Philipp schien einzulenken und meinte die Bundeshülfe für den Fall versprechen zu dürfen, daß Oesterreich und Andere, wer die auch sein möchten, die deutschen Provinzen Schwedens nicht aus Anlaß des polnischen Krieges, sondern aus einer anderen Ursache oder Vorwande angreifen würden.[1]

Die seitdem im stillen, vermuthlich unter dem Beistande der französischen Gesandten weitergeführten Verhandlungen mit Björnklou und Snoilsky hatten allgemach zu einer dem Anscheine nach milderen Auffassung des mainzer Kurfürsten geführt, der auch jetzt noch jede Garantie für Schweden aus Anlaß der polnischen Wirren ablehnte, den Schutz gegen Oesterreich und Brandenburg aber nicht mehr so starr ausschloß,[2] was schon daran zu erkennen war, daß die alte Forderung der Alliirten, wonach Schweden vor Eintritt in den Bund aller Kriege ledig sein solle, in aller Stille fallen gelassen worden war. Es wäre, da der Bundesreceß mit der bekannten Formel wegen der Nichteinmischung jedenfalls allezeit zum Nachtheile Schwedens aufgefaßt werden konnte, das einfachste gewesen, diese ganze Stelle wegzulassen. Dagegen aber sträubte sich der Sinn des Mainzers und seiner Genossen, auf der einen Seite wohl um eine dann zu besorgende Verstimmung Brandenburgs zu vermeiden, auf der anderen Seite aber auch um sich immer noch die Rückzugspforte offen zu halten.

Immerhin jedoch fühlte man auf allen Seiten das Bedürfniß nach Regelung des Verhältnisses zu Schweden und gerieth dabei auf die etwas umständliche Idee, dieses durch einen besonderen Nebenvertrag zu erreichen. Der Gedanke war schon mehrfach aufgetaucht, ohne daß man sagen könnte, wem die Ehre der Vaterschaft gebühre.[3] Jetzt, wo der große Hauptvertrag zur Vollziehung fertig stand, trat er von neuem in greifbarer Gestalt auf. Den Gesandten Braunschweigs hatten die Schweden, welche seither stets die unbeschränkte Hülfeleistung gegen Jedermann gefordert hatten, in einer schwachen Stunde einmal vertraulich erklärt, daß ihres Königs Wille nicht wäre, daß die Alliirten des polnischen Krieges halber auch nur ein einziges Pferd satteln lassen

[1] Säve, S. 47.

[2] Säve, S. 94.

[3] Snoilsky war der Urheber nicht. Er hat mehrfach den Wunsch geäußert, es einfach beim Hauptreceß zu belassen (danach zu verbessern: Köcher, S. 252.), und einfach die Streichung der für Schweden anstößigen Klausel im Hauptrecesse verlangt (Köcher, S. 248.).

ſollten. Jetzt wünſchten dieſerhalb die Alliirten ganz beſtimmte und bindende Abmachungen, während die Schweden wiederum zu wiſſen verlangten, ob und wie weit der Bund ſich der ſchwediſchen Reichsprovinzen auch gegen eine aus Anlaß des polniſchen Krieges ihnen drohende Gefahr (contra vim et laesionem bello Polonico profluentem et occasionatam) anzunehmen geneigt wären. Vermuthlich haben hierüber Verhandlungen zwiſchen Mainz und Köln einer- und Schweden andererſeits ſtattgefunden, deren Ergebniß jener Gedanke eines Nebenreceſſes war. Die Sache wurde zunächſt den proteſtantiſchen Invitirten nur angedeutet; die Urheber des Gedankens hüteten ſich, in offener Sitzung mit einem Antrage hervorzutreten, um nicht den Unglimpf auf ſich zu laden: denn es war wohl leicht vorauszuſehen, daß die Sache nicht ſo glatt verlaufen würde.[1]

Und nun entwickelte ſie ſich in folgender Weiſe. Zum 28. Mai war eine neue Sitzung angeſagt, in welcher die Vollziehung des Receſſes durch Unterſchrift der einzelnen Vertreter erfolgen ſollte. Schweden-Bremen ſowie Brandenburg ließen ſich entſchuldigen. Deshalb wurde der Akt auf den nächſten Tag verſchoben. Aber auch da erſchienen die Genannten nicht; auch der Neuburger Giſe verſäumte ſich auf einer Gaſterei beim Kurfürſten von Mainz. Die Braunſchweiger und der Heſſe, zur Unterfertigung des Vertrages aufgefordert, lehnten dies unter dem Vorwande ab, daß die Frage, wie man Schweden Beiſtand leiſten wolle, noch nicht entſchieden ſei und man, ſo lange als dieſes unterbliebe, der Allianz wenig zu genießen haben würde. Darüber freilich war man einig, daß man zur Hülfe an Schweden nicht verbunden ſein würde, wenn es einen Angriff von Polen erführe; doch gab man ganz im Sinne der Schweden zu verſtehen, daß man vorzuſehen habe, was zu thun ſein möchte, wenn Oeſterreich und Brandenburg einen Ueberfall unternehmen ſollten. Da hierüber keine Einigung erzielt werden konnte, wurde beſchloſſen, den Freiherrn v. Boineburg und Witte von Celle zu Björnklou zu entſenden, damit ſie mit ihm über dieſe Angelegenheit beriethen.[2]

---

[1] Bericht Otto's vom 15. (25.) Mai. — Hannover.

[2] Bericht Giſe's, der dieſe Vorgänge von Mehl und Aldenhoven erfuhr, vom 30. Mai. — Düſſeldorf. Otto ſtellt in ſeinem Berichte vom 22. Mai (1. Juni) die Sache ganz anders dar. Danach hätten die Invitanten zuerſt zu wiſſen begehrt, ob wegen Schweden der verglichene Receß auch ſicher genug eingerichtet wäre. Die Invitirten hätten abgelehnt, ſich hierauf zuerſt zu erklären, damit ſie (die Invitanten) „ihre Intention, den Glimpf deswegen allein für ſich zu behalten und das contrarium bei Schweden auf uns zu dämmen, nicht erlangen können". Darauf hätten Jene erklärt, daß darüber ein Nebenreceß zu vereinbaren ſein würde, wie man ſich „wegen Vorpommern und des jetzigen polniſchen Krieges halber und wie weit man ſich

Dem Kurfürsten von Mainz war dieser Aufschub nicht genehm; auf's eifrigste drängte er zum Abschlusse und ließ verlauten, daß man nunmehr ein Ende machen müsse, wenn er und die anderen Unirten nicht genöthigt werden sollten, in anderer Weise nach bester Möglichkeit auf ihre Sicherung zu gedenken. Dies schien auf eine Abschwenkung zur österreichischen Partei abzuzielen. Wiederum fiel das Wort: Braunschweig und Kassel könnten füglich auch ohne Schweden und Brandenburg schließen und Anderen, deren genug sein würden, die Thüre offen lassen.[1]

Am 1. Juni war wieder Tagsatzung. Diesmal fehlten die Vertreter von Trier und Münster, während Brandenburg[2] und Schweden sich eingestellt hatten. Snoilsky wurde aufgefordert, abzutreten, worauf Boineburg über den Erfolg seiner und Witte's Konferenz mit den schwedischen Gesandten Bericht erstattete. Björnklou hatte sie an Snoilsky gewiesen, der dann erklärt hatte, man werde sich erinnern, wie er allemale beständig eine allgemeine, gegenseitige, uneingeschränkte Assistenz sowohl wegen Vorpommerns als der anderen schwedischen Reichslande gefordert habe; widrigenfalls seinem König von dieser Allianz kein Nutzen zu gewarten sein würde, weshalb man es lediglich bei dem bereits abgehandelten und verglichenen Recesse bewenden lassen könnte. Wollten jedoch die Alliirten wegen des polnischen Krieges einige Ausnahmen aufstellen, so müßten sie eben — so hatte er gesprochen —, falls sie auf einen Nebenreceß abzielten, diesen selbst entwerfen und ihm

---

Hinterpommerns und andrer schwedischen Lande im Reich halber in omnem eventum zu verhalten habe". Einstimmig wäre dann die Ansicht laut geworden, daß man zur Assistenz nicht gehalten sein wolle, wenn Pommern vom König von Polen oder den Völkern seiner Alliirten, falls sie unter seinem Kommando ständen, angegriffen werden sollte; daß aber, wenn ein Andrer, er sei auch, wer er sei, Pommern und andre solche Länder anfallen würde, die Assistenz aufgrund des Allianzrecesses geleistet werden müßte.

[1] Bericht Otto's vom 22. Mai (1. Juni). — Hannover. Schon vorher hatte Johann Philipp zu den Braunschweigern geäußert, daß sich auch Bamberg, Darmstadt, Württemberg und noch andre Reichsfürsten mehr gern zum Beitritte einladen lassen würden. Bericht Otto's vom 15. (25.) Mai. Der Kurfürst von der Pfalz fragte bei Otto an, ob man nicht auch ihn auffordern werde, „und hat sich gar begierig dazu vermerken lassen". Bericht Otto's vom 18. (28.) Mai und 29. Mai (8. Juni). — Hannover.

[2] Den Brandenburgern hatte man von dem Plane eines für Schweden zu vereinbarenden Nebenrecesses mit der Versicherung Kenntniß gegeben, daß man zuvor darüber mit ihnen kommuniziren und nichts hineinbringen wollte, was den Kurfürsten präjudiziren könnte; worein sie von vornherein Zweifel setzten. Bericht des Fürsten Moritz von Nassau, Hauptgesandten zum Wahltage, Cansteins und Jena's vom 25. Mai (4. Juni). — Berlin; kurz erwähnt U. A. VIII, 548.

gestatten, dazu Erinnerungen beizubringen. Bei der nach dieser Mittheilung von Mainz gestellten Umfrage stimmten Köln, Neuburg, Braunschweig und Kassel einhellig für baldige Abfassung eines Entwurfes zu einem solchen Nebenrecesse. Nur Canstein erklärte, daß er sich auf einen solchen Hauptfall noch nicht einlassen könnte, da er erst vorher dem Prinzen von Nassau, dem Hauptvertreter seines Herrn (auf dem Wahltage), und Jena davon Mittheilung machen und sie sich in ihrer Instruktion darüber ersehen müßten. Doch habe er nichts einzuwenden, wenn man einstweilen den Aufsatz entwerfen wollte.[1]

In ziemlicher Geschwindigkeit brachte die kur-mainzische Kanzlei den Entwurf zustande. Zwischen dem 6. und 9. Juni wurde er den Betheiligten zugestellt.[2] Hierin wurde bestimmt: Wenn der König von Schweden in seinen deutschen Landen, Bremen, Verden, Pommern und Wismar in jetzigem polnischen Kriege von der Krone Polen durch ihre eigenen Mittel, durch ihre von ihr allein dependirende Miliz und unter ihrem alleinigen auspicio angegriffen und bekriegt werden sollte, daß auf solchen Fall die alliirten Kur- und Fürsten kraft dieser Allianz die Hülfeleistung zu thun nicht schuldig sein, noch solche von ihnen samt und sonders gefordert werden solle; auf den Fall aber, aus der Ursache oder sub praetextu societatis des jetzt in Polen führenden Krieges Andre, sie seien compaciscentes nnd consortes pacis Westphalicae oder nicht, wer oder welche die auch sein mögen, die schwedischen Provinzen im Reich dem Friedensinstrument zuwider mit Durchzügen, Einquartierungen oder sonst mit Kriegsmacht zuerst angreifen, anfechten oder überziehen würden, alsdann es in allen und jeden Punkten bei dem Defensions- und Hauptreceß allerdings kräftig bleiben und die darin reciproce versprochene Assistenz und Hülfeleistung völlig und unweigerlich prästiret und gewerkstelligt werden solle. Doch solle dieser Nebenreceß nur auf die Dauer des gegenwärtigen polnischen Krieges Geltung haben und nach erlangtem polnischen Frieden aufgehoben sein und alsdann alles ohne einige Ausnahme beim Hauptreceß allein sein gänzliches Bewenden haben.[3]

Eine günstigere Fassung hätten die Schweden kaum erwarten können, nachdem sie einmal wußten, daß gegen Polen selbst eben niemals die Hülfe der Allianz zu erreichen sein würde. Denn die Bundesgenossen Polens, gegen welche der Beistand gewährt werden sollte, kannte man ja, Oester-

[1] Protokoll der Sitzung vom 1. Juni. — Münster. Bericht Otto's vom 25. Mai (4. Juni). — Hannover.

[2] Otto am 29. Mai (8. Juni). — Hannover. Schmising am 9. Juni. — Münster. Gise am 9. Juni. — Düsseldorf.

[3] Abschrift in Hannover, vollständig mitgetheilt bei Köcher, S. 252.

reich und Brandenburg. Die ganze Fassung, als zu weitgehend und ohne Noth allzustarke Verbindlichkeiten feststellend, erregte denn auch sofort Bedenken, selbst bei den Braunschweigern, die doch neuerdings zum Schlusse mit weit mehr Feuer drängten, als der Kurfürst von Mainz selbst.[1] Gerade sie, die Braunschweiger, beanstandeten sofort den vorgelegten Entwurf: Man brauche sich doch nicht gleich gegen die Bundesgenossen Polens, Oesterreich und Brandenburg ausdrücklich zu verbinden; denn man verletze diese damit. Man erreiche ja denselben Zweck, wenn man einfach nur die Hülfeleistung gegen Polen allein ausnehme. Man solle zum wenigsten doch abwarten, bis die Schweden selbst solche Forderungen erheben würden.[2]

Diesen Vorstellungen schenkte man Gehör. Dünkte doch auch selbst dem Neuburger Gise dieser Aufsatz bedenklich, als wenn durch ihn eine Liga gegen das Haus Oesterreich gemacht würde und man so mit verbundenen Augen in den Krieg geführt werden dürfte.[3]

---

[1] Denn dieser ließ gerade jetzt einen Umschlag in seinem bisherigen Feuereifer erkennen, wohl im Verfolg der Nachrichten von dem immer ernster sich gestaltenden Verhältnisse Schwedens zu seinen Gegnern. Als letzten Versuch zu friedlicher Beilegung aller Zerwürfnisse und Beseitigung der Gefahr hatte die irenische Politik des Mainzers eine Abordnung des Kurfürstenkollegs (Mainz, Köln und Sachsen) an den König von Schweden und die andren kriegsbereiten Parteien zuwegegebracht. Einen ernstlichen Erfolg konnte man sich wohl kaum versprechen: doch hoffte man wohl, Zeit zu gewinnen und den Krieg zu verhindern, bis die Kaiserwahl und die in Verbindung damit etwa zu erwartenden neuen Konstellationen vielleicht eine andre Sachlage schaffen würden. Zur Allianz selbst war der Kurfürst Johann Philipp nach wie vor bereit: doch stiegen ihm wegen des Nebenrecesses für Schweden schon allerhand Bedenken auf. War der Krieg im Norden unvermeidlich und erfolgte ein Angriff auf Schweden in Pommern, wo man ihn zunächst erwarten konnte, so war der im Nebenreceß in Aussicht genommene Assistenzfall vorhanden und man mitten drin in jenen Wirren, aus denen man sich ja eben unter allen Umständen zu halten strebte. Unter diesen Umständen erlahmte der Eifer des Kurfürsten sichtlich. Selbst Boineburg und Fürstenberg mahnten neuerdings, sich bei jetzigen Läuften nur ja nicht frühzeitig zu übereilen. Das Werk möge man ja freilich vollenden, aber langsam und bedürfenden Falles hätte man schließlich sich auch der Ratifikationsfrist zur Entschuldigung zu bedienen, da von deren Ablauf an die Allianz ja erst zukraft bestehen solle. Berichte Otto's vom 25. Mai (4. Juni) und 29. Mai (8. Juni). — Hannover.

[2] S. Köcher, S. 252, nach dem Witte'schen Berichte vom 29. Mai (8. Juni). Otto berichtet am nämlichen Tage, daß Heyland bei Fürstenberg und Witte beim Kurfürsten von Mainz vorgestellt hätten, daß man den Nebenreceß „pro odio et invidia declinandis etwas allgemeiner und nicht so einrichten möchte, daß man daraus so deutlich zu ergreifen, daß auch die Assistenz contra Ungarn und Brandenburg pro Schweden und Vorpommern eventualiter resolvirt. — Hannover.

[3] Bericht Gise's vom 9. Juni über Unterredungen mit Aldenhoven und Heyland. — Düsseldorf.

Alle diese Einwände kamen den Mainzern vielleicht eben recht, die den Aufsatz den Schweden zuliebe wohl nicht anders hatten einrichten können. Sie ließen es sich also gefallen, daß die Braunschweiger beauftragt wurden, einen abgeänderten Entwurf einzureichen. Am 10. Juni wurde ein solcher den Betheiligten mit Ausnahme der Schweden und Brandenburger, denen man auf eine Stunde später angesagt, zur Begutachtung vorgelegt.

Die Fassung der Braunschweiger war kürzer und einfacher und fehlte darin die offen gegen Oesterreich und Brandenbnrg gerichtete Bestimmung; es hieß, daß die Alliirten, wenn der König von Schweden in seinen deutschen Reichslanden, bei noch währendem jetzigen polnischen Kriege, von des Königs und der Krone Polen angehörigen und in deren Dienst und Pflichten, unter deren Kommando stehenden Völkern feindlich angegriffen werden sollte, auf solchen Fall kraft dieser Allianz einige Assistenz zu thun nicht schuldig sein, noch solche von ihnen samt und sonders gefordert werden, in übrigen andern Fällen aber es bei erwähntem Hauptreceß und der darin ohne Unterschied und Ausnahme versprochenen Hülfeleistung gelassen werden solle.[1]

Bei der Umfrage über diesen Aufsatz erhob Trier Ausflucht und bat um Anstand für seine Erklärung bis zur Rückkehr des augenblicklich durch einen Zufall abwesenden Kurfürsten, der noch nicht unterrichtet wäre. Köln billigte unter besonderer Betonung der Nothwendigkeit eines endlichen Schlusses die Fassung und deren Mittheilung an Snoilsky. Münster wich aus wie Trier, Neuburg aber wußte nichts gegen den Entwurf (vorbehaltlich der Genehmigung des Pfalzgrafen) und dessen Durchberathung mit Snoilsky einzuwenden. Die Braunschweiger empfahlen natürlich die Annahme ihres Machwerkes mit warmen Worten, während auch Kassel befriedigende Erklärungen abgab.

Immerhin wurde für den Fall, daß die braunschweigische Fassung von den Schweden als nicht zureichend befunden werden sollte, beschlossen, in zweiter Reihe diesen sodann den mainzer Entwurf vorzuschlagen.

Snoilsky erschien und nahm den braunschweigischen Aufsatz entgegen; er versprach, nach Berathung mit Björnklou baldigst Erklärung beizubringen. Als man imbegriffe war, auseinander zu gehen, erschien der brandenburgische Rath Jena. Man berichtete ihm den Gang der heutigen Verhandlung. Er mißbilligte den neuen Entwurf und verlangte, wenn dieser Nebenreceß überhaupt annehmbar werden sollte, daß man darin den Assistenzfall auch in Hinsicht auf die Verbündeten der Krone Polen ausschließen müsse. Man wich heute aber noch mit der Entschuldigung

[1] Abschriften in Münster und Hannover. Gedr. vollständig bei Köcher, S. 253.

aus, daß man vorläufig die Fassung eben wohl so lassen müsse, wie man sie bereits den Schweden mitgetheilt habe.[1]

Weit entfernt aber, daß die Schweden sich befriedigt gesehen hätten. Snoilsky äußerte sich zu den braunschweigischen Gesandten höchst mißvergnügt: Aus solchen Bestimmungen werde der König nicht nur nicht den allergeringsten Nutzen von den ihm zugemutheten Unkosten zu erwarten haben, sondern vielmehr dagegen große Gefahr und Ungelegenheit, unberührt des daraus entspringenden schimpflichen Nachklangs bei Freund und Feind, zumal da Ungarn, Moskau, Brandenburg und andre Widersacher dem König von Polen leicht nach Pommern gegen ihn Hülfe zuschicken könnten unter dem Vorwande der Polen, daß diese Völker in ihren Pflichten und Diensten ständen. Man möge also mit einem solchen Recesse den König verschonen und es schlechterdings bei dem großen, allgemeinen Bundesvertrage belassen. Wie man denn die Fassung des Nebenaufsatzes erträglicher einrichten könnte? Es wurde ihm der Rath ertheilt, diese Frage vor das Plenum zu bringen.[2]

Dieses that er nun zwar vorläufig nicht, zumal ein königlicher Erlaß ihm aufgetragen, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen; in Privatgesprächen aber versicherte er nach wie vor, daß man sich schwedischerseits zu diesem Nebenrecesse nicht verstehen könne, da das Bündniß bei Allen durchgehends gleich und ohne einige Ausnahme sein müsse.

Nebenbei verstimmte die Schweden der Vorbehalt des jederzeitigen freien Beitrittes für Brandenburg, zu welchem die Beziehungen des Königs von Tage zu Tage gespannter wurden.[3] Brandenburg überhaupt ganz von der Allianz auszuschließen, so lautete die neueste Bedingung des Königs Karl Gustav, wie er sie am 31. Mai (10. Juni) Björnklou eröffnete.[4]

Unter diesen Umständen schien es immer zweifelhafter zu werden, ob Schweden überhaupt den Bund mit vollziehen werde. Eine heikle

[1] Protokoll vom 10. Juni. — Münster. Ein wesentlich ergänzender Bericht Otto's vom 1. (11.) Juni. — Hannover. Bericht von Canstein und Jena vom 1. (11.) Juni. — Berlin; ganz kurz in U. A. VIII, 549.

[2] Otto am 5. (15.) Juni. — Hannover.

[3] Bericht Heylands an den Herzog zu Celle vom 8. (18.) Juni. — Hannover (bei Köcher, S. 253. Anm. 6. Witte zugeschrieben). Witte's Bericht vom 5. (15.) Juni bei Köcher, a. a. O. Anm. 4. und 5. Die Braunschweiger meinten, daß dieser Vorbehalt für Brandenburg nur gelte rebus in eodem statu manentibus, daraus sich dann von selbst ergibt, zum Ueberfluß auch verwahrt werden kann, daß, wenn ein oder andrer Zurückbleibender, bevor er den Receß mit vollzieht und ratifizirt, in einen Krieg mit einem Bundesverwandten geräth, man denselben also schlechterdings einzunehmen nicht gehalten sein, sondern, ob und auf welche Weise solches zu thun, zu der Vereinigten Erwägung stehen müsse und solle". (Heyland a. a. O.)

[4] Säve, S. 95. (Pufendorf, Karl Gustav V, 56.).

Sachlage für den Kurfürsten von Mainz, weil auch zugleich die Franzosen sich vernehmen ließen, daß sie ohne Schweden die Allianz nicht eingehen würden.[1] Nichtsdestoweniger blieben die Alliirten standhaft auf dem Entwurfe des Nebenrecesses stehen. Wiederum wurden Boineburg und Witte abgeordnet, um mit den Schweden darüber zu unterhandeln.[2] Zuerst wurden sie mit leeren Ausflüchten abgewiesen. Und nach einigen Tagen (21. Juni) erklärte Snoilsky, daß Björnklou und er alles dem König berichtet hätten, dessen Entscheid mit den nächsten Posten zu erwarten stände. Doch könnten bis dahin auch noch wohl vierzehn Tage verstreichen, währenddem er aber durchaus nichts verhindern wolle, so daß er bitten müsse, mit den Verhandlungen getrost fortzufahren. Hierob großer Argwohn, selbst bei den bisher so zuversichtlichen Braunschweigern. Schon glaubte deshalb Otto vorschlagen zu dürfen, daß man schließen solle ohne Schweden und ohne Frankreich, wenn dieses den Beitritt Schwedens zur Bedingung des seinigen mache, ja selbst ohne — Hessen-Kassel, auf welches man sich in diesem Falle ebensowenig verlassen könne.[3] Die Allianzverhandlungen schienen auf der Spitze zu stehen.

Inzwischen sahen sich die braunschweigischen Regierungen daheim auf die bedenklichen Berichte der frankfurter Gesandten veranlaßt, zu der Frage, ob man mit oder ohne Schweden zu schließen, Stellung zu nehmen. Auf einer unter dem Vorsitze des Herzogs Georg Wilhelm zu Hannover stattfindenden Ministerkonferenz der kalenbergischen Regierung, am 10. (20.) Juni, wurde man einig, mit Frankreich wegen des Elsaß zu schließen und ebenso mit Schweden aufgrund des Nebenrecesses ohne Gefahr wegen einer Verwickelung in den polnischen Krieg, eventuell auch ohne Schweden, wie ohne Brandenburg, auf alle Fälle aber mit den Hessen. Man wollte hier wissen, daß Celle und Wolfenbüttel ohne Brandenburg wie ohne Schweden nicht schließen würden.[4] Zwei Tage später fand eine Gesamthauskonferenz zu Peine statt. Unter andern Punkten stand die Beantwortung dreier Fragen zur Berathung: 1. Wie die Gesandten in Frankfurt wegen des Mitbeitrittes Frankreichs und 2. wie sie auf die beiden Entwürfe des schwedischen Nebenrecesses anzuweisen wären; und 3. ob, weil allem Ansehen nach die Schweden, ehe sie mit Brandenburg richtig, die Allianz nicht schließen und auch die Verhandlungen über den französischen Receß sich wie üblich lange verweilen dürften, die bereits Vereinigten aber auf den Schluß drängten, das Haus Braun-

[1] Heyland a. a. O.
[2] Otto am 8. (18.) Juni. — Hannover.
[3] Otto am 12. (22.) Juni. — Hannover.
[4] Protokoll vom 10. (20.) Juni. — Hannover.

schweig mit den letzteren schließen solle, ohne auf den Beitritt der Schweden zu warten, doch unter Vorbehalt der späteren Aufnahme Schwedens sowohl wie Frankreichs und Brandenburgs? Celle stellte unter dem Beifalle der beiden andern Linien wegen Schwedens den Hauptgrundsatz auf, daß man sich in keiner Weise in den polnischen Krieg zu mischen habe. Die Einschränkung allein auf den König von Polen zu erstrecken, sei falsch und widerspreche der von Anfang an betonten Absicht, dem König von Schweden aus Anlaß des polnischen Krieges überhaupt keinen Beistand zu gewähren, also auch nicht gegen dessen für diesen Krieg verbündete Genossen. Der Receß sei jedenfalls nur in der von des Hauses Gesandten vorgeschlagenen Form anzunehmen, nicht in der allzudehnbaren Fassung der Mainzer. Doch dürfe man auch wiederum den Schweden keine Ursache zur Mißstimmung geben, da ohnedies deren Vertrauen erschüttert scheine. Schließlich könnte man ja, wenn die Schweden den Nebenreceß annähmen, zu Protokolle geben, „daß man sich etiam quocunque modo in diesen polnischen Krieg nicht mischen wollte und daß es auf den König von Polen allein nicht zu verstehen." Wolfenbüttel meinte sodann, daß an der ganzen Allianz doch hochgelegen und kein ander Mittel sei, wodurch man die im Reiche bestehenden Verhältnisse aufrecht erhalten könnte und womit man Denen, die Unruhe erwecken wollten, den Appetit dazu nähme. Das Werk dürfe sich in keinem Falle zerschlagen, besonders seien Frankreich und Schweden beizubehalten, wenn möglich aber auch Brandenburg. Sobald man mit Schweden einig, sei zu schließen, den Andern freier Beitritt offen zu halten. Nur keinen langen Aufenthalt mehr! Auch Celle meinte, mit den Alliirten allein ohne die Kronen zu schließen, wäre bedenklich. Württemberg und Pfalz, ja selbst Kassel würden ohne Schweden nicht beitreten und ohne Hessen könne man den Bund nicht eingehen. Hannover stimmte diesen Ansichten bei. Man beschloß also, nach allen Seiten hin auszuforschen und eindringlich zur Annahme der bisherigen Vereinbarungen zuzureden, vielleicht bei Schweden anzufragen, ob es ihm auf allen Fall nicht entgegen wäre, wenn Braunschweig neben Kassel mit den vereinigten Katholischen vollziehe, obschon so, daß dem König wie auch dem Kurfürsten von Brandenburg über kurz oder lang mit einzutreten offene Hand gelassen würde.[1]

In diesem Sinne wurde denn auch des Hauses Braunschweig Gesandtschaft an den König von Schweden, die ihn zur Wahrung des Friedens zu stimmen suchen sollte, angewiesen. Diese Herren, v. Gladebeck aus Celle, v. Heimburg aus Wolfenbüttel und v. Alten aus

[1] Protokoll vom 12. (22.) Juni. — Hannover.

Hannover, warteten zu Kolding, später in Apenrade und Eckernförde auf den König, der vorläufig noch in Gotenburg weilte.[1]

An des Hauses Gesandte in Frankfurt aber erließ man die Anordnung, die Schweden, falls sie den Nebenreceß anzunehmen sich weigern sollten, dahin zu bewegen zu suchen, daß sie sich auf den Inhalt desselben zu Protokolle erklären möchten oder doch wenigstens zuließen, daß dieses seitens der andern Alliirten geschehen dürfe. Doch habe man so behutsam zu gehen, daß der Vorschlag mehr von den Andren als vom Hause Braunschweig zu kommen scheine. Auf die Frage, was zu geschehen, wenn Schweden den Bund gar nicht mit vollziehen wolle, ob man dann mit Kassel ohne jenes beitreten solle, wäre schwer zu antworten. Die Allianz dürfe keinesfalls scheitern: denn an ihr hänge die Erhaltung der Reichsfreiheit und des Friedens, auch dürfe man sich die Invitanten nicht entfremden; auf der andern Seite sei es eine höchst mißliche Sache, von allen Protestanten allein beizutreten, und würden Verdacht, Abneigung und Gefahren die Folgen sein. Also einmal keine ablehnende Haltung und dann Bearbeitung der Schweden zum Beitritt unter Vorstellung des aus der Allianz für sie zu erwartenden Nutzens: denn auch ohne Hülfeleistung im polnischen Kriege würden sie großen Gewinn davon haben, daß das Gleichgewicht im Reiche, worin der Krone großes deutsches Interesse beruhe, festgestellt würde, was gar nicht mit einiger Hülfe gegen Polen oder sonst in Vergleich kommen könne. Auf allen Fall aber sei von den schwedischen Gesandten zu vernehmen, ob es ihnen zuwider sein würde, wenn Braunschweig und Kassel unterdessen beiträten, damit das heilsame Werk nicht ganz zerfiele. Bei den Hessen seien Erkundigungen einzuziehen, ob sie auf diesen Fall angewiesen, andernfalls sollten sie schleunigst darum nachsuchen. Auch bei Canstein und dem Gesandten Württembergs, von dessen letzteren Beitritte man jetzt munkele, sei nachzufragen, was man ihrerseits auf solchen Fall zu thun gedenke.[2]

Die ganze Frage war gegenstandslos. Schwedens König, nunmehr auf deutschem Boden zu Flensburg angelangt, mitten in den lebhaftesten Vorbereitungen zum Entscheidungskampfe, dachte jetzt nicht daran, sich vom Rheinbunde, der ihm den Rücken decken sollte, abzusondern. Drängten sich doch förmlich diese Herren in ihrer Seelenangst um die Erhaltung des bedrohten Friedens an ihn heran, die Kurfürsten von Mainz und Köln in ihrer Eigenschaft als Deputirte vom Kurfürsten-

[1] Instruktion vom 13. (23.) Juni. — Hannover. Köcher, S. 254.

[2] Gesamtinstruktion für die braunschweigische Gesandtschaft in Frankfurt vom 13. (23.) Juni. — Hannover.

kolleg, der Landgraf von Heſſen-Kaſſel, die braunſchweigiſchen Herzöge; ſie alle hatten ihre Sendboten dem gewaltigen Herrſcher entgegengeſandt, um vom Kriege abzumahnen. Daß gerade mit ihnen auch in der Rheinbundfrage durchzukommen ſein und er am Ende doch wirklich noch von ihnen die Erfüllung ſeiner Forderungen erreichen werde, konnte er mit Händen greifen. Und trotzdem, vielleicht gerade deshalb gab er ſich die Miene, als liege ihm eben nicht ſonderlich an dieſer Allianz. Als die braunſchweigiſchen Geſandten am 27. Juni bei ihm zur Audienz zugelaſſen wurden und in ihrem Vortrage auch die Allianz berührten, bemerkte der König: Dieſes Werk wäre ihm anfangs etwas verdächtig vorgekommen, weil er nicht gewußt, wohin mit demſelben gezielt worden, wie er aber nachher ſolches vernommen, hätte er ſich dazu bereit erklärt. Als aber Heimburg, welcher das Wort führte, der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Allianz ein guter Anfang zur Aufrechthaltung von Ruhe und Frieden im Reiche ſein werde und aus dieſem Partikularwerke noch mehr werden könne, entgegnete er: Ja, wenn nur Alle beſtändig bleiben. Es beginnt aber Köln zu wanken, Triers Abſichten ſind bekannt und nur Mainz allein iſt beſtändig, Frankreich hat ganz andre Intereſſen als Schweden und ſein Abſehen nur auf Flandern gerichtet; es wird zufrieden ſein, wenn Oeſterreich nur davon abgezogen werden wird, dorthin Hülfe zu ſenden. Mein Intereſſe aber, ſprach er mit erhobener Stimme, beſteht nur auf Frieden und Ruhe im Reiche.[1] Und eben weil der König an dem endlichen Erfolge ſeiner Grundabſichten bei den Rheinbündlern nicht zweifelte, wie er ja überhaupt ſchon im Vorgefühle künftiger Triumphe der ganzen Welt Trotz und Hohn bieten zu dürfen vermeinte,[2] war er nicht geneigt, ſich zu der ihm keineswegs genügenden Faſſung des ſeinen Geſandten in Frankfurt unterbreiteten Nebenreceſſes zu verſtehen, mit welchem man ihm den Beiſtand gegen Polen unterband und denjenigen gegen Brandenburg und Oeſterreich durch dunkle Worte zweifelhaft machte.

Inzwiſchen hatte ſich ſein Verhältniß zum Kurfürſten von Brandenburg geklärt. Durch die bekannten Vorgänge in Flensburg, welche mit der Abreiſe des zu den letzten Verhandlungen mit dem Schwedenkönig erſchienenen brandenburgiſchen Geſandten endigten, war die Entſcheidung gefallen, der Krieg unvermeidlich, die Vereinigung der Feinde in einem und demſelben Bunde unmöglich geworden.[3] Dieſes läſtigen Mitbewerbers beim Rheinbundsprojekte endlich ledig, zum Ueberfluſſe noch

[1] Bericht der braunſchweigiſchen Geſandtſchaft vom 17. (27.) Juni aus Flensburg. — Hannover.

[2] Vgl. ſeine Anmaßlichkeit gegen das Kurkollegium bei Droyſen, III 2, 296.

[3] Vgl. Droyſen, III 2, S. 294 ff. Köcher, S. 255.

mehrfach von den bei ihm weilenden braunschweigischen Gesandten versichert, daß es ihren Herzögen nicht auf die augenblicklich gleichzeitige Aufnahme Brandenburgs in die Allianz, sondern nur auf Vorbehalt des späteren Eintrittes desselben, zur Wahrung des Glimpfes, ankomme,[1] glaubte Karl Gustav nunmehr auch gegen die ihm vermuthlich unter allen Umständen sicheren Bundesgenossen nur um so trotziger und rückhaltsloser mit seinen Forderungen auftreten zu können. Dies beweist ein von Björnklou und Snoilsky in Frankfurt nach einigem Zögern — denn schon am 28. Juni versicherte Björnklou, daß wegen des Nebenrecesses Weisung des Königs erfolgt sei[2] — am 5. Juli durch Boineburg den Betheiligten eingereichter neuer Entwurf zu einem Nebenreceß.[3]

Am Nachmittage des 11. Juli war Termin anberaumt zur Lesung dieses schwedischen Machwerkes. Was hier unterbreitet wurde, war etwas vollkommen neues, keine Abänderung der beiden ersten Entwürfe. Es war ein Vertrag in vier Artikeln zur Erläuterung der Klausel von der Nichteinmischung in fremde Kriege, wie sie sich im Hauptrecesse befand. Der erste Artikel erwähnt, daß die Invitanten als Genossen einer Defensivallianz von Anbeginn der Verhandlungen an den polnischen Krieg ausgenommen, im übrigen aber sich bereit erklärt hätten, den Bund gegen alle Andern auszudehnen, welche fortan neben Polen die schwedischen Besitzungen in Deutschland angreifen würden. Demnach bleibe es dabei, daß „im Falle der König und die Krone Polen mit

[1] Berichte Gladebecks aus Flensburg vom 29. Juni (9. Juli) über ein Gespräch mit dem Residenten Kleihe, und vom folgenden Tage über eine Audienz beim Könige. — Hannover. Bei dieser Audienz bemerkte Karl Gustav, daß er zur frankfurter Allianz nicht ungeneigt sei, aber nicht sehen könne, wie er jetzt neben Brandenburg hineintreten möchte. Gladebeck antwortete: Der Herzöge Meinung wäre, dafern die Sache zwischen Schweden und Brandenburg so bald nicht akkommodirt werden könnte, daß man dann, bis solches geschehen, Brandenburg Platz lassen und ohne ihn schließen sollte. Der König gab darauf den Bescheid, so wolle er ferner befehlen, daß seine Bedienten in Frankfurt darin verhandeln sollten.

[2] Otto am 19. (29.) Juni. — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 26. Juni (6. Juli). — Hannover. Die Schweden nahmen den Entwurf wieder an sich, um noch einige Aenderungen vorzunehmen. Auf den ersten Anblick gewannen die Braunschweiger die Hoffnung, daß man damit auskommen würde. Am 9. Juli dagegen, wo Otto den Aufsatz einsendet, findet er bereits, daß es fast das Ansehen habe, als ob die Schweden die darin reservirte illimitirte Generalgarantie ohne Restriktion nicht allein auf den König von Ungarn, welcher ihrer Meinung nach, wiewohl extra Imperium und nur in Polen, gegen sie dem instrumento pacis kontravenirt, dirigirt, sondern sich auch derselben Klausel zu ihrem Vorwand und excuse, da ein und andrer Stand im Reich, obwohl wirklich in dieser Allianz mitbegriffen (Brandenburg), von ihnen sollte müssen auf irgend welche Weise gravirt werden, vermeintlich zu gebrauchen intendirt. Bericht Otto's vom 29. Juni (9. Juli). — Hannover.

ihren eigenen (darunter man nicht weder des Königs und der Krone Polen Bundesverwandten Armeen oder Truppen noch auch von Andern überlassene Auxiliar-, sondern bloß und allein in polnischen Eid und Pflichten stehende und verbleibende National-Armeen und Truppen unterstehen thut) Völkern Ihrer Kgl. Mt. zu Schweden deutsche Provinzen und Lande feindlich hinfüro attakiren sollte, foederati reliqui alsdann inkraft dieses Verbündnisses ihre Hülfe zu schicken nicht verbunden sein sollen."

Bemerkenswerth dabei ist, daß das erst nach längerem ernstlichen Weigern der übrigen Betheiligten erfolgte Zugeständniß der Hülfe gegen Jedermann, Polen allein ausgenommen, hier als ursprünglich vorhandene Geneigtheit festgenagelt werden soll. Doch, um überhaupt keinerlei Raum für Deuteleien bestehen zu lassen, besagt klar und umständlich Artikel 2: Da irgend ein anderer Potentat, Fürst, Republik oder Stadt, wer der auch sein mag in- und außerhalb des römischen Reiches, Ihrer Kgl. Mt. zu Schweden deutsche Provinzen und Lande mit Feindseligkeiten hinfüro angreifen sollte, es geschehe solches entweder ohne Respekt und Einmischung mit dem polnischen Krieg oder auch solchergestalt, daß er, der die Feindseligkeiten wider die schwedischen im römischen Reich gelegenen Lande und Provinzen verüben würde, jetziger Zeit mit Polen in Bündniß stehen oder hinfüro mit Polen in Bündniß treten würde und inkraft solcher Bündniß oder auch ex alio quocunque praetextu Ihrer Kgl. Mt. zu Schweden deutsche Provinzen und Lande, es sei zugleich mit den Polnischen oder auch à part und absonderlich, mit Feindseligkeiten beunruhigen würde: alsdann und auf solche ergebende Fälle wollen foederati obligiret sein, Ihrer Kgl. Mt. und der Krone Schweden zur Defension dero in deutschen Landen habenden Provinzen und Lande vermöge dieser Allianz ohne einige Exzeption kräftiglich beizustehen und zu assistiren.

Ein gänzlich neues Moment bringt der dritte Artikel: den Vorbehalt jederzeitiger unbeschränkten Erforderung der unbedingten Generalgarantie auch vom Reiche vonseiten des Königs wegen der in seinen, nicht ausdrücklich nur den deutschen, Provinzen und Landen bisher geschehenen feindlichen Eingriffe und den der fleißigsten Mitwirkung der Verbündeten zur Erreichung dieser Forderung.

Artikel 4 bestimmt, daß, wer jetzt den Bundesvertrag nicht mit unterschreiben wolle, später ohne Einwilligung aller und jeder Theilnehmer nicht zugelassen werden solle.[1]

---

[1] Aus den Akten in Münster und Berlin. Abgedr. vollständig bei Köcher, S. 256.

Wer griffe nicht die Spitze, welche sich hauptsächlich gegen Brandenburg richtete, mit Händen?

In der Sitzung vom 11. Juli war Schweden selbst nicht vertreten; man hatte es nicht geladen. Brandenburg hatte mit der Erklärung absagen lassen, man finde diesen Entwurf derart, daß man ohne weiteres und ohne besondern Befehl vom Kurfürsten darüber nicht mitstimmen könne, weshalb man um Vertagung der Verhandlungen bitte. Tags zuvor war Canstein zu einem der braunschweigischen Gesandten gekommen, um die Erwartung auszusprechen, daß die sich Verbündenden durch Annahme dieses Aufsatzes nicht Partei gegen seinen Herrn ergreifen und sich also mit dessen Gegner zu verbinden geneigt sein würden. Der König von Schweden hätte die brandenburgischen Gesandten zu Flensburg also behandelt, daß sie hier Bedenken tragen müßten, mit den Schweden in friedlichen Berathungen fortzufahren, geschweige denn sich in Allianz einzulassen.[1]

So schritt man denn ohne Brandenburg zu Rathe. Trier verschob seine Abstimmuog wiederum bis auf weitere Mitteilung an den Kurfürsten, wozu bisher keine Gelegenheit gewesen wäre. Köln eröffnete Bedenken des Kurfürsten gegen den schwedischen Aufsatz und schlug Abänderungen an zwei Stellen vor, einmal anstatt des in Parenthese befindlichen Satzes in Artikel 1 die Einschaltung „und von ihren Bundesverwandten nicht überlassenen, viel weniger zugehörigen, sondern bloß und allein in polnischen Pflichten stehenden und nach wie vor darin verbleibenden Truppen", und dann anstatt des wirklichen Hinübergreifens auf die Generalgarantie in Artikel 3 die Bestimmung, daß die Alliirten sich bemühen sollten, damit von Feststellung dieser Garantie auf nächstkünftigem Reichstage womöglich ein Schluß gemacht werde. Am liebsten würde man, wie der kölnische Vertreter schließlich erklärte, freilich sehen, wenn dieser Artikel ganz aus dem Recesse wegbliebe, wofür ihm auf allen Seiten Beifall lohnte.

Münster lehnte eine Erklärung wegen der Bedenklichkeit des Aufsatzes bis auf weitere Weisungen des Bischofs ganz ab. Wolfenbüttel wünschte, daß man endlich zum Schlusse kommen möge; schon hätte das Gerücht von den Allianzverhandlungen einiges Unheil vom deutschen Vaterlande abgehalten. Die Abänderungen Kölns seien willkommen; namentlich sei die Berufung auf die Generalgarantie unannehmbar, Schweden werde davon abstehen und mit dem kölnischen Abänderungsvorschlage sich begnügen müssen. Artikel 4 aber sei keine unbillige Forderung. Celle fand die kölnischen Abänderungen verständlicher als die

[1] Otto am 3. (13.) Juli. — Hannover.

schwedische Fassung, nicht minder Kalenberg und Kassel, letzteres unter Vorbehalt der noch ausstehenden näheren Weisungen des Landgrafen. Alle schienen sie allein nur an der Bezugnahme auf die Generalgarantie Anstoß zu nehmen. Schließlich wurden wiederum Boineburg und Witte abgeordnet, um in aller Kürze mit den Schweden auf Grundlage der kölnischen Abänderungsvorschläge zu unterhandeln.[1]

Waren sich denn, so darf man fragen, die Herren, welche den schwedischen Entwurf nur auf den Punkt der Generalgarantie hin zu prüfen schienen, der Tragweite dieses Machwerkes Oesterreich und Brandenburg gegenüber nicht bewußt? Keine warnende Stimme hatte sich am 11. Juli nach dieser Richtung hin erhoben. Und doch war man auf diese Weise im Begriffe, Verbindlichkeiten zugunsten einer Macht einzugehen, welche soeben dem Reiche unverschämte Drohungen geboten und in allen den letzten Jahren durch ihre unruhigen Bewegungen alle Welt in Besorgnissen erhalten hatte, Verbindlichkeiten, welche einer Kriegserklärung gegen Oesterreich und Brandenburg beinahe gleichkamen. In demselben Augenblicke, wo das Haus Habsburg unter dem Beistande des brandenburger Kurfürsten in der Wahlfrage den Sieg erhaschte. Kein Wunder, daß sowohl König Leopold wie die brandenburgische Wahlgesandtschaft in Frankfurt alle ihnen zugebote stehenden Mittel anstrengten, um die Betheiligten von so weitaussehenden Beschlüssen zurückzuhalten.[2] Aber schon gelangten die Betheiligten selbst zur Besinnung.

---

[1] Protokoll vom 11. Juli. — Düsseldorf. Bericht Otto's vom 13. (23.) Juli — Hannover.

[2] Betreffs der Brandenburger s. den Bericht Nassaus, Cansteins und Jena's an den Kurfürsten vom 6. (16.) Juli. — Berlin. U. A. VIII, 551. Und Schmising berichtet am 14. Juli an den Bischof von Münster: Im Namen des Königs Leopold kam der Reichssekretär Schröder zu ihm, zeigte ihm den schwedischen Entwurf und ermahnte, die Allianz nicht anzunehmen und wenigstens diesen Nebenreceß nicht mit zu unterschreiben, „da das foedus zu des wahren Glaubens Ausrottung in Polen und sowohl zu der Polacken als auch der vereinigten Mächte Oesterreich und Brandenburg Vertilgung ausschlagen könne". Schweden würde aus dem Reiche verstärkt, Polen und seinen Vereinigten mißgönne man dies „und an dessen statt ihnen nach Anleitung des vorhabenden Bundes, obwohl unter schönem Prätext, das Reich in Ruhe zu halten, ein ernsthafter Widerstand geleistet werden wolle und dadurch den Schweden gleichsam an die Hand gegeben wird ..., den Kurfürsten von Brandenburg zu überziehen und zu Boden zu werfen, dann von neuem in's Königreich Polen mit Ernst zu setzen und darin die katholische Religion unter die Füße zu bringen, wie nicht weniger dann Oesterreich wegen des den Polen geleisteten Beistandes und nach Schwächung der ansehnlichen Macht dieses Hauses mit den übrigen katholischen Kur- und Fürsten des Reichs, auch E. H. G. beneficium ordinis oder Poliphemi zu spielen, wie dieses der König durch eigene Abschickung des kur-trierischen Raths Buschmann mehrers zu remonstriren und E. H. G. von sothanem höchst schädlichen

Und zwar zuerſt Mainz und Köln, welche als Mitglieder des Kurkollegiums doch einen beſſeren Ueberblick über die politiſche Lage gerade in den letzten Verhandlungen über die Wahlkapitulation hatten gewinnen können, wo ſie die Macht Brandenburgs gefühlt und ſein Anſehen und damit dasjenige des zukünftigen Kaiſers hatten wachſen ſehen, während Frankreich in ſeinen Forderungen nur beſchränkte, Schweden aber gar keine Genugthung davongetragen hatte.[1] Eine Geringſchätzung der öſterreichiſchen Partei, geſchweige denn offene Feindſeligkeit gegen dieſelbe war nicht mehr am Platze.

Die Rückwirkung erfolgte wie unvermittelt mit einem Schlage und machte in ziemlicher Eile gewaltige Fortſchritte. Schon am 12. traten Mainz und Köln mit einer weſentlichen Abänderung des ſchwediſchen Entwurfes aus der Mainzer Kanzlei hervor. Aldenhoven eilte von einem Geſandten zum andern, um ſie für die Annahme zu gewinnen.[2]

Dieſer neue Vorſchlag, der vierte, enthebt im 1. Artikel die Verbündeten der Verpflichtung zur Hülfleiſtung für Schweden auf die Dauer des gegenwärtigen polniſchen Krieges, und zwar für den Fall, daß „der König und die Krone Polen mit ihren eigenen oder deren jetzige Bundesverwandte im Krieg mit ihren Völkern Ihrer Kgl. Mt. pommeriſche Lande feindlich angreifen würden," gewährt aber dem König von Schweden als Gegenleiſtung für dieſen Ausfall das Zugeſtändniß, daß auch „die Hälfte der im Hauptreceß von Ihrer Kgl. Mt. verſprochenen Aſſiſtenz in suspenso bleiben und von Ihr bis zur Endigung des polniſchen Krieges mehr nicht als gedachte Hälfte gefordert werden ſollte." Doch ſichert Artikel 2 den ſchwediſchen Landen im niederſächſiſchen Kreiſe, alſo dem Herzogthum Bremen — das zum weſtphäliſchen Kreiſe gehörige Verden wurde wohl ſtillſchweigend mit darunter verſtanden — für den Fall eines Angriffes von Jedermann, wer's auch in- oder außerhalb Reichs ſein möge und unter welchem Vorwande auch ein ſolcher Angriff erfolge, die Vertheidigung durch ſämtliche Verbündete nach Maßgabe des Hauptreceſſes zu.[3]

Und gerade in Pommern ſchien der nunmehr wohl unvermeidliche Zuſammenſtoß der feindlichen Mächte zunächſt erfolgen zu ſollen. Alle

---

foedere abzumahnen und ſeine Freundſchaft anbieten zu laſſen reſolvirt ſei". Schmiſing verſprach, mit der Unterſchrift zurückzuhalten und das Werk möglichſt hinauszuſchieben. — Münſter. Die Reiſe Buſchmanns unterblieb. Schmiſing berichtete von dem Anbringen Schröders an Witte. Otto's Bericht vom 3. (13.) Juli. — Hannover.

[1] S. die Darſtellung der Wahlverhandlungen bei Droyſen, Ad. Wolf u. Heide.

[2] Otto am 3. (13.) Juli. — Hannover. Bericht der Brandenburger vom 6. (16.) Juli. — Berlin.

[3] Der Entwurf in den Akten des St. A. Hannover; gedr. bei Köcher, S. 258.

Kriegsvorbereitungen Schwedens waren nach dieser Seite hin gerichtet und auch die Heere seiner verbündeten Gegner zogen sich mit der Stirn gegen Pommern zusammen. Was kümmerte die Herren am Rheine auch die Gefahr des Reiches an der Ostsee? Mit Noth und Mühe waren sie für die an der Weser zu erwärmen, und nur deshalb, weil es sich um den Beitritt der braunschweigischen Herren zum Rheinbunde handelte. Es war daher nicht wunderbar, daß die Schweden, welche bisher nicht hoch genug ihre Forderungen zu spannen bestrebt gewesen, diesen „Absprung" höchst anstößig fanden; es lag auf der Hand, daß sie die neue Fassung einfach nicht annehmen würden. Eine wahre Seelenangst ergriff die Braunschweiger: den mit starker Heeresmacht den niederdeutschen Landen zuziehenden Schwedenkönig also vor den Kopf zu stoßen, war freilich für ihre Herren eine gefährliche Sache. Sie wünschten ja zur Zeit nichts lebhafter, als gerade die Verbindung mit Schweden um jeden Preis, um bei dem bevorstehenden Ausbruche der Feindseligkeiten Ruhe und wohlwollende Schonung zu genießen. Auch in den inneren Reichsangelegenheiten hatte sich — und dieses war zugleich ein Hauptbeweggrund für die Anlehnung Braunschweigs und Kassels an Schweden — eine Art Protektorat des letzteren über die Fürstenpartei im Gegensatze zu der kurfürstlichen gebildet; und gerade Braunschweig und Hessen-Kassel wachten mit dem schärfsten Argwohn, der empfindlichsten Eifersucht über ihrer reichsfürstlichen Libertät, die sie von allen Seiten her bedroht glaubten, deren Wahrung sie als ein Hauptziel bei Eingehung der rheinischen Allianz und ihrer antiösterreichischen Haltung unläugbar leitete.[1] Ihre Beklemmung ob des abgeänderten Entwurfes der geistlichen Kurfürsten ist daher erklärlich; dieselbe steigerte sich aber noch, als selbst diese Fassung ihren Urhebern noch kein Genügen gewährte.

Schon am 15. Juli ließ Boineburg eine redaktionelle Abänderung derselben kreisen. Die beiden Artikel waren zunächst umgestellt; es nahm sich besser aus, daß die positive Zusicherung des Beistandes der negativen Ausschließung vorausstand. Der Irrthum wegen Verden war erkannt worden und war jetzt anstatt „der im niedersächsischen Kreise gelegenen Lande" zu lesen „Herzogthum Bremen und Fürstenthum Verden als ohnedas des mehrern Theiles der Alliirten kreisverwandten Mitstand."[2]

---

[1] Vgl. Droysen, III 2, 298.

[2] Dieser Zusatz nicht bei Köcher. Andere rein stilistische kleinere Abänderungen sind nicht erwähnenswerth. In Art. 1. (früher 2) war bei den Worten: „Weil die foederati invitantes , . . gleich im Anfang den polnischen Krieg exzipirt haben" noch

Noch am 15. Juli wurde dieser also abgeänderte Entwurf im Allianzrathe zur Berathung gestellt. Trier lehnte abermals jede Erklärung ab, weil man bisher keine Zeit gehabt habe, über das erst heute früh mitgetheilte Schriftstück dem Kurfürsten zu berichten. Köln nahm die Fassung mit Beifall auf, schlug aber noch einen weiteren Zusatz zu Artikel 1 (früher 2) vor, nämlich bei den Worten „wer's auch inner- oder außerhalb Reichs sein mag" hinter „wer auch" die vier unschuldigen Worte „außer den polnischen Bundesverwandten".

Also selbst Bremen und Verden wurde nunmehr der Schutz der Alliirten gegen Oesterreich und Brandenburg vorenthalten und damit eine Bundeshülfe gegen diese Beiden dem Schwedenkönig rundweg ganz verweigert. Man war am Ausgangspunkte dieser Verhandlungen wieder angelangt.

Münster und Neuburg enthielten sich jeden Urtheiles über den neuen Entwurf selbst wie über den kölnischen Zusatz. Sie wollten erst heimberichten. Dagegen erhob sich mit vielem Nachdruck Wolfenbüttel. Heyland begann mit der alten Klage über den langsamen Fortgang der Verhandlungen, wofür seinem Herrn keine Schuld beigemessen werden könne. Den heute vorgelegten Entwurf bezeichnete er einfach als unannehmbar, da er für sich bereits dem von den Schweden selbst eingebrachten Aufsatze seine Zustimmung ertheilt habe und davon nicht abstehen könne. Man dürfe, meinte er, den Schweden nichts neues mehr zumuthen und deshalb bedinge er sich aus, daß seines Herrn Name nicht genannt werde, wenn über diesen neuen Entwurf und die kölnische Klausel dennoch die Invitanten mit den Schweden in Unterhandlungen treten sollten. Aehnlich, obschon nicht ganz so schroff, stimmten Celle und Hannover; eine Ablehnung seitens ihrer Herren wurde nicht rund als undiskutirbar bezeichnet. Kassel stimmte den letzteren Beiden zu und benutzte den heute günstiger wehenden Wind dazu, den Rath zu ertheilen, daß man nochmals versuchen möge, ob nicht Brandenburg immer noch mit in die Allianz aufgenommen werden könnte. Schließlich einigte sich die Versammlung zu einem Auftrage an Boineburg, daß er sich mit den Schweden über den neuen Entwurf in Unterhandlungen begebe, worauf noch der kölnische Gesandte bemerkte, daß er wohl einsehe, wie schwer der von seinem Herrn vorgeschlagene Zusatz wiege und daß eine Nichtannahme seitens der Schweden wohl zu erwarten stehe; dann aber müsse der Entwurf jedenfalls so, wie er heute vorgelegt, wenngleich auch ohne den Beisatz, den Schweden abgenöthigt werden.

Boineburg betonte dann noch von neuem die Nothwendigkeit des Schlusses der Allianz noch vor der Kaiserwahl, weil zu besorgen wäre,

der Zusatz beigerückt: „in solchen aber sich dieselben zu induziren nicht vermögen". Der Entwurf in Akten des St. A. Düsseldorf.

daß der künftige Kaiser das Werk fürchten und wohl gar verhindern dürfte. Auch er sprach den dringenden Wunsch aus, daß ein Mittel gefunden werden könnte, um neben Schweden auch Brandenburg bald mit zum Abschlusse zu bringen; man könnte, meinte er, vielleicht es erreichen, wenn man Schweden wegen Bremen und Verden, Brandenburg aber wegen Halberstadt und Minden mit einnähme. Falls aber Schweden überhaupt nicht beiträte, so möchte dies doch kein Hinderungsgrund für die Andern sein, zu schließen. Und Graf Wilhelm von Fürstenberg drohte gar, daß sein Herr bei längerem Säumen „sich sonst mit Jemand in Allianz einlassen würde". Die heute vorgeschlagene Klausel habe der Kurfürst nur deshalb ersonnen, damit jede Einmischung in den nunmehr fast schon offenen Krieg zwischen Schweden und Brandenburg vermieden würde. Beherzt, wie man sie noch nicht gesehen, warfen da die Braunschweiger ein: „Wenn man nun einmal in den Krieg eingeflochten werde, müsse man es Gott befehlen und das seine dabei leisten". [1]

Höchst eigenthümliche Sachlage. Mainz und Köln auf einmal einer Verbindung mit Schweden wie abgeneigt, günstiger dagegen wieder für Brandenburg gestimmt. [2] Eine Folge, wie bemerkt, der im Laufe der Wahlverhandlungen von Brandenburg erreichten höchst ansehnlichen Stellung und wohl auch — der Besorgniß vor der Rache des zukünftigen Kaisers für die vielen Hemmnisse und Demüthigungen von rheinbündischer Seite und deshalb des Wunsches nach Vermittelung mit ihm durch den für die Allianz gewonnenen Kurfürsten von Brandenburg. So wenigstens dachten ungefähr wohl die Boineburg und Fürstenberg. Trier und Münster waren gut österreichisch und daher auch für Brandenburg. Der Neuburger aber vertiefte sich von neuem mit Schweden in dunkle Pläne gegen den verhaßten Kurfürsten. Kassel suchte zu Auswegen aus dem Wirrsale zu leiten, in welches sich die beiden Mächte Schweden und Brandenburg immer tiefer verstrickten. Während Braunschweig jetzt, wo Brandenburg mit dem verhaßten Oesterreich vereint auf dem Sprunge gegen Schweden stand, fast Abneigung gegen jenes empfand, wenigstens ein Mißtrauen, welches wie Angst aussah. [3]

---

[1] Protokoll vom 15. Juli. — Münster. Bericht Otto's vom 6. (16.) Juli. — Hannover.

[2] S. auch hierüber Köcher, S. 258. 259, wonach Witte die Wiederannäherung an Brandenburg daraus erklärt, daß das Kurfürstenkolleg dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm Hülfeleistung versprochen, „theils auch, wie ich davor halte, favore religionis, weiln S. Kfl. D. die katholische Partei halten".

[3] Otto schreibt am 6. (16.) Juli: Wenn die kölnische Klausel angenommen wird, so wird dem König von Ungarn und dem Kurfürsten von Brandenburg Thür

Und die Stellung der Schweden selbst zu dem neuen Entwurfe und der kölnischen Klausel? Die Beantwortung dieser Frage wird uns weiter unten beschäftigen. Noch ehe Boineburg, seinem Auftrage gemäß, mit Björnklou und Snoilsky die Angelegenheit erledigen konnte, zogen diese aus Frankfurts Weichbilde nordwärts. Die Kurfürsten entschlossen sich nach vielen mühseligen und langwierigen Verhandlungen, am 18. Juli in's Konklave zur Kaiserwahl zu schreiten. Nach den Bestimmungen der Goldenen Bulle war den Gesandten der fremden Mächte wie den nichtkurfürstlichen Botschaften der Aufenthalt in den Mauern der Stadt Frankfurt schon während der Wahlverhandlungen nicht gestattet; man hatte diese alte Satzung bisher nicht beachtet, sie umgangen.[1] Jetzt, als es zur Entscheidung kam, konnte der Reichsverfassung nicht länger Gewalt angethan werden. Spanier, Franzosen und Schweden, sie alle mußten den Wahlort räumen, die letztgenannten nicht ohne Ausbrüche des heftigsten Zornes über die Mißachtung der Forderungen ihres Königs.[2] Björnklou und Snoilsky begaben sich am 17. Juli nach Friedberg in der Wetterau,[3] um daselbst der Kaiserwahl zu harren und dann ihre Umtriebe gegen die Feinde ihres Herrn von frischem wieder aufnehmen zu können.

34.

Verhandlungen über den französischen Bundesvertrag.

Unendlich mehr als an den Schweden war dem Kurfürsten von Mainz an den Franzosen gelegen. Viel zu tief hatte er sich mit diesen in die Wahlsache vertieft, um auch nur einen Augenblick dem Gedanken Raum geben zu können, daß man den großen Bund ohne diese gemeinsamen Gegner des Hauses Habsburg zu schließen vermöchte. Nur der

---

und Thor aufgethan, durch die braunschweigischen Lande toties quoties in das hosticum nach Bremen und Verden zu gehen und wohl gar sedem belli in's Braunschweigische zu verpflanzen. — Hannover. S. auch ganz ähnliche Worte Witte's bei Köcher, S. 258.

[1] Schmising hatte sich beispielsweise, um in Frankfurt bleiben zu können, als Mitglied des kur-mainzischen Hofstaates einschreiben lassen. S. Bericht vom 17. Juli. — Münster.

[2] Droysen, III 2, 299.

[3] Bericht Schmisings, von welchem sie am 16. Abschied genommen, vom 17. Juli. — Münster.

Rückhalt an ihnen, auf solche Weise vertragsmäßig verbürgt, konnte vor der Rache des künftigen Kaisers und seiner Partei schützen. Oder, da er ja allezeit sein irenisches System herauszukehren wußte, glaubte Johann Philipp im Ernste, daß nur mit der Hülfe Frankreichs der deutsche Friede aufrecht erhalten werden könne? Oder hatten er und sein Kanzler Boineburg lediglich unter dem Einflusse klingender Gründe den Franzosen Folgschaft zugeschworen? Lebten doch damals nur wenige Staatsmänner, deren Hände sich rein hielten; war es doch, wie wenn jenem in den Wirren des großen Krieges herangewachsenen Geschlechte der Begriff der Unbestechlichkeit als einer Tugend abhanden gekommen wäre. Doch war es schwerlich die Macht des Goldes allein, welche die Mainzer zu Freunden der Krone Frankreich machte. Der Kurfürst war doch zu sehr Ideologe, um ausschließlich nach solchen niedrigen Zweckmäßigkeitsgründen sein Thun und Lassen zu bestimmen und Boineburg zu ehrgeizig und selbständig, um sich für Geld allein einer fremden Macht zu verdingen. Geld, wie gesagt, nahmen sie ja fast alle; so haben es die Mainzer auch nicht aus der Hand der Oesterreicher verschmäht; sie waren also von Rechtswegen nach beiden Seiten hin gebunden, thaten aber in Wirklichkeit doch nur, was ihnen ihre selbsteigene politische Erwägung eingab. Die ausschlaggebenden Gründe für den Anschluß von Kur-Mainz an Frankreich waren einmal das Mißtrauen und die Abneigung gegen die selbstsüchtige, eigennützige, deutschnationalen Zielen völlig abgewandte, gefährliche Politik des Hauses Oesterreich, Besorgniß vor dessen Rache wegen der Haltung in der Wahlfrage und die Hoffnung, durch ein also geschaffenes Gegengewicht die Ruhe Deutschlands, den Frieden Europas aufrecht erhalten zu können. Immerhin stellt sich so die Politik Johann Philipps als ein System in dem großen Chaos der rein selbstischen Interessen aller übrigen staatlichen Kräfte dar. Mag auch die Stimme der Vernunft dieses System als nicht recht klug und als ungesund verurtheilen,[1] gerade jedoch deshalb, weil es ein System war, läßt sich der Einfluß erklären, welchen damals die mainzer Politik auf eine so stattliche Reihe deutscher Reichsstände ausgeübt hat. Die kur-kölnische Politik scheint nur von selbstischen Beweggründen geleitet im Banne der Franzosen. Die Gebrüder Fürstenberg — der Kurfürst stand ganz unter ihrem Einflusse — in ihrer Art hervorragende Erscheinungen, zumal der jüngere Wilhelm, ein gewandter Weltmann, von den feinsten, angenehmsten Formen, entbehrten jeden edleren idealen Charakterzuges; nichts an ihnen erinnert an eine nationale Gesinnung; ihr politisches Lehrgebäude richtete sich auf reiner Selbstsucht

[1] S. Droysen, III 2, 283.

auf, kaum daß dabei ihres Herrn Vortheil oder Ehre mit in Betracht gelangte. Franz Egon trachtete nach dem straßburger Bischofssitze, welchen er nur durch französischen Einfluß zu erlangen hoffte, Wilhelm hatte vordem offen in französischen Diensten gestanden und stand darin heimlich wohl noch. Zweifellos haben Beide viel französisches Gold empfangen, was sie freilich, wenigstens Franz Egon, nicht hinderte, auch dem vom Hause Habsburg herströmenden goldenen Regen die Hand zu öffnen. Die lächelnde Anmuth der französischen Staatsmänner war aber dem plumpen, stolzen Zufahren der Oesterreicher und Spanier überlegen.

Der neuburger Pfalzgraf war längst ein geschworener Freund Frankreichs geworden, seitdem durch dessen Lockstimme in ihm der höchste Ehrgeiz erweckt worden war und wachgehalten wurde bis ganz kurz vor dem Ereignisse der Kaiserwahl. Mochten denn immerhin der „gut spanioliſirte" Kurfürst von Trier und der Bischof von Münster, der seine Hoffnung auf Oesterreich und die Spanier setzte — von deutschnationalen Regungen ist nicht die leiseste bei ihnen zu bemerken — zurückhalten; niemals aber im Verlaufe der Verhandlungen haben sie offen und ehrlich ihre Unlust, mit Frankreich zu schließen, zu bekennen gewagt. Und von den protestantischen Betheiligten sahen wir Schweden, Braunschweig und Hessen-Kassel einem Bunde mit Frankreich entschieden geneigt, unschlüssig dagegen, wie überhaupt dem ganzen Allianzwerke gegenüber abgewendet, Kur-Brandenburg, wenn auch schon ohne besondere Bedenklichkeiten gegen ein Zusammengehen mit Frankreich an und für sich.

Große Schwierigkeiten schienen dem Beitritte Frankreichs zur Allianz nicht mehr entgegenzustehen. Es kam freilich noch auf die Vereinbarung über die Bedingungen an. Letztere waren ja, von den französischen Gesandten in Frankfurt und den mainzischen und kölnischen Staatsmännern in aller Stille entworfen, nur in Bruchstücken und ziemlich spät den andern Genossen mitgetheilt worden, außer wohl dem Pfalzgrafen von Neuburg, welcher ja in ganz besonders regen Beziehungen zu den Franzosen stand, von denen er, vermuthlich über die Köpfe der Kurfürsten hinweg, auf geradem Wege über alle Vorgänge unterrichtet wurde.[1] Erst nach der vermeintlich letzten Lesung des deutschen Allianz-

[1] Als Heyland den ihm von Lionne mitgetheilten Entwurf des französischen Vertrages dem Neuburger Gise zeigte, bemerkte letzterer, daß dieses Konzept „eben dasjenige ist, so E. D. (der Pfalzgraf) vor etlichen Monaten mir gdst. zugeschickt. Bericht Gise's vom 9. Juni 1658. — Düsseldorf. Schmising gab Gise nicht undeutlich zu verstehen, daß sein Herr den Verdacht hege, als ob der Pfalzgraf „mit Frankreich absonderliche Intelligenz hätte". Gise a. a. O. Antwort des Pfalzgrafen vom 13. Juni. — Düsseldorf.

recesses mit Ausgang Mai, als dieses Werk bis auf die Regelung des Verhältnisses zu Schweden dem unzweifelhaften Abschlusse nahe aufgefaßt werden konnte, wurde der französische Entwurf, wie er nunmehr aus dem pariser Kabinette zurückgekommen, den einzelnen Gesandten der betheiligten Mächte amtlich zur vollen Kenntniß gegeben.[1] Zugleich verlautete dabei, daß Frankreich ohne Schweden und dieses wieder ohne jenes nichts mit den zur Allianz bereiten deutschen Ständen schließen würden.[2] Wohl nur ein Mittel von Mainz und Köln zur Ausübung eines Druckes auf Beschleunigung und möglichst baldige Beendigung des so lebhaft gewünschten Werkes. Und schon ließ auch Boineburg sonst „mit sonderbarer Animosität" zu den alten Genossen der kölnischen Allianz, zumal den verdächtigen unter ihnen verlauten: Noch in dieser Woche müsse geschlossen werden. Wer nicht wolle, möge draußen bleiben; eine Schande, daß man sich also lasse.[3] Auch Wilhelm Fürstenberg verlangte von sämtlichen Betheiligten in offener Sitzung eine runde Erklärung, ob es ihnen ein Ernst sei, sowohl mit Schweden als Frankreich zu schließen. Jeder beeilte sich, diese Versicherung in der gewünschten Form zu geben, selbst der Vertreter des trierer Kurfürsten, auf dessen spanische Sympathien, wie Fürstenberg hinterher gestand, die ganze Frage gemünzt gewesen war.[4] Darauf wurde noch selbigen Tages der Beschluß gefaßt, von den in Frankfurt nicht persönlich anwesenden Prinzipalen über den Entwurf des Bundesvertrages mit Frankreich schleunigst Weisungen einzuholen. Aber noch ehe solche eingetroffen sein konnten, wurde ganz wider Aller Erwarten in einer Sitzung am 13. Juni die Angelegenheit von Boineburg, welcher persönlich den Vorsitz übernommen, in Umfrage gestellt.

Trier hielt, ganz wie in der schwedischen Frage, mit seiner Stimme bis auf Entscheid des zur Zeit abwesenden Kurfürsten zurück. Köln erklärte die Uebereinstimmung seines Herrn mit dem Entwurfe im all-

---

[1] Am 6. Juni den Braunschweigern durch Lionne selbst, am 9. erst dem Münsterischen durch Boineburg, durch Schmising sodann den Gesandten von Neuburg und Trier. Gise und Schmising tauschten mit einander herbe Bemerkungen über die einseitig von Mainz nnd Köln ohne Zuziehung der andern Alliirten mit den Franzosen betriebenen Verhandlungen. Berichte Gise's und Schmisings vom 9. Juni. — Düsseldorf und Münster. Den Brandenburgern wurde der französische Entwurf gar erst am 12. Juni mitgetheilt. Bericht vom 4. (14.) Juni. — Berlin. U. A. VIII, 549.

[2] S. Köcher, S. 248. Berichte Otto's vom 22. Mai (1. Juni), 25. Mai (4. Juni), 29. Mai (8. Juni). — Hannover.

[3] Aeußerung zu Schmising. Bericht Gise's vom 9. Juni. — Düsseldorf.

[4] Sitzungsprotokoll vom 10. Juni. — Münster. Bericht Otto's vom 1. (11.) Juni. — Hannover. Schweden und Brandenburg waren bei dieser Sitzung nicht vertreten.

gemeinen bis auf wenige noch zu erörternde Punkte. Bedenken gegen den Beitritt Frankreichs überhaupt lägen nicht vor, doch könnte vorher der Hauptvertrag unter den deutschen Ständen vollzogen werden. Und auch Brandenburg versicherte, daß gegen ein Bündniß mit Frankreich keine Bedenken obwalteten und der Kurfürst dessen Beitritt fast gern sähe. Doch müßte erst über die Bedingungen des Entwurfes, der ihnen erst gestern zugegangen wäre, berichtet werden. Die Stimme Münsters fiel diesmal, da Schmising, wohl absichtlich, fehlte, aus. Neuburg hatte gegen die Sache selbst im allgemeinen wie gegen den Entwurf im besonderen keinen Einwand, sondern schlug nur auch hier wieder vor, das Wort Repressalien zum Vortheile des Pfalzgrafen mit beizurücken. Schweden-Bremen betonte den Befehl des Königs, ohne Frankreich nicht zu schließen, und behielt sich wegen des Aufsatzes fernere Ueberlegung vor, zumal der Krone Schweden darin nicht gedacht wäre. Wolfenbüttel sprach warm für die Aufnahme Frankreichs: doch müsse sie unter Berufung auf die Bedingungen des Hauptrecesses erfolgen; es schlug vor, durch das Direktorium bei den französischen Gesandten anzufragen, ob sie damit zufrieden; unerläßlich sei diese Bedingung auf allen Fall. Celle versicherte, daß es die Sache nicht aufhalten wolle, während Hannover vorgab, daß es noch keine Weisungen besitze, an deren Zulänglichkeit jedoch kein Zweifel zu hegen wäre. Und Kassel erklärte, daß bei ihm die Frage wegen Verbindung mit Frankreich längst in bejahendem Sinne entschieden wäre.

Eine Specialerörterung der einzelnen Bestimmungen des Vertragsentwurfes wurde für heute abgelehnt; es genügte die Gewißheit, daß die Mehrheit den Anschluß Frankreichs wünschte. Doch gelangte der Entwurf allerdings zur Vorlesung, wobei Kur-Köln sich nicht enthalten konnte, zu erklären, daß es den Aufsatz annehme, wie er da stehe, nur mit der Bezugnahme auf den Hauptreceß, während Neuburg nochmals vergeblich die Repressalien betonte und Wolfenbüttel zu bedenken gab, ob nicht auch bestimmt werden könnte, wieviel an Geld je für einen Reiter oder Fußsoldaten gegeben werden sollte.[1]

Den Entwurf selbst müssen wir näher betrachten. In dem Eingangsartikel werden als Vertragschließende genannt: der Allerchristlichste König als Genosse des westphälischen Friedens auf der einen Seite und die fünf Kurfürsten von Mainz, Trier, Köln, Brandenburg und der Pfalz, der Bischof von Münster, der Pfalzgraf von Neuburg und die regierenden Fürsten der Häuser Braunschweig und Hessen als bereits

[1] Protokoll vom 13. Juni. — Münster. Berichte Cansteins und Jena's vom 4. (14.) Juni (Berlin. U. A. VIII, 549) und Otto's vom 5. (15.) Juni (Hannover).

Verbündete auf der anderen. Als Zwecke des Bundes werden angegeben: gute gegenseitige Freundschaft und Verbindung zu wechselseitiger Vertheidigung sowie Aufrechthaltnng des gegenwärtigen Zustandes und der gemeinen Ruhe im heiligen Reiche. Auch wird bestimmt, daß ohne Ausnahme allen Mitgenossen des Friedens, sowohl katholischen als augsburgischen Bekenntnisses, der Beitritt unter gleichen Bedingungen freistehen solle, jedoch nur dann, wenn sie einer Verletzung des Friedensinstrumentes nicht beschuldigt werden könnten.[1]

Zur Wahrung des Friedens von Münster, der auf diesen gegründeten kaiserlichen Wahlkapitulation und des nächsten[2] Reichsabschiedes solle unter den Verbündeten ein aufrichtiges und festes freundschaftliches Einvernehmen und gegenseitige Verpflichtung zur Vertheidigung derart obwalten, daß alle im Falle eines Angriffes einander in dem durch das Friedensinstrument geschaffenen Besitzstande schützen und sich Beistand leisten sollen. Und zwar dürfe diese Defensivverfassung sich nicht weiter erstrecken, als eben wozu das Friedensinstrument Einen dem Anderen verpflichte, so daß danach die Bundesgenossen, jeder für sich und alle insgemein der gebührenden und durch die demnächst zu erwirkende Kapitulation des Kaisers noch von neuem zu bestätigenden Sicherheit genießen sollen. Demnach solle ausdrücklich jeder Eingriff in den durch den westphälischen Frieden gewährleisteten wirklichen Besitzstand die Bundeshülfe bedingen. Doch ist bei dieser Allianz der spanisch-französische Krieg gänzlich ausgeschlossen, und wollen und sollen die Verbündeten in keiner Weise gehalten sein, sich dahinein verwickeln zu lassen. Der König tritt der Defensivallianz bei, verspricht, auf jede Weise das Friedensinstrument zu beobachten und Denen, welche ein gleiches thun sowie die Autorität der Kurfürsten und die Freiheiten aller Fürsten und Stände des Reiches sich angelegen sein lassen wollen, gegen Alle zu helfen, welche darauf ausgegangen sind, diese hierin anzufechten oder an der Ausübung ihrer Gerechtsame zu hindern. So verspricht er auch ferner, daß er weder das Reich noch die Kurfürsten und Fürsten

---

[1] Qui tamen paci contravenisse argui non possunt, ein durch Röthel als ein Zusatz Mazarins gekennzeichneter, gegen Oesterreich gemünzter Zusatz in der mir vorliegenden Abschrift im St.-A. Münster. Die von Köcher, S. 249 Anmerkungen, mitgetheilten Auszüge, angeblich aus dem ersten Entwurfe, sind solche aus der zweiten Fassung. Das Bruchstück, welches Otto bereits am 7. Mai dem Herzog Georg Wilhelm mittheilte (Hannover), stimmt mit dem mir vorliegenden Entwurfe wörtlich überein.

[2] So übersetze ich proximus statt wie Köcher, S. 249. „der jüngste", weil in einem späteren Paragraphen ausdrücklich in demselben Sinne statt proximus Imperii recessus gebraucht wird futurus recessus comitialis.

mit Waffengewalt bedrohen oder feindlich überfallen, mit Winterquartieren beschweren oder auf andere Art belästigen und ebensowenig Truppenanwerbungen in Frankreich und im Elsaß oder Truppenbewegungen aus diesen Landen oder Ausfuhr von Kriegsmaterialien zum Nachtheile des Reiches und insbesondere der Verbündeten jemals gestatten wolle. Seine übrigen Verbündeten in- und außerhalb des Reiches will er zu gleicher Freundschaft und Friedfertigkeit bewegen und von allen mittel- und unmittelbaren feindseligen oder nachtheiligen Maßnahmen abhalten. Die Veranlagung des Königs zu einer bestimmten Truppenstellung im Kriegsfalle hat in diesem Entwurfe noch keinen Ausdruck gefunden und ist dafür eine Lücke gelassen; doch wird Abfindung mit einer dem Werthe der Mannschaften entsprechenden Geldleistung für statthaft erklärt.

Hingegen versprechen die Verbündeten, mit dem König und allen diesem untergebenen Landgebieten Frieden zu beobachten und weder mit Truppenmacht noch mit Geld mittel- oder unmittelbar Denen beizustehen, welche dem Friedensinstrumente zuwider den König und dessen durch jenes erworbene und in Besitz gehaltene Lande oder die Orte, in denen er vertragsmäßig das Besatzungsrecht ausübt (Philippsburg),[1] angreifen würden. Ferner verpflichten sie sich zu einer, gleichfalls noch nicht ausgedrückten, Aufwendung von Mannschaft oder einer entsprechenden Geldzahlung zum Schutze eben jener Provinzen, die Frankreich aufgrund des Friedensinstrumentes besitzt, wenn es aus dem Reiche und von irgend einem Stande desselben oder von anderen Mitgenossen des westphälischen Friedens feindlich angegriffen werden sollte.

Für den Fall, daß das Friedensinstrument oder die Wahlkapitulation zumal in dem die Assistenz betreffenden Punkte (Artikel XIII, Assistenz für Spanien) nicht beachtet werden sollte, werden auf Erfordern des Verletzten die Verbündeten kraft dieser beiden Grundakten und des zukünftigen Reichstagsabschiedes alle förderlichen Dienste anwenden, damit derartige Brüche ungesäumt und in der That abgestellt und die Schäden ersetzt würden. Zur Erhaltung jener Grundakten auf Reichsversammlungen und unter allen andern Verhältnissen verpflichten die Verbündeten sich ferner, die im Paragraph Verum tamen des Friedensinstrumentes begründete Generalgarantie wirksam und thatsächlich befördern zu helfen oder bis zum Inkrafttreten derselben eine Specialgarantie unter den Genossen des Friedens, auch durch Gewinnung weiterer Bundesverwandten zur Aufrechthaltung des Friedens und zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Friedbrecher in's Werk zu richten. Alle Bundesgenossen sollen an den in ihrem Gebiete fließenden Strömen, zumal am Rhein und wo es

[1] Dieses auch ein Zusatz des pariser Kabinettes.

sonst noch angebracht erscheine, auf der Hut sein, damit nicht gegen Frankreich und seine Verbündeten Truppen nach Belgien oder anderswohin dort passiren können, solchen auch keine Einlagerungen und Winterquartiere gestatten, auch kein Kriegsgeräth oder sonstige Zufuhr Denen zukommen lassen, welche das Friedensinstrument verletzen. Vollkräftige, bereitwillige und durchaus ungesäumte Hülfe sagt man sich gegenseitig für den Fall zu, daß aus Anlaß oder unter dem Vorwande dieser Defensivallianz oder aus einem anderen Grunde dem Frieden zuwider einer der Verbündeten oder alle, von wem es auch geschehe, angegriffen werden sollten. Der Bund soll drei Jahre bestehen und, wenn inzwischen der Friede zwischen Frankreich und Spanien geschlossen werden sollte, mindestens noch ein Jahr über dieses Ereigniß hinaus. Zum Schlusse wird nochmals betont, daß alle diese Bestimmungen ihre Begründung in dem Friedensinstrumente, der Wahlkapitulation und den übrigen Reichssatzungen fänden, zu Sicherheit und Genuß des Friedens nützlich, zu keines Menschen Beleidigung angesehen seien und daß die verbündeten Kurfürsten und Fürsten sich die dem Reiche, ihrem Vaterlande schuldige Treue und den dem zukünftigen Kaiser zu leistenden üblichen Eid unbeschadet vorbehalten wollten.

Auffällig ist zunächst wohl die Auslassung des Königs von Schweden bei Nennung der Vertragschließenden, während der Kurfürst von der Pfalz aufgeführt und der Landgraf von Darmstadt unter den regierenden Fürsten des Hauses Hessen mit zu verstehen ist, während doch diese Beiden nicht wie Jener mit an den Unterhandlungen theilnehmen ließen. Snoilsky ahndete denn auch in der Sitzung am 13. Juni diese Auslassung, für welche kein Grund angegeben ward. Besonders in die Augen springt sodann die entschiedenste Wendung gegen Oesterreich, einmal in der ermüdend oft genommenen Beziehung auf die Wahlkapitulation, mit welcher man ja den künftigen Kaiser aus dem Hause Oesterreich im Sinne Frankreichs zu fesseln trachtete, und dann in der Ausschließung dessen, welcher beschuldigt werden könne, daß er das Friedensinstrument verletzt habe, was ja eben einen Hauptvorwurf gegen jenes Haus bildete, dessen Hülfeleistungen für Spanien von den Franzosen als Verletzung des westphälischen Friedens gebrandmarkt zu werden pflegte. Der spanisch-französische Krieg soll zwar die Verbündeten durchaus nicht in Mitleidenschaft ziehen: wenn jedoch verfügt wird, daß nach seiner Beendigung das Bündniß noch ein ferneres Jahr bestehen solle, so heißt dies doch nichts anderes, als daß die Verbündeten noch längere Zeit auf der Wacht stehen sollen, damit ihre Hülfe dem König von Frankreich zur Hand sei, wenn der Krieg etwa von neuem wieder ausbreche. Auch die dunkele Stelle, wo von der General- und Specialgarantie geredet

wird, wie die Bezugnahme auf den punctus assistentiae gehören unter die Spitzen gegen Oesterreich, nicht minder jene Bestimmung, daß alle Truppenmärsche und Vorkehrungen zugunsten der Feinde Frankreichs von den Verbündeten verhindert werden sollen.

Wenn dagegen die Alliirten von Frankreich verlangten, daß es aus seinen Landen und dem Elsaß keinerlei Feindseligkeiten gegen Deutschland und sie selbst unternehmen solle, und damit eine reichspatriotische That zu vollbringen sich schmeichelten, wenn sie ferner von Frankreich den Schutz der deutschen Libertät und aller andern Wohlthaten des Friedensinstrumentes und der Reichssatzungen erwarteten, wenn sie schließlich die Treue gegen das Reich und den dem Kaiser zu leistenden Eidschwur als unverletzlich hinzustellen sich bemüßigt erachteten, so war es vielleicht redlich genug gemeint, wog aber die durch die andern Bedingungen dem künftigen Kaiser noch vor seiner Wahl angethane Schmach nicht auf; das ganze war eine kecke Parteinahme für den offenkundigen Widersacher des baldigen Reichsoberhauptes, demnach durchaus unpatriotisch, vor allem trotz des Prahlens des mainzer Kurfürsten mit seinem Systeme ein schwerer politischer Fehler der Rheinbündler, welche durch diese für Frankreich so vortheilhaften Bestimmungen dem Einflusse dieser fremden Macht Thüre und Thor in's Reich öffneten.

Hätte die Auslassung der Krone Schweden auf irgend einer Seite den Gedanken wachrufen können, daß deren Beitritt von Frankreich nicht gewünscht werde, so mußten die mehrfach wiederholten Versicherungen Lionne's, daß man ohne Schweden den Bund nicht eingehen werde, solchen Verdacht zerstreuen.[1]

Uebrigens fand der Entwurf bei näherer Betrachtung doch nicht in allen Theilen den vollen Beifall Aller. Den Brandenburgern zumal fiel es gleich auf, als wenn er „ziemlichermaßen wider das Haus Oesterreich sei".[2] Auch Anderen schien wohl manches bedenklich und verbesserungsfähig. Denn der ganze Aufsatz wurde — es ist nicht genau ersichtlich, wann und von wem — einer Prüfung unterzogen und mit Abänderungen den französischen Gesandten noch vor dem 18. Juni wieder vorgelegt.[3]

---

[1] Heyland an den Herzog von Braunschweig-Celle am 8. (18.) Juni. — Hannover.

[2] Canstein und Jena an den Kurfürsten am 4. (14.) Juni. — Berlin. U. A. VIII, 549.

[3] Ein Protokoll der bezüglichen Sitzung fehlt mir. Sicher ist, daß die Franzosen am 18. Juni Kenntniß von dem abgeänderten Vertragsentwurfe hatten und denselben billigten. Bericht Otto's vom 8. (18.) Juni. — Hannover. Am 5. (15.) berichtet Otto von einer Sitzung am 14., worin das kur-mainzische Direktorium das

In diesem abgeänderten Entwurf wird zunächst ein wichtiger Zusatz im Eingange bemerkbar, durch welchen ausgedrückt wird, daß S. Allerchristlichste Majestät dem von den verbündeten deutschen Fürsten geschlossenen Vertrage unter Billigung aller seiner Bestimmungen und Verpflichtung auf dieselben beitrete. Auch mehrere andere Zusätze nehmen Bezug auf den deutschen Hauptreceß, welcher also mit Nachdruck als Grundlage des ganzen Bundesverhältnisses zu Frankreich hingestellt wird, so daß dieses als Anhängsel der deutschen Verbündeten erscheint. Hingegen sind weggelassen die Bezugnahme auf den Reichstagsabschied, die Verpflichtung zur Aufrechthaltung des gegenwärtigen Zustandes im Reiche und die in Paris hinzugefügte bedenkliche Klausel von der Verweigerung der Aufnahme Jener, welche der Vorwurf der Verletzung des Friedensinstrumentes treffe. Die Verbindlichkeit zur Aufsicht über die Wahlkapitulation wird durch den Zusatz „soweit diese den König von Frankreich betrifft" immerhin eingeschränkt. Ein weiterer Zusatz zieht, um Mißverständnissen vorzubeugen, außer den kraft des westphälischen Friedens besessenen Landen der Alliirten noch ausdrücklich diejenigen herbei, deren Jeder sich nach dem Rechte der Nachfolge oder seiner Wahl oder unter irgend einer andern Form erfreue. Von andern weniger wesentlichen Abänderungen darf hier abgesehen werden.[1]

Die Franzosen erhoben keine Schwierigkeiten.[2] Einen Nachtheil für ihren König brachten die Abänderungen nicht mit sich. Hatte doch ihr Hauptzweck, die Gewährleistung der, wie sie erwarteten, für sie günstigen Wahlkapitulation keine Beanstandung erfahren.

Aber schon drohte gerade in diesem Punkte Gefahr. Gerade „dieses weitaussehende Werk" fand der Kurfürst von Brandenburg höchst mißlich, weshalb er seine Gesandten anwies, bei den Alliirten vorzuschlagen, daß man von der ganzen Sache den Kurfürsten von Bayern und Sachsen Mittheilung mache, und nicht zu gestatten, daß ohne deren Gutachten darin etwas gethan werde, wie sie überhaupt durch alle dienlichen Mittel

---

französische Projekt in Umfrage gestellt habe und schließlich verabredet worden sei, daß der Receß cum clausula remissoriali (Bezugnahme auf die deutsche Allianz) mundirt, mit den Franzosen, ob sie damit also einig, und des restirenden quanti halber geredet und dann vollends zu seiner Richtigkeit gebracht werden solle, alles jedoch sub spe rati seitens Neuburg, Braunschweig und Kassel. Wahrscheinlich wurden in dieser Sitzung die Abänderungen vereinbart.

[1] Der abgeänderte Entwurf in den Akten zu Hannover und Berlin. S. die Auszüge bei Köcher, S. 249.

[2] Wie wenigstens Boineburg versicherte. Otto am 8. (18.) Juni. — Hannover. Zu erwähnen ist noch die zugefügte Bezugnahme auch noch auf den Friedensvertrag von Osnabrück, während im ersten Entwurf nur dessen von Münster gedacht ist.

das Werk aufzuhalten suchen sollten.[1] Auch im Hause Braunschweig erhoben sich auf dieser und jener Seite Bedenken. Auf der Konferenz zu Peine (12. (22.) Juni, s. oben) führte Schwarzkopf aus: Die Wirksamkeit des Bundes bestände darin, daß man Oesterreich zwingen wolle, die Kapitulation zu halten und Niemandem wider den Friedensschluß beizustehen oder Schaden zu thun. Man sei aber nicht sicher, wie die Kapitulation ausfallen werde, weshalb es das beste sein würde, derselben in dem Receſſe gar nicht zu gedenken. Auch müßte man dahin sehen, daß man die Generalgarantie nicht allein über sich nähme, weil alle Stände dazu verbunden wären. Damit stimmten Celle und Kalenberg überein: denn darüber wollte man halten, daß man den Franzosen zuliebe sich nicht in einen offenen Krieg verwickeln ließe.[2]

Demnach erging an die braunschweigischen Gesandten in Frankfurt insgesamt die Weisung, zu verhüten, daß die vom ganzen Reiche im Friedensinstrumente übernommene Generalgarantie den Alliirten allein aufgebürdet werde, und auch die französischen Minister behutsam dahin zu stimmen, daß alle Bezugnahme auf die Wahlkapitulation im Receſſe unterbleibe. Denn die Verpflichtung zur Aufrechthaltung der letzteren könnte am Ende leicht dahin ausgedehnt werden, daß die Alliirten durch Kunstgriffe in der Abfassung der Artikel genöthigt werden möchten, auch andre Bestimmungen der Kapitulation, womit den Gerechtsamen der Stände und dem Friedensinstrumente selbst zu nahe getreten sein könnte, zu verfechten. Die Kapitulation sei zur Zeit weder den Franzosen noch dem Hause Braunschweig selbst bekannt und zu besorgen, daß sie nicht nach Wunsche eingerichtet, sondern mit Bestimmungen versehen werden möchte, welche zu Abbruch der Rechte der Stände und folglich zu Aufhebung des Gleichgewichtes im Reiche hinausschlagen könnten, was schließlich auch den Interessen Frankreichs nachtheilig sein müßte.[3]

Trotz solcher Bedenklichkeiten blieb der Eifer des Hauses Braunschweig für die Vereinigung mit Frankreich nach wie vor ein reger. So viel sich erkennen läßt, auch derjenige des kasseler Kabinettes, wenn auch die hessischen Gesandten in Frankfurt aus ihrer Zurückhaltung nicht mehr als sonst heraustraten, was denn schließlich zur Folge hatte, daß man nicht allzuviel nach ihnen fragte und sie auch weniger in's Vertrauen zog. Doch rechnete man allezeit auf Hessens Beitritt und seine Geneigtheit zum Abschlusse mit Frankreich.

---

[1] Erlaß des Kurfürsten vom 15. (25.) Juni. — Berlin. U. A. VIII, 550.

[2] Protokoll der Konferenz zu Peine vom 12. (22.) Juni. — Hannover.

[3] Instruktion für die braunschweigischen Gesandten vom 13. (23.) Juni. — Hannover. Köcher, S. 250. 251.

Ganz unzuverlässig seit langem und neuerdings unverhohlener Abneigung erschien dagegen der Kurfürst von Trier. Immer deutlicher trat seine Vorliebe für die österreichische Partei, und nicht bloß in der Wahlfrage, zutage. Sollte er doch geäußert haben, er werde diese Allianz und deren Verstärkung nicht allein zu hindern suchen, sondern auch das aufheben, was schon früher von den Unirten vereinbart worden wäre.[1] Schließlich wollte man wissen, daß er den schwedischen Receß am Ende wohl, keinesfalls aber den französischen unterzeichnen werde.[2] Auch des Bischofs von Münster Haltung wurde von Tag zu Tage zweideutiger. Der ehrliche Schmising betheiligte sich nach wie vor an den Allianzberathungen, seine Stellung wurde aber immer undankbarer. Auf der einen Seite band ihn die zu vielen Malen ihm vom Bischof zugegangene Weisung mit seiner Stimme an die Politik des mainzer Kurfürsten, auf der andern wiesen ihn neuere Befehle an, den Abschluß mit Frankreich und Schweden, den anerkannten Feinden des Hauses Oesterreich hintertreiben zu helfen, denn immer zuversichtlicher lenkten sich des Bischofs Blicke in seiner Beklemmung vor den seiner unbotmäßigen Stadt geneigten General-Staaten auf die österreichisch-spanische Partei. Da Schmising in seiner Geradheit und bei seinem offen ausgesprochenen Mangel an Vertrauen zu König Leopold und seinen Ministern wenig Neigung zu Unterhandlungen mit diesen empfand, führte statt seiner Rath Wiedenbrück die Sache des Bischofs bei diesen. Derselbe hatte nicht eben leichte Bahn. Er hatte manches bittere Wort hinzunehmen über die den Oesterreichern mißliebige Theilnahme Münsters an den Allianzverhandlungen, als wenn alle Fürsten das Erzhaus zu verlassen gedächten. Aber daneben verzeichnete er auch manch trost- und hoffnungerweckendes Wort, wie daß der König keineswegs geneigt wäre, der Stadt Münster beizustehen, sondern des Bischofs Angelegenheiten zu befördern. Wiedenbrück hatte Mühe, zu versichern, daß sein Herr zur Handhabung seiner Kirche und deren Regalien sich Beistand suchen müsse, wo er nur könne, was man ihm nicht verdenken dürfe; übrigens wäre er mit der Allianz so hart nicht gebunden, daß er deshalb von

[1] Otto am 1. (11.) Juni. — Hannover.

[2] Undatirter Bericht Schmisings vom Ende Juni. — Münster. In einem weiteren Berichte (ca. 5. Juli) schreibt Schmising: Ich wundere mich, daß der Erzbischof von Trier mehr zu der schwedischen Allianz inklinire als zu der französischen, zum allerhöchsten hinsichtlich des Religionsinteresses. Es kommt dies daher, weil die Austriaci das spanische Interesse mehr als alles andre im Auge haben, und der Kurfürst von Trier muß ihnen beistimmen. — Schon gaben Mainz und Köln zu verstehen, daß sie mit Triers Ausscheiden unter diesen Umständen nicht eben unzufrieden sein würden. Otto am 19. (29.) Juni. — Hannover.

der dem Erzhause Oesterreich bisher erwiesenen treuen Ergebenheit nothwendig aussetzen müßte. Er würde vielmehr einen Weg wie den andern darin fortfahren, wenn er hingegen davon auch die rechte Wirkung sehen möchte, wie er ja auch schon viel Widerwärtigkeit von dem Erzhause abgekehrt habe und ferner noch verhindern würde. Volmar betheuerte dagegen seinerseits, daß König Leopold es nur gut mit dem Bischof meine und nach geschehener Wahl in der münsterischen Sache schleunigst Recht sprechen werde.[1]

Dem biederen Schmising wurde es täglich schwüler in Frankfurt. Nicht bloß, daß er fortwährend in Geldmangel gelassen wurde, machte ihm seine Aufgabe schwer, viel schwerer wog die Abweichung seiner Ueberzeugung von den Absichten seines Herrn. Wenn dieser empfahl, die Oesterreicher bei gutem Willen zu halten, so meinte er, daß sie „zugleich in amore et timore" gehalten werden müßten.[2] Einen Abfall von den alten Genossen, auf welches Ziel der Bischof zusteuerte, hielt Schmising für ein gefährliches und wenig ehrenvolles Ding, auch glaubte er nicht, daß sein Herr in seinen Irrungen mit der Stadt gegen diese und die General-Staaten von dem künftigen Kaiser kräftigen Beistand zu erwarten habe: und doch trug er die schwersten Bedenken, zum runden Anschluß an die Rheinbündler zu rathen, um dadurch seinem Herrn die Hülfe Oesterreichs nicht unmöglich zu machen. Wiederholt suchte er deshalb in diesen Gewissensnöthen um seine Abberufung nach.[3]

Die Oesterreicher warben immer lebhafter um den Anschluß des Bischofs. König Leopold schrieb selbst an diesen.[4] Auch der päpstliche Nuntius schlug im habsburgischen Interesse alle seine italische Beredtsamkeit in die Schanze. Zu Wiedenbrück äußerte er, über die alte Allianz unter den katholischen Fürsten allein habe man sich freuen und daraus alles gute erhoffen dürfen, jetzt aber sei es betrübend und unheilverheißend, daß die Katholischen mit lauter Andersgläubigen, wie Braunschweig, Hessen, Pfalz und Schweden sich verbünden wollten. Er hätte es schon den Kurfürsten von Mainz und Köln aus getreuer Wohlmeinung rund herausgesagt, daß dies die Freundschaft mit dem Löwen bedeute. Man werde sich zu Knechten der Protestanten erniedrigen: denn diese würden an Macht stärker sein und Frankreich, stets ein Freund der Schweden, werde die Glaubensgenossen gegen die Unkatholischen nimmermehr treulich vertreten. Dies möge doch ja der Bischof beher-

[1] Bericht Schmisings vom 26. Mai. — Münster.
[2] Bericht Schmisings vom 5. Juni. — Münster.
[3] Schmisings Bericht vom 9. Juni. — Münster.
[4] Bericht Schmisings vom 12. Juni. — Münster.

zigen und seiner ihm anvertrauten Kirche wohl vorsehen.[1] Auch am Bischofshofe selbst wirkte in diesem Sinne eine starke Strömung. Vermuthlich war der von Frankfurt zurückberufene Bisping mit einer großen Tasche voll schöner Anerbietungen vom Hause Oesterreich heimgekehrt, welche dann lockender dünkten als die alte bewährte Bundesgenossenschaft v. J. 1654, geschweige die geplante Verbindung mit den fremden Kronen, zumal mit Schweden, vor welchem nun einmal Christoph Bernard ein unüberwindliches Mißtrauen im Herzen trug. Die Strömung am Hofe des Bischofs, von welcher hier die Rede ist, war so stark, daß schließlich Schmising fast ganz übersehen wurde und Wiedenbrück über dessen Kopf hinweg den Auftrag erhielt, mit den Oesterreichern zu unterhandeln.[2] Diese Geschäfte wurden denn auch so geheim betrieben, daß alles, was daran erinnern könnte, dem Untergange gewidmet worden zu sein scheint. Das Ergebniß war jedoch eine in der zweiten Hälfte des Juni Schmising zugehende Erklärung des Bischofs, wonach diesem die geplante Allianz mit Schweden und Frankreich einzugehen aus unterschiedlichen Ursachen bedenklich falle und er bereit sei, wenn es zum Schlusse komme, sich abzusondern.[3] Doch sollte Schmising davon nicht reden, sondern unter mancherlei Vorwänden Zeit gewinnen und die obwaltenden Bedenken des Bischofs nach Gelegenheit allmählich offenbaren.[4]

Schmising gerieth in die äußerste Verlegenheit; mit einem Male

---

[1] Bericht Schmisings vom 16. Juni. — Münster.

[2] Schmising beschwert sich hierüber am 23. Juni: Er habe früher ebensogut wie Wiedenbrück durch den Kurfürsten von Trier bei den österreichischen Ministern über seines Herrn Anliegen sondiren lassen, auch selbst es gethan, aber niemals categoricam et affirmativam resolutionem erhalten, sondern nur bona verba. — Münster.

[3] Aus der Antwort Schmising's vom 23. Juni. — Münster. Der Erlaß des Bischofs selbst liegt nicht vor.

[4] Undatirtes Postskript des Bischofs, etwa vom 20. Juni. — Münster. Auch am 28. Juni schreibt der Bischof: „Es bleibt Ihm hiemit nochmalen unverhalten, daß meine Meinung nicht sei, platt und rund herauszusagen, daß ich die Allianz mit Schweden und Frankreich reprobire." Man habe früher nicht ernstlich an den Beitritt Schwedens geglaubt; nun kämen noch die Franzosen hinzu, „und weilen solche hauptsächliche circumstantiae das Wesen in andern Stand setzen, als wird alsdann auch ein ander consilium zu fassen sein. Und weilen ich bisher noch nicht finden können, mir und meinem Stift dienlich zu sein, das Haus Oesterreich zu verlassen und mich an fremde Kronen zu hangen, . . . ohne das auch nicht sehe, wie Frankreich und Schweden mir in der münsterischen Sachen den geringsten Vortheil schaffen oder auch das holländische praesidium werden zurückhalten können, also kann mich dazu wohl nicht resolviren". Die Stadt Münster sei durch das Gerücht von der bevorstehenden Allianz mit den auswärtigen Kronen bewogen worden, auf's neue mit den General-Staaten Verhandlungen anzubinden und eine Besatzung von denselben zu begehren. „Soweit ist es davon, daß Frankreich und Schweden die Holländer davon abhalten sollten."

ward er auf einen verlorenen Posten gestellt, Unglimpf und Unehre winkten ihm als sein Lohn. Als alter, treuer Diener, welchem man schon einigen Freimuth nachsieht, richtete er eine geharnischte Eingabe an seinen Herrn.[1]

Er anerkennt seine Schuldigkeit zum Gehorsam in allen Stücken, hält aber für pflichtgemäß, Gegengründe vorzubringen, in der Hoffnung, sich damit keine Ungnade zu verdienen. Die Frage, ob mit Schweden zu schließen, wäre längst im bejahenden Sinne entschieden gewesen, und hätte der Bischof selbst also dem Herrn v. Boineburg vor Jahresfrist erklärt. Das ganze Allianzwesen wäre daher unter Betheiligung der Schweden bis zur jüngst erfolgten Fertigstellung des allgemeinen Recesses berathen worden. Auch hier also wäre man gebunden, zumal da er, Schmising, auf wiederholten besonderen Befehl sich stets dem kurmainzischen Votum hätte anschließen müssen. Wäre damals der Receß unterschrieben worden, so hätte ihn der Bischof deshalb für straflos erklären müssen und die Thatsache wäre vollendet. Wenn die bisher geübte Politik, wobei man Gott Lob eben noch nicht übel gefahren, einmal eine Aenderung erfahren sollte, so möge der Bischof ihm nicht verdenken, daß er sich „davon vor Gott und St. Paulo vermög Eides und Pflicht öffentlich bedinge, weil durch diese Veränderlichkeit E. H. G. und der Stift prostituirt und, Gott verhüte es, in einen unwiederbringlichen Schaden verwickelt werden können." Deshalb bitte er nochmals um Enthebung von diesem Posten und seiner Rathsstelle überhaupt. Die vom Bischof angegebenen Gründe wären vom Kurfürsten von Mainz schon so oft widerlegt, wie er so oft davon geschrieben. Weil aber die Ansicht gesiegt, daß dem Stifte durch diese Schwenkung besser gedient sei als durch die bis jetzt eingeschlagenen Wege, müsse er sich beruhigen trotz ganz und gar entgegengesetzter Meinung. Niemals werde der zukünftige Kaiser gegen die Holländer oder gegen die Stadt den Bischof unterstützen, es sei denn bewogen durch die Autorität der Kurfürsten und Fürsten des Reiches. In Gegentheile, meint er, suchten die Oesterreicher durch die Staaten und die Stadt Münster dem Bischof die Hände dermaßen zu binden, daß sie ihm nach Belieben den Zügel lang oder

[1] Der oben angezogene Bericht vom 23. Juni. — Münster. Auch sein Bruder, der Malteserkomthur Friedrich Korff-Schmising zu Frankfurt richtete am 29. Juni ein längeres Gutachten an den Bischof, um ihn von dem Beschlusse des Geheimen Rathes, mit Schweden und Frankreich nicht zu schließen, abzuwenden; es sind ungefähr dieselben Gründe, wie sie sein Bruder in's Feld führt, nur warnt er noch eindringlicher vor einer Beleidigung der Franzosen, Schweden und anderer Alliirten, zumal Mainz und Köln. — Münster.

kurz lassen könnten. Nicht sei es ja des Mainzers Wille, Schweden gegen Oesterreich und Polen beizustehen, sondern vielmehr für jetzt die Hände zu fesseln, daß es weder Oesterreich noch Polen noch den Alliirten selbst schaden könnte. Des Kurfürsten von Mainz Gedanken wären allbereit beim Hause Oesterreich und auch beim päpstlichen Nuntius wäre er „konsiderabel und adorabel" und, wenn dieser Kurfürst es nicht verhindert hätte, wäre das römische Reich mitten in Flammen. Wenn er merken werde, daß des Bischofs Sinn sich geändert und er abtrete, würden alle in der Kapitulation für ihn ausgewirkten günstigen Bestimmungen zerfallen. Zu allererst würden ihn die Schweden angreifen und er dann von allen Katholischen und Unkatholischen verlassen dastehen. Dann würden Schweden und Frankreich die Holländer anstiften, daß sie die Allianz mit der Stadt Münster fortsetzten, welche sie allein bisher verhindert hätten. Alle, welche dem Bischof glauben machen wollten, daß Spanier und Oesterreicher bei Holland den Vorzug hätten und ein solches Ansehen genössen, daß sie es bisher an dem Bündnisse gehindert hätten, suchten ihn zu betrügen. Die zur Zeit in Frankfurt weilenden Gesandten der aufrührerischen Stadt seien nicht ohne Grund so demüthig, weil sie Schweden und Franzosen dermaßen fürchteten, daß sie überall um Frieden schrieen. Das Haus Oesterreich werde Gott noch danken, daß die Fürsten zusammenhielten, um den Schweden festzumachen, daß er ihm keinen Schaden thue. Auch scheine Oesterreich gegen Schweden nicht losgehen zu wollen, eher umgekehrt und dann — beruhe auch die Allianz auf sich. Ja, selbst der Kurfürst von Trier werde sich von der Allianz mit Schweden und Frankreich nicht abbinden.

Die Gelegenheit, dem Kurfürsten von Mainz von dem unliebsamen Entschlusse des Bischofs wenigstens Andeutungen zu machen, fand sich bald. Am Johannistage beehrte der Kurfürst den Bruder Schmisings Friedrich, Malteserkomthur in Frankfurt mit einem Besuche des Gottesdienstes in der Ordenskirche. Nach der Andacht gab es ein Gespräch mit den Gebrüdern Schmising, von welchen Matthias dem Kirchenfürsten behutsam andeutete, daß sein Herr Bedenken trage, diese Allianz mit so mächtigen Kronen, deren Waffen dem römischen Reiche den Untergang drohten, einzugehen. Johann Philipp antwortete nichts. Am nächsten Tage aber wurde der münsterische Domkustos zu einer Konferenz berufen, bei welcher er so harte Worte zu hören bekam, daß er sich schämte, dieselben in seinem Berichte wiederzugeben. In seiner Verwirrung erbat er Urlaub vom Kurfürsten, damit er dem Bischof persönlich Bericht erstatten könne. Jener aber verweigerte es, damit er nach wie vor den Berathungen beiwohne, wofür er, der Kurfürst, die Verantwortung übernehme. Doch wollte er als formellen Gesandten den

Komthur Schmising zum Bischof entsenden. Dieser nahm den Auftrag an und reiste Ende Juni ab.[1]

Die Erklärungen Johann Philipps hatten darin gegipfelt, daß er und die anderen Fürsten vom Bischof die Hände abziehen würden, wenn er bei seiner veränderten Gesinnung beharre. Ob er denn alleinstehen wollte? Eines werde er wählen müssen, entweder mit den Kurfürsten nach Norm und Form des Reiches zu halten oder sich zu Oesterreich zu schlagen. Des letzteren Untergang wünschten jedoch die Kurfürsten ebensowenig wie der Bischof und andere Katholiken, und wüßten sie auch ohne Erinnerung, was sie dem Papste wie dem zukünftigen Kaiser schuldig wären. In seiner Verdrießlichkeit drohte der Kurfürst sodann, daß er sich der münsterischen Angelegenheit überhaupt nicht mehr annehmen wolle, bevor der Bischof eine beständige Entschließung im Allianzwesen von sich gegeben habe.[2]

Aber auch die Gegenpartei war nicht müssig. Kurfürst Karl Kaspar von Trier ließ eines Tages Schmising zu sich rufen, um ihm zu melden, daß, wie er vom Reichsvicekanzler Grafen Kurtz vernommen, im Geheimen Rathe des Königs Leopold Berathungen stattgefunden hätten, worin beschlossen worden, daß man die geplante rheinische Allianz nicht hindern wolle, wenn sie nur in den Grenzen der kölnischen Liga sich halten würde, während man anderenfalls dieses Werk auf's mißfälligste würde ahnden müssen. Leopold wolle insgeheim Jemanden nach Münster entsenden, der mit dem Bischof über eine gegenseitige engere Verbindung verhandeln, demselben in allen Forderungen Genügen thun und auch vermitteln solle, daß auch der Pfalzgraf von Neuburg wieder auf des Königs Seite trete. Zu dieser Sendung sei der vormalige neuburgische Kanzler v. Nesselrode ausersehen, welcher sich morgen auf die Reise begeben werde.

Bei Schmising regte sich Mißtrauen. Schon die Person des Kurfürsten gab ihm Anlaß dazu. Im Kurfürstenrath wie in der Allianzsache hatte Karl Kaspar für den Bischof von Münster wenig oder gar keine Theilnahme gezeigt. Die Vertreter des Bischofs wollten sogar bemerkt haben, daß der Kurfürst mit der auffässigen Stadt und den widerspenstigen Mitgliedern der münsterischen Ritterschaft verdächtigen Verkehr gepflogen hätte. Dazu kam nun noch, daß auch Nesselrode wenig Vertrauen bei den Münsterischen genoß; galt er doch gerade für denjenigen, welcher die münsterische und jülichsche Ritterschaft gegen ihre Landesfürsten aufwiegele. Es verlautete für gewiß, daß er heimliche Aufträge

[1] Bericht Schmising's v. D. vom Ende Juni. — Münster.

[2] Bericht Schmising's vom 30. Juni. — Münster.

von den münsterischen Landständen betreibe. Die ganze Sache mißfiel daher Schmising durchaus. Er rieth seinem Herrn, hierin nichts ohne Vorwissen des mainzer Kurfürsten zu thun, dessen Grundsätze mehr als die Anderer „fundamental und absque interesse nisi boni publici" seien, während der trierer gut ständisch wäre und die Oesterreicher doch nur leere Versprechungen machen könnten und, wie sogar der Kurfürst von Trier gestehe, weder selbst noch durch die Spanier dem Bischof gegen die Holländer mit den Waffen helfen würden. In Frankfurt selbst verstand es Schmising noch glücklich, die Sendung Nesselrode's durch die Vorstellung zu hintertreiben, daß dieselbe den Pfalzgrafen von Neuburg, bei welchem dieser Herr in Ungnade, mehr verdrießen als geeignet sein würde, ihn zur kaiserlichen Partei hinüberzulenken.[1]

König Leopold selbst, mitten in den unruhigen Tagen vor der Wahlentscheidung, ließ Schmising auf den 6. Juli zu einer Berathung einladen, für welche er den Grafen Kurtz und den Geheimen Rath Grafen Oettingen abordnete. Kurtz betonte hierbei den guten Willen des Königs zur Hülfe gegen die widerhaarige Stadt und zur Abmahnung der Holländer von einer Hülfeleistung für dieselbe. Dann fuhr er fort: Der König habe erfahren, daß der Bischof zu Verhandlungen um ein gewisses Bündniß eingeladen sei, weshalb er nicht unterlassen könne, ihn wohlmeinend zu erinnern, daß er sich dessen entschlagen und nichts

[1] Bericht Schmising's vom 3. Juli, auch ein weiterer o. D., aber wohl vom 5. Juli. — Münster. Auch der päpstliche Nuntius Sanfelice hatte sich wieder in's Mittel zu legen versucht. Schmising hatte in dem Erlasse des Bischofs vom 28. Juni den Befehl erhalten, jenem die Gefahren für die katholische Religion vor Augen zu stellen, welche aus einer Einmischung der General-Staaten zu befahren wären. Als Schmising am 1. Juli gleich nach Empfang dieser Weisung sich bei Sanfelice einfand, kam die Rede bald auf die Allianz. Der Nuntius bemerkte, wenn der Bischof diese eingehe, werde er am zukünftigen Kaiser in der münsterischen Sache keinen gnädigen Richter finden. Auf die Frage Schmising's, ob er also glaube, daß die Allianz gegen Kaiser und Reich gemünzt sei, fiel die Antwort: Dies gerade nicht, aber gegen das Haus Oesterreich. Schmising: Also solle wegen der Privatinteressen dieses Hauses die Gerechtigkeit leiden? Darauf Stillschweigen. Schließlich jedoch stellte der Nuntius seine und des Heiligen Vaters Beistand zur Beförderung der Justiz in der münsterischen Sache in Aussicht, aber auch — ein Abmahnungschreiben von seiner Hand bezüglich der Allianz an den Bischof. Als Schmising dann zum Kurfürsten von Mainz äußerte, der Bischof besorge wegen seines Beitrittes zur Allianz das Mißfallen des apostolischen Stuhles, bei welchem sich noch wegen der Mallinckrodt'schen Angelegenheit große Schwierigkeiten ergeben könnten, bemerkte Johann Philipp, er hätte dem Nuntius oft genug vorgestellt, wie wenig bedenklich diese Allianz wäre, wobei dieser sich beruhigt hätte. Der Nuntius wisse alles besser, sei aber ein Neapolitaner und vom Papste veranlaßt, gut spanisch zu sein, dem müsse er ja folgen. Der Bischof solle sich nur nicht abschrecken lassen; hier kenne man statum Imperii et religionis besser als zu Rom.

übereilen wolle. Nach den Bestimmungen des Friedensinstrumentes vermöge der Generalgarantie habe er ja doch vom ganzen Reiche und vom zukünftigen Kaiser Beistand gegen seine Widersacher zu erwarten, während er beim Eingehen dieses Bündnisses sich allen Anspruches auf die kaiserliche Hülfe begebe und den Kaiser veranlassen werde, in der münsterischen Sache nicht allzuschleunig die Justiz walten zu lassen. Denn der Kaiser könne diesen Bund nicht gutheißen, vielleicht sogar werde er ihn ganz aufheben. Auch würde dadurch den vereinigten Niederlanden gerechte Ursache gegeben, sich der Stadt Münster mit mehr Eifer anzunehmen, weil sie bereits ohnedem auf Schweden und Frankreich keinen geringen Argwohn hätten. Der Bischof hätte einen Vortheil weder im Falle eines Sieges noch in dem einer Niederlage Schwedens und Frankreichs zu erwarten: im ersteren würden diese Mächte ihn bald so gut wie Andere zur Sklaverei bringen, im anderen würde er nach Kriegsbrauch mit ihnen leiden müssen. Keinesfalls aber würde er als Mitglied dieses Bundes sich bei Ruhestand erhalten können. Unbedingt aber erwarte man von ihm, daß er nicht offensiv gegen das Haus Oesterreich und den aus diesem zu erwartenden Kaiser mit vorgehen werde. Schmising entgegnete so gut als er konnte: Sein Herr, dem Erzhause aufrichtig ergeben, sei keineswegs geneigt, demselben durch seine Theilnahme an der Allianz einigen Nachtheil zuzufügen. Er suche nur seine eigene Sicherheit, die gerade im westphälischen Kreise, zumal bei den Gegensätzen zwischen Neuburg und Brandenburg, in Frage stehe. Die Garantie, wie man an anderen Beispielen gesehen, genüge in dringenden Fällen mit nichten. Solle denn etwa der Bischof mitten unter den also gefaßten katholischen und unkatholischen Fürsten bloß und allein dastehen? Die Allianz bezwecke ja ganz allein, den fremden Kronen Kraft und Anlaß zu nehmen, das Reich anzugreifen; wenn sie ja einigen Eingriff wagen wollten, könne man sich ihnen gerade aufgrund dieses Bündnisses entgegenstellen. Dem Hause Oesterreich nachtheilige Artikel könne man ja noch abändern. Als Schmising noch hinzufügte, daß man am allerwenigsten mit der Allianz bezwecke, den Schweden wider Polen und Oesterreich, selbst wenn sie von diesen aus Anlaß dieses Krieges im Reiche angegriffen werden sollten, beizustehen, bemerkten die königlichen Minister sonderbar genug, daß vielleicht mit den Schweden als Reichsstand, denen ohnedem nach dem Friedensinstrumente die Garantie schuldig wäre, das Bündniß wohl könnte eingegangen werden, auf keinen Fall jedoch mit den Franzosen. Schmising mußte ihnen schließlich zusagen, daß er nach seinen Kräften den Abschluß dieser Allianz mit in die Länge schieben helfen wolle.[1]

[1] Bericht Schmising's vom 7. Juli. — Münster.

Als Gegenleistung für dieses Versprechen erfolgte ein Sendschreiben des Königs Leopold, welches er als Kurfürst des Reiches ergehen ließ, vom 12. Juli an die Stadt Münster mit der Abmahnung von der vielberufenen Allianz mit den General-Staaten und mit der Aufforderung zu Frieden und Gehorsam gegen den Bischof.[1] Sogleich wurde dieses bei der antiösterreichischen Partei ruchbar. Die Folge war, daß auch die Gesandten Frankreichs und Schwedens, angeblich auf Befehl ihrer Gebieter, an deren Residenten im Haag die Weisung richteten, bei den General-Staaten dahin zu erinnern, daß sie sich der Stadt Münster gegen ihren Landesfürsten nicht annehmen sollten. Schmising versäumte natürlich nicht, seinem Herrn hiervon Mittheilung zu machen; in dem nämlichen Schreiben verwahrte er sich gegen alles Unheil, welches aus der Ablehnung der Allianz zu erwarten stehe, und schob dasselbe allen denen in's Gewissen, welche den Bischof zurückhielten.[2]

Mit ängstlicher Spannung sah unterdessen der redliche Mann der Rückkunft seines Bruders des Komthurs entgegen, welcher des Bischofs endliche Erklärung wegen der Allianz mitbringen sollte.[3] Denn fortgesetzt drängten Mainz und Köln auf den Schluß noch vor der Wahl, welche binnen kurzen Tagen zu erwarten stand.

Und mit den Franzosen wenigstens war man so gut wie im reinen. Dieselben hatten am 25. Juni noch einige wenige Erinnerungen zu dem von den deutschen Alliirten abgeänderten Entwurfe des Bundesvertrages eingereicht, theilweise nicht ganz unwesentliche.[4] Für die einfache Bezeichnung ihres Herrn als „Christlichster König" schlugen sie die voller tönende Fassung „Heilige Christliche Königliche Majestät" vor. Wo gleich anfangs von der Wahlkapitulation und deren Begründung im Friedensinstrumente die Rede ist, sollte gesagt werden „oder wo sie dasselbe deutlicher erklärt." An zwei Stellen suchten die Franzosen ferner der Krone derzeitige Verbündete, zweifellos also England, mit in den Gesichtskreis der deutschen Verbündeten zu ziehen. Aber auch die „Nachfolger, Erben

---

[1] Abschrift in Münster.

[2] Bericht Schmising's vom 14. Juli. — Münster.

[3] Bericht Schmising's vom 10. Juli. Der Bischof meldet am 12., daß der Komthur, auf dessen zu erwartende Berichterstattung er Schmising einfach verweist, am 11. wieder abgereist sei. Aus diesem Schreiben geht auch hervor, daß der Nuntius das in Aussicht gestellte Abmahnungschreiben wirklich abgesandt und sich zum Bischof in gleichem Sinne, wie die Grafen Kurtz und Oettingen zu Schmising, geäußert hatte. Der Bischof sendet die Antwort an den Vertreter der Kurie unter fliegendem Siegel zur Bestellung dem Schmising (Konzept oder Kopie indessen nicht bei den Akten). — Münster.

[4] Monita der französischen Gesandten zum Allianzreceß, undatirtes Schriftstück. — Hannover.

und Nachkommen" der Vertragschließenden wurden hineingebracht. Frankreich bot sodann 1500 Mann Fußvolk und 800 Reiter an. Doch verlangte es nunmehr auch die Bundeshülfe gegen Diejenigen, welche seinen Feinden, wenn sie die ihm durch den westphälischen Frieden zuerkannten Lande angriffen, Waffenbeistand leisten würden. Aber nicht mit der gesamten Macht, wie die bisherige Fassung bestimmte, sondern nur mit der Anzahl, welche der Nothwendigkeit entspräche, sollten nach dem Vorschlage der französischen Gesandten die Verbündeten zur Hülfe erscheinen. Ferner wünschten sie die Weglassung der, übrigens auch von Braunschweig beanstandeten Bestimmung, wonach die Hülfe mit Hintenansetzung aller andern Dinge inkrafttreten sollte. Schließlich sollte auch eine gründliche Umänderung der Absatz erfahren, welcher von der Dauer des Bundes handelte. Während nämlich die anfängliche Fassung bestimmte, daß der Bund, wenn vor Ablauf der dreijährigen Frist der Friede zwischen Spanien und Frankreich zum Abschlusse gelangen würde, noch mindestens ein Jahr über dieses Ereigniß hinaus fortbestehen sollte,[1] hieß es jetzt, daß die Allianz drei Jahre vom Tage der Ratifikationen an gelten und, wenn inzwischen der Friede zwischen Frankreich und Spanien nicht zustande gekommen sein sollte, mit Zustimmung aller Verbündeten oder derer, welche den Fortbestand wünschen würden, auf einer ein halbes Jahr vor Ablauf der Frist nach Frankfurt zu berufenden Konferenz verlängert werden würde.[2]

Zur Ueberlegung wurde den Betheiligten keine Zeit gelassen. Schon am folgenden Tage, dem 26. Juni, wurde wegen des französischen Projektes Sitzung anberaumt. Nicht erschienen die Vertreter Brandenburgs, Münsters und Neuburgs; der letztgenannte war abwesend von Frankfurt und die ersteren beiden wollten das Werk nur aufhalten. Die Brandenburger entschuldigten sich schriftlich: sie könnten nicht kommen und ließen es bei ihren vorigen Erklärungen bewenden, sähen übrigens ferneren Weisungen ihres Herrn entgegen. Schmising hatte Leibesschwachheit vorgewendet, fand aber keinen Glauben, da er unvorsichtig genug an demselben Morgen noch mehrere Besuche empfangen hatte. Boineburg schickte dreimal zu ihm, bis er aus Besorgniß vor Aufsehen und Ungelegenheit nachgab und erschien.[3]

---

[1] Si pax ... coeat, (duret foedus) ad minimum in annum unum ultra.

[2] Duret foedus ... ad proximum triennium a die ratificationis computandum, atque si interea pax ... non coierit, prorogetur consensu confoederatorum omnium aut eorum qui in hoc foedere ulterius persistere volent, et de hoc tractetur Francofurti medio anno ante lapsum triennii.

[3] Bericht Schmising's vom 27. Juni. — Münster.

Boineburg hatte wiederum selbst den Vorsitz übernommen, wie es der Wichtigkeit des Augenblickes entsprach. Er berichtete, daß die französischen Gesandten sich bereit erklärt hätten, auf die bereits verglichenen Bedingungen und ihre dazu eingegebenen Aenderungsvorschläge hin, sowie nach Inhalt des deutschen Hauptrecesses mit den Versammelten zu schließen. Darauf schlug er vor, den Receß mit den Abänderungen der Franzosen zu verlesen und sich über die einzelnen Bestimmungen zu vergleichen. Kur-Triers Vertreter eröffnete, daß sein Herr zur Sache selbst entschlossen sei. Weil aber die Nachstimmenden in der letzten Sitzung sich auf weitere Weisungen berufen, wolle man erst vernehmen, ob sie solche empfangen und aufgrund derselben noch einiges zu erwähnen hätten; erst dann werde man gleichfalls reden. Die Nachstimmenden erklärten schlechtweg ihre Zustimmung zur Lesung des Recesses, Münster und Braunschweig allerdings mit dem Vorbehalt weiterer Abänderungen nach Maßgabe etwa noch einlaufender Weisungen. Die Abstimmung über die einzelnen Paragraphen verlief sonst glatt. Der Receß ward angenommen. Das Bündniß mit Frankreich durfte als gesichert gelten. [1]

Eine Frage blieb freilich noch offen. Auf Anerbieten der Gesandten Frankreichs war jener Satz in den Receß gebracht worden, wonach anstatt wirklicher Mannschaft entsprechende Geldzahlung geleistet werden konnte. Die Versammlung vom 26. Juni beschloß, hierfür eine Kommission zu ernennen, welche den Ueberschlag berechnen sollte, wie hoch die von Frankreich angebotene Truppenzahl und deren Unterhalt sich in Geld berechnen lasse. Mainz, Münster, Schweden-Bremen und Wolfenbüttel fiel diese Aufgabe zu, Schmising aber entschuldigte sich mit seiner Kränklichkeit. [2]

Am 28. Juni sollte über diese Frage entschieden werden. Mainz schlug vor, auf diese Bestimmung ganz zu verzichten. Geld sei knapp und schwer zu bekommen; es würden sich Schwierigkeiten mit Frankreich wegen der Abrechnung erheben; selbst Unterschlagungen seitens Einzelner zum Nachtheil der übrigen Alliirten könnten ja vorkommen. Uebrigens wäre Frankreich hierin indifferent. Trier verschob auch hier wieder seine Abstimmung. Köln und Münster stimmten dem mainzer Vorschlage zu, Mainz selbst desgleichen in Vertretung Neuburgs. Die Braunschweiger,

[1] Protokoll vom 26. Juni. — Münster. Zu bemerken ist beiläufig, daß Kur-Köln in dieser Sitzung noch die Einladung von Kur-Pfalz und Württemberg in Vorschlag brachte; letzteres wolle auch seine Mitkreisstände herbeibringen. Man beschloß jedoch, erst über den Receß eine völlige Einigung zu erzielen und denselben zu unterzeichnen, bevor man Andere einlade.

[2] Welches dann so tacite hingegangen.

denen Kassel Beifall gab, baten, wenn auch im Grunde zu dieser Auslassung geneigt, um Aufschub bis zum Eintreffen des Bescheides auf eine Rückfrage bei ihren Auftraggebern. Schweden war heute nicht vertreten, ebensowenig wieder Brandenburg. Für den Fall aber, daß man von der Ablösung in Geld keinen Umgang nehmen wolle, wurde bestimmt, daß die Franzosen außer dem ordentlichen Unterhalt, worin die unter den übrigen Alliirten zu vereinbarenden Bestimmungen maßgebende sein würden, für jeden Reiter 50 und jeden Musketier 10 Thaler geben sollten. Man glaubte von Frankreich von vornherein zu Werbegeldern, Anschaffungen von Kriegsbedarf u. dergl. m. etwa 70,000, keinesfalls aber unter 60,000 Thaler verlangen zu dürfen.[1] Diese Forderung schien den französischen Gesandten zu hoch; sie boten die in Frankreich übliche Werbetaxe für Reiter zu 20 und Fußknechte zu 2 Kronen. Bei solchen Preisen aber glaubten die deutschen Herren keinen Vortheil aus dem Geschäfte ziehen zu können; man verzichtete lieber ganz darauf. Der entsprechende Satz im Vertrage wurde also ganz getilgt. Der Beitrag Frankreichs blieb also ein für alle Male auf 1600 Musketiere und 800 Reiter mit entsprechendem Geschütz in Effektivbestand festgesetzt, während die Deutschen erklärten, sich an die in ihrem Hauptrecesse ausgedrückten Summen halten zu wollen.

Das Haus Braunschweig hatte, wie wir uns erinnern, noch zwei weitere Bedenken gehabt; einmal befürchtete es, daß die Verbündeten zu alleiniger Leistung der im Friedensinstrumente festgesetzten Generalgarantie aufgrund dieser Allianz angehalten werden könnten, und dann nahm es Anstoß an der mehrfachen Bezugnahme auf die Wahlkapitulation, deren Tilgung also von ihm beantragt wurde. Die erstere Besorgniß verstanden des Hauses Gesandte durch den Hinweis auf die vorsichtige Fassung der einschlagenden Worte des Recesses, mit denen man nur alle guten Dienste zusichere und sich mit nichten zur alleinigen Leistung der Generalgarantie verpflichte, zu beheben.[2] Wegen der Wahlkapitulation wendeten sie sich an Boineburg. Dieser, allezeit dienstbereit, wo sich Schwierigkeiten aufthürmten, verhandelte über die Forderung Braunschweigs mit den Franzosen. Diese hatten gegen die Auslassung der Bezugnahme auf die Kapitulation im allgemeinen nichts einzuwenden, verlangten aber dafür eine ausdrückliche Gewährleistung des Artikels XIV dieser neuen Reichsgrundveste, wodurch der künftige Kaiser die Verpflichtung übernahm, daß er „sich in die Kriege, so in Italien und

[1] Bericht Otto's. Vgl. Köcher S. 251.

[2] Otto am 22. Juni (2. Juli). — Hannover. Köcher S. 251 aufgrund des Gesamtberichtes vom 26. Juni (6. Juli).

im burgundischen Kreis anjetzo geführt werden, in keinerlei Weg weder vor sich als römischer Kaiser noch seines Hauses wegen einmischen und wider die Krone Frankreich und dero Bundsverwandte in gedachtem Italien und burgundischen Kreis und Kriegen unter einiger Streits- oder Kriegs-Ursach keine Hülf mit Volk, Geld, Waffen oder anderm thun und senden, noch sonsten auf einige Weis oder Weg Vorschub und Beistand leisten wolle."[1]

Die Braunschweiger fanden, daß hiermit ihnen und den Verbündeten nicht gedient sein würde[2] und die Franzosen durch die ausdrückliche Bestimmung des Recesses, daß die Alliirten eine Hülfeleistung an die Feinde Frankreichs nicht gestatten wollten, schon genugsam versichert wären. Boineburg mußte ihnen Recht geben, erklärte aber, daß er nichts weiter mehr in dieser Sache unternehmen könne und ihnen überlassen müsse, selbst mit Gramont und Lionne hierüber in Unterhandlung zu treten. Ja, er bat, seines Namens dabei nicht Erwähnung zu thun. Welche Ueberredungskünste die braunschweigischen Staatsmänner spielen ließen, wird uns nicht bekannt. Es gelang ihnen aber wirklich, die Franzosen zu bewegen, daß sie von jeder Bezugnahme auf die Wahlkapitulation absahen. Das Zugeständniß wurde wohl den Franzosen nicht allzuschwer mehr, weil sie selbst keinen großen Werth mehr auf die Wahlkapitulation legen mochten, seitdem dieselbe gerade in jenen Tagen durch die Bemühungen Brandenburgs in den für Frankreich günstig geplanten Paragraphen XIII und XIV einschränkende Bestimmungen empfangen hatte, welche den erhofften Vortheil wesentlich abschwächten, da in denselben Paragraphen den Franzosen alles das abgeschnitten wurde, was sie dem Kaiser allein hatten unterbinden wollen, so daß also z. B. auch alle Hülfeleistung ihrerseits für Schweden ihnen untersagt ward.[3] Je werthloser also die Kapitulation solcher Art in

---

[1] Wahlkapitulation Leopold's I. im Diarium Europaeum S. 876 ff.

[2] „daß dadurch die den andern Alliirten befahrenden Difficultäten und Inkonvenienzen nicht cessiren noch dem Werk seine Richtigkeit gegeben sein wolle". Otto am 29. Juni (9. Juli). — Hannover.

[3] Die vielberufene clausula reciproca in Art. XIV: jedoch daß auch hingegen die Kron Frankreich und deren Bundsverwandte gleichergestalt weder Unsern, des Reichs, Unsers deutschen Hauses oder eines Kurfürsten, Fürsten und Stands samtlich oder absonderlichen Feinden keine Hülf mit Volk, Geld, Waffen oder anderm, Beistand oder Vorschub auf einerlei Weis oder Weg leisten oder thun ... und also alles und jedes, was obstehet, reciproce und gleich gelten. Freilich bot sich den Franzosen noch in Art. XIV selbst eine Hinterthüre in der Bestimmung: gleichwohl mit der fernern Erklärung, im Fall ein oder andrer Kurfürst, Fürst und Stand des Reichs von Jemandem feindlich angegriffen werden sollte und die Kron Frankreich und dero Bundsverwandte von einem solchen angegriffenen Kurfürsten, Fürsten und Stand um

ihren Augen wurde, mit desto sichtbarerem Eifer wandten sich Gramont und Lionne dem Rheinbunde zu, welchen sie nun auf einmal als ein sehr erstrebenswerthes Ziel betrachteten. Daher auch das schließliche Nachgeben bei den Forderungen des Hauses Braunschweig. Ja, Lionne drängte in den Tagen kurz vor der Wahl förmlich zum Abschlusse des Bundes. Ruhe und Sicherheit, meinte er, beruhten allein auf diesem, zumal es die Kapitulation nicht thun werde, da die Kaiser aus dem Hause Oesterreich bisher sich eben nicht sehr begierig erzeigt hätten, die vorgeschriebenen Kapitulationen zu halten. Auch Gramont äußerte, das beste Mittel zur Aufrechthaltung des Artikels XIV der Wahlkapitulation werde eben diese Allianz sein, weshalb sie noch vor der Wahl zum Schlusse gebracht werden müßte.

Weit mehr Grund zur Verstimmung ob des Ausfalls der Kapitulation hatten die Schweden. Alle ihre Beschwerden, welche sie in verschiedenen Denkschriften bei der Reichsdeputation gegen Oesterreich eingereicht, waren unbeantwortet geblieben. Nun schnitt man ihnen noch die offene Hülfe, die sie von Frankreich (und England) erwartet, ab. Und nicht mit einem Worte war in der Kapitulation der Krone Schweden gedacht; nur daß in einer einzigen schüchternen Zeile des Artikels XIV dem Kaiser die Pflicht auferlegt ward, sich dahin zu bemühen, daß gleichfalls auch die polnische Friedenshandlung unverlängt befördert und zum völligen Schluß beschleunigt werde, woran eben auch dem zum Losbruch bereiten König Karl Gustav wenig genug gelegen war. Auch die Fürstenpartei, wie hier gleich bemerkt sei, sah ihre Forderungen in der Kapitulation nur in ungenügender Weise befriedigt. Selbst Boineburg konnte nicht in Abrede stellen, daß diese Akte für Fürsten und Stände jejun, leer und präjudizirlich genug sei. Um so williger hielten Braunschweig und Kassel zur Gegnerschaft des Hauses Oesterreich, desgleichen der Neuburger, welcher schon längst ein Freund Frankreichs neuerdings aus naheliegenden Gründen[1] sich eng an Schweden angeschlossen hatte. Trier und Münster dagegen blieben dem Hause Oesterreich und dem zukünftigen Kaiser zugewandt, Münster zumal, weil es seinen Wünschen in der Kapitulation Rechnung getragen sah, welche in Artikel IX den Kaiser verpflichtete, nicht zu gestatten, daß der goldenen Bulle, dem

---

Hülf angelangt würden, daß alsdann ermeldter Kron Frankreich und dero Bundsverwandten solche Assistenz zu leisten und demselben Kurfürsten, Fürsten und Stand deren vermög habenden und im Instrumento pacis bestätigten juris foederis sich zu gebrauchen unbenommen und unschädlich sein soll. A. a. O. Vgl. Heide a. a. O.

[1] Sein Trachten nach der polnischen Königskrone. Vgl. Basnage, Annales des Provinces-Unies, I. 539, eine Stelle, auf die mich Herr Dr. Krebs aufmerksam zu machen die Güte hatte.

Friedensschlusse und den Reichssatzungen zuwider einige Mediatunterthanen mit auswärtigen Potentaten und Republiken oder anderwärtigen Reichsständen oder deren Landständen und Unterthanen einige Konföderation, Protektion, Mediation und Garantie, unter welchem Vorwande oder Anschein es auch sei, eingehen oder aufrichten mögen.[1] Und Brandenburg? War es doch ja eben diejenige Macht, welche einerseits schon längst mit Oesterreich gegen Schweden verbündet war und andrerseits gerade durch seine einschneidenden Zusätze den Werth der Kapitulation für Frankreich vermindert hatte. Hierdurch war eine Vereinigung Brandenburgs mit diesen beiden Kronen in einem dem Hause Oesterreich Schach bietenden Bunde zur Unmöglichkeit geworden. Auf diese Weise ergab sich die Gruppirung der Mächte, welche seither um den Rheinbund unterhandelt, aus ihrer Stellung zur Wahlkapitulation, und ist also der Abschluß der Rheinbündler mit Frankreich sowohl als unter sich ein wesentlicher Akt des Wahldrama's und nur im Zusammenhang mit diesem zu verstehen. Gekennzeichnet wird diese Thatsache schon dadurch, daß die Entscheidung in der Allianzsache mit der Kaiserwahl zugleich fiel, wenigstens was das Verhältniß zu Frankreich anbetrifft.

Am 11. Juli war Sitzung in der Allianzangelegenheit. Neben dem schwedischen Nebenreceß stand nochmals der französische Bundesvertrag zu endgültiger Fassung auf der Tagesordnung. Alle Beziehungen auf die Wahlkapitulation waren richtig getilgt ebenso wie die Bestimmung über Ablösung der Truppenstellung durch Geld. Auch der Schlußsatz war verändert und darin nur die Rede von der dem Reiche und Kaiser schuldigen Treue ganz im allgemeinen und keine Bezugnahme auf den dem Kaiser zu leistenden besonderen Treueid.

Man war völlig einig. In Abwesenheit der Gesandten Schwedens und Brandenburgs und unter Stillschweigen derer Triers und Münsters wurde die letzte Lesung des französischen Recesses zu Ende geführt. Der Bundesvertrag mit Frankreich bedurfte nur mehr der Vollziehung.[2]

Gramont und Lionne konnten also, als auch sie wegen des nunmehr sich nahenden Wahlaktes die Stadt Frankfurt verlassen mußten, immerhin mit Genugthuung wenigstens über diesen Erfolg scheiden. Sie begaben sich, was die Sachlage recht kennzeichnete, nach Mainz. Am 18. Juli ist dann König Leopold, nachdem er am 15. die Kapitulation angenommen, zum deutschen Kaiser gewählt worden.

---

[1] A. a. O.

[2] Bericht Otto's vom 3. (13.) Juli. — Hannover.

35.

Der Schluß.

So war also der lebhafte Wunsch des Kurfürsten von Mainz, noch vor der Wahl die Allianz fertig zu sehen, doch nicht in Erfüllung gegangen. Mit den Franzosen freilich war man so gut wie einig, dafür aber noch lange nicht mit den Schweden. Die Kaiserwahl selbst veränderte zudem die Sachlage in merklicher Weise. Das Haus Oesterreich, gegen welches die Allianz ihre Spitze richtete, hatte jetzt einen ganz anderen Rückhalt, seitdem König Leopold durch so viele Gegenströmungen hindurch die höchste weltliche Würde der Christenheit erlangt hatte. Trotz der harten Kapitulation war der junge Kaiser doch immerhin aus dem langen Hader als Sieger über so mächtige Widersacher hervorgegangen. Durch den drohenden Abfall Brandenburgs, Triers und Münsters vom Allianzwerke erlitt dieses beträchtlichen Abbruch. Wahrlich, es wurde hohe Zeit, die Uebrigen zusammenzuhalten und dem lange betriebenen Werke einen endlichen Abschluß zu geben.[1] Eine Pflicht der Vaterlandsliebe wäre es für die deutschen Fürsten freilich gewesen, nunmehr aller Verbindung mit den Gegnern des Reichsoberhauptes, Frankreich und Schweden, zu entsagen, zumal im Besitze der durch die Kapitulation beschworenen Zusage des Kaisers, daß er des Reiches Kräfte für seine Hausinteressen nicht mehr in Anspruch nehmen wolle. Aber das war ja eben das unselige Geschick, daß das Mißtrauen gegen das Haus Oesterreich nicht auszurotten war, daß man einfach nicht glaubte und glauben konnte, daß der Kaiser die Kapitulationsbedingungen redlich und treu erfüllen würde. Zudem hatte man sich bereits zu tief mit den beiden mächtigen Kronen eingelassen, um unbesorgt mit ihnen nun auf einmal brechen zu können.

Eine neue Schwierigkeit erhob sich für die Allianzpläne des Mainzers aus dem durch die Kapitulation geschaffenen Verhältniß der Fürstenpartei zum Kurfürstenkollegium. Die Kurfürsten konnten mit der Kapitulation, die doch in der Hauptsache auch ihr Werk allein war, wohl zufrieden sein. Ihre Würde und Präeminenz ward ihnen auf's neue verbürgt, und dank einer Reihe für sie noch besonders günstiger Bestimmungen

[1] Heyland schreibt am 10. (20.) Juli unmittelbar nach dem Wahlergebniß an Herzog Augustus zu Wolfenbüttel: Unsere Allianzsache als noch nicht geschlossen schwebt jetzt in höchster Gefahr und fangen Austriaci bereits an, Einen und Andern zu behortiren. — Hannover.

gingen sie strahlend an Macht und Ansehen aus dem Wahlkampfe hervor. Viel weniger Anlaß zur Zufriedenheit indessen war für die Fürstenpartei vorhanden. Nicht nur, daß ihre vielfachen Wünsche, welche sich namentlich in dem Gegensatze zu den Vorrechten des Kurfürstenkollegs bewegten, in der Kapitulation keine Berücksichtigung erfahren hatten; man hatte sogar einen von den Schweden eingefädelten und von Mainz, Köln und Pfalz, den Freunden Frankreichs unterstützten Antrag der fürstlichen und ständischen Gesandten, aufgrund des Friedensinstrumentes ihre Stimmen bei Abfassung der Kapitulation und namentlich bei den Bestimmungen über des Reiches Sicherheit anzuhören, durch eine von Brandenburg gestellte Falle fast schimpflich vereitelt.[1] Man empfand auf dieser Seite mit besonderem Mißbehagen, daß in der Kapitulation das Recht über Krieg und Frieden allein für den Kaiser und die Kurfürsten vorbehalten, die Rechtsprechung über Leben, Würde und Vermögen der Fürsten und Stände den Kurfürsten allein zuerkannt worden. Dieses wurde als ein Ausfluß unleidlichen Hochmuthes der Kurfürsten laut geahndet, auf evangelischer wie katholischer Seite. Die Gesandten von Münster[2] und Neuburg riethen zu einer Absonderung von den Kurfürsten überhaupt; es schwebte ihnen der Plan eines Fürstenvereins vor auf der Grundlage der bereits entworfenen Artikel der rheinischen Allianz. Statt Mainz könne man, so meinten sie, Württemberg, statt Trier Darmstadt und Paderborn aufnehmen. Köln würde man vielleicht wegen Hildesheim und Westphalen nicht missen können. Doch ging dies selbst den Braunschweigern und Hessen zu weit. Bei Trier, bemerkte Heyland, werde ohnedies nichts zu erhalten sein. Aber bei Mainz und Köln müsse man schon bleiben, um ihnen keinen Anlaß zu geben, aus Desperation gleichsam die österreichische Partei zu ergreifen.[3] Boineburg und Fürstenberg erklärten freilich auch mit treuherzigen Mienen, daß ihre Herren in diesen Kapitulationsfragen zu ihrem Bedauern überstimmt worden wären, wofür sie jedoch bei jeder Gelegenheit und vornehmlich auf dem bevorstehenden Reichstage den Fürstenstand in seinen Forderungen getreulich und nachdrücklich unter-

---

[1] Vgl. Droysen III 2, 298.

[2] Die Unzufriedenheit Münsters über die Kapitulation nimmt Wunder. Das Gebahren Schmising's entsprang wohl seiner Verlegenheit, in welcher er jeden Anlaß zur Verzögerung eines Abschlusses der Allianz mit Lebhaftigkeit ergriff. In seinen Berichten verlautet auch nichts über diesen Vorschlag. Auch Hessen-Darmstadt arbeitete auf einen solchen Fürstenbund im Gegensatz zu den Kurfürsten hin. Zu Schwalbach wurde in Gegenwart des Landgrafen Georg darüber offen verhandelt. Bericht Otto's vom 31. Juli (10 Aug.). — Hannover.

[3] Alles nach dem oben angezogenen Berichte Heylands.

ſtützen würden.[1] Man ließ ſich beſchwichtigen und blieb dem Allianzwerke treu, trotz aller nach dem Wahlergebniß mit erneuter Kraft erwachenden Gegeneinwirkungen der Oeſterreicher, welche nunmehr auch die Geſandten der Evangeliſchen ihren Unwillen über ihre Theilnahme an den Allianzverhandlungen ſpüren ließen. Graf Kurtz ließ am 31. Juli Heyland zu ſich berufen, nur um ihm mitzutheilen, daß der Kaiſer mit dieſer Allianz höchſt unzufrieden ſei und von dem Beitritte dringend abrathe. Als beſonders ſchimpflich hatte es die Hofpartei empfunden, daß man unter den Augen des Königs über dieſes Werk verhandelte. Es ging das Gerücht, daß vom Kaiſer an die dieſen Verhandlungen obliegenden Mächte demnächſt ein Inhibitorium ergehen werde.[2] Die kaſſeler Geſandten wurden vom Kaiſer Leopold durch eine höchſt ungnädige Behandlung eingeſchüchtert, als ſie in der üblichen Audienz ihre Kreditive überreichten. Die Braunſchweiger ließ man lange Zeit warten, ehe ſie überhaupt zu dieſer Audienz zugelaſſen wurden: doch lief dieſelbe dann wider Vermuthen noch ziemlich glimpflich ab.[3]

Mainz und Köln trieben ſchon deshalb unaufhörlich zum Abſchluß, zweifellos im Auftrage der Franzoſen, welche nach den geringen Erfolgen mit der Kapitulation nur noch in der Allianz ihre Genugthuung ſuchten und reichliche Geldſpenden zu dieſem Zwecke nicht ſparten.[4]

Die einzige weſentliche Schwierigkeit beſtand jetzt in der Ordnung des Verhältniſſes zu Schweden und der Schaffung einer Möglichkeit für Brandenburg zur Annahme der Allianz mit und trotz dieſem. Die von Kur-Köln kurz vor dem Aufbruche der Schweden aus Frankfurt vorgeſchlagene Faſſung, durch welche man die polniſchen Bundesverwandten von der den Schweden zu gewährenden Hülfe ausnahm, hatte dieſe Möglichkeit anzubahnen geſucht. Aber war ſie nicht, da ſie der Schweden bisherige Forderungen geradezu auf den Kopf ſtellte, für dieſe unannehmbar? Björnklou und Snoilsky hatten vor ihrer Abreiſe gewiß nicht unterlaſſen, dies zu erklären. Betheuerten ſie doch auch jetzt nach ihrer Rückkehr von Friedberg, daß von ihrem Beitritte neben und mit Brandenburg überhaupt unter keinerlei Umſtänden mehr die Rede ſein könne. Da gab Boineburg und Fürſtenberg ihr erfindungsreicher

---

[1] Bericht Otto's vom 20. (30.) Juli. Am 31. Juli (10. Aug.) nennt er freilich in einem Rückfall der Stimmung die Entſchuldigungen der Beiden läppiſch.

[2] Bericht Otto's vom 24. Juli (3. Auguſt). — Hannover.

[3] Bericht Otto's vom 27. Juli (6. Auguſt). — Hannover.

[4] Jetzt erſt gingen, was dieſen Punkt anbelangt, den Braunſchweigern die Augen auf. „Und will verlauten, daß ſie (die Franzoſen) zu deren (der Allianz) Beförderung die mainziſchen und kölniſchen Miniſter nicht ohne ſonderbaren Rekompens gewonnen haben.“ Otto am 31. Juli (10. Auguſt). — Hannover.

Sinn einen eigenthümlichen Plan ein. Sie hielten für möglich, über alle Schwierigkeiten hinwegzukommen, wenn man zwei verschiedene Fassungen des Hauptvertrages aufstelle und in der einen, für Schweden bestimmten, den Namen des Kurfürsten von Brandenburg und die pommerschen Lande Schwedens und Brandenburgs ganz weglasse und die Aufnahme Schwedens für die Dauer des jetzigen polnischen Krieges nur auf Bremen, Verden und Wismar beschränke, in der andern aber Schweden und Neuburg, welches nunmehr gleichfalls offen erklärte, neben Brandenburg nicht mit unterzeichnen zu wollen, übergehe und Brandenburg wegen Minden und Halberstadt, auch wohl Cleve unter Ansetzung eines verhältnißmäßigen Kontingentes mit aufnehme. Hierdurch hoffte man die Kreise Niedersachsen und Westphalen zu „salviren" und zu „neutralisiren".

Heyland rieth den Vätern dieses Gedankens, die Rechnung doch ja nicht ohne den Wirth zu machen, worauf Boineburg und Fürstenberg den Schweden Björnklou aufsuchten. Heyland folgte ihnen auf dem Fuße nach. Björnklou und Snoilsky erhoben wegen des ersteren Vorschlages keine besonderen Schwierigkeiten, lehnten jedoch jedes Eingehen auf den andren ab und weigerten sich entschieden, mit Brandenburg überhaupt weiter zu verhandeln. Zunächst aber wurde ihnen noch bemerkt: wenn sie darein nicht willigen könnten, so würde man sich es doch nicht wehren lassen, mit Brandenburg nach Gutdünken zu unterhandeln. Verdutzt hielten die Schweden mit weiteren Einwendungen zurück. Dem Hessen Dörnberg machten Boineburg und Fürstenberg sofort persönlich Mittheilung von diesem Vorgange. Er wie die Vertreter von Münster und Neuburg ließen sich den ganzen Plan wohl gefallen. Auch Braunschweig, augenblicklich nur durch Heyland vertreten — Otto war in Schwalbach, Witte in Speyer —, war nicht abgeneigt.[1] Wunderbar war nur, daß weder Boineburg noch Fürstenberg den brandenburgischen Gesandten von diesem Projekte unterrichteten. Doch hörte Canstein davon und äußerte zu den Braunschweigern, daß er dafür halte, der Kurfürst werde schließlich in diese Neutralität willigen, wozu er auch allen Fleiß anwenden wolle.[2]

Die Schweden, so sehr ihnen auch von allen Seiten zugesprochen wurde, blieben fest auf ihrer Erklärung bestehen, daß sie von einer Mitaufnahme Brandenburgs und somit auch von einem solchen Neutralisirungsplane ganz und gar nichts wissen wollten. Ganz spitz gaben

---

[1] Bericht Heyland's vom 10. (20.) Juli. — Hannover. Otto und Witte stimmten übrigens auch bei, vgl. den Bericht des letzteren b. Köcher S. 259 Anm. 4.

[2] Bericht Otto's vom 20. (30.) Juli. — Hannover.

ſie zu vernehmen, daß man ſich wundern müſſe, wie man ſich doch ſo ſorgſam für Brandenburg erweiſe, ohne daß der Kurfürſt Verlangen danach trage.[1] In ſeiner Verlegenheit berief der Kurfürſt von Mainz den Grafen Fürſtenberg und den Domkuſtos Schmiſing, um mit ihnen zu Rathe zu gehen. Hier wurde der Beſchluß gefaßt, bei den Braunſchweigern — die Heſſen werden zuweilen nicht genannt, ſie ſtanden in Aller Achtung eine Schattirung tiefer, weil ſie ſich ſelbſt ziemlich theilnahmlos zeigten und ſelten mit Weiſungen verſehen waren — anzufragen, ob ſie vereint mit den Invitanten vorläufig ohne Schweden den Bund vollziehen wollten, da Niemandem daran gelegen ſei und es dem Endzwecke des Bundes widerſpreche, ſich in dieſe Kriege zu miſchen.[2]

Die Braunſchweiger hatten ſeit längerer Zeit, zumal ſie den Eindruck gewonnen zu haben glaubten, daß Frankreich keinen großen Werth mehr auf den Beitritt der Schweden ſetzte, einen ſolchen Fall ſchon in's Auge gefaßt und bei ihren Regierungen daheim um Verhaltungsmaßregeln gebeten. Auf einer Geſamthauskonferenz zu Peine war über dieſe Frage Rath gehalten worden und die Anſicht durchgedrungen, daß man auf jeden Fall mit Frankreich, wenn möglich auch mit Schweden, wenn nicht auch ohne dieſes ſchließen wolle. Wenigſtens wären die Schweden nicht mehr um Einwilligung zu erſuchen, ob man ohne ſie mit beitreten dürfe; man könne ihnen ja offenen Platz vorbehalten; um den Nebenreceß ſei nicht weiter zu ſtreiten.[3] Deshalb erhielten auch die im Lager des Königs Karl Guſtav weilenden Geſandten des Hauſes die Weiſung, die Allianz bei Jenem weiter nicht als mit allgemeinen Redensarten und gelegentlich zu betreiben, der bisherigen Nebenreceſſe aber und andrer desfalls zu Frankfurt vorgekommenen Erörterungen keine Erwähnung zu thun, auch ferner nicht mehr hinzuhorchen, ob dem König oder ſeinen Miniſtern beliebe oder nicht, daß das Haus Braunſchweig ohne Schweden und Brandenburg, mit oder ohne Frankreich neben den übrigen Ständen die Allianz ſchließen möge, da die Nothdurft zur Zeit erfordere, ſich nach keiner Seite hin die Hände zu binden.[4] Und den Geſandten des Hauſes in Frankfurt wurde zugeſchrieben: Es ſei dahinzuſtellen, welche Urſachen Frankreich habe, dem Andeuten nach ſich von Schweden abzuſondern,[5] und ob nicht die Kurfürſten am

[1] Bericht Otto's vom 20. (30.) Juli. — Hannover.

[2] Bericht Schmiſing's vom 28. Juli. — Münſter.

[3] Protokoll der Hauskonferenz zu Peine vom 13. (23.) Juli. — Hannover.

[4] Inſtruktion vom 12. (22.) Juli. — Hannover.

[5] Zwiſchen Frankreich und Schweden war allerdings eine Spannung bemerkbar infolge von Eiferſucht des letzteren wegen des verhältnißmäßig ſo günſtigen Ausfalles der Wahlkapitulation für erſteres, bei welchem jenes auch wenig Unterſtützung ſeiner

Rheine, da sie nunmehr bei Frankreich ihre Sicherheit erlangt zu haben meinen, sich um die Aufnahme der Schweden wenig bekümmern und die Bedingungen des Nebenrecesses eben darum so erschweren, damit Schweden ausgeschlossen bleibe. Trotz alledem halte man noch immer dafür, es werde Frankreich sein Absehen auf Schweden so leicht nicht fallen lassen und noch weniger glauben können, daß seine Sicherheit bei etlichen wenigen Katholischen bestehe, deren Nachfolger es keineswegs gewiß sei. Wenn das Gleichgewicht im Reiche erhalten, die Macht der Stände in Eines Hände nicht gerathen und wider Frankreich nicht verwandt werden solle, werde letzteres seine Anlehnung bei den Evangelischen suchen müssen. Frankreich müsse auf allen Fall, selbst ohne Schweden, die Allianz mit vollziehen. Doch hätten sich auch bei letzterer Macht die Gesandten um ihren Beitritt zu bemühen, aber ja nicht bittweise. Sobald aber Frankreich sich zur Vollziehung der Allianz bequeme, hätten es die Gesandten, aber nur mit Hessen und den Andren zugleich ebenfalls zu thun und den Schweden nur Mittheilung zu machen und mit gutem Glimpf eine Entschuldigung dabei anzubringen.[1] Von Brandenburg ist gar keine Rede mehr; sein Rücktritt wurde als selbstverständlich angenommen. Auf einer weiteren Hauskonferenz in Braunschweig fiel der endgültige Beschluß, „wegen Brandenburg sich nicht länger aufzuhalten".[2] Das Neutralisirungsprojekt fand beim Hause Braunschweig geringen Beifall. Eine neue Gesamtinstruktion an die Gesandten in Frankfurt verwarf diesen Gedanken als unthunlich. Man werde dadurch ja gleich von vornherein in zwei Kriege verwickelt. Wenn der Kampf zwischen Schweden und Brandenburg, wie stündlich zu besorgen, losbreche und dann beispielsweise schwedische Truppen etwa über die im Neubau begriffene Allerbrücke bei Verden in's Mindensche gehen sollten, werde man dieses gegen sie vertheidigen müssen, und wenn Brandenburg oder dessen Verbündete sich etwa zur selbigen Zeit Wismar näherten oder Bremen-Verden angriffen, so würde man Schweden beispringen müssen. Es sei zu besorgen, daß der Vorschlag zur Verhinderung des ganzen Werkes ersonnen sei. Deshalb hätten sich also die Gesandten nochmals zu bemühen, daß die schwedisch-brandenburgischen Irrungen gänzlich

---

Wünsche gefunden zu haben vorgab. Vgl. auch die dunklen Andeutungen bei Chéruel III S. 122/3 über die Absichten Karl Gustav's, Frankreich geradezu in einen Krieg gegen Oesterreich mit fortzureißen, die ablehnende Haltung Mazarin's und dadurch verursachte Verstimmung Schwedens.

[1] Instruktion vom 14. (24.) Juli mit der Bemerkung: Ist nomine Serenissimi (Kalenberg) in originali den 23. Juli (2. Aug.) an Otto Otto abgeschickt. — Hannover.

[2] Protokoll der Hauskonferenz zu Braunschweig vom 19. (29.) Juli. — Hannover.

ausgenommen und die schwedischen Minister hierzu bewogen würden; wenn es aber nicht zu erlangen, so sei zwar die wegen Schweden vorgeschlagene Fassung zu vollziehen, die wegen Brandenburg aber, wenn auch nicht gänzlich zu verwerfen, so doch zur Zeit noch mit gutem Glimpf zur Seite zu stellen. Sollten Köln und Mainz sich auf die Vollziehung beider Entwürfe steifen, so sei ihnen die Nothwendigkeit schleunigen Schlusses der Allianz vorzustellen und eiligst zu berichten. Sobald Frankreich sich zum Abschlusse verstehen werde, sollten sie dasselbe thun, ohne auf die Schweden zu warten.[1]

Inzwischen hatte die Abwesenheit zweier Gesandten vom Hause Braunschweig in Frankfurt Aufsehen erregt; namentlich hatten auch die Franzosen, welche sich noch immer in Mainz aufhielten, jedoch von allem durch die mainzer und kölner Staatsmänner unterrichtet wurden, den Verdacht geschöpft, als wenn die Herzöge von Braunschweig nach nunmehr erfolgter Kaiserwahl den Bund für überflüssig erachteten und dessen Abschlusse aus dem Wege zu gehen wünschten. Graf Wilhelm Fürstenberg kam eigens, um dies dem Hannoveraner Otto zu hinterbringen und so einen Druck auf Beschleunigung auszuüben, am 28. Juli nach Schwalbach. Dies machte Eindruck auf Otto, welcher noch am gleichen Tage nach Mainz eilte und am nächsten Morgen früh 5 Uhr bei Lionne und um 6 bei Gramont aufwartete. Es gelang ihm, ihnen allen Argwohn zu benehmen. Sie erklärten sich befriedigt und betonten, wie nothwendig es jetzt sei, die Allianz noch vor der Kaiserkrönung zu vollziehen. Eben, berichteten sie, ständen sie im Begriffe, nach Höchst zu fahren, wo sie mit Boineburg und Wilhelm Fürstenberg des Schlusses halber berathen wollten. Ob er nicht mitgehen wolle? Otto sagte zu. Er hatte aus dieser Unterredung den Eindruck gewonnen, daß die Franzosen zwar ohne Schweden, nicht aber ohne Braunschweig und andere evangelische Fürsten schließen würden. Außerdem hatten sie versichert, daß sie in Deutschland nichts mehr zu thun hätten, als die Allianz abzuwarten, nach deren Schlusse sie zurückkehren und beobachten würden, wie die Oesterreicher der Satisfaktion, welche sie Frankreich gegeben, nachleben würden.

Zu Höchst traf man Boineburg, die beiden Grafen Fürstenberg, Snoilsky[3] und Heyland. Die Deutschen beriethen zunächst unter einander

[1] Gesamtinstruktion vom 19. (29.) Juli. — Hannover. Köcher S. 260/61.

[2] Säve S. 110 erwähnt eine andere Konferenz zu Höchst, welche vermuthlich am 12. (22.) Juli (Snoilsky's Bericht vom 13. [23.] Juli) stattgefunden hat. Säve macht sich gerade bei der Behandlung der Neutralisirungsfrage, wo man bei ihm näheren Aufschluß erwartet, die Sache sehr leicht. So ist auch wohl seine Nachricht, daß von Snoilsky die Schlußverhandlungen in Mainz geführt worden sind, eine irrthümliche.

abgesondert im Schloßgarten, drinnen in den Gemächern die Franzosen mit dem Schweden. Boineburg suchte nochmals in längerem Vortrage zu beweisen, wie nothwendig ein Abschluß der Verträge sei. Die Schweden hätten sich ihrer Forderung auf Vertheidigung Pommerns begeben und beständen nur noch auf derjenigen Bremens und Verdens. Man wünsche noch immer, diese beiden Provinzen gegen die brandenburgischen Minden und Halberstadt in Neutralität zu setzen. Eben bearbeiteten drinnen die französischen Gesandten Snoilsky, um ihn zu überreden, daß er diesen Vorschlag unter Vorbehalt der Genehmhaltung des Königs annehme. Man wolle nunmehr wissen, ob Braunschweig die beiden Bundesverträge auch ohne Schweden alsbald mit vollziehen wolle. Heyland zeigte die ihn hierzu ermächtigende Instruktion (vom 14. (24.) Juli) vor. Otto, in dessen Hand dieselbe noch nicht war, ergriff diesen Vorwand, um vorläufig eine verbindliche Erklärung noch einmal abzulehnen. Er bemerkte dabei auch, daß es doch mit dieser Neutralisirung mißlich zu stehen scheine. Die Franzosen selbst hätten ihm ja in Mainz zugestehen müssen, daß der König von Schweden dieses Projekt schwerlich annehmen werde. Ebensowenig wisse man, ob dies der Kurfürst von Brandenburg thun werde. Auch Kassels Stellung zu dieser Frage sei zweifelhaft. Boineburg und die Fürstenberg, welche zu bemerken glaubten, daß Otto's Zurückhaltung hauptsächlich ein Ausfluß seiner Verstimmung über die geringen Erfolge der Fürstenpartei in der Wahlkapitulation war, flossen über von Zusicherungen aller möglichen Anstrengungen für den Herzog in Fällen der Noth wie zur Wahrung aller Rechte und Freiheiten des Fürstenstandes. Heyland fügte noch hinzu, daß er erst heute früh noch von den Kasselern Vertröstungen entgegengenommen hätte, daß der Landgraf, wenn Schweden weitere Schwierigkeiten mache, auch ohne dieses zur Vollziehung der Allianz entschlossen sei, doch vorbehaltlich späterer Zulassung dieser Krone. Allerdings hätten sie zugeben müssen, daß sie ausdrücklichen Befehl hierüber noch nicht in Händen hätten: doch erwarteten sie dieselben in allernächster Zeit. Nach den Freuden der Tafel trat man in Verhandlung mit den Franzosen; Snoilsky hatte sich unterdessen nach Frankfurt zurückbegeben. Boineburg verlangte auch hier wieder eine endgültige Erklärung von den Braunschweigern. Heyland bezog sich nochmals auf die Instruktion, womit man sich zufrieden gab, während Otto seine Verlautbarungen vom Vormittage wiederholte und hinzufügte, daß man doch erst den Hauptreceß und dann erst den Vertrag mit Frankreich vollziehen müsse. Damit waren die Franzosen einverstanden, sie faßten diese Erklärung als Zusage auf. Hierauf wurde man einig, den Hauptreceß dahin abzuändern, daß man Pommern auslasse, Brandenburg als Vertragschließenden nicht

mit aufführe, Schweden aber nenne, und unterdessen näheren Bescheid des Königs Carl Gustav abzuwarten. Auch beschloß man, wegen der Neutralisirung noch baldigst mit den kur-brandenburgischen Gesandten in Unterhandlung zu treten.[1]

Am nächsten Tage, dem 30. Juli wurde allen Betheiligten mit Ausnahme der Schweden und Brandenburger zur Sitzung angesagt. Alle erschienen bis auf den Neuburger, welcher von seinem Herrn auf kurze Zeit abberufen worden war.[2] Mehl eröffnete die nach längerer Pause wieder aufgenommenen Verhandlungen mit einer Uebersicht über die Sachlage. Er erklärte fast alle Schwierigkeiten für beseitigt bis auf die Regelung des Verhältnisses zu Schweden und Brandenburg, welcher Mangel jedoch dem Hauptwerke keine Verzögerung bereiten könnte: denn, sagte er, bekanntlich erhofft man binnen kurzem eine willfährige Erklärung auf das Neutralisirungsprojekt. Eine Verwickelung in Krieg wäre nicht zu besorgen. Damit man aus dem polnischen Kriege gehalten würde, hätte man die pommerschen Lande ausgenommen. Hohe Zeit wäre es, endlich zum Schlusse zu kommen, zumal der Eine oder der Andere nun auch endlich abreisen müßte. Ob man nicht jetzt gleich unterschreiben wolle? Der Kurfürst, sein Herr wäre dazu erbötig. Wer zur Zeit nicht wolle, dem könne ja offene Thüre gelassen werden.

Hierauf erhob sich der Vertreter des Kurfürsten von Trier und rügte, daß er erst um 11 Uhr zu dieser Sitzung berufen worden, wo der Kurfürst anderwärts beschäftigt und demnach keine Zeit mehr gewesen sei, sich bei ihm Befehls zu erholen. Er müsse daher eine Erklärung auf die Proposition ablehnen und bitte um Geduld. Fürstenberg ahndete diese Ausflucht. Es sei heute nichts anderes proponirt worden als neulich und hätte Trier deshalb sehr wohl mit seinem Entschlusse gefaßt sein können. Metternich entgegnete, daß er getreulich berichtet, vom Kurfürsten aber noch keinen Bescheid erhalten habe; er stelle den Nachstimmenden anheim, ihre Stimme abzugeben. Der kölnische Gesandte betheuerte hierauf für seinen Theil, daß Kurfürst Maximilian

---

[1] Den ganzen Vorgang nach dem Berichte Otto's vom 20. (30.) Juli. — Hannover. Witte war in Höchst, obwohl von Speyer wieder nach Frankfurt zurückgekehrt, deshalb nicht erschienen, weil auch er noch keine Weisung von seinem Herzog erhalten hatte und alle Erklärungen vermeiden wollte. Eine besondere Weisung der celleschen Regierung vom 22. Juli (1. August) empfahl ihm, zu versuchen, ob nicht auch die Altmark mit zu neutralisiren wäre. Die Regierung in Hannover wies Otto an, diesen Vorschlag zu unterstützen, am 24. Juli (3. August). — Hannover.

[2] Am 28. Juli. Gise hinterließ die Erklärung, „daß, wenn Alle excepto Brandenburg diese Allianz unterschreiben, er damit den Receß approbire". Bericht Schmising's vom 28. Juli. — Münster.

Heinrich ein schleuniges, gedeihliches Ende sehnlich wünsche: denn die Allianz sei das einzige Mittel, wodurch man sich bei dem seinigen erhalten könne. Solange indessen Trier zurückhalte, müsse man es gleichfalls thun. Bei der nächsten, baldigst zu berufenden Zusammenkunft erwarte man mit Bestimmtheit von jenem eine endliche Erklärung. Schmising, froh, sich an diesen Aufhalt klammern zu können, bemerkte, daß man ihm nach dem Vorgange der Vorredner nicht verdenken könne, wenn auch er einhalte. Sonst sei er sehr wohl erbötig, aufgrund seiner Weisungen sich hören zu lassen.[1] Gleichermaßen lauteten die Erklärungen der übrigen Anwesenden und man ging unverrichteter Dinge, doch mit dem Beschlusse auseinander, am nächsten Nachmittage sich wieder zu versammeln, wobei ein Jeder sich mit seiner kategorischen Resolution gefaßt halten solle.[2]

Mehl eröffnete an diesem 31. Juli die Sitzung mit dem Hinweise, daß Gefahr im Verzuge sei und ganz besonders Frankreich inständig auf endliche Abhandlung und den Schluß, selbst ohne Schweden, dringe. Vorher aber müsse der Hauptreceß fertig vorliegen. Daran knüpfte er dann die Frage, ob man zu der Vollziehung dieses Hauptrecesses bereit sei, während inzwischen die schwedischen Gesandten die Entscheidung ihres Königs auf das bekannte Neutralisirungsprojekt erwarteten und man ihnen, weil sie ja einmal ihre Vollmacht übergeben, den Beitritt bis zum Eintreffen solcher oder anderweitiger zureichenden Erklärung offen lasse. Brandenburg aber könne man nunmehr ganz draußen lassen, weil seine

---

[1] An den Bischof aber schrieb Schmising tags darauf: Ich werde mich aus Mangel der Instruktion passiv halten müssen; ob es aber E. H. G. und dem Stift wohl bekommen wird, lasse ich Gott befohlen sein, und wäre es besser, rund heraus Nein zu sagen, als die Andern mit zweifelhaften Resolutionen lange hinzuhalten. Am 21. Juli hatte er geschrieben: E. H. G. können ermessen, wie bekümmert ich in meiner Rathlosigkeit dastehe. Gott verzeihe Denen, die E. H. G. so distrahiren und so viel wankelmüthige Gedanken verursachen, und verhüte einen traurigen Ausgang! Und am 24., als immer noch kein Bescheid eingetroffen: Er wisse sich keinen Rath mehr. Die Oesterreicher meinten es gewiß nicht aufrichtig, es werde von ihnen „nur dominatus und Anmuthung der Kontribution zu erwarten sein". Wenn der Bischof jetzt nicht mitschließe, werde er ewig aus der Allianz gehalten werden und auch der früheren nicht genießen. Am 31.: Er arbeite stark darauf hin, daß nur mit Braunschweig und Hessen geschlossen werde, worin ihm der Kurfürst von Mainz helfe; es sei aber hierbei die Schwierigkeit, daß Mainz und Köln ohne Frankreich und so auch folglich die Andern nicht schließen wollten. Er erlaubte sich dabei das Urtheil, daß er seinerseits bei der französischen Allianz so große Bedenken nicht habe, und es wäre doch ein großer Vortheil, Frankreich stillschweigend von Schweden zu separiren, namentlich für die katholische Welt, zumal da zur Zeit Beide nicht recht harmonirten. — Münster.

[2] Protokoll vom 30. Juli. — Münster.

Vertreter die ganze lange Zeit dieſer Verhandlungen über weder Vollmacht vorgezeigt noch jemals in verbindlicher Form geſtimmt, ſondern alles nur zum Bericht genommen, alſo zur Sache nichts gethan noch auf vielfältiges Erinnern hätten thun wollen und weil Schweden ſchließlich auch neben Brandenburg bei jetzigen Umſtänden nicht im Bunde ſtehen könnte, letzteres es auch ſelbſt ſonderlich nicht mehr begehrte.[1]

Nun endlich ermannte ſich der Vertreter des Kurfürſten von Trier zu einer längeren Ausführung: Allezeit hätte er von dem, was in den Verhandlungen vorgekommen, berichtet und ſein Herr hätte auch ſeinerſeits nicht ermangelt, alles in reifliche Erwägung zu ziehen. Auf ihrer Seite läge nicht die Schuld, daß man nicht zum Schluſſe gelangen könnte. Nun erinnere ſich der Kurfürſt, was man in vergangenen Jahren und dann bei der Einladung der Häuſer Braunſchweig und Kaſſel und bei Ablegung des Beſchluſſes vom 22. Januar für eine Abſicht gehabt, und daß man als unerläßliche Bedingung geſtellt habe, daß man ſich weder direkt noch indirekt in einen Krieg vertiefen, auch nicht mit denen, welche bereits in wirklichem Kriege begriffen oder eheſtens hineingerathen möchten, verbinden wollte, weshalb damals ausdrücklich der polniſche Krieg ausgenommen worden wäre. Jetzt erfahre man aber, daß Schweden und Brandenburg ſich anſchickten, mit einander zu brechen, vielleicht ſchon gar gebrochen hätten, thatſächlich alſo dieſer Allianz nicht theilhaftig werden könnten. Der Kurfürſt vermöge alſo nicht zu erkennen, wie man die Gefahr vermeiden und ſich aus dem Kriege halten könnte, wenn man mit ihnen jetzt ſchlöſſe. Er gebe ferner zu bedenken, ob die kriegführenden Theile, wie vorgeſchlagen, innerhalb gewiſſer Grenzen ſich ſetzen und vorſchreiben laſſen würden, wie weit ſie ihre Feinde verfolgen ſollten. Käme es zum Bruche im Reiche, würde man ſo oder ſo Beiſtand leiſten müſſen und in Krieg gerathen und dann Einen oder den Andern verletzen, woran eben dem Kurfürſten nicht gelegen ſei, zumal was Brandenburg betreffe, mit welchem er im Kurfürſtenvereine ſtehe. Doch ſei es des Kurfürſten Meinung wiederum nicht, ſich der Allianz zu entziehen, ſondern er ſeinerſeits bereit, ſie allezeit mit ſchließen zu helfen, wofern die gefährliche Verwickelung verhütet und ein gutes Einverſtändniß zwiſchen Schweden und Brandenburg hergeſtellt werden könnte, auch willig, zu leiſten, wozu der Friedensſchluß, die Reichsſatzungen und der Kurfürſtenverein ihn verpflichte, außerdem auch erbötig, bis zum Schluſſe der erweiterten Allianz auch die Be-

[1] Dieſe wichtige Erklärung iſt weder in das münſteriſche noch in das kur-kölniſche Protokoll, welche mir beide vorliegen, aufgenommen. Entnommen iſt ſie hier dem Berichte Otto's vom 24. Juli (3. Auguſt). — Hannover.

dingungen der alten rheinisch-westphälischen Liga, die man ja erst jüngst noch verlängert, zu erfüllen; zudem halte er dafür, daß, nachdem das römische Reich wiederum mit einem Oberhaupte versehen sei, die Ruhe und gemeine Sicherheit durch einmüthige Zusammensetzung des Hauptes und der Glieder nach Anleitung der Reichssatzungen und zumal der Exekutionsordnung hoffentlich würden befestigt und erhalten werden können.

So deutlich diese Erklärung für Oesterreich und Brandenburg sprach, so enthielt sie doch wiederum keine runde Antwort auf die Proposition, weshalb man dem Redner nochmals bis zur nächsten Sitzung Zeit zu einer solchen einräumte. Die kur-kölnische Stimme lautete sodann bündig dahin: Weil man hoffe, den aus dem offenen Zwiespalte zwischen Schweden und Brandenburg zu besorgenden Gefahren und der Vertiefung in diesen Krieg dadurch zu entgehen, daß man sich nicht schuldig erkläre, dem König von Schweden in Pommern beizustehen, und die schwedischen Provinzen Bremen und Verden ebensogut wie die brandenburgischen Minden und Halberstadt in Neutralität setze, hege der Kurfürst kein Bedenken, unter diesem Vorbehalt die Allianz zu vollziehen. Dem schwedischen Gesandten könne man andeuten, daß der König, wenn er in diese Ausnahme gewilligt, allezeit mit beitreten könnte, zu welchem Ende man ihm den Platz offen halten wollte. Münster beharrte auch seinerseits auf dem so oft anerkannten Grundsatze der Nichteinmischung in fremde Kriege und erbot sich, zu jeder Stunde mit Hessen-Kassel und Braunschweig zu schließen, mit Schweden und Brandenburg aber, weil sie nunmehr wirklich an einander gerathen, erst dann, wenn deren sämtliche Lande in den Kreisen Niedersachsen und Westphalen mit beider Theile Belieben neutralisirt wären. Als ihm darauf bedeutet wurde, daß Schweden auf eine Neutralisirung von ganz Westphalen nicht eingehen würde, ihm solches auch — wohl im Hinblicke auf die ansehnlichen Provinzen Brandenburgs in diesem Kreise — nicht zugemuthet werden könnte, bezog Schmising sich auf seine gerade dahin zielende Weisung, welcher zuwider er zur Stunde noch nicht stimmen könne: doch erbot er sich, näheren Befehl vom Bischof einzuholen, glücklich, dieses Mittel zu weiterem Aufschub gefunden zu haben.[1] Wegen Neuburg eröffnete sodann Schmising im Auftrage des abwesenden Gise, daß der Pfalzgraf den Receß mit vollziehen wolle, wenn alle Betheiligten mit alleiniger Ausnahme Brandenburgs dazu bereit wären. Denn Brandenburg müßte unbedingt aus dem Spiele gelassen werden. Sehr umständ-

[1] In seinem Protokolle erwähnt Schmising nichts Bestimmtes von diesem Vorschlage, den er mit ganz allgemein gehaltenen Redensarten umkleidet; auch das kölnische Protokoll läßt seine Erklärung nicht deutlich genug erkennen. Nur Otto gibt einen klaren Bericht.

lich lauteten die Ausführungen Heylands wegen Wolfenbüttel: Das Neutralisirungsprojekt sei das beste Mittel, sich aus fremden Kriegen zu halten. In diesem Sinne sei der Receß auszufertigen und dann zu unterzeichnen; Brandenburg könne man vorläufig daraus lassen und Pommern dürfe nicht genannt werden. Schweden aber müsse für Minden und Halberstadt ebensogut Neutralität zugestehen wie für Bremen und Verden. Wegfallen aber müsse nun auch der am Ende des Recesses zum Vortheile Brandenburgs eingerückte Vorbehalt des freien Beitrittes für den, welcher jetzt bald nicht mit schließe oder in vorgeschriebener Zeit seine Ratifikation nicht beibringe. Schweden verlange auch die Erwähnung der Garantie im Hauptrecesse gleichermaßen wie im französischen Vertrage. Wenn dann der Receß in dieser Form vorliege, müsse man mit den schwedischen Gesandten darüber in Berathung treten, damit sie wüßten, daß er nach ihrer Meinung sei. Dann müsse man ihnen auch einen Platz zur Unterschrift freilassen, bis des Königs Bescheid wegen der Neutralität erfolgt sei. Doch sei auch den brandenburgischen Gesandten zu eröffnen, daß die Nothdurft erfordert habe, diesen Verhandlungen einen Abschluß zu geben, da man nicht länger auf das Eintreffen ihrer Weisungen habe warten können; zwischen ihnen und den Schweden wäre es ja auch so weit gekommen, daß sie Beide neben einander in diesem Vertrage nicht wohl würden stehen können, weshalb man sie darausgelassen hätte; man würde aber nach Beseitigung der obwaltenden Spannung keine Schwierigkeiten erheben, wenn der Kurfürst beizutreten Lust zeigen sollte; inzwischen hätte man immerhin Fürsorge für ihn getragen und dahin getrachtet, daß seine Fürstenthümer Minden und Halberstadt neutralisirt würden, was man auch zu erlangen hoffe. Auch Witte von Celle erklärte sich bereit zur Vollziehung des Recesses, wenn alles so eingerichtet wäre, wie Wolfenbüttel es verlange. Unterdessen aber habe man sich vorzusehen, daß man nicht in den Krieg eingeflochten werde, den man auf alle Wege verhüten wolle. Otto wegen Kalenberg äußerte den Wunsch nach Beschleunigung des Schlusses im Hinblick auf die täglich sich mehrenden Gefahren. Nach Erfüllung der Forderungen Wolfenbüttels sei auch er bereit, zu unterfertigen. Seinem Herrn werde lieb sein, wenn Schweden erst nach Erklärung auf das Neutralisirungsprojekt beitrete. Demnach solle man erst den Receß unterzeichnen und dann den Schweden zur Kenntniß geben. Ferner gab er zu bedenken, daß auch Brandenburgs Einwilligung zur Neutralität nöthig sei. Man hätte diesem doch lieber von den guten Absichten der Verbündeten, von denen man jetzt Versicherungen abstatten wolle, vorher reden sollen; ihm sei es bekannt, daß das Neutralisirungsprojekt dem Kurfürsten gar wohl anstehen würde. Uebrigens betonten die drei

Braunschweiger noch ausdrücklich, daß sie nur dann unterzeichnen würden, wenn auch Kassel dazu bereit wäre. Dessen Erklärung aber war eine höchst lahme. Dörnberg gab zwar auch seinerseits dem Wunsche Ausdruck, daß die Sache zu Ende gebracht werden möchte, bevor Schweden und Brandenburg sich in die Haare geriethen; er müsse aber, setzte er hinzu, zumal beim Abweichen der Stimmen von Trier, Münster und Neuburg um Ausstand für seine Erklärung bitten, bis er auf die Frage wegen etwaiger Auslassung Schwedens vom Landgrafen Weisung habe.[1] Zum Schlusse eröffnete noch Mainz, daß der Kurfürst zum Vollzug unter den gleichen Bedingungen wie Wolfenbüttel bereit sei. Mehl theilte mit, daß der Receß am kommenden Freitag den anwesenden Gesandten zur Unterschrift vorgelegt werden würde. Wer bereit sei, könne dann unterzeichnen oder sich noch weiter bedenken.[2]

So hatte also die Mehrheit endlich offen Brandenburg preisgegeben, ohne daß vorher dessen Gesandten überhaupt amtliche Mittheilung von dem seine Interessen so merklich berührenden Neutralisirungsprojekte gemacht worden wäre. Auf Schwedens Beitritt dagegen rechnete man mit Bestimmtheit, wenn man auch einen vorläufigen Abschluß ohne dieses bis zum Eintreffen zureichender Erklärungen des Königs auf jenes Projekt in Aussicht nahm. Das Zünglein der Waage hatte sich zugunsten des Franzosenfreundes gesenkt, während der Verbündete des Kaisers zu leicht befunden ward.

Boineburg, Wilhelm Fürstenberg und die drei Vertreter Braunschweigs richteten am 2. August den Hauptreceß nach den in der letzten Sitzung angenommenen Verbesserungsvorschlägen ein: Brandenburg wurde gestrichen, jede Beziehung auf Pommern getilgt, ein Zusatz beigerückt, worin man Schwedens Zutritt von der Annahme der vorgeschlagenen Neutralität abhängig hinstellte, während man sich mündlich dahin verglich, im Falle einer Ablehnung Schwedens oder wenn es selbst kein andres sicheres Temperament anhandgeben könne oder wolle, dasselbe gleichfalls ganz mit herauszulassen. Auch wurde, vermuthlich infolge der Anfechtungen, welchen die braunschweigischen und kasselschen Gesandten bei den Kaiserlichen gerade in diesen Tagen ausgesetzt gewesen, eine Bestimmung zugefügt, wonach die Verfassung am allerwenigsten wider die Römische Kaiserliche Majestät und das heilige Reich angesehen sein

[1] Diese „widrige" Haltung der Hessen gab Otto zu der wiederholten Anfrage bei seinem Herrn Anlaß, ob etwa gegebenen Falles auch ohne Kassel geschlossen werden dürfte.

[2] Protokolle in Münster und Düsseldorf, letzteres von der Hand Aldenhoven's fast unlesbar; Bericht Otto's vom 24. Juli (3. August). — Hannover.

solle. Von einer Hinterlegung der Ratifikationen sah man schließlich ab und verfügte einfach den wechselseitigen Austausch derselben.[1]

Am 5. August kamen dieselben Herren wieder zusammen. Boineburg berichtete, daß die Franzosen heftig auf die Vollziehung des mit ihnen abgehandelten Vertrages drängten und gestern erst deshalb von Mainz einen besonderen Boten hergeschickt hätten. Auch andere Umstände, wie sie sich namentlich bei den Kaiserlichen gestalteten, erforderten nunmehr den Abschluß. Vorher aber müsse der Hauptreceß unterschrieben werden. Was solle man noch länger auf des Schwedenkönigs Entscheid warten? Es könnten ja zwei Recesse gefertigt werden, einer, worin Schweden ebenso wie Brandenburg ganz ausgelassen sei, der andre, worin seiner und der Neutralität gedacht würde. Den ersteren könne man gleich unterschreiben und beim Einlangen der Zustimmung Karl Gustav's vernichten, dann aber den zweiten vollziehen. Erfolge die Zustimmung nicht, so könne man es beim ersten belassen, bis sich ein andrer Ausweg in den weiteren Verhandlungen mit den Schweden finde. Von diesem Vorschlage gab man den schwedischen Gesandten Kenntniß. Snoilsky ertheilte Nachmittags als das Ergebniß reiflicher Erwägungen mit Björnklou und dem inzwischen zu Frankfurt erschienenen außerordentlichen Gesandten Schwedens Graf Brahe den Bescheid, daß ihre Unterschrift mit dem Vorbehalt späterer Genehmhaltung des Königs nicht erfolgen könne, da die Entschließung desselben unter allen Umständen abgewartet werden müsse. Sie, seine Gesandte, hätten nichts vorzuschreiben, auch nichts zu begehren, sondern stellten lediglich frei, ob man nicht bis künftigen Donnerstag warten wolle, wo vermuthlich des Königs Kundgebung eintreffen würde: doch wäre ihre Hoffnung auf Bewilligung des Neutralitätsvorschlages nicht eben groß.[2]

Man kam also keinen Schritt weiter. Denn nur Mainz, Köln und Braunschweig waren völlig entschieden, endlich auch ohne Schweden zu schließen, wenn man von der Haltung Triers und Münsters absehen will, die ja im Sinne Oesterreichs jeder Vertiefung mit den auswärtigen Kronen widerstrebten.[3] Neuburg war wegen Brandenburgs entschieden

---

[1] Bericht Otto's vom 24. Juli (3. August). — Hannover.

[2] Bericht Otto's vom 27. Juli (6. August). — Hannover.

[3] Der Kurfürst von Mainz erpreßte nichtsdestoweniger Schmising durch allerhand Vorspiegelungen, wie die, daß durch den französischen Receß Frankreich von Schweden getrennt würde, die Zusage, daß er wenigstens diesen Receß auf Genehmhaltung des Bischofs und ganz unverbindlich für den Ablehnungsfall mit unterschreiben wolle. Der Kurfürst von Trier hatte sich am 3. August, zwei Tage nach der Kaiserkrönung, von Frankfurt wegbegeben, ohne einen einzigen Rath zu den Allianzverhandlungen zurückzulassen oder eine Erklärung, ob er das Werk mitschließen

für Aufnahme der Schweden, fast zweifellos auch Hessen-Kassel, durch alte Bande der Neigung und Dankbarkeit an jene nordische Krone gefesselt und neuerdings wegen des schlechten Ausfalles der Wahlkapitulation für die Fürstenpartei schmollend gegen Mainz und Köln gewendet und ebenso gegen Braunschweig, weil dieses eine so hervorragende Rolle in den Allianzverhandlungen übernommen, ohne sich der Abrede gemäß vor seinen Entschließungen auch nur einmal mit dem Landgrafen in's Einvernehmen gesetzt zu haben.[1] Und ohne Kassel wieder konnte und wollte das Haus Braunschweig allein für sich doch nicht mit den Katholischen gemeinsame Sache machen. Man steckte also in einer Sackgasse und wußte keinen Ausweg mehr, als den des ruhigen Abwartens der Entschließung des Schwedenkönigs auf das Neutralisirungsprojekt oder anderweitiger Vorschläge. Und so verhallte die Frage, ob man auch ohne Schweden schließen solle, allmählich ganz, ja man kam, wenn auch wohl nur stillschweigend überein, keinesfalls ohne Schweden zu schließen, der König entscheide sich nun auf die Neutralität wie er wolle.[2]

---

wolle oder nicht. Schweden wies er schroff zurück, gab sich aber aus Furcht vor den ihm näher gesessenen Franzosen immer noch den Anschein, als sei er wenigstens mit diesen zu schließen nicht ganz abgeneigt. (Schmising am 4. August. — Münster.) Noch am 5. August versicherten Boineburg und Fürstenberg, Trier werde zu unterschreiben schließlich kein Bedenken tragen, vielmehr dazu große Ursache haben; es habe ja den Glimpf bei dem Kaiser und dem Hause Oesterreich erhalten und werde dadurch auch seiner Sicherheit vor Frankreich gewiß. (Bericht Otto's vom 27. Juli [6. August]. — Hannover.)

[1] S. Köcher S. 262 nach Witte's Bericht vom 31. Juli (10. August).

[2] Karl Gustav hätte niemals die Neutralität für Minden und Halberstadt bewilligt. Als der braunschweigische Gesandte v. Heimburg am Hoflager des Königs dem Vicepräsidenten Maevius unter Hinweis auf dieses Projekt die Annahme des Rheinbundes empfahl, bemerkte dieser: Der Kurfürst von Brandenburg thue nichts pro sed omnia contra pacem und nichtsdestoweniger wolle man dessen Länder mit darein begreifen, was dem Könige nicht zuzumuthen. Dieser wundre sich nicht wenig, daß Minden und Halberstadt in Neutralität gesetzt werden sollten und daß die Stände, unter ihnen Braunschweig, welche sich der Lage ihrer Lande halber etwas zu befahren, nur auf ihre eigene, im geringsten aber nicht auf seine Sicherheit gedächten. (Protokoll Heimburg's vom 27. Juli [6. August]. — Hannover.) Und in der Endresolution, welche die braunschweigische Gesandtschaft vom Könige am 29. Juli (8. August) erhielt, hieß es bezüglich der Allianz: Non omisit hucusque aut omittet S. R. M. quantum in se erit per ministros suos afferri ad consummationem pertinentia, dummodo et alii, qui jungi volunt aut debent, non admittant propositis incongrua. Quomodo autem post ea, quae Dominus Elector Brandenburgicus contra pacem hucusque attentat, ratio foederis non modo non admittit, illum ejusque terras includi, sed et poscit, contra ipsum quod isti conveniens suscipi et praestari, ita existimat, omnes et singulos, qui pro eo tractatu jam laborant, illuc consilia et acta dirigere velle. — Hannover.

Am 8. Auguſt zeigte Snoilsky an, daß er nunmehr eine Vorantwort des Königs empfangen habe, dahin lautend, daß Seine Majeſtät ſich auf das Neutraliſirungsprojekt bei der nächſten Poſt entſcheidend vernehmen laſſen werde.[1] Am ſelbigen Tage aber war der Heſſe Dörnberg nach Kaſſel aufgebrochen, einem dorthin geſandten franzöſiſchen Kurier folgend, in Sachen des Abſchluſſes mit Frankreich, wovon noch die Rede ſein wird. Und auch Schmiſing, welchem ſchon längſt der Boden unter den Füßen zu heiß geworden war, verließ die Stätte ſeiner Qual, vermuthlich auf Geheiß ſeines Herrn, angeblich aber in Privatangelegenheiten. Er hatte vorher dem mittlerweile wieder aus Düſſeldorf zurückgekehrten Neuburger Giſe Auftrag ertheilt, ihn zu vertreten und zum Abſchluſſe nur dann bevollmächtigt, wenn Schweden nicht mit unterzeichne; auch hatte er nochmals das Beharren ſeines Herrn bei dem Antrage auf Neutraliſirung des ganzen weſtphäliſchen Kreiſes betont.[2]

Um die Uebrigen wenigſtens zuſammenzuhalten, hatten Mainz und Köln auf den 10. Auguſt wiederum zur Sitzung anſagen laſſen, bei welcher außer ihnen nur Braunſchweig und Neuburg vertreten waren. Es wurde der Verſammlung nur ein Aufſatz vorgelegt, welcher eine neue für Schweden annehmbare Formel bilden ſollte bezüglich des Maßes der dieſem zu gewährenden Hülfe in ſeinen Irrungen mit Polen, Oeſterreich und Brandenburg; doch wurde keine Umfrage geſtellt.[3]

Aber eines erreichten Mainz und Köln dennoch bei dieſer Gelegenheit, nämlich die feſte Zuſage Braunſchweigs zur Vollziehung der Receſſe für ſich allein, freilich gegen die unter Handſchlag ertheilte Verheißung, daß die Kurfürſten auf künftigem Reichstage die völlige Ausmerzung der in der Wahlkapitulation enthaltenen Beſtimmungen zum Nachtheil für Fürſten und Stände des Reiches befördern und unterſtützen würden.

---

[1] Otto am 31. Juli (10. Auguſt). — Hannover.

[2] Am 9. Auguſt verabſchiedete er ſich von Otto, am 10. iſt er wohl abgereiſt. S. Geſamtbericht der Braunſchweiger vom 9. (19.) Auguſt und den Sonderbericht Otto's vom gleichen Tage. — Hannover.

[3] Nichts bei den Akten; nach Köcher S. 264 (Witte's Diarium und Bericht) war es der gleich unten zu erwähnende Paſſus, welcher dann, vermuthlich mit Aenderungen, wirklich in den Receß aufgenommen worden iſt; auch iſt zu erwähnen ein in den hannöverſchen Akten beruhender undatirter Entwurf eines Schreibens der an dem Allianzwerk Betheiligten, worin ſie vorſchlagen, „die beiden Kreiſe Niederſachſen und Weſtphalen, durchaus Niemand darin ausgenommen, in Neutralität zu ſetzen, was um ſo nothwendiger erſcheine, als des Königs in der Allianz begriffene Fürſtenthümer in dieſen Kreiſen gelegen und auch vornehme Fürſten des Bundes in ſolchen ganz, die übrigen aber ſelbigen nahe geſeſſen".

Ja, man versprach, jetzt hierüber entweder einen Revers auszustellen oder es zu Protokoll zu geben.[1]

Endlich, am 12. August traf die längst erwartete Erklärung des Schwedenkönigs ein. Sofort erscholl das Gerücht hiervon mit dem Zusatze, daß darin das Neutralitätsprojekt abgelehnt sei. Die Schweden selbst wollten derartiges freilich nicht zugeben, obwohl es doch nicht anders war und sie sicherlich selbst für die Verbreitung dieser Thatsache Sorge getragen hatten.[2] Die Stunde der Entscheidung war gekommen; das Neutralisirungsprojekt zerstob, aber der Ersatz dafür war bereits geschaffen.

Die Franzosen, welche bald ihren Heimweg anzutreten und doch wenigstens einen Gewinn, den Allianzvertrag mit davonzutragen wünschten, drängten von neuem zum Abschlusse. Man beschloß daher, mit diesen nochmals in Höchst zusammenzutreffen und dort das Werk endlich abzusprechen. Vorher aber galt es, sich noch förmlich mit den ebenfalls im Aufbruche von Frankfurt begriffenen Brandenburgern abzufinden.

In der Sitzung vom 5. August hatten die Vertreter von Braunschweig-Kalenberg und Hessen-Kassel des guten Glimpfes halber nochmals vorzuschlagen gewagt, daß man Brandenburgs Namen in dem Hauptrecesse wenigstens erwähnen solle. Sie hatten nicht mehr durchzudringen vermocht.[3] Bis jetzt wußte Canstein nur durch rein private Mittheilung Dörnbergs und der Braunschweiger von dem Neutralitätsprojekte. Niemals aber waren ihm amtliche Eröffnungen hierüber zutheil geworden. Als jedoch jetzt die Uebrigen sich rüsteten, dem Werke ein Ende zu machen, erschienen die braunschweigischen Gesandten bei ihm und theilten ihm mit, daß man nunmehr mit den Schweden einig und schließen wolle unter der Einschränkung, daß die Verbündeten betreffs Pommerns und der Mark mit dem polnischen und andern Kriegen nichts zu schaffen haben wollten, jedoch zum Beistande bereit wären, wenn der König von Schweden ohne sein eigenes Verursachen in Bremen und Verden angegriffen werden würde, wodurch sie denn zugleich zu verhindern vermeinten, daß Schweden seinerseits eine Feindseligkeit gegen Minden, Halberstadt oder auch die übrigen westphälischen Lande Brandenburgs unternehme, da es sonst Anlaß gäbe, dort angegriffen zu werden. Die Braunschweiger fügten hinzu, daß man alles ausführlich dem Kurfürsten darstellen wolle und diesem allerdings auch der Mitbeitritt gesichert bleiben werde.

---

[1] Einen Revers finde ich nicht vor. Die Thatsache nach dem Berichte Otto's vom 31. Juli (10. August). — Hannover.

[2] Otto am 3. (13.) August. — Hannover.

[3] Otto's Bericht vom 27. Juli (6. August). — Hannover.

Canstein entgegnete mit Nachdruck: Eines solchen Beschlusses habe er sich nicht versehen. Man verbinde sich zur Vertheidigung Schwedens, ohne zu bedenken, daß es den Kurfürsten und Andere an den Orten angreifen und sie also nöthigen möchte, auch gegen Bremen und Verden etwas vorzunehmen. Er machte darauf aufmerksam, welcher Abbruch der seinem Herrn gebührenden Rücksicht geschehe, wenn man, nachdem er einmal eine Einladung zum Beitritt erhalten, nun schließen wolle, bevor man ihm die ganze Sache vorgetragen und seine Meinung darüber vernommen habe.

Der Kurfürst würde es müssen dahingestellt sein lassen, daß man auswärtige Kronen nicht nur keineswegs hinderte, in dem Reiche gegen dessen Eingesessene etwas vorzunehmen, sondern vielmehr Denen noch beistehen wolle, welche die allgemeine Ruhe ihrer Privatinteressen halber störten. Es wäre wenigstens gut, daß der Kurfürst einmal wüßte, wessen er sich zu Einem und Anderm zu versehen, damit er danach desto besser seine Maße nehmen könnte. Natürlich betheuerten die Braunschweiger, daß ihren Herren nichts ferner läge, als dem Kurfürsten zu solcher Meinung Anlaß geben zu wollen. Später erschienen die Hessen und suchten zu beschwichtigen, darauf hinweisend, daß ja auch die Lande des Kurfürsten in den Kreisen Niedersachsen und Westphalen vom König von Schweden unbedroht gelassen werden müßten. Canstein hatte freilich in seinem Eifer und Unwillen dieses ganz übersehen. Zur Hebung des Mißverständnisses sandten dann auch die Braunschweiger den Entwurf jener Klausel an Canstein, welcher davon Akt nahm.[1] Noch an eben demselben Tage, dem 12. August, reiste die brandenburgische Gesandtschaft von Frankfurt ab.[2]

Die erwähnte Klausel aber lautete: Wobei dann dieses absonderlich verglichen: obwohl die Alliirten weder in gegenwärtigen polnischen Krieg noch in die zwischen Ihrer Kgl. Mt. zu Schweden und Kur-Brandenburg oder beiderseits Konföderirten schwebende Differenzen sich einzumischen gemeint, daher auch dahingestellt sein lassen, was etwa in Polen, Preußen, Pommern und der Mark Brandenburg gegen einander feindlich vorlaufen möchte; wann jedoch J. K. Mt. von der Krone Polen oder J. Kfl. Dhl. zu Brandenburg und dero Konföderirten in dero in dem niedersächsischen und westphälischen Kreis gelegnen Landen mit einigen Feinseligkeiten, unter was Vorwand solches auch geschehen möchte, wirklich angegriffen, auch J. K. Mt. aus andern Quartieren marschirende Völker dahinein

---

[1] Postskriptum Canstein's vom 2. (12.) August. — Berlin. U. A. VIII 552. Vgl. auch Köcher S. 265.

[2] Otto's Bericht vom 3. (13.) August. — Hannover.

thätlich verfolgt werden sollten, daß auf solchen Fall die sämtliche Alliirte J. K. Mt. zu Schweden auf die in diesem Receß verglichene Maß und Weise, ohne einige Exzeption oder Respekt, welcher Theil sonst außerhalb besagten niedersächsischen und westphälischen Kreisen pro aggressore oder invaso zu halten sein möchte, wirklich Hülfe und Assistenz zu leisten schuldig sein sollen. Im Fall aber durch J. K. Mt. zu Schweden Waffen in erstbesagten beiden Kreisen J. Kfl. Dhl. zu Brandenburg und dero darinnen gelegne Lande oder dero sich darinnen befindliche Völker wirklich angegriffen oder dahinein verfolgt und etwa darauf J. K. Mt. in mehrbesagten beiden Kreisen gelegne Lande und Völker von J. Kfl. Dhl. und dero Bundgenossen hinwider feindlich überzogen und verfolgt würden, so wollen die Alliirte alsdann J. K. Mt. zu einiger Assistenz nicht, sonst aber auf alle andere Fälle, da J. K. Mt. in mehrbesagten beiden Kreisen zuerst angegriffen würden, verbunden und jederzeit nichtsdestoweniger dero Freunde und Bundgenossen sein und verbleiben noch dero Widerwärtigen gegen J. K. Mt. einigen Vorschub leisten.[1]

Es war die Preisgebung der östlich der Elbe gelegenen Reichslande Brandenburgs und damit der Ausschluß dieser Macht von dem Rheinbunde.

Und nun entwickelte sich der Schlußakt folgendermaßen. Am 12. August noch kamen in Höchst zusammen die Vertreter der Kurfürsten von Mainz und Köln und der Häuser Braunschweig und Hessen-Kassel mit den Gesandten der beiden Kronen Frankreich und Schweden. Nach langem Wortgefechte, namentlich wegen der für Schweden zu leistenden Hülfe, glückte es den Ueberredungskünsten der Franzosen dank der Nachgiebigkeit Björnklou's, eine Einigung über die endgültige Fassung der beiden Bundesverträge zu erzielen, von denen der französische unverändert, wie er seit dem 11. Juli bereit lag, angenommen ward, der Hauptreceß aber noch einige Abänderungen der am 2. August vereinbarten Fassung Boineburgs, Fürstenbergs und der Braunschweiger enthielt. Außer dem eben angeführten Zusatz wegen der Hülfe für Schweden stellte er letzterem auch noch die Aufnahme Pommerns in den Bund in Aussicht, wenn es dieselbe nach Beendigung des polnischen Krieges und der aus diesem entsprungenen Wirren wünschen sollte. Unter den Bedingungen des Assistenzfalles erscheinen jetzt auch die Kontributionen feindlicher Mächte. Die Zusammenschickung der Kriegsräthe wird auch für den Fall bestimmt, daß etwa kein wirklicher Angriff oder Beläftigung

[1] In den berliner Akten. Im Recesse wurden dann die Schlußworte „noch dero Widerwärtigen ꝛc." weggelassen. Abdruck bei Köcher S. 264/65.

geschähe, dazu aber Anlaß oder Vermuthung vorläge. Alle Vertragschließenden verpflichten sich, zur Erhaltung des Friedens mit allen Kräften daran zu sein, daß die Generalgarantie nach Anleitung des Paragraphes Verumtamen des Friedensinstrumentes wirklich und nachdrücklich in der That selbst eingerichtet werden möge. Der Beitrag Schwedens wegen des Ausfalles von Pommern ist von 420 Reitern und 1000 Mann z. F. auf 250 bzw. 400 Mann gemindert, desgleichen derjenige Kassels von 180 bzw. 400 auf 100 und 200 Mann.[1] Und schließlich wird bestimmt, daß die Verbündeten, wenn sie bei Ablauf der vereinbarten drei Jahre in wirklicher Aktion begriffen sein sollten, so lange noch bei einander beharren müssen, bis dieselbe zu Ende gebracht sei.

Die Schlußszene der Unterzeichnung der beiden Recesse wurde nach Frankfurt auf den 15. und Mainz auf den 16. August anberaumt. Die Hessen erklärten, daß sie hierzu zwar noch nicht angewiesen aber dennoch bereit wären, ihre Unterschrift zu leisten. Auf den Kurfürsten von Trier, welcher bei seiner Abreise keinen Vertreter für diese Angelegenheit zurückgelassen, beschloß man nicht länger mehr zu warten, sondern schriftlich seinen Bescheid einzuholen. Mainz und Köln ließen fallen, daß sie schließlich gern sehen würden, wenn Jener ganz davon bliebe. Auch nahm man eine Note an den Kurfürsten von Brandenburg in Aussicht, worin man ihm vorstellen wollte, daß der Schluß ohne ihn eine Folge der Haltung seiner Gesandtschaft sei und es bei den Verbündeten an Geneigtheit zu seiner Aufnahme niemals gemangelt habe. Ja, man beschloß auch, dem Kaiser vom Abschluß Kenntniß zu geben. Daß die noch nicht vereinbarten anderweitigen Zubehörungen zur Allianz, die Instruktion für die Kriegsräthe und die allgemeine Verpflegungsordonnanz für die Bundesvölker, keine Schwierigkeiten verursachen würden, nahm man als ausgemachte Sache an, ohne sich hieran noch lange festhalten zu lassen. Der Bund war fertig bis auf die letzten Federstriche.[2]

---

[1] Das hessische Quantum wurde überhaupt erst später eingerückt; bei Schlusse des Vertrages wurde noch Platz für die Zahlen, über welche damals noch keine Einigung erzielt war, offen gelassen, woher es rührt, daß z. B. in der kur-kölnischen Ratifikation die Lücke noch unausgefüllt steht, in der pfalz-neuburgischen, wie man deutlich zu erkennen vermag, erst nachträglich ergänzt ist.

[2] Bericht Otto's über die Zusammenkunft in Höchst vom 3. (13.) August. — Hannover. Der ganze Akt verlief nicht ohne Zwischenspiele. Die Hessen zeigten den Braunschweigern ihre Empfindlichkeit wegen Verabsäumung der verabredeten gemeinsamen Erörterungen. Und die Braunschweiger wieder führten den Franzosen ihre Haltung in der Kapitulationssache zu Gemüthe, wie sie da die fürstlichen Gesandten trotz ihrer Versprechungen bald im Stiche gelassen hätten, als sie ihren eigenen Zweck erfüllt gesehen, und daß sie ihr Anliegen nicht, wie es sich gehört, bei der Reichs-

Am 15. August unterzeichneten zu Frankfurt in der Wohnung Heylands den Hauptreceß Boineburg und Vorburg wegen Mainz, Wilhelm Egon Graf Fürstenberg und Aldenhoven wegen Köln, Gise im Namen des Pfalzgrafen von Neuburg, Snoilsky für seinen König als einen Herzog zu Bremen und Verden und Heyland, Witte und Otto v. Maude-rode für die drei Herzöge zu Braunschweig-Lüneburg. Als Snoilsky die Feder ansetzte, erklärte Gise, daß er von dem Vertreter des Bischofs von Münster bei dessen Abreise Auftrag erhalten habe, in seinem Namen die Unterschrift zu leisten, jedoch einzig nur in dem Falle, wenn Schweden nicht mit unterzeichne. Da nun diese Voraussetzung nicht erfüllt sei, könne er, ohne seinen Auftrag zu überschreiten, für den Bischof eben nicht mitfertigen. Er glaubte, daß es keinem Zweifel unterliege, daß auf seinen Bericht und bei Kenntnißnahme der neuen Bestimmungen wegen Schwedens und deren Genehmhaltung seitens der übrigen Vertrag-schließenden der Bischof sich nicht länger diesem Werke entziehen werde. Als die Reihe an die braunschweigischen Gesandten kam, verlangten diese kraft ihrer Instruktion vorher zu wissen, ob auch die Hessen bereit sein, mit zu unterfertigen. Badenhausen und Zobell erklärten, daß sie aller-dings vom Landgrafen noch nicht ermächtigt wären, aber einen beson-deren Boten dieserhalb zu ihm gesandt hätten, welcher mit der Ein-willigung täglich zurückkehren müsse. Damit gaben sich die Braun-schweiger keineswegs zufrieden und verweigerten unter diesen Umständen ihre Unterschrift. Nach einer höchst peinlichen Pause schlug endlich Badenhausen, um allen Vorwürfen zu entgehen, vor, Jene möchten unter dem Vorbehalte unterzeichnen, daß ihre Unterschrift null und nichtig sein solle, falls von kasselischer Seite keine solche erfolge. Damit war den Braunschweigern der Weg zur Vollziehung des Federstriches geebnet, welchen sie dann unter Verwahrung in dem von Badenhausen angedeu-teten Sinne ausführten.

Am folgenden Tage, 16. August, begaben sich Alle, welche den Hauptreceß vollzogen hatten, nach Mainz zum Herzog von Gramont, bei welchem der französische Receß ohne jedes Hinderniß, nur daß auch hier die Braunschweiger ihren Vorbehalt einlegten, unterzeichnet wurde. Die Franzosen empfanden eine ganz besondere Genugthuung darin, daß man sie zu suchen gekommen war und ihnen beim Unterschreiben den Vortritt einräumte, während die Verbündeten ihre Würde dadurch ge-

---

deputation, sondern bei dem Kurfürstenkolleg angebracht hätten. Gramont und Lionne schützten einen Irrthum vor und verschworen sich, im Bedürfnißfalle künftig die Fürstenpartei besser und getreulicher unterstützen zu wollen. Vgl. auch den Bericht der Franzosen vom 19. August bei Valfrey. S. 173.

wahrt zu haben wähnen mochten, daß der Vertrag hervorhob, der König von Frankreich wäre ihrem Bunde beigetreten.[1]

Mit Hessen aber ergab sich noch ein für die Franzosen wenig angenehmes Nachspiel, welches näher beleuchtet zu werden verdient. An dem Beitritte des Landgrafen zur Allianz hatte dem Kardinale Mazarin von vornherein nicht wenig gelegen. Wir erinnern uns jener 12,000 Thaler, welche er ihm durch die Vermittelung Pawel-Rammingens hatte zahlen lassen. Gramont und Lionne haben einmal übertrieben, daß sie wegen des Landgrafen Gewinnung mehr als hundert Kuriere von Frankfurt nach Kassel geschickt hätten.[2] Das französische Kabinet soll sogar dem Landgrafen Wilhelm ein von der rheinischen Allianz unabhängiges Partikularbündniß, noch im April 1658, angeboten, aber eine ablehnende Antwort empfangen haben.[3] Trotz jener, schnell vergessenen 12,000 Thlr. wollte die alte Waffengemeinschaft zu den Zeiten des großen Krieges auf des Landgrafen Verhältniß zur Krone Frankreich jetzt, wo es zum Abschluß kommen sollte, nicht die nämliche Wirkung äußern wie Schweden gegenüber. Der Landgraf zögerte mit seiner Genehmigung zum Abschluß, so lange Schwedens Beitritt nicht entschieden war, er zögerte aber auch gerade Frankreichs halber und zwar wegen gewisser Ansprüche an dasselbe, welche er nun erst unverhüllt hervorkehrte. Die Krone schuldete nämlich aus jenem Bundesverhältnisse im dreißigjährigen Kriege dem Hause Hessen-Kassel nicht unbedeutende Rückstände an Subsidien und Pensionen (etwa im Sinne von „Zinsen"?). Unablässig, wiewohl noch immer vergebens hatte die hessische Regierung durch ihre stehenden oder zeitweiligen Vertreter in Paris, Zobell, Dörnberg, Chaillou und Jean Beeck, wie durch den kur-pfälzischen Agenten Pawel-Rammingen auf Bezahlung dringen lassen.[4] Jetzt, wo Frankreich so unverhohlene Begierde nach dem Beitritte des Landgrafen zum Bunde blicken ließ, verfiel man auf den Gedanken, die Erfüllung dieses Wunsches von der Befriedigung dieser bislang so unsicheren Forderungen abhängig zu machen. Der Gedanke taucht aktenmäßig zuerst auf in einem zu Wildungen auf Befehl des Landgrafen eingereichten Gutachten der Minister Vultejus und Pagenstecher über den Plan jenes Partikularbündnisses zwischen Hessen und

[1] Bericht Otto's vom 9. (19.) August und Gesamtbericht der Braunschweig. vom 10. (20.) August. — Hannover. S. auch Valfrey S. 173. Die Bundesverträge d. d. 14. und 15. August 1658 gedruckt an den bekannten, oft citirten Orten.

[2] Rommel, Geschichte von Hessen IX. S. 245 Anm. 1.

[3] A. a. O. S. 244.

[4] Eine Menge Akten im St.A. Marburg. Im Jahre 1651 wurde eine Berechnung aufgestellt, wonach Hessen 617 434 Pf. 12 β und rückständige Pensionen von jährlich 36,000 Pfd. seit 1639 zu fordern hatte. Die endgültigen Summen 1,169,434 Pfd. oder 389,811 Kronen (oder Thaler) bei Rommel IX S. 245 Anm. 1.

Frankreich, welches Lionne in Frankfurt unaufhörlich dem Herrn von Dörnberg schmackhaft zu machten suchte. In diesem Gutachten sprachen sich die Genannten mit aller Entschiedenheit gegen solche Sonderbündnisse aus, weil sie weder für Frankreich noch für jeden andern Genossen zulänglich sein würden und zu einem solchen den Landgrafen zur Zeit außer dem allgemeinen kein besonderes Interesse antriebe; hingegen riethen sie an, weitere Verhandlungen darüber zu veranlassen, ob nicht in Anbetracht der vom Hause Hessen vormals der Krone Frankreich geleisteten treuen Dienste und damit sie derselben, wenn dergleichen Unruhen im Reiche wiederum entstehen sollten, versichert bliebe und auch der Landgraf dazu sich desto kräftiger gefaßt machen könnte, die Krone ihn den Landgrafen in besonderen Schutz nehmen und ihm zugleich die schon verdienten Subsidien und andere Vortheile zukommen lassen wollte.[1]

In diesem Sinne wurde Dörnberg in Frankfurt angewiesen, mit den französischen Botschaftern in Unterhandlung zu treten. Er formulirte daraus die Forderung seines Herrn auf Bezahlung jener Rückstände als Bedingung seines Beitrittes zum Bunde mit Frankreich. Gramont und Lionne waren sicherlich nicht wenig bestürzt. Schleunigst sandte Letzterer einen Kurier nach Kassel mit einem Schreiben an den Landgrafen, worin er zwar jede Zusage auf eine solche Forderung vermied, aber doch bemerkte, daß er beim Könige, zu welchem er nun bald zurückkehren würde, alle guten Dienste leisten wollte, welche der Landgraf hinsichtlich der Bezahlung jener Rückstände von ihm erwarten dürfte, nur daß dieser hierzu einige Zeit vergönnen möchte.[2] Dies aber war dem Landgrafen in Erinnerung an die Erfolglosigkeit aller seitherigen Bemühungen doch zu wenig. Der Kurier wurde mit einer hinhaltenden Antwort zurückbefördert: Zobell würde ihm bald mit näheren Weisungen nachfolgen. Zugleich wurde Dörnberg zur Berichterstattung und Theilnahme an den Berathungen über die Allianzsache von Frankfurt heimberufen. Als er eintraf, fand ein Kabinetsrath statt, zu welchem auch Zobell und der inzwischen von einer Sendung an den König von Schweden zurückgekehrte schaumburgische Drost Mey hinzugezogen wurden. Hier wurde beschlossen, mit der Vollziehung der nunmehr fertig vorliegenden Bundesverträge zur Zeit noch zu warten, und zwar einmal aus Besorgniß vor dem Hause Oesterreich, gegen welches der Bund seine Spitze richte, weil Hessen, welches nicht wie die übrigen Vertragschließenden

[1] Gutachten der Genannten vom 11. (21.) Juli. — Marburg. Zugefügt wurde noch die Voraussetzung, daß man zugleich wissen müßte, wie Frankreich und Schweden mit einander ständen.

[2] Schreiben Lionne's ohne Datum, präs. 1658, Juli 25. (August 4). — Marburg.

in der Absicht der Deckung vor den beiden Kronen sondern aus Liebe zu ihnen beitrete, dafür auch mehr als jene angefochten werden dürfte, besonders wenn Spanien jenseits des Rheines Unruhen erheben und diesseits seinen Bundesgenossen dadurch desto freiere Hand, etwas zu versuchen, geschafft werden sollte, sodann weil man noch nicht wisse, ob Schweden mit beitreten werde, da man ohne dieses anstehen müsse, ferner in Anbetracht daß von Frankreich noch keine Gewißheit eben wegen der Bezahlung jener Rückstände erreicht sei, welche, wie man berechnete, an Subsidien etwa 200,000 Thaler und ebensoviel an Pensionen betrügen, dann auch noch, weil man in Erwartung der wohl unausbleiblichen kaiserlichen Inhibitorien den Bund durch den Hinzutritt Anderer, zumal des Landgrafen in Darmstadt gestärkt sehen möchte und schließlich, weil man auch das für den Landgrafen angesetzte Kontingent geringert sehen müßte. Sollten die französischen Gesandten sich zu diesen Forderungen nicht bequemen, so könnte man die Uebrigen den französischen Receß ja vollziehen lassen, dem Landgrafen jedoch den Beitritt offen halten bis zum Erfolge der inzwischen einzuleitenden besonderen Verhandlungen am französischen Hofe.[1] Hiernach unterwiesen wurde Zobell am 6. (16.) August von Kassel abgeschickt. Nach seiner Abreise traf ein Bericht Badenhausens ein, welcher den Stand der Bundesverhandlungen dadurch in ein ganz anderes Licht rückte, daß er meldete, wie nun auch die schwedischen Gesandten nicht allein zur Vollziehung der Recesse sich bereit erklärt hätten, sondern auch stark in ihn, Badenhausen, drängen, ein gleiches zu thun. Schleunigst wurde ein neuer Rath berufen, infolge dessen noch am 7. (17.) August ein Erlaß an Badenhausen und Zobell den Entschluß des Landgrafen zum Unterfertigen der Bundesverträge mittheilte. Freilich, wie es darin hieß, nicht ohne immer noch fortdauernde Bedenken des Landgrafen, jedoch in der Erwägung, daß der Zweck dieser Verfassung den Reichssatzungen nicht zuwiderlaufe, sondern dieselbe auf den Friedensschluß und die kaiserliche Kapitulation gegründet und in den Schranken der Vertheidigung gehalten sei und die Erhaltung der Beruhigung des Reiches beabsichtige, der Landgraf auch, nachdem er so lange habe mit verhandeln lassen, jetzt nicht gut abspringen könne, ohne bei den Anderen Widerwillen zu erwecken, ferner auch die mit eintretenden Kronen und Fürsten so ansehnlicher Macht wären, daß sie ihn gegen Diejenigen würden schützen können, welche sich unterfangen möchten, ihn wegen dieses Bundesverhältnisses anzufechten. Zugleich aber ordnete der Landgraf an, den Franzosen mit Manier beizubringen, daß der Kaiser wie die Kurfürsten von Brandenburg und

[1] Undatirter Zettel in den marburger Akten.

Sachsen mit Versprechungen und Drohungen ihn vom Beitritte abgemahnt hätten, er aber sich nicht habe gewinnen lassen, weil er vor allen Anderen auf Frankreich schaue. Gerade hierdurch werde freilich das Mißtrauen gegen ihn zumal am Kaiserhofe wachsen. Umsomehr hoffe er daher, daß Frankreich die ihm schon früher von Hessen-Kassel so beständig erwiesenen treuen Dienste berücksichtigen und es in besonderen Schutz und Schirm nehmen werde. Und weil bei dem Landgrafen und in dessen durch den Krieg in Abgang gerathenen Landen sich die Geldmittel nicht fänden zu den also erhöhten Rüstungen wie zur Unterhaltung der Miliz, so wäre den französischen Gesandten vorzustellen, daß, wie die Gefahr und Nothdurft für den Landgrafen rede und sie, die Gesandten, sich erboten, sich mit den Seinigen auf gewisse Maße einzulassen, also nunmehr und ehe man unterschreibe, mittels einer unter ihrer Hand und Siegel geschehenen schriftlichen und bündigen Zusage auf's wenigste die bewußten Rückstände unter der im Bundesvertrage bestimmten Zeit der drei Jahre auf einen zu vereinbarenden Termin, und zwar den ersten im voraus, jährlich neben einer laufenden Pension unfehlbar nicht allein zu zahlen, sondern auch überdies bei etwa zunehmender Gefahr noch ein erkleckliches Subsidium hinzuzuthun übernommen werde. Eine Verpflichtung der französischen Gesandten auf Ratifikation des Königs sei unter Umständen anzunehmen, doch dann nur ein kurzer Termin zu dieser zu bestimmen. Sollte dann etwa diese Ratifikation ausbleiben oder die Zahlung nicht innegehalten werden, wolle der Landgraf an die Garantie gegen den Kaiser nicht gebunden sein.[1]

Zobell war inzwischen also am 6. (16.) August abgereist und am Abende des 8. (18.) August in Frankfurt eingetroffen. Hier erfuhr er von Snoilsky, daß auch Pfalz-Neuburg bei den Franzosen vor Unterzeichnung der Recesse durch seine Vermittelung sich einige Gelder ausbedingen gewollt, nichts aber erreichen gekonnt hätte: denn es schiene, daß bei Frankreich die Geldmittel zu jetziger Zeit eben nicht in Ueberfluß vorhanden wären. Tags darauf fuhren Badenhausen und Zobell nach Mainz, wo sie den Franzosen und Boineburg sofort ihre Ankunft anzeigen ließen. Gramont antwortete mit einer Einladung zur Mahlzeit auf den nächsten Tag. Am 10. (20.) August früh begaben sie sich zu Boineburg, welcher ihnen seine Freude über ihr Erscheinen ausdrückte und schmeichelnd erzählte, daß sein Herr der Kurfürst ihm schon verwiesen hätte, daß die Recesse ohne Hessen unterschrieben worden wären. Bei Gramont trafen sie dann auch Lionne. Der Herzog konnte seine Empfindlichkeit über ihr Wartenlassen nicht verbergen und äußerte

[1] Instruktion für Badenhausen und Zobell vom 7. (17.) August. — Marburg.

namentlich seine Unzufriedenheit darüber, daß dies wegen der Schweden geschehen wäre. Er berührte dann sogleich die Forderungen des Landgrafen und meinte, daß jetzt keine Zeit wäre, davon zu reden, zumal er und sein Kollege auf diese Sache, da sie niemals zuvor angeregt worden, nicht unterwiesen wären. Lionne aber fiel ihm in's Wort und fragte, ob man nicht von ihnen eine schriftliche Kaution verlange, und Gravel bemerkte aus dem Hintergrunde, daß dem also sei. Worauf die Hessen Lionne daran zu erinnern wußten, was er selbst darüber an den Landgrafen geschrieben und mit Dörnberg verhandelt und daß er Vertröstungen auf Zahlung innerhalb dreier Jahre ertheilt hätte. Von letzterem wollte der Marquis nichts wissen und gab nur zu, daß er nur gute Dienste bei Hofe verheißen hätte. Als dann auf sein Begehren die Hessen seinen Brief an den Landgrafen hervorzogen, zeigte Gramont Ueberraschung, als wenn er von diesen Dingen nichts gewußt. Lionne aber bemerkte, er habe von der Zeit, innerhalb welcher die Rückstände gezahlt werden sollten, niemals ein einziges Wort gesprochen, zumal er weder Vollmacht noch Befehl dazu gehabt. Er fand es befremdlich, daß man jetzt, wo man zum Schlusse der Verhandlungen schreiten sollte, mit solchen Ansprüchen hervortrete. Mit großen Monarchen, rief er, darf man also nicht verfahren; das heiße ja, dem Könige den Fuß auf die Kehle setzen. Darauf führten die Hessen lang und breit aus, wie ja gegen diese unbestrittene Forderung nichts eingewendet werden könne, man auch die Gelder zu dem guten Zwecke fordere, um sich dem Könige zum Vortheile in desto bessere Verfassung zu setzen. Sie wiesen auf die Gefahren hin, welche man bei Oesterreich und Anderen laufe. Alles vergeblich; sie vernahmen wiederum nichts als Vorwürfe, daß der Landgraf allein nunmehr das Werk in dieser Weise aufhalte, während das Haus Braunschweig sich so löblich erzeige. Niemals, erklärten die Franzosen, könnten sie hierein willigen; das würde ein schöner Dienst sein, welchen sie dem Könige leisten würden. Sie schlugen dann vor, der Landgraf möge Jemanden am Hofe in Paris in diesem Sinne verhandeln lassen, sie wollten seine Forderungen nach Kräften unterstützen; das Verlangen, daß sie hier etwas eingehen sollten, wäre ein hartes und unfreundliches. Gramont polterte heraus: Kurz und gut, wir werden nichts dergleichen thun und dabei bleibt es. Und Lionne: Wir sehen wohl, daß der Landgraf seine Grundsätze geändert hat und schlecht berathen ist, wenn er also mit einem großen Könige umspringt. Die Hessen widersprachen lebhaft und betheuerten die unveränderte gute Meinung ihres Herrn zum Könige. Gramont aber meinte, daß dies leere Worte wären, was sie getrost drucken lassen könnten. Lassen Sie doch diese Dinge, warf er ihnen in's Gesicht, und lassen Sie den Land-

grafen bleiben, wie er ist, und der König wird ein gleiches thun. Er und Lionne standen auf und Letzterer rief, er wolle sich lieber die Faust abhauen lassen, als eine solche Kaution unterschreiben; man wolle keine Allianzen kaufen und, was man gethan, sei den Alliirten mehr zum Vortheile als der Krone Frankreich. Die Hessen suchten diese Hitze zu dämpfen, vermochten aber nichts zu erreichen und zogen deshalb vor, zu scheiden, erboten sich aber, am Nachmittage wieder vorzusprechen.

Sie eilten stracks zu Boineburg, welchem sie erklärten, daß sie, weil mit den Franzosen nicht durchzukommen, zu unterzeichnen anständen und unter Vorbehalt späteren Beitrittes ihres Herrn davongehen oder andere Weisungen erwarten würden. Bestürzt eilte Jener zu den Franzosen, wo er Gelegenheit zu erhaschen hoffte, um sie zu besseren Gedanken zu stimmen. Doch erwähnten diese weder zu ihm noch zum Grafen Fürstenberg, der gleichfalls dort erschienen war, das geringste von dem mit den Hessen geführten Gespräche. Nachmittags aber erschien der Agent Gravel bei Badenhausen und Zobell, welche mit ausführlichen Auseinandersetzungen ihm alle die üblen Ausdeutungen, denen sie bei seinen Vorgesetzten begegnet, zu benehmen suchten und nicht aufhörten, von den guten Gesinnungen des Landgrafen gegen Frankreich zu reden. Zuletzt betonten sie, welche Folgen ein längeres Aufhalten haben müßte und daß ihr Herr nicht eben gezwungen wäre, solche Allianzen zu suchen, da er glauben dürfte, am kaiserlichen Hofe sonst gut angeschrieben zu sein, auch keine Mißverständnisse mit benachbarten Ständen obwalteten, weshalb er denn auch nach dem Beispiele Anderer für sich bleiben könnte; auch würde er ja allezeit, wenn es nöthig, eine Partie finden, inzwischen aber sich in guter Positur halten. Gravel begriff und wußte nichts zu sagen. Natürlich berichtete er den Gesandten.

Am Abende desselben Tages gab es ähnliche Erörterungen bei Lionne; er blieb aber noch immer bei der Ablehnung jeder eigenen Verbindlichkeit gegenüber den hessischen Forderungen und rieth nochmals dringend zu besonderen Verhandlungen am französischen Hofe. Die Hessen wichen aus und schlugen endlich vor, den verlangten Schein auf Ratifikation des Königs auszustellen. Die Hitze vom Morgen war einigermaßen verraucht. Vermochte er, Lionne, doch wenigstens den Gegenvorschlag zu erheben, daß der Landgraf die Recesse nicht eher ratificiren solle, bis er am pariser Hofe Genugthuung erhalten hätte. Auch dies gefiel den Hessen nicht. Endlich erbot sich Zobell, in aller Eile nach Kassel zu gehen, von wo er in sechs Tagen mit der Entscheidung des Landgrafen wiederkehren könnte, und Lionne übernahm es, deswegen mit Gramont sich zu benehmen, ob sie nicht noch einen Tag länger

über die zu ihrer Abreise bereits festgesetzte Frist sich aufhalten könnten; noch am selbigen Abende sollte Gravel Bescheid hierüber bringen.

Nochmals begaben sich hierauf die Hessen zu Boineburg, unterrichteten ihn in der Hauptsache und baten um seinen Beistand, den er auch zusagte. Gegen 9 Uhr meldete Gravel, der Herzog könne den Aufschub ihrer Abreise nicht zugestehen, weshalb Zobells Reise nach Kassel unterbleiben könnte. Hingegen wären die Gesandten erbötig, den begehrten Schein auf Ratifikation des Königs auszustellen; morgen wolle er, Gravel, sich mit ihnen über die Fassung vergleichen. Zugleich bat er nachdrücklich, keinem Menschen in der Welt, wer der auch sein möchte, von der ganzen Sache etwas zu sagen. Auf seine Frage, ob Boineburg noch nichts wisse, mußten Jene gestehen, daß ihm ganz allgemein gehaltene Andeutungen gegeben worden wären.

Am nächsten Morgen früh schon um 6 Uhr war Gravel wieder zur Stelle, um mit den Hessen die Fassung jenes Scheines zu vereinbaren. Er wünschte zunächst eine Bestimmung, wonach die französischen Gesandten versprachen, daß die Schuld, dafern der Friede mit Spanien innerhalb dreier Jahre vor sich gehen würde, in dieser Zeit, wenn aber nicht, in sechs Jahren gezahlt werden sollte. Dessen weigerten sich die Hessen. Nach mehrfachen Aenderungen setzte man fest, daß nicht allein die Rückstände, sondern auch die fälligen Pensionen in Frist von drei Jahren entrichtet werden müßten. Gravel benachrichtigte hiervon Lionne, kehrte aber bald mit der Meldung zurück, daß es ihnen unmöglich falle, die Zahlung der Pensionen in dieser Form zu übernehmen, da sie sich auf ein ungewisses nicht verpflichten könnten, wogegen die Hessen erklärten, daß die Worte liquidement deues genügende Sicherheit deswegen gewährten, zumal sie, die Franzosen ja selbst anerkannt, daß der König zahlen werde, was sich an der Schuld richtig fände. Nach abermals unter sich allein gehaltenem Rathe begaben sich die Hessen später zu Gravel und erboten sich, unter folgenden Bedingungen abzuschließen: 1) daß die Subsidienrückstände in drei Jahren, und zwar die erste Rate pränumerando, gezahlt würden; 2) daß alle Jahre neben den Subsidien auch eine Pension entrichtet und 3) in den nächstfolgenden drei Jahren dasjenige abgetragen würde, was noch an Pensionen rückständig wäre. Gravel hinterbrachte dies seinen Vorgesetzten und kehrte — mit deren Einwilligung auf die erste, kurze Fassung zurück.[1] Sie

[1] Nous sousignez Ambassadeurs extraordinaires et Plenipotentiaires du Roy en Allemagne et Royaumes du Nord promettons de la part de Sa Mat[é] de faire en sorte que la somme liquidemment deue à Monsieur le Landgrave de Hesse Cassel tant en subsides qu'en pensions luy soit payée dans trois ans c'est à dire le tiers de la ditte somme dans chacune de trois années. sur quoy toutefois

wünschten den Abschluß noch am selbigen Vormittage, baten aber nochmals um strengste Wahrung des Geheimnisses. Darauf erhoben sich die Hessen wiederum zu Boineburg und zeigten ihm an, daß sie mit den Franzosen einig, wobei sie doch fast in allen Stücken ihnen hätten nachgeben und sich mit der Versicherung hätten begnügen müssen, daß Jene bei Hofe alle guten Dienste anwenden wollten. Daraufhin wären sie, die Hessen, bereit, die Recesse zu vollziehen. Gramont ließ sie inzwischen zu Tische bitten. Bei ihm trafen sie auch Lionne. Dieser las ihnen den zur Unterzeichnung fertigen Schein vor, welchen sodann er und Gramont unterschrieben, aber nicht besiegelten, angeblich weil dieses in Frankreich nicht gebräuchlich, und schließlich mit dem Rathe überreichten, daß der Landgraf wohlthun würde, die Angelegenheit nun ferner auch am pariser Hofe betreiben zu lassen, wo auch sie etwa in drei Wochen eintreffen würden. Später erschienen Fürstenberg und Boineburg, worauf die allseitigen Recesse unterschrieben und besiegelt wurden. Bei den hierauf folgenden Tafelfreuden herrschte allgemeine Behaglichkeit und der Abschied war ein sehr freundlicher. Fürstenberg und Boineburg benutzten noch die Gelegenheit, bei den hessischen Räthen auf Erhöhung des von ihnen bewilligten geringen Kontingentes zu der Bundesmacht zu dringen, wie sie meinten, nur des Beispieles wegen für die Anderen: denn schicken könne ja der Landgraf nach Belieben. Sie erreichten jedoch keine Zusage.

Da die Hessen vernommen hatten, daß der hannöverische Gesandte Otto sich zu Wiesbaden befinde, begaben sie sich noch selbigen Abends dorthin und vollzogen mit ihm am nächsten Morgen die Recesse. In Frankfurt zurück, erfüllten sie die nämliche Formalität am 23. August mit dem Neuburger Gise, am 24. mit Aldenhoven, Heyland und Witte und am 25. mit Snoilsky. Nachdem noch am 26. dem in Frankfurt anwesenden Vertreter des Darmstädter Landgrafen von allem, was wegen der Allianz vorgegangen, Mittheilung gemacht worden, begab Zobell sich am 27. von Frankfurt weg und langte am 30. in Kassel an, wo er noch selbigen Abends im Geheimen Rathe berichtete. Am 25. August (4. September) hatte er Audienz beim Landgrafen in Hersfeld und wurde hierauf Pawel-Rammingen in Paris beauftragt, nach Anleitung der ihm gesandten Weisung die bewußte Sache am königlichen Hof zu betreiben.[1]

nous nous remettons au bon plaisir et à la ratification de Sa Mate qui sera fournie dans le mesme temps de la ratification du traitté qui a esté conclu le quinziesme de ce mois entre Sa ditte Majté et le dit Landgrave et quelques Electeurs et Princes de l'Empire. Fait à Mayence le XXIe aout 1658. Aus der Ratifikation des Königs d. d. Fontainebleau den 13. September 1658, abschriftlich in Marburg.

[1] Die ganze Erzählung dieser Vorgänge nach dem sehr ausführlichen Protokolle Zobell's vom 6. (16.) August ff. — Marburg. Uebereinstimmende Angaben bei Val-

Wir sind am Ziele und erblicken das Ergebniß vieljähriger Bemühungen und Verhandlungen, die Frucht der verschiedenartigsten Allianzbestrebungen. Zwar nicht Alle, welche zu diesem Werke berufen, ja nicht einmal Alle, welche im Uebrigen anregend und fördernd gewirkt, sehen wir an diesem Ziele angelangt. Grollend ob der ihm widerfahrenen, wenn auch selbst theilweise verschuldeten Uebergehung steht beiseite der Kurfürst von Brandenburg, mitten in den Rüstungen wider den einen Mitgenossen der Allianz, welchem dieselbe zwar nicht alle selbsterwünschten, so doch immerhin nicht unwichtige Garantien gegen den Kurfürsten zusichert, steht Arm in Arm mit dem jungen Kaiser, gegen welchen die Allianz ihre wesentliche Spitze richtet. Beiseite steht ferner der Kurfürst von Trier, den alten Bundgenossen entfremdet durch die Künste des Hauses Oesterreich und des Stuhles Petri,[1] beiseite auch der von selbstischen Interessen geleitete und die Schweden hassende Bischof von Münster.

Immer noch indessen erblicken wir eine stattliche Reihe deutscher Reichsfürsten dem Reichsoberhaupte feindlich zugewandt, darunter zwei, welche es soeben mit hatten wählen helfen. In ihrem Bunde die beiden großen Widersacher des Hauses Oesterreich, die Kronen Frankreich und Schweden, welchen die Staatskünstler des westphälischen Friedens zu ihrer aufstrebenden, dem Unvermögen des durch unselige Kriegspein ausgemergelten Reiches gegenüber überwältigenden Macht zugleich mit den herrlichen und ihrer Lage nach so wichtigen Theilen Deutschlands auch das Recht eingeräumt hatten, die Hände über des Reiches Frieden zu halten, den Frieden, welchen sie selbst nicht finden konnten oder wollten, die dann im Verlaufe des dem westphälischen Frieden folgenden Jahrzehnts von neuem in heftigen Gegensatz zu dem Hause Oesterreich, nicht ohne dessen Verschulden, gerathen waren und noch bei Lebzeiten des letztverstorbenen Kaisers, mit besonderem Eifer aber seit dessen Tode und während der kaiserlosen Zeit bei den Wahlverhandlungen die lautersten Proben ihrer dem Hause Habsburg feindseligen Gesinnung geliefert hatten; Schweden, laut drohend mit Einfällen in die österreichischen Erblande, Frankreich mit dem, wenn auch nicht völlig seinen ursprünglichen Wünschen entsprechenden, so doch immer noch beträchtlichen Erfolge seiner Wahlumtriebe, daß durch die Wahlkapitulation seinen Feinden, den Spaniern

---

frey S. 173, in Otto's Bericht aus Wiesbaden vom 13. (23.) August (Hannover) und einem Extrakt eines Schreibens (vermuthlich des Gise) an den Bischof von Münster (Münster).

[1] Otto schreibt am 9. (19.) August: Der päpstliche Nuntius hat an seinen widerwärtigen Machinationen sowohl sonst als in diesem (der Allianz) allem Vermuthen nach wohl nichts fehlen lassen. Die Bestätigung s. oben in den verschiedenen Berichten Schmising's.

die von Oesterreich bisher so oft gewährte Hülfe abgeschnitten wurde. Durch seinen Anschluß an diese beiden Kronen trat also der Rheinbund aus dem Rahmen einer Defensionsverfassung, die er doch sein wollte und als welchen sich seine Vorläufer dargestellt hatten, in bedenklicher Weise heraus. Schweden wollten die Rheinbündler in gewissen Fällen beistehen, trotzdem oder weil sie wußten, daß es kurz vor dem offenen Bruche wie mit Brandenburg so mit dem Kaiser stand, und Frankreich versprachen sie, allen Bewegungen zur Unterstützung seiner Feinde entgegenzutreten. Das klang wie Defensive, war aber Offensive gegen den Kaiser, trotz aller leeren Redensarten, mit denen man die dem Kaiser und dem Reiche schuldige Treue aufrechtzuhalten betheuerte, trotz der bei Frankreich erreichten Bedingung, daß dessen König seine Waffen nicht gegen das Reich wenden solle.

Johann Philipp von Mainz freilich glaubte sicherlich, durch diesen Bund, sein allereigenstes Werk, wenn nicht schon den Weltfrieden selbst, so doch die Ruhe Deutschlands, d. h. des ihm anhängigen Theiles desselben begründet zu haben. Nach seiner Ansicht mußte, wenn auch zunächst nicht der Friede zwischen Spanien und Frankreich erreicht werden konnte, wozu indessen neuerdings ein Hoffnungsstrahl hervorschimmerte, mußte doch mit dem Aufhören aller Unterstützungen der ersteren Macht durch das befreundete Oesterreich auch alle Mißstimmung und Feindschaft Frankreichs gegen dieses endigen und damit die Gefahr für das Reich wegfallen, während auf der andern Seite durch die vermeintlich höchst vorsichtige Fassung der für Schweden ausgesonnenen Klausel im Hauptrecesse jeder Zusammenstoß zwischen Schweden und Brandenburg wie dessen Verbündeten auf deutschem Reichsboden, soweit die Lande der Rheinbündischen in Betracht kamen, vermieden werden würde. Doch Pommern und die Marken gab man preis. Hier geht das irenische System des Mainzers in die Brüche. Aber, wie war es doch gekommen? Die Ausnahme aller durch die derzeitigen Kriegswirren Schwedens bedrohten Lande war doch trotz aller Bemühungen nicht zu erreichen gewesen, selbst nicht einmal das Neutralisirungsprojekt. Und deshalb, wie man wohl gewollt hätte, Schweden gleichwie Brandenburg ganz wegzulassen, war wegen Frankreich nicht wohl angegangen; wenigstens hatten die französischen Gesandten, wenn, wie es wiederholt vonseiten der Braunschweiger geschehen war, eine dahin zielende Frage an sie gestellt wurde, niemals recht mit der Sprache herausrücken wollen. Ganz abgesehen davon, daß Kassel ohne Schweden niemals beigetreten wäre, was denn wieder auf Braunschweig wirkte.[1] Johann Philipp also nahm, da er

[1] Bezeichnend hingegen für die Stimmung von Kur-Köln, und also wohl auch von Kur-Mainz, ist eine noch am 14. August 1658, wo also bereits alles zu Höchst

nicht alles, was er für Deutschland erhofft, erreichen konnte, wenigstens das mögliche, die Befriedung des Reiches bis zur Elbstromgrenze. Nun hätte er freilich, als er wahrnahm, daß sein System nicht völlig durchführbar war, daß sozusagen seine Rechnung nicht aufging, sondern ein falsches Fazit ergab, einen Strich dadurch machen und sich zu einem neuen Ansatz schicken können. Doch das hieß mit Schweden und Frankreich brechen und barg die äußersten Gefahren in sich. Und doch wäre es auf diese Weise wahrscheinlich möglich gewesen, den Kurfürsten von Brandenburg zu gewinnen und mit diesem und den Andern einen starken rein deutschen Bund zu des Reiches Wehr und Frieden zu begründen, den Weg zu einer allgemeinen Reichswehrverfassung gegen jede fremde Gewalt zu bahnen. Auch den Uebergriffen des Hauses Oesterreich hätte man da, wie es im Wunsche der Rheinbündler lag, begegnen, dieses im Schach halten können. Doch war diese Zeit noch nicht gekommen; und es ist müssig, auszumalen, welche Segnungen vielleicht damals schon hätten erreicht werden, welche unselige Wirren und Demüthigungen unsern Vätern hätten erspart bleiben können. Es gehört in die Schule unserer Leiden als wesentliches Moment mit die bedauerliche Thatsache, daß damals das System Johann Philipp's von Mainz an den übermächtigen Verwickelungen der hohen Politik gescheitert ist. Der Gegensatz zwischen Spanien-Oesterreich und Frankreich-Schweden war eben nicht lösbar durch theoretische Systeme unmächtiger Reichsfürsten; auch hier hat Blut und Eisen die Entscheidung bringen müssen.

Wenn aber die Stunde der Entscheidung schon damals geschlagen hätte, so wäre die Kriegsmacht des Rheinbundes mit nichten von ausschlaggebender Bedeutung gewesen ohne die Unterstützung der Kronen. Denn so groß auch das Gesamtgebiet der in dem Bunde vereinten deutschen Fürsten erscheinen mag, sie selbst, diese Herren, zumal die geistlichen, hatten keineswegs über ausreichende und schlagfähige Mannschaft zu verfügen. Sie bedurften daher, um überhaupt eine politische Rolle zu spielen, ja schon um ihrer Selbsterhaltung willen, inmitten der sturmdrohenden Wolken des Rückhaltes an einem mächtigen Staatswesen und, um nicht von den gegen einander im Widerstreit liegenden Parteien zerrieben zu werden, des Anschlusses an eine derselben. Daß sie da nicht der Fahne des Kaisers huldigten, war unpatriotisch, aber verzeihlich. Denn längst war des Hauses Habsburg Mangel an wahrer Fürsorge für das Reich und das Wohl seiner Stände eine bekannte Sache und

entschieden war, an Aldenhoven vom Kurfürsten Max Heinrich ergangene Weisung, die Vollziehung der Allianz zu befördern, „jedoch mit dieser Bescheidenheit, daß dabei die Krone Schweden noch zur Zeit entweder ganz präteriret werden oder doch deren Admission durch eine Nebendeklaration geschehen möchte". — Düsseldorf.

seine Theilnahme für die damals verhaßteste Macht Europa's, Spanien, ein Grund zu Mißtrauen und Anfechtung für die deutschen Stände. Hat doch auch selbst der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg nicht wegen der dynastischen Interessen des Hauses Oesterreich und nicht aus besonderer Neigung zu demselben, sondern der gemeinsamen Interessen halber gegen Schweden sich mit ihm verbündet. Als man einen neuen Kaiser wiederum aus diesem, man kann wohl sagen von fast allgemeinem Mißtrauen betrachteten Hause trotz alledem erwählte, geschah dies nur aus Besorgniß, daß man mit seiner Uebergehung wiederum einen Weltbrand heraufbeschwören würde, und auch weil kein geeigneter Ersatz zu finden gewesen war, dann aber unter Aufstellung einer fast schimpflichen Kapitulation. Hingegen war damals der Begriff einer Erbfeindschaft Frankreichs gegen unsere Nation noch nicht bekannt. Daß diese Krone im dreißigjährigen Kriege deutschen Reichsständen gegen das verhaßte Kaiserhaus Beistand geleistet, daß sie die Gewährleistung des westphälischen Friedens übernommen, wußte man ihr sogar Dank, von vielen Seiten wurde sie als wahre Freundin der deutschen Reichsstände in allen Anliegen gegen das Haus Oesterreich angesehen. Von irgend welchem nennenswerthen Mißtrauen gegen Frankreich, geschweige einer Ahnung dessen, was sich dann unter der selbständigen Regierung Ludwig XIV. zum Unsegen unserer Nation entwickelte, begegnet man in jenen Tagen noch kaum einer Spur. Wenn Furcht vor Frankreich sich bemerkbar macht, so entspringt dieselbe stets nur der Annahme, daß sich dessen Waffen ausschließlich nur gegen Oesterreich und gegen die deutschen Stände nur insoweit wenden könnten, als diese letzterem Beistand leisten würden.

Schweden sodann hatte den Protestanten in dem großen Kriege in dem Augenblicke der höchsten Gefahr die Rettung gebracht; auch diese Macht hatte den westphälischen Frieden gewährleistet. Das Beispiel Neuburgs zeigt zugleich, daß auch katholische Fürsten ihre Abneigung gegen diese erste aller protestantischen Mächte zu verlernen begannen. An Mißtrauen gegen Schweden hat es auf allen Seiten zwar nicht gefehlt und König Karl Gustav that redlich das seinige, um diesem Argwohn immer wieder neue Nahrung zu geben. Aber gerade dieses Mißtrauen, die Furcht vor der Schwedengefahr rechtfertigen doch wieder einigermaßen das Bestreben der Rheinbündischen, alles zu vermeiden, was den gewaltthätigen König reizen konnte; die Verbindung mit Schweden ist demnach weniger ein Ergebniß ihm gezollten Wohlwollens oder Vertrauens, als der Scheu vor dieser Macht und des Wunsches, sich deren Gewaltthätigkeiten vom Halse zu halten.

Der Rheinbund verdient also bei richtiger Würdigung aller dieser Umstände nicht vollaus die Vorwürfe, welche man ihm gemeiniglich bei-

messen möchte. Aber das Gold Frankreichs? wird man hier einwerfen. Zugegeben. Hier liegt freilich der Krebsschaden zutage. Doch muß, wenn auch nicht zur Entschuldigung, so doch zur milderen Auffassung hier wiederholt werden, daß es scheint, als ob jenem Geschlechte der Begriff der Unbestechlichkeit als einer Tugend abhanden gekommen wäre. Weniger Hände blieben damals rein. Und nahm man auf der anderen Seite nicht ebenso bereitwillig auch österreichisches, spanisches Gold? Dort freilich wird völlig der Stab zu brechen sein, wo man nachweislich von beiden Seiten her die Bestechung auf sich wirken ließ. Hier ward die Habgier zum Betruge, und Schmach jenen Eigennützigen!

Und doch wieder sind diese Bestechungen Nebensache. Wenn es zur Entscheidung kam, hat man auf rheinbündischer Seite doch rein nach politischen Erwägungen dieselbe getroffen, Johann Philipp von Mainz und Boineburg wenigstens, und ohne Frage auch des Hauses Braunschweig Gesandte, die ausschlaggebenden Parteihäupter.

Nach seinem Nutzen — und wer wird das in der Politik verübeln wollen? — fragte freilich Jeder. Wie gestaltete sich aber derselbe für die einzelnen Genossen dieses Bundes? Der größere Vortheil kam den beiden fremden Kronen zugute. Schweden erreichte zwar nicht das volle Maß seiner Wünsche, doch immerhin neben erneuter Gewährleistung der Errungenschaften des westphälischen Friedens zu kritischer Zeit Deckung seiner Besitzungen im niedersächsischen und westphälischen Kreise und damit Luft und Bewegungsfähigkeit gegen seine Feinde nach Norden und Osten, abgesehen von dem moralischen Gewichte des Rückhaltes an den Genossen des Bundes, unter ihnen zwei katholische Kurfürsten und der sonst allen Protestanten, voraus aber dem Brandenburger feindselige neuburger Pfalzgraf. Auch Frankreich erlangte eine kräftigere Gewährleistung der durch den westphälischen Frieden errungenen Vortheile, einen merklichen Abbruch des österreichischen Einflusses in Deutschland, die Gefolgschaft einer immerhin recht ansehnlichen Partei daselbst sowie vor allem freie Hand gegen Spanien, welchem die seitherige Hülfe der deutschen Habsburger unterbunden ward.[1]

---

[1] Valfrey S. 175: Séparer Vienne de Madrid, intercepter toute communication entre l'Empire et les Pays-Bas espagnols, asseoir solidement l'autorité de la France jusqu'au coeur de l'Allemagne et fermer la route des invasions germaniques (!!), voilà les avantages sérieux, durables, que le maréchal de Gramont et Lionne, si habilement secondés par l'agent Gravel, avaient remporté à Francfort. Louis XIV devint et resta, pendant toute la période ascendante de son règne, le chef de l'Empire. Weniger volltönend das Urtheil Chéruel's (III. S. 129/30): L'influence de la ligue du Rhin fut considérable et justifia les sacrifices pécuniaires qu'elle avait imposés à la France. Les sacrifices, que rappelle

Die Kurfürsten von Mainz und Köln gewannen durch ihre Führerschaft unter den im Rheinbunde, vornehmlich gegen das Haus Oesterreich geeinten deutschen Ständen ein erhöhtes Ansehen neben der Allen gemeinsamen Aussicht auf Unterstützung in allen nur immer zu besorgenden Gefährnissen oder bei allen etwa selbst bezweckten Unternehmungen; ebenso gewannen auch ihre Staatsmänner eine erhöhte Bedeutung. Der Pfalzgraf von Neuburg blickte wohl mit besonderer Genugthuung auf die Bundesgenossenschaft mit dem großen Widersacher seines Erzfeindes und sah diesen selbst ausgeschlossen aus der Gemeinschaft Derer, welche nunmehr seine durch denselben gefährdeten Lande am Niederrhein zu schützen übernahmen. Das Haus Braunschweig wähnte die ihm aus den schwedisch-brandenburgischen Wirren drohenden Gefahren nahezu beseitigt und hoffte, bei seinen auf Wahrung und Mehrung der fürstlichen Libertäten und Vorrechte gerichteten Bestrebungen eine starke Stütze an den Kronen und den beiden Kurfürsten gewonnen zu haben. Die nämlichen Vortheile glaubte auch Hessen-Kassel sich gesichert, und nebenbei hatte es verstanden, Frankreich zur Anerkennung und Befriedigung seiner an dieses gestellten Forderungen zu verpflichten.

Allen den deutschen Verbündeten dünkte die Gemeinschaft mit den fremden Kronen als ein unschätzbarer Gewinn, vornehmlich in Hinsicht ihres Gegensatzes zu der Politik des Kaisers und des Hauses Oesterreich. Zugleich wähnten sie sich von nun an sicher vor allen Feindseligkeiten dieser Kronen gegen das Reich, namentlich aber gegen sich selbst, und glaubten wohl allen Ernstes mit ihrem Bunde ein wahres Friedenswerk gefördert zu haben.

Das wahre Wesen des Rheinbundes kann man nur an seinen Früchten ermessen. Dies ist jedoch hier nicht unsere Aufgabe, welche sich nur dahin erstreckt hat, die bislang noch unaufgeklärt gewesene Entwickelungsgeschichte dieses höchst bemerkenswerthen Ergebnisses so vielseitiger und mannigfach gearteter reichsständischer Einungsbestrebungen aufzuhellen.

Mazarin et dont il sut amplement se dédommager, furent largement compensés par le rôle que la France joua alors en Allemagne. Vgl. die auch mehrfach anderwärts angezogene Stelle aus einem Berichte Gravel's an König Ludwig vom 13. Januar 1667 bei Mignet II, 38.

Register.

Nicht aufgeführt sind die Namen der bei den Verhandlungen um den Rheinbund in Betracht kommenden Regenten und Staaten und der in fast unzählbaren Wiederholungen erwähnten Städte wie Frankfurt, Mainz, Köln, Kassel und die braunschweigischen Residenzen.

Aachen, Stadt 13. 34. 63. 69. 72. 305 A. 5. 308. 416.
Ahaus, bischöfl. münst. Residenz 141.
v. Aitzema, Leo 139.
Aldenhoven, Joh. Christoph, k.-köln. Hofrath 8. 12. 56. 108. 116 A. 1. 117 A. 3 u. 4. 124. 158. 166 A. 1. 173 A. 3. 175. 186. 192. 197. 210. 219 A. 3. 241 A. 1. 245. 250. 254. 264. 268. 286. 333 A. 1. 370 A. 4. 385. 426 A. 2. 429 A. 3. 440. 483 A. 2. 491. 499. 501 A. 1.
v. Alefeldt, Detlof, dänischer Staatsmann 310.
Aller, Fluß 475.
v. Alten, B., brschwg.-kalenbg. Rath 443.
Altmark, brandbg. Provinz 478 A. 1.
Amsterdam 129.
Anethanus, Joh., k.-trier. Kanzler 27. 73 A. 1. 189 A. 4. 250. 257. 259. 271. 278. 331 A. 4. 333. 347. 352. 370. 411 A. 2.
Apenrade 434.
Arnsberg 222.
Aschaffenburg, Stadt 117. 401.
v. Aspremont, Grafen 49 A. 1.
v. Auersperg, Fürst, kaiserl. Staatsminister 92. 158. 200 A. 1.
Augsburg 18.
Avaugour, franz. Gesandter bei der Krone Schweden 214. 243 A. 4. 246 A. 4.

Baden-Durlach 99 A. 3. 239. 296. 407.
Badenhausen, Regner, hess.-kass. Vertreter bei der Reichsdeputation in Frankfurt 123 A. 4. 130 A. 1. 147. 150 A. 1. 157 A. 3. 160. 172. 177. 181. 187. 195. 203. 207 A. 1. 209 A. 1—3 214. 226. 237. 246. 248 A. 2. 253 A. 2. 269. 280. 293. 300. 304. 311. 410. 491. 494. 497.
Baltisches Meer, s. Ostsee.
Bamberg, Bischof und Bisthum 96 A. 1. 99 A. 3. 427 A. 1.
Bayern, Kur-. Maximilian I. 102; Kurhaus 94. 96 A. 1; Ferdinand Maria 94. 97. 99. 110. 114. 116. 149. 153. 174. 195. 200. 243 A. 4. 245 A. 1 u. 3. 251. 257. 291. 334. 344. 351. 353. 386. 453; Maria Anna, Gem. Maximilian I., Tochter des Kaisers Ferdinand II. 102. 334.
Beeck, Jean, hess.-kass. Agent in Paris 492.
Belgien s. span. Niederlande.
Bensberg 276. 299 A. 1.
v. Bentheim, Grafen 34.
Berlin 296. 309. 364. 386. 390. 392 A. 1. 397. 400.
Bevergern 51.
Bevern 161.
Bidenbach, württbg. Vertreter b. d. R.-Dep. in Frankfurt 174. 245 A. 2.
Björnklou, a. o. schwed. Gesandter am Wahltage in Frankfurt 270. 272. 277. 321. 327. 336 A. 1. 354. 368. 383. 393. 400 A. 3. 402 A. 1. 404. 409. 414. 424. 430. 436. 444. 472. 484. 489.
Bisping, Joh. Kaspar, bischöfl. münst. Rath und Vertreter b. d. R.-Dep. in Frankfurt 92 A. 1. 132 A. 4. 158 A. 1. 188. 198. 210. 251. 264. 271. 274 A. 3. 276. 281. 290. 295 A. 1. 298. 305. 311. 320. 333. 341 A. 2. 343. 352 A. 2 u. 3. 355 A. 2. 357 A. 4 363 A. 3. 368 A. 5. 370. 417. 457.
Bitsch 6.
Blankenburg, Grafschaft 312.
Blondel, franz. Gesandter b. Kur-Brandenburg 253. 392 A. 1. 398 A. 4.
Blum, kur-mainz. Rath 168. 174. 183. 349. 413. 415.
v. Blumenthal, Joachim Friedr., k.-brdbg.

Staatsmann, Gesandter in Wien und Regensburg 11 A. 1. 17. 20. 146 A. 1.
Bockhorst, kur-köln. Kommandant von Rheinberg 132 A. 5.
Böhmen 113. 386.
v. Boineburg, Freiherr Joh. Christian, kur-mainz. Obermarschall und Geh. Raths-Präsident 44. 57. 59. 61. 67 A. 1. 73 A. 2. 75. 78 A. 2. 81. 90. 96. 101. 104. 108. 115. 127. 132 A. 2 u. 3. 144. 155. 163. 166. 173. 177 A. 1. 181. 186. 197. 203. 212. 226 A. 1. 228. 244. 248. 250. 252. 257. 260. 268. 276. 278. 285. 301. 311. 321. 323. 327. 329. 333. 338. 342 A. 1. 352. 355. 361. 365. 369 A. 3. 371. 375. 381. 387. 394. 404. 407. 426. 429 A. 1. 432. 436. 439. 441. 447. 458. 464. 471. 476. 483. 489. 491 495. 497. 504.
Bonn 12. 26. 33. 79. 81 A. 3. 82 A. 1. 100. 140 A. 1. 189. 259. 337 A. 1. 352.
Borcel, holländ. Gesdt. in Paris 128 A. 1.
Brabant, die alten Herzöge 136; Provinz 48. 62. 78. 364 A. 4. 413 A. 1.
v. Brabeck, Jobst Edmund, münster. Domkustos 30.
Brahe, Graf, schwed. a. o. Gesandter in Frankfurt 484.
Brandenburg. Die Marken 188. 234. 236. 262. 266. 319 A. 1. 327. 487. 488. 501; Kurfürstin Louise Henriette 364 A. 4; Ansbach 99 A. 3. 296. 407; Baireuth u. Kulmbach 99 A. 3. 296. 407.
Braunschweig, Stadt 169. 175. 177. 194. 218 A. 1. 223. 475; Braunschweig, Allianzvertrag zwischen Braunschweig und Brandenburg (v. J. 1653) 294.
Brauweiler 54.
Bremen, Stadt 22. 138. 144.
Bremen, das alte Stift, schwed. Provinz 27. 50. 55. 107. 118 A. 2. 124. 142. 153. 160 A. 3. 188. 197. 205. 207 A. 1. 209 A. 5. 213. 222. 241 A. 1. 270. 306. 312. 322. 327. 330. 420. 423. 428. 440. 473. 475. 477. 481. 487.
Bremervörde 306. 309. 322. 327.
Brienne, franz. Staatsmann 102 A. 1. 225 A. 3 u. 4.
Bromberg, Vertrag von 382.
Brühl, k.-köln. Residenzschloß 41. 256.
Burgundischer Kreis 467.
Burgsteinfurt 141. 341.
Brüssel 11. 19 A. 1. 62. 74. 77. 308.
v. Bülow, P. Joachim, brschw.-kalenberg. Rath und Kammerpräsident 177. 390.
Buschbell (Voigtsbell) im Kreise Köln 62.
Buschmann, Peter, k.-köln. Kanzler 32. 82 A. 1. 210 A. 1. 369 A. 3.
Buschmann, Johann, k.-trier. Rath und Stadtschultheiß von Koblenz 202. 210. 254. 264. 270. 439 A. 2.
v. Canstein, Raban, k.-brandbg. Staatsmann 167. 169. 221 A. 3. 224. 228. 241 A. 1. 261. 265. 273. 279. 283. 288. 293. 296. 299. 303. 305. 309. 331. 362. 383. 386. 391; 399. 406. 410. 414. 417. 420. 427. 431 A. 1. 434. 438. 448 A. 1. 452 A. 2. 473. 487.
Cartils in der Herrschaft Weiler 88.
Celle, Stadt 147 A. 1. 356. 389. 592.
Celle, Herzogthum 312.
Chaillou, hess. kass. Agent in Paris 392.
v. Chaos (?), Baron, österreich. Agent 336 A. 1.
Ciecieski, Albert, Jesuitenpater u. poln. Agent 197 A. 1. 200 A. 1.
Cleve. Die alten Herzöge 136; das Land 20. 31. 81 A. 3. 128. 188. 206. 208. 225. 238. 263. 266. 319 A. 1. 387. 395. 473; die Landstände 17.
Coesfeld 24. 51. 66. 187.
Condé, Prinz 19. 22. 29. 63. 65. 69. 81. 87. 128. 238. 308. 407.
v. Cratz, Joh. Wilh., bischöfl. münst. Oberst 65. 72. 82 A. 3.
Cromwell, Protektor v. England 98 A. 1. 119. 130. 135 A. 1. 223. 352 A. 2. 386.
Czarnecky, poln. General 219.

Dänemark 89. 93. 98 A. 1. 197. 200. 202 A. 2. 205. 207 A. 1. 209 A. 5. 213. 217. 219. 240. 265. 269. 273. 277. 290. 295. 300. 302. 304. 306. 309. 314. 321. 327. 332. 338. 341. 365. 382. 385. 388. 390. 392. 397. 401. 424.
Dahlenbroich 64.
Danzig 102. 219.
Darmstadt 117.
Diepholz, Grafschaft 156. 312.
v. Dörnberg (Doringenberg), Joh. Kaspar, hess.-kass. Staatsmann 146. 149. 177. 180. 282. 311. 332. 334. 357. 368. 394. 396. 417. 473. 483. 486. 492. 496.
Donau 59.
Dorsten 32. 51. 65.
Dortmund 34.
Düssel, Thomas, k.-köln. Licentiat 13. 76 A. 3. 79.
Düsseldorf 13. 24. 27. 30. 40. 43 A. 2. 64. 81 A. 3. 137. 140. 187. 486.

Eckernförde 434.
Eichsfeld 198. 277.
Eichstädt, Bischof von 95. 99 A. 3.
Eifelgrafen 13. 20.
Eimbeck 194. 203.
Elbe 22. 43. 489. 502.
Elbing (Traktaten zwischen Holland und Schweden 1656) 124.

Elsaß 195. 215. 352. 358. 360. 432. 450. 452.
v. Eltz, k.-trier. Chorbischof 27.
England. König Karl II. 53. Republik 93. 98. 113. 236. 463. 468.
Epinal 6.
Essen, Abtei 34. 47.
Essen, westphäl. Kreistag (i. J. 1653) 20. 103.

Fabricius, hess.-darmstädt. Kanzler 176.
Falkenstein 2.
Faust, hess.-kass. Rath 207 A. 1.
Favert, Abraham, franz. Gouverneur in Sedan 243 A. 3.
de la Ferté Senecterre, franz. Marschall 6.
Flandern 378 A. 2. 435.
Flensburg 434. 438.
Fontainebleau 498 A. 1.
Fränkischer Kreis 5. 8. 10. 99 A. 3.
Frankenthal 2. 6. 14. 352 A. 2.
Frankfurt, Reichsdeputationstag 26. 55. 57. 68. 71. 75 A. 2. 84. 97. 105. 108. 140. 165. 167. 186. 203. 216. 225. 245 A. 2. 252. 263. 276. 281. 331. 468. 490 A. 2.
Frechen im Kreise Köln 62.
Friedberg in der Wetterau 444. 472.
Friedewald, hess. Jagdschloß 181. 183.
v. Friesen, k.-sächs. Reichstagsgesandter (i. J. 1653) 146 A. 1.
Friesland (West-), niederld. Provinz 134.
Frondekriege 19 A. 1.
Fünen, Insel 371 A. 2.
Fürstenberg, Graf Franz Egon, k.-köln. Obersthofmeister 12. 24. 27. 32. 34 A. 1. 41. 61. 67 A. 1. 71. 75. 108. 139 A. 3. 140. 189. 198. 201. 210 A. 1. 213. 241 A. 1. 243. 250. 255. 269. 271. 277. 286. 289. 291. 334. 337 A. 1. 348. 354. 369 A. 3. 429 A. 1 u. 2. 443. 445. 477.
Fürstenberg, Graf Wilhelm Egon, 24 A. 1. 210 A. 1. 213. 250. 256. 260. 265. 337. A. 1. 354. 362. 389. 396. 413. 443. 445. 471. 476. 483. 489. 491. 497. 499.
v. Fürstenberg, Wilhelm, bischöfl. münst. Geh. Rath und Domherr zu Trier, Münster und Paderborn 24. 38. 40. 54. 56 A. 2. 73.

Galizien 219.
Gamarra, span. Gesandter im Haag 373.
Gaulsheimer Zollstreit zwischen K.-Mainz und K.-Pfalz 50.
Geist, Vertrag zur, v. 20. October 1657 zwischen dem Bischof und der Stadt Münster 141. 342.
Geldern, span. niederl. Provinz 64. 70. 74. 76. 80.
v. Gelre zu Arssen, Familie 62.
General-Staaten s. Holland.
v. Gersdorff, Reichshofrath 307 A. 3.
Gießen 150 A. 1. 176. 209 A. 5.
Gimborn-Neustadt, Herrschaft 373 A. 2.
v. Gise, Franz, pfalz-neubg. Oberkanzler und Kammerpräsident 89. 201 A. 2. 210. 251 A. 3. 270. 276. 279. 292. 294 A. 1. 299. 302. 305. 308 A. 6. 311 A. 1. 317. 320. 333. 342 A. 2. 351 A. 1. 369 A. 3. 379. 400 A. 3. 420. 426. 429. 446. 478 A. 2. 481. 486. 491.
v. Gladebeck, Bodo, brschwg. cell. Geh. Kammerrath 409 A. 1. 433. 436 A. 1.
Gobelius, Joh. Heinr., k.-trier. Rath 60.
Godenau 257 A. 1.
Goldene Bulle 94. 444. 468.
v. Goltstein, neubg. Gen.-Wachtmeister 32. 140.
Goslar 325.
Gotenburg 434.
Gottorp 53.
Gramont, Herzog, franz. Marschall 254. 261. 277. 281. 291. 336. 339. 351. 369. 378 A. 2. 354. 357. 367 A. 2. 405. 467. 476. 490. 495. 504 A. 1.
Graß, Jakob, k.-trier. Vicekanzler 8.
Gravel, franz. Staatsmann, Resident bei der R.-Dep. in Frankfurt 111. 165. 195. 215. 244. 250. 254. 260 A. 1. 266. 351. 362. 367. 370. 496. 504 A. 1.
v. Greifenklau, k.-mainz. Rath 132.
Grimlinghausen 54 A. 1. 89 A. 2.
Groningen, niederl. Provinz 136.
Gronsfeld, Grafschaft, umfangen v. Herzogthum Limburg, unweit Maestricht 50.
Gronsfeld, Graf, Jost Maximilian 49.
Grott, lothr. Gen.-Major 6.
Grubenhagen 312.
Grünau 245 A. 3.
Grünbach, Bankhaus in Köln 73.
v. Gymnich, Adolf, k.-köln. Kämmerer 13.

Haag ('s Gravenhage) 35. 121. 132. 134 A. 3. 136. 144. 163. 187. 195. 198. 214. 216. 230. 341. 347 A. 1. 373. 375. 377. 463.
Habsburg, Haus, s. Oesterreich.
Hagenau 352 A. 2.
Halberstadt, Stadt 273.
Halberstadt, Fürstenthum 143 A. 2. 188. 206. 239. 319 A. 1. 443. 473. 477. 481. 485 A. 2. 487.
Hamburg 138.
Hammerstein 2.
Hanau, Graf 4.
Hanau, Stadt 245 A. 1.

Hannover, Stadt 361. 397. 400. 432.
Hanse, die 138. 377.
v. Harff, Familie 373 A. 2.
v. Hatzfeld, General 40 A. 2.
Heidelberg 7. 234 A. 2.
Heilbronn 7. 175 A. 1.
v. Heimburg, brschwg.-wolfb. Geh. Hof- und Bergrath 309. 398. 433. 435. 485 A. 2.
Helisant, Handelshaus in Paris 282.
Helmstädt 170.
Hersfeld 499.
Herzberg am Harz 207 A. 1.
v. Herzelles, Philipp Otto, k.-mainz. Rath 71. 73 A. 1. 76 A. 378. 121 A. 2. 132. 136. A. 3. 187.
Herzogenbusch, Meierei 137.
Hessen-Darmstadt (Landgraf Georg) 3 A. 2. 24. 31. 34. 41 A. 1. 44. 47. 59. 93. 145. 148. 175. 179. 272. 280. 296. 299. 371 A. 2. 396. 413. 427 A. 1. 451. 471. 494. 499.
Hessen-Homburg (Landgraf Georg Christian) 94. 110. 201 A. 2. 244. 248 A. 3. 251.
Hessen-Rheinfels (Landgraf Ernst) 209 A. 5. 269 A. 1. 337 A. 1.
Hessingh, Joh., bischöfl. münst. Agent im Haag 124 A. 3. 136 A. 3. 138. 347 A. 1.
Heyland, Polykarp, Deput. des Hauses Braunschweig i. Frankfurt und Rath in besondr. wolfb. Diensten 111 A. 1. 116 A. 1. 118. 121 A. 1. 123 A. 5. 124 A. 1. 151. 158 A. 1 u. 3. 160. 168. 172. 181. 186. 190. 192. 202. 215. 220. 227. 234. 241 A. 1. 246. 253 A. 3. 292. 296 A. 2 u. 3. 300. 305 A. 3. 361. 370. 376 A. 1. 400. 405. 418. 429 A. 2 u. 3. 431. 442. 446 A. 1. 452 A. 1. 470. 476. 482. 491. 499.
Hildesheim, Stadt 171. 173. 175. 181. 184 A. 2. 192. 196. 205. 218. 228. 236; Hildesheim, Stift 33. 143. 196. 198. 202 A. 2. 236. 277. 312. 471; Hildesheim, Domkapitel 422.
Hildesheimer Bund 30. 35. 47 A. 2. 143. 147. 151. 165. 174. 177. 179. 182. 184. 188. 200. 205. 209. 213. 218 A. 1. 222. 227. 232. 263. 288. 293.
Höchst 476. 478 A. 1. 487. 489. 501 A. 1.
v. Hohenfeld, Freiherr Achaz, Oberst u. Statthalter in der Grafschaft Nassau-Diez 132 A. 4. 134 A. 4. 136 A. 4. 141 A. 1. 260 A. 2.
Hohenlohe (Hollach) 99 A. 3.
Hohenzollern, fränkischer Linie 113. 423.
Holland, niederld. Provinz 122. 125. 134; Holland (vereinigte Staaten der Niederlande, General-Staaten) 16. 21. 54. 70. 72. 75. 78 A. 2. 80. 83. 87. 93. 98. A. 1. 118. 132. 136. 154. 160. 164. 173 A. 3. 179. 183. 189 A. 4. 195. 197 A. 1. 206. 217. 223. 229. 277. 327 A. 4. 341. 344. 348. 356. 371. 381. 391. 396. 416. 424. 455. 461.
Holstein 270.
Holstein, herzogl. Haus 113. 306.
Homburg i. Westrich 2. 50.
Hoorn, Grafschaft, Bestandtheil des Bisthums Lüttich 48. 65.
Horst, pfalz-neubg. Agent in Wien 200 A. 1.
Hoverbeck; k.-brandbg. Minister 390.
Hoya, Grafschaft 156. 312.
Hübner, Joachim, k.-brandbg. Vertreter wegen Pommern b. d. frkf. R.-Dep. 69 A. 2. 73 A. 2. 85. 158 A. 1. 165. 174. 194 A. 1. 215. 220. 225. 234 A. 2. 246. 271 A. 1.
Hugenotten 98.
v. Hunolstein, Joh. Wilh., Gen.-Wachtmeister 57. 61. 67. 75.

Jäger, Oberst in lothr. Diensten 50.
Jagellonen 197.
Jansen, Dr., pfalz-neubg. Rath 76 A. 3. 79 A. 2.
v. Jena, Friedr., k.-brandbg. Staatsmann 290. 293. 296. 305. 310. 331. 386. 388 A. 4. 401. 415 A. 1. 417. 421. 427. 430. 439 A. 2. 488 A. 1. 452 A. 2.
Jesuiten 93.
Indien 98.
Irländisches Regiment Condé's 88.
Italien 99. 104 A. 3. 113. 168 A. 2. 186. 190. 202 A. 1. 208. 215. 253 A. 2. 360. 396. 467.
Juan d'Austria, span. Statthalter in d. Niederlanden 66 A. 3. 74. 77. 81. 88 225. 307. 374. 377.
Jülich, Stadt 64. 78 A. 2. 182 A. 6.
Jülich-Berg 1. 20. 22. 27. 50. 56. 62. 76. 81. 84. 86. 97. 121 A. 4. 156. 212. 305 A. 5. 312. 341. 387. 396; Jülich-Berg, Landstände 43. 89. 139 A. 2. 460.
Jülichsche Successionsfrage 42. 57. 83. 207. 233. 236. 239.

Kärlich 241 A. 1. 257.
Kaiserswerth 51.
Kastell gegenüber v. Mainz 252 A. 2.
Kirchhain 209 A. 5.
Kitzingen 162 A. 2.
Kleihe, schwed. Rath u. Reg.-Präsident in Stade 216. 436 A. 1.
Koblenz, Stadt 82. 121 A. 2. 130. 183. 187. 194. 196. 202. 216. 230. 234. 337 A. 1. 370. 378 A. 2; Koblenz, Vallei 6.
Kölln a. Spree 331 A. 2.

Köln, Erzſtift (das Land) 12. 32. 36. 81 A. 2. 312; Köln, Erzbiſchof Ferdinand v. Bayern († 1650) 4; Köln, Domkapitel 422.
Königsberg i. Pr. 229. 234. 285. 290.
Königsberger Vertrag zwiſchen Schweden u. Brandenburg (v. 17. Jan. 1656) 119.
Königsmark, Graf Hans Chriſtoph, ſchwed. Statthalter in den deutſchen Landen 27. 46. 51 A. 1.
Königſtein i. Taunus 3.
Kolding 434.
Kolowrat, Fürſt, öſterreich. Miniſter 371 A. 1.
Kopenhagen 307 A. 3. 385.
v. Korff-Schmiſing, Friedr., Malteſerkomthur in Frankfurt 458 A. 1. 459. 463; v. Korff-Schmiſing, Matthias, münſter. Domkuſtos 73 A. 1 76 A. 3. 79. 83 A. 1. 87. 124. 130 A. 3. 139. 187. 210. 260. A. 1. 264. 271. 345. 370. 400 A. 3. 403 A. 1. 405 A. 2. 412. 417. 420. 428 A. 2. 439 A. 2. 444 A. 1 u. 3. 446. 455. 471 A. 2. 474. 478. 481. 484 A. 3. 486. 500 A. 1.
Kornelimünſter, Abtei 13. 34. 305 A. 5. 416.
Korvey, Abtei 34. 47; Korvey, Abt Arnold 47.
Koſacken 97. 224. 232. 241 A. 1.
v. Krane, Reichshofrath 199.
Krebs, Dr., k.-mainz. Rath 5. 76 A. 3.
v. Krosigk, Adolf Wilh. heſſ.-kaſſ. Geh. Rath u. Präſ. 123 A. 4. 145. 149. 157 A. 3. 161. 182 A. 6. 205. 209. 240 A. 1. 253. 264. 269. 280. 282. 295. 304. 311.
Kurrheiniſcher Kreis 2. 9. 16. 21. 44. 75 A. 2. 85 A. 1. 398.
Kurtz, Graf Ferdinand Sigmund, Reichsvicekanzler 146. 460. 463 A. 3. 472; Kurtz, Graf Maximilian, k.-bayr. Oberſthofmeiſter 94. 98 A. 1. 101. 334. 337 A. 1. 351.
Kurverein 395. 480.

Labiau, Vertrag v. (1656) 84.
v. Lahr, Petronella, geb. Meuter 62.
Lamberg, Graf, kaiſerl. Botſchafter am ſpan. Hofe 81.
Landſtuhl 2. 50.
Langen bei Darmſtadt 117. 159.
Langenbeck, Heinr., brſchwg.-cell. Kanzler 147 A. 1. 177. 398. 400.
Leers, Mich., Geh. Sekretär des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm v. Neuburg 53. 69. 95 A. 2. 97. 99. 104. 109. 115. 120 A. 1 u. 3. 152. 200 A. 1. 242. 244.
Leipziger Union 171.
v. d. Leyen-Nickenich, Lothar Ferd., k.-trier. Amtmann 12; v. d. Leyen Damian Hartard, k.-trier. Domherr u. Chorbiſchof, Bruder des Kurf. Karl Kaſpar v. Trier 259. 269. 271. 277. 370.
Limburg, ſpan.-niedld. Provinz 49 A. 3 u. 4. 64.
v. Linden, Familie 49 A. 1.
Lionne, Marquis Hugo, franz. Staatsmann u. Geſandter beim Wahltage in Frankfurt (1657/58) 254. 261. 277. 281. 291. 335. 339. 352. 369. 375. 378 A. 2. 353. 361. 363. 365. 367 A. 2. 446. 452. 467. 476. 490 A. 2. 492. 495. 504 A. 1.
Lippe, Fluß 32. 51.
Lippe, Grafen zur 34. 48.
Lippe, Hermann Graf zur (Detmold) 47.
Lippe, Landſtände 48.
Litthauen, Großfürſtenthum 97.
Lobkowitz, Fürſt Wenzel 260. 352. 355 A. 4. 371 A. 1.
Lothringen, Herzog Karl 1. 3. 10. 14. 16. 19 A. 1. 142 A. 2. 143; Lothringen, Herzog Franz 19. 29. 52.
Lübeck Stadt 138.
Lüneburg, nied.-ſächſ. Kreistag (1657) 306. 309; Lüneburg, Herzogthum 512.
Lüttich, Stadt 41. 308. 340 A. 2; Lüttich, Bisthum 5. 14 A. 1. 19. 21. 33. 36. 43. 48. 52. 63. 66 A. 3. 81. 121 A. 1. 137. 143. 206. 222. 236. 243. 272. 312. 340: Lüttich, Domkapitel 422; Lüttich, Landſtände 82 A. 1.
de Lumbres, franz. Geſandter b. K. Brandenburg 102 A. 1. 118 A. 2. 214 A. 1. 225. 243 A. 2. 253.

Maas, Fluß 22. 63. 66 A. 3. 81. 129. 136. 308.
Masniel, jülichſche Beſitzung i. d. heut. niedld. Provinz Limburg 88.
Madrid 10. 504 A. 1.
Maeſtricht 49 A. 4. 308. 341.
Maevius, David, Vicepräſident b. ſchwed. Tribunal in Wismar 263. 485 A. 2.
Magdeburg, Stadt 398. 405. 407.
Mainz, Kurſtaat (Land) 3. 60 A. 1. 154. 252. 312; Mainz, Domkapitel 422.
v. Mallinckrodt, münſt. Domdechant 23. 461 A. 1.
Manderſcheid-Blankenheim, Grafen 416.
Marienburg i. Preußen 219.
Mark, Grafſchaft 373 A. 2. 387.
Marxburg b. Braubach a. Rh. 150 A. 1.
v. Mauderode ſ. Otto Otto.
Mazarin, Kardinal 19 A. 1. 41. 54 A. 2. 92. 94. 110. 149. 156 A. 1. 201 A. 2. 214. 243. 251. 282. 335. 351. 353. 361. 368. 392 A. 1. 398 A. 4. 449 A. 1. 474 A. 5. 492. 504 A. 1.

Mehl, Sebast. Wilh., k.-mainz. Staatsmann, Kanzler im Stift Würzburg 8 A. 2. 11 A. 1. 56. 69 A. 2 111 A. 1. 121 A. 3. 123 A. 5. 151 A. 4. 158 162. 164. 181. 192. 196. 203. 210. 246 A. 4. 264. 268. 275. 278. 283. 293. 298. 312. 314. 317. 322. 331. 347. 349. 379. 404. 406. 426 A. 2. 478. 483.
Meppen 51.
Merode, jülischsches Lehenhaus 76.
v. Metternich, Lothar Freiherr, k.-trier. Landhofmeister 31. 56. 73 A. 1. 271. 345. 478.
Metz, Stadt 286; Metz, Bisthum 261 A. 2.
Mey, Adolf, Oberstlieutenant u. hess.-kass. Drost in d. Grafschaft Schaumburg 150 A. 1. 493.
Minden, Fürstenthum 21. 143 A. 2. 188. 206. 239. 319 A. 1. 443. 473. 475. 477. 481. 485 A. 2. 487.
Modena, Herzog v. 168 A. 2. 246.
du Mont, Handelshaus i. Kassel 282.
Montekukuli, Graf, kaiserl. General 401.
Montmédy 269 A. 4.
Mosel, Fluß 22.
Moskau 98. A. 1. 431.
München 94. 97. 100. 111 A. 1. 116. 201. 245 A. 2 u. 3. 257. 260. 268. 291. 334. 337 A. 1. 351. 354.
Münster Stadt 23. 39. 50. 56 A. 2. 62. 70. 73 A. 2. 90. 119. 132. 138. 198. 276. 292. 299. 342. 348. 372. 377. 380. 407. 412. 417. 455.
Münster, Bischof Johann v. Hoya 343; Münster, Landstände 25 A. 3. 43. 89. 119. 139. 141. 333. 342. 371. 460.
Münster, Stift (das Land) 23. 42. 66. 139. 312. 341. 379.

Nassau, Grafen 31; Nassau-Diez, Prinz Wilhelm Friedrich, Statthalter in Friesland u. s. w. 136 A. 4. 260 A. 2; Nassau-Siegen, Prinz Moritz, k.-brandbg. Statthalter in den clev. Landen 81 A. 2 u. 3. 235. 427 A. 2. 428. 439 A. 2.
v. Nesselrode, gewes. neubg. Kanzler 460.
Neuburg, Residenz 40 A. 2. 62. 95. 116.
Neuburg, Herzogthum 56. 312.
Niederlande, spanische 19. 49. 78 A. 2. 82. 113. 137. 186. 190. 242. 307. 358. 360. 367. 451. 504 A. 1.
Niederlande, vereinigte, Republik s. Holland.
Niederrhein 22. 67. 88 A. 4. 129. 225.
Niederrheinisch-Westphälischer Kreis 5. 8. 10. 20. 27. 30. 34. 48. 52. 74. 81 A. 3. 85 A. 1. 89. 125. 156. 164. 224. 230. 233. 236. 263. 266. 284. 291. 295. 298. 304. 315. 317. 325. 348 A. 1. 373. 392. 395. 401. 406. 416. 421. 440. 462. 473. 481. 486. 488. 504.
Niedersächsischer Kreis 22. 85. 125. 153. 197. 205. 223. 306. 309. 315. 322. 390. 398. 414. 440. 473. 481. 486 A. 3. 488. 504.
Nikolai, Daniel, schwed. Kanzler in Stade 263.
Nördlingen 99 A. 3.
Nordbrabant, niederld. Provinz 136.
Nordsee 23.
Notthafft, Graf Joh. Heinr., kaiserl. Staatsmann 199. 201.
Nürnberg, Stadt 99 A. 3; Nürnberg, Exekutionstag 3. 145. 165. 324.

Oberlahnstein 79.
Oberrheinischer Kreis 2. 8. 44. 398.
Obersächsischer Kreis 188. 315. 414.
Oechsle, k.-bayr. Vertreter b. d. ftk. R.-Dep. 108. 116. 121 A. 1. 164. 216 A. 2.
Oesterreichische Erblande 92. 97.
Oesterreich, Haus (Habsburg) 4. 18. 47 A. 2. 53. 61 A. 4. 91. 94. 99. 102. 106. 109. 116. 148. 160. 166. 168. 183. 190. 194. 198. 200. 202. 208. 215. 219. 222. 241. 246. 248. 250. 253. 258. 261. 277. 281. 286. 292. 298 A. 1. 306. 309 A. 1. 313. 327 A. 4. 330. 333. 336 A. 1 u. 2. 338. 341. 349 A. 1. 353. 356. 358. 363. 377. 380. 385. 389. 391. 393. 395. 397. 400. 403 A. 3. 405. 408. 410. 422. 424. 435. 439. 442. 449 A. 1. 451. 454. 468. 472. 474 A. 5. 476. 479 A. 1. 481. 484. 486. 493. 496. 500.
Oesterreich, Kaiser Ferdinand II. 102; Kaiser Ferdinand III. 4. 6. 10. 18. 24. 27. 29. 31. 37. 40. 42. 48. 52. 56. 60. 66. 68. 70. 73. 77. 81. 85. 86. 88. 92. 97. 99 A. 1. 105. 111. 123. 145. 151. 161. 167. 190. 199. 215. 221. 224. 242. 245. 250. 252. 358. 500; Ferdinand IV., röm. König 92; Leopold Ignaz, Sohn Ferdinand III., Erzherzog u. König v. Böhmen u. Ungarn 92. 207. 248 A. 3. 252. 256. 260. 281. 327. 330. 336. 351. 353. 355 A. 4. 359. 371. 373. 377. 379. 382. 389. 391. 394. 396. 400. 403. 412. 415 A. 2. 436 A. 1. 439. 443 A. 3. 455. 460. 463; als Kaiser Leopold I. 467 A. 1. 469. 472. 483. 494. 500. 505; Leopold Wilhelm, Erzherzog, span. Statthalter in d. Niederlanden 4. 19 A. 1. 26. 49. 62. 65. 70. 74. 77. 200 A. 1. 252. 256. 259.
Oettingen, Graf, kaiserl. Geh. Rath 461. 463 A. 3.
Oldenburg 23. 118 A. 2.

Oranien, Prinzessin v., Schwiegermutter des Kurf. Friedr. Wilh. v. Brandbg. 364 A. 4.
Oranienburg, brandbg. Residenz 386.
Osnabrück, Bischof von (Franz Wilhelm Graf v. Wartenberg) 34. 47. 270 A. 5; Osnabrück, Landstände 47; Osnabrück westphäl. Kreistag (1654) 29 A. 1. 144 A. 1. 230.
Ostendorf 51.
Ostrozanie 234 A. 1.
Ostsee 23. 119. 223. 356. 441.
Otto, Otto (Ottens) v. Mauderode, brschwg.-kalbg. Geh. Kriegsrath 140 A. 3. 204. 261. 264. 267. 277 A. 2—4. 280. 284 A. 1 u. 2. 292 A. 2. 294. 300. 302. 304. 307 A. 2 u. 3. 316. 322. 327. 329. 334. 336 A. 1. 339. 352. 357 A. 2 u. 3. 361. 366 A. 3. 368 A. 3—5. 385. 396. 400. 403. 407 A. 1. 411. 415 A. 1. 417 A. 2. 419. A. 1. 421 A. 1 u. 4. 426. 431. 436 A. 2 u. 3. 438. 440 A. 2. 443 A. 1 u. 3. 447. 452. 455 A. 1 u. 2. 466 A. 1 u. 2. 471. 480. 486. 490. 499.
Oxenstjerna, Graf 214. 219. 221. 263. 284.

Paderborn Bischof v. (Dietrich Adolf v. der Recke) 34. 46. 56. 107. 143. 152. 156. 179. 195. 207 A. 1. 471.
Papst, Dr., brandbg.-clev. Rath 81. 91.
Pagenstecher, Andr. Christian, hess.-kass. Rath 492.
Papst (Alexander VII.) 73. 99. 104 A. 3. 460.
Paris 339. 363. 447. 453. 492. 496.
Passau 104 A. 2.
v. Pawel-Rammingen, k.-pfälz. Resident in Paris 282. 492. 499.
Peine 203. 408. 432. 454. 474.
Peneranda (Penneranda, Pigneranda), Graf, span. Gesandter am Wahltage (1658) 336 A. 1. 340 A. 2. 374. 377. 379 A. 3. 413.
Pfalzgrafen.
Ludwig Philipp zu Simmern 3. 15. A. 1; Wolfgang Wilhelm zu Neuburg 9. 11; Karl Ludwig, Kurfürst 2. 6. 11 A. 1. 34. 50. 75 A. 2. 85 A. 1. 92. 95 A. 1. 99 A. 1. 103. 110. 113. 150 A. 1. 172 A. 3. 175 A. 1. 179. 234 A. 2. 251. 296. 337 A. 1. 352 A. 2. 365. 386. 407. 412. 427 A. 1. 433. 448. 451. 456. 465 A. 1. 471; Veldenz 4; Zweibrücken 22. 156. 212. 224; Johann Adolf zu Zweibrücken, Bruder des Schwedenkönigs Karl Gustav 26. 219.
Philippsburg 450.
Polen (Republik, Königreich, König Johann Kasimir) 51. 55. 83. 93. 97. 102. 107. 112. 114. 118. 122. 124. 152. 155 A. 2. 166. 174. 183. 186. 189. 192. 196. 199. 202. 208. 212. 216. 219. 223. 227. 234. 236. 250. 253 A. 2. 262. 266. 269. 273. 278. 285. 288. 295. 302. 304. 307. 314. 321. 327. 330. 338. 341. 349 A. 1. 356. 382. 388. 393. 395. 397. 401. 403 A. 1 u. 3. 405. 408. 410. 415 A. 2. 423. 459. 462. 468. 472. 478. 480. 487.
Pommern schwedischen Antheiles 155 A. 2. 188. 312. 327. 420. 426. 431. 440. 473. 477. 481. 487.
Pommern brandbg. Antheiles 234. 236. 262. 266. 297. 319 A. 1. 326. 387. 426 A. 2. 473. 478. 487. 501.
Poppelsdorf b. Bonn 259.
(v.) Portmann, Johann, k.-brandbg. Reichsdeputirter 41 A. 1. 43 A. 2. 61 A. 4. 69 A. 2. 73 A. 2. 75 A. 2. 85. 165. 194 A. 1. 204 A. 3. 210. 215 A. 2. 220. 225. 228. 230. 234. 238. 245. 250 A. 1. 252 A. 2. 264 A. 1. 268. 283. 290. 293. 296. 305. 317. 323. 327. 331. 332 A. 1. 334 A. 2 u. 3. 336 A. 1 u. 2. 383. 386. 389 A. 2.
Porzia, Graf, Oberstthofmeister des Königs Leopold v. Ungarn 374.
Prager Kurfürstentag (Nov. 1652) 18.
Premisl, poln. Vicekanzler 248 A. 3.
Preußen, Herzogthum, brandbg. Provinz 55. 86. 113. 166. 223. 253 A. 2. 274. 307. 488; Preußen, kgl. poln. Provinz 97. 102. 220.
Provisionalvergleich zw. Brandbg. u. Neuburg (1614) 136.
Prüm, Abtei 312.
Puchler, holländ. Oberst 141 A. 1.

Quentel, Joh. Gottfr., k.-köln. Rath 76 A. 3. 79.

Rakoczy, Fürst v. Siebenbürgen 219. 241 A. 1.
Ratschien, k.-trier. Oberst 63.
Ravenel, Gen.-Wachtmeister in Condéschen Diensten 87.
Ravensberg, Herrschaft 319 A. 1. 387.
Ravenstein, Herrschaft 136. 312.
v. Rechberg, k.-sächs. Minister 369 A. 3.
Recklinghausen, das Vest 51. 65.
Reekem, Grafen u. Grafschaft 49. 63. 416.
Regensburg, Stadt 338; Regensburg, Reichstag zu (1652—54) 18. 20. 44 A. 2. 148.
Reichskammergericht in Speyer 66. 77.
Reichs-Deputationstag s. Frankfurt.
Reichs-Exekutionsordnung 35 u. a. m.
Reichsvikare 139. 333 A. 4. 344.

Neuschenberg a. d. Lippe 51.
v. Neuschenberg, Freiherr Johann, neuburg., früher kais. Feldmarschall 21. 27. 32. 46. 50. 56. 63. 67. 75 A. 1. 80. 82. 87. 140. 225. 325. 416.
Rhein 51. 66. 87. 157. 190. 286. 290. 360. 395. 441. 450. 494.
Rheingau 352.
Rietberg, Grafen 34.
Roeskilde, Friede von (1658) 398. 424.
Rom 73. 261 A. 2. 461 A. 1.
Rousseau, Sekretär Mazarins 354.
Rüsselsheim 59. 91. 94. 145. 150 A. 1.
Ruremonde 65.
Rußland 224. 278 A. 3.

Saalfeld 296 A. 1.
Saarwerden 2.
Sachsen. Kurfürst Johann Georg I. 95 A. 1. 98. 101. 114. 150 A. 1; Kurfürst Johann Georg II. 171 A. 1. 179. 195. 206. 251. 266. 331 A. 1. 335. 344. 351. 369 A. 3. 378 A. 2. 386. 404. 423. 429 A. 1. 453. 495.
Salm, Fürst 352 A. 2.
Salzburg, Erzbisthum u. Erzbischof (Guidobald Graf Thun) 94. 99.
Sambre, Fluß 63. 81.
Sanfelice, päpstl. Nuntius 456. 459. 461 A. 1. 463 A. 3. 500 A. 1.
Sassenberg 82 A. 3.
Sayn-Wittgenstein, Graf, k.-brandbg. Statthalter in d. Marken 85.
v. Schäßberg, Freiherr Joh. Friedr., jülichscher Landhofmeister 12.
v. Scharfenberg, Gemahlin Krosigks 146 A. 1.
Schelwer, bischöfl. münst. Hauptmann 66 A. 3.
Schenk v. Winterstädt, Friedr., bschweigcell. Statthalter 147 A. 1. 224. 390. 392.
v. Schlippenbach, schwed. Staatsmann 310. 404 A. 1.
Schmalkaldischer Bund 171.
Schmidheim, pfalz-neubg. Unterherrlichkeit b. Schleiden i. heut. Reg.-Bez. Aachen 50.
Schmising s. Korff-Schmising.
Schonen, schwed. Provinz 411.
Schröder, Reichssekretär 439 A. 2.
Schwäbischer Kreis 5. 8. 10.
Schwalbach, Bad 165. 246. 269. 471 A. 2. 473. 476.
Schwanheim b. Frankfurt 117.
Schwarzenberg, Graf Adam, k.-brandbg. Minister 373 A. 2; Schwarzenberg, Graf Joh. Adolf, österr. Minister 373.
Schwarzkopf, Joh., brschwg.-wolfb. Kanzler 73. 177. 192. 204. 264. 270. 272. 277. 279. 293. 296. 299. 302. 304. 318. 390. 398. 454.
Schweden, Königin Christine 46. 143. 218 A. 1.
Schweiz 98. 396.
Schwerin, Freiherr Otto, k.-brandbg. Minister 263 A. 1. 275 A. 1. 331 A. 1. 388 A. 4. 390. 391.
v. Sebottendorf, k.-sächs. Diplomat 150 A. 1.
Sédan 257.
Seeland, niederld. Provinz 134. 136.
Servien, franz. Surintendant 255 A. 1. 282.
Silhon, franz. Staatsmann 283 A. 1.
Sinzig 352.
Sittard 63. 69.
Sixtinus, Wilh. B., hess.-kass. Kammerpräsident 168. 177 A. 2. 183 A. 2. 205. 240 A. 1.
Snell, Heinr., jül.-berg. Vicekanzler 57. 59. 73 A. 1. 76 A. 2 u. 3. 79. 210. 264. 271. 276. 278.
v. Snoilsky, Georg, schwed. Vertreter b. d. kfl. R.-Dep. wegen Vorpommern 163. 165. 167. 182 A. 6. 214. 217. 226. 232. 236. 246. 258. 261. 267. 270. 272. 274. 276. 279. 283. 293. 296. 301. 304. 315. 321. 323. 329. 352 A. 2. 368. 376. 383. 406. 414. 418. 420. 424. 427. 430. 436. 444. 451. 472. 476. 484. 486. 491. 495. 499.
v. Somnitz, Lorenz Christoph, k.-bdbg. Kanzler 310. 398.
Spandau 310. 390.
Spanien 1. 3. 6. 10. 14. 17. 19. 22. 24. 26. 42. 46. 52. 62. 65. 76. 78. 81. 83. 88. 92. 98. 110. 112. 114. 120. 126. 130 A. 3. 166. 168 A. 2. 182 A. 6. 190. 201. 215. 223. 231. 236. 242. 246. 287. 295. 307. 335. 338. 340. 355. 358. 360. 364. 368. 372. 374. 377. 388 A. 4. 407. 411. 444. 446. 449. 455. 459. 461. 464. 494. 498. 500.
Speyer 290. 473. 478 A. 1.
Speyermann, Dr. Heinr., brschwg.-kalbg. Rath 398.
Stablo, Abtei 312.
Stade, schwed. Regierung zu 220 A. 3. 264.
Starhemberg, Graf, kaiserl. Staatsmann 19 A. 1.
Stauffen, Gräfin, Aebtissin zu Thorn 48.
Staveren, k.-brdbg. Resident in Brüssel 11.
Steinheim 199.
Straßburg, Stadt 245 A. 2; Straßburg, Bisthum 260 A. 2. 446.
St. Trond 308.
Stuhl Petri 53. 500.
Sund 386.

Tangermünde 390.
Tataren 97. 102. 224.
Tecklenburg, Grafen 34. 47.
Thorn in Preußen 221.

Thorn, freiweltl. Damenstift i. d. Grafsch. Hoorn (Lüttich) 48. 63. 65. 74. 86. 299. 308. 416.
Thorn, Aebtissin Anna Salome, Gräfin zu Manderscheid-Blankenheim 48. 63 A. 2. 66. 76. 87.
Thorn s. auch Stauffen.
Tirlemont 308. 340.
Tirlemont, Vertrag v. (19.III. 1654) 19. 52. 63.
Tönnisstein 258.
Toul, Bisthum 261 A. 2.
Tornau, J., k.-brandbg. Lehensekretär u. Rath 310. 398.
Trier, Stadt 25. 30. 189; Erzstift (Land) 12. 19. 26. 66 A. 3. 312; Kurfürst Philipp Christoph 6. 11; Metropolitankirche 261 A. 2; Domkapitel 12. 15 A. 1. 25. 27.
Turenne, franz. Marschall 2. 4.
Türnich im Kreise Bergheim 62.

Ulm 99 A. 3.
Ungarn 390. 403 A. 1. 429 A. 2. 431.

Vagny (Vagnée, Wagner), Graf, franz. Gouverneur v. Bouillon 255. 259.
Vautorte, franz. Staatsmann 246 A. 4.
Vechta 23. 51.
Vegilin, Kabinetssekretär d. Grafen Wilh. Friedr. v. Nassau-Diez 132 A. 4. 134 A. 4. 136 A. 4. 141 A. 1.
Velau 208.
Venedig 173. 204 A. 5. 261 A. 3.
Verden, Stadt 475; Stift, schwed. Provinz 55. 107. 143. 153. 188. 327 A. 4. 330. 420. 428. 440. 473. 475. 477. 481. 487.
Verdun, Bisthum 261 A. 2. 312.
v. Viermund zur Neersen, Freiherr Adrian, Gen.-Wachtmeister u. Staatsmann in neubg. Diensten 56. 59. 64. 69. 126. 132. 136. 139 A. 2.
Vignacourt, Baron, franz. Staatsmann 111. 244.
Villaret, franz. Trésorier 283 A. 1.
(v.) Volmar, Isaak, kaiserl. Gesandter b. d. sächs. R.-Dep. 107. 116. 157. 186. 189. 198. 216 A. 2. 228. 246 A. 4. 248 A. 3. 250 A. 1. 260. 277 A. 5. 292. 298 A. 1. 305. 308. 352 A. 2. 355 A. 4. 379. 456.
v. Vorburg, Joh. Phil., k.-mainz. Geh. Rath u. Amtmann, Reichsdeput. i. Fürstenkolleg 8. 60. 172 A. 4. 210. 268. 491.
Vreden 89 A. 2.
Vultejus, Joh., hess.-kass. Kanzler 130 A. 1. 151 A. 2. 187 A. 3. 163. 167. 172. 177 A. 2. 182. 188. 191 A. 1. 193 A. 4. 204. 209. 214. 226 A. 3. 239 A. 2. 240 A. 1. 492.

v. Waldbott zu Königsfeld, Freiherr Heinr., jülich'scher Marschall 12.
Waldeck, Graf Georg Friedr., k.-brandbg. Minister 34 A. 1. 41 A. 1. 54 A. 2. 118 A. 2. 146. 149. 222. 234.
Walkenried, Stift 312.
Wallendorf (Walenburg), Adrian, k.-köln. Rath u. Domherr 124. 132 A. 5.
Warburger Börde 47 A. 2.
Warendorf 51.
Warschau, Schlacht bei (28.—30. Juli 1656) 124. 383. 390.
Wehlau, Punktation v. (1. Sept. 1657) 278 A. 1. 382.
Weiler, Herrschaft (wohl d. heut. Wijlre in der niederld. Prov. Limburg) 49. 63. 87.
Weiman, Daniel, k.-brandbg. Geschäftsträger im Haag 121 A. 4. 127. 134 A. 3. 142 A. 1. 217 A. 5. 227 A. 3.
Werden, Abtei 34. 47.
v. Weschpfennig, Freiherr v. Scheidt, Joh. Bertram, bergischer Marschall u. pfalzneubg. Oberhofmeister 76 A. 3. 78. 125. 210. 264. 270.
Wesenbeck, Matthias, k.-brandbg. Kanzler in Minden 30. 285. 289.
Weser 22. 43. 51. 183. 441.
Westerwald 88 A. 4.
Westerwälder Grafen 30. 34.
Westphälische Tiefebene 129.
Westphalen, k.-köln. Herzogthum 21. 52. 471.
Westphälischer Kreis, s. niederrhein.-westphäl. Kr.
Westphälischer Friede 1. 35. 42. 131 A. 1. 133. 145. 177. 211. 222. 251. 287. 298. 300. 315. 343. 357. 361. 364. 369. 395. 399. 416. 419. 428. 448. 462. 466. 468. 471. 480. 490. 503.
Wetterauer Grafen 31.
Wicquefort, Abr., k.-brandbg. Resident in Paris 243 A. 2.
Wickrath, Herrschaft 86.
Wiedenbrück, Bern., münster. Geh. Hofrath 47. 56. 69 A. 2. 73 A. 1. 83 A. 2. 129. 159. 379. 455.
Wien 56 A. 2. 68. 85 A. 1. 105. 123. 157. 159. 162 A. 2. 168 A. 2. 190. 198. 248. 253.
Wiesbaden 499.
Wild- und Rheingraf 141.
Wildungen 492.
v. Wilich, münster. Oberst 119 A. 1. 121. 124 A. 3. 126. 128. 130. 132. 136. 139. 141. 375.
v. Winkelhausen, neubg. Oberkanzler 32. 198 A. 2. 248 A. 3. 250. 256. 337 A. 1. 352. 370 A. 2 u. 3.
Wismar, schwed. Provinz 188. 420. 428. 473. 475.

Digitized by Google

Witte, Otto Joh., brschwg.-cell. Rath 204. 209 A. 4. 221 A. 2. 262 A. 2 u. 3. 264. 267. 280. 288. 294. 296. 300. 302. 304. 306 A. 3. 361. 387. 405. 426. 429 A. 2. 431. 439. 443 A. 2 u. 3. 473. 478 A. 1. 482. 485. 491. 499.
Wittem, Herrschaft, umschlossen v. Herzogth. Limburg, 1½ M. w. v. Aachen unter brabant. Lehnshoheit 49. 63. 86.
Wolbeck 54.
Wolfenbüttel, Herzogthum 312.
Wolgast 310.
Worms, Bischof Anton 3. 4.
Worms, Kreistag (v. 1650) 3. (v. 1655) 44.
Württemberg (Herzog Eberhard III.) 94. 99. 113. 149. 171 A. 1. 175. 179. 239. 245 A. 2. 272. 296. 365. 371 A. 2. 396. 407. 413. 427 A. 1. 433. 465 A. 1. 471; Württemberg, Herzog Ulrich, franz. General 352 A. 2.
Würzburg, Stift 60 A. 1. 154. 236. 312; Bischof (Joh. Phil. Kf. v. Mainz) 56 A. 3; Domkapitel 422; Residenz des Kf. v. Mainz 69. 96 A. 1. 99. 104. 110. 115 A. 2. 117. 159. 200. 244.
Wulf, Gen.-Wachtmeister in span.-niedld. Diensten 26.

Ysenburg, Nieder- 6.
Ytter Beek, Flüßchen 48.

Zellerfeld 205.
Zobell, Seb. Friedr., hess.-kass. Rath 147 A. 1. 177. 180. 205. 209. 491. 497. 499.
Zurmühlen (Zur Mühlen), Werner, münst. Rath 76 A. 3. 79 A. 2. 87. 124. 130 A. 3. 187 A. 2.
Zynne b. Brüssel 308.

Berichtigungen.

Seite 8 Anm. 2 Z. 1 u. 6.	lies Mehl	für Wehl.	
„ 11 A. 1 Z. 1	„ „	„ „	
„ 14 A. 1 Z. 3	„ die	„ das.	
„ 16 Z. 24 v. o.	„ niemals	„ einmals.	
„ 72 Z. 3 v. u.	„ auf	„ auch.	
„ 139 Z. 4 v. o.	„ ein	„ ab.	
„ 158 A. 3. Z. 3 v. u. ist das Wort „nicht" zu tilgen.			
„ 176 Z. 1 v. u. versetze das Komma hinter „wenigstens" an's Ende der vorletzten Zeile.			
„ 191 A. 1. Z. 1	lies berichtend	für berichtigend.	
„ 193 Kapitelnummer	„ 16.	„ 18.	
„ 211 Z. 12 v. u.	„ Anbahnung	„ Anahnung.	
„ 249 Anm. Z. 14	„ per	„ par.	
„ 258 Z. 14 v. u.	„ gezwungen	„ gewungen.	
„ 263 Z. 12 v. o. setze das Komma hinter statt vor „insbesondere".			
„ 331 Z. 6 v. o.	lies ihn	für ihm.	
„ 334 A. 5	„ Abmahnung von der	für A. vor den.	
„ 381 Z. 4 v. o.	„ April	für Mai.	

Verlag von **Veit & Comp.** in Leipzig.

Droysen, Johann Gustav, Abhandlungen. Zur neueren Geschichte. gr. 8. 1876. geh. 8 ℳ

Inhalt: I. Zur Geschichte der preußischen Politik in den Jahren 1830—1832. — II. Preußen und das System der Großmächte. — III. Zur Geschichte der deutschen Partei in Deutschland. — IV. Ein historischer Beitrag zur Lehre von den Congressen. — V. Der Nymphenburger Vertrag von 1741. — VI. Friedrichs des Großen politische Stellung im Anfange des schlesischen Krieges. — VII. Die Wiener Allianz vom 5. Februar 1719. — VIII. Zur Kritik Pufendorf's. — IX. Das Stralendorff'sche Gutachten.

——— **Geschichte der Preußischen Politik.** Erster Theil bis fünften Theiles vierter Band. 14 Bände. gr. 8. geh. 116 ℳ 70 ₰
Mit Index zum ersten bis vierten Theile 118 ℳ 50 ₰

Inhalt der einzelnen Theile:

I. Theil. Die Gründung. Zweite Auflage. 1868.
II. „ Die territoriale Zeit. Zwei Abtheilungen. Zweite Aufl. 1869—1870.
III. „ Der Staat des großen Kurfürsten. Drei Abtheilungen. Zweite Auflage. 1870—1872.
IV. „ 1. Abtheilung. Friedrich I. König von Preußen. Zweite Aufl. 1872.
IV. „ 2. und 3. Abtheilung. Friedrich Wilhelm I. König von Preußen. Zwei Bände. 1869.
IV. „ 4. Abtheilung. Zur Geschichte Friedrichs I. und Friedrich Wilhelms I. von Preußen. 1870.
V. „ Friedrich der Große. Vier Bände. 1874—1886.

——— **Grundriss der Historik.** Dritte, umgearbeitete Auflage. gr. 8. 1882. geh. 2 ℳ

——— **Das Leben des Feldmarschalls Grafen York von Wartenburg.** Neunte, durchgesehene Auflage. Mit York's Portrait, gestochen von L. Jacoby und 8 lithographirten Plänen. Zwei Theile in einem Band. gr. 8. 1884. geh. 7 ℳ
elegant gebunden 8 ℳ

REESE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google